Mark A. Fraschka

Franz Pfeffer von Salomon

Hitlers vergessener Oberster SA-Führer

Wallstein

Mark A. Fraschka
Franz Pfeffer von Salomon

Mark A. Fraschka

Franz Pfeffer von Salomon

Hitlers vergessener Oberster SA-Führer

WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der
Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften
in Ingelheim am Rhein

Meinen Eltern

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2016
www.wallstein-verlag.de
Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf
Umschlagfoto: Adolf Hitler mit Franz Pfeffer von Salomon (1927).
© bpk/Heinrich Hoffmann
ISBN (Print) 978-3-8353-1909-7
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4006-0
ISBN (E-Book, epub) 978-3-8353-4007-7

Inhalt

Einleitung 9

Erster Teil: »Konterrevolutionär« 37

1. Politische Sozialisation und Weltkriegserfahrung – Wege zu einer Weltanschauung (1888-1918) 39
1.1 Familie und Prägung 39
1.2 Militärzeit 46
1.3 Weltkrieg 64

2. Lange Freikorpszeit (1919-1923) 85
2.1 Skizze: Ausgangssituation und Rahmenbedingungen 85
2.2 Das westfälische Freikorps von Pfeffer (A. K. VII) 88
2.3 Die Idee einer Soldatenvertretung – der Frontbund 144
2.4 Die »Arbeitsgemeinschaft P.« 162
2.5 Oberschlesien 180
2.6 Ruhrwiderstand 188

3. Die Familie 216
3.1 Privates Glück 216
3.2 Finanzen 220

4. Franz von Pfeffer 1923 – ein Charakter voller Widersprüche . . 223

Zweiter Teil: »Sozialrevolutionär« 227

Vorbemerkung: zur Namensfrage 229

5. Gauleiter (1924-1926) 233
5.1 Der 9. November 1923: Wirkung und Folgen 233

5.2 Der Völkisch-Soziale Block und die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung 238
5.3 Gauleiter der NSDAP in Westfalen 267
5.4 Überregionale Ambitionen I: Weltanschauung und Programm – Pfeffer und die »Arbeitsgemeinschaft Nord-West der NSDAP« . . . 291
5.5 Überregionale Ambitionen II: Organisation – der »Großgau« Ruhr 319

6. Oberster SA-Führer (1926-1930) 336
6.1 Skizze: Die SA bis Sommer 1926 336
6.2 Berufung nach München – Interpretationen 337
6.3 Die Reorganisation der SA 342
6.4 Auf dem Weg zur Massenorganisation 381
6.5 Putsch- oder Legalitätstaktik? 389
6.6 Demission 403
6.7 Bilanz 426

7. Exkurs: Ränkekämpfe – Konflikte, Kommunikation, Konfliktlösung und »Politische Kultur« in der frühen »Kampfzeit« der NSDAP 429
7.1 Vorkampf: Pfeffer gegen Gärtner 429
7.2 Menetekel: Pfeffer gegen Hurlbrink 435
7.3 Streit mit München: Pfeffer und Feder 438
7.4 Pfeffer und die Finanzen: Philipp Bouhler und Karl Kaufmann . . 442
7.5 Resümee 449

8. Bedeutungslosigkeit (1930-1945) 452
8.1 Auf der Suche nach Aufgaben 452
8.2 Privates: Vom bescheidenen zum priviligierten Leben 477
8.3 In Ungnade 481

9. Nachkriegszeit (1945-1966) 495
9.1 Verhaftungen und Armut 495
9.2 Letzte Versuche: Ostberlin 1955 und das Institut für Zeitgeschichte 497

10. Schlussbetrachtungen 503
10.1 Franz von Pfeffer – ein »typischer« Vertreter seiner Zunft? 503
10.2 Bilanz – Ergebnisse 507

Dank 521
Quellen und Literatur 523
Abkürzungen 554

Einleitung

Ein lohnendes Unterfangen: Franz Pfeffer von Salomon – eine politische Biographie

> »Pfeffer ist der geborene Organisator. […] Ich will Ihnen etwas sagen: Ich habe ohne Zweifel hervorragende Offiziere, aber ich bin der Überzeugung – um ein Beispiel zu erwähnen, der Hauptmann von Petersdorf, der im Übrigen ein Schlawiner ist, und der Hauptmann Pfeffer, der auch ein Schlawiner gewesen ist, haben ein Freikorps organisiert und haben keine Befugnisse gehabt. Der Manstein kann das nie.«[1]

Als die Wehrmacht am 2. März 1945 längst geschlagen war und Hitlers »Drittes Reich« in Trümmern lag, erinnerte sich der »Führer und Reichskanzler« bei einer seiner immer bizarrer anmutenden Lagebesprechungen im Führerbunker an einen Mann, der in der so prägenden »Kampfzeit«[2] der NSDAP fast vier Jahre lang einer seiner wichtigsten »Mitarbeiter« gewesen war. Dieser hatte eine für den Aufstieg Hitlers und der »Bewegung« maßgebliche Rolle innegehabt, war dann aber in Ungnade gefallen und in den letzten Kriegstagen nur knapp den Häschern der untergehenden Diktatur entkommen. Die Rede ist von Hitlers langjährigem Obersten SA-Führer (Osaf) Franz Pfeffer von Salomon.[3]

Obgleich nahezu alle Personen der ersten Garde der »Bewegung« bis heute eine wissenschaftlich-kritische Würdigung erfuhren, fiel die Person Franz von Pfeffers bislang fast vollständig durch das Raster der historischen Forschung. So liegt zu ihm, neben einigen wenigen kleineren lexikalischen Artikeln,[4]

1 Helmut Heiber (Hrsg.): Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen, 1942-1945, Stuttgart 1962, S. 900 und 904. Auch im Februar 1942, Pfeffer war bis dato bereits aus der Partei ausgeschlossen und hatte unter anderem sein Reichstagsmandat verloren, kam Hitler in einem seiner Tischgespräche auf seinen ehemaligen Osaf zu sprechen. Henry Picker (Hrsg.): Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Stuttgart 1963, Dok. Nr. 25, S. 177.

2 Der ursprünglich nationalsozialistische Ausdruck »Kampfzeit« wird in der Folge für die Zeit zwischen der Neugründung der NSDAP im Januar 1925 und der Machterlangung im Januar 1933 verwendet.

3 So der Rufname, gemäß dem Beschluss des Reichsministeriums des Inneren vom 3. Juli 1941 führte er ab dato auch offiziell den Nachnamen »von Pfeffer«. Im Folgenden wird zumeist der Name »Franz von Pfeffer« verwendet. Siehe Teil II: Vorbemerkung.

4 Etwa Hermann Weiß: Pfeffer von Salomon, Franz, in: Hermann Weiß (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1998, S. 348-349; Erich Stockhorst: 5000 Köpfe. Wer war was im Dritten Reich, Kiel² 1985, S. 322; Munzinger-Archiv (Hrsg.): Internationales Biographisches Archiv 19/1955, Online Ausgabe. Eintrag vom 2. Mai 1955.

lediglich ein einziger, im regionalgeschichtlichen Kontext entstandener, biographisch akzentuierter Aufsatz vor.[5] Selbst in Standardwerken finden sich bei den meist dünnen Angaben zur Person Pfeffers oft tiefgreifende Fehler.[6] Dies verwundert, hätte man doch erwartet, dass schon der alttestamentarisch anmutende Name in vorderster Reihe der NSDAP ausreichen müsste, das Interesse an einer Aufarbeitung des Werdegangs des ehemaligen Osaf zu wecken. Eine individualbiographische Studie zu Franz von Pfeffer legitimiert sich jedoch keineswegs nur aus dem im nationalsozialistischen Kontext befremdlichen Klang des Namens. Vielmehr verdeutlicht der Blick auf Positionen, Rollen und Funktionen, die Pfeffer zeitlebens innehatte, dessen historische Relevanz und somit den Bedarf an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung seines Lebens und Wirkens.

Geboren im Jahr 1888 als ältester Sohn des Geheimen Regierungsrates Max Karl Friedrich Ferdinand und dessen Ehefrau Anna Pfeffer von Salomon, wuchs Franz im konservativen Milieu Münsters auf. Die Familie Pfeffer war Teil der staatstragenden Schicht des wilhelminischen Staates. Nach ab-

5 Ludger Grevelhörster: Am Ende spottete Adolf Hitler. Franz Pfeffer v. Salomon – ein westfälischer SA-Führer, in: Jahrbuch Westfalen ·90, S. 130-136. Hinzu kommt noch die Kurzdarstellung in: Bruce Campbell: The SA generals and the rise of Nazism, Lexington² 2004, S. 49 ff. Ansonsten beschränken sich die wissenschaftlichen Darstellungen zu Pfeffer fast ausschließlich auf dessen Funktionsbereich.

6 Siehe beispielsweise Friedrich Glum: Der Nationalsozialismus. Werden und Vergehen, München 1962, S. 156; Deutsche Geschichte zwischen den Weltkriegen. Bd. 1: Die Republik von Weimar – Europa zwischen den Kriegen – Der Staat Hitlers, Stuttgart 1971, S. 596; Detlef Mühlberger: The rise of National Socialism in Westphalia 1920-1933, London 1975, S. 137; Werner Jochmann (Hrsg.): Monologe im Führer-Hauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, herausgegeben von Werner Jochmann, Hamburg 1980, S. 456; Jochen Lang: Und willst du nicht mein Bruder sein … Der Terror in der Weimarer Republik, Wien 1989, S. 36; Martin Schumacher: M. d. R. die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus; politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation; mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, Düsseldorf³ 1994, S. 362; Adolf Hitler: Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III/3: Januar bis September 1930, München u. a. 1995, S. 380; Kurt Pätzold et al.: Geschichte der NSDAP. 1920-1945, Köln 1998, S. 89; Conan Fischer: Ernst Julius Röhm – Stabschef SA und unentbehrlicher Außenseiter, in: Ronald Smelser (Hrsg.): Die braune Elite, Darmstadt 1999, S. 212-222, S. 216; Jun Nakata: Der Grenz- und Landesschutz in der Weimarer Republik 1918 bis 1933. Die geheime Aufrüstung und die deutsche Gesellschaft, Freiburg i. Br. 2002, S. 127; Picker: Hitlers Tischgespräche, S. 540; Werner Maser: Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin, München 2004, S. 136; Joachim Lilla et al.: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945. Ein biographisches Handbuch; unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, Düsseldorf 2004, S. 463. Als exemplarisch für die meist dünnen Angaben zu Pfeffer soll hier etwa die jüngste große Hitlerbiographie Volker Ullrichs genannt sein. Volker Ullrich: Adolf Hitler. Biographie. Band 1: Die Jahre des Aufstiegs 1889-1939, Frankfurt a. M. 2013.

geschlossenem juristischem Examen und Referendariat zog es den jungen Mann 1909 als Berufsoffizier zum Militär. Im Krieg erhielt Pfeffer 1917 eine Generalstabsausbildung, diente jedoch die meiste Zeit als Frontoffizier und stieg bis zum Hauptmann und Bataillonsführer auf. Nach der Niederlage befehligte er ab Jahresanfang 1919 als Freikorpsführer eines der größten Freikorps und etablierte sich unter anderem durch seine Tätigkeit im Baltikum früh im radikal antirepublikanischen Milieu der Nachkriegszeit. An der Auslösung des lettischen Staatsstreichs im April 1919 hatte er maßgeblichen Anteil und erlangte so erstmals reichsweite Aufmerksamkeit. Nach der Rückkehr aus dem Baltikum beteiligte er sich mit seinem Korps am Kapp-Putsch und bei der anschließenden Niederschlagung des Ruhraufstands. Nach der Auflösung seines Freikorps bemühte sich Pfeffer mehrmals um den Aufbau verschiedener antirepublikanischer Freikorpsnachfolgeorganisationen. Während des dritten polnischen Aufstandes 1923 kommandierte er in Oberschlesien erneut einen Freiwilligenverband. Bereits ein Jahr zuvor hatte er mit Maria Raitz von Frentz eine Tochter aus einer der ältesten Adelsfamilien Deutschlands geheiratet. Aus der glücklichen Ehe sollten bis 1932 fünf Kinder hervorgehen. Zurück aus Oberschlesien etablierte er sich rasch im politisch radikal-rechten Spektrum Westfalens. Während der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebietes kooperierte Pfeffer erneut mit staatlichen Stellen. Von Münster aus organisierte er den aktiven Widerstand im nördlichen Ruhrgebiet.

Nach dessen Abbruch stieg Pfeffer rasch zum westfälischen Gauleiter, zunächst der NSDAP-Vorläuferorganisationen und schließlich, nachdem er sich zu Jahresbeginn 1925 als einer der ersten norddeutschen Regionalführer zu Hitler bekannt hatte, der NSDAP auf. In dieser Position trug er maßgeblich dazu bei, dass sich die bis 1923 noch größtenteils auf Bayern beschränkende NSDAP im Norden etablierte. Im Herbst 1925 war Pfeffer Mitinitiator der »Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gauleiter der NSDAP« und spielte in deren Rahmen eine maßgebliche Rolle. Die Zusammenfassung der Gaue Rheinland-Nord und Westfalen zum sogenannten, bis 1932 bestehenden, »Großgau Ruhr« ging auf seinen Anstoß zurück.

Im Herbst 1926 wurde Pfeffer von Hitler zum Obersten SA-Führer berufen und mit dem Aufbau einer zentralen Obersten SA-Führung (OSAF) in München beauftragt. Im Münchener Führungszirkel der NSDAP, auf dem Höhepunkt seiner Karriere, baute er zwischen 1926 und 1930 die SA zu einem veritablen, auf Hitler ausgerichteten Machtinstrument aus und legte damit die Grundlage zu den späteren Propagandaerfolgen, ohne die die »Machtergreifung« der NSDAP 1933 kaum vorstellbar gewesen wäre. Als Osaf war er zugleich einer der engsten Mitarbeiter Hitlers und wirkte, trotz der aufzuzeigenden Kontroversen, an der Durchsetzung seines uneingeschränkten Führungsanspruches in der Partei maßgeblich mit. Nach seiner Demission im Spätsommer 1930 erfolgte ein rasanter Abstieg. Bis zu seiner Wahl in den Reichstag im November 1932 blieb Pfeffer ohne Funktion. Erst im Sommer 1934 erhielt er erneut ein offizielles Parteiamt und wurde für einige Monate

zum »Beauftragten des Führers in Kirchenangelegenheiten« bestellt. Von den Ereignissen um den »Röhmputsch« blieb er unbehelligt. In den kommenden Jahren wurde Pfeffer, inzwischen dem Stab des Stellvertreters des Führers (StdF) zugeordnet, jedoch nur noch mit Aufgaben von immer geringerer Reichweite und Bedeutung betraut. Im Zuge des Fluges seines Vertrauten Rudolf Heß nach Schottland erfolgte 1941 der Parteiausschluss. Mehrfach wurde er in den folgenden Jahren bis 1945 verhaftet. Das Kriegsende erlebte er dennoch unbeschadet in München. Pfeffer starb im Jahr 1968 im Münchener Stadtteil Pasing.

Schon angesichts dieser biographischen Skizze wird deutlich, dass sich eine Studie zur Person Pfeffers keineswegs nur einem einzigen thematischen Nukleus widmen kann. Vielmehr stehen zwar Freikorps- und SA-Zeit im Mittelpunkt der Biographie, das historische Erkenntnisinteresse, das mit der Betrachtung und Analyse der Person einhergeht, geht jedoch darüber hinaus. Dies gilt umso mehr, da sich Pfeffers Werdegang mit den Stationen Freikorps in Westfalen, im Baltikum und in Schlesien, bündische Strukturen der Freikorpsnachfolgeorganisationen, Hitlerputsch in Norddeutschland, Geheimdiensttätigkeit im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs oder auch seiner Tätigkeit im Stab des Stellvertreters des Führers, fast permanent im »toten Winkel« der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts bewegte.

Zugleich weist dieser Befund auch auf die Grenzen der Biographie hin. Diese sind in erster Linie definiert durch eine, noch darzustellende, zumeist problematische Quellensituation. Zudem agierte Pfeffer in schon für die Zeitgenossen undurchschaubaren und heute kaum noch zu rekonstruierenden Milieus und Kontexten.[7] Beides hatte zur Folge, dass schon die reine Rekonstruktion des Werdegangs des Protagonisten eines erheblichen Aufwandes bedurfte. Die vorliegende Untersuchung erhebt daher nicht den Anspruch einer lückenlosen, kontinuierlich nachgezeichneten Lebensbeschreibung des Franz von Pfeffer. Gleichzeitig kann es gemäß den Anforderungen an eine moderne, wissenschaftliche Biographie auch keineswegs nur darum gehen, ausschließlich eine individuelle »Charakterstudie« des Protagonisten zu erstellen oder Pfeffers »Weg durch die Zeit« zu beschreiben. Auch kann die Biographie natürlich nicht mit den systematischen Forschungen zur Geschichte bestimmter sozialer

7 Auch hier finden sich zum Werdegang Pfeffers immer wieder Fehler. So etwa in: Walter Oehme: Kommt »Das Dritte Reich«?, Berlin 1930, S. 114; Julius von Engelbrechten: Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, München u. a. 1937, S. 34; Albert Krebs: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 220. Auch die immer wieder anzutreffende Verwechslung Franz von Pfeffers mit seinem Bruder Fritz hatte bereits zeitgenössisch ihren Ursprung: BArch: PK – Franz von Pfeffer, Bl. 740. Siehe auch in der Wissenschaft etwa Bernhard Sauer: Goebbels' »Rabauken«. Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg, in: Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2006, S. 107-164, S. 150; Hermann Meyer: Blutiges Edelweiß. Die 1. Gebirgs-Division im Zweiten Weltkrieg, Berlin[3] 2010, S. 49.

Gruppen konkurrieren. Zu der in den letzten Jahren stark vorangetriebenen kulturhistorischen Erforschung des Adels[8] kann sie nur insofern einen Beitrag leisten, dass dieser ein Einzelfall hinzugefügt wird.[9]

Vielmehr sollen in einer Art politischer Schwerpunktbiographie Stationen und Determinanten des politischen Lebens Franz von Pfeffers aufgezeigt und dessen Wirken und Wirkung untersucht werden. Gleichzeitig muss es Ziel der Untersuchung sein, Pfeffer in seiner Zeit zu verankern und die einzigartige Perspektive der Biographie Pfeffers als Zugang zu breiter angelegten Problemstellungen im Umfeld des Protagonisten zu nutzen. So sollen etwa querschnittartig und epochenübergreifend neue Erkenntnisse rund um die Lebenswelt und das soziokulturelle Umfeld des Protagonisten zutage gefördert werden und gleichzeitig der bisherige Stand der Forschungen kritisch überprüft werden. Ausgehend von zentralen Wegmarken des Werdegangs Pfeffers untersucht die Studie des Weiteren anhand konkreter Fragestellungen Strukturen und Funktionieren von Systemen sowie deren Wechselwirkung mit der Biographie des Protagonisten.

Fragestellungen

Der biographische Zugang ist geprägt von einer immanenten Wechselwirkung zwischen Individuum und Struktur.[10] Obgleich bei der vorliegenden Arbeit in erster Linie überindividuelle – »strukturgeschichtliche« – Fragestellungen im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses stehen, ist es zugleich doch auch Ziel der Studie, die Biographie des Protagonisten in die Wissenschaft einzuführen und damit sein Handeln und Wirken »sichtbarer« zu machen.[11] Trotz aller

8 Stephan Malinowski: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003; Heinz Reif: »Erhaltung adligen Stamms und Namens« – Adelsfamilie und Statussicherung im Münsterland 1770-1914, in: Rosemarie Nave-Herz (Hrsg.): Familie zwischen Tradition und Moderne, Oldenburg 2003, S. 275-309. Vgl. auch die Beiträge in Eckart Conze (Hrsg.): Adel und Moderne. Deutschland im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 2004; Heinz Reif (Hrsg.): Westfälischer Adel 1770-1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite, Göttingen 1979 und Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Europäischer Adel 1750-1950, Göttingen 1990. Vgl. des Weiteren die Bibliographie in Malinowski: Vom König zum Führer, S. 616 ff.

9 Zudem gilt hier zu beachten, dass, obgleich Pfeffer insbesondere durch seine Heirat mit Maria Raitz von Frentz durchaus auch an Adelsnetzwerken partizipierte, die Familie Pfeffer von Salomon erst im Jahr 1866 nobilitiert wurde und damit zu der sozialen Gruppe des Neuadels gehörte, die etwa Malinowski aus plausiblen Gründen von seiner Studie ausschließt. Ebenda, S. 35.

10 Vgl. Hans Bödeker: Biographie. Annäherung an den gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand, in: Hans Erich Bödeker (Hrsg.): Biographie schreiben, Göttingen 2003, S. 9-63, S. 21.

11 Vgl. Christian Klein: »Histoire«: Bestandteile der Handlung, in: Christian Klein (Hrsg.): Handbuch Biographie, Stuttgart, Weimar 2009, S. 204-212, S. 210.

modernen Ansätze ist eine eingehende Betrachtung und Analyse des Wesens und des Charakters des Protagonisten im Rahmen des biographischen Zugangs als Voraussetzung für jedes weitergehende Erkenntnisinteresse nach wie vor unentbehrlich.[12] Im Zuge der erstmalig erfolgten Rekonstruktion des Werdegangs gilt es sich daher insbesondere folgenden personenbezogenen Fragestellungen zu widmen.

- Wer war dieser Mann, dessen Hitler noch in der Extremsituation des »Umfelds Führerbunker« im Frühjahr 1945 gedachte?
- Woher entstammte der alttestamentarische Name, der später Ursache für mannigfache Missverständnisse sein sollte?
- Wie gestalteten sich der Charakter und das Wesen Franz von Pfeffers?
- Was waren die Anstöße, Motive, Ziele und Perspektiven seines Handelns? Was die Folgen?
- Was waren die Determinanten seiner Weltanschauung und wie entwickelte sich diese?
- Und schließlich: welchen Einfluss und welche Wirkung hatte er in seiner Zeit?

Insbesondere mit der letzten Fragestellung wird deutlich, dass eine scharfe Trennung zwischen Biographie und Struktur kaum möglich ist.[13] Dennoch bilden vermehrt »strukturgeschichtliche« Leitfragestellungen den Referenzrahmen, der sich in zwei Hauptteile gliedernden Studie. Der erste Teil, *»Konterrevolutionär«*, widmet sich Pfeffers Werdegang bis zum Jahreswechsel 1923/24 und wird von vier zentralen erkenntnisleitenden Fragestellungen geprägt:

- Wo lagen die Ursprünge des ab November 1918 massiv auftretenden politischen und weltanschaulichen Radikalismus, der so maßgeblich den Lebensentwurf Pfeffers und einer ganzen Generation von Freikorpskämpfern und -führern bestimmte? Insbesondere Einfluss und Wirkung der Vorkriegssozialisation der sozialen Gruppe der jungen wilhelminischen Offiziere gilt es hierzu zu untersuchen.
- Welche Mittel, Wege und Ausdrucksformen fand dieser radikale Antirepublikanismus in der Nachkriegszeit?
- Wie gestalteten sich das Verhältnis und der Umgang des Staates mit den Republikfeinden von rechts?
- Und wie veränderte sich im Zuge der langsam einsetzenden Konsolidierung der republikanischen Staatsgewalt der Handlungsspielraum jener antirepublikanischen Klientel und wie reagierte diese darauf?

12 Jacques LeGoff: Wie schreibt man eine Biographie?, in: Fernand Braudel (Hrsg.): Wie Geschichte geschrieben wird, Berlin 1998, S. 103-112, S. 105 f.

13 Thomas Etzemüller: Die Form »Biographie« als Modus der Geschichtsschreibung, in: Michael Ruck (Hrsg.): Regionen im Nationalsozialismus, Bielefeld 2003, S. 71-90, S. 73; LeGoff: Wie schreibt man eine Biographie?, S. 108.

Insgesamt bleibt das Ziel, den oftmals allgemeinen und theoretischen Darstellungen zur Geschichte der Freikorps einen konkreten Einzelfall hinzuzufügen.

Im zweiten Teil der Arbeit, *»Sozialrevolutionär«*, steht Pfeffers Wirken im Nationalsozialismus ab den Jahren 1924/25 im Mittelpunkt. Anhand seiner Karriere werden hier die Strukturen, Prozesse bzw. Mentalitäten im frühen Nationalsozialismus exemplarisch aufgezeigt. Dabei stehen folgende übergeordneten Fragestellungen im Zentrum der Untersuchung:

- Welche Kräfte und Loyalitäten wirkten in der rechtsradikalen Klientel Westfalens in der »führerlosen Zeit« und welche Folgen ergaben sich daraus?
- Welche Ursachen hatte der rasante Aufstieg Pfeffers in der NSDAP, wie gestaltete sich sein Verhältnis zu Hitler und welche Schlüsse sind daraus für das Funktionieren der NSDAP der Kampfzeit zu ziehen?
- Wie und mit welchen Mitteln nahm Pfeffer zunächst als Gauleiter in Westfalen, innerhalb der AG, an der Ruhr und schließlich als Oberster SA-Führer Einfluss auf die Entwicklung der NSDAP und welche langfristigen Folgen hatte sein Engagement sowohl für die Binnenstruktur der Partei als auch hinsichtlich der »Machtergreifung«?
- Wie gestaltete sich die persönliche Verortung des Protagonisten im Beziehungsgeflecht der NSDAP und welche Rückschlüsse ergeben sich aus dem Wirken Pfeffers in Bezug auf Klientel und Mentalitäten innerhalb der »Kampfzeit«-NSDAP?
- Wo liegen die Ursachen für Pfeffers rasanten Abstieg und seiner Marginalisierung nach 1930?
- Schließlich soll sich auch der Frage der Kontinuitäten zwischen Freikorpsbewegung und NSDAP genähert werden. Inwieweit waren etwa freikorpstypische Mentalitäten wie Eigenständigkeit, autonomes Handeln und Eigenverantwortung kompatibel zur autoritären Führerpartei NSDAP und wo stieß eine Integration (anderer) Freikorpseliten an ihre Grenzen?

Die Einordnung Pfeffers als »Typus« und damit die Frage, ob sein Werdegang als exemplarisch für den Typus des Freikorpsführer gelten kann oder ob insbesondere seine ab dem Jahr 1924 erfolgte Integration und sein Aufstieg in der NSDAP als Sonderfall angesehen werden muss, wird die Studie erst bilanzierend zum Ende aufgreifen. Hiermit soll eine Tendenz, sich bei der Quellensituation geschuldeten »Leerstellen« im Lebenslauf schlicht auf das zuvor festgestellte »Typische« der entsprechenden Klientel oder sozialen Gruppe zurückzuziehen, vermieden werden.[14]

14 Eine Ausnahme bilden hier die Kapitel 1.2 und 1.3 zur militärischen Sozialisation und zum Weltkrieg. Im Hinblick der Bedeutung dieser Jahre für die Vita von Pfeffer und in Anbetracht des nur in geringem Umfang vorhandenen individuellen Quellenmaterials sind hier jedoch Hilfskonstruktionen notwendig. Vgl. insbesondere dazu Kapitel 1.2.

Methodische Überlegungen

Nachdem die Biographik vor allem in den späten siebziger und beginnenden achtziger Jahren auch im Zuge geschichtspolitischer Auseinandersetzungen starker Kritik ausgesetzt war, hat sich ab Mitte der neunziger Jahre auch dank neuer methodischer Ansätze ein bis heute anhaltender Trend hin »zur Biographie« eingestellt.[15] Dieser ging einher mit einer deutlichen Erweiterung der methodischen Vielfalt. So ist mit den Begrifflichkeiten Sammel- und Kollektivbiographien, Täter-, Funktionärs- oder Opferforschungen bzw. den Forschungen zur Alltagsgeschichte nur ein Bruchteil der methodischen Möglichkeiten innerhalb des biographischen Spektrums genannt. Gleichzeitig haben in den vergangenen 20 Jahren Autoren wie Kershaw,[16] Herbert[17] oder Szöllösi-Janze[18] jeden Zweifel an dem Mehrwert des traditionellen Ansatzes ausgeräumt, ja diesen gar zur »Königsdisziplin«[19] der historischen Wissenschaft erhoben.

Trotz dieser Euphorie dürfen jedoch die methodischen Probleme, die der biographische Ansatz mit sich bringt und denen sich die Forschung zur Biographie seit mehr als 100 Jahren widmet,[20] nicht außer Acht gelassen werden. Einige der zentralen Punkte müssen auch hier skizzenhaft genannt sein:

Zweifelsohne führt die intensive Betrachtung einer einzelnen Person zwangsläufig zu einer Perspektivität. Die Gefahr einer Überbetonung des Individuums und dessen Wirkungsgrad ist insbesondere dort immanent, wo, wie auch häufig im Fall Pfeffer, umfangreiche ereignis- und strukturgeschichtliche Vorforschung zum historischen Umfeld des zu Betrachtenden (noch) nicht vorliegt und das Handeln der Person damit im wissenschaftlich »luftleeren« Raum beschrieben wird. Hier bedarf es der stetigen Überprüfung und Relativierung. Auch darf die intensive Beschäftigung mit einer historischen Person weder zu einer zu großen Identifikation mit dieser, noch zu einem anachronistischen

15 So verbindet die moderne Biographik heute Ansätze und Methoden aus den verschiedensten historischen Disziplinen, etwa der politischen Geschichte, der Militär-, Mentalitäts-, Kultur-, Sozial- oder Institutionengeschichte. Vgl. auch zur Entwicklungsgeschichte der Biographie die entsprechenden Beiträge in: Christian Klein (Hrsg.): Handbuch Biographie: Methoden, Traditionen, Theorien, Stuttgart, Weimar 2009, S. 221 ff.; Olaf Hähner: Historische Biographik. Die Entwicklung einer geschichtswissenschaftlichen Darstellungsform von der Antike bis ins 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. u. a. 1999, S. 35 ff.

16 Ian Kershaw: Hitler, München 2002.

17 Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989, Berlin[3] 1996.

18 Margit Szöllösi-Janze: Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie, München 1998.

19 Volker Ulrich: »Biografie. Die schwierige Königsdisziplin«, in: ›Die Zeit‹ 15/2007.

20 Bereits 1895 wurden erstmals die Zeitschrift »Biographische Blätter. Jahrbuch für lebensgeschichtliche Kunst und Forschung« herausgegeben. Derzeit ist unter den Periodika insbesondere die seit 1988 zweimal jährlich herausgegebene »Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen« zu beachten.

oder moralisierenden Urteil führen. Die moderne Biographieforschung hat inzwischen den Mythos der geschlossenen historischen Persönlichkeit, die konsequent einem kohärenten Lebensentwurf folge, widerlegt.[21] Auch bewegt sich das Individuum keineswegs in einem in sich abgeschlossenen Mikrokosmos.[22] Vielmehr ist dieses als Produkt seiner Zeit und als ein Teil des historischen Prozesses, der den Handlungsrahmen, in welchem von dem Individuum nicht beeinflussbare Mechanismen und Interdependenzen wirken, zu begreifen.[23] Von ihm nicht zu beeinflussende individuelle historische und milieu- bzw. gruppenspezifische Bedingungen, wie gesellschaftliche Schicht, Religion, soziale und generationelle Erfahrungsmuster sind maßgeblich für sein Handeln.[24] Die Aufgabe des Biographen ist es daher nicht, das Individuum aus der Struktur herauszulösen, sondern es sowie sein Werk in seiner Zeit zu verorten. Zugleich muss dem Verfasser einer Biographie stets das Spannungsverhältnis zwischen Narrativität und Wissenschaftlichkeit der Darstellung,[25] wie die latente Perspektivität sowie die inszenierte Authentizität einer jeden Biographie bewusst sein.[26] Jeder Versuch einer Biographie ist zudem zwangsläufig eine Inszenierung. Eine Biographie steht stets, ebenso wie jede andere wissenschaftliche Arbeit, etwa durch die Eröffnung neuer Quellen, unter Revisionsvorbehalt und kann demnach immer nur einen vorläufigen Charakter haben.[27]

Selbst von einem der entschlossensten Verfechter der Strukturgeschichte, Hans-Ulrich Wehler, sind jedoch die Vorzüge, die der biographische Ansatz zweifelsfrei mit sich bringt, nicht (mehr) zu bestreiten.[28] So vermag die Biographie zwischen einer Vielzahl häufig isoliert betrachteter Handlungsbereiche einen Bogen zu schlagen und sie miteinander in Beziehung zu setzen. Des

21 Bödeker: Biographie, S. 24 ff.

22 Christoph Gradmann: Nur Helden in weißen Kitteln? Anmerkung zur medizinhistorischen Biographik in Deutschland, in: Hans Erich Bödeker (Hrsg.): Biographie schreiben, Göttingen 2003, S. 243-284, S. 256.

23 Uwe Danker: Der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse. Überlegungen zu seiner Biographie, in: Michael Ruck (Hrsg.): Regionen im Nationalsozialismus, Bielefeld 2003, S. 91-120, S. 94.

24 Pierre Bourdieu: Die biographische Illusion, in: BIOS (1993), S. 75-81. Vgl. dazu Bourdieus Habitus-Konzept, in: Pierre Bourdieu: Zur Soziologie der symbolischen Formen, Frankfurt a. M. 1974, S. 125 ff. Sowie dazu Etzemüller: Die Form »Biographie«, S. 80 ff. Die vorliegende Studie geht auf diese Erkenntnis insbesondere dadurch ein, dass sie im ersten Kapitel der Sozialisation und den historischen Strukturbedingungen, die Rollenverständnis, Attitüde und Charakter des Protagonisten maßgeblich prägten, in besonderem Maße Raum gibt.

25 Bödeker: Biographie, S. 44 ff.

26 Bernhard Fetz: Biographisches Erzählen zwischen Wahrheit und Lüge, Inszenierung und Authentizität, in: Christian Klein (Hrsg.): Handbuch Biographie, Stuttgart, Weimar 2009, S. 46-60, S. 46.

27 Rüdiger Hanuschek: Referentialität, in: Christian Klein (Hrsg.): Handbuch Biographie, Stuttgart, Weimar 2009, S. 12-16, S. 15.

28 Siehe dazu Hans-Ulrich Wehler: Bismarck und der Imperialismus, Frankfurt a. M. 1984, S. 180 ff. und 423 ff.

Weiteren ergibt sich die Möglichkeit, über einen bislang historiographisch unerschlossenen Werdegang – etwa im Fall Pfeffers – neue Erkenntnisse zu scheinbar bereits abschließend bearbeiteten Thematiken – hier zum Beispiel der »Kampfzeit«[29] – zutage zu fördern und zugleich bestehende Thesen der Forschung aus einem neuen Blickwinkel zu beleuchten und neue Aspekte hinzuzufügen. Außerdem kann diese neue Perspektive dazu beitragen, dass, etwa bezgl. der Geschichte der Freikorps, ein etwaiges Quellendefizit zwar nicht überwunden, jedoch in Teilen überbrückt werden kann. So konnten auch im vorliegenden Fall über diesen personenzentrierten Zugang neue Quellen erschlossen werden, die von strukturgeschichtlichen Untersuchungen bislang unbeachtet geblieben sind.

Bei der vorliegenden Arbeit ist das übergeordnete Ordnungselement der Darstellung die Chronologie, die jedoch bisweilen, insbesondere bei Themenkomplexen, bei denen umfangreichere Vorforschungen vorliegen, zugunsten einer analytischeren Herangehensweise durchbrochen wird. Zudem ist dabei festzuhalten, dass die verschiedenen Stationen von Pfeffers Werdegang strukturgeschichtlich in unterschiedlichem Grad aufgearbeitet wurden. Die Arbeit reagiert darauf, indem die Abstraktionsebene der Analyse jeweils dem Stand der Forschungen angepasst wird. Bei wissenschaftlich kaum oder gar nicht erschlossenen Abschnitten – wie etwa den Nachfolgeorganisationen der Freikorps – konzentriert sich die Arbeit zunächst auf die Rekonstruktion der Ereignisse, bevor eine historische Einordnung erfolgt. Bei strukturgeschichtlich gut erforschten Passagen – etwa der SA-Zeit – wird hingegen auf die Darstellung der Ereignisgeschichte weitgehend verzichtet und unmittelbar ein höherer Abstraktions- und Analysemaßstab angesetzt.

Forschungsstand

An Biographien zu Nationalsozialisten im Dritten Reich herrscht heute kein Mangel. Funktionärs-, Militär-, Täter- sowie Opferbiographien liegen sowohl als Einzeldarstellung als auch sammelbiographisch in großer Anzahl vor.[30] Weit zurückhaltender verhielt sich die historische Forschung, wohl häufig

29 Konjunktur hatte die Erforschung der nationalsozialistischen »Kampfzeit« zweifellos in den sechziger Jahren. Spätestens ab Ende der achziger Jahre ist das Interesse hierzu merklich abgeflaut. Dies lag größtenteils daran, dass die Anzahl der verfügbaren Quellen kaum weiter gestiegen ist, während die vorhandenen Quellen in vielen Bereichen als erschöpfend interpretiert galten. Methodisch bietet jedoch ein Perspektivwechsel in der Betrachtung – über die bislang unbekannte Biographie Pfeffers – die Möglichkeit, diese Stagnation zu überwinden.

30 Exemplarisch soll an dieser Stelle genannt sein: Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003. Pfeffer findet etwa Erwähnung in den Sammelbiographien: Campbell: The SA generals; Peter Hüttenberger: Die Gauleiter, Stuttgart 1969.

aufgrund des hier latent vorhandenen Quellenmangels, bei biographischen Darstellungen zu den Freikorpsführern.[31] Während etwa zu Waldemar Pabst, Manfred von Killinger oder Wilhelm Heinz eine oder gleich mehrere Biographien variierender Qualität vorliegen,[32] blieben die Lebensbilder bedeutendster Personen der »langen Freikorpsgeschichte«,[33] etwa Hermann Ehrhardts, Georg Escherichs, Gerhard Roßbachs oder Oskar Hauensteins, bis heute ohne eine konzise wissenschaftliche Aufarbeitung.[34]

Ein ähnliches Bild offenbart sich, betrachtet man die biographische Aufarbeitung von Personen, die zwar im Rahmen des Aufstiegs der NSDAP in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre für die Entwicklung der Partei in verschiedensten Kontexten von wesentlicher Bedeutung waren, jedoch im »Dritten Reich« aus unterschiedlichsten Gründen keine maßgeblichen Funktionen erlangten. Gottfried Feder, Hermann Esser, Kurt Gruber, Walther Stennes, Reinhold Wulle, Franz Stöhr oder etwa Albrecht von Graefe – zu keiner dieser Personen gibt es bis heute eine wissenschaftliche Biographie.[35] Dabei würden solche Arbeiten für eine tiefergehende Erforschung des Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, insbesondere von Strukturen, Denkmustern und personellen Netzwerken, zweifelsohne einen großen Mehrwert darstellen. Auch Franz von Pfeffer, der in beide dieser Kategorien fällt, hat bis heute keine seiner historischen Bedeutung entsprechende Beachtung gefunden. Eine wissen-

31 Eine Ausnahme stellt die Biographie zu Friedrich Wilhelm Heinz dar. Susanne Meinl: Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz, Berlin 2000.

32 Doris Kachulle: Waldemar Pabst und die Gegenrevolution. Vorträge, Aufsätze. Aus dem Nachlaß, Berlin 2007; Klaus Gietinger: Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere, Hamburg 2009; Rüdiger Konrad: Waldemar Pabst. Noskes »Bluthund« oder Patriot?, Beltheim-Schnellbach 2012; Bert Wawrzinek: Manfred von Killinger (1886-1944). Ein politischer Soldat zwischen Freikorps und Auswärtigem Amt, Preußisch Oldendorf 2003; Susanne Meinl: Nationalsozialisten gegen Hitler, Berlin 2000.

33 Unter »lange Freikorpsgeschichte« ist im Folgenden die Zeit bis zur Einstellung des Ruhrkampfes im Herbst 1923 zu verstehen.

34 In einigen wenigen Fällen nahm sich auch die Familie oder das engere persönliche Umfeld dieses Desiderats an. So konnten mittlerweile etwa die Biographien von Paul Schulz, Josef »Beppo« Römer oder – populärwissenschaftlich – Walther Stennes, aufgearbeitet werden. Alexander Dimitrios: Weimar und der Kampf gegen »rechts«. Eine politische Biographie. 3 Bde., Ulm 2009; Fritz Birnstiel et al.: Beppo Römer. Ein Leben zwischen Revolution und Nation, Berlin 1991; Charles Drage: Als Hitler nach Canossa ging, Berlin 1982.

35 Selbst der Werdegang Gregor Strassers, zu dem bis heute lediglich zwei biographische Betrachtungen vorliegen, deren Entstehung bereits über 30 Jahre zurückliegt, kann bis heute keineswegs als abschließend erforscht gelten. Udo Kissenkoetter: Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978; Peter Stachura: Gregor Strasser and the rise of Nazism, London, Boston 1983. Zu Ernst Graf zu Reventlow liegt lediglich eine inzwischen fast 50 Jahre alte Dissertationsschrift vor. Horst Boog: Graf Ernst zu Reventlow 1869-1943. Eine Studie zur Krise der deutschen Geschichte seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, Heidelberg 1965.

schaftliche Biographie liegt nicht vor. Neben den bereits erwähnten wenigen Klein- und Kleinstbeiträgen findet Pfeffer lediglich – zumeist als Neben- oder gar Randfigur – in thematisch einschlägigen Darstellungen Erwähnung. Hier stehen jedoch fast ausschließlich die Funktionen Pfeffers im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Person, Motive und deren Folgen bleiben, auch mangels biographischer Vorarbeiten, zumeist unbeachtet. Es ist daher kaum verwunderlich, dass sich die Autoren bei den seltenen Charakterbeschreibungen des Protagonisten häufig auf einzelne Aspekte des Wesens Pfeffers konzentrierten. So verleiht Malinowski Pfeffer das Prädikat eines »*Gewaltspezialisten*«,[36] Bronder beschreibt ihn als einen »*frommen Katholik[en]*«.[37] Während Höhne Pfeffer dem revolutionären Sozialismus zuordnet,[38] meint Orlow bis in die Mitte der zwanziger Jahre hinein monarchistische Neigungen bei Pfeffer feststellen zu können.[39] Bräuninger rückte Pfeffer in seinem stark zu apologetischen Tendenzen neigenden Werk gar in den Kreis der innerparteilichen »Kontrahenten« Hitlers[40] – ganz im Gegensatz zu Andreas Werner, der in Pfeffer einen »*getreue[n] Parteigänger Hitler[s]*«[41] festzustellen meint. Einig ist man sich bei dem Urteil, in Pfeffer einen Militaristen zu sehen.[42] Hoegner bescheinigt Pfeffer als Osaf unbeliebt gewesen zu sein.[43] Frank betont im Gegensatz dazu Pfeffers politisches Gespür.[44] Campbell geht auf den Charakter Pfeffers etwas detaillierter ein, wenn er schreibt: »he was a genuine leader, a strong-willed personality of great energy and ability, but of equally great arrogance and independence, who did not lack enemies within the NSDAP because of his ambition and lack of tact.«[45] Horn sieht in Pfeffer einen »*der fähigsten Orga-*

36 Stephan Malinowski et al.: Die Reihen fest geschlossen? Adelige im Führerkorps der SA bis 1934, in: Eckart Conze (Hrsg.): Adel und Moderne, Köln 2004, S. 119-150, S. 146.

37 Dietrich Bronder: Bevor Hitler kam. Eine historische Studie, Hannover 1964, S. 182 und 257.

38 Heinz Höhne: Die Machtergreifung. Deutschlands Weg in die Hitler-Diktatur, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 145.

39 Dietrich Orlow: The history of the Nazi Party, Bd. 1, Pittsburgh 1969, S. 100 f.

40 Werner Bräuninger: Hitlers Kontrahenten in der NSDAP. 1921-1945, München 2004, S. 125 ff.

41 Andreas Werner: SA und NSDAP. Studien zur Geschichte der SA und NSDAP 1929-1933, o. O. 1964, S. 360. Auch Werner konzentriert sich in seiner Darstellung auf die organisatorische Tätigkeit Pfeffers, erkennt aber an, dass eine Beschränkung Pfeffers auf seine Funktion als reiner Organisator, seiner Rolle und Bedeutung nicht gerecht wird. Ebenda, S. 357.

42 So u. a. Eleanor Hancock: Ernst Röhm. Hitler's SA chief of staff, New York 2008, S. 106.

43 Wilhelm Hoegner: Die verratene Republik, München 1958, S. 222.

44 Robert Frank: Hitler and the National Socialist Coalition. 1924-1932, Baltimore 1969, S. 93.

45 Bruce Campbell: The SA generals and the rise of Nazism, Lexington² 2004, S. 50.

nisatoren der NSDAP.«[46] Auch Peter Longerich beschreibt die organisatorische Detailversessenheit Pfeffers, hält sich aber genauso wie der wohl beste Kenner der rechten Szene der Weimarer Republik um Münster, Gerd Krüger, mit einer persönlichen Lebens- und Charakterbeschreibung Pfeffers zurück.[47]

Diese wenig substanziellen und in Teilen widersprüchlichen Urteile zu Pfeffer verwundern kaum, tat sich doch bereits die zeitgenössische Publizistik mit einer detaillierteren Beschreibung des häufig in konspirativen Kreisen verkehrenden Hauptmanns schwer. Umso stärker schwankten die Urteile zu Pfeffer von dem jeweiligen politischen Standpunkt des Autors. So betitelte die kommunistische Presse ihn im Nachkrieg als »*Räuberhauptmann*«[48] und der linksgerichtete Journalist Walter Oehme bescheinigte ihm 1930 eine »*wilde Desperadolaufbahn.*«[49] Der zeitweilige Hamburger Gauleiter der NSDAP, Albert Krebs, sah in Pfeffer einen sorglosen »*Abenteurer und Lebemann*«[50] während Hitlers Sekretärin, Christa Schroeder, ihn als »*kritische und stark eigenständige Person*«[51] beschreibt. Hitler sah in seinem Osaf in erster Linie den herausragenden Organisator.[52] Wilhelm Groener attestierte Pfeffer eine »*an Unzurechnungsfähigkeit grenzende Selbstüberschätzung*«,[53] während sein ehemaliger Vorgesetzter und späterer Bewunderer, Otto Wagener, Pfeffer nach dem Zweiten Weltkrieg apologetisch mit den Worten beschrieb: »Pfeffer war ein Mann von bedingungsloser Einsatzbereitschaft, verbunden mit ernstem Abwägen, großem taktischen und politischen Verständnis und einer unbedingten Treue zum gegebenen Wort. Seine besondere Stärke war eine unerhörte Fähigkeit, Menschen zu beurteilen und sein Urteil durch einige charakteristische Striche zum Ausdruck zu bringen.«[54] Vielleicht am interessantesten, da am authentischsten und über einen längeren Zeitraum in verschiedensten Kontexten aufgezeichnet, sind die Einschätzungen, die Joseph Goebbels in seinen Tagebüchern niederschrieb. Auch sie könnten kaum stärker divergieren.[55] Sie schwanken gleich mehrfach und innerhalb kürzester Zeit von der

46 Wolfgang Horn: Der Marsch zur Machtergreifung. Die NSDAP bis 1933, Königstein 1980, S. 288.

47 Peter Longerich: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 52 ff.; Gerd Krüger: »Treudeutsch allewege!«. Gruppen, Vereine und Verbände der Rechten in Münster (1887-1929/30), Münster 1992.

48 ›Rote Fahne‹ vom 12. März 1921: »Räuberhauptmann Pfeffer freigesprochen«. Vgl. Kapitel 2.4.

49 Oehme: Das Dritte Reich, S. 114.

50 Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 219.

51 Christa Schroeder: Er war mein Chef. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler. Hrsg. von Anton Joachimsthaler, Coburg 1999, S. 27 und 30.

52 Heiber: Hitlers Lagebesprechungen, S. 900.

53 Reginald Phelps: Aus den Groener-Dokumenten, IV: Das Baltikum 1919, in: Deutsche Rundschau 76 (1950), S. 830-840, S. 833.

54 Otto Wagener: Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten, 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, Kiel² 1987, S. 15.

55 Nicht viel weniger als auf den Charakter des Betrachteten, weisen diese Zeugnisse auch auf den Charakter des Betrachtenden hin.

Feststellung, dass Pfeffer, der gute und humorvolle Unterhalter und Erzähler,[56] ein »*toller«,*[57] *lieber,*[58] oder »*anständiger Kerl*«[59], ein »*tolles Unikum*«[60] und bisweilen sogar der neben Hitler und Rosenberg in der Münchener Parteileitung einzige Kopf[61] mit »*sehr kluge[n] Ansichten*«[62] sei, bis hin zu dem Befund, Pfeffer sei »*unmöglich*«,[63] ein »*durchtriebener Junge*«,[64] ein unkontrollierbarer »*Freischärler*«,[65] ein »*Intrigant*«,[66] ja ein »*vollkommen chaotischer Mensch, ein politischer Vagant, der zu praktischen Leistungen überhaupt nicht befähigt*« sei.[67]

Bei der Betrachtung des historischen Kontextes, in dem sich Pfeffer bewegte, fällt das Fazit positiver aus. So existieren sowohl zahlreiche wissenschaftliche Publikationen zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der wilhelminischen Gesellschaft[68] um und nach der Jahrhundertwende als auch zur Sozialisation der Offiziere im wilhelminischen Heer.[69] Den Fragen nach den Ursachen

56 Joseph Goebbels: Die Tagebücher, Teil 1: Aufzeichnungen 1923-1941, München 1998 ff., Eintrag vom 22. Oktober 1928.
57 Ebenda, Einträge vom 23. April 1926 und vom 14. Oktober 1931.
58 Ebenda, Eintrag vom 14. Oktober 1927.
59 Ebenda, Eintrag vom 28. Mai 1928.
60 Ebenda, Eintrag vom 22. Oktober 1928.
61 Ebenda, Eintrag vom 25. Oktober 1929.
62 Ebenda, Eintrag vom 24. August 1933.
63 Ebenda, Eintrag vom 21. Januar 1927.
64 Ebenda, Eintrag vom 7. Oktober 1931.
65 Ebenda, Eintrag vom 24. August 1928.
66 Ebenda, Eintrag vom 12. August 1930.
67 Joseph Goebbels: Die Tagebücher. Teil 2: Diktate 1941-1945, München 1994 ff., Diktat vom 25. März 1942.
68 Im Folgenden sollen aus Gründen der Übersichtlichkeit exemplarisch jeweils nur einige wenige Werke genannt werden. Eine umfassendere Bibliographie findet sich im Literaturverzeichnis dieser Arbeit. Siehe hierzu Olaf Blaschke: Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1997; Conze: Adel und Moderne; Wilhelm Deist: Armee und Arbeiterschaft 1905-1918, in: Francia 2 (1974), S. 458-481; Jost Dülffer et al. (Hrsg.): Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Göttingen 1986; Jost Dülffer: Kriegserwartung und Kriegsbild in Deutschland vor 1914, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg, München und Zürich 1994, S. 778-798; Silke Möller: Zwischen Wissenschaft und »Burschenherrlichkeit«. Studentische Sozialisation im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, Stuttgart 2001; Wolfgang Mommsen (Hrsg.): Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt a. M. 1990; Werner Mosse (Hrsg.): Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Ein Sammelband, Tübingen 1976; Frank Sobich: »Schwarze Bestien, rote Gefahr«. Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich, Frankfurt a. M. 2006; Manfred Studier: Der Corpsstudent als Idealbild der Wilhelminischen Ära. Untersuchungen zum Zeitgeist 1888 bis 1914, Schernfeld 1990; Michael Stürmer (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918, Düsseldorf 1970; Peter Walkenhorst: Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890-1914, Göttingen 2007.
69 Detlef Bald: Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierskorps im 20. Jahrhundert, München 1982; Karl Demeter: Das deutsche

der Kriegsniederlage widmete sich bereits in den zwanziger Jahren ein Untersuchungsausschuss des Reichstages, dessen Ergebnisse kurze Zeit später in einem zwölf Bände umfassenden Werk publiziert wurden.[70] Die historische Wissenschaft griff die bereits hier angedeuteten mentalitätsgeschichtlichen Aspekte jedoch erst ab Mitte der 1990er Jahre erneut auf, was, wie zu erwarten war, unmittelbar zu fruchtbaren Erträgen führte.[71] Während damit die menta-

Offizierskorps in Gesellschaft und Staat, Frankfurt a. M. 1962; Wilhelm Deist: Zur Geschichte des preußischen Offizierkorps 1888-1918, in: Hanns Hubert Hofmann (Hrsg.): Das deutsche Offizierkorps 1860-1960, Boppard am Rhein 1980, S. 39-58; Heiger Ostertag: Bildung, Ausbildung und Erziehung des Offizierskorps im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918. Eliteideal, Anspruch und Wirklichkeit, Frankfurt a. M., Bern, New York, Paris 1990; Bernd Schulte: Die deutsche Armee 1900-1914. Zwischen Beharren und Verändern, Düsseldorf 1977; oder Hartmut Wiedner: Soldatenmißhandlungen im Wilhelminischen Kaiserreich (1890-1914), in: Archiv für Sozialgeschichte 22 (1982), S. 159-199. Auch an zeitgenössischen Darstellungen herrscht hier kein Mangel. Siehe beispielsweise etwa Rudolf Krafft: Glänzendes Elend, Stuttgart 1895; Karl Krafft: Dienst und Leben des jungen Infanterie-Offiziers. Ein Lern- und Lesebuch, Berlin 1914; Eduard von Liebert: Heer und Sozialdemokratie, Berlin[2] 1910; Max Loewenthal: Das jüdische Bekenntnis als Hinderungsgrund bei der Beförderung zum preußischen Reserveoffizier, Berlin 1911; Hermann Müller-Brandenburg: Die Erziehung der Truppe zum moralischen Wert in Deutschland, Russland und Japan. Eine vergleichende Studie auf Grund des russisch-japanischen Krieges, Berlin 1905; C. Schaible: Standes- und Berufspflichten des deutschen Offiziers. Für angehende u. jüngere Offiziere d. stehenden Heeres u. d. Beurlaubtenstandes, Berlin 1901.

70 Deutscher Reichstag (Hrsg.): Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919-1930. Vierte Reihe: Die Ursache des deutschen Zusammenbruchs 1918. Zweite Abteilung: Der Innere Zusammenbruch, 12. Bde., Berlin 1928.

71 Vgl. hier entsprechende Beiträge in: Gerhard Hirschfeld et al. (Hrsg.): Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs, Essen 1997; Ders. et al. (Hrsg.): »Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch …«. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, Essen 1993; Wolfram Wette (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München[2] 1995; sowie Thomas Böhm: The great fuck-up. Gewalterfahrungen der britischen Soldaten in der Schlacht an der Somme 1916, Berlin 2009; Jörg Duppler et al. (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999; Martin Kutz: Deutsche Soldaten. Eine Kultur- und Mentalitätsgeschichte, Darmstadt 2006; Rolf Spilker et al. (Hrsg.): Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914-1918; eine Ausstellung des Museums Industriekultur Osnabrück im Rahmen des Jubiläums »350 Jahre Westfälischer Friede«; 17. Mai – 23. August 1998, Bramsche 1998; Bernd Ulrich: Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Wahn und Wirklichkeit; Quellen und Dokumente, Frankfurt a. M. 1995; Ders. et al.: Das soldatische Kriegserlebnis, in: Wolfgang Kruse (Hrsg.): Eine Welt von Feinden, Frankfurt a. M. 1997, S. 127-158; Ders.: Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit 1914-1933, Essen 1997; Benjamin Ziemann: Das »Fronterlebnis« des Ersten Weltkriegs – eine sozialhistorische Zäsur? Deutungen und Wirkungen in Deutschland und Frankreich, in: Hans Mommsen (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung, Köln 2000, S. 43-82. Ders.: Soldaten, in: Gerhard Hirschfeld et al. (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn u. a. 2009, S. 155-168.

litätsgeschichtlichen Entwicklungen unter den einfachen Soldaten im Ersten Weltkrieg umfassend dargestellt wurden, steht eine eingehende Analyse der Radikalisierung des Offizierskorps noch aus.[72]

Die Geschichtsschreibung zu den Freikorps war bis in die sechziger Jahre dominiert von einer unüberschaubaren Anzahl zumeist zeitgenössisch-apologetischer, häufig in Erinnerungsform aufbereiteter Darstellungen.[73] Eine Einzeldarstellung zum Freikorps von Pfeffer liegt allerdings nicht vor, obgleich dieses schon in Anbetracht seiner Stärke als eines der bedeutendsten angesehen werden muss.[74] Die zu den Korps vorliegende quantitativ unüberschaubare und zugleich qualitativ unzuverlässige Materialmenge trug wohl auch dazu bei,

72 Einen der raren Versuche unternehmen hier Werner Angress et al. (Hrsg.): Willensmenschen. Über deutsche Offiziere, Frankfurt 1999.

73 Um nur die bekanntesten Darstellungen zu nennen: Curt Hotzel (Hrsg.): Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs, Stuttgart 1934; Ernst Jünger (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929; Edgar von Schmidt-Pauli: Geschichte der Freikorps 1918-1924, Stuttgart² 1936; Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929; sowie Ernst von Salomon: Hexenkessel Deutschland, in: Ernst Jünger (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 13-38; Ernst von Salomon: Der Sturm auf Riga, in: Ernst Jünger (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 98-111. Vgl. auch politisch neutraler: Reichskriegsministerium (Hrsg.): Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen. Bd. II: Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga Januar bis Mai 1919, Berlin 1937. Besonders die nach 1933 entstandenen Werke sind zudem geprägt vom Topos der ›Zerschlagung‹ des republikanischen Systems durch die Nationalsozialisten. Vgl. dazu auch: BA-MA: MSG 3/4218, »Feldpostbriefe für Freikorpskämpfer«; Josef Bischoff: Die letzte Front. Geschichte der Eisernen Division im Baltikum 1919, Berlin 1935; Cordt von Brandis: Baltikumer, Berlin 1939; Arnolt Bronnen: O. S., Berlin 1930; Friedrich Glombowski: Organisation Heinz (O. H.). Das Schicksal der Kameraden Schlageters nach Akten bearb.; mit 94 Bildern im Text u. auf Kunstdrucktaf., Berlin 1934; Rüdiger von der Goltz: Baltikum, in: Hans Roden (Hrsg.): Deutsche Soldaten, Leipzig 1935, S. 97-101; Rüdiger von der Goltz: Als politischer General im Osten. Finnland und Baltikum 1918 und 1919, Leipzig² 1936; Hans Roden (Hrsg.): Deutsche Soldaten. Vom Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht, Leipzig 1935; Ernst von Salomon (Hrsg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938; Ders.: Die Geächteten, Gütersloh 1938. Gleichsam zu dieser Erinnerungsliteratur entstand im Rahmen der nationalen Geschichtsschreibung auch eine Reihe von halb-wissenschaftlichen Ausführungen, die einer ebenfalls wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten können. So etwa: Friedrich von Oertzen: Die deutschen Freikorps 1918-1923, München 1938; Ernst von Salomon: Nahe Geschichte. Ein Überblick, Berlin 1936; Paul Wentzcke: Den Helden des Ruhrkampfes, Düsseldorf 1931; Paul Wentzcke: Geschichte des Ruhrkampfes als Aufgabe und Erlebnis. Vortrag vom 9. Dezember 1928 in Frankfurt a. M. und am 18. Februar 1929 in Essen, Düsseldorf o. J.

74 Schmidt-Pauli: Geschichte der Freikorps, S. 361. Auf die Bedeutung des Freikorps weist auch ein überliefertes Findbuch aus dem ausgebrannten Potsdamer Heeresarchiv hin. Im Jahr 1942 lagen hier zum Freikorps Pfeffer 79 Akten in drei Gefachen vor. Hinzu kamen zwei weitere Akten zur »Heimatschutzkompanie Pfeffer«. Zum Vergleich existierten von den heute weit bekannteren Freikorps »Eiserne Division« nur 30 Akten; Freikorps Lichtschlag nur 38 Akten; vom Freikorps Hülsen nur 14 Akten; und sogar vom Freikorps Lützow mit 79 Akten in allerdings nur 2,5 Gefachen

dass erst im Jahr 1969 mit Hagen Schulzes Werk eine bahnbrechende Studie zu den Freikorps erschien, die bis heute als Standardwerk gelten muss.[75] Die Darstellung Schulzes endet im Jahr 1921, ein Makel, den wenige Jahre später Hannsjoachim Koch, der in seinem Überblickswerk den Betrachtungszeitraum bis ins Jahr 1923 erweiterte, beseitigte.[76] Weitere größere Monographien zur Freikorpsgeschichte stehen seitdem aus.[77] Die Tatsache, dass insgesamt, trotz der dargestellten Ansätze, die Geschichte der Freikorps bislang im Schatten der großen Forschungstrends blieb, zeigt auch der Mangel an Darstellungen zum Wirken einzelner Freikorps und ihrer Führer.[78]

Die Geschichte der Freikorpsnachfolgeorganisationen muss nach wie vor als ein Desiderat gelten. Da mangels zuverlässiger Quellen diesbezügliche Einzelstudien einen Rechercheaufwand bedeuten,[79] der nur selten im Verhältnis

weniger Dokumente als von Pfeffers Freikorps. BArch-MA: RH 18/725, Bl. 1, 10 f. und Bl. 29.

75 Hagen Schulze: Freikorps und Republik. 1918-1922, Boppard am Rhein 1969. Zeitlich früher sind lediglich erwähnenswert: Harold Gordon: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926, Frankfurt a. M. 1959 sowie Jacques Benoist-Méchin: Geschichte der deutschen Militärmacht, Bd. 1 und 2, Hamburg 1965.

76 Hannsjoachim Koch: Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923, Dresden 2002, erstmals 1978. Vgl. auch Rainer Wohlfeil: Heer und Republik, in: Hans Meier-Welcker et al. (Hrsg.): Handbuch zur Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/VI, München 1979, S. 11-303, S. 66 ff. Birnstiel widmet sich in seinen Beiträgen (Fritz Birnstiel: Die deutschen Freikorps von 1918-1923, Teil 1 und 2, in: Kampftruppen/Kampfunterstützungstruppen 1985, S. 280-286 und ebenda 1986, S. 29-35) fast ausschließlich militärhistorischer Belange. Venners Darstellung, Dominique Venner: Söldner ohne Sold. Die deutschen Freikorps 1918-1923, Wien 1974, genügt hingegen nicht wissenschaftlichen Standards.

77 Beachte jedoch den unlängst erschienenen exzellenten Beitrag von Boris Barth: Boris Barth: Freiwilligenverbände in der Novemberrevolution, in: Rüdiger Bergien (Hrsg.): Spießer, Patrioten, Revolutionäre, Göttingen 2010, S. 95-117.

78 Nur Thoms und Korzetz gehen in ihren Darstellungen näher auf die Gründungs- und Wirkungsgeschichte einzelner Korps ein: Ingo Korzetz: Die Freikorps in der Weimarer Republik: Freiheitskämpfer oder Landsknechthaufen? Aufstellung, Einsatz und Wesen bayerischer Freikorps, Marburg 2009; Robert Thoms et al.: Handbuch zur Geschichte der deutschen Freikorps, Bad Soden-Salmünster 2001. Auch zu dem Wirken der Freikorps und ihrer Führer im Baltikum oder in Schlesien finden sich aufgrund der diffizilen Quellensituation kaum Einzeldarstellungen. Vgl. Bernhard Sauer: Vom Mythos eines ewigen Soldatentums. Der Feldzug deutscher Freikorps im Baltikum im Jahre 1919, in: ZfG 43 (1995), S. 869-902; Ders.: »Auf nach Oberschlesien«. Die Kämpfe der deutschen Freikorps 1921 in Oberschlesien und den anderen ehemaligen deutschen Ostprovinzen, in: ZfG 58 (2010), S. 297-320. Vgl. auch die Einzeldarstellung zum Freikorps Oberland: Hans Kuron: Freikorps und Bund Oberland. Inaugural-Dissertation, Erlangen 1960. Vgl. auch Robert Thoms: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Freikorps 1918-1923, Berlin 1997.

79 Auch zeitgenössische Vorarbeiten geben nur kursorisch Einblick in die Personennetzwerke und deren Strömungen und Tendenzen. Vgl. hier insbesondere die Arbeiten des Journalisten Emil Julius Gumbel: Emil Gumbel: »Verräter verfallen der Feme«, Berlin 1929; Emil Gumbel: Verschwörer, Wien 1924; sowie Emil Gumbel: Vom

zum erwartenden historischen Mehrwert stünde, hielt sich die historische Wissenschaft hier merklich zurück.[80] So sind auch die Episoden der von Pfeffer geführten Freikorpsnachfolgeorganisationen »Arbeitsgemeinschaft P.« sowie des Frontbundes bislang wissenschaftlich vollständig unbeachtet geblieben.

Das rechte Milieu Münsters, in dem sich Pfeffer in den Jahren 1922 bis 1925 bewegte, kann hingegen als gut erforscht gelten. So schildert Gerd Krügers brilliante Studie den Auf- und Abstieg der Rechten in Münster um das Jahr 1923.[81] Gleichzeitig revolutionierte der Autor mit der Erschließung des Quellenbestandes »Zentrale Nord« im Münsteraner Staatsarchiv den Blick auf den aktiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung.[82] Explizit der Geschichte des Ruhrkampfes widmen sich daneben eine ganze Reihe von Werken, unter denen Paul Wentzckes Ruhrkampfepos aus dem Jahr 1932, wenngleich apologetisch angelegt, aufgrund der Pionierleistung eine Sonderstellung zukommt.[83]

Fememord zur Reichskanzlei, Heidelberg 1962. Vgl. auch Karl-Günther Heimsoth: Freikorps greift an! Militärische Geschichte und Kritik der Angriffs-Unternehmen in Oberschlesien 1921, Berlin 1930; oder Friedrich Heinz: Die Nation greift an, Berlin 1933.

80 Howard Stern: The Organisation Consul, in: Journal of Modern History 35 (1963), S. 20-32; Bernhard Sauer: Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, Berlin 2004. Vgl. auch Martin Sabrow: Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar, München 1994.

81 Krüger: Treudeutsch. Vgl. auch Ludger Grevelhörster: Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993.

82 Krüger ließ dem in den darauffolgenden Jahren mehrere vertiefende Aufsätze folgen: Gerd Krüger: Überwachung und »Bestrafung« nonkonformen Verhaltens während und nach der Ruhrbesetzung (1923-1926), in: Kulturwissenschaftliches Institut Jahrbuch 1997/98 (1998), S. 264-284; Ders.: »…ich bitte, darüber nichts sagen zu dürfen«. Halbstaatliche und private politische Nachrichtendienste in der Weimarer Republik, in: Zeitgeschichte 27 (2000), S. 87-107; Ders.: »Ein Fanal des Widerstandes im Ruhrgebiet«. Das »Unternehmen Wesel« in der Osternacht des Jahres 1923. Hintergründe eines angeblichen »Husarenstreichs«, in: Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen 24 (2000), S. 95-140; Ders.: »Wir wachen und strafen!« Gewalt im Ruhrkampf von 1923, in: Gerd Krumeich et al. (Hrsg.): Der Schatten des Weltkriegs: die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 233-256; Ders.: Aktiver und passiver Widerstand im Ruhrkampf 1923, in: Günther Kronenbitter (Hrsg.): Besatzung, Paderborn; München 2006, S. 119-130.

83 Paul Wentzcke: Ruhrkampf. Einbruch und Abwehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Bd. 2, Berlin 1932. Vgl. des Weiteren dazu Klaus Pabst: Der Ruhrkampf, in: Walter Först (Hrsg.): Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, Köln 1972, S. 11-50; Wolfgang Ferner: Das Deuxième Bureau der französischen Armee. Subsidiäres Überwachungsorgan der Reichswehr 1919-1923, Frankfurt a. M. 1982; Barbara Müller: Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen, Münster 1995; Gerd Krumeich: Der ›Ruhrkampf‹ als Krieg: Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt, in: Gerd Krumeich et al. (Hrsg.): Der Schatten des Weltkriegs: die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 9-24; und Christoph Corne-

Versuche, Kontinuitätslinien von den Freikorps zum Nationalsozialismus herauszuarbeiten wurden zumeist im angelsächsischen Raum unternommen[84] und führten nicht selten zu deren Überbetonung, wie Matthias Sprenger in seiner Dissertation zum Freikorpsmythos belegt.[85]

Weniger abstrakt untersuchten gleich mehrere Darstellungen mit reichsweitem[86] sowie regionalgeschichtlichem, spezifisch-westfälischem,[87] Fokus die Entwicklung der politischen Rechten hin zum Nationalsozialismus nach der Neugründung der NSDAP. Mühlberger und Böhnke widmeten sich dabei zugleich dem Aufbau und der Entwicklung des Gaues Westfalen und der Ruhr, ohne dabei jedoch den eigentlichen Protagonisten – Pfeffer – in den Fokus zu setzen. Eine Analyse der Verbindungen nach München nach dem Vorbild der Studie Hanna Behrends zu den Beziehungen zwischen der NSDAP-Parteileitung und dem Gau Süd-Hannover-Braunschweig vor 1933,[88] steht dagegen für Westfalen noch ebenso aus wie die Untersuchung und Einordnung der Motive und Zielsetzungen der entscheidenden Personen.

Zur Geschichte der »Arbeitsgemeinschaft der nord-westdeutschen Gauleiter der NSDAP« liegen mehrere Darstellungen vor.[89] Die Pilotstudie verfasste der

lißen: Vom »Ruhrkampf« zur Ruhrkrise: Die Historiographie der Ruhrbesetzung, in: Gerd Krumeich et al. (Hrsg.): Der Schatten des Weltkriegs: die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 25-45.

84 Robert Waite: Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918-1923, Cambridge 1970 (erstmals erschienen 1952); Nigel Jones: Hitler's heralds, London 1987. Deutlich differenzierter hier: Bruce Campbell: From Landsknecht to political soldier. The political and military development of the highest leaders of the SA, Madison 1988.

85 Matthias Sprenger: Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich? Zu Genese und Wandel des Freikorpsmythos, Paderborn 2008, hier: S. 220f. Eine solche Überbetonung ist bereits – zumeist aus politischen Gründen – bei der ab 1933 mannigfach erschienenen Zeitzeugenliteratur festzustellen. Etwa: Heinz: Nation, S. 94.

86 Siehe etwa Frank: Hitler; Wolfgang Horn: Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP. 1919-1933, Düsseldorf 1972; Reinhard Mann (Hrsg.): Die Nationalsozialisten, Stuttgart 1980; Ulrich Wörtz: Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Strasser-Kreises in der NSDAP, Stuttgart 1966. Siehe auch: Mathias Rösch: Die Münchner NSDAP 1925-1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik, München 2002.

87 Neben erneut Krüger: »Treudeutsch«; siehe hier Wilfried Böhnke: Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Bonn 1974; und Mühlberger: National Socialism in Westphalia.

88 Hanna Behrend: Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921-1933. Ein Beitrag zur Führungsstruktur der nationalsozialistischen Partei, Frankfurt a. M. 1981.

89 So sind hier zu beachten: Gerhard Schildt: Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West 1925/26, Freiburg im Breisgau 1964; Reinhard Kühnl: Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Strasser-Programm von 1925/26. Dokumentation, in: VfZ 14 (1966), S. 317-333; sowie unlängst Markus März: Nationale Sozialisten in der NSDAP. Strukturen, Ideologie, Publizistik und Biographien des national-sozialistischen Strasser-Kreises von der AG Nordwest bis zum Kampf-Verlag 1925-1930, Graz 2010.

Braunschweiger Historiker Gerhard Schildt bereits im Jahr 1964 als Dissertationsschrift. Schildt griff dabei auch auf Interviewaussagen der noch lebenden Zeitzeugen – unter anderem Pfeffer und Stennes – zurück, denen er jedoch quellenkritisch nur eine begrenzte Aussagekraft zurechnete.[90] Mit Ausnahme der Arbeit Schildts standen im Rahmen der wissenschaftlichen Betrachtungen der AG stets Ziele und Motive der »nationalsozialistischen Linken« – Strassers und vor allem Goebbels' – im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses, so dass diese bis heute als weitestgehend aufgearbeitet gelten können.[91] Im Gegensatz dazu wurden Wirkung und Einflüsse Pfeffers in der AG, trotz seiner Funktion als Mitinitiator der AG, nicht selten fast vollständig außer Acht gelassen oder auf die bloße Beschreibung seiner Tätigkeit beschränkt.[92]

Die Geschichte der Entwicklung der SA ist weitgehend erschlossen. Die erste große Studie zur SA-Geschichte verfasste Wolfgang Sauer im Rahmen des von ihm zusammen mit Karl Bracher, Karl Diedrich und Wolfgang Schulz verfassten Pionierwerks zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland in den Jahren 1933/34.[93] Dieser Arbeit folgte wenige Jahre später die Studie des Zeitzeugen und Historikers Bennecke und die detailreiche Dissertation Andreas Werners,[94] die bis heute, zusammen mit Peter Longerichs »Braunen Bataillone«, als Standardwerk zur Geschichte der SA gelten muss.[95] Im Zentrum aller genannten Betrachtungen steht jedoch stets die Entwicklung

90 Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West.

91 Vgl. dazu auch über die AG hinausgehend: Otto-Ernst Schüddekopf: Linke Leute von rechts, Stuttgart 1960; Reinhard Kühnl: Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Strasser-Programm von 1925/26. Dokumentation, in: VfZ 14 (1966), S. 317-333.

92 So etwa in März: Nationale Sozialisten. Neben der begrenzten Anzahl an zuverlässigen Quellen dürfte eine Ursache dafür auch in den widersprüchlichen, von Erinnerungslücken durchzogenen und nicht selten auch bewusst objektiv wie subjektiv falschen Erinnerungsaussagen Pfeffers liegen. Vgl. zur kritischen Auseinandersetzung insbesondere Kapitel 9.2.

93 Karl Bracher et al.: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln u. a. 1960.

94 Heinrich Bennecke: Hitler und die SA, München u. a. 1962; Andreas Werner: SA und NSDAP. Studien zur Geschichte der SA und NSDAP 1929-1933, o. O. 1964.

95 Peter Longerich: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989. Weiter sind zur Geschichte der SA zu nennen: Frank: Hitler, S. 261 ff.; Charles Bloch: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt a. M. 1970; Peter Merkl: Political violence under the Swastika, Princeton, NJ 1975; Richard Bessel: Political violence and the rise of nazism. The storm troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984; Jill Halcomb: The SA. A historical perspective, Overland Park 1985; Bruce Campbell: From Landsknecht to political soldier. The political and military development of the highest leaders of the SA, Madison 1988; Thomas Balistier et al.: Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA, Münster 1989; Campbell: The SA generals; sowie sozialgeschichtlich: Peter Merkl: The making of a stormtrooper, Princeton 1980; Conan Fischer: Stormtroopers. A social, economic and ideological analysis, 1929-35, London 1983; und Mathilde Jamin: Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

der SA ab 1930.[96] Neben dem langen Schlagschatten der charismatischen Figur Ernst Röhm – in dem zweifelsohne auch Pfeffer stand und steht[97] – sowie der besonderen Anziehungskraft der Ereignisse um den 30. Juni 1934, lag der Grund dafür auch in der beschränkten Anzahl an Quellen für den Zeitraum vor dem Schlüsseljahr 1930. So liegen insbesondere zum SA-Chef Pfeffer nur wenige persönliche Dokumente vor, auch standen biographische Vorforschungen zur Person aus. Fast zwangsläufig konzentrierte sich die Forschung zur SA vor 1930 auf die von Pfeffer ab November 1926 herausgegebenen SA-Befehle (SABE) sowie auf die ab 1927 erlassenen und von Hitler gegengezeichneten »Grundsätzliche[n] Anweisungen für die SA« (GRUSA) und auf deren Organisationsgeschichte.[98] Die persönliche Perspektive des Osaf fand, ebenso wie sein Verhältnis zu Hitler, nur selten Beachtung. Eine dezidierte Analyse der Rolle und der Motive Pfeffers zwischen Herbst 1926 und Spätsommer 1930 stand bis dato noch aus. Zugleich ist in dieser dennoch historisch am besten aufgearbeiteten Passage in der Biographie Pfeffers die klare Tendenz zur »Objektivierung« seiner Person zu erkennen. So wurden vorwiegend lediglich die bloßen Handlungen Pfeffers aufgezeigt, ohne jedoch auf die Motive des Handelnden näher einzugehen. Nicht selten wird Pfeffer damit mehr als abhängiger Faktor, denn als eigenständige Variable oder Größe dargestellt. So ist es kaum verwunderlich, dass zum Beispiel die Frage nach der Legalitätstaktik der SA bis 1930 ebenso wie die genauen Umstände der Demission Pfeffers bis heute kaum analytisch aufgearbeitet wurden. Insgesamt lässt sich zudem konstatieren, dass, obgleich die Geschichte der SA, genauso wie die der »Kampfzeit« der NSDAP allgemein, Gegenstand zahlreicher Untersuchungen war und ist, anders als zur Geschichte des Dritten Reiches, große wissenschaftliche Kontroversen hierzu heute nicht bestehen.

Für die Stationen von Pfeffers Werdegang nach 1933 ergibt sich ein fast einheitliches Bild. Zwar wurden die Kirchenpolitik des Jahres 1934, die Österreichpolitik desgleichen Jahres, die Mixed Claims Commission 1936 sowie der Heß-Flug historisch – im letzteren Fall soweit es die zugänglichen Quellen zulassen – aufgearbeitet, Pfeffers Rolle schenkte man jedoch auch hier kaum Aufmerksamkeit. Zur Kirchengeschichte 1934 liegen neben zahlreichen

96 Eine Ausnahme stellt hier lediglich Werner dar, der auch der Zeit vor 1930 vergleichsweise viel Raum gibt.

97 So urteilt Bloch schlicht: Pfeffer »war eine weniger markante Persönlichkeit als Röhm«. Bloch: Die SA, S. 24. Siehe auch Longerich: Die braunen Bataillone, S. 54 ff. So war Pfeffer mit seinem »Primat der inneren Organisation« in der Öffentlichkeit weit weniger präsent als Röhm. Vgl. dazu schon zeitgenössisch BA-Berlin: R 1501/125791, Bl. 181 ff.

98 Auch die mannigfach vorliegenden Studien zur Sozialgeschichte der SA betrachten mangels veritabler empirischer Quellen fast ausschließlich die Zeit nach 1930.

Studien[99] auch einschlägige publizierte Quellenwerke vor.[100] Dem Juliputsch 1934 in Österreich widmeten sich naturgemäß österreichische Historiker.[101] Lange Zeit kontrovers diskutiert wurde dabei die Frage, ob Hitler in die Putschpläne der österreichischen Nationalsozialisten eingeweiht war oder sie gar anordnete.[102] Eine Frage, die – nach der Herausgabe der Goebbels-Tagebücher – von Kurt Bauer in seiner preisgekrönten Monographie »Elementarereignis« – wohl abschließend – bejaht werden konnte.[103]

99 So etwa Gerhard Schäfer: Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus. Eine Dokumentation zum Kirchenkampf. Bd. 3: Der Einbruch des Reichsbischofs in die Württembergische Landeskirche 1934, Stuttgart 1974; Heinrich Schmid: Apokalyptisches Wetterleuchten. Ein Beitrag der Evangelischen Kirche zum Kampf im »Dritten Reich«, München[48] 1947; Ernst Deuerlein: Das Reichskonkordat. Beiträge zu Vorgeschichte, Abschluß und Vollzug des Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933, Düsseldorf 1956; Guenter Lewy: Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965; Leonore Siegele-Wenschkewitz: Nationalsozialismus und Kirche. Religionspolitik von Partei und Staat bis 1935, Düsseldorf 1974; Klaus Scholder: Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 2: Das Jahr der Ernüchterung 1934: Barmen und Rom, Berlin 1985; Klaus Scholder (Hrsg.): Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1988.

100 Einschlägig sind hier u. a.: Christian Stoll (Hrsg.): Dokumente zum Kirchenstreit. Bd.: 5 Der Weg der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, München 1935; Heinrich Hermelink: Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1945, Tübingen 1950; Bernhard Stasiewski (Hrsg.): Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche. Bd. I: 1933-1934, Mainz 1968; Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches. Bd. 2: 1934-1935. Vom Beginn des Jahres 1934 bis zur Errichtung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten am 16. Juli 1935, Mainz 1975.

101 So besonders bemerkenswert: Gerhard Jagschitz: Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich, Graz 1976; Norbert Schausberger: Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien 1978; Hans Schafranek: Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien 2006; Kurt Bauer: Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934, Wien 2003.

102 Vgl. zur Kontroverse: Hellmuth Auerbach: Eine nationalsozialistische Stimme zum Wiener Putsch vom 25. Juli 1934, in: VfZ 12 (1964), S. 201-218, S. 206; Dieter Ross: Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933-1934, Hamburg 1966, S. 218 ff.; Jagschitz: Nationalsozialisten in Österreich, S. 78 f.; Schausberger: Der Griff nach Österreich, S. 285 ff.; Bruce Pauley: Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988, S. 133 ff.; Gerhard Jagschitz: 25. Juli 1934: Die Nationalsozialisten in Österreich, in: Rolf Steininger et al. (Hrsg.): Österreich im 20. Jahrhundert, Wien u. a. 1997, S. 257-308, S. 275 f.; Kershaw: Hitler. Bd. 1, S. 658; Gottfried-Karl Kindermann: Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront 1933-1938, München 2003, S. 201 ff.; Kurt Bauer: Juliputsch 1934 in Österreich. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Außenpolitik in der Frühphase des Regimes, in: VfZ 59 (2011), S. 193-227, S. 194.

103 Bauer: Elementar-Ereignis, S. 120 f. Bauer löste damit zugleich Jagschitz: Nationalsozialisten in Österreich als Standardwerk zum Österreichputsch 1934 ab.

Der Pfeffer'sche Geheimdienst im Stab des StdF fand mangels weiterer Quellen bislang keine wissenschaftliche Beachtung.[104] Anders die deutsch-amerikanische Schadenskommission, die die amerikanischen Ansprüche an das Reich infolge des Ersten Weltkriegs klären sollte, die Mixed Claims Commission. Dieser widmeten sich, neben einigen zeitgenössischen Schilderungen,[105] der in Erlangen lehrende Auslandswissenschaftler Professor Reinhard R. Doerries und sein Schüler Burkhard Jähnicke.[106]

Die Literatur zum Schottland-Flug von Rudolf Heß ist so vielfältig wie qualitativ von unterschiedlichem Niveau.[107] Das heutige Standardwerk lieferte Rainer F. Schmidt mit seiner im Jahr 1997 erstmals erschienenen Habilitationsschrift.[108] Die Rolle Pfeffers konnte jedoch, zumal die Freigabe mutmaßlich bedeutsamer Akten zur Causa Heß nach wie vor in britischen und russischen Archiven auch nach mehr als 70 Jahren noch immer aussteht, bis heute nicht abschließend geklärt werden. Auch die vorliegende Studie wird, so viel sei vorweggenommen, lediglich die Fakten und Gerüchte darlegen, Pfeffers Rolle jedoch nicht auflösen können.[109]

Pfeffers Wirken nach dem Zweiten Weltkrieg findet in der Wissenschaft nur einmal Erwähnung. Lediglich einige Notizen in der gut erforschten Soldaten- und Neutralitätspropaganda der DDR um den ehemaligen Feldmarschall Friedrich Paulus im Umfeld der westdeutschen Wiederbewaffnung weisen auf ein kurzes Engagement in diesem Rahmen hin.[110]

104 Vgl. Pfeffers Aussagen dazu in: Zeitzeugenschrifttum (ZZS) Pfeffer II, Bl. 46 f.

105 Henry Landau: The Enemy within, New York 1937; L. Woolsey: The Sabotage Claims against Germany, in: The American Journal of International Law 34 (1940), S. 22-35.

106 Reinhard Doerries: Die Mixed Claims Commission. Juristisches Forum für die politischen Beziehungen zwischen Washington und Berlin in der Zwischenkriegszeit, in: Karl Albrecht Schachtschneider (Hrsg.): Transport – Wirtschaft – Recht, Berlin 2001, S. 455-472; Burkhard Jähnicke: Washington und Berlin zwischen den Kriegen. Die Mixed Claims Commission in den transatlantischen Beziehungen, Baden-Baden 2003. Letztes ist hier als Standardwerk zu betrachten. Beachtenswert ist zudem Russel van Wyk: German-American relations in the aftermath of the Great War, Ann Arbor 1989.

107 Vgl. zu den unterschiedlichen Tendenzen und Interpretationen Rainer F. Schmidt: Rudolf Heß – »Botengang eines Toren?«. Der Flug nach Großbritannien vom 10. Mai 1941, Düsseldorf[3] 2000, S. 14 ff.

108 Inzwischen liegt die Schrift in der dritten Auflage vor.

109 Vgl. zu den Spekulationen: Maser: Fälschung, Dichtung und Wahrheit, S. 136; Hsi-Huey Liang: The Sino-German connection. Alexander v. Falkenhausen between China and Germany 1900-1941, Assen 1978, S. 118.

110 Torsten Diedrich: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952 bis 1956, Berlin 2003, S. 565; Daniel Niemetz: Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR, Berlin 2006, S. 265; Torsten Diedrich: Paulus. Das Trauma von Stalingrad. Eine Biographie, Paderborn, München u. a. 2008, S. 436 f.; Mark Fraschka: Friedrich Paulus: Zwischen Gewissen und Opportunismus? Generalfeldmarschall Paulus und sein Wirken in der Deutschen Demokratischen Republik, München[2] 2011, S. 60; Rolf Helfert: »Gesamtdeutsche

Quellensituation

> »Ich bin niemals auf den damals lächerlichen Gedanken gekommen bei meinen Kämpfen und Erlebnissen auch noch Papierbeweise für ihr Stattfinden zu sammeln. Auch hatte ich niemals die Absicht meine Memoiren zu schreiben. Trotzdem würde ich über eine Menge Dokumente verfügen die aus anderen Gründen in Verwahr blieben. Aber meine Berliner Wohnung ist mit allem Hab und Gut mit allen Akten und (Berichten) soweit sie die Gestapo verschont hatte total ausgebombt.«[111]

Die Frage, warum es bis heute keine Publikation zum Leben und Wirken Franz Pfeffer von Salomons gibt, lässt sich neben der unterschätzten historiographischen Bedeutung vor allem mit einem Blick auf die Quellensituation erklären. So gibt es keinen einheitlichen archivalisch erfassten Nachlass. Ein Großteil der zeitgenössischen Unterlagen Franz von Pfeffers ging im Jahr 1945 bei einem Bombenangriff auf Berlin verloren.[112] Hinzu kam das Ausbrennen des Heeresarchivs in Potsdam nach einem Bombenangriff am 14. April 1945. Dem Brand fielen mehr als 90 Prozent der ursprünglichen Akten, insbesondere zu Weltkrieg, Freikorps und deren Nachfolgeorganisationen, zum Opfer.[113] Ein Defizit, das sich auch mit Hilfskonstruktionen, etwa Kongruenzschlüssen oder der Motivforschung, kaum kompensieren lässt. Hinzu kommt der geringe Grad der Verschriftlichung in nahezu allen Pfeffer betreffenden Thematiken bis 1930. Dies war ohne Zweifel einerseits den zumeist unbeständigen und provisorischen Rahmenbedingungen der jeweiligen Organisationen geschuldet, andererseits verkehrte Pfeffer einen großen Teil seines politischen Lebens in konspirativen und »halblegalen« Kreisen, in denen man kaum Interesse hatte, detaillierte Aufzeichnungen zu machen oder in solchen genannt zu werden.[114] Pfeffer entwickelte dadurch eine Art Aktenscheue, die sich noch bis in die sechziger Jahre bei seiner Zeitzeugenaussage für das Institut für Zeitgeschichte

Offiziertagung« in Ost-Berlin 1955. Feldmarschall Paulus, Ulbricht und die deutsche Einheit. Dokumentation, in: Militärgeschichtliche Beiträge (1995), S. 30-34, S. 31; sowie zeitgenössisch: Hans Jahn: Für und gegen den Wehrbeitrag. Argumente und Dokumente, Köln 1957, S. 349.

111 StaMünch: Spruchkammerakten 1312, Brief Pfeffers vom 15. Juli 1948.

112 Gleiches gilt für die Personalakten Pfeffers im preußischen Heer. Auch sie gingen bei einem britischen Bombenangriff im April 1945 auf das erst 1936 neugegründete Heeresarchiv Potsdam verloren.

113 Vgl. die Bestandsübersicht des Heeresarchivs etwa 1942: BArch-MA: RH 18/725. Dieser Vorfall wog umso schlimmer, da zuvor im Zuge der Vereinnahmung auch der Freikorps durch den Nationalsozialismus mehrere private Sammlungen wie auch die des Schlageter-Gedächtnis-Museums e. V. im Heeresarchiv aufgegangen waren.

114 Vgl. Einleitung/FN 111.

bemerkbar machte.[115] Auch erfolgten die Organisationsversuche bis Ende der zwanziger Jahre stets unter provisorischen Bedingungen, unter denen an eine geregelte Aktenführung nicht zu denken war. Schließlich stellt auch die aller Wahrscheinlichkeit nach erfolgte nationalsozialistische »Aktensäuberung« nach Pfeffers Parteiausschluss 1941 den Historiker vor große Herausforderungen. Umso mehr galt es, aus einzelnen Versatzstücken und Überlieferungsfragmenten in einer Art Puzzlespiel aus einzelnen Indizien und Anhaltspunkten, ein möglichst komplettes Bild des Protagonisten zu erstellen und damit die historiographisch gesehen bislang »blasse« Figur Pfeffer zu konturieren und sie greifbar zu machen.

Im Rahmen der Arbeit wurden in achtzehn Archiven maßgebliche Dokumente zu Pfeffers Werdegang und Wirken aufgefunden. Darunter fallen auch Klein- und Kleinstbestände in verschiedenen Archiven.[116] Für die Forschungen in Bezug auf die Freikorpszeit erwiesen sich die Bestände des Stadtarchiv Münster (StdAM), Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch), Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BArch-MA), Staatsarchiv Münster (StaM) sowie das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) als besonders ergiebig. Im Folgenden sollen nur die für die Arbeit bedeutsamsten Bestände der jeweiligen Archive und deren Nutzen für die Studie in chronologischer Reihenfolge genannt sein.

Im Stadtarchiv Münster konnte ein bislang weitgehend unbeachteter Bestand der »Sammlung Eduard Schulte« zutage gefördert werden, der, in seiner Provenienz wohl einmalig, tiefe Einblicke in die Gründung des Freikorps von Pfeffer in der revolutionären Atmosphäre des Jahreswechsels 1918/19 gibt.[117]

115 So heißt es in ZZS Pfeffer II, Bl. 64: »Heute, nach Jahrzehnten [1963], glaubt v. P. diese Angaben machen zu dürfen; Namen gibt er aber grundsätzlich nicht preis.«

116 Hier sind zu nennen: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn); Archive der Universitäten Heidelberg, Marburg und Münster; Archiv des Corps Vandalo-Guestphalia (Heidelberg); Bayerisches Hauptstaatsarchiv München; Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Berlin); Generallandesarchiv Karlsruhe, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (Berlin).

117 Der Münsteraner Stadtarchivar Eduard Schulte, zwischen 1913 und 1945 im Archiv tätig, sammelte im Zuge seiner Publikationen umfangreiches Material über die revolutionären und nachrevolutionären Ereignisse in und um Münster in den Nachkriegsjahren. (Eduard Schulte (Hrsg.): Münstersche Chronik zu Spartakismus und Separatismus Anfang 1919. Aktenstücke, Berichte, Bilder, Flugblätter, Plakate, Pressestimmen, Tagebücher, Münster 1939; Eduard Schulte (Hrsg.): Münstersche Chronik zu Novemberrevolution und Separatismus 1918. Tagebücher, Berichte, Akten, Briefe, Zeitungen, Plakate, Bilder, Münster 1936; StdAM: D Nr. 2). Hinzu kommt Schultes Korrespondenz mit Pfeffer aus dem Jahr 1938 inklusive eines von Pfeffer verfassten 22-seitigen Manuskripts zur Gründung des Freikorps. StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, Bl. o. Nr. Hier ist quellenkritisch zu beachten, dass Schulte seit 1933 NSDAP-Mitglied war und zugleich mehrere Parteiämter innehatte. Ab 1934 war er auch Archivar des Gaues Westfalen-Nord. Vgl. Karl Ditt: Kulturpolitik aus Opportunismus? Der Stadtarchivar Dr. Eduard Schulte in Müns-

Zusammen mit dieser Überlieferung diente der Bestand »Die Zukunft der baltischen Provinzen« in den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes auch als Grundlage für die Neubewertung von Pfeffers Tätigkeit im Baltikum und seiner Rolle im Rahmen des lettischen Staatsstreiches im April 1919.

Im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde waren gleich mehrere Bestände relevant. So hatte die systematische Auswertung des »Zeitungsarchivs des Reichslandbundes« (R 8034) an der erstmals erfolgten Rekonstruktion von Pfeffers Tätigkeit im Rahmen des Frontbundes und der Arbeitsgemeinschaft einen maßgeblichen Anteil. Hinzu kamen, neben mehreren kleineren Beständen, die Bestände des Reichskommissars für die besetzten Gebiete (R 1601), die Rheinlandbesetzung und der Kapp-Putsch im Rheinland (R 1603) sowie die ab 1920 verfassten Berichte des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (R 1507), die ein umfassenderes, allgemeineres Bild des rechten Milieus vermittelten. Aktenfunde im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg insbesondere zu den Arbeitsgemeinschaften sowie zum Baltikum-Unternehmen rundeten das Bild Pfeffers und dessen Einordnung in die frühe Freikorpsgeschichte ab.

Im Staatsarchiv Münster trugen die Akten des Bestands »Regierung Arnsberg« dazu bei, Pfeffers Tätigkeit und Handlungsoptionen in Westfalen zwischen 1922 und 1925 zu rekonstruieren und ihn im rechten Spektrum Westfalens zu verorten. Zudem hatte hier, neben kleineren Beständen, der Quellenbestand »Zentrale Nord« zum aktiven Widerstand gegen die Rheinlandbesetzung besondere Relevanz. Dieser bislang lediglich in regionalgeschichtlicher Hinsicht genutzte Bestand wurde nun einer personenbezogenen systematischen Auswertung unterzogen und vermittelt tiefe Einblicke in Mentalitäten und Strategien des Protagonisten und seiner Klientel. Ergänzend hierzu greift der Autor auf die Akten des Bundesarchiv-Militärarchivs Freiburg und des Bundesarchivs Lichterfelde in Berlin zurück.[118]

Für die Zeit nach 1924 stellte sich die Recherche in den Archiven Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Staatsarchiv München, dem Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv sowie erneut im Staatsarchiv Münster und Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde als besonders ergiebig heraus. Die Bestände »Gauleitung Westfalen-Nord Gauschulungsamt« im StaM geben weitreichende Einblicke in Pfeffers Tätigkeit beim organisatorischen Aufbau, zunächst des

ter 1933-1945, in: Franz-Josef Jacobi et al. (Hrsg.): Kulturpolitik in Münster während der nationalsozialistischen Zeit, Münster 1990, S. 39-65.

118 So u. a.: BArch-MA: RH 53-6/55; BArch: R 1601/2322; BArch: R 8035/2; BArch: R 8038/2; BArch: R 8038; BArch: R 1601/2305. Maßgeblich sind hier die in diesem Zusammenhang archivalisch überlieferten und wissenschaftlich bislang weitgehend unbeachteten Bände der Freikorpserinnerungszeitschrift »Reiter gen Osten«. BA-MA: MSg 3/747-350. Die zwischen 1929 und 1944 erschienenen Beiträge bieten trotz ihrer apologetischen Ausrichtung gute Einblicke in die Handlungsgeschichte und, mehr noch, in die Geisteswelt der im Ruhrwiderstand Handelnden.

Landesverbands Westfalen des Völkisch-Sozialen-Blocks, später des NSFB- bzw. NSDAP-Gaus Westfalen. Die Bestände zur Polizeidirektion München im Staatsarchiv München (StaMünch) vervollständigen das Bild der Entwicklung aus anderer Perspektive. Ergänzt werden diese Bestände durch die bislang nur rudimentär erschlossenen Unterlagen des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf (HStaD) zur »Gaukorrespondenz« (RW 23) der NSDAP-Gaue Westfalen, Rheinland-Nord und später des Gaues Ruhr. Ihre Relevanz auch für die Struktur und das Funktionieren der Arbeitsgemeinschaft Nord-West der NSDAP stellt zudem einen Beleg dafür dar, wie der biographische Zugang auch für strukturgeschichtlich vermeintlich weitgehend abgeschlossene Themenfelder neue Quellen und Erkenntnisse zutage fördern kann. Für Pfeffers Gauleiterzeit sind zudem die im BArch (ehemaliges Berlin Document Center (BDC)) aufbewahrten Parteikorrespondenzen Pfeffers (PK/J 64) sowie die Akten des »Obersten Parteigerichts der NSDAP« (OPG) einschlägig. Von besonderer Bedeutung zeigten sich zudem die Akten des Reichsschatzmeisters der NSDAP (NS 1) sowie die Bestände des Hauptarchivs der NSDAP (NS 26).

Für den organisatorischen Aufbau der SA haben, neben zahlreichen Kleinbeständen, in erster Linie die ebenfalls im BArch gelagerten Akten der Sturmabteilung der NSDAP (NS 23) sowie erneut das Hauptarchiv der NSDAP Bedeutung. Ergänzt wurden diese durch Funde im Archiv des Münchner Instituts für Zeitgeschichte (IfZ).

Für die Nachkriegszeit sind in erster Linie die Spruchkammerakten zu Franz von Pfeffer im Staatsarchiv München zu erwähnen. Zudem gaben die »Akten des Amt Blank« im BArch-MA dem Autor weitere wertvolle Hinweise zu den bislang weitgehend unerschlossenen Aspekten im Leben Pfeffers.

Gesondert erwähnt werden müssen Pfeffers in den Jahren 1955 bis 1965 mündlich und schriftlich getätigte Zeitzeugenaussagen, die heute im IfZ einzusehen sind.[119] Diese waren bei der Rekonstruktion des Werdegangs wie auch der Analyse der Mentalitätswelten des Protagonisten unentbehrlich. Gleichwohl bedurften sie aber aus methodischen und quellenkritischen Erwägungen der besonders kritischen Überprüfung. Einschlägige publizierte Quellensammlungen runden den Quellenkorpus ab.[120]

119 ZZS Pfeffer I; ZZS Pfeffer II. Vor allem dem ehemaligen SA-Mitglied Heinrich Bennecke gelang es, den zeitgenössisch nie an einer Dokumentation der Vorgänge um seine Person interessierten Pfeffer zur schriftlichen Auskunft zu bewegen.

120 Akten der Reichskanzlei – Weimarer Republik. Bd. 1: Das Kabinett Scheidemann – 13. Februar bis 20. Juni 1919, Boppard am Rhein 1971; Heiber: Hitlers Lagebesprechungen; Adolf Hitler: Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II/2: August 1927 bis Juli 1928, München u. a. 1992; Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Zweiter Band: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs, Berlin 1959. Zudem erwiesen sich zur Revolution 1918/19 sowie für die kirchenpolitischen Aktivitäten Pfeffers folgende Sammlungen als besonders aufschlussreich: Schulte: Chronik 1918; Schulte: Chronik 1919; Akten Deutscher Bischöfe I und Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935. An

Neben diesen Quellenbeständen basiert die vorliegende Studie auf einer ganzen Reihe bislang unbeachteter zeitgenössischer Zeitungsartikel, die, gerade in Passagen von geringer Nachweisdichte, teils archivalisch, teils bibliothekarisch, durch den Autor ausgewertet wurden und das Bild der Geschehnisse erweitern und ergänzen.[121] Hinzu kommen Hinweise aus zahlreichen zeitgenössischen Publikationen sowie aus der Memoirenliteratur.[122] Ferner bestand Kontakt zu dem mit Franz von Pfeffer persönlich bekannten Historiker Professor Dr. Gerhard Schildt (Braunschweig), der dem Autor den Zugang zu Aufzeichnungen über persönliche Unterredungen mit Franz von Pfeffer ermöglichte.

Schließlich konnte die Arbeit auf das Privatarchiv der Familie von Pfeffer sowie die mündliche Familienüberlieferung zurückgreifen. Franz von Pfeffers Sohn Dr. Ferdinand von Pfeffer (Jahrgang 1929), die Tochter Dr. Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer (Jahrgang 1923), ein Vetter, Klaus von Pfeffer, sowie Frau Hilde von Maibom, eine Vertraute Franz von Pfeffers (Jahrgang 1923), stellten sich für umfangreiche mündliche und schriftliche Befragungen zur Verfügung.[123]

Einzelwerken sind insbesondere zu erwähnen: Werner Jochmann (Hrsg.): Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922-1933; Dokumente, Frankfurt a.M. 1963; Albrecht Tyrell (Hrsg.): »Führer befiehl …«. Selbstzeugnisse aus der »Kampfzeit« der NSDAP, Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969; Ernst Deuerlein: Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, München[3] 1978.

121 So etwa der bereits erwähnte »Reiter gen Osten« oder die »Nationalsozialistischen Briefe«. Vgl. dazu auch die Übersicht benutzter Zeitungen im Literaturverzeichnis.

122 Zu nennen sind hier besonders: Joseph Goebbels: Die Tagebücher. Teil 1 und Teil 2, München 1994 ff. sowie Otto Wagener: Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten, 1929-1932, Kiel[2] 1987; und Albert Krebs: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959.

123 Hier bieten die vorliegenden (Jugend-)Memoiren aus der Familie zweifelsohne einen besonderen Zugang. So etwa: Friedrich von Pfeffer: Lebenserinnerungen. Unveröffentlichtes Manuskript, Wiesbaden ca. 1946; Friedrich von Pfeffer: Notizen zur Entnazifizierung, Wiesbaden ca. 1947/48; oder auch das maschinengeschriebene Manuskript der Schwester von Franz von Pfeffer: Babo Schmige: Kindheitserinnerungen. Unveröffentlichtes Manuskript, Bad Gastein 1956.

Erster Teil

»Konterrevolutionär«

1. Politische Sozialisation und Weltkriegserfahrung – Wege zu einer Weltanschauung (1888-1918)

1.1 Familie und Prägung

Franz Ferdinand Felix Pfeffer von Salomon kam am 19. Februar 1888 als erstes von sieben Kindern Max Karl Friedrich Ferdinands und Annas, geborene von Clavé-Bouhaben, in Düsseldorf zur Welt. Der ungewöhnliche Name Pfeffer von Salomon entstand bereits im Jahre 1813, als sich Josephine von Salomon mit dem wohlhabenden Rentier Friedrich Pfeffer aus Düsseldorf vermählte.[1] Der Bruder Josephines, der preußische Kavallerie-Major Felix von Salomon, selbst kinderlos, adoptierte nach dem frühen Tod Friedrich Pfeffers den ältesten Sohn seiner Schwester, Ferdinand Hubert August Pfeffer, den späteren Großvater Franz Pfeffer von Salomons.[2] Am 14. Juli 1862 wurde der inzwischen zum preußischen Kavallerie-Oberst aufgestiegene Ferdinand Hubert August in den preußischen Adelsstand erhoben. Die Familie Pfeffer von Salomon ist somit dem jüngeren katholisch-niederrheinischen Briefadel zuzurechnen.[3]

Der Sohn von Ferdinand, Max, der spätere Vater von Franz, war in Münster königlich-preußischer Geheimer Regierungsrat bei der Generalkommission und zugleich Hauptmann der Landwehr. Am 23. April 1887 ehelichte er im Alter von 33 Jahren Anna von Clavé-Bouhaben und hatte damit ohne Zweifel eine gute Partie gemacht. Seine Frau, die Tochter des königlich-preußischen Appellationsgerichtsrates Franz von Clavé-Bouhaben, entstammte einem wohlhabenden Haus, ihr Vater war u. a. Gutsbesitzer in Königswinter südlich von Bonn.

Nach der Geburt von Franz wurde Max als Assessor in das preußische Innenministerium nach Berlin versetzt.[4] Nur drei Jahre später ging es jedoch zurück nach Westfalen. Zunächst wohnte man bis 1893 in der Brockhoff-Straße, zog dann jedoch schnell in eine weit geräumigere Parterrewohnung in die Herwarthstraße. Als diese Wohnung schließlich nach der Geburt ihres fünften Kindes Ludwiga, 1894, auch zu klein wurde, zog die Familie im Jahr

1 Genealogisches Handbuch des Adels. Adelige Häuser B, Bd. XX, Limburg a. d. Lahn 1993, S. 332; Franz von Pfeffer: Familienstammbaum Pfeffer von Salomon (Privatdruck), München 1938; sowie Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 2. November 2009, S. 1 f. Vgl. auch zu Josephine von Salomon: Ernst von Salomon: Der Fragebogen, Reinbek bei Hamburg 1951, S. 89.

2 Familienstammbaum Pfeffer von Salomon (Privatdruck).

3 Vgl. auch eine der wenigen korrekten, wenn auch sehr verkürzten Darstellungen der Abstammung Franz von Pfeffers in: Conze (Hrsg.): Adel und Moderne, S. 145.

4 Vgl. zur politischen Einstellung von Max: Wilhelm Deist: Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, Bd. 1, Düsseldorf 1970, Dok. 13, S. 26.

1896 in die Erphostraße im Stadtteil St. Moritz. Im Jahre 1900 entschied man sich schließlich zum Bau eines eigenen Hauses. 1902 zog man in das ebenfalls in der Erphostraße für 60.000 Mark frisch erbaute, großzügige, zweistöckige Einfamilienhaus.[5] Hier lebte die Familie in neun Zimmern mit Terrasse, Veranda und Balkon. Im Wohnzimmer gab es bereits elektrisches Licht. In der Nachbarschaft lebten fast ausschließlich höhere Beamte, Offiziere und Unternehmer.

Franz, der im Februar 1888 geborene älteste Sohn, hatte zusammen mit seinen sechs Geschwistern eine ausgesprochen glückliche Kindheit. Fern von wirtschaftlichen Sorgen wurden die Kinder nationalbewusst erzogen. Oft spielten sie mit den Nachbarsjungen in den umliegenden Wiesen, wobei zumeist Franz, genannt »Pan«, und dessen 1889 geborener Bruder Ferdinand, »Nan«, den Ton angaben.[6] Als bei den Nachbarn das Familienoberhaupt starb, führten dessen Kinder die Brüder zu der Leiche. Friedrich, der 1892 geborene jüngere Bruder, schrieb dazu in seinen Lebenserinnerungen: »Einen großen Eindruck hat es mir nicht gemacht. Ich empfand nur einen Ekel und erregende Abneigung.« Ähnlich dürfte es auch Franz ergangen sein.[7]

Die Mutter Anna litt häufig unter Migräne und hatte nach der Geburt ihrer sieben Kinder oft mit Krankheiten zu kämpfen.[8] Die Erziehung der Kinder fiel somit dem Hausmädchen sowie zu einem großen Teil dem Vater Max zu.[9] Die Pfeffers pflegten also einen, nicht nur aus der zeitgenössischen Perspektive, modernen, emanzipierten Haushalt. Max, passionierter Schwimmer und Wanderer, großmütig und von ruhigem Gemüt, der seinen Dienst als preußischer Beamter mit der Korrektheit eines Uhrwerks ausführte, ließ den Kindern bei seiner Erziehung weitgehende Freiheiten.[10] Zwar durfte am stets reichlich gedeckten Tisch geredet werden, auf Tischmanieren sowie auf gesellschaftliche Umgangsformen legte er jedoch prinzipienfest größten Wert. Oft waren Bekannte und Freunde zu Gast. Und nicht selten bekamen auch die Kinder besondere Geschenke, etwa aus Afrika von der weitgereisten Verwandtschaft.[11] Dann war der Hauch des Imperialen, des wilhelminischen Kolonialismus im Hause von Pfeffer spürbar. Besonders der Vater hatte stets ein offenes Ohr für die Belange und Wünsche seiner Kinder. Als festes Ritual versammelten sich abends die sieben Kinder um ihre Eltern und erzählten ihre Tageserlebnisse.[12]

5 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 10.
6 Ebenda, S. 5.
7 Ebenda, S. 4.
8 Die Kinder waren Franz (*1888), Ferdinand (*1889), Adelheit (*1891), Friedrich (*1892), Ludowika (*1894), Reiner (*1895) und Felix (*1896).
9 Schmige: Kindheitserinnerungen, S. 2.
10 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 18. März 2010.
11 Schmige: Kindheitserinnerungen, S. 6. Pfeffers Onkel, Carl von Clavé, war in Deutsch-Südwest-Afrika Kaiserlicher Gestütsdirektor.
12 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 14. November 2009.

Von einer oft für das wilhelminische Zeitalter beschriebenen vorherrschenden »Gefühlsaskese« der Jugend[13] kann bei Franz keine Rede sein. Auch ein kleiner Hund gehörte dem Haushalt an, mit dem die Kinder nach Herzenslust spielen konnten. Fotos zeugen von der Passion der ganzen Familie für das Tennisspiel. Freilich fehlten auch die zu dieser Zeit obligatorischen Bleisoldaten nicht in den Kinderzimmern.[14] An den Wochenenden standen zumeist Fahrrad- oder Wanderausflüge im Münster- oder Sauerland auf dem Programm. So waren auch die Kinder etwa im »Wandervogel« aktiv. Der »Heil-Gruß« gehörte hier zu Beginn des 20. Jahrhunderts ebenso zum Alltag, wie die hochgesteckten (nationalen) Ideale oder die Selektionsformen einer bündischen Gemeinschaft.[15] Die Sommerferien verbrachte die neunköpfige Familie am Strand des Nordseebades Borkum.[16] Zu Weihnachten war der Gabentisch meist übervoll mit Geschenken für die Kinder. Anna und Max lebten in einer Musterehe. Streit gab es, zumindest vor den Kindern, nicht.

Die Kinder genossen derweil, gemessen an den Erziehungsnormen des wilhelminischen Zeitalters, in dem die Methoden der Erziehung oft denen eines Exerzierplatzes gleichkamen, ungewöhnlich weitgehende Freiheiten. Eine Erziehung zur selbstständigen Entwicklung und ohne körperliche Strafen wie im Hause Pfeffer von Salomon stellte hier die Ausnahme dar. Auch die Nachbarskinder waren im Hause von Pfeffer gerne gesehen. Vater Max förderte nachhaltig das Selbstbewusstsein seiner Kinder. Freiheit, Zusammenhalt und Wehrhaftigkeit waren für ihn wichtige Maximen.[17] Lediglich das Annehmen von Geldgeschenken war ihnen durch den Vater streng verboten worden. Stolz auf die eigene Herkunft sowie auf Kaiser, Preußentum und Vaterland sollten sie sein. Das, sowie eine weitgehende individuelle Freiheit waren die maßgeblichen Elemente, die ihnen ihr Vater Max mit auf den Weg gab. Auf

13 Thomas Nipperday: Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1998, S. 117.

14 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 6 und 8. Zur Militarisierung der Jugend vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Andreas Gestrich: »Leicht trennt sich nur die Jugend vom Leben«. Jugendliche im Ersten Weltkrieg, in: Rolf Spilker et al. (Hrsg.): Der Tod als Maschinist, Bramsche 1998, S. 22-45, S. 33 f.

15 Zur politischen Verortung sowie zum soziologischen Hintergrund des Wandervogels vgl. etwa: Gerhard Ziemer: Wandervogel und freideutsche Jugend, Bad Godesberg 1961 sowie zeitgenössisch: Emil Schomburg: Der Wandervogel, seine Freunde und seine Gegner, Wolfenbüttel 1917. Zu Pfeffers Erfahrungen siehe: Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 17.

16 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 11. September 2009.

17 Eine Episode in Friedrich von Pfeffers Lebenserinnerungen berichtet davon, dass Max von Pfeffer sogar dann zu seinen Kindern hielt, als ein Nachbar die Familie von Pfeffer wegen des rüden Verhaltens – sie hatten sich gegen die Prügel einer Nachbarin erfolgreich zur Wehr gesetzt – deren Kinder verklagte. Der Vater lobte die Kinder sogar noch für ihre Wehrhaftigkeit, schränkte jedoch ein, dass Frauen niemals geschlagen werden dürften. Die Klage des Nachbarn wurde schließlich kostenpflichtig abgewiesen. Vgl. Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 11 f.

die Bildung und Ausbildung ihrer Kinder legten Anna und Max großen Wert. Für Franz' Bruder Friedrich, der etwa seit dem zehnten Lebensjahr an Blutarmut litt, leistete man sich bis zum Abitur gar einen Privatlehrer. Die Mädchen gingen später an höhere Mädchenschulen, an denen Französisch und Englisch gelehrt wurden.[18] Bei religiösen Fragen verhielt man sich zurückhaltender. Vor dem Essen wurde gebetet, ansonsten überließ man die katholische Erziehung der Schule.[19]

Unterstützt wurde Vater Max bei der Erziehung vor allem von der großen Verwandtschaft der Clavés in Düsseldorf. Insbesondere die Großmutter Marie Louise legte hierbei nicht minder großen Wert auf Etikette und Benehmen.[20] Bei den regelmäßigen Besuchen bekamen die Geschwister oft zu hören, dass ihr Großonkel Max von Clavé-Bouhaben noch auf Seiten Napoleons gegen die Preußen als Offizier im Feld gestanden habe. Dies hinderte sie jedoch nicht, ihre Tochter wie auch ihre Enkel nach nationalen und vor allem kaiserlich-»preußischen« Prinzipien zu erziehen.[21]

Die zierliche und attraktive Anna besorgte im Hause Pfeffer den strengeren Part der Erziehung. Sie besaß ein lebhaftes Temperament, war standesbewusst und selten um ein offenes Wort verlegen. Sowohl im Zeichnen als auch Schneidern hatte sie ein gewisses künstlerisches Talent. Den Haushalt überließ sie ihren bis zu sechs Hausangestellten.

Wie es sich in der aristokratischen oberen Mittelschicht gehörte, war die Familie zutiefst patriotisch. Ob Sedantag, Bismarcks Todestag, Kaisers Geburtstag oder die Kaiserbesuche in Münster, alle Feste wurden mit großer Inbrunst begangen. Im Familien- und Freundeskreis wurde häufig über Politik diskutiert. Die Identifikation mit dem Kaiserreich war vollständig – die Pfeffers waren Teil der geistig-ideologischen Trägerschicht des jungen wilhelminischen Kaiserreiches. Mit den Realitäten der ungelösten Konflikte des Reiches, wie etwa der sozialen Frage oder der fehlenden Identifikation weiter Teile des politischen Katholizismus, kam der junge Franz hingegen wohl kaum in Kontakt.

Auf die »Pfefferkinder«, so ihr Rufname in der Nachbarschaft, wirkten also zwei verschiedene Muster. Disziplin, Patriotismus, Nationalstolz, aber auch die Freiheit, unabhängig zu denken und eigenverantwortlich zu handeln, standen im Mittelpunkt ihrer Erziehung. Zweifelsohne wurde auch die Idee eines »deutschen Sonderbewusstseins« vermittelt.[22] Daneben wurden vor allem

18 Ebenda, S. 14.
19 Schmige: Kindheitserinnerungen, S. 7.
20 Ebenda, S. 2.
21 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 14. November 2009. Die persönliche Nähe zum Kaiserhaus zeigt auch ein Kondulenztelegramm der Kaiserin anlässlich des Todes eines Onkels der Mutter, Carl von Clavé-Bouhaben. Privatarchiv von Pfeffer: Kaiserin Hermine an Franz von Pfeffer vom 22. Dezember 1936.
22 Wolfgang Altgeld: Volk, Rasse, Raum. Völkisches Denken und radikaler Nationalsozialismus im Vorfeld des Nationalsozialismus, in: Rudolf Lill (Hrsg.): Machtverfall

von den Clavé-Bouhabens Standesbewusstsein und eine konservative, aristokratisch-elitäre Etikette vermittelt. Auf Franz, den Ältesten, traf dies wohl in besonderer Weise zu. Als aufgewecktes Kind und stets seinen jüngeren Bruder Ferdinand im Schlepptau, genoss er diese Freiheiten, nahm aber nicht minder den oft demonstrierten Patriotismus und das Standesbewusstsein an.

In der Garnisonstadt Münster blieb der Kontakt mit dem omnipräsenten Militär freilich nicht aus.[23] Schon als Halbwüchsige in der Herwarthstraße beobachteten der damals gerade acht Jahre alte Franz und sein 1892 geborener vierjähriger Bruder Friedrich voller Bewunderung, wenn sich der über ihrer Wohnung lebende Major zusammen mit seinem Burschen zum sonntäglichen Ausritt aufmachte.[24] Hinzu kamen die in Münster häufig stattfindenden Militärumzüge und Paraden. Auch hier standen die Kinder fasziniert am Straßenrand. Franz' spätere Überzeugung für die in den Bann ziehende Wirkung gleichförmig, diszipliniert marschierender Truppen sowie sein ausgeprägter Hang zur militärischen Symbolik, finden ohne Zweifel hier, schon in frühester Jugend, ihren Ursprung.

Mit sechs Jahren ging es für ihn an die katholische Mauritzschule in Münster. Für katholische Münsteraner der Oberschicht und oberen Mittelschicht war der Besuch dieser traditionsreichen Einrichtung Usus. Autorität, Disziplin und Loyalität waren hier die pädagogischen Maximen. Auch zwischen der wilhelminischen Fixierung auf das Militärische und der katholischen Trägerschaft der Schule bestand kein Widerspruch.[25] Auf die Mauritzschule folgte die Gymnasialzeit mit Abitur um Ostern 1907 in Münster.

Betrachtet man Pfeffers Erziehung und Jugend zusammenfassend, so fällt das Nebeneinander zweier unterschiedlicher Grundmuster auf. Die weitgehend bürgerlich-liberalen Tendenzen im Elternhaus, vor allem väterlicherseits, korrelieren mit gesellschaftlichen Maximen des wilhelminischen Zeitgeistes, samt seiner Autoritätsfixierung und der Hochachtung des Militärischen.[26]

und Machtergreifung, München 1983, S. 95-120, S. 112. Vgl. ebenda zu den völkischen Einflüssen auf die Jugendbildung im Kaiserreich.

23 Vgl. zur Stadt Münster in der Vorkriegszeit: Grevelhörster: Münster zu Anfang, S. 15 ff.

24 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 1. Vgl. zur Wirkung: Salomon: Die Geächteten, S. 37. Ernst von Salomon war ein Cousin zweiten Grades zu Franz von Pfeffer. Zur Familie und zum Verhältnis Franz von Pfeffer zu Ernst von Salomon vgl. Zweiter Teil, Prolog.

25 Christoph Schubert-Weller: »Kein schönrer Tod …«. Die Militarisierung der männlichen Jugend und ihr Einsatz im Ersten Weltkrieg 1890-1918, Weinheim 1998, S. 194 ff.

26 Martin Doerry bezeichnet diesen grundsätzlichen Zeitgeist mit dem Ausdruck der »militarisierten Kollektivmentalität«, vgl. Martin Doerry Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs, Weinheim 1986, S. 46. Hans-Ulrich Wehler spricht hier von einem: »Gesinnungsmilitarismus«: vgl. Hans-Ulrich Wehler: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen[7] 1994, S. 164.

Leider sind aus der Schulzeit keine Angaben über Interessen oder Zensuren überliefert. Franz scheint jedoch ein aufgeweckter, überdurchschnittlich intelligenter junger Mann gewesen zu sein mit einem nicht zu übersehenden Talent für Sprachen.[27] Schon in der Jugend übte er offenbar eine gewisse charismatische Wirkung auf seine Mitmenschen aus. Oft fiel er als Meinungsführer auf.[28] Konkrete Zukunftspläne hatte er jedoch nicht. Er entschied sich daher, es seinem Vater und Großvater gleichzutun und ein rechtswissenschaftliches Studium aufzunehmen.

Am 17. Mai 1907 wurde der 19-jährige Franz an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg zum Jurastudium zugelassen.[29] In einer Zeit, in der die Studentenzahlen zwar stark anstiegen, war dies zweifellos aber immer noch ein Privileg. Noch 1910 kamen in Preußen nur knapp 57 Studenten auf 100.000 Einwohner.[30] Dies waren zum Großteil Beamtensöhne, die zumeist Rechtswissenschaften studierten.[31] Bei Franz deutete also alles auf eine geregelte preußische Beamtenkarriere hin. Anzunehmen ist, dass die Wahl des Studienfachs wohl weniger seiner eigenen Initiative entstammte, als vielmehr der Ausdruck einer unsicheren Zielvorstellung des jungen Mannes war.

Wie schon sein Vater trat auch er einer studentischen Verbindung, dem Corps Vandalia zu Heidelberg, bei. Die meisten Mitglieder dieses bereits 1842 gegründeten Korps stammten landsmannschaftlich aus Nord- bzw. Nordwestdeutschland.[32] »Die Väter der Aktiven und Inaktiven waren in der Regel in hohen Staatsstellungen (Minister, Regierungspräsidenten, Hofleute). Außerdem viele Rittergutsbesitzer und Industrielle. Überwiegend Ad[e]lige.«[33] Hinzu kam ein hoher Anteil von Juristen.

Das Korpsleben um 1900 entsprach dem gesellschaftlichen Zeitgeist jener staatstragenden Schichten des wilhelminischen Zeitalters. »Der Corpsstudent war und verstand sich als ›Idealtypus‹, als Urbild seiner Epoche.«[34] Übertriebener Ehrbegriff, Duell- und Satisfaktionsrecht,[35] der Anspruch auf gesellschaftliche Geltung, die Ablehnung eines modernen Materialismus, dazu ein romantisierendes Geschichtsverständnis und nicht zuletzt die zum Teil offene

27 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009, S. 8.
28 Schmige: Kindheitserinnerungen, S. 7 f.
29 Schriftliche Auskunft Prof. Dr. Werner Moritz, Archivdirektor Universitätsarchiv Heidelberg vom 22. März 2010.
30 Hartmut Titze: Das Hochschulstudium in Deutschland 1820-1944, Göttingen 1986, S. 77.
31 Ebenda, S. 100, S. 228 und 240. Im Jahr 1907 studierten 27 Prozent der Studierenden Rechtswissenschaften, gefolgt von 18 Prozent Medizin. Knapp über ein Viertel aller Studierenden entstammte Beamtenfamilien.
32 Studier: Corpsstudent, S. 39.
33 Ebenda, S. 44.
34 Ebenda, S. 115.
35 Ebenda, S. 136 ff.

Gegnerschaft zur Sozialdemokratie[36] – dies waren nicht durch Zufall Maximen, die denen der kaiserlichen Armee glichen.[37]

Das Korps nahm im Leben des Studenten einen zentralen Platz ein. Die von der Erziehung geprägten aristokratisch gepflegten Umgangsformen sowie gesellschaftlich korrektes Benehmen sorgten dafür, dass Franz sich bei den »Vandalen« schnell zurechtfand, ohne sich jedoch in einer Führungsrolle besonders hervorzutun.[38] Auch war die Traditionspflege maßgeblicher Bestandteil des Korpslebens. Hierzu zählten weiter, neben Bildungsveranstaltungen und gesellschaftlichen Verpflichtungen, auch die raueren Korpstraditionen wie Herrenabende mit Trinkgelagen und einer oft rüden Sprache sowie das traditionelle Mensurfechten. Analog zu den Leitlinien der wilhelminischen Gesellschaft war eine Art »›Weichheit‹ […] in jeder Beziehung verpönt. Als erstrebenswert dagegen galten ›Mannhaftigkeit‹ und ›Draufgängerei‹.«[39] Nicht selten litten gerade die Kolleg- oder Seminarbesuche unter der hohen zeitlichen Beanspruchung durch das Korps. Das »studentische Bummeln«, damit war das überlange Studieren gemeint, wurde oft zur Gewohnheit. Materielle Engpässe oder gar finanzielle Zukunftsängste waren auch aufgrund der sozialen Herkunft der Studierenden die Ausnahme. »Das alte Preußen sorgt schon für seine Söhne«[40] war oft der vielsagende Leitspruch jener, dem beamtischen Adel entstammenden jungen Männer.

Der Antisemitismus spielte in der Vandalia, im Gegensatz zu vielen anderen Verbindungen im späteren Kaiserreich, kaum eine Rolle. Jüdische Studenten wurden aufgenommen und waren von ihren Rechten Korpsbrüdern christlichen Glaubens gleichgestellt. Noch im Jahr 1934 weigerte sich das Korps, die sogenannten »Arierparagraphen« anzuerkennen und verweigerte den beiden jüdischen Korpsbrüdern den von ihnen gewünschten Austritt. Das Korps wurde daraufhin im September 1935 suspendiert.

Franz von Pfeffer genoss die Kameradschaft und die Sitten des Verbindungslebens. Die Werte mit denen er hier in Kontakt kam – die vermeintliche Mannhaftigkeit durch forsches Auftreten oder das vom sozialen Umfeld geforderte übersteigerte Selbstbewusstsein – sollten später beim Militär noch verstärkt zutage treten. Bis zu seinem Lebensende blieb er der Stadt Heidelberg und dem Corps Vandalia[41] verbunden. Neben der Kindheit war die Zeit im Studentenkorps sicherlich mit die prägendste in Pfeffers Jugend. Dennoch exmatrikulierte er sich nach dem Wintersemester 1907/08 und schrieb sich für

36 So war es etwa Usus, »dass z. B. die Zugehörigkeit zu der sozialdemokratischen Partei einen Grund zur Entziehung des Corpsbandes bilden könn[t]e«. Corps-Zeitung der Lusatia zu Leipzig 3 (1913), S. 51.

37 Vgl. Kapitel 2.2.

38 Die Mitglieder der Vandalia zu Heidelberg, Berlin 1936, S. 276.

39 Doerry: Übergangsmenschen, S. 170.

40 R. Strantz: Schwert und Feder, Berlin 1925, S. 50.

41 Ab 1950 dem Corps Vandalo-Guestphalia.

das Sommersemester 1908 in Marburg ein.[42] Nach nur einem Semester zog es ihn jedoch zurück in die Heimat. Sein Studium der Rechtswissenschaft schloss er im Wintersemester 1909/10 an der Universität Münster erfolgreich ab.[43]

Es ist anzunehmen, dass dieser Studienplatzwechsel in direktem Zusammenhang mit seiner bereits im Jahr 1908 erfolgten Einberufung zum Wehrdienst stand. Als Abiturient konnte sich Pfeffer auf das Privileg der einjährigen Dienstzeit berufen.[44] Eine Unterbrechung des Studiums war, so damals üblich, nicht vonnöten. Nach Abschluss des Studiums trat er in Dülmen, 35 Kilometer südwestlich von Münster, sein Referendariat am dortigen Amtsgericht an. 1910 schloss er sein Referendarexamen in Hamm ab. Die monotone Arbeit im preußischen Beamtenapparat lag dem energischen, tatkräftigen, jedoch ziellosen Franz nicht. Es reifte die Entscheidung eine militärische Laufbahn anzustreben.[45] Der Heeresdienst im Infanterie-Regiment (1. Westfälisches) Nr. 13 am Standort Münster zeigte hier eine standesgerechte Alternative zum biederen Beamtendasein auf.[46]

1.2 Militärzeit

Will man den Ursprung des ab dem Jahreswechsel 1918/19 massiv zutage tretenden Radikalismus des Protagonisten erklären, ist es, gerade in einer biographisch akzentuierten Darstellung, unabdingbar, einen zentralen Fokus auf die für den Protagonisten so bedeutsame Zeit seiner politischen Sozialisation zwischen seinem 21. und 26. Lebensjahr zu legen. Leider liegen im Gegensatz zur Kindheit Franz Pfeffers für seine Militärzeit von 1909 bis 1918 kaum persönliche Quellen vor.[47] Im Folgenden gilt es daher, als Hilfskonstruktion, anhand vorliegender Studien zur Ausbildung sowie zur Mentalitätsgeschichte des Offizierskorps im Kaiserreich das Milieu aufzuzeigen, in dem sich Pfeffer bewegte und dabei Rückschlüsse auf seine Prägungen und Sozialisation zu ziehen. Obgleich sich der Autor der Problematik, die mit einem solchen, bisweilen generalisierenden Vorgehen einhergeht, bewusst ist, hat diese Methode

42 Archiv der Philipps-Universität Marburg: Schriftliche Auskunft vom 24. März 2010.
43 Archiv der Universität Münster: Schriftliche Auskunft vom 29. März 2010.
44 Lothar Mertens: Das Privileg des Einjährig-Freiwilligen Militärdienstes im Kaiserreich und seine gesellschaftliche Bedeutung, in: MGM 39 (1/1986), S. 59-67.
45 Weiß: Eintrag Pfeffer von Salomon, S. 348.
46 Die Ableistung des Wehrdienstes während des Studiums war damals durchaus üblich. Vgl. Möller: Burschenherrlichkeit, S. 217. Zur Geschichte des Infanterie-Regiments Nr. 13 vgl. als Regimentsliteratur: Wilhelm von Blume: Geschichte des Infanterie-Regiments Herwarth von Bittenfeld (1. Westfälisches) Nr. 13, Berlin 1910 sowie Ferdinand Senger und Etterlin: Soldaten zwischen Rhein und Weser. Heeresgeschichte in Nordrhein-Westfalen von den Anfängen der stehenden Heere bis zur 7. Panzergrenadierdivision der Bundeswehr, Koblenz 1980, S. 51 f.
47 Persönliche Zeugnisse liegen leider ebenso wenig vor wie Militärakten. Letztere wurden beim Brand des Militärarchivs Potsdam 1945 vernichtet.

doch gerade im Fall Pfeffer ihre Rechtfertigung. So zeigte sich doch insbesondere durch die von Pfeffer zeitlebens beibehaltene militärische Attitüde, die einschneidende Prägewirkung dieser Jahre. Pfeffers Charakter und Ideenwelt bauten, wie im weiteren Verlauf der Arbeit aufzuzeigen sein wird, vollständig auf den Maximen des wilhelminischen Offizierskorps und seinen Erfahrungen aus der Armeezeit. Will man dem Wesen Pfeffer näher kommen, ist eine intensive Betrachtung dieser Maximen unabdingbar.

1.2.1 Offizier im Kaiserreich: Ausbildung und gesellschaftliche Stellung

»Autoritärer Staat, bürgerlich-akademisches und industrielles Fortschrittdenken und aristokratische Interessen gingen […] eine konservativ-monarchische Allianz ein, die das wilhelminische Offizierskorps definierte«,[48] so beschreibt der Historiker und Publizist Heiger Osterteig treffend die Stellung des wilhelminischen Offizierskorps kurz nach der Jahrhundertwende. Die durch die Verfassung vorgesehene Sonderstellung der Militäraristokratie als extrakonstitutioneller Bereich, die Rolle des Heeres im Rahmen der Reichseinigungskriege sowie die innenpolitische Funktion des Heeres als Bollwerk gegen die Revolution[49] prägten Ansehen und Selbstverständnis des Offizierskorps. »Militärfrömmigkeit« und »militärischer Zeitgeist« waren die Axiome, die ganz Europa erfasst hatten.[50] Folgerichtig entwickelte der Beruf des Offiziers eine normative Strahlkraft gegenüber nahezu allen gesellschaftlichen Schichten. Nur Teile der Sozialdemokratie konnten sich diesem entziehen. Die breite Masse der Gesellschaft bejahte das von Zeitgeist, Hof und den Militärs selbst konstruierte Bild des Offiziers.[51]

Das prägendste Merkmal des Offiziersstandes war die Exklusivität des Korps. Jedes Mitglied war, einmal aufgenommen in die Offiziersriege, »vom Stande nach« gleich. Für alle galt der gleiche Ehrenkodex. Dieser reichte vom

48 Detlef Bald: Zum Kriegsbild der militärischen Führung im Kaiserreich, in: Dülffer (Hrsg.): Bereit zum Krieg, S. 146-160, S. 158.

49 Wilhelm Deist: Die Armee in Staat und Gesellschaft, in: Michael Stürmer (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland, S. 312-339, S. 315 ff.; Stig Förster: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985, S. 91 ff.

50 Jost Dülffer: Der Weg in den Krieg, in: Gerhard Hirschfeld et al. (Hrsg.): Enzylopädie Erster Weltkrieg, Paderborn u. a. 2009, S. 233-241, bes.: S. 238 f. Vgl. auch zur geistigen Aufrüstung durch das aufblühende »Kriegervereinswesen« in Deutschland: Thomas Rohkrämer: Der Militarismus der »kleinen Leute«. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, München 1990, S. 27 ff. und 51 ff.

51 Zu diesem Bild gehören Attribute wie »eiserne Gesundheit« und »Zähigkeit«, geistige Frische, Tatkraft, Entschlussfreudigkeit, Verantwortungsfreude, Fürsorge für Untergebene, Ausbildung zum Erzieher, Lehrer und Führer seiner Untergebenen. Vgl. Hans Driftmann: Grundzüge des militärischen Erziehungs- und Bildungswesens in der Zeit 1871-1939, Regensburg 1980, S. 89.

Kodex des Duells bis hin zu Ehrengerichtsurteilen.[52] Offizieren war unter Wilhelm II. das Tragen von Zivil verboten.[53] Franz erzählte später seinem Sohn, wie er

> »einmal in Uniform seine Gäste zur Kutsche vor dem Haus begleitete, als zufällig sein Regimentskommandeur in seiner Kutsche vorbeifuhr. Er bekam einen gehörigen Rüffel, weil er auf der Straße zur Uniform keine Kopfbedeckung, keinen Säbel und keine Handschuhe trug, auch wenn er nur wenige Meter vom Gartentor entfernt war. Offiziere durften nie etwas tragen, z. B. einen Koffer oder eine Aktentasche. Dies war Aufgabe des Adjutanten oder des Burschen. Selbst wenn er etwas in einem Laden gekauft hatte, musste er sich die Ware nach Hause bringen lassen.«[54]

Auch die immer stärker einsetzende Technisierung des Offizierskorps bis in den Ersten Weltkrieg hinein führte nicht zu einem Aufbrechen des Beförderungsmusters der Anciennität.[55] Dem eigenen Selbstverständnis nach unterschied sich das Offizierskorps des frühen 20. Jahrhunderts nur wenig von dem preußischen Offizierskorps der Befreiungs- und Reichseinigungskriege.

Bei genauerem Hinsehen fällt die Dichotomie zwischen diesen lautstark proklamierten Werten und den Realitäten ins Auge. »Zur Uniform gehörte das Tragen von Handschuhen, was verhindern sollte, dass einmal die Hand ausrutscht«,[56] lautete Pfeffers späterer Kommentar zu den häufig vorgekommenen Misshandlungen[57] einfacher Soldaten und Rekruten, die so gar nicht zur glamourösen Selbstdarstellung mit Schlagworten wie Berufsethos, ritterlichen Tugenden und Ehrauffassung passen wollten. Zudem war es etwa einem verschuldeten Offizier gestattet, ganz unstandesgemäß eine reiche Jüdin zur Frau zu nehmen.[58] Auch die dem Korpsgeist vermeintlich zuträgliche Anciennität wurde ebenfalls mannigfach untergraben. So prägten Seilschaften und

52 So war ein Offizier auch nicht der zivilen Justiz unterstellt. Bei Verfehlungen urteilte ein Militärgericht, besetzt mit Standesgenossen, über etwaige Vergehen.

53 Angelika Tramitz: Nach dem Zapfenstreich. Anmerkungen zur Sexualität des Offiziers, in: Angress et al. (Hrsg.): Willensmenschen, S. 211-226, S. 214 f.

54 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.

55 Das bedeutet, dass jeder Offizier nach einem gewissen Dienstalter einen gewissen Dienstrang zu erwarten hatte. Vgl. Gerhard Papke: Offizierskorps und Anciennität, in: Hans Meier-Welcker (Hrsg.): Untersuchungen zur Geschichte des Offizierskorps, Stuttgart 1962, S. 177-206, S. 193.

56 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 7. Februar 2011.

57 Vgl. dazu Wiedner: Soldatenmißhandlungen sowie Reinhard Höhn: Sozialismus und Heer. Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer, Bd. 2, München u. a. 1959, S. 238 ff.

58 Martin Kitchen: The German officer corps 1890-1914, Oxford 1968, S. 47.

Verwandtschaftsbeziehungen de facto das Vorankommen der höheren Karriereoffiziere[59] – es galt: »Ohne Vetter kam man nicht recht weiter.«[60]

Bei der Offiziersausbildung hielt man im frühen 20. Jahrhundert an den Werten des langen 19. Jahrhunderts fest. Retrospektiv, mit Blick auf den in kaum mehr als einem Jahrzehnt aufziehenden Weltkrieg, samt seiner modernen Grausamkeiten wie Gaskrieg, Luftwaffe und Materialschlachten, wirken die Ausbildungmaximen nicht nur vollständig antiquiert, sondern geradezu fahrlässig. Die Ausbildung war vollständig dominiert von den Maximen der Tradition, der Disziplin und des Gehorsams.[61] Bei der militärischen Unterweisung eines jungen Offiziers im Kaiserreich wurde neben der eigentlichen militärisch-taktischen und strategischen Schulung zugleich eine Art Standeskunde vermittelt. Offizier sein bedeutete weit mehr als einfach nur Militär sein, dies wurde bei den Prioritäten der Offiziersausbildung deutlich: Das besondere Treueverhältnis zum Kaiserhaus, Korpsgeist, Kameradschaft, Pflichtgefühl und der Fundamentalbegriff der Ehre sowie Pünktlichkeit und Genauigkeit wurden als Standespflichten dem Offiziersanwärter aufs Intensivste angedrillt. Nicht minder bedeutsam waren die Regeln des gesellschaftlichen Umgangs der Offiziere.[62] Gute Gesellschaft, geschliffenes Auftreten sowie Präsenz bei entsprechenden gesellschaftlichen Ereignissen waren Pflicht – Letzteres konnte befohlen werden. Spekulationen und Glücksspiel waren verboten.[63] Der junge preußische Offizier unterstand somit weitgehenden öffentlichen Limitierungen, die auch dazu dienten, die gesellschaftliche Stellung des preußischen Offizierskorps und dessen Privilegien zu rechtfertigen.[64]

Gleichsam wie die gesellschaftliche Verortung des Offizierskorps in Anbetracht der in wenigen Jahren aufkommenden fundamentalen sozialen Umstürze in Zentraleuropa antiquarisch wirkte, stagnierte auch die militärische Offiziersausbildung.[65] Sie bestand aus einer Fahnenjunkerausbildung, einer Generalstab- und Waffenausbildung sowie ergänzenden Hochschulkursen.[66]

59 Vgl. Walter Erhart: Laufbahnen. Die Fiktionen des Offiziers, in: Angress et al. (Hrsg.): Willensmenschen, S. 155-172, S. 156 f.

60 Schulte: Die deutsche Armee, S. 69; Heiger Ostertag: Bildung, Ausbildung und Erziehung, S. 71.

61 Zur Bedeutung des Postulates des Gehorsams ist etwa die Antwort Moltkes auf die Frage nach seinem besten General bezeichnend. Moltke hierzu: »Der war der Beste, er war der Gehorsamste«, zit. nach Bald: Kriegsbild, S. 156.

62 Kleine Heftchen, sogenannte »Offizierratgeber«, gaben Hinweise zur Vermeidung standesunwürdiger Situationen. So etwa Krafft: Dienst und Leben; C. Th. Müller: Wir Männer in des Königs Rock. »Beiträge zur Selbsterziehung des dt. Soldaten«, Berlin 1911 oder Schaible: Standes- und Berufspflichten.

63 Vgl. dazu die von Wilhelm I. am 2. Mai 1874 erlassene »Allerhöchste Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere«, in: Franz Beyer: Das Leitbild des deutschen Offiziers, Göttingen 1964, S. 5 f.

64 Ostertag: Bildung, Ausbildung und Erziehung, S. 77 f.

65 Vgl. BArch-MA: PH 6-I/20.

66 Driftmann: Grundzüge, S. 37.

Die formale Ausbildung, der Drill, das Marschieren und Paradieren hatten, auch durch ihre unbestrittene innenpolitische Funktion, einen deutlichen Vorrang gegenüber realistischen Gefechts- und Schlachtübungen sowie Kriegsspielen.[67] Gerade für Rekruten war der stundenlange Kasernenhofdrill permanenter Bestandteil des monotonen Tagesablaufs.[68]

Im taktischen Bereich orientierte sich die Offiziersausbildung auch nach der Jahrhundertwende noch an den Erfahrungen des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71. Neuerungen, wie das Ablassen von der Schützenlinie, die sich durch die neuartige Waffentechnik schnell als verheerend herausgestellt hatten, setzten sich nur langsam durch.[69] Häufig richtete man die Ausbildung stattdessen danach aus, was man als typisch deutsche Wesensart auszumachen glaubte.[70] Der Offizier sollte als Vorbild für seine Einheit den Angriff von vorne anführen. Die Initiative und der Erfolg auf dem Schlachtfeld waren somit weitgehend von der Fähigkeit und dem Charisma des Frontoffiziers abhängig. Eine auf diese großen taktischen und psychologischen Erfordernisse ausgerichtete Ausbildung blieb dem Offizier jedoch verwehrt.[71] Trotz der sich bis etwa 1906 durchsetzenden Auftragstaktik[72] blieb die Ausbildung hinter den Entwicklungen in der Waffentechnik und damit auch den Anforderungen des aufkommenden neuen Krieges zurück.[73] Für die Militärs galt damit der gleiche Befund wie für die Politik im Kaiserreich. Der Modernisierungsfortschritt stand hier weit hinter dem sozioökonomischen Modernisierungsablauf zurück.

67 Schulte: Die deutsche Armee, S. 416 ff.

68 Hinzu kamen die häufig ermüdenden theoretischen Übungen oder Vorträge. Nur schwerlich setzte sich die Kabinettsordre vom 27. Januar 1904 durch, welche die Exerzierformalitäten einschränken sollte. Auch mehrere zu Beginn des 20. Jahrhunderts unternommene Reformversuche veränderten die Realitäten der Ausbildung in der Truppe kaum. Sinnbildlich hierfür sind auch die jährlich stattfindenden Kaisermanöver, deren Inhalte – mehr Schein als Sein – kaum einen Lehrwert hatten. Vgl. zur juristischen Stellung der Kabinettsordrepraxis den Beitrag »Armeebefehl und Armeeordnung«, in: Heinrich Dietz (Hrsg.): Handwörterbuch des Militärrechts, Rastatt 1912, S. 53 ff. sowie zu den Kaisermanövern Schulte: Die deutsche Armee, S. 296 f.

69 Schulte: Die deutsche Armee, S. 432 f.

70 So wurde etwa in der Offiziersausbildung ganz nach der »Infanterietaktik des Furor teutonicus« die Maxime der offensiven Kriegsführung gelehrt. Ebenda, S. 106 f.

71 Auch eine individualisierte Ausbildung wurde von großen Teilen des Generalstabs weitgehend abgelehnt.

72 Die Auftragstaktik hatte sich im preußischen Heer bereits in den Reichseinigungskriegen bewährt. Dennoch sollte es bis zur Ausgabe des »Exerzierreglements für die Infanterie vom 29. Mai 1906« dauern, bis diese unwidersprochene Akzeptanz finden sollte. Auch dies zeigt die Reformproblematik im wilhelminischen Heer. Vgl. dazu Stephan Leistenschneider: Auftragstaktik im preußisch-deutschen Heer 1871 bis 1914, Hamburg 2002, S. 132 ff.

73 Schulte: Die deutsche Armee, S. 33 und 471. Vgl. hierzu auch die Kritik an Schulte: Dieter Storz: Kriegsbild und Rüstung vor 1914. Europäische Landstreitkräfte vor dem Ersten Weltkrieg, Herford 1992, S. 170.

Doch gab es in dieser Epoche zumindest evolutionäre Veränderungen im Militär. Seit dem Amtsantritt Wilhelms II. setzte eine allmähliche Öffnung des vormals ausschließlich aristokratisch dominierten Offiziersberufs ein. Dieser Vorgang gestaltete sich zwar in den einzelnen Regimentern uneinheitlich, sorgte jedoch gleichzeitig dafür, dass die Akzeptanz der Privilegien des Offizierskorps bis in den Krieg hinein weitestgehend erhalten blieb.[74]

Für Pfeffers Zeit beim Infanterieregiment 13 (IR 13) bieten die Lebenserinnerungen seines Bruders Friedrich einen authentischen Einblick.[75] Üblich war nach der Beförderung zum Fähnrich der Besuch der Kriegsschule in Potsdam.[76] Mit Patent vom 20. August 1909, also noch vor Abschluss seines Studiums, wurde Franz von Pfeffer zum Leutnant befördert.[77] Mit diesem Akt änderte sich das Leben des 21-Jährigen fundamental. »Der preußische Leutnant ging als junger Gott, der bürgerliche Reserveleutnant wenigstens als Halbgott durch die Welt.«[78] So beschrieb Friedrich Meinecke treffend das Prestige dieser jungen Männer in der wilhelminischen Gesellschaft. Der amerikanische Psychologe Copeland bringt es auf die Formel »leadership is way of life«.[79]

Für Pfeffer stellte der Offiziersberuf die Möglichkeit dar, aus den Mühlen des oft zähen Beamtendaseins zu entkommen. Eine Affinität zum Militärischen war aufgrund seiner national-konservativen Vorprägung durch Kindheit und Elternhaus sowie durch das Corps studentum ohnehin gegeben.[80] Hinzu kam der mit der militärischen Karriere einhergehende soziale Aufstieg.[81] Auf der Straße wurde er nun hochachtungsvoll gegrüßt und auch bei der Damenwelt hatte die neue gesellschaftliche Reputation Konsequenzen.[82] Der junge Leutnant des wilhelminischen Kaiserheeres hatte allen Grund, sein

74 Bald: Der deutsche Offizier, S. 89 ff.

75 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 20.

76 Vgl. zeitgenössisch: Bernhard Poten: Unser Volk in Waffen, Berlin und Stuttgart 1887, S. 238. Sowie zu den Formalien in der Kriegsschule: Bestimmungen über Organisation und Dienstbetrieb der Kriegsschule, München 1884, sowie individuell auch: Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 21.

77 BArch-MA: PHD 2/257, S. 13. Zu den Bildungsvoraussetzungen im deutschen Offizierskorps siehe weiterführend u. a. Demeter: Offizierskorps, S. 90 ff. oder auch Driftmann: Grundzüge, S. 34.

78 Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Gedanken und Erinnerungen, Wiesbaden 1946, S. 25.

79 Norman Copeland: Psychology and the soldier, Harrisburg, Pennsylvania[4] 1951, S. 80.

80 Studier: Corpsstudent, S. 166 ff.

81 Das Karrieremotiv scheidet als Motiv Pfeffers hingegen aus. So fehlten Pfeffer die dafür notwendigen verwandtschaftlichen Beziehungen. Unter regulären Umständen brauchte ein Leutnant durchschnittlich 13 Jahre für die Beförderung zum Hauptmann: Rainer Wohlfeil: Beförderungsgrundsätze, S. 53 ff.; Edgar von Matuschka: Die Beförderungen in der Praxis, in: Hans Meier-Welcker (Hrsg.): Untersuchungen zur Geschichte des Offizierskorps, Stuttgart 1962, S. 153-176, S. 163. Vgl. FN 1/55 und 1/60.

82 »Der Leutnant fand großes Entgegenkommen nicht nur bei solchen Damen und Dämchen, die glaubten, auf diese Weise mit ihrem Erbteil sich eine glänzende

»Burschenleben«[83] zu genießen. Mit dem Offizierspatent wurde Pfeffer Teil jener Kaste, die sich selbst als staatstragende Institution definierte. Damit gingen, zumindest theoretisch, der Zugang zum kaiserlichen Hofe und das Prädikat »Hochwohlgeboren« einher – ein gesellschaftliches Renommee, für das man im Zivilleben außerordentliche Meriten benötigte. Diese Aura der besonderen Nähe zum Kaiserhaus mit ihrem einzigartigen Treue- und Rechtsverhältnis[84] verinnerlichte der 21-jährige Leutnant mit dem schlanken Körper, dem etwas länglichen Gesicht mit den leicht hervorstehenden Wangenknochen und dem markanten Oberlippenbart, der die Haare stets kurz geschoren trug, rasch.[85]

Die Anforderungen, die das Offizierskorps stellte, erfüllte Pfeffer zweifellos. Durch Urgroßvater und Großvater waren militärische Traditionen in der Familie vorhanden; zudem schufen das gut begüterte aristokratische Elternhaus sowie die höhere Beamtenlaufbahn des Vaters beste Voraussetzungen. Hinzu kamen gehobene Umgangsformen sowie ein damit verbundenes elitäres Selbstverständnis mit ausgeprägtem Selbstbewusstsein und ein deutlich zutage tretender Patriotismus – Werte, die Franz von Pfeffer bereits als Korporationsstudent verinnerlicht hatte. Seine konservative Denke passte hervorragend zu den Anforderungen, die an einen jungen Offizier gestellt wurden.[86] Schnell und überzeugend nahm er die geforderte militärische Attitüde an. Leidenschaftlich war sein Hang zur militärischen Symbolik und zu den militärischen Ritualen. Korrektes Erscheinungsbild, militärisches, schneidiges Auftreten, Korpsgeist und Selbstdisziplin gehörten genauso wie die zur Schau gestellte Abgrenzung gegenüber allem Nichtmilitärischen von nun an fest zu Franz von Pfeffers Auftreten in der Öffentlichkeit.[87]

Als Offizier war Pfeffer zugleich Teil des militärischen Ausbildungsapparates. Hier war er, ganz nach dem zeitgenössischen Selbstverständnis, nicht nur

gesellschaftliche Stellung erkaufen zu können, sondern auch bei den eventuellen Schwiegervätern.« Zit. nach Deist: Geschichte des preußischen Offizierkorps, S. 42.

83 Vgl. Wilhelm Groener: Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg, Göttingen 1957, S. 51.

84 Diese besondere Beziehung des Kaiserhauses zum Militär kommt schon bei der Rede Wilhelms II. zu dessen Thronbesteigung zur Sprache: »So gehören wir zusammen, Ich und die Armee, so sind wir füreinander geboren und so wollen wir unauflöslich fest zusammenhalten, möge es nach Gottes Willen Friede oder Sturm sein.« Zit. nach Friedrich von Rabenau: Die deutsche Land- und Seemacht und die Berufspflichten des Offiziers, Berlin 1909, S. 384. Vgl. zum Treueverhältnis der »13er« zum preußischen Königshaus: Von Schade: Kurzgefasste Geschichte des Infanterie-Regiments Herwarth von Bittenfeld (1. Westf.) No. 13, Münster 1913, S. 87 f.

85 Auch der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit war der junge Offizier von nun an entzogen. Manfred Messerschmidt: Menschenführung im preußischen Heer von der Reformzeit bis 1914, in: Johann C. Allmayer-Beck (Hrsg.): Menschenführung im Heer, Herford 1982, S. 81-112, S. 97.

86 Vgl. Detlef Bald: Vom Kaiserheer zur Bundeswehr. Sozialstruktur des Militärs. Politik der Rekrutierung von Offizieren und Unteroffizieren, Frankfurt a. M. 1981, S. 19.

87 Vgl. dazu FN 1/54.

Ausbilder, sondern gleichzeitig Erzieher, Lehrer und Führer.[88] Der erzieherische Anspruch konstruierte sich dabei aus einer angenommenen geistigen und moralischen Überlegenheit der Offizierskaste gegenüber den Untergebenen.[89] Als Zentralwerte galten Treue, Disziplin, Vorbildfunktion[90] sowie der Universalbegriff der Moral, den der junge Leutnant von Pfeffer selbst rasch und intensiv verinnerlicht hatte. Die Lüge galt als Zeichen der Feigheit und daher als besonders schimpflich.[91] All dies vermittelte Pfeffer seinen Untergebenen aus voller Überzeugung. Gleichzeitig herrschte im Offizierskorps auch ein Phänomen vor, das heute in der Forschung als Bildungsfeindlichkeit bezeichnet wird.[92] Der Hang, eine Situation genau zu überdenken, ja zu hinterfragen, wurde häufig als »Schnurrpfeiferei« abgetan.[93] Vielmehr als intellektuelle oder gar philosophische Gedanken benötigte der Offizier stattdessen, so der Konsens, Charakter und Willenskraft. Bei Pfeffer förderte dies zweifellos den später häufig zu beobachtenden impulsiven Charakter.

Ein weiterer prägender Aspekt war der Umgang des Offiziers mit Geld. Standesprivilegien und die Pflicht des jungen Offiziers, von der Ernennung an eine würdige Stellung im gesellschaftlichen Leben einzunehmen, führte junge Offiziere häufig in ein Dilemma. Obwohl Pfeffer aus einem wohlhabenden Elternhaus stammte, das ihn auch in seiner Zeit als Korpsstudent großzügig subventionierte, ist dennoch davon auszugehen, dass die mit dem Leutnantsrang einsetzenden gestiegenen finanziellen Aufwendungen auch seinen Finanzen zusetzten. Der Verdienst, um 1910 für einen Leutnant mit allen Zuschüssen nur um die 300 Mark,[94] reichte zumeist weder, um den eigenen, noch um den hohen gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden. Hinzu kam das meist pompöse Auftreten des eigenen obersten Dienstherrn, das oft jüngeren Offizieren als Vorbild diente. Klar war: »Wer reich werden, wer Geld machen wollte, der durfte nicht Offizier werden.«[95] Verschuldung aus einem Lebensstil über den eigenen Verhältnissen war zumeist nur die kurzfristige Folge.

88 Driftmann: Grundzüge, S. 89.

89 Vgl. auch Kabinettsordre Wilhelm II. vom 1. Januar 1905, in: Hermann Rumschöttel: Das bayerische Offizierkorps 1866-1914, Berlin 1973, S. 59.

90 Vgl. zur Vorbildfunktion im Kampf: Marcus Funck: In den Tod gehen. Bilder des Sterbens im 19. und 20. Jahrhundert, in: Angress et al. (Hrsg.): Willensmenschen, S. 227-236, S. 228 ff.

91 Vgl. Müller-Brandenburg: Erziehung der Truppe, S. 65-69.

92 Vgl. Höhn: Sozialismus und Heer, Bd. 2, S. 201 ff.

93 Manfred Nobbe: Erziehung und Bildung in der Bundeswehr. Untersuchungen über die Schriften zur Bildung in der Truppe und die Konzepte der »Inneren Führung«, Köln 1985, S. 8 f.

94 Ostertag: Bildung, Ausbildung und Erziehung, S. 61 ff.

95 Albert Dreßler: Über den deutschen Offizier, Dresden 1920, S. 65. Vgl. hierzu u. a.: Max van den Bergh: Das deutsche Heer vor dem Weltkriege. Eine Darstellung und Würdigung, Berlin 1934, S. 118 f. Und zur Dissonanz zwischen sozialem Anspruch und wirtschaftlicher Realität: Manfred Messerschmidt: Militärgeschichte im 19. Jahrhundert 1814-1890. Strukturen und Organisation, in: Hans Meier-Welcker et al. (Hrsg.): Handbuch zur Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 2/IV, München 1976, S. 35 f.

Dauerhafter wirkte sich hingegen die Entfremdung von wirtschaftlichen bzw. marktwirtschaftlichen Prinzipien aus. Oberflächlich machte sich dies in der nach außen offen zur Schau gestellten Ablehnung jedes monetären Handelns bemerkbar.[96] Ein Offizier, so auch Pfeffer, habe es schlicht nicht nötig, so der Tenor, sich mit finanziellen »Krämerangelegenheiten«[97] zu befassen. Weit schwerwiegender waren jedoch die mittel- bis langfristigen Folgen, die sich aus einer solchen Attitüde ergaben. Viele Offiziere dieser Generation erlernten nie die Fähigkeit, sich mit monetären Notwendigkeiten auseinanderzusetzen. Ihnen fehlte die Befähigung zu wirtschaftlichem, marktorientiertem Handeln, Denken und Arbeiten. »Das Geld war beim Offizier, besonders beim jungen Offizier, immer ›das Wenigste‹.«[98] Franz, dessen bisheriger Lebensunterhalt weitestgehend von seinen Eltern bestritten worden war, teilte diese Auffassungen exemplarisch. Ganz den Maximen des kaiserlichen Heeres entsprechend, war auch für ihn in seiner Selbstauffassung die gesellschaftliche Reputation des Offiziersranges weit bedeutsamer als jeder finanzielle Belang.

Schließlich muss als prägender Aspekt das besondere Verhältnis jener im frühen 20. Jahrhundert dienenden Offiziere zum Kaiser genannt werden. Das Kaiserhaus stand als Inbegriff für die errungene Reichseinheit,[99] der Monarch selbst für das Primat des Militärischen vor dem Zivilen. So sehr Wilhelm II. mit seinem forschen und zumeist militärisch wenig kompetenten Auftreten auf das Unverständnis seiner Generalstabsoffiziere stieß,[100] so sehr wurde gerade diese Attitüde zum Vorbild einer ganzen Offiziersgeneration. Nicht umsonst ließ sich feststellen, dass das Auftreten des jungen Kaisers viel von dem eines jungen Leutnants hatte.[101] Der Kaiser war also mehr als bloß oberster Dienstherr. Er war Sinnbild eines Zeitgeistes, persönliches Vorbild und Integrationsfigur. Verstärkt wurde diese Wirkung für Pfeffer noch durch die besondere Kaiserverehrung seiner Mutter. Schon als Halbwüchsiger wurde ihm im Kreise der Geschwister an den Abenden von der Mutter deren Sammlung von Fotos

96 Pfeffers Ablehnung jedes Markthandelns liegt sicher zudem in der Familie begründet. Ein Großonkel zweiten Grades, Felix von Salomon, war Kaufmann und wurde, wie in aristokratischen Kreisen üblich, selbst familienintern nur abfällig als »Koofmich« bezeichnet. Siehe Familienstammbaum Pfeffer von Salomon (Privatdruck) und Salomon: Der Fragebogen, S. 40.

97 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

98 Dreßler: Offizier, S. 65.

99 Der Begriff der Reichseinheit ist hier von doppelter Bedeutung. Einerseits als erreichtes normativ politisches Ziel; andererseits steht der Begriff für die Militärs in direktem Zusammenhang mit der Rechtfertigung eigener Privilegien durch ihre historischen Leistungen im Zuge der Reichseinigungskriege.

100 Zu den Auswirkungen des sog. »Persönlichen Regiments« auch auf die Organisationsstruktur des Heeres vgl. Deist: Armee in Staat, S. 316.

101 Vgl. Bernhard von Bülow: Denkwürdigkeiten. Bd. 4: Jugend- und Diplomatenjahre, Berlin 1931, S. 611.

und Zeitungsausschnitten des Kaiserhauses vorgeführt.[102] Der Kaiser gehörte dem Empfinden nach fast zur Familie. Seine politisch-diplomatischen Verfehlungen waren hier kein Thema. Das Treue- und Pflichtverhältnis Pfeffers gegenüber seinem obersten Dienstherrn ging noch über die ritualisierte Beziehung zwischen Offizier und Kaiser hinaus.

Drei Jahre nach Franz, am 20. November 1913, erlangte auch sein jüngerer Bruder Friedrich das Offizierspatent. Zusammen bezogen die Brüder eine Wohnung in der Erphostraße 38 nahe ihrem Elternhaus. Franz diente in der 9., Friedrich in der 5. Kompanie des IR 13.[103] Der Tagesablauf eines jungen Offiziers in Münster gestaltete sich nach den Erinnerungen von Friedrich zumeist wie folgt:

> »Im Winter begann der Dienst so zwischen 6 und 7 Uhr, im Sommer meist gegen 4 oder 5 Uhr. Mittags war eine zweistündige Pause, die wir oft in der Offizierskantine der Kaserne zubrachten. Dort standen auch bequeme Sessel, in denen wir ein Nickerchen halten konnten. Sommers war gegen 4, winters gegen 5 Uhr nachmittags für uns Leutnants Dienstschluss. […] Dann besuchte man, nachdem man sich umgezogen hatte, meist noch schnell ein Kaffee oder bummelte auf dem Prinzipalmarkt, wo man nach Bekannten und den jungen Damen Ausschau hielt. Um 6 Uhr war dann gemeinsames Abendessen im Kasino. Wenn man nicht eingeladen war, was im Winter allerdings sehr häufig war, blieb man im Kameradenkreis im Kasino bis oft tief in die Nacht hinein sitzen. Im Sommer stand uns die große Terrasse und der schöne alte Kasinogarten […] zur Verfügung. Manchmal ging man ins Theater, wo wir in der Rang-Loge einen Platz für 1 M bevorzugt bekamen, wenn wir in Uniform erschienen […]. Im Winter, bis zum Beginn der Fastenzeit, war fast jeden Abend etwas los. Wir Leutnants hatten oft zwei oder drei Einladungen für einen Abend, natürlich als Tänzer. Ein Leutnant in seiner stolzen Uniform, der ein flotter Tänzer war – und das waren fast alle – war auf allen Bällen ein gern gesehener Gast. Aber auch bei anderen Veranstaltungen […] waren die Uniformen gern gesehen.«[104]

Bis zum Kriegsausbruch im Sommer 1914 hatte Franz bereits mehr als fünf Jahre im kaiserlichen Heer gedient. Neben der persönlichen Formung durch das Selbstverständnis des kaiserlichen Heeres kam die politische Beeinflussung durch die militärischen Institutionen und das Offizierskorps.

102 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Persönliche Mitteilung vom 16. November 2009.

103 BA-MA: PHD 2/257, Adressheft des A. K. VII, Sommer 1914, S. 14.

104 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 22 f.

1.2.2 Politische Prägungen I: Kaiserheer und Sozialdemokratie

Schon die bismarckschen Sozialistengesetze verwiesen auf die Dichotomie zwischen dem innenpolitischen Ziel der Zementierung des gesellschaftspolitischen Status quo von 1871 und den egalitären, emanzipatorischen Ideen der aufstrebenden Sozialdemokratie. Bis zum Weltkrieg vermochten es weder die Gesetzgebung noch die Ausgrenzung und Stigmatisierung der Arbeiterparteien[105] als »Reichsfeinde«, deren zunehmende Erfolge bei den Reichstagswahlen zu verhindern.[106] Der Aufstieg der sozialistischen Idee stellte das Kaiserreich vor seine größte innenpolitische Herausforderung.[107]

Bereits im Jahr 1868 hatte die Sozialdemokratie ein »militärisches Standardprogramm« ausgearbeitet, welches in den kommenden Jahrzehnten zwar einigen Modifikationen unterworfen war,[108] in seiner Grundkonzeption jedoch bis 1914 bestand.[109] Die maßgebliche Leitlinie war die strikte Desavouierung der Heeres- und Flottenpolitik. Man wandte sich gegen nahezu alle Dogmen der Armee.[110] So setzte man dem militärischen Elitegedanken die Idee einer Volksarmee, dem sich im Offizierskorps Ende des 19. Jahrhunderts durchsetzenden »neuen Nationalismus, der sich in jener Fichte-Hegelianischen Verknüpfung von Staat und Nation übersteigerte«,[111] den offen propagierten

105 Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) und Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Ab 1890 durch deren Fusion nur noch SPD.

106 Bei den Reichstagswahlen 1903 erreichte die SPD 37,3 Prozent der Wählerstimmen und war nach Mandaten, trotz des die SPD benachteiligenden absoluten Mehrheitswahlsystems und der ungerechten Wahlkreisgeometrie, nach dem Zentrum erstmalig die zweitstärkte Partei. Eine Stagnation oder gar eine Kehrtwende in dieser Entwicklung war nicht abzusehen. Trotz des mit 28,9 Prozent schwächeren Ergebnisses 1909 steigerten sich in den folgenden Jahren bis 1912 die Mitgliederzahlen stets im zweistelligen Prozentbereich. Ab dem Jahr 1912 stellte sie die stärkste Fraktion im Reichstag. 1914 hatte die SPD mit 1.086.000 Mitgliedern ihre Zahl von 1906 fast verdreifacht. Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 319.

107 Vgl. hierzu auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie nach Ende des Sozialistengesetzes 1890, in: Hedwig Wachenheim: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914, Köln 1967, S. 321 ff. Ohne dem Postulat des Primats der Innenpolitik zu folgen, ist hier auch auf Wolfgang Mommsen: Die latente Krise des Wilhelminischen Reichs: Staat und Gesellschaft 1890-1914, in: Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.): Der autoritäre Nationalstaat, S. 287-315, bes. S. 298 zu verweisen. Das patriotische Potenzial, das im August 1914 zum Tragen kommen sollte, verkannte man um die Jahrhundertwende noch vollständig. Messerschmidt: Menschenführung, S. 109.

108 Zur SPD-internen Diskussion um eine Revision der eigenen Militärpolitik vgl. Reinhard Höhn: Sozialismus und Heer. Der Kampf des Heeres gegen die Sozialdemokratie, Bd. 3, Berlin u. a. 1969, S. 566 ff.

109 Höhn: Sozialismus und Heer, Bd. 2, S. 377 ff.

110 Vgl. zeitgenössisch: Eduard von Liebert: Heer und Sozialdemokratie, S. 25 ff.

111 Bald: Kriegsbild, S. 150. Vgl. auch zum übersteigerten Nationalismus in der wilhelminischen Gesellschaft: Walkenhorst: Nation – Volk – Rasse, S. 38 ff.

Internationalismus sowie der militärischen Doktrin des Präventivkriegs[112] den Pazifismus des linken/kommunistischen Flügels der SPD entgegen.[113] Auf der militärisch-administrativen Ebene forderte man etwa die Abschaffung des exklusiven Kasinobetriebes sowie das Ende der sog. Burschenpflicht für Offiziere[114] – kurzum, die wehrpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie sollten die Rolle der Militärs im Staate fundamental verändern. Es war der offene Angriff auf die »überragende Stellung der Armee im Staate«.[115]

Für die Militärs war der Aufstieg der Sozialdemokratie das Ergebnis einer als bedrohlich empfundenen gesamtgesellschaftlichen Modernisierung.[116] Zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts richtete sich die Abwehrhaltung der Militärs weniger gegen die noch kaum in Erscheinung tretende Arbeiterbewegung, vielmehr sah man durch das kapitalistische Wirtschaftssystem und die sich immer stärker etablierende großbürgerliche Schicht die eigene gesellschaftliche Stellung gefährdet. Der primäre Gegner wechselte, als man im sich immer mehr ausbreitenden sozialistischen Gedankengut eine weit größere Gefahr für den eigenen Besitzstand ausmachte.[117] Die Instrumente des Heeres gegen die Sozialdemokratie reichten von einem offenen Einsatz militärischer Mittel[118]

112 Stig Förster: Der Krieg des Willensmenschen. Die deutsche Offizierselite auf dem Weg in den Weltkrieg, 1871-1914, in: Angress et al. (Hrsg.): Willensmenschen, S. 23-36, S. 31 ff.

113 Kitchen: The German officer, S. 144 f.

114 Ebenda, S. 149 f.

115 Deist: Armee in Staat, S. 330. Besonders in der Institution der »Einjährig-Freiwilligen« sah man die Gefahr einer sozialdemokratischen Unterwanderung und damit »staatsfeindlichen« inneren Demokratisierung der Streitkräfte. Der preußische Kriegsminister von Heeringen an den Generalstab, 20. Januar 1913, in: Hans Herzfeld: Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege, Bonn 1923, S. 63. Siehe auch: Messerschmidt: Menschenführung, S. 101 f. sowie Höhn: Sozialismus und Heer, Bd. 2, S. 386. Zur Wirkung auf Pfeffer siehe auch Pfeffers Argumentation für den Frontbund Kapitel 2.3.1.

116 Kitchen: The German officer, S. 186 f.

117 Dass in der Ablehnung des kapitalistischen Systems, wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen, wohl die einzige Interessenkongruenz zwischen SPD und Armee bestand, bleibt eine bemerkenswerte Randnotiz.

118 Bis 1897 blieb der Staatsstreich eine denkbare Variante. (John Röhl: Wilhelm II. Bd. 2, Der Aufbau der persönlichen Monarchie 1888-1900, München 2001, S. 945 ff. Siehe auch das Memorandum Waldersees vom 22. Januar 1897, abgedruckt in: Alfred von Waldersee: Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Alfred Graf von Waldersee. Bd. 2: 1888-1900, Osnabrück 1922-23, S. 286 ff.) In den Jahren 1889, 1905 und 1912 beendeten Teile des Heeres jeweils resolut die großen Bergarbeiterstreiks an der Ruhr. Noch 1912 dachte der spätere Chef der Heeresleitung und des Truppenamtes, Hans von Seeckt, über ein Verbot der SPD nach. Erst im Anschluss und ausschließlich aus Pragmatismus – auch die Heeresplaner brauchten die Zustimmung der SPD für die im Reichstag eingereichte Heeresvorlage – setzte eine Phase moderaterer Politik der Armeeführung gegenüber der SPD ein. Vgl. Kitchen: The German officer, S. 149; Deist: Militär und Innenpolitik, S. XXXVII f.; Oliver Stein: Die deutsche Heeresrüstungspolitik 1890-1914. Das Militär und der Primat

über das zeitweilige Eingreifen in die Politik[119] bis hin zu einer neuen gesellschaftspolitischen Arbeit des Heeres.[120] Maßgeblich blieb jedoch die Politik des »Dammbaus«.[121]

Für Pfeffer waren diese Einflüsse, die ihren Widerhall in der militärischen Sozialisation und in den Ausbildungsmaximen der jungen Offiziere fanden, prägend. Die Sozialdemokratie galt als »die Todfeindin des deutschen Offiziers«.[122] Der Kampf gegen sie war aus Standespflicht und Standesehre obligatorisch.[123] Die Gruppendynamik, Männerkameradschaft und Stubenabende verstärkten, insbesondere während der Ausbildung, dieses Empfinden noch. In dieser Atmosphäre, in der man danach strebte, den Idealen des Offiziers möglichst nahezukommen, verstärkte und verfestigte sich das Bild der staatsfeindlichen Sozialdemokratie.[124] Als Zentralbegriffe galten Disziplin und Ehre. Maximen wie Humanität, Rechtsstaat oder Demokratie, von jeher in den Streitkräften konterkariert, wurden nun noch zusätzlich mit dem Makel

der Politik, Paderborn 2007, S. 307 ff. Vgl. auch zur Rolle Pfeffers »13er« bei der Niederschlagung der Streiks: Schade: Geschichte des IR 13, S. 86 f.

119 So setzte man sich 1894 aktiv für die sogenannte »Umsturzvorlage« ein. Enttäuscht von dem Scheitern dieses Vorstoßes wandten sich weite Teile des Militärs resignierend von dem politischen Geschehen ab. Deist: Armee in Staat, S. 332 f. und 462 ff.; Höhn: Sozialismus und Heer, Bd. 3, S. 90 f.

120 So versuchte man ab etwa 1890 organisiertem sozialdemokratischem Gewerkschafts- und Vereinswesen mit dem Aufbau eines eigenen Vereinswesens entgegenzutreten. Flankiert wurde dies durch die Förderung und soziale Aufwertung der Kriegervereine sowie einen Ausbau der militärischen Jugendarbeit. Vgl. Höhn: Sozialismus und Heer, Bd. 3, S. 379 ff. und 461 ff. Weitere Maßnahmen waren: Der Aufbau eines Systems von »schwarzen Listen« aller Anhänger der SPD innerhalb der Armee, die intensivierte Fahndung nach sozialistischer Literatur in den Kasernen sowie die Verschärfung der Wirtshausgebote für Soldaten, vgl. ebenda, S. 108 ff., 154 ff., und 181 ff. Bereits 1869 hatte man aus diesem Grund auch das aktive Wahlrecht für Soldaten auf dem Gebiet des Norddeutschen Bundes abgeschafft. Höhn: Sozialismus und Heer, Bd. 2, S. 155 ff.

121 Damit gemeint war die fundamentale Abwehr sämtlicher sozialdemokratischer Forderungen, ob in der Debatte über den Fahneneid (Kitchen: The German officer, S. 172) oder der Durchsetzung des demokratischen Rechtsstaatsgedankens (Höhn: Sozialismus und Heer, Bd. 2, S. 142 ff.). Immer versagte sich das Oberkommando der Armee allen sozialdemokratischen Reformideen und lehnte diese als Einmischung in die Kommandogewalt aufs Schärfste ab. Vgl. ebenda, S. 389. Vgl. dazu die »Zabern-Affäre« 1913. Wolfgang Mommsen: War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten, Berlin 2005, S. 203 ff.; Richard Mackey: The Zabern affair 1913-1914, Lanham 1991, S. 29 ff.

122 Krafft: Dienst und Leben, S. 218.

123 Besitz und Verbreitung der Schriften der SPD waren für Offiziere und Unteroffiziere verboten. Deist: Armee und Arbeiterschaft, S. 460.

124 Dies galt umso mehr, da Pfeffers VII. Armeekorps in Münster am Rande des Ruhrgebiets an einem Brennpunkt der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie seine Garnison hatte.

des »Programms der Staats- und Militärfeinde« beladen. Die Sozialdemokratie, das wurde vermittelt, war erster Gegner des Offiziersstandes.[125]

Die Folgen dieser verweigerten geistigen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie wirkten über die Kriegsjahre hinaus. So ist festzustellen, dass sich die Militärs kaum mit Binnenstruktur und Tendenzen innerhalb der SPD beschäftigten. Bis weit in den Krieg hinein unterschied man nicht zwischen den radikalen Elementen innerhalb der SPD und der gemäßigten späteren Noske-Richtung. Die mangelnde Subordinationsbereitschaft vieler im Kaiserreich sozialisierter Offiziere gegenüber der neuen Reichsregierung ab November 1918 hatte u. a. hier ihren Ursprung. Die SPD war Feindbild in ihrer Ganzheit – der »innere Feind des Vaterlandes«.[126] Unter dieser Maxime flüchtete sich Pfeffer, wie eine ganze Generation junger Offiziere, in überkommene feudalromantisierende und idealisierte Vorstellungswelten, die nach weit einfacheren Prinzipien zu funktionieren schienen als die moderne Industriegesellschaft.

1.2.3 Politische Prägungen II: Antisemitismus im Kaiserheer

Ähnlich dem Antisozialismus war auch der Antisemitismus im wilhelminischen Heer tief verwurzelt. Trotz des Artikels 12 der preußischen Verfassung, der die Gleichstellung zwischen Juden und Nichtjuden garantieren sollte,[127] und ungeachtet einer durchaus vorhandenen jüdischen Tradition in den preußischen Streitkräften,[128] hatte es seit 1878 keinen jüdischen Offizier mehr gegeben. Der Antisemitismus im Heer leitete sich dabei aus drei maßgeblichen Quellen ab. Das wohl älteste Argument, jenes der fremden Religionszugehörigkeit in einem christlich geprägten Staat, hatte bereits Bismarck angeführt.[129] Demnach war ein Mensch jüdischen Glaubens dem Staatsoberhaupt, dessen Legitimation

125 Wie unnachgiebig man gerade hier bei linken Aufständen vorzugehen gedachte, dokumentiert auch der Befehl des kommandierenden Generals des VII. Armeekorps, von Bissing, vom 30. April 1907, in dem u. a. die Inhaftierung sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter unter Missachtung ihrer Immunität vorgesehen war. Befehl v. Bissings abgedruckt in: Dieter Fricke: Zur Rolle des Militarismus nach innen in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Ostforschung 6 (1958), S. 1298-1310, S. 1302 ff. Der Befehl musste jedoch auf öffentlichen Druck am 17. November 1910 zurückgenommen werden.

126 Schaible: Standes- und Berufspflichten, S. 121.

127 Ernst Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, Stuttgart 1961, Dok. 168, S. 401 ff.

128 Horst Fischer: Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert, Tübingen 1968, S. 32 ff. und 104 ff., sowie zu den Freiheitskriegen schon zeitgenössisch: Militär-Wochenblatt 44 (1843), S. 347 f., Beiheft 1845, S. 397 ff. und Beiheft 1846, S. 1 ff. Vgl. auch zur Rolle und Stellung der deutschen Juden im deutsch-französischen Krieg 1870/71. Vgl. auch Christine Krüger: »Sind wir denn nicht Brüder?«. Deutsche Juden im nationalen Krieg 1870/71, Paderborn 2006, S. 42 ff.

129 Werner Mosse: Die Juden in Wirtschaft und Gesellschaft, in: Ders. (Hrsg.): Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914, S. 57-114, S. 89.

sich nach wie vor auf das christliche Gottesgnadentum gründete,[130] weit weniger verpflichtet als ein gläubiger Christ. Einer Aufnahme von Juden in den Staatsdienst stand man daher skeptisch gegenüber.[131] Ein zweites Argument gegen den jüdischen Offizier war ein politisches. Die soziale Nische, in der sich das Judentum in Deutschland über Generationen etabliert hatte, führte in Kombination mit jener latenten Modernisierungsskepsis der Militärs zu einer pauschalen Assoziation des deutschen Judentums mit nahezu allen Problemen der wilhelminischen Gesellschaft.[132] Der »liberale jüdische Kapitalist« galt als Ursache jener sozialen Spannungen, welche Staat und Militär vor elementarste Herausforderungen stellten.[133] Als drittes Argument für die Rechtfertigung der Diskriminierung ist der seit den 1870er Jahren aufkommende Rassismus zu nennen.[134] In konservativen Kreisen war hier eine neue, moderne und postemanzipatorische Form des Antisemitismus entstanden. Gestützt auf eine massiv judenfeindliche Publizistik, hatte sich eine Art pseudowissenschaftliche Rassenforschung entwickelt.[135] Diese definierte Juden nicht als Religionsgemeinschaft, sondern nach biologistischen Kategorien wie der Herkunft und der Rasse, um dadurch die angebliche Blutsfremdheit der Juden zu beweisen.[136] Von der bürgerlichen Gesellschaft ausgehend drangen diese weltanschaulichen Muster in die Armee vor.

Ohnehin war Militärs und Konservativen gemeinsam, dass sie sich in einer Art Sinnkrise befanden. Gesellschaftliche Negativerfahrungen, wie Gründerkrach und Modernisierungskrise oder der bereits verloren geglaubte Kampf gegen die Sozialdemokratie, führten zu einem ausgeprägten innen- wie außenpolitischen Krisenbewusstsein. Rassentheoretische und völkische Ideologien fanden rasche Verbreitung und sorgten für eine Negierung des jüdischen Lebens und der jüdischen Kultur in Deutschland. In der Breite der Gesellschaft

130 Vgl. zu Wilhelms Selbstverständnis in Bezug auf das kaiserliche Gottesgnadentum: Nicolaus Sombart: Wilhelm II. Sündenbock und Herr der Mitte, Berlin 1996, S. 94-98 und Hans Wilderotter: »Als Instrument des Herrn mich betrachtend«. Zum historischen und politischen Selbstverständnis, in: Ders. et al. (Hrsg.): Der letzte Kaiser, München 1991, S. 307-309.

131 Einen besonderen Einblick gibt hier auch Bismarcks Personalpolitik im preußischen Staatsministerium: Helma Brunck: Bismarck und das Preußische Staatsministerium 1862-1890, Berlin 2004, S. 285 ff.

132 Kitchen: The German officer, S. 39 f.

133 Mosse: Die Juden in Wirtschaft und Gesellschaft, S. 92 ff.

134 Walkenhorst: Nation – Volk – Rasse, S. 38 ff.

135 Diese Tendenzen reichten bis hin zu den seriösen Wissenschaften. Vgl. etwa für die Soziologie: Werner Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert, Berlin[3] 1913, S. 114 f.

136 Vgl. stellvertretend für eine Vielzahl zeitgenössischer Publikationen: Wilhelm Marr: Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum. Vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet, Bern[3] 1879; Carl Wilmanns: Die »goldene« Internationale und die Nothwendigkeit einer socialen Reformpartei, Berlin[5] 1876; Eugen Dühring: Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage, Karlsruhe, Leipzig 1881.

konnte sich dieser radikale Antisemitismus allerdings nicht durchsetzen. Er blieb eine politische und soziale Randerscheinung.[137] Anders dagegen unter den Militärs. Hier kam es, besonders im administrativen Bereich, zu einer massiven Diskriminierung. Jüdische Absolventen der Offizierslehrgänge wurden nicht zum Offizier befördert und den Einjährig-Freiwilligen jüdischer Herkunft war die Möglichkeit der Reserveoffizierslaufbahn verwehrt.[138] Gerade auch unter jüngeren Offizieren wurde die rassische Untermalung der Diskriminierung immer populärer. Ungeachtet der jüdischen Traditionen auch im Heer wurde den Juden generell aus angeblichen Gründen einer unzulänglichen Physiognomie sowie ebenso aus weltanschaulichen Motiven die Eignung zum höheren Militärdienst abgesprochen.[139] Dies führte zu dem Kuriosum, dass Juden im wilhelminischen Kaiserreich bis in höchste politische Ämter aufsteigen konnten, ihnen jedoch die Gleichstellung in der Armee verwehrt wurde.[140]

Die antisemitische Prägung erfolgte auf den einzelnen Armeeangehörigen also aus drei Richtungen: durch die nach außen und innen sichtbare diskriminierende Politik der Armee, die vor allem über alldeutsch-konservative Kreise in das Heer eindringenden antisemitischen Ideen sowie durch die der Armee eigene Sozialstruktur mit männerbündischer Kameradschaft, übertriebenen Ehrbegriffen und Gruppendynamik. Auf Pfeffer wirkten als Offizier all diese Faktoren noch weit intensiver als auf den einfachen Soldaten. So war er in seiner Ausbildung nicht nur mittelbar Empfänger dieser antisemitischen Befangenheiten, sondern später in seiner Rolle als Ausbilder und Erzieher auch Vermittler dieser Vorurteile. In der Wahrnehmung des Zeitgenossen stand das Bild des Offiziers diametral dem gegenüber, was als jüdisch galt. Attribute wie deutschnational, konservativ und völkisch wurden den (vermeintlichen) Maximen der rassischen Fremdheit, dem politischen Internationalismus, der Liberalität und des Kapitalismus entgegengesetzt.[141]

137 Obwohl sich dieser radikale Antisemitismus in weiten Teilen der Gesellschaft nicht durchsetzte, befürwortete man doch die Diskriminierung im Militär. Vgl. hierzu Blaschke: Katholizismus und Antisemitismus, S. 105 f.

138 Vgl. zur zeitgenössischen Diskussion: Loewenthal: Das jüdische Bekenntnis, S. 5 ff. sowie anhand Quellen aus dem Reichstag: Max Loewenthal: Jüdische Reserveoffiziere, Berlin 1914, S. 6. 1913 wurden schließlich die jüdischen Feiertage in der Armee abgeschafft. Kitchen: The German officer, S. 45.

139 Vgl. Heinrich Nordmann: Israel im Heere, Berlin 1893, S. 4 ff. Die Argumentationen erreichten häufig sozialdarwinistische, ja bizarre Dimensionen. So wurde behauptet, dass »Juden von einem anderen Affen abstammen als die Germanen und sich viel später zu ihrer Differenzierung aus ihrer väterlichen Sippe entschlossen« hätten. Ebenda, S. 8.

140 Vgl. zeitgenössisch: Walther Rathenau: Briefe, Bd. 1, Dresden 1927, S. 243; sowie in der Forschung: Peter Pulzer: Die jüdische Beteiligung an der Politik, in: Werner E. Mosse (Hrsg.): Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914, Tübingen 1976, S. 143-240.

141 Vgl. Mosse: Die Juden in Wirtschaft und Gesellschaft, S. 102 f. Das patriotische Potenzial, welches weit mehr noch als in der Sozialdemokratie gerade unter der jüdi-

Nachdem antisemitische Ressentiments im bürgerlichen Milieu seiner Jugend zwar durchaus bekannt und Usus waren, jedoch keine sichtbare Wirkung auf Pfeffer entfalteten,[142] kam er in seiner Zeit im preußischen Heer zum ersten Mal mit diesem radikalen Antisemitismus eng in Berührung. Wohl hier setzte sich Pfeffer erstmals intensiver mit dieser Thematik auseinander.[143] Ob die für ihn nachgewiesene Lektüre von Houston Chamberlains Pamphlet »Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts« jedoch bereits in dieser Zeit erfolgte, muss offen bleiben. Sicher ist dennoch, im latent antisemitischen Umfeld des Heeres wurde die Basis für den später bei Pfeffer virulent werdenden Antisemitismus gelegt.[144]

1.2.4 Politische Prägungen III: Elitegedanken und egalitäres Prinzip – zur sozialen Zusammensetzung des Kaiserheeres

Die Dichotomie zwischen dem egalitären sowie dem elitären Prinzip war ein elementarer Bestandteil der sozialen Wirklichkeit des wilhelminischen Heeres. Trotz des zeitgeistgemäßen Primates der Flotte blieb der Elitegedanke auch im Offizierskorps des Heeres eine auf den Einzelnen wirkende Konstante. Die Aufnahme Pfeffers in diesen Kreis bedeutete eine Verstärkung der ohnehin durch Erziehung und Studentenkorps weitgehend vorgeprägten Selbstauffassung, ein festes Mitglied der staatstragenden Elite zu sein. Dabei befand sich das noch in den Befreiungskriegen fast ausschließlich aus altem Adel bestehende Offizierskorps schon vor der Jahrhundertwende im Umbruch. Franz von Pfeffer, dessen Familienzweig erst 1862 zum Adelstitel gekommen war und nicht über den Grundbesitz verfügte, um davon ihr Leben bestreiten zu können, steht damit symbolisch für die im Kaiserheer stattfindende Verzahnung alt-aristokratischer Eliten mit dem niederen Neuadel.[145]

Heeresvermehrung und steigende Technisierung sorgten Ende des 19. Jahrhunderts dafür, dass ein Beibehalten jener alten sozialprotektionistischen Rekrutierungsmuster immer schwieriger wurde. Bereits 1890 konnten nicht

schen Bevölkerung bestand, wurde – zum Teil kalkuliert – verkannt oder ignoriert. Vgl. ebenda, S. 103.

142 Vgl. Kapitel 1.1.

143 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 15. Vgl. FN 2/387.

144 Vgl. allg.: Bruno Thoß: Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch, München 1978, S. 54.

145 Vgl. Wolfram Fischer: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze, Studien, Vorträge, Göttingen 1972, S. 26. Malinowski: Vom König zum Führer, S. 35 f. Bald stellt fest: »Die Gruppe, die als bürgerlich-neuadlig bezeichnet wird und den adeligen Namen weniger als 100 Jahre trägt, hat innerhalb der militärischen Führungsgruppen zu Beginn des Jahrhunderts [schon] etwa 1/3 des Adelsanteils ausgemacht.« Bald: Der deutsche Offizier, S. 87.Vgl. zur Selbsteinschätzung der Familie: Schmige: Kindheitserinnerungen, S. 4.

alle vorhandenen Offiziersstellen neu besetzt werden.[146] Es bestand die »Notwendigkeit, […] die sozialen Verhältnisse im Offizierskorps allgemein neu zu ordnen, ohne die militärischen Autoritätsstrukturen zu gefährden«.[147] Kaiser und Kabinett behalfen sich fortan mit der Konstruktion des »Adels nach Gesinnung«, für den die Offizierslaufbahn ebenfalls offenstünde.[148] Auch wohlsituierten Bürgerlichen war es von nun an möglich, das Offizierspatent und den damit einhergehenden Statusgewinn zu erlangen. Langfristig gesehen, war dies eine Konstruktion, die das Eliteverständnis erstmals von dem Besitz eines Adelstitels entkoppelte und eine erste Tür zur willkürlichen Neudefinition des Elitebegriffs – etwa nach Rasse, Überzeugung, Tat oder auch Weltanschauung – öffnete.[149]

Für die Heereszeit maßgeblich blieben jedoch die elitären Prägungen durch das Offizierskorps. »Regimenter bildeten gewissermaßen eigene Republiken«[150] – daher ist vor allem die Rolle des Regiments und der damit einhergehenden Personalpolitik der »13er« zu betrachten. Sein Regiment mit seiner Geschichte und Tradition war der Stolz eines jeden Offiziers. Erlangte man sein Offizierspatent bei den »13ern«, so war man ein Leben lang »13er«.[151] Als Offizier vertrat man das Regiment nach außen hin. Eigene Überhöhung, Glorifizierung und Mystifizierung der Regimentsgeschichte gehörten hier zum guten Ton – nicht minder die Idealisierung des eigenen Personals. Nach innen herrschte strenger Korpsgeist, der im regelmäßigen Kasinobetrieb weiter gefestigt wurde. Die Akzeptanz der neu in das Offizierskorps drängenden Bürgerlichen gestaltete sich in der wilhelminischen Armee sehr uneinheitlich.[152] In Pfeffers IR 13 verhielt man sich gegenüber einer Verbürgerlichung auffallend reserviert, wenn nicht ablehnend. Noch 1913 waren von 57 Offizieren, die Sanitätsoffiziere ausgenommen, gerade einmal 15 nichtadeliger Herkunft.[153] Im gesamten preußischen Offizierskorps waren dagegen im gleichen Jahr etwa 70 Prozent vor allem der unteren und mittleren Offiziersränge mit Personen bürgerlicher Abstammung besetzt.[154] Bei den »13ern« herrschte demnach bei

146 Deist: Armee in Staat, S. 321 f.
147 Bald: Der deutsche Offizier, S. 17.
148 Der entsprechende Erlass Wilhelms II. vom 29. März 1890 ist abgedruckt in: Hans Meier-Welcker: Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten, Stuttgart 1964, Dok. 59, S. 197 f. Zur Entwicklung des Adelsanteils vgl. Bald: Kaiserheer, S. 35 ff.
149 Vgl. zu dem sinkenden Anteil der aus regierenden Adelshäusern stammenden Offiziere Detlef Bald: Der deutsche Generalstab 1859-1939. Reform und Restauration in Ausbildung und Bildung, München 1977, S. 112.
150 Hugo von Freytag-Loringhoven: Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah, Berlin 1923, S. 34.
151 Vgl. Schade: Geschichte des IR 13, S. 96 ff.
152 Ostertag: Bildung, Ausbildung und Erziehung, S. 40; Deist: Armee in Staat, S. 322.
153 BArch-MA: PHD 2/257, S. 19 ff.
154 Wiegand Schmidt-Richberg: Von der Entlassung Bismarcks bis zum Ende des Ersten Weltkriegs 1890-1918, in: Hans Meier-Welcker et al. (Hrsg.): Handbuch zur Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/V, München 1979, S. 9-156, S. 86.

der Einstellung junger Offiziere eine restriktive Praxis vor.[155] Der Korpsgeist war damit im IR 13 vor allem eine Angelegenheit unter Adeligen. Zweifellos förderte diese Regimentspolitik das elitäre Selbstverständnis der Offiziere des Regiments weiter. Das elitäre Bewusstsein im Heer wurde zu einer maßgeblichen Konstante Pfeffers Selbstverständnisses.[156]

1.3 Weltkrieg

> »Nur wenn man das Fronterlebnis versteht, kann man den Nationalsozialismus verstehen.«[157]
>
> »Der Ursprung der Bewegung […] lag schon im Ersten Weltkriege.«[158]

1.3.1 Offizier im »Großen Krieg« – Kriegserfahrungen

Betrachtet man Werdegang und Altersstruktur der sich ab Beginn der zwanziger Jahre und 1945 im Nationalsozialismus exponierenden Personen, wird deutlich, dass fast immer die individuelle Deutung, Vorstellung, Folgen sowie die Erlebnisse jener Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts als Schlüsselereignisse ihrer politischen Radikalisierung zu identifizieren sind.[159] Pfeffer war, 1888 geboren, ein typischer Vertreter jener Frontgeneration. Seit 1909 Berufssoldat, war er bei Kriegsbeginn allerdings bereits 26 Jahre alt.[160] Zu unterscheiden ist daher zwischen den Erfahrungswelten dreier verschiedener Archetypen: den in unteren Dienstgraden dienenden Kriegsfreiwilligen von 1914 – etwa Hitler[161] –, jenen um 1900 Geborenen »zu spät Gekommenen«, die zumeist trotz Kriegsfreiwilligkeit ihre Chance auf Frontbewährung nicht hatten und dies zeitlebens als Makel empfanden, sich gar um das »große Spiel«[162] »betrogen

155 Vgl. ebenda, S. 84 ff. oder auch Papke: Offizierskorps und Anciennität, S. 185.
156 Vgl. dazu Pfeffers solidarische Haltung zu seinen Standesgenossen 1925/26 in der Frage der Fürstenenteignung Kapitel 5.4.1.
157 Adolf Hitler, zit. nach Modris Eksteins et al.: Tanz über Gräben. Die Geburt der Moderne und der Erste Weltkrieg, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 413.
158 Privatarchiv von Pfeffer: Franz von Pfeffer: »Die Bewegung«. Hitler und der Aufbruch des Deutschen Volkes – Klitter und Flitter, Unveröffentlichtes Manuskript, Pasing 1964, S. 17.
159 Vgl. Merkl: Political violence, S. 154 ff.
160 Pfeffer zog keineswegs, wie von Kress behauptet, als »blutjunger« Soldat in den Krieg und hatte »geordnete Verhältnisse nur in [seiner] frühesten Jugend kennengelernt«. Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 219.
161 Thomas Weber: Hitlers erster Krieg. Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit, Berlin² 2011, S. 24 ff.
162 Sebastian Haffner: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart³ 2000, S. 22.

fühlten«[163] – Archetyp Himmler – und den jungen Berufsoffizieren wie Ernst Röhm oder Pfeffer. Während für die beiden erstgenannten Gruppen die Wirkung des Krieges überzeugend herausgearbeitet wurde[164] bzw. umfangreiche Quellenbestände zur Verfügung stehen,[165] steht für die soziale Gruppe der 25- bis 30-jährigen Frontoffiziere[166] eine umfassende quantitative Studie über die psychologischen Rückwirkungen der Kriegsereignisse noch aus.[167]

Die Jubelszenen, die sich in Berlin und anderen deutschen Großstädten nach der Verkündung der am 3. August erfolgten Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Frankreich abspielten und die bis heute das kollektive Bewusstsein der Deutschen zum Kriegsausbruch 1914 prägen, sind inzwischen relativiert worden. Vor allem für die ländlichen Regionen herrschten trotz des manifestierten zeitgeistgemäßen Militarismus[168] und trotz der in den

163 Vgl. erstmals bei Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1955, S. 350 f. Siehe auch Bajohr: Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns (1900-1969), in: VfZ 43 (1995), S. 267-295, S. 272.

164 Siehe zur Literatur FN Einleitung/71.

165 So liegen etwa in der Bibliothek für Zeitgeschichte in der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart (BfZ) 85.000 Feldpostbriefe zumeist von einfachen Soldaten aus den Jahren 1914/1918. Vgl. Christoph Jahr: Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914-1918, Göttingen 1998; Ulrich: Die Augenzeugen; und zeitgenössisch Martin Hobohm: Gutachten: Soziale Heeresmißstände als Teilursache des deutschen Zusammenbruchs von 1918, in: Deutscher Reichstag (Hrsg.): Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919-1930. Vierte Reihe: Die Ursache des deutschen Zusammenbruchs 1918. Zweite Abteilung: Der Innere Zusammenbruch, Berlin 1929.

166 Unter dem Begriff des Frontoffiziers ist im Folgenden jene Generation zu verstehen, die ihre militärische Sozialisation als Offizier bereits im Vorkrieg erfahren hatte. Für die im Krieg notgedrungen in den Offiziersstand erhobenen Unteroffiziere und Feldwebel (Feldwebelleutnant) sowie noch deutlicher für jene des Beurlaubtenstandes (Reserve- und Landwehroffiziere) müssten andere Wertungsmaßstäbe angesetzt werden. Vgl. Ernst-Heinrich Schmidt: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981, S. 271 f. und 274 ff.

167 Vgl. zur Methodik bei der Untersuchung des individuellen Kriegserlebnisses: Gerd-Walter Fritsche: Bedingungen des individuellen Kriegserlebnisses, in: Peter Knoch et al. (Hrsg.): Kriegsalltag, Stuttgart 1989, S. 114-152, S. 118 ff. In diesem Zusammenhang ist auch weiterführend auf das noch junge Forschungsfeld der Historischen Anthropologie zu verweisen. Vgl. Böhm: The great fuck-up, S. 33 ff. und 65 ff. Einführend auch die Beiträge bei Aloys Winterling (Hrsg.): Historische Anthropologie, Stuttgart 2006. Eine Betrachtung unter vornehmlich sexuellen Aspekten, nahm der Publizist und Literaturwissenschaftler Klaus Theweleit vor. Die Ergebnisse sind jedoch aufgrund der methodisch fragwürdigen Vorgehensweise unter wissenschaftlichen Aspekten kritisch zu betrachten. Klaus Theweleit: Männerphantasien, 2 Bde., München[3] 2005.

168 Zu den Dimensionen des Militarismusbegriffs: Förster: Der doppelte Militarismus, S. 298 ff.

Vorkriegsjahren erfolgten »fatalistischen Kriegserwartung«,[169] Besorgnis und Zukunftsängste.[170]

Nicht so unter den Militärs. Vor allem die jungen Offiziere sahen nun mit dem Kriegsausbruch jene lang ersehnte Chance der Bewährung gekommen.[171] Die Kriegserklärungen wirkten wie ein Befreiungsschlag.[172] Die seit Jahren latent und vor Kriegsbeginn immer offener hervorgetretene Umstellungs- und Unterlegenheitsphobie schien sich nun mit einem Schlage aufzulösen.[173] Der Topos der »Nationalen Erlösung« war das Zeitgeistgefühl der unteren und mittleren Militärs im Sommer 1914,[174] in deren Vorstellungswelten man sich, ungeachtet der vollkommen unterschiedlichen außenpolitischen Rahmenbedingungen,[175] vor einer Wiederholung der Ereignisse von 1870 sah.[176]

169 Wolfgang Mommsen: Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914, in: Jost Dülffer et al. (Hrsg.): Bereit zum Krieg, S. 194-224, S. 196.

170 Benjamin Ziemann: Zum ländlichen Augusterlebnis 1914, in: Bedrich Loewenstein (Hrsg.): Geschichte und Psychologie, Pfaffenweiler 1992, S. 193-203, S 194 ff.; vgl. auch Benjamin Ziemann: Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923, Essen 1997, S. 40 ff. sowie Wolf-Rüdiger Osburg: Hineingeworfen. Der Erste Weltkrieg in den Erinnerungen seiner Teilnehmer, Berlin 2009, S. 85 ff.

171 Vgl. Ziemann: Soldaten, S. 157.

172 »Er (der Krieg, d. A.) wurde als ›Erneuerer‹ und ›Schöpfer‹, bald auch als ›Revolution‹ gefeiert.« Reinhard Rürup: »Weltkrieg« – »Volkskrieg« – »Kulturkrieg«. Die Bedeutung des Ersten Weltkriegs für die deutsche Geschichte, in: Rolf Spilker et al. (Hrsg.): Der Tod als Maschinist, Bramsche 1998, S. 13-21, S. 17.

173 Dass man sich, angesichts der Julikrise in einem »falschen Krieg«, in jenem mit Hauptfront nach Westen und eben nicht nach Osten, befand, fiel hierbei nicht ins Gewicht. Vgl. zur Sichtweise der Militärs: Bald: Kriegsbild, S. 158.

174 Vgl. Mommsen: Topos, S. 200.

175 So war 1914, im Gegensatz zu den Ereignissen der Jahre 1870/71, nicht mit einem duellartigen Einzelkrieg gegen Frankreich zu rechnen.

176 Berghahn schreibt: »Man erwartete den kurzen, [heftigen] Zusammenstoß zweier Armeen, aus dem die eine schnell als Sieger hervorgehen würde.« Volker Berghahn: Der Erste Weltkrieg, München 2003, S. 65. So wie sich Teile des Offizierskorps in den Jahrzehnten vor Kriegsausbruch mit der notwendigen technischen Spezialisierung schwergetan hatten (vgl. Schmidt-Richberg: Von der Entlassung, S. 90; Volker Mollin: Auf dem Wege zur »Materialschlacht«. Vorgeschichte und Funktionieren des Artillerie-Industrie-Komplexes im Deutschen Kaiserreich, Pfaffenweiler 1986, S. 209 ff. und relativierend: Storz: Kriegsbild und Rüstung, S. 306 f.), ähnlich hatte man sich auch geweigert, sein Kriegsbild der, gerade für die Militärs doch offensichtlichen Wirkung der neuen Waffentechniken, anzupassen. Vgl. auch Kitchen: The German officer, S. 186 f. Die mannigfachen Freiwilligenmeldungen in den ersten Kriegstagen rühren bei aller euphorischen Stimmung auch von der Angst vieler, den Krieg schlicht zu verpassen. Vgl. auch zur Kriegserwartung der deutschen Wirtschaft: Lothar Burchardt: Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914, Boppard am Rhein 1968, S. 19 ff.

Auch für Franz von Pfeffer fand die Zeit der Felddienstaufgaben, Vorträge und Kriegsspiele nun ein Ende. Gerade das »städtische Augusterlebnis« des Jahres 1914 ist in seiner langfristigen Wirkung auch auf ihn kaum zu überschätzen.[177] Friedrich von Pfeffer, Franz' jüngerer Bruder, der wie Franz mit den »13ern« vom Garnisonsstandort Münster an die Front verlegt wurde, zeichnete folgendes Bild:

> »Von den begeisterten Volksmassen wurden wir bei jedem Halt stürmisch begrüßt und mit Blumen, Rauchwaren, Schokolade, Brötchen usw. buchstäblich überschüttet. Ablehnen konnten wir diese Liebesgabe nicht, da die Damen jedesmal schwer beleidigt waren, wenn man von ihnen nichts annahm. Aufessen konnten wir die vielen Sachen auch unmöglich, so blieben sie im Zuge liegen. Es ging aber nicht nur den Offizieren so, sondern auch den Mannschaften.«[178]

Durch die integrierende Wirkung des Kriegsausbruches[179] rückte das Militär nun in die Mitte, nicht nur der staatstragenden, sondern der ganzen Gesellschaft des Kaiserreiches. Auch bei Pfeffer konnte der Eindruck, den das Hochgefühl des Augusts hinterließ, kaum nachhaltiger sein.[180]

Die ersten Kriegswochen im August verliefen für das IR 13 wie für das gesamte deutsche Heer zunächst vielversprechend. Die »13er« waren im Rahmen der 13. Division als Teil der 2. Armee unter Generaloberst Karl von Bülow zunächst an der Eroberung von Lüttich, später auch an den Einnahmen des belgischen Forts Fléron am 13. August und des Forts Chaudfontaine am 14. August beteiligt.[181] Am 4. September fiel Reims. Durch ihre Stellung bei Le Petit Morin südlich von Château-Thierry zwischen dem 6. und 9. September gehörte die 13. Division nun zu denjenigen deutschen Truppenteilen, die versuchten die klaffende Lücke zwischen Klucks 1. Armee und Bülows 2. Armee notdürftig zu schließen. Die Niederlage an der Marne läutete dann den Rückzug und das Erstarren der Fronten ein.[182]

Die Regimentsaufzeichnungen berichten voller Lob über den »ausgezeichneten Führer« von Pfeffer. Bei dem Angriff auf Voormezele in Westflandern, etwa 30 km nördlich von Lille, hatte sich Pfeffer als Batterieführer mehrfach ausgezeichnet. Bereits hier zeigten sich in seinem Handeln offenbar schon jene

177 Vgl. zur späteren Mythologisierung des Augusterlebnisses: Jeffrey Verhey et al.: Der »Geist von 1914« und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000, S. 335 ff.

178 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 24 f.

179 Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993, S. 90 ff.

180 Vgl. Kapitel 2.3 und 2.6.

181 Die Schlachten und Gefechte des großen Krieges. Quellenwerk nach den amtlichen Bezeichnungen, Berlin 1919, S. 2.

182 Auch pathetisch-schönende Regimentsdarstellungen können nicht darüber hinwegtäuschen, wie sehr sich der Blutzoll nun auch bei den »13ern« erhöhte. Vgl. BArch-MA: PH 6-I/39, Bl. 7.

Muster der Improvisation und Flexibilität, wie sie in seiner späteren Rolle als Freikorpsführer maßgeblich wurden.[183] Ebenso berichtet die Regimentschronik bereits von einer entzügelten Gewaltbereitschaft unter der Führung Pfeffers. So hatte seine Batterie bei der Einnahme des kleinen Städtchens Voormezele »die sich tapfer wehrende feindliche Besatzung bis auf 1 Gefangenen niedergemacht«. Wenig später heißt es weiter: »Der Kampf wurde mit besonderer Erbitterung geführt, Gefangene nicht gemacht.«[184] Die Familienüberlieferung berichtet zudem, dass Pfeffers Einheit bei Namur in einen Hinterhalt geraten war. Als Zivilistenbeschuss vermutet wurde, soll Pfeffer den Befehl gegeben haben, das Dorf niederzubrennen.[185]

Als im August 1915 das 193. Infanterieregiment bei Laon unter anderem aus Teilen des IR 13 aufgestellt wurde,[186] wurde Pfeffer als Regimentsadjutant in den neuen Regimentsstab versetzt.[187] Die erste Bewährungsprobe fand er in seiner neuen Funktion während der Herbstschlacht in der Champagne, bei der das Regiment im Rahmen des XII. Reservekorps der 3. Armee ausgezeichnet wurde. Am 10. Oktober erhielt Pfeffer das EK I und wurde zugleich zum Oberleutnant befördert.[188] Am 21. Februar 1916 folgte die Verleihung des Ritterkreuzes 2. Klasse mit Schwertern des königlich sächsischen Albrechtsordens.[189] Am 11. April 1916, kurz nachdem das Regiment nach Verdun verlegt worden war, wurde der Regimentsstab abgelöst.[190] Pfeffer kehrte zum IR 13 zurück. Das IR 13 folgte dem IR 193 nur wenige Wochen später vor Verdun.[191] Mit nur kurzer Unterbrechung während der britisch-französischen Großoffensive vom 9. bis 22. September blieb Pfeffers neues, altes Regiment bis zum Mai 1917 vor Verdun. Im Dezember 1916 gehörte man zu den Letzten, die die berühmte Höhe 304 räumten.[192] Das ausgeblutete Regiment wurde anschließend im Frühjahr

183 Wilhelm Müller-Loebnitz (Hrsg.): Das Ehrenbuch der Westfalen. Die Westfalen im Weltkrieg, Stuttgart 1931, S. 492.

184 Ebenda, S. 493.

185 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009. Wie zu erwarten, befinden sich in den Regimentschroniken hierzu jedoch keine Belege.

186 Erhard Roth: Die Verleihungen des Ritterkreuzes 2. Klasse mit Schwertern des königlich sächsischen Albrechtsordens im Ersten Weltkrieg 1914-1918, Offenbach 1998, S. 157.

187 Wilhelm Limburg: Das Infanterie-Regiment Nr. 193. Vier Jahre auf den Schlachtfeldern Frankreichs, Oldenburg i. O. 1925, S. 15.

188 Der genaue Anlass ist leider nicht mehr aufzuklären. In der Chronik des IR 193 heißt es lediglich »für Verdienste in den Kämpfen seines früheren Truppenteils«. Ebenda, S. 46.

189 Roth: Albrechtsorden, S. 157. Hier gilt leider selbiges. Der genaue Anlass ist nicht in Erfahrung zu bringen. Die Verleihung dieses sächsischen Ordens an jemanden, der ausschließlich in preußischen Regimentern diente, war jedoch keineswegs alltäglich.

190 Limburg: IR 193, S. 102.

191 Ebenda, S. 80 ff. Zu Verdun vgl. etwa: Holger Afflerbach: Die militärische Planung des Deutschen Reiches, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg, S. 280-318, S. 296 f.

192 Schlachten und Gefechte, S. 248.

aus der Front genommen.[193] Erst im Dezember 1917 wurden die »13er« erneut vor Verdun eingesetzt. Hier fiel am 25. Dezember 1917 Franz' jüngster Bruder Felix.[194] Wohl ab Winter 1917 wurde Franz zum Infanterie-Reserveregiment 13 versetzt.[195] Insgesamt wurde er zweimal verwundet.[196]

Pfeffer erlebte die Brutalität und Anonymität des modernen Krieges als Frontoffizier von der ersten Stunde bis ins Jahr 1918 auf intensive Art und Weise.[197] Wohl nach seiner zweiten Verwundung zu Beginn des Jahres 1918 erkannte die höhere Führung Pfeffers großes organisatorisches Talent. Er wurde vorübergehend von der Front abkommandiert und erhielt eine Generalstabsausbildung und diente sogar kurzzeitig im Generalstab.[198] Nach Abschluss der Ausbildung führte er im April im Rang eines Oberleutnants das I. Bataillon des Infanterie-Reserveregiments 13 an der Front in Flandern[199] – eine Stellung, die in Friedenszeiten zumeist Majoren vorbehalten war.[200] Im Sommer 1918

193 Weitere Stationen waren etwa Chemin des Dames bei Verdun 31.5.-2.8.17, Siegfriedstellung 9.8.-21.9.17, Reserve bei der 7. Armee 22.9.-10.10.17, Chemin des Dames bei Laffaux-Ecke 11.-25.10.17, Ruhe- und Ausbildungszeit bei Sedan und Rémonville 16.10.-18.12.17, nach: Carl Groos et al.: Infanterie-Regiment Herwarth von Bittenfeld (1. Westfälisches) Nr. 13 im Weltkrieg 1914-1918. Nach den amtlichen Kriegsakten und privaten Aufzeichnungen, Berlin 1927, S. 176 ff.

194 Ebenda, S. 284: »… durch einen französischen Feuerüberfall …«.

195 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 31. Sein Bruder Friedrich kehrte nach dessen erster Verwundung im Oktober 1914 im Winter 1917 zu den »13ern« zurück. Vgl. ebenda, S. 25 ff.

196 »Er hat im Feldzug eine leichte Verwundung davongetragen.« BArch: R 1507/578-41, Bl. 30. Später sprach Pfeffer selbst von zwei Verwundungen. Die Braunhemden im Reichstag. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion 1932, München 1933, S. 122. Allerdings vermerkt die Regimentschronik des IR 13 nichts über die Verwundungen Pfeffers. Da dies bei Offizieren im Regelfall üblich war, ist davon auszugehen, dass Franz diese im Dienst beim Reserveregiment der »13er« erlitt. Vgl. Groos: IR 13; sowie: BArch-MA: PH 6 I/332, Bl. 16 ff. Vgl. auch die Ansicht in Gerd Dethlefs: Geschichte original – am Beispiel der Stadt Münster. Soldaten und Bürger. Münster als Festung und Garnison, Münster 1983, Blatt 10, Abb. a.

197 Vgl. zur Prägekraft des Krieges auf den Einzelnen: Reinhart Koselleck: Der Einfluß der beiden Weltkriege auf das soziale Bewußtsein, in: Wette (Hrsg.): Krieg des kleinen Mannes, S. 324-343, S. 325 ff.

198 Weiß: Eintrag Pfeffer von Salomon, S. 348. Auch hier ähnelt Pfeffers Werdegang dem Röhms. Röhm erhielt nach seiner dritten Frontverwundung eine Generalstabsausbildung und wurde anschließend dauerhaft in den Generalstab der Bayerischen 12. Infanteriedivision versetzt. Vgl. Eleanor Hancock: Ernst Röhm and the Experience of World War I, in: The Journal of Military History 1996, S. 39-60. Stennes, der Pfeffer erst nach dem Krieg kennenlernte (ZZS Stennes II, Bl. 10 f.), sprach später von Pfeffer als typischem »preußische[m] Stabsoffizier«. (Drage: Canossa, S. 105.) Dies dürfte jedoch mehr auf die organisatorischen Fähigkeiten Pfeffers angespielt haben als auf seine tatsächlichen Einstellungsmuster. Trotz der Stabsausbildung war Pfeffers Erfahrungshorizont bis 1917 vielmehr der eines Frontoffiziers.

199 Müller-Loebnitz: Ehrenbuch, S. 492.

200 Ein Infanterie-Bataillon umfasste in Friedenszeiten 23 Offiziere, zwei Sanitätsoffiziere, einen Zahlmeister, 1054 Unteroffiziere und Mannschaften, 58 Pferde und 19

wurde Pfeffer schließlich zum Hauptmann im Infanterie-Reserveregiment 13 befördert. Bei Kriegsende trug er als Auszeichnungen, neben dem Verwundetenabzeichen, das Eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse, den königlichen Hausorden von Hohenzollern mit Schwertern sowie das Ritterkreuz 2. Klasse mit Schwertern des königlich sächsischen Albrechtsordens.

Will man die Erfahrungen Pfeffers zwischen 1914 und 1918 auf ihre langfristige Wirkung hin analysieren, ist zwischen drei Erfahrungsebenen zu unterscheiden: der allgemein gültigen, der offiziersspezifischen sowie der persönlich-individuellen Erfahrungsebene des Protagonisten. Als Teil der später mythisch verklärten Schützengrabengemeinschaft erlebte Pfeffer große Teile des Krieges aus dem Blickwinkel des einfachen Soldaten.[201] Daher zunächst zu den allgemeinen Faktoren. Vier Einflüsse sind hier zu nennen: erstens, der Zerfall des Kriegsbildes. Bereits beim Einmarsch in Belgien berichtete sein Bruder Friedrich von ersten Gräueltaten im Frontbereich des 13. Infanterieregiments, die Partisanen an deutschen Soldaten verübt haben sollen.[202] Ebenso beschreibt er die verheerende Wirkung der Artillerie, die sich erstmals bei der Einnahme von Lüttich zeigte.[203] Anhand der Aufzeichnungen von Franz' Bruder wird deutlich, wie viele Offiziere bereits 1914 den in der Ausbildung vermittelten Gedanken des gerechten und ritterlichen Krieges infrage stellten. Verschärft wurden diese Empfindungen mit dem Einsetzen des Graben- und Stellungskriegs. Die Materialschlacht und später der Gaskrieg, der Kampf gegen Kälte, Rattenplage, Schlamm, Matsch und Frontkrankheiten, wie Typhus oder Ruhr, ließen auch bei den Offizieren keinen Platz mehr für emanzipatorischen Freiheitsdrang, Abenteuerromantik und Fiktionen vom heldenhaften Opfertod für das Vaterland.[204] Dramatisch musste auch die Erfahrung der

Fahrzeuge. Edgar von Matuschka: Organisationsgeschichte des Heeres 1890 bis 1918, in: Hans Meier-Welcker et al. (Hrsg.): Handbuch zur Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/V, München 1979, S. 157-312, S. 231. Bereits 1917 war die Sollstärke eines Bataillons auf 750 Mann und Unteroffiziere heruntergesetzt worden. Nach den deutschen Offensiven im Frühjahr 1918 ist die Bataillonsgefechtsstärke einiger Regimenter gar auf 86 bis 184 Mann gesunken. Vgl. Wilhelm Deist: Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918?, in: Wette (Hrsg.): Krieg des kleinen Mannes, S. 146-167, S. 159 f. Vgl. auch Richard Bessel: Die Heimkehr der Soldaten. Das Bild der Frontsoldaten in der Öffentlichkeit der Weimarer Republik, in: Gerhard Hirschfeld et al. (Hrsg.): »Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch …«, Essen 1993, S. 221-239, S. 224 f.

201 Deist: Offizierkorps, S. 55. Wie sehr Pfeffer als Leutnant ein Teil dieser Schützengrabengemeinschaft war, verdeutlicht auch der Bericht seines Bruders bei den »13ern«. Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 32 f.

202 Im damaligen Sprachgebrauch: »Insurgenten«.

203 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 25 ff.

204 Mit Artillerie und Gaseinsatz veränderte sich auch der Soldatentod. Es hatte nichts Heldenhaftes, wenn man beim Ausheben von neuen Stellungen auf die Überreste von vermissten Kameraden stieß. Psychische Krankheiten waren das Ergebnis etwa der nervenzerrüttenden Dauerbelastung des Wartens. Als Ergebnis wurden seelische Schocks immer häufiger die Regel. Die »kriegerische Gewalt [konnte nun] nicht nur Leib, sondern auch die persönliche Integrität der Soldaten töten«. Ziemann:

eigenen Hilflosigkeit, ja des Bedeutungsverlustes der eigenen Person, angesichts dieser Neuartigkeit der Mittel und Methoden des industrialisierten Krieges gewesen sein.[205] Durch ihre Ausbildung psychisch wie technisch[206] auf diese Art von Krieg nicht vorbereitet, waren die Offiziere »gezwungen, durch Beispiel zu führen, und indem sie sich exponierten, mussten hohe Verluste erwartet werden«.[207] Der Tod seiner beiden Brüder Reiner und Felix sowie die Verwundungen von Friedrich und Franz zeigen dies konkret.[208] Hinzu kam die unerwartet lange Dauer des Krieges.[209] Im August 1914 war man davon ausgegangen, an Weihnachten wieder zu Hause zu sein. 1916, im dritten Kriegsjahr im Stellungskrieg, wirkten solche Retrospektiven wie Hohn. Kaum jemand, weder in der Öffentlichkeit noch in der Politik, unter den Militärs oder auch in der Publizistik, hatte 1914 einen langen Krieg erwartet.[210] Die Desertionen, etwa im bayerischen Heer, verdreifachten sich zwischen 1916 und 1917.[211]

Soldaten, S. 158. Vgl. Ulrich: Die Augenzeugen, S. 218, Nikolaus Buschmann: Der verschwiegene Krieg, in: Gerhard Hirschfeld et al. (Hrsg.): Kriegserfahrungen, Essen 1997, S. 208-224, S. 218 sowie für die Wirkung auf den einzelnen Soldaten auch: Böhm: The great fuck-up, S. 95 ff. und zum Begriff des »Heldentods« bei Offizieren Bernd Ulrich: Der deutsche Offizier stirbt …, in: Angress et al. (Hrsg.): Willensmenschen, S. 11-22, S. 12 ff.

205 Thomas Flemming: Industrialisierung und Krieg, in: Rolf Spilker et al. (Hrsg.): Der Tod als Maschinist, Bramsche 1998, S. 55-67, S. 62.

206 So wurden etwa noch 1915 Soldaten mit lederner Pickelhaube, anstatt mit Stahlhelm, in die von der Artillerie dominierten Gefechte an der Westfront geschickt.

207 Schulte: Die deutsche Armee, S. 95. Das IR 13 verlor zwischen 1914 und 1918 175 Offiziere und 4.038 Unteroffiziere. Dethlefs: Soldaten und Bürger, S. 11. Zu den Verlusten unter den Offizieren allg.: Funck: In den Tod, S. 233 und Schmidt-Richberg: Von der Entlassung, S. 90 f. Bereits bis November 1915 waren mit 5.633 Toten 17 Prozent des gesamten aktiven Vorkriegsoffizierskorps gefallen. Deutscher Reichstag (Hrsg.): Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919-1930. Vierte Reihe: Die Ursache des deutschen Zusammenbruchs 1918. Zweite Abteilung: Der Innere Zusammenbruch, Bd. 11/2, Berlin 1931, S. 34. Bis 1919 fielen 55.760 aktive Offiziere und Fähnriche. Constantin von Altrock: Vom Sterben des Deutschen Offizierkorps, Berlin² 1922, S. 54.

208 Groos: IR 13, S. 338. Insgesamt waren bis Kriegsende 24,7 Prozent der 45.923 Offiziere des Jahres 1914 gefallen. Dies führte zwangsläufig zu einer Umstrukturierung des Offizierskorps und damit zu einem deutlichen Homogenitätsverlust. Vgl. Funck: In den Tod, S. 233.

209 Vgl. etwa schon Basil Hart: The Real War 1914-1918, Boston und Toronto 1930, S. 43.

210 Eine Ausnahme war Moltke. Helmuth von Moltke: Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877-1916, Stuttgart 1922, S. 308. Vgl. zur manipulativen Strategie der OHL: Helmut Berding: Der Aufstieg des Antisemitismus im Ersten Weltkrieg, in: Wolfgang Benz et al. (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord, Bonn 1997, S. 286-303, S. 289 ff.

211 Vgl. Jahr: Gewöhnliche Soldaten, S. 150. Am 1. August 1918 stellte der Chef des Generalstabes des Feldheeres fest: »Aus der Truppe heraus tritt mehr und mehr die Forderung der Todesstrafe hervor für wiederholte Feigheit vor dem Feinde. Zu warnen ist vor weichlicher Behandlung bei Disziplinarvergehen […] der üblich gewordene Strafaufschub bei gerichtlichen Strafen […] stellt geradezu eine Prämie für niederträchtiges Verhalten dar.« BayHStA, IV: Kriegsarchiv: Bd. 89, Akt 1. An den

Hinzu kam, als zweiter zentraler Erfahrungswert, das Fehlen von positiven, allgemein akzeptierten Kriegszielen.[212] Das Siegfriedensprogramm der militärischen Führung und bestimmter politischer Kreise verlor in Anbetracht des Frontalltags seine Überzeugungskraft.[213] Insbesondere unter den einfachen Soldaten mehrte es zudem den Zweifel, ob man sich tatsächlich, wie propagiert, in einem Verteidigungskrieg befand.[214] Die Zahl der Befürworter eines Verständigungsfriedens und damit eines schnellen Kriegsendes stieg kontinuierlich.[215]

Ein drittes Element der Desillusionierung hatte seinen Ursprung in der Heimat. Mit der britischen Blockade und der sich stetig verschlechternden Ernährungssituation zerbrach die Illusion der Volksgemeinschaft vom August 1914 spätestens im Sommer 1915.[216] Hinzu kam die rasant steigende Inflation. Die Klassenunterschiede der wilhelminischen Gesellschaft, von denen man noch zu Kriegsbeginn gehofft hatte, sie überwunden zu haben, brachen nun offener denn je hervor.[217] Bereits am 15. Oktober 1915 protestierten erstmals über 5.000 Menschen in Berlin gegen die blockadebedingte Steigerung der Butterpreise.[218] Bis 1917 verschärfte sich die Unzufriedenheit stetig. Es entstand eine Konkurrenzsituation zwischen Heimat- und Frontversorgung.[219]

Realitäten des Kriegsalltags musste schließlich auch die deutsche Kriegspropaganda scheitern. So stellte auch der »Untersuchungsausschuss für die Ursachen des Zusammenbruchs« für das Jahr 1918 fest, dass die Soldaten »abgespannt«, »kampfesmüde« und »matt« waren. Vgl. Deutscher Reichstag (Hrsg.): Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919-1930. Vierte Reihe: Die Ursache des deutschen Zusammenbruchs 1918. Zweite Abteilung: Der Innere Zusammenbruch, Bd. 5/2, Berlin 1928, S. 303 ff.

212 Vgl. Peter Kielmansegg: Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 212 f. und Deutscher Reichstag (Hrsg.): Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919-1930. Vierte Reihe: Die Ursache des deutschen Zusammenbruchs 1918. Zweite Abteilung: Der Innere Zusammenbruch, Bd. 8, Berlin 1927, S. 265 ff.

213 Ulrich: Frontalltag, S. 169 f.

214 Volker Ullrich: Zur inneren Revolutionierung der wilhelminischen Gesellschaft des Jahres 1918, in: Jörg Duppler et al. (Hrsg.): Kriegsende 1918, München 1999, S. 273-283, S. 275.

215 Anne Lipp: Heimatwahrnehmung und soldatisches »Kriegserlebnis«, in: Gerhard Hirschfeld et al. (Hrsg.): Kriegserfahrungen, Essen 1997, S. 225-261, S. 239 f.

216 Berding: Der Aufstieg, S. 293 f. Brot, Butter, Fleisch und Eier wurden zu Luxusgütern. Das von der Reichsregierung eingeführte Lebensmittelkartensystem funktionierte nur unzureichend. Zur Lebensmittelversorgung vgl. Volker Ullrich: Kriegsalltag. Zur inneren Revolutionierung der Wilhelminischen Gesellschaft, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg, S. 603-621, S. 607 ff.

217 Hobohm: Soziale Heeresmißstände, S. 264 und 312 ff. Auch die Versuche von Wissenschaft und Publizistik, diese zu überdecken, fanden nur wenig Widerhall. Vgl. etwa: Friedrich Thimme (Hrsg.): Vom inneren Frieden des deutschen Volkes, Leipzig 1916, S. 241 ff.

218 Michael Schmidt-Klingenberg: Der Kampf in den Küchen. Wie die Mangelwirtschaft die Deutschen in die Revolution trieb, in: Stephan Burgdorff et al. (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg, München 2004, S. 134-146, S. 134.

219 Zur Reaktion der Masse der Frontsoldaten auf die Streiks vgl. Benjamin Ziemann: Enttäuschte Erwartungen und kollektive Erschöpfung. Die deutschen Soldaten an

Schließlich, als vierter zentraler Erfahrungswert, ist der Kriegseintritt der USA im April 1917 zu nennen. Das Auftreten der an Material, Verpflegung und Ausrüstung weit überlegenen GIs zeigte in Anbetracht der sich auf deutscher Seite stetig verschlechternden Versorgungslage[220] deutliche Auswirkungen. Die Kriegsverdrossenheit erreichte besonders unter den Mannschaften einen neuen Höhepunkt.[221]

Pfeffer erlebte als Frontoffizier diesen Stimmungs- und Mentalitätswandel unter den Frontsoldaten aus unmittelbarer Nähe. Neben diesen allgemeingültigen Kriegserfahrungen wirkten auf ihn als Frontoffizier weitere, spezifischere Faktoren. Hier ist als Erstes das ab etwa 1917 unter Mannschaften und Unteroffizieren auftretende Phänomen des »Offiziershasses« zu nennen.[222] Die Gründe hierfür waren die inhumane Behandlung durch Vorgesetzte, die Informations- und Kommunikationsverweigerung gegenüber einfachen Soldaten, die mangelhafte Besoldung,[223] Ungerechtigkeiten bei Ordensverleihungen und Beförderungen[224] sowie die stark divergierenden Lebens- und Verpflegungsverhältnisse zwischen Offizier und Untergebenen.[225] Die Abneigung galt zumeist den höheren, oft aber auch den »greifbaren« Frontoffizieren. Ein Feldpostbrief von Pfeffers »13er« zeigt, wie sehr sich die Truppe bereits im Herbst 1914 emotional von ihren Offizieren entfernt hatte:

> »… sind an einigen Stellen 15 Meter vom Feinde entfernt, bei Tage sind die französischen Offiziere nicht da, dann wird nicht geschossen, die Feldwebel setzen sich zu beiden Seiten auf den Schützengraben und unterhalten sich miteinander. Die Mannschaften wechseln gegenseitig Kognak und Zigaret-

der Westfront 1918 auf dem Weg zur Revolution, in: Jörg Duppler et al. (Hrsg.): Kriegsende 1918, München 1999, S. 165-182, S. 169 f.

220 Vgl. Anne Lipp: Meinungslenkung im Krieg. Kriegserfahrungen deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914-1918, Göttingen 2003, S. 106.

221 Ein Empfinden, das an der Westfront bereits 1917 bis auf Korpsebene hinaufreichte. Vgl. BArch-MA: PH 6-I/28, Rundscheiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 20. Juli 1917, Bl. 81 und ebenda: Rundschreiben der Maasgruppe West vom 5. Juli 1917, Bl. 58. Vgl. auch Osburg: Hineingeworfen, S. 449, sowie Ziemann: Front und Heimat, S. 142 ff.

222 Vgl. auch für die Wirkung über das Kriegsende hinaus: BArch-MA: RH 61/2285, Bl. 224.

223 Ein Leutnant kam auf etwa 300 Mark Sold im Monat, musste davon jedoch etwa für seine Uniform selbst aufkommen. Ein einfacher Soldat erhielt nur 15 Mark im Monat. Driftmann: Grundzüge, S. 76.

224 Liebert: Leben, S. 204.

225 Wolfram Wette: Die unheroischen Kriegserinnerungen des Elsässer Bauern Dominik Richert aus den Jahren 1914-1918, in: Wette (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes, S. 127-135, S. 130 ff.; Hobohm: Soziale Heeresmißstände, S. 80 ff. oder allgemeiner auch: Wolfgang Kruse: Krieg und Klassenheer. Zur Revolutionierung der deutschen Armee im Ersten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996), S. 530-561, S. 542 ff.

ten aus. Die Franzosen gaben auch einen Brief herüber und baten unsere sich zu ergeben.«[226]

Mit dem Scheitern der letzten deutschen Großoffensive im Frühjahr 1918 erreichte der Verlust an Moral seinen Höhepunkt.[227] Die Offiziere gerieten nun ernsthaft in die Gefahr, dass ihnen die Truppe entglitt. Oft war Meuterei zu befürchten.[228] Der Zusammenbruch der Leidens- und Durchhaltegemeinschaft des Schützengrabens stand unmittelbar bevor. Die sozialistische Antikriegspropaganda spielte dabei jedoch nur eine nachgeordnete Rolle.[229] Nach wie vor lehnte die Mehrheit der Soldaten die sozialistischen Agitationen ab.[230] Dennoch führte die immer mehr kursierende sozialistische Propaganda bei vielen Berufsoffizieren zu einer Zementierung ihrer antisozialistischen Weltanschauung. So verspürten sie, dass der Sozialismus nicht nur eine nicht in das Staatsgefüge zu integrierende politische Gefahr war, sondern auch in der Extremsituation des Frontalltags eine persönliche existenzielle Bedrohung

226 Nach: Stefan Storz: Krieg gegen den Krieg. Wie Soldaten versuchten dem mörderischen Gemetzel zu entkommen, in: Stephan Burgdorff et al. (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg, München 2004, S. 73-79, S. 74. Tatsächlich waren schon in den ersten Kriegsmonaten Offiziere gezwungen, ihre Männer »mit dem Revolver in die Schlacht« zu treiben. Vgl. Bericht eines Kriegsfreiwilligen, in: Ulrich: Frontalltag, Dok. 14a, S. 56.

227 Deist spricht sogar von einem »verdeckten Militärstreik« in der Truppe. Deist: Militärstreik, S. 165 f. Zu der tatsächlichen Intensität dieser Verweigerungshaltung ist auf die Historikerkontroverse zwischen Gerhard Ritter und Karl Dietrich Erdmann zu verweisen. Während für Ritter »Meutereien«, »Desertation« und »widerstandlose Ergebungen« eine »große Rolle« spielen, sieht Erdmann den »Angriffsgeiste des deutschen Heers« noch bis in den Sommer hinein als »ungebrochen«, ja das »deutsche Heer insgesamt bis zu seiner Demobilisierung als festgefügt« an. Vgl. dazu Gerhard Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland, München 1968, S. 290 und Karl Erdmann: Der Erste Weltkrieg, München[9] 1980, S. 236. Vgl. auch die Kriegstagebucheinträge des Generals von Kuhls in: BArch-MA: RH 61/970, März und April 1918.

228 Die Politik verweigerte hier die Verantwortung. Die SPD plädierte sogar für ein geringeres Strafmaß bei Desertationen und sprach sich gegen eine intensivere Verfolgung jener Verweigerungen aus. Sie gab die Problematik in den Verantwortungsbereich des Offiziers ab. Vgl. Christoph Jahr: Bei einer geschlagenen Armee ist der Klügste, wer zuerst davonläuft. Das Problem der Desertation im deutschen und britischen Heer 1918, in: Jörg Duppler et al. (Hrsg.): Kriegsende 1918, München 1999, S. 266 f. Vgl. Van den Bergh: Das deutsche Heer, S. 91.

229 Vgl. Ulrich: Die Augenzeugen, S. 181.

230 Die von der extremen Linken betriebene Politik der Desavouierung des inneren Burgfriedens wurde als frontschädigend – man denke an die drohenden Verteilungskämpfe in Bezug auf die Nahrungsversorgung – und kriegsverlängernd von den Frontsoldaten weitgehend abgelehnt. Gerade die Nachricht von Streiks in seiner Heimatstadt Münster dürfte auf Pfeffer wohl eine besondere emotionale Wirkung gehabt haben. Vgl. Dieter Engelmann: Der Januarstreik 1918 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 9 (1982), S. 95-104 und Ziemann: Enttäuschte Erwartungen, S. 169.

darstellen konnte. Noch irrationaler war der sich im Heer immer mehr verstärkende Antisemitismus. Hatte der Burgfrieden von 1914 die jüdische Bevölkerung noch miteingeschlossen und hatten sich im Krieg zweifellos auch jüdische Mitbürger verdient gemacht,[231] führte die zunehmende Bitterkeit zu klaren antisemitischen Tendenzen.[232]

Schließlich, zur dritten Ebene der Erfahrungen, zur privaten Dimension: Für Pfeffer bedeuteten die Jahre 1914 bis 1918 auch schwere persönliche Schicksalsschläge. Bereits im Januar 1914 war sein liebster jüngerer Bruder Ferdinand – »Nan« – als Leutnant zur See tödlich verunglückt.[233] Reiner, der Jüngste, und Felix fielen als Leutnante im Dienst bei den »13ern« an der Westfront: Reiner Pfeffer am 20. September 1916 an der Somme,[234] und am Heiligabend 1917 blieb Felix vor Verdun.[235] Seinem Bruder Friedrich rettete Franz, der Familienüberlieferung zufolge, im Frontlazarett das Leben. Als Friedrich am 22. März 1918 durch einen Knieschuss verwundet wurde, soll er davon erfahren haben und suchte daraufhin das Lazarett auf.[236] Hier soll er Ferdinand »bereits in der Ecke liegend, in der die bereits ›Abgeschriebenen‹ lagen«[237] vorgefunden haben. Als die Ärzte aufgrund des hohen Blutverlustes eine Behandlung für aussichtslos hielten, soll Franz mit vorgehaltenem Revolver die Versorgung erzwungen haben. Friedrich überlebte mit amputiertem Bein.[238] Kurz vor Kriegsende ereilte Franz von Pfeffer ein weiterer Schicksalsschlag. Am 11. August 1918 starb sein Vater.[239] Dieser war während der letzten Kriegsmonate reaktiviert worden und tat als Unterchef im Generalkommando der VII. Armee seinen Dienst. Die Beisetzung auf dem Friedhof Münster begleitete Franz mit seinen Soldaten.[240] Zeitlebens führte er den Tod seiner Eltern auf

231 Insgesamt wurden an jüdische Mitbürger etwa 30.000 Tapferkeitsmedaillen verliehen. Es kam hier zu etwa 19.000 Beförderungen, sodass während des Kriegs etwa 2.000 Juden auch im Offiziersrang im Heer dienten. Jacob Segall: Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914-1918. Eine statistische Studie, Berlin 1922.

232 Höhepunkt dieser Haltung auf administrativer Ebene war die Judenzählung im Heer des Jahrs 1916. Die Ergebnisse wurden niemals veröffentlicht. Jacob Rosenthal: »Die Ehre des jüdischen Soldaten«. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen, Frankfurt a. M. u. a. 2007, S. 40 ff.

233 Familienstammbaum Pfeffer von Salomon (Privatdruck).

234 Groos: IR 13, S. 283.

235 Familienstammbaum Pfeffer von Salomon (Privatdruck).

236 Groos: IR 13, S. 294 und 343.

237 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.

238 BArch: PK – Friedrich von Pfeffer, Bl. 1002. »Aufgrund dieser vierten Verwundung bekam er das Silberne Verwundetenabzeichen.« Ob der Vorfall sich tatsächlich im März 1918 so abspielte, lässt sich heute nicht mehr verifizieren. Auch von etwaigen zu erwartenden disziplinarischen Maßnahmen gegen Franz von Pfeffer gibt es keine Zeugnisse. Der Bericht Ferdinand von Pfeffers geht auf diese Episode nur sehr kurz ein und schildert das Ereignis hingegen weit unspektakulärer als »Besuch seines Bruders im Lazarett«. Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 32.

239 Ebenda, S. 34.

240 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009, S. 7.

die schlechte Ernährungslage in der Heimat zurück.[241] Ob dies angesichts der gehobenen Lebensumstände der Familie tatsächlich der Fall war oder ob sich Pfeffer damit einen Mythos schuf, muss offenbleiben.[242]

Pfeffer reagierte auf diese Trias von Negativerfahrungen mit einer aggressiven Abwehr- und Trotzreaktion. In dieser implementiert war die Übersteigerung der anerzogenen Axiome wie Deutschtum, Nationalismus, Angriff und Ehre. In den Mittelpunkt rückte hierbei das »Ethos der Tat«. Die »soldatische Aktion« wurde zu einem Wert an sich. Schon im Krieg begann die geistig-moralische Entwurzelung vieler Offiziere. Kampf, Krieg und Gewalt wurden zur Normalität. Wie sehr auch Pfeffer ein Ethos entwickelte, das fernab der bürgerlichen Vorstellungswelt lag, zeigt eine Episode aus den Kriegsjahren 1944/45. Bei der Hitlerjugend wurde seinem damals 14 Jahre alten Sohn Ferdinand die Ausbildung zum Funker angeboten. Trotz der nur allzu offensichtlichen Kriegssituation lehnte Pfeffer dies, nicht etwa aus politisch-weltanschaulichen, sondern vielmehr aus »moralischen« Gründen ab. So stellte er seinem Sohn gegenüber fest: Er »gehöre direkt an die Front, wo man Auge in Auge mit dem Feind kämpft«.[243]

Schließlich die soziale Komponente: Angesichts des industrialisierten Massenkrieges, in dem nicht nur die Privilegien, sondern auch die militärische Führungsrolle des Offizierskorps weitestgehend ihre Akzeptanz verloren hatten,[244] zeigen Feldpostbriefe, dass es für den Offizier zweier maßgeblicher Elemente bedurfte, um seine Rolle neu zu legitimieren – der Fürsorge[245] und der Vorbildfunktion.[246] Der Offizier war gefordert, sich durch seine Handlungen neue Quellen der Legitimation zu erschließen – folglich gewann die

241 Vgl. zu Tod der Mutter FN 1/281.

242 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 18. März 2010 und Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 34. Zur Ernährungslage in Westfalen vgl. Anne Roerkohl: Hungerblockade und Heimatfront. Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkrieges, Stuttgart 1991, S. 262 ff.

243 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 12. November 2009.

244 Jahr: Gewöhnliche Soldaten, S. 60.

245 In einer Zeitzeugenaussage eines Leutnants an der Westfront, zit. nach Osburg: Hineingeworfen, S. 211, heißt es: »Man fühlte sich als Leutnant – im Stellungskrieg vor allem – für die Leute, die einem unterstellt waren, verantwortlich. Innerhalb eines bestimmten Grabenabschnitts mit soundso viel Unterständen musste man dafür sorgen, dass sie sich nicht leichtfertig im Gelände herumtrieben, und man musste auch dafür sorgen, dass die Verpflegung rechtzeitig ankam. Man betreute die Männer manchmal auch seelisch, wenn sie Kummer hatten, so gut man das als junger Mann konnte.«

246 Hobohm schreibt dazu: Wo »Offiziere – es sind zumeist aktive oder aus Friedenszeit stammende Reserveoffiziere – richtige Führereigenschaften mit wohlwollender Freundlichkeit vereinigten, da werden die Befehle mit Freude und voller Hingabe ausgeführt«. Zit. nach Hobohm: Soziale Heeresmißstände, S. 190 f. Siehe auch Ulrich: Das soldatische Kriegserlebnis, S. 146 f.

Idee eines charismatischen Führertums,[247] legitimiert durch Leistung und gekoppelt an die Person des einzelnen Offiziers, immer mehr an Bedeutung.[248] Pfeffer musste sich unter den spezifischen Bedingungen »militärischer Zwangsvergesellschaftung«[249] mit den Nöten, Sorgen und Bedürfnissen seiner Untergebenen vertraut machen und sich ihrer annehmen. Hier entstand der Typus des sozialen Offiziers, der, selbst zumeist familiär wie politisch entwurzelt, seine Männer oft über das Kriegsende hinaus fast patriarchalisch an sich band. Dass Pfeffer diese Rolle mit Vorbildfunktion und Fürsorgepflicht, die sich gleichzeitig gegenüber seinen Untergebenen mit unbedingtem Führungsanspruch auszeichnete, annahm, zeigen die Werbeerfolge um sein Freikorps im Dezember 1918.[250]

Insgesamt lässt sich konstatieren: Durch die Fronterfahrung verschärfte sich insbesondere bei der Gruppe der jungen Frontoffiziere der in der soldatischen Sozialisation zugrunde gelegte politische Radikalismus maßgeblich. Es kam schon hier zur Modifikation, d. h. zur Radikalisierung von weltanschaulichen Dogmen wie des Antisemitismus, des Antisozialismus sowie des übersteigerten Nationalismus.[251] Dass diese jedoch zunächst noch kaum sichtbar wurden, war den soldatischen Anforderungen der Front geschuldet. Auch kristallisierten sich in den Kriegsjahren jene personalisierten Loyalitätsstrukturen heraus, die für das Phänomen der Freikorps eine maßgebliche Rolle spielen sollten. Die besonderen Kriegsumstände sowie deren Wirkung auf die jungen Frontoffiziere war damit unabdingbare Voraussetzung für die besondere Entwicklung, wie sie ab dem Jahreswechsel 1918/19 mit der Bildung von Freikorps und kampfbündischen Gemeinschaften einsetzte.

1.3.2 November 1918

Am 1. Oktober gestand auch Generalquartiermeister Ludendorff die militärische Niederlage ein. In den folgenden Stunden drängte die OHL massiv auf die schließlich am 3. Oktober von der neuen Reichsregierung Max von Badens an den US-amerikanischen Präsidenten Wilson herausgegebene Note bezgl.

247 Vgl. dazu politisch Max Webers Theorie zur »Charismatischen Herrschaft«: Max Weber et al.: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen[5] 1976, S. 179 ff.

248 Vgl. Bernhard Kroener: Generationserfahrungen und Elitenwandel. Strukturveränderungen im deutschen Offizierskorps 1933-1945, in: Rainer Hudemann et al. (Hrsg.): Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert, München 1994, S. 219-234, S. 230 f.

249 Ulrich: Das soldatische Kriegserlebnis, S. 145.

250 Vgl. Kapitel: 2.2.1.

251 Klaus Latzel: Die Soldaten des industrialisierten Krieges – »Fabrikarbeiter der Zerstörung«? Eine Zeugenbefragung zu Gewalt, Arbeit und Gewöhnung, in: Rolf Spilker et al. (Hrsg.): Der Tod als Maschinist, Bramsche 1998, S. 125-142, S. 136. Dabei sind die Einflüsse der völkischen Ideen vor 1914 kaum bestreitbar. Vgl. Altgeld: Volk, Rasse, Raum, S. 113.

eines Waffenstillstandes.[252] Dem Volk, von überzogenen Erfolgsmeldungen von der Front und Propaganda geblendet, wurden die daraus resultierenden Konsequenzen vorenthalten.[253] Erst nach den desillusionierenden Antwortnoten Wilsons,[254] der vor der Aufnahme von Verhandlungen dem Deutschen Reich zunächst die Fähigkeit zur weiteren Kriegsführung genommen sehen wollte, änderte Ludendorff seinen Kurs. Er forderte nun von der Regierung einen »Kampf bis zum Äußersten«[255] – ein Winkelzug, der zur Basis der Dolchstoßlegende werden sollte.[256] Doch weder die von oben angeschobenen inneren Reformen noch der anlaufende Waffenstillstandsprozess waren jetzt noch aufzuhalten. Die Regierung befand sich in einer Zwangslage.[257] Die Beendigung des Kriegs war aus politischer wie militärischer Sicht alternativlos.

Am 28. Oktober, einen Tag nach dem Waffenstillstandsangebot Österreich-Ungarns, folgte der Revolution von oben die Revolution der Straße. Teile der deutschen Hochseeflotte widersetzten sich dem Befehl zum Auslaufen. Unruhen griffen um sich. Immer lauter wurde die Abdankung des Kaisers gefordert. Am 9. November, nach der Verkündung der Demission Wilhelms II. durch Max von Baden, trat der Kanzler selbst zurück und übergab die Regierungsgeschäfte dem Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert. Der Kaiser ging nach Holland ins Exil. Am gleichen Tag folgte die doppelte Ausrufung der Republik. Als Geburtsfehler der Republik oblag die Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 11. November den Zivilisten der neuen Regierung.

252 Vgl. Johannes Hürter (Hrsg.): Paul von Hintze. Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär. Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik 1903-1918, München 1998, Dok. 127 ff., S. 442 ff.

253 So schreibt Bernhard Schwertfeger: »Politisch wie psychologisch gleichermaßen unvorbereitet, stürzte die Nation, die an die Überlegenheit ihrer Waffen, einer zeitgenössischen Formulierung zufolge, geglaubt hatte, wie ein Evangelium ins Bodenlose«, zit. nach Joachim Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M.[3] 1992, S. 113.

254 Der Notenwechsel abgedruckt in: Der Waffenstillstand 1918/1919. Das Dokumenten-Material der Waffenstillstands-Verhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsbericht, Bd. 1, Berlin 1928, S. 13 ff.

255 Gerhard Schulz: Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg, Göttingen 1982, S. 19.

256 Ob dieses Manöver politisch-taktisch motiviert oder der Emotionalität Ludendorffs geschuldet war, lässt sich heute nicht mehr entscheiden. Zur Genese der Dolchstoßlegende vgl. Boris Barth: Dolchstoßlegenden, S. 6 ff.

257 So analysierte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Paul von Hintze, bei der Lagebesprechung mit den Spitzen der OHL vom 29. September 1918 in Spa die Lage treffend: »Bulgarien abgefallen, der Abfall Österreich-Ungarns bevorstehend, die Türkei nur mehr Last, keine Hilfe […] Ferner die Siegeszuversicht unserer Feinde.« Zit. nach Klaus Schwabe et al.: Quellen zum Friedensschluß von Versailles, Darmstadt 1997, Nr. 6, S. 52 f. Durch den Entschluss des Verbündeten Bulgarien einen Separatfrieden mit den Alliierten abzuschließen, drohte eine offene Flanke im Südosten der Habsburger Monarchie. Hinzu kamen die revolutionären Ereignisse in Wien sowie die immer schwierigere Lage der deutschen Armeen an der Westfront.

Ein Geflecht aus Enttäuschung, Wut, Desillusionierung, Zukunftsängsten und wachsender Politisierung potenzierte das vorhandene Machtvakuum und sorgte für eine revolutionäre Stimmung auf den Straßen. Ohne eine eingespielte Verfassungsrealität und ohne Gewaltmonopol sah sich der Rat der Volksbeauftragten, der bereits am 10. November 1918 von der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte bestätigt worden war,[258] einem von revolutionären Unruhen, regionalen Arbeiter- und Soldatenräten, separatistischen Bewegungen und regionalen Streiks administrativ kaum beherrschbaren Staatsgebilde gegenüber. Die den Volksbeauftragten von den Alliierten aufoktroyierte Aufgabe der Rücknahme und Demobilisierung des Frontheeres verschärfte die Problematik zusätzlich. Die zurückflutenden Heeresverbände, zumeist noch weitgehend wenig politisiert, psychisch und physisch jedoch schwer gezeichnet, wurden nur allzu leicht Opfer einer regional-dezentral organisierten sozialistisch-kommunistischen Propaganda. Das Frontheer fiel als Machtfaktor für die junge Republik aus.

Pfeffer, noch am 9. November mit dem königlichen Hausorden von Hohenzollern mit Schwertern ausgezeichnet,[259] wurde in seinem Bataillonsstab von Waffenstillstand und Revolution überrascht. Obwohl ihm die immer dramatischere militärische Lage bewusst gewesen sein musste,[260] sah er, der Repräsentant der alten Ordnung,[261] die Ereignisse in der Heimat voll Verachtung.

Pfeffers erster unmittelbarer Kontakt mit der Revolution, Ende November, könnte seine Positionierung gegenüber den neuen diffusen Gewalten kaum besser veranschaulichen. Nach Abschluss des Waffenstillstands wurde Pfeffer befohlen als Kommandeur sein Bataillon in dessen Garnisonsstandort Münster zurückzuführen,[262] wo sich am 13. November der Generalsoldatenrat konstituiert hatte. Die Familienüberlieferung berichtet hierzu, dass revolutionäre Soldaten mit roten Armbinden eine von Pfeffers Bataillon zu überquerende

258 Vgl. Gerhard Ritter et al. (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/1919. Dokumente, Frankfurt a. M.² 1983, S. 86 ff., Dok. 1-6: »Die Bildung des Rats der Volksbeauftragten«; sowie: Gerhard Engel et al. (Hrsg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates; vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß, Berlin 1993, Dok. 12: »Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch – Stenographischer Bericht«, S. 15 ff. und Dok. 13: »Aufruf der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte mit den Aufgaben für den Rat der Volksbeauftragten«, S. 24 ff.

259 Willi Geile: Die Ritter des königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern im Ersten Weltkrieg, Offenbach 1997, S. 60.

260 BArch-MA: PH 6-I/39 und allgemein: Michael Epkenhans: Die Politik der militärischen Führung 1918: »Kontinuität der Illusionen und das Dilemma der Wahrheit«, in: Jörg Duppler et al. (Hrsg.): Kriegsende 1918, München 1999, S. 217-240, S. 220 f. Zu widersprechen ist hier: Walter Eger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/1920, Düsseldorf 1967, S. 72. Vgl. zur mentalen Einstellung der Truppe: BArch-MA: PH 6-I/28, Bl. 5 ff.

261 Vgl. Ekkehart Guth: Der Loyalitätskonflikt des deutschen Offizierkorps in der Revolution 1918-1920, Frankfurt a. M. 1983, S. 151 ff.

262 Vgl. BArch: R 1507/578-41, Bl. 30.

Rheinbrücke besetzt hielten. Sie wollten Pfeffers Bataillon nur passieren lassen, wenn die Soldaten ihre schwarz-weiß-rote Kokarde abnähmen, rote Armbinden anlegen und sich damit der Revolution anschließen würden. Pfeffer lag dies fern.[263] Er reagierte kompromisslos. Ohne Verhandlungen aufzunehmen, ließ Pfeffer zwei schwere MGs in Stellung bringen. Mit einigen Salven der geübten Fronttruppen waren die Revolutionäre vertrieben.[264] Die Brücke war für das Bataillon frei – es war der Beginn der »Bürgerkriegsmentalität« Pfeffers.[265] Bei den bürgerlichen und aristokratischen Kreisen in Westfalen, die den revolutionären Unruhen skeptisch und ablehnend gegenüberstanden, sorgte Pfeffers Aktion für Aufsehen. Sie begründete früh damit die Popularität und den regionalen Bekanntheitsgrad Pfeffers in der Region um Münster.

Für Pfeffer zeigt diese Episode in aller Deutlichkeit die Folgen von militärischer Sozialisation und desillusionierender Weltkriegserfahrung. Franz von Pfeffer, der Hochschulabsolvent, der nach wilhelminischen Verhältnissen eine liberale, weltoffene Erziehung genoss, kehrte als radikaler Antisozialist aus dem Krieg zurück.[266] Erstmals zeigten sich hier auch der Unwille zur Subordination sowie die impulsive, radikale, eigenwillige Vorgehensweise, die später seine Freikorpstätigkeit prägen sollte. Der Zerfall von Strukturen, Institutionen sowie der Loyalitäten der alten Armee hatte dafür gesorgt, dass Pfeffer nun, wie viele der ehemaligen preußischen Offiziere, limitierende Autoritäten kaum noch anerkannte.[267]

Am 19. Dezember zog das Bataillon des Reserve-Infanterie-Regiments nachmittags gegen vier Uhr mit geschmückten Gewehren und unter »klingendem Spiel« in Münster ein. In einem Bericht heißt es: »Ein offizieller Empfang durch Vertreter der Stadt fand nicht statt. Auch waren wegen des übermäßig schlechten Wetters die Zuschauer bei Weitem nicht so zahlreich wie beim Einzuge der aktiven Dreizehner.«[268]

Pfeffer war von der Ankunft in Münster enttäuscht. Ehrerbietungen blieben aus, überall war zu offensichtlich, dass die »stolze florierende Zeit«[269] des Kaiserreichs zu Ende gegangen war.

In Münster waren das revolutionäre Chaos und die Handlungsunfähigkeit der Regierung für Pfeffer offensichtlich. Bereits am 16. November berichtete

263 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009. Vgl. dazu ähnlich die Erzählung des Freikorpsführers Adolf Schulz: Schulz: Freikorps im Industrie-Gebiet, S. 3 f.

264 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

265 Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 220.

266 Vgl. Anonym: Der deutsche Offizier, S. 12 ff.

267 Der Kaiser hatte das Offizierskorps am 28. November 1918, mehr als zwei Wochen nach seinem Gang ins Exil, von seinem Eid entbunden.

268 Schulte: Chronik 1918, S. 389. Die regulären »13er« waren bereits am 8. Dezember in Münster eingetroffen. BArch-MA: PHD 9/35, S. 542. Zu den Abläufen solcher Rückmärsche und zu den herrschenden Verhältnissen zeitgenössisch: Schulz: Freikorps im Industrie-Gebiet, S. 5 f.

269 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 23.

ein Rundschreiben des VII. Armeekorps von »Schwierigkeiten in der Lebensmittelzufuhr, Plünderungen, Brände[n], Explosionen«. Die gleichzeitig nebeneinander herrschenden »wilden« Räte, die nahezu willkürlich Privateigentum konfiszierten, sorgten für ein administratives Chaos.[270] Der Vergleich mit der bolschewistischen Revolution in Russland drängte sich auch bei Pfeffer auf.[271] Hinzu kam eine polemisierende und vollständig politisierte Presselandschaft. So druckten Zeitungen fast täglich Aufrufe zu Streiks und Arbeitsniederlegungen. Gerade bei Pfeffer, der sich selbst auch über seinen Individualismus, seine Unabhängigkeit und seine Ausgefallenheit bis hin zur Extravaganz definierte,[272] musste sich in Anbetracht der politisierten Massen eine Aversion gegenüber diesem neuen Zeitgeist entwickeln.[273] Der antisozialistische Reflex, mit dem er sich dem entgegenstellte, war fast eine Zwangsläufigkeit. Von dem später bei ihm massiv auftretenden Antisemitismus liegen für diese Zeit, trotz der allgegenwärtigen Verschmelzung antisozialistischer Maximen mit antisemitischen Vorurteilen, keine persönlichen Zeugnisse Pfeffers vor.[274] Mitte Dezember erfolgte schließlich die Demobilisierung von Pfeffers Kriegsbataillon.[275]

Die Revolution war nicht nur aus weltanschaulichen Aspekten, sondern auch ein ganz persönlicher Feind Pfeffers. So waren die von der Front zurückkehrenden Soldaten, neben der massiven Propaganda und den Diffamierungen,[276] häufig auch der physischen Gewalt der revolutionären Heimatgarnisonen ausgesetzt.[277]

270 BArch-MA: PH 6-I/252, Bl. 4: Rundschreiben der VII. Armeekorps vom 20.11.1918. Insgesamt gab es neben dem GSR und dem Bezirkssoldatenrat noch 14 weitere Soldatenräte verschiedener Einheiten und Dienststellen allein am Standort Münster. Dethlefs: Soldaten und Bürger, S. 11.

271 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

272 Hilde von Maibom: Mündliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.

273 Die zu Beginn der zwanziger Jahre aufkommende Kultur der Weimarer Republik, mit Expressionismus, Massenmedien, neuem Frauenbild und der auf den großstädtischen Bühnen und in Lichtspielhäusern vorgeführten avantgardistischen Radikalität, bestätigten später Pfeffers Eindruck eines verwerflichen Zeitgeistes.

274 Stephan Burgdorff et al. (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, München 2004, S. 185.

275 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 2. Häufig zerfielen die Truppen nach ihrer Heimkehr noch vor ihrer eigentlichen Demobilisierung. BArch-MA: RH 61/2285, Bl. 225.

276 So zeugen schon im August Schmierereien an Eisenbahnen von der massiven Propaganda, der die erschöpften rheinisch-westfälischen Frontsoldaten bereits auf Heimaturlaub ausgesetzt waren: GLAK: 456 F 8/62. Vgl. auch Kielmansegg: Erster Weltkrieg, S. 380f. und früher Jürgen Siehr: Heimkehr ins Chaos. Nach einem Bericht des Hauptmanns Bott vom Infanterie-Regiment 70, in: Ernst von Salomon (Hrsg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 29-30.

277 Koch: Der deutsche Bürgerkrieg, S. 38 und zeitgenössisch: Salomon: Freikorpskämpfer, S. 86 (Flugblatt). Galt Letzteres vor allem für das Westheer, ist für das Ostheer noch Gravierenderes festzustellen. Durch die geographische Nähe zu Russland und die dadurch massiv wirkende Propaganda konnte es »für den Einsatz

Gegen Offiziere, die Exponenten des alten Systems, gingen die Revolutionäre besonders aggressiv vor. Bereits Anfang Januar war auch in Westfalen das Tragen von Schulterstücken und Adelstiteln verboten und die Grußpflicht gegenüber den Offizieren abgeschafft worden.[278] Franz' Bruder Friedrich erlebte die Offiziersfeindlichkeit der Revolutionäre nach eigener Auskunft erstmals durch seine Beinamputation schwer verwundet im Lazarett. »Auch zu uns in die Lazarettstuben der Hüffertstiftung kam ein Trupp roter Lümmels, schwer bewaffnet mit Handgranaten und Handwaffen. […] 5-6 Mann polterten in unsere [Offiziers-]Stube und riefen: Achselstücke runter und hergeben!«[279] Als sich der Invalide dennoch bereit zeigte seine Schulterstücke zu verteidigen, nahmen die Revolutionäre Reißaus. Dass »die Roten« in ein Lazarett kriegsverwundeter Offiziere eindrangen und diese durch Abgabe ihrer Schulterstücke zu demütigen suchten, war wohl die größte Form der Beleidigung für einen Offizier.

Hinzu kam bei Pfeffer die familiäre Komponente. Der Krieg hatte Franz zwei, der Militärdienst einen weiteren Bruder gekostet. Friedrich war zum Invaliden geworden. Franz' Vater war im August 1918 auch an den Kriegsfolgen gestorben.[280] Seine Mutter hiervon ebenfalls schwer gezeichnet. Sie sollte ihrem Mann im Januar 1919 nachfolgen.[281] All diese persönlichen Opfer, die man meinte fürs Vaterland zu erbringen, hatten nun, aus der Perspektive Pfeffers, die Herrschaft von ihm feindlich gesinnten Vertretern der Revolution zur Folge. Im November/Dezember 1918 hatte der nun dreißigjährige aristokratische Hauptmann erstmals im Leben nicht viel andere Empfindungen als ein österreichischer Gefreiter, der soeben aus dem Lazarett in Pasewalk entlassen wurde.[282]

Pfeffer selbst nannte später gegenüber seinem Sohn immer wieder zwei Motive, die ihn mit der Geburtsstunde der Republik zu deren unbedingtem Gegner gemacht hätten. So habe man Wilson abgenommen, dass Deutschland, wenn es die 14 Punkte und einen Verzicht aller deutschen Fürsten auf ihren Thron akzeptiere, ein ehrenhafter Frieden zugestanden werde. Anstelle dessen »wurden wir mit der Missgeburt aus Versailles beglückt«.[283] Hinzu kam als Zweites die Ansicht, dass es »so was wie eine wahrhaftige Demokratie über-

im Inneren Deutschland ganz abgeschrieben werden.« Schulze: Freikorps und Republik, S. 8.

278 Schulte: Chronik 1919, S. 47 und 54; Dethlefs: Soldaten und Bürger, S. 11.

279 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 34 f.

280 Vgl. hierzu kritisch: FN 1/242.

281 Wahrscheinlich erlag die Mutter einer nicht behandelten Zuckerkrankheit. Zu den genaueren Umständen vgl. Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 34.

282 Hitler schrieb hierzu: »Es war also alles umsonst gewesen. Umsonst all die Opfer und Entbehrungen, umsonst der Hunger und Durst, in denen wir, von Todesangst umkrallt, dennoch unsere Pflicht taten, und vergeblich der Tod von zwei Millionen, die dabei starben.« Adolf Hitler: Mein Kampf, München[33] 1933, S. 223 f. Vgl. kritisch: Weber: Hitlers erster Krieg, S. 302 ff.

283 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009, S. 2.

haupt nicht gäbe, und das, was die Alliierten als eine solche anboten, nichts anderes als gemeiner Schwindel« war. Bei den Volksabstimmungen in Polen und Schlesien verfestigte sich dieses Bild noch. »Unter dem Deckmantel der Demokratie wurde das Selbstbestimmungsrecht des Volkes mit Füßen getreten.«[284] Anstatt eines militärischen Sieges oder eines ehrenvollen Friedensschlusses und des (vermeintlichen) sozialen Friedens des Augusterlebnisses, standen nun die Schmach der Niederlage, die offen zutage tretenden politischen und sozialen Gegensätze mit Machtvakuum, Streiks und bürgerkriegsähnlichen Zuständen und die Diffamierung des alten Militärs. Die auferlegte neue Ordnung mit den verpönten Parteien, mit ihren im Rat der Volksbeauftragten allzu offen hervortretenden divergierenden Interessen, bei denen das echte oder vermeintliche Staatswohl auf der Strecke zu bleiben schien, ergänzten Pfeffers reaktionäres Weltbild. Allein durch diese Begleiterscheinungen der Revolution war die Republik für Pfeffer wie für viele andere mit dem Stigma des Verrats an Kaiser und Vaterland belastet. Im Dezember 1918 stand Pfeffer vor einer völlig ungewissen Zukunft. Er schilderte später Franz-Willing zitierend: »Alles war für die heimkehrenden Soldaten fragwürdig geworden, das zu Hause, die Heimat, das Vaterland, die Familie, die Existenz, Kirche und Gott. Alles war fragwürdig geworden – im Chaos der Revolution.«[285]

Zum Jahreswechsel schied Franz aus dem Heeresdienst aus.[286] Dass hierfür disziplinarische oder weltanschauliche Gründe vorlagen ist angesichts der Episode auf dem Rückmarsch seines Bataillons möglich, konkretere Indizien liegen dafür jedoch nicht vor. Ungeachtet dessen ist sicher, dass die Nonidentifikation mit dem neuen System hierfür den Ausschlag gab. Eine Rückkehr in den erlernten Beruf des Juristen kam aus gleichen Gründen nicht infrage. Was blieb, war der Einfluss auf gleichgesinnte ehemalige Kameraden im Feld und, massiver noch, das Festklammern und Beharren auf den in Jugend, Militärzeit und Kriegsdienst erfahrenen Maximen sowie an der verklärten »Idee von 1914«[287] in einer nun feindlich gesinnten Umwelt. Eine antisozialistische Radikalisierung sowie die nationale Umdeutung der Kriegsereignisse waren die Antwort auf das Versagen vertrauter Orientierungsmuster. Jahre später schrieb Pfeffer, politisch inszeniert, jedoch typisch dafür:

> »Fronterlebnis, den Kampf auf Leben und Tod, auf Sein und Nichtsein, den gigantischen Kampf Hunderttausender Arm in Arm, Schulter an Schulter, weit jenseits des Alltags. Einer für alle, alle für einen. Hier erblühten deutsche Urwerte und innerste Befriedung trotz – nicht wegen! – Blut und Tod

284 Ebenda, S. 2.
285 Pfeffer: Die Bewegung, S. 3.
286 BArch: R 1507/578-41, Bl. 9. Andere Quellen sprechen von einer Anstellung bis ins Jahr 1919. Dies ist jedoch aufgrund der Folge der Ereignisse zu bezweifeln. Ebenda, Bl. 30. Vgl. Kapitel 2.2.1.
287 Ebenda, S. 113.

und Dreck und Not. Und eine tiefe Sehnsucht bleibt nach den dort in deutscher Kameradschaft erlebten und erfühlten deutschen Werten.«[288]

In der Situation, in der er sich im Dezember 1918 befand, war das Desaster der Berliner Regierung um die Volksmarinedivision ein kaum zu erwartender Glücksfall.[289] Die Berufung Gustav Noskes als Volksbeauftragter für Heer und Marine zum Jahreswechsel 1918/19 und die damit einhergehende Förderung der Aufstellung de facto unabhängiger, dezentraler Freiwilligeneinheiten eröffneten ihm eine ungeahnte Perspektive.

288 Pfeffer: Die Bewegung, S. 3 ff.

289 Vgl. Heinrich Winkler et al.: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Bonn 1984, S. 91 ff.

2. Lange Freikorpszeit (1919-1923)

> »Der Pfeffer hat ohne Zweifel ein Freikorps zusammengebracht und es zur Erpressung gegen die eigne Regierung verwendet. Das hätte ich dem Pfeffer schon ausgetrieben. Ich hätte ihn dann hinterher aufgehängt. Aber das Freikorps war jedenfalls da.«[1]

> »Er gefiel sich in der Rolle des ›Ewigen Leutnants‹, der immer zur Stelle war, wo man Leute seiner Art brauchte, die sich unbedenklich einsetzten, aber auch einsetzen ließen. Er spielte mit und nahm seinen Job wahr. Sein Mangel an Ernsthaftigkeit ließ ihn nicht lange fragen, ob das Mitspielen erlaubt sei.«[2]

2.1 Skizze: Ausgangssituation und Rahmenbedingungen

Am 4. Januar 1919 setzte sich Reichswehrminister Noske im Kabinett mit seiner Forderung nach der Aufstellung von Freiwilligenverbänden durch. Fünf Tage später erließ die Reichsregierung einen entsprechenden Aufruf.[3] Die prekären innen- und außenpolitischen Bedingungen, die die Republik nur rund zwei Monate nach der Revolution dazu zwangen, die Unterstützung dieser zum größten Teil reaktionär eingestellten Kräfte in Anspruch zu nehmen, müssen im Folgenden als Voraussetzung für das Wirken Pfeffers skizzenhaft beschrieben werden.

Innenpolitisch hatten die Ereignisse um die Volksmarinedivision in Berlin zu einem unheilbaren Bruch mit den Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) und den Spartakisten geführt. Überall im Land kursierten linke Aufstände. Ohne Gewaltmonopol erwies sich die inzwischen nur noch aus Sozialdemokraten bestehende Regierung der Volksbeauftragten als unfähig, dieser Herr zu werden. Da eine Aufstellung republikanischer Truppen bereits im Anfangsstadium scheiterte,[4] blieb nur der Schulterschluss mit der Obersten Heeresleitung (OHL). Doch auch diese hatte inzwischen massiv an ihrer einstigen Machtposition eingebüßt. Nach Kriegsniederlage, Rückmarsch, Demobilisation sowie durch die grassierende bolschewistische Propaganda war die Loyalität vieler Truppenteile massiv geschwunden. Für die Regierung schienen daher Freiwilligenverbände das einzig wirksame Instrument zu sein, die Kontrolle über die Lage zu gewinnen.[5] Das Bündnis mit den restaurativen Kräften

1 Zit. Hitler nach: Heiber (Hrsg.): Hitlers Lagebesprechungen, S. 900.
2 Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 219.
3 Armee-Verordnungsblatt, Berlin 1919, S. 17.
4 Schulze: Freikorps und Republik, S. 14 ff.
5 Vgl. auch zu den Motiven der Regierung: Boris Barth: Freiwilligenverbände in der Novemberrevolution, in: Rüdiger Bergien (Hrsg.): Spießer, Patrioten, Revolutionäre, Göttingen 2010, S. 95-117, S. 97 f.

war für die republikanische Regierung ein riskanter Balanceakt. Dennoch zog man den Pakt mit den alten Eliten, der »roten Herrschaft der Straße« vor. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Bereits mit dem Einmarsch der Freikorps in Berlin und der anschließenden Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs hatte sich bis zum 15. Januar die Machtkonstellation vollständig verschoben. Man hatte sich der Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes von links entledigt, gleichzeitig aber die restaurativen Kräfte derart aufgewertet, dass von dieser Seite künftig die größere Gefahr für die neue Staatsordnung ausging. Zunächst jedoch fanden diese Strömungen in der Bekämpfung der überall im Reich kursierenden kommunistischen Aufstände und Streiks ihr Ventil.

Außenpolitisch stellte sich die Situation für die Reichsregierung nicht weniger prekär dar. In Folge des Friedensvertrages vom 11. November waren im Januar die rechtsrheinischen Brückenköpfe um Koblenz, Mainz und Köln von französischen Truppen besetzt worden. Die Reparationszahlungen und einsetzende Inflation belasteten die ohnehin desolate Wirtschaft und verhinderten jeden Aufschwung. Auch die britische Seeblockade blieb bestehen. Im Osten wurde der Vertrag von Brest-Litowsk, in dem das Deutsche Reich noch knapp ein Jahr zuvor der sowjetischen Regierung einen Siegfrieden aufgezwungen hatte, für nichtig erklärt. Erst Mitte Dezember 1918 konnte die sich seit dem Waffenstillstand auf dem Vormarsch befindliche polnische Befreiungsarmee, »Polska Organizacja Wojskowa«,[6] (POW) in eine Pattsituation gezwungen werden.

Noch weiter im Osten, im Baltikum, prallten Alliierte, deutsch-baltische, russisch-zaristische, russisch-bolschewistische, lettische wie litauische Interessen aufeinander.[7] Für die Reichsregierung hatte das Baltikum zunächst nur geringe Priorität und man ernannte mit dem Sozialdemokraten August Winnig einen Generalbevollmächtigten, dem man weitgehende Freiheiten zugestand.[8] Am 29. November verfügte der Rat der Volksbeauftragten, die inzwischen in völliger Auflösung befindliche 8. Armee hinter die Reichsgrenzen zurückzunehmen.[9]

Im britischen und französischen Interesse lag eine Etablierung der baltischen Staaten, um gleichzeitig auch russische Ansprüche zurückzudrängen. Im Inneren Lettlands war das neue bürgerliche Staatsoberhaupt Karlis Ulmanis[10] darauf

6 Die bereits seit 1916 im Geheimen operierende Organisation wurde mit Kriegsende zur offiziellen Streitmacht und soll schon im Januar 1919 eine Stärke von 70.000 Mann gehabt haben. Hans Schmitz: Geschichte des Netze-Warthelandes, Leipzig 1941, S. 286.

7 Noch im Februar 1918 waren hier alle Provinzen in deutscher Hand. Vgl. zur deutschen Besatzungspolitik: Vejas Liulevicius: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002, S. 200 ff.

8 Siehe zur Person: Frank Schröder: August Winnig als Exponent deutscher Politik im Baltikum 1918/1919, Hamburg 1996, S. 12 ff.

9 Schulze: Freikorps und Republik, S. 127.

10 Deutsch: Karl Ulmann. Der 1877 geborene Ulmanis war erst 1917 nach der russischen Generalamnestie aus den USA nach Lettland zurückgekehrt. Vor Kriegsende engagierte er sich als Initiator des Lettischen Volksrates, der am 18. November 1918 die

bedacht, die deutsch-baltischen Einflüsse, zumeist der Großgrundbesitzer, aus den politischen Schlüsselpositionen zu entfernen. Nachdem dies mit französischer Unterstützung weitgehend gelungen war, sah man sich jedoch zunehmend der Gefahr der bolschewistischen Einflussnahme gegenüber. Die Sowjets hatten es geschickt verstanden, das mit der Niederlage Deutschlands entstandene Machtvakuum zu nutzen und waren, mit Unterstützung lettischer Freiwilliger, ins Baltikum einmarschiert. Weder die von den Briten nur halbherzig unterstützten zaristischen Truppen, noch die neue bürgerliche Regierung Ulmanis und schon gar nicht die desolate 8. Armee konnten dem Einmarsch dieser zwar oft mangelhaft ausgerüsteten, aber hoch motivierten Truppen ernstzunehmenden Widerstand entgegensetzen. Bereits Ende November war Estland nahezu vollständig besetzt. Am 3. Januar 1919 fiel Riga, fünf Tage später Mitau und Schaulen.[11]

Aus dem Vormarsch der Roten Armee ergab sich nun eine Interessenskongruenz zwischen Letten, Briten und den Deutschen. Schon im Herbst hatten sich, zunächst zur Sicherung des Rückmarsches der 8. Armee, erste deutsche Freiwilligenverbände wie die Baltische Landeswehr gegründet. Nun ging es darum, einen militärischen Brückenkopf der Sowjets und damit eine weitere Ausbreitung des »bolschewistischen Bazillus«, der die junge Republik zweifellos vor die Existenzfrage gestellt hätte, zu verhindern. Militärisch, und für die Motivation der Freiwilligen elementar, war die Gefahr einer Invasion Ostpreußens erstmals seit 1914 wieder real geworden.

Winnig ging nun daran, diesen Prozess auch diplomatisch zu konsolidieren. Am 28. November gelang es ihm, die Aufstellung einer aus Freiwilligen bestehenden Nachhuttruppe durchzusetzen.[12] Vor Weihnachten 1918 forderte London nicht nur das Halten der deutschen Truppen gegen die Rote Armee, sondern eine aktive Rückeroberung aller von den Sowjets besetzten Gebiete. In dem am 29. Dezember geschlossenen Vertrag zwischen Winnig und der bürgerlichen lettischen Regierung wurde der Verbleib deutscher Truppen auf lettischem Territorium geregelt.[13] Von dem später vieldiskutierten Siedlungs-

Unabhängigkeit von Russland proklamierte. Vgl. Detlef Henning: Formen kulturelle Autonomie in den Baltischen Staaten, in: Gert von Pistohlkors (Hrsg.): Staatliche Einheit und nationale Vielfalt im Baltikum, München 2005, S. 45-68, S. 55.

11 Heute Jelgava und Šiauliai. Im Folgenden bleibt der Autor jedoch aufgrund der Quellenüberlieferung bei den deutschen Ortsbezeichnungen.

12 August Winnig: Heimkehr, Hamburg 1955, S. 25f. Wie diffus und unkalkulierbar die politische Gemengelage im Baltikum war, zeigt sich auch daran, dass Winnig bei diesem Vorhaben von den regionalen Arbeiter- und Soldatenräten unterstützt wurde.

13 Hier heißt es unter anderem: »§ 1. Die provisorische lettische Regierung erklärt sich bereit, allen fremdstaatlichen Heeresangehörigen, die mindestens vier Wochen im Verbande von Freiwilligenformationen beim Kampfe für die Befreiung des lettischen Staates von den Bolschewisten tätig gewesen sind, auf ihren Antrag das volle Staatsbürgerrecht des lettischen Staates zu gewähren.« Ursachen und Folgen, Dritter Band: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin 1959, Nr. 894, S. 544. Vollständiger Text in Winnig: Am Ausgang, S. 83.

versprechen für die deutschen Truppen ist in dessen Wortlaut jedoch nicht die Rede.[14] Als sich die baltische Ritterschaft dennoch bereit erklärte, etwa ein Drittel ihres Bezirkes den Freiwilligen zur Niederlassung zur Verfügung zu stellen,[15] nutzten die deutschen Anwerbungsbehörden im Reich diese Tatsache, um mit einem konkreten Siedlungsversprechen um Freiwillige zu werben.[16] Am 9. Januar erfolgte der vielbeachtete Freiwilligenaufruf der Reichsregierung für den Grenzschutz Ost und das Baltikum.[17]

2.2 Das westfälische Freikorps von Pfeffer (A. K. VII)

> »Der Führer: ›Aus dem nichts haben sich Führer hervorgehoben. Die haben dann die Befreiungsarmee aufgebaut und eine gewisse Zeitlang Deutschland gerettet. […] Pfeffer ist der geborene Organisator.‹ Guderian: ›Der Primken hat nur im Rheinland Geld aufgetrieben und mit dem Geld nur die vorhandenen Arbeitslosen angeworben. Er hat dann das Freikorps nach vorne gebracht.‹«[18]

Pfeffer gehörte zu der Gruppe von Weltkriegsoffizieren, die ganz ohne Infrastruktur, fast aus dem Nichts, »ganze Regimenter aufstellten.«[19] Die soziale Zusammensetzung der meisten Freikorps war ebenso heterogen wie ihre Organisation,[20] ihre Beständigkeit, ihre militärische Leistungsfähigkeit und auch ihre politische Motivation.[21] Was aber bei allen Freikorps gleich war, war die

14 Dennoch ging man auf deutscher Seite davon aus, dass die Möglichkeit zur Ansiedlung in der Begrifflichkeit »volles Staatsbürgerrecht« implementiert sein müsse. Schulze: Freikorps und Republik, S. 132.

15 Goltz: Politischer General, S. 81.

16 Vgl. aus Perspektive der Freikorps: BA-MA: MSg 3/747-350 August 1942 (13) Folge 8, S. 1 ff.

17 Die zuvor von Teilen der Militärs präferierte Wehrpflicht war politisch nicht durchzusetzen gewesen. BArch-MA: PH 3/13, Bl. 67 ff. Armee-Verordnungsblatt 1919, S. 17. Vgl. Oskar von Watter: Die Bedeutung der Freikorps, in: Hans Roden (Hrsg.): Deutsche Soldaten, Leipzig 1935, S. 75-83, S. 78 f. So dienten auch die späteren Freikorpsführer Bernhard von Hülsen (damals als Oberleutnant Adjutant der 80. Infanterie Brigade der 15. Infanteriedivision) oder auch Peter von Heydebreck (am 28. April 1918 als Hauptmann 1c im Generalkommando des VII A. K.) in jenem VII. Armeekorps, in dem auch Pfeffer seine Weltkriegszeit verbrachte. BArch-MA: PH 6-I/33, Bl. o. Nr. Vgl. auch zeitgenössisch K. Adaridi: Freischaren und Freikorps. Auf Grund von Kriegserfahrungen, Berlin 1925, S. 164 f.

18 Heiber: Hitlers Lagebesprechungen, S. 900.

19 Salomon: Nahe Geschichte, S. 97 f. Vgl. dazu auch: Barth: Freiwilligenverbände, S. 99.

20 So gab es neben den Freikorps der traditionellen Teilstreitkräfte Heer und Marine sogar Luftstreitkräfte. Siehe »Freiwillige Flieger Abteilungen«, in: Lothar Hartung: Deutsche Freikorps 1918-1921. Spezialkatalog, o. O.[2] 1997, S. 59.

21 Korzetz: Freikorps, S. 131 ff. Vgl. zu dieser Heterogenität etwa den Umgang mit der von der Republik vorgegebenen Eidesformel: Otto-Ernst Schüddekopf: Linke Leute von rechts, Stuttgart 1960, S. 57 f.

entscheidende Rolle des Anführers.[22] An der Stelle von formalen militärischen Hierarchien traten emotionale Bindungen und persönliche Loyalitäten. Die hohe Arbeitslosigkeit, die desolate psychische und ökonomische Situation vieler Frontheimkehrer sowie der damit verbundene rasche Zulauf an Freiwilligen waren die äußeren Voraussetzungen, die die Bildung eines eigenen Korps möglich machten, sein Hauptmannsrang, die Kriegsauszeichnungen und vor allem der regionale Bekanntheitsgrad die persönlichen.[23] Entscheidend war allerdings, dass man ihn als charismatischen und geeigneten Anführer ansah. Die Bedeutung Pfeffers für das Korps spiegelt sich schon in der Namensgebung wider. Nachdem in einem der ersten Flugblätter noch für das »Westfälische Freiwilligen Bataillon, ›Münster‹« geworben wurde,[24] bürgerte sich rasch der Name »Westfälisches Freikorps von Pfeffer VII. A. K.«[25] und später ausschließlich »Freikorps von Pfeffer« ein.

2.2.1 Gründung gegen die Soldatenräte, Organisation und erste Einsätze

»Es ging halt hart und aktiv zu – auf beiden Seiten«[26]

Die Bildung des Freikorps von Pfeffer erfolgte in einem Handstreich.[27] Für Pfeffer, fest in militärischen Denkmustern verhaftet und vom Zivilleben entfremdet, durch die Revolution und ihre Nachwirkungen mental überfordert und ohne Interesse, sich mit den neuen Gegebenheiten zu arrangieren, schien die Aufstellung einer eigenen Truppe eine Möglichkeit zu bieten, dem politischen Chaos der Nachkriegszeit in Münster zu entkommen. Die Nachrichten von den deutschen Ostgrenzen gaben nun einen Ansatzpunkt für »militärische Konzessionen«, die »im sonstigen Reich ganz undenkbar waren«.[28] Bereits am 2. Januar 1919 lancierte Pfeffer, ohne Rücksprache mit dem Generalkommando und ohne Kenntnis des Generalsoldatenrats Münster (GSR),[29] einen Aufruf, in dem es hieß:[30]

22 Schulze: Freikorps und Republik, S. 38; Salomon: Nahe Geschichte, S. 97.
23 Beigetragen haben dürfte auch der Bekanntheitsgrad seines kriegsversehrten Bruders Friedrich. Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 28.
24 Schulte: Chronik 1919, S. 8 und Salomon: Freikorpskämpfer, S. 85.
25 BArch-MA: MSg 2/971, Bl. o. Nr.
26 Pfeffer: Die Bewegung, S. 10.
27 Vgl. StdAM: D Nr. 2, Bl. 425 ff. So auch Pfeffer StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, Bl. o. Nr.
28 Ebenda, Manuskript Pfeffers, S. 2.
29 Zur Vorgeschichte des GSR Münster und zur Machtstruktur im November/Dezember 1918 vgl. Ulrich Kluge: Der Generalsoldatenrat in Münster und das Problem der bewaffneten Macht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Reinhard Rürup (Hrsg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Wuppertal 1975, S. 315-392.
30 Bereits zuvor, Ende Dezember, hatte Pfeffer nach einer in den dreißiger Jahren verfassten Aussage, einen ersten Aufruf verfasst. In diesem habe er, nach seiner späteren Aussage, »Kranke, Matrosen [als Synonym für revolutionäre Truppen] und Juden« ausdrücklich von der Werbung ausgenommen. Dies habe jedoch zu einem solchen Aufschrei geführt, dass gegen Pfeffer zeitweilig sogar ein Haftbefehl erlassen worden

»Westfalen, die nicht einzeln in ungewisse Verhältnisse ziehen und auch in der Fremde unter Landsleuten sein wollen, schließen sich zum Westf. Freiw.-Btl. ›Münster‹ zusammen, das erst ausrückt, wenn volle Ausrüstung und Verwendungsfähigkeit erreicht ist. Ein schlagfertiges, festgefügtes Bataillon kommt überall durch! Im Bataillon wird Kriegszucht und Ordnung herrschen. Führer nur erfahrene und langegediente Frontoffiziere. Ältere Unteroffiziere und Frontsoldaten von der Westfront bevorzugt. Nur Jahrgänge 1897 und ältere. Ordentliche Militärpapiere erforderlich. […] Volle Feldkost, mobile Gehälter und Löhnungen, Zulagen von täglich 5.- Mark. Bei späterer Verwendung im Osten weitere Erhöhung der Geldbezüge. Mitgebrachte Wolldecken und Kleidungsstücke werden gegen Zahlung übernommen. […] Zusammentritt in Münster, Aegidiischule Offiziere und Feldwebel 6.1.1919 […]; Unteroffiziere 9.1.1919 […]; Mannschaften 14.1.1919. […] Hauptmann von Pfeffer R. I. R. 13«[31]

Der erweiterte GSR, überrascht von der Initiative Pfeffers, verbat zunächst am 6. Januar jede weitere Aktivität zur Aufstellung eines Freiwilligenbataillons für den Grenzschutz.[32] Pfeffer gelang es dennoch, die an diesem Tag ins Zentrum von Münster beorderten freiwilligen Offiziere und Feldwebel »zu einem neuen Sammelplatz um[zu]dirigieren«[33], sodass trotz des Verbots sich sein Freikorps noch am gleichen Tag konstituierte.[34] Auch in den folgenden Tagen setzte Pfeffer seine Werbung unbeirrt fort. Sinnbildlich für das Kompetenzchaos waren die Reaktionen der Behörden. Während der GSR am 8. Januar die Magazinbestände sperren ließ, um eine Bewaffnung des Freikorps zu verhindern,[35] sagte das Generalkommando Münster, nach dem Aufruf Noskes zur Freikorpsbildung, nur einen Tag später dem Zentralsoldatenrat des Armeekreises V. Golgau die Entsendung des Freikorps Pfeffer binnen 14 Tagen zu.[36]

Tatsächlich war es Pfeffer bereits ohne größeres Aufsehen gelungen, etwa 200 Unteroffiziere für sein Korps anzuwerben. Nun ergriff er erneut die Initiative: Er selbst schilderte die Aktion später wie folgt:

sei. StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 2. Aus dem Untersuchungsprotokoll des GSR gegen Pfeffer ergeben sich jedoch weder Hinweise auf einen Haftbefehl noch auf eine Diskriminierung jüdischer Soldaten. ebenda, Protokoll des GSR vom 5. Februar 1919.

31 Schulte: Chronik 1919, S. 8 f.

32 Protokoll der Vollsitzung des erweiterten GSRs vom 9. Januar, in: Ebenda, S. 41 und 56.

33 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 4.

34 Ebenda, Manuskript Pfeffers, S. 4. So auch in: Oertzen: Die deutschen Freikorps, S. 361. In anderer Literatur zumeist von dort übernommen. Dethlefs gibt den 2. Januar als Tag der Gründung an. Dethlefs: Soldaten und Bürger, S. 11.

35 Bekanntmachung des Generalkommandos VII A.K. vom 8. Januar, in: Schulte: Chronik 1919, S. 65.

36 Generalkommando an Golgau vom 9. Januar 1919 in, Ebenda, S. 83.

»Soweit waren wir nun glücklich, aber nun standen wir vor einem wahren Berge praktischer Schwierigkeiten; ich hatte keinerlei Rechtmäßigkeit, hatte weder Waffen noch Ausrüstung noch Bekleidung noch Verpflegung noch Unterkommen noch einen Pfennig Geld. Am selben Mittag musste das aber zur Stelle sein. […]. Diese Lage hatte man sich natürlich vorher an den Fingern abzählen können und so war mein gewiss kühner Plan seit Tagen fertig: Wir marschierten in Gruppenkolonne – fast alle noch in Zivil – quer durch die Stadt zu den Ägidii-Kasernen, die damals bis unters Dach voll Infanterie starken [sic!] (2-4000 Mann), junge disziplinlose Regierungstruppen, wenngleich sie unter dem Kommando regulärer Offiziere und eines Regimentsstabes standen. Wir öffneten das Kasernentor. Die vorher eingeteilten Sturmtrupps stürmten die Treppenhäuser, ergriffen die ersten besten Waffen der Regierungstruppen und bestrichen die Kasernengänge. Ein Sondertrupp sperrte den Regimentsstab und die Offiziere ein und versuchte, (allerdings vergeblich) die Telefonleitungen zu zerschneiden. Andere eingeteilte Truppen begannen dann Stube für Stube zu entwaffnen und sämtliche Waffen, einschließlich der Vorräte in den Kellern und Schuppen, im Kasernenhof aufzustapeln. Die Aktion ging zwar unter wüstem Lärm, aber ohne ernstes Blutvergießen vor sich. Mir sind zwei Tote und ein halbes Dutzend schwerer Verwundeter in Erinnerung. Die Kampfüberlegenheit meiner Frontoffiziere und Stoßtrupp-Unteroffiziere war ja auch gewaltig. Nachdem wir alle schwer bewaffnet waren, wurden die Kasernentore nochmals aufgestoßen und die draußen vorbeikommenden Fahrzeuge, Militärfahrzeuge, Geschäfts- und Lieferwagen, auch Personenwagen […] requiriert, und mit den erbeuteten Waffen, Maschinengewehren und Handgranaten beladen. […] Dann setzte ich die Kolonne in Marsch, ohne dass es regierungsseitig gelungen wäre, eine Gegenaktion der zahlreichen sonstigen Münsterischen Truppen rechtzeitig zu organisieren.«[37]

Anschließend zog sich Pfeffer in den Vorort Kinderhaus zurück.[38] Der GSR, schwerfällig und administrativ überfordert, hatte keine wirksame Handhabe gegen den Handstreich.[39] Eine spontane und unvorbereitete militärische Gegenaktion scheiterte an den »sachgemäß aufgestellten Maschinengewehrnestern«[40] des Freikorps. Im Gegenangriff nahm das nun schwer bewaffnete Korps sogar das Generalkommando ein. Erst nach Verhandlungen und dem Zugeständnis an Pfeffer, ihm bei der Bildung seines Korps freie Hand zu lassen, gelang es dem GSR den Hauptmann zum Abmarsch zu bewegen. Gezwungenermaßen stellte man dem »Westfälischen Freiwilligen Bataillon Münster Korps« den Truppenübungsplatz »Haus Spital« zur Verfügung, in dem Pfeffer ab dem

37 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 5 f. Vgl. dazu auch: Schulte: Chronik 1919, S. 84 und 87 f.
38 Protokoll über die Sitzung des GSR VII. A. K. vom 10. Januar, in: ebenda, S. 90.
39 Protokoll über die Sitzung des GSR VII. A. K. vom 10. Januar, in: ebenda, S. 87.
40 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 5 f.

13. Januar Quartier bezog. Zur endgültigen Formierung sollte das Korps später ins Sennelager abrücken.[41] Pfeffer sagte im Gegenzug zu, nach der Formierung den sofortigen Abtransport an die Ostgrenze zu veranlassen sowie bis dahin keine weiteren Freiwilligen mehr anzuwerben. Das Freikorps war damit am 9./10. Januar offiziell anerkannt.[42] Pfeffer bemerkte hierzu stolz später: »Ich hatte die Zeichen der Zeit verstanden und auch in jeder sonstigen Weise meine Führereignung unter Beweis gestellt.«[43]

Ungeachtet dieser Abmachungen warb Pfeffer in den folgenden Tagen weiter um Truppen. Wie dies vonstattenging, zeigt ein wenige Tage darauf verbreitetes Flugblatt. Hierin hieß es bereits: »Alle Stellen für Offiziere, Ärzte, Beamte, Feldwebel, Vize-Feldwebel und Unteroffiziere sind bereits übervoll besetzt, weitere Meldungen sind zwecklos. Es werden nur noch Gefreite und Mannschaften eingestellt.«[44] In den kommenden Tagen gelang es Pfeffer weitere rund 1.000 Mann – aus »sozialen Rücksichten« wie er später zu Protokoll gab[45] – in sein Korps einzugliedern.

Pfeffers Werbeerfolg ist gewiss bemerkenswert, angesichts der Zeitumstände aber nachvollziehbar. Durch Rückführung und Demobilisierung war gerade Münster, knapp außerhalb des »roten Ruhrgebiets« gelegen, zu einem Sammelplatz jener Klientel geworden, die glaubte, durch die Revolution mehr verloren zu haben als durch den Krieg. Die Vielzahl an Räten[46] sorgte zudem für eine undurchschaubare militärische Hierarchie. Dies hatte zur Folge, dass viele Soldaten auf die persönliche Bindung an ihre Führer im Weltkrieg vertrauten und sich deren Freikorps anschlossen, anstatt sich wenig aussichtreich um einen Verbleib im regulären Militärdienst zu bemühen.[47] Der Eintritt in ein Freikorps suggerierte, trotz allem Provisorium, eine Rückkehr in die heile Welt des kaiserlichen Heeres mit Disziplin und einem vergleichsweise sicheren finanziellen Auskommen.[48] Mit dem gezielten Verweis auf die landsmannschaftliche

41 Ebenda, S. 115.
42 Damit stand ihm offiziell das Recht auf Ausrüstung, Quartier, Löhnung, Verpflegung usw. zu.
43 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 11.
44 Salomon: Freikorpskämpfer, S. 85.
45 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 11.
46 Allein in der Umgebung Münsters gab es um den Jahreswechsel 1918/19 nachweislich etwa 50 verschiedene Arbeiter- und/oder Soldatenräte mit jeweils unterschiedlichen politischen Einstellungen ohne jede geregelte Kompetenzabgrenzung. Schulte: Chronik 1919, S. 175 f. Vgl. auch BArch-MA: PH 6-I/252, Rundschreiben des VII. Generalkommandos vom 20. Februar 1919, Bl. 6.
47 Vgl. zu Pfeffer: Schulte: Chronik 1919, S. 96. Und allgemeiner Schulz: Freikorps im Industrie-Gebiet, S. 7.
48 Vgl. BA-MA: MSg 3/747-350, Juli 1942 (13) Folge 7, S. 2. Für Offiziere wurden fünf Mark Zulage pro Tag geboten, Unteroffiziere und Mannschaften sollten 30 Mark Treueprämie und fünf Mark Bonus pro Monat bis zu maximal 50 Mark im Monat erhalten. Hinzu kamen 50 Mark Entlassungsgeld, 15 Mark Marschgeld und die Zulage von vier Mark für Einsätze außerhalb des Reichs. Vgl. auch Schulte: Chronik 1919, S. 8 f. oder auch Salomon: Freikorpskämpfer, S. 85.

Homogenität des zu bildenden Freikorps wurde eine weitere Kontinuität zur alten Armee geschaffen.[49]

Die tatsächliche Machtkonstellation in den letzten Januartagen zwischen Pfeffers Korps und dem Soldatenrat ist heute angesichts der jeweils politisch gegensätzlich gefärbten Quellen nur schwer aufzulösen. Pfeffer berichtete 1938:

> »Jetzt war das Freikorps eine gefährliche Macht, der wirklich keine andere trotzen konnte. Meine laufenden Forderungen überschritten alle Grenzen, ich hatte bald 2 Millionen Reserven in der Kriegskasse und zwei Güterzüge voller Material, Munition, Proviant […] bewegliche Lazarette, Proviantämter, Schlächtereien, Bäckereien, Kolonnen aller Art. Dazu war alle Welt froh, dass ich überhaupt noch höflich und formgerecht anforderte und damit der Räteregierung einen Schein gönnend und nicht einfach aus den Depots oder dem Besitz der unglückseligen Regierungstruppen nahm, was ich für gut befand.«[50]

Trotz des unzweifelhaft rasanten Machtzuwachses des Korps ist zu bezweifeln, dass diese spätere Schilderung Pfeffers zutreffend ist und seine Konzessionen gegenüber den Räten lediglich dazu dienten, den »Schein einer Legalität aufrecht zu erhalten, um nicht zur Unzeit zum offenen Losschlagen gegen die Regierung gezwungen zu sein«.[51] Eher ist davon auszugehen, dass der impulsive Pfeffer wohl kaum vor einem militärischen Vorgehen gegen die Räte zurückgeschreckt wäre, wenn er tatsächlich eine militärische Handhabe hierzu gehabt hätte.[52] Von einer unbeschränkten militärischen Hegemonie seines Freikorps, wie sie Pfeffer knapp 20 Jahre später für sich zu reklamieren versuchte,[53] kann daher nicht die Rede sein. Noch herrschten zudem überall im urbanen Westfalen radikal linksgerichtete Aufstände. Das »Freikorps Lichtschlag«, das sich in Hagen in der Gründung befand, musste beispielsweise am 9. Januar gewaltsam gegen militante Aufständische seinen »Abmarsch in ländliche Ausbildungsquartiere erzwingen«[54] und Übergriffe auf Werbebüros von Freiwilligenverbänden waren keine Seltenheit.[55] Selbst das schon funktionsfähige

49 Vgl. StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 1: 9.3.1919-10.1919, Bl. 390.
50 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 12.
51 Ebenda, Manuskript Pfeffers, S. 16.
52 Die 1938 hierzu gemachten Äußerungen sind daher als retrospektive Rechtfertigung zu deuten. Ebenda, Manuskript Pfeffers, S. 16.
53 Pfeffer meinte später, dass sich das militärische Gewicht Ende Januar bereits so weit zu seinen Gunsten verschoben hatte, dass der Soldatenrat die Protokolle »nach Strich und Faden schönfärben und verdrehen« musste, um zumindest den Anschein der eigenen Machtposition zu erwecken und um eine »Blamage« zu verhindern. Ebenda, Manuskript Pfeffers, S. 18 f.
54 Heinrich Mahnken: Gegenstoß im Westen 1919, in: Hans Roden (Hrsg.): Deutsche Soldaten, Leipzig 1935, S. 59-64, S. 60. Der Autor, Heinrich Mahnken, war Adjutant Lichtschlags in dessen Freikorps.
55 BArch-MA: PH 2/286, Bl. 1 ff. und BArch-MA: RH 53-4/113, Denkschrift über die Entwicklung der Hetze gegen das Freikorps von Aulock, Bl. 4. Der schlesische Frei-

Freikorps Maerckers, das bereits im Dezember aus den Resten der ehemaligen 214. Division aufgestellt worden war, wurde Anfang Januar 1919 den in Westfalen immer wieder ausbrechenden Unruhen kaum Herr.[56]

Das Verhältnis zwischen Pfeffers Freikorps und den Räten dürfte demnach eher einem Katz-und-Maus-Spiel geähnelt haben.[57] In diesem Kontext sind auch seine Pressemeldungen dieser Tage zu verstehen. So nahm er gegenüber dem GSR eine beschwichtigende Haltung ein. Sein Korps sei zweifelsohne regierungstreu und habe mit »Gegenputschen, und wie die Gerüchte alle lauten mögen, nichts zu tun«.[58] Zudem habe es sich bei dem Überfall auf die Aegidii-Kaserne um eine Aktion ohne sein Wissen gehandelt.[59] Dieses geschickte Leugnen, Manövrieren und Beschwichtigen bei gleichzeitiger Schaffung vollendeter Tatsachen war ein erster Fingerzeig auf die Methoden, die Pfeffer in den kommenden Jahren perfektionieren sollte.[60]

Die immer häufigeren Zusammenstöße mit den Aufständischen führten dazu, dass sich Pfeffer entschloss, trotz der noch anhaltenden Formierungs- und Organisationsphase des Korps,[61] gegen diese in die Offensive zu gehen.[62] Die »inneren Unruhen in Münster«[63] waren jedoch nicht unter Kontrolle zu bringen.[64] Die eigentliche Einsatzgeschichte des Freikorps von Pfeffer begann somit mit einem militärischen Fehlschlag.[65] Pfeffer zog aus diesen Ereignissen

korpsführer Hubertus von Aulock musste 1919 sogar aus Angst vor Übergriffen nach der Aufstellung seines Freikorps seine Familie aus Schlesien evakuieren.

56 BArch-MA: RH 61/2286, Bl. 179 ff.

57 Vgl. dazu die ganz gegenteilige stark übertriebene Schilderung Pfeffers: Pfeffer: Die Bewegung, S. 9 ff.

58 Schulte: Chronik 1919, S. 115. Seine Soldaten bestätigten bei einer Befragung durch den GSR: »Wir werden nicht gegen das Proletariat vorgehen, weil wir alle ältere Leute sind. Wir haben uns diesen Führer nur als militärischen Führer gewählt.«

59 Protokoll über die Sitzung des GSR VII. A. K. vom 10. Januar, in: ebenda, S. 87.

60 Vgl. Antrag des Bezirks-Soldatenrates auf Enthebung des Hauptmanns von Pfeffer, Protokoll vom 5. Februar 1919. StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, S. 11 ff. Vgl. auch die Rechtfertigungen Pfeffers in: ebenda, S. 3 ff.

61 Im Werbeaufruf hieß es noch, dass das Korps erst dann ausrücken würde, »wenn volle Ausrüstung und Verpflegungsfähigkeit erreicht« sind. Salomon: Freikorpskämpfer, S. 85. Zweifelsohne diente auch dies dazu die Seriosität der Werbeunternehmung zu unterstreichen.

62 Spätestens am 17. Januar hatte das Korps in Münster seinen ersten Toten zu beklagen. Roden: Deutsche Soldaten, S. 17. Unmittelbare Kampfhandlungen der Freikorps nur wenige Tage nach deren Gründung waren durchaus typisch. Vgl. BA-MA: RW 1/62, S. 10.

63 Oertzen: Die deutschen Freikorps, S. 361.

64 Mahnken: Gegenstoß im Westen, S. 60. Vgl. auch regionalgeschichtlich: StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 1, Bl. 435 ff.

65 Vgl. Schulte: Chronik 1919, S. 312 ff. Am 10. Februar ging die Armee mit Unterstützung von Freiwilligenverbänden unter dem am 20. Januar zum kommandierenden General des VII. Armeekorps ernannten General Oskar von Watter in Münster erfolgreich gegen die Aufständischen vor. Das Freikorps von Pfeffer, inzwischen im Sennelager stationiert, spielte hierbei jedoch keine Rolle. Der GSR war von Watter

seine Konsequenzen. So ist auffällig, dass in den kommenden Monaten das Freikorps Pfeffer zwar häufig unmittelbar an der Front stationiert war, jedoch kaum Zeugnisse von Kampfhandlungen vorliegen. Nach den Erfahrungen von Münster sollte fortan die Schonung von Mann und Ressourcen eines seiner obersten Prinzipien werden. Nur ein militärisch intaktes und einsatzfähiges Freikorps stellte, auch ganz persönlich für dessen Führer, eine militärische wie politische Potenz dar. Eine Abnutzung und Zermürbung des Korps auf Nebenkriegsschauplätzen musste demnach vermieden werden. War jedoch ein aktives Vorgehen erforderlich, waren unbedingte Entschlossenheit, Radikalität und Brutalität die Prämissen, nach denen er sein Freikorps künftig führen sollte.

Zu den äußeren Schwierigkeiten mit dem GSR gesellte sich bald auch eine innere Krise des Freikorps. Dem Zeitgeist war es geschuldet, dass Pfeffer auch bei seinem Freikorps einen »Vertrauensrat[es] der Freiwilligen« hatte wählen lassen müssen.[66] Selbst wenn dies, wie Pfeffer später angab, nur »pro forma«[67] geschah, war ein solches System zugleich doch Einfallstor für die Interessen des GSR.[68] Noch vor Ende Januar zeigte sich die inhomogene Struktur des Freikorps. Pfeffer hatte bei Eintritt in das Korps von den Freiwilligen eine Kaution in Form von Lohnabzug in den ersten Wochen verlangt. Sein Ziel war es, damit die Fluktuation einzudämmen und seine Einheit vor Verlust von Ausrüstungsmaterialien zu schützen.[69] Am 29. Januar protestierte ein Teil des Korps, die 2. MG-Kompanie (M. G.K.), gegen diese Regelung. Ob die Aufwiegelung tatsächlich, wie Pfeffer vermutete,[70] durch den Bezirkssoldatenrat geschah, muss ungeklärt bleiben.[71] Unabhängig davon stellten die Männer ihrem Führer ein Ultimatum von 90 Minuten, in dem sie die Rückzahlung der einbehaltenen Gelder forderten, oder sich sonst als gekündigt ansähen.[72] Gleichzeitig besetzte die voll bewaffnete Kompanie Fahrzeuge, Küche und

bereits am 6. Februar entmachtet worden. Später behauptete Pfeffer, er wäre persönlich für das Ende des GSR in Münster mitverantwortlich gewesen. Dies ist jedoch nachweislich falsch. Pfeffer: Die Bewegung, Bl. 10 f.

66 Pfeffer warb auch mit diesem für einen Beitritt zum Korps. Salomon: Freikorpskämpfer, S. 85.

67 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 16.

68 So gab denn auch ein »Vertrauensrat« des Freikorps bei einer Befragung durch den GSR zu Protokoll: »Ich möchte darauf hinweisen, dass wir nicht Korps Pfeffer, sondern Freiwilligen-Bataillon Münster sind. Wir kämpfen für keine Parteipolitik, sondern zum Schutze der Ostmark. Wir stellen uns zur vollen Verfügung des G-S-R …« Protokoll über die Sitzung des GSR VII. A. K. vom 10. Januar, in: Schulte: Chronik 1919, S. 91.

69 Vgl. die Rechtfertigungen Pfeffers in: Antrag des Bezirks-Soldatenrates auf Enthebung des Hauptmanns von Pfeffer, Protokoll vom 5. Februar 1919. StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, S. 9 ff.

70 Ebenda, Manuskript Pfeffers, S. 16.

71 Wahrscheinlicher findet sich die Ursache wohl in der freikorpstypischen sozialen Zusammensetzung der Truppe. Vgl. ebenda, S. 100 f. Vgl. auch FN 2/136.

72 Antrag des Bezirks-Soldatenrates auf Enthebung des Hauptmanns von Pfeffer, Protokoll vom 5. Februar 1919, in StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, S. 9 ff.

Reviere des Korps. Der Bezirkssoldatenrat versuchte, angesichts der vorausgegangenen Vorfälle sicher nicht im Sinne Pfeffers, zu vermitteln. Es kam zur Eskalation. Pfeffer ließ von den verbliebenen sieben loyalen Kompanien die 2. M. G.K. gewaltsam entwaffnen. Später schilderte er das Szenario wie folgt:

> »… gleichzeitig musste ich die M. G.K., an deren Verschanzung ich bereits einen großen taktischen Mangel erkannt habe, durch einen überraschenden Bajonettangriff auf das schärfste unterdrücken […] und ihre gute Hälfte als warnendes Exempel halbnackt ›nach Einbehaltung aller Dienstgegenstände‹ in Stadt-abgewandter Richtung in den Januar hinausjagen; und dann erst den Regierungsvertreter ›frei und unbehindert‹ zu seiner M. G.K. lassen, wo er nun ja die Früchte seiner Betreuung und heimlichen Versprechungen besehen und den Dank persönlich in Empfang nehmen mochte.«[73]

Aufgrund dieses Vorfalls beantragte der Vorsitzende des Bezirkssoldatenrats, Arthur Gruber, beim GSR die Entlassung Pfeffers.[74] Die entsprechenden Akten liefern einen seltenen Einblick in die Kräfteverhältnisse um die Gründung eines Freikorps.[75] Pfeffer wurde »autokratisches und selbstherrliches Auftreten« vorgeworfen, er sei zudem »moralisch nicht geeignet«, ein Freikorps zu führen und stehe »nicht auf dem Boden der jetzigen Regierung«, so die Begründung.[76] Nach Abschluss der Bewaffnung der Korps war aber Pfeffers Machtposition inzwischen zu stark. Zunächst weigerte er sich ganz, an der Anhörung teilzunehmen und schob eine angebliche Krankheit vor.[77] Erst nach Watters Zusage, den Vorsitz zu führen, ließ er sich überzeugen. Aufgrund der »Erkrankung« fand die Anhörung in Pfeffers Quartier im Haus Spital statt, wo, wie Pfeffer später klarstellte, »eine Abteilung mit Bajonett und Handgranaten [die] unterstrich, bei wem hier nötigenfalls die Ultima Ratio«[78] lag.

Das Ergebnis der Anhörung vom 5. Februar zeigt sodann deutlich, wie sich das machtpolitische Gefüge bis dato verändert hatte. Durch die Armeeverordnung vom 19. Januar, die nahezu sämtliche militärischen Kompetenzen dem jeweiligen Generalkommando zugesprochen hatte, war die Macht der

73 Ebenda, Manuskript Pfeffers, S. 16 f.

74 Grubers Bericht ist leider nur noch fragmentarisch überliefert. Vgl. Protokoll der Sitzung des Bezirkssoldatenrats vom 3. Januar 1919, in: Schulte: Chronik 1919, S. 226 sowie Anhang an den Antrag des Bezirks-Soldatenrates auf Enthebung des Hauptmanns von Pfeffer, Protokoll vom 6. Februar 1919. StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, S. 1.

75 Die Tagesordnung des GSR im Vorfeld der Sitzung zur Anhörung Pfeffers zeigt ebenso exemplarisch die Schwerfälligkeit, verzerrte Wahrnehmung und machtpolitische Überforderung der Räte. So sah die Tagesordnung hier zunächst eine ausführliche Diskussion über die Herausgabe einer Zeitschrift durch den GSR vor. Erst anschließend danach sollte über Problematik um Pfeffer und den Grenzschutz Ost beraten werden. StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 84 ff.

76 Ebenda, Antrag des Bezirks-Soldatenrates auf Enthebung des Hauptmanns von Pfeffer, Protokoll vom 5. Februar 1919. S. 21 f.

77 Ebenda, S. 1 f.

78 Ebenda; Manuskript Pfeffers, S. 19.

Räte massiv eingeschränkt worden.[79] Watter, der selbst mit diesen in schweren Kompetenzstreitigkeiten lag,[80] sah keinen Entlassungsgrund. Pfeffer wurde freigesprochen. Der inzwischen um seinen eigenen Schutz besorgte Soldatenrat[81] hatte keinerlei machtpolitische Handhabe. Der letzte Versuch des Soldatenrates, die Bildung von Pfeffers Freikorps, zu verhindern war gescheitert.

Trotz des Sieges Pfeffers zeigt die Kontroverse um die Kautionsfrage exemplarisch eine der zentralen Schwierigkeiten, die die Formierung eines Freikorps mit sich brachte. Das Prinzip der Freiwilligkeit im Zusammenspiel mit der häufig vorherrschenden materiellen Not führte bei allen Freikorps zu dem Problem der Fluktuation durch Desertation.[82] Nicht selten waren die oft sehr jungen Freiwilligen auch den psychischen Anforderungen jener Männergemeinschaft mit demonstrativ zur Schau gestellten rauen Umgangsformen und Ritualen sowie der latenten Gewaltbereitschaft auch im Inneren, etwa durch interne Maßregelungen und Disziplinierungsmaßnahmen, nicht gewachsen.[83] Hinzu kam die Vielzahl an paramilitärischen Einrichtungen wie Freikorps, Heimwehren oder anderen Formationen, die um potenzielle Freiwillige warben.[84] So war es mehr die Regel als die Ausnahme, dass ein Soldat zwischen

79 Ritter: Die deutsche Revolution, Dok. IX 1a, S. 200 f., Vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer vom 19. Januar 1919.

80 Vgl. Schulte: Chronik 1919, S. 312 ff.

81 Ebenda, S. 146 ff.

82 Schulz: Freikorps im Industrie-Gebiet, S. 10. Die Fluktuation griff so weit um sich, dass Jahre später Männer oft nicht mehr wussten, bei welchen Freikorps sie eigentlich gedient hatten. Vgl. BA-MA: MSg 3/4218, »Feldpostbriefe für Freikorpskämpfer«, Nr. 2 (1) Oktober 1942, S. 6. Vgl. auch Schaubild bei Korzetz: Freikorps, S. 44 und 121 ff.

83 Vgl. Schulz: Freikorps im Industrie-Gebiet, S. 9 f. oder auch Hartmut Plaas: Das Kapp-Unternehmen, in: Ernst Jünger (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 164-189, S. 164.

84 Die genaue Anzahl der Freikorps wird in der Literatur und Forschung sehr uneinheitlich angegeben. Als Hauptgründe sind der oft geringe Grad der Verschriftlichung bei einzelnen, oft kleineren Einheiten sowie die häufig vorkommende massive Fluktuation derselben zu nennen. Viele Einheiten verschwanden ebenso schnell wie sie entstanden waren, schlossen sich größeren Einheiten an oder gründeten sich unter anderem Namen neu. Zudem ist die typologische Zuordnung der paramilitärischen Verbände schwierig und damit in der Literatur uneinheitlich. So geht Wehler von zwischenzeitlich 365 Freikorps mit etwa 400.000 Mann aus (Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2008, S. 385). Thoms und Pochanke kommen zusammen mit Einwohnerwehren auf die Zahl von 679 (Thoms: Handbuch zur Geschichte der Freikorps, S. 62), Korzetz geht von etwa 150 bis 200 Formationen mit 210.000 bis 220.000 Mann aus (Korzetz: Freikorps, S. 45 ff.), Gordon nennt die Zahl 144 (Gordon: Reichswehr, S. 414 ff.), Jones geht von 163 Einheiten aus (Nigel Jones: Hitler's heralds, London 1987, S. 249 ff.), Schulze von 120 Freikorps (Schulze: Freikorps und Republik, S. 36), Hartung, der alle Freiwilligenverbände summiert, spricht sogar von über 2.000 (Hartung: Deutsche Freikorps, S. 3). Zeitgenössisch ging das Reichsarchiv von 68 anerkannten Freikorps aus.

1918 und 1923 oft in drei oder mehr Verbänden diente.[85] Um dem entgegenzuwirken, erkannte Pfeffer schnell die Notwendigkeit der Identitätsstiftung. Dies begann bereits beim Emblem des Freikorps. Am 13. Januar hieß es dazu in einer Werbeanzeige: Das Korps »trägt die alten westfälischen Landesfarben schwarz-weiß-rot auf den Achselklappen und am linken Unterarm in der Art des Scharfschützenabzeichens in silbernem Kranze das springende Westfalenross«.[86] Mit der Wahl des westfälischen Pferdes auf schwarzem Grund,[87] dem Symbol, das auch das VII. Armee-Korps und der Wehrkreis IV in ihren Abzeichen trugen,[88] konstruierte Pfeffer erneut eine identitätsstiftende Kontinuität, die zugleich die Seriosität des neuen Korps unterstreichen sollte. Der Werbesatz »Westfalen, die nicht einzeln in ungewisse Verhältnisse ziehen und auch in der Fremde unter Landsleuten sein wollen, schließen sich zum Westf. Freiw.-Btl. ›Münster‹ zusammen« verdeutlicht die integrative Intention einer solchen landsmannschaftlichen Symbolik weiter.[89] Als Kragenabzeichen wählte Pfeffer das Eichenlaub.[90]

Innerhalb des Freikorps veranlasste Pfeffer den Aufbau einer Musikkapelle.[91] Bereits im Weltkrieg hatten Offiziere beim IR 193, in dem Pfeffer zeitweilig gedient hatte, ein Prozent ihres Soldes zum Aufbau einer regimentseigenen Musikkapelle gespendet.[92] Die Kapelle hob die Moral der Truppe.[93] Wenn das Freikorps durch kleinere Ortschaften marschierte – dies kam weit häufiger vor als Gefechtseinsätze –, spielte die Kapelle auf. Gerade in ausgeprägt ländlichen

(Die oberschlesischen Freikorps wurden nie anerkannt), vgl. BArch-MA: RH 18/725; Ernst von Salomon spricht von etwa 85 Freikorps, Salomon: Nahe Geschichte, S. 96; Schmidt-Pauli erwähnt 255 Freiwilligenformationen, von denen er 91 als Freikorps identifiziert, Schmidt-Pauli: Geschichte der Freikorps, S. 365 ff.

85 Der im Baltikum kommandierende General des VI. Reservekorps, Rüdiger von der Goltz, beschrieb dieses Phänomen wie folgt: »Die Freiwilligen kamen und gingen, der lange bleibende feste Kern war nicht zahlreich genug. Viele kamen aus Idealismus für die große Sache heraus, vielleicht 25 %, andere aus Not, waren aber brauchbare Leute, andere waren Abenteurer, andere gehörten schlechthin zur Klasse der Arbeitsunlustigen, die sich draußen ›gesund machen‹ wollten, andere waren von Unabhängigen und Spartakus herausgesandt, um die Truppe zu verderben.« Goltz: Sendung, S. 213.

86 Nach: Schulte: Chronik 1919, S. 115.

87 Abzeichen abgedruckt in: BA-MA: MSg 3/747-350, November 1936 (7) Folge 11, S. 13.

88 Hartung: Deutsche Freikorps, S. 74. Vgl. auch Ingo Haarcke: Die Uniformen des Friedensheeres, der vorläufigen Reichswehr und des Reichsheeres von 1919 bis 1921, Hamburg 1983, S. 47 ff. Auch in der Traditionspflege lehnten sich die Korps, sofern es opportun war, häufig an jene landsmannschaftlichen Besonderheiten oder an die Muttereinheit an. Vgl. Schulz: Freikorps im Industrie-Gebiet, S. 7.

89 Vgl. Franz Nord: Der Krieg im Baltikum, in: Ernst Jünger (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 63-97, S. 71. Die Symbolik der Republik war verpönt. Salomon: Freikorpskämpfer, S. 85.

90 Abbildung in Hartung: Deutsche Freikorps, S. 151.

91 Oertzen: Die deutschen Freikorps, S. 361; Müller-Loebnitz: Ehrenbuch, S. 71.

92 Limburg: IR 193, S. 51.

93 Müller-Loebnitz: Ehrenbuch, S. 71.

Regionen, etwa im Münsterland, aber auch auf den späteren Stationen des Freikorps in Nordbaden oder in Mitteldeutschland, in denen die Menschen nicht durch das Kaiserheer an Paraden und Aufmärsche gewöhnt waren, sorgte das zur Musik marschierende Freikorps von Pfeffer für außerordentliches Aufsehen[94] – Muster, die nicht zufällig als Prägungen in Pfeffers Kindheit,[95] wie auch später bei Pfeffers SA anzutreffen sind. Zudem hatte es für den Zusammenhalt der Truppe sicher eine motivierende Wirkung, wenn Jungen und Familien aus dem betreffenden Dorf herbeiströmten, um den Durchzug der Einheiten zu bestaunen.[96] Hinzu kam die Dichtung eines eigenen Freikorpsliedes durch ein Mitglied des Korps, das ebenfalls den Zusammenhalt der Truppe weiter festigen sollte.[97]

Nach dem Ende der Auseinandersetzung mit dem GSR wurde das Korps auf den Truppenübungsplatz Sennelager verlegt. Der GSR gestand dies inzwischen dem Korps gerne zu; war doch anzunehmen, dass sich mit dem Abmarsch des inzwischen wohl deutlich über 1.000 Mann starken Korps die Machtverhältnisse in Münster zu Gunsten des GSR verbessern würden.[98] Anfang Februar verließ Pfeffer mit seinem Korps die Stadt.[99]

94 Salomon: Die Geächteten, S. 37.

95 Vgl. Kapitel 1.1.

96 Vgl. Korzetz: Freikorps, S. 35.

97 StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 1, Bl. 448. Als Melodie diente das Volkslied »Ich bin ein fahrender Gesell«: »Sind ein lustig fahrend' Volk, ziehn durch alle Gauen, sind den Mägdlein lieb und hold, doch dem Feind ein Grauen. Küssen oft die ganze Nacht bis morgens früh um neune, Wenn die Sonn' am Himmel lacht, mach'n wir uns auf die Beine. Refr.: Wir sind vom Pfeffers Korps, ein Volk der roten Erd', ›Die Freiheit hoch!‹ ist unser Sinn. Drum immer lustig vor, Für die Heimat lieb und wert kämpfen wir. Ziehen wir dem Feinde nach früh im Morgengrauen, Kaum ist dann die Sonn' erwacht, hab'n wir'n schon verhauen. Alles jauchzt dem Sieger zu, Mägdlein, holde Frauen; Unser Hauptmann gibt uns Ruh, uns höflich zu erbauen. (Ref.) Bald sind wir im fernen Süd, bald in Deutschlands Osten, Ziehen auch noch weiter mit auf des Reiches Kosten. Kämpfen gegen Spartakist und auch gegen Polen, wer uns gleich der Nächste ist, soll der Teufel holen. (Ref.) Wenn wir dann nach manchem Strauß ziehn in heim'sche Gauen. Winken uns aus jedem Haus Mädlein, liebe Frauen. Keinen gibt's der leer ausgeht, find ein trautes Plätzchen, Selbst dem Hauptmann wünschen stets wir ein liebes Plätzchen.« BA-MA: MSg 3/747-350, Dezember 1937 (8) Folge 12, S. 14.

98 So bestand das Korps am 7. Februar nach amtlichen Berichten aus »3 Inf. Komp. mit 582 Offizieren; 2 M-G Komp. 199 Off[izieren]; 1 Feldkanonen Batterie und 1 schweren Haubitzenzug 221 Offiziere; 1 Eskadron 87 Offiziere 1 Bataillon Personen und 1 Panzerkraftwagen.« Zit. nach Schulte: Chronik 1919, S. 247. Der erwähnte Panzerkraftwagen wurde von Pfeffer unmittelbar nach seinem Rückzug nach Kinderhaus von Regierungstruppen erbeutet. Pfeffer dazu: »ein schöner, sehr schneller englischer Austin-Panzerwagen mit je zwei drehbaren MG-Panzertürmen fiel in unsere Hand und bildete von da ab eine Zierde des Freikorps; er war für jene Zeiten ein Wunderwerk.« StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 8.

99 Das Korps war inzwischen auch durch sein martialisches Verhalten und den leichtfertigen Umgang mit der Waffe für Teile der politisch neutralen Bevölkerung zu einer Last geworden. Ebenda, Chronik, Bd. 1, Bl. 367.

Das Verhalten des im Sennelager stationierten Landsturmbataillons zeigt die anarchistischen militärischen Verhältnisse einmal mehr exemplarisch auf. Dieses sah sich als revolutionär und doch gleichzeitig als Regierungstruppe. Den Anordnungen der Räte, das Sennelager an Pfeffer zu übergeben, leistete man jedoch nicht Folge. Auch die angeordnete Demobilisierung des eigenen Bataillons lehnte man ab.[100] Ohne dass Verhandlungen dokumentiert wären, ließ Pfeffer in der Nacht des 7. Februar militärisch gegen das Landsturmbataillon vorgehen. Die sozialistische Geschichtsschreibung schildert die Abläufe: »Am 7. Februar überfiel Hauptmann Pfeffer nachts ein Landsturmbataillon im Sennelager, ließ die unbekleideten Leute mit Kolbenstößen und Reitpeitschenhieben in eine Baracke zusammentreiben und das Lager aller Lebensmittel berauben; selbst die Kleider der Überfallenen wurden gestohlen.«[101] Und ein Leutnant der Reserve aus dem Freikorps schrieb zwei Tage darauf aus dem Sennelager:

> »Im Sennelager war ein ›Wachbataillon‹, ein übles Bolschewiki-Pack, das der Herd aller Unruhen war. Diese wollten in der Nacht vom 7. auf den 8.2. einen Putsch auf uns machen mit der Unterstützung anderer Spataziden [sic!], die nachts um 2 Uhr aus Bielefeld, Hagen etc. kommen sollten. Wir hatten Lunte gerochen und kamen ihnen zuvor. […] Es war sehr schön, sehr erfolgreich und sehr spaßhaft. Schießen hatte ich nur für den äußersten Notfall gestattet. Soviel Prügel habe ich in meinem Leben noch nicht austeilen sehen wie an dem Abend. Ein Spatakide [sic!], der auf einen meiner Unteroffiziere schoss, bekam eines mit dem Kolben über den Schädel, dass der Kolben abbrach. Merkwürdigerweise lebt der Kerl noch. Meine Reitpeitsche, die von Stellingen den Stempel ›gut‹ trägt, hat einen leichten Knick, weil mir ein Kerl sein Gewehr nicht geben wollte, kurz: Ach, was war das eine schöne, rührende Familienszene.«[102]

Der Brief zeigt die Radikalität und die ungezügelte Gewaltbereitschaft des Korps, die besonders für die späteren Baltikumfreikorps typisch sein sollten. An Pfeffers eigener Aussage lässt sich die Gewohnheitsmäßigkeit dieser Gewalt nicht minder deutlich ablesen:

100 Zu den revolutionären Ereignissen rund um den Truppenübungsplatz Sennelager vgl. Uwe Piesczek (Hrsg.): Truppenübungsplatz Senne. Zeitzeuge einer hundertjährigen Militärgeschichte; Chronik, Bilder, Dokumente, Paderborn² 1992, S. 146 ff. Das Freikorps findet hier jedoch keine Erwähnung.

101 Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 320. Ernst von Salomon schrieb hierzu lediglich: »Hauptmann von Pfeffer löst ein revoltierendes Landsturmbataillon im Sennelager auf.« Salomon: Freikorpskämpfer, S. 17.

102 Zit. nach Schulte: Chronik 1919, S. 362. Dass solche Szenen kein Einzelfall waren, zeigt sich an tausendfachen zeitgenössischen Beispielen. So schreibt etwa auch Helmut Plaas, ein Mitglied der Brigade Ehrhardt: »Die Vorstellung ›vollgefressene Schieber‹ und Schmarotzer zusammenzutreiben und womöglich öffentlich an die Laternenpfähle zu hängen, war den Freikorpsleuten ein Lieblingstraum.« Plaas: Das Kapp-Unternehmen, S. 174.

»… schließlich forcierte ich noch die Übergabe des großen Truppenübungsplatzes Sennelager bei Paderborn ›zur Fertig-Formierung‹, den wir dann in nächtlichem Überfall von allen Regierungstruppen säuberten, Aktionen, die nun schon etwas schärfer und kriegerischer verliefen und sich schließlich auf ein Lager von mehreren tausend bewaffneten Russen (ehem. Kriegsgefangene) und auf die Kasernen und Barackenlager der Garnisonstadt Neuhaus ausdehnten.«[103]

Militärisch war die Aktion ein Erfolg. Der Heeresübungsplatz war in der Hand des Generalkommandos und konnte fortan erneut als wichtigstes militärisches Ausbildungs- und Nachschublager für das Ruhrgebiet fungieren.[104] Bis zu seiner Verlegung am 3. März nach Mannheim bezog das Korps hier Quartier. Dass nach Pfeffers Abmarsch in Westfalen der Generalstab des VII. Armeekorps neuerlich die Anwerbung von Freiwilligen forcierte,[105] ist ein Indiz dafür, wie sehr jene radikal-militanten Kräfte allein durch ihre Präsenz für die Aufrechterhaltung einer gewissen obrigkeitlichen Ordnung vor Ort sorgten. Deutlich wird zudem, dass die im Januar gegründeten Freikorps die radikalsten und gewalterfahrensten Elemente absorbiert hatten.

Die Ermordung Kurt Eisners in München am 21. Februar hatte reichsweite Folgen. Anlässlich der tags darauf stattfindenden Gedenkfeiern, an denen auch im badischen Mannheim zwischen 10.000 und 40.000 Menschen teilnahmen, wurde von dem Spartakisten Albert Stolzenburg in einer kuriosen Aktion die Räterepublik ausgerufen.[106] In den Mannheimer Straßen herrschten Chaos und Aufruhr. Zeitungen wurden besetzt, das Militärgefängnis gestürmt, es kam zu Plünderungen.[107] Nur drei Tage später distanzierten sich SPD, USPD und auch die KPD von dieser fragwürdigen Konstituierung.[108] Dennoch sah sich die vorläufige Volksregierung am 23. Februar nicht mehr imstande, Herr der Lage zu werden und verhängte den Ausnahmezustand über ganz Baden.[109]

103 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 12.

104 Vgl. Ernst von Salomon: Hexenkessel Deutschland, in: Ernst Jünger (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 13–38, S. 37.

105 BArch-MA: RH 53-6/21, Bl. o. Nr. VII A. K. Generalkommando an Stadt Paderborn vom 4. März 1919. »Zweck der Einwohnerwehren ist, die öffentliche Sicherheit im eigenen Wohnbezirk zu gewährleisten und Polizei und Regierungstruppen in ihrer schweren Aufgabe – Kampf gegen Diebstahl, Plünderungen und Aufruhr – zu unterstützen«, nach ebenda, Bl. o. Nr. Reichswehrministerium vom 25. April 1919.

106 Peter Brandt: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden, Düsseldorf 1980, Dok. 30, S. 313 f. »Aufruf des ›Revolutionären Arbeiterrates‹ Mannheim vom 23. Februar 1919«.

107 General-Anzeiger vom 25. Februar 1919. »Zu den Vorgängen in Mannheim«, vgl. auch Friedrich Walter: Schicksal einer deutschen Stadt. Geschichte Mannheims 1907-1945, Bd. 2: 1907-1924, Frankfurt a. M. 1949, S. 334 und 459.

108 General-Anzeiger vom 25. Februar 1919: »Die Vereinbarung«.

109 General-Anzeiger vom 24. Februar 1919: »Die Vorgänge am Samstag und Sonntag«, vgl. auch Brandt: Räte in Baden, Dok. 29, S. 307 ff. »Stellungnahme der Landeszentrale zu den Vorgängen in Mannheim am 22. und 23. Februar 1919«.

Da sich die Verhandlungen der Regierung mit den Aufständischen hinzogen, forderte man beim Kriegsministerium in Berlin Reichstruppen an.

Exemplarisch war was nun folgte: Man befahl Pfeffer, dessen Korps den wohl größten einigermaßen zuverlässigen Machtfaktor in Reichweite darstellte, nach Mannheim, um die Interessen der regulären Reichsregierung durchzusetzen. Dieser erklärte sich zwar generell bereit zum Einsatz, stellte jedoch Bedingungen. So forderte er von der Reichsregierung »1000 Mäntel, 150 Pferde, Benzol und Gummi, reichliche Marketenderwaren, 3 Mark Tageszulage […], Genehmigung zu Werbungen«.[110] Für die Zwangslage der Regierung ist bezeichnend, dass man auf die Forderungen einging. Noske selbst übernahm die Vermittlung.[111]

Am 3. März wurde das Freikorps von Pfeffer mit fünf Sonderzügen nach Mannheim verladen.[112] Das Einrücken in Mannheim am 6. und 7. März wurde jedoch, um damit die Stimmung nicht noch weiter anzuheizen, dem 2. Badischen Freiwilligen Bataillon überlassen.[113] Erst darauf folgte der Einmarsch des wesentlich größeren Freikorps von Pfeffer. Obwohl Pfeffers Korps in Mannheim nicht unmittelbar in Kampfhandlungen verwickelt war, verlief der Einsatz nicht ohne radikale Begleiterscheinungen. Bereits im Vorfeld war es in den ländlichen Gebieten in der Region Mannheim/Heidelberg zwischen dem Korps und Einheimischen zu Scharmützeln gekommen. Ob es sich bei den Kombattanten tatsächlich ausschließlich um radikale Arbeiter handelte, wie Pfeffer berichtete, ist zu bezweifeln. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, dass das Korps häufig schlicht willkürlich gewaltbereit handelte. Anlass dazu gibt die Pfeffer'sche Familienüberlieferung. Nach Einmarsch und Festsetzung der separatistischen Regierung wurde auch das revolutionäre Parlament aufgelöst. Pfeffer berichtete seiner Familie später den Ablauf seines Handelns. So ließ er ein Geschütz auf das Pförtnerhaus des Stadtparlaments richten und abfeuern, was die ob der Radikalität Pfeffers überraschten Parlamentarier zur überstürzten Flucht aus dem Gebäude veranlasste. Kurzerhand wurden die Flüchtenden gefangen genommen und mit zuvor eigenmächtig konfiszierten Möbelwagen abtransportiert.[114]

Bei der Suche nach den politischen Führern der Mannheimer Räterepublik zeigte sich die Verbindung zwischen Gewaltbereitschaft, politischer Radikalität und dem spontanen »Pragmatismus« der Korps noch deutlicher. So berichtete Pfeffer später seinem Sohn folgende Szenerie: Da man in Mannheim die ge-

110 StdAM: D Nr. 2, Bl. 425, Bericht Pfeffers vom 27. März 1919.

111 Ebenda, Bl. 425, Bericht Pfeffers vom 27. März 1919.

112 In Münster dürfte es durchaus auch positive Stimmen zum Abzug des Freikorps gegeben haben. Durch die mangelnden Kontrollmöglichkeiten und die rauen Umgangsformen waren die Korps nach längerem Aufenthalt an einem Ort unter der Bevölkerung oft wenig beliebt. Vgl. BArch-MA: PH 2/286, Bl. 4. Schreiben des Kriegsministeriums vom 1. August 1919.

113 Brandt: Räte in Baden, S. CVI.

114 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

samte Stadtverwaltung, die sich fast in Gänze mit der Räterepublik arrangiert hatte, nicht habe erschießen können, fingen die Korps unmittelbar nach der Einnahme der Stadt an, die mutmaßlich Verantwortlichen zu separieren. An langwierigen Befragungen oder Einsicht in Dokumente und Akten hatte man kein Interesse. Für diejenigen, die aber eine Armbanduhr trugen, nahm man an, dass sie als »bessere Leut« eine maßgebliche Position in der separatistischen Bewegung Mannheims innehatten. Während man die vermeintlichen Anführer hart bestrafte, ließ man die anderen gehen.[115] Rechenschaft für die Opfer, Tumulte und anarchischen Zustände war man niemandem schuldig. Retrospektiv nannte Pfeffer die Beorderung des Freikorps nach Mannheim einen Glücksfall. So hätte der Termin des Einrückens in Mannheim am 7. März vorzüglich gepasst, um am Abend des 8. März auf der Stiftungsfeier seiner Studentenverbindung im nahen Heidelberg teilzunehmen.[116]

Von Mannheim wurde das Freikorps schließlich ab dem 10. März über Würzburg und Konitz ins westpreußische Schlochau verlegt. »In der Räterepublik Bayern entstanden auf dem Bahnhof Würzburg bei einigen Transporten durch rote Matrosen-Truppen Schwierigkeiten, die aber durch die auf allen Zügen feuerbereiten M. G.-Wachen mit wenigen Schüssen behoben wurden.«[117] Per Schiff erfolgte Anfang April die Verlegung ins Baltikum.

2.2.2 Exkurs: Zum Funktionieren eines Freikorps – Motive, Sozialstruktur, Führung

> »Es kommen viele Klagen. Es sind eben Landsknechte wie im Dreißigjährigen Krieg!«[118]

Was veranlasste zwischen Jahresbeginn und Sommer 1919 über 200.000 Mann sich in Freiwilligen-Einheiten zu organisieren,[119] die weder in ihrer politischen Ausrichtung verlässlich, noch in ihrer Zielsetzung konkret waren? Betrachtet man die Umstände genauer, ergibt sich ein ganzes Konglomerat an Motiven. Schon zeitgenössisch stand der Befund von individueller Enttäuschung, Perspektivlosigkeit, sozialen und ökonomischen Abstiegsängsten sowie die Suche nach monetären Vorteilen einem diffusen politischen Idealismus und einer fast banal wirkenden Abenteuerlust vieler Beteiligter gegenüber.[120] Zweifellos profitierten die Freiwilligenverbände von den ökonomischen Problemen der

115 Ebenda.
116 Archiv des Corps Vandalo-Guestphalia. Anwesend war auch sein Bruder Friedrich.
117 StdAM: D Nr. 2, Bl. 426, Bericht des Freikorps, 27. März 1919.
118 Wilhelm Groener zit. nach Phelps: Groener-Dokumente, S. 834.
119 Vgl. FN 2/84. Die Freiwilligenwerbung der Freikorps war derart erfolgreich, dass später sogar die Reichswehr auf die Methoden der Freikorps bei der Freiwilligenwerbung zurückgriff. Vgl. BArch-MA: RH 53-4/536, Bl. 17 ff.
120 Vgl. Guth: Loyalitätskonflikt, S. 162 f. Oder auch stark überzeichnet zeitgenössisch: Nord: Krieg im Baltikum, S. 96. Pfeffer war sich dessen sehr wohl bewusst. Vgl. FN 2/290.

jungen Republik.[121] Bedeutsamer war jedoch die psychische Entwurzelung vieler Beteiligter. Die nach dem Krieg aus ihren Einheiten entlassenen, physisch wie psychisch ausgezehrten Soldaten sahen in aller Deutlichkeit, dass die scheinbar ehernen Ziele, für die sie 1914 – oft freiwillig – in den Krieg gezogen waren, gescheitert waren. Im Reich herrschte das revolutionäre Chaos, außenpolitisch ließen die Alliierten in der Compiègne mit der Abkehr von den Wilson-Noten keinen Raum für Illusionen. Gleichzeitig war bei den Soldaten das Wertesystem des Kaiserreichs trotz der Desillusionierung im Krieg weitgehend konserviert geblieben. Zurück in der Heimat, die inzwischen zur Front geworden war, herrschte das Gefühl vor, auf sich selbst gestellt im »roten Chaos« verloren zu sein. »Ein schlagfertiges, festgefügtes Bataillon kommt überall durch!«[122] – das war eine der Formeln, die die Empfindungen der Zeitgenossen auf den Punkt trafen und die in Wechselwirkung mit der stattgefundenen »Vergesellschaftung der Gewalt«[123] dazu führten, dass die Abwehrreaktion auf die, das alte Weltbild zerstörende, Revolution in dem Nihilismus der Freikorps ihren Katalysator fand. Pfeffer selbst schrieb hierzu später: »Sie alle waren entschlossen, unser Spiel um Kopf und Kragen mitzumachen. Sie alle wollten auch das Leben der deutschen Frontgemeinschaft fortsetzen um jeden Preis, und nicht untertauchen in den ›zivilen‹ chaotischen Lebenskampf aller gegen alle.«[124]

Das Einschreiben bei einem Freikorps war die Flucht ins Emotionale, »Irreale«[125] und Irrationale als Gegenbewegung zum tristen Alltag mit seinen ökonomischen Zwängen und Demütigungen. Der Beitritt in ein Korps war zudem der Versuch, dem Bedeutungsverlust des Individuums entgegenzuwirken. Hinzu kam die terminologische Begleitung mit Begrifflichkeiten wie »Heimatschutz«, »Grenzschutz«, »Vaterlandsliebe«[126] sowie der soziale Aspekt.[127] In einer Broschüre des Freikorps Lützow hieß es für das Selbstverständnis der Korps beispielhaft und wenig bescheiden, dass es Ziel des Korps sei, »das am Boden liegende Deutschland von 1919 wieder auf[zu]richten und zu Macht und Ansehen zu bringen«.[128]

121 Die Linke warf den Korps vor, sie seien ausschließlich ein Auffangbecken für gescheiterte Existenzen, die sich nun ausschließlich um sicheres Auskommen und Verpflegung zu Dienst stellten. Vgl. »Freie Jugend« vom 15. Juli 1919 in: Schulze: Freikorps und Republik, S. 53 oder BArch-MA: RH 53-4/113, Denkschrift über die Entwicklung der Hetze gegen das Freikorps v. Aulock, Bl. 8. Dem wurde freilich heftig widersprochen. Salomon: Nahe Geschichte, S. 15.

122 Salomon: Freikorpskämpfer, S. 85.

123 Latzel: Soldaten, S. 129.

124 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 4 f.

125 Gustav Noske: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947, S. 122 f.

126 Vgl. Guth: Loyalitätskonflikt, S. 152 f.

127 Vgl. zeitgenössisch: Plaas: Das Kapp-Unternehmen, S. 171 f.

128 Vgl. BA-MA: RW 1/62, S. 51.

Eine konstruktive Staatsidee befand sich hinter dieser Fassade aus Soldatenromantik und verklärtem Pathos nicht.[129] Wenn man auch in Pfeffers Korps nach militärischer Tradition den Kaisergeburtstag am 27. Januar feierlich beging, lag die Ursache dafür mehr in der Abwehrhaltung sowohl gegen jede Art von bürgerlich-demokratisch-marktwirtschaftlicher Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsform als auch gegen die Revolution und ihre Träger. Die einstige Front- oder Schützengrabenkameradschaft wandelte sich zu einer Art Verteidigungskameradschaft gegen die neue Zeit. Im eigenen Selbstverständnis war man ein Ordnungsfaktor.[130]

Bei der sozialen Zusammensetzung der Korps dominierten zumeist ehemalige Soldaten, oft mit einem erheblichen Anteil von Unteroffizieren und Offizieren. Vertreter des Handwerks waren deutlich überrepräsentiert. Hinzu kam eine größere Gruppe von Angestellten. Besonders bemerkenswert war der hohe Anteil an Studenten[131] und zum Teil auch an Schülern.[132] Auf die akademische Jugend, jene, die noch zu jung für den Krieg waren und die sich mit dem scheinbar überraschenden Friedensschluss um die Bewährung an der Front betrogen fühlten, hatten die Freikorps eine unübersehbare Anziehungskraft.[133] Der Altersdurchschnitt der Freikorps lag deutlich unter 25 Jahren. Unterrepräsentiert blieb hingegen die Gruppe der gelernten Arbeiter.[134] Es waren damit hauptsächlich die Vertreter der Mittelschicht, die die Korps maßgeblich prägten.[135]

129 So kursierten zumeist höchstens heterogene und höchst vage Zielvorstellungen bezüglich eines künftigen Gesellschaftssystems. Das Gros der Freikorps strebte wohl, ungeachtet aller Extravaganzen und militärisch-elitären Attitüden, ein nationales, soziales und egalitäres Gesellschaftsmodell an. Koch: Der deutsche Bürgerkrieg, S. 57 f. Vgl. zum Pathos: BA-MA: MSg 3/4218, »Feldpostbriefe für Freikorpskämpfer«, Nr. 4 (1) Dezember 1942: »Weihnachten im Baltikum 1919 ›Grabenweihnacht‹« oder auch Salomon: Die Geächteten, S. 145. Gleichzeitig kursierten jedoch auch autoritär-hierarchische Gesellschaftsvorstellungen, ebenda, S. 102.

130 Korzetz: Freikorps, S. 54; Gabriele Krüger: Die Brigade Ehrhardt, Hamburg 1971, S. 104.

131 Vgl. Für Pfeffer FN 2/635.

132 Manche Universitäten mussten 1919 deshalb ganze Semester verkürzen oder ganz ausfallen lassen. Vgl. für das Freikorps von Pfeffer StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 1, Bl. 384. Vgl. auch BayHStA, IV: Kriegsarchiv: Bd. 51, Akt 1, S. 9 f., sowie allg. Günter Paulus: Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten der Novemberrevolution, in: ZfG 3 (1955), S. 685-704, S. 697.

133 Mit den Namen Heinrich Himmler, Rudolf Höß, Martin Bormann, Hans Frank und Reinhard Heydrich sollen nur einige Exponenten genannt sein. Vgl. hierzu Wildt: Generation des Unbedingten, S. 46 ff.

134 Selbst im »Vorwärts« wurde für einige Freikorps geworben. Vgl. Ritter: Die deutsche Revolution, Dok. 14, S. 195. »Werbung für die Freikorps im Zentralorgan der SPD«. Zur sozialen Zusammensetzung vgl. Koch: Der deutsche Bürgerkrieg, S. 60 ff. Vgl. auch zu den bayerischen Freikorps Korzetz: Freikorps, S. 115 f. Vgl. zur Auseinandersetzung der DDR-Historiographie mit diesem Befund, Paulus: Soziale Struktur, bes. S. 701 ff.

135 Schulze: Freikorps und Republik, S. 47 ff.

Signifikant war auch die hohe personelle Fluktuation. Zudem kamen auch Zeitgenossen nicht umhin festzustellen, dass auch kriminelle Elemente den Weg in die Korps fanden.[136] Mit dem Eintritt nahmen die Korpsmitglieder erhebliche persönliche Unsicherheiten in Kauf. So waren Einsatzorte,[137] Art und Weise der Kampfhandlungen und häufig auch die politische Zielsetzung, die maßgeblich von der Person des Führers abhing, dem einfachen Mitglied unbekannt. Besonders in urbanen Regionen hatte man mit massiven Anfeindungen zu rechnen.[138] Pfeffer schrieb später: »Wir hatten soeben 4 Jahre lang anderes gemacht, als Tag und Nacht den Kopf eingesetzt, und das neue Wagnis war dagegen eine fast selbstverständliche, kaum beachtliche Fortsetzung.«[139]

Das Freikorps stiftete jene emotionale Heimat und Sicherheit, die so viele seiner Mitglieder in der Republik nicht finden konnten oder wollten. Besonders die weltanschaulich radikalen Einheiten – etwa die »Baltikumer«[140] oder später die offiziell nicht als Freikorps anerkannten »Schlesier«[141]– entwickelten in der Abgrenzung zur politischen Realität der Nachkriegszeit ihren eigenen Korpsgeist. Das raue Männlichkeitsgebaren in Ton wie in Handlung gehörte hier ebenso dazu wie die weltanschauliche Homogenität in der gemeinsamen – oft instrumentalisierten[142] – Gegnerschaft gegenüber allem, was unter den Schlagworten Bolschewismus oder jüdisch zu subsumieren war.[143]

In fast allen Korps kursierten antisemitische Einstellungsmuster. Sie hatten ihren Ursprung zumeist schon in der Sozialisation der meisten Korpsmitglieder, hatten sich bereits im Krieg verschärft und brachen nun angesichts der kollektiven Gegnerschaft gegen die Revolution, offen aus und übersteigerten sich bald zu einem aggressiven rassistischen Antisemitismus.[144]

Bürgerliche Rechte und die Gesetze der Republik hatten in den Korps kaum Gültigkeit. Verletzte man nicht die originären Rechte des Freikorps selbst, bedurfte es keinerlei Rechtfertigung – man war unter seinesgleichen. Wenn man jedoch gegen die Elementarwerte der Korps verstieß – dies zeigt das Phänomen der Feme –, hatte dies besonders in der späteren Phase der Freikorps

136 Oertzen: Die deutschen Freikorps, S. 21 und 61 f.
137 Vgl. Kapitel 2.2.3.
138 Mahnken: Gegenstoß im Westen, S. 60.
139 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 3.
140 Der Ausdruck »Baltikumer«, der später zu einer Art Ehrenbezeichnung unter den Freikorps werden sollte, stammte ursprünglich in diffamierender Intention von deutschen Kommunisten. Schmidt-Pauli: Geschichte der Freikorps, S. 58.
141 Vgl. BA-MA: MSg 3/747-350, April 1942 (13) Folge 4, S. 3.
142 Korzetz: Freikorps, S. 127.
143 Vgl. Koch: Der deutsche Bürgerkrieg, S. 50.
144 Krüger: Die Brigade Ehrhardt, S. 85 ff.

schwerwiegendste Folgen.[145] Die Führer der Korps akzeptierten und förderten diese Selbstdisziplinierung innerhalb der Verbände.[146]

Die Tagespolitik war für die Freiwilligen sekundär. Stattdessen orientierte man sich an scheinbar dauerhaften, zumeist selbstdefinierten Maximen wie Ehre, Treue, Ordnung, Vaterlandsverteidigung und Abwehr des Bolschewismus. Die Einschätzung zur Tagespolitik, wie auch das eigene Verhältnis zur Staatsregierung, überließ man dem Freikorpsführer. Wie die Gründungsgeschichte des Freikorps Pfeffer exemplarisch zeigt, war der Korpsführer die Klammer, die das Korps mit seinen personalisierten Loyalitätsstrukturen zusammenhielt.[147] Die Loyalität ihm gegenüber basierte häufig aus gemeinsamen Weltkriegserfahrungen.[148] Weltanschaulich waren die Korpsführer fest in ihrer militärischen Sozialisation verankert und damit zumeist hochkonservativ-nationalistisch eingestellt. Politisch war man kaum geschult.[149]

Die Gefolgschaft der Freiwilligen basierte maßgeblich auf dem Charisma des Führers und seinen organisatorischen Fähigkeiten, auf der sich bereits im Krieg herausgebildeten[150] und später auf der im Zeitgeist von Weimar latent vorhan-

145 Der RKO schrieb dazu Jahre später im Zuge der Untersuchungen zu den Femefällen: »Bei den Kämpfen, die die Freikorps im Jahre 1919 im Reich gegen Spartakisten und Räteregierung sowie außerhalb der Reichsgrenzen im Baltikum führten, hatte sich bei ihnen eine Art eigene Gerichtsbarkeit herausgebildet, d. h. der Brauch, Verstöße gegen die Sicherheit der Truppe oder gegen die Disziplin selbst zu ahnden. […] Die Freikorps […] schufen sich ihr eigenes Recht. Infolge der nach dem Zusammenbruch eingetretenen Demoralisierung und infolge des vielfach recht zweifelhaften Menschenmaterials, aus dem sich die Freikorps zusammensetzten, war die Disziplin besonders schwer aufrecht zu erhalten; daraus erklärt sich, dass sich bei den Freikorps eine gewisse Überspannung des Führerprinzips herausstellte. Die Angehörigen des Freikorps waren meist nur auf den Führer des Freikorps verpflichtet und hatten lediglich diesen als oberste Autorität anzuerkennen. Die Freikorpsführer waren deshalb auch in disziplinärer und gerichtlicher Beziehung die höchste Instanz, der man innerhalb des Freikorps das Recht, über Tod und Leben zu entscheiden, zuerkannte.« BArch: R 1501/113508, Bl. 20 f., RKO an RMI vom 20. Februar 1926.

146 Schulz: Freikorps im Industrie-Gebiet, S. 9 f.

147 Vgl. Guth: Loyalitätskonflikt, S. 152 ff.

148 Schulte: Chronik 1919, S. 96. Ein sinnbildliches Beispiel für die Ableitung der Autorität des Freikorpsführers aus den Kriegserlebnissen gibt Walter von Medem, als er 1937 in Romanform über die Entstehung seines Freikorps im Januar/Februar 1919 berichtete. So schilderte er hier, dass, als ein Soldat sich mit »zu Befehl« bei ihm meldete, bei den anwesenden Bewerbern für das Freikorps Unruhe aufkam. »Prompt setzte ein Krach ein. Von der Seite: ›Befehl gibt's nicht mehr, Kadavergehorsam hat aufgehört!‹ Von der anderen Seite: ›haltet die Schnauze, das ist unser Hauptmann, den kennen wir vom Felde her.‹«, in: Walter von Medem: Stürmer von Riga. Die Geschichte eines Freikorps, Berlin und Leipzig 1937, S. 29. Vgl. auch Walter Leithäuser: Geschichte des Freikorps v. Aulock. Deutsche und polnische Ausgabe, o. O. 1967, S. 72.

149 Guth: Loyalitätskonflikt, S. 158; Schmidt: Heimatheer und Revolution, S. 276 f.

150 Vgl. BArch-MA: PHD 7/36, S. 25.

denen Führererwartung.[151] Da die Revolution diese nicht erfüllen konnte,[152] vertraute man sich im Mikrokosmos Freikorps einem regionalen Anführer an, den man zudem meist persönlich kannte: »Solange der Kommandeur bleibt, ist nichts verloren«, dieser Ausspruch war charakteristisch für die Einstellung und Abhängigkeit der Korpsmitglieder zu ihren Führern.[153] Gegenüber seinen Untergebenen hatte der Korpsführer, mehr noch als in der Ausnahmesituation des Stellungskrieges, fast patriarchische Pflichten.[154] Für Sold, Verpflegung und Material war er persönlich verantwortlich. Im Gegenzug wurde ihm dafür ein Handlungsspielraum zugestanden, der über die Kompetenzen eines kaiserlichen Offiziers weit hinausging.[155]

Für die Führer waren die Freikorps Garant für ihre persönliche Unabhängigkeit und ermöglichten ihnen zugleich auch als politische Potenz in Erscheinung zu treten.[156] Wie stark das Korps politisch Einfluss nahm, hing ausschließlich von der Entscheidung des Führers ab. Das Gros wies zwar (tages-)politische Absichten von sich,[157] wenn jedoch in einem Staat ohne echtes Gewaltmonopol ein Offizier über ein Freikorps in Regimentsstärke persönlich verfügte, stellte dies automatisch auch eine politische Potenz dar. Einmal in diesem Handlungsrahmen zurechtgefunden, hatte auch Pfeffer ab dem Sommer 1919 kein Interesse, sich den langsam konsolidierenden Institutionen der Republik unterzuordnen. Konflikte mit den sich etablierenden Staatsinstitutionen waren die zwangsläufige Folge.

Auch erhöhte das Freikorps das Sozialprestige seines Führers. Hatte der Offiziersrang durch die Revolution und die im Krieg notgedrungen inflationäre Beförderungspraxis massiv an gesellschaftlicher Reputation verloren, sorgte ein eigenes Freikorps gerade in konservativen Kreisen für besonderes Ansehen. Zusammenfassend lässt sich dementsprechend feststellen: Die Motive zur Gründung des Freikorps bestanden bei Pfeffer, wie bei vielen anderen Korpsführern,

151 Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962, S. 269.

152 So von der Goltz in: BArch-MA: N 714/11, Überhebliche Geschichtsfälschung vom 3. Januar 1927, S. 1.

153 Plaas: Das Kapp-Unternehmen, S. 169.

154 Vgl. Kapitel 1.3.1.

155 Vgl. zu Pfeffer: FN 2/179.

156 Hierauf gründete sich auch zum größten Teil die spätere Schwierigkeit freikorpsübergreifende Organisationen zu schaffen. Vgl. FN 2/513 und Kapitel 2.3.

157 So heißt es in einer Denkschrift zum Freikorps Aulock: »Im Freikorps ist niemals Politik getrieben worden: nur das Wohl des Vaterlandes stand Offizieren und Jägern vor Augen. Nur in diesem Geiste konnte eine Truppe erstehen, die mit eiserner Disziplin fest hinter ihrem Führer stand.« Und auch die Vertrauensräte Pfeffers ließen Mitte Januar noch verlauten: »Wir wollen mit politischen Sachen nichts zu tun haben.« BArch-MA: RH 53-4/113, Denkschrift über die Entwicklung der Hetze gegen das Freikorps von Aulock, Bl. 9; Protokoll über die Sitzung des GSR VII. A. K. vom 10. Januar in: Schulte: Chronik 1919, S. 92.

aus einem Konglomerat von Idealismus, sozialer Verantwortung gegenüber seinen Untergebenen, Egoismus und politischem Machtkalkül.[158]

Nach dem Tod seiner Mutter am 28. Januar 1919 war der 31-jährige Franz von Pfeffer nun ganz ohne familiäre Einschränkung oder Bindung. Die Freikorpsjahre waren für ihn eine Art »erwachsener Leutnantsjahre«, deren Prinzipien und Maximen er derart verinnerlichte, dass sie zeitlebens charakteristisch für ihn sein sollten.[159]

2.2.3 Baltikum

> »Niemand, der im Jahr 1919 an der Windau, an der Ua oder an der Düna den Rock des Soldaten trug, konnte sich dieser geheimnisvollen Macht, die fern, ganz fern aus dem Dreißigjährigen Krieg herüberzuwehen schien, ganz entziehen.«[160]

Nach dem Freiwilligenaufruf vom Januar[161] dauerte es nur rund einen Monat, bis die neu aufgestellten Truppen im Baltikum so verstärkt waren, dass die Front gegen die Rote Armee weitestgehend stabilisiert war.[162] Mit Zustimmung der Alliierten konnte General Rüdiger von der Goltz, der seit Anfang Februar die Stellung des Kommandierenden Generals des VI. Reservekorps, und damit den Oberbefehl über sämtliche Freikorps im Baltikum innehatte, in die Offensive gehen. Am 18. März gelang reichsdeutschen, deutschbaltischen zusammen mit lettischen Truppen der Regierung Ulmanis die Rückeroberung Mitaus. Bis April schoben sich die Truppen immer weiter an Riga heran.[163] Mit der erfolgreichen deutschen Offensive zerfiel aber auch der vorübergehende Interessenkonsens der ungleichen Koalition. Über der Frage einer möglichen militärischen Einnahme von Riga trat der Konflikt zwischen Deutschen und Balten auf der einen und Letten auf der anderen Seite erstmals offen zutage. Obgleich die lettische Bevölkerung einer Befreiung positiv gegenüberstand, war Regierungschef Ulmanis ob der militärischen Stärke der Freikorps besorgt.

158 Vgl. StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 1.
159 Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 220.
160 Balla: Landsknechte, S. 55.
161 BArch-MA: PH 3/13, Erlass des Ministerium des Inneren mit Lagebeurteilung im Osten und Vorschlägen über Schutzmaßnahmen vom 29. Januar 1919, Bl. 67 ff. Vgl. dazu die zunächst pessimistische Prognose aus Berlin. Ursachen und Folgen Bd. 3, Dok. Nr. 786, S. 545.
162 Vgl. zur Baltikumspolitik in und vor dem Weltkrieg auch Hans-Erich Volkmann: Die deutsche Baltikumspolitik zwischen Brest-Litovsk und Compiègne. Ein Beitrag zur »Kriegszieldiskussion«, Köln u. a. 1970, S. 7 ff.; Peter Grupp: Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918-1920. Zur Politik des Auswärtigen Amts vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags, Paderborn 1988, S. 112 ff.; Jobst Knigge: Kontinuität deutscher Kriegsziele im Baltikum. Deutsche Baltikum-Politik 1918/19 und das Kontinuitätsproblem, Hamburg 2003, S. 13 ff.
163 Reichskriegsministerium (Hrsg.): Nachkriegskämpfe, Bd. II, S. 39 ff.

Erneute Erfolge der reichsdeutschen und baltischen Truppen, so befürchtete er, würden zu einer weiteren Konsolidierung der deutschen Position im Baltikum führen. In Berlin forderte indes vor allem Groener eine eigenständige, interessensorientierte deutsche Politik im Baltikum und war aus politischen wie militärischen Gründen nicht bereit, sich in der Causa Riga zum Steigbügelhalter lettischer Interessen machen zu lassen.[164]

Seit der Ankunft von der Goltz' im Baltikum am 1. Februar waren auch vor Ort die Differenzen zwischen Deutschen, Balten und Letten immer offensichtlicher geworden.[165] Mitte Februar enttarnte die lettische Regierung eine baltendeutsche Gruppe um den livländischen Baron Heinrich von Stryk, deren Ziel die Ausrufung eines baltendeutschen Staates unter Anlehnung an ein zu restaurierendes zaristisches Russland war.[166] Da man Stryks nicht habhaft werden konnte[167], wurde ein deutscher Reserveleutnant und Quartiermeister namens Stock verhaftet, der nachweislich nichts mit der Verschwörung zu tun hatte.[168] Stock war Reichsdeutscher, hatte jedoch baltische Wurzeln und war damit für die lettische Regierung Sinnbild für die Verschränkung reichsdeutscher und baltischer Interessen in Lettland.[169] Mehrfach erbat und forderte die deutsche Seite in den darauffolgenden Wochen die Freilassung Stocks. Die Letten lehnten dies ab, boten jedoch die Einschaltung einer alliierten Schiedskommission an.[170] Der lettischen Regierung ging es nicht um die Person Stock, sondern vielmehr um die Frage der Jurisdiktionsbefugnisse auf lettischem Territorium und damit um die Frage der Anerkennung der lettischen

164 Akten der Reichskanzlei – Weimarer Republik. Bd. 1, Bericht Groeners zur Lage im Osten vom 24. April 1919, in Dok. 52 b, S. 213.

165 Hans-Erich Volkmann: Probleme des deutsch-lettischen Verhältnisses zwischen Compiègne und Versailles, in: ZfO (Zeitschrift für Ostforschung) 14 (1965), S. 713-726, S. 722 f. Zunächst irritierte ein Besuch des Herzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg, dem ehemaligen Anwärter auf die Herzogskrone von Kurland, die lettische Regierung. Gleichzeitig nahmen auch die innerlettischen Spannungen zwischen der Regierung und der baltischen Minderheit immer deutlicher zu. Die Balten hatten trotz ihres vergleichsweise geringen Anteils von etwa acht Prozent der Gesamtbevölkerung Lettlands große ökonomische Bedeutung, in der lettischen Regierung unter Ulmanis waren sie jedoch nicht vertreten. Bernhard Sauer: Vom Mythos eines ewigen Soldatentums. Der Feldzug deutscher Freikorps im Baltikum im Jahre 1919, in: ZfG 43 (1995), S. 869-902, S. 870.

166 Vgl. Goltz: Sendung, S. 168 ff.

167 Stryk floh nach Schweden und baute hier sein »Baltisches Büro« auf. AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R, 21792-2, Bd. 38, Bl. 82 und Ebenda, R 21795-4, Bd. 41, Bl. 310 f.

168 Ebenda, R 21780, Bd. 26 Libau an AA am 22. und am 27. Februar 1919.

169 Ebenda, R 21782-1, Bd. 28, Bl. 14.

170 Ebenda, R 21783-1, Bd. 29, Bl. 11 f.: Gesandter Haniel an AA vom 16. April 1919. Als Antwort erhielt man die Aussage, dass Stock »ernstlich in diese Sache verwickelt« sei und »er juristisch lettischer Gerichtsbarkeit untersteht[e]«, Ebenda, Bl. 12.

Souveränität von reichsdeutscher Seite.[171] Für die lettische Regierung war der Fall Stock ein Präzedenzfall.[172] Dies galt umso mehr, da die Autorität Ulmanis' unter den eigenen Landsleuten nicht unumstritten war.[173] Durch eine harte Linie im Fall Stock erhoffte man sich eine integrierende Wirkung. Zugleich war es ein deutliches Zeichen an die Alliierten, den deutschen Interessen im Baltikum entschlossen entgegentreten zu wollen. Auf deutscher Seite war man wiederum nicht bereit, sich vorführen zu lassen. Am 16. April übersandte die deutsche Gesandtschaft in Mitau eine Kopie ihrer Befehlslage an das Auswärtige Amt (AA), in der es hieß: »Da die lettische Regierung Auslieferung des Leutnants der R[eserve] Stock ablehnt, wird Donnerstag zwangsweise Enthaftung erfolgen.«[174]

Für viele im Reich aufgestellte Freikorps war das Baltikum, zumal ihre Führer häufig durch einen unübersehbaren Mangel an Subordinationsbereitschaft gegenüber der eigenen militärischen Führung auffielen,[175] der bevorzugte Einsatzort. Betrachtet man die Freikorps, die Anfang 1919 aus dem Reich in das Baltikum versetzt wurden, zeigt sich deutlich, dass sich die höheren Kommandostellen im Reich der radikalsten Elemente durch eine Verlegung in den Osten entledigen wollten.[176] Für Pfeffer selbst bot dies die Möglichkeit mit seinem Korps aus der komplexen und unüberschaubaren politischen Situation des Reiches zu entkommen. Hier im Baltikum, fernab der meisten Limitationen, hatte er als Freikorpsführer fast Handlungsfreiheit. Neben prominenten Freikorpsführern wie »die Majore Freiherr Seutter von Lötzen, Kurz-Alfred, Pabst und Bork« sowie den Hauptleuten »von Brandis und von Medem« war Pfeffer bereits ab Februar 1919 auch administrativ in Werbung und logistischen

171 Ebenda, R 21783-1, Bd. 29, Bl. 12: Gesandter Haniel an AA vom 16. April 1919. Vgl. auch Koch: Der deutsche Bürgerkrieg, S. 152.

172 Auch Pfeffer war dies durchaus bewusst: StdAM: D Nr. 2, Bl. 471. Bericht Pfeffers vom 19. April 1919.

173 Auch der deutsche Gesandte Dr. Burchardt berichtete von diktatorischen Zügen der Regierung Ulmanis. So schilderte er deutliche Einschränkungen in der Meinungsäußerung oder das Verbot mehrerer Zeitungen. AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21782-3, Bd. 28, Bl. 208.

174 Ebenda, R 21783-1, Bd. 29, Bl. 15: Gesandtschaft an AA 16. April 1919. Wie auch Koch feststellte, scheint dieses den Herausgebern der »Akten der Reichskanzlei« wohl entgangen zu sein. Vgl. Koch: Der deutsche Bürgerkrieg, S. 401.

175 Vgl. etwa Bischoff: Die letzte Front, S. 30 ff.

176 So stellte auch der Freikorpsführer Walter von Medem in seinen Memoiren fest, dass er sich erst bei der »Novemberregierung« unbeliebt hätte machen müssen, um mit seinem Freikorps an den von ihm bevorzugten Einsatzort im Baltikum versetzt zu werden. Medem: Stürmer von Riga, S. 43.

Aufbau des Baltikumunternehmens eingebunden.[177] Spätestens seit März war Pfeffer mehrfach bei Noske und Groener zu Besprechungen in Berlin.[178]

Auch bei seinem Freikorps war, außerhalb der Reichsgrenzen angekommen, jene radikale nationalistische Attitüde zu erkennen, die, gespeist aus Niederlage und Desillusionierung, typisch für die Baltikumer sein sollte. Ein Trivial-Gedicht, das Pfeffer zu Ehren von einem Mitglied seines Korps verfasst wurde, zeigt dies beispielhaft:

> »Wir sind gekommen auf Ihren Ruf [den Pfeffers], zu streiten für Ehre und Recht. Für alldeutsche Sitte, deutsches Gebiete und altes deutsches Geschlecht. Wir können nicht dulden, dass fremde Gewalt vergreif sich am Vaterland. Wir können nicht sehen die Übergriffe, begangen von polnischer Hand, Wir dulden nicht, dass gier'ge Hände unser edles Deutschtum beschmutzen. Mit stahlhartem Kopf, mit stahlhartem Sinn, so wollen den Polen wir trutzen! Wohlan denn, Herr Hauptmann, zu Sieg oder Tod!«[179]

Diese Deutschtümelei war zugleich eng verbunden mit rassistischen Stereotypen. Hinzu kam, basierend auf den Erfahrungen der letzten Kriegsmonate, der Gedanke der Ostexpansion in Verbindung mit der Ernährungsfrage des Reiches.[180] Mit dem Vertrag Winnigs mit Ulmanis, sowie dem darauf aufbauenden Versprechen der baltischen Barone, ein Drittel ihres Landes den Mitgliedern der Freikorps für eine spätere Ansiedlung zur Verfügung zu stellen, schien eine Lösung dieser Frage ganz im Sinne der Freikorps greifbar.[181] So hätte dies doch zugleich auch die materielle Versorgung der Freiwilligen bedeutet. Pfeffer selbst war zwar sicher nicht an einer agrarischen Ansiedlung interessiert, dennoch leistete er dem eigenen Selbstverständnis nach mit seinem Wirken im Baltikum ein Stück deutschen Kulturimperialismus, bzw. – im Horizont der Zeitgenossen[182] – ein Stück Kulturprotektionismus.[183]

177 Noske beschrieb die Situation folgendermaßen: »Ein förmliches Fieber – man sprach bald mit besorgtem Tone in einem Teil der Presse und in Regierungskreisen von einer baltischen Krankheit – hatte Tausende von Deutschen befallen und hat bewirkt, dass der Zustrom von Männern nicht zu unterbinden war.« Noske: Erlebtes, S. 123. BA-MA: MSg 3/4218, »Feldpostbriefe für Freikorpskämpfer«, Nr. 8 (2) August 1943, S. 5. Vgl. auch zu den politischen Kontakten der Freikorpsführer: Medem: Stürmer von Riga, S. 91 f.

178 StdAM: D Nr. 2, Bl. 426. Bericht des Freikorps vom 27. März 1919.

179 StdAM: D Nr. 2, S. 428 f.

180 Westfälische Allgemeine Zeitung zit. nach Schulte: Chronik 1919, S. 345.

181 Vgl. Rainer Wohlfeil et al.: Die deutsche Reichswehr. Bilder, Dokumente, Texte; zur Geschichte des Hunderttausend-Mann-Heeres 1919-1933, Frankfurt a. M. 1972, S. 44 f.

182 Vgl. etwa Goltz: Politischer General, S. 114.

183 Nach der Familienüberlieferung hatte die baltische Ritterschaft Pfeffer ein Gut versprochen, welches Pfeffer jedoch »weder besessen, noch jemals überhaupt besichtigt« habe. Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

Aufgrund der zögerlichen Freigabe der Ostsee für Truppentransporte in das Baltikum durch die Briten[184] wurde Pfeffers Freikorps Anfang April 1919 über Kaunas nach Libau, dem Sitz der Ulmanis-Regierung, verlegt.[185] Schnell wurde klar, dass die Ankunft der 3.000 Mann starken Truppe für eine deutliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse sorgen sollte.[186] Angesichts der unübersichtlichen machtpolitischen Verhältnisse vor Ort, kamen die »Pfefferlinge« für von der Goltz wie gerufen. Anfang April wurde unter mehr und mehr bolschewistischen Parolen die Forderung nach der Gründung eines Soldatenrates – erst wenige Wochen zuvor hatte sich von der Goltz des Libauer Soldatenrates entledigt[187] – immer lauter.[188] Zudem stand man besonders im Hafen vor großen logistischen Herausforderungen.[189] Auch hierfür schien Pfeffer der geeignete Mann zu sein. Aufgrund der politischen Zuverlässigkeit seines Freikorps wurde seine Truppe in alten Marinebaracken untergebracht und zunächst als Hafenpolizei eingesetzt.[190] Pfeffer, »von deutschen Spartakistenkämpfen her an schnelles Zufassen gewöhnt«,[191] ging unmittelbar und offensiv gegen jede bolschewistische Propaganda im Hafen vor. Er ließ »alle Letten auf Ausweise […] kontrollieren und […] entwaffnen, einschließlich [der] Posten und Wachen«.[192] Es kam zu Auseinandersetzungen. Am 16. April beschwerte sich Ulmanis erstmals bei von der Goltz über die »Übergriffe [Pfeffers] […], die schon Opfer gefordert« hätten.[193] Goltz schickte daraufhin seinen Generalstabschef Heiersdorff zu einer Untersuchung in den Libauer Hafen, der feststellte, dass Pfeffer als Hafenkommandant seine Truppe auch gegen verbündete lettische Soldaten hatte vorgehen lassen.[194]

184 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21782-1, Bd. 28, Bl. 4: Deutsche Gesandtschaft an AA vom 19. März 1919. Vgl. auch Volkmann: Probleme, S. 720.

185 StdAM: D Nr. 2, Bl. 456, Bericht Pfeffers, 20. April 1919. Riga war zu diesem Zeitpunkt durch die Rote Armee besetzt.

186 Vgl. zum Eindruck, den die Ankunft Pfeffers in Libau hinterließ, zeitgenössisch: Medem: Stürmer von Riga, S. 44; zur Gesamtstärke des Freikorps vgl. Schmidt-Pauli: Geschichte der Freikorps, S. 361.

187 Ebenda, R 21782-3, Bd. 28, Bl. 257. Vgl. auch Goltz: Sendung, S. 162 ff.

188 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, Bd. 26, Libau an AA vom 26. März 1919. Vgl. auch Klaus Grimm: Vor den Toren Europas 1918-1920. Geschichte der Baltischen Landeswehr, Hamburg 1963, S. 197.

189 Hier kamen neben fest zusammengefügten Freikorps Anfang April auch mehr und mehr Einzelpersonen unerwartet und ohne Kenntnis der Berliner Regierung in Libau an. Vgl. populärwissenschaftlich: Caballero Jurado et al.: The German Freikorps 1918-23, Oxford 2001, S. 20. Sowie den Aufruf der Anwerbungsstelle Baltenland in Berlin vom Januar 1919, in: Ursachen und Folgen Bd. 3, Nr. 786, S. 545.

190 Medem: Stürmer von Riga, S. 44.

191 Goltz: Sendung, S. 180.

192 StdAM: D Nr. 2, Bl. 471. Bericht Pfeffers vom 19. April 1919.

193 Goltz: Sendung, S. 179. Von Medem schreibt hierzu lediglich apologetisch, dass Pfeffer im Hafen »Ordnung schuf«. Medem: Stürmer von Riga, S. 44.

194 Jacques Benoist-Méchin: Geschichte der deutschen Militärmacht. Jahre der Zwietracht 1919-1925, Bd. 2, Oldenburg 1965, S. 22.

Die Beschwerde von Ulmanis wirft zugleich den Blick auf die undurchsichtige Gemengelage der Interessen und das fragile und äußerst sensible Kräftegleichgewicht, das Anfang April in Libau herrschte. So waren jene linksgerichteten Kräfte, gegen die Pfeffer im Hafen vorging, zwar keineswegs Unterstützer der aktuellen lettischen Regierung, jedoch, nach der vorläufigen Beseitigung des bolschewistischen Drucks von außen,[195] für Ulmanis wichtige Verbündete im Kampf gegen die reichsdeutschen und die – zumeist dazu kongruenten – baltischen Interessen in Lettland. Ein möglicher von deutscher Seite unterstützter Putsch der Balten schien im April weit gefährlicher als die Möglichkeit eines bolschewistischen Umsturzversuchs.[196] Der durch die ankommenden Truppen stetige deutsche Machtzuwachs verstärkte, genau wie das radikale Gebaren des Freikorps von Pfeffer am Libauer Kriegshafen, diesen Eindruck. Hinzu kam, dass von der Goltz sicherlich nicht über ein der Konstellation angemessenes, diplomatisches Feingefühl verfügte. Der 31-jährige impulsive und kaum zu kontrollierende Pfeffer aber, durchdrungen von einem Denken in klaren Freund-Feind-Kategorien, war unter solchen Voraussetzungen fraglos eine schwere Belastung.

Noch am 16. April eskalierte die Situation. Als Ulmanis von der Goltz die Beschwerde über das Freikorps von Pfeffer zutrug, wussten beide nicht, dass sich die Situation am Hafen inzwischen weiter zugespitzt hatte. Pfeffer war davon ausgegangen, dass im Verlauf der Scharmützel zwei Mitglieder seines Freikorps von lettischen Truppen entführt und inhaftiert worden waren. Er gab daraufhin »aus eigener Machtvollkommenheit«[197] und ohne Wissen der höheren Dienststellen den Befehl, mehrere lettische Geiseln zu nehmen.[198] Gleichzeitig besetzte er gewaltsam die Kaserne, in der er die Mitglieder seines Freikorps vermutete. Ob Pfeffer diese dort vorfand, bleibt ungeklärt. Wichtiger ist die Tatsache, dass er just die Kaserne okkupierte, in der auch Leutnant Stock gefangen gehalten wurde. Stock wurde von den Männern des Freikorps also »zufällig«[199] befreit und in »Schutzhaft genommen«[200] – einen Tag bevor der Befehl zur Enthaftung zur Ausführung gekommen wäre. Gleichzeitig wurde der größte Teil der lettischen Stadtgarnison, Soldaten und Offiziere, die

195 Vgl. die Beschreibung Groeners zum desolaten Zustand der Roten Armee am 24. April im Berliner Kabinett. AdR: Scheidemann, Bericht Groeners zur Lage im Osten vom 24. April 1919, in Dok. 52 b, S. 212 f.

196 Vgl. Goltz: Sendung, S. 179. Später, nach dem Putsch vom 25. April, sollte der Waffenstillstand zwischen Esten, Ulmanis-Letten und den Bolschewisten zeigen, dass Ulmanis durchaus bereit war, sich zur Erfüllung seiner Ziele auch mit den Bolschewisten ins Benehmen zu setzen.

197 Benoist-Méchin: Militärmacht, Bd. 2, S. 22.

198 StdAM: D Nr. 2, Bl. 471. Bericht Pfeffers vom 19. April 1919.

199 So Pfeffer in: ebenda, Bl. 471. Bericht Pfeffers vom 19. April 1919.

200 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21783-1, Bd. 29, Bl. 40: OHL an AA vom 17. April 1919.

ihre Unterkünfte im selben Gebäudekomplex hatten, gefangen genommen.[201] In dem zeitnahen Bericht der OHL heißt es:

> »In Folge der Verschleppung von 2 Soldaten des westfälischen Freikorps ›Pfeffer‹ durch lettische Truppen hatte sich des Freikorps eine große Erbitterung bemächtigt. Am 16. April vormittags kam es am Kriegshafen von Libau zu einer Schießerei zwischen Mannschaften der am Kriegshafen untergebrachten Kompagnien. Diese suchten selbstständig, ohne Erlaubnis und Wissen von höheren Dienststellen ihre Kameraden zu befreien. Hierbei griffen auch geschlossen die im Fürstenlager [Libau] untergebrachten Kompagnien des Freikorps ›Pfeffer‹ ein und entwaffneten 30 bis 40 Offiziere, 300-400 lettische Soldaten; auf lettischer Seite habe es angeblich einige Verluste gegeben. […] Leutnant Stock hat das unbewachte Gefängnis verlassen und befindet sich in Schutzhaft bei Freikorps ›Pfeffer‹.«[202]

Details zu diesem Handstreich sind von der Familienüberlieferung tradiert. Hiernach soll Pfeffer die Musikkapelle des Korps als Camouflage benutzt haben. Getäuscht von der vorweg marschierenden, musizierenden Kapelle öffneten die lettischen Truppen bereitwillig die Kasernentore. Als das Korps vollständig im Inneren war, befahl Pfeffer den Einsatz von Handgranaten. Innerhalb weniger Minuten war die Kaserne besetzt.[203] Sofort ließ Pfeffer alle Verbindungen zwischen Libau und der Kaserne blockieren.[204]

Die Befreiung Stocks zeigt die Machtvollkommenheit, die Willkür, die Impulsivität, den Improvisationsgeist, den Durchsetzungswillen, die Radikalität und die latente Gewaltbereitschaft Pfeffers in aller Deutlichkeit. Dass er »Leutnant Stock 20 Stunden früher befreit [hatte], als ihm befohlen war«,[205]

201 Jones: Hitler's heralds, S. 117; Benoist-Méchin: Militärmacht, Bd. 2, S. 22. Die Quellen hierzu geben zur Zahl unterschiedliche Auskünfte. Pfeffer nannte »550 Köpfe, zahlreiche Offiziere alle Grade«. StdAM: D Nr. 2, Bl. 471. Die deutsche Botschaft in Libau sprach von 80 Offizieren und 600 Letten, AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21783-1, Bd. 29, Bl. 22: Botschaft Libau an AA vom 16. April 1919; Volkmann von »30 Offizieren und etwa 400 lettischen Mannschaften«, Volkmann: Probleme, S. 723; Goltz nennt in seinen Erinnerungen im Jahr 1920 »mehrere hundert Soldaten«, Goltz: Sendung, S. 180; Schulze spricht von 200 Soldaten, Schulze: Freikorps und Republik, S. 141; Benoist-Méchin geht gar von 550 Offizieren aus, die das Freikorps Pfeffer festgesetzt haben soll. Benoist-Méchin: Militärmacht, Bd. 2, S. 22. Diese Zahl scheint jedoch von überzeichneten Memoirenschilderungen übernommen. Vgl. auch die pathetisch überzeichneten Darstellungen bei Nord: Krieg im Baltikum, S. 71 ff. und bei Oertzen: Die deutschen Freikorps, S. 45. Heinz spricht gar von »der gesamten lettischen Armee, 550 Mann«, Heinz: Nation greift an, S. 65.

202 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21783-1, Bd. 29, Bl. 40 f., OHL an AA vom 17. April 1919.

203 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

204 StdAM: D Nr. 2, Bl. 471. Bericht Pfeffers vom 19. April 1919.

205 Goltz: Sendung, S. 179. Zu bemerken ist auch die Tatsache, dass in einer späteren Auflage der Memoiren von von der Goltz, mutmaßlich wegen der NSDAP-Karriere

kümmerte Pfeffer ebenso wenig, wie die darauf folgenden Verwicklungen von internationaler Tragweite.[206]

Mit der Verhaftung des nahezu gesamten, sich in Reichweite des Regierungssitzes von Ulmanis befindlichen, lettischen Offizierskorps war das ohnehin schon ungleiche Kräfteverhältnis in Libau vollends in Schieflage geraten. In der baltischen Minderheit sah man nun die Chance gekommen, vollendete Tatsachen zu schaffen. Wenige Stunden nach der Aktion Pfeffers ergriff der Führer des Stoßtrupps der Baltischen Landeswehr, Hans Baron Manteuffel-Szoege, die Initiative und verhaftete Teile der lettischen Regierung. Ulmanis' Flucht in die englische Botschaft machte den Erfolg der Balten jedoch unvollständig. Zudem stellte sich bald heraus, dass sowohl die Berliner Regierung als auch die Alliierten die Unterstützung für diesen Staatsstreich verweigerten.

Nachdem in Kolberg und in Berlin zunächst Verwirrung ob der Ereignisse herrschte,[207] war man sich schnell im Klaren, dass es nun darum ging, jegliche Verantwortung für den Putsch von sich zu weisen. Man war sich im Klaren darüber, dass, wenn der Putsch von den Alliierten als von deutscher Seite initiiert interpretiert werden würde, dies die Gegnerschaft Englands im Baltikum und damit eine erhebliche Schwächung der deutschen Position mit sich bringen würde.[208] Zudem würde eine vom Reich abhängige baltische Regierung kaum von Frankreich und England akzeptiert werden.[209] Bereits am 17. April wies man jede Beteiligung von sich und die OHL erklärte beschwichtigend:

> »Unabhängig davon [von der Aktion Pfeffers] hat die Baltische Landeswehr am 16. April um 1 Uhr nachmittags sich in den Besitz der Regierungsgebäude gesetzt. […] Generalkommando betrachtet im Übrigen den Sturz der Regierung als eine innere Angelegenheit Lettlands. […] Die Stadt ist ruhig, die Bevölkerung, einschließlich der Letten, scheint den Sturz der Regierung zu begrüßen.«[210]

Pfeffers, die Aktion des Freikorps von Pfeffer keine Erwähnung mehr findet. Vgl. Goltz: Politischer General.

206 Hier ist Phelps zu widersprechen, der auch in Pfeffers Aktion eine längerfristige politische Konzeption vermutete. Phelps: Groener-Dokumente, S. 833.

207 Kolberg kabelte nach Berlin: »In Libau Streit zwischen Detachement Pfeffer und lettischen Truppen, Grund anscheinend unser Versuch Haftentlassung von Stock zu betreiben, doch dies ist nicht ganz klar.« AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21783-1, Bd. 29, Bl. 20: Telegramm Kolberg an AA vom 17. April 1919.

208 Vgl. AA: Zukunft der baltischen Provinzen R 21783-2, Bd. 29, Bl. 131. Neurath an AA vom 22. März 1919.

209 Wilfried Schlau: Die Deutschbalten, München 1995, S. 86. Vgl. auch AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21782-1, Bd. 28, Bl. 67 ff., Bericht über die Lage vom 26. März 1919. Vgl. hierzu auch die zeitgenössische Bewertung in: Heinz: Der deutsche Vorstoß, S. 56. Und weiterführend zu der juristischen Konstellation in Lettland in den Jahren 1918/19: Volkmann: Probleme, S. 714 ff. Vgl. dazu auch FN 2/172.

210 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21783-1, Bd. 29, Bl. 40 f.: OHL an AA vom 17. April 1919. Goltz unterschlägt in seinen politisch aufgearbeiteten Memoiren 1936 gar jede Beteiligung Pfeffers. Goltz: Politischer General, S. 109 ff.

Und nach Aufforderung aus Berlin wiederholte man zehn Tage später:

> »Zur Klarstellung wiederholt das Oberkommando Nord seine Meldung, dass das Detachement Pfeffer oder andere reichsdeutsche Truppen nicht am Sturz der lettischen Regierung beteiligt waren. Sollten sich im Stoßtrupp Manteuffel frühere Reichsdeutsche befinden, […] so sind sie als aus dem deutschen Heere ausgeschieden zu betrachten.«[211]

Die Tatsache, dass man in Berlin dem Putsch die Unterstützung verweigerte, steigerte das ohnehin schon latent vorhandene Misstrauen der Baltikumer gegenüber der Republik hin zu einer handfesten Vertrauenskrise. In der Truppe hatte man die Sorge, dass die Regierung die Interessen der Korps – den Verbleib im Baltikum und vor allem die Ansiedlungsmöglichkeiten – in den in Paris anstehenden Verhandlungen über den Versailler Vertrag opfern könnte. Die diplomatischen Zusammenhänge sowie den Albdruck, der außenpolitisch auf der jungen Republik lastete, wollte und konnte man aus der beengten eigenen Perspektive, auch durch die hier inzwischen militärisch komfortable Konstellation, nicht sehen.[212]

Die Briten verhielten sich allerdings zunächst zurückhaltend.[213] Anstatt offen zu protestieren, versuchte man im Gegenteil die Deutschen zu einem Angriff auf das von den Sowjets besetzte Riga zu bewegen.[214] Mit der Rückeroberung der Hauptstadt, so erwartete man, würde der Druck der Roten Armee auf den jungen lettischen Staat endgültig entfallen.[215] Die Freikorps sollten sich durch ihre Waffenerfolge in Lettland selbst entbehrlich machen. Am 19. April wurde von englischer Seite das Angebot an das Reich lanciert, die Blockade der baltischen Häfen aufzuheben, wenn Deutschland sich bereit erkläre, Riga anzugreifen. Sogar eine Unterstützung der britischen Marine wurde in Aussicht gestellt.[216] Im Berliner Kabinett lehnte man im Beisein Groeners das britische

211 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21783-1, Bd. 30, Bl. 51: Kolberg an AA vom 27. April 1919.

212 Die Berliner Regierung wurde indes mehr und mehr in jene Mittelposition zwischen Alliierten- und Freikorpsinteressen manövriert, die das Verhältnis zu den Freikorps fortan dauerhaft belastete.

213 Vgl. Liulevicius: Kriegsland im Osten, S. 283.

214 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21782-3, Bd. 28, Bl. 269 f., Gesandtschaft an AA vom 13. und 14. April 1919.

215 Den Letten selbst traute man indes nicht zu, eine stabile Abwehrfront gegen die Rote Armee aufrecht zu halten. Manfred Hagen: Frankreichs Politik in der »baltischen Frage« 1919, in: Zeitschrift für Ostforschung 33 (1984), S. 578-591, S. 583.

216 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21783-1, Bd. 29, Bl. 57: Libau an AA vom 19. April 1919.

Ansinnen als militärisch undurchführbar ab.[217] Ob man das britische Manöver durchschaut hatte, ist ungewiss.[218]

Nach der negativen Antwort aus Berlin änderte man in London die Vorgehensweise. Als sich rund eineinhalb Wochen später abzeichnete, dass die neue Regierung unter dem gerade aus Riga geflohenen Pastor Andreas Needra eine dezidiert balten- und deutschfreundliche Politik erwarten ließ,[219] war man nicht mehr bereit, die Verbesserung der deutschen Position in Lettland als Status quo zu akzeptieren. Am 24. April überreichte der Vorsitzende der britischen Waffenstillstandskommission, General Haking, eine Note, in der es hieß:

> »I am directed by His Majesty's Government to inform you, that they demand the immediate restauration of the situation in Libau prior to the coup d'état carried out recently by the German troops against the Lettish government. That is to say that the Lettish government is to be fully reestablished and permitted in every way to carry out its duties as the governing power of the state, including absolute freedom of enlistment of Lettish troops.«[220]

Bereits einen Tag zuvor hatte man die Absetzung Pfeffers[221] und von der Goltz' gefordert. Berlin lehnte die Entlassung von von der Goltz ab[222] und dieser setzte sich für ein Verbleiben Pfeffers im Baltikum ein.[223] Mehr per forma machte er Pfeffer nur »ob seiner allzu selbstständigen Handlungsweise gelinde Vorwürfe« und ließ »ihm durch den Chef des Gouvernements Stabes seine Missbilligung aussprechen«.[224] Das militärische Potenzial von Pfeffers Korps

217 AdR: Scheidemann, Dok. Nr. 52a, S. 210. Kabinettssitzung vom 24. April 1919. Ob die Einnahme tatsächlich militärisch unmöglich war, war umstritten. Vgl. Reichskriegsministerium (Hrsg.): Nachkriegskämpfe, Dok 52 b, S. 213.

218 Dass sich das Berliner Kabinett Scheidemann erstmals auf Anfrage von Groener vom 24. und 25. April und damit erst zehn Tage nach dem Putsch in Lettland mit diesen Ereignissen auseinandersetzte, zeigt zudem die Prioritätenfolge der Regierung im Frühjahr 1919 sehr deutlich.

219 Vgl. zum Programm der neuen Regierung: AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21784-1 Bd. 30, Bl. 56 f., Geschäftsträger Burchardt an AA vom 27. April 1919. Der Regierung gehörten auch mehrere Vertreter der baltischen Minderheit an. Zur genauen Zusammensetzung vgl. Ebenda, R 21784-1, Bd. 30, Bl. 31 f.: Geschäftsträger an AA vom 26. April 1919. Vgl. Bernhard Böttcher: Gefallen für Volk und Heimat. Kriegerdenkmäler deutscher Minderheiten in Ostmitteleuropa während der Zwischenkriegszeit, Köln 2009, S. 36.

220 Zit. nach AdR: Scheidemann, Dok. 53, S. 225, Kabinettssitzung vom 25. April 1919.

221 Volkmann: Probleme, S. 724.

222 Vgl. zum Kalkül von der Goltz': Goltz: Politischer General, S. 148. In Berlin hatte man indes den Führer des Stoßtrupps der Baltischen Landeswehr Manteuffel als Schuldigen für die Verwicklung ausgemacht und forderte dessen Entlassung. Vgl. AA: Zukunft der baltischen Provinzen.

223 Pfeffer schätzte Goltz sehr. Jahre später, als Osaf, ließ er sich sogar im selben Stil ablichten (zeichnen) wie dies Goltz als Oberbefehlshaber der Baltikumstruppen getan hatte. Vgl. Abbildung in BA-MA: MSg 3/747-350, Juni 1938 (9) Folge 6, S. 3.

224 StdAM: D Nr. 2, Bl. 471. Bericht Pfeffers vom 19. April 1919. Erst in seinen Memoiren äußerte Goltz, wohl in Anbetracht der weiteren Folge der Ereignisse, deutlichere

war für von der Goltz im April 1919 unentbehrlich. Hinzu kam die besondere Problematik einer möglichen Absetzung Pfeffers. Berlin schrieb London hierzu:

> »Die Enthebung des Hauptmann von Pfeffer von dem Kommando des westfälischen Freikorps, das an dem Sturz der Regierung unbeteiligt war, stößt auf die schwersten Bedenken, da das Freikorps auf die Person des Hauptmann v. Pfeffer angeworben ist und die Frontverwendung ohne diesen Führer von der Abteilung verweigert würde.«[225]

Von der Goltz drückte dies noch dramatischer aus. Auf die Frage, warum er die Absetzung Pfeffers ablehne, wurde er mit den Worten zitiert: »weil man erst alle seine Leute totschlagen müsse, bevor man ihn in die Hand bekäme und dazu habe aber er keine Lust.«[226] In Berlin kommentierte Noske die Freiheiten der Korpsführer mit dem Satz: Man habe eben »keine Kontrolle über die kleinen Wallensteins«.[227] Pfeffer selbst kümmerte sich wenig um die politischen Verwicklungen, die sein Vorgehen ausgelöst hatte und war sich seiner Position sehr wohl bewusst. Bereits unmittelbar nach den Putschereignissen stellte er klar:

> »Trotz allem Ungemach, den wir den Behörden durch die ungeahnten Folgen unserer Geiselaktion bereitet haben, bilden wir doch die Stütze und Ultima Ratio des Gouverneurs. Wir sind den hiesigen Truppen aller Art und Nationalität und sonstigen Widerspenstigen an Kampfkraft weit überlegen. Und kann man hier nötigenfalls mit uns den Willen Deutschlands gegen jedermann durchsetzen.«[228]

Kritik am Vorgehen des »jugendlich schneidigen« Pfeffer. Vgl. Goltz: Sendung, S. 179 f. Diese Kritik hielt er auch nach 1933 aufrecht. Goltz: Baltikum, S. 98. Vgl. auch im Gegensatz zur Bewertung von der Goltz': Heinz: Der deutsche Vorstoß, S. 57.

225 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21784-3, Bd. 30, Bl. 56: Goltz an Greene vom 23. April 1919.

226 StdAM: D Nr. 2, Bl. 473.

227 Zit. nach Waite: Vanguard of Nazism, S. 135.

228 StdAM: D Nr. 2, Bl. 472. Bericht Pfeffers vom 19. April 1919. Vgl. hierzu auch den Bericht zum 16. April. Ebenda, Bl. 473 f.: »Der Hauptmann ist keineswegs zerknirscht. Alles meint er, erkläre sich mehr oder weniger aus zufälligem und unbeabsichtigtem Zusammentreffen der Ereignisse. ›Im übrigen‹ sagt er, ›bin ich des Papierkriegs, der seit Monaten zwischen den deutschen Behörden und der lettischen Regierung geführt wird, satt und konnte es nicht länger mit ansehen, dass ein deutscher Offizier gegen alles Recht von den Letten gefangen gehalten wird‹. Aber es handelt sich hier doch um hochpolitische Angelegenheiten, erwiderte der Gouvernementchef, ›die nicht von Ihnen entschieden werden können. Ihre unbesonnene Handlungsweise kann Ihnen noch teuer zu stehen kommen.‹ Der Hauptmann lächelte und machte eine Handbewegung auf die Reihen seiner Leute, die draußen im Hof standen.«

Und obwohl Pfeffer eingestand, dass sein Vorgehen im Zusammenhang mit dem Putsch Manteuffels durchaus »den Anschein eines abgekarteten Spieles haben«[229] musste, schrieb er doch einige Tage später zu der Diskussion um seine Enthebung an das Generalkommando Münster: »Mein Rücktritt wurde vom Gouverneur mit mir vorteilhafter Begründung abgelehnt«, um voller Selbstvertrauen und nicht ohne Süffisanz anzufügen: »ganz abgesehen von Zuständigkeit und anderen Schwierigkeiten.«[230] Pfeffer blieb also im Amt[231] und die Ereignisse um den Putsch stärkten sogar noch den Zusammenhalt der Truppe. Nur wenige Tage darauf konnte Pfeffer dem Generalkommando Münster über den Zustand des Freikorps voller Selbstvertrauen berichten: »Verluste gering; Stimmung sehr gut. Verwendungsbereit: überall.«[232] Die Euphorie in der Truppe war unverkennbar.

Noch mehr veranschaulicht erneut die Familienüberlieferung das übersteigerte Selbstvertrauen Pfeffers: Hier heißt es, dass, als er von der britischen Forderung nach seiner Absetzung erfahren haben soll, er ein Geschütz seines Freikorps an den Hafensteg befohlen habe und er eine Salve auf die einige Kilometer vor dem Hafen liegenden englischen Kriegsschiffe habe abfeuern lassen.[233] Er sei sich dabei durchaus bewusst gewesen, dass die Reichweite seiner Geschütze die englischen Kreuzer nicht gefährdete. Das Zeichen, das Pfeffer damit sandte, war jedoch unmissverständlich.[234]

Im Anschluss an die Absetzung der Ulmanis-Regierung nahmen die antibolschewistischen und die antisemitischen Parolen im Korps deutlich zu.[235] Parallel dazu kursierten immer mehr Berichte von Gräueltaten aus dem bolschewistisch besetzten Riga.[236] Etwa am 18. April hieß es, dass die

> »bolschewistischen Behörden Riga verlassen und die bürgerliche Bevölkerung dem bewaffneten Mob überlassen wurde. Bis 20. März 600(!) Hinrich-

229 Ebenda, Bl. 472. Bericht Pfeffers vom 19. April 1919.
230 Ebenda, Bl. 507. Bericht Pfeffers vom 11. Mai 1919.
231 Groeners Tagebucheintragungen stellen dies falsch dar. Phelps: Groener-Dokumente, S. 833.
232 StdAM: D Nr. 2, Bl. 508. Bericht Pfeffers vom 11. Mai 1919.
233 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009. Diese Überlieferung lässt zudem die Passage aus dem Befehl des Vorsitzenden der Interalliierten Militärkommission bei den Baltischen Staaten, Generalleutnant Gough, vom 10. Juni 1919 in einem neuen Licht erscheinen. Hierin heißt es: »Die den Libauer Hafen beherrschenden Geschütze sind zu entfernen.« Ursachen und Folgen Bd. 3, Nr. 789, S. 547.
234 Selbst wenn diese Schilderung erst im Zuge einer Traditions- bzw. Legendenbildung entstanden sein sollte, zeigt sie doch exemplarisch das Selbstverständnis Pfeffers.
235 Vgl. zeitgenössisch etwa Plaas: Das Kapp-Unternehmen, S. 170.
236 Vgl. auch den Bericht Winnigs an das Kabinett in Berlin, in: AdR: Scheidemann, Dok. Nr. 52a, Bl. 210. Kabinettssitzung vom 24. April 1919. Vgl. zeitnah rückblickend: BArch-MA: PHD 23/67 vom 5. Juni 1919, S. 2. Vgl. zur Verwendung dieses Topos in der nationalsozialistischen Propaganda: Hans von Megede: Die baltische Tragödie, in: Der Schulbrief 1934 (1), S. 25.

> tungen, Hungersnot, eine Ratte kostete bis zu 4 Rubel. […] Die zivilisierte Welt hat kein Recht, untätig dem Morde der Bevölkerung einer Weltstadt zuzusehen. Sofortige Hilfe könnte noch Rettung bringen einer Bevölkerung, die bereits durch bolschewistische Exekution dezimiert dem durch Hunger vertierten Pöbel ausgeliefert ist.«[237]

Und in der Flugschrift »Die Wahrheit über die Bolschewiki« beschrieb der Autor die Szenerie folgendermaßen:

> »Und von denen die in Riga geblieben sind, hat man bis zum 20. März schon 6000(!) abgeschlachtet. Aber es gibt noch Schlimmeres als Hinrichtungen, Mord und Plünderungen. Das ist der Hunger. Wisst ihr was eine Ratte in Riga kostet? Bis zu 4 Rubel hat man gezahlt – als es noch Ratten zu kaufen gab […]. Kommt, lasst uns aufbauen. Lasst uns arbeiten im Namen der neuen Freiheit – und wenn es nottut, lasst uns auch noch einmal dafür kämpfen!«[238]

Ein weiterer Bericht spricht von »6.000 Verhaftete[n], 50 erschossene[n] Deutschen« und dem »Tod« jeden wirtschaftlichen Lebens in Riga.[239] Auch Pfeffer selbst berichtete dem Münsteraner Generalkommando von dem »grauenerregend[en] […] Hausen« der Bolschewiken in Riga.[240] In den Freikorps rumorte es.[241] Durch den Putsch wie von einem Hemmschuh befreit, entfalteten sie nun eine freikorpstypische Eigendynamik.[242] Sie drängten nun auf die Einnahme von Riga. Hinzu kamen die gleichlautenden Forderungen der Balten und der neu eingesetzten Needra-Regierung.[243]

237 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21783-1, Bd. 29, Bl. 95: Bericht aus Libau vom 18. April 1919.

238 BArch-MA: MSg 2/971, Broschüre: Die Wahrheit über die Bolschewiki, S. 12 f.

239 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21784-1, Bd. 30, Bl. 12 ff.: Bericht des AA vom 26. April 1919.

240 StdAM: D Nr. 2, Bl. 507. Bericht Pfeffers vom 11. Mai 1919. Jahre später berichtete er Heß von dort zum »Spaß« angewandten »Methoden mittelalterlicher oder chinesischer Folter […] wie Därme aus dem Leib winden, Augen ausbrennen usw.«. Rudolf Heß: Briefe, München u. a. 1987, Dok. Nr. 373, S. 377.

241 Die Welle der Radikalisierung und Verrohung erfasste nicht nur die Mannschaften, auch die militärischen Führungsebenen waren davon betroffen. So heißt es etwa in einer Bekanntmachung des IV. Reservekorps vom 13. Mai: »Jeder der Bandenmitglieder ist vogelfrei und kann von jedermann erschlagen oder sonst wie unschädlich gemacht werden! […] Aus der Kasse der Kommandantur Windau wird für jeden nachweislich unschädlich gemachten Banditen 100 Rubel Ostgeld gezahlt.« AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21789-1, Bd. 35, Bl. 73 f.

242 Vgl. ebenda, R 21783-2, Bd. 29, Bl. 113 ff.

243 Diese erhoffte sich von einer Eroberung Rigas einen ersten innenpolitischen Erfolg und durch die zu erwartende integrierende Wirkung eine Akzeptanzsteigerung für sich selbst. Vgl. die Bittschreiben der baltischen Bevölkerung zur Einnahme Rigas: ebenda, R 21785-1, Bd. 31, Bl. 1 ff., sowie die Forderung des »Baltischen Komitees« an Scheidemann: ebenda, R 21784-3, Bd. 30, Bl. 189 ff.

Anfang Mai wurde deutlich, dass von der Goltz nicht länger bereit war, sich diesem Druck zu entziehen. Symptomatisch für die Machtverhältnisse im Baltikum war, dass die Entscheidung, Riga zu nehmen, nicht in Berlin, sondern bei von der Goltz in Libau fiel.[244] Nachdem in London bekannt wurde, dass die Vorbereitungen für das Unternehmen anliefen, verschärfte man den Ton gegenüber der Reichsregierung. Man gab zu verstehen, dass sich die Vorzeichen nun gewandelt hätten. Die Restauration der lettischen Ulmanis-Regierung hätte nun Vorrang gegenüber einer Eroberung Rigas und einer Konsolidierung der deutschfreundlichen Needra-Regierung. Die Strategie der Briten war klar: Da mit der zu erwartenden Einnahme Rigas die den Deutschen angedachte Rolle als Gegengewicht zur Roten Armee obsolet werden sollte, ging man nun in London daran, die deutsche Machtposition nach deren Sieg über die Rote Armee endgültig zurückzudrängen. Am militärischen Erfolg der Korps zweifelte man nicht. Tatsächlich ging dieser diplomatische Winkelzug auf. Durch die angelaufene Eigendynamik der deutschen Mobilisierung war an ein Stoppen der Angriffsvorbereitungen auf Riga schon aus psychologischer Sicht von deutscher Seite nicht zu denken. Das eigentliche Ansinnen der Engländer, die Eroberung Rigas, würde sich nun zwar gegen ihren erklärten Willen und damit auch ohne ihr eigenes Zutun erfüllen.[245]

Am 22. Mai eroberte die Baltische Landeswehr unter tatkräftiger Unterstützung reichsdeutscher Freikorps Riga.[246] »Den bisherigen ›roten Terror‹ beantworteten die Sieger mit einem ebenfalls grausamen ›weißen Terror‹.«[247] Der von Groener im Vorfeld unternommene Versuch, die Einnahme von Riga »als lettische Sonderaktion« darzustellen, lief ins Leere. Groener verkannte, dass es in Lettland längst nicht mehr um die Frage von Schuld und Verantwortung ging, sondern ausschließlich um die Gestaltung der realen machtpolitischen Konstellation im Baltikum für die kommenden Jahre. Nur eine Woche nach dem deutschen Einmarsch in Riga erzwangen die Briten in Berlin ultimativ

244 Vgl. Koch: Der deutsche Bürgerkrieg, S. 156.

245 Zum Militärischen vgl. Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga, Berlin 1937, S. 111 ff.

246 Wie wenig Gefühl die Führung für die politisch-diplomatische Lage und damit für die Kurzfristigkeit dieser Situation hatte, zeigt schon die Tatsache, dass unmittelbar nach der Eroberung Rigas ganze Straßenzüge etwa in »Freikorpsstraße«, »Von der Goltz Ring«, »Major-Bischoff-Straße«, »Major Flechter-Straße«, »Hans-von-Manteuffel-Straße« oder »Schlageterstraße« umbenannt wurden. Ein Zustand, der durch die unmittelbare Rückeroberung Rigas durch Esten und Ulmanis-Truppen nicht lange anhielt. Vgl. BA-MA: MSg 3/4218, »Feldpostbriefe für Freikorpskämpfer«, Nr. 2 (1) Oktober 1942, S. 4. Vgl. zur historiographischen Bedeutung der Eroberung Rigas für Esten und Letten und die Ausbildung ihrer Staatswesen: Karsten Brüggemann: Legenden aus dem Landeswehrkrieg: Vom »Wunder an der Düna« oder als die Esten Riga befreiten, in: Zeitschrift für Ostforschung 2002 (51), S. 576-591, S. 579 ff.

247 Böttcher: Gefallen für Volk, S. 36.

den Beginn des Abzugs der deutschen Truppen aus Lettland und Litauen.[248] Die Kettenreaktion, an deren Anfang Pfeffers Sonderaktion und an deren Ende die Einnahme Rigas stand, leitete das Ende der deutschen Freikorps im Baltikum ein.[249] Die Deutschen hatten sich hier, ganz wie von britischer Seite kalkuliert, »zu Tode gesiegt«.[250]

Pfeffer, der durch seine Rolle im Vorfeld des Putsches erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde,[251] war bereits am 8. Mai unter Druck aus London zusammen mit der 1. Reserve Gardedivision mit dem »Hinweis auf Grenzverstärkung«[252] nach Ostpreußen kommandiert worden.[253] Hier wurde das Freikorps Pfeffer der Brigade Schaulen unterstellt[254] und nach Szadwo[255] verlegt.[256] Dem radikalen Gebaren des Freikorps tat dies jedoch keinen Abbruch. Auch innerhalb der Brigade Schaulen blieb das Freikorps offensichtlich eine relativ homogene und damit sichtbare Gruppe. In einem Bericht der Feldgendarmerie Schaulen über die Nacht vom 10. auf den 11. Mai heißt es:

> »Vorgestern Nacht 11 1/4 Uhr entstand am Eingang zum litauischen Theater an der Marktstrasse zwischen litauischen und deutschen Soldaten dadurch ein Streit, dass der vor dem Hause stehende litauische Posten den deutschen Soldaten – obgleich diese Eintrittskarten hatten – den Eintritt in das Lokal verwehrte. Eine gereizte Stimmung entstand bei den Litauern dadurch, dass

248 Vgl. AA: Zukunft der baltischen Provinzen, 20d, Nr. 1, R 21734-1, Bd. 34, Bl. 6 ff.

249 Goltz begriff die diplomatischen und in deren Folge auch die militärischen Konsequenzen der Einnahme von Riga wohl erst im Juli. Vgl. ebenda, R. 21793-1, Bd. 39, Bl. 189 ff. Vgl. zu den weiteren militärstrategischen und politischen Ereignissen im Baltikum: Benoist-Méchin: Militärmacht, Bd. 2, S. 31 ff. Zur lange Zeit unzureichenden Dokumentation der Zusammenhänge passt, dass selbst eine wissenschaftliche britische Darstellung aus dem Jahre 1959 die »Pfefferaktion« im Vorfeld des Putsches nicht einmal erwähnt. Vgl. Stanley Page: The Formation of the Baltic States. A Study of the Effects of Great Power Politics upon the Emergence of Lithuania, Latvia, and Estonia, Cambridge 1959, S. 151.

250 Bischoff: Die letzte Front, S. 123.

251 Vgl. BArch: R 8038/17, Bl. 51. Vgl. zeitnäher dazu auch Haases Rede in der Nationalversammlung: StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 4: Juli und August 1919, Bl. 123. In der Linkspresse wurde Pfeffer stark angegriffen. AA: Zukunft der baltischen Provinzen, R 21784-2, Bd. 30.

252 Vgl. Ferner: Deuxième Bureau, S. 396. Die Verlegung eines so großen Freikorps wurde von der Truppe als ein Hinweis auf eine mögliche Verweigerung der Signatur des Versailler Vertrages gedeutet. Vgl. Salomon: Die Geächteten, S. 125. Von der Goltz schrieb hierzu aus der Perspektive der Baltikumer: »Man verstärkte die Polenfront, weil man nach einer Ablehnung der Friedensbedingungen gegenüber dem Einmarsch der Polen, […], stark sein musste; man versetzte das deutsche Nationalgefühl in Siedehitze, unterschrieb dann aber trotzdem die Friedensbedingungen.« Goltz: Sendung, S. 191.

253 Das Freikorps von Pfeffer gehörte nicht wie von Jones behauptet zu den Truppen, die Riga eroberten. Jones: Hitler's heralds, S. 118.

254 Grimm: Vor den Toren, S. 200.

255 Heute lettisch: Šiauliai; deutsch: Schaulen.

256 Schmidt-Pauli: Geschichte der Freikorps, S. 361.

ein deutscher Soldat einem litauischen Mädchen im Tanzlokal eine Ohrfeige gegeben haben soll. Nach anderer Darstellung sollen an deutsche Soldaten Cigaretten zu Wucherpreisen von Litauern verkauft worden sein. Nach Verlauf eines heftigen Wortwechsels mit dem Posten griffen die deutschen Soldaten zu den Waffen und drangen mit Gewalt in das Tanzlokal ein. Es wurden hierbei mehrere Handgranaten geworfen sowie auch verschiedene Gewehrschüsse abgegeben. Die Litauer zogen sich hierauf in Richtung auf die litauische Kommandantur zurück und gaben verschiedene Schüsse auf die Deutschen ab. Nun rückten ca. 100 Soldaten vom Bataillon Michaelis unter Führung eines Offizierstellvertreters der 5. Komp. gegen die litauische Kommandantur vor, um mit dem Kommandanten zu verhandeln. Einem litauischen Offizier, der angeblich dem eindringenden Offizierstellvertreter einen Schlag vor die Brust gegeben haben soll, wurde ein Revolver vor den Mund gehalten. Inzwischen wurde die Kommandantur von allen Deutschen umstellt und Soldaten des Bataillons von Pfeffer brachten ein Geschütz in Stellung. Erst durch gutes Zureden eines deutschen Majors ließen sich die Soldaten besänftigen und kehrten in die Quartiere zurück. Ein litauischer Soldat soll leicht verletzt sein.«[257]

Der Bericht vermerkt weiter, dass nach diesem Vorfall ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Von nun an wurde wohl aktiv damit begonnen, das Korps, wenn schon eine vollständige Auflösung unmöglich war, zumindest zu reduzieren. So schrieb der Generalbevollmächtigte in Kaunas, Zimmerle, am 30. März an das Auswärtige Amt in Berlin: »Über die Ausscheidung des Freikorps Pfeffer ist mir schon von meinem Beauftragten in Schaulen berichtet worden. Ein abschließendes Urteil über das Freikorps vermag ich nicht abzugeben. Nach Mitteilung vom Generalkommando soll übrigens schon mit der Auflösung des Freikorps begonnen sein.«[258]

Ursachen für diese Radikalität der Baltikumkorps sind auch in der Tagespolitik des Reiches zu finden. So kursierten unter den Truppen in Bezug auf eine mögliche Nichtsignatur des Versailler Vertrages massive Gerüchte.[259] Winnig propagierte offen einen Oststaatsplan, in dem Ostpreußen, Westpreußen und der Netzedistrikt zusammengefasst werden und vorübergehend aus dem Reichsverband ausscheiden sollten.[260] Teile der Militärs um den ehemaligen preußischen Kriegsminister Walther Reinhardt sprachen sich sogar für einen erneuten Waffengang im Osten aus.[261] In den Korps dachte man in pathetisch

257 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, 20d, Nr. 1, Bl. 82 ff., Beauftragter des Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches für Litauen, Kreis Schaulen, an den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches für Litauen Kaunas vom 14. Mai 1919.

258 Ebenda, 20d, Nr. 1, Bl. 93 f., Generalbevollmächtigter in Kaunas, Zimmerle, an das Auswärtige Amt vom 30. März 1919.

259 Vgl. FN 2/252.

260 Hagen Schulze: Der Oststaat-Plan, in: VfZ 18 (1970), S. 123-163, bes. S. 128 ff.

261 Francis Carsten: Reichswehr und Politik. 1918-1933, Köln u. a. 1964, S. 46 ff. Die »Operation Frühlingssonne« sah auch die Eroberung Warschaus vor. Schulze: Weimar, S. 198.

aufgeladenen und historisch verzerrten Kategorien. Die Revancheidee und die Erinnerung an den Widerstand gegen Napoleon waren allgegenwärtig.[262] Rationale Überlegungen, wie etwa die militärische Aussichtslosigkeit oder auch die politischen Folgen eines solchen Waffengangs, spielten – typischerweise – in den Korps keine Rolle.[263] Umso größer war die Enttäuschung, als sich die Reichsregierung Ende Juli nach ultimativer Aufforderung entschloss, dem Druck der Alliierten nachzugeben und den Versailler Vertrag zu unterschreiben.[264] Die durch die deutsche Signatur vom 28. Juni 1919 erfolgte nationale Demütigung zeigte aus der Perspektive der Korps den unehrenhaften Charakter der Berliner Regierung und sorgte somit für den endgültigen Bruch mit Berlin.[265]

Ganz konkreter desavouierte der Vertrag die Ostsiedlungspläne der Korps. Zunächst verknappte man, dem Druck der Alliierten nachgebend, Nachschub und Versorgung der Freikorps und stellte diese dann vollkommen ein. Nach dem Verlust der militärischen Schlagkraft, inzwischen hatten auch die Esten auf Drängen der Briten in die Kriegshandlungen gegen die Freikorps eingegriffen, folgte die Restituierung der lettischen Ulmanis-Regierung. Nach der militärischen Niederlage der Korps im Baltikum war eine Ansiedlung und damit die kulturimperialistische Komponente der Unternehmung[266] in weite Ferne gerückt.[267]

Schließlich ist als Faktor, der die Radikalisierung von Anführern und Truppen potenzierte, die radikal-nationalistische Propaganda im Baltikum zu nennen.[268] So öffneten Frontzeitungen mit Aufmachern wie: »Lewer dod as Sklav! Der einige Wille aller deutschen Freundstaaten«[269], berichteten über das vermeintliche »Anwachsen der Streikbewegung bei der Entente« bzw. die »Kriegsrüstung der Polen«[270] oder polemisierten massiv mit Schlagzeilen wie »Zusammenhalten« gegen die Entwicklungen rund um die Verhandlungen in Versailles.[271] Das Gefühl, von der Republik betrogen worden zu sein, wurde

262 Vgl. Koch: Der deutsche Bürgerkrieg, S. 129 f.
263 Exemplarisch hierfür: Heinz: Der deutsche Vorstoß, S. 68.
264 Goltz: Sendung, S. 191.
265 Vgl. die Bewertung in: Salomon: Nahe Geschichte, S. 117.
266 Vgl. Liulevicius: Kriegsland im Osten, S. 204.
267 Auch für die Freikorpsführer war dies eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Brach mit der Ansiedlungsmöglichkeit ein wichtiger materieller Anreiz der Truppe weg, war man auf die persönliche Loyalität der Truppe mehr denn je angewiesen. Vgl. auch zur juristischen Komponente der Ansiedlungsmöglichkeiten BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Januar 1936 (7) Folge 1, S. 15.
268 Vgl. BArch-MA: MSg 2/971, Bl. o. Nr.
269 BArch-MA: PHD 23/67, Nachrichtenblatt für den Grenzschutz Suwalki vom 4. Juni 1919, S. 1. Vgl. auch BArch-MA: MSg 2/971, Bl. o. Nr.
270 BArch-MA: PHD 23/67, Nachrichtenblatt für den Grenzschutz Suwalki vom 5. Juni 1919, S. 1.
271 Ebenda, Nachrichtenblatt für den Grenzschutz Suwalki vom 21. Juni 1919, S. 1. Beispielhaft für die tendenziöse Berichterstattung dieser Frontblätter ist auch die Ausgabe gerade dieses »Nachrichtenblattes für den Grenzschutz Suwalki« vom

für die Mitglieder der Baltikumfreikorps prägend.[272] Man befand sich nach eigenem Empfinden in einer Welt umgeben von Feinden. Die Umstellungsphobie war allgegenwärtig. Die gestiegene Anzahl der Übergriffe auf die Zivilbevölkerung war ein deutliches Indiz für das dramatische Absinken der Stimmung[273] in der Truppe ab Ende Mai/Juni 1919.[274] Hinzu kam, spezifisch für das Freikorps von Pfeffer, dass man seitens der militärischen Führung dazu übergegangen war, es aufgrund seiner Unberechenbarkeit ab Mai ausschließlich in Sicherungs- und Etappendiensten einzusetzen. Das Fehlen des Katalysators der militärischen Aktion verschärfte die Radikalität und Gewaltbereitschaft weiter. Die offene Meuterei einiger Korps war die Folge. Am 24. August 1919 verbot der Führer der Eisernen Division, Major Bischoff, den von Berlin befohlenen Abtransport von Teilen seiner Division.[275]

Pfeffers Freikorps gehörte allerdings nicht zu den Truppenteilen, die kurz darauf die sogenannte russische Westarmee bilden sollten.[276] Es war bereits zuvor von Schaulen in das westpreußische Thorn zur Grenzsicherung verlegt und dem späteren Stabschef der »Deutschen Legion«, Otto Wagener, unterstellt worden.[277] Zwischen Wagener und Pfeffer entwickelte sich aber eine Freundschaft, die noch weitreichende Wirkung haben sollte. Das vorläufig letzte Zeugnis der »Pfefferlinge« beim Grenzschutz Ost stammte vom 7. August. Ein Bataillon des Freikorps war hier dem Infanterieregiment 71 zugeordnet.[278] Erste Teile des Korps waren bereits am 13. Juli nach Westfalen zurückgekehrt.[279]

Wie lautet das Fazit zu Pfeffers Wirken im Baltikum? Hier ist zwischen politischer und persönlicher Bilanz zu unterscheiden. Aus politischer Perspektive war das Baltikum ohne Zweifel »das Gebiet, wo Qualitäten wie Defekte der Freikorps in exzessivem Maß zur Entfaltung gelangen konnten«.[280] Tatsächlich wurde die Rote Armee von den Freikorps im Baltikum militärisch besiegt. Es

18. August 1919, die mit der Schlagzeile öffnete: »Schwerer französischer Übergriff«. Bei genauerem Hinsehen wurde der Leser anschließend darüber informiert, dass es sich bei eben jenem schweren Übergriff um einen französischen Soldaten handelte, der beim versuchten Kaninchendiebstahl angeschossen und schwer verletzt wurde. Ebenda, S. 1.

272 Friedrich von Oertzen: Kamerad, reich mir die Hände. Freikorps und Grenzschutz. Baltikum und Heimat, Berlin 1933, S. 149.

273 Vgl. BArch-MA: MSg 2/971, Bl. o. Nr., Befehl d. Landgendarmerie-Abt. Grobin vom 13. Juni 1919.

274 Ebenda, Bl. o. Nr., Befehl d. Landgendarmerie-Abt. Grobin vom 6. Juni 1919. Vgl. auch Brandis: Baltikumer, S. 28.

275 Vgl. BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, November 1934 (4) Folge 11, S. 11.

276 So auch in Heinz: Der deutsche Vorstoß, S. 62. Sauer irrt hier. Bernhard Sauer: »Verräter waren bei uns in Mengen erschossen worden«. Die Fememorde in Oberschlesien 1921, in: ZfG 54 (2006), S. 644-662, S. 653.

277 Otto Wagener: Von der Heimat geächtet, Stuttgart 1920, S. 16; Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 15.

278 BArch-MA: RH 69/389, Bl. 20.

279 StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 4, Bl. 75.

280 Koch: Der deutsche Bürgerkrieg, S. 133.

waren jedoch die Defekte, die das Bild der Baltikumer nachhaltig prägten. Auch wenn sich Pfeffer nicht an dem weißrussischen Abenteuer beteiligt hatte, stellte sein Korps doch den Idealtypus einer disziplinarisch unkontrollierbaren Einheit dar.[281] Nicht minder kritisch muss die politische Bilanz Pfeffers ausfallen. So ist Grimm keinesfalls zuzustimmen, wenn er schreibt, dass mit dem Putsch »eine völlig festgefahrene innenpolitische Lage, die die Befreiung des Baltikums vom Bolschewismus lähmte, beseitigt«[282] wurde. Vielmehr löste die Aktion des Freikorps Pfeffer in Libau eine Kettenreaktion aus, an deren Ende man nicht nur auf den Widerstand der Alliierten traf, sondern schließlich der Verlust jeglicher machtpolitischer Ansprüche Deutschlands im Baltikum stand.[283] Pfeffer sah die Reichweite seiner Handlung, ein Schuldeingeständnis oder gar nur eine Rechtfertigung für sein Handeln liegt jedoch nicht vor.[284]

Ein vollkommen konträres Bild zum politischen Fazit stellt die persönliche Bilanz Pfeffers dar. Der Auftritt Pfeffers im Baltikum war erster Höhepunkt seiner republikfeindlichen Karriere. Drei Faktoren können für diese These angeführt werden: Erstens, mit dem Baltikumunternehmen ging ein enormer Prestigegewinn Pfeffers in rechten Kreisen einher. Pfeffer wurde mit dem Baltenkreuz Zweiter und Erster Klasse ausgezeichnet – hinzu kamen seine Weltkriegsauszeichnungen. Durch seine impulsive Vorgehensweise erwarb er sich zudem den Ruf als Mann der Tat, der gewohnt war »schnell zuzufassen«[285] und dem es auch unter schwierigen Bedingungen möglich gewesen war ein über 3.000 Mann starkes Freikorps zu führen.

Als zweiter Punkt, der Ansehen wie Qualität des weltanschaulichen Radikalismus Franz von Pfeffers auf eine neue Ebene hob, ist die im Baltikum stattgefundene Vernetzung unter den Korpsführern zu nennen. Als Führer eines der größten Korps hatte er wohl zu nahezu allen führenden Freikorpspersönlichkeiten, die zwischen April und August des Jahres 1919 im Baltikum aktiv gewesen waren, Kontakt.[286] Man kannte sich, zumeist herrschte Einigkeit über

281 So konstatierte auch von der Goltz, dass dem Freikorps die »altpreußische Disziplin« fehlen würde. Goltz: Sendung, S. 179.

282 Grimm: Vor den Toren, S. 202.

283 Vgl. schon die zeitgenössische Wertung in: BArch: R 8038/17, Bl. 51.

284 Lediglich gegenüber von der Goltz habe sich Pfeffer »dagegen verwahrt [er habe] in dem ihm [Pfeffer] gänzlich unbekannten Lande […] eigenständige Politik treiben« wollen. Goltz: Sendung, S. 180.

285 Ebenda, S. 180. Die Historiker Malinowski und Reichardt verwenden hingegen die trefflichere Begrifflichkeit des »Gewaltspezialists«. Stephan Malinowski et al.: Die Reihen fest geschlossen? Adelige im Führerkorps der SA bis 1934, in: Eckart Conze (Hrsg.): Adel und Moderne, Köln 2004, S. 119-150, S. 146.

286 Neben den bereits Erwähnten von der Goltz, von Brandis und von Medem sind hier unter anderem: Erich Balla, Rudolf Berthold, Josef Bischoff, Bruno Ernst Buchrucker, Hans Baron Manteuffel-Szoege, Horst von Petersdorff zu nennen. Es lässt sich konstatieren, dass im Baltikum eine derart intensive Vernetzung jener republikfeindlichen Klientel stattfand, wie sie sonst nur in ähnlicher Form rund um die Ereignisse der Niederschlagung der Bayerischen Räterepublik und beim Grenzschutz in Schlesien festzustellen ist.

Ziele und Vorgehen. Weltanschaulich trafen hier diverse Ausprägungen rechtsradikaler Ideologien aufeinander und vermengten sich.[287] Pfeffer wurde Teil einer sich in weltanschaulicher Radikalität selbst immer wieder überbietenden Klientel.[288] Zugleich kam er hier, intensiv wie nie zuvor, mit dem aggressiven rassistischen Antisemitismus in Kontakt und machte ihn sich fortan zu eigen.[289] Schließlich erfolgte im Baltikum der endgültige Bruch mit jeglicher Form einer bürgerlichen oder regulären militärischen Existenz Pfeffers. Hatte Pfeffers Feindschaft in Münster noch primär den Kräften gegolten, die auch für die reguläre Regierung eine Gefahr von links darstellten, war spätestens mit Ende des Baltikumabenteuers die Entfremdung auch von der republikanischen Regierung vollkommen. Das Nachgeben der Regierung in der Baltikumsfrage, der scheinbare Verrat an den Truppen und nicht zuletzt die Ratifikation des Versailler Vertrages bestärkten Pfeffer in seiner rigorosen Frontstellung gegen alle Elemente der neuen Ordnung.

Wie abrupt das Abenteuer ein Ende fand, zeigt ein Schreiben Pfeffers an das Generalkommando. Noch am 11. Mai schrieb Pfeffer voller Selbstvertrauen: »Das Freikorps hat noch Bedarf an jungen energischen lebensfrischen Offizieren und Fähnrichen aller Waffen. Könnte in der Zeitung annonciert werden? […] Ich bin überzeugt, dass die Zukunft dieser Herren beim Freikorps mindestens ebenso sichergestellt ist, wie bei einer Reichswehrbrigade, jedenfalls aber sehr viel interessanter.«[290]

Nur wenige Wochen später fand mit dem Scheitern der Baltikumsunternehmung diese Hochstimmung ihr Ende.[291] Da eine Übernahme des disziplinarisch anrüchigen Freikorps in die Vorläufige Reichswehr für die Verantwortlichen ohnehin nicht infrage kam, war die Zukunft des Korps ungewiss.[292] Auch Pfeffer drohte ein jähes Erwachen aus dem »Traumland der Waffenstillstandsperiode«.[293]

287 Vgl. Kapitel 2.5.

288 Vgl. zum radikalen Antisemitismus der Baltikumer: Joachim Schröder: Der Erste Weltkrieg und der »jüdische Bolschewismus«, in: Gerd Krumeich et al. (Hrsg.): Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010, S. 77-96, S. 90 sowie ebenda, S. 102 f.

289 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009. Vgl. zu Pfeffer Kapitel 2.2.5.

290 StdAM: D Nr. 2, Bl. 508. Bericht Pfeffers vom 11. Mai 1919. Deutlich wird, wie Pfeffer hierbei auch auf das Motiv der Abenteuerlust anspielte.

291 Vgl. dazu Pfeffer in: StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 22.

292 BArch-MA: RH 69/376, Bl. 251. Auch die Münsteraner Linke lehnte nach wie vor scharf ab. Vgl. StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 4, Bl. 468. Dem Umbau der Reichswehr war inzwischen auch Pfeffers ehemaliges IR 13 der Heeresreduzierung zum Opfer gefallen, BArch-MA: RH 53-6/20, Bl. o. Nr.: Standorte der Reichswehr VII. Armeekorps, 18. Juni 1919 und 11. August 1919. Das IR 13 wurde schließlich am 30. September als Regiment aufgelöst. Zur Bedeutung des Heimatregiments für einen Offizier vgl. Kapitel 1.2.4.

293 Ernst Troeltsch: Spektator-Briefe. Aufsätze über die Deutsche Revolution und die Weltpolitik 1919-1922. Hrsg. von Hans Baron, Tübingen 1924, S. 69.

2.2.4 Kapp und die Unruhen im Ruhrgebiet

Zunächst wurden jedoch die heimkehrenden Teile des Freikorps[294] bei ihrer Ankunft am 13. September in Münster triumphal empfangen.[295] Die konservative Schaumburg-Lippische Landeszeitung schrieb: »Buntes, militärisches Leben und Treiben herrscht seit einigen Tagen in den Straßen unserer Stadt. Wirkliche, richtige Soldaten in alter Disziplin und Strammheit, Soldaten, wie sie einst eine ganze Welt, deren Lehrmeister sie waren, mit dem Ruhme ihrer Tapferkeit erfüllten, sieht man im Gleichschritt nach Trommeln und Querflöten marschieren.«[296]

Neben der jubelnden Zustimmung der Rechten[297], war das Freikorps nach seiner Rückkehr zugleich auch der permanenten Kritik der Linken ausgesetzt.[298] Besonders dem neugegründeten sozialdemokratischen »Volkswille« aus Münster kam hier eine besondere Rolle zu.[299] Bald kam es zudem zu Konflikten mit der einheimischen Bevölkerung, die über die rauen Umgangsformen der einquartierten Soldaten kaum erfreut war.[300] Die staatlichen Institutionen hatten auf Pfeffers Korps keinerlei Zugriff. So war auch das Wehrkreiskommando »ohne jeglichen Einfluss« auf das »in den Dörfern des Münsterlandes« untergebrachte Freikorps Pfeffer und konnte »seinen Erlassen diesen Formationen gegenüber keinen Nachdruck verschaffen«.[301] Auch waren die Institutionen der Republik, entgegen der Ankündigung Zimmerles, nicht in der Lage, das Freikorps aufzulösen.[302] Mehr notgedrungen versetzte man das Korps daher an die niederländische Grenze, einen Einsatzort mit scheinbar geringer militärischer und politischer Brisanz.[303]

Auch wenn die Loyalität zum Kaiser in den Reihen der Freikorps inzwischen im Sinken begriffen war,[304] hatte der neue Einsatzort für das Korps doch eine besondere symbolische Dimension[305] – war doch die Diskussion um die Frage

294 Es handelte sich hier wohl um jenen Teil, der direkt aus Kurland nach Münster versetzt wurde. Die Teile, die zunächst der Brigade Schaulen zugeordnet wurden, folgten am 13. August. StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 4, Bl. 123 und 468.

295 Die Versetzung erfolgte wahrscheinlich mit einem Zwischenaufenthalt im bayerischen Schönsee: Schmidt-Pauli: Geschichte der Freikorps, S. 361.

296 ›Schaumburg-Lippische Landeszeitung‹ vom 13. September 1919.

297 StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 5: 9. September bis Oktober 1919, Bl. 424. Der Empfang des Freikorps in Osnabrück.

298 Ebenda, Chronik, Bd. 5, Bericht vom 25. Oktober 1919.

299 Vgl. FN 2/841 ff.

300 Ebenda, Chronik, Bd. 4, Bl. 426.

301 StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 4, Bl. 425.

302 AA: Zukunft der baltischen Provinzen, 20d, Nr. 1, Bl. 93 f.

303 BArch: R 1507/578-41, Bl. 30.

304 Barth: Freiwilligenverbände, S. 107 f.

305 Gerade in den ländlichen Gebieten des Münsterlandes, woher ja auch ein Gros der Freikorpsmitglieder sozialisiert worden war, hatte die Kaiserfamilie nach wie vor eine hohe Popularität. So hatte der »Bund deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II.« nach eigenen An-

der Auslieferung Wilhelms II. an die Alliierten durch die niederländische Regierung in vollem Gange.[306] In typischer Selbstüberschätzung der eigenen Rolle und militärischen Leistungsfähigkeit[307] sah man sich wohl selbst als eine Art Pressionsinstrument gegenüber der niederländischen Regierung. Ob im Falle einer Auslieferung Wilhelms II. an die Alliierten das Freikorps von Pfeffer von der Regierung zu kontrollieren gewesen wäre, muss offenbleiben.

Am 6. November 1919 wurde das Freikorps schließlich doch offiziell aufgelöst.[308] Kleinere Teile davon wurden dem Reichswehr Infanterie-Regiment 62 angegliedert.[309] Eine Übernahme der gesamten Einheit, samt des für die Identität des Korps wichtigen Stabs, war, aus nachvollziehbaren Gründen, nicht vorgesehen.[310] So agierte der Nukleus des Korps weiter außerhalb der Reichswehr und damit jeglicher limitierender Institutionen.[311] Eine Abgabe der Waffen kam für die ehemaligen Mitglieder ebenfalls nicht infrage.[312]

Im Anschluss, zwischen Ende 1919 und März 1920, verminderte sich der Einfluss Pfeffers deutlich.[313] Ende des Jahres schätzten die Militärs die Stärke

gaben im Münsterland Mitte Juli 1919 rund 30.000 Mitglieder. Ebenda, Chronik, Bd. 4, Bl. 94.

306 Walter Schwengler: Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982, S. 234 ff. und 390 ff.

307 Selbst der Freikorpsführer Peter von Heydebreck ging davon aus, dass 90 Prozent der Freikorps in einer ernstzunehmenden militärischen Auseinandersetzung keinen Wert hätten. Peter von Heydebreck: Wir Wehr-Wölfe. Erinnerungen eines Freikorpsführers, Leipzig 1931, S. 56 ff.

308 Schmidt-Pauli: Geschichte der Freikorps, S. 361.

309 Thoms: Handbuch zur Geschichte der Freikorps, S. 148.

310 BArch-MA: RH 69/376, Bl. 251.

311 Vgl. Ewald von Kleist: Vom Freikorps zum neuen Heer, in: Hans Roden (Hrsg.): Deutsche Soldaten, Leipzig 1935, S. 245-258, S. 245.

312 BArch-MA: RH 53-4/541 Bl. 56 ff.

313 Überraschendes zeigt ein im Jahr 1923 angefertigtes Protokoll des Reichskommissariats für die Überwachung der öffentlichen Ordnung. Es weist für den August 1919 auf die Anwesenheit Pfeffers in Oberschlesien hin. Demnach soll sein Freikorps hier »die erste polnische Erhebung niedergeschlagen« haben. »Der Generalstab war in Breslau. In der Folgezeit bekam er noch Verstärkung von [sic!] Baltikum. Am 20. März 1920 hat sich von Pfeffer gelegentlich des Kapp-Putsches zum Herrn von Oberschlesien mit der Unterstützung des Freikorps von Aulock gemacht.« (BArch: R 1507/344, Bl. 12. Dies findet auch Erwähnung in: Nakata: Grenz- und Landesschutz, S. 8 f.). Es handelte sich hier jedoch zweifelsohne um eine Fehlinformation der Dienststelle. Pfeffer hatte nachweislich weder »seit Beginn 1919 ein Freikorps in Oberschlesien kommandiert«, noch gab er bei seinem Prozess im Frühjahr 1921 an, in Schlesien aktiv gewesen zu sein. Angesichts der im Reich vorherrschenden desolaten Infrastruktur wäre ein solch rasches Verlegen, zunächst von der holländischen Grenze nach Oberschlesien und dann, innerhalb kaum einer Woche wieder zurück zu seiner nächsten nachgewiesenen Wirkungsstätte beim Kapp-Putsch und bei den Ruhraufständen im März, wohl unmöglich gewesen. Siehe auch BArch: R 1507/578-41, Bl. 30. Auch in der zeitgenössischen deutschen Erinnerungsliteratur zu den Kämpfen 1919 in Schlesien ist Pfeffer nicht genannt. Vgl. etwa Bernhard von

seines Freikorps auf etwa 250 Mann.[314] Trotzdem blieb es aber auch über das Jahr 1919 hinaus bewaffnet und einsatzbereit.[315] Wie nachlässig man seitens der Regierung die Auflösung der Freikorps bis dato betrieben hatte, sollte sich am 12. und 13. März 1920 zeigen, als in Berlin der Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp mit Unterstützung des Generals der Infanterie, Walther von Lüttwitz' nach mehreren gescheiterten Anläufen putschte.[316] »Die stärkste Stütze für den Umsturz waren die Freikorps.«[317]

Am 29. Februar hatte Reichswehrminister Noske unter dem Druck der Alliierten und im Zuge der Heeresreduzierung die Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt und des Freikorps Löwenfeld angeordnet – Auslöser für den Kapp-Putsch am 13. März 1920. Die Ursachen lagen jedoch tiefer. Als Hauptgrund ist die mangelnde Akzeptanz des parlamentarischen Systems und die damit verbundene politische Exklusion vieler ehemaliger Eliten zu nennen. Deutlich wurde dies, als bei der entscheidenden Besprechung am 13. März sich nur Walther Reinhardt, der Chef der Heeresleitung, für ein militärisches Vorgehen gegen die Putschisten aussprach.[318] Die Reichswehr schützte die legitime Regierung nicht. Diese floh anschließend über Dresden nach Stuttgart. Aufgrund der dilettantischen Organisation scheiterte der Putsch jedoch bereits nach fünf Tagen – weniger an dem ausgerufenen Generalstreik, als vielmehr an der legitimistischen Haltung der Verwaltung.[319]

In den Freikorps fand der Putsch fast durchweg breite Zustimmung.[320] Obwohl deren Führer zumeist selbst von den Ereignissen des 13. März überrascht

Hülsen: Freikorps im Osten, in: Hans Roden (Hrsg.): Deutsche Soldaten, Leipzig 1935, S. 110-118, S. 113; Wilfried von Loewenfeld: Das Freikorps von Loewenfeld. 3. Marine-Brigade, in: Hans Roden (Hrsg.): Deutsche Soldaten, Leipzig 1935, S. 149-158, S. 155; Schmidt-Pauli: Geschichte der Freikorps, S. 225; Salomon: Freikorpskämpfer, S. 17. Vgl. auch BArch-MA: RH 61/12, BArch-MA: RH 61/18, bes. Bl. 19 f. sowie BArch-MA: RH 61/7, Bl. 267 ff. Pfeffer selbst gab später an, dass er in dieser Zeit »im Stillen gearbeitet« hätte. BArch: R 8034 III/349, »Der Prozeß gegen Hauptmann Pfeffer von Salomon«, Bl. 113.

314 BArch-MA: RH 69/376, Bl. 251.

315 Pfeffer stellte rund ein Jahr später fest, dass sein Freikorps, obwohl offiziell schon im November 1919 aufgelöst, erst Ende März 1920 »dann der Auflösung verfallen« sei. BArch: R 1507/578-41, Bl. 30.

316 Guth: Loyalitätskonflikt, S. 190 ff. Die Putschisten um Ehrhardt, Lüttwitz und Kapp können nicht als Repräsentanten einer homogenen Gruppe der rechten Nachkriegsverlierer im Reich gelten. Vielmehr entstammten die Idee und schließlich auch die Initiative zum Putsch einer kleinen Clique ohne echte parteipolitische und ganz ohne breite gesellschaftliche Verankerung.

317 So der Aufmacher einer (unbekannten) Zeitung. BArch: R 1507/228, Bl. 5. Vgl. Eger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, S. 92.

318 Guth: Loyalitätskonflikt, S. 225.

319 Schulze: Weimar, S. 216. Der Generalstreik entfaltete aufgrund des anstehenden Wochenendes hingegen nur wenig Wirkung.

320 Mauch spricht in diesem Zusammenhang von einer »Negativ-Auslese« unter den Freikorps. Mauch: Nationalistische Wehrorganisationen, S. 40.

waren, waren die Korps innerhalb weniger Stunden einsatzbereit.[321] Die meisten versuchten in ihrem regionalen Umkreis die Ansprüche Kapps durchzusetzen. Einige setzten sich sogar in Richtung Berlin in Marsch, um Kapp dort militärisch zu unterstützen.

Was erhofften sich die Freikorps von Kapp? Dass man das Rad der Zeit nicht vor den November 1918 zurückdrehen konnte, musste auch den politisch Unbedarftesten bewusst gewesen sein. Allein, dass Kapp einen Bruch in der Kontinuität der ›Novemberregierungen‹ darstellte, war in den Augen der Freikorps Legitimation genug. So erhoffte man sich von der neuen Regierung die Ablehnung der parlamentarisch-demokratischen Ordnung sowie das Ende des innen- wie außenpolitisch hemmenden parteipolitischen und gesellschaftlichen Interessenpluralismus.[322] Neben diesen staatspolitischen Konzepten stand zudem ein schlicht egoistisches Motiv. Man ging davon aus, dass die Korps als militärische Stütze der neuen Regierung und ihres zu erwartenden rechtskonservativen Kurses der Auflösung entgehen würden.

Kurzfristig schien sich diese Perspektive trotz des Scheiterns des Putsches zu erfüllen. Im Zuge des am 13. März ausgerufenen Generalstreiks hatte sich im Ruhrgebiet aus den bewaffneten Arbeiterwehren die »Rote Ruhrarmee« gebildet. Nicht weniger geschickt als die Freikorps, hatten die radikalen Träger der Rätebewegung von 1918/19 es bis in den März 1920 vermocht, sich der Waffenabgabe zu entziehen. Der Rechtsputsch und der Aufruf zum Generalstreik vom 13. März[323] waren nun, spiegelbildlich zu Absichten rechter Kreise,[324] der Auslöser einer revolutionären Dynamik von links geworden. Besonders im Ruhrgebiet war diese weder von den Kappisten, noch von der sich auf der Flucht befindlichen legitimen Regierung zu kontrollieren.[325] Schon am 14. März, keine 48 Stunden nach dem Einmarsch der Marine-Brigade Ehrhardt in Berlin, meldete das Wehrkreiskommando VI: »In Bochum, Witten, Herne, Halver, Hagen, Wetter haben Radikale durch Waffengewalt Macht in den Händen, Einwohnerwehren teilweise entwaffnet. Ausruf der Räterepublik ist zu erwarten.«[326]

321 Kapp versprach den Freikorps eine Zulage von sieben RM täglich und eine Einmalzahlung von 50 RM. Rudolf Mann: Mit Ehrhardt durch Deutschland. Nachdruck von 1921, Toppenstedt 2004, S. 205.

322 Vgl. Eger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, S. 63.

323 Erwin Könnemann: Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, München 2002, Dok. Nr. 101, S. 155 f. Aufruf des ADGB und der Afa zum Generalstreik vom 13. März 1920.

324 So kursierte in rechten Kreisen die Idee, auf einen Putsch von links zu warten, um anschließend selbst aktiv zu werden. Vgl. zur Provokationsstrategie der Rechten: Mauch: Nationalistische Wehrorganisationen, S. 58, sowie für das Umfeld Pfeffers: FN 2/441.

325 Die auch in Berlin auftretenden Unruhen wurden von der Brigade Ehrhardt und weiteren Freikorps rasch unter Kontrolle gebracht. Schulze: Weimar, S. 219.

326 BArch: R 1603/2278, Bl. 141, Rundschreiben des Wehrkreiskommandos VI. vom 14. März 1920.

Von der militärischen Schlagkraft der Linken überrascht, befanden sich die soeben erst reaktivierten Freikorps hier zunächst fast überall in der Defensive.[327] In Münster und später in Mülheim an der Ruhr wurde Pfeffers Freikorps von Aufständischen derart unter Druck gesetzt, dass er am 19. März den Abmarsch befehlen musste.[328] Identisch war die Lage beim Freikorps Schultz.[329] Die Freikorps von Lützow und Hacketau erlitten die denkbar größte Demütigung. Sie mussten in das von Frankreich besetzte Gebiet flüchten und wurden dort entwaffnet.[330] In der freikorpseigenen Geschichtsschreibung dauerhaft präsent blieben die Ereignisse um eine Abteilung des Freikorps Lichtschlag, der »Batterie Hasenclever«, die in diesen Tagen vollständig aufgerieben wurde.[331] Lichtschlag, zu dem auch Pfeffer engen privaten Kontakt hielt,[332] erlitt mit seinem Korps beim Versuch des Entsatzes bei Dortmund ebenfalls schwere Verluste. Sein Freikorps verlor daraufhin sogar seine militärische Eigenständigkeit und wurde anschließend dem Reichswehr-Schützen-Bataillon 107 unterstellt.[333]

In vielen Städten kooperierten die Bürgermeister notgedrungen mit den Aufständischen.[334] Bereits am 12. März wurde der Ausnahmezustand verhängt und politische Versammlungen eingeschränkt.[335] Erst als Watter unter seinem Oberbefehl die Freikorps zusammenfasste und sie der Reichswehr eingliederte, stellte sich der Waffenerfolg ein.[336] Das Freikorps Pfeffer wurde der »Division Münster« zugeordnet,[337] die später vom Norden her in das Industriegebiet vordringen sollte. Watter griff hierbei zu drastischen Maßnahmen. So heißt es in einem Rundschreiben vom 22. März:

»Die bisherigen Misserfolge der Truppen liegen in erster Linie in psychologischen Momenten begründet. Die Truppe hatte überall mit einer derar-

327 Schulz: Freikorps im Industrie-Gebiet, S. 30 ff. und BArch-MA: RH 61/6, Bl. 124 ff.

328 BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, März 1934 (4) Folge 3: Walter Sager: »Die rote Armee in Essen«, S. 5. Vgl. auch Pfeffers militärischen Misserfolg in Münster gegen die Aufstände des Frühjahrs 1919. Kapitel 2.2.1.

329 Ebenda, Walter Sager: »Die rote Armee in Essen«, S. 5.

330 Hans Schwarz van Berk: Rote Armee an der Ruhr, in: Ernst Jünger (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 203-218, S. 205.

331 BArch-MA: RH 61/6, Bl. 125 f. oder George Eliasberg: Der Ruhrkrieg von 1920, Bonn, Bad Godesberg 1974, S. 79 ff. Vgl. auch aus der linken BRD-Historiographie zu den Ereignissen um das Freikorps Lichtschlag: Ehrhard Lucas: Märzrevolution im Ruhrgebiet. März/April 1920. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand März-April 1920, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1970, S. 163 ff.

332 StdAM: D Nr. 2, Bericht Pfeffers vom 11. Mai 1919, Bl. 508.

333 BArch-MA: RH 61/6, Bl. 127 ff.

334 Schwarz van Berk: Rote Armee, S. 206.

335 BArch-MA: RH 53-6/53, Bl. 68 ff.

336 Vgl. zum militärischen Vorgehen der Regierungstruppen: BArch-MA: RH 61/6, Bl. 201 ff.

337 Vgl. zur Haltung Watters rund um die Kapp-Ereignisse: ebenda, Bl. 100 ff. Und zur taktischen Aufstellung: BArch-MA: RH 53-6/54, Bl. 15.

tigen Übermacht zu kämpfen, dass besonders nicht kriegsgewohnte, junge Soldaten leicht mutlos werden. Die Truppe ließ sich an verschiedenen Stellen große Menschenmassen zu nahe herankommen, sodass sie entwaffnet wurde, ehe sie noch von der Schusswaffe Gebrauch machen konnte. […] In jedem Bewaffneten ist der Feind zu sehen. Unbewaffnete […] müssen durch Feuer zersprengt werden, ehe sie an die Truppe herankommen. […] Das Wehrkreiskommando wird außerdem alle gutgesinnten Elemente durch Flugblätter nochmals auffordern, beim Anmarsch der Truppe in den Häusern zu bleiben. Wer sich auf der Straße dann noch zeigt, trägt selbst sein Leben zu Markt. […] Verhandelt wird nicht. […] Standgerichte sind überall zu bilden.«[338]

Pfeffer und die Freikorps befanden sich nun in der paradoxen Situation, erneut für jene Regierung einzutreten, die die Freikorps seit langem hatte auflösen wollen und für deren Sturz man noch wenige Tage vorher gekämpft hatte. Dass man sich nun erneut in Beschlag nehmen ließ, zeigt die eigentlichen Triebkräfte innerhalb der Freikorps auf.

Als sich Reichswehr und Freikorps von der Überraschung erholt hatten, gaben Organisationsgrad, militärische Ausbildung und Bewaffnung schnell den Ausschlag zu ihren Gunsten.[339] Die Ereignisse auf politisch-diplomatischer Ebene, etwa die Bedingungen des Bielefelder Abkommens[340], interessierten die Korps ebenso wenig wie die Versuche der Regierung, einen offenen Bürgerkrieg zu vermeiden. Der Frust und die aufgestaute Wut auf Republik, auf Alliierte, Parteien und deren vermeintliche Intrigen, auf Versailles,[341] den scheinbar undurchschaubaren und desintegrierenden Interessenpluralismus Weimars, ja, auch auf das eigene offensichtliche, aber nie zuzugebende Versagen, entlud sich im Ruhrgebiet ungehemmt. Ein Freikorpsmitglied schrieb: »Selbst Verwundete erschießen wir noch. […] Unser Bataillon hat zwei Tote, die Roten haben 200 bis 300 Tote. Alles, was uns in die Hände kommt, wird mit dem Gewehrkolben zuerst abgefertigt und dann noch eine Kugel.«[342]

Watter ließ die Korps nicht nur gewähren, die offizielle Befehlslage verschärfte die Spirale der Gewalt noch.[343] Am 24. März wurde der Befehl zur

338 BArch: R 1603/2278, Bl. 75, Rundschreiben von Watters 22. März 1920.

339 BArch-MA: RH 53-6/54, Bl. 60, sowie BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Dezember 1934 (4) Folge 12, S. 10, Bericht eines Oberkommandierenden der Roten Armee im Märzaufstand vor dem Moskauer Kongress 1921. Watter lobte in seinem Schreiben vom 2. April an das Wehrkreiskommando VI ausdrücklich die ausgezeichnete Moral der Truppe: BArch-MA: RH 53-6/53, Bl. 11.

340 Vgl. zur Rechtfertigung der Militärs: ebenda, Bl. 21 f.

341 Barth: Freiwilligenverbände, S. 109.

342 Zit. nach Ulrich Heinemann: »Die Arbeiterschaft kommt zu Wort, aber nicht zu Ergebnissen …«. Arbeiter und Arbeiterbewegung zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, in: Bernd Faulenbach (Hrsg.): Eine Partei in ihrer Region, Essen 1988, S. 80-88, S. 87.

343 Vgl. FN 2/338.

Einrichtung von Standgerichten erlassen. Hierfür war ein »formloses Verfahren« innerhalb 24 Stunden vorgesehen.[344] Der Ruhraufstand im März 1920 war das Aufeinandertreffen zweier ideologisch fanatisierter Gegner, wie man es in Europa wohl erst in Spanien zwischen 1936 und 1939 wieder sah. Militärisch war es eine ungleiche Auseinandersetzung. Pfeffer war in seinem Element. Der Ruhraufstand führte ihn nicht nur in klare militärische Strukturen zurück, er befreite ihn auch von dem Ballast des Abwartens und der Untätigkeit und setzte in der Folge neue antirepublikanische Energien frei.

So uneingeschränkt Pfeffer die radikalste Vorgehensweise an der Ruhr befürwortete, so unerwartet ist der einzige zeitnahe überlieferte Kommentar Pfeffers zu den Kapp-Ereignissen. Rund ein Jahr später äußerte sich Pfeffer, dass er bei Kapp »mit seinen Sympathien […] nicht dabei gewesen« sei.[345] Vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I in Stargard berichtete er zudem

> »auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich am Kapp-Putsch beteiligt habe, […] dass ihm Kapp und seine Leute bedeutend sympathischer gewesen seien, als die Anhänger der schwarz-rot-goldenen Fahne, dass ihm aber die Art und Weise, wie Kapp und Lüttwitz ihre Ideen durchsetzen wollten, aufs Tiefste zuwider waren. Immerhin hätte er sich wohl auch auf Kapps Seite gestellt, wenn ganz Nord- und Mitteldeutschland Kapp gefolgt wäre.«[346]

Da es sich bei dieser Passage um eine Stellungnahme vor jenem Gericht handelte, vor dem Pfeffer sich im Frühjahr 1921 wegen der Bildung einer militärischen Organisation rechtfertigen musste,[347] ist die Frage nach der Glaubwürdigkeit dieser Aussage zu stellen. In späteren Lebensläufen, erst recht nach seinem Eintritt in die NSDAP Anfang 1925, gab Pfeffer die Teilnahme am Kapp-Putsch aus nachvollziehbaren Gründen stets als Teil seiner Vita an.[348] Zudem zeigte bereits die Gründungsgeschichte seines Freikorps: Pfeffer war ein Meister der Camouflage.[349] Ziel war es, vor Gericht ein positives Bild seiner Person zu zeichnen. Flexibel und adressatenbezogen zu argumentieren, sowie auf diplomatischem Gebiet durch Winkelzüge zwischen den Bruchlinien der gegnerischen Front zu agieren, diese Gabe hatte Pfeffer allzu offensichtlich. Seine juristische Ausbildung und ein gewisses rhetorisches Talent kamen ihm

344 BArch-MA: RH 53-6/53, Bl. 26. »Ein Protokoll empfiehlt sich«, heißt es darin weiter.

345 BArch: R 8034 III/349, »Der Prozess gegen Hauptmann Pfeffer v. Salomon«, Bl. 113. Die zeitgenössische Literatur gibt keine Auskunft zu Handlungen wie zur Geisteshaltung Pfeffers während der Kapp-Ereignisse. In der sonst wenig bescheidenen Zeitzeugenaussage sprach Pfeffer selbst lediglich davon, dass die »norddeutschen Freikorps« die Weimarer Reichsregierung in Berlin »gesprengt« hätten. Pfeffer: Die Bewegung, S. 11.

346 BArch: R 1507/578-41, Bl. 30.

347 Vgl. Kapitel 2.3.

348 Etwa: Braunhemden im RT, S. 122.

349 Vgl. Kapitel 2.2.1.

hierbei sicher zugute. Da er jedoch in Stargard nicht als Angeklagter bezüglich der Kapp-Ereignisse vor Gericht stand[350] – hierzu war bereits im Jahr 1921 eine Amnestie ergangen[351] –, ist nicht davon auszugehen, dass es sich hier um eine rein opportunistische Aussage handelte. Tatsächlich betrachtete Pfeffer die Putschereignisse wohl mit einer gewissen Skepsis. Führt man sich Pfeffers Reaktionen auf die Ereignisse des rund zweieinhalb Jahre später erfolgten Hitler-Putsches vor Augen, wird die Diskrepanz noch deutlicher.[352] Trotz Hitlers Scheitern war Pfeffer euphorisiert von der (vermeintlichen) gesellschaftlichen Integrationsleistung Hitlers, die zudem noch dazu, über die Person Ludendorff, eine Kontinuität zum Kaiserreich konstruierte.[353] Beides vermochten die Kappisten nicht.

Neben dieser weltanschaulichen Kritik ist die organisatorische Kritik Pfeffers an den Kapp-Ereignissen anzuführen. Allein durch die militärische Potenz der Freikorps mussten die Bedingungen für einen Rechtsputsch im Frühjahr 1920 als günstig angenommen werden. Noch hatte sich das republikanische System nicht etabliert. Diese Chance, so wohl ein Vorwurf Pfeffers, wurde durch den organisatorischen Dilettantismus und das offensichtliche Fehlen eines Konzeptes oder gar Regierungsprogramms der Kappisten leichtfertig verspielt. Fast zwangsläufig mussten künftige Umsturzversuche unter weit schwierigeren Voraussetzungen stattfinden. Kapp und Lüttwitz trugen damit indirekt sogar zu einer kurzfristigen Stabilisierung des Weimarer Systems bei.[354] Zudem musste dem Organisator Pfeffer das stümperhafte und zögerliche Vorgehen in Berlin bitter aufgestoßen haben. Für Pfeffer war offensichtlich: Die Truppe hatte ihre Aufgabe erfüllt, die Politik hatte versagt.[355] Hartmut Plaas, später Publizist und als Mitglied der Marine-Brigade Ehrhardt Teilnehmer am Putsch, brachte die Einstellung vieler Freikorpssoldaten auf den Punkt: »Wer kein Standrecht riskiert, soll keinen Umsturz versuchen«[356] – eine Aussage, die wohl ebenso dem energisch-gewaltbereiten, »schnell zufassenden«[357] Pfeffer zuzuschreiben gewesen wäre.

Schließlich, als vielleicht stärkstes Argument für seine Skepsis gegenüber der Kapp-Aktion, ist die verletzte Eitelkeit Pfeffers zu nennen. Pfeffer fühlte

350 Vgl. Kapitel 2.4.2.
351 Jürgen Christoph: Die politischen Reichsamnestien 1918-1933, Frankfurt a. M. 1988, S. 65 ff.
352 Vgl. Kapitel 5.1.
353 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.
354 Mittelfristig destabilisierten die Kapp-Ereignisse die Republik allerdings massiv, u. a. da sowohl die republikfeindliche Rechte als auch die radikale Linke durch den Verlauf der Ereignisse eine Legitimität für sich proklamierten.
355 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 20; Pfeffer: Die Bewegung, S. 11. So etwa auch Ehrhardt an den Historiker Johannes Erger vom 19. Juni 1958, nach: Krüger: Die Brigade Ehrhardt, S. 69.
356 Plaas: Das Kapp-Unternehmen, S. 184.
357 Vgl. Goltz: Sendung, S. 180.

sich wie viele Freikorpsführer in den Planungen übergangen.[358] Dies hatte zur Folge, dass die Korps noch während ihrer Mobilisierungsphase von der unerwartet heftigen militärischen Gegenwehr der Arbeiterschaft überrascht wurden. Für Pfeffers Korps hatte dies ganz unmittelbar mit dem erzwungenen Rückzug aus Münster und Mühlheim einen erheblichen Verlust an Kampfkraft, Moral und nicht zuletzt an Prestige zur Folge.[359]

Dennoch beteiligte sich Pfeffer am Putsch. Durch seine weltanschauliche Verortung, seine unbedingte Gegnerschaft zur Republik und nicht zuletzt durch den immanenten Zwang zur Aktion und des drohenden persönlichen Absturzes in die Bedeutungslosigkeit war jede Alternative ausgeschlossen. Eine maßgebliche Rolle, militärisch oder politisch, hatte er jedoch nicht inne.[360] Pfeffer stand exemplarisch für die Baltikumer, die den Putsch unterstützten. Die Kapp-Aktion war nicht monarchisch, aber antirepublikanisch – sie wurde mit dem Gefühl assoziiert, was man im rechten Milieu immer diffuser unter »preußisch« subsumierte.[361] Hinzu kam die dezidiert antisemitische Stoßrichtung des Putsches[362], die gerade für die Baltikumer eine integrierende Wirkung hatte. Zudem sahen viele Freikorpsführer in dem Putsch und den anschließenden Aufständen eine neuerliche Existenzberechtigung für ihre Freikorps.[363]

Trotz dieses Frontenwechsels der Freikorps kam es zu keiner Versöhnung mit der Republik, sondern – falls dies überhaupt noch möglich war – zu einer weiteren Entfremdung.[364] Nach dem militärischen Sieg verweigerte Berlin am 23. April dem kommandierenden General Oskar Watter die Freigabe zur »Säuberung« des südlichen Rheinufers.[365] Nach Empfinden der Freikorps blieb der Sieg damit unvollständig. Hinzu kam, dass man sich in Berlin dazu

358 Vgl. dazu Pfeffer: Die Bewegung, Bl. 11. Siehe auch Schulz: Freikorps im Industrie-Gebiet, S. 26. Während er im Gegensatz hierzu von der republikanischen Regierung in die Planungen des Baltikumunternehmens, zumindest in Teilen, eingeweiht war. Vgl. FN 2/177.

359 BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, März 1934 (4) Folge 3, Walter Sager: »Die rote Armee in Essen«.

360 So findet sich auch in der weit über 1.000 Seiten starken Dokumentensammlung Könnemanns zu den Kapp-Ereignissen keinerlei Hinweis auf das Wirken Pfeffers. Vgl. Könnemann: Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch.

361 Vgl. hierzu Pfeffer in: BArch: R 8034 III/349, »Der Prozess gegen Hauptmann Pfeffer v. Salomon«, Bl. 113.

362 Schröder: Der Erste Weltkrieg, S. 95 und zeitgenössisch: Plaas: Das Kapp-Unternehmen, S. 170 f.

363 Später leiteten viele der rechtsradikalen politischen Mörder in Weimar ihre Motivation ebenfalls aus dieser Erfahrung her. Ziel war es, nicht nur durch die Provokation rechter Attentate die Republik zu destabilisieren, sondern auch die Provokation linker Aufstände. Unter diesen Umständen, so erhoffte man sich, würden die Freikorps und ihre Nachfolgeorganisationen wieder eine Existenzberechtigung erlangen. Vgl. Mauch: Nationalistische Wehrorganisationen, S. 58.

364 Auch half es freilich nicht, dass die republikanische Regierung den Freikorps die von Kapp zugesagten Prämien auszahlte. Vgl. FN 2/321.

365 BArch-MA: RH 61/6, Bl. 267. Am 27. April trat Watter daraufhin zurück.

entschloss, zur Befriedung der Situation die gefangenen Aufständischen rasch freizulassen.[366] Schließlich hatten die Kapp-Ereignisse der Berliner Regierung einmal mehr, trotz der formal schon seit über einem halben Jahr erfolgten Auflösung, die militärische Potenz der Freikorpsverbände vor Augen geführt. Die Bemühungen um eine tatsächliche Auflösung der Freikorps wurden intensiviert. An eine Reorganisation der Freikorps aus den in der »Division Münster« mediatisierten Truppen Pfeffers war nicht zu denken. Gegen Kapp, Lüttwitz, Ehrhardt, Bauer und Pabst wurden Steckbriefe erlassen.[367] Die meisten Freikorpsführer wurden nicht belangt. Pfeffer selbst wurde anscheinend, so heißt es in einem vom Publizisten Gumbel veröffentlichten und heute nicht mehr auf seine Authentizität überprüfbaren Dokument, »versetzt«.[368] Das am 4. August im Reichstag verkündete Amnestiegesetz sicherte Pfeffer, wie den meisten Freikorpsführern, Straffreiheit zu.[369]

2.2.5 Wirkung und Schlüsse: Pfeffer als Freikorpsführer

> »Die Bürgerkriegsmentalität hat ihn besiegt, er hat sie sich nicht bewusst zu Eigen gemacht, Pfeffer war genauso wie seine beiden Vettern Bruno und Ernst von Salomon Revolutionär nicht aus vorwärtsschauendem Gestaltungswillen, sondern aus reaktionären Anti-Gefühlen. Er hasste den Weimarer Staat, weil er ihm nach seiner Meinung die bessere und schönere Vergangenheit zerstört hatte.«[370]

Die rund 15 Monate als Führer seines eigenen Korps geben einen tiefen Einblick in die Haltung und das Wertesystem des 30-jährigen Franz von Pfeffer.[371] So lassen sich fünf zentrale Befunde extrahieren. Offensichtlich wird, erstens, die für die Freikorpsführer exemplarische dauerhafte Unversöhnlichkeit mit dem neuen Staat. Rückblickend beschrieb Pfeffer die Ursachen wie folgt:

> »Der Zusammenbruch des glanzvollen Kaiserreiches traf uns Frontkämpfer in Formen, die uns nicht nur vollständig neu, sondern auch nie im Entferntesten von uns bedacht waren. Presse und Regierung und damit die ganze

366 Ebenda, Bl. 266.

367 BArch: R 1507/228, Bl. 39.

368 Gumbel: Verschwörer, S. 40. Da Pfeffer sich aber in den kommenden Monaten außerhalb der Kommandostrukturen der Reichswehr bewegen sollte, bleiben hier jedoch die genauen Zusammenhänge offen. Sollte das von Gumbel herangezogene Dokument authentisch sein, zeigt dies in jedem Fall auch Pfeffers geringe Rolle beim Kapp-Putsch.

369 Christoph: Reichsamnestien, S. 73 ff.; Gumbel: Verräter, S. 136. So wurde kein einziger Freikorpsführer strafrechtlich belangt. Hoegner: Die verratene Republik, S. 274.

370 Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 219.

371 Für Pfeffers Motivationen und Weltanschauungen im Nachkrieg bietet sein Manuskript aus dem Jahr 1938, trotz der unverkennbaren Tendenz zur nationalsozialistischen Überzeichnung, den zentralen Zugang.

> Öffentlichkeit bewegte sich in Gedankengängen und Phrasen, die uns völlig fremd waren und in allen Teilen unseren Auffassungen widersprachen. Das ging so weit, dass wir uns manchmal an den Kopf fassten, ob wir nicht träumten. Die neue Welt war uns so wesensfremd und gegensätzlich, dass ohne Schwanker der Entschluss geboren wurde, ihr Todfeindschaft anzusagen, ohne dass der Versuch nötig gewesen wäre, in die Einzelheiten ihrer Gedankengänge einzudringen und ihr Verständnis wenigstens zu versuchen. (Ich habe bis heute noch nicht einen Blick in die Weimarer Verfassung geworfen). Unser Urteil über die verderbliche Wesensfremdheit stand fest.«[372]

Bereits im Januar/Februar 1919 zeigte sich diese »Fremdheit« im Konflikt mit den Soldatenräten. Dem weltanschaulich in der wilhelminischen Staatsauffassung verankerten Pfeffer erschienen die Vertreter der Räte wie Emporkömmlinge, die durch die Revolution, und damit dem Niedergang des Reiches, persönlichen Profit hatten ziehen können und sich nun als Vertreter eines unerträglichen Systems gaben. Hinzu kamen der militärische Dilettantismus und die administrative Schwerfälligkeit der Räte sowie die Betonung des Zivilen.[373] Systematisch wurde versucht, die Autorität des Offiziers außer Kraft zu setzen. So äußerte sich ein Mitglied des GSR gegenüber den Vertrauensleuten des Freikorps Pfeffer: Er »hege gegen jeden Offizier höchstes Misstrauen«.[374] Der Höhepunkt des Versuchs des GSR, Pfeffers Autorität zu beschädigen, war das Flugblatt vom 31. Januar, in dem es an die Mitglieder des Freikorps gerichtet hieß:

> »Bedenkt, dass ihr von Offizieren geführt werdet, die im alten militärischen Geiste erzogen sind. Wir wollen diese Offiziere nicht persönlich angreifen; aber durch ihre Erziehung und Weltanschauung werden sie nur zu leicht verleitet, Euch Befehle zu erteilen, deren Ausführung nicht im Interesse der Revolution liegt. […] Lasst Euch nicht verleiten, auf streikende Arbeiter und auf eure um politische Rechte ringenden Klassengenossen zu schießen. Denkt daran, dass die Revolution noch nicht gesichert ist, und lasst Euch nicht zur Truppe der Revolutionsfeinde machen. Setzt Eure Führer rücksichtslos ab, wenn sie Euch zu gegenrevolutionären Handlungen Befehl geben. Ihr habt selbst die alte Militärherrschaft gestürzt, sorgt dafür, dass sie nicht mehr ihr Haupt erheben kann. Hoch die Revolution! Hoch die sozialistische Republik!«[375]

372 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 1.

373 Vgl. FN 2/75.

374 Die Antwort, die der Rat zu hören bekam: »Eine Truppe, die ohne ausgebildete Offiziere ausrückt, ist nicht schlagfertig«, zeigt erneut die divergierende Vorstellungswelt zwischen ehemaligen Frontsoldaten und Räten. Protokoll über die Sitzung des GSR VII. A. K. vom 10. Januar, in: Schulte: Chronik 1919, S. 96 f.

375 Flugblatt des GSR vom 31. Januar, in: ebenda, S. 207.

Dass sich die Republik dem Treiben der Räte nicht entschieden entgegenstellte, ließ sie in Pfeffers Augen zu einem Verbündeten der radikalen Linken werden. Diese persönlichen Erfahrungen scheinbar bestätigend, gestaltete sich auch die Politik der Reichsregierung aus der Perspektive Pfeffers. Das Baltikum wurde politisch aufgegeben. Versailles wurde ratifiziert und an der Ruhr sorgte die wiedereingesetzte Regierung dafür, dass eine endgültige Abrechnung mit den linken Aufständischen den Freikorps versagt wurde. Man löste die Korps stattdessen auf und überließ die Freikorpssoldaten materiell wie psychisch ihrem Schicksal. Als Reaktion darauf verbanden sich bei Pfeffer antibolschewistische Ideologie und Antirepublikanismus. Sein Vorgehen bei der Eroberung des Sennelagers sowie später im Libauer Hafen zeigen deutlich, wie weit die politisch-weltanschauliche Radikalisierung Pfeffers im April 1919 bereits vorangeschritten war.[376] Zwischen Kriegs- und Friedenszustand vermochte er kaum noch zu unterscheiden. Autoritäten akzeptierte er nur insoweit, wie es für ihn und sein Korps zweckmäßig war. Zivilgesellschaftliche Strukturen verachtete er und lehnte sie ab.

Zweitens wurde der militärische Habitus zu dem zentralen Merkmal seines Charakters und seines Auftretens. Pfeffer bemerkte intuitiv, dass, trotz des gesellschaftlichen Gesamtumfangs des Umbruchs, die Mentalitätswelten der Militärs den neuen Machthabern dauerhaft verschlossen blieben und sich so zur auch nach außen hin sichtbaren Abgrenzung eigneten.[377] Der Konflikt Pfeffers mit dem Münsteraner GSR um die Meuterei der 2. M.G.K. Pfeffers zeigt dies in aller Deutlichkeit. Als Pfeffer sein Bataillon zum Appell antreten ließ, trafen die divergierenden Lebenswelten zwischen Militärs und den Räten unvermittelt aufeinander. Pfeffer berichtete später:

> »Ich [Pfeffer] teilte dem Bataillon mit, was vorgefallen war. Inzwischen kam der Bezirks-SR hinzu. […] Gerber stellte sich, ohne mich zu fragen, so vor mich, dass er mich körperlich von meinen Mannschaften abschloss. Da ich im Dienst war, konnte ich mir das nicht gefallen lassen. Als Gerber nun anfing zu sprechen, fiel ich ihm ins Wort: ›Halt, halt, ich halte hier keine Volksversammlung ab, sondern einen Appell. Zuerst muss ich wissen, was Sie vorbringen wollen, dann erst kann ich Ihnen das Wort geben.‹ Gerber erwiderte: ›Ich als freier Mann habe das nicht nötig, das sind Volksbrüder, das habe ich nicht nötig‹. Damit sprang er auf die Seite und fing wieder an zu reden. Das ganze Bataillon entrüstete sich über dieses Verhalten und man hörte Worte wie: ›Schweinehund‹, ›haut den Lümmel nieder‹, ›Affe‹. Ich ge-

376 Pfeffer stellte keineswegs die Ausnahme dar, auch die Befehlslage der Truppen im Baltikum zeugt von Radikalität und Gewaltbereitschaft. Vgl. Befehl des Kommandeurs der Baltischen Landeswehr zur Bekämpfung von Banden vom März 1919, in: Ursachen und Folgen Bd. 3, Nr. 787, S. 546.

377 Pfeffer betonte nun immer deutlicher militärische Umgangsformen und Gewohnheiten. Vgl. Antrag des Bezirks-Soldatenrates auf Enthebung des Hauptmanns von Pfeffer, Protokoll vom 5. Februar 1919. StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, S. 12.

bot den Leuten Ruhe und sagte zu Gerber: Sie sehen, was es gibt, wenn Sie so auftreten. Was wollen sie denn eigentlich. […] Ich sagte, obwohl sie mich so brüskiert haben, gebe ich ihnen erneut das Wort. Ich befahl ›stillgestanden‹ und ersuchte die Leute zuzuhören und den Gerber nicht zu stören […] Als er fertig war, wurde Gerber von den Leuten ausgelacht und es meldete sich niemand zu Wort.«[378]

Drittens, mit dem Aufbegehren gegen das neue System kam Pfeffer erstmals intensiver mit der medialen politischen Propaganda als Methode des politischen Kampfes in Berührung. Schon in den Gründungstagen hatte sich die Propaganda der Räte unmittelbar gegen sein Freikorps gerichtet.[379] Als Instrumente dienten ihnen die im Zuge der Revolution etablierten linksorientierten Zeitungen und die mannigfach erscheinenden Mitteilungsblätter der Räte. Im Baltikum kam Pfeffer zudem mit der bolschewistischen Propaganda sowie der entsprechenden »weißen« Gegenpropaganda in Kontakt.[380] Nach seiner Rückkehr lag er fast permanent mit dem »Volkswille«, dem »Organ der Sozialdemokratie in Münster«, in Konflikt,[381] aber auch andere linke Blätter kritisierten Pfeffer massiv. Einer der drastischsten Aufrufe gegen das Freikorps stammt aus der »Roten Fahne« Mannheim. In Bezugnahme auf Pfeffers Aktion im Sennelager heißt es in einem Flugblatt:

»Das Freikorps ›Pfeffer‹! Merkt Euch diesen Namen! Das sind die Gesellen, die im Ruhrgebiet Eure Brüder, wehrlose Gefangene mit Hundepeitschen totgeschlagen haben. Das sind die feigen, elenden Buben, die sich in Heidelberg ihrer ›Heldentaten‹ im Ruhrrevier rühmen und Euch mit den gleichen Schandtaten bedrohen. Das Freikorps ›Pfeffer‹, diese Ausgeburt der Hölle, bietet jedem von Euch acht Mark Tageszulage. Acht Mark Tageszulage zahlt Euch Eure Regierung für gemeinen Mord! […] Freikorps ›Pfeffer‹! Der

378 Antrag des Bezirks-Soldatenrates auf Enthebung des Hauptmanns von Pfeffer, Protokoll vom 5. Februar 1919 in: ebenda, S. 13.

379 Pfeffer stellte dazu später sicher überzeichnet fest: »Jeder übergetretene Pfefferling […] wurde vom Arb.- und Soldatenrat sofort mit doppelter Sold-Zulage in eine Sonderwache aufgenommen und bildete – meist sofort befördert – tipptopp neu eingekleidet und fast dienstfrei, eine wandelnde Gegenpropaganda.« Ebenda, Manuskript Pfeffers, S. 16. Pfeffer gestand hier auch ein, welche Gefahr die Propaganda gerade in seiner Frühzeit für die Existenz des Freikorps und damit die persönliche Karriere des Freikorpsführers darstellte: »In diesem Zustande traf uns die auf das [für die Regierung] gefährliche Freikorps planmäßig und konzentrisch angesetzte Propaganda des neuen Systems, die nach unseren äußerlichen Waffensiegen nun nicht verfehlen wollte, auf altbewährte Methode nun auch unsere kleine Front zu zersetzen und auch die ebenfalls zum Zusammenbruch zu bringen«, ebenda, S. 14 f.

380 Zu deren Wirkung auf Pfeffer vgl. StdAM: D Nr. 2, Bl. 507. Bericht Pfeffers vom 11. Mai 1919.

381 Ebenda, Chronik, Bd. 2, Bl. 494; ebenda, Chronik, Bd. 4, Bl. 53 ff. sowie ebenda, Chronik, Bd. 5, 9. September bis Oktober 1919, Bl. 453 ff. Vgl. FN 2/841 ff.

> Fluch einer Menschheit jagt Euch durch die Lande, Schmach, Schande heften sich an Eure Taten! Wehe Euch Mörder!«[382]

Bemerkenswert ist, wie Pfeffer auf diese neuartigen Methoden der politischen Auseinandersetzung reagierte: Er verweigerte sich diesen nicht, sondern adaptierte diese und begegnete den gegnerischen Darstellungen durch eigene Propaganda. Vermehrt ließ er Werbematerial produzieren, das auf die Legalität des Freikorps hinwies.[383] Am 22. Januar 1919 bedankte er sich in einem offenen Brief für die »zahlreiche[n] Liebesgaben« für das Korps bei der Münsteraner Bevölkerung überschwänglich.[384] Auch die Anerkennungsadressen von Behörden an das Korps, wie etwa der Regierung Mannheim nach der Zerschlagung der Räterepublik, oder diejenige des Münsteraner Bürgermeisters, der sich beim Korps dafür bedankte, dass dieses im Zuge seiner Bewaffnung auch die zuvor von den Räten entwaffnete Polizei mit Waffen ausgestattet hatte, machte Pfeffer nur zu gerne publik.[385] Es ist zu konstatieren: Pfeffer machte sich die neuen Methoden, mit denen künftig politische Auseinandersetzungen entschieden wurden, zu eigen. Sie sollten ihn und seine weitere Karriere maßgeblich prägen.

Schließlich, viertens, ist festzustellen: Obwohl Pfeffer mit 30 Jahren bereits zu den älteren Jahrgängen der Freikorpsführergeneration gehörte, konnte er der Ablehnung des Systems, dem Antisozialismus und dem Antirepublikanismus, zunächst keine eigene gefestigte Weltanschauung gegenüberstellen.[386] Vielmehr bewegte er sich in diffusen Dimensionen der Verneinung. Pfeffer selbst schrieb diesbezüglich:

> »Wer vermochte die einzelnen Stücke des [weltanschaulichen] Gebäudes zu erkennen und auseinanderzuhalten? Wer hatte je seinen Blick hierin geübt? Wer hatte je analysiert, ja, jemanden anderen je analysieren hören? Fehlten der Volkssprache nicht geradezu noch die Begriffe und Worte, um das überhaupt analysieren zu können? Wem war jüdisches Wesen auch nur ein halbwegs klarer Begriff?«[387]

Der erwähnte Antisemitismus ist hier allerdings differenziert zu betrachten. So schrieb er im Jahr 1938, dass er sich »glücklicherweise […] schon seit langen Jahren (über Houston Chamberlain[388]) mit der nun einschlagenden

382 Ebenda, Bl. 427, »Rote Fahne Mannheim« vom 16. März 1919.
383 StdAM: Slg Plakate, Nr. 78.
384 Pfeffer an den Oberbürgermeister der Stadt Münster vom 22. Januar 1919, zit. nach Schulte: Chronik 1919, S. 177.
385 Ebenda, S. 83. Mit dieser Propaganda verbanden sich ab Mitte März verstärkt die Bemühen um erneute Anwerbungen, war doch seit der Beorderung des Korps nach Mannheim die Werbung für das Korps wieder erlaubt worden.
386 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 13 f.
387 Ebenda, Manuskript Pfeffers, S. 14.
388 Gemeint ist: Houston Stewart Chamberlain: Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts, München 1903.

Analyse der Dinge befasst und […] bereits eine umfassende, ziemlich ausgebildete Weltanschauung«[389] besessen habe. Dies ist zu bezweifeln.[390] Vielmehr erscheint diese Passage des Manuskripts ex post konstruiert und damit ein Spiegel Pfeffers rassischen Antisemitismus aus dem Jahre 1938 zu sein.[391] Auch dafür, dass Pfeffer, wie er schreibt, in einem ersten Aufruf für das Korps Juden ausgeschlossen hatte,[392] liegen keine dokumentarischen Belege vor. Im Gegenteil, zeitnahe Quellen, etwa die Militärberichte zu den Ereignissen in Mannheim oder die Berichte Pfeffers aus dem Baltikum an das Generalkommando, geben keinen Hinweis auf einen außerordentlichen Antisemitismus Pfeffers. Dennoch, ein vollständiges Entziehen Pfeffers von der insbesondere im Baltikum stattgefundenen Vermischung von radikalen und rassistisch aufgeladenen bolschewistischen, slawischen und jüdischen Stereotypen ist nicht denkbar.[393] Nirgendwo ist der Wandel vom mehrheitlich religiösen oder intellektuellen, in jedem Fall aber nicht mehrheitsfähigen, Antisemitismus des Kaiserreichs[394] hin zum rassistischen Antisemitismus des 20. Jahrhunderts deutlicher aufzuzeigen als im Mikrokosmos Baltikum 1919. Pfeffer war ein Teil davon.[395] Zum offenen Ausbruch kam der Antisemitismus offenbar jedoch noch nicht.

In seiner Zeit als Freikorpsführer zeigte er, fünftens, ein ausgeprägtes Machtbewusstsein genauso wie ein kaum zu erwartendes diplomatisches Geschick. Gepaart mit seinem herausragenden organisatorischen Talent, vermochte er es intuitiv in einer machtpolitisch vollends unübersichtlichen Lage geschickt und flexibel zwischen den verschiedenen Interessen, etwa zwischen denen der Räte, des Generalkommandos und den Berliner Regierungen der Volksbeauftragten, zu rochieren und schließlich, auch durch politische Winkelzüge, seine Ansprüche und Ziele durchzusetzen. Zugleich war der Erfolg der Gründung des Freikorps und der Weiterbestand des Verbands auch nach seinen Eskapaden im Baltikum und ebenso nach seiner offiziellen Auflösung im November 1919

389 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 15.

390 Vgl. StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 1, Bl. 425 ff. Auch Pfeffer selbst gestand noch 1938 ein, dass das »jüdische Wesen« 1919 auch für ihn eine unklare Begrifflichkeit gewesen sei.

391 Zumal dies nicht die einzige »konstruierte« Stelle des Manuskripts zu sein scheint. So schrieb Pfeffer hier etwa auch, dass seinen Vater »die Erkenntnis und der Gram über den bevorstehenden Sieg des jüdischen Unwesens in den Tod getrieben« habe. Ebenda, Manuskript Pfeffers, S. 15. An anderer Stelle behauptete Pfeffer, dass sein Vater de facto »verhungert« sei, d. h. »dass Ursache des Todes eine Krankheit war, die wegen des schlechten Ernährungszustandes zum Tode geführt hat«. Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 18. März 2010. Zudem liegen zur Familiengeschichte Pfeffer keinerlei Erkenntnisse über einen besonders stark ausgeprägten rassischen Antisemitismus in der Familie vor. Vgl. Kapitel 1.1.

392 Ebenda, Manuskript Pfeffers, S. 3. Vgl. Kapitel 2.2.1.

393 Goltz: Sendung, S. 177. Vgl. auch zum Rassismus im Ersten Weltkrieg an der Ostfront: Schröder: Der Erste Weltkrieg, S. 88 f.

394 Vgl. zum Antisemitismus im Kaiserreich Walkenhorst: Nation – Volk – Rasse, S. 281 ff.

395 Vgl. Plaas: Das Kapp-Unternehmen, S. 169 f.

nicht nur ein Hinweis auf die militärische Kompetenz Pfeffers, sondern auch ein politisches Husarenstück, das ihm dauerhaft einen Ruf im rechten Spektrum sicherte. Pfeffers Folgerung daraus war so einfach wie nachvollziehbar. Das »fait accompli«, das Schaffen von vollendeten Tatsachen, war langwierigen Verhandlungen und jedem Kompromiss vorzuziehen. Pfeffer hatte von einem solchen stets profitiert. In Münster hatte er so sein Freikorps durchgesetzt und im Baltikum hatte er indirekt den Balten (kurzfristig) zu einem Sieg verholfen. Sein persönliches Renommee hatte er damit stets gesteigert. Für Pfeffer blieb also die Erkenntnis: Wenn man nur ausreichend organisierte Machtmittel in der Hand habe, würde es die schwächliche republikanische Regierung nicht vermögen, sich seinen Forderungen – in letzter Konsequenz auch einem Staatsstreich – zu widersetzen. Pfeffers Ziel blieb die Revolution gegen die Revolution. Eine konkrete Staatsidee, die über die Verneinung der bestehenden Ordnung hinausging, hatte er nicht.

2.3 Die Idee einer Soldatenvertretung – der Frontbund

Mit dem Beginn der Entlassungen erreichte die Stimmung auch in Pfeffers Korps einen Tiefpunkt.[396] Das RKO vermerkte zu der Atmosphäre:

> »Bald kam es zu Unstimmigkeiten in der Truppe, namentlich wegen der Verpflegung und Entlohnung, der Mannschaftsbestand wurde vermindert und eine große Anzahl musste entlassen werden. Unter diesen Umständen wollte die Truppe selbst für die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder sorgen. So kam es dadurch zur Gründung des sogenannten Frontbundes, dessen Ziel die Sorge für die wirtschaftliche Stellung der Fronttruppen war.«[397]

Die Initiative Pfeffers zur Gründung dieses Frontbundes basierte zweifellos auf dem Gedanken, das immense militärische und damit auch politische Potenzial, welches in den soeben entlassenen Freikorpssoldaten lag, zu nutzen und in seinem Sinne zu aktivieren. Hinzu kam, dem – wie aufzuzeigen sein wird – nachgeordnet, die ökonomisch wie psychologisch prekäre Lage der ehemaligen Soldaten.

Gänzlich ohne jede politische Erfahrung schien ihm die äußere Form einer Soldatenvertretung als geeignet. Dadurch konnte er sich nicht nur ein gewisses Wohlwollen seitens der Republik erhoffen, auch bot dies die Möglichkeit, die zersplitterten Nachfolgeorganisationen der Freikorps in einem einheitlichen Verband zu organisieren, ohne dass diese ihre Eigenständigkeit hätten vollends

396 »Der Mohr hatte erneut seine Schuldigkeit getan«, so schilderte Pfeffer seine Wahrnehmung der Ereignisse: Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

397 BArch: R 1507/578-41, Bl. 8.

aufgeben müssen.[398] Keinesfalls sollte der neu zu gründende Bund die Struktur einer sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Gewerkschaft haben. Anstatt einzelne Mitglieder aufzunehmen, sollte es sich um einen »Zusammenschluss zwischen Truppenteilen«[399] handeln. Ausgeschlossen war daher von Beginn an ein Arrangement mit dem vermeintlich sozialdemokratisch dominierten Reichsverband deutscher Berufssoldaten.[400] Ein erster Ansatzpunkt Pfeffers waren die rund 5.000 Freikorpssoldaten, die im westfälischen Sennelager ihrer Entlassung entgegen sahen.

2.3.1 Initiative und Organisation

Ohne diplomatische oder behördliche Rückversicherung veröffentlichte Pfeffer in der ersten Maiwoche 1920 einen Gründungsaufruf.[401] Die Klientel, auf die er sich Zugriff erhoffte, wurde hier unzweideutig benannt: Diejenigen, »die einem Reichswehrregimentsstabe und höheren Stäben angehören« und von denen damit eine besondere Loyalität zur Reichswehrführung und zur Republik zu erwarten war, waren ausdrücklich von der ersten »Tagung des Frontbundes« ausgeladen. »Die Herren, die selbst Freiwilligenformationen aufgestellt haben, samt ihren Stäben« waren jedoch »selbstverständlich sehr willkommen und ganz besonders erwünscht«.[402]

Diesem wohl massenhaft verschickten Aufruf war bereits am 2. Mai eine vierseitige Schrift des »vorläufigen Frontbund[s]« zur »militärpolitischen Lage« vorausgegangen. Hierin hatte man von einer durch die von der Regierung verordnete »Demokratisierung« der Armee immer weiter voranschreitenden kommunistischen Unterwanderung der Reichswehr gesprochen.[403] Gegen diese Entwicklung und die daraus resultierenden politisch motivierten Entlassungen der Freikorpssoldaten müsse sich, so die Schrift, der noch zu konstituierende Frontbund zur Wehr setzen. Eine antikommunistische Paranoia war hier ebenso unverkennbar wie die Bezüge auf die militärische Sozialisation und Erfahrungen sowie auf die vorhandenen Ressentiments der Soldaten. Zwischen Kommunisten und der sozialdemokratischen Regierung wurde nicht unterschieden. Scharf war auch die Kritik an den höheren Stäben und vor allem am Chef des Truppenamtes, Hans von Seeckt, und dessen Konzept einer unpolitischen Reichswehr.[404] So heißt es in dem Rundschreiben auf die Frage: »Können denn die höheren Stäbe nicht helfen?«: »Ein Teil [des Offizierskorps],

398 Vgl. dazu auch Kapitel 2.6.1 und 2.6.3.
399 BArch: R 8034 III/349, »Der Prozess gegen Hauptmann Pfeffer v. Salomon«, Bl. 113.
400 Vgl. ›Freiheit‹ vom 20. Mai 1920: »Was geht in Westfalen vor? Habt acht auf den Frontbund«.
401 BArch: R 43-I/724, Bl. 3 ff.
402 Ebenda, Bl. 4.
403 Ebenda, Bl. 6.
404 Vgl. Carsten: Reichswehr und Politik, S. 189; Hans Meier-Welcker: Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 283 ff. und 307 ff.

an sich nicht der Schlechteste, wird mit dem Schlagwort zum Schweigen gebracht, er solle sich nicht um Politik kümmern, er solle zunächst mal zeigen, was unbedingter Gehorsam und Disziplin sei. Das politische Denken würden schon andere, zuständige Stellen besorgen. (O je, leider sehr gründlich)…«[405] Und zum Zweck des Frontbunds: »Was müssen wir haben in diesen schweren Zeiten des Existenzkampfes? Das ist eine Berufsvertretung – sie kann und muss uns retten. Denn Macht und Kraft haben wir mehr als genug. Wenn wir untergehen, dann ist es nur, weil jeder mit uns machen kann, was er will, ohne Einspruch, ohne Fragen, ohne Rechenschaft …«.[406]

Die Kritik am Arrangement zwischen Republik und Armee, vermeintlich auf Kosten der Freikorps, war allumfassend, Pfeffers Handschrift war unverkennbar.

Wenige Tage später ging, zeitgleich mit dem Einladungsschreiben, den umworbenen Soldaten[407] ein Fragebogen zu, in dem die potenziellen Mitglieder in Stichworten über mögliche Inhalte und Ausrichtung des künftigen Frontbunds befragt wurden. Zumeist handelte es sich hierbei um Fragen zur Organisationsform oder zur künftigen Vorgehensweise – »zuerst Organisationsarbeit oder sofort Forderungen?«.[408] »Kommission zur Aufstellung von Programm und Satzung«?[409] Des Weiteren wurde gefragt, wie sich die Interessierten die künftige Werbetätigkeit des Bunds vorstellen würden – »weitere Werbetätigkeit, Vorschläge über Art und Weise. Welche Truppen fehlen?« Der kontroverseste Punkt, um den sich wenige Wochen später die öffentliche Diskussion um Absichten und Legalität des Frontbundes entzünden sollte,[410] lautete: »Sofortige Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfe, niemals mit Waffen gegeneinander vorzugehen oder zu verhaften – sofortige Meldung von Befehlen über Abtransport, Auflösung, Zerreißen von Verbänden, Entwaffnung, Absetzung besonders beliebter Führer – weiße und schwarze Listen?«[411]

Für den Tag der konstituierenden Sitzung des Frontbunds war der 13. Mai in Paderborn vorgesehen. Pfeffer hatte im »Hotel Löffelmann«, in dem er selbst residierte, die »Zentralstelle« des Frontbunds eingerichtet.[412] Um linken Störern, aber wohl zugleich auch den Behörden den Zutritt bzw. die Überwachung zu erschweren, war für Interessierte der genaue Tagungsort am Bahn-

405 BArch: R 43-I/724, Bl. 7.
406 Ebenda, Bl. 8.
407 Pfeffer definierte im Frontbund Soldaten nicht etwa über ihr derzeitiges Anstellungsverhältnis in der Reichswehr, also über den Status quo, sondern nach wie vor über ihren Werdegang, d. h. ihre einstmalige Mitgliedschaft in der kaiserlichen Armee. Wenn es also nach seiner Auffassung aktive Soldaten gab, die jedoch nicht im Dienst des Staates waren, bedeutete dies zugleich eine indirekte Infragestellung der Rolle der Reichswehr und damit auch des staatlichen Gewaltmonopols.
408 BArch: R 43-I/724, Bl. 3.
409 Ebenda, Bl. 3.,
410 Vgl. Kapitel 2.3.2.
411 BArch: R 43-I/724, Bl. 3.
412 ›Berliner Volkszeitung‹ vom 28. Mai 1920: »Die ›Frontbündler‹ in Berlin: Eine Tagung unter den Augen des Wehrministeriums?«.

hof bei Mittelsmännern zu erfragen.[413] Insgesamt kamen an diesem Tag rund 300 Soldaten. Die meisten waren tatsächlich als offizielle Vertreter ihrer Truppenteile zu der Gründungsveranstaltung des Frontbunds entsandt worden. Ihre Einheiten stellten ihnen Urlaubsscheine aus und übernahmen offenbar sogar die Kosten der Anreise.[414]

Über den Ablauf der Diskussionen liegen kaum Zeugnisse vor. Sicher erscheint, dass es unter den Anwesenden, bei dem staatsrechtlich so problematischen gegenseitigen Bündnisversprechen, zu Kontoversen kam.[415] Klar wurde auch, dass nach dem Willen Pfeffers ein festgefügter bündischer Charakter, d. h. die Manifestation der militärischen Potenz des Frontbunds, klare Priorität vor jedem politischen Programm hatte. Dieses sollte erst später durch eine Kommission erstellt werden.[416] Zusammenschluss vor Programmatik[417] – eine für Pfeffer in den kommenden Jahren grundsätzliche Einstellung. Auch an die Identitätsstiftung für die »Frontbündler« wurde gedacht.[418] Zudem plante man eine intensive Werbetätigkeit. Flugblätter sollten in Massen gedruckt und verteilt werden.[419] Im ganzen Reich sollten Werber und Vertrauensleute in den einzelnen Truppenteilen für einen Beitritt zum Frontbund werben. Gerüchten zufolge unterhielt man bis Ende Mai sogar förmliche Werbebüros an den Demobilisierungsstandorten der Einheiten, insbesondere im Sennelager. Insgesamt ging man, sofern der politisch motivierten und wohl stark übertriebenen Darstellung der Linkspresse Glauben zu schenken ist, von einem »monatlichen Zugang durch Werbung« bis zu 2.000 Mann aus.[420]

Pfeffers Intentionen sind bereits bei dieser ersten Tagung deutlich geworden. Unter dem Emblem einer Soldatenvertretung versuchte er brach liegendes militärisches Potenzial zusammenzufassen, um damit, wie schon im Januar 1919, den Staat vor vollendete Tatsachen zu stellen. War der Frontbund erst organisatorisch gefestigt, so Pfeffers Erfahrung aus den vergangenen Monaten, wäre es für die Behörden in der Tat äußerst problematisch gewesen, gegen diesen vorzugehen.[421] Die stets betonten sozialen Aspekte waren diesem politischen Interesse zunächst nachgeordnet. Hinzu kam: Pfeffers Ambitionen

413 Als Zeichen einer bewussten Illegalität des Frontbundes lässt sich dies, angesichts der tausendfach verschickten und damit de facto öffentlichen Programmatik des zu gründenden Bundes, kaum deuten.

414 ›Freiheit‹ vom 20. Mai 1920: »Was geht in Westfalen vor? Habt acht auf den Frontbund«.

415 Vgl. Kapitel 2.3.2.

416 BArch: R 43-I/724, Bl. 3.

417 Vgl. Kapitel 2.6.1.

418 So beabsichtigte Pfeffer etwa die Einführung eines »kleine[n] Abzeichen« für Mitglieder. Ebenda, Bl. 3.

419 ›Vorwärts‹ vom 29. Mai 1920: »Der ›Frontbund‹ und seine Werber«.

420 ›Vorwärts‹ vom 25. Mai 1920: »Neuer Rechtsputsch in Vorbereitung«.

421 In seiner ganzen Konsequenz hätte dies bis zu einem militärischen Vorgehen und damit zum Bürgerkrieg führen können. Ob die Republik hierzu imstande gewesen wäre, war spätestens seit Kapp zu bezweifeln.

waren im Vergleich zu 1919 ungleich größer. Während sein Freikorps vor allem ein regionaler Machtfaktor gewesen war, wäre er bei einer gelungenen Etablierung einer reichsweiten Soldatenorganisation mit mehreren Tausend Mitgliedern ohne Zweifel zu einem maßgeblichen reichsweiten Akteur der deutschen Innenpolitik geworden. Mit einem etablierten Frontbund hätte Pfeffer über Machtmittel verfügt, die diejenigen Ehrhardts, Roßbachs oder auch Escherichs weit übertroffen hätten.

Zu Beginn erfuhr Pfeffers Initiative durchaus Zuspruch. Dass rund 300 Vertreter verschiedener Truppenteile bereits zur ersten Veranstaltung des Frontbunds kamen, muss als Achtungserfolg gewertet werden. Bei der nachfolgenden Tagung, am 27. März in Berlin sollten erneut Truppenvertreter aus ganz Deutschland anwesend sein.[422] Bis dahin hatte sich wohl nahezu die komplette Reichswehrbrigade 7 dem Frontbund angeschlossen.[423] Nicht zufällig handelte es sich hier um eine Abteilung des Übergangsheeres, die fast ausschließlich aus ehemaligen Freikorpssoldaten bestand.[424] Insbesondere hier fand die Frontbund-Initiative zunächst weitgehende Unterstützung. Die (ehemaligen) Mitglieder der Korps waren weder an staatliche Loyalitäten gebunden, noch hatten sie, wie etwa inzwischen weite Teile der Führungsebene der Reichswehr, ein Interesse an einer Konsolidierung der republikanischen Staatsgewalt. Hinzu kamen der ökonomische und der soziale Aspekt sowie die damit verbundenen Zukunftsängste. Welche Hoffnungen man mit dem Frontbund verband, zeigt sich daran, dass etwa die geworbenen Mitglieder bereit waren, trotz der häufig vorherrschenden finanziellen Notlage, zwischen ein und zwei Prozent ihres Solds an den Bund abzuführen.[425]

Ausschließlich mit diesen Geldern wäre der finanzielle Aufwand jedoch kaum zu stemmen gewesen. Die Kosten für Tagungen, Zentralstelle, Flugblätter und noch dazu die deutschlandweit entsandten Werber, die Pfeffer sehr gut

422 ›Berliner Volkszeitung‹ vom 28. Mai 1920: »Die ›Frontbündler‹ in Berlin: Eine Tagung unter den Augen des Wehrministeriums?«.

423 BArch: R 1507/351, Bl. 13. Aber auch andere Reichswehreinheiten bekundeten zunächst Interesse an der Aktivität des Frontbunds. Vgl. ebenda, S. 13. Ein Polizeibericht aus Münster vom 24. Mai verneint dies allerdings und stellt fest, dass die Reichswehrbrigade 7 eine eigene »Berufsvertretung als Gegengewicht gegen den Frontbund gegründet« hätte. Ebenda, Bl. 5. Betrachtet man sich jedoch die Zusammensetzung der Brigade, ist wohl mehr der Darstellung des Frontbunds Glauben zu schenken.

424 So waren hier unter anderem die Reste des ehemaligen Freikorps von Pfeffer in der Reichswehrbrigade 7 (Münster) zusammengefasst. Hinzu kamen die Freikorps Münsterland, Hacketau, Severin, Gabke, Düsseldorf, Wesel, Lichtschlag, Schulz, das Westfälische Freikorps Niederrhein sowie Teile der Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Vgl. Georg Tessin: Deutsche Verbände und Truppen 1918-1939. Altes Heer, Freiwilligenverbände, Reichswehr, Heer, Luftwaffe, Landespolizei, Osnabrück 1974, S. 113.

425 ›Berliner Volkszeitung‹ vom 28. Mai 1920: »Die ›Frontbündler‹ in Berlin: Eine Tagung unter den Augen des Wehrministeriums?«.

entlohnte, erforderten finanzkräftige Gönner.[426] Zudem dürfte Pfeffer, der neben seiner geringen Hauptmannspension über kein geregeltes Einkommen verfügte, seine »Aufwendungen« ebenfalls aus der Kasse des Frontbunds beglichen haben. Nun zeigte sich, über welche hervorragenden Kontakte Pfeffer mittlerweile verfügte. So gelang es ihm, die hochkonservativen Großagrarier des Pommerschen Landbunds zum Hauptfinanzier der Unternehmung zu gewinnen, die prompt große Geldmengen zur Verfügung stellten.[427] Zudem wurden offenbar erhebliche Mittel von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie[428] sowie von hanseatischen Großkaufleuten eingeworben.[429] Hinzu kamen die Gelder, die überall im Reich von Privatpersonen akquiriert wurden.[430] Die Gegenleistung, die Pfeffer seinen Finanziers offerierte, dürfte im militärischen Schutz gegen potenzielle kommunistische Aufstände gelegen haben.[431] In enger Verbindung stand Pfeffer auch nach wie vor zu vielen Offizieren der Reichswehr. Gerade in die mittlere Führungsebene in Westfalen wie auch in Berlin hatte er ausgezeichnete persönliche Beziehungen. Dies half nicht nur in den einzelnen Truppenteilen Affinitäten für den Frontbund zu wecken, sondern hatte auch organisatorische Vorteile. So stellte die sozialistische »Freiheit« zum Treffen in Paderborn fest: »Es ist jedenfalls höchst charakteristisch, dass den in Hamm[432] und Paderborn versammelten Vertretern Fleisch und Brot-

426 Vgl. ›Vorwärts‹ vom 29. Mai 1920: »Der ›Frontbund‹ und seine Werber«. Hiernach wurden an die Werber, »wie sie selbst zugeben, […] allein ein Aufwandsgeld von 100 M. pro Tag und Kopf gezahlt«.

427 Der Pommersche Landbund war mit über 100.000 Mitgliedern einer der finanzstärksten unter den ab 1921 im Reichslandbund organisierten agrarischen Interessensvertretungen. Von der Struktur her hochkonservativ – der ostelbische großagrarische Adel dominierte den Bund – hatte er beste Beziehungen zur Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und sorgte mit seinen finanziellen Zuwendungen für die Unabhängigkeit Pfeffers Organisation. u. a. Jochen Cerny et al.: Reichs-Landbund (RLB) 1921-1933, in: Dieter Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, Köln, S. 688-712, S. 689. Zum politischen Kurs des Bunds der Landwirte BDL vgl. auch Jan Striesow: Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen. 1918-1922, Darmstadt 1981, S. 34 f. Vgl. auch allgemeiner zur Finanzierung der Rechtsorganisationen Gumbel: Verschwörer, S. 104 und 212 ff. Der Brandenburgische Landbund unterhielt etwa auch finanzielle Kontakte zur Schwarzen Reichswehr. Karl Mertens: Verschwörer und Fememörder, Charlottenburg 1926, S. 17. Vgl. zur Finanzierung des Freikorps und deren Nachfolgeorganisationen allgemein: Peter Gay: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit: 1918-1933, Frankfurt a. M. 1970, S. 28.

428 ›Berliner Volkszeitung‹ vom 28. Mai 1920: »Die ›Frontbündler‹ in Berlin: Eine Tagung unter den Augen des Wehrministeriums?«.

429 ›Vorwärts‹ vom 29. Mai 1920: »Der ›Frontbund‹ und seine Werber«.

430 Ebenda.

431 Die sozialen Argumente alleine dürften hingegen kaum für das Einwerben solcher Geldmittel ausgereicht haben. Vgl. Mertens: Verschwörer und Fememörder, S. 16.

432 Ob tatsächlich eine Tagung des Frontbundes in Hamm stattgefunden hatte, ist zu bezweifeln. Wenn ja, handelte es sich um eine Ergänzungsveranstaltung zur ersten

portionen in übergroßer Fülle verabreicht wurden, die aus den Beständen der Proviantämter entnommen waren.«[433]

Bei der Werbung neuer Mitglieder zeigte sich Pfeffer pragmatisch.[434] Auf Konventionen, Regeln, Gesetze und die Autoritäten der Republik nahm er keine Rücksicht. So stattete er die Werber mit gefälschten Urlaubsscheinen, Bahnfahrkarten und Ausweisen aus.[435] Nach eigener Auffassung waren solche trivialen Kavaliersdelikte der Effektivität des eigenen Vorgehens geschuldet.[436] Dennoch achtete Pfeffer penibel darauf, dass er selbst nicht belangt werden konnte.

Der Kritik konnte sich Pfeffer dennoch nicht entziehen. Besonders Punkt neun des Fragebogens, der zur Solidarität der Soldaten gegen die Autorität des Staates aufrief,[437] führte zu einem massiven medialen Echo. Die flächendeckend angelegte Werbetätigkeit des Frontbunds hatte zuvor dazu geführt, dass die Öffentlichkeit über die Schritte des Frontbunds im Bilde war.

2.3.2 Reaktionen, Wirkung und Scheitern

Tatsächlich war dieser neunte Punkt der Thesen des Frontbunds ebenso unmissverständlich wie staatsrechtlich höchst problematisch. Die zu erwartende Festschreibung dieser Passagen in einer künftigen Satzung des Frontbunds hätte nichts anderes als die Aushebung der soldatischen Befehlskette und damit zwangsläufig des Gewaltmonopols sowie das Ende des demokratischen Staates bedeutet. Dies war, erst recht angesichts der zu erwartenden militärischen Potenz des Frontbundes, für die Republik untragbar. Die liberale »Vossische Zeitung«, die kaum in dem Verdacht stand, dem politisch linken Spektrum zu nahe zu stehen,[438] kommentiere diesen Punkt wie folgt:

> »Mit anderen Worten: Es wurden Beschlüsse vorbereitet, die die Herstellung einer Organisation bezwecken, mit deren Hilfe die Paderborner und die sich ihnen später anschließenden Truppenteile jederzeit jeden Befehl einer vorgesetzten Stelle sabotieren könnten, der sie veranlassen sollte, gegen diejenigen Kameraden vorzugehen, die der verfassungsmäßigen Regierung

Tagung in Paderborn. Bei den späteren Aufzählungen der Tagungen des Frontbundes ist sie jedoch nicht erwähnt.

433 ›Freiheit‹ vom 20. Mai 1920: »Was geht in Westfalen vor? Habt acht auf den Frontbund«.

434 ›Vorwärts‹ vom 1. Juni 1920: »Frontbund-Heuchelei: ›Stille, erste Organisationsarbeit‹ – bei Lichte!«.

435 ›Vorwärts‹ vom 29. Mai 1920: »Der ›Frontbund‹ und seine Werber«.

436 Vgl. auch Pfeffers Haltung vor Gericht: BArch: R 8034 III/349, »Der Prozess gegen Hauptmann Pfeffer v. Salomon«, Bl. 113.

437 Vgl. FN 2/411.

438 Vgl. Walther von Lüttwitz: Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934, S. 56. Noch am 7. März 1920 soll etwa deren Chefredakteur, Georg Bernhard, gegenüber Lüttwitz einen Putsch gefordert haben.

den Gehorsam versagen. Außerdem wird weiter ein groß angelegtes Spionagesystem vorbereitet, das sich auf die militärisch wichtigen Dienstinterna erstrecken und die Einstellung Missliebiger, d. h. regierungstreu gesinnter Elemente verhindern, resp. ihren Ausschluss herbeiführen soll.«[439]

Nur drei Monate nach den Kapp-Ereignissen war dieser Artikel der Auftakt einer Offensive der linken und liberalen Presse gegen den Frontbund. Einhellig sah man im Frontbund die »Stoßtruppe der Gegenrevolution«,[440] womit der Verdacht der Putschvorbereitung implementiert war. Unmittelbar vor der zweiten Tagung am 27. März veröffentlichte der »Vorwärts« einen Artikel unter dem Titel: »Neuer Rechtsputsch in Vorbereitung« und schrieb hierin:

»Was nun die Taktik des geplanten Vorgehens anbelangt, so gedenkt man es anders zu machen als am 13. März. Man setzt seine Hoffnung auf das baldige Ausbrechen kommunistischer Aufstände in Mitteldeutschland unmittelbar im Anschluss an die Wahlen. Leider liegen Anzeichen vor, wonach das Eintreffen dieser Spekulation nicht als unwahrscheinlich bezeichnet werden kann. Für den Fall, dass die Kommunisten sich als ›schlapp‹ erweisen sollten, bereisen verkleidete Freikorps-Offiziere das mitteldeutsche Industriegebiet, um der Sache etwas nachzuhelfen.«[441]

Sollte also der Frontbund als eine Art Dachorganisation der Freikorps, der Nukleus eines neuen Putsches sein? Da Pfeffer selbst keine Stellungnahme zu entlocken war, die diesen Verdacht bekräftigte,[442] begann man seitens der Presse die jungen, politisch wie intellektuell häufig überforderten Werber des Frontbunds in den Fokus zu nehmen. Die Aussagen, die hier getätigt wurden, klingen gleichwohl radikal widersprüchlich und illusorisch. So wird einer der Werber am 27. Mai von der »Vossischen Zeitung« zitiert:

»Der Frontbund sei an sich völlig unpolitisch, aber nach den Wahlen gebe es nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Regierung, in der die Deutschnationale Volkspartei überwiege, oder wenn das nicht zustande kommen sollte, eine Militärdiktatur. Eine Regierung aus den jetzigen Mehrheitsparteien werde der Frontbund unter keinen Umständen dulden. […] Vom Osten käme das Zeichen zum Losschlagen. Die Offiziere ständen selbstverständlich hinter der Sache […] ebenso wie es schon alles Freiwilligenformationen seien.«[443]

439 ›Vossische Zeitung‹ vom 23. Mai 1920: »Aufmarsch: Der Paderborner Fragebogen«.
440 ›Berliner Volkszeitung‹ vom 28. Mai 1920: »Die ›Frontbündler‹ in Berlin: Eine Tagung unter den Augen des Wehrministeriums?«.
441 ›Vorwärts‹ vom 25. Mai 1920: »Neuer Rechtsputsch in Vorbereitung«.
442 ›Berliner Volkszeitung‹ vom 28. Mai 1920: »Die ›Frontbündler‹ in Berlin: Eine Tagung unter den Augen des Wehrministeriums?«.
443 ›Vossische Zeitung‹ vom 27. Mai 1920: »Ein Werber des Frontbundes«.

Der »Vorwärts« schilderte eine noch ambitioniertere Planung der Frontbündler:

> »Bei Ausbruch des kommunistischen Putsches sollen dann Reichswehr und Freikorps eine Art Militärstreik inszenieren, um den Putsch möglichst an Ausdehnung gewinnen zu lassen. Bevölkerung und Regierung sollen erst eine Zeitlang im roten Terror ›schmoren‹. Unter Hinweis auf den Bolschewismus sollen dann die Freikorps in Westfalen die Kohlezufuhr abschneiden, während man gleichzeitig mit Hilfe der auf den ostelbischen Gütern einlogierten Freischärler die Lebensmittelzufuhr unterbrechen will. Erst dann, wenn hierdurch Hungersnot und Arbeitslosigkeit auf den Gipfel getrieben sind, sollen die Truppen als Retter in der Not erscheinen, den Bolschewismus niederschlagen und als Sieger selber eine neue Regierung stellen.«[444]

Einen weiteren Hinweis für mögliche Putschabsichten lieferte die Ankündigung, die Zentrale des Bunds vom provinziellen Paderborn nach Berlin verlegen zu wollen.

Am 27. Mai fand die zweite Tagung des Frontbunds bereits in den Wilhelmshallen am Berliner Zoo statt. Erneut kamen Vertreter aus ganz Deutschland. Pfeffer hielt das Hauptreferat. Inhaltlich ging es vor allem um organisatorische und wirtschaftliche Belange. Offenbar hatte auch das zuständige Wehrkreiskommando III auf die öffentliche Aufmerksamkeit, die der Frontbund ausgelöst hatte, reagiert. Man schickte einen Offizier, der die politische und disziplinarische Unbedenklichkeit der Veranstaltung kontrollieren sollte. Dass es sich dabei mit Hauptmann von Rabenau ausgerechnet um einen Pfeffer bereits aus dem Baltikum bekannten Kameraden handelte[445], verstärkte das Misstrauen der politischen Stellen sowie der Presse weiter. Wie unter dieser Konstellation zu erwarten war, stellte von Rabenau nach dem Austausch einiger »Höflichkeitsformen« und dem kurzen Einblick in die vorliegenden Unterlagen dann auch rasch fest, dass »nichts Disziplinwidriges« vorläge und verabschiedete sich.[446]

Die Wahrnehmung des Frontbundes in der Presse blieb fast durchweg negativ. Bereits zuvor war Reichswehrminister Geßler aufgefordert worden, ein Verbot des Frontbunds zu erlassen.[447] Merklich war man ab etwa der dritten Maiwoche auch in der Reichswehrführung aufgrund der versuchten Politisierung und Aufwiegelung von regulären Soldaten immer stärker besorgt.

444 Vorwärts vom 22. Mai 1920 zit. nach ›Vossische Zeitung‹ vom 25. Mai 1920: »Frontbund und Heeresleitung«.

445 Vgl. Phelps: Groener-Dokumente, S. 833. Es handelte sich hier um den späteren Schriftsteller und Stadtkommandanten von Breslau, Friedrich von Rabenau.

446 ›Berliner Volkszeitung‹ vom 28. Mai 1920: »Die ›Frontbündler‹ in Berlin: Eine Tagung unter den Augen des Wehrministeriums?«.

447 Vgl. ›Vossische Zeitung‹ vom 23. Mai 1920: »Aufmarsch: Der Paderborner Fragebogen«; ›Vorwärts‹ vom 25. Mai 1920: »Neuer Rechtsputsch in Vorbereitung«.

Unmittelbar nach der Berliner Tagung befasste sich nun sogar der Chef der Heeresleitung, Hans von Seeckt, persönlich mit dem Frontbund.[448] Auch im Berliner Kabinett war man inzwischen auf Pfeffers Initiative aufmerksam geworden und ging mit Blick auf seine Programmatik des Frontbunds von einer »gewisse[n] Putschgefahr« aus.[449] Ein Brief des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen an den RKO vom 24. Mai schilderte jedoch zugleich die Problematik, vor der die Behörden in Bezug auf den Bund standen. Hierin heißt es:

> »Ich bin sofort mit dem Wehrkreiskommandeur in Verbindung getreten, der mit mir die Ansicht teilt, dass es angezeigt wäre, den Hauptmann v. Pfeffer in Paderborn wegen seiner aufreizenden Agitation in Schutzhaft zu nehmen. Es besteht aber die Gefahr, dass diese Maßregel bei den Freikorps, die in einer Stärke von etwa 5000 Mann im Sennelager zwecks Auflösung versammelt sind, starke Unruhen, wenn nicht Ausschreitungen, hervorrufen würde. Der Wehrkreiskommandeur hätte nach seiner Angabe nicht ausreichend Kräfte zur Verfügung, um etwa meuternde Truppen in Schach zu halten. Die […] Sicherheitspolizei reicht nicht einmal für die Aktion südlich der Ruhr zahlenmäßig aus.«[450]

Pfeffers Strategie des »fait accompli« schien erneut aufzugehen. Die Behörden schreckten vor einem Eingreifen zurück. Die Parallelen zur Freikorpsgründung und zur Situation im Baltikum sind unverkennbar. Erst nach intensiven Beratungen über die Machtverhältnisse entschied man sich am 28. Mai im Kabinett, rund vier Wochen nach dem Beginn von Pfeffers Einigungsbemühungen, doch zum Eingreifen. In den Reichstagsprotokollen heißt es hierzu:

> »Nach längerer Besprechung wurde beschlossen, möglichst beschleunigt auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung unter Gegenzeichnung des Reichsministers des Innern und des Reichswehrministers eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zu erlassen, welche jegliches Unternehmen zum Zusammenschluss von Militärpersonen und Angehörigen der Sicherheitspolizei mit dem Zwecke, Anordnungen der vorgesetzten Stellen geschlossenen Widerstand zu leisten und die Auflösung oder Umgliederung von Truppenteilen zu verhindern usw., Versammlungen, Umzüge und Ähnliches unter Strafe verbietet und die Aburteilung dieser Vergehen besonderen Gerichten überweist.«[451]

Mit der am 30. Mai 1920 erlassenen Verordnung von Reichspräsident Ebert »betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicher-

448 ›Vossische Zeitung‹ vom 25. Mai 1920: »Frontbund und Heeresleitung«.

449 Akten der Reichskanzlei – Weimarer Republik. Bd. 3: Das Kabinett Müller I – 27. März bis 21. Juni 1920, Boppard am Rhein 1971, Besprechung beim Reichspräsidenten am 28. Mai 1920, Dok. Nr. 118, S. 293.

450 BArch: R 1507/351, Bl. 5.

451 AdR: Müller I, Dok. Nr. 118, S. 294, Besprechung beim Reichspräsidenten vom 28. Mai 1920.

heit nötigen Maßnahmen auf Grund des Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung«, in der die direkte politische wie militärische Einflussnahme auf die Truppe unter Strafe gestellt und mit der Einrichtung von außerordentlichen Gerichten gedroht wurde, wurde der Frontbund in die Illegalität gesetzt.[452] Als am 2. Juni in Potsdam die dritte und größte Tagung des Frontbundes stattfand, war dieser de facto bereits verboten.

Pfeffer war von dieser entschlossenen Vorgehensweise überrascht worden. Zunächst war es den Veranstaltern kaum möglich, einen geeigneten Sitzungsraum zu organisieren, »geheime Zivilpersonen« mussten die Teilnehmer am Bahnhof einweisen. Als die Reichswehrführung von der Veranstaltung erfuhr, wurde den aktiven Reichswehrmitgliedern die Teilnahme an der Veranstaltung untersagt. Unmittelbar vor Beginn der Tagung mussten alle Angehörigen der Reichswehr den Saal wieder verlassen.[453] »Der Bitte, einen Vertreter des Reichswehrministeriums zur Tagung zu entsenden«, der sich von den legalen Zielen des Frontbunds überzeugen sollte, war zuvor »nicht entsprochen worden«.[454] Die Tagung in Potsdam war die letzte Veranstaltung des Frontbunds. Wenige Tage darauf wurde er auch offiziell verboten und Pfeffer, angesichts der anstehenden Reichstagswahlen am 6. Juni und einer möglichen Reaktion der nun illegalen Organisation,[455] für einige Tage in Schutzhaft genommen.[456]

Angesichts der öffentlichen Wahrnehmung des Frontbundes ist sein Scheitern kaum verwunderlich. Zwar hätte man die Agitation gegen die Republik wohl weitgehend ungestraft fortsetzen können, doch versetzten die offenen Angriffe gegen die Reichswehrführung, die damit einhergehende indirekte Aufforderung der Soldaten zur Gehorsamsverweigerung und mehr noch die Kumulation des militärischen Potenzials der ehemaligen Freikorpsmitglieder bei Republik und Reichswehr in Alarmbereitschaft. Zugleich hatte sich Pfeffer bei der Stimmung unter den Reichswehrsoldaten verkalkuliert. Offensichtlich waren nur sehr wenige aktive Soldaten bereit, Pfeffers Kurs der Desavouierung der Reichswehrführung mitzugehen. Bereits das Kommuniqué vom 2. Mai war auf massive Kritik vor allem der regulären Reichswehrsoldaten gestoßen.[457] Zur darauffolgenden Tagung wusste die »Vossische Zeitung« zu berichten:

> »An der Tagung des Frontbundes am 13. Mai haben allerdings Vertreter von Reichswehrteilen teilgenommen, aber mit Zustimmung und dem Einverständnis der vorgesetzten Stellen, um sich über die Absichten des Bundes zu

452 Reichsamt des Inneren: Reichsgesetzblatt 1920, Berlin 1920, S. 1147. Vgl. zur Rechtslage auch BArch-MA: RH 53-4/113, Bl. o. Nr. Innenministerium an das Reichswehrministerium vom 26. November 1920. Vgl. zum juristischen Kontext der Verordnung Gotthard Jasper: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963, S. 34 ff.

453 BArch: R 1507/351, Bl. 13.

454 ›Der Tag‹ vom 3. Juni 1920: »Tagung des Frontbundes in Potsdam«.

455 Vgl. ›Vossische Zeitung‹ vom 27. Mai 1920: »Ein Werber des Frontbundes«.

456 ›Deutsche Zeitung‹ vom 8. Juni 1920: »Schutzhaft«.

457 BArch: R 43-I/724, Bl. 4.

informieren. Nachdem diese Absichten auf der Tagung sich als disziplinwidrig und als eine Gefahr für die Reichswehr erwiesen, haben die anwesenden Reichswehrvertreter in der schärfsten Weise gegen den Frontbund Stellung genommen, und es ist zu erwarten, dass der Frontbund auch weiterhin nicht im Stande sein wird, die verfassungstreue Disziplin der Reichswehr zu erschüttern.«[458]

Auch der »Deutsche Offiziersbund«, der den neuen Seeckt'schen Kurs weitgehend mittrug, sprach sich dezidiert gegen »Umtriebe« und »Gesetzeswidrigkeiten« des Frontbunds aus.[459]

Mit der doppelten Stoßrichtung gegen die Berliner Politik und zugleich gegen die Reichswehrführung[460] setzte sich Pfeffer politisch zwischen alle Stühle. Sein Kurs führte zu einer direkten Konfrontation zwischen Reichswehr mit der Rechtsgruppierung, wie sie erst rund drei Jahre später im Sommer/Herbst 1923 in Küstrin und München wieder offen zutage treten sollte.[461]

Auch unter den Freikorpssoldaten bestand offenbar nicht geschlossen die Bereitschaft, das Wagnis eines »fait accompli« einzugehen.[462] Viele Freikorpsführer setzten ihre Hoffnungen nach wie vor auf die Reichswehr. Ein offenes Vorgehen gegen diese wurde als politisch wenig zielführend angesehen und daher abgelehnt. Auch die von Pfeffer propagierte Mär von einer angeblichen kommunistischen Unterwanderung der Reichswehr änderte an dieser Haltung nichts.[463] Ohne die Führer blieb die erhoffte Mobilisierung und Solidarisierung der Masse der ehemaligen Soldaten aus. Hinzu kam, nur wenige Wochen nach den Kapp-Ereignissen, die verständliche Assoziierung des Frontbundes mit einem militärischen Umsturzversuch, die den Bund in der Öffentlichkeit vollständig diskreditierte. Da half es auch nicht, wenn Pfeffer öffentlich die Linkspresse mit ihren »ehr- und charakterlosen Zeitungsberichterstatter[n]« für das Scheitern des Frontbunds verantwortlich machte[464] und man in der konservativen »Deutschen Tageszeitung« noch am 29. Mai aktiv für die Ziele des Frontbunds mit den Worten warb: »Der Frontbund ist eine rein wirtschaftliche Berufsorganisation und beschäftigt sich nur mit sozialen, internen Fragen innerhalb der Reichswehr. Mit Politik hat er nicht das Geringste zu tun. […] es handelt sich beim Frontbund um eine berufsständige Organisation, um weiter nichts.«[465] Man glaubte dem nicht.

458 ›Vossische Zeitung‹ vom 25. Mai 1920: »Frontbund und Heeresleitung«.
459 ›Vossische Zeitung‹ vom 27. Mai 1920: »Ein Werber des Frontbundes«.
460 AdR: Müller I, Besprechung beim Reichspräsidenten am 28. Mai 1920, Dok. Nr. 118, S. 293.
461 Mauch: Nationalistische Wehrorganisationen, S. 57.
462 Aus der Reichswehrbrigade 7 gab es Berichte um die Gründung einer Gegenorganisation zum Frontbund. BArch: R 1507/351, Bl. 5. Vgl. FN 2/423.
463 BArch: R 43-I/724, Bl. 6.
464 ›Vorwärts‹ vom 29. Mai 1920: »Der ›Frontbund‹ und seine Werber«.
465 ›Deutsche Tageszeitung‹ vom 29. Mai 1920: »Die Ziele des Frontbundes«.

2.3.3 Soldatenvertretung oder Putschorganisation? – Eine politische Bilanz

Die Parallelen der Frontbundinitiative mit der Gründung des Freikorps von Pfeffer sind unverkennbar. Erneut versuchte Pfeffer zunächst eine Klientel[466] um sich zu sammeln, die über das militärische Potenzial verfügte, um von den Institutionen der Republik unabhängig handeln zu können. Anstatt jedoch regional beschränkt auf die Provinz Westfalen, agierte Pfeffer nun reichsweit. Seine Gegenspieler waren 1920 nicht mehr – wie noch vor einem Jahr in Münster – die provisorischen Soldatenräte, sondern die gewählte und nach den Kapp-Ereignissen zusehends konsolidierte Reichsregierung in Berlin – und in deren Folge auch die auf sie verpflichtete Reichswehr.[467] Angesichts der Reichweite dieser Ambitionen stellt sich die Frage nach den tatsächlichen politischen Zielen und Absichten Pfeffers im Frühsommer 1920. Inwieweit waren mit dem Frontbund tatsächlich – wie von großen Teilen der Presse kolportiert und von den Behörden so aufgefasst – konkrete Putschabsichten verbunden? Oder handelte es sich, wie von Pfeffer immer wieder bekundet, um eine auf soziale Verbesserungen angelegte Berufsvertretung?

Nach außen hin war das Erscheinungsbild eindeutig. Die Klientel Pfeffers war strikt antirepublikanisch. Bei der Paderborner Tagung etwa stießen »die sich zum Teil überaus wild gebärdenden Versammlungsteilnehmer« Drohungen gegen die Reichsregierung aus und unterhielten sich mehr oder minder offen über ein mögliches militärisches Vorgehen gegen Weimar.[468] Pfeffer selbst beschimpfte die SPD-Minister als »Schw …kerls«.[469] Hinzu kamen die Äußerungen der Werber des Frontbundes, die das Bild der Öffentlichkeit und der Regierung über die verfassungsfeindlichen Absichten des Bundes prägten.[470] Gleichzeitig wiesen die politischen Forderungen und Inhalte des Frontbunds auf eine Vorbereitung zum Putsch hin. Der Aufruf an die Truppe zur Illoyalität gegenüber Politik und Reichswehrführung stellte einen Eklat dar. Ebenso untragbar war das offenbar geplante Spionagesystem des Frontbunds, das der Organisation weitgehende Einsichten in die Personalplanungen der Reichswehr bringen sollte.[471] Hinzu kam die Absicht, die Zentrale des Frontbunds

466 Schon die Wortwahl der Erklärungen, die auf einen gemeinsamen Erfahrungshorizont hinweisen sollte, zeigt, wie sehr Pfeffer um die Integration gerade der Baltikumer bemüht war. BArch: R 1507/2004, Bl. 21 f.

467 Vgl. dazu Schüddekopf: Linke Leute, S. 57 f.

468 ›Vossische Zeitung‹ vom 23. Mai 1920: »Aufmarsch: Der Paderborner Fragebogen«.

469 BArch: R 1507/578-41, Bl. 30. Später rechtfertigte er sich mit den Worten: »Ich war gewohnt mich im Felde tatkräftig auszudrücken.« Ebenda, Bl. 30.

470 ›Vossische Zeitung‹ vom 27. Mai 1920: »Ein Werber des Frontbundes«; ›Vorwärts‹ vom 29. Mai 1920: »Der ›Frontbund‹ und seine Werber«; ›Vossische Zeitung‹ vom 25. Mai 1920: »Frontbund und Heeresleitung«. Vgl. auch zur, in diesem Zusammenhang häufig angeführten, »Provokationsstrategie« im rechten Spektrum: Mauch: Nationalistische Wehrorganisationen, S. 60.

471 BArch: R 43-I/724, Bl. 3 f.

nach Berlin zu verlegen, die zumindest auf mittelfristige Putschabsichten hinzuweisen schien.[472]

Pfeffer setzte diesen Indizien die stets beschwichtigenden Legalitätsbekenntnisse sowie das in der Außendarstellung immer wieder in den Mittelpunkt gerückte soziale Motiv des Frontbunds entgegen.[473] Tatsächlich musste selbst die Linkspresse eingestehen, dass die soziale Komponente tatsächlich im Mittelpunkt der abgehaltenen Tagungen stand. Auch ist Pfeffer durchaus Glauben zu schenken, wenn er rund ein Jahr später nicht ohne Stolz angab, tatsächlich mit dem Frontbund soziale Verbesserungen für die Truppe erreicht zu haben.[474] Es ist jedoch gerade das Zustandekommen dieser Errungenschaften, das den deutlichsten Hinweis auf Ziele und Struktur und damit die Gründe für das Verbot der Organisation gibt.

Die von Pfeffer erwähnten Verbesserungen wurden eben nicht in einem Konsens oder in einer Art tariflicher Auseinandersetzung mit der Regierung erreicht. Stattdessen versuchte er, wie bereits 1919, die Regierung mit dem (vermeintlichen) militärischen Potenzial seines Bundes zu erpressen.[475] Aller Wahrscheinlichkeit nach setzte Pfeffer die Republik derart unter Druck, dass es dieser zu Anfang tatsächlich geraten schien, zunächst auf die finanziellen Forderungen des Frontbundes einzugehen.[476] Die Taktik Pfeffers schien zunächst aufzugehen. Die Probleme, die bereits bei den Auflösungsversuchen der Freikorps im Herbst/Winter 1919 virulent waren und schließlich im Kapp-Putsch mündeten, waren bei den Berliner Entscheidungsträgern noch allgegenwärtig. Das militärische Potenzial des Bundes schätzte man als sehr hoch ein.[477]

472 Bei Lichte gesehen gilt es dies jedoch zu relativieren. So wäre im »roten Berlin« eine Überwachung durch staatliche Organe sowie durch die starke Linkspresse wohl eher intensiver gewesen, als im beschaulichen Paderborn.

473 ›Der Tag‹ vom 3. Juni 1920: »Tagung des Frontbundes in Potsdam«; ›Deutsche Zeitung‹ vom 8. Juni 1920: »Schutzhaft«. Auch 1921 äußerte er sich noch zur Gründung des Frontbunds wie folgt: »Als ich aber sah, dass nach dem Kapp-Putsch von Regierungsseite ein größerer Vorstoß gegen den Soldatenstand geplant war, glaubte ich, dass die einzige Rettung für den Soldatenbund darin bestände, dass sich die Soldaten selbst zu einer Art Gewerkschaft zusammenschlössen.[…] Wir wollten dafür sorgen, dass die alten Soldaten der Freikorps nicht verantwortlich gemacht wurden für irgendeinen missglückten Kapp-Putsch.« BArch: R 8034 III/349, »Der Prozess gegen Hauptmann Pfeffer v. Salomon«, Bl. 113. Vgl. hierzu Pfeffers Einstellung zu Kapp: Kapitel 2.4.2.

474 Ebenda, »Der Prozess gegen Hauptmann Pfeffer v. Salomon«, Bl. 113.

475 ›Berliner Volkszeitung‹ vom 28. Mai 1920: »Die ›Frontbündler‹ in Berlin: Eine Tagung unter den Augen des Wehrministeriums?«.

476 Der Frontbund sprach hier von Forderungen bezgl. Bekleidung und Sold. Tatsächlich dürften doch große Teile der finanziellen Zugeständnisse in die weitere Werbetätigkeit des Bundes geflossen sein. ›Der Tag‹ vom 3. Juni 1920: »Tagung des Frontbundes in Potsdam«.

477 BArch: R 1507/351, Bl. 5.

Obgleich man sich ein Durchsetzen eines sofortigen Verbots nicht zutraute,[478] war man dennoch nicht mehr bereit, Pfeffer die ersten Erfolge für eine weitere Etablierung und Ausbreitung der Organisation nutzen zu lassen und somit erneut eine Verselbstständigung dieses Rekrutendepots der Konterrevolution«[479] zuzulassen. Ein neuerliches Unterlaufen des staatlichen Gewaltmonopols sollte verhindert werden. Als sich gegen Ende Mai und Anfang Juni abzeichnete, dass Pfeffer bezüglich Rüstung und Unterstützung der ihm loyalen Truppen stark übertrieben und geblufft hatte[480] und auch Seeckt diese Auffassung bestätigte,[481] war ein Stillhalten nicht mehr erforderlich.[482] Rasch schuf man die juristischen Voraussetzungen für ein Verbot des Frontbunds.

Pfeffer hatte den Bogen überspannt, seinen Handlungsspielraum über-, sowie die Entschlossenheit und den Machtwillen der republikanischen Regierung in Berlin unterschätzt. Die Drohgebärden und schließlich die offene Erpressung mit dem (vermeintlichen) militärischen Potenzial der Frontbundsympathisanten waren nicht aufgegangen. Er selbst wurde Anfang Juni in Schutzhaft genommen.[483] Dass sich der Frontbund angesichts seines Verbots in einer Pressemeldung auf die ihm vermeintlich zustehenden von der republikanischen Verfassung garantierten Rechte berief, kann angesichts des erpresserischen Vorgehens gegenüber der Reichsregierung wenig überzeugen.[484] Dass auf das Verbot keine militärische Reaktion der ehemaligen Freikorps folgte, zeigte, wie wenig Rückhalt Pfeffer und seine Soldatenvertretung tatsächlich hatten. Der Bund war, nun illegal, ohne ihren Führer handlungsunfähig. Bereits bei der Reichstagswahl am 6. Juni spielte der Frontbund keine Rolle mehr.

Ob sich Pfeffer mit seiner Initiative selbst an die Spitze einer neuerlichen Putschbewegung setzen wollte oder er nur die Truppen dafür in Bereitschaft zu

478 Ebenda, Bl. 13.

479 BArch: R 1507/345, Bl. 15, »Rote Fahne« vom 5. Juni 1921.

480 So sprach man sogar noch am 8. Juni in einer Presseerklärung von angeblich »zehntausende[n]« Anhängern des Bundes – eine Zahl, die heillos übertrieben scheint. ›Deutsche Zeitung‹ vom 8. Juni 1920: »Schutzhaft«.

481 »Auch für den Fall, dass die im Senne- und Munsterlager versammelten Freikorps-Angehörigen eine Gewalttat gegen Berlin unternehmen würden, bestehe Sicherheit, dass dieser Versuch misslinge.« AdR: Müller I, Dok. Nr. 118, S. 293. Besprechung beim Reichspräsidenten am 28. Mai 1920.

482 Seeckt berichtete dem Reichskabinett hierzu, dass »ein Teil der Freikorps im Sennelager, darunter die 3. Marinebrigade [Loewenfeldt] von den Bestrebungen des Hptms. v. Pfeffer sofort weit abgerückt [sei], da diesen Truppenteilen die Ziele dieses Offiziers viel zu radikal erschienen. Auf dem gleichen Standpunkt stand die eigentliche Reichswehr in Westfalen. Demnach verfügte nach meiner Ansicht das Wehrkreiskommando VI über genügend Kräfte zur Durchführung der Verhaftung auch unter Berücksichtigung einer etwa damit verbundenen Bewegung in der Truppe.« Ebenda, Dok. Nr. 118, S. 293. Besprechung beim Reichspräsidenten am 28. Mai 1920.

483 ›Deutsche Zeitung‹ vom 8. Juni 1920: »Schutzhaft«.

484 ›Der Tag‹ vom 3. Juni 1920: »Tagung des Frontbundes in Potsdam«.

halten gedachte, spielt keine Rolle. Auch wenn ihm konkret keine Planungen zum Putsch nachzuweisen waren, ein eigenständiger paramilitärischer Bund ehemaliger Soldaten ohne Loyalitäten gegenüber der politischen sowie der militärischen Führung wäre einem Putsch de facto gleichgekommen. Eine Chance zur Integration der ehemaligen Freikorpssoldaten seitens der Regierung wurde in keinem Fall vertan. Nichts lag Pfeffer ferner, als mit einer Soldatengewerkschaft zu einem nach verfassungsrechtlichen Maßstäben handelnden Akteur in der Republik zu werden. Ohnehin war mit dieser Klientel und ihren spezifisch radikalen Einstellungsmustern eine politische Partizipation – sogar nur als Manöver – nicht möglich. Trotz aller legitimistischen Beschwichtigungen[485] musste sich Pfeffer bewusst gewesen sein, dass die Erfüllung seiner Forderungen die Grundfesten des Staates erschüttert hätten. Eine erfolgreiche Etablierung des Frontbundes unter diesen Voraussetzungen hätte nichts weniger als die Aufgabe des Gewaltmonopols des Staates nach sich gezogen. Das Heer wäre nicht nur organisatorisch, sondern auch weisungstechnisch nicht mehr den Organen der Republik – dem Parlament – unterstellt gewesen. Der Frontbund wäre de facto als unabhängige Instanz Staat im Staate geworden.

2.3.4 Pfeffers Frontbund – eine persönliche Bilanz

Pfeffer war als Initiator und Motor des Frontbunds dessen alleinige Führungsfigur. So organisierte er zusammen mit seinem Adjutanten, dem Leutnant a. D. Georg »Schorsch« Hallermann, die Veranstaltungen und sorgte mit seinen Kontakten für die finanzielle Ausstattung. Mit seiner Schutzhaft löste sich die so ambitionierte reichsweit angelegte Frontbundinitiative innerhalb weniger Tage nahezu geräuschlos auf. Dass Pfeffer auf der Paderborner Tagung auf die Wahl zum offiziellen Vorstand verzichtete, zeigt zudem, dass er sich darüber bewusst gewesen sein musste, dass sein stark belasteter Name der erhofften Etablierung des Frontbunds tatsächlich abträglich gewesen wäre. Auch war er sich angesichts der politischen Ausrichtung des Frontbundes über etwaige juristische Konsequenzen im Klaren. So beschränkte er sich im Anschluss auf die »stille Leitung« des Bundes.[486] Dennoch treten hier exemplarische Grundmuster seiner Anschauung hervor. Fünf maßgebliche Punkte sind hier zu nennen:

Erstens: Der Frontbund muss als erneuter Beweis für Pfeffers Organisations- und Improvisationstalent gelten. Von Pfeffer alleine initiiert, operierte der Bund durch seine rege Werbetätigkeit von Westfalen aus bis zu den Hansestädten, von Berlin bis Pommern. An Selbstbewusstsein, eine solche reichsweite Organisation allein zu initiieren und zu führen, mangelte es ihm zudem nicht. Gleichzeitig war Pfeffer bereit, für eine mögliche Etablierung des Bundes seinen eigenen Namen zurückzunehmen und nicht offiziell als

485 ›Vorwärts‹ vom 1. Juni 1920: »Frontbund-Heuchelei: ›Stille, erste Organisationsarbeit‹ – bei Lichte!«.

486 Zit. Pfeffer nach: BArch: R 1507/578-41, Bl. 30.

Vorsitzender in Erscheinung zu treten. Ein Charakterzug, der im radikalrechten Milieu, angesichts der Geltungsbedürftigkeit vieler hier verkehrenden, im Zivilleben oft Gescheiterten, zu erwähnen ist. Nicht minder verdeutlichten die Geschehnisse um den Frontbund aber auch die politische Unerfahrenheit Pfeffers. Ein Handstreich, wie zu Jahresbeginn 1919, gelang ihm auf dieser überregionalen Ebene nicht.

Zweitens zeigt Pfeffers Bestreben um eine Vereinigung der Nachfolgeverbände seine gereifte Erkenntnis, dass sich in der pluralistischen neuen Staatsordnung die Interessen der Freikorps nur durch eine legitimierte gemeinsame Vertretung durchsetzen könnten. Die Notwendigkeit einer Interessenskumulierung im rechten Spektrum sollte von nun an eine dauerhafte Grundidee im weiteren Wirken Pfeffers sein.[487]

Als drittes Merkmal ist die im Mai 1920 etablierte antisemitische Haltung Pfeffers zu nennen.[488] Erstmals ist diese über die diffusen Prägungen durch Kaiserreich, Heer und frühe Freikorpszeit hinaus anhand von Dokumenten für Pfeffer nachweisbar.[489] Zudem verstand Pfeffer schnell, dass sich die antisemitischen Parolen und Hetze, analog zur proklamierten angeblichen kommunistischen Unterwanderung der Reichswehr, instrumentalisieren und gezielt einsetzen ließen.

Lässt man die machtpolitische Dimension außen vor, so wird, viertens, auch der sozial-patriarchische Gedanke in Pfeffers Weltanschauung erneut sichtbar. Tatsächlich dürfte Pfeffer für die zu entlassenden Soldaten eine soziale Verantwortung empfunden haben. Im Rahmen des Frontbunds offenbarten sich so jene Ideen, die später unter dem Paradigma des nationalen Sozialismus eine noch stärkere Breitenwirkung haben sollten.[490] Mit dem Frontbund förderte und, mehr noch, forderte Pfeffer aktiv die Solidarität unter den verschiedenen ehemaligen Freikorps. Dass dies unter seiner eigenen Führung geschehen sollte, zeigt sowohl sein Selbstverständnis als auch den hierin liegenden Nukleus des Scheiterns der Initiative. So sind gerade von den überregional bekannten ehemaligen Korpsführern keinerlei Sympathiebekundungen oder Aufrufe zur Teilnahme am Frontbund überliefert.[491] Kein Freikorpsführer hatte ernsthaftes Interesse daran, seine Truppe, sofern sie bis März 1920 noch existierten in Pfeffers Frontbund zu mediatisieren. Zudem war die offene Agitation des

487 Die Bemühungen um eine Nivellierung der verschiedenen Gruppierungen des rechten Spektrums waren auch insofern bemerkenswert, als dass ein solcher Versuch angesichts der häufig anzutreffenden Konkurrenz unter den Führern in diesem Milieu im Jahr 1920 eine Ausnahme darstellte.

488 BArch: R 1507/2004, Bl. 21 f.

489 Ebenda, Bl. 21 f.

490 Zum sozialistischen Gedanken bei den Völkischen und zum »Nationalbolschewismus« vgl. auch Schüddekopf: Linke Leute, S. 98 ff.

491 So spricht zwar Hoegner, allerdings ohne Quellenangabe, davon, dass ehemalige Ehrhardtoffiziere beim Frontbund eine maßgebliche Rolle innehatten, für eine Solidaritätsbekundung Ehrhardts mit dem Frontbund liegen allerdings keinerlei Belege vor. Hoegner: Die verratene Republik, S. 76.

Frontbunds gegen die Reichswehr trotz aller angestrebten Unabhängigkeit ein Tabu auch für viele Freikorpsoffiziere. Viele Mitglieder und Führer waren offenbar aus moralischen und, mehr noch, materiellen Gründen[492] nicht bereit, offen gegen die Reichswehr Stellung zu beziehen.

Schließlich erreichte, ungeachtet ihrer geringen historiographischen Rezeption, Pfeffers Frontbundinitiative zeitgenössisch eine bemerkenswerte Bekanntheit.[493] Von nun an galt Pfeffer als der »Gründer des berüchtigten Frontbundes«.[494] In Westfalen war Pfeffer im Sommer 1920 eine regionale Größe der Rechtsbewegung. In der Folge rückte er permanent in den Fokus der Presse sowie des RKO. Gleichzeitig sah er in dieser erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit die eigentliche Ursache für das Scheitern des Bundes.[495] Er zog daraus seine Konsequenzen: Nach Ende des Frontbunds versuchte Pfeffer seine neuen Organisationen gezielt dem Blick der Öffentlichkeit zu entziehen.

Die weitere Konsequenz der Frontbundereignisse war jedoch das nachhaltig gestörte Verhältnis Pfeffers zur Reichswehr und, infolgedessen, auch zu den mit der Reichswehr kooperierenden paramilitärischen Verbänden. Pfeffers Radikalismus ging so weit, dass sich der Frontbund nicht nur gegen die Republik, sondern auch gegen die Reichswehrführung gewandt hatte – eine Stoßrichtung, die viele andere Freikorpsführer nicht zu akzeptieren bereit waren. U. a. etwa bei der von der finanziellen Unterstützung der Reichswehr abhängigen O. C. hatte man kaum Interesse an einer Kooperation mit einer Person, die unmittelbar zuvor noch die Kommandogewalt der Reichswehrführung infrage gestellt hatte.[496] Auch dass Pfeffers Vorgehen letztlich zur »Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötigen Maßnahmen auf Grund des Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung« geführt hatte, dürfte ebenfalls in diesen Kreisen kaum positiv aufgenommen worden sein. Hinzu kamen Pfeffers mehrfach in der Presse publizierten kritischen Äußerungen zu Vorgehen und Zielen der Kappisten. Besonders Ehrhardt und die ehemaligen Mitglieder seiner Marine-

492 So profitierten nicht wenige der Freikorpsoffiziere noch und auch weiterhin von finanziellen Zuwendungen aus direkten oder indirekten Reichswehretats. Vgl. FN 2/496 sowie dazu Kapitel 2.5.

493 So stellte auch der Staatsanwalt im Verfahren gegen Pfeffer 1921 fest: »Das Verhalten des Angeklagten [bezgl. des Frontbundes] war […] wohl mit ein Grund für die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920.« BArch: R 8034 III/349, »Der Prozess gegen Hauptmann Pfeffer v. Salomon«, Bl. 113. Vgl. auch das Zitat Hitlers: FN 2/1.

494 ›Freiheit‹ vom 20. Juli 1920: »Ein Umsturzherd im Kreise Arnswalde«.

495 Vgl. ›Deutsche Zeitung‹ vom 8. Juni 1920: »Schutzhaft«; ›Vorwärts‹ vom 29. Mai 1920: »Der ›Frontbund‹ und seine Werber«.

496 Jasper: Schutz der Republik, S. 114. Vieles spricht dafür, dass die Kooperation zwischen O. C. und den Behörden über die rein finanzielle Ebene hinausging. So spricht etwa Ernst von Salomon davon, dass die O. C. nicht nur inoffiziell die Aufgabe einer staatlichen Abwehrorganisation erfüllte. Salomon: Der Fragebogen, S. 332.

brigade mussten dies auch als persönliche Missbilligung auffassen. Gerade im rechten Netzwerk, in dem Standesdünkel und übersteigerte Ehrvorstellungen dominierten, musste eine solche Kritik Pfeffers zweifellos Wirkung entfacht haben.

Die Ereignisse um den Frontbund im Mai bis Juni 1920 lösten weitreichende Brüche im rechten Milieu aus. Nur unter dieser Prämisse lässt sich die weitere Positionierung Pfeffers im rechten Spektrum in den kommenden Monaten und Jahren verstehen. Die Entfremdung zu Teilen der Rechtsbewegung und zu der Gruppierung, in denen sein Großcousin, Ernst von Salomon, aktiv war, sorgte dafür, dass Pfeffer in Distanz zu jenen Kreisen blieb, die später für die politischen Morde der Weimarer Republik verantwortlich sein sollten. Pfeffers Ziel blieb vielmehr, die notwendigen organisatorischen Strukturen zu schaffen, um unter einer einheitlichen Führung militärisch gegen die Republik vorgehen zu können. Einen legalen Rahmen für diese Bemühungen bot das Anfang 1920 als Übergangsform aufkommende System der Arbeitsgemeinschaften ehemaliger Freikorps.

2.4 Die »Arbeitsgemeinschaft P.«

Die um das Jahr 1920 entstandene Vielzahl an radikalen völkisch-nationalistischen Organisationen absorbierte einen großen Teil der Mitglieder der ehemaligen Freikorps.[497] Nur eine verhältnismäßig geringe Zahl an Freiwilligen – wohl diejenigen, die am schwersten in das System zu integrieren waren – verblieb bei ihren Führern. Diese wurden, zumeist in einem zähen Transformationsprozess[498] und mit logistischer Unterstützung von Reichsregierung und den regionalen Wehrkreiskommandos,[499] in sogenannte »Arbeits- und Siedlungsgemeinschaften« überführt.[500] Bis Ende 1921 waren in Pommern und der Mark Brandenburg ca. 600 solcher Organisationen entstanden. Zusam-

497 Im Mai 1920 war in Regensburg mit Unterstützung von Ernst Röhm und Franz Ritter von Epp unter Führung des Forstrats Georg Escherich die paramilitärische Organisation Escherich, kurz: Orgesch, gegründet worden. Aus der Marine-Brigade Ehrhardt ging nach dem Kapp-Putsch schließlich die O.C. hervor. Als größere Gruppierungen werden hier nur exemplarisch der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten (inklusive rund ein Duzend anhängender kleinerer Splitterorganisationen), der Werwolf, der Bund Oberland genannt. Hinzu kommen Hunderte weitere, teils sehr kurzlebige Klein- und Kleinstorganisationen.

498 BArch-MA: RH 53-4/289, Bl. 56.

499 BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Februar 1941 (12) Folge 2: Siedlung Jägerheide des Freikorps Kühme, S. 3.

500 In einer Anweisung des Reichswehrministeriums an Wehrkreiskommando IV vom Sommer 1920 heißt es in aller Deutlichkeit dazu: »Nach Bildung des Übergangsheeres dürfen Freikorps nicht mehr bestehen, auch nicht mehr in Truppengliederungen, Stärkenachweisungen u. dergl. unter der Bezeichnung ›Freikorps‹ erscheinen. Die Restmannschaften der ehemaligen Freikorps […] sind daher als Arbeitsgemein-

mengehalten durch die Ablehnung des neuen Zeitgeistes und der »Weimarer Kultur«,[501] waren die AGs Ausdruck der Perspektivlosigkeit ihrer Klientel.

2.4.1 Organisation

Auch Pfeffer lehnte es nach dem Scheitern des Frontbunds ab, sich einer der größeren rechten Organisationen anzuschließen.[502] Ein Verzicht auf die Führung einer eigenen paramilitärischen Gruppierung, das zeigte sich schnell, kam trotz des immer geringeren Gestaltungsspielraums nicht infrage. So wäre mit der Aufgabe seiner Stellung als Wehrverbandsführer nicht nur ein massiver persönlicher Statusverlust einhergegangen, auch hätte er jede Möglichkeit zur politischen Einflussnahme eingebüßt.[503] Hinzu kamen aber auch erneut soziale Motive. Ein Bericht des RKO stellte fest:

> »Den aus dem Heeresdienst entlassenen Soldaten war es nicht möglich, gleich eine bürgerliche Stellung zu bekommen, wurden sie doch oft als ›Noske-Bande‹ beschimpft. Der Angeklagte [Pfeffer], der ein großes Vertrauen bei seinen Leuten genoss und stets für deren Wohl gesorgt hatte, wurde vielfach von seinen ehemaligen Freikorpsangehörigen aufgefordert, auch weiterhin die wirtschaftlichen Interessen seiner früheren Leute zu fördern, und so trat er zufolge ihrer vielfachen Wünsche der Frage der Bildung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft näher.«[504]

Bestärkt durch die für die republikanischen Kräfte katastrophalen Reichstagswahlergebnisse vom 6. Juni 1920[505] wurde Pfeffer unmittelbar nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft wieder aktiv.[506] Am 29. Juni forderte er in einem Aufruf in der »Essener Allgemeinen Zeitung« diejenigen Personen, die

schaften […] zu bezeichnen.« BArch-MA: RH 53-4/289, Bl. 89 ff., Reichswehrministerium an Wehrkreiskommando IV vom 10. Juni 1920.

501 Fest: Hitler, S. 135 ff.

502 Die von Pfeffer später verlautbarte Absicht, sich »nach der Auflösung des Bundes ins Privatleben zurückziehen« zu wollen, war wohl Camouflage. BArch: R 8034 III/349, »Der Prozess gegen Hauptmann Pfeffer v. Salomon«, Bl. 113.

503 Wohl über 90 Prozent der Freikorpsführer erlangten nach der Auflösung des eigenen Freikorps keinerlei militärische oder politische Bedeutung mehr.

504 BArch: R 1507/578-41, Bl. 9 f.

505 Die republiktragenden Parteien, SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei (DDP), verloren bei den Reichstagswahlen erstmals ihre Mehrheit. Die Wahlergebnisse in Münster entsprachen jedoch nicht dem Reichstrend. Hier erreichte die Pfeffer nahestehende DNVP gerade einmal 5,0 Prozent der Wählerstimmen, gegenüber noch 6,2 Prozent bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919. Grevelhörster: Münster zu Anfang, S. 66.

506 Bereits am 25. Mai hatte der »Vorwärts« festgestellt: »Die zum Schein aufgelösten Freikorps werden von der reaktionären Organisation systematisch auf die pommerschen Landgüter verteilt. Waffen usw. nehmen sie mit. Die Verpflegung besorgen die Landwirte, wofür die Leute etwas Arbeit leisten, die Löhnung bekommen sie aus den privaten Fonds weiter gezahlt. Alle stehen miteinander

Ansprüche auf die Verleihung eines Baltenkreuzes hätten, auf, sich bei ihm in Paderborn zu melden.[507] Der Zweck dieses Aufrufs war eindeutig. Es war der Versuch, seine inzwischen zerstreute Freikorpsklientel erneut um sich zu sammeln.[508] Zwar war nach den Erfahrungen mit dem Frontbund den regulären Angehörigen der Reichswehr die Mitgliedschaft in einer Arbeitsgemeinschaft verboten,[509] dennoch ging Pfeffers Organisationsbemühen erneut über die Mitglieder seines eigenen ehemaligen Freikorps hinaus. Neben den Baltikumern lag sein Augenmerk insbesondere auf der Anwerbung von Mitgliedern des ehemaligen Freikorps Lichtschlag. Zu dem drei Jahre älteren Otto Lichtschlag hielt Pfeffer freundschaftlichen Kontakt. Das Freikorps Lichtschlag galt als extrem radikal und hatte sich den makabren Rufnamen »Freikorps Todschlag«[510] schon vor dem Ruhrkampf hinlänglich verdient. Aus der Perspektive Pfeffers war an der politischen Zuverlässigkeit der Korpsmitglieder Lichtschlags nicht zu zweifeln.[511] Gemeinsam mit den verbliebenen Mitgliedern und Sympathisanten des Frontbunds bildeten sie ab Juni 1920 offiziell die »Arbeitsgemeinschaft P.«.[512]

Das »P.« fand hierbei eine doppelsinnige Verwendung. Offiziell stand es für Pommern und war damit ein Zeichen für die grundsätzliche Offenheit der AG für alle ehemaligen Freikorpsmitglieder. Die AG sollte, wie schon der Frontbund, ein freikorpsübergreifendes Instrument der Interessenkumulierung werden.[513] Dessen ungeachtet, stand das »P.« nicht minder für Pfeffer, den Initiator und Organisator der Unternehmung.[514]

in engster Verbindung.« ›Vorwärts‹ vom 25. Mai 1920: »Neuer Rechtsputsch in Vorbereitung«.

507 BArch: R 1507/578-41, Bl. 2.

508 Vgl. BArch-MA: RH 53-4/289, Bl. 95, Meldung des Reichskreiskommando IV vom 23. Mai 1920.

509 Ebenda, Bl. 95, Meldung des Reichskreiskommando IV vom 23. Mai 1920.

510 Vgl. zur Genese des Namens: Volker Ullrich: Die Revolution von 1918/19, München 2009, S. 84 f.

511 BArch: R 1507/578-41, Bl. 11. Zudem ist anzunehmen, dass ein Großteil der Männer durch die Ereignisse um die zu Lichtschlag gehörende Batterie Hasenclever und deren völlige Zerschlagung politisch hoch emotionalisiert und psychologisch stark traumatisiert waren. Vgl. FN 2/331.

512 So wechselten auch die Vorstandsmitglieder des Frontbundes in die AG. ›Vorwärts‹ vom 10. März 1921: »Zeugenvernehmung im Pfefferprozeß«.

513 Vgl. Kapitel 2.3.4. Auch andere Freikorpsnachfolgeorganisationen, etwa die O. C., versuchten nach dem Ende der Freikorps deren illegale Nachfolgeorganisationen zu sammeln. Wo jedoch die einstigen Freikorpsführer eigene Nachfolgeorganisationen aufbauten, scheiterten solche Bemühungen häufig an dem ausgeprägten Autonomiebedürfniss der einzelnen Freikorpsführer. Vgl. Krüger: Die Brigade Ehrhardt, S. 80.

514 Vgl. zur Struktur auf dem Land in Pommern Shelley Baranowski: The Sanctity of Rural Life. Nobility, Protestantism, and Nazism in Weimar Prussia, Oxford und New York 1995, S. 39 ff.

Die Wahl des Standortes fiel auf den Kreis Friedeberg-Arnswalde.[515] Neben den günstigen politischen Bedingungen in Pommern[516] hatte Franz über die Nachkommen des Bruders seines Großvaters mütterlicherseits, seines Großonkels Max von Clavé-Bouhaben, Beziehungen in diese Region. Die Familie besaß in Hinterpommern, nahe Köslin,[517] das Gut Vellin.[518] In unmittelbarer Nähe des Kreises Friedeberg-Arnswalde hatte sich bereits im Sommer 1919 die Eiserne Division niedergelassen.[519] Wenig später kam die Arbeitsgemeinschaft Roßbach hinzu, deren Kommandeur bald als »Leiter der Zentralstelle der Arbeitsgemeinschaften« Koordinationsaufgaben zwischen den einzelnen Organisationen übernahm.[520] Für die politische Ausrichtung bezeichnend, war die »AG P.« geographisch zwischen diesen beiden positioniert. Mit den Führern hielt Pfeffer engen Kontakt.[521] Gleichzeitig bemühte er sich erneut um den Aufbau eines rechten Netzwerks. Auch zu verschiedenen Selbstschutzverbänden, etwa der Orgesch, trat er in enge Fühlung.[522]

Wie gut Pfeffers Verbindungen in Berlin waren, zeigt die Tatsache, dass trotz der Verwicklungen um den Frontbund auch das Reichsarbeitsministerium Unterstützung bei dem Aufbau seiner AG zusagte.[523] Ansonsten hatten die Strukturen, auf die man bei der AG zurückgriff, sich bereits beim Frontbund bewährt. Das Geld kam erneut vom Reichslandbund bzw. dessen Landesverband, dem Pommerschen Landbund.[524] Mehrfach bekam Pfeffer

515 BArch: R 1507/578-41, Bl. 19.

516 Vgl. dazu Martin Schaubs: Märzstürme in Pommern. Der Kapp-Putsch in Preußens Provinz Pommern, Marburg 2008, S. 25 ff.

517 Heute polnisch: Koszalin.

518 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 18. März 2010. Dies waren allerdings die einzigen dünnen verwandtschaftlichen Linien, die Franz von Pfeffer nach Pommern vor seiner Heirat 1922 hatte. Ob diese allerdings tragfähig, bzw. überhaupt aktiv waren, lässt sich heute nicht mehr rekonstruieren.

519 ›Vorwärts‹ vom 10. März 1921: »Zeugenvernehmung im Pfefferprozeß«. Der Einfluss der Korps in Pommern war so stark, dass eine Zeitung später sogar einen Bericht mit dem Titel »Aus dem Pfeffer-Land« überschrieb. BArch: R 8034 III/349, S. 112. Vgl. Mauch: Nationalistische Wehrorganisationen, S. 49 und Gumbel: Verräter, S. 143.

520 Vgl. BArch: R 1507/345, Bl. 62; Striesow: Deutschnationale Volkspartei, S. 454.

521 BArch: R 1507/578-41, Bl. 31.

522 Ebenda, Bl. 17. Auch kam Pfeffer in dieser Zeit wahrscheinlich in Kontakt mit dem späteren Rathenau-Mörder Karl Tillessen. Dieser heiratete später Martha Pfeffer, eine Kusine von Franz. Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Persönliche Mitteilung vom 16. November 2009. Vom freundschaftlichen Kontakt nach dem Krieg zeugen auch die Fotoalben der Familie im Privatarchiv von Pfeffer.

523 ›Vorwärts‹ vom 10. März 1921: »Zeugenvernehmung im Pfefferprozeß«. Vgl. auch BA-MA: MSg 3/4218, »Feldpostbriefe für Freikorpskämpfer«, Nr. 8 (2) August 1943, S. 5.

524 Vgl. Mauch: Nationalistische Wehrorganisationen, S. 49. Wie groß das Interesse des Reichslandbund war, zeigt auch die Tatsache, dass im Zeitungarchiv des Landbundes der Prozess Pfeffers vor dem Reichswehrgruppenkommando I in Stargard im März 1921 penibel dokumentiert wurde. Vgl. BArch: R 8034 III/349, Bl. 110 ff. Vgl. auch Kapitel 3.4.2.Vgl. FN 2/427.

Zuwendungen »zur Finanzierung seiner Organisation« von hohen Vertretern des Landbunds persönlich.[525] Hinzu kamen Gelder aus der Wirtschaft, unter anderem von der AEG, der rheinisch-westfälischen Industrie,[526] von in Berlin ansässigen Weingroßhandelsbetrieben oder von privaten Sponsoren.[527] Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft hatten einen täglichen Arbeitsdienst zu leisten. Sie erhielten dafür von den Gutsbesitzern, neben der Unterkunft und der Verpflegung, eine geringe Aufwandsentschädigung. Die Aufstockung des Lohns besorgte dann Pfeffer mit den eingeworbenen Geldmitteln der Arbeitsgemeinschaft.[528] Ziel Pfeffers war es, die Attraktivität der AG für Arbeiter und Gutsbesitzer aufrechtzuerhalten, somit die übliche personelle Fluktuation einzuschränken und schließlich damit seiner Organisation eine Kontinuität und ihren Mitgliedern eine langfristige Perspektive zu verschaffen.[529] Dass ein solches System der Lohnsubventionierung funktionierte, zeigt, welch beträchtliche Geldmittel der umtriebige Pfeffer erneut einzuwerben imstande war.

Für die pommer'schen Gutsbesitzer war die Kooperation mit Pfeffer nicht nur dadurch ein Glücksfall.[530] Hinzu kam, dass die Rückführung der russischen Kriegsgefangenen zusammen mit der Landflucht der Bevölkerung einen großen Bedarf an Arbeitskräften geschaffen hatte, den die Mitglieder der AG nun auffingen. Nicht minder bedeutsam als dieser ökonomische Befund – die ehemaligen Soldaten taten sich häufig schwer mit den harten Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und dürften daher wenig effektiv gewesen sein – war das politische Motiv der zumeist hochkonservativen Gutsbesitzer. Die ehemaligen Soldaten waren willkommene Konkurrenz zu dem »sozialdemokratisch organisierten Landarbeiterverband«.[531] Durch die Subventionierung der Bezüge sank zwangsläufig auch das Lohnniveau der regulären Landarbeiter – Konflikte waren vorprogrammiert. Bereits im Mai und Juni 1919 traten Angehörige der AGs als Streikbrecher bei Landarbeiterstreiks auf, so dass diese daraufhin weitestgehend erfolglos abgebrochen werden mussten.[532]

525 ›Vorwärts‹ vom 10. März 1921: »Zeugenvernehmung im Pfefferprozeß«.

526 BArch: R 8034 III/349, »Der Prozeß gegen Hauptmann Pfeffer von Salomon«, Bl. 113.

527 StaM: Nr. 364, Bl. 5. Gerade die westfälischen Industriellen unterstützten fast jede Art, von konservativen bis radikal konterrevolutionären Gruppierungen großzügig. So konnte es sich etwa die Orgesch angeblich bereits 1921 leisten, ihre Gauleiter mit 1.800 Mark im Monat auszustatten. BArch: R 1507/345, Bl. 188 ff. Denkschrift: »Die deutschen Weißgardisten« vom 13. Oktober 1921.

528 ›Volkswille‹ vom 12. März 1921: »Prozeß gegen den Kappisten Pfeffer«. Nach dem »Vorwärts« vom 27. Juli entrichteten die Gutsbesitzer nur 1,50 Mark pro Tag.

529 Vgl. zu Pfeffers vormaliger Fehleinschätzung FN 2/290.

530 Nakata: Der Grenz- und Landesschutz, S. 129. Zu den Kontakten Pfeffers zu den Rittergutsbesitzern vgl. BArch: R 1507/578-41, Bl. 31.Vgl. auch Krüger: Die Brigade Ehrhardt, S. 64.

531 BArch: R 1507/578-41, Bl. 10. Vgl. dazu auch FN 2/561.

532 Ebenda, Bl. 11. Vgl. hierzu auch allgemeiner zu den Streikbewegungen der Landarbeiterschaft in der frühen Weimarer Republik: Martin Schumacher: Land und

Die ehemaligen Freikorpssoldaten waren damit auch eine Art Schutztruppe gegen mögliche linke Aufstände.[533]

Die »Organisationsarbeit«[534] Pfeffers im Rahmen der »AG P.« ist erneut mit dem Wort pragmatisch am besten zu umschreiben. Konventionen oder Skrupel sind bei Organisation und Werbung für seine AG einmal mehr nicht auszumachen. Für die Entsendung der geworbenen Männer nach Pommern nutzte Pfeffer seine guten Kontakte zu Teilen des Reichswehroffizierskorps und ließ sich von den entsprechenden Stellen Urlaubsscheine und Freifahrtscheine ausstellen.[535] Diese sollten unter denjenigen Geworbenen verteilt werden, die sich eine Anreise von Westfalen nach Pommern nicht selbst leisten konnten. Trotz des Verbots warb Pfeffer – zumeist über Mundpropaganda – besonders in Westfalen.[536] Später wurde ihm vorgeworfen, sogar reguläre Werbebüros im Sennelager und in Paderborn unterhalten zu haben. Pfeffer bestritt diesen Vorwurf, der Sachverhalt lässt sich letztlich nicht mehr aufklären.[537] Besser dokumentiert ist die Tatsache, dass, wie bereits beim Frontbund, vor allem die mangelnde Bildung und politische Unerfahrenheit der Werber zu Problemen führte. So warb man etwa in Bielefeld mit dem Versprechen, durch die AG im Baltikum wieder Soldat werden zu können. Die Interessenten wurden anschließend mit gefälschten Militärfahrkarten ausgestattet und zur »AG P.« nach Arnswalde verlegt. Als ihnen dort klar wurde, dass es sich lediglich um eine semizivile[538] Arbeitsgemeinschaft handelte, verließen sie die AG rasch wieder.[539] Der Vorgang sollte jedoch im Rahmen des späteren Gerichtsverfahrens gegen Pfeffer für erhebliches Aufsehen sorgen.[540] Trotz dieses Zwischenfalls verliefen die Anwerbungen insgesamt doch sehr erfolgreich. So ist etwa auch dokumentiert, wie Interessenten weder Kosten noch Entbehrungen scheuten, um schließlich zur Arbeitsgemeinschaft nach Pommern zu gelangen. Pfeffers Ruf in Westfalen dürfte hierbei eine maßgebliche Rolle gespielt haben.[541]

Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914-1923, Düsseldorf 1978, S. 297 ff.

533 Vgl. FN 2/524 und Striesow: Deutschnationale Volkspartei, S. 424. Vgl. auch Krüger: Die Brigade Ehrhardt, S. 82 f.

534 BArch: R 43-I/724, Bl. 3.

535 ›Vorwärts‹ vom 14. Mai 1920: »Pfeffer an der Arbeit: Eine aufgehobene Abteilung – Meuterei auf Staatskosten«. Vgl. zu den guten Kontakten Pfeffers auch später: BArch: R 1507/578-41, Bl. 44.

536 Ebenda, Bl. 11.

537 ›Berliner Zeitung‹ vom 19. März 1921: »Hauptmann v. Pfeffer vor Gericht: Der Prozeß in Stargard«.

538 Vgl. dazu die von Nakata dokumentierten Waffenfunde bei anderen AGs: Nakata: Der Grenz- und Landesschutz, S. 129 ff.

539 BArch: R 1507/578-41, Bl. 23 f.

540 Vgl. Kapitel 2.4.2.

541 Ebenda, Bl. 11 ff.

Unzweideutig wirkte Pfeffer auf eine dauerhafte Etablierung und Expansion seiner Arbeitsgemeinschaft hin.[542] Zunächst organisierte Pfeffer den Aufbau seiner Arbeitsgemeinschaft, d. h. die Unterbringung seiner Truppen auf den Landgütern, von Bielefeld aus.[543] Die Organisationsstruktur blieb militärisch. Die Männer wurden in Kompanien eingeteilt, morgens erfolgte die tägliche Befehlsausgabe.[544] Einheitliche Arbeitskleidung war üblich.[545] Die AG war strikt hierarchisch gegliedert.[546] Als Hauptaufgabe wurde, mehr noch als beim Frontbund, die soziale Dimension der Unternehmung in den Vordergrund gestellt.[547] Obwohl nachweislich Kontakte zwischen der »AG P.« und der DNVP bestanden, wurden politische Ambitionen strikt geleugnet.[548] Peinlichst versuchte man den Anschein einer – zweifelsohne vorhandenen – Kontinuität zum Frontbund zu vermeiden und damit einem erneuten Verbotsverfahren zu entgehen. Trotz aller Maßnahmen, der argwöhnischen Beobachtung der linken Presse und des RKO entkam man dadurch nicht. Gerade für Erstere blieben die Arbeitsgemeinschaften »ein Rekrutendepot der Konterrevolution«.[549]

Aufgrund andauernder organisatorischer Probleme – konkret handelte es sich um Geldversprechungen und deren Auszahlungen, strukturell waren sie bedingt durch die Landsknecht-Mentalität der Klientel – entschied sich Pfeffer direkt vor Ort nach Pommern zu kommen. Ab dem 12. Juli 1920 war er »im Hotel Ladisch, Marktplatz Arnswalde […] dauernd verfügbar«.[550] Sein in diesem Zeitraum erlassener Befehl gibt Einblick in den Alltag und die Schwierigkeiten beim Aufbau der AG. Hierin heißt es unter anderem:

> »1. Die hießigen Verhältnisse sind noch nicht so völlig durchorganisiert, wie es den Anschein hatte. Noch bestehende Schwierigkeiten werden in Kürze verschwinden. Bis dahin wolle man Geduld haben und an der Organisation mithelfen.

542 BArch: R 1507/578-41, Bl. 11, »Anordnung 3 der Arbeitsgemeinschaft P. vom 30. Juli 1920«.

543 Auch Roßbach war nicht ständig bei seiner AG vor Ort. Zunächst leitete er die in Pommern, Mecklenburg und Ostpreußen untergebrachten Truppen von Berlin aus und hielt dabei ebenso wie Pfeffer über Kuriere engen Kontakt zu den Gutsbesitzern. Vgl. BArch: R 1507/345, Bl. 7.

544 ›Vorwärts‹ vom 14. Mai 1920: »Pfeffer an der Arbeit: Eine aufgehobene Abteilung – Meuterei auf Staatskosten«; BArch: R 1507/578-41, Bl. 10.

545 BArch: R 1507/345, Bl. 62; BArch: R 1507/578-41, Bl. 39.

546 Ebenda, Bl. 12 f. »Anordnung 1 der Arbeitsgemeinschaft P. vom 12. Juli 1920«.

547 BArch: R 1507/535-3, Bl. 59. So heißt es etwa auch in der Satzung der benachbarten Arbeitsgemeinschaft Roßbach: Zweck der Arbeitsgemeinschaft »ist es, das kameradschaftliche Zusammenhalten und die gegenseitige Unterstützung der ehemaligen Mitglieder der Sturmabteilung Roßbach zu pflegen«. BArch: R 1507/345, Bl. 26.

548 ›Vorwärts‹ vom 10. März 1921: »Zeugenvernehmung im Pfefferprozeß«.

549 BArch: R 1507/345, Bl. 15, »Rote Fahne« vom 5. Juni 1921.

550 ›Freiheit‹ vom 20. Juli 1920: »Ein Umsturzherd im Kreise Arnswalde«.

2. Die Lohnsätze belaufen sich auf 12-15 Mark gleich in bar für jedermann, außerdem Verpflegung, Unterbringung, Versicherung und Krankenkasse. Natürlich muss in dem ortsüblichen Umfang dafür gearbeitet werden. […]
3. Arbeits-Drillich-Kleidung wird beschafft und ist sehr preiswert abgegeben. Bis dahin bitte man die Arbeitgeber, solche Arbeiten vorläufig zurückzustellen, die besonders zerstörend auf die Kleidung wirken. Mit Schuhzeug sind Bemühungen im Gange […]. Rauch und Kantinenwaren sollen durch die Kantine beschafft werden.
4. Unterbringung der einzelnen Kompagnien ist in der beiliegenden Karte eingezeichnet. Die Kompagnien haben im Einvernehmen mit den Besitzern und Bauern für zweckmäßige Verteilung in dem Raum zu sorgen sowie für Auffindung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten für Nachzügler.
5. […] Fremde, die sich unter die Transporte gemengt haben, sind besonders zu melden unter Angabe, ob ihr Verbleiben gewünscht wird.
[…].
11. Jedermann sei sich nochmals darüber klar, dass neue Verhältnisse immer Unbequemlichkeiten mit sich bringen, die sich sofort unangenehm bemerkbar machen, während die guten Seiten erst allmählich zum Bewusstsein kommen. Immer aber werden die Schwierigkeiten täglich geringer, das Gute täglich größer. Die Einsichten müssen verfrühte Missstimmung und Kleinigkeiten vermuten.
12. Dieser Befehl ist möglichst bald mit allen Leuten zu besprechen, Fremden gegenüber ist er streng geheim zu halten. Weil wir nur Hader und Schwierigkeiten davon haben …«[551]

Das Leben und Arbeiten in der AG war entbehrungsreich und psychisch wie physisch anstrengend. Dies galt mehr noch, da die meisten der Männer ausschließlich das Soldatenhandwerk gelernt hatten und seit Jahren keiner – oder noch niemals – einer regulären Beschäftigung nachgegangen waren. Notabitur, Kriegsfreiwilligkeit, Verwundungen, Kapp-Putsch, das waren die üblichen Lebensläufe. Eine starke Fluktuation war die Folge. Auch blieb die militärische Sozialisation allgegenwärtig.[552] Die überlieferten Befehle zeigen die klar hierarchische Organisationsstruktur der AG. Ausdrucksweise und Begrifflichkeiten waren im militärischen Duktus verfasst. Abschnittführer waren für einzelne regionale Teilbereiche innerhalb der AG verantwortlich. Ihnen war die Finanzverwaltung dieser Bereiche unterstellt und sie hielten direkten Kontakt sowohl zu Pfeffer selbst, als auch zu den einzelnen Mitgliedern.[553] Ungeachtet dieser Zwischeninstanz blieb das »gegenseitige Treueverhältnis zwischen der Person des Führers und seinen Korpsangehörigen, wodurch [der Führer] sich

551 BArch: R 1507/578-41, Bl. 12 f. »Anordnung 1 der Arbeitsgemeinschaft P. vom 12. Juli 1920«. »Die Freiheit«, die auf diesen Befehl aufmerksam wurde, druckte diesen sogar in Gänze ab: ›Freiheit‹ vom 20. Juli 1920: »Ein Umsturzherd im Kreise Arnswalde«.

552 BArch: R 1507/578-41, Bl. 16.

553 Ebenda, Bl. 15 f. »Anordnung 2 der Arbeitsgemeinschaft P. vom 30. Juli 1920«.

[…] verpflichtet […] fühlte, bei ihrer Entlassung für seine Soldaten nach Kräften zu sorgen«[554] das konstituierende Element der Arbeitsgemeinschaften. Pfeffer organisierte seine AG nicht nur administrativ, sondern kümmerte sich persönlich um das Wohl seiner Männer. So kam er, und das überrascht doch angesichts der unangepasst-republikfeindlichen Einstellungsmuster Pfeffers, seinen Pflichten in Bezug auf den Versicherungs- und Krankenkassenbeitrag seiner Männer regulär und fristgerecht nach.[555]

Das interne Wirtschaftssystem war auch bei der »AG P.« kooperativ-genossenschaftlich, ja sozialistisch.[556] Dabei bedeutete die genossenschaftlich-soziale Ausprägung der AGs, wie etwa die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, keinen Paradigmenwechsel, vielmehr waren sie Ergebnis einer kontinuierlichen mentalitätsgeschichtlichen Entwicklung der Korps und ihrer Führer seit dem Ende des Weltkriegs. Dieses Bild bestätigen auch die für die AGs gegründeten Zeitungen wie »der Arbeitskamerad« oder der in Münster herausgegebene »Arbeiterfreund«, der bezeichnenderweise aus der »Soldatenzeitung Mitau« hervorging.[557]

Im Zuge der Aufarbeitung der Kapp-Ereignisse geriet Pfeffer, obwohl er bemüht war, der Organisation ein ziviles Antlitz zu verschaffen, erneut in das Visier von Öffentlichkeit und Behörden. Auf der Grundlage der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 wurde ein Steckbrief gegen ihn erlassen. Mehrmals die Woche berichteten nun linke Zeitungen über die angeblich militärische Organisation und die militärische Potenz der »AG P.«. So schrieb »Die Freiheit«: »Bisher sind im Kreise Arnswalde vier Kompagnien Infanterie, mehrere Batterien Artillerie, sowie Train, Verpflegungs- und Sanitätskolonnen untergebracht. Außerdem die Batterie Flatow von der Eisernen Division.«[558]

Trotz dieser Berichterstattung wurden Pfeffers Organisationsbemühungen zunächst nicht beeinträchtigt.[559] An einer Verfolgung Pfeffers hatte die Reichsregierung noch kein Interesse. Vielmehr erhoffte man sich, mit der Förderung der AGs auf die nicht in die Republik integrierbare Klientel zumindest einen gewissen Zugriff zu bekommen.[560] In den kommenden Wochen und Monaten

554 Ebenda, Bl. 14.
555 Ebenda, Bl. 14.
556 Vgl. etwa: BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Februar 1941 (12) Folge 2: Siedlung Jägerheide des Freikorps Kühme, S. 3.
557 Ebenda, April 1935 (5) Folge 4, S. 13. Die massiv antibolschewistische und antisemitische Soldatenzeitung Mitau hatte 1919 im Baltikum unter den Freikorpssoldaten eine große Leserschaft und trug durch ihre radikalen Parolen hier sicher nicht unerheblich zur weltanschaulichen Prägung der Baltikumer bei.
558 ›Freiheit‹ vom 20. Juli 1920: »Ein Umsturzherd im Kreise Arnswalde«. Ebenso sollten demnach Infanterie, Artilleriewaffen und Minenwerfer vorhanden gewesen sein.
559 ›Freiheit‹ vom 5. Oktober 1920: »Hauptmann Pfeffer und seine Schieber«.
560 Nakata: Der Grenz- und Landesschutz, S. 128. Zudem galten die Korps nach wie vor noch als Faustpfand gegen mögliche erneute linke Aufstände oder eine ausufernde Streikbewegung. Vgl. zu den immer wieder aufkommenden Streiks: BArch: R 1507/2004, Bl. 25 ff.

überstieg aber die Agitation der Presse gegen Pfeffer noch jene der Frontbundaktivitäten vom Mai.[561] Lautstark forderte man die Durchsetzung des Steckbriefs. Ende Juni hieß es in der sozialdemokratischen »Rheinischen Zeitung« unter dem Titel »Ein Verfolgter«:

> »Linksradikale, die verfolgt werden, kommen nicht weit. Selbst wenn sie gar nicht der Verfolgung zu entrinnen suchen, werden sie nach wenigen Minuten ›bei einem Fluchtversuch‹ erschossen. Anders reaktionäre Aufrührer, gegen die ein Steckbrief erlassen ist. […] Ein weit noch genialerer Flüchtling ist Hauptmann Pfeffer, der famose Begründer des Frontbundes, von dem uns durch den Reichswehrminister Geßler versichert wurde, dass er sich seiner Verhaftung nur durch die Flucht entzogen habe. Dieser Mann bringt auf seiner Flucht noch ganz andere Kunststücke fertig […]. Er organisiert im Fliehen eine neue Verschwörung gegen die Republik, sammelt Truppen, knüpft Verbindungen – alles fliehend, da er ja doch steckbrieflich verfolgt wird –, und läuft trotz alledem nicht Gefahr, bei seiner nun schon monatelang dauernden Flucht von irgendeinem Bewaffneten behelligt, geschweige denn erschossen zu werden.«[562]

Als Anfang Juli die Gendarmarie auf der »Domäne Ritzig« im Kreis Friedeberg-Arnswalde eine Kiste mit 40 Gewehren fand, erließ die Staatsanwaltschaft denn doch Haftbefehl gegen Pfeffer.[563] Es dauerte jedoch bis zum 4. Dezember, bis Pfeffer auf einem Gut im Kreis Friedeberg in Pommern[564] von Berliner Polizeibeamten festgenommen und in die Untersuchungshaft nach Berlin überführt wurde.[565] Weder Pfeffer noch seine Männer leisteten Widerstand. Auch von militärischen Aktivitäten der AG konnten die Beamten nach ihrer Rückkehr nichts berichten.[566]

2.4.2 Anklage und Prozess

Der Prozess, in dem sich Pfeffer aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai vor einem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I Berlin zu verantworten hatte, begann am 8. März 1921. Für die Verhandlung waren fünf Tage vorgesehen. Die Anklage bezog sich auf die

561 ›Volkstribüne‹ vom 21. März 1921: »Bemerkungen zum Pfefferprozeß«. Dabei ist eine konkrete materielle und politische Motivation der meisten Zeitungen unverkennbar. So gehörte etwa der von den AGs bedrohte »Landarbeiterverband«, als Gegner des pommerschen Landbunds, zur festen Klientel der Linkspresse.

562 BArch: R 1507/578-41, Bl. 2.

563 ›Freiheit‹ vom 11. März 1921: »Der Prozess gegen Hauptmann von Pfeffer«.

564 Nach Oehme gehörte das Gut einem Onkel Pfeffers. Die Familie konnte dies jedoch nicht bestätigen. Oehme: Kommt »Das Dritte Reich«?, S. 114.

565 BArch: R 1507/2004, Bl. 21. Bericht vom 20.12.1920.

566 Die Beamten berichteten vielmehr, dass es nach Aussage der Polizisten »mehr den Eindruck gemacht, als ob Pfeffer auf dem Gute zu Besuch sei«. ›Vorwärts‹ vom 10. März 1921: »Zeugenvernehmung im Pfefferprozeß«.

Gründung einer unerlaubten militärischen Organisation. Die Kapp-Ereignisse waren davon jedoch, aufgrund der am 6. August 1920 erlassenen Amnestie, nicht berührt.[567]

Zunächst wurde der Prozess von Berlin nach Stargard verlegt.[568] Hier, im hochkonservativen Hinterpommern, sollte »der störende Einfluss, den Straßen- und Tribünenpublikum in der Reichshauptstadt immer mehr auszuüben versuch(t)en, wirksam unterbunden« werden. Denn, so heißt es in einem Bericht einer rechtsstehenden Zeitung weiter, »die linke Presse« sei »seit langer Zeit bemüht, dem Urteil des Gerichtes in gehässigster aufreizender Weise vorauszugreifen und die ganze Angelegenheit sinnlos aufzubauschen«.[569]

Die Hauptbelastungszeugen gegen Pfeffer waren entweder direkte Mitarbeiter der USPD-Zeitung »Freiheit« oder von der Zeitung mit Geldmitteln angeworbene Informanten.[570] Sie sollten insbesondere das Vorhandensein von Waffen und die militärische Ausrichtung der Arbeitsgemeinschaft bezeugen. Im Laufe des Prozesses legten sie eine Karte aus dem Besitz der »AG P.« vor, die von Pfeffer mit dem handschriftlichen Eintrag »Sturmbatterie« versehen worden war und den militärischen Charakter der AG beweisen sollte.[571]

Was sich schon durch die nachlässige Verfolgung Pfeffers, anschließend durch die Zusammensetzung des Gerichts und schließlich durch das Ausweichen nach Pommern andeutete, bestätigte sich im Verlauf des Verfahrens. Es war ein politisches Urteil zu erwarten.[572] Die politischen Interessen des Reichswehrgerichts waren stärker als die Verwerfungen der Reichswehrführung mit Pfeffer rund um den Frontbund. So stellte bereits vor Beginn des Verfahrens der Staatsanwalt(!) fest, »dass die Tätigkeit Hauptmann Pfeffers im Frontbund nicht Gegenstand der Verhandlungen bilden könne, da sie vor Inkrafttreten der Verordnung des Reichstagspräsidenten gelegen habe. In Betracht komme lediglich das Wirken Hauptmann Pfeffers in der Arbeitsgemeinschaft.«[573] Eine großzügige Interpretation angesichts dessen, dass der Frontbund noch am

567 Vgl. Reichsamt des Inneren: Reichsgesetzblatt 1920, S. 1487. Sowie dazu Reichstagsprotokolle, Bd. 347, 55. Sitz., S. 2078B; Bd. 347, 56. Sitz., S. 2103C; Bd. 347, 56 Sitz., S. 2108B; Bd. 347, 56. Sitz., S. 2122C sowie FN 2/369.

568 ›Berliner Zeitung‹ vom 19. März 1921: »Hauptmann v. Pfeffer vor Gericht: Der Prozeß in Stargard«. Heute: Szczeciński.

569 BArch: R 1507/578-41, Bl. 27.

570 Vgl. die Gesamtdarstellung des Prozesses in: BArch: R 1507/2782, Bl. 7 ff.

571 StaM: Nr. 364, Bl. 11; BArch: R 1507/578-41, Bl. 15.

572 Das außerordentliche Berliner Gericht war bereits einige Monate zuvor für sein hohes Strafmaß in Kommunistenprozessen bekannt geworden. Vgl. Christoph: Reichsamnestien, S. 99 ff.

573 Ebenda, Bl. 31. Vgl. auch ebenda, Bl. 26. Bemerkenswert ist hier besonders die Tatsache, dass, obwohl die Bildung des Frontbunds auch ohne die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai als potenziell strafbare Handlung angesehen wurde, es hier zu keiner Maßnahme kam. Denkbar wäre etwa eine Anklageerhebung vor einem ordentlichen Gericht aufgrund der Gründung einer republikfeindlichen militärischen Vereinigung gewesen.

2. Juni in Potsdam eine vielbeachtete Tagung abhielt und Pfeffer während der Verhandlung selbst zu Protokoll gab, den Frontbund erst im »Juni liquidiert« zu haben.[574] Aber auch der weitere Verhandlungsverlauf gestaltete sich positiv für Pfeffer. Zeugen der Anklage widersprachen sich unter Eid gegenseitig[575] und die Beweisbeschaffung, u. a. durch die Entwendung von Unterlagen aus Pfeffers Schreibtisch, war mehr als zweifelhaft.[576] Selbst der sozialdemokratische »Volkswille« musste feststellen: »Bei der Beweisaufnahme machten die beiden Kronzeugen einen ungünstigen Eindruck. Sie hatten zuvor die Absicht, ihr Material gegen Pfeffer möglichst teuer zu verkaufen und hatten auch mit dem Verkauf an die Entente gedroht.«[577]

Wenn dennoch Zweifel an der Integrität Pfeffers auftraten, wurden die Zeugen vom Vorsitzenden Richter massiv angegangen.[578]

Im Gegenzug betonten Pfeffer und die Entlastungszeugen, zumeist Mitglieder seiner AG, das soziale Motiv sowie den ausschließlichen zivilen Charakter der Organisation.[579] Vor allem Pfeffer machte, hierbei kam ihm seine juristische Ausbildung zugute, einen überzeugenden Eindruck.[580] Er konnte belegen, dass er bei dem Waffenfund im Juni persönlich noch nicht in Arnswalde gewesen sei, zudem wäre nur:

> »eine Überführung von langgedienten Soldaten in ein Gewerbe des bürgerlichen Lebens beabsichtigt gewesen. Im Gegensatz zu einem Aufbau einer militärischen Organisation hätte ein Abbau stattgefunden. Die Leute hätten noch sehr aneinander und besonders an ihren früheren Offizieren gehangen. Im Ganzen will Hauptmann von Pfeffer lediglich das wirtschaftliche Wohl seiner Leute im Auge gehabt haben.«[581]

Des Weiteren wurde berichtet, dass Pfeffer »jede Verantwortung für das Treiben dieses [oben zitierten] Werbers ablehne. Er sei der Meinung, dass der Betreffende ein Spitzel von irgendeiner Seite gewesen sei« und auch mit

574 BArch: R 8034 III/349, »Der Prozess gegen Hauptmann Pfeffer v. Salomon«, Bl. 113.
575 BArch: R 1507/578-41, Bl. 21; ›Vorwärts‹ vom 10. März 1921: »Zeugenvernehmung im Pfefferprozeß«.
576 ›Volkstribüne‹ vom 16. März 1921: »Pfeffer vor Gericht«.
577 ›Volkswille‹ vom 12. März 1921: »Prozeß gegen den Kappisten Pfeffer«. Vgl. auch StaM: Nr. 364, Bl. 5 und BArch: R 1507/578-41, Bl. 29. Der Prozess bekam somit eine außenpolitische Dimension. Die Konstruktion einer Verbindung zwischen den Belastungszeugen und der Entente war massiv diskreditierend und das wirksamste Mittel von Verteidigung und Staatsanwaltschaft.
578 So äußerte er etwa gegenüber den Zeugen der Anklage: »Bilden Sie sich nun schon nicht ein, dass Sie zweiter Staatsanwalt sind.« StaM: Nr. 364, Bl. 1. Vgl. auch BArch: R 1507/578-41, Bl. 25. Zur politischen Einstellung des Vorsitzenden Richters ist bezeichnend, dass er die Entente während des gesamten Prozesses durchweg nur »Feindbund« titulierte. ›Volkstribüne‹ vom 16. März 1921: »Pfeffer vor Gericht«.
579 Ebenda, Bl. 21.
580 Ebenda, Bl. 39.
581 ›Berliner Zeitung‹ vom 19. März 1921: »Hauptmann v. Pfeffer vor Gericht: Der Prozeß in Stargard«.

der Bezeichnung Sturmbatterie auf der Karte habe er lediglich »den Bezirk gekennzeichnet, in dem die ehemaligen Angehörigen der Sturmbatterie als Landarbeiter beschäftigt seien. Die Bezeichnung ›Sturmbatterie‹ sei früher offizielle Bezeichnung dieser Formation gewesen, da sie Begleitbatterie eines Sturmbataillons war.«[582] Militärische Übungen habe es keine gegeben und auch ein Putsch sei nicht vorbereitet worden.[583] Andere in der Umgebung gefundene Waffen wären Eigentum entweder von diversen Einwohnerwehren oder den Gutsbesitzern selbst gewesen, nicht jedoch der AG.[584]

Interessant ist zudem, dass trotz der Zerwürfnisse um den Frontbund, nach wie vor bestehende Verbindungen Pfeffers zur Reichswehr im Verlauf der Verhandlung nicht thematisiert wurden. Zu heikel waren der Reichswehr aus innen-, wie auch aus außenpolitischen Gründen ihre eigenen Verbindungen in die Freikorpskreise. So galt es zu verhindern, dass diese durch ein Reichswehrgericht zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen wurden.[585]

Ebenso verhielt es sich mit den Beziehungen Pfeffers zur politischen Klasse in Berlin. Personennamen wurden weder im Laufe des Prozesses noch in der Urteilsbegründung genannt. Es blieb bei Andeutungen. All das zeigt, dass der (militär-)juristische Apparat kaum wirkliches Interesse daran hatte, sich der vorliegenden Verdachtsmomente anzunehmen.[586] Nur wenige Monate später, im Rahmen der ersten Fememordfälle, sollte offensichtlich werden, dass es für die Behörden inzwischen unmöglich geworden war, die persönlichen Netzwerke innerhalb der Rechtsorganisationen (und von diesen in die Reichswehr und Politik) konsequent aufzuzeigen.[587]

Nach Auffassung des Gerichts gab es keinen Grund an der sozialen und ökonomischen Ausrichtung der »AG P.« zu zweifeln.[588] Noch bevor der Friedeberger Landrat Dr. Braun (ebenfalls) als Leumundszeuge auftrat, stand das Urteil fest.[589] Der Staatsanwalt hatte zuvor auf Freispruch plädiert.[590]

> »In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, dass das Gericht einen Beweis im Sinne der Anklage für nicht erbracht angesehen hat. Die Tätigkeit des Angeklagten im Frontbund müsse aus der Beurteilung ausscheiden,

582 StaM: Nr. 364, Bl. 11.
583 BArch: R 1507/578-41, Bl. 25; StaM: Nr. 364, Bl. 11.
584 ›Freiheit‹ vom 11. März 1921: »Der Prozess gegen Hauptmann von Pfeffer«.
585 Gumbel: Fememord, S. 35 ff.
586 Geschweige denn deren Netzwerke der Finanzierung von Pfeffers Ambitionen. Vgl. dazu in anderem Zusammenhang: Mertens: Verschwörer und Fememörder, S. 92.
587 Vgl. BArch: R 1507/578-41, Bl. 23.
588 BArch: R 1507/578-41, Bl. 14.
589 ›Freiheit‹ vom 11. März 1921: »Der Prozess gegen Hauptmann von Pfeffer«.
590 Der Staatsanwalt ging »auf die Aussagen der einzelnen Belastungszeugen ein und erklärte, dass sich aus ihnen weder habe erweisen lassen, dass die Arbeitsgemeinschaft Pfeffer irgendein militärisches Ziel gehabt habe, noch dass Waffen vorhanden gewesen seien, noch dass es sich überhaupt um eine militärische Organisation gehandelt habe«. Zit. nach BArch: R 1507/578-41, Bl. 31.

da der Frontbund vor Inkrafttreten der Verordnung des Reichspräsidenten aufgelöst worden sei. Was die dem Angeklagten hinsichtlich seiner Arbeitsgemeinschaft zur Last gelegten Straftaten beträfe, so habe das Gericht die Überzeugung erlangt, dass es sich um eine tatsächliche Arbeitsgemeinschaft und nicht um eine militärische Organisation gehandelt habe«.[591]

Der politischen Stimmung in Hinterpommern entsprechend, folgten dem Freispruch im Zuschauerraum »lauter Beifall und Bravorufe.«[592] In der Linkspresse entfachte das Urteil ungeachtet der dilettantischen Vorbereitung der Anklage einen Sturm der Entrüstung.[593] Die »Rote Fahne« sprach von einem Freispruch für den »Räuberhauptmann Pfeffer«,[594] und an anderer Stelle heißt es: »Der Staatsanwalt hielt zur Rechtfertigung des Angeklagten eine Rede, die in ihrer Form eine schlechte Lehrlingsleistung war, in ihrer politischen Tendenz aber vielleicht das Unerhörteste darstellte, was sich bisher ein Staatsanwalt vor deutschen Gerichten erlaubte.«[595]

Auch kommentierte man: »Der Ausgang des Pfefferprozesses in Stargard hat den schlagenden Beweis gebracht, dass die Ausnahmegerichte ihre Aufgabe, die Bildung von bewaffneten Banden zu verhindern, nicht erfüllen können. […] Tatsache ist, dass sowohl vom Gericht als auch vom Staatsanwalt und von dem Angeklagten die Echtheit keines einzigen Dokuments abgestritten wurde.«[596]

Die rechte und völkische Presse reagierte erwartungsgemäß euphorisch auf den Ausgang des Prozesses und forderte nun staatsanwaltliche Maßnahmen gegen die angeblichen Kampagnen der Linkspresse.[597]

2.4.3 Verortung und Folgen

Tatsächlich wirft der Prozess gegen Pfeffer gleich mehrere Fragen auf. Zunächst gilt es die Motive Pfeffers mit der AG zu untersuchen. So betonte Pfeffer immer wieder, dass er, »weitab vom modernen Treibens nach Geldverdienen«, sich »einfach der Mannschaften, die mit ungeheurer Rücksichtslosigkeit entlassen worden seien, [habe] annehmen wollen«.[598] Angesichts des patriarchischen Verhältnisses zwischen Mannschaften und Freikorpsführer

591 ›Berliner Morgenpost‹ vom 13. März 1921: »Hauptmann von Pfeffer freigesprochen«. Vgl. auch BArch: R 1507/2007, Bl. 116. Vgl. BArch: R 1507/2782, Bl. 7 ff.

592 ›Vorwärts‹ vom 14. März 1921: »Pfeffer freigesprochen«.

593 Der Fall bestätigte zudem die Auffassung von der Einseitigkeit des Gerichts. Heinz Hürten (Hrsg.): Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920-1922, Düsseldorf 1976, Dok. Nr. 138, S. 252 ff.

594 ›Rote Fahne‹ vom 12. März 1921: »Räuberhauptmann Pfeffer freigesprochen«. Vgl. auch zu den Angriffen: StaM: Nr. 364, Bl. 2 f.

595 BArch: R 1507/578-41, Bl. 35.

596 Ebenda, Bl. 32.

597 Ebenda, Bl. 35. Vgl. zum Medienecho auf das Urteil auch das Pressearchiv des Reichslandbundes: BArch: R 8034 III/349, Bl. 310 ff.

598 BArch: R 1507/578-41, Bl. 30.

scheint diese soziale Motivation durchaus glaubhaft. Auch die Verwendung militärischer Bezeichnungen innerhalb der Truppe ist nachvollziehbar und widerspricht einer möglichen sozialen Orientierung der AG nicht. Schon aufgrund der Sozialstruktur unter den Mitgliedern musste die militärische Disziplin und Attitüde ein integraler Bestandteil der Arbeitsgemeinschaft sein. Ohne Grundsätze wie Tagesablauf auf Befehl, Disziplin und Gehorsam wären diese Männer sicher kaum beherrschbar gewesen.[599] Zweifelsohne erfüllte die AG, weit mehr noch als der Frontbund, einen sozialen Zweck. Für die zumeist entwurzelten Mitglieder war sie die zentrale soziale Identifikationsgröße und sorgte zugleich für eine entsprechende materielle Sicherheit.

Trotzdem verzerrt eine Überbetonung der sozialen Ambitionen den Blick auf die tiefergehenden Motive, die Pfeffer zur Gründung der AG bewogen. Gleich vier Argumente sprechen für eine kritische Einordnung: Zunächst das Entfachen einer erneuten regen Werbetätigkeit durch die AG. Wenn es Pfeffer ausschließlich um die Versorgung seiner ehemaligen Freikorpsmitglieder ging, stellt sich die Frage nach dem Zweck der Anwerbungen, die wohl eher negative Auswirkungen auf die Homogenität der Truppe hatten. Ebenso fragwürdig sind die angeblichen wirtschaftlichen Ziele der Arbeitsgemeinschaft. Gerade die Baltikumer, um deren Teilnahme Pfeffer warb, lehnten nahezu jedes Handeln nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ab.[600] Dass ausgerechnet Pfeffer, der bis zum Jahr 1926 keinem regulären Beruf nachgehen und bis zu seinem Lebensende auch von den (Verkaufs-)Erlösen der Familiengüter leben sollte,[601] antrat, um die ehemaligen Freikorpssoldaten in ein geregeltes Wirtschaftsleben zu integrieren, kann kaum überzeugen.[602]

Unhaltbar ist ebenso, drittens, das Verneinen der politischen Ambitionen Pfeffers und damit auch der Arbeitsgemeinschaft. Kontakte zur DNVP sind unzweifelhaft nachweisbar.[603] Ohne diese politische Dimension der Arbeitsgemeinschaft wäre es zudem undenkbar gewesen, derart finanzkräftige Geldgeber zu akquirieren,[604] die selbst den Vorsitzenden Richter zu der Feststellung veranlassten, dass Pfeffers »Renommee […] doch sehr ausgedehnt gewesen

599 Vgl. dazu auch das Freikorps Roßbach: BArch: R 1507/345, Bl. 62. Vgl. auch Heydebreck: Wir Wehr-Wölfe, S. 56.

600 Die Bezeichnung »Krämer« war hier ein Schimpfwort (so auch bei von Pfeffer: Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009) und die Stichwörter »entrubeln« und »abservieren« waren die amüsiert verwendeten Begriffe für illegale Beschlagnahmungen zunächst im Baltikum und später im Reich. Mann: Mit Ehrhardt, S. 128.

601 Vgl. Kapitel 2.3.

602 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009. Seine Einstellung zum liberalen Wirtschaftssystem muss stattdessen als prototypisch für die jener Baltikumer gelten. BArch: R 1507/578-41, Bl. 36.

603 StaM: Nr. 364, Bl. 1. Zudem sprechen die engen Kontakte zwischen dem RLB und der DNVP für einen stetigen Austausch auch zwischen der DNVP und den Führern der AGs. Vgl. Schumacher: Land und Politik, S. 467 ff.

604 Zu den Geldgebern: Vgl. BArch: R 1507/578-41, Bl. 30.

zu sein« schien.[605] Fehl geht auch ein weiteres ökonomisches Argument. Immer wieder wurde betont, dass die Arbeitsgemeinschaften aufgrund des Mangels an regulären Landarbeitern eine wirtschaftliche Nische gefunden hätten, die es ihren Mitgliedern dauerhaft ermöglicht hätte, zu einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand zu kommen. Dagegen spricht zum einen die Kurzlebigkeit vieler Unternehmungen. Zudem verdeutlicht der andauende Konflikt der AGs mit dem Landarbeiterverband, dass das kurzeitige Florieren der AGs ausschließlich auf Kosten von Lohnniveau und Arbeitsplätzen der regulären Arbeitskräfte auf dem Land geschah. Auch die kontinuierliche Lohnsubventionierung spricht gegen die ökonomische und damit langfristig soziale Orientierung der Unternehmung. Vielmehr stärkt die Kooperation mit den Gutsbesitzern, die These weitergehender politischer Ambitionen der Arbeitsgemeinschaften. Pfeffers Engagement war also keineswegs ausschließlich solidarisch bzw. sozial motiviert. In erster Linie war es politisch intendiert und damit nicht uneigennützig.[606]

Bei der möglichen Stoßrichtung des künftigen politischen bzw. militärischen Vorgehens war man ambivalent. Bei einer möglichen Mobilmachung oder, wahrscheinlicher noch, im Notstandsfall, im Äußeren gegen Frankreich oder im Inneren gegen linke Aufstände, sollte die AG, wie schon das Freikorps nach dem Kapp-Putsch, an der Seite der Reichswehr ihre militärische Potenz entfalten.[607] Dringlicher jedoch war Pfeffers Intension, mit der »AG P.« ein Kräftereservoir für einen möglichen erneuten Rechtsputsch vorzuhalten. Angesichts der seltenen Waffenfunde und daher einer wahrscheinlich mangelhaften Bewaffnung ist allerdings auszuschließen, dass, anders als beim Frontbund noch möglich, die Initiative zu einem Putsch von den AGs ausgehen konnte.[608] Hier baute man auf politische Gruppierungen oder, mehr noch, auf Teile der Reichswehr. Die AG agierte kleinräumiger, war in weiten Teilen der Gesellschaft isoliert und nicht selten diskreditiert. Sie handelte daher weniger offen konterrevolutionär und war nicht zuletzt ihrer Struktur nach für die Republik ungefährlicher als der Frontbund. Ihre staatsfeindlich angelegte Stoßrichtung ist jedoch nicht zu bezweifeln.

Für die »AG P.« bedeutete die rund drei Monate andauernde Untersuchungshaft Pfeffers de facto das Ende, zumal von Berlin die Order kam, dass bis spätestens zum 21. September 1921 alle AGs aufgelöst sein sollten.[609] Es ist

605 Ebenda, Bl. 30.

606 So verbeugte sich etwa Pfeffer demonstrativ, als der Richter auf des Renommee und den Bekanntheitsgrad Pfeffers zu sprechen kam. Ebenda, Bl. 30.

607 Vgl. Schulze: Weimar, S. 240.

608 Zur Bewaffnung bemerkenswert ist hier jedoch die Tatsache, dass Pfeffer bereits im Sommer 1921, also nur wenige Wochen nach seinem Freispruch, mit einem voll bewaffneten Freikorps in Oberschlesien auftrat. Braunhemden im RT, S. 288.

609 BArch: R 41 I/358, Bl. 51 f. Bei den meisten Arbeitsgemeinschaften hatten die schweren Lebensbedingungen und die darauf folgende Fluktuation den Personalbestand

nicht bekannt, dass Pfeffer nach seinem Freispruch das Projekt »AG P.« weiter verfolgte.

Das Urteil und das enorme Presseecho führten dazu, dass die Öffentlichkeit wie auch die staatlichen Institutionen Pfeffers Aktivitäten künftig noch genauer unter Beobachtung nahmen, was in der Folge jede subversive Arbeit Pfeffers erschweren sollte. Hinzu kam, dass bereits im Sommer 1920, als die Linkspresse immer energischer die Verfolgung Pfeffers forderte, auch Teile der Rechtsorganisationen auf Distanz zu Pfeffer gegangen waren. So heißt es in einem Schreiben, das im Juli 1920 seitens der Organisation Escherich (Orgesch) – als deren Sympathisant Pfeffer eigentlich eingestuft wurde[610] – dem RKO vorgelegt wurde:

> »Im Namen der Organisation Escherich möchte ich auf diesem Wege ihrem Ministerium zur Kenntnis bringen, dass die Organisation Escherich großen Wert drauf legen würde, dass Hauptmann v. Pfeffer, der angeblich steckbrieflich verfolgt wird, möglichst bald unschädlich gemacht wird. Pfeffer hält sich angeblich in Arnswalde, Hotel Ladisch, auf und bringt seine Leute in dortigem Kreise unter. Über seine Persönlichkeit will ich nicht weiter äußern, handelt er in gutem Glauben, so ist er zum Mindesten nicht in der Lage, die Folgen seines Tun zu übersehen. Nach übereinstimmendem Urteil auch von ganz rechtsstehenden ehemaligen Freikorpsführern, usw. sind seine Leute, Räuber und Banditen, die sich vor jeder Arbeit scheuen und nur stehlen und nichts tun wollen. Die Umgebung von Herrn v. Pfeffer soll sich aus Persönlichkeiten minderer Qualität zusammensetzen.«[611]

Zweifelsohne ging es bei dieser Absetzbewegung auch darum, nicht selbst in das Umfeld der Ermittlungen zu geraten. Sicher hatten gemäßigtere Teile der Rechten die Befürchtung, dass, nach den Kapp-Ereignissen und dem Frontbund, das allzu radikale Agieren Pfeffers die gesamte Rechtsbewegung diskreditieren und isolieren könnte. Interessant ist dieser Brief jedoch auch in Bezug auf die innere Homogenität der Rechtsbewegung, andauernde Zwistigkeiten, politischer Hader, verletzte Eitelkeiten, permanente persönliche Fehden, Anfeindungen und Auseinandersetzungen waren an der Tagesordnung.[612] Beide Faktoren, Pfeffers Radikalität sowie die Heterogenität innerhalb der Rechten, trugen zusammen mit seiner schwierigen, betont militärisch-preußischen und dennoch extravaganten Attitüde anno 1921 zu einer zunehmenden Isolation Pfeffers im rechten Spektrum bei.[613]

Insgesamt sind fünf zentrale Folgerungen Pfeffers aus den Ereignissen um die »AG P.« zu extrahieren. Zunächst zu Pfeffers Erfahrungen mit dem

stark verringert. Eine der stärksten Arbeitsgemeinschaften durften zu diesem Zeitpunkt die »Oberländer« mit nur noch rund 300 Mann gewesen sein. Ebenda, Bl. 52.

610 BArch: R 1507/578-41, Bl. 35.

611 Ebenda, Bl. 5. Vgl. dazu auch: Kapitel 2.6.1.

612 Vgl. FN 2/497.

613 Vgl. Kapitel 2.5 und 4.

juristischen Apparat der Republik und dessen politischer Ausrichtung. Pfeffer musste durch das Urteil klar werden, dass, trotz der beschriebenen Absetzbewegungen, auf gewisse Kreise auch in der Republik Verlass war. Zunächst die Amnestie nach den Kapp-Ereignissen, anschließend die Frontbundepisode, die keine persönlichen Konsequenzen nach sich zog, und nun der Freispruch durch das außerordentliche Gericht des Reichswehrgruppenkommandos zeigten, dass es für Männer mit entsprechenden Kontakten stets Wege gab, persönliche Nachteile zu vermeiden – alte und neue Netzwerke funktionierten.

Zweitens ist Pfeffers Erkenntnis über die Macht und den Einfluss von Presse und Öffentlichkeit anzuführen. Die Presse diente der Republik als eine Art Frühwarnsystem und sorgte letztlich dafür, dass auch die AG scheiterte. Bei Pfeffer führte dies, auch nach den Erfahrungen in Münster, zu einem fast pathologischen Hass gegen die Presse. Dass er bis ins hohe Alter hinein die demokratische Presse als jüdisch unterwandert und damit als Gegner jedes nationalen Interesses ansah,[614] hat seinen Ursprung wohl in den Erfahrungen dieser Monate.[615] Kurzfristig verstärkte diese Erfahrung seine Affinität zu Tarnnamen, verdeckten Operationen und die Tendenz zur Verschleierung seiner Handlungen.[616] Pfeffer mied in der Folge so weit als möglich die Beobachtung durch die Öffentlichkeit. Statt offenes Agieren, etwa durch aktive Werbetätigkeit, bisher eine der zentralen Maximen seiner Nachkriegstätigkeit, rückte nun die geheime, subversive Arbeit in den Mittelpunkt seines Handelns. Auch geographisch versuchte sich Pfeffer dem Fokus der Öffentlichkeit zu entziehen. An der Peripherie des Reiches, in Oberschlesien, erhoffte er sich, fernab der Beobachtung durch überregionale Medien und der Reichsregierung, die Handlungsautonomie der ersten Freikorpsmonate zurückzugewinnen.

Hinzu kommt, drittens, die weltanschauliche Dimension der AGs. Schon im Baltikum war Pfeffer mit den bereits hier diffus kursierenden Formen der Lebensraumideologie konfrontiert worden.[617] Auch bei der AG spielte diese These eine Rolle. So verlieh das Inbezugsetzen der eigentlichen Notkonstruktion AG, samt ihrer trostlosen Arbeit der Urbanisierung ganzer Landstriche, mit dem völkischen Lebensraumgedanken der Unternehmung eine normative Dimension. Die These der Raumnot, als auch die daraus abgeleiteten expansionistischen Folgerungen, war bei den AGs allgegenwertig.[618]

614 Siehe dazu insbesondere die Marginalen Pfeffers zum Manuskript Uhlig im Privatarchiv von Pfeffer.

615 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

616 Nach einer nicht zu verifizierenden 1926 erfolgten Aussage soll Pfeffer bereits im Baltikum unter dem Tarnnamen »Schmidt« aufgetreten sein. Vgl. Sauer: Verräter, S. 653.

617 Vgl. Kapitel 2.2.3.

618 Vgl. Bischoff: Die letzte Front, S. 123. Zu den weltanschaulichen Folgen: vgl. 2.4.3. Vgl. zu Pfeffers persönlichen Schlussfolgerungen bezgl. der vermeintlich aus dieser

Viertens, Pfeffer agierte mit der AG erneut am Rande der Legalität und er war sich dessen bewusst.[619] Bei dem Aufbau solch subversiver und pseudolegaler Organisationsstruktur erwarb er sich jedoch einen Erfahrungsschatz, der ihn bald zu einem lohnenden Verbündeten – zunächst Ludendorffs, später Hitlers – machen sollte. Trotz aller Widrigkeiten war es ihm gelungen, auch im Juli 1920 erneut eine Gruppe Freiwilliger um sich zu scharen und damit weiterhin als Potenz im rechten Milieu wahrgenommen zu werden – ein Zeugnis seines Charismas und außergewöhnlichen Organisationstalents. Gleichzeitig war er jedoch in Teilen der rechten Szene durch Frontbund und dem öffentlichen Gerichtsverfahren zur AG derart diskreditiert, dass er für einen reichsweit agierenden Führer keine Gefahr darstellte.[620]

Dies hängt auch zusammen mit der fünften Konsequenz aus den Ereignissen um die AG: Pfeffer sah sich nach wie vor als Wehrverbandsführer und als politischer Soldat – nicht als Politiker. Am Parteienapparat der Republik mitzuwirken, wenn auch nur im Rahmen einer Fundamentalopposition gegen das System, war für ihn noch unvorstellbar. Auch bedeutete der Freispruch durch das Reichswehrgericht keine Versöhnung mit der Reichswehr und keine Überwindung der im Frontbund offensichtlich gewordenen politischen Differenzen. Vielmehr wurde Pfeffer durch die im ganzen Reich wahrgenommenen juristischen Begleiterscheinungen zur »AG P.« zu einem Außenseiter im rechten, radikal-nationalkonservativen Spektrum. Dies sollte sich in den folgenden Monaten in Schlesien verdeutlichen.[621]

2.5 Oberschlesien

Das Fehlen einer Zentralgewalt führte dazu, dass die eigentlich bereits abgewickelten Freikorps in Schlesien eine Art Renaissance erleben konnten. Für sie war Schlesien durch die polnischen Aufstände von 1919 und 1920 zu einem Symbol für das darniederliegende Reich geworden. Für den größeren Teil Oberschlesiens war nach dem Vertrag von Versailles eine Volksabstimmung vorgesehen.[622] Bis dahin, zum 20. März 1921, versuchten sowohl die

Raumnot resultierenden katastrophalen Ernährungslage im Reich gegen Ende des Weltkriegs FN 1/242.

619 In einem zu Beginn seines Organisationsbemühens verfassten Rundbrief an die Mitglieder, hieß es dazu: »… bis dahin soll keinerlei Handlung aufgefordert werden, die irgendwie strafbar sein könnte. Offizielle Mitgliederlisten werden nicht geführt, Beiträge werden nicht erhoben. Es bleibt auch so Arbeit genug für die kurze Spanne Zeit übrig: Aufklärung, mündliche Aufklärung!« BArch: R 1507/578-41, Bl. 2.

620 Ebenda, Bl. 5.

621 Vgl. Kapitel 2.5.

622 Vgl. etwa zur militärischen, politischen und juristischen Situation in Schlesien: Bernhard Sauer: »Auf nach Oberschlesien«. Die Kämpfe der deutschen Freikorps 1921 in Oberschlesien und den anderen ehemaligen deutschen Ostprovinzen, in: ZfG 58 (2010), S. 297-320, S. 302 ff.; Otto Ulitz: Oberschlesien. Aus seiner Ge-

Freikorps, die sich Mitte 1920 formal unter dem Emblem des Oberschlesischen Selbstschutz (SSOS) zusammengeschlossen hatten,[623] als auch die Polen unter der Führung des vormaligen Reichstagsabgeordneten, Wojciech Korfanty,[624] die mit stillschweigender Unterstützung der zuständigen französischen Behörden agierten,[625] ihre Ausgangsituation militärisch zu verbessern.[626] Pfeffers genaue Tätigkeit in Schlesien stellt aufgrund des Mangels an Quellen den Historiker vor große Schwierigkeiten. Sicher ist, dass Pfeffer »anlässlich des 3. Polenaufstandes«, also Mitte Mai 1921, in Oberschlesien eintraf.[627]

Es zeigte sich jedoch rasch, wie stark Pfeffers Renommee durch Frontbund und AG gelitten hatte. Nachdem er sich der Selbstschutzleitung in Oberschlesien »zur Bildung eines Freikorps angeboten« hatte, wurde er ungeachtet seiner Freikorpsmeriten,[628] »mit dem Bemerken, er sei politisch zu anrüchig, um für einen derartigen Auftrag in Frage zu kommen«, abgelehnt.[629] Beim Bekanntheitsgrad Pfeffers ist davon auszugehen, dass die Absage von Karl Hoefer,[630] dem Leiter des SSOS selbst, oder gar von einem Kollektiv mehrerer Führer getroffen wurde. Die Gründe hierfür sind leicht zu klären: So war der SSOS von der Finanzierung durch die Reichswehr abhängig.[631] Pfeffer stellte mit seinem zerrütteten Verhältnis zur Reichswehrführung eine Hypothek dar, die

schichte, Bonn[3] 1971, S. 34 ff., sowie zur ethischen Zusammensetzung der Gebiete: Erwin Hölzle (Hrsg.): Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik, Köln u .a. 1966.

623 Krüger: Treudeutsch, S. 64 f.; Ernst Sontag: Adalbert (Wojciech) Korfanty. Ein Beitrag zur Geschichte der polnischen Ansprüche auf Oberschlesien, Kitzingen 1954, S. 111.

624 Zum Werdegang Korfantys vgl. Sigmund Karski et al.: Albert (Wojciech) Korfanty. Eine Biographie, Dülmen 1990.

625 Vgl. zu den zeitgenössischen Vorurteilen gegen Frankreich: Ulitz: Oberschlesien, S. 49 f. Und zur französischen Politik in Schlesien vgl. Ferner: Deuxième Bureau, S. 117 ff.

626 In Berlin betrachtete man die Aktivitäten des SSOS durchaus positiv. So etwa deutlich Reichswehrminister Geßler in: ›Vossische Zeitung‹ vom 2. Juni 1920.

627 BArch: R 1507/578-41, Bl. 40.

628 Schmidt-Pauli: Geschichte der Freikorps, S. 361. Bereits im Frühjahr 1919 war es auf dem Weg ins Baltikum bei Schlochau in Pommern zu ersten Zusammenstößen mit Polen gekommen und hatte sich dort nach eigenem Bericht einen »besonderen Ruf« erworben. StdAM: D Nr. 2, Bericht des Freikorps, 27. März 1919.

629 BArch: R 1507/578-41, Bl. 40. Vgl. auch BArch-MA: RH 61/18, Bl. 31 ff.

630 Hoefer war zum Jahreswechsel 1920/21 aus der Reichswehr ausgeschieden und vom 20. Mai bis 5. Juli 1921 Chef des Oberschlesischen Selbstschutzes.

631 Jasper: Schutz der Republik, S. 114. Vieles spricht dafür, dass die Kooperation zwischen SSOS und den Behörden über die rein finanzielle Ebene hinausging. So spricht etwa Ernst von Salomon davon, dass der SSOS nicht nur inoffiziell die Aufgabe einer staatlichen Abwehrorganisation erfüllte. Salomon: Der Fragebogen, S. 332. Auch nach dem Schlesieneinsatz hielt die Unterstützung an. Alleine das AA unterstützte etwa die »Brigade Ehrhardt« mit mindestens 300.000 RM. Krüger: Die Brigade Ehrhardt, S. 77.

man nicht zu tragen bereit war. Hinzu kam, dass Pfeffer bei all seinen Aktivitäten die öffentliche Aufmerksamkeit bislang wie ein Magnet auf sich gezogen hatte. Dies passte nicht zu dem Vorgehen, das man sich im SSOS seit seiner Gründung im Herbst 1919 zu eigen gemacht hatte. Hier waren subversives Handeln, stiller Terror, Geheimhaltung der Netzwerke und stillschweigende Handlungen die Methoden der Korps.[632]

Pfeffer blieb trotz der Enttäuschung der Ablehnung durch den SSOS in Oberschlesien. In enger Verbindung mit Roßbach, mit dem er schon bei den AGs zusammengearbeitet hatte, organisierte er sein Freikorps auf eigener Initiative.[633] Hierzu aktivierte er auch seine Kontakte nach Münster. Der ehemalige Führer des Freikorps der Akademischen Wehr Münster, Prof. Naendrup,[634] der inzwischen mit der Leitung Orgesch im Münsterland betraut war, organisierte in Münster eine Kompanie studentischer Freiwilliger, die er Pfeffer zur Verfügung stellte.[635] Betrachtet man die Überwerfungen mit Teilen der Orgesch nur wenige Monate zuvor, muss festgestellt werden, dass persönliche Beziehungen und Bindungen hier weit stärker wirkten als andere Loyalitäten.

632 BArch: R 1501/113508, Bl. 22. Vgl. Stefan Zwicker: »Nationale Märtyrer«: Albert Leo Schlageter und Julius Fucík. Heldenkult, Propaganda und Erinnerungskultur, Paderborn 2006, S. 47 f. und Sauer: Verräter, S. 657 ff.

633 Günther Körner: Einsatz des Selbstschutzes in Oberschlesien 1921. Bilddokumentation, Dülmen 1981, S. 54. Ob sein Freikorps nur in enger Verbindung oder eine reguläre Unterabteilung von Roßbachs Regiment Schlesien war, ein Foto könnte auf letzteres hinweisen, muss offenbleiben. Grevelhörster spricht, ohne Quellenangabe, von einer formalen Angliederung des Freikorps an Roßbach. Ludger Grevelhörster: Am Ende, S. 132.

634 Naendrup war ordentlicher Professor an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Vgl. zu seinem Einfluss auf die Akademische Wehr Münster sowie auf die politisch rechts stehende Studentenschaft. Wolfgang Götz et al.: Die Universität in der Weimarer Republik (1918-1920). Die Münsteraner Studentenschaft in der Novemberrevolution, dem Kapp-Putsch und den Ruhrkämpfen, in: Holger Brandes et al. (Hrsg.): 200 Jahre zwischen Dom und Schloß, Münster 1980, S. 47-63, S. 55 f.

635 Naendrup, in: ›Münsterischer Anzeiger‹ vom 31. Mai 1933; auch Grevelhörster: Münster zu Anfang, S. 82. Zuvor hatten in Münster bereits verschiedene Organisationen, etwa die »Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier« eine rege Werbetätigkeit für den Schlesieneinsatz entfacht. Vgl. StdAM: Nr. 115, Bl. 43 vom 6. April 1921. Vgl. auch Grevelhörster: Münster zu Anfang, S. 71 ff. Überhaupt ist festzustellen, dass im Sommer 1921 besonders viele eigentlich westfälische Freikorps in Schlesien auftraten. Auch etwa das Freikorps von Heydebreck bekam personelle Unterstützung durch die westfälische Studentenschaft. Heydebreck: Wir Wehr-Wölfe, S. 88.

In Schlesien passte Pfeffer seine Methoden denen des SSOS an.[636] So nahm er zunächst eine Tarnidentität an.[637] Sein Pseudonym, »von Mauritz«,[638] wahrte die Anonymität und konnte gleichzeitig von Eingeweihten leicht der Person Pfeffers zugeordnet werden. Zugleich wurden verdeckte, inoffizielle, anonyme und geheime Operationen in der Folge zu einer Spezialität Pfeffers. Bedingt durch die auch Pfeffer erfassende immanente Umstellungsphobie[639] gehörten Vertraulichkeit und Verschwiegenheit zu festen Geboten – Aufzeichnungen gab es keine. Wie gut Pfeffer dieses Versteckspiel beherrschte, zeigt schon die Tatsache, dass sein Name selbst in den Listen der militärischen Dienststellen zu den in Oberschlesien anwesenden freiwilligen Formationen nicht geführt wurde.[640] Auch in der zeitgenössischen Erinnerungsliteratur wird kaum auf Pfeffers Anwesenheit in Schlesien verwiesen.[641]

Gleichzeitig deutet die Adaption der »oberschlesischen Methoden« auf die Illegalität der Aktivitäten Pfeffers hin.[642] Gewaltexzesse, Waffenschiebereien und Absprachen zur Feme waren in Oberschlesien an der Tagesordnung. Als 1926, mehr als fünf Jahre nach den Ereignissen, Pfeffer war inzwischen NSDAP-Gauleiter an der Ruhr, der Verdacht aufgeworfen wurde, dass auch Pfeffer für einen in Schlesien verübten Fememord an einem seiner Freikorpsmitglieder, einem Leutnant Hentschel, verantwortlich gewesen sein soll,

636 Nach der Familienüberlieferung wurde Pfeffer im Zuge des Aufbaus seines Freikorps in Oberschlesien einmal irrtümlicherweise verhaftet. Pfeffer betonte gegenüber der Familie, dass es nur zu keinem Zwischenfall kam, da er, Franzosen vermutend und gerade in der Badewanne sitzend, seine Pistole nicht griffbereit hatte. Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

637 Vgl. Kapitel 2.1 sowie GStA PK: I HA, Rep. 84a, Nr. 55054, Bl. 30 ff. und VB vom 13./14. Mai 1926: »Fememord an Lt. Hentschel in O.-S.«. Die Benutzung von Pseudonymen war in diesem Milieu durchaus üblich. So verwendete Ernst von Salomon die Pseudonyme »Schneider« und »Pfeiffer«, der Rathenauattentäter Erwin Kern nannte sich zeitweilig »Krämer« oder »Körner«. Walther Stennes nannte sich in Schlesien »Stumpf«. BArch: R 1501/113508, Bl. 26.

638 Oehme behauptet, Pfeffer hätte sich auch »von Windheim« und »von Salome« genannt. Dies ist nicht auszuschließen, jedoch an keiner anderen Stelle vermerkt. Oehme: Kommt »Das Dritte Reich«?, S. 114.

639 Vgl. dazu FN 2/651.

640 Vgl. BArch-MA: RH 61/18, Bl. 18 f. und Bl. 31. Die Aussage, dass Pfeffer einen »Aufstellungsstab« in Schlesien geleitet haben soll, ist daher wohl eine Fehlinformation. Oehme: Kommt »Das Dritte Reich«?, S. 115.

641 Genaue Aktivitäten werden doch grundsätzlich nicht erwähnt. Vgl. BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, April 1936 (7) Folge 4, S. 10 f. Vgl. auch zur Nichtpräsenz Pfeffers in den Akten des Bundesarchivs-Militärarchivs besonders: BArch-MA: RH 61/12; BArch-MA: RH 61/18; BArch-MA: RH 61/7. Neben der zumeist konspirativen Tätigkeit Pfeffers liegt dies wohl daran, dass, wie Pfeffer selbst später zugab, sein Freikorps in Schlesien aufgrund der weltanschaulichen Zusammensetzung nicht immer den vorbildlichsten Charakter hatte. VB vom 13./14. Mai 1926: »Fememord an Lt. Hentschel in O.-S.«.

642 Vgl. Gumbel: Verräter, S. 150.

war dies von ihm leicht abzustreiten.[643] So bekundete er, dass Hentschel entweder in der Kampfhandlung seiner Patrouille gefallen sei, oder es sich um einen tragischen Unfall gehandelt habe. Für ihn selbst sei, so ließ er sich anno 1926 im »Völkischen Beobachter« (VB) zitieren, der Tod Hentschels ein großer Verlust gewesen.[644] Trotz Zeugenaussagen, die Pfeffer des Befehls zum Mord beschuldigten, wurde das Verfahren nach kurzer Zeit eingestellt.[645] Einmal mehr war die Justiz nicht imstande, die Beziehungsgeflechte und politischen Zusammenhänge innerhalb des Freikorpsmilieus aufzuzeigen.[646] Einen tieferen Einblick zu Pfeffers tatsächlicher Einstellung zur Feme offenbart sich jedoch bereits rund ein halbes Jahr nach dem Verfahren in einem SA-Befehl (SABE) Pfeffers. So heißt es hierin: »Wenn über diese Strafen hinaus Kameraden persönliche Rache an einem Missetäter nehmen, so hat das mit dienstlichen Maßnahmen nichts zu tun. […] Jede Einmischung ist vielmehr streng zu vermeiden.«[647] Pfeffers SA-Gruppen sollten sich, ähnlich der Freikorps, selbst disziplinieren. Die etwaige Ächtung durch die Mitglieder, die theoretisch bis zur Feme reichen konnte, war von ihm zumindest wohlwollend akzeptiert.[648]

Pfeffers Einsätze in Schlesien konzentrierten sich zumeist wohl auf Aufgaben hinter der Front.[649] Einerseits wegen der Ablehnung durch den SSOS, andererseits aber auch, weil die politische Zuverlässigkeit seines Korps, wie er selbst später zugab, wohl nicht vollends seinen Anforderungen entsprach.[650] Wichtiger aber als seine genaue Rolle sind die Folgerungen, die er aus den hier gemachten Erfahrungen zog. So ist erstens festzustellen, dass spätestens mit Pfeffers Schlesienaufenthalt der rassische Antisemitismus und damit die gesellschaftliche Exklusion des Judentums sich als Leitgedanke in seiner Weltanschauung manifestierte. So schrieb er später:

643 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 15. Mai 1926.

644 VB vom 13./14. Mai 1926: »Fememord an Lt. Hentschel in O.-S.«.

645 VB vom 12. Mai 1926: »Der ›Feme‹-Ausschuß an der Arbeit«. Vgl. dazu auch die Darstellung in Bernhard Sauer: Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, Berlin 2004, S. 36.

646 Vgl. Gumbel: Verräter, S. 170 ff.; Mertens: Verschwörer und Fememörder, S. 51 ff. und Irmela Nagel: Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln u. a. 1991, S. 61 f. und 136 ff.

647 SABE 7 vom 7. November 1926, in IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 21.

648 Vgl. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 73. So auch Werner: SA und NSDAP, S. 394 f.

649 Etwa am später mannigfach verklärten »Sturm von Annaberg« am 21. Mai war er, wohl auch durch die enge Bindung seines Korps an Roßbach, nicht beteiligt. Vgl. hierzu u. a.: BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Dezember 1934 (4) Folge 12, S. 11 f.; Manfred von Killinger: Kampf um Oberschlesien 1921. Bisher unveröff. Aufzeichnungen d. Führers d. »Abt. v. Killinger«, genannt »Sturmkompagnie Koppe«, Leipzig 1934, S. 53 ff.; Heydebreck: Wir Wehr-Wölfe, S. 99 ff.; Hans Zitt: Sturm auf den Annaberg, Gütersloh 1939, S. 20, u. v. m.

650 VB vom 13./14. Mai 1926: »Fememord an Lt. Hentschel in O.-S.«. Vgl. dazu auch FN 2/665.

»Denn Juda war dort allmächtig. Der ungekrönte König war Herr Loebe, Breslau, Reichstagspräsident. Der militärische Oberbefehlshaber Höfer war von einem parlamentarischen deutschfeindlichen Beirat abhängig, der zu zweidrittel aus Juden und zu einem Drittel aus Zentrumsbonzen bestand. Das gesamte Verpflegungsgeschäft machte ein Jude. Die gesamte Bekleidung lieferte Jude Lewin, Breslau, der seinerzeit nach Zentnergewicht 3-7 Pf. das Pfund bezahlte und jetzt allein für jeden Rock 35,- M. von den Freiwilligen einzog. So unumschränkt herrschte diese Menschensorte, dass er sogar noch den Freiheitsorden vom ›schlesischen Adler‹ II. und I. Klasse bekam. Vor sich hatte man die weit übermächtigen Polen, im Rücken Severing mit Polizei und Schupo, zwischen der Bevölkerung unzählige Polenverräter und Severingsche Geheimagenten und Lockspitzel, über dem Ganzen schwebte der famose Joseph Wirth als Reichskanzler, Braun als Ministerpräsident, Ebert als Reichspräsident. So schwer war der schlesische Freiheitskampf. Ganz zu schweigen von Ententekommission, die während des Kampfes Geschütze und Maschinengewehre nachzählten.«[651]

Auch wenn dieser Bericht aus dem Jahr 1926 stammt, ist doch eine derart radikale retrospektive Uminterpretation der Ereignisse – zumal angesichts des Milieus, in dem sich Pfeffer bewegte – kaum vorstellbar. Ein starkes antisemitisches Gedankengut lässt sich zudem auch für die Münsteraner Studentenschaft, aus der sich Pfeffers Freikorps maßgeblich rekrutierte, konkret nachweisen.[652]

Zweitens, im Laufe der Jahre 1919 bis 1922 waren nahezu alle radikal-republikfeindlichen Freikorps in Schlesien vertreten. Neben dem Freikorps von Loewenfeld sind hier u. a. die Freikorps von Aulock, Roßbach, Heydebreck, Oberland sowie die Organisationen Consul und Heinz zu nennen.[653] Hinzu kamen später das Freikorps Petersdorff oder auch die Batterie Schlageter.[654] Neuankömmlinge aus den vormals unter weißrussischen Diensten stehenden Baltikumern verstärkten ebenso wie Freiwillige aus dem Reich die Einheiten.[655] Die im Baltikum noch losen personellen Netzwerke wurden in Schlesien nachhaltig etabliert.[656] Für Pfeffer konkret stammte aus dieser Zeit etwa der persönliche Kontakt zu Hermann Ehrhardt.[657] Er befand sich damit im Dunstkreis jener Riege, die später für eine Vielzahl von politischen Morden verantwortlich waren und bis in die Mitte der zwanziger Jahre hinein mit einem militärischen

651 So Pfeffer im: VB vom 13./14. Mai 1926: »Fememord an Lt. Hentschel in O.-S.«. Vgl. quellenkritisch dennoch FN 2/391.
652 StdAM: D Nr. 2, Chronik, Bd. 5, Bl. 453.
653 Sauer: Verräter, S. 644.
654 BArch-MA: RH 61/7, Bl. 267.
655 BArch: R 1507/344, Bl. 12. Siehe auch Mann: Mit Ehrhardt, S. 125; Heydebreck: Wir Wehr-Wölfe, S. 88 und Jones: Hitler's heralds, S. 125.
656 Vgl. Ebenda, S. 112.
657 Stern: Organisation Consul, S. 23.

Putsch gegen die Berliner Regierung sympathisierten.[658] Neben dieser Verdichtung des Beziehungsgeflechts zwischen den Freikorpsführern ist der enge Kontakt der Freikorps mit Teilen der schlesischen Unternehmerschaft zu nennen.[659] Dennoch, auch diese Kontakte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Pfeffer, auch durch das Zerwürfnis mit der Reichswehr und die daraus resultierende Ablehnung durch den SSOS, ein Einzelkämpfer im rechten Spektrum blieb. Feste Bindungen oder gar eine dauerhafte Unterstellung unter andere Führer oder Institutionen, hatte er bislang ohnehin stets abgelehnt.

Drittens hatte die Radikalität der Korps in Schlesien eine neue Dimension erfahren, die auch auf Pfeffer wirken musste. So deutet das Phänomen der erstmalig vielfach auftretenden Fememorde darauf hin,[660] wie weit die Wandlung vom rein militärischen Charakter der Korps zu einer bündischen Vereinigung fortgeschritten war.[661] Ursächlich hierfür war auch eine in dieser extremen Form zuvor noch nicht zu beobachtende Umstellungsneurose der Korps.[662] Hinter jeder Sachlage vermutete man feindliche Absichten von polnischen Freischärlern – »Insurgenten«[663] –, von Franzosen, von deutschen Verrätern, oder gar von der Berliner Regierung.[664] Zusammen mit dem Fehlen einer staatlichen Autorität führte dies zu einer Eruption der Gewalt. Pfeffer selbst Jahre später: »Bis in die Offizierskreise schleppten wir – völlig unbewusst – liberalistisch-marxistisches Gedankengut mit, das den fremden Propagandaphrasen verwirrende Ansatzpunkte gestattete, und das erkannt und ausgemerzt werden musste …«[665]

Hinzu kam der semi-legale und damit unsichere Status der Korps, der eine fast pathologische Angst vor der Auflösung zur Folge hatte und schließlich zu einer Überspannung des Führerprinzips«,[666] führte.[667] Mit der absch-

658 Vgl. Gumbel: Verräter, S. 170 ff. und 231 ff. Pfeffer wird jedoch nicht erwähnt.

659 Nakata: Der Grenz- und Landesschutz, S. 77. Wie schon in Pommern schaffen es die Freikorpsführer auch in Schlesien, eine Schicht potenter Geldgeber, zumeist vermögende Wirtschaftsmagnaten, zu gewinnen, die die Freikorps und ihre Nachfolgeorganisationen finanziell sowie auch logistisch gegen die Polen aber auch gegen die Republik unterstützten.

660 Sauer: Verräter, S. 646. Vgl. auch den wohl am besten dokumentierten und justiziell abgearbeiteten Femefall Heines, in: BArch: R 1507/535-3, Bl. 1 ff.

661 Ernst von Salomon schrieb zu diesen Fememorden: »Bei den mehr oder weniger illegalen Formationen in Oberschlesien fand der Selbstschutz seine Selbstjustiz. Wer gegen das hier gültige Urgesetz des Einsatzes vorging, wurde getötet […] Verräter verfallen der Feme!« Salomon: Nahe Geschichte, S. 114.

662 Vgl. für Pfeffer VB vom 13./14. Mai 1926: »Fememord an Lt. Hentschel in O.-S.«.

663 Vgl. Sauer: Verräter, S. 657 ff.

664 Ulitz: Oberschlesien, S. 49 f. Zur französischen Politik in Schlesien vgl. Ferner: Deuxième Bureau, S. 117 ff.

665 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 14.

666 BArch: R 1501/113508, Bl. 21.

667 Heydebreck: Wir Wehr-Wölfe, S. 43 f. So verschanzten sich aus Angst vor der Auflösung ihrer Einheiten etwa 4.000 ehemalige Baltikumer auf der Insel Dänholm. Hoegner: Die verratene Republik, S. 73.

baren Auflösung ihrer Gemeinschaften befanden sich die Freiwilligen in einer Zwangslage, die ihre Radikalität weiter steigerte. An eine Rückkehr in ein bürgerliches, ziviles Leben war für die meisten ebenso wenig zu denken wie an eine Übernahme in das republikanische Heer. Was blieb waren fast ausschließlich die männerbündischen Gemeinschaften wie die O. C., die O. H., die Orgesch oder, allgemeiner, die schwarze Reichswehr. Obwohl sich bei der Volksabstimmung eine deutliche Mehrheit für den Verbleib beim Deutschen Reich ausgesprochen hatte, wurde Oberschlesien am 10. Oktober 1921 geteilt.[668] Die Freikorps fühlten sich erneut betrogen.[669] Trotz des militärischen Erfolgs, so empfand man es, war ihnen der politische Sieg vorenthalten worden.[670]

Spätestens im Herbst des Jahres 1921 kehrte Pfeffer, ausgezeichnet mit dem für den Grenzschutz Ost gestifteten Orden »Schlesischer Adler« erster und zweiter Klasse, nach Westfalen zurück.[671] In Münster bezog er erneut die Wohnung in der Erphostraße. 38, die er bereits vor dem Krieg mit seinem Bruder bewohnt hatte und lebte hier nun zusammen mit seiner Schwester.[672]

Die abermaligen politischen Misserfolge der Korps mussten Pfeffer vor Augen geführt haben, dass der Zenit der Freikorpsbewegung in der sich konsolidierenden Republik überschritten war.[673] Auch von der Seeckt'schen Reichswehrführung war keine Unterstützung im Kampf gegen die Republik zu erwarten. Dennoch war Pfeffer nach wie vor zu keinerlei Kompromissen im Kampf gegen die Republik bereit. In einem Bericht der RKO Anfang 1922 heißt es zu seiner Person: »Der Umstand, dass Pfeffer von Salomon augenblicklich ohne jeden Beruf ist und versucht durch gesellige Zusammenkünfte seine ehemaligen Freikorpsangehörigen weiter um sich zu versammeln, lässt den Gedanken naheliegend erscheinen, dass er die Absicht hat, sich wieder in der rechtsradikalen Bewegung zu betätigen.«[674]

Durch die rund ein Jahr später erfolgte französisch-belgische Ruhrbesetzung sollten sich für Pfeffer hierzu ungeahnte neue Möglichkeiten auftun.

668 Insgesamt votierten 59,6 Prozent der Oberschlesischen Bevölkerung für Deutschland. Die Interalliierte Kommission orientierte sich jedoch an den Abstimmungsergebnissen der einzelnen Bezirke, was vornehmlich französischem Interesse geschuldet war. Vgl. Konrad Fuchs: Vom deutschen Krieg zur deutschen Katastrophe (1866-1945), in: Norbert Conrads (Hrsg.): Schlesien, Berlin 1994, S. 554-693, S. 620 ff.

669 Aus oberschlesischer Perspektive hierzu: Ulitz: Oberschlesien, S. 57 ff.

670 So auch in Wentzcke: Helden, S. 3.

671 Vgl. dazu die Bilder im Privatarchiv von Pfeffer.

672 BArch: R 1507/578-41, Bl. 41.

673 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

674 BArch: R 1507/578-41, Bl. 41.

2.6 Ruhrwiderstand

2.6.1 Pfeffer im rechten Milieu Münsters vor der Ruhrbesetzung

Nach Pfeffers Rückkehr aus Schlesien war das Bild der Rechten Westfalens geprägt von einer Unzahl an rechtsradikalen Splittergruppierungen. Unter diesen herrschte häufig erbitterte Konkurrenz, die zumeist auf persönliche Eitelkeiten ihrer Führer sowie auf die weltanschauliche Heterogenität der rechtsradikalen Szene Westfalens zurückzuführen war.[675] Auch unter den Orgesch-Nachfolgeorganisationen[676] standen sich der im Vergleich »gemäßigtere«[677] Westfalenbund[678] und der völkisch orientierte militant-radikale Westfalen-Treubund unversöhnlich gegenüber.[679] Pfeffers Sympathien galten klar dem radikalen Westfalen-Treubund.[680] Nach wie vor setzte er auf ein militärisches Vorgehen gegen die Republik. Der Honoratiorengemeinschaft des Westfalenbunds, der unter Umständen sogar bereit war, sich mit den herrschenden Verhältnissen zu arrangieren, misstraute er – ein Empfinden, das von Seiten des Westfalenbunds, das zeigt schon der geharnischte Brief vom Sommer 1920,[681] gegenüber dem als unberechenbar geltenden Pfeffer erwidert wurde. Im Treubund hingegen fand Pfeffer Gleichgesinnte. Mit seinem Adjutanten im Baltikum, Karl Gärtner, war hier bereits einer seiner Vertrauten in mehreren leitenden

675 Gumbel: Verschwörer, S. 74. Beck schreibt dazu: »Von irgendeiner fest umrissenen Anschauung konnte jedoch nicht die Rede sein. Sie waren weder Nationalsozialisten noch irgendetwas anderes, [sie] waren im Prinzip deutschdenkende Menschen, die in Erinnerung an unsere große deutsche Zeit in der Pflege der militärischen Gedankenwelt sich bewegten.« Friedrich Beck: Kampf und Sieg. Geschichte d. Nationalsozialist. Dt. Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von d. Anfängen bis zur Machtübernahme, Dortmund 1938, S. 62; Gumbel: Verschwörer, S. 174 f.

676 Zur Geschichte der Orgesch in Münster vgl. Krüger: Einwohnerwehren, S. 409 ff.

677 StaM: Nr. 14426, Briefwechsel des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Gronowski, mit Severing vom 15. Mai 1923.

678 Der Westfalenbund verurteilte etwa den Mord an Außenminister Walther Rathenau. Krüger: Treudeutsch, S. 98 f. Vgl. zum Westfalenbund bestens: Krüger: Einwohnerwehren, S. 416 ff.

679 Münster unterm Hakenkreuz, in: Das schöne Münster 5 (1933), S. 225-248, S. 226. Der Treubund hatte sich Ende 1921 vom Westfalenbund losgesagt und war offen militaristisch orientiert. Ein Mitglied des Westfalenbundes zitiert Krüger mit den Worten: »Was die Leute jetzt gründen wollen, ist etwas ganz anderes, als es die Organis[ation] E[scherich] will. Sie wollen Kampftruppen, weiter nichts. Wir aber wollen auch auf den Geist des Volkes einwirken.« Krüger: Treudeutsch, S. 111.

680 Es kann als unwahrscheinlich gelten, dass Pfeffer, wie Oehme darstellt, zugleich Mitglied des »Bundes der Aufrechten« sowie des »deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes« war. Aktenbelege liegen hierfür nicht vor. Oehme: Kommt »Das Dritte Reich«?, S. 115.

681 Vgl. FN 2/611. So war dieser doch zweifelsfrei von dem gemäßigteren Flügel der Orgesch initiiert worden.

Funktionen tätig.[682] Auch zu Prof. Naendrup, dem Initiator und Führer des Westfalen-Treubunds, der Pfeffer bereits in Schlesien unterstützt hatte,[683] hielt das gute Verhältnis an.

Weltanschaulich war der Westfalen-Treubund exemplarisch für die Vermengung von Traditionen des Kaiserreichs mit den Einflüssen der Militarisierung und politischen Radikalisierung der Freikorpsbewegung. Der Antisemitismus war ebenso Bestandteil der diffusen Weltanschauung wie ein radikaler Paramilitarismus.[684] Hinzu kam eine strukturell konservative Komponente, die sich in der zelebrierten Rückbesinnung auf die Feiertage des Kaiserreichs wie Sedantag, Reichsgründungstag oder Kaisergeburtstag ausdrückte. Die Überbetonung alles »Deutschen« diente einerseits der bewussten Abgrenzung zur »undeutsch« empfundenen Republik,[685] andererseits dazu, die ideologischen Spannungen zu überwinden.[686] Dass sich dieses Konglomerat an konterrevolutionären und revolutionären Neigungen zu keiner konzisen positiven Weltanschauung entwickelte,[687] sollte gerade in Bezug auf die Affinität der Mitglieder zur programmatisch nicht minder diffusen NSDAP noch weitreichendere Folgen haben.

Dem organisatorischen Aufbau nach war der Treubund eine Art Dachvereinigung verschiedener nationaler Vereine.[688] Bis 1924 nahm man sieben verschiedene Personenvereinigungen auf. Wer Mitglied werden wollte, musste zunächst einem der untergeordneten Verbände beitreten. Parallelen zu der Organisationsform des Frontbunds und der »AG P.« sind hier unverkennbar. Ob diese Struktur allerdings auf den Einfluss Pfeffers zurückzuführen ist, oder ob umgekehrt die Tendenz zur organisatorischen Zusammenfassung mehrere Verbände des rechten Spektrums Pfeffers Affinität zum Treubund erhöhte, lässt sich nicht klären.

In seiner ersten bemerkenswerten Aktion gründete Pfeffer am 26. April 1922 zusammen mit dem völkisch-nationalen »Hochschulring deutscher Art« ein

682 Ebenda, S. 115. So war Gärtner etwa 1920 Erster Vorsitzender des militaristischen und radikal-völkischen »Gartenbauvereins Münster-Nord G. m.b.H.« und Gründer zweier »vaterländischer Sportvereine«. Vgl. zu Gärtner: HStaD: Nr. 15732.

683 Vgl. FN 2/635.

684 Für den Westfalenbund weist Krüger auch Waffenverstecke nach. Es würde verwundern, wenn gerade deren militantere Abspaltung, der Westfalen-Treubund, auf diese verzichtet hätte. Krüger: Treudeutsch, S. 109.

685 Vgl. die Beispiele bei ebenda, S. 120 sowie weiterführend zu den völkisch-radikalen etwa Striesow: Deutschnationale Volkspartei, S. 52. Folgendes nach Krüger.

686 Besonders die obere Mittelklasse fühlte sich durch diese Form der »Deutschtümelei« angesprochen. So setzten sich die Mitglieder des Westfalen-Treubunds und seiner Unterverbände zu großen Teilen aus Gewerbetreibenden und Freiberuflern zusammen. Auffällig war auch der hohe Anteil an Akademikern.

687 Krüger: Treudeutsch, S. 119 f.

688 So nahm man etwa in Münster gar keine Einzelpersonen auf, diese mussten stattdessen dem angeschlossenen Verband Heimattreuer Westfalen beitreten. Vgl. die Organisationsstruktur des Frontbunds Kapitel 2.3.1.

sogenanntes »Wanderamt« zur verdeckten Waffenausbildung der Studenten an der Münsteraner Universität.[689] Als ehemaliger Korpsstudent war er mit den Traditionen des studentischen Verbindungswesens bestens vertraut. Dennoch vermochte er es nicht, das »Amt« dauerhaft zu etablieren. Dies lag wohl auch daran, dass die Aktion Pfeffers beim Westfalenbund, der ebenfalls auf das Reservoir nationalistisch orientierter Studenten hoffte, auf starke Ablehnung stieß. Hier ging man davon aus, dass Pfeffer »von Major a. D. Schulz mit der ausdrücklichen Maßnahme nach Münster geschickt worden wäre, den Westfalenbund zu bekämpfen«[690] und sprach in der Berliner Orgesch-Leitung das Missfallen aus. Nur kurze Zeit später stellte Pfeffer, wohl durch eine Intervention aus Berlin, seine Bemühungen an der Universität ein. Neben der Provinzialität der Rechtsverbände zeigt der Vorgang exemplarisch auch die Bruchstellen und Heterogenität im rechten Spektrum Westfalens sowie die Streitbarkeit der Person Pfeffer in diesem Milieu.

Der eigentliche Einfluss Pfeffers basierte wohl, neben seinem Renommee, auf dem Traditionsverband seines Freikorps, der ebenfalls seit dem Jahreswechsel 1921/22 als Subverband dem Treubund angegliedert war. Bereits im Juni 1921 war dieser unter dem Namen »Alte Kameraden« gegründet worden. Der Verband bestand aus mehreren Ortsgruppen, wovon die stärksten in Münster und in Bochum lagen. Ende des Jahres 1922 spricht ein Polizeibericht von etwa 200 Mitgliedern. Weltanschaulich beeinflussten die »Alten Kameraden« den Treubund durch die Idee der deutschen Ostraumsiedlung und gaben ihm damit eine neue politische Dimension.[691] Den offiziellen Vorsitz hatte der Bankbeamte Hauptmann a. D. Krüger inne.[692] Pfeffer war Ehrenvorsitzender und gab den politischen Kurs der Vereinigung vor.[693] Strukturell sind die Parallelen zu den bisherigen Organisationen Pfeffers unverkennbar. Im Inneren der Vereinigung dominierten Militarismus und die weltanschauliche Radikalität als zentrale Merkmale, nach außen hin wurde der soziale Aspekt als Zweck und Legitimation für die Vereinigung angeführt.[694] Vieles spricht dafür, dass es sich auch bei den »Alten Kameraden« mehr um einen Macht- und Kampfverband Pfeffers als um einen echten Traditionsverband handelte.[695] Hierzu passt auch, dass einzelne Quellen darauf hindeuten, dass Pfeffers Freikorps de facto noch bis 1924 weiterexistierte.[696] Wohl diesem Gewicht und Einflusses der »Alten

689 Krüger: Treudeutsch, S. 110 f.
690 Krüger: Treudeutsch, S. 110 und 116.
691 Krüger: Treudeutsch, S. 127 ff.
692 HStaD: Nr. 16788, Bl. 3.
693 Ebenda, Bl. 1.
694 Ebenda, Bl. 3 »Zweck der Vereinigung«.
695 Hierfür spricht auch, dass ab dem Januar 1923 Pfeffers »Alte Kameraden« sich aktiv an dessen Aktivitäten um die »Zentrale Nord« im Ruhrwiderstand engagierten. Vgl. Kapitel 2.6.3. Das Durchschnittsalter dürfte ebenfalls eher weit unter 25 Jahren gelegen haben. BArch: R 1601/2306, Bl. 209.
696 BArch: R 8038, Bl. 7.

Kameraden« innerhalb des Treubunds war es denn auch mit geschuldet, dass Pfeffer rasch zum »taktischen Führer des Westfalen-Treubundes« avancierte.[697]

Trotz dieses rasanten Aufstiegs im Treubund beschränkte Pfeffer seine Aktivitäten nicht nur auf diesen. Umtriebig organsierte er, revitalisierte alte und knüpfte neue Kontakte. So hielt er den in Schlesien etablierten Kontakt zu den Oberländern, die inzwischen ebenfalls in Westfalen aktiv waren, genauso aufrecht wie zur O. C. um Kapitän Ehrhardt.[698] Gleichzeitig nahm er Fühlung zu der sehr langsam auch in Westfalen fußfassenden NSDAP auf.[699] Bereits für das Jahr 1922 wird ihm bei Aufbau und Mobilisierung der Recklinghausener Ortsgruppe eine maßgebliche Rolle zugeschrieben. Pfeffer soll hier gar als Verbindungsmann nach München fungiert haben.[700] Die Münchener NSDAP wiederum stand in regem Kontakt zu der von Albrecht von Graefe 1922 gegründeten Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP), einem radikalen Ableger der DNVP, auf die Pfeffer noch 1920 seine antirepublikanischen Hoffnungen gesetzt hatte und die, wie der Westfalen-Treubund, übergeordnet an den Nordwestbund der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VVVD) angebunden war.[701] Ende des Jahres 1922 war Pfeffer wohl die bedeutendste Person im rechtsradikalen Milieu Westfalens. Möglich war dieser Aufstieg, da er keinerlei regulärer Beschäftigung nachging und sich ausschließlich seinem »politischen« Wirken widmete. Bereits nach dem Krieg hatte er einen Großteil des elterlichen Erbes, ein Weingut in Königswinter und das Haus Gastendonk am Niederrhein, verkauft.[702]

Ungeachtet dieser Aktivitäten und regionalen Erfolge musste Pfeffer in dieser Zeit in aller Deutlichkeit klar geworden sein, dass die provinzielle, zer-

697 Heinz Hürten (Hrsg.): Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922-1924, Düsseldorf 1980, Dok. Nr. 124, S. 174. Später gab Pfeffer in seiner Vita an, Leiter des rheinisch-westfälischen Treubundes gewesen zu sein. Braunhemden im RT, Bl. 122. Dies scheint jedoch übertrieben bzw. unzutreffend. Der rheinische Treubund ging aus dem Freikorps des Majors a. D. Siegfried(?) Schulz hervor, der zumindest auch zeitweilig dessen Leiter war. Zum Freikorps vgl. Schulz: Freikorps im Industrie-Gebiet.

698 Stern: Organisation Consul, S. 23.

699 Böhnke: NSDAP im Ruhrgebiet, S. 40 ff.

700 So schreibt Klein 1934 pathetisch überzeichnet: »Hauptmann Pfeffer wusste um die gewaltige Welle, die sich, von Süden kommend, anschickte, ganz Deutschland zu überfluten. Er kannte ihren Träger, den Quell, der ihr Schwung und Gewalt verlieh, der nimmer müde mit einer nie gekannten Glut der Begeisterung an die Panzerwände eines eingeschlafenen Zeitgeistes pochte. Hauptmann Pfeffer überbrachte und schickte Druckschriften, Werbematerial und das Federsche Programm.« Ernst Klein: Das Werk der ersten Bannerträger des Nationalsozialismus in Recklinghausen, Recklinghausen 1934, S. 5. Parteimitglied, wie hier behauptet, war Pfeffer jedoch in keinem Fall.

701 Vgl. zum VVVD: James Diehl: Von der »Vaterlandspartei« zur »Nationalen Revolution«. Die »Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VVVD)« 1922-1932, in: VfZ 33 (1985), S. 617-639.

702 Vgl. auch Kapitel 3.2.

splitterte und in sich zerstrittene radikale Rechte in und um Münster dauerhaft keinen relevanten Machtfaktor darstellen konnte. Permanente interne Querelen, gegenseitiger Neid und Misstrauen zerstörten jegliche ernstzunehmende politische wie soziale Ambition. Pfeffer bemühte sich daher gezielt um die organisatorische Vereinigung der radikalsten westfälischen Rechtsverbände. Gedanklich knüpfte er damit erneut an seine Bemühungen um den Frontbund an.[703] Weltanschauliche Feinheiten waren für Pfeffer in Anbetracht des großen Ziels – dem Sturz der Regierung und des Systems – von nachgeordneter Bedeutung und standen hinter der organisatorischen Vereinheitlichung zurück. Organisation vor Programm war seine Maxime.[704]

Insgesamt ist die Wirkungsmächtigkeit der Rechtsorganisationen in Westfalen für das Jahr 1922 und damit Pfeffers Rolle aufs Reich gesehen, keinesfalls überzubewerten.[705] Vielmehr stellt diese Episode in Pfeffers Werdegang eine Übergangsphase dar. Militärische Organisationsformen, paramilitärische Umgangsformen, Waffenverstecke und große Teile seiner Klientel weisen nach wie vor auf einen klaren Freikorpsbezug Pfeffers hin. Andererseits verdeutlicht die Hinwendung zu einigen am Rande des politischen Systems partizipierenden Akteuren auch zu einigen des »vorpolitischen« Raums – zu nennen sind hier etwa die VVVD – eine neue Dimension im Wirken Pfeffers, die über die bisherige paramilitärische Fundamentalopposition mit der ausschließlichen Perspektive eines Putschs hinausging. (Macht-)Politisch gesehen fehlte den radikalen, Pfeffer nahestehenden Parteien die Rückbindung an die Masse der Bevölkerung. Die Bedeutung dieses radikalen westfälischen Mikrokosmos stieg jedoch durch die außenpolitische Konstellation zu Beginn des Jahres 1923 in weltpolitische Dimensionen.

2.6.2 Skizze: Münster und Westfalen und die französisch-belgische Ruhrbesetzung

Trotz seiner besonderen regionalen Lage, wie der territorialen Nähe zu den besetzten Rheinlanden oder zu den linken Aufständen im Ruhrgebiet 1920, blieb, darauf weisen auch die Wahlergebnisse hin, die Münsteraner Bevölkerung »von der aggressiven antirepublikanischen Propaganda der Deutschnationalen« bis zum Jahr 1923 fast gänzlich »unbeeindruckt«.[706] Die Empörung der Öffentlichkeit über die Bedingungen von Versailles oder etwa über das Vorgehen der Alliierten in Schlesien[707] stellten im reichsweiten Vergleich hier keine Beson-

703 Vgl. Kapitel 2.3.4 und FN 2/513.
704 Klein: Bannerträger, S. 5. Vgl. Kapitel 2.4.
705 Gumbel erwähnt in seiner Auflistung der rechten Splittergruppierungen Westfalens aus dem Jahr 1924 den Westfalen-Treubund nicht einmal. Gumbel: Verschwörer, S. 74.
706 Grevelhörster: Münster zu Anfang, S. 67. Vgl. zu den Wahlen FN 2/505.
707 Ebenda, S. 70 ff.

derheit dar.[708] Stattdessen hatte sich Münster, wie beschrieben, unter dem dominierenden Einfluss des Zentrums bis ins Jahr 1922 als eine Art konservative Ordnungszelle im politisch unruhigen Westfalen etabliert.[709]

Diese Situation änderte sich ab Januar 1923 rapide. Die Ereignisse um die französisch-belgische Ruhrbesetzung sorgten dafür, dass sich die politische Landschaft in Münster derart wandelte, dass ein Münsteraner Gewerkschaftssekretär im Juni 1923 an den preußischen Innenminister Severing schrieb: »Münster und München oder München und Münster, beides ist gleich.«[710]

Zwischen dem 11. und dem 16. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet.[711] Als äußerer Anlass diente der Rückstand der deutschen Reparationslieferungen, die tatsächlichen Gründe waren jedoch vielschichtiger.[712] Als der neue Reichskanzler Cuno schließlich jedoch nur zum passiven Widerstand aufrief, herrschte nicht nur unter den Rechtsverbänden lautstarke Empörung.[713] Dass Cuno realpolitisch bis zum Äußersten ging, verkannte man allzu offensichtlich.[714] Im Wehrkreiskommando VI Münster meldeten sich innerhalb kürzester Zeit über 200 Freiwillige. Über die Gesamt-

708 StaM: Abt. VII Nr. 2, Bd. 3, Bl. 210, Halbmonatsbericht des Oberpräsidenten Gronowski vom 3. August 1922. Vgl. zu Franz Gronowski: Joachim Lilla: Leitende Verwaltungsbeamte und Funktionsträger in Westfalen und Lippe (1918-1945/46). Biographisches Handbuch, Münster 2004, S. 164.

709 Neben der »rechten Ordnungszelle Bayern« und der »demokratischen Ordnungszelle Preußen« ist die Begrifflichkeit hier durchaus treffend.

710 AdsD: Mappe 106, zit. nach Krüger: Treudeutsch, S. 1. Vgl. auch ebenda S. 287.

711 Vgl. zur Historiographie bezgl. Der Ruhrkrise: Cornelißen: Ruhrkampf, S. 35 ff.

712 Neben innenpolitischen Gründen, in Frankreich empfand man die Ergebnisse der schlesischen Volksabstimmung als schwere Niederlage, lag eine Ursache in der deutschen Annäherung an die bis dato international ebenfalls isolierte Sowjetunion. Am 16. April 1922 hatten Vertreter des Reichs und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (ab 30. Dezember UdSSR) den Vertrag von Rapallo unterzeichnet. Die Ruhrbesetzung war also vor allem die Folge eines wiederkehrenden antideutschen Reflexes, der bereits in der französischen Politik des 19. Jahrhunderts eine Konstante bei einer etwaigen deutsch-russischen Annäherung darstellte. Hinzu kommt, die vor allem von der neueren deutschen Historiographie aufgearbeitete Deutung, die Ruhrbesetzung in Deutungszusammenhänge mit der Deutschen Kriegsbesetzung 1914-1918 in Bezug zu setzen. Mit dem Einmarsch war die Erfüllungspolitik des zehn Wochen zuvor zurückgetretenen Reichskanzlers Wirth endgültig gescheitert. Vgl. Gerd Krumeich: Der ›Ruhrkampf‹ als Krieg: Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt, in: Gerd Krumeich et al. (Hrsg.): Der Schatten des Weltkriegs: die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 9-24, S. 9 ff.

713 Vgl. zur Terminologie »Passiver Widerstand« Krüger: Aktiver und passiver Widerstand. S. 123 ff. Sowie auch die Karikaturensammlung in: BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Juni 1938 (9) Folge 7, S. 8 ff.

714 Vgl. dazu Karl Erdmann: Alternativen der deutschen Politik im Ruhrkampf, in: Klaus Schwabe (Hrsg.): Die Ruhrkrise 1923, Paderborn 1984, S. 29-38, S. 92 sowie interdisziplinär zu den Handlungsperspektiven der Reichsregierung: Müller: Passiver Widerstand, S. 95 ff.

dauer der Besetzung sprach der Münsteraner Anzeiger im gesamten Ruhrgebiet von insgesamt 26.000 Freiwilligen.[715]

Auch die Rechtsorganisationen Westfalens florierten nun in Quantität und Mitgliederzahl.[716] War der Widerstand gegen die Rheinlandbesetzung bisher fast ausschließlich nur von studentischer Seite getragen, zaghaft und unorganisiert,[717] schien man nun, auch durch die massive Agitation der radikalen Rechts- und auch Linksverbände, auf eine Massenbasis zurückgreifen zu können.[718] Insbesondere die Rechte hatte nun einen Katalysator für die angestaute Frustration und sah jetzt zugleich die Zeit eines neuen »Furor teutonicus« gekommen.

Bis Anfang April hatte sich auch der aktive Widerstand vollends formiert. Dies galt umso mehr noch, da die französischen Maßnahmen gegen den aktiven und passiven Widerstand drastisch waren. Immer wieder kam es zu Massenverhaftungen.[719] Tausende Personen wurden aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen, was ebenfalls zu einem Erstarken auch des Treubunds führte.[720] Bereits Anfang März wurden auf deutschem Boden französische Gerichte eingerichtet, die im Schnellverfahren »aktive wie passive Saboteure« aburteilten. Neben Gefängnisstrafen für kleinste Delikte[721] gehörten auch Deportationen auf die französische Gefängnisinsel St. Ré zur Regel.[722] Auch von der Todesstrafe wurde nicht abgesehen.[723] Ende Mai erschossen französische Soldaten im Essener Krupp-Werk dreizehn Arbeiter, die zuvor friedlich gegen Beschlag-

715 Grevelhörster: Münster zu Anfang, S. 76.

716 Grevelhörster: Münster zu Anfang, S. 76. Mit der Anzahl der Gruppierungen stieg auch die weltanschauliche Heterogenität im rechten Lager. Jungdeutscher Orden, Deutsche Ehrenlegion, Deutsche Knappschaft, Deutscher Herold, Wickingbund, Mückebund, Preußische Königspartei, Treubund Wesel, Bismarckbund, Deutscher Pfadfinderbund, Deutscher Rindpfandfinderbund und der Wehrwolf waren nur einige der sich später im Ruhrkampf engagierenden rechtsgerichteten Splittergruppierungen. Vgl. BArch: R 1601/2306, Bl. 158.

717 BArch: R 1601/2305, Bl. 26 ff.

718 Vgl. schon zeitnah: Wentzcke: Helden, S. 12 ff. Schon gegen die Rheinlandbesetzung hatte es Agitationsversuche von rechts gegeben, ohne dass diese jedoch eine Breitenwirksamkeit erreichen konnten. BArch: R 1603/2278, Bl. S. 250, Bl. 380 ff. und Bl. 434.

719 BArch: R 1601/2306, S. 119.

720 Krüger: Treudeutsch, S. 171.

721 BArch: R 1601/2320, Bl. o. Nr.

722 BArch: R 1601/565, Bl. 21 ff. Vgl. zeitgenössisch dazu Glombowski: O. H., S. 191; Georg Zimmermann: Ruhrkämpfer auf der Insel St. Ré, in: Ernst von Salomon (Hrsg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 468-474 oder Gustav von Oetinger: In Ketten vom Ruhrgebiet nach Saint-Martin de Ré. Erlebnisse politischer Gefangener im Ruhrgebiet, im Rheinland und in Frankreich; 1923/1924, Essen 1925.

723 BArch: R 1601/2322, Bl. 114 und 184 ff.

nahmungen demonstriert hatten.[724] Ähnliche Vorgänge häuften sich.[725] Mitte Juni eskalierte die Situation in Dortmund, was zum Tod eines französischen Unteroffiziers und sieben deutschen Demonstranten führte.[726] Pfeffer selbst soll nach eigenen Angaben von einem »Feindgericht« in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden sein.[727]

Am 26. Mai richteten die Franzosen den ehemaligen Baltikumskämpfer Albert Leo Schlageter hin. Schlageter, der wohl seit 1922 Mitglied der NSDAP war,[728] war wegen Sabotage durch Sprengstoffanschläge verurteilt worden. Spätestens als am 8. Juni der Leichnam exhumiert und unter gewaltiger öffentlicher Anteilnahme nach Schönau überführt wurde, war aus ihm ein nationaler Märtyrer geworden.[729] Als selbst Karl Radek in seiner berühmt gewordenen Rede vom 20. Juli Schlageter lobte und nur wenig später der DVFP-Politiker Ernst Graf von Reventlow darauf einging, schien eine das gesamte politische Spektrum übergreifende Allianz gegen Frankreich und das Weimarer System greifbar.[730]

2.6.3 »Zentrale Nord« und die »Organisation Pfeffer« im Ruhrkampf

Die Besetzung des Ruhrgebiets führte zu einer massiven Aufwertung der eigentlich nach dem Rathenaumord im öffentlichen Ansehen weitgehend diskreditierten Rechtsverbände, die sich nun als Träger des aktiven Widerstands verstanden. Da es auch innerhalb des Wehrkreiskommandos VI Münster um General Fritz von Loßberg deutliche Affinitäten zum aktiven Widerstand

724 Krüger: Unternehmen Wesel, S. 128 f. Infolgedessen war Gustav Krupp, als die Personifizierung der deutschen militärischen wie wirtschaftlichen Potenz, von einem französischen Kriegsgericht in Düsseldorf zu 15 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden. Vgl. Der Prozess Krupp vor dem französischen Kriegsgericht. Nach dem einzigen vorhandenen Stenogramm, München 1923 und Hans Spethmann: Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Bd. IV: Der Ruhrkampf 1923 bis 1925, Berlin 1930, S. 266 ff. Vgl. für die zeitgenössische Deutung: Carl Cranz: Der Ruhreinbruch, in: Ernst Jünger (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 275-289, S. 285.

725 Vgl. Wentzcke: Helden, S. 12 f.

726 Cranz: Ruhreinbruch, S. 279 ff.

727 Braunhemden im RT, S. 122; Venner: Söldner ohne Sold, S. 310.

728 Die Frage, ob Schlageter tatsächlich NSDAP-Mitglied war, ist nicht gänzlich geklärt. Da jedoch seine Teilnahme am Parteitag 1923 der NSDAP gesichert ist, ist davon auszugehen. Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik, 1918-1933: Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Bonn 2008, S. 165. Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar. 1918-1933, München 1997, S. 172.

729 Zwei Tage später wurde Schlageter hier unter ebenso starker Anteilnahme öffentlich beigesetzt. Neben der Flut an zeitgenössischer Literatur vgl. wissenschaftlich: Zwicker: Nationale Märtyrer, S. 68 ff.

730 Wolf-Dietrich Gutjahr: Revolution muss sein. Karl Radek – die Biographie, Köln u. a. 2012, S. 562 ff.

gab,[731] entstand eine Kooperation zwischen Wehrkreiskommando und Verbänden. Hiervon konnte besonders der Treubund, als vielleicht der radikalste Wehrverband Westfalens, profitieren.[732] Auch die Personalie Pfeffer, die seit der Frontbundaffäre in Berlin als belastet galt, tat der Kooperation keinen Abbruch.[733]

Analog zu den vaterländischen Verbänden und den Militärs in Münster äußerten auch große Teile der von der Ruhrbesetzung unmittelbar betroffenen Schwerindustrie des Ruhrgebietes ihren Unmut über die Wirkung des passiven Widerstands und forderten deutlichere Maßnahmen gegenüber den Besatzern.[734] Eine Gruppe Industrieller um Gustav Krupp beauftragte den mit der NSDAP in engem Kontakt stehenden Oscar Hauenstein mit aktiver Sabotagetätigkeit und stattete seine Organisation Heinz (O. H.) mit üppigen finanziellen Mitteln aus.[735] Ob von solchen Mitteln auch der Treubund profitierte ist wahrscheinlich, kann aber nicht mehr verifiziert werden.[736]

Pfeffer nahm, auch durch den Rückgriff auf seine weiter erstarkenden »Alten Kameraden«, in den militärischen Planungen des Treubunds eine Schlüsselrolle ein. Zweifelsohne erwies sich die Radikalität und die stark militärische Ausrichtung des Verbands Anfang 1923 jetzt als Vorteil. Beides führte dazu, dass der Westfalen-Treubund in den ersten Monaten der Ruhrbesetzung zur mitgliederstärksten und damit führenden rechtsradikalen Organisation Westfalens wurde.[737] Dennoch, im Januar/Februar 1923 gingen auch die Widerstandsaktionen des Treubunds kaum über die unkoordinierten und damit wenig wirksamen Aktionen anderer radikaler Gruppierungen hinaus.[738]

Die Qualität des Widerstands änderte sich, als die Reichsregierung am 30. oder 31. Januar den ehemaligen Spion und »Abenteurer«[739] Kurt A. Jahnke –

731 Auch von staatlicher Stelle hatte es zuvor Planungen für den Fall der Ruhrbesetzung gegeben: Müller: Passiver Widerstand, S. 111 f.

732 Krüger: Treudeutsch, S. 171; vgl. auch Prof. Naendrup: »Die Weseler Aktion«, in: Nationalzeitung. Organ des Gaues Westfalen-Nord der NSDAP vom 1. April 1933.

733 Vgl. zu Pfeffers Stellung in Bezug auf Berlin: FN 2/840.

734 Krüger: Unternehmen Wesel, S. 99 und 111 ff.

735 Zu nennen sind hier Krupp und Thyssen. Zu Krupp: Akten der Reichskanzlei – Weimarer Republik. Bd. 7: Das Kabinett Cuno – 22. November 1922-12. August 1923, Boppard am Rhein 1968, Dok. Nr. 184, FN 2; Hürten: Krisenjahr, Dok. Nr. 16, S. 34 ff.; Nagel: Fememorde und Fememordprozesse, S. 42 und Krüger: Unternehmen Wesel, S. 99 f. Unter dem Befehl Hauensteins agierten unter anderem Karl Kaufmann, Erich Koch und Viktor Lutze.

736 Vgl. dazu Cerny: Reichs-Landbund, S. 690 ff. sowie Kapitel 2.4.

737 Krüger: Treudeutsch, S. 171 f.

738 Vgl. StaM: Nr. 5007, Brief an das Oberpräsidium Münster vom 12. März. Vgl. für den passiven Widerstand Müller: Passiver Widerstand, S. 169 ff.

739 Stülpnagel zit. nach George Hallgarten: Stinnes, Seeckt und Hitler. Material zur Geschichte von Ruhrkampf und Hitlerputsch, in: George W. F. Hallgarten (Hrsg.): Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt a. M. 1962, S. 11-78, S. 22.

»Deckname ›Zebu‹«[740] – zum »Reichsbeauftragten für sämtliche Sabotage Akte« bestellte.[741] Unterstellt war Jahnke sowohl Reichsarbeitsminister Braun als auch dem Oberstleutnant Joachim von Stülpnagel, Leiter der Abteilung T 1 des Truppenamts im Reichswehrministerium. Jahnkes Aufgabe war es, durch die Verlagerung der Entscheidungsebene von Berlin ins Ruhrgebiet,[742] eine zentrale Koordinierung der bislang häufig chaotischen Einzelaktionen des Widerstandes einzurichten. Finanziert wurde dies aus Geldern des Reichsarbeitsministeriums sowie durch Zahlungen der Industrie.[743]

Nachdem Jahnke den in rechten Kreisen umtriebigen Walther Stennes[744] als militärischen Verbindungsoffizier verpflichtet hatte, ging er daran, die einzelnen Organisationen des aktiven Widerstands unter seiner – zumindest formalen – Oberleitung zusammenzufassen. Innerhalb weniger Tage gelang es ihm, einen Großteil der ehemaligen Freikorpseliten zu gewinnen. So wurde Friedrich Wilhelm Heinz Leiter der »Abwehrgruppe Südwest« in Frankfurt, die maßgeblich durch die Aktivitäten des »Bundes Wiking« um Hermann Ehrhardt von sich reden machte. Im Ruhrgebiet selber unterstellten sich u. a. die O. H., der Jungdeutsche Orden und die »Oberländer« formal Jahnkes Sabotagezentrale.[745] Pfeffer, mit dem starken Treubund im Rücken, wurde von Jahnke als Sabotageleiter für den Nordabschnitt um seine Heimatstadt Münster geworben.[746]

Dass Jahnke innerhalb weniger Tage damit Erfolg hatte, womit Pfeffer zuvor mehrfach gescheitert war, die verschiedensten Freikorps bzw. deren Nachfolgeorganisationen unter einer einheitlichen Zielsetzung zu sammeln, lag zweifellos an dem, was er anzubieten hatte. So konnte er mit der Kooperation sowohl mit dem Berliner Reichswehrministerium als auch mit dem

740 Gottfried Treviranus: Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf u. a. 1968, S. 57 f.

741 Ausführlich hierzu: Krüger: Unternehmen Wesel, S. 103 f. Zur Person Jahnkes besonders vor 1919 vgl. Reinhard Doerries: Tracing Kurt Jahnke: Aspects of the Study of German Intelligence, in: George O. Kent (Hrsg.): Historians and archivists, Fairfax, VA, Lanham, MD 1991, S. 27-44.

742 AdR: Cuno, Dok. Nr. 112, S. 354.

743 Krüger: Unternehmen Wesel, S. 103 f. In Berlin wurden jedoch nur wenige Stellen über diese Geheimsache informiert. So führte etwa der RKO seine Berichte über die »Organisation Pfeffer« offenbar ohne Hinweise auf deren nun legalisierte und subventionierte Tätigkeit weiter fort. Hinweise auf die ZN finden sich hier nicht. BArch: R 1507/578-41, Bl. 56 ff.

744 Eine wissenschaftliche Biographie zu Stennes steht nach wie vor aus. Vgl. bis dahin: Drage: Canossa, S. 83.

745 Krüger: Unternehmen Wesel, S. 106. Vgl. auch Ferner: Deuxième Bureau, S. 298.

746 1934 hieß es dazu im »Reiter gen Osten: »Die Sabotage-Aktion, [die] im besetzten Ruhrgebiet im Auftrage amtlicher Stellen im Jahre 1923 durchgeführt wurde, ist in 3 große Abschnitte aufgeteilt gewesen: 1. Abschnitt -Süd – Major Frey, Stuttgart. 2. Abschnitt – Mitte – Hauptmann Römer, Dortmund. 3. Abschnitt – Nord – Hauptmann Pfeffer, München.« BArch: R 8038/2, Bl. 53.

zuständigen Wehrkreiskommando werben[747] – einem Angebot, dem sich die häufig auch finanziell von der Reichswehr abhängigen Korpsführer kaum verweigern konnten.[748] Zudem konnte Jahnke versichern, dass es die »verantwortliche Reg.[ierung] allein« war, die hinter seinen Planungen stand.[749] Damit einher ging auch eine großzügige finanzielle Ausstattung der Organisation. Eine solche erlaubte es den Korpsführern, sich nicht mehr mit der als lästig empfundenen Aufgabe der Geldbeschaffung befassen zu müssen, sondern sich ganz dem operativen Bereich zu widmen. Gleichzeitig garantierte dieser Status der Halbillegalität[750] die teils stillschweigende, teils offene Unterstützung von Beamten und Behörden für die Sabotageorganisationen im Ruhrgebiet.

Die Eigenständigkeit der einzelnen Organisationen tastete Jahnke wohlweislich nicht an.[751] Von Hagen aus, südlich bis nach Frankfurt, agierte der Bund Oberland unter der Leitung von Beppo Römer.[752] Weiter östlich von Arnsberg, im Sauerland, der Jungdeutsche Orden und im östlichen Ruhrgebiet die Organisation Heinz,[753] wobei die Gebiete keineswegs strikt voneinander getrennt waren und es häufig zu territorialen Überschneidungen kam.[754] Das kleine Elberfeld bei Wuppertal, das im nichtbesetzten Gebiet lag, wurde zu einer der logistischen Zentralen des aktiven Ruhrwiderstandes.[755]

Pfeffer richtete das Hauptquartier seiner »Zentrale Nord« (ZN)[756] genannten Widerstandsorganisation in Münster ein, wo er zusammen mit seinem Adjutanten Hallermann die logistische Planung führte. In sicherer Entfernung zu den besetzten Gebieten gelegen, entwickelte sich das beschauliche und

747 Georg Franz-Willing: Die Hitler-Bewegung 1925 bis 1934, Preussisch Oldendorf 2001, S. 71.

748 Vgl. auch BArch-MA: RH 53-6/55, Bl. 26.

749 Krüger: Unternehmen Wesel, S. 105.

750 Krüger nennt dies »legalisierte Illegalität«. Krüger: »Wir wachen und strafen«, S. 254.

751 Jahnkes Rolle fand wohl auch daher in der Memoirenliteratur zum Ruhrwiderstand kaum Niederschlag. Zudem war dies auch politisch intendiert. So hatte man, wie nach 1933, aus unterschiedlichen Gründen wenig Interesse daran, die staatlichen Verbindungen zum aktiven Widerstand offenzulegen. Vgl. beispielhaft: BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Februar 1936 (7) Folge 2, S. 12.

752 Vgl. dazu etwa zeitgenössisch ebenda, August 1937 (8) Folge 8.

753 Die Organisation Heinz hatte hierbei eine Sonderrolle inne, da sie ursprünglich von der Industrie für Sabotageakte angeworben wurde und erst später in Kontakt mit Jahnke kam. Vgl. FN 2/735.

754 Vgl. dazu StaM: Nr. 3, Bericht Pfeffers vom 18. Mai.1923 und StaM: Nr. 2, »Karte« Bl. o. Nr.

755 BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Februar 1936 (7) Folge 2, S. 12.

756 Für die zeitgenössische Wahrnehmung auch der Person Pfeffers ist bezeichnend, dass in der Publizistik nach Ende des Ruhrwiderstands nur selten von den Aktivitäten einer »Zentrale Nord« gesprochen wurde. Stattdessen sprach man von der »Gruppe« oder der »Organisation Pfeffer«, deren Mitglieder von Münster aus im nördlichen Ruhrgebiet auch gegen belgische Besatzungstruppen aktiv waren. Vgl. ebenda, April 1936 (7) Folge 4, S. 10, »La ›Section Spéciale‹ von Pfeffer et le Corps Oberland«.

strukturkonservative Münster[757] zwischen Anfang 1923 bis Spätsommer 1924 zu der zentralen rechten Hochburg außerhalb Bayerns.[758]

Neben der aktiven Sabotageorganisation, deren Fundament der Treubund war, wurde um den ehemaligen Privatdetektiv und Polizeikommissar Heinz Kölpin innerhalb weniger Wochen eine Nachrichtenstelle aufgebaut.[759] Ziel dieser war es, das besetzte Gebiet mit einem »doppelten Nachrichtennetz« zu überdecken. »Das eine Netz umfasst[e] eine Anzahl uns befreundeter und nahestehender Nachrichtenstellen, während das andere eine Organisation uns persönlich bekannter Privatleute darstellt[e].«[760] Zumeist wöchentlich schickten die Informanten ihre Berichte an die ZN. Dabei unterschied man zwischen militärischen, innenpolitischen Nachrichten und der Spitzelabwehr.[761] Bemerkenswert ist, dass die Nachrichtenstelle offenbar mit polizeilichen Vollmachten ausgestattet war.[762] Über Kölpins Spionagenetzwerk kam es auch zu einem Austausch mit Reichswehrstellen. Von einer deszendierten »Spionagetätigkeit für die Reichswehr« kann allerdings wohl kaum gesprochen werden.[763] Offiziell war Kölpin für den operativen Bereich des Nachrichtendienstes zuständig,[764] doch weisen Duktus und Charakteristik der vorliegenden 37 Richtlinien umfassenden Anordnungen auf eine auch in diesem Bereich zentrale Rolle Pfeffers hin.[765]

Pfeffers eigentliche Hauptaufgabe bestand aber in der Organisation und Koordination der Sabotageaktionen.[766] Auch hier unterschied sich die ZN von den anderen Widerstandsorganisationen. Während ansonsten die Sabotageaktionen von Diebstählen, Spionage, dem Aufwiegeln der örtlichen Bevölkerung bis hin zur Geldfälschung reichten – insgesamt also auch der Unterstützung des passiven Widerstandes dienten[767] – wies Pfeffer ausdrücklich darauf hin, dass »Anschläge, die nur Materialschaden verursachen, zwecklos« seien und

757 Joachim Kuropka: Auf dem Weg in die Diktatur. Zu Politik und Gesellschaft in der Provinzialhauptstadt Münster 1929-1934, in: Westfälische Zeitschrift 1984, S. 157-199, S. 162 ff.

758 Krüger: Treudeutsch, S. 287. Vgl. FN 2/848.

759 Vgl. zu Kölpin: StaM: Nr. I, 484 a-f.

760 StaM: Nr. 1, Einrichtung und Arbeit der Nachrichtenstelle 13. April 1923.

761 Ebenda, Einrichtung und Arbeit der Nachrichtenstelle 13. April 1923.

762 Krüger: Überwachung und Bestrafung, S. 268.

763 So aus politischer Intention in: ›Weckruf‹ vom 7. Juni 1924: »Die Mordorganisation Pfeffer«.

764 Vgl. genauer: Krüger: Überwachung und Bestrafung, S. 266 ff.

765 So erinnern die »Richtlinien Meldungen« in StaM: Nr. 1, Bl. 25 f. stark an Pfeffers Richtlinien zum Frontbund; vgl. etwa: BArch: R 43-I/724, Bl. 3 und 7 oder auch zur Arbeitsgemeinschaft BArch: R 1507/578-41, Bl. 12 f. »Anordnung 1 der Arbeitsgemeinschaft P. vom 12. Juli 1920«. Ob eine Art Dienstverhältnis zwischen Kölpin und Pfeffer bestand, ist nicht bekannt, sicher erscheint jedoch, dass Pfeffer de facto die organisatorische Gesamtleitung der Zentrale Nord übernahm.

766 Zu den Aktionen des aktiven Ruhrkampfs vgl. zeitgenössisch etwa: Heinz: Nation, S. 199; oder Pabst: Der Ruhrkampf, S. 26.

767 BArch: R 1601/2306, Bl. 422 f.

daher »zu unterbleiben« haben. Ebenso war »Rücksicht auf feindliche Drohungen Repressalien, Geiseln […] nicht zu nehmen«.[768] Die Radikalität Pfeffers überstieg diejenige der anderen Widerstandsorganisationen. In dem undatierten Papier machte er dies deutlich, indem er feststellte:

> »Unser Ziel ist es, dem Feinde das Leben und Arbeiten möglichst schwer und gefahrvoll zu machen. Die Arbeit von Einzelpersonen, Zivilbeamten, Eisenbahnern pp. muss dem Feinde schließlich unmöglich werden. Die Sicherungsaufgaben der Truppen müssen derartig wachsen, dass erhebliche Verstärkungen herangezogen werden müssen. Gleichzeitig sollen die Repressalien der Franzosen die Kluft zwischen ihnen und der Bevölkerung vergrößern und offen halten. Demgemäß hat sich unsere Tätigkeit gegen alle ungeschützten Teile des Feindes zu richten …«[769]

Trotz dieser radikalen Vorgaben unterstützten und deckten Behörde und Beamten Pfeffers Aktionen. Eine Strafverfolgung der von der ZN Beauftragten fand in der Regel nicht statt.

Bei dem Aufbau des Partisanennetzwerks unternahm Pfeffer erneut den Versuch, das militärische Potenzial der verschiedenen völkisch orientierten Bünde und Vereine unter eine zentrale Führung zu stellen. Wie sensibel er hierbei vorging, zeigt seine Formierung der »Grundsätze« der ZN. Hier schreibt er:

> »Es handelt sich [bei der ZN] nicht um einen Zusammenschluss der Vereine und Bünde, dazu sind die ordentlichen Vorstände zuständig. Es handelt sich um örtliche sachliche Fühlungnahme unter den erprobten Kampf- und Stoßtruppen der Vereine und Bünde. Die Fühlung soll dauernd bestehen bleiben und – bei aller Geheimhaltung – gewisse Formen annehmen. Die Fühlung darf sich nicht nur auf rein sachliche Fragen erstrecken, sie darf sich keinesfalls soweit auswachsen, dass die Vereine und Bünde sich dadurch gestört und in ihrer Autorität beeinträchtigt fühlten könnten. […] Durch die Fühlung werden alle einschlägigen Kräfte des Kreises (bzw. der Provinz) in stille Verbindung kommen. Ein klarer Gedankenaustausch über alle praktischen Fragen wird erreicht. […] Gemeinsames planmäßiges Handeln für eintretende Fälle ist gewährleistet, man wird dann nicht mehr nebeneinander herlaufen, sich im Wege stehen, die Berechnungen durchkreuzen, sondern man wird sich ergänzen und wirklich Hand in Hand arbeiten.«[770]

Auch die folgenden im Rahmen der ZN verfassten Befehle zeigen deutlich, wie bedeutsam diese Einheitsbestrebungen und die Idee, dass die Völkischen nur durch ein einheitliches Auftreten Erfolge erzielen konnten, für Pfeffer

768 StaM: Nr. 1, Bl. o. Nr. Vgl. auch ›Weckruf‹ vom 7. Juni 1924: »Die Mordorganisation Pfeffer«.
769 StaM: Nr. 1, Bl. o. Nr.
770 Ebenda, Bl. o. Nr.

waren.[771] Mit dem in den »Grundsätzen« ausgeführten Kompromiss, der demjenigen Jahnkes auf übergeordneter Ebene stark ähnelte, gelang es Pfeffer, dass das Gros der um Münster herum im Ruhrwiderstand aktiven Vereinigungen sich der Koordination der ZN unterordnete. So akquirierte Pfeffer auch Teile der bündischen Jugend.[772] Der spätere Publizist Hans Ebeling soll etwa von ihm »den Auftrag erhalten haben, Waffen zu beschaffen und Leute im Guerillakrieg auszubilden; es soll ihm auch gelungen sein, mitten im besetzten Gebiet Ausbildungslager einzurichten«.[773]

Für die Einsätze waren die Männer einzelnen territorialen Abschnitten zugeteilt. So agierte die Abteilung A um Hamm, B in der Gegend von Unna, C bei Arnsberg sowie D um Soest.[774] Weiterhin waren die Freiwilligen in Gruppen – auch »Kameradschaften« genannt[775] – sowie, als weitere Untergliederung, in Stoßtrupps von sechs bis zehn Mann eingeteilt. Besonders wurde darauf geachtet, dass die Stoßtrupps möglichst homogen nur aus Vertretern eines oder höchstens zweier verschiedener Organisationen bestanden.[776] Noch unmittelbar vor Abbruch des passiven Widerstands agierten nachweislich 42 Stoßtrupps und neun Gruppen unter der Führung Pfeffers.[777]

Bei der Umsetzung der Anschläge schien die Kreativität Pfeffers nahezu grenzenlos. Geheimhaltung und Tarnung waren erneut essenziell.[778] Zur Verschleierung nutzte man Tarnnamen,[779] Tarnfirmen und Tarnverbände wie den »Zement-Verbande«.[780] Weiterhin gab Pfeffer selbst die Anweisung aus, dass

771 Ebenda, Rundschreiben von 8. September 1923.

772 BArch: R 1601/2306, Bl. 209.

773 Louis Dupeux: »Nationalbolschewismus« in Deutschland 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985, S. 355. Der 1897 geborene Ebeling führte den Gau Westmark des Jungnationalen Bund – Deutsche Jungenschaft mit etwa 300 Mitgliedern. Später wurde er wie Pfeffer in Abwesenheit von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt.

774 StaM: Nr. 2, »Karte«, Bl. o. Nr.

775 BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, September 1936 (7) Folge 9, Bl. 17. Hier wird davon gesprochen, dass es Pfeffer durch den regen Zulauf an Freiwilligen möglich war, seine Männer in Kameradschaften zu organisieren.

776 Vgl. für die Stadt Münster: Krüger: Treudeutsch, S. 181.

777 StaM: Nr. 2, »Stärkeaufstellung« Bl. o. Nr. Vgl. Krüger: Unternehmen Wesel, S. 109. Noch 1936 hieß es hierzu: »Die Organisation hatte in allen größeren Städten Stoßtrupps, die an zahlreichen Sprengungen und Zusammenstößen beteiligt waren.« BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Februar 1936 (7) Folge 2, S. 12, »Wer waren die Träger des aktiven Widerstandes im Ruhrgebiet?«.

778 Vgl. zum Ablauf des Ruhrkampfes und dessen Tagesrealitäten auch die (politisch geschönten) überlieferten Quellen des Ruhrkämpferbunds. Bes: BArch: R 8035/2, Bl. 62 ff. Vgl. auch Salomon: Nahe Geschichte, S. 105.

779 Karl Buschbecker: »…wie unser Gesetz es befahl«. Roman, Berlin 1936; Beck: Kampf und Sieg, S. 213, S. 200 ff.; Krüger: Treudeutsch, S. 181. In Bezug auf Pfeffers Tarnname »Pan« ist hier allerdings Krüger zu widersprechen. Sein Tarnname Pfeffer stammt mitnichten aus dem Baltikum. Es war der Spitzname seiner Kindheit. Vgl. Kapitel 1.1.

780 BArch: R 1507/578-41, Bl. 45.

»im Interesse der Geheimhaltung […] die Unterführer sich untereinander nicht in dieser Eigenschaft kennen lernen«.[781] Schriftverkehr wurde – nicht nur im operativen Bereich – möglichst vermieden, was die Rekonstruktion der meisten Einsätze und Verantwortlichkeiten im aktiven Ruhrkampf schon bereits 1926 nahezu unmöglich machte.[782] Selbst dem Gros der Mitglieder war der Aufbau der ZN unbekannt. Die einzelnen »Kameradschaften« agierten weitgehend unabhängig voneinander. Dabei widersprachen sich Führerfixierung und die vergleichsweise lose Organisationsstruktur nicht.[783] Handgezeichnete Skizzen und Karten zeigen, wie detailverliebt, fast pedantisch, Pfeffer selbst die einzelnen Aktionen plante.[784] Ein zwar fragmentarisches, aber typisches Beispiel für die Aktivitäten der ZN – mit außergewöhnlicher Rezeptionsgeschichte – bietet nachfolgender französischer Bericht, der Jahre später in der Freikorpstraditionszeitschrift »Reiter gen Osten«, sicher redigiert, publiziert wurde. Hier heißt es über eine Aktion der Pfefferleute:

> »Von Münster aus, wo er sich im Hintergrunde hielt, leitete er die Attentate und die Sabotageakte in dem Gebiete Bochum-Gelsenkirchen, der Besatzungszone der 40. französischen Division. Eine Sonderabteilung der Polizei wurde auf diese neue Bande angesetzt. Mit einer fabelhaften Schnelligkeit wurden die Ermittlungen von unseren braven Beamten gegen diese Truppe zu einem Erfolge geführt. Die Stadt Bochum hatte nach der Ausweisung der Schutzpolizei die Feuerwehr mit den Aufgaben einer Stadtpolizei beauftragt. Es wurde festgestellt, dass Pfeffer bei dieser Gelegenheit Leute untergebracht hatte, die unter der Leitung eines Leutnants z. See a. D. Harder standen, […]. Das, was unsere Rechercheleute bei ihren Nachforschungen zunächst frappierte, war die Zusammensetzung dieser Bande von Pseudofeuerwehrleuten. Mit wenigen Ausnahmen waren es alle junge Offiziere der deutschen Armee. […] Die Überwachungsstellen der interalliierten Truppen stellten sehr bald fest, dass diese jungen Leutnants am Tage die Feuerwehruniform der Stadt Bochum trugen und in der Nacht Spione, Saboteure und Femerichter waren.«[785]

Ein Beispiel für einen zeitnahen Ereignisbericht auf deutscher Seite stellt die Schilderung eines der engsten Vertrauten Pfeffers, Leutnant a. D. Jansen, zum sogenannten Unternehmen Wesel dar.[786] Die historisch rekonstruierbaren

781 StaM: Nr. 1, Ziele der Zentrale Nord, S. 3.
782 BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Februar 1936 (7) Folge 2, S. 13. Die Ausnahme stellt hier das wohl bekannteste Unternehmen »Wesel« dar. Vgl. FN 2/826.
783 Vgl. dazu auch zur Struktur der O.C. im Ruhrwiderstand: Krüger: Die Brigade Ehrhardt, S. 80.
784 StaM: Nr. 3, Bericht vom 11. April 1923.
785 BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, April 1936 (7) Folge 4, S. 10 »La ›Section Spéciale‹ von Pfeffer et le Corps Oberland«.
786 P. Jansen: Unternehmen Wesel, in: Ernst von Salomon (Hrsg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 431-434.

Teile des Werdegangs eben jenes Leutnants a. D. Jansen bieten zudem einen seltenen Einblick in Strukturen sowie das soziokulturelle Milieu der im Ruhrwiderstand Aktiven.

Jansen war Anfang April 1923 zur Organisation Pfeffers gekommen. Den Kontakt zu Jansen soll Pfeffers Vertreter in Bochum, Hörder,[787] der zugleich auch für die Verwaltung der Finanzen der Organisation verantwortlich war, hergestellt haben.[788] Nur wenige Wochen später wurde Jansen bereits »Führer der aktiven Kampfgruppe« in der Organisation. Zwischen Ende Mai und Anfang Juni 1923 soll er, so berichtet der sozialistische »Weckruf« im Sommer 1924, im Auftrag Pfeffers an einem Mitglied der Organisation, einem Henning, einen Fememord begangen haben.[789] Auch an dem Dynamitanschlag gegen den »Volkswillen« soll Jansen federführend beteiligt gewesen sein.[790] Henning habe, so das Blatt, einen regionalen Arbeiterführer vor den Maßnahmen der Pfefferleute gewarnt und hätte somit als Verräter den Zorn der Organisation auf sich gezogen. Seine Leiche fand man wenig später in einem Getreidefeld bei Bochum. Trotz zahlreicher Indizien gegen Pfeffer ermittelten die zu dieser Zeit noch mit der ZN sympathisierenden Behörden keine Verdächtigen.[791]

Für die Widerstandskämpfer war die psychische Belastung außerordentlich. Immer häufigere französische Massenverhaftungen und die Aktivitäten der Sûreté verstärkten zudem die ohnehin unter den Freikorps permanent vorhandene Umstellungsparanoia noch.[792] So stellte auch Pfeffer fest: »Unsere Leute sind einer harten moralischen Belastung ausgesetzt, die nicht jedermann aushalten kann.«[793] Die permanente Lebensgefahr durch die französischen Besatzer sowie die ab Anfang Mai immer stärker nachlassende Unterstützung der Reichsregierung führten zu teilweise paranoiden Verhaltensmustern, die nicht selten in förmlichen Gewaltexzessen endeten.[794] Auch der Rückgriff auf

787 Wentzcke: Einbruch, Bd. 2, S. 100.

788 BArch: R 1507/578-41, Bl. 52. Später war Hörder offenbar in einen Verratsprozess verwickelt. Der genaue Zusammenhang bleibt aber leider ungeklärt. BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Februar 1936 (7) Folge 2, S. 12, »Wer waren die Träger des aktiven Widerstandes im Ruhrgebiet?«

789 ›Weckruf‹ vom 7. Juni 1924: »Die Mordorganisation Pfeffer«.

790 Ebenda.

791 Zeitgenössisch kritisch zur Rolle der Polizei zur Aufklärung der Fememorde vgl. Mertens: Verschwörer und Fememörder, S. 92.

792 StaM: Nr. 3, Bericht o. Datum.

793 StaM: Nr. 1, Bericht vom 29. April 1923. Ernst von Salomon schrieb später noch deutlicher: »Schlesien war ein Dreck dagegen.«, Salomon: Nahe Geschichte, S. 109.

794 Ursächlich dafür war nicht minder, dass der organisierte aktive Ruhrwiderstand zwangsläufig auf die Klientel der Freikorps zurückgriff. (Vgl. für Pfeffer Salomon: Nahe Geschichte, S. 105.) Ungeachtet des immer wieder betonten Idealismus der Ruhraktivisten, bestanden, wie schon bei den Freikorps, die Stoßtrupps der ZN zu größten Teilen aus Abenteurern, Hasardeuren und schlicht einer Klientel, die reguläre Arbeit ablehnte. Erneut wurde seitens der Führung versucht, mangelnde Disziplin, Ausbildung und Schulung der zumeist sehr jungen Mitglieder durch extreme disziplinarische, ja nach innen nicht selten terroristische Maßnahmen sowie durch

»oberschlesische Methoden« war, wie auch das Beispiel Henning zeigt, keine Seltenheit. Interner wie externer Druck waren dauerhafte Bedingungen der Ruhrkampforganisationen.[795] Wer in dieser Umgebung bestand, sich anpasste und sich durch Radikalität, Hemmungslosigkeit und Loyalität auszeichnete, dem eröffneten sich, wie das Beispiel Jansen zeigt, innerhalb kürzester Zeit sehr gute Aufstiegschancen. Auch Pfeffers Statthalter in Bochum, Hörder, wurde von der französischen Sûreté verhaftet, später jedoch offenbar ohne Verfahren wieder freigelassen.[796] Überhaupt lagen der Sûreté bezüglich Struktur und Aktivitäten der ZN fast keine Erkenntnisse vor.[797] So war man nicht in der Lage Pfeffer, trotz seiner Verurteilung zum Tode, habhaft zu werden.[798] Zugleich ein klares Indiz dafür, wie meisterhaft sich Pfeffer inzwischen des Konspirativen bediente.

Trotz der Koordinationsbemühen Jahnkes, war die gegenseitige Konkurrenz und das Misstrauen unter den Ruhrkampforganisationen ein signifikantes Merkmal des aktiven Ruhrwiderstands.[799] So beschwerte sich Pfeffer mehrmals über Sabotageaktionen der »Fremden« – gemeint war der Bund Oberland –, die durch ihre Ortsunkenntnis Ressourcen des aktiven Widerstands verschwenden würden und die Aktionen der ZN offenbar gefährdeten.[800] Zu Pfeffers Radikalität passt, dass er bereits am 11. April vorschlug, die Initiatoren »außerplanmäßige[r] illegale[r] Amateurstreiche« »wie Schädlinge zu behandeln«. Weiter hieß es in seiner Stellungnahme: »Ich klage die Unternehmenden an, uns Schaden und keinen Nutzen angerichtet zu haben. Ich klage die höchsten Stellen an, dass sie nicht Einsehen und Kraft aufzubringen vermögen, dieses Unwesen und diese Desorganisation zu steuern, oder dass sie mir nicht die Freiheit lassen, von mir aus kräftig dagegen vorzugehen.«[801]

Der Terror, den die ZN entfachte, richtete sich jedoch nicht nur gegen die Besatzer und ins Innere der Organisation, sondern auch gegen die deutsche Bevölkerung in den besetzten Gebieten.[802] Zu dem einmal mehr instrumentalisierten angeblichen Kampf gegen den Bolschewismus gesellte sich nun, zur Rechtfertigung der eigenen Gewaltakte, das Motiv des Widerstands gegen den

unbedingte Gefolgschaft gegenüber dem Führer zu kompensieren. Vgl auch zu den Fememorden Nagel: Fememorde und Fememordprozesse, S. 63 ff.

795 Juristisch waren die Ruhrkämpfer auch gegenüber den regulären Freikorpskämpfern etwa im Baltikum oder im Ruhrkampf 1920 sogar benachteiligt. Ihre Zeit im Ruhrwiderstand wurde nicht als aktive Wehrdienstzeit angerechnet. BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, April 1942 (13) Folge 4, S. 2.

796 BArch: R 1507/344, Bl. o. Nr.

797 BArch: R 1601/2306, Bl. 202 f.

798 Braunhemden im RT, S. 122; Venner: Söldner ohne Sold, S. 310.

799 StaM: Nr. 1, Brief an Pfeffer vom 23. August 1923.

800 StaM: Nr. 3, Bericht Pfeffers vom 18. Mai.1923. So schrieb Pfeffer: »Besser wäre schon, Finanzen und Sprengstoff ohne die Fremden bei uns einzusetzen […] Wozu die Quertreibereien?«

801 Ebenda, Bericht Pfeffers vom 11. April 1923.

802 BArch: R 1507/344, Bl. 8 ff.

Separatismus.[803] Das Vorgehen gegen vermeintliche Spitzel und Kollaborateure war dabei häufig noch aggressiver als der Kampf gegen die Besatzer selbst. Die »Grundlinien zur Meldung« der Informanten der ZN umfassten etwa so vielsagende Fragestellungen, wie »sind ihnen Frauenzimmer bekannt, die sich mit feindlichen Soldaten einlassen (genaue Angaben von Personalien)«.[804] Sogar über die Anstellungsverhältnisse einzelner Lokführer war die Nachrichtenstelle im Bilde.[805] In Bezug auf seine Haltung zu dem zu dieser Zeit mit den separatistischen Ideen liebäugelnden Konrad Adenauer[806] erläuterte Pfeffer noch Jahrzehnte später süffisant, dass Adenauer »doch ein ganz netter Mensch [sei]: In seiner Jugendzeit habe er [Pfeffer] auf ihn geschossen und jetzt zahle er ihm seine Offizierspension.«[807]

Trotz dieser Atmosphäre der Gewalt, der ständigen Bedrohung und des Argwohns, sind auch bei der ZN Hinweise auf den patriarchisch-sozialen Führungsstil Pfeffers unverkennbar. So wies er mehrfach darauf hin, dass die psychisch stark belasteten Saboteure Rückendeckung der Behörden benötigen und dass die soziale Ungleichheit zwischen »verbeamteten« – sich in Staatsdienst befindlichen – und »freien« – freiwilligen – Saboteuren untragbar wäre, da »die Fürsorge für die freien Berufe und Arbeiter durchaus mangelhaft« sei. »Außerdem arbeiten die hierfür zuständigen Stellen schlecht, nachlässig und sehr oft geradezu skandalös«.[808] Bei einem Scheitern von Sabotageakten setzte sich Pfeffer über die Grenzen der eigenen Organisation hinaus für die Übernahme von Rechtsanwaltskosten, die »Hilfe für die in Not geratenen Angehörigen«[809] sowie für Flüchtige ein.[810]

Maßgeblich für die besondere Stellung der ZN unter den Organisationen des Ruhrkampfes war, neben dem Nachrichtendienst Kölpins, eine exzellente finanzielle Ausstattung der Organisation. Während andere Organisationen häufig die von der Regierung auch zum passiven Widerstand bereitgestellten

803 Vgl. zum immanenten Motiv des Kampfes gegen den Bolschewismus auch Kapitel 2.3.1.

804 StaM: Nr. 1, Bl. 25. Vgl. zu Strafmaßnahmen gegenüber echten und vermeintlichen Kollaborateuren sowie auch zur Rolle der Frauen: Krüger: Überwachung und Bestrafung, S. 274 ff.

805 StaM: Nr. 3, Bericht vom 25. April 1923.

806 Vgl. zum Separatismusvorwurf an Adenauer Hans-Peter Schwarz: Adenauer, Bd. 1. Der Aufstieg 1876-1952, Stuttgart 1986, S. 218 ff. Vgl. auch das Urteil des französischen Oberdelegierten für den Bezirk Wiesbaden vom 16. April 1923 in: Ursachen und Folgen. Fünfter Band: das kritische Jahr 1923, Berlin 1961, S. 300 f.

807 Franz von Pfeffer nach: Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009. Vgl. zur Haltung Adenauers: Erdmann: Alternativen im Ruhrkampf, S. 37. Und allg. zum rheinischen Separatismus: Klaus Reimer: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918-1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland, Frankfurt a. M. 1979, S. 267 ff.

808 StaM: Nr. 18, Bericht Pfeffer vom 3. Juli 1923.

809 StaM: Nr. 1, Brief Pfeffers vom 12. August 1923.

810 StaM: Nr. 18, Bericht Pfeffer vom 3. Juli 1923.

Gelder »umleiten« mussten,[811] stattete Jahnke die ZN mit außerordentlichen staatlichen Mitteln aus. Nach eigenen Angaben hatte Pfeffer »ungeheure[n] Mittel«[812] zur Verfügung. Zugleich stand Pfeffer mit dem Berliner Reichswehrministeriums, das sich wohl ebenfalls an der finanziellen Förderung der ZN beteiligte, über »einen lebhaften Kurierdienst« in enger Verbindung.[813] Hinzu kamen Pfeffers Verbindungen zur Reichswehr Westfalens, wo man, seitens des Wehrkreiskommandos, wiederum mit den »führenden Persönlichkeiten« der rheinisch-westfälischen Industrie in engem Kontakt stand.[814] Auch Fritz Thyssen versuchte über Zuwendungen Einfluss auf den Kurs der ZN zu gewinnen.[815] Hinzu kamen zudem die für Pfeffer typischen konspirativen Geschäfte, die wohl ebenfalls finanziellen Ertrag einbrachten.[816] Pfeffer selbst berichtete später, dass er in der Lage gewesen war, seinen Saboteuren ein »außerordentlich hohes Gehalt« zu bezahlen.[817]

Mit der Autorität Jahnkes sowie den finanziellen Sicherheiten im Rücken war der noch kurz zuvor gescheiterte Pfeffer im Frühjahr 1923 erneut zu einem maßgeblichen Machtfaktor in Westfalen aufgestiegen. Bald verfügte Pfeffers ZN über rund 420 aktive Kämpfer und war mit Abstand die größte der aktiven Ruhrkampforganisationen.[818] Über Höhe der Gehälter, Personal und Art der Anwerbungen wusste das RKO zu berichten:

> »Von Pfeffer hat als Hauptmitarbeiter in Münster einen Mann namens Busch, Karl, früherer Offizier – entflohen aus dem Militärgefängnis in Hattingen, und zwar Ende März – der wegen Spionage verhaftet worden war.

811 Gumbel: Verräter, S. 197.

812 So Pfeffer selbst in: ›Volkswille‹ vom 22. Mai 1926: »Pfeffer von Salomon gegen Stadtv. Gärtner«.

813 ›Weckruf‹ vom 7. Juni 1924: »Die Mordorganisation Pfeffer«.

814 Hallgarten: Stinnes, Seeckt und Hitler, S. 22 ff. Auch die Bekanntheit Pfeffers mit Gustav Krupp, dürfte hier ihren Ursprung haben. Vgl. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach an Pfeffer vom 13. September 1936. Mit der 1938 erfolgten Heirat von Irmgard Sophie Margarethe von Bohlen und Halbach (1912–1998) mit Johann (Hanno) Freiherr Raitz von Frentz (1906-1941) waren Pfeffer und Krupp sogar verschwägert.

815 Krüger: Unternehmen Wesel, S. 116 f. Thyssen wurde wegen seiner resistenten Haltung erstmals bereits am 16. Januar von französischen Soldaten verhaftet, wurde aber nach Zahlung einer Geldstrafe wieder entlassen. Hallgarten: Stinnes, Seeckt und Hitler, S. 21. Vgl. weiterführend: Mertens: Verschwörer und Fememörder, S. 16.

816 So sind für den Oktober 1923 etwa Beteiligungen Pfeffers an Waffenschiebungen konkret nachweisbar. BArch: R 1507/578-41, Bl. 38.

817 ›Volkswille‹ vom 22. Mai 1926: »Pfeffer von Salomon gegen Stadtv. Gärtner«.

818 StaM: Nr. 2, »Stärkeaufstellung« Bl. O. Nr. Vgl. BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, April 1936 (7) Folge 4, S. 12. Später, 1942, nennt der »Reiter gen Osten« unter dem Titel »Sabotage-Organisationen im Ruhrkampf« neben den erwähnten Gruppierungen Pfeffer, Oberland und Heinz zusätzlich die Separatistenabwehr Köln sowie die »Abwehrstelle Pfalz«, welche wiederum mit dem Jungdeutschen Orden sowie dem Stahlhelm und der Brigade Ehrhardt zusammengearbeitet haben soll: ebenda, August 1942 (13) Folge 8, Bl. 7.

> Ende Februar war es Letzterem gelungen, für Rechnung des Hauptmanns von Pfeffer eine gewisse Anzahl von jungen Leuten anzuwerben, die sich bereit erklärt hatten, Sabotageakte im Ruhrgebiet zu begehen, um die Kohlenzüge mit der Bestimmung Frankreich oder Belgien aufzuhalten. […] Die Mehrzahl der Mitglieder der Organisation von Pfeffer üben keinen Beruf aus. Sie erhielten ein Gehalt von 20.000.- M.«[819]

Dass mit den unterschiedlichen Zuweisungen über verschiedenste Kanäle ein ganzes Konglomerat an Interesse und Forderungen einherging,[820] war Pfeffers Chance, eine Position der Unabhängigkeit zu gewinnen. Und er nutzte diese Möglichkeit. Zwischen allen Interessen und Fronten verfolgte er als Führer der ZN, mit Unterstützung der Reichsbehörde, bald fast ausschließlich seine eigenen politischen Ziele. Diese waren, nicht weniger als zuvor, insbesondere gegen die Reichsregierung gerichtet.[821] Freilich geschah dies zunächst unter dem Deckmantel der Tarnung. Offiziell richtete sich sein primäres Anliegen, die Vereinigung der vaterländischen Bünde und Vereine, ausschließlich gegen die Besatzer. Tatsächlich war sich Pfeffer im Klaren darüber, dass die durch außenpolitische Zusammenhänge entstandene Sonderkonstellation des Ruhrwiderstands kaum dauerhaft anhalten würde. Es galt daher, die aktuell günstige Situation dazu zu nutzen, um alle Kräfte gegen die verhasste Republik zu bündeln. Die Idee war dabei erneut die gleiche wie schon beim Freikorps, bei Frontbund und bei der AG. Bereits in den »Grundlagen« für die ZN schilderte er dazu:

819 BArch: R 1507/578-41, Bl. 46.

820 Innerhalb der Reichswehr Westfalens unterstützten vor allem Loßberg wie der inzwischen pensionierte Watter die Provokationen Pfeffers gegen Frankreich. (StaM: Nr. 14426 Polizeiverwaltung Hagen an den Regierungspräsidenten von Arnsberg vom 10. Oktober 1923 sowie Brief des Hammer Landrats an den Regierungspräsidenten von Arnsberg vom 19. Oktober 1923; s. auch Krüger: Unternehmen Wesel, S. 116 f.) Vor allem Watter träumte von einer offenen Volkserhebung gegen Frankreich, die durch die Provokation der Besatzer befördert werden sollte. Thyssen erhoffte sich ein Umschlagen des »Privatkriegs« gegen Frankreich in einen regulären Krieg. (Vgl. dazu Hallgarten: Stinnes, Seeckt und Hitler, S. 22 ff. sowie Krüger: Unternehmen Wesel, S. 99 f. und 110 ff.) In Berlin indes waren die Ziele weit weniger illusorisch. Während zwar auch hier eine Minderheit von der militärischen Aufrüstung gegen Frankreich oder gar einem neuen Kriegsabenteuer träumte, schwebte Stülpnagel eine Art »Bartholomäusnacht« vor. (Stülpnagel zit. nach Michael Geyer: Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980, S. 28.) Seeckt hingegen ging es mit einer Art Spiel über die Bande darum, durch die Aufwertung der Wehrverbände innenpolitischen Profit zu schlagen. Ziel war es, die Aufrüstung der Reichswehr zu forcieren und im innenpolitischen Diskurs über die Rüstungskontrollen durch das IMKK in eine starke Verhandlungsposition zu gelangen. Hierfür war man sogar bereit, mit Pfeffer zusammenzuarbeiten. Stülpnagel zit. nach Michael Geyer: Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980, S. 29 ff.

821 So auch hier: BArch: R 1601/2306, Bl. 209.

»Sobald die Arbeit wirklich praktisch voranschreitet und Einigkeit herrscht, wird man erkennen, zu welchem Faktor man geworden ist; man braucht [sich] nicht mehr krampfhaft in der Welt umherhören, was gespielt wird; man braucht nicht mehr um Anschluss und Unterstützung bemühen; man braucht sich nicht anbieten, wir werden unentbehrlich, unser Urteil wird maßgeblich! Wir geben den Bünden und Vereinen ein stetiges Rückgrat; wir merzen ihnen eine Schwäche aus, welche bisher von Außenstehenden ausgenutzt wurde, wir bringen einen wirklichen Fortschritt in die vaterländische Bewegung.«[822]

Pfeffers Ziele gingen aber noch weiter. Bereits im Rahmen des Ruhrwiderstand sollte der Republik größtmöglicher Schaden zugefügt werden. Die Chance sah er dazu in der Eskalierung des Ruhrkonflikts. Eine größere außenpolitische Krise, gar am Rande eines neuen Krieges, würde zweifelsohne die Republik vor die Existenzfrage stellen. In Berlin, wo man über die Aktionen des Sabotageleiters Jahnke an der Ruhr längst nicht auf allen Ebenen im Bilde war,[823] kamen ob der Unabhängigkeit und Interessen Pfeffers erst langsam Bedenken auf.[824] Der militärische Koordinator der Sabotageaktionen, Stülpnagel, wurde lediglich darauf hingewiesen, Jahnke »fest am Zügel zu halten«.[825]

Wie gefährlich Pfeffers Freiheiten für die Regierung waren, zeigte sich aber spätestens Mitte April 1923 bei der wohl größten Sabotageaktion des Ruhrwiderstands. In der Nacht auf den Ostersonntag, am 31. März, entführten in dem »Unternehmen Wesel« 305 schwer bewaffnete Angehörige der der ZN nachgeordneten Wehrverbände nicht weniger als sieben vollbeladene Züge mit insgesamt etwa 350 Waggons und einem Wert zwischen 35 Mrd. und über 60 Mrd. Mark aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte Wesel-Friedrichsfeld.[826] Nur mit viel Glück wurde ein militärischer Zusammenstoß mit den Alliierten umgangen und damit eine unkalkulierbare Eskalation verhindert. Pfeffer hatte als Organisator der Aktion[827] einen solchen vielleicht intendiert, in jedem Fall jedoch bereitwillig in Kauf genommen.

Spätestens nun war offensichtlich: Ziel und Zweck der Organisationsbemühungen Pfeffers gingen weit über die Vorstellungen der Berliner Auftraggeber hinaus,[828] zumal auch durch den offen antisemitischen Einschlag der Organisation kein Zweifel über die weltanschauliche wie die soziokulturelle Zusammenstellung und damit die finale politische Zielsetzung der Organisa-

822 StaM: Nr. 1, Bl. o. Nr.
823 Hürten: Krisenjahr, Dok. Nr. 124, S. 174.
824 Vgl. FN 2/815.
825 BA-MA: N 5, S. 207 zit. nach Krüger: Unternehmen Wesel, S. 98 f.
826 Genaue Schilderungen zum Unternehmen Wesel und detaillierte Hintergründe in: ebenda. Nachfolgende Schilderung ebenfalls hiernach. Vgl. auch zeitgenössisch: Jansen: Unternehmen Wesel.
827 Ebenda, S. 433 f.
828 Carsten: Reichswehr und Politik, S. 175.

tion bestand.[829] Nun trat man Pfeffer entschieden entgegen. Dass man durch die Unterstützung von staatlicher Seite ihn erst in die Lage versetzt hatte, überhaupt zu einem für die Republik gefährlichen Faktor zu werden, ist eine Analogie zur Geschichte der Freikorps.

Die überlieferten Berichte Pfeffers zeigen deutlich, wie ab Mai 1923 die Unterstützung von staatlicher Seite nach und nach zurückgefahren und schließlich ganz eingestellt wurde. Unmittelbar nach der Weseler Aktion erfolgten Hausdurchsuchungen, die allerdings keinerlei Verhaftungen nach sich zogen, sondern im Gegenteil zu Empörung in der Bevölkerung führten. Dennoch, die ideelle wie materielle Unterstützung wurde von staatlicher Seite nun rapide eingeschränkt. Behörden und Beamte hielten sich bei der Unterstützung der Sabotageaktionen immer merklicher zurück. Auf Druck der französischen Behörden wurden immer häufiger deutsch-französische Steckbriefe ausgestellt, sodass Pfeffer bald feststellen musste, dass die Regierung mehr gegen als mit der ZN arbeitete.[830] Bereits am 29. April berichtete Pfeffer: »Zahlreichen Beamten und Angestellten ist jeder Urlaub gesperrt, den sie bisher inoffiziell zu unserer Arbeit bekamen. Fast alle unsere illegalen Dynamit-Lieferanten haben die Zufuhr gesperrt. Die Verbindungen zur Polizei und zu sonstigen Behörden beginnen abzubröckeln usw. usw..« Und weiter heißt es in dem Bericht: »Wir bedürfen des Schutzes von oben, den wir hiermit anfordern. Der öffentliche Schutz, der durch die Presse bekannt wird, ist das einzig wirksame Gegenmittel.«[831] Nur Wochen später musste er feststellen, dass inzwischen ein regelrechtes »Kesseltreiben«[832] gegen die Mitglieder der ZN eingesetzt hatte und auch Verhaftete mit keinerlei Unterstützung der deutschen Behörden mehr rechnen konnten. Pfeffer hierzu:

> »Man begnügt sich nicht mit der Feststellung, dass eine französische Verfolgung im Gange ist, sondern man will weit und breit wissen warum die Franzosen verfolgen. Bei Sabotage erfolgt ein regelrechtes Verhör nach Zusammenhang, Ausführungsart, Organisationszugehörigkeit. Verhör fast immer im größeren Kreise von Beamten und anderen unbekannten Flüchtlingen unter denen sich stets Schwätzer, oft gar Spitzel befinden – Saboteure werden beschimpft, mit Polizeianzeige gedroht. Ihre Versorgung abgelehnt …«[833]

Pfeffers regelmäßige Konsultationen in Berlin[834] konnten ebenso wenig etwas an dem neuen Kurs der Regierung ändern wie die ultimative Aufforderung Thyssens im Juni 1923 gegenüber Stülpnagel, »dass die Regierung den heißen

829 StaM: Nr. 3, Bericht Pfeffers vom 14. August 1923. So beschreibt Pfeffer hier etwa pauschal das Auftreten von Juden als »Feindspitzel«.
830 StaM: Nr. 1, Bericht Pfeffer: »Bedrängte Lage« 5. Juni 1923.
831 Ebenda, Bericht vom 29. April 1923.
832 Ebenda, Bericht Pfeffer: »Bedrängte Lage«, Nachtrag vom 23. Juni 1923.
833 StaM: Nr. 18, Bericht Pfeffer vom 3. Juli 1923.
834 Vgl. StaM: Nr. 1, Brief an Major Schulz vom 30. August 1923.

Krieg erklären oder mit Frankreich verhandeln müsse«.[835] Auch Jahnke kürzte man sein Budget erheblich.[836]

Schließlich wurden die Kontakte zum Wehrkreiskommando erschwert.[837] So war die Reichswehr ganz im Sinne des Seeckt'schen Kurses[838] offenbar instruiert worden, Abstand von Pfeffer zu nehmen. Loßberg, der ebenso wie General Falkenhausen zeitweilig auch die innenpolitische Intention der Eskalationsstrategie mittrug,[839] musste sich am 1. Dezember gegenüber dem Reichswehrministerium zum Verhältnis des Wehrkreiskommandos mit Pfeffer rechtfertigen. Der Bericht zeigt die Defensive, in der sich Loßberg befand in aller Deutlichkeit. So gab Loßberg hier zu Protokoll:

> »Eine ›Angliederung‹ des ›taktischen Führers des Westfalen-Treubundes‹ Hauptmann a. D. von Pfeffer an das Wehrkreiskommando als ›Abteilung‹ hat niemals bestanden. Hauptmann a. D. von Pfeffer war durch die Persönlichkeit, die von der Reichsregierung mit der Leitung der S.-Akte im besetzten und Einbruchsgebiet während des passiven Widerstandes beauftragt war, als Abschnittsführer geworben. Der offizielle Vertreter des Leiters der S.-Akte in Münster war der politisch völlig einwandfreie Major a. D. Aulike. Durch ihn ging der gesamte Verkehr mit dem Wehrkreiskommando und dem Oberpräsidenten.«[840]

2.6.4 Konsequenzen aus dem Scheitern des Ruhrwiderstands – Bilanz

Obwohl sich das Ende der Förderung des aktiven Widerstands abzeichnete, war Pfeffer nicht bereit, seine Aktivitäten einzustellen. Vielmehr führte die immer deutlicher spürbare Isolation ab dem Sommer 1923 zu einer Verschärfung des innenpolitischen Vorgehens der ZN. Am Morgen des 24. Juni 1923 verübten Rechtsradikale einen Sprengstoffanschlag auf das Druckereigebäude des sozialdemokratischen »Volkswille« in der Burgstraße 235 in Münster.[841]

835 BA-MA: N 5, Bl. 209 zit. nach Krüger: Unternehmen Wesel, S. 98 f.

836 Dennoch blieb er vorerst »Reichsbeauftrager für sämtliche Sabotageakte«. Ebenda, S. 134 f.

837 StaM: Nr. 1, Protokoll der Besprechung vom 25.Mai 1923.

838 Geyer: Aufrüstung oder Sicherheit, S. 29.

839 So Pfeffer später gegenüber Franz-Willing in: Franz-Willing: Hitler-Bewegung, S. 71.

840 Hürten: Krisenjahr, Dok. Nr. 124, S. 174. Auch Jahnke blieb 1926 bei seinem Auftreten vor dem Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtags zu den Femefällen befragt zu seiner Verbindung auch zu Pfeffer 1923 »wortkarg« und bemerkte lediglich: »Ich hatte den Auftrag, mir Leute zu suchen, die im Interesse der Verteidigung des Reiches irgendwelche Arbeit zu leisten hatten.« Zit. nach Nagel: Fememorde und Fememordprozesse, S. 304 ff. Jahnke wurde vom Untersuchungsausschuss aus Mangel an nachweisbaren Verbindungen entlastet. Zum weiteren Verhältnis Pfeffers zu Jahnke vgl. Kapitel 8.1.3 und 8.3.1.

841 Vgl. dazu auch die Sammlung der Ausschnitte aus verschiedenen Tageszeitungen in StaM: Nr. 9. Verantwortlich dafür waren zwei Mitglieder des Stahlhelms, Heinz

Unmittelbar nach dem Anschlag vermutete man Roßbach und Ehrhardt als Auftraggeber, auch Pfeffer wurde mit dem Dynamitanschlag in Verbindung gebracht.[842] Dies war durchaus plausibel. So hatte der »Volkswille« seit seiner Gründung im Mai 1919 aufs Schärfste gegen jegliche Form des Antirepublikanismus polemisiert.[843] Seit Januar 1923 ging die Zeitung auch gegen die aktiven Widerständler an der Ruhr vor. Hinzu kamen die früheren Angriffe gegen Pfeffer persönlich bezüglich des Kapp-Putschs und des Frontbunds.[844] Für Pfeffer war der »Volkswille« in unmittelbarer Nähe seiner Wirkungsstätte eine ständige Provokation. Mit zunehmender Frustration durch die nachlassende Unterstützung der Reichsorgane ist davon auszugehen, dass Pfeffer die besonderen Zeitumstände nutzte, um sein besonderes Verhältnis zur Linkspresse in freikorpstypischer Manier »aufzuarbeiten«. An gewaltbereiten Vollstreckern mangelte es nicht. Falls Pfeffer entgegen dieser Plausibilitäten nicht unmittelbar in Planung und Durchführung eingebunden war – juristisch belangt werden konnte er dafür einmal mehr nicht – so zeigt die Reaktion seines Treubunds doch die Nähe zu den Tätern. Naendrup plante angesichts des Anschlags am 1. Juli eine Kundgebung des Treubunds. Da aber linke Verbände und Kommunisten ebenfalls Versammlungen angekündigt hatten, verbot die Stadt wegen der Gefahr einer Eskalation das Ansinnen des Treubunds.[845]

In den folgenden Tagen nach dem 24. Juni distanzierten sich das Stadtverordnetenkollegium wie alle in Münster vertretenden Parteien bis hin zur DVP und den Deutschnationalen von dem Anschlag.[846] Klar wurde, der Dynamitanschlag beeinträchtigte die Solidarität großer Teile der Bevölkerung mit den Münsteraner Rechtsverbänden nachhaltig und führte sie in jene Isolation zurück, in der sie sich seit dem Mord an Rathenau befunden hatten. Die Verbände wurden erneut mit Putschabsichten in Verbindung gebracht[847] und damit außerhalb des gesellschaftspolitischen Konsenses gestellt. »Der Vorwärts« schrieb, »…dass die westfälische Hauptstadt sich zum Sammel-Tummelplatz

Kükelhaus und Georg Schreiber, die sich nach ihrer Flucht über die Schweiz, Österreich und Italien, vermutlich wegen Geldmangels, den deutschen Behörden gestellt hatten. Zumindest Schreiber war Mitglied der NSDAP. Peter Froese: Volkswille. Ein Stück deutsche Geschichte in Karikaturen. Geschichte einer Münsteraner Zeitung für Sozialdemokraten und Gewerkschaften, Kösching 1989, S. 15. Im September 1924 wurden beide vor dem Schwurgericht in Münster zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, allerdings im Februar 1926 vorzeitig aus der Haft entlassen.

842 ›Volkswille‹ vom 26. Juni 1923: »Dynamit-Attentat auf den Volkswille«.

843 So auch etwa gegen Pfeffers Förderer, den Landbund, die Industrie oder die DNVP. Vgl. verkürzt hierzu die Karikaturen des »Volkswille« in Froese: Volkswille S. 98 ff. und 139 ff.

844 Vgl. Kapitel 2.2.4, 2.3 und 2.4.

845 Naendrup klagte gegen das Verbot der Veranstaltung, dieses wurde jedoch im April 1924 gerichtlich bestätigt. StdAM: Nr. 1438; Bd. 1, Bl. 101. Urteil vom 13. April 1924.

846 Grevelhörster: Münster zu Anfang, S. 79.

847 So brachte auch das RKO Pfeffer mit Küstrin in Verbindung. BArch: R 1507/213, Bl. 2.

all der dunklen Elemente herausgebildet hat, die unter dem Vorgeben, den Kampf gegen die Ruhrbesetzung zu organisieren, aus geheimnisvollen Quellen Gelder beziehen, um in Wirklichkeit völkische Putschpropaganda zu betreiben.«[848]

Auch als Folge daraus drängte Pfeffer im Sommer/Herbst immer energischer auf die organisatorische Zusammenfassung der Wehrverbände.[849] Ihm war klar, dass die Zeit knapp wurde. Eine realistische Chance auf die institutionelle Vereinigung, zumindest der Orgesch Nachfolgeorganisationen Westfalenbund und Westfalen-Treubund, bestand nur solange die außenpolitische Konstellation die Empörung über die Politik der Reichsregierung schürte und damit die Heterogenität der Wehrverbände überdeckte. Am 8. September forderte Pfeffer nach Vorbild des Deutschen Kampfbundes[850] »unter dem Zeichen der drängenden Lage … eine erneute Aussprache über die Vereinigung beider Bünde«.[851] Bereits am 5. September hatte sich jedoch Escherich im Rahmen einer Veranstaltung des Westfalenbunds von jeglichen Putschabsichten in deutlichster Form distanziert.[852] Eine dauerhafte Einigung mit dem unter der Oberleitung des Major a. D. Schulz stehenden putschistisch orientierten Treubund und dem Escherich treu ergebenen Westfalenbund blieb damit ausgeschlossen. Pfeffers Initiativen zur Vereinigung blieben ohne Wirkung. Mit dem Abebben des Widerstands an der Ruhr traten die unterschiedlichsten Partikularinteressen der Verbände erneut offen zutage.[853] Am 26. September brach die neue Reichsregierung Stresemann den passiven Widerstand ab. Dennoch sind noch bis Ende April 1924 einzelne kleinere Sabotageakte der ZN gegen die französisch-belgischen Besatzungstruppen nachweisbar.[854]

Deutlich erfolgreicher als die Ambitionen um die Vereinigung der Rechtsverbände verliefen Pfeffers überregionale Bemühungen. Seine leitende Funktion im Ruhrwiderstand sorgte dafür, dass er seine Isolation im rechten, antirepublikanischen Milieu bereits zu Jahresbeginn endgültig überwand. Hinzu

848 »Vorwärts« zitiert im »Volkswille« vom 27. Juni 1923.

849 StaM: Nr. 1, Rundschreiben Pfeffers vom 8. September 1923. Vgl. auch ebenda, Siegfried an Pfeffer vom 23. August 1923. Tatsächlich entspannte sich die außenpolitische Lage bereits ab dem 23. November mit dem ersten der insgesamt sechs MICUM-Abkommen zusehends. Vgl. Heinrich Winkler: Weimar, 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 239. Vgl. weiter Krüger: Aktiver und passiver Widerstand, S. 129.

850 StaM: Nr. 1. So befindet sich eine Abschrift über eine »Kundgebung des Vaterländischen Kampfbundes« auch in den Akten der ZN. Vgl. hierzu auch wie im Folgenden: Krüger: Treudeutsch, S. 188 ff.

851 StaM: Nr. 1, Pfeffer an die Bundesleitungen des Westfalenbundes und des Westfalen-Treubundes vom 8. September 1923.

852 ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 8. September 1923.

853 Die Zahl der Verbände hatte im Zuge des Widerstands im Rheinland auch in Westfalen nochmals stark zugenommen. BArch-MA: RH 53-6/55, Bl. 19.

854 BArch: R 1601/2306, Bl. 202 f. Im Spätjahr 1923 ließen diese jedoch deutlich nach. StaM: Nr. 3.

kam eine weitere Aufwertung seiner Kontakte in die dem aktiven Widerstand positiv gegenüberstehenden Reichswehrkreise.

Mit der Organisation des aktiven Widerstands und mit der damit verbundenen Sammlung antirepublikanischer Kräfte gelangte Pfeffer auch in den Dunstkreis der NSDAP[855] – der politischen Kraft, die in Norddeutschland am vielleicht nachhaltigsten vom Ruhrwiderstand profitierte.[856] So lernte er u. a. Victor Lutze kennen, der sich mit der »Freischar Schill« ebenfalls am aktiven Ruhrwiderstand beteiligt hatte.[857] Mittelfristig bedeutsamer noch sollte der Kontakt zu dem erst 22 Jahre alten Karl Kaufmann sein.[858] Kaufmann war als ehemaliges Mitglied des Freikorps Ehrhardt in dessen Nachfolgeorganisation »Organisation Heinz« tätig und beteiligte sich im Linksrheinischen an Sabotageakten gegen die Franzosen.[859]

Eine nachhaltige Wirkung auf Pfeffer machte auch die propagandistische Instrumentalisierung des Todes und der Beerdigung Schlageters.[860] Diese muss als die erste Massenveranstaltung im Ruhrgebiet gelten, bei der die NSDAP

855 Beck: Kampf und Sieg, S. 63. Vgl. auch Manfred Franke: Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reichs. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980, S. 43. Klein geht schon von einer vorherigen Tätigkeit Pfeffers für die NSDAP aus. Vgl. FN 2/700.

856 Vgl. dazu Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 150 f. Oder zur Vernetzung der NSDAP: BArch-MA: RH 53-6/55, Bl. 31.

857 BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Februar 1936 (7) Folge 2, S. 12.

858 BArch: R 8038/2, Bl. 36. Eine wissenschaftliche Biographie zu Kaufmann wäre ein lohnendes Unterfangen, steht derzeit noch aus.

859 Als Leiter einer Jugendorganisation des westfälischen Schutz- und Trutzbundes war Kaufmann im Zuge des geschlossenen Übertritts seiner radikal-antisemitischen Organisation bereits 1922 in die NSDAP eingetreten. Bis zum 9. November 1923 baute er seine Kontakte nach München kontinuierlich aus. Dass sich Kaufmann trotz des Verbots Hitlers am aktiven Widerstand beteiligte, zeigt deutlich die noch schwache Autorität der Münchener NSDAP-Parteizentrale. BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Februar 1936 (7) Folge 2, S. 12; BArch: R 8038, Bl. 10.; Bajohr: Gauleiter in Hamburg, S. 272 f. Exemplarisch zeigt Kaufmanns Wirken zudem die typischen personellen Verflechtungen und den damit häufig einhergehenden Loyalitätskonflikt innerhalb der Rechtsorganisationen auf. So drohte bei einer Teilnahme am aktiven Ruhrwiderstand der sofortige Parteiausschluss. Maser: Frühgeschichte der NSDAP, S. 368. Eine wissenschaftliche Biographie Kaufmann steht indes noch aus. Zum Dilemma der NSDAP im Fall des aktiven Widerstands an der Ruhr vgl. auch zeitgenössisch: BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, Februar 1936 (7) Folge 2, S. 12. Krebs geht wohl zu Recht davon aus, dass Hitlers Autorität noch nicht groß genug war, um eine Mitwirkung einzelner NSDAP-Mitglieder beim aktiven Ruhrkampf zu verhindern. (Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 122.) Hinzu kam außerdem der geringe Organisationsgrad der Ortsgruppen im Ruhrgebiet. Mitgliederlisten lagen häufig nicht oder nur wenig aktuell vor, zudem konnte man von München aus kaum überblicken, welche Personen sich tatsächlich am Ruhrkampf beteiligten.

860 Vgl. FN 2/728.

eine maßgebliche Rolle spielte.[861] Das Schicksal Schlageters, der sich nur wenige Monate vor seiner Verhaftung massiv über die Verweigerungshaltung der NSDAP im aktiven Ruhrkampf in München beschwert hatte,[862] wurde für die NSDAP zu einer medialen Erfolgsgeschichte. Pfeffer, der bei der Gedenkfeier in der Stadthalle von Elberfeld am 8. Juni 1923 persönlich anwesend war, erlebte eine überwältigende Atmosphäre.[863] Die Presse berichtete reichsweit von der NSDAP-Mitgliedschaft des »deutschen Helden« Schlageter.[864] Nahezu alle Rechtsorganisationen erklärten sich solidarisch. Pfeffers Sympathie für die NSDAP basierte also zunächst nicht auf der persönlichen Aura oder dem Auftreten Hitlers, sondern auf dem Integrationspotenzial der »Bewegung«.

Wie weit bis zum Herbst 1923 die Verbindung Pfeffers zur NSDAP gediehen war, zeigt ein Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Hannover an das SA-Oberkommando in München. Hier wurde mitgeteilt, dass Münster »am Vorabend entscheidender Schritte« stehe und angefragt wurde, ob man in München »über die Absichten des Herrn Hauptm. Pfeffer unterrichtet« sei.[865] Ob es sich dabei nur um eine mögliche Vereinigung der beiden Orgesch-Nachfolgeorganisationen handelte oder damit Putschabsichten jedweder Art – eigeninitiativ oder unterstützend – gemeint waren, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Schon aufgrund der erwähnten Zerwürfnisse unter den Organisationen erscheint Letzteres wahrscheinlicher.[866]

»Überragt« wurde die NSDAP in ihrer Wirkung auf Pfeffer noch von der Person Ludendorffs.[867] Wohl über Graefes DNVP, bzw. ab Dezember 1922 über die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP), dürften 1922/1923 erste persönliche Kontakte zustande gekommen sein.[868]

Mit den Verbindungen zu Ludendorff und zur NSDAP hatte Pfeffer die ZN an die wichtigsten antirepublikanischen Strömungen des Jahres 1923 angebunden. Als Buchruckers Schwarze Reichswehr in einer unkoordinierten Aktion am 1. Oktober einen Putschversuch unternahm,[869] stand auch Pfeffers ZN

861 Bis zum Verbot im November 1922 hatte es lediglich die Ortsgruppe Dortmund mit kleineren Veranstaltungen vermocht, einige Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Böhnke: NSDAP im Ruhrgebiet, S. 44 ff.

862 So Böhnke nach der Aussage Ernst von Salomon: ebenda, S. 60.

863 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

864 So nur beispielhaft: ›Deutsche Allgemeine Zeitung‹ vom 10. Juni 1923: »Deutschland ehrt seine Helden: Trauerfeier für Schlageter in Elberfeld«.

865 Ernst Schreiber an SA-Oberkommando in München vom 4. September 1923 Zit. nach Krüger: Treudeutsch, S. 189 f.

866 Denkbar ist auch, dass damit etwa auf einen geplanten Putschversuch der Schwarzen Reichswehr in Norddeutschland angespielt wurde.

867 So Pfeffer in: ZZS Pfeffer I, Bl. 5.

868 So zeigte sich Pfeffer auch rückblickend von der Aura und dem Habitus des ehemaligen Generalquartiermeisters tief beeindruckt. Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009. Zur DNVP vgl. Striesow: Deutschnationale Volkspartei, S. 422 ff.

869 Hauptmotive dieses Putschversuches vom 1. Oktober 1923 waren neben dem Abbruch des passiven Widerstands auch, analog zu der Entwicklungsgeschichte

mit diesem in Kontakt.[870] Der Küstriner Putsch scheiterte jedoch bevor die mit Buchrucker verbündeten Wehrverbände, so auch der Westfalen-Treubund in Münster, überhaupt Maßnahmen ergreifen konnten.[871] Die Hoffnungen Pfeffers und seiner putschistisch ausgerichteten Wehrverbände lagen nun, im Herbst 1923, ganz auf der Münchener NSDAP.[872]

Arbeitsgemeinschaften, die von der Regierung angekündigte Auflösung der Arbeitskommandos der Reichswehr und dem damit verbundenen Verlust der wirtschaftlichen Existenz vieler ehemaliger Soldaten. Größter militärischer Erfolg der Aufständischen war die Eroberung der Spandauer Zitadelle. Vgl. Bernhard Sauer: Die Schwarze Reichswehr und der geplante Marsch auf Berlin, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2008, S. 113-150, S. 122 ff. Vgl. auch BArch: R 1501/113508, Bl. 25.

870 BArch: R 1507/213, Bl. 2. Der Vermerk des RKO dokumentiert die zentrale Rolle Pfeffers für die putschistisch orientierten Rechtsverbände Westfalens. Als Indiz für die Verbindung der ZN mit dem norddeutschen Putschversuch dient zudem ein auf den 26. September datiertes Flugblatt in den Unterlagen der ZN. StaM: Nr. 3. Vgl. dazu Krüger: Treudeutsch, S. 190 f.

871 Vgl. dazu zeitgenössisch apologetisch: Bruno Buchrucker: Im Schatten Seeckt's. Die Geschichte der »Schwarzen Reichswehr«, Berlin 1928, S. 48 ff.

872 Vgl. zu Hitlers Rolle beim Buchruckers-Putsch: Sauer: Marsch auf Berlin, S. 138 ff., Hanns Hofmann: Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920-1924, München 1961, S. 102. Vgl. zur Perspektive Stennes' und damit auch zur Rolle Ludendorffs: Drage: Canossa, S. 90.

3. Die Familie

3.1 Privates Glück

Seine zukünftige Frau lernte Pfeffer bereits 1912 kennen, als die Tochter der alten Adelsfamilie Raitz von Frentz, Maria, ihre Tante Maria von Lüninck, die Nachbarin der Familie Pfeffer, in Münster besuchte. Die Familienüberlieferung berichtet, dass Franz Maria erstmals abends auf dem Rückweg vom Dienst aus der Aegidii-Kaserne sah. Die jungen Leutnante Franz und Friedrich legten, wie zumeist, auch an jenem Abend den Weg mit dem Fahrrad zurück, als Maria mit ihrer Tante spazieren ging. Die Offiziere grüßten die Damen höflich, drehten sich jedoch anschließend auf ihrem Fahrrad um, wobei die Säbel des einen in die Speichen des anderen gerieten und beide von ihren Rädern stürzten.[1] Nach dieser kuriosen ersten Begegnung lud in den darauffolgenden Tagen Maria von Lüninck die Familie Pfeffer zum Abendessen ein. Maria war hier die Tischdame von Franz. Während sich dieser von der jungen und schönen Maria tief beeindruckt zeigte, ist von ihr nur überliefert, dass sie für seinen ausgefallenen Humor nur wenig Verständnis hatte.

Maria Raitz von Frentz[2] war 1895 als die jüngste Tochter des königlich-preußischen Premierleutnants a. D. Adolf Raitz von Frentz und seiner Frau Sophie, geborene von Lüninck, in Trier geboren worden. Die Familie Raitz von Frentz entstammte dem alten rheinischen Uradel. Urkundlich erstmals 948 erwähnt, gehörten sie ab dem 12. Jahrhundert zum patristischen Adel der Stadt Köln, waren dauerhaft in der Richerzeche vertreten und stellten mehrere Bürgermeister.

Maria Sophie Klara war die jüngste von fünf Geschwistern, die alle wesentlich älter waren als sie.[3] Ihr Vater Adolf, ein frommer Mann mit asketischem Lebenswandel, leitete nach seiner Entlassung aus der Armee ein staatliches Waisenhaus bei Krefeld, verstarb aber bereits 1907. Ihre Mutter schickte die jüngste Tochter anschließend von 1908 bis 1915 in das katholische Mädcheninternat »Dames du Sacré-Cœur« bei Venlo in den Niederlanden.[4] Auf Etikette wurde hier großen Wert gelegt, die Mahlzeiten nahm man schweigend ein, die Erziehung war ganz auf Gläubigkeit ausgerichtet, fromm und streng. Im Krieg – Marias älterer Bruder, Ernst, geboren 1888, war bereits im September 1914 gefallen – kehrte sie zu ihren älteren Geschwistern und ihrer Mutter auf das Erbgut Bakenhof in Linn bei Krefeld zurück. Hier, wo man nach Gutsherrenart lebte, blühte Maria auf. Eine nationale Denke und Freigeistigkeit

1 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 18. März 2010.
2 Häufig auch nur Maria von Frentz.
3 Familienstammbaum Pfeffer von Salomon (Privatdruck).
4 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Persönliche Mitteilung vom 16. November 2009.

ersetzten nun die engstirnige Internatserziehung. Wohl auch in Ermangelung einer Vaterfigur entwickelte die großgewachsene Baronesse eine forsche und zupackende, ja burschikose Lebensart. Gleichzeitig war sie eine glühende Verehrerin des Kaiserpaares. Bis an ihr Lebensende sollte sie Aufnahmen und Berichte über die Gemahlin Wilhelms II. Auguste Viktoria sammeln.[5]

Unmittelbar nach Kriegsausbruch hatte sie sich im Alter von 19 Jahren, wie sie später sagte »um einen Mann der Front zu ersetzen«,[6] um eine Verwendung im Heeresdienst bemüht. Ab Weihnachten arbeitete sie als Kontrolleurin im Krefelder Straßenbahnbetrieb. Im Jahr 1916 wechselte sie als erste Frau in Westfalen in den aktiven Fahrdienst und wurde auf der Strecke Zeche Rheinpreußen-Krefeld als Lokomotivführerin im Güterverkehr eingesetzt. Trotz der körperlich anstrengenden Arbeit verrichtete sie diese offenbar so gut, dass die 15 Pfennig Notgeldmünze der Krefelder Straßenbahn fortan ihr Abbild trug. Mit der Revolution endete ihr Dienst. Später ließ sie sich mit den Worten zitieren: »Ich war bemüht, meine vaterländische Pflicht zu erfüllen.«[7]

Auch sonst machte die junge Frau, die angab, nach dem Krieg eine Weltreise machen zu wollen, im regionalen Kontext auf sich aufmerksam: »So war eines Tages der vergoldete Hahn von der Linner Kirchturmspitze durch mit Seilen und Gurten gesicherte Fachleute abgenommen und neu hergerichtet worden. Und wer brachte ihn wieder ohne Gerüst hinauf? Die junge Baronesse Maria erkletterte zum Schrecken der Zuschauer frei und ungesichert den Turm und montierte den Hahn.«[8]

Pfeffer, der Ende des Jahres 1921 aus Schlesien zurückkehrte, waren die Bravourstücke der Nichte seiner ehemaligen Nachbarin sicher nicht entgangen. Die Wesensgleichheit zwischen ihm und Maria, die streng nationale Attitüde, der unübersehbare Tatendrang und der Hang zum Abenteuer, waren unübersehbar.

Ende 1921 fragte er schriftlich bei Marias Mutter Sophie Raitz von Frentz an, ob er nach Linn zu Besuch kommen könnte, um sich, so der Vorwand, die Linner Burg anzusehen. Maria fühlte sich offenbar geehrt, dass sie der sieben Jahre ältere, gutaussehende Freikorpsführer in Linn besuchte und ging mit ihm durch die Ruinen der direkt vor dem Bakenhof gelegenen Burg.[9] Irritiert war Franz nur von der Kurzhaarfrisur Marias. Als sie auf seine Frage entgegnete, dass die Haare in wenigen Monaten nachgewachsen seien, hielt Franz wenige Tage später bei ihrer Mutter brieflich um die Hand Marias an. »Sie hatten noch

5 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 14. November 2009.

6 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Persönliche Mitteilung vom 16. November 2009.

7 Rembert: Notizen aus der Personalgeschichte der Krefelder Straßenbahn, in: Die Heimat. Zeitschrift für nordrheinische Heimatpflege 27 (1956), S. 74-76, S. 74.

8 Ebenda, S. 74.

9 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 18. März 2010.

nie miteinander getanzt, sie kannten sich kaum, und die Braut wurde nicht gefragt.«[10] Sophie stimmte zu.

Die Heirat fand am 14. Januar 1922 in der Linner St. Margarethen-Kirche statt.[11] Die Eheleute Pfeffer lebten zunächst in Münster. 1924 pachteten sie das bei Hagen gelegene, aus Franz' Perspektive standesgemäßere Gutshaus Haus Busch.[12] Die Ehe war von Beginn an eine glückliche. Nur seinen bisweilen skurrilen Humor und seine Selbstironie teilte seine Frau nicht, sah aber großzügig darüber hinweg.[13] Im Mai 1923 wurde die erste Tochter Irmgard, genannt Ita, geboren. 1925, 1927, 1929 und 1932 folgten Efra, Kunigunde, Ferdinand und Max.[14] In aristokratischer Tradition stellte Maria ihre weltgewandten Pläne zurück, regelte den Haushalt und erzog die Kinder – besonderen Wert legte sie dabei auf eine kulturelle Bildung –, während Franz weiter seine politischen Ambitionen verfolgte.[15] Franz stützte sie bei seinen Unternehmungen nach Kräften, wobei bei ihm eine persönliche Schonung oder ein Langsamertreten aufgrund seiner jungen Familie, etwa im Ruhrkampf, nicht auszumachen war. Der Gefahr, die aufgrund seiner exponierten Stellung für seine Familie bestand, war er sich durchaus bewusst.[16] Dennoch, seinem politischen Aktivismus und Radikalismus tat dies keinen Abbruch.

Maria teilte die nationalen Intentionen ihres Mannes, die sozial-revolutionäre Komponente seiner Zielsetzung blieb ihr jedoch fremd. Mehr noch als Franz dachte sie in alten konservativen wilhelminisch-aristokratischen Mustern. Die Gestalten des rechten Spektrums, mit denen ihr Mann zusammenarbeitete, waren ihr zumeist suspekt. Als Maria Hitler bei dessen Besuch in Haus Busch im Juni 1926 persönlich kennenlernte, zeigte sie sich von dem kommenden Diktator wenig begeistert. Er hätte etwas Unheimliches an sich, ließ sie in kleiner Runde verlauten.[17] Krebs schreibt dazu: »Soweit Pfeffer

10 Ebenda. Vgl. zur Familiengeschichte Raitz von Frentz: Genealogisches Handbuch des Adels. Adels-Lexikon, Bd. XI, Pre-Rok, Limburg a. d. Lahn 2000, S. 154 ff.

11 Rembert: Personalgeschichte, S. 75.

12 Franz' Bruder Friedrich hatte Haus Busch gepachtet und von dort aus zusammen mit dem Besitzer Vincke einen landwirtschaftlichen Betrieb geleitet. Als Friedrich 1924 ausschied, überließ er Franz das Haus samt Möbeln und Inventar. Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 42. Zu »Haus Busch« vgl. Ralf Blank et al. (Hrsg.): Hagen. Geschichte einer Großstadt und ihrer Region, Essen 2008, S. 395 ff.

13 So schilderte sein Sohn: »Er war auch voll von Selbstironie. Bisweilen sagte er zu uns Jungens: Ach, du Tölpel, Sohn eines Tölpels, und nach unserem Hinweis, er sei doch danach selbst einer, tat er etwas verlegen, während der Schalk aus seinen Augenwinkeln sah, und meinte, dann bliebe er bei dem ersten Teil seiner Beurteilung und streiche den zweiten Teil.« Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

14 Genealogisches Handbuch: Adelige Häuser B, Bd. XX, S. 333 f.

15 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Persönliche Mitteilung vom 16. November 2009.

16 Hilde von Maibom: Mündliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.

17 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009. Zum Hitlerbesuch vgl. auch Blank: Hagen, S. 399 f. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang

Kritik an der Partei übte, ist er zweifellos durch seine Frau bestärkt oder sogar angeregt worden. Die Ablehnung vieler führender Persönlichkeiten der NSDAP und vornehmlich Hitlers selbst stammte bei Frau von Pfeffer aus einem ungebrochenen Instinkt und einem noch sichereren Wissen um echte Werte und Ordnungen.«[18]

Im Kreise der Familie fand der sonst rastlose und unstete Pfeffer einen Rückzugsort. (Tages-) Politik und seine »Arbeit« versuchte er von hier fernzuhalten. Hierüber wurde im Privaten nicht gesprochen.[19] Im Umfeld der Familie war Pfeffer ausgeglichen, hier fand er Entspannung. Dies galt umso mehr, als er in den Jahren ab 1926, nach seiner Einstellung als OSAF, nur wenige Wochen im Jahr bei seiner Familie verbrachte. Die Familie war für Pfeffer jene heile Welt, die er draußen in der politischen Realität der Weimarer Republik nicht zu finden vermochte. Während die später älteren Kinder um seinen Schreibtisch herumtollten, widmete er sich scheinbar in unendlicher Ruhe seinen Unterlagen. Er las viel und dichtete sogar. Besonders hatten es ihm die Gedichte aus der deutschen Romantik angetan. Überhaupt war er an Sprachen sehr interessiert. So sprach er im Häuslichen mit seiner Frau zuweilen Französisch, was die Angestellten nicht verstanden. Später stellte er vergleichende private Studien zu Wortentwicklungen in verschiedenen Sprachen an.[20]

Die Heirat mit Maria verstärkte auch Pfeffers aristokratische, elitär-militärische Attitüde. So waren die Umgangsformen auch bei der Schwiegermutter von Franz auf dem Bakenhof weit aristokratisch-konservativer als im moderneren Haushalt Pfeffer. Sicher als Kompensation seiner weniger traditionsreichen Familiengeschichte betonte er gegenüber seiner neuen, weit verzweigten Verwandtschaft[21] seine militärische Attitüde. In der Nachbarschaft wurde Pfeffer nur mit »Herr Hauptmann« angesprochen.[22] Wohl auch durch die Familiengeschichte seiner Frau inspiriert, beschäftigte sich Pfeffer in seiner Freizeit intensiv mit Ahnenforschung.[23]

auch die Aussage Pfeffers gegenüber Wagener bezüglich der Frau von Rudolf Heß, Ilse, im Jahr 1929: »Eine reizende, sehr vernünftige Frau, das beste Stück im Hause. Beide Füße auf dem Boden. Aber sie meidet etwas die Nähe Hitlers – vielleicht auch umgekehrt. Ich weiß nicht warum. Frauen haben einen sicheren Instinkt.« Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 53.

18 Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 220.

19 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

20 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 11. September 2009.

21 Vgl. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 83.

22 Nikolaus Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 6. Oktober 2009.

23 Vgl. Teil II, Prolog.

3.2 Finanzen

> »Es gibt Menschen, die führen das Leben eines Millionärs – wenn auch nur eine kurze Zeit – ohne wirklich Millionär zu sein.«[24]

Seit seinem Austritt aus dem Heer im Dezember 1918 war Pfeffer ohne reguläre Arbeitsstelle. Zwar verfügte er nach seiner Entlassung über eine kleine Hauptmannspension, diese reichte aber angesichts seines großzügigen Lebensstils nicht annähernd aus. Zugleich hatte Pfeffer weder wirtschaftliche Interessen noch irgendein Verhältnis zu Geld und zum Gelderwerb. »Letzteren verachtete er zutiefst.«[25] In den kommenden Monaten wurde das Clavé'sche Erbe der Mutter, ein Weingut in Königswinter und später das Gut Gastendonk im Kreis Kleve, veräußert. Den Erlös teilten sich die Geschwister. Später verkaufte man auch das Elternhaus in der Erphostraße.[26] In finanziellen Belangen lebte Pfeffer fortan von Tag zu Tag, ohne jegliche Sicherheiten – in seinen eigenen Augen allerdings durchaus standesgemäß. Auf seinen Reisen durch die Republik logierte er zumeist in besseren Hotels,[27] seine private Garderobe war, wie es sich für einen Offizier gehörte, stets zeitgemäß und korrekt. Finanziert werden konnte dieser Lebensstil nur, nachdem das Geld der verkauften Familiengüter ebenfalls in relativ kurzer Zeit aufgebraucht war, durch Förderer und durch die Einnahmen seiner Organisationen, die er auch für private Zwecke nutzte.

Zunächst war dies relativ unproblematisch. So waren bis ins Jahr 1922 Pfeffers Organisationen de facto Privatunternehmungen. Ohnehin war bei dem umfassenden persönlichen Einsatz Pfeffers oft nicht zwischen privaten und »dienstlichen« Ausgaben zu unterscheiden, zumal Pfeffer nicht minder auch sein privates Vermögen dem Aufbau seiner Organisationen zur Verfügung stellte. Ab 1922 jedoch, als Pfeffer im Rahmen größerer politischer Organisationen wirkte, wurde diese Praxis zunehmend problematisch. Gleich mehrfach kam es zu Konflikten mit Parteigenossen. Waren diese noch zu Beginn auf das regionale Umfeld Westfalens beschränkt, steigerten sich mit Pfeffers Aufstieg in die Reichsleitung der NSDAP diese Belange zu Angelegenheiten von reichsweiter Bedeutung. So beschuldigte ihn 1926 sein ehemaliger Adjutant und Geschäftsführer des Völkisch-Sozialen Blocks, Karl Gärtner, Gelder der »Vereinigten Vaterländischen Verbände« für private Zwecke missbraucht zu haben. Pfeffer hatte sich im Juni 1923 in Bielefeld, angeblich aus Verbandsgeldern, wohl für seine junge Familie ein Haus gekauft. Pfeffer, der sich in seiner Ehre gekränkt fühlte, erstattete Anzeige. Nach einer Anhörung vor dem Schöffengericht nahm Gärtner seine Behauptungen zurück und gab

24 Sohn Ferdinand von Pfeffer über den Lebensstil seines Vaters: Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 18. März 2010.

25 Vgl. auch FN 8/171.

26 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

27 Vgl. FN 2/610.

eine Ehrenerklärung für Pfeffer ab – nicht zuletzt Hallermann hatte als Zeuge für Pfeffer ausgesagt. Ob dies jedoch tatsächlich der Grund für Gärtners Zurückweichen war, oder ob Pfeffer hinter den Kulissen mit ultimativen Schritten gegen Gärtner gedroht hatte, muss offenbleiben. Die genauen Wechsel der Gelder konnten, wie zumeist, wenn Pfeffer beteiligt war, nicht mehr aufgeklärt werden.[28] Ähnlich verhielt es sich auch anno 1927 als Pfeffer von Karl Kaufmann der Unterschlagung von Parteigeldern im Zuge der Zusammenlegung der NSDAP-Gaue Westfalen und Rheinland bezichtigt wurde.[29] Auch hier sprach ihn später das Parteigericht von allen Anschuldigungen frei. Das Verbleiben der Gelder blieb aber erneut unklar.[30]

Erst im Ruhrkampf konnte Pfeffer für einige Monate wieder über ein geregeltes Einkommen verfügen.[31] Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres versiegte jedoch diese Quelle wieder.[32] Ungeachtet dessen übernahm Pfeffer 1924 die Pacht des Hauses Busch bei Hagen von seinem Bruder Friedrich. Die Familie Pfeffer lebte hier, wohlweislich nach wie vor ohne reguläres Einkommen, den Lebensstandard von Gutsbesitzern. »Nur waren die Güter verkauft und das Offiziersgehalt war zu einer Pension zusammengeschrumpft.«[33] Nicht nur unter seinen Gegnern stellten sich »ernsthafte Leute« die Frage, »wovon der Mann überhaupt lebt[e]?«.[34] Die genauen finanziellen Verhältnisse ließen sich schon zeitgenössisch ebenso wenig aufklären, wie das komplexe Beziehungsnetzwerk, in dem Pfeffer in der Freikorpszeit agierte.[35] So ist davon auszugehen, dass Pfeffer bisweilen hoch verschuldet war. Besonders vor seiner Berufung zum Osaf bezahlte er offenbar nicht selten mit einem Wechsel auf die Zukunft. Sein Ruf und Rang als Hauptmann a. D., mit dessen Ehrenwort man rechnen könne, und dem Verweis auf seine angeblich stets ehernen Ziele machte dies in konservativen Kreisen immer wieder möglich. In unregelmäßigen Abständen taten sich dann wohl Förderer und Quellen auf, die ihn erneut mit finanziellem Handlungsspielraum ausstatteten. In finanzieller Hinsicht war er eine Art Lebenskünstler.

Auch ab dem Jahr 1925 verbesserte sich die finanzielle Situation nur wenig. Pfeffer verfügte neben seiner Hauptmannspension nun zwar ab 1926 über eine

28 ›Volkswille‹ vom 22. Mai 1926: »Pfeffer von Salomon gegen Stadtv. Gärtner«.
29 BArch: OPG – Von Pfeffer, B. 946 ff.
30 Vgl. unten und BayHStA: Sammlung Personen – Franz von Pfeffer, Bl. 1.
31 So ist durchaus möglich, dass Pfeffer das Bielefelder Haus tatsächlich mit eigenen Mitteln erworben hatte.
32 Von einer regulären Besoldung für Pfeffers Tätigkeit im Rahmen des Treubunds, ähnlich den Bedingungen in der Orgesch, kann angesichts der Mittel, Größe und Bedeutung des Treubunds nicht ausgegangen werden. Vgl. BArch: R 1507/345, Bl. 118, Denkschrift vom 13. Oktober 1921: »Die deutschen Weißgardisten«. Ein Gauleiter der Orgesch soll demnach im Herbst 1921 mit 1.500 Mark monatlich entlohnt worden sein.
33 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 12. November 2009.
34 ›Volkswille‹ vom 22. Mai 1926: »Pfeffer von Salomon gegen Stadtv. Gärtner«.
35 Vgl. zu den Netzwerken auch den Behördenbericht in: ZZS Stennes I, Bl. 20.

geringe Aufwandsentschädigung durch die Partei, musste sich dafür jedoch in München einmieten. An dem Lebensstandard für seine Familie änderte dies nichts. Auf monetäre Aspekte und Sicherheiten legte Pfeffer nach wie vor keinen Wert. So wurde schließlich der letzte Teil des Erbes, das Haus Gastendonk am Niederrhein, verkauft.[36] Nach Pfeffers Empfinden stand ihm, und mehr noch seiner Familie, ein solcher Lebenswandel schlicht zu. Geld spielte keine Rolle – es war ausschließlich Mittel zum Zweck. Fragen danach wurden weder gestellt, noch von Pfeffer als notwendig erachtet. Den finanziellen Belangen nach lebte man in den Kategorien der Aristokratie des vergangenen Jahrhunderts. Diese Ungebundenheit versetzte Pfeffer jedoch in die Lage, ganz ähnlich der Situation Hitlers in München, sein Leben vollständig der Politik zu widmen.

36 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

4. Franz von Pfeffer 1923 – ein Charakter voller Widersprüche

Schon die zeitgenössischen Urteile zu Charakter und Motiven Pfeffers in den Freikorpsjahren könnten widersprüchlicher kaum sein. So sahen die Mitstreiter Pfeffers, apologetisch, in ihm einen »begabte[n] Soldat[en] von unbeugsamer Härte und kühnem revolutionärem Wollens«[1] und von der Goltz bestätigte ihm ein »schneidiges« Auftreten.[2] Die völkische Presse sprach von »ein[em] noch jüngere[n], sehr tüchtige[n] Offizier«,[3] während die linke Presse ihn etwa als »Räuberhauptmann«[4] betitelte. Sein Richter in Stargard sprach von einem »Mann altpreußischer Gesinnung«,[5] während Groener konstatierte, dass Pfeffer »an einer an Unzurechnungsfähigkeit grenzenden Selbstüberschätzung leide!«.[6] Krebs spricht später von einem »Mangel an Ernsthaftigkeit«, um dann anzuschließen:

> »Ohne große Übertreibung konnte man von Pfeffer sagen, dass ihn allein die Uniform zum Mann gemacht und ihm Selbstvertrauen, Halt und Aufgabe gegeben habe. Ohne Uniform traten seine Neigungen zu einem Dasein des Abenteurers und sorglosen Lebemannes allzu deutlich in Erscheinung. Diese Neigungen waren in einem gewissen Umfang zweifellos angeboren. Der schmale Mann hatte ein unruhiges Blut und einen kritisch beweglichen Kopf ererbt. Beide Eigenschaften ließen ihn nur schwer zu einer geregelten Tätigkeit und zur Anerkennung irgendwelcher Autoritäten kommen.«[7]

Tatsächlich stellt sich der Charakter Pfeffers bis 1923 vielschichtig, facettenreich und nicht minder widersprüchlich dar. Der bewussten Attitüde als preußischer Offizier stand sein oft skurriler, manchmal unpassender, aber auch herzlicher Humor gegenüber.[8] Die überbetonte Bedeutung von »Ehre, Anstand und Gewissen«,[9] wurde konterkariert durch seine undurchsichtigen Aktionen und sein »flexibles« Rangieren und Argumentieren, ja durch das »Jonglieren« mit der Wahrheit[10] oder etwa die zeitweilige Erpressung des welt-

1 Heinz: Nation, S. 65.
2 So bezeichnete Goltz Pfeffers Vorgehen im Baltikum. Goltz: Sendung, S. 180.
3 BArch: R 8038/17, Bl. 51.
4 ›Rote Fahne‹ vom 12. März 1921: »Räuberhauptmann Pfeffer freigesprochen«. Vgl. auch FN 2/594.
5 BArch: R 1507/578-41, Bl. 30.
6 Phelps: Groener-Dokumente, S. 833.
7 Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 219.
8 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.
9 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.
10 Offensichtlich ist dies, wenn er etwa vor Gericht räsonierte: Der Frontbund »hat sich aber nicht durchgesetzt, so dass ich ihn im Juni liquidiert habe«. Tatsächlich war der Frontbund verboten worden. BArch: R 8034 III/349, Bl. 113.

anschaulichen Gegners.[11] In seiner Grundeinstellung war Pfeffer in großen Teilen konservativ, gleichwohl verfolgte er revolutionäre Ziele. Seinem unbedingten politischen Willen stand das Fehlen einer eigenen positiven Staatskonzeption gegenüber – seiner mangelnden Subordinationsbereitschaft das Ziel des Zusammenschlusses aller rechten antirepublikanischen Kräfte. Politisch wie militärisch verfolgte er unnachgiebig seine Absichten. Auf persönliche Befindlichkeiten oder Eitelkeiten seiner Widersacher und Mitstreiter nahm er dabei zumeist keine Rücksicht. Hatte sich Pfeffer eine Meinung gebildet, stand diese nahezu unumstößlich fest. Hatte Pfeffer nach eigener Auffassung das Recht auf etwas, war er kaum davon abzubringen, dieses auch geltend zu machen. Falls Pfeffer doch widerlegt wurde oder unter Druck geriet, zog er sich auf die Ebene des unangreifbaren kaiserlichen Militärs zurück. »Notfalls suchte er sich aus seiner Erinnerungskiste einige triftig erscheinende Gründe zusammen.«[12] Politisch war seine latente Gewaltbereitschaft ein Markenzeichen; privat war Pfeffer dem gegenüber der verständnisvolle und gutherzige Familienvater. Großen Wert legte er auf untadelige Etikette, gleichzeitig bewegte er sich bis 1921 im Spannungsgefüge dieses Milieus, dessen raue, männerbündische Umgangsformen schließlich in dem Phänomen der Fememorde kulminierten. Sich selbst sah Pfeffer daher zugleich auch als »Landsknecht«.[13] In geselliger Runde führte und dominierte er häufig die Gespräche. Zugleich war er stur, stolz, unabhängig, übertrieben selbstbewusst, in gewissem Masse eitel[14] und bisweilen überheblich, aber auch loyal und patriarchisch-fürsorglich seinen Untergebenen gegenüber – in jedem Fall jedoch charismatisch. Pfeffer war gebildet, sprach fließend französisch, hatte eine abgeschlossene juristische Ausbildung und beherrschte die akkuraten Umgangsformen besserer Kreise. Im persönlichen Gespräch konnte er sehr einnehmend sein und seine Zuhörer überzeugen. Gleichzeitig führte seine direkte, unmissverständliche und bisweilen arrogante Auftrittsweise häufig dazu, dass Auseinandersetzungen rasch eine persönliche Ebene erreichten und damit zu dauerhaften Konflikten wurden.

Sein Auftreten und die Konstruktion einer Aura des Militärischen war eine bewusste Abgrenzung zu den äußeren Erscheinungsformen der Republik – zu Chaos, Heterogenität, Streit, Meinungskontroversen –, die er für das Ende »einer stolzen florierenden Zeit« verantwortlich machte.[15] Etwa das berühmte Foto Friedrich Eberts vom Juli 1919 in roter Badehose war für Pfeffer ein Af-

11 Vgl. Kapitel 2.3. Auch ließ sich Pfeffer für die Einsätze seines Freikorps bezahlen. StdAM: D Nr. 2, Bl. 425.

12 Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 219.

13 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 84; Jochmann: Monologe, S. 467 f.

14 Vgl. etwa ›Vorwärts‹ vom 10. März 1921: »Zeugenvernehmung im Pfefferprozeß«. Sinnbildlich hierfür ist auch der Ausspruch auf die Weigerung eines Gastes aufgrund seiner schlechten Kleidung mit zu einer politischen Veranstaltung zu gehen. Pfeffer entgegnete diesem: »Wenn Sie in meiner Gegenwart kommen spielt es keine Rolle was Sie tragen.« Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

15 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 23. Vgl. dazu auch Kapitel 1.2.1.

front und ein Sinnbild für die Würde- und Anstandslosigkeit der Republik.[16] Dass er sich dennoch zeitweilig in die Dienste der Republik begab, empfand er weder als opportunistisch noch als Widerspruch.

Die typologische Einordnung als ein klassischer Vertreter der jungen Freiwilligengeneration trifft auf Pfeffer nicht zu. Bereits 1909 war er Berufssoldat, nicht Freiwilliger, bei Kriegsbeginn war er bereits 26 Jahre alt. Hinzu kommt die Stabsausbildung während des Kriegs. Auch Pfeffers Verhältnis zur Kirche war ambivalent. »Religion und Christentum« waren für ihn »wichtige Institutionen für Ordnung und Sitte, für Moral und Ethik, seelische Betreuung«, denen auch durch die Staatsordnung besonderer Schutz zustand.[17] Er dachte, obwohl tief in preußischen Gedankenwelten verwurzelt, in großdeutschen – katholischen – Kategorien. Die Amtskirche lehnte er ab.[18]

Zu seiner »nonkonformistische[n] Attitüde«[19] gehörte auch, dass sich Pfeffer bis ins Jahr 1945 stets als »Hauptmann von Pfeffer« vorstellte und sich entsprechend ansprechen ließ. Seine militärische Aura führte dazu, dass seine Gesprächspartner dies offenbar nicht als Kuriosum empfanden und dies nicht hinterfragten.[20] Insgesamt können auch all seine Kontakte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Pfeffer tatsächlich politisch wie im Privaten ein Einzelgänger war.[21]

16 Hilde von Maibom: Mündliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009. Zum Foto vgl. Schulze: Weimar, S. 205.

17 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 11. September 2009.

18 Vgl. dazu Kapitel 8.1.1.

19 Irmgard von Wintzingerode: Schriftliche Mitteilung vom 30. November 2009.

20 So noch Goebbels 1942.

21 So berichtet auch sein Sohn, dass man privat auch nur selten Gäste empfing: Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 12. November 2009.

Zweiter Teil

»Sozialrevolutionär«

Vorbemerkung: zur Namensfrage

> »Es dürfte mit Sicherheit feststehen, dass v. Pfeffer-Salomon jüdischer Abstammung ist und deshalb, nach den Parteigrundsätzen, wohl überhaupt nicht Parteimitglied, noch viel weniger Oberster S. A. Führer sein kann.«[1]

Die Abstammung Franz Pfeffer von Salomons war schon zeitgenössisch und ist bis heute aufgrund des »verdächtigen Beiklangs«[2] Ursprung vieler Missdeutungen.[3] Bevor die NSDAP-Karriere Pfeffers dargestellt und untersucht wird, muss daher auf die Herkunft des Namens näher eingegangen werden. Wie kam dieser zustande und wie konnte ein Mann mit alttestamentarischem Namen in derart hohe Parteiämter einer antisemitischen Partei aufsteigen? Verzichtete Pfeffer, wie bereits schon zeitgenössisch vermutet, zur Tarnung auf den Appendix »von Salomon«? Und war die im Jahr 1941 erfolgte standesamtliche Namensänderung auf »von Pfeffer« ein rein opportunistischer Schritt, der dem Fortkommen seiner arg ins Stocken geratenen Karriere dienen sollte?

Zu dem Namen Pfeffer von Salomon kam es, als im Jahre 1816 der Rentier Norbert Pfeffer Josephine von Salomon heiratete und wenige Jahre später der Bruder Josephines, der preußische Kavallerie-Major Felix von Salomon, den ältesten Sohn seiner Schwester, Ferdinand Hubert August Pfeffer, den Großvater Franz von Pfeffers, adoptierte.[4] Josephine war die Schwester des Urgroßvaters der späteren Freikorpsmitglieder Bruno und Ernst von Salomon. Die in der NS-Zeit virulente Frage bezüglich eines jüdischen Ursprungs dieser Linie, betraf also Franz von Pfeffer und die Gebrüder von Salomon in gleichem Maße.[5]

Die frühesten Vorväter der Familie von Salomon entstammten wahrscheinlich aus dem Italienischen.[6] Greifbarer wird die Familiengeschichte im 17. Jahrhundert, als der Stammhalter der Familie nach Lothringen übersiedelte. Vor der Französischen Revolution hatte man es hier zu einem gewissen Ansehen gebracht. Die Mitglieder der Familie gehörten zumeist dem französischen Militäradel an. Der Großvater Josephines, Franz Cassian von Salomon (geboren 1722), war Kommandant eines französischen Husaren-Regiments und

1 Auszug aus der Anklageschrift Siegmund Jungs gegen von Pfeffer vor dem Obersten Parteigericht der NSDAP (USchlA) im Juni 1929. BArch: OPG – Von Pfeffer, Bl. 948.
2 Salomon: Der Fragebogen, S. 66.
3 Vgl. beispielsweise Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 137; Lang: Und willst du, S. 36; Werner Maser: Fälschung, Dichtung und Wahrheit, S. 136. Pätzold/Weißbeck sprechen von einem Franz »Freiherr« Pfeffer von Salomon, Pätzold: Geschichte der NSDAP, S. 89.
4 Familienstammbaum Pfeffer von Salomon (Privatdruck).
5 Salomon: Der Fragebogen, S. 66 ff. Vgl. zur ähnlichen Sozialisation Markus Klein: Ernst von Salomon. Revolutionär ohne Utopie, Aschau i. Ch. 2002, S. 25.
6 Salomon: Der Fragebogen, S. 70 ff.

Ritter des Ludwigs-Ordens. Sein Sohn, Ludwig Friedrich Cassian von Salomon, Leutnant der königlich französischen Nobelgarde in Paris, floh in den Revolutionswirren 1789 über Russland zunächst nach St. Petersburg, um sich schließlich Ende des Jahres 1789 in Wesel am Rhein niederzulassen. Hier trat er in den preußischen Heeresdienst über und heiratete noch 1789 die Erbtochter des Hauses Grotelar, Maria von Petit. Später wurde Ludwig Universitätsrichter in Bonn. Sein ebenfalls geflohener Bruder Constantin von Salomon führte in den Befreiungskriegen ein Freikorps und stieg anschließend in der preußischen Armee bis in den Generalsrang auf.[7] Trotz der Emigration konnten die Salomons ihren gehobenen Lebensstandard beibehalten.[8] Anhaltspunkte, dass sich in Franz von Pfeffers Familienstammbaum Vorfahren jüdischen Glaubens befanden, liegen keine vor.

Der mit der Adoption konstruierte Nachname, Pfeffer von Salomon wurde »mit ›v. Salomon‹«[9] am 14. Juli 1862 in den Adelsstand erhoben.[10] Spätestens unter seinem Sohn Max, dem Vater von Franz, bürgerte sich im alltäglichen Umgang aus pragmatischen Gründen die Kurzform »von Pfeffer« ein. Die Kinder von Max waren in der Nachbarschaft die »Pfefferkinder«[11] und man ging mit der Familie des Geheimen Regierungs-Rates »von Pfeffer« sonntags zum Ausflug. In der darauffolgenden Generation behielt man diese Praxis bei. Zwar lautete der Name in offiziellen Dokumenten oder auch in der Regimentsgeschichte nach wie vor »Pfeffer von Salomon«, wie selbstverständlich »von Pfeffer« jedoch war, zeigte sich nicht zuletzt beim Entstehen des Freikorps.[12] Nahezu alle vorliegenden vom Protagonisten signierten Dokumente sind mit »v. Pfeffer« oder seinem Signum »v. P.« unterzeichnet.

Selbst in der linken Presse, für die das »von Salomon« angesichts der politischen Verortung Pfeffers ohne Zweifel propagandistische Angriffsfläche geboten hätte, wurde nur in sehr seltenen Fällen der volle Name verwendet. Erst im Zuge Pfeffers parteipolitischen Engagements wurde zuweilen versucht, zumeist bezeichnenderweise innerparteilich, das »Salomon« und die damit ver-

7 Die kampflose Übergabe der Festung Wesel 1806 an Napoleon stellte den unrühmlichen Höhepunkt seiner Karriere dar. Ebenda, S. 66. Auch eine andere weitere Linie der Vorfahren Franz' stammt aus dem Französischen. Der Großvater von Franz' Mutter, Alexandre Pierre de Clavé-Bouhaben, musste trotz seiner Stellung als französischer Offizier im Zuge der Hugenottenvertreibungen gegen Ende des 18. Jahrhunderts nach Köln fliehen. Siehe Familienstammbaum Pfeffer von Salomon (Privatdruck). Wagener, mit dem Pfeffer später über seine Abstammung sprach, schilderte die Abstammung fehlerhaft. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 15.

8 Familienstammbaum Pfeffer von Salomon (Privatdruck) oder fragmentarisch: Salomon: Der Fragebogen, S. 66 ff. Vgl. auch Kapitel 1.1.

9 Genealogisches Handbuch: Adelige Häuser B, Bd. XX, S. 332.

10 Ernst von Salomon spricht davon, dass der Name in Preußen damit »anerkannt« wurde. Salomon: Der Fragebogen, S. 89.

11 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

12 Vgl. etwa BArch-MA: PHD 2/257; StdAM: Standesamt Münster oder Groos: IR 13, S. 283 ff.; Müller-Loebnitz: Ehrenbuch, S. 492 f.

meintliche jüdische Abstammung zu instrumentalisieren.[13] Pfeffer schadeten diese Vorwürfe allerdings nicht, zumal er sie – falls dies in seiner Stellung als OSAF überhaupt vonnöten war – entkräften konnte.

Schließlich ist dem von Pfeffers Großcousin Ernst von Salomon geäußerte Vorwurf, Pfeffer hätte seit 1933 diskret den Namen Salomon weggelassen,[14] zu widersprechen. Besonders da Salomon selbst in seinen in der Zwischenkriegszeit erschienenen Werken mehrfach von »Franz von Pfeffer« sprach,[15] weist diese Anschuldigung mehr auf persönliches Zerwürfnis hin, als dass diese in der Namensfrage tatsächlich Aufklärung gibt.[16]

Pfeffer selbst befasste sich bereits in der Zwischenkriegszeit intensiv mit der Herkunft seiner Familie, nach 1933 wurde die Familienforschung zu seiner großen Leidenschaft. Ob Pfeffer hier allerdings – ähnlich wie sein Großcousin Bruno von Salomon – von der Motivation angetrieben wurde, eine jüdische Herkunft des Familiennamens zu widerlegen,[17] er von der Familiengeschichte seiner Frau fasziniert war oder ob es sich ausschließlich um ein Vergnügen in der inzwischen reichlich vorhandenen Freizeit handelte, ist nicht mehr festzustellen. Mit den Ergebnissen seiner Forschungen konfrontierte er später häufiger auch Hitler. Dieser machte jedoch, sicher auch angesichts seiner eigenen Familiengeschichte, keine Anstalten, näher darauf einzugehen.[18] Dennoch

13 BArch: OPG – Von Pfeffer, Bl. 948.

14 »… was diese Leute in meinen Augen richtet!«, so Salomon weiter. Salomon: Der Fragebogen, S. 89. Vgl. ebenso den despektierlichen Ton Salomons gegenüber Pfeffer, in: ebenda, S. 449.

15 In nahezu der gesamten Memoirenliteratur aus der Freikorpszeit ist von »Franz von Pfeffer« die Rede.

16 Ob Pfeffer tatsächlich Salomon jene »Kenntnisse und Einblicke« in das »Innenleben« und die Intentionen der NSDAP gegeben hatte, die »entscheidend« zu Salomons »Distanz beigetragen haben«, muss offenbleiben. Klein: Ernst von Salomon, S. 58 f. Für einen intensiveren Austausch Pfeffers mit Ernst liegen keine Zeugnisse vor. Allerdings ist evtl. über die gemeinsame Affinität von Pfeffer und Bruno von Salomon zur Ahnenforschung ein Austausch denkbar. Salomon: Der Fragebogen, S. 66 und 449. Vgl. zu Bruno Jost Hermand: Ernst von Salomon. Wandlungen eines Nationalrevolutionärs, in: Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Philologisch-historische Klasse 137 (2002), S. 7.

17 Salomon: Der Fragebogen, S. 66 f.

18 Werner Maser: Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit, München u. a.[12] 1989, S. 38. Vgl. zur Familiengeschichte Hitlers auch: Ian Kershaw: Hitler, Bd. 1: 1889-1936. Hybris, Stuttgart 1998, S. 31 ff. Hitler äußerte sich dementsprechend im August 1942 gegenüber dem General der Infanterie Rudolf Gercke: »Ich hatte mal einen Mann in der Partei, er hat mir ein paar Mal vortragen wollen, was er in langem Studium über die Geschichte seiner Familie in Erfahrung gebracht hat. Ich sagte ihm: Pfeffer, das interessiert mich nicht! Da ist er ganz geistesabwesend dagestanden.« Jochmann: Monologe, Dok. 179, S. 357. Und weiter: »Vorfahren hat garantiert jeder gehabt. Es gibt keinen, der lebt und keine Vorfahren gehabt hat. Es ist nur ein Zufall, beim einen sind die Bücher verbrannt, beim anderen hat man sie. Es gibt Leute, die vier Fünftel ihrer Zeit daran verwenden. Andere verwenden die gleiche Zeit auf die Zukunft ihrer Nachkommen. Pfeffer ging partout darauf aus, nachzuweisen, dass wenigstens seine

blieben Hitler diese Episoden offenbar im Gedächtnis. Noch Jahre später, nachdem Pfeffer bereits lange aus dem Führungszirkel der Partei ausgeschieden war, erläuterte der Diktator in einem seiner Tischgespräche: »Von Pfeffer führte seine Familie bis auf Karl den Großen zurück. Dabei hätten die vielen feudalen Generationen so viel Schlacken zurückgelassen, dass er besser noch ›v. Kümmel‹ geheißen hätte.«[19]

Zu einer letzten Missdeutung führte Pfeffers Namensänderungsantrag vom Sommer 1941. So wurde kolportiert, dass dieser auf Pfeffers bedingungslosen Antisemitismus zurückzuführen sei. Zudem wollte sich der 1941 nach dem Heßflug nach Schottland ins Abseits geratene Pfeffer mit diesem opportunistischen Akt der Loyalität eine neue Karrierechance eröffnen.[20] Auch diese Interpretation geht fehl. Vielmehr stellte Pfeffer den Antrag auf Namensänderung aus einer Position der Defensive heraus. Nach dem Heßflug vom 10. Mai 1941 wurde er in Gestapo-Haft genommen und im Berliner Lehrter Gefängnis interniert.[21] Da die Chancen auf eine Freilassung aus Pfeffers Perspektive ungünstig erscheinen mussten,[22] entschied er sich zu diesem Schritt, um einer möglichen Verwechslung mit jüdischen Häftlingen vorzubeugen.[23] Mit der »Verfügung der Reichsminister des Innern vom 3. 7. 1941«[24] wurde der Familienname offiziell auf »von Pfeffer« geändert.

Frau von Karl dem Großen abstammt. Ich sagte ihm, das kann höchstens ein Fehltritt gewesen sein!«

19 Henry Picker (Hrsg.): Hitlers, Dok. 158, S. 419. Es handelte sich dabei zweifelsohne um einen Irrtum bzw. um eine Gedächtnislücke Hitlers. Pfeffer führte die Abstammung seiner Frau bis auf Karl den Großen persönlich zurück.

20 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009. Vgl. auch Maser: Fälschung, Dichtung und Wahrheit, S. 136; Salomon: Der Fragebogen, S. 89.

21 StaMünch: Spruchkammerakten 1312, eidesstattliche Erklärung der Privatsekretärin Pfeffers, Ingeborg Knoop, vom 8. Juli 1948.

22 Vgl. Kapitel 8.3.1.

23 Da Juden eine Änderung ihres Namens verboten war, stellte die amtlich bestätigte Namensänderung den Nachweis dar, dass Pfeffer kein Jude sein konnte.

24 Genealogisches Handbuch: Adelige Häuser B, Bd. XX, S. 333.

5. Gauleiter (1924-1926)

> »Losung: ›vorwärts zu Neuem‹. Die Verhältnisse von 1914 werden wir nie wieder bekommen. Aber selbst wenn sie wieder kämen, würden sie wiederum mit den Verhältnissen von 1918 endigen.«[1]

5.1 Der 9. November 1923: Wirkung und Folgen

Nachdem sich mit der Niederlage der Schwarzen Reichswehr bei Küstrin die Hoffnungen auf ein gemeinsames Vorgehen aller republikfeindlichen Kräfte im Reich aufgrund der loyalen Haltung der Reichswehr nicht erfüllt hatten, richteten sich die Erwartungen Pfeffers und der gesamten westfälischen Rechtsbewegung nun auf Hitler in München. Als Anfang November durch Stresemanns geschicktes Vorgehen in Sachsen und Thüringen eine Einigung des Reichs mit dem bayerischen Statthalter von Kahr in Aussicht stand und sich das Zeitfenster für einen Umsturzversuch zu schließen begann, war offensichtlich, dass die Ereignisse im Oktober/November ihrer Kulmination entgegengingen.[2]

Obgleich die Verflechtungen der Rechtsbewegung über Bayern hinaus im Vorfeld des Putsches bis heute kaum erforscht sind,[3] sind Kontakte zwischen Westfalen und München nachweisbar. In der Folge des Ruhrwiderstands und in Erwartung der Münchener Ereignisse war der Einfluss der NSDAP auch in Westfalen deutlich gestiegen.[4] Zwischen dem Westfalen-Treubund und der SA war die Kooperation so weit gediehen, dass die Verbindung sogar im Reichskabinett thematisiert wurde.[5] Jahre später gab Pfeffer schließlich zu Protokoll, dass die radikale Rechte »in einer großen Ludendorff-Planung zum

1 Pfeffer in: StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 38 vom 15. August 1925.

2 Schulze: Weimar, S. 267 f. Vgl. auch zum innerparteilichen Druck Peter Longerich: Joseph Goebbels. Biographie, München 2010, S. 114. Dazu sowie zum Charakter Hitlers Gordon: Hitlerputsch, S. 221 f.

3 Der Fokus der vorliegenden Forschungen zum Hitlerputsch liegt ausschließlich auf den bayerischen Verhältnissen. Vgl. beispielhaft: Hofmann: Der Hitlerputsch; Harold Gordon: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, München² 1978; John Dornberg: Der Hitlerputsch. 9. November 1923, München² 1998.

4 Krüger: Treudeutsch, S. 192.

5 Akten der Reichskanzlei – Weimarer Republik. Bd. 8: Das Kabinett Stresemann I und II – 13. August bis 6. Oktober 1923, 6. Oktober 1923 bis 30. November 1923, Bd. 1, Boppard am Rhein 1978, S. 412, Kabinettssitzung vom 30. September 1923, nachmittags. So bekamen Nationalsozialisten aus Iserlohn, Velbert und Umgebung den Befehl, sich im Falle eines Scheiterns des Putschversuchs in Westfalen dem Treubund anzuschließen. Grünscheidt an den Stabschef der SA Hoffmann vom 11. August 1923, zit. nach Krüger: Treudeutsch, S. 192.

gewaltsamen Staatsstreiche in Nordwestdeutschland […] als Nachbar des […] Münchener Hitler Putsches« bereitgestanden hätte.[6]

Als am 8. November Hitler in einer isolierten Aktion im Bürgerbräukeller die Initiative ergriff, erwiesen sich durch das dilettantische Vorgehen der Münchener Putschisten alle Bemühungen der Norddeutschen um eine Kooperation als vergebens.[7] Hitler kümmerte sich nicht um die Norddeutschen, da nach seiner Auffassung der Putsch in Bayern gewonnen werden musste. Die norddeutschen Verbündeten waren weder über den genauen Zeitpunkt noch über den Ablauf des Vorhabens informiert worden. Dementsprechend unvorbereitet traf sie die Nachricht von dem Putschversuch und dessen Scheitern.[8]

Kurios ist, dass gerade dieses organisatorische Versagen maßgeblich dazu beitrug, dass das Organisationstalent Pfeffer in der Folge für mehr als ein Jahrzehnt fest an der Seite Hitlers stehen sollte. Auch wenn Hitler erst durch die propagandistische Inszenierung des am 26. Februar 1924 beginnenden Prozesses vor dem Volksgerichtshof in München[9] in eine Schlüsselposition gelangte, strahlte bereits die symbolische Tat des Marsches zur Feldherrenhalle auf Pfeffer eine nachhaltig wirkende Faszination aus.[10] Seinem Sohn schilderte er später:

6 Pfeffer: Die Bewegung, S. 12. An anderer Stelle schilderte Pfeffer, wohl stark übertrieben, dass »fertige Parallel-Putsche unter Ludendorff bereitgestanden [hätten], als der Hitler-Putsch programmwidrig frühzeitig vom Zaune brach«. ZZS Pfeffer II, Bl. 38. Auch der Stennes-Vertraute und Biograph, Charles Drage, berichtete von einem angeblichen Programm der vereinigten Rechten, in dessen Gesamtkontext der Hitlerputsch eingebunden gewesen sein sollte. Es fehlen hierzu jedoch dokumentarische Belege. Drage spricht zudem davon, dass Ludendorff im Herbst 1923 bei einer gemeinsamen Besprechung die Küstriner Aktion der Schwarzen Reichswehr derjenigen Hitlers vorgezogen hätte. Drage: Canossa, S. 90. Zur Konzeption des an sich von Hitler »mitgezogenen« Ludendorffs, vgl. auch Hofmann: Der Hitlerputsch, S. 117 f.

7 Vgl. zum Ablauf des Hitlerputschs: ebenda, S. 244 ff.; Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 256 ff.

8 Erich Hartmann: »Im Münsterland marschieren wir«, in: ›Münsterischer Anzeiger‹ vom 26. Juni 1936. Neben dem späteren Bezirksleiter Münsterland der NSDAP, Bernhard Hartmann, der aufgrund der sich verdichtenden Anzeichen kurz vor Putschbeginn in Richtung München aufbrach und am 8. November auf dem Kasseler Bahnsteig verhaftet wurde, reisten fünf unbekannte Nationalsozialisten offenbar unmittelbar nach Ausbruch des Putschversuches nach München. Auch sie erreichten ihr Ziel nicht. Ähnliches ist von Nationalsozialisten aus dem Siegerland überliefert. Willy Timm: Unna unter dem Hakenkreuz, Unna 1983, S. 11; Beck: Kampf und Sieg, S. 350 und 412. Vgl. auch Buschbecker: Gesetz, S. 209 f. Vgl. zum später kritischen Verhältnis Hartmanns zu Pfeffer: BArch: OPG – Kaufmann, UschlA an Pfeffer vom 16. Juni 1927 und FN 7/105.

9 Vgl. Otto Gritschneder: Das mißbrauchte Volksgericht, in: Lothar Gruchmann (Hrsg.): Der Hitler-Prozeß 1924, München, S. XVII-XLII.

10 ZZS Pfeffer I, Bl. 5. Durch Pfeffers Engagement bereits vor der Neugründung der NSDAP in Westfalen trifft man in der Literatur vereinzelt die Meinung, Pfeffer wäre am 9. November in München anwesend gewesen, (Jones: Hitler's heralds, S. 220) oder gar schwer verletzt worden. Glum: Nationalsozialismus, S. 156. Dem ist jedoch zu widersprechen.

»Bei Hitlers Putsch in München […] marschierten für diese Freiheit der nach Hindenburg berühmteste General Ludendorff neben dem Gefreiten Hitler, der Richter am Oberlandesgericht von Scheubner neben dem Bauarbeiter und der Handwerker, der Hutmacher Bauriedl, neben dem Offizier Ritter von Stranski[11] und dem Studenten von der Pfordten. Das gab es bis dahin nirgends auf der Welt. […] Sie marschierten nicht nur nebeneinander, sondern sie starben auch nebeneinander für diese Freiheit, für diese Idee. Hier wurde gezeigt, was es mit der neuen Volksgemeinschaft auf sich hat, was nationaler Sozialismus ist, ein ganzes Volk ohne soziale Klassengrenzen, auch im Tode gemeinsam für die Idee.«[12]

Fortan verklärte Pfeffer die Verzweiflungstat der gescheiterten Putschisten. Mussolinis Marsch auf Rom[13] und Kemal Atatürks nationale Revolution in der Türkei waren ihm, wie den meisten Zeitgenossen, dabei Referenzmaßstab und Leitbild zugleich. Pfeffer identifizierte sich, anders als noch bei Kapp 1920, uneingeschränkt mit den »Ideen« von München.

Auch wenn Hitler in der Ansicht Pfeffers »am 8./9. November zur Tat geschritten war und nicht bloß Reden geführt hatte, um die Weimarer Republik zu stürzen«,[14] »Führerqualitäten«[15] bewiesen hatte, bedeutete dies noch nicht die Anerkennung von Hitlers Führungsposition. In den von Pfeffer zu den Münchener Ereignissen in der Westfälischen Landeszeitung veröffentlichten Beiträgen sah er die Ursache für das Scheitern nicht in dem logistischen und organisatorischen Versagen Hitlers oder in der mangelnden Anziehungskraft Ludendorffs, sondern im Ausscheren seiner vermeintlichen Verbündeten, vor allem Kahrs.[16] Dennoch stellte er zu Hitler zurückhaltend fest: »… ein Fall Hitler wird bei uns selbstverständlich genau nach denselben Grundsätzen [wie der Fall Kahr] gemessen. Auch Hitler wird bekanntlich Wortbruch vorgewor-

11 Eigentlich: Lorenz Ritter von Stransky-Griffenfeld.

12 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.

13 Vgl. dazu seine Bezugnahme in der am 28. Juni 1924 erstellten Denkschrift »Parlament und wir«. StaM: Nr. 189, S. 6. »Unsere Bewegung muss […] wie in Italien mit souveräner Handbewegung alle diese trügerischen Einrichtungen beiseite schieben.«

14 ZZS Pfeffer I, Bl. 5.

15 StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 11.

16 »Kahrs vaterländisches und völkisches Streben wird nicht bezweifelt. […] Aber eines steht fest: Er hat keine ›Stage‹. Er hat zweifelsfrei jene Grenze weit überschritten, die unseren Führern heilig bleiben muss. Kahr kommt als unser Führer nicht mehr in Betracht.« ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 24. November 1923: »Stellungnahme Vereinigung ›Alte Kameraden‹ vom 22.11.1923«. In der Ausgabe vom 24. November positionierten sich auch Stahlhelm und Naendrup für den Westfalen-Treubund in diesem Sinne. ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 24. November 1923: »Stellungnahme des Westfalen Treubunds, Naendrup, 19.11.1923«. Bereits zuvor hatte Pfeffers Vertrauter und ehemaliger Adjutant Karl Gärtner als Vorsitzender des Verbands Heimattreuer Westfalen Kahr scharf angegriffen, was Pfeffer »lebhaft« begrüßte.

fen; aber hier steht augenblicklich noch nichts einwandfrei fest. Vor allem liegt noch keinerlei Stellung von Hitler selbst vor.«[17]

Vorerst war noch Ludendorff, nicht Hitler, für Pfeffer wie für die anderen westfälischen Rechtsverbände die zentrale völkische Identifikationsfigur. Naendrup brachte die Stimmung auf den Punkt, wenn er von einem »von Hagen gegen Siegfried hinterrücks geführten Speerstoß« Kahrs sprach und anschließend klarstellte: »Ludendorff ist unser Siegfried. Und nach München nicht weniger als vorher.«[18]

Nach dem abermaligen Scheitern eines Rechtsputsches – erneut hatte man in Westfalen nicht eingreifen können – herrschte unter den Anhängern Pfeffers Resignation. Zum Jahreswechsel 1923/24 sprach der RKO nur noch von rund 200 Gefolgsleuten Pfeffers.[19] Auch wenn etwa Naendrup nach wie vor auf eine Einigung Ludendorffs mit Seeckt hoffte,[20] wurde Pfeffer mit dem Putschversuch erneut vor Augen geführt, dass militärische, freikorpsähnliche Verbände oder auf einen militärischen Umsturz ausgerichtete Bünde in der sich konsolidierenden Republik keine Zukunft mehr hatten.[21] Zudem hatte sich das Bündnis mit den konservativen Kahr, Lossow oder Seißer als nicht tragfähig herausgestellt. Dennoch kam eine Kooperation oder gar ein Anschluss an die im illegalen Untergrund kämpfenden Organisationen, die zumeist schon im SSOS aktiv waren, für ihn, auch nach den persönlichen Enttäuschungen in Schlesien, nicht infrage.[22]

Der 9. November stellte für Pfeffer einen Markstein im Werdegang des »politischen Abenteurers«[23] Pfeffer dar. Die Einsicht, dass rein militärische Putschversuche unter den aktuellen Bedingungen aussichtslos waren, ist maßgeblich für die sich ab nun vollzogene Wandlung des reaktionären Weltkriegs- und Freikorpsoffiziers zum sozialrevolutionären »Politiker«. In seinen Stellungnahmen zu den Münchener Ereignissen ging Pfeffer erstmals über das bloße Organisieren reaktionär-antirepublikanischer Kräfte hinaus und legte öffentlich seine politischen Zielvorstellungen dar. Dass es sich dabei nicht um

17 ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 24. November 1923: »Stellungnahme von Pfeffers«.

18 ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 24. November 1923: »Stellungnahme des Westfalen Treubunds, Naendrup, 19.11.1923«.

19 BArch: R 1507/344, Bl. 125.

20 ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 24. November 1923: »Stellungnahme des Westfalen Treubunds, Naendrup, 19.11.1923«. Seeckt war im Zuge des Putsches die vollziehende Gewalt im Reich übertragen worden.

21 BArch: R 1507/228, Bl. 1 ff. Longerich bemerkt dazu treffend: »Die Phase des wilden konterrevolutionären Aktivismus, wie er in den unruhigen Nachkriegsjahren, großzügig durch staatlichen Stellen unterstützt, möglich gewesen war, ging zu Ende.« Longerich: Die braunen Bataillone, S. 48.

22 Hinzu kam, dass spätestens nach den unerwartet negativen Reaktionen der Öffentlichkeit auf den Mord an Rathenau durch die O. C. klar sein musste, dass mit einer Untergrunds- und Attentatspolitik weder Staat noch Staatsstreich zu machen war.

23 Frank: Hitler, S. 313.

die Konstruktion eines Staats- und Regierungssystems, sondern einen ebenso vagen wie utopischen Entwurf einer völkischen »Sozialethik« handelte, veranschaulicht zugleich, dass Pfeffer trotz des nun absehbaren Strategiewechsels seinen unbedingten revolutionären Radikalismus beibehielt. So stellte Pfeffer dar, dass der »Geist« der neuen »völkischen« Weltanschauung nicht nur mit den »›modernen‹ Formen brechen«, sondern »sich von Grund auf in anderen Bahnen« bewegen müsse. Zudem heißt es:

> »Die ideellen Güter sind für uns das höchste Ziel und unerlässliche Grundlage eines völkischen, deutschen Gemeinwesens. Die materiellen Güter stehen für uns erst in zweiter Linie; nie darf ihretwillen etwas von grundlegenden Idealen geopfert werden; nie darf z. B. Ehre und Treue zurückgesetzt werden, weil Nutzen und Vorteil winkt. Mit jedem Schritt über die Grenze würde man in das entgegengesetzte Lager des modernen internationalen Geistes irren. Ein Mittelding gibt es nicht. Der fremde Geist sieht Nutzen und Vorteil, bzw. den schieren Geldgewinn als höchstes Lebensziel, Staatsziel und Gemeinschafts-Grundlage an; Ehr und Treue gelten ihm [dem Parteipolitiker], soweit er sich überhaupt etwas darunter vorzustellen vermag, als eine altertümliche Bindung und Belastung […]. Solche jüdischen Grundsätze sehen wir als eine der Hauptquellen an, aus der die Verwirrung und Auslöschung unseres derzeitigen deutschen Gemeinwesens entspringt.«[24]

Die Versatzstücke aus wilhelminischer Erziehung, militärischem Gedankengut, Führererwartung[25] und der weltanschaulich radikalisierten Erfahrungswelt der Freikorpszeit mit all ihrer Rückwärtsgewandtheit und Modernisierungsskepsis, sind unverkennbar. Entscheidend war jedoch, dass sich Pfeffer, anders als etwa noch beim Prozess in Stargard, nun gar nicht mehr erst bemühte, seine Vorstellungen in das Wertesystem des vergangenen Kaiserreichs einzuordnen.[26] Stattdessen proklamierte er, basierend auf seinen eigenen Erfahrungs- und Vorstellungswelten, eine neue, ebenso subjektive wie willkürliche Werteordnung, die er unter die Begrifflichkeit des Völkischen subsumierte.

Der Ende Februar 1924 beginnende Hochverratsprozess gab der Deutung der Putschereignisse vor allem personell eine neue Akzentuierung. In dem im ganzen Reich mit Spannung erwarteten Prozess bestritt Hitler nicht nur nicht seine Schuld am Putschversuch, sondern inszenierte sich zum Initiator und zur Seele des Unternehmens. Auch Pfeffer in Münster zeigte sich von der

24 So Pfeffer in: ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 24. November 1923: »Stellungnahme Vereinigung ›Alte Kameraden‹ vom 22.11.1923«. ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 24. November 1923: »Stellungnahme von Pfeffers«.

25 »Freilich fehlt dem deutschen Volk ein allmächtiges: Richt Euch«, Pfeffer in: ebenda.

26 Vgl. dazu auch den Prozess gegen Pfeffer in Kapitel 2.4.2.

»Alles-oder-Nichts-Mentalität«[27] Hitlers stark beeindruckt.[28] Gegenüber dem »politischen Karneval«[29] Hitlers blieb der freigesprochene Ludendorff blass.[30] Dennoch sorgte die anschließende Haft Hitlers dafür, dass der Feldmarschall a. D. in Westfalen, wo der Prozess unter der darniederliegenden Rechten für Aufbruchstimmung gesorgt hatte, die zentrale Orientierungsgröße wurde.[31] Auch Pfeffer suchte in den kommenden Wochen intensiv den Kontakt zum ehemaligen Feldmarschall. Ihm traute er wohl am meisten zu, eine möglichst breite Vereinigung des rechten Spektrums durchzusetzen. Die Festungshaft Hitlers, der auch im Nordwesten massiv an Reputation gewonnen hatte, vertagte die Loyalitätsfrage.

5.2 Der Völkisch-Soziale Block und die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung

> »Im Einvernehmen mit Ludendorff, damals Idol aller, entschlossen wir uns, insofern mehr auf die Möglichkeiten des Weimar Systems [sic!] zurückzugreifen, dass wir uns kräftig der Parteipolitik bedienen, ja diese in den sichtbaren Vordergrund schieben sollten.«[32]

An die Stelle der nach dem Putschversuch verbotenen NSDAP rückte in Bayern die zunächst von Alfred Rosenberg im Auftrag Hitlers organisierte großdeutsche Volksgemeinschaft (GVG). Ab Sommer 1924 wurden hier nach internen Streitigkeiten Hermann Esser und Julius Streicher zu den bestimmenden Figuren. Komplexer gestaltete sich die Lage in Norddeutschland. Hier strömte die größte Anzahl der Mitglieder und durch den Putsch neu gewonnenen Sympathisanten der NSDAP Graefes Deutschvölkischer Freiheitspartei (DVFP) zu.[33] Parallel etablierte dieser zusammen mit Ludendorff und Gregor Strasser die sogenannte Reichsführerschaft.[34] Dieser einheitliche Überbau der

27 Hofmann: Der Hitlerputsch, S. 254.

28 »Speziell Herr v. P. wurde durch das Wort beeindruckt, dass Hitler dem Gericht zurief, dass er nach seiner Verurteilung und Freilassung genau dort weiterkämpfen werde, wo er am 9. November aufhören musste.« ZZS Pfeffer I, Bl. 5.

29 Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 272.

30 Ludendorff kommentierte diesen öffentlichkeitswirksam mit den Worten: »Ich empfinde diesen Freispruch als eine Schande für den Rock und für die Ehrenzeichen, die ich trage, gegenüber meinen Kameraden.« Zit. nach Dornberg: Hitlerputsch, S. 359.

31 Grevelhörster: Münster zu Anfang, S. 76; Beck: Kampf und Sieg, S. 255. Vgl. zum späteren Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd, Josef Wagner: ebenda, S. 63.

32 ZZS Pfeffer II, Bl. 37.

33 Die DVFP war im Dezember 1922 eigentlich als Abspaltung der DVP gegründet worden.

34 Ulrich Wörtz: Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Strasser-Kreises in der NSDAP. Eine historisch-politische Studie zum Verhältnis von sachlichem

Reichsführerschaft war ein Versuch, die Rechte reichsweit zusammenzufassen.[35] Zugleich entschied man sich für die Teilnahme an den Reichstagswahlen im Mai 1924.[36] Im Wahlkreis 17, Westfalen-Nord, hatte sich bereits Ende 1923 unter der Führung Pfeffers der Völkisch-Soziale Block (VSB) als Listenvereinigung bzw. Wahlplattform der Völkischen konstituiert.[37]

5.2.1 Struktur und Programm

Pfeffer übernahm zu Beginn des Jahres 1924, im Einvernehmen mit Rosenberg in München,[38] den als »Landesleitung« titulierten Vorsitz des VSB Westfalen.[39] Die meisten ehemaligen NSDAP-Mitglieder hatten sich Pfeffer bereits Ende 1923 unterstellt.[40] Die Anerkennung durch das Gros der Rechten resultierte in erster Linie aus seinen verzweigten persönlichen Verbindungen und seinem Renommee. Dies änderte jedoch nichts daran, dass sich auch Pfeffer in den kommenden Monaten gegen innerparteiliche Widersacher durchsetzen musste. Besonders die langwierige Auseinandersetzung mit Hugo Wachenfeld, einem regionalen Führer, der bereits vor dem November 1923 eine bestimmende Rolle innerhalb der NSDAP Westfalens innegehabt hatte, kann dabei als exemplarisch für den Konflikt zwischen Alt- und Neu-Nationalsozialisten in der Verbotszeit gelten.[41]

Hauptamtlicher Geschäftsführer der VSB wurde Pfeffers ehemaliger Adjutant, der Eisenbahn-Oberlandmesser a. D. Karl Gärtner, der gleichzeitig seinen Verband der heimattreuen Westfalen in den Völkisch-Sozialen Block einbrachte.[42]

Programm und persönlicher Führung in einer totalitären Bewegung, Stuttgart 1966, S. 40. Ursprünglich bestand das von Ludendorff und Graefe entworfene Triumvirat aus Ludendorff, Graefe und Hitler. Als Letzterer aufgrund seiner Handlungsunfähigkeit in Haft im Juli zurücktrat, wurde er durch Strasser ersetzt. Strasser nahm diese Position mutmaßlich gegen den Willen Hitlers an. Konrad Heiden: Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee, Berlin 1932, S. 182.

35 Vgl. zum Konflikt auf Reichsebene: Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 183 ff.

36 Grundlage der Vereinigung auf Reichsebene war das am 24. Februar geschlossene Abkommen zwischen der NSDAP-Nachfolgeorganisation und Graefes DVFP. Striesow: Deutschnationale Volkspartei, S. 433. Vgl. auch Reimer Wulff: Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1928, Marburg 1968, S. 37 ff.

37 Krüger: Treudeutsch, S. 200, Vgl. auch Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 173 ff. Vgl. dazu allg. Striesow: Deutschnationale Volkspartei, S. 440.

38 Pfeffer an Elberfeld vom 28. Mai 1924, in: Beck: Kampf und Sieg, S. 539 f.

39 StaM: Nr. 125.

40 Klein: Bannerträger, S. 16.

41 BArch: NS 1/411, Bl. o. Nr. Wachenfeld an GVG München vom 2. Juni 1924; Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 165 f.

42 StaM: Nr. 162, Rundschreiben Nr. 10 vom 6. September 1924. Offenbar fiel die Wahl auf Gärtner nicht aus persönlichen Gründen. Vielmehr war die Einbeziehung des eher deutschvölkisch orientierten Gärtners ebenfalls ein Teil des später von Pfeffer in

Hallermann blieb Pfeffers Adjutant und persönlicher Mitarbeiter.[43] Im März des Jahres 1924 zog Pfeffer mit seiner Frau in das standesgemäße Haus Busch nördlich von Hagen.[44] Pfeffer führte den Verband jedoch weiterhin von der Erphostraße in Münster aus und lebte von nun an unter der Woche von seiner Familie getrennt – ein Zustand, der bis ins Jahr 1936 mit nur kurzen Unterbrechungen anhalten sollte.

Pfeffers politische Orientierungsgröße war Ludendorff, da er in den Bemühungen um eine reichsweite Zusammenfassung der Rechten ein gemeinsames Interesse sah.[45] Im Gegenzug setzte Ludendorff später, wie noch aufzuzeigen sein wird, seine Autorität dafür ein, dass Pfeffer seinen Führungsanspruch in ganz Westfalen im Frühjahr/Sommer 1924 durchsetzen konnte.[46]

Die Frage, ob beim VSB in Münster von einer personellen wie institutionellen Kontinuität zur NSDAP zu sprechen ist, ist differenziert zu betrachten.[47] Zweifelsohne profitierte man von der Sogwirkung des Hitlerputschs,[48] mit dem bekannten Freikorpsführer an der Spitze rekrutierte sich die Anhängerschaft des VSB aber schon zuvor aus einem breiteren Reservoir aller rechten

seiner Zeitzeugenaussage erwähnten Kompromisses zwischen Deutschvölkischen und Nationalsozialisten. Vgl. ZZS Pfeffer I, Bl. 5 f. und FN 5/134.

43 Pfeffer vertraute offenbar nur Hallermann. Er blieb bis 1930 sein engster persönlicher Mitarbeiter. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 22.

44 Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer, S. 43. Vgl. auch Blank: Hagen, S. 399.

45 Vgl. Ludendorff an Ludolf Haase vom 21. März 1924, zit. nach Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 163. Vgl. auch Thoß: Der Ludendorff-Kreis, S. 60 und zeitgenössisch etwa Heydebreck: Wir Wehr-Wölfe, S. 163; Beck: Kampf und Sieg, S. 308.

46 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 180. Vgl. auch StaM: Nr. 125, Schriftwechsel Pferdekaemper und Ludendorff. Vgl. Kapitel 5.2.3.

47 Für eine solche Kontinuität plädiert Krüger. Krüger: Treudeutsch, S. 230. Vgl. hierzu relativierend Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 174 f. und 181 ff. Allerdings ist zu beachten, dass gerade Memoiren und Erinnerungsliteratur über die Ausrichtung der einzelnen Akteure häufig keine genaue Auskunft geben. Vielfach wurde in den Jahren nach 1933 jede Aktivität im rechten Spektrum als nationalsozialistisch umgedeutet. Vgl. StaM: Nr. 125, Fahrt der »Alten Garde«. Insgesamt greift der Versuch, Sympathien und Loyalitäten innerhalb des rechten Milieus ausschließlich anhand der Existenz von einzelnen Ortsgruppen nachzuweisen, zu kurz. Bestimmte Loyalitäten äußerten sich angesichts der kaum institutionalisierten Parteistrukturen sowie in Anbetracht der zu betrachtenden demokratiefernen und parteiskeptischen Klientel nicht zwangsläufig in Form von politischen Ortsgruppen. Vielmehr wäre hier auch ein Einblick in das Binnengefüge etwa der mannigfach auftretenden (»vorpolitischen«) Wehrverbände erforderlich, der jedoch mangels Quellengrundlage kaum geleistet werden kann.

48 BArch: R 1507/462, Bl. 10. In einem Polizeibericht hieß es etwa rückblickend: »Die N.S.D.A.P. tat in Hamm dem ›Stahlhelm‹ stark Abbruch, da bei Gründung dieser Partei im Mai 1924 so viele Stahlhelmangehörige übertraten, dass die Ortsgruppe des ›Stahlhelms‹ in Hamm damals einging.« StaM: Nr. 14414, Bl. 109, Polizeibericht vom 10. Februar 1925.

Gruppierungen.[49] Pfeffer sah den VSB als Teil der reichsweiten Sammlungsbewegung des rechten Spektrums und widersprach damit dem Absolutheitsanspruch der alten Nationalsozialisten. Gleichzeitig bezeichnete er sich selbst bereits im Juni 1924 als Nationalsozialist,[50] plädierte und verwendete bis Mitte 1925 jedoch den Begriff »völkisch« als Sammlungsbegriff für die gesamte rechte Klientel Westfalens.[51]

Eine deutliche programmatische Nähe zur NSDAP zeigte der VSB in den am 16. März vom Vorstand des Landesverbands des VSB beschlossenen 59 Leitsätzen.[52] Diese lehnten sich deutlich an die 25 Punkte der NSDAP an. Da Pfeffer bei der Ausarbeitung die maßgebliche Kraft war,[53] geben sie zugleich detaillierten Einblick in die Ideenwelt Pfeffers im Jahr 1924. So heißt es hierin:

> »Die Erreichung dieser völkischen Staats- und Wirtschaftsförderung ist natürlich erst möglich, wenn der wahre deutsche Geist zur Herrschaft gelangt ist und die Fremdartigen samt ihrer Denkungsart zurückgedrängt sind. Aber gegen drei ihrer mächtigen Bollwerke und Stützen können und müssen wir jetzt schon den Kampf eröffnen, gegen Marxismus, gegen Parlamentarismus, Mammonismus. Unser Kampf richtet sich gegen die staatszersetzende Lehre des Juden Marx, gegen die das Volk zerreißende Lehre vom Klassenkampf, gegen seine wirtschaftsmoderne Lehre der Verneinung jedes Privateigentumes und gegen seine rein ökonomische materialistische Lebensauffassung. Unser Kampf richtete sich gegen den Parlamentarismus, der in seiner jetzigen Form auf gänzlich undeutsche Grundsätze und Voraussetzungen aufgebaut ist und daher, wie täglich klarer sichtbar wird, völlig unfähig ist, den wahren Volkswillen zum Ausdruck zu bringen, oder irgendwie die Geschicke unseres Staates zum Wohle des deutschen Volkes zu leiten […] Unser Kampf richtet sich gegen das internationale Großkapital, das unser ganzes Volksvermögen rücksichtslos aussaugt …«[54]

49 Den bedeutendsten Zustrom dürfte Pfeffer, neben den Anhängern Hitlers und der Reichsführerschaft, aus dem Lager der ehemaligen aktiven Ruhrwiderständler gehabt haben. So waren einige Gruppierungen, die dem VSB nahestanden, bis Mitte 1924 nach wie vor auch im Widerstand gegen die französische Ruhrbesetzung aktiv. BArch: R 1601/2306, Bl. 209. Bericht vom 21. Mai 1924.

50 StaM: Nr. 189, S. 10.

51 Ebenda, S. 11.

52 Zu Zielen und Programm auf Reichsebene vgl. Wulff: Deutschvölkische Freiheitspartei, S. 55 ff.

53 Vgl. inhaltlich: ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 24. November 1923: »Stellungnahme von Pfeffers«.

54 Zitate aus den Leitsätzen nach: Beck: Kampf und Sieg, Leitsätze des Völkisch-Sozialen Blocks 17. Wahlkreis Westfalen-Nord, beschlossen am 16. März 1924, S. 573 f. Vgl. auch das in Auszügen vorhandene Original in: StaM: Nr. 162, Bl. 32. Leitsätze des Völkisch-Sozialen Blocks 17. Wahlkreis Westfalen-Nord, beschlossen am 16. März 1924.

Insgesamt war das Programm antidemokratisch, völkisch, antiliberal, rassistisch, antikapitalistisch und national. Deutlich wurden auch die vermeintlich »preußischen« Bezugspunkte, sowie sozialromantische Einschläge. So forderte der VSB »Gesetze zur Reinhaltung des deutschen Blutes«. Und stellte ebenso fest: »Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist. Ein Jude kann kein Volksgenosse sein.« Auch der Terminus der »Volksgemeinschaft« fand als »Hochziel« des VSB bereits Eingang in die Leitsätze. »Der Weg zu ihr geht nicht nur über tiefe Rassen- und Geisteskenntnisse, sondern natürlich auch über große Wirtschaftsreformen« heißt es weiter. Hierzu stellte man fest: »Der völkische Staat erkennt das Privateigentum an«, um dann für eine primitive Beteiligungslösung, eine »Produktivgemeinschaft zwischen Unternehmern, Arbeitnehmer[n] und Werk« zu plädieren. »Internationale Riesenbetriebe« seien dagegen »zu bekämpfen, abzubauen« oder ebenso »zu verstaatlichen« wie die Reichsbank, die Rentenbank und sämtliche Notenbanken. Stattdessen sollten »gemeinnützige Kreditinstitute« gefördert werden. Auf das wohl vor dem Putsch wirkungsmächtigste NS-Pamphlet, Feders »Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes«, nahm man mit der Formulierung »Befreiung des Staates und damit des Volkes aus einer zinspflichtigen Verschuldung gegenüber dem Großkapital (Banken und Börsen)« konkreten Bezug.[55] Der sozialistische Einschlag ist nicht zu verkennen. Zugleich fand auch die aus dem Baltikum importierte Raum-, Land- und Bodenideologie Eingang in das Programm. Dies war zugleich auch eine Reminiszenz an die in Westfalen nach wie vor gut organisierten ehemaligen Baltikumer.[56]

Auch stellte man sich gegen die »korrumpierende Parlamentswirtschaft« und forderte mit einem klaren Bezug auf den vergangenen preußischen Staat die Besserstellung des Beamtentums. Auch soziale Forderungen, wie das Heben des Bildungsstandards für Nachkommen armer Familien fanden Eingang in die Leitsätze. Der Bezug zu den persönlichen Erfahrungswelten Pfeffers wird erneut deutlich: So forderte das Programm den permanenten Konflikt mit der »Judenpresse«[57] und deren »Unterdrückung allen schändlichen Einflusses in Schrifttum, Bühne, Kunst, Lichtspiel, Presse usw.«. Auch bei der Formulierung »Schutz desjenigen, der ganz oder teilweise für das Allgemeinwohl arbeitet, vor Ausbeutung durch denjenigen, der seine ganze Kraft und Zeit auf Privatprofit anlegt«, sind Bezüge zur Lebenswirklichkeit Pfeffers unübersehbar.[58]

55 Zu Feder: Gottfried Feder: Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes, Diessen 1920. Zu Wirkungsmächtigkeit in Westfalen vgl. Klein: Bannerträger, S. 5.

56 StdAM: Amt 43 E Nr. 7, Bl. o. Nr. Manuskript Dr. Franz Wiemer: »Das weiße Münster und der Kampf gegen den Bolschewismus im Baltikum 1919« ca. 1936, S. 3.

57 HStaD: Nr. 16738, Bl. 171.

58 Vgl. Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009. Für Pfeffer ist diese Einstellung erstmals dokumentiert in BArch: R 1507/578-41, Bl. 30.

Bemerkenswert war die Stellung des VSB zur katholischen Kirche. Hierzu heißt es: Das Christentum müsse »geschützt und gefördert werden. Und die völlige Trennung von Staat und Kirche, die unter dem führenden Einfluss der Juden erfolgt ist, wird aufgehoben.«[59] Pfeffer war der Ansicht, dass gerade die Kirche als moralische Instanz dem Menschen Rückhalt und Sicherheit geben müsste.[60] Zweifelsohne orientierte sich diese Forderung auch an den sozio-politischen Gegebenheiten Münsters.

Trotz dieser thematischen Aufstellung lag in der programmatischen Arbeit des VSB nicht die Priorität Pfeffers. Er hatte kein Interesse angesichts der Heterogenität des Blocks durch doktrinäre politische Inhalte das Risiko neuerlicher Verwerfungen oder gar einer Spaltung einzugehen.[61] Stattdessen zielte er vor allem auf die organisatorische Durchdringung und die dauerhafte Etablierung und Vergrößerung des Verbands ab.[62] Denn von Beginn an zeigten sich auch im VSB Westfalen-Nord jene Probleme, die für die gesamte Rechtsbewegung während der Haftzeit Hitlers typisch waren.[63] Weder die regionale Autorität Pfeffers noch die der Reichsführerschaft reichten aus, um die Zentrifugalkräfte vollständig unter Kontrolle zu halten. Häufig hatten sich die Mitglieder und Sympathisanten des VSB aus einzelnen verdeckten und regionalen NSDAP-Nachfolgeorganisationen[64] sowie aus Kleinstorganisationen und aus Mitgliedern verschiedenster Wehrverbände rekrutiert. Die personalisierten Loyalitätsstrukturen innerhalb dieser nun dem VSB unterstellten Verbände sowie die Eitelkeiten und Zwiste unter den Führern stellten einen dauerhaften Unruhefaktor dar.[65] Gelungene Integrationen einzelner Gruppierungen führten häufig zu persönlichen Enttäuschungen und neuerlichen Abspaltungen

59 Beck: Kampf und Sieg, Leitsätze des Völkisch-Sozialen Blocks 17. Wahlkreis Westfalen-Nord, beschlossen am 16. März 1924, S. 573 f.

60 Vgl. zu Pfeffers Stellung zur Kirche Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

61 Dementsprechend hieß es auch in der Anmerkung zu den Leitlinien »Die vorstehenden ›Leitsätze‹ sind keine Flugschrift zur agitatorischen Veröffentlichung. Beck: Kampf und Sieg, Leitsätze des Völkisch-Sozialen Blocks 17. Wahlkreis Westfalen-Nord, beschlossen am 16. März 1924, S. 577.

62 Die 25 Punkte der NSDAP, »soweit man sie kannte, nahm […] man nicht allzu ernst«. So Pfeffer nach: ZZS Pfeffer I, Bl. 6.

63 Vgl. zu dem Chaos und gegeneinander der verschiedenen nationalistischen Richtungen mit dem Zirkulationspunkt München besonders in Polizeiberichten der Münchener Polizei ab Mitte 1924. Polizeidirektion München 1924, Bl. 17 ff. Vgl. Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 184 f.

64 Beck: Kampf und Sieg, S. 358.

65 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 164 ff. So wurde etwa noch im Sommer 1924 Mitgliedern der DVFP untersagt, Einladungen Pfeffers nachzukommen. StaM: Nr. 162, Rundschreiben der Deutschvölkischen Freiheitspartei Juni(?) 1924. Vgl. auch StaM: Nr. 125, Pferdekaemper an Ludendorff vom 8. Juni 1924. Hinzu kam der gegen Ende des Jahres 1924 steigende Einfluss des Norddeutschen Direktoriums, das sich ausschließlich zu Hitler bekannte. Vgl. auch StaM: Nr. 1442, Bl. o. Nr. oder Striesow: Deutschnationale Volkspartei, S. 441.

von Splittergruppierungen.[66] Doppelmitgliedschaften, ständige Fluktuation und Positionswechsel der jeweiligen Unterführer verstärkten das institutionelle Chaos. Hinzu kamen unterschiedliche Programmvorstellungen. Konflikte, insbesondere zwischen den völkisch orientierten Sympathisanten Graefes und den alten radikaleren Anhängern Hitlers, waren zwangsläufig.[67]

Welche Schwierigkeit dies in sich barg, zeigte sich auch schon bald im unmittelbaren Umfeld Pfeffers. Zwar gelang es ihm, seine »Alten Kameraden«, bei beibehaltener organisatorischer Eigenständigkeit, in den VSB zu integrieren, jedoch schon beim Treubund gestaltete sich dies schwierig. Noch knapp ein Jahr später trat dieser unter eigener Firmierung auf.[68]

Für Pfeffer rückten dennoch besonders die Wehrverbände als natürliches völkisches Kräftereservoir in den Fokus der Werbung. So wurden die Mitglieder des VSB zunächst aufgefordert, in diese einzutreten und hier für den VSB nicht nur aktiv zu werben, sondern gezielt dessen Interessen zu platzieren. Pfeffers Expertisen im Bereich der Infiltration und Unterwanderung nutzten hier allerdings wenig. Als es im Herbst 1924 zu einer Kraftprobe innerhalb des Münsteraner Stahlhelms kam, stand die Fraktion des VSB mit der Forderung der Unterstellung des Stahlhelms Münster unter die Reichsführerschaft auf verlorenem Posten.[69] In den kommenden Monaten waren die Beziehungen der beiden Organisationen stark belastet.[70] Im September 1924 gab Pfeffer Hallermann den Auftrag, in einem Rundschreiben an die Mitglieder für Klarheit im Verhältnis zwischen VSB und Wehrverbänden zu sorgen. Hierin hieß es:

> »Die Verbände sind unpolitische Wehrverbände, wir sind eine rein politische Bewegung. Wir stehen zu ihnen nicht anders, als zu allen anderen politischen Parteien. Jeder Mann kann (und muss sogar) sowohl einem Wehrverbande als auch gleichzeitig einer entschiedenen politischen Bewegung angehören. […] Selbstverständlich kann niemand zwei Wehrverbänden gleichzeitig angehören. Die Mitglieder rein ›völkischer‹ Wehrverbände (S. A.) müssen natürlich aus vaterländischen Verbänden ausscheiden. Man bereite hier aber keine Konkurrenz gegen diejenigen vaterländischen Wehrverbände, die sich in völkischer Entwicklung befinden. Es ist viel wichtiger, dass sie mit allen ihren wertvollen aktivistischen Männern einmal geschlos-

66 StaM: Nr. 125, Pferdekaemper an Ludendorff vom 8. Juni 1924. So auch etwa Klein: Bannerträger, S. 2.

67 ZZS Pfeffer I, Bl. 5; Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 185.

68 Krüger: Treudeutsch, S. 249. Zu Pfeffers Werben um den Treubund vgl. BArch: R 1601/2306, Bl. 415; StaM: Nr. 162, Rundschreiben Nr. 13 vom 26. September 1924.

69 Vgl. »An den Stahlhelm B.d. F., Ortsgruppe Münster, 1. September 1924, in Beck: Kampf und Sieg, S. 584. Vgl. auch die Schrift des Münsteraner Stahlhelmführers General a. D. Kreuter, in: StaM: Nr. 165. Kreuter lehnt hier jede Annäherung an den VSB ab.

70 Vgl. genauer zum Konflikt der VSB mit dem Stahlhelm Münster: Krüger: Treudeutsch, S. 231 f.

sen in die Reihen unserer Wehrverbände übertreten (ohne Änderung ihres Namens, Banners, Form, Eigenart samt ihrem fertigen Apparat als dass man jetzt einige völkische Vorkämpfer aus ihnen herauszieht). Die vaterländischen Wehrverbände, deren Ausdehnung sich auf Westfalen beschränkt, und denen der Anschluss an eine große Gemeinschaft fehlt (Westf. Treubund; Westfalen-Bund, Cherusker-Bund, Baltikumer usw.) dürften bald den Weg in unsere Reihen finden oder von der Bildfläche verschwinden. […] Die hiesigen Teile von Oberland und eine Reihe anderer örtlicher Gebilde sind bereits S. A.«[71]

Das Schreiben zeigt, dass trotz der Niederlage Pfeffer an der Idee der Integration aller Rechtsverbände unter einer einheitlichen Führung festhielt. Dafür war er nun auch bereit, die »Eigenarten« der Wehrverbände zu akzeptieren.[72] Die Bezirksleiter wurden ersucht, mit den Wehrverbänden »in geeigneter Form Fühlung aufzunehmen«.[73] Pfeffer war nicht bereit, auf dieses »Sammelbecken aller Aktivisten«[74] zu verzichten.

Obwohl der VSB, um ein Verbot zu umgehen, gezwungen war, sich als Wahlvereinigung zu konstituieren, war die Frage nach der Teilnahme an den Reichstagswahlen vom Mai die wohl kontroverseste Entscheidung des Jahres 1924 im VSB.[75] Hierzu heißt es in den Leitsätzen sibyllinisch:

»Die Freiheitsbewegung ist kein[e] ›Partei‹; sie hat mit dem Parlament und seinem Geist nichts zu tun, sie erfasst im Gegenteil alle, die Parteikram und Parlamentarismus satt haben. Trotzdem müssen wir zur Wahl aufrufen. Wir wollen auf die vielen Vorteile, die heutzutage ein starker Block im Parlament mit sich bringt, nicht verzichten […]. Der ›Völkisch-soziale Block‹ stellt nicht die ganze Freiheitsbewegung dar: er ist nur ihr Ausfluss, ihr Exponent, ihr Organ. Wir wissen sehr wohl, dass allein durch eine parlamentarische Organisation und durch das Parlament niemals Entscheidungen und niemals die ersehnte deutsche Freiheit erreicht werden kann. Die Freiheitsbewegung hat ihren Schwerpunkt im Volke, im Parlament sitzen nur Helfer und Beauftragte.«[76]

Erneut wird hier der um die Jahreswende 1923/24 erfolgte Paradigmenwandel Pfeffers deutlich. Trotz der beibehaltenen Fundamentalopposition gegen die Republik trat an die Stelle der militärischen Putschabsichten nun ein gewisses Arrangement mit deren Bedingungen und Methoden. Die Teilnahme am poli-

71 StaM: Nr. 162, VSB, Rundschreiben Nr. 13 vom 26. September 1924.
72 StaM: Nr. 165, Bl. O. Nr.
73 StaM: Nr. 162, VSB, Rundschreiben Nr. 13 vom 26. September 1924.
74 Ebenda, VSB, Rundschreiben Nr. 13 vom 26. September 1924.
75 So auch in der Selbstansicht. StaM: Nr. 189, »Parlament und wir«, S. 2 f. Eine Haltung, die etwa vom Norddeutschen Direktorium strikt abgelehnt wurde. Vgl. auch Krüger: Treudeutsch, S. 202.
76 StaM: Nr. 162, Bl. 32. Leitsätze des Völkisch-Sozialen Blocks 17. Wahlkreis Westfalen-Nord, beschlossen am 16. März 1924.

tischen Meinungskampf löste den Versuch der militärischen Machtkumulation ab. Die Akzeptanz der »juristisch zwar schönen, praktisch aber törichten Verfassung von Weimar« bedeutete dies freilich nicht.[77] Dass Pfeffer mit diesem Kompromiss seiner noch im November von ihm proklamierten völkischen Ethik, in der er jedes Arrangement mit den »jüdischen Grundsätzen« der Republik ablehnte, widersprach, kümmerte ihn nicht.[78]

5.2.2 Wahlkampf und Reichstagswahlen

> »Es ist kein Wahlkampf in der Weimarer Zeit mit solchem Maß von Demagogie und Verlogenheit geführt worden, wie der zu den Maiwahlen des Jahres 1924.«[79]

Obwohl Pfeffers Ambitionen ganz Westfalen galten, konzentrierte er sich in der Vorbereitung auf die Reichstagswahlen am 4. Mai auf den Wahlkreis Nr. 18 Westfalen-Nord.[80] Hier hatte er sich bis dato als starker Mann durchgesetzt und die Sammlung der Rechten erfolgreich vorangetrieben. Im Süden allerdings, in dem Listenführer Kurt Günther, Führer des »Antisemitenbunds«[81] und überzeugter Nationalsozialist der Richtung Graefes, für den VSB kandidierte,[82] trat Wachenfeld, der im VSB nur »Parteibonzen«[83] am Werke sah, mit einem eigenen Listenvorschlag – dem »Völkischen Block« – zur Wahl an.[84]

77 So Pfeffer nach: Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 52.

78 Vgl. dazu auch die späteren Diskussionen um die Teilnahme an Wahlen Kapitel 5.4.

79 Carl Severing: Mein Lebensweg. Bd. 2: Vom Schlosser zum Minister, Köln 1950, S. 17.

80 Dieser beinhaltete Westfalen-Lippe, die Regierungsbezirke Münster und Minden, die Freistaaten Lippe und Schaumburg-Lippe, den Kreis Grafschaft Schaumburg sowie den Regierungsbezirk Arnsberg. StaM: Nr. 125, Bl. o. Nr.

81 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 160 ff.

82 ZZS Pfeffer I, Bl. 5. Vgl. zum Konflikt Günthers mit Rosenberg: BArch: NS 1/410, Günther an die GVG vom 6. Oktober 1924.

83 So Wachenfeld in: StaM: Nr. 162, Abschrift Westfalen Süd an Düsseldorf Ost, ca. Juni 1924.

84 Reichsweit firmierte der VSB unter der Bezeichnung Nationalsozialistische Freiheitspartei (NSFP), sodass im komplexen Wahlrecht die überhängenden Stimmen auf Reichsebene zugutekamen. Trotz vielfacher Animositäten hatte man es erreicht, auf Reichsebene in einem gemeinsamen Bündnis aufzutreten. Nur die Deutsch-Soziale Partei blieb außen vor. Der offizielle Name lautete: »Vereinigte Listen der DVFP und der NSDAP«. Die Reichsliste firmierte unter dem Namen Deutschvölkische Freiheitspartei: Die Landeslisten trugen jedoch unterschiedliche Bezeichnungen wie Völkischer Block (u. a. Franken); Deutschvölkischer Wahlverband (Pommern); Deutschvölkische Freiheitspartei (u. a. Berlin); Völkischsozialer Freiheitsblock (u. a. Ostpreußen) und eben Völkisch-Sozialer Block (u. a. Westfalen und Norddeutschland). Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 315, I. Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924 und am 7. Dezember 1924 (Zweite und Dritte Wahlperiode), Berlin 1928,

Pfeffer stürzte sich angesichts seines strikten Antiparlamentarismus mit erstaunlichem Elan in den Wahlkampf. Das Hauptpotenzial der Bewegung sah er, ungeachtet des ländlich geprägten Wahlkreises, in der Gewinnung der Arbeiterschaft.[85] Von Angriffen gegen die Völkischen nahm man Abstand.[86] Als Spitzenkandidat für die Landesliste Westfalen fungierte daher ein Bergarbeiter namens Heinrich Dolle,[87] der allerdings zuvor gegenüber Pfeffer schriftlich erklären musste, dass er selbst im Falle seiner Wahl ein Mandat keinesfalls annehmen würde.[88] Mit einem Arbeiter als Listenführer erhoffte man sich bessere Erfolgschancen. Gleichzeitig sah Pfeffer auch durch die ungewöhnliche Klausel in Dolles Spitzenkandidatur offenbar keine Gefahr für seinen Status als Gauführer und verzichtete selbst auf den vordersten Listenplatz. Parlamentarische Arbeit lehnte er nach wie vor ab. So weit reichte sein Arrangement mit der republikanischen Methode[89] und der verschmähten »Tagespolitik«[90] nicht. Um dennoch aus seiner Popularität Nutzen zu ziehen,[91] belegte er den aussichtslosen dritten Listenplatz.[92]

In den folgenden Wahlkampfmonaten entfachte der VSB angesichts der provisorischen Strukturen eine beachtenswerte Aktivität.[93] Der Erfolg der »Vereinigen Völkischen Liste« am 10. Februar in Thüringen sowie der Hitlerprozess gaben auch den Völkischen in Westfalen sichtbaren Aufwind. Im Mittelpunkt der Kampagne stand die Abgrenzung von den »Parlamentariern aller Färbung«[94], wobei man vor allem die Linksparteien als Konkurrenz um die Wählergunst der Arbeiter massiv anging.[95] Zudem polemisierte man gegen das

B. I, S. 6 ff. Vgl. zu Wahlkampf und Wahlen auf Reichsebene: Wulff: Deutschvölkische Freiheitspartei, S. 36 ff.

85 Zu Zielen und Programm auf Reichsebene vgl. ebenda, S. 55 ff.

86 ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 8. April 1924: »Offener Brief an die Deutschnationalen des Münsterlandes«; Krüger: Treudeutsch, S. 208.

87 Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 315, I, B. II, S. 52. Mehr Erfolg hatte man mit der etwa zeitgleichen Werbung des späteren Gauleiters von Mecklenburg, Friedrich Hildebrandt. ZZS Pfeffer I, Bl. 6. Pfeffer nennt ihn hier »Dölle«. Vgl. zu Dolle: BArch: NS 26/1215 und BArch: NS 26/2508.

88 Krüger: Treudeutsch, S. 209. Später überwarf sich Pfeffer mit Dolle. BArch: OPG-Dolle; ZZS Pfeffer I, Bl. 6. Analog hierzu kam es wohl auch auf Reichsebene bei der Aufstellung der Kandidatenlisten zu größeren Uneinigkeiten. Vgl. Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 185 f.

89 Vgl. zur Interpretation dieser Methoden durch Pfeffer Kapitel 5.2.3.

90 ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 24. November 1923: »Stellungnahme von Pfeffers«.

91 Vgl. StaM: Nr. 165, Richtlinien für Stadtverordnete und Kommunalvertreter, August(?) 1924, sowie FN 5/143.

92 Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 315, I, B. II, S. 52.

93 Vgl. anekdotenhaft: Erich Hartmann: »Im Münsterland marschieren wir«, in: ›Münsterischer Anzeiger‹ vom 26. Juni 1936.

94 Wahlplakat der Flugblattpropaganda der DNVP zit. nach Dirk Lau: Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930, Marburg 2008, S. 289.

95 Ebenda, S. 291.

Versailler Diktat, gegen das sich »›alle Betrogenen und Wahrheitssuchenden‹ unter der Parole ›der Einheitsfront des schaffenden deutschen Volks‹« zusammenschließen sollten.[96] Deutlich wurde auch die antisemitische Stoßrichtung des VSB.[97]

Pfeffer trat selbst, ungeachtet der Anfeindungen in der Linkspresse,[98] bei mehreren Veranstaltungen auf. Am 27. März wurde er etwa bei einer Podiumsdiskussion als »bekannter unerschrockener Führer im Feld und im Kriege nach dem Krieg […] lebhaft begrüßt«.[99] Dabei betrat er mit der öffentlichen Agitation auch persönlich Neuland. Obwohl er intellektuell wie rhetorisch den meisten Gegnern ebenbürtig gewesen sein musste, zeigt der weitere Verlauf seiner politischen Karriere, dass er an solchen Aufritten wenig Gefallen fand. Zeugnisse von großen, begeisterten öffentlichen Reden sind von ihm weder hier noch später überliefert. Sein Charisma, welches zweifelsohne in persönlichen Gesprächen in kleiner Runde wirkte, verlor offenbar in der Anonymität politischer (Massen-)Veranstaltungen einen großen Teil der Wirkung. Gefallen fand Pfeffer am öffentlichen Werben um Wählerstimmen keinesfalls. Die Erfahrungen des Wahlkampfes vom Frühjahr 1924 bestätigten ihn darin, sich künftig mehr auf seine organisatorischen Fähigkeiten, seine verbindliche und eindringliche persönliche Art wie auf seine konspirativen Kompetenzen zu konzentrieren, anstatt als öffentlicher Agitator in Erscheinung zu treten.[100]

Die Kosten für den Wahlkampf sprengten die finanziellen Kräfte des jungen Landesverbands bei Weitem. Pfeffer bereitete dies ob seiner unbekümmerten Einstellung zu monetären Dingen nur wenig Sorgen. Sowohl er selbst als auch Gärtner steuerten nicht unerhebliche Mengen an privatem Vermögen zum Wahlkampf bei.[101]

Reichsweit endete die Wahl für die NSFP mit einem großen Erfolg. Knapp zwei Millionen Stimmen bedeuteten 6,5 Prozent und insgesamt 32 Mandate im neuen Reichstag.[102] In Westfalen schloss man allerdings deutlich schwächer ab. Trotz des diesbezüglich ausgewählten Spitzenkandidaten war es weder gelungen, die Arbeiterschaft am Rande des Ruhrgebiets für sich zu gewinnen, noch in die katholische Klientel im Münsterland einzudringen. In Westfalen-Süd erreichte der »Völkische Block« Wachenfelds offenbar fast ohne Wahlwerbung

96 StaM: Nr. 162, Bl. 32. Leitsätze des Völkisch-Sozialen Blocks 17. Wahlkreis Westfalen-Nord, beschlossen am 16. März 1924.

97 Lau: Wahlkämpfe der Weimarer, S. 290 ff.

98 ›Weckruf‹ vom 7. Juni 1924: »Die Mordorganisation Pfeffer«. Für die Linke war wohl Pfeffers betont militärische Attitüde Provokation und Anlass zum Spott zugleich.

99 ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 27. März 1924: »Erste Wahlversammlung der Deutschnationalen. Staatssekretär a. D. Wallraf, M. D.L., in der Stadthalle«.

100 Vgl. StaM: Nr. 189, »Parlament und wir«, S. 6. und FN 5/152.

101 BArch: NS 26/86, Pfeffer an Hitler und Strasser vom 22. August 1925. Vgl. auch Kapitel 7.1.

102 Vgl. zusammenfassend: Lau: Wahlkämpfe der Weimarer, S. 296 ff.

über 9.500 Stimmen.[103] Der VSB kam hier nur auf 19.109 Stimmen und 1,5 Prozent. Bei Pfeffer im Süden lag das Ergebnis immerhin bei 37.167 Stimmen und 3,5 Prozent.[104]

5.2.3 Ringen um Richtung

Die Wochen nach den Wahlen nutzte Pfeffer zur Aufarbeitung einer der bislang strittigsten Fragen des jungen Verbandes – der Stellung des VSB zum parlamentarischen System. Am 29. Juni 1924 legte er den »Herren Reichsführer«, Graefe, Ludendorff und Strasser, sowie seinen Bezirksleitern seine neunseitige Denkschrift »Parlament und wir« vor. Nach den Richtlinien des VSB gibt diese zweite programmatische Schrift Pfeffers einen weiteren detaillierten Einblick in dessen Weltanschauung. Neben dem Antiparlamentarismus ist vor allem Pfeffers nun in aller Radikalität zum Vorschein tretender Antisemitismus zentrales Merkmal der Schrift. Die Verschmelzung dieser beiden Dogmen wird hier offensichtlich. So schrieb er: »Dies Parlament ist ein auf Lüge aufgebautes Schwindelunternehmen. Es ist ein unwürdiges, bestelltes und bezahltes Theater. Es ist die Maske, hinter der sich andere verbergen. Die den Grad unserer Dummheit geschickt erkannt haben. Es ist nicht der Ausdruck unseres souveränen Volkswillens. Es ist Sünde, sich an diesem Betrug zu beteiligen.«[105]

Tatsächlich wären es »Juda und das internationale Großkapital«, die die Herrschaft ausübten. Gleich dreimal nahm er Bezug auf die »Protokolle der Weisen von Zion«[106] und ergänzte mit Blick auf seine eigenen Erfahrungen: Die »tonangebende Beeinflussung besorgt die Presse«, die »die wahren Herrscher natürlich fest in der Hand« behalten würden.[107]

Die Entscheidung zur Teilnahme an Wahlen trug Pfeffer weiterhin mit, forderte jedoch, »diesen Irrwahn aus unseren Reihen gründlich zu vertreiben und unsere Bewegung nun endlich von den gefährlichen Rückständen des

103 Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 315, I, Bd. I; S. 15.

104 Damit verpasst Dolle den Einzug in den Reichstag über die Wahlkreisverbandsebene nach den Berechnungen des VSB um etwa 4.000 Stimmen. Vgl. ZZS Pfeffer I, Bl. 6.

105 StaM: Nr. 189, »Parlament und wir«, S. 3. Auffallend ist auch hier die christliche Assoziation. Vgl. FN 5/59 ff.

106 Vgl. zur Instrumentalisierung der »Protokolle« durch Hitler und den Nationalsozialismus Volker Losemann: Rassenideologie und antisemitische Publizistik in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Wolfgang Benz et al. (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord, Bonn 1997, S. 304-337, S. 326 ff. Vgl. weiter Philipp Theisohn: Die »Protokolle der Weisen von Zion« oder das Plagiat im Denkraum des Faschismus, in: Eva Horn (Hrsg.): Die Fiktion von der jüdischen Weltverschwörung, Göttingen 2012, S. 190-207.

107 Ebenda, »Parlament und wir«, S. 2 f. Wenige Wochen später ließ er Gärtner zudem in einem Gaurundschreiben verkünden: »In leitenden Stellen sitzen Juden. Die Gelder werden von jüdischen Firmen und Banken aufgebracht.« StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 9 vom 23. Juli 1924.

Wahlkampfes zu befreien«.[108] Vor allem sah er zwei schwerwiegende Gefahren für die Bewegung. Dazu formulierte er:

> »Auch wir Völkischen haben diesen bedenklichen Schritt letzthin mitgemacht. Aber wir haben ihn mit vollem Bewusstsein mitgemacht. Wir wollten eine ganze Reihe taktischer Vorteile dabei gewinnen, wenn wir dem großzügigen Willen Judas einen Augenblick nachgaben. Ein zweischneidiges Schwert. Wir wollten ›vom Juden essen‹, ohne daran zu sterben. […] Jetzt haben wir Glückliche alle Vorteile geschluckt, mit denen Juda den Parlamentsrummel ausstattete, um ihn zugkräftig und annehmbar zu machen. [….] Diese gilt es jetzt zu lösen.«[109]

Ungemein kritischer ging Pfeffer mit den eigenen Abgeordneten ins Gericht. Er warf ihnen vor, sich nur acht Wochen nach der Wahl stillschweigend mit ihrer Rolle als Parlamentarier, die sich am regulären Parlamentsablauf beteiligten,[110] zu arrangieren und sich daher vom »jüdischen System« korrumpieren zu lassen. Bei einigen der »mittleren Führung« und unter den Abgeordneten würden sich die »viel bequemeren landläufigen ›Partei‹-Gepflogenheiten« durchsetzen. Die damit einsetzende Verbürgerlichung würde das revolutionäre Gedankengut und den Aktivismus – das Alleinstellungsmerkmal der »Bewegung« – in den Hintergrund rücken.[111] Auch plädierte er erneut für einen strikt hierarchischen Aufbau der »Bewegung«. Die Abgeordneten sollten nur weisungsgebundene Vertreter der Obersten Reichsleitung und ähnlich der »freiwilligen Sturmtruppen« »eine Waffe« in den Händen der Parteileitung sein.[112] Dazu schrieb er:

> »Unsere Bewegung muss völlig frei und unabhängig von jüdischen Staatseinrichtungen stehen und wachsen, um einst wie in Italien mit souveräner Handbewegung diese trügerischen Einrichtungen bei Seite zu schieben. Bis dahin ist die völkische Parlamentsfraktion lediglich eine Gruppe Beauftragter, die nach genauen Befehlen gewisse Aufgaben zu erfüllen haben, die ihnen im Rahmen der großen völkischen Pläne für ihren beschränkten Wirkungskreis zugewiesen werden.«[113]

108 Ebenda, »Parlament und wir«, S. 1 f.
109 Ebenda, »Parlament und wir«, S. 3.
110 Zuvor hatten die Abgeordneten der radikalen Rechten als Fraktion, die sich zuvor unter dem Namen Nationalsozialistische Freiheitspartei (NSFP) zusammenschlossen. Wörtz: Programmatik und Führerprinzip, S. 40 ff.; Frank: Hitler, S. 37 ff.; Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 182 ff.
111 Vgl. dazu Pfeffers später wenn auch deutlich überzeichneten Kommentar in: ZZS Pfeffer I, Bl. 22.
112 StaM: Nr. 189, »Parlament und wir«, S. 6 ff.
113 Ebenda, »Parlament und wir«, S. 6.

Pfeffer sprach sich auch gegen die Namensgebung der Fraktion, »Nationalsozialistische Freiheitspartei«, aus.[114] Er hielt den Begriff »völkisch«, nicht nationalsozialistisch, als geeigneten integrativen Oberbegriff für die Rechte.[115] Dem Integrationspotenzial des Begriffs »nationalsozialistisch«, gerade nach dem Hitlerprozess, war er sich offenbar nicht bewusst.

Trotz dieser Kritik Pfeffers hatte es die extreme Rechte erstmals seit Kriegsende vermocht, mit der Reichsführerschaft eine weitgehend anerkannte Dachorganisation zu etablieren.[116] Mit der Konstituierung der Fraktion der NSFP wurden nun die Stimmen lauter, die auch eine einheitliche Organisationsstruktur für die Landesverbände forderten. Obgleich sich der Vereinigungsprozess denkbar schwierig gestaltete,[117] wurde dennoch auf einem Vereinigungsparteitag von DVVP und der NSDAP vom 15. bis 17. August 1924 in Weimar die neue »Großform«[118] unter dem Namen »Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Großdeutschlands« (NSFB) konstituiert.[119] Pfeffer war über die Entwicklung hoch zufrieden. Endlich schienen sich in der Rechten die zur Vereinigung bereiten Kräfte durchzusetzen.[120] Von Westfalen aus schaltete sich Pfeffer im Vorfeld durch Anträge intensiv in diesen Prozess ein. Mehrfach reiste er nach Berlin, um für seine Vorstellungen zu werben. Erneut machte er sich gegen die Verwendung des Begriffes Partei stark.[121] Bedeutsamer waren

114 Der Name war ein Kompromiss zwischen den Deutschvölkischen Graefe und Wulle und den Nationalsozialisten um Ludendorff, Esser, Frick, Röhm und Strasser. Letztere lehnten ein dauerhaftes Fortführen des Namens DVFP ab.

115 Vgl. ebenda, S. 11.

116 Zu den Außenstehenden: Wulff: Deutschvölkische Freiheitspartei, S. 61 f.

117 Vgl. StaM: Nr. 165, Rundschreiben 12 vom 26. August 1924. Die GVG um Esser und Streicher hatte sich inzwischen restlos von der DVFP losgesagt. Vgl. auch Striesow: Deutschnationale Volkspartei, S. 441 ff. Zu den internen Scharmützeln und den provisorischen Bedingungen vgl. die Schilderungen des späteren Gauleiters von Schwaben Wahl. Karl Wahl: »… es ist das deutsche Herz«. Erlebnisse und Erkenntnisse eines ehemaligen Gauleiters, Augsburg 1954, S. 48 f. Und zur Konkurrenz zwischen NSDAP und DNVP siehe Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 183 ff.

118 Gärtner in StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 9 vom 23. Juli 1924.

119 Wulff: Deutschvölkische Freiheitspartei, S. 52 ff. Vgl. weiterführend zu den Verhandlungen im Vorfeld: IfZ 1920. Pfeffer führte auf den 1. Oktober den neuen Verbandsnamen in Westfalen ein. Böhnke: NSDAP im Ruhrgebiet, S. 76. StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 10 vom 6. September 1924.

120 Am 12. Juli schrieb er etwa, er sehe auch die DVFP »wie alle anderen Gebilde einschl. NSDAP, nur als notwendigen Vorläufer an, die nach Erreichung der einheitlichen Großform ihr Lebenswerk vollbracht haben und in der neuen gemeinsamen Form aufgehen müssen. […] Keinesfalls dulde ich hier eine Rückwärtsentwicklung der neuen geschlossenen Massen in zwei Lager einer überlebten Epoche!« StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 7. vom 12. Juli 1924.

121 So schrieb er am 1. Juli: »Der Name unserer Bewegung darf auf keinen Fall die falsche, verwirrende, unglückselige Bezeichnung ›Partei‹ tragen. Unter Partei versteht man heutzutage den Begriff Parlamentspartei; alles andere ist Wortklauberei.« StaM: Nr. 165, Rundschreiben vom 1. Juni 1924. Vgl. auch StaM: Nr. 189, »Parlament und wir«, S. 6.

jedoch seine organisatorischen Vorschläge. So setzte er sich erneut für eine klare Hierarchie innerhalb der völkischen Bewegung ein. Die Reichsführerschaft sollte gegenüber allen anderen Instanzen – der SA, aber besonders auch gegenüber der Fraktion – weisungsbefugt sein.[122] Zur Rolle der Abgeordneten präzisierte er, dass man deren Immunität und Finanzierung durch den Staat ausschließlich für die Bewegung nutzen solle: »Die Abgeordneten sollen für uns arbeiten, nicht das Parlament! Nützen wir alle Vorteile aus! Die Waffenstapelung der Kommunisten im Fraktionszimmer war in der Idee richtig!«[123] Pfeffers Initiative war ein Erfolg. Am 26. August konnte er seinen Geschäftsführer Gärtner vermelden lassen, dass Westfalen

> »einen fühlbaren Einfluss auf die Entwicklung unserer Bewegung ausgeübt hat. Einzelne Maßnahmen werden ausdrücklich auf unsere Anträge zurückgeführt, andere entsprechen ihnen genau. […] So ist das Wort Partei überall gestrichen. Der Parteitag erhielt im letzten Moment eine andere Bezeichnung. Die Stellung der Parlamentsfraktionen und der Landesorganisationen entsprechen genau unseren Gedanken in ›Parlament und wir‹, die überhaupt die allgemeine Stimmung richtig getroffen haben.«[124]

Die von Pfeffer geforderte unmittelbare Unterstellung Westfalens unter die »Reichsführerschaft« wurde allerdings abgelehnt. Organisatorisch stand der nun »Gau« Westfalen im Landesverband Preußen unter der »Preußenführerschaft« Wulles, Reventlows und Vahlens.[125]

Innerhalb Westfalens nahm Pfeffer den Erfolg um die Gründung des NSFB zum Anlass, um in dem noch immer wenig homogenen Verband seine Führungsrolle weiter auszubauen.[126] Im Mai hatte er seinen Anspruch auf die Führung ganz Westfalens erneut deutlich gemacht.[127] Besonders im Süden schwelten aber nach wie vor Konflikte. Trotz mehrerer Beruhigungsversuche war der Streit Pfeffers mit Wachenfeld keineswegs beigelegt.[128] Auch Günther, der sich seinerseits ebenfalls mit Wachenfeld überworfen hatte, war nicht bereit, Pfeffers Führungsanspruch zu akzeptieren.[129] Kurzzeitig entstand im Sommer 1924 in den Grenzen des Regierungsbezirks Arnsberg unter der Führung Günthers

122 StaM: Nr. 165, Rundschreiben vom 1. Juni 1924 und StaM: Nr. 189, S. 10 ff.
123 Ebenda, S. 12.
124 Ebenda, Rundschreiben Nr. 12 vom 26. August 1923. Pfeffer musste jedoch eingestehen, dass es in Westfalen nicht möglich gewesen war, dass alle Bezirke Vertreter nach Weimar entsandten. Ebenda, Rundschreiben Nr. 9 vom 23. Juli 1924.
125 StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 12 vom 26. August 1923. Pfeffer charakterisierte Vahlen später mit den Worten: »Sauber, gut, klug«. Franz von Pfeffer: Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern, S. 26.
126 Pfeffer an Elberfeld vom 28. Mai 1924, in: Beck: Kampf und Sieg, S. 539.
127 Seine Weisungen gab er bereits zuvor unter der Bezeichnung Gauleitung Westfalen heraus.
128 Er sollte sich vielmehr noch bis in den Sommer 1926 hineinziehen. BArch: NS 1/121, Bl. 55. Osnabrück an Gauleitung Ruhr vom 4. Juni 1926.
129 BArch: NS 1/410, Günther an die GVG vom 6. Oktober 1924.

sogar ein eigener Landesverband, der jede Weisungsbefugnis Pfeffers ablehnte.[130] Auch wenn Pfeffer seine Kontakte in die überregionalen Ebenen dazu nutzte, um mit Erfolgsmeldungen aus der Gesamtbewegung Integrationsdruck zu erzeugen,[131] schien eine Lösung der verfahrenen Situation aus dem Verband heraus nicht möglich.[132] Die Entscheidung fiel erst, als Ludendorff für Pfeffer Partei ergriff.[133] Da Günther weder aus München noch von Graefe sichtbare Unterstützung erfuhr, war die Sache entschieden. Im Spätsommer 1924 wurde er endgültig von Pfeffer »überspielt«.[134] Pfeffer war fortan, zumal von Berlin bald formal bestätigt, der uneingeschränkte Führer der Rechten Westfalens. Bei den Reichstagswahlen im Dezember trat der VSB in beiden Wahlkreisen mit einer identischen Liste an.[135]

Nun ging es Pfeffer darum, den Gau zu beruhigen und die verschiedenen Richtungen zusammenzuhalten. Auch hier half der Schulterschluss mit Ludendorff. Als im Sommer 1924 Gerüchte um eine bevorstehende Haftentlassung Hitlers und anschließend dessen Rücktritt aus der Reichsführerschaft zu Unruhe führte,[136] entsandte Pfeffer Mitte Juli ein Ergebenheitsschreiben an Hitler.[137] Eine Demontage Ludendorffs vermied er freilich. So ließ er Gärtner nur vier Tage darauf dem Landesverband verkünden: »Ludendorff gilt nicht nur als Führer der völkischen Reichsführung, sondern auch als Führer der Nationalsozialisten, soweit diese neben unserer neuen Großform weiter bestehen. Sein inniges ungetrübtes Freundschaftsverhältnis zu Hitler bestätigt sich voll.«[138]

130 Pferdekaemper an Ludendorff ohne Datum (Sommer 1924), in: Beck: Kampf und Sieg, S. 540 f. und Organisationsplan des Völkisch-Sozialen Blocks Westfalen-Süd ohne Datum (ebenfalls wohl Juni 1924) in: ebenda, S. 543 f.

131 So berichtete er am 23. Juli: »Die Gegensätze zwischen den alten Anhängern von NSDAP und DNVP sind inzwischen wesentlich eingeschränkt. Man sprach sich für ein grundsätzliches völliges Ineinandergehen aus. Es konnte festgestellt werden, dass in 2/3 aller Landesverbände bereits nur noch die neue Großform besteht, und dass von dem übrigen Drittel in vielen Gegenden in kurzer Zeit durch Eingreifen der völkischen Reichsführung endgültig geordnet werden können.« Weiter schrieb er, dass die »Schwierigkeiten« nur auf Ebene der »mittleren Provinzführung« liegen würden, die höhere Führung sei sich einig. Auch die Probleme in Bayern mit »Esser und Streicher sind örtlicher Natur«, so Pfeffer. Beide würden Reichsführung und Ludendorff anerkennen und auch Dinter in Thüringen »wird sich Befehlen fügen«, StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 9 vom 23. Juli 1924. Dass sich kaum etwas von Pfeffers Ankündigungen bewahrheiten sollte, war sekundär. Zu den Verhältnissen vgl. Wörtz: Programmatik und Führerprinzip, S. 47 ff.

132 Ebenda, Brief der Landesleitung Westfalen vom 12. Juni 1924; ebenda: Rolofs an Pfeffer, 15. Juni 1924; ebenda: Rundschreiben Nr. 11 vom 14. September 1924. Anlage 3; StaM: Nr. 162, Pferdekaemper an Ludendorff vom 8. Juni 1924.

133 Vgl. FN 5/46.

134 ZZS Pfeffer I, Bl. 5.

135 Vgl. FN 5/202.

136 StaM: Nr. 162, Ludendorff an Pferdekaemper vom 10. Juni 1924; StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 8 vom 19. Juli 1924. StaM: Nr. 162.

137 StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 8 vom 19. Juli 1924.

138 Ebenda, Rundschreiben Nr. 9 vom 23. Juli 1924.

Insgesamt verlief der Einigungsprozess von VSB zu NSFB in Westfahlen weitgehend konfliktfrei. Pfeffer hatte seine Ansichten durchgesetzt. Im Inneren des Verbandes änderte sich nach der Fusion zunächst nur wenig. Vorgehen und inzwischen etablierte Abläufe – etwa auch die Nummerierung der Rundschreiben – wurden in der Folge fortgeführt.[139] Allerdings brachen die Kontakte nach München zur GVG, in der nun Esser und Streicher das Wort immer schärfer gegen die NSFB führten, zunächst wieder ab.[140]

Pfeffers Organisationstalent war es geschuldet, dass Westfalen unter den Gauen des NSFB die wohl am weitreichendsten institutionalisierte Organisationsstruktur in der »führerlosen Zeit« hatte.[141] Unterstützt wurde er dabei maßgeblich von seinem Geschäftsführer Gärtner und seinem Adjutanten Hallermann. Gärtner, der mit einem allerdings enttäuschenden Wahlverlauf in den zeitgleich zu den Reichstagswahlen stattgefundenen Kommunalwahlen als einziger Vertreter des VSB in den Münsteraner Stadtrat eingezogen war,[142] war zumeist für die Berichte der von Pfeffer verachteten Tagespolitik sowie für die Kommunalpolitik zuständig.[143] Hallermann, Pfeffer treu ergeben, ging Gärtner zur Hand und kontrollierte ihn hierbei im Sinne Pfeffers. Pfeffer selbst koordinierte den Aufbau der Organisation sowie besonders die Beziehungen zu den übergeordneten Ebenen.[144]

Pfeffer forderte von seinen Unterverbänden regelmäßige Meldung der Mitgliederzahlen und verwies mit großem Nachdruck auf deren finanzielle Verpflichtungen.[145] »Unentschuldigtes Fehlen« sei »nicht zu tolerieren«.[146] Gleichzeitig ließ er Rednerlisten erstellen und aktualisieren[147] und gab detaillierte Instruktionen zur Abhaltung von Veranstaltungen und zur öffentlichen

139 Sinnbildlich dafür ist, dass Gärtner noch im Oktober von der »Völkisch-Sozialen Freiheitsbewegung« sprach. StaM: Nr. 162, Bl. 40. Rundschreiben Nr. 14 vom 1. Oktober 1924.

140 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 180. Angeblich soll der Landesverband Westfalen zusammen mit anderen nord- und westdeutschen Landesverbänden, am 1. August 1924 den Ausschluss von Esser und Streicher aus der GVG verlangt haben. Friedrich Plümer: Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis, Berlin 1925, S. 43.

141 Vgl. Kapitel 5.5.

142 Krüger: Treudeutsch, S. 210.

143 Vgl. zu Gärtners Politik: StaM: Nr. 165, Richtlinien für Stadtverordnete und Kommunalvertreter, August (?) 1924.

144 Vgl. ebenda, Tagesordnung vom 3. August 1924.

145 StaM: Nr. 162, Bl. 40: Rundschreiben Nr. 14 vom 1. Oktober 1924. Hierin heißt es: »Die Bezirksverbände geben die Beitragsmarken zum Preise von 60 Pfg. an die Ortsgruppen weiter, so dass dem Bezirksverband 20 Pfg. pro Mitglied zufallen. Die Höhe des Mitgliedsbeitrags in den Ortsgruppen wäre danach mindestens auf 1.- monatlich festzusetzen. Danach verblieben der Ortsgruppe 40 Pfg. pro Mitglied.«

146 StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 10 vom 6. September 1924.

147 Ebenda, Rundschreiben Nr. 15 vom 28. Oktober 1924.

Wirksamkeit.[148] Deutlich wird auch, dass Pfeffer sich des häufig mangelhaften Bildungs- und Ausbildungsstand seiner Anhänger bewusst war. Durch penible Planung versuchte er eine Überforderung sowie eine Entfremdung durch Misserfolge zu vermeiden[149] und gleichzeitig die oft kleinen und provinziellen Ortgruppen in überregionale Veranstaltungen einzubinden. Letzteres scheiterte jedoch nicht selten am Geldmangel.[150]

Da Pfeffer nach wie vor keiner regulären Beschäftigung nachging, konnte er sich ganz der Organisation des Verbands widmen. Schon dadurch war er den meisten seiner parteiinternen Konkurrenten überlegen. Bis zu drei Mal pro Woche gab Pfeffer Anweisungen an die untergeordneten Ebenen heraus. Strukturell war der Verband in drei Ebenen aufgeteilt, die strikt hierarchisch

148 So schrieb Pfeffer bereits im Mai: »Regelmäßige Abende sind wöchentlich oder zweimal monatlich abzuhalten. […] Der Abend beginnt mit einer tieferen, zusammenhängenden Vorlesung. Sie soll nicht zu lange dauern, ½ Stunde sei die Regel. Dabei sind hauptsächlich Abschnitte aus den nahestehenden Büchern vorzulesen. […] Jede Ortsgruppe muss im Besitz der Bücher sein und sie auf gemeinsame Kosten beschaffen, nötigenfalls durch Vermittlung der Bezirksleitung. […] Anschließend oder besser nach einer Pause, in der man die Versammlung zur Ausspannung sich selbst überlässt, sind eine ganze Reihe kleiner, unzusammenhängender Nachrichten, Notizen, Tatsachen, Zahlen, kurzer Gedichte usw. zum Vortrage zu bringen, die für unsere Bewegung von Interesse sind […] Sodann verlange man von den versammelten Mitgliedern Anfragen über Unklarheiten. Nur ganz klare Fälle beantworte man sofort und kurz. In der Regel nehme man die Frage entgegen und beantworte sie erst an einem der nächsten Abende nach reichlicher Überlegung und Beschaffung von Unterlagen, nötigenfalls durch die Bezirksleitung. Doch beginne man mit den Anträgen erst, nachdem die ersten Abende gut gelungen sind. Überhaupt muss, wenn alles gut läuft, allmählich eine gewollte Änderung eintreten. Nämlich die Vorlesungen müssen schließlich durch kleine Vorträge ersetzt werden, beginnend mit dem freien Vortrag der eigentlich vorzulesenden Kapitel, später haben sie sich auf beliebige andere Gebiete zu erstrecken. Die freie Rede wirkt und fesselt sehr viel mehr. Zugleich ist das die beste Übung für Anhänger, von denen wir auf diese Weise zahlreiche zu Rednern anlernen müssen. Der Rest des Abends ist gemütlichem Beisammensein zu widmen etwa bei den Formen eines ortsüblichen Bierabends. Allgemeine Reden zur Sache verbiete man strenge nach einer gewissen Uhrzeit. […] Außergewöhnliche Tagungen sind hin und wieder abzuhalten. Sie sollen auch äußerlich weithin sichtbare Höhepunkte darstellen, eine Art Heerschau zur eigenen Aufmunterung und zur Einschüchterung der Gegner. Dementsprechend sind solche Tagungen sehr sorgfältig und von langer Hand vorzubereiten …« Zudem müsse »der sichtlich trockene Teil […] so kurz wie möglich abgemacht werden«. StaM: Nr. 162, B. Nr. 247/24, »Nur in zuverlässige Hände« vom 10. Mai 1924. Vgl. auch ebenda, Pfeffer an BV Lippe vom 12. Juli 1924; StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 8 vom 19. Juli 1924.

149 Auch wurde vermieden, das Programm von Veranstaltungen zu politisch zu halten. Stattdessen betonte Pfeffer die Bedeutung von Geselligem. Ebenda, Veranstaltungsprogramm vom 14. September 1924.

150 So musste etwa der geplante Deutsche Tag am 15. August in Paderborn aufgrund Teilnehmer- und Geldmangel abgesagt werden. Ebenda, Rundschreiben Nr. 8 vom 19. Juli 1924.

voneinander getrennt waren und jeweils nach unten weisungsbefugt waren: Landes-/Gauverband; Bezirksverbände und schließlich die Ortsgruppen. Mit der Einführung dieses »Dreiteilungsprinzips« baute von Pfeffer bereits 1924 im Gau Westfalen eine vertikale Organisationsstruktur auf, welche über die »Kampfzeit« hinaus Vorbildcharakter haben sollte.[151]

An öffentlichen Auftritten hatte Pfeffer nach den Erfahrungen des Wahlkampfs vom Mai immer weniger Interesse. Vorträge von ihm wurden immer seltener und stellten bald die Ausnahme dar.[152] Auch erschien sein Name nicht auf den für Ortsgruppen und Bezirksverbände zusammengestellten Rednerlisten.[153] Pfeffer sah sich als Organisator; als (ehemaliger) Offizier und nun Gauleiter war er es weder gewohnt in der persönlichen Auseinandersetzung mit Argumenten überzeugen zu müssen, noch hielt er es für seine Person und Stellung für angemessen. Ohnehin ersetzte seiner Überzeugung nach in einer Führerorganisation der Befehl den Diskurs.

In der Wahl der Methoden lehnte sich Pfeffer, wie konnte es anders sein, an seine Erfahrungswerte aus dem Militär an. »Ordnung und Zucht«[154] hatten oberste Priorität. Anweisungen wurden zunächst unter dem Begriff Tagesbefehle verkündet; erst später löste der Begriff »Rundschreiben« diesen Terminus ab.[155] Wie Pfeffer immer noch in militärischen Kategorien dachte, zeigt auch seine Antwort an den Bezirksverband Bielefeld, der sich zuvor über seinen »militärischen Geschäftston« beschwert hatte. Er schrieb:

> »Es handelt sich darum, dass die völkische Bewegung bei ihrer jetzigen Durchorganisation einen Geschäftsapparat erhält, der zuverlässig schnell und reibungslos arbeitet. Diejenige Organisation von Menschenmassen, die mit den denkbar geringsten Mitteln in dieser Hinsicht bei weitem das Beste leistete, war die Kgl. Pr. Armee. […] Ob ›militärisch‹ oder nicht, jedenfalls muss unsere Organisation ein schnelles, scharfes und schneidiges Werkzeug sein. Nichts ist unerträglicher, als eine Reihe höherer Behörden, in denen Langeweile und Nachlässigkeit herrscht. Unfehlbar folgen Unpünktlichkeit, Ungewissheit, Unzuverlässigkeit; diese enden bei Unlust und Unbrauchbarkeit. Der Anfang wird mit der Abschiebung der Verantwortung auf

151 Peter Hüttenberger: Die Gauleiter, Stuttgart 1969, S. 34 f.

152 Vgl. dazu FN 5/621. Vgl. als Ausnahme: StaM: Nr. 125, Bericht des Kreisleiters von Herford vom 5. Juni 1939. Hier wird Pfeffer als Redner bei einem Sprechabend erwähnt. Insgesamt liegen jedoch keine Zeugnisse vor, dass die wenigen Redeauftritte der Akzeptanz Pfeffers in Westfalen geschadet hätten. Eine Steigerung seines Bekanntheitsgrades durch solche Auftritte – etwa Goebbels verfuhr so – hatte Pfeffer in den Jahren 1924 und 1925 offenbar sowohl objektiv als auch subjektiv nicht nötig. Vgl. zu Goebbels' Redetätigkeit Kapitel 5.5.

153 Vgl. StaM: Nr. 165, Richtlinien für Stadtverordnete und Kommunalvertreter, August (?) 1924.

154 StaM: Nr. 162, Pfeffer an BV Bielefeld vom 12. Juni 1924.

155 Vgl. auch zur Tendenz dem Verband nach und nach eine zivilere Außendarstellung zu geben: StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 17 vom 4. November 1924.

Mehrheitsbeschlüsse von weniger Sachkundigen gemacht. Ich muss daran festhalten, dass die Herren Leiter auch der übergeordneten Stelle voll verantwortlich sind. Es muss auch fernerhin in unseren völkischen Behörden die oben geforderte Schärfe und Schneidigkeit und Pünktlichkeit herrschen. Der bisherige Ton wird nicht geändert!«[156]

Konsequent hierarchisch-diktatorisch regelte Pfeffer auch die Binnenstruktur seines Verbands. Er ernannte die Bezirksleiter, denen er die Befugnis übertrug, die Ortsgruppenleiter zu berufen.[157] Auch bei der Aufstellung der Kandidaten für künftige Wahlen hatte Pfeffer, trotz allerlei formalen Regelungen, die die Nominierungsveranstaltung aufwerten sollten, das letzte Wort.[158] Auch mit der Konstituierung der NSFB war der Gauleiter den unteren Ebenen nicht verantwortlich. Zwar schlugen die Bezirksleiter den Landesleiter vor, dieser wurde jedoch »durch die Reichsführerschaft auf dem Landesverbandstage ernannt«.[159]

Das Primat der Diktatur bekräftigte Pfeffer auch, als im Sommer der Leiter des Bezirksverbands Lippe aufgrund interner Differenzen in die Kritik geriet. Pfeffer forderte ihn in aller Deutlichkeit auf, sich hier autokratisch durchzusetzen.[160] Jeder Führer habe dazu nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, so Pfeffer.[161] Weiter schrieb er, dass die Zuständigkeit des Gesamtvorstandes »zweifelhaft« sei und ein solches »zähes und unerquickliches Organ« eigentlich unnötig wäre. »Den Wahlgedanken lassen Sie bitte beiseite« empfahl er dem Bezirksleiter.

Zwar vermochte Pfeffer seinen Verband im Inneren zu organisieren, politische Außenwirkung entfachten die zum großen Teil ungeschulten Mitglieder trotz Pfeffers peniblen Instruktionen kaum. Neben der Agitation durch den politischen Gegner,[162] lag dies auch an der personellen Kontinuität zu den Frei-

156 StaM: Nr. 162, Pfeffer an BV Bielefeld vom 12. Juni 1924. Zudem ergänzte er: »Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es erfahrungsgemäß dem deutschen Wesen entspricht, sich in einer Organisation wohl zu fühlen, in der Zucht und Ordnung herrscht, besonders wenn sie sichtbar innerhalb der führenden Kreise herrscht.«

157 StaM: Nr. 165, Tgb.-Nr. 572/24 vom 28. Juli 1924. So auch in Max Hiemisch: Der nationalsozialistische Kampf um Bielefeld. Die Geschichte der N.S.D.A.P. Bielefeld, Bielefeld 1933, S. 9.

158 StaM: Nr. 165, Anlage 3 zu Rundschreiben Nr. 11.

159 Ebenda, Rundschreiben Nr. 11 vom 14. September 1924.

160 Dies war in der Neugründungsphase der NSDAP keineswegs Usus. So war die Wahl des Führers zunächst häufig üblich. Heinz-Jürgen Priamus: Meyer. Zwischen Kaisertreue und NS-Täterschaft. Biographische Konturen eines deutschen Bürgers, Essen 2011, S. 115. Auf Ortsgruppenebene war sie sogar in den Statuten der Neugründung der NSDAP festgelegt. Tyrell: Führer befiehl, Dok. Nr. 83a, S. 230 ff. Vgl. auch FN 5/616.

161 StaM: Nr. 162, Pfeffer an BV Lippe vom 12. Juli 1924.

162 So verkündete Gärtner etwa, dass Reichsbannermitglieder mit 40 Mark pro Demonstration gegen die Rechte bezahlt wurden. StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 9 vom 23. Juli 1924.

korps und deren Nachfolgeorganisation.[163] Erneut handelte es sich bei denjenigen, die sich von Pfeffers militärischem Führungsstil angezogen fühlten, um eine sehr junge und häufig kaum gebildete Klientel.[164] Erstaunlich hoch war der Anteil an Arbeitern.[165] Um dem Mangel an allgemeiner Bildung Abhilfe zu schaffen, forderte Pfeffer bereits im Mai, dass jedes Mitglied zumindest eine »völkische Zeitung« beziehen müsste.[166] Da sich diese Anweisung jedoch kaum durchsetzen ließ und man zudem um die Homogenität des Verbandes fürchtete, unternahm die Gauleitung im Herbst den Versuch der Herausgabe eines eigenen Gaublattes unter dem Titel »Völkischer Westfale«.[167] Aufgrund der »mangelhafte[n]« finanziellen »Unterstützung seitens der Bezirksverbände«[168] war dieses Projekt jedoch nicht zu verwirklichen. Bereits vier Wochen später stellte Pfeffer seine Bemühungen wieder ein. Stattdessen sollte nun vorerst der »Westfälische Vorwärts«[169] als inoffizielles Gaublatt dienen.[170] Das Projekt einer eigenen Zeitung sollte Pfeffer jedoch später erneut aufgreifen.[171]

Begleitet war diese Arbeit von ständigen finanziellen Engpässen und einer Misswirtschaft. Pfeffer selbst war ohne jeden Bezug zu einem marktwirtschaftlich vernünftigen Umgang mit Geld; seine geheimen Quellen waren mit dem Eintritt in die Politik weitestgehend versiegt. Immer wieder steuerten Pfeffer und Gärtner Privatvermögen bei, dennoch war der Gau dauerhaft verschuldet.[172] Neben Gärtners Gehalt, waren Reisekosten und Spesen die großen Ausgabenposten. Häufig war man nur in der Lage, Gärtner oder Pfeffer zu überregionalen Tagungen zu entsenden.[173] Pfeffer störte sich jedoch wenig an diesen finanziellen Hemmnissen.[174] Die finanzielle Lage wurde weiter dadurch verschärft, dass Pfeffer frei von jeglichen Bedenken über die Kasse des Gaues nach eigenem Gutdünken verfügte. Zwischen privatem und Verbandsvermögen trennte Pfeffer, wie schon bei seinen vorherigen Organisatio-

163 Diese Kontinuität bestätigte auch Pfeffer. StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 21.
164 StaM: Nr. 190, Bl. 3.
165 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 212.
166 StaM: Nr. 162, B. Nr. 247/24, »Nur in zuverlässige Hände« vom 10. Mai 1924. Analog dazu verlangte Pfeffer von den Ortsgruppen den Bezug des Nationalsozialistischen Pressedienstes. StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 17 vom 4. November 1924.
167 Ebenda, Rundschreiben Nr. 14 vom 1. Oktober 1924.
168 Ebenda, Rundschreiben Nr. 15 vom 28. Oktober 1924.
169 Wegen der Bezeichnung »Sattlermeister a. D.« in der Ausgabe vom 30. August 1924 wurde der Westfälische Vorwärts für drei Monate bis zum 7. Dezember verboten und erschien in dieser Zeit unter dem Titel »Völkischer Vorwärts«. StaM: Nr. 14250, Bl. 230.
170 StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 16 vom 30. Oktober 1924.
171 Vgl. FN 5/571.
172 Ebenso wie der Gau Probleme damit hatte, die Abgaben für die Reichsgeschäftsstelle aufzubringen, taten sich die eigenen Bezirke damit schwer, die Gaugeschäftsstelle zu finanzieren. Ebenda, Rundschreiben Nr. 14 vom 1. Oktober 1924.
173 Ebenda, Rundschreiben Nr. 8 vom 19. Juli 1924.
174 Vgl. Kapitel 7.4.

nen, nicht oder nur unzureichend. Auswärts nahm er für sich standesgemäße Hotels in Anspruch. Nicht nur hier fehlten häufig genaue Abrechnungsbelege, um die sich Pfeffer schlicht nicht kümmerte. Für ihn handelte es sich dabei um unnütze buchhalterische Banalitäten, die hinter Binnenorganisation und Außenwirkung des Gaues zurückzustehen hatten. Deutlich zeigt dies auch der Höhepunkt der NSFB-Gauleitertätigkeit Pfeffers. Ungeachtet der beträchtlichen Schulden, präsentierte er unter erheblichem finanziellem Aufwand am 14. September in Anwesenheit Ludendorffs den Gau Westfalen auf dem »Deutschen Tag« in Münster als völkischen Vorbildgau.[175]

5.2.4 Höhepunkt und Niedergang

Neben dem wichtigen öffentlichen Schulterschluss mit Ludendorff, sollte der »Deutsche Tag« in Münster vor allem dazu dienen, eine nach außen hin sichtbare Identifikation zwischen dem Gau Westfalen mit der neu institutionalisierten »Großform« herzustellen.[176] Der Bedeutung des Anlasses entsprechend, traf Pfeffer im Vorfeld umfangreiche Vorbereitungen. In einem regen Briefwechsel stritt er sich mit Behörden über den geplanten Ablauf der Veranstaltung und gab Instruktionen an seine Bezirks- und Ortsverbände.[177] Nachdem »Judas Büttel, Herr Severing«[178] – so Pfeffer in einem Rundschreiben – eine Großveranstaltung unter freiem Himmel verboten hatte, fanden die Hauptveranstaltungen im Hotel Fürstenhof, der Stadthalle sowie in mehreren Schulturnhallen statt.[179]

Mit Hakenkreuzbinde am rechten Arm nahm Pfeffer am Vormittag, unter Anwesenheit großer Teile der rechten Prominenz Westfalens, Ludendorff persönlich am Bahnhof Münster in Empfang.[180] Rund 500 Menschen bejubelten den General bei seiner Ankunft am Bahnhof.[181] Neben Graefe waren auch Wulle, Röhm sowie Strasser anwesend. Im Ablauf des Tages zeigten sich bereits wesentliche Elemente späterer NS-Veranstaltungen. Pfeffer fuhr an der Spitze der Fahrzeugkolonne Ludendorffs zum »Hotel Fürstenhof«. In der Stadthalle, wo Ludendorff nach dem Mittagessen sprach, kam es kurzzeitig zu gewalt-

175 Erich Hartmann: Der Kampf der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei um Münster 1922-37: 15 Jahre NSDAP Münster 1922-1937, Kreistreffen 15.-17. Oktober, Münster 1937, S. 6-39, S. 13.

176 Auch Hindenburg war ursprünglich geladen, dieser sagte jedoch wegen der unübersehbaren Spannungen im rechten Lager ab. Vgl. FN 5/194.

177 StaM: VII Nr. 64 Bd. 1, Bl. 43 ff.

178 So Pfeffer in: StaM: Nr. 189, »Parlament und wir«, S. 5. Siehe auch StaM: Nr. 190, Bl. 2.

179 Vgl. ›Volkswille‹ vom 14. August 1924: »Schwarz-weiß-roter Tag auf der Loddenheide verboten«. Die geplante Großveranstaltung mit Feuerwerk, Ruhrkämpferehrung und Schaufliegen hätte die (finanziellen) Kräfte des Gaues ohnehin überstiegen.

180 So Pfeffer in: StaM: Nr. 190, Bl. 3; StaM: VII Nr. 64 Bd. 1, Bl. 64.

181 Zum näheren Ablauf der Veranstaltung ebenda, Bl. 52 ff.; StaM: Nr. 190, Bl. 3 sowie wissenschaftlich aufbereitet: Krüger: Treudeutsch, S. 219 ff.

tätigen Auseinandersetzungen mit kommunistischen Störern.[182] Auch stand eine feierliche Fahnenweihe auf dem Programm. Am frühen Abend vereidigte Pfeffer in der Turnhalle der städtischen Oberrealschule etwa 200 bis 250 Mann auf Ludendorff.[183]

Zu einer zweiten Versammlung in der Stadthalle im Anschluss erschien Ludendorff allerdings nicht mehr. Pfeffer verkündete kurz, dass Ludendorff erkrankt sei und Graefe übernahm die Ansprache.[184] Auch bei der Abschlussveranstaltung am Abend war Ludendorff nur rund 30 Minuten anwesend.[185] Insgesamt beteiligten sich rund 2.000 Menschen am »Deutschen Tag«, was zur Mobilisierungsfähigkeit und Stärke der Rechten in Westfalen gute Aufschlüsse gibt. Die Pressestimmen aus dem konservativen und nationalen Lager waren insgesamt durchweg positiv.[186] Hinter dieser äußeren Fassade offenbarten sich jedoch die nach wie vor schwelenden Konfliktherde der Rechtsbewegung:

Erstens waren die inhaltlichen Ergebnisse des Tages angesichts der propagandistischen Ausrichtung äußerst mager. So wurde ein Huldigungstelegramm an Hitler gesandt und die von Ludendorff herausgegebene »Deutsche Wochenschau« als »offizielles Kampforgan« bestätigt. Zudem sollten Mitglieder durch »Kauf von Anteilen« die Bewegung finanziell unterstützen.[187] Nachhaltiger war dagegen die schwere Auseinandersetzung zwischen Pfeffer und Graefe von der Ludendorff noch in seinen Erinnerungen berichtete:

> »Leider kam es in Münster zu einer sehr ernsten Aussprache zwischen Herrn v. Graefe und Herrn Hauptmann v. Pfeffer, der von großdeutschen Bestrebungen gesprochen hatte, wie dies in römischen Kreisen üblich war, die ein

182 Vgl. zu den kleineren weiteren Zwischenfällen StaM: VII Nr. 64 Bd. 1, Bl. 52 und 54.

183 Es handelte sich dabei keineswegs um eine reine SA-Formation. So befand sich neben den etwa 30 SA-Männern eine nicht geringe Anzahl von »Oberländern« unter den Vereidigten. Zudem verfügte Pfeffer aus Zeiten seines Freikorps über eine geringe Zahl an militärisch ihm direkt verpflichteten Männern. Diese dürften ebenfalls auf Ludendorff vereidigt worden sein. BArch: R 8038, Bl. 7; BArch: R 1507/578-41, Bl. 47. Da auch Röhm bei der Vereidigung anwesend war, gingen die Behörden davon aus, dass Pfeffer die Männer zugleich Röhms Frontbann unterstellte. BArch: R 1507/462, Bl. 106. So hieß es noch im April 1925, wenige Tage vor dem Ende des Frontbanns und obgleich dieser kaum noch Aktivitäten entfachte (StaM: Abt. VII Nr. 2, Bl. 54, Lagebericht vom 1. April 1925), heißt es in einem Lagebericht: »Hauptmann Pfeffer von Salomon ist Führer eines inoffiziell noch bestehenden Frei-Korps Pfeffer, das zusammen mit dem Freikorps Oberland-Lichtschlag, Org. Konsul usw. der (deutschvölkischen) Arbeitsgemeinschaft nationaler Kampfverbünde, jetzt Organisation ›Frontbann‹ Sitz in München angehört.« In Sachen Frontbannzugehörigkeit handelte es sich jedoch wohl um eine Fehlinterpretation. Vgl. BArch: R 1507/578-41, Bl. 46. Vgl. auch Hoegner: Die verratene Republik, S. 196. Vgl. zu den geringen Aktivitäten des Frontbanns in Westfalen: StdAM: Nr. 1438; Bd. 1, Bl. 134 und 205 ff.

184 StaM: Nr. 190, Bl. 3.

185 StaM: VII Nr. 64 Bd. 1, Bl. 54.

186 StaM: Nr. 190, Bl. 1 und 6.

187 Klein: Bannerträger, S. 20.

Übergewicht des Protestantismus durch Preußen im Reich befürchteten. Herr v. Graefe war strenger Protestant, Herr von Pfeffer ebensolcher Katholik, so platzten denn die Ansichten gegeneinander.«[188]

Obwohl nichts Genaueres über den Zwist bekannt ist, zeigt er die ideologischen Konflikte innerhalb der Rechten in aller Deutlichkeit auf. Während Ludendorff, für ihn typisch, die religiöse Komponente der Auseinandersetzung weit überinterpretierte, dürfte es sich dabei vielmehr um die Grundsatzfrage gehandelt haben, inwieweit die NSFB mehr bürgerlich-evolutionär (Graefe) oder radikal-sozialrevolutionär (Pfeffer) ausgerichtet sein sollte.[189] Angesichts der jüngeren Erfahrungen war Pfeffer hier in seiner Radikalität zu keinen Kompromissen bereit. Spätestens nach dieser Auseinandersetzung vom September 1924 war klar, dass Pfeffer sich im Falle einer Spaltung der Rechten zur nationalsozialistischen, hitlerschen Richtung der Bewegung hinwenden würde.

Zweitens hatte Ludendorff im Vorfeld des Besuchs unter den Nationalen im katholischen Münster mit seinen Thesen von der Unvereinbarkeit völkischer Weltanschauung und Katholizismus für starke Irritationen gesorgt. Von einigen Gruppierungen, wie etwa auch Anhängern des Treubundes, wurde die Einladung Pfeffers an Ludendorff gar als Provokation aufgefasst.[190] Anstatt wie vorgesehen in die Zukunft der neuen NSFB zu blicken, war Ludendorff bei seinen Ansprachen in Münster nun damit beschäftigt diese »religiösen Wogen« zu glätten.[191]

In diesem Zusammenhang wird auch das dritte Konfliktfeld der Münsteraner Rechten deutlich. Obwohl sich der »Ehrenausschuss« des Deutschen Tages[192] »wie ein Steckbrief der rechten republikfeindlichen Szene«[193] Münsters las, kam es trotz Ludendorffs persönlicher Anwesenheit zu keiner Einigung unter den westfälischen Wehrverbänden. Die Zerwürfnisse aufgrund der Infiltrationsversuche des NSFB sowie die antiklerikalen Äußerungen Ludendorffs hatten dazu geführt, dass Stahlhelm wie der Westfalen-Treubund ihren Mitgliedern die Teilnahme zwar freistellten, jedoch nicht offiziell als Vereinigungen beiwohnten.[194] Ludendorffs persönliche Aura – und hier sollte ein entscheidender Unterschied zu den noch kommenden Auftritten Hitlers lie-

188 Erich von Ludendorff: Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter deutscher Volksschöpfung, München 1940, S. 343. Angesichts der Erwähnung des Vorfalls in der sonst stark idealisierenden Schilderung Ludendorffs, dürfte es sich um eine sehr ernsthafte Auseinandersetzung mit dauerhaften Folgen gehandelt haben.

189 Weitere Zwistigkeiten zwischen Pfeffer und Graefe dürften etwa die Stellung des Parlaments zur Fraktion und zur Reichsführerschaft betroffen haben.

190 StaM: Nr. 190, Bl. 2.

191 Ebenda, Bl. 3; ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 10. September 1924.

192 Auch Pfeffer selbst hatte sich einen Platz in diesem zugewiesen. StaM: Nr. 162, Bl. 36.

193 Krüger: Treudeutsch, S. 219.

194 StaM: VII Nr. 64 Bd. 1, Bl. 81.

gen[195] – konnte an diesem Zerwürfnis nichts ändern. Eine Folge war, dass, wie die Münsterische Zeitung schrieb, sich der »Vaterländische Tag« eigentlich als »Parteitag der Nationalsozialisten Westfalens […] entpuppte«.[196] Pfeffer und der NSFB sicherten damit zwar ihre Vormachtstellung im rechten Spektrum, die gesamte Rechte war jedoch nicht zu integrieren. Trotz aller Bemühungen traten in der Folge des 14. Septembers die Risse innerhalb der Rechtsbewegung Westfalens deutlich zum Vorschein.[197] Im November resümierte ein Polizeibericht in Hagen: »Alle Versuche, die seit der letzten Reichstagswahl in völk.[ischen] Kreisen ausgebrochene und bis heute noch nicht beigelegte Uneinigkeit nunmehr noch vor den neuen Wahlen im Interesse einer einheitlichen Stimmabgabe zu beseitigen, sind bis heute gescheitert.«[198]

Trotz der Dankbarkeit und Bewunderung Pfeffers gegenüber Ludendorff, musste sich Pfeffer nach dem »Deutschen Tag« eingestehen, dass der Feldmarschall a. D. nicht die Integrationsfigur war, auf die es langfristig zu bauen galt. Zu deutlich musste Pfeffer, der sich, im Gegensatz zu Ludendorff, Graefe oder Wulle, der Bindungskräfte des Katholizismus bewusst war,[199] vor Augen geführt worden sein, dass Ludendorff weder in der Lage noch willens war, die gesamte radikale Rechte dauerhaft und in scharfer Abgrenzung zu den Gemäßigteren hinter sich zu sammeln.[200]

Wenn es auch nach außen zunächst nicht sichtbar war, war der »Deutsche Tag« von Münster ein Menetekel für das »sauschlecht[e]«[201] Abschneiden der Rechten bei den am 7. Dezember stattfindenden Reichstagswahlen.[202]

195 Vgl. Kapitel 5.4.

196 ›Münsterische Zeitung‹ vom 16. September 1924: »Der Tag der Nationalsozialisten in Münster«.

197 StaM: VII Nr. 64 Bd. 1, Bericht des RKO vom 20.11.1924. Ende des Jahres hatten sich Westfalenbund, Cheruskerbund und Stahlhelm zusammengeschlossen. Die Stoßrichtung war eindeutig gegen den NSFB sowie gegen die Nationalsozialisten gerichtet. Ebenda, Bl. 75. Bericht des Oberpräsidenten vom 8. November 1924. StaM: Abt. VII Nr. 2, Bl. 327, Lagebericht der RKO, 30. September 1924. Auch der Treubund distanzierte sich von Pfeffer. Krüger: Treudeutsch, S. 233 f. Vgl. auch Pfeffers Rundschreiben Nr. 13 vom 26. September 1924 in: Beck: Kampf und Sieg, S. 586 f.

198 StaM: Nr. 1442, Bericht vom November 1924.

199 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 11. September 2009.

200 Polizeidirektion München 1924, Bl. 38. Polizeibericht vom 12. Dezember 1924.

201 So Pfeffer in: BArch: NS 26/86, Pfeffer an Hitler und Strasser vom 22. August 1925.

202 Die Wahlkreise Westfalen-Nord und Westfalen-Süd traten hier mit einer einheitlichen Liste an. Spitzenkandidat war Gregor Strasser; Joseph Böger aus Münster war an dritter Stelle, Heinrich Dolle, der als Spitzenkandidat des Wahlkreises Westfalen-Nord im Mai kandidierte, auf dem fünften Listenplatz. Erstmals tritt auch der 25-jährige spätere Gauleiter Joseph Wagner hervor. Er kandidierte auf dem 13. Listenplatz und damit an letzter Stelle. Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 315, I, B III, S. 50 f.

Daran konnten auch die hohe Aktivität im Wahlkampf,[203] sowie die Tatsache, dass es Pfeffer vermocht hatte, in Rückgriff auf alte Beziehungen durch eine »wohlvorbereitete Reise zwei große Geldzeichnungen zu sammeln, deren eine (ca. 16.000 M) vor der Wahl und deren andere (ca. 14.000 M) nach der Wahl fällig sein sollten«, nichts ändern.[204]

Die Frage, warum sich das unterdurchschnittliche Ergebnis des Landesverbandes Westfalen vom Mai nochmals halbierte und von rund 2,2 Prozent auf 1,1 Prozent (von 56.276 auf 27.959 Stimmen) abfiel, beantworteten die Rechten selbst wie folgt:

> »1. Der wenig glückliche Namenswechsel. 2. Soldaten-Spielerei und vorlautes, provozierendes Auftreten seitens der Jugendlichen. 3. Das Ungeschick vieler völkischer Diskussionsredner. 4. Führer-Zwistigkeiten. 5. Monopolisierung-Bestrebungen und Unduldsamkeit gegen Mitarbeit seitens mancher Wortführer. 6. Der Geldmangel bei den Völkischen. 7. Die politische Blindheit der Bevölkerung. 8. Die Flut der gegnerischen Lügen.«[205]

Überregional sind hierzu jedoch besonders vier Faktoren zu nennen:[206] Erstens: Im reichsweiten Gesamtkontext begannen sich die ersten positiven wirtschaftlichen Auswirkungen des am 1. September 1924 in Kraft getretenen Dawes-Plan, gegen den die Rechte zuvor noch lautstark polemisiert hatte,

203 Auch an einer gewissen Kreativität mangelte es nicht. So ließ etwa Heinrich Mahnken, der inzwischen in dem der NSFB weit weniger skeptisch gegenüberstehenden Stahlhelm-Rheinland aktiv war, »zwei Esel als Wahlpropaganda durch die Stadt« treiben. »Der Eseltreiber hatte eine schwarz-rot-goldene Schärpe um.« StaM: Nr. 1442, Polizeibericht vom 15. Dezember 1924. Inhaltlicher Hauptpunkt des Wahlkampfs des NSFB war das Agitieren gegen den Dawes-Plan, in dem man die »Versklavung durch die jüdischen Kapitalisten« vollendet sah. Ansonsten glich das reichsweite Wahlprogramm weitgehend dem des Frühjahrs. Vgl. Lau: Wahlkämpfe der Weimarer, S. 329 ff.

204 Pfeffer an Hitler und Strasser, 22. August 1925. Zit. nach Krüger: Treudeutsch, S. 258. Die Finanznot war damit freilich noch nicht überwunden, zumal nur die erste Zeichnung tatsächlich übergeben wurde. Nur ein Teil der eingeworbenen Gelder kam der Tilgung von Verbindlichkeiten zugute.

205 ›Völkischer Vorwärts‹ vom 10. Januar 1925: »Rückschlag der völkischen Bewegung« zit. nach Krüger: Treudeutsch, S. 229.

206 Betrachtet wird hier die gesamte Provinz Westfalen. Besonders bemerkenswert sind die Verluste im Wahlkreis Westfalen-Nord. Hier drittelte man fast seine Wählerschaft und erreichte nur noch 13.639 Stimmen (Mai: 37.167). In Westfalen-Süd, wo man durch das uneinheitliche Auftreten bereits im Mai kaum über seine Stammwählerklientel hinaus Werbeefolge erzielen konnte, waren die Verluste deutlich geringer. (Von 19.106 Stimmen im Mai auf 14.320 im Dezember). Die Nichtkandidatur Pfeffers dürfte indes kaum dazu beigetragen haben. Die Zahlen zeigen jedoch, wie wenig es den Rechten selbst bei ihrem großen Erfolg im Mai gelungen war, in das soziopolitische Milieu der Arbeiterschaft einzudringen. Reichsweit verlor der NSFB rund 3,6 Prozent und kam auf einen Stimmanteil von 3,0 Prozent. Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 315, I, Bd. I, S. 15 und Bd. III, S. 15.

bemerkbar zu machen.[207] Zudem wirkten, zweitens, die Angriffe Ludendorffs gegen die Kirche im katholischen Münster wohl nachhaltiger als vermutet.[208] Die Auswirkungen zeigten sich besonders in den dramatischen Verlusten in der Stadt selbst. Man erreichte weniger als ein Drittel der Stimmen vom Mai (886 statt 2.667), der Stimmanteil fiel von 5,5 auf 1,7 Prozent.[209] Auch wenn Pfeffer vorerst wohl auch aus Selbstzweck, aber auch mangels Alternativen an Ludendorffs maßgeblicher Rolle festhielt, beschädigte das schlechte Abschneiden den Nimbus des ehemaligen Generals, dem es nicht gelungen war, die Rechte zu einigen,[210] weiter. Drittens erwies sich auch der maßgeblich von Pfeffer mitinitiierte Fokus auf die Arbeiterschaft als Ziel der eigenen Agitation erneut als Fehler. Wieder vermochte man es nicht, in die traditionellen Wählerschichten von SPD, USPD und KPD einzudringen,[211] zumal auch der Spitzenkandidat der Rechten in beiden Westfälischen Wahlkreisen, Gregor Strasser,[212] kaum bekannt war.[213] Schließlich, viertens, war auch Hitler für die Wahlniederlage der Rechten verantwortlich. So war der noch im Mai wirkende Effekt des Putsches im Dezember 1924 inzwischen verflogen. Ständige Gerüchte über eine mögliche vorzeitige Haftentlassung befeuerten die Unruhe weiter. Zudem war Hitlers ungewisse Haltung, zunächst in Landsberg und schließlich auch unmittelbar nach seiner Haftentlassung, ein permanenter Störfaktor.

207 Wulff: Deutschvölkische Freiheitspartei, S. 62 ff.

208 Vgl. hierzu später: Erich Ludendorff et al.: Die machtvolle Religiosität des Deutschen Volkes vor 1945. Dokumente zur deutschen Religions- und Geistesgeschichte 1933-1945; der Kampf um die geistige Führung zwischen dem Haus Ludendorff, dem Nationalsozialismus und den Kirchen, Süderbrarup 2004, Dokumente, S. 29 ff.

209 Bei der ohnehin schon enttäuschenden Stadtverordnetenwahl vom 4. Mai hatte man immerhin noch 2,8 Prozent und 1.279 Stimmen auf sich vereinigen können. StaM: Nr. 1442, Polizeibericht vom 15.12.1924; Christoph Schmidt: Nationalsozialistische Kulturpolitik im Gau Westfalen-Nord. Regionale Strukturen und lokale Milieus (1933-1945), Paderborn 2006, S. 250.

210 So agierten etwa auch Wachenfeld und Günther, die in der Rechtsbewegung noch immer über einen gewissen Einfluss verfügten, nicht im Rahmen des NSFB. StaM: Nr. 14250, Bl. 344. Lagebericht vom 10. Januar 1925.

211 Pfeffer war zeitlebens von dem Charakter der Bewegung als Arbeiterbewegung überzeugt und war wohl auch für die Wahlkampfstrategie mitverantwortlich. Vgl. auch zu den innerparteilichen Richtungskämpfen des Sommers: Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 164 ff.

212 Strasser war zudem Listenführer im Wahlkreis Köln-Aachen: Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 315, I, B. III, S. 50 ff. In Niederbayern führt dagegen der unbekannte Eisenbahnoberingenieur und Major a. D. Paul Rahl aus Landshut die Liste an. Er verlor im Dezember jedoch sein noch im Mai gewonnenes direktes Mandat. Ebenda, S. 62.

213 Pfeffer selbst kandidierte nicht mehr. In Bezug auf den Fokus der Wähler aus der Arbeiterschaft ist in diesem Zusammenhang die 1928 vom mecklenburgischen Gauleiter Friedrich Hildebrandt getätigte Aussage zu erwähnen, dass die Kandidatur eines Adeligen in seinem Gau rund ein Drittel der Wählerstimmen gekostet hätte. Zit. nach Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 90. Ob ähnliche Überlegungen auch für Pfeffer in Westfalen zutrafen, bleibt offen.

Mit der Niederlage verfiel die westfälische NSFB in eine Art Schockstarre. Ein Behördenbericht vom Januar stellte fest: »Die deutsch Völkische Bewegung hat nach ihrer bei der letzten Wahl erfolgten Niederlage an Agitationskraft ganz erheblich eingebüßt.«[214] Auch Pfeffer musste erkennen, dass Westfalen seine Rolle als »Kraftzentrum« der Rechten eingebüßt hatte. In der Folge modifizierte Pfeffer seine Strategie. Zwar strebte er auch weiter die Vereinigung des rechten Lagers an, der Kreis, den er jedoch nun dafür als geeignet ansah, reduzierte sich deutlich. So hatte sich Pfeffer bereits im Wahlkampf von dem konservativ-gemäßigteren Flügel der NSFB um die ehemaligen DVFP'ler mehr und mehr distanziert.[215] Bereits Mitte November deutete er gegenüber einem Vertreter der GVG seine Bereitschaft an, die NSFB auch direkt zu bekämpfen.[216]

Rund zwei Wochen nach den Wahlen offenbarte er in einem Brief an Ludendorff seine Ablehnung gegenüber der »Berliner Richtung« in aller Klarheit. So warf er dieser hier nicht nur eine fehlende Wahlkampfstrategie vor,[217] sondern kritisierte in erster Linie die fehlende Abgrenzung zu den Deutschnationalen und dem »schwarz-weiß-roten Block«.[218]

Am 9. Januar versandte Pfeffer erneut seine Denkschrift vom Sommer 1924, ergänzt durch neue Anträge, an alle maßgeblichen Personen der NSFB.[219] In diesen griff er den Fraktionsvorsitzenden Wulle, den er als den Kopf der »Konsensler« sah, massiv an und beklagte sich erneut über die Fraktion, in der es »nicht um ein Haar anders zu[gehe], als in jeder anderen Parteifraktion«. Er forderte:

214 StaM: Nr. 14250, Bl. 344, Lagebericht vom 10. Januar 1925.

215 BArch: NS 1/411, Bl. O. Nr. Orth an GVG München vom 18. November 1924; ebenda, Orth an Bülle vom 19. November; Bülle an Orth vom 27. November. Siehe auch Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 173 ff.; Krüger: Treudeutsch, S. 224.

216 Noch am 8. November hatte er dies abgelehnt, jedoch wohl bereits bis zum 19. November seine Meinung revidiert. Welches Ereignis zu dieser raschen Sinneswandlung führte, ist jedoch heute nicht mehr nachzuvollziehen. Ebenda, Bl. O. Nr. Orth an GVG München vom 8. November 1924; ebenda, Bl. O. Nr. Orth an GVG München vom 19. November 1924.

217 So schrieb er: »… wir hatten keine Wahlparole, d. h. wann man darunter ein kurzes Schlagwort versteht […] Eine Parole wäre etwa in folgendem Sinne zu prägen gewesen ›Fort mit der Novemberrepublik!‹, der Untertitel ›Kein Paktieren mit der Bande! Sondern kämpfen und fortjagen‹.« StaM: Nr. 189, Pfeffer an Ludendorff vom 16. Dezember 1924. Erneut ist auch der militärische Duktus zu erkennen. So schlägt Pfeffer auch als Parole vor: »Nicht zur Mitarbeit und Hilfe an dem Verbrecherwerk verleiten lassen. Nicht überlaufen, keine Schwäche, der Feind wankt.«

218 So heißt es hier: »Wer befreit uns von der schwarz-weiß-roten-Massenpsychose, die auf dem besten Wege ist unser sicherer Tod zu werden?« Vgl. auch Wulff: Deutschvölkische Freiheitspartei, S. 65; Hiemisch: Kampf um Bielefeld, S. 7.

219 Der Verteilerkreis umfasste neben Hitler, Ludendorff, von Graefe, Strasser, Reventlow acht Gauleiter. StaM: Nr. 189, »Parlament und wir«, S. 9.

»Heraus aus dem Einheitsniveau der Parteien! Sage mit, mit wem Du dich herumschlägst und ich sage Dir, wer du bist. Heraus aus dem kleinlichen Alltagshorizont der landläufigen Zeitungsanschauung. Heraus aus den kümmerlichen Tagespraktiken gewerbsmäßiger Parlamentarier. Heraus aus den bequemen Gleisen, denen leider schon allzu viele von uns gedankenlos nachtrotteln (um sich nachher über Verflachung, mangelnden Schwung und Stimmenrückgang zu wundern).«[220]

Nur vier Tage später beschuldige er in einer weiteren Denkschrift die Verantwortlichen eines »in die Knie sinken[s]« vor dem parlamentarischen System.[221] Der endgültige Bruch mit den »Berlinern« erfolgte auf der Preußentagung der NSFB am 17. Januar. Als ausgerechnet Wulle, der in den Augen der Nationalsozialisten die Versammlung ohnehin alleinig leitete, »die Anwesenden aufforderte, H. dazu zu bringen, dass er (H.) sich fügen solle«, legte der erboste Pfeffer »in erregtem Tone« dem »Preußenführer« per Zuruf den Rücktritt nahe.[222] In den von antiquierten Führer- und Ehrvorstellungen geprägten Geisteswelten der meisten Anwesenden ein Eklat.

Mit dem Bruch mit den »Berlinern« war aber auch deutlich geworden, dass Ludendorff Pfeffers Hoffnungen auf die Einigung der Rechten nicht hatte gerecht werden können. Auch aus persönlichem Kalkül lehnte er zudem eine deutliche Distanzierung von Wulle und Graefe ab. Hitler war nunmehr der alleinige Hoffnungsträger Pfeffers.

220 Ebenda, »Parlament und wir«, S. 17.

221 StaM: Nr. 189, Denkschrift Pfeffers »Schwarz-Weiß-Rote Einheitsfront« vom 13. Januar 1925.

222 Tyrell: Führer befiehl, Dok. 37, S. 91, Corswant-Cuntzow an Volck vom Januar 1925. Nach dem vorliegenden Bericht votierten die Vertreter aus »Rheinland; Westfalen, Schichau-Werke Elbing, und auch die Vertreter Hannover-Süd, zum Teil auch Halle-Merseburg, Niederschlesien und Mittelschlesien« auf der »Preußentagung« für Hitler. Ebenda, Dok. 37, S. 91. Corswant-Cuntzow an Volck vom Januar 1925.

5.3 Gauleiter der NSDAP in Westfalen

> »Hitler ist seinerzeit aufgestanden und sagte: ›Hier stehe ich und will das und das! Wer macht mit?‹ […] Und weiter hat Hitler die Gauleiter ernannt. […] Wer nicht mitmacht, lässt es eben bleiben, der hat aber nicht das Recht, seinen großen Haufen Andersdenkender zusammen zu holen, mit dem Stimmenhaufen zu ›beschließen‹, man sei ein Hitlergau, um dann einen anderen Gauleiter zu wählen, einen anderen Hitler zu wählen, ein anderes Programm zu wählen.«[223]

Mit der Entlassung Hitlers aus Landsberg war klar, dass die Verhältnisse der Rechtsbewegung neu geordnet werden mussten. Nur zu offensichtlich waren die Brüche innerhalb der NSFB geworden.[224] Bereits auf der Vertretertagung im Juli war es nicht gelungen, die GVG und das »Direktorium« unter Volck miteinzubeziehen. Hinzu kamen die, für Westfalen exemplarisch beschriebenen, Zerwürfnisse im Zuge der Wahlniederlage vom Dezember. Nun, nach der Haftentlassung Hitlers und dessen Untätigkeit in den ersten Wochen, traten der Zwist zwischen Nationalsozialisten und Deutschvölkischen und der provisorische Charakter der NSFB offener denn je zutage.[225] Tatsächlich war an die von vielen erhoffte »Führerverbindung Hitler – v. Graefe – Ludendorff […] nie zu denken« gewesen.[226] Am 12. Februar legte Ludendorff die Reichsführerschaft nieder. Damit war die Führungstroika der NSFB endgültig gesprengt.[227]

Während Hitler weder Briefe noch Anfragen der verschiedensten rechten Gruppierungen beantwortete und damit Unsicherheit und Begehrlichkeiten kontinuierlich steigerte sowie seine Hybris weiter beförderte,[228] sicherte ihm der neue bayerische Ministerpräsident Held am 4. Januar gegen das Versprechen, fortan die Autorität des Staates zu akzeptieren und keinen neuen Putschversuch zu unternehmen,[229] die Tolerierung einer Neugründung der NSDAP

223 Franz von Pfeffer: »Kampf-Organisationen (I): Nicht Vereins-Betrieb! – Nicht Wähler-Klubs!«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Januar 1926.

224 BArch: R 1507/345, Bl. 207 ff.

225 Vgl. schon zu den katastrophalen Ergebnissen um eine Einigung bereits die Weimarer Vertretertagung vom 20. Juli 1924. Wörtz: Programmatik und Führerprinzip, S. 47 ff.

226 Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. Nr. 46, S. 154. Fobke an Volck vom 21. September 1924. Während Horn in Hitlers Position in Haft eine Zwangslage sah, interpretiert Wörtz Hitlers Nichtvotieren als einen Beleg der Stärke. Vgl. Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 187 f. und Wörtz: Programmatik und Führerprinzip, S. 51.

227 Polizeidirektion München 1925, Bl. 4, Münchner Post vom 14. Februar 1925.

228 Vgl. dazu den Konflikt um die Nichtbeantwortung des Briefes Graefes auf der Preußentagung des NSFB. Tyrell: Führer befiehl, Dok. Nr. 37, S. 90 f., Corswant-Cuntzow an Volck vom 15. Januar 1925.

229 Gleichzeitig sollte die NSDAP die Regierung im Kampf gegen den Kommunismus unterstützen.

zu. Unter Zutun des bayerischen Justizministers, Fritz Gürtner, wurde das Parteiverbot wie das Verbot des VB am 16. Februar aufgehoben.[230] Für Hitler war der Weg nun frei. Am 26. Februar bot er unter dem Titel »Zum Wiedererstehen unserer Bewegung« im VB jene berühmt gewordene »Pax Hitleriana«[231] an, die ihn selbst, der keine Zugeständnisse machte, als Führer etablierte.[232]

Bereits drei Tage zuvor jedoch, am 23. Februar, war eine Flut von Loyalitäts- und Ergebenheitsadressen vor allem aus Süd- und Mitteldeutschland bei Hitler eingegangen. Auch Pfeffer bekundete, neben den Gauleitern aus dem Rheinland, Hannover, Pommern und mehr als hundert ehemaligen Bezirksführern aus Norddeutschland, seine »unerschütterliche Treue und Gefolgschaft« zu Hitler.[233]

5.3.1 Mit Hitler

Wann Pfeffer Hitler erstmals persönlich kennenlernte, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Jedoch liegen einige Indizien dafür vor, dass Pfeffer Hitler bereits vor dem Putschversuch traf. So schildert der Historiker Walter Görlitz, leider ohne Angabe einer Quelle, wie Pfeffer Hitler »das erste Mal in einem alten Cutaway mit gelben Schuhen und einem Rucksack auf dem Rücken« sah. »Er [Pfeffer] war so betroffen, dass er auf die persönliche Bekanntschaft verzichtete.«[234] Dem beschriebenen Erscheinungsbild Hitlers nach, ist dieses Ereignis wohl vor den November 1923 zu datieren. Für die gleiche These spricht auch die, allerdings quellenkritisch zu hinterfragende spätere Aussage Pfeffers, dass er vorhatte, zusammen mit Strasser, Hitler nach dessen Haftentlassung in Landsberg abzuholen.[235] Unabhängig von dem exakten Datum der ersten persönlichen Zusammenkunft hatte Pfeffers weitreichendes Beziehungsnetzwerk dazu geführt, dass er bereits bis zum Herbst 1923 zumindest bis in Hitlers engstes Umfeld vorgedrungen sein musste.[236]

Bereits seit Herbst 1924 trat Pfeffer für eine Führung der gesamten radikalen Rechten durch Hitler ein.[237] Nach dessen Haftentlassung besprach er sich be-

230 In Preußen war die NSDAP bereits am 7. Januar wieder zugelassen worden. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 27.

231 Kurt Ludecke: I knew Hitler. The story of a Nazi who escaped the blood purge, London 1938, S. 248.

232 Adolf Hitler: »Zum Wiedererstehen unserer Bewegung!«, in: VB vom 26. Februar 1925.

233 Tyrell: Führer befiehl, Dok. 39, S. 104.

234 Görlitz (1952): Hitler, S. 145.

235 So Pfeffer zu Schildt. Siehe Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 26. Pfeffer gab die Situation hier allerdings ungenau und fehlerhaft wieder, so dass zu bezweifeln ist, ob Pfeffer tatsächlich am »Wettlauf um Hitler« (Hess: Briefe, Nr. 360 vom 20. Dezember 1924, S. 359) teilgenommen hatte.

236 Vgl. BArch: R 1507/2031, Bl. 74 und BArch: R 1507/345, Bl. 118. Vgl. auch Klein: Bannerträger, S. 5.

237 Ebenda, Bl. o. Nr. Orth an GVG München vom 8. November 1924.

reits im Januar 1925 mit diesem in München.[238] Als Ende Januar die Gerüchte über das Neugründungsvorhaben Hitlers auch in Westfalen kursierten,[239] wandte sich Pfeffer an seine Bezirksleiter. Er berichtete von der »eingehenden Aussprache des Gauleiters […] mit Strasser, mit Ludendorff und mit Hitler« und ließ an seiner Unterstützung Hitlers keinen Zweifel. So kündigte er an, dass mit dem baldigen offiziellen Auftreten Hitlers zu rechnen sei und formulierte dazu:

> »Ein Strom neuen Lebens muss unsere Bewegung durchfluten. Auch unsere Organisationsaufgaben werden eine Reihe […] Änderungen und Umgestaltungen erfahren. […] Die Möglichkeit, dass die bevorstehende Entscheidung mit einer ›gewissen Erschütterung‹ beginnt, liegt leider sehr nahe. Um sie besser überstehen zu können, haben sich die Gaue Halle-Merseburg, Braunschweig, Hannover, Westfalen, Niederrhein (Ripke), Rheinland Süd zu gemeinsamem Auftreten zusammengeschlossen. Unsere Richtlinien sind: Fest hinter Hitler, Ludendorff für die Einheitsbewegung.«[240]

In seinem vertraulichen zweiten Brief gleichen Datums ging er näher auf die tatsächlichen Gründe für die Trennung von den Deutschvölkischen ein:

> »Hitler ist mit der derzeitigen Entwicklung unserer Bewegung ganz und gar nicht einverstanden. Während andererseits viele Berliner Führer seinem Wiedererscheinen und Absichten misstrauisch, ja feindlich gegenüberstehen. Letzte werden am besten durch den Namen Wulle gekennzeichnet. […] Hitler und Wulle halten beide eine Überbrückung und Einigung für unmöglich und haben beide gegen eine Trennung nichts einzuwenden. Wulle hat bereits in großzügigem Umfange begonnen, gegen alle in den Führungsstellen befindliche N. S. scharf vorzugehen, um bei einer Trennung möglichst weite Teile der derzeitigen Organisation geschlossen für sich übernehmen zu können.«[241]

Programmatisch nannte Pfeffer drei Argumente, die für eine Spaltung sprächen und die er durchweg mit einer antisemitischen Argumentation unterfütterte: Die Rolle der Arbeiterschaft, in welcher Hitler die Hauptklientel der

238 So gab er an, hier von Ludendorff und Hitler persönlich empfangen worden zu sein. Mehrere Rundschreiben Pfeffers von Ende Januar dokumentieren zudem eine erstaunliche Kenntnis über die Entwicklungen innerhalb der Rechtsbewegung. Vgl. StaM: Nr. 189, Pfeffer »an die Herren Bezirksleiter« vom 30. Januar 1925; ebenda, Pfeffer »an die Herren Bezirksleiter. Nur für Führerkreise! Streng vertraulich!« vom 30. Januar 1925. Offenbar scheint Pfeffer von Hitler beeindruckt gewesen zu sein. Goebbels schreibt: »V. Pfeffer war bei Hitler. Erzählt viel von ihm. Er ist ganz im Reinen, will die Trennung …« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 9. Februar 1925.

239 Tyrell: Führer befiehl, Dok. 37, S. 91, Corswant-Cuntzow an Volck vom Januar 1925. Bezeichnenderweise wird hier von »NSDP« gesprochen.

240 StaM: Nr. 189, Pfeffer »an die Herren Bezirksleiter« vom 30. Januar 1925.

241 Ebenda, Pfeffer »an die Herren Bezirksleiter. Nur für Führerkreise! Streng vertraulich!« vom 30. Januar 1925.

NSDAP sehe, die Einstellung zum System, das Hitler im Gegensatz zu »Berlin« grundsätzlich ablehnte, sowie die Frage des Parlamentarismus – »Hitler will Abbau des Parlamentarismus, Berlin will Aufbau«.[242]

Pfeffers Entscheidung für Hitler war absehbar. Aus Mangel an Alternativen war der Freikorpsführer in die Politik gedrängt worden. Dass er innerhalb dieses Rahmens die radikalste Form, die Fundamentalopposition Hitlers, wählte, kann angesichts der Entwicklungen der NSFB und des legalistischen Abdriftens der Deutschvölkischen nicht verwundern. Hinzu kommen, dem sicher nachgeordnet, auch die spezifischen politischen Bedingungen der westfälischen Rechten und die damit politisch-strategische Situation Pfeffers. Bereits die Unruhe im Gau vor der Haftentlassung Hitlers hatte gezeigt, wie sehr der NSFB Westfalen nationalsozialistisch ausgerichtet war.[243] Angesichts der Sogwirkung, die Hitlers Haftentlassung entfacht hatte,[244] konnte Pfeffer kein Interesse daran haben, dieser Stimmung entgegenzutreten und damit auch seine eigene Position zu gefährden. Bereits am 31. Januar sandte er eine Ergebenheitsadresse an Hitler. Er überschrieb diese mit »Heil Hitler!«, um danach direkt festzustellen: »Westfalen teilt vollkommen Ihre grundsätzlichen Anschauungen!«[245] Eine Woche später, am 7. Februar, tat es ihm der Bezirksverband Bochum gleich. Mehrere weitere solcher Adressen aus Westfalen an Hitler sollten folgen.[246]

Schließlich kamen, wie zumeist im rechten Spektrum, auch persönliche Gründe hinzu. Strasser, zu dem Pfeffer im Laufe des zurückliegenden Jahres ein freundschaftliches Verhältnis aufgebaut hatte und der sichtlich auf Pfeffer Einfluss ausübte,[247] stellte seine persönlichen Differenzen mit der »Münchener Clique« um Esser und Streicher vorerst hintan und stand klar bei Hitler.[248] Ebenso das Norddeutsche Direktorium unter Volck, der bei Pfeffer ebenfalls hohes Ansehen genoss.

Am 22. Februar ergriff Pfeffer im Auftrag Strassers die Initiative und lud die nationalsozialistisch gesinnten Führer Nord- und Mitteldeutschlands zu einer Führertagung in das westfälische Hamm ein.[249] Unter dem Vorsitz des von Hitler bevollmächtigten Strasser gelobten die Führer »unerschütterliche

242 Ebenda, Pfeffer »an die Herren Bezirksleiter. Nur für Führerkreise! Streng vertraulich!« vom 30. Januar 1925.
243 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 196ff.; Krüger: Treudeutsch, S. 230. Vgl. aber auch FN 5/47 und zur Ergebenheitsadresse an Hitler FN 5/137.
244 Polizeidirektion München 1924, Bl. 38. Polizeibericht vom 2. März 1925.
245 StaM: Nr. 189, Pfeffer an Hitler vom 31. Januar 1925.
246 Bezirksleitung Bochum an Hitler vom 7. Februar 1925, in: Beck: Kampf und Sieg, S. 591f.
247 Vgl. HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 116 sowie auch: Wörtz: Programmatik und Führerprinzip, S. 49.
248 Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 31. Vgl. zu den Differenzen insbesondere mit Streicher: HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. o. Nr. Westfalen an die Bezirksleiter (streng vertraulich) vom 28. Oktober 1925.
249 Wörtz: Programmatik und Führerprinzip, S. 74.

Treue und Gefolgschaft« dem »Führer Adolf Hitler«.[250] Zeitgleich wurde der Gau Westfalen – also fünf Tage vor der eigentlichen Parteineugründung der NSDAP in München – gegründet.[251] Pfeffer selbst nahm für sich die niedrigste westfälische Mitgliedsnummer – Nr. 16101 – in Anspruch.[252] Am 27. März erfolgte durch Hitler die Ernennung Pfeffers zum »verantwortlichen Führer« »im Gau Westfalen (umfassend Reichstagswahlkreis Westfalen-Nord und Westfalen-Süd) […] bis zu einer späteren endgültigen Regelung«.[253]

Die Unterstellung bedeutete für Pfeffer jedoch keineswegs eine kritiklose Ergebenheit. Auch sein Selbstverständnis als Hauptmann gegenüber dem ehemaligen Gefreiten dürfte dabei eine Rolle gespielt haben.[254] Bereits in seiner Adresse an Hitler vom 31. Januar hatte er die geplante Form einer Neugründung stark kritisiert. So würden in diesem Fall »wertvolle Kräfte vor den Kopf gestoßen. Hier in Westfalen ist ein Wiedergewinnen einmal Ausgeschiedener fast unmöglich.«[255] Zudem beurteilte er die von Hitler geplante Neugründung auf der Basis der alten NSDAP äußerst kritisch. Der Name »N.S.D.A.P.« bedeute »einen bösen Rückschritt gegen das jetzige Symbol der Volksgemeinschaft«, zudem mache »die erneute Namensänderung […] uns hier geradezu lächerlich«.[256] Wenn Hitler dennoch die Namensänderung für notwendig erachte, müsse die Bewegung künftig unter zwei Firmierungen auftreten, so Pfeffer. Am selben Tag schrieb er diesbezüglich an seine Bezirksleiter: »Es erscheint vom westfälischen Standpunkt außer jeder Frage, dass Hitler in dieser Organisationstaktik nicht richtig verfährt«[257] und forderte sie sogar auf, entsprechende schriftliche Stellungnahmen nach München zu senden. Auch sprach sich Pfeffer erneut gegen den Begriff der Partei im Namen aus. Statt eines neuen Namens bräuchte man vielmehr, »ohne die bisher geleistete Arbeit [durch eine Neugründung] zu zerschlagen«, eine »gewerkschaftliche oder gewerkschaftsähnliche Organisation, zur praktischen Erfassung größerer Arbeitermassen«. Auch müsse der »parlamentarischen Versumpfung und

250 Tyrell: Führer befiehl, Dok. 39, S. 104.

251 Böhnke: NSDAP im Ruhrgebiet, S. 81 ff. Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 192 ff. Bereits am 17. Februar war die Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung (DVFB) unter Graefe gegründet worden.

252 BArch: PK – Franz von Pfeffer, Bl. 728. Es dauerte jedoch bis zum 10. März, bis in München eine offizielle Mitgliederkartei des Gau Westfalen geführt wurde. BArch: PK – Von Pfeffer, Bl. 728. Pfeffers Parteieintritt ist daher auf den 10. März datiert. BArch: PK – Franz von Pfeffer, Bl. 728.

253 IfZ: MA 738, Rolle 1, Bl. 10, Hitler vom 27.März 1925. Pfeffer gab dies in seinem Gaurundschreiben vom 5. April weiter. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 28 vom 5. April 1925. Zeitgleich wurden Haase, Schlage, Lohse, Hildebrandt, Vahlen, Haake, Ripke, Klant, Rust und Mutschmann ernannt. IfZ: MA 738, Rolle 1, Bl. 1 ff.

254 Dieses militärische Hierarchieverhältnis war auch noch nach dem Krieg bemerkbar. ZZS Pfeffer I, Bl. 25.

255 StaM: Nr. 189, Pfeffer an Hitler vom 31. Januar 1925.

256 Ebenda, Pfeffer an Hitler vom 31. Januar 1925.

257 Ebenda Pfeffer »an die Herren Bezirksleiter. Nur für Führerkreise! Streng vertraulich!« vom 30. Januar 1925.

Berliner Verflachung rücksichtslos ein Ende gemacht« werden, so Pfeffer an Hitler weiter.[258] Trotz aller dieser scharfen Worte: Konkrete Bedingungen oder gar Forderungen für ihre Gefolgschaft stellten weder Pfeffer noch die anderen norddeutschen Führer.

Hitler ging auch auf Pfeffers Einwürfe nicht ein. Dass der ansonsten wenig konfliktscheue Pfeffer darüber hinweg sah, zeigt, dass zu Hitler keine Alternative bestand. Erstmals in seiner antirepublikanischen Karriere war Pfeffer bereit, zugunsten eines anderen Akteurs Kompromisse einzugehen. In Westfalen, wo noch ein Jahr zuvor auch durch Pfeffers Bestreben die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialisten und Völkischen besser gewesen war als in vielen anderen Teilen Deutschlands,[259] richtete Pfeffer in den folgenden Monaten, trotz seiner nach wie vor anhaltenden organisatorischen Kritik, den Verband nun unumwunden auf Hitler aus.[260]

Mehr und mehr problematisch wurde dabei die Rolle Ludendorffs. Obwohl der Konflikt zwischen Hitler und dem ehemaligen General kaum noch zu übersehen war, lehnte Pfeffer eine offene Distanzierung von seinem einstigen Förderer ab. Zu offensichtlich war schon die Rolle der Autorität Ludendorffs im Sommer 1925 bei der Durchsetzung von Pfeffers Machtansprüchen in Westfalen gewesen[261] und zu stark war auch die persönliche Verbundenheit, die Pfeffer für Ludendorff empfand. Bereits im Januar 1925 hatte er an Hitler geschrieben: »Am 9. November 1923 war es nicht nur die Tat, die unserer Bewegung jenen ruckartigen Aufschwung verlieh und später eine verächtliche Abstempelung verhinderte, sondern es war nicht zuletzt das rückhaltlose Mitmachen Ludendorffs.«[262]

Als nun Gerüchte um die Entfremdung zwischen Ludendorff und Hitler immer stärker kursierten, beschwichtigte er gegenüber seinen Bezirksleitern: »Ludendorff steht wohl auf den Grundsätzen Hitlers, aber er ist unzweideutig gegen jede Trennung.« Je nach Fall »dürfte sich Ludendorff zurückziehen auf eine Art überparteiliche Stellung im Hintergrunde, ein persönliches Treueverhältnis mit Hitler wahrend, welches Letzterer ihm nach wie vor sehr hochhält«.[263] Und von Hitler erhoffte er sich einen Kompromiss, wenn er schrieb: »Wenn General Ludendorff sich jetzt unmerklich aus dem Schmutz

258 Ebenda, Pfeffer an Hitler vom 31. Januar 1925. Ob er damit allgemein das Weimarer System meinte oder gezielt auf das Arrangement der Deutschvölkischen mit dem Weimarer Staat anspielte, ist ungewiss. Ende Juli distanzierte er sich in aller Klarheit von dem »Heer von halbvölkischen und wirtschaftlichen Interessenpolitikern« der DVFB. Ebenda, Rundschreiben Nr. 36 vom 26. Juli 1925. Siehe auch Max Kele: Nazis and workers. National socialist appeals to German labor 1919-1933, Chapel Hill 1972, S. 77.

259 Krüger: Treudeutsch, S. 200 und 216.

260 Vgl. auch FN 5/266.

261 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 194.

262 StaM: Nr. 162, Pfeffer an Hitler 31. Januar 1925.

263 StaM: Nr. 189, Pfeffer »an die Herren Bezirksleiter. Nur für Führerkreise! Streng vertraulich!« vom 30. Januar 1925.

der vordersten politischen Tagesfront zurückziehen kann, in der er während Ihrer Haft notgedrungen stehen musste, so wäre das sehr zu begrüßen. Aber wenn eine Lage entsteht, bei der Ludendorff überhaupt ausscheidet, so wäre das für weite Kreise ungeheuer bedeutungsvoll.«[264]

Als es nach der Bekanntgabe der Kandidatur Ludendorffs bei den Reichspräsidentenwahlen am 29. März innerhalb Pfeffers Gau zu kritischen Stimmen kam, war auch Pfeffer stark beunruhigt und äußerte offenen Zweifel an der gewählten Strategie. Noch immer fürchtete er den zu erwartenden Reputationsverlust seines einstmaligen Förderers. Als auf die vernichtende Niederlage Ludendorffs[265] der Wahlsieg Hindenburgs folgte, argumentierte Pfeffer gegenüber seinem Gau auf erstaunliche Art und Weise. So schrieb er:

> »Die Kandidatur Hindenburgs ist ein großer Erfolg und eine glänzende Rechtfertigung der Hitler-Ludendorff-Politik in der Präsidentenfrage. Durch unsere damalige Aufstellung des Feldherren, als des einzigen überragenden Mannes neben den 6 Nullen-Kandidaten hat man doch einen tieferen Eindruck auf weite Kreise gemacht und tieferes Nachdenken veranlasst, als die Menge der kleinen landläufigen Tagespolitiker geglaubt. […] Die Taktik Hitler-Ludendorff muss jedem denkenden Anhänger eine gute Gelegenheit geben, bei sich selbst die Autorität unserer Zentralführung zu festigen. Wohl jeder wird feststellen müssen, dass bei ihm selber Überblick und die Energie nicht soweit gereicht haben, wie bei unserer Führung. Diese weiß was sie will. Sie handelt richtig und schert sich nicht um das Geschrei der ganzen Welt und vieler Anhänger die im Augenblick nicht mitkönnen. Das nächste Mal werden wir eine Anordnung der Zentralführung auch dann mit ruhigem Gewissen ausführen, wenn sie uns nicht völlig verständlich ist.«[266]

Ob diese verzerrte Darstellung strategisches Kalkül war oder er schlicht die Realitäten verkannte, muss offenbleiben. Sicher ist: Pfeffer rückte mit einer solchen Argumentation das grandiose Scheitern Ludendorffs in den Hintergrund. Er, der sogar eigene Fehler eingestanden hatte, richtete in der Folge seinen Gau noch stärker als zuvor auf Hitler aus. Anders als noch im Frühjahr 1925, findet sich fortan keinerlei Kritik mehr an Hitler in den Gaurundschreiben. Ganz bewusst legte er fortan in Westfalen den Grundstein für jene Formen der Hitlerverehrung, die Jahre später eine ganze Nation erfassen sollte und heute am besten mit den Worten Führerkult und Hitlermythos beschrieben werden können. Dabei schadete die regionale Distanz zu dem

264 StaM: Nr. 162, Pfeffer an Hitler vom 31. Januar 1925.

265 Am 29. März 1925 erreichte Ludendorff reichsweit nur 285.793 Stimmen, was nur ein Prozent der abgegebenen Stimmen bedeutete. In Westfalen waren es nur 0,7 Prozent, was eine nochmalige Halbierung der Stimmen aus dem Dezember bedeutete. In Münster erhielt Ludendorff gar nur 331 Stimmen. Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926, S. 394 f.

266 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 29 vom 15. April 1925.

propagandistisch Verklärten nicht, im Gegenteil, sie beförderte den Hitlerkult sogar.[267] Pfeffer bewarb Hitlerveranstaltungen in höchsten Tönen, pries dessen politisches Geschick wie strategische Weitsicht und versuchte fortan Hitler für eine Veranstaltung in Westfalen zu gewinnen.[268]

Den Machtkampf zwischen Hitler und Ludendorff, der nun mit der dauerhaften Kaltstellung Ludendorffs endete, schob Pfeffer beiseite. Obgleich er Hitler fortan die alleinige parteipolitische Führung zugestand,[269] distanzierte er sich von Ludendorff nicht. Sein persönliches und soldatisches Treueverhältnis blieb bestehen. Noch im Jahr 1926, als der ehemalige General sich bereits weitgehend aus der NSDAP zurückgezogen hatte, findet sich Pfeffers Name als Kommandeur des in Westfalen am 31. Juli 1925 gegründeten[270] Deutsch-Völkischen Offizierbundes.[271]

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass die Gründe für das Votieren Pfeffers für Hitler ihre Hauptursachen in dem Versagen aller maßgeblichen Akteure des rechten Spektrums in der »führerlosen Zeit« hatten. Hinzu kam der Respekt vor Hitlers »Leistung« vom November 1923. Eine exakte ideologische oder gar organisatorische Konvergenz seiner Vorstellungen mit denen Hitlers lag jedoch keineswegs vor. Für Pfeffer waren Führer und Idee trotz seines Eintretens für streng autokratisch-hierarchische Parteistrukturen keineswegs identisch. Vielmehr ist die offene Kritik Pfeffers in den ersten Monaten bemerkenswert. Anders auch als viele andere NS-Funktionsträger, war Pfeffer

267 So argumentierte Pfeffer später, dass auch das Redeverbot in Preußen der NSDAP keineswegs geschadet hätte. Vielmehr hätte man es sich gezielt für Propaganda zunutze gemacht. ZZS Pfeffer II, Bl. 57.

268 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 34 vom 18. Juni 1925.

269 So schrieb er am 20. Juli: »Führer unserer Bewegung ist Adolf Hitler, der die alleinige Verantwortung und geradezu diktatorische Stellung hat.« StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 35 vom 20 Juli 1925. Und weiter heißt es hier: »Exz. Ludendorff ist auf die Dauer des Auseinanderfalls der großen Freiheitsbewegung nicht mehr an leitender Organisationsstelle tätig, ist aber nach wie vor überzeugter Nationalsozialist[,] dessen persönliche Beziehung zu Hitler ungetrübt ist.« In Hannover schilderte später der stellvertretende Gauleiter und mit Pfeffer gut bekannte Karl Dinklage die Haltung des Gaues wie folgt: »Wir im Gau Hannover halten Hitler treue Gefolgschaft. Dabei ist es gleichgültig, ob wir Ludendorff oder Hitler für den größeren halten. Das sei jedem überlassen.« Tyrell: Führer befiehl, Dok. Nr. 64b, S. 167.

270 Pfeffer erwähnte dies sogar in seinen Gaurundschreiben und bat darum, »für baldige Aufnahme [der] Notiz in die Lokalpresse zu sorgen«. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 37 vom 7. August 1925.

271 Dieser sollte die »Führerorganisation« des eigentlich für NSDAP-Mitglieder verbotenen Tannenbergbunds darstellen und hatte bis Ende 1926 reichsweit etwa 3.000 Mitglieder. BArch: R 1507/2031, Bl. 72 f. Vgl. zum Deutsch-Völkischen Offiziersbund sowie zum Tannenbergbund auch BArch: R 1507/2051, Bl. 7 und Bl. 89. Aufgrund dieser Haltung zu Ludendorff ist auch zu erklären, warum Pfeffer später die bereits im Frühjahr 1925 gefallene Entscheidung für Hitler innerhalb der NSDAP auf den Januar 1926 terminierte. Vgl. ZZS Pfeffer II, Bl. 38 und die Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern.

nicht der persönlichen Aura Hitlers erlegen.[272] Vielmehr bedurfte es, vorerst noch, für Pfeffer einer Legitimation durch Leistung. Diese erbrachte Hitler durch die Sogwirkung, die er nach seiner Haftentlassung entfachte und seine vermeintlich geniale Strategie in der Reichspräsidentenfrage. In den kommenden Monaten organisierte Pfeffer denn auch nach seinen Vorstellungen den Gau weitgehend unabhängig von der Parteizentrale in München. Strasser, nicht die Parteileitung oder Hitler, war dabei sein erster Ansprechpartner in Bayern.[273]

5.3.2 Exkurs: Zur Position des Gauleiters 1925

Schon die Tatsache, dass eine Bestätigung der Führungsposition Pfeffers erst rund zehn Wochen nach der offiziellen Gaugründung erfolgte – die endgültige Ernennung durch Hitler konnte gar erst am 20. Juli im Gau verkündet werden[274] – zeigt die Überforderung der Münchener Parteileitung.[275] Die Entwicklung der neuen NSDAP-Gaue[276] gestaltete sich auch daher in interner Organisation sowie in ihrer ideologischen Ausrichtung uneinheitlich. Die Gaue bestanden regellos aus einzelnen Ortsgruppen, Kreisen und/oder Bezirken. Dort wo es keine Gaustruktur oder ungeklärte Machtverhältnisse gab, unterstanden Ortsgruppen, Kreise und Bezirke nicht selten direkt der Reichsleitung der NSDAP in München.[277] Gleichzeitig hatten durch die organisatorische Überforderung der »lahme[n] Münchener Leitung«[278] die Gaue weitgehende Freiheiten. Den organisatorischen wie ideologischen Kurs bestimmte allein der Gauleiter. Trotz des zunächst seltenen Eingreifens Münchens in gauinterne Entwicklungen, kam es immer wieder zu Differenzen zwischen der zentralistisch orientierten Parteizentrale und den auf Beibehaltung ihrer Souveränität ausgerichteten Gauleitern. Trotz des überall lautstark proklamierten Führerprinzips tat sich die Parteileitung zunächst mit der Durchsetzung von

272 Frank: Hitler, S. 93.

273 Vgl. zur Hochachtung Strassers im Ruhrgebiet Goebbels' Tagebucheintrag bereits vom 26. Oktober 1925.

274 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 35 vom 20. Juli 1925.

275 Eine vorläufige Ernennung erfolgte schriftlich am 3. April 1925. BArch: NS 26/165, Bl. o. Nr. Bouhler an Pfeffer vom 3. April 1925. Im Folgenden wird der Begriff der Parteileitung synonym mit dem der administrativen Parteileitung verwendet und schließt Hitler als Vorsitzenden ausdrücklich aus. Im Zentrum steht hier die Hauptgeschäftsstelle um Schwarz, Bouhler und Amann.

276 Nach der Satzung der NSDAP waren die Gaue keineswegs obligatorisch und sollten nur im Bedarfsfall eingerichtet werden. Hüttenberger: Gauleiter, S. 12.

277 Am 21. November schrieb Pfeffer an den Bezirk Osnabrück: »Man bedenke, dass andere Gaue noch nicht mal Bezirke haben, ja dass selbst die Münchener Zentrale sich mit einer Unzahl O. G. herumschlagen muss, die nicht mal zu Gauen gehören.« StaM: Nr. 189, Pfeffer an den Bezirk Osnabrück vom 21.November 1925.

278 ZZS Pfeffer I, Bl. 6.

Vereinheitlichungen und Regulierungen schwer.[279] Der umfassende Führungsanspruch, den man in München erhob, ließ sich realiter aufgrund der mangelnden Bürokratisierung der Partei zunächst nicht durch die Parteileitung, sondern nur durch das persönliche Einschreiten Hitlers durchsetzen. Typisch für die spätere Binnenstruktur der NSDAP war bereits, dass die Konflikte, die zwischen der Parteileitung und den Gauleitern ausgetragen wurden, fast nie auf den ohnehin an systematischer Organisation kaum interessierten Hitler zurückfielen und dessen Position belasteten.[280]

Dennoch, der Führungsanspruch Hitlers war 1925 machtpolitisch noch keineswegs vollends durchgesetzt.[281] Die von Hitler berufenen Gauleiter brachten zumeist ihre eigenen Gefolgschaften mit in die NSDAP ein. Diese sah sich häufig dem Gauleiter nicht minder als Hitler in München verpflichtet. Gleichzeitig basierte Pfeffers Legitimation, wie die seiner Kollegen, in erster Linie auf seinem Renommee vor Ort, seinem Durchsetzungsvermögen und der Akzeptanz seiner Anhänger.[282] Erst allmählich löste sich dieser Loyalitätskonflikt zugunsten Hitlers auf.[283]

Dennoch, bei all diesen Bemerkungen zur Machtkonstellation in den Gauen im Jahr 1925 bleibt der zentrale Befund unangetastet: Ohne die Person Hitlers als Integrationsfigur und bald darauf als Personifizierung der Ideen der Bewegung, wäre die Neugründung der NSDAP undenkbar gewesen. Im Ernstfall galt bereits im Jahr 1925: Ein Führerentscheid Hitlers war die Ultima Ratio der Bewegung.[284]

279 Vgl. Kapitel 5.3.4 sowie StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 36 vom 26. Juli 1925.

280 Vgl. Kapitel 7. Das Phänomen setzte sich auch nach der »Machtergreifung« fort. Horn: Machtergreifung, S. 302.

281 Vgl. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 36 ff. Pfeffer entwirft später ein noch deutlicheres, stark überzeichnetes, Bild, indem er zur Situation 1925 schrieb: »Hitler beansprucht das Kommando, verlangt Gehorsam und das Recht, Führer ein- und abzusetzen. Die Aktivisten-Führer mit eigenen Gefolgschaften, die zunächst mehr zu ihnen als zu Hitler stehen, wollen Hitler unterstützen, bejahen seine Führung, wollen mit ihm zum Sieg kommen; aber sie wollen sich ihm nicht direkt unterstellen. ›Gehorsam leisten‹.« ZZS Pfeffer I, Bl. 22.

282 Schildt schreibt hierzu: Die Eignung der Gauleiter »lag nicht in politischer Klugheit und Einsicht oder moralischer Sauberkeit, sondern in Härte, Rücksichtslosigkeit, Machtwillen und politischer Aktivität«. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 42. Dies traf insbesondere auch für Pfeffer zu.

283 Bereits für die Jahre ab 1928 schilderte Karl Wahl, der Gauleiter von Schwaben: »Ein Gauleiter war nichts anderes als ein von Hitler beauftragter Schwerstarbeiter, der in seinem Arbeitsgebiet für alles verantwortlich war.« Ein »Mädchen für alles«. Diese Schilderung weist auch auf die zunehmende administrative Durchdringung der Gaue von München aus hin. Wahl: Deutsche Herz, S. 54.

284 Vgl. Kapitel 7.

5.3.3 Der Organisationsaufbau des Gaues Westfalen als Vorbildstruktur

Der Übertritt zum Nationalsozialismus im Gau Westfalen verlief, trotz der gegenüber Hitler geäußerten Befürchtungen,[285] ohne größere Mitgliederverluste.[286] Lediglich zwischen Pfeffer und dem deutschvölkisch orientierten Gärtner, der zudem von dem NSFB-Bezirksleiter Münsterland, Josef Böger, unterstützt wurde, kam es zu einer größeren Auseinandersetzung. Diese endete jedoch mit dem Ausscheiden der beiden Antagonisten Pfeffers und sorgte mittelfristig sogar für eine Stärkung seiner Führungsposition im Gau.[287]

Auch in der formalen Organisation des Gaues änderte sich nach Übertritt zur NSDAP, wie schon beim Namenswechsel vom VSB zur NSFP, zunächst nur wenig. Mit dem Ausscheiden Gärtners trugen die Rundschreiben[288] von nun an ausschließlich Pfeffers Unterschrift. Mittel und Infrastruktur der Gauleitung blieben, wie zumeist in Nord- und Westdeutschland, äußerst provisorisch. Die Gaugeschäftsstelle blieb in der Erphostraße, zog jedoch nach dem Dissens mit Gärtner in die Privaträume Pfeffers um.[289] Pfeffer versuchte erfolgreich, die negativen Effekte, die die Spaltung der Rechten mit sich bringen konnte, von seinem Gau fernzuhalten. Er setzte auf Kontinuität. Die Nummerierung der ein- bis fünfseitigen Rundschreiben wurde fortgeführt,[290] wobei sich die Anzahl seiner Anweisungen auf bis zu vier Rundschreiben pro

285 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 33 vom 24. Mai 1925.

286 Bereits zu Jahresbeginn 1925 existierten im Großraum Westfalen 74 Ortsgruppen der NSDAP. IfZ, Parteistatistik 1935, Bd. 3, S. 175. Dass der Übertritt von der NSFB zur NSDAP nahezu ohne Mitgliederverluste vonstattenging, zeigt sich auch daran, dass auf der Vertretertagung des DVFB vom 21. Februar keine Vertreter Westfalens anwesend waren. Vgl. Krüger: Treudeutsch, S. 257. Zu den vereinzelt auftretenden örtlichen Schwierigkeiten vgl. Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 210 f.

287 Gärtner warf Pfeffer Unterschlagung und Misswirtschaft vor. Der Streit zog weite Kreise bis nach München und beschäftigte sogar ordentliche Gerichte. Da Gärtner seine Anschuldigungen letztlich nicht beweisen konnte, bekam Pfeffer in allen Instanzen Recht. Hinweise zu dem gut dokumentierten Fall finden sich in den Beständen: BArch: NS 26/86; BArch: NS 1/342; HStaD: RW 23, Nr. 53; StaM: Nr. 189. Vgl. auch ›Volkswille‹ vom 22. Mai 1926: »Pfeffer von Salomon gegen Stadtv. Gärtner«; Polizeibericht Hagen vom 5. Mai 1925 zit. nach Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 211 und 241 und Krüger: Treudeutsch, S. 263. Vgl. FN 5/42 und FN 5/375. Zur Konfliktanalyse und zur Einordnung siehe Kapitel 7.1.

288 Gemäß den von Pfeffer formulierten Organisationsrichtlinien kam den, zunächst nur an die Bezirksleiter, später auch an die Ortsgruppenleiter versandten Rundschreiben eine besondere Bedeutung zu. Pfeffer handelte hier gemäß seinen Vorstellungen, dass die Organisationsrichtlinien nur einem möglichst kleinen Kreis zugänglich sein sollten. Franz von Pfeffer: »Kampf-Organisationen (II): Nicht Vereins-Betrieb! – Nicht Wähler-Klubs!«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Februar 1926.

289 BArch: NS 26/86, Pfeffer an Hitler und Strasser vom 22. August 1925.

290 Die »Tagesbefehlsnummer« wurde ab etwa Mitte 1925 (zumeist) nur noch ergänzend genannt und entfiel ab Juli 1925 gänzlich. StaM: Nr. 162.

Woche merklich erhöhte.[291] Auch seinen militärischen Führungsstil änderte er nicht.[292]

Da aus München, ebenso wie zuvor aus Berlin, kaum detaillierte Anweisungen zur Organisation des Gaues vorlagen, war Pfeffers primäres Ziel die bürokratische Durchdringung des Gaues sowie die Professionalisierung der Arbeit der zumeist unerfahrenen Ortsgruppen. Seinem Selbstverständnis nach orientierte er sich dabei an der »unbestechlichen preußischen Bürokratie« und der »selbstlosen preußischen Armee«.[293] Ein weiterer Schwerpunkt seiner Bemühungen lag in der Durchsetzung der innerparteilichen Diktatur. Im August schrieb er: »Alle Vertrauens- oder Misstrauensdebatten, können und müssen aus unseren Ortsgruppenversammlungen verschwinden; das Plenum ist für all das nicht zuständig.«[294] Auch die bereits 1924 eingeführte hierarchische Organisationsstruktur des Dreiteilungsprinzips behielt Pfeffer bei.[295] Schon nach kurzer Zeit unterstanden keine einzelnen Ortgruppen mehr direkt der Gauleitung. In nahezu allen Bezirken agierten mehr oder weniger aktive, dem Gauleiter direkt verantwortliche Bezirksleiter. Der Gau umfasste ab Mitte April insgesamt elf Bezirke.[296] Bis Ende des Jahres 1925 war die administrative

291 Bereits Ende 1924 hatte er gegenüber Ludendorff abgemahnt, dass Befehle und »frühere Aufrufe […] täglich in neuer Form wiederholt, präzisiert, breitgetreten werden« müssten. Pfeffer wiederholte und ergänzte daher immer wieder Tagesbefehle und Rundschreiben aus den vergangenen Monaten. Ebenda, Pfeffer an Ludendorff vom 16. Dezember 1924.

292 Ähnlich einem militärischen Tagesbefehl teilte er über seine Rundschreiben jedoch weiterhin Kritik oder besonderes Lob an einzelne Bezirke, Ortsgruppen oder sogar Einzelpersonen mit. Auch führte die Gauleitung weiterhin aktuelle Rednerlisten, die durchaus prominent besetzt waren. So erscheinen etwa Goebbels und Josef Wagner erstmals am 24. Mai 1925 auf der Rednerliste. Karl Kaufmann, eigentlicher Gauleiter im Rheinland, erst am 19. August und Hellmuth Elbrechter im Oktober. Bereits bis zum August hatte sich auf der Rednerliste Pfeffers eine beachtliche Anzahl bedeutender NSDAP-Funktionäre versammelt. Neben Goebbels traten Alfred Meyer, Ripke, Rust, Dincklage, Lohse und Feder häufiger in Westfalen als Redner auf. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 33 vom 24. Mai 1925 ff.; Klein: Bannerträger, S. 21 und 27; StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 45 vom 22. November 1925. Gregor Strasser wurde erstaunlicherweise erst im Dezember auf die Rednerliste gesetzt. Ebenda, Rundschreiben Nr. 46 vom 11. Dezember 1925.

293 Kissenkoetter: Gregor Straßer, S. 18.

294 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 37 vom 7. August 1925.

295 Der Gauleitung unterstanden hierbei jeweils die Bezirksleiter. Diese standen den Ortsgruppenleitern unmittelbar vor. Die Einrichtung von Kreisen lehnte Pfeffer ab. »Überorganisationen sind unerträglich, besonders solche, die eine Geschäftsstelle, Geld und Beiträge erfordern«, so Pfeffer an den Bezirk Osnabrück vom 21. November 1925. StaM: Gauschulungsamt, Nr. 189, Bl. o. Nr.

296 Ebenda, Rundschreiben Nr. 29 vom 15. April 1925. Zuvor waren mehrere Bezirke in den besetzten Gebieten sowie der Bezirksverband Hamm und Dortmund zu dem Bezirk Hellweg zusammengefasst worden. Ebenda, Rundschreiben Nr. 28 vom 5. April 1925. Die Gauleiter waren vom Stand vom 20. Juli: Fritz Homann, Bielefeld; Karl Hardjost, Lippe; Dr. Fahn, Osnabrück; Georg Hallermann, Münsterland; Jo-

Durchdringung des NSDAP-Gaus durch die Gauleitung in Münster, trotz ständiger personeller Fluktuation, außerhalb Bayerns und Thüringens wohl ohne gleichen.[297]

Großen Anteil daran hatte Gregor Strasser. Bereits zu Beginn des Jahres 1924 war der Apothekenbesitzer und niederbayerische Gauleiter von Hitler mit der Organisation der NSDAP in Norddeutschland beauftragt worden. Für Westfalen empfand er dabei offenbar eine besondere Verantwortung.[298] Bei den Dezemberwahlen hatte er als Spitzenkandidat für beide westfälische Wahlkreise kandidiert.[299] Nach seinem Einzug in den Reichstag[300] kümmerte er sich auch weiter intensiv um den Gau Westfalen.[301] So profitierte Pfeffer von einem regen »Gedankenaustausch« sowie der Weitergabe von »Rundschreiben, Anordnungen und Erfahrungen«[302] mit dem Gau Niederbayern, in dem der Gaugeschäftsführer Heinrich Himmler die Tagesgeschäfte während der häufigen Abwesenheit und gesundheitlichen Probleme Strassers führte. Sichtbares Ergebnis dieser Kooperation war etwa die Einführung der bereits in Niederbayern üblichen Obmänner, die die administrative Durchdringung des Gaues fördern sollten.[303]

sef Wagner, Bochum; Heinrich Dräger, Hellweg; Grotehusmann, Lenne-Volme; Dr. Teipel, Sauerland und Karl Garnerus, Siegerland. Minden und Paderborn waren in der »Umgruppierung begriffen«. Rundschreiben Nr. 35 vom 20. Juli 1925. Vgl. zur Entwicklung der einzelnen Ortsverbände: Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 206 f. und der Bezirke, ebenda, S. 212 ff.

297 Vgl. auch StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 31 vom 4. Mai 1925 und ff. So stellte Horn zu Recht fest, dass Pfeffer »einer der fähigsten Organisatoren der NSDAP« gewesen sei. Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 288.

298 Vgl. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 30. Vgl. auch zu Ansehen und Rolle Strassers in Norddeutschland: ebenda, S. 31.

299 Vgl. FN 5/212. Hartmann: Kampf, S. 13. Bereits zuvor unterhielt Strasser enge Beziehungen zu Pfeffer in Westfalen. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 30.

300 Strasser erreichte über den Reichswahlvorschlag und nicht über die schwachen Ergebnisse in Westfalen den Einzug in den Reichstag. Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 315, I, B. III, S. 116.

301 Rundschreiben Nr. 36 vom 26. Juli 1925.

302 So war Niederbayern zudem bereit, »20 Redner, insbesondere im Falle einer Landtagswahl zur Verfügung« zu stellen. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 33 vom 24. Mai 1925.

303 Ebenda, Rundschreiben Nr. 33 vom 24. Mai 1925. Die Obmänner hatten keinerlei Führerbefugnisse, »bearbeiteten« Gruppen von fünf bis zehn Mitgliedern. Ihre Aufgabe war »die dauernde Verbindung mit seiner Gruppe, worunter zu verstehen ist: Weitergabe von Mitteilungen – Erinnerungen an Versammlungspflichten – Überwachung der Zeitungsverbreitung – Zeitungsverteilung unter denen, die gemeinsam beziehen – Werbetätigkeit, bzw. Vormerken und Nachfragen von Personen, die für werbereif gehalten werden – Besprechung mit der Leitung, wie diese Werbearbeit ausgeführt werden soll – Beitragseinziehung [Hervorhebung im Original] – Markenkleben und Entwerten. Kontrolle der Mitgliedsbücher«. Ebenda, Rundschreiben Nr. 37 vom 7. August 1925.

Pfeffer und Strasser schätzten sich sowohl politisch als auch persönlich.[304] Vor allem die unbändige Energie, mit der Strasser sich an die Organisation der NSDAP in Norddeutschland machte – allein 1925 gründete er sieben Gaue –, beeindruckte Pfeffer. Beiden gleich war das Primat der Organisation. Pfeffer lobte aber in seinem Gau ebenso die »geradezu programmatische[n]« Reden Strassers und empfahl diese seinen Ortsgruppen.[305]

Schwieriger als die innere Verbandsorganisation erwies sich für Pfeffer die Gewinnung neuer Mitglieder. In seinen Rundschreiben gab er detaillierteste Anweisungen für Planung und Ablauf von Veranstaltungen wie etwa der »Sprechabende«, die »zur Aufklärung und Vertiefung völkischer Gedanken gedacht« waren.[306] Intensiv bemühte er sich auch um die verwaltungstechnische Erfassung der Mitglieder. Er ließ Mitgliedsbücher ausgeben und führte bereits im April eine Mitgliederkartei auf Gauebene ein.[307] Hinzu kam die Idee der Mitgliedspatenschaften.[308] Bei einer solchen sollten wohlhabendere Mitglieder Beiträge anderer, finanziell schlechter gestellter Mitglieder, übernehmen. In Anlehnung an seine subversive Tätigkeit im Nachkrieg, forderte Pfeffer auch zur Aufnahme »stille[r] Mitglieder« auf, die zu »erhöhter Beitragszahlung« herangezogen werden sollten.[309] Ebenfalls zum Zweck der (konspirativen) Geldbeschaffung wurden später Sonderorganisationen wie der »Kulturbund« oder der »Deutsche Freiheitsbund« gegründet.[310] Dennoch, trotz Pfeffers Ankündigung nach »rücksichtslos pünktliche[r] Abrechnung«,[311] wurden Beiträge häufig nur unregelmäßig bezahlt. All diese Maßnahmen verhinderten daher nicht, dass sich der Gau permanent in Finanznot befand.[312]

304 Vgl. die Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern.

305 Rundschreiben Nr. 33 vom 24. Mai 1925. Zudem dürfte Strassers Engagement in seiner Funktion als Reichstagsabgeordneter bewirkt haben, dass Pfeffer mittelfristig zu einem Anhänger der Wahlbeteiligung der NSDAP wurde. Vgl. Kapitel 5.4.

306 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 40 vom 31. August 1925. Vgl. dazu das Original, in: ebenda, B. Nr. 247/24, »Nur in zuverlässige Hände« vom 10. Mai 1924.

307 Die Mitgliederaufnahme erfolgte durch die Ortsgruppen. Wobei eine Aufnahme in die NSDAP bereits ab dem 18. Lebensjahr möglich war. Ein Parteiengesetz gab es in Weimar nicht. Ebenda, Rundschreiben Nr. 30 vom 27. April 1925. Vgl. zur Organisation auch ebenda, Rundschreiben Nr. 39 vom 19. August 1925.

308 Ebenda, Rundschreiben Nr. 39 vom 19. August 1925.

309 StaM: Nr. 189, Schreiben des Bielefelder Bezirksleiters Friedrich Homann vom 23. Mai. Siehe dazu auch Priamus: Meyer, S. 122. An anderer Stelle ordnete Pfeffer etwa an, dass bei Briefen mit kritischem, als staatsfeindlich zu interpretierendem Inhalt auf das Hakenkreuzsymbol aus juristischen Gründen verzichtet werden solle. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 51 vom 23. März 1926. Ab 1927 sollte aus dieser Idee unter Mitwirkung Pfeffers der profitable »Reichsopferring« entstehen. Heiden: Nationalsozialismus, S. 239.

310 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 122.

311 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 39 vom 19. August 1925.

312 Priamus: Meyer, S. 121. Vgl. auch Kapitel 7.4 sowie BArch: OPG – Kaufmann. Josef Wagner an UschlA vom 5. Juni 1927 sowie BArch: OPG – Von Pfeffer, UschlA an Pfeffer vom 28. Juni 1927. So sollte sogar vorerst von den Ortsgruppen auf Groß-

Um die ideologische Homogenität und damit auch die propagandistische Leistungsfähigkeit des Gaues zu erhöhen, drängte Pfeffer darauf, den von München für alle Mitglieder verordneten verpflichtenden Bezug des VB durchzusetzen. Des Weiteren schlug er immer wieder Literatur wie Rosenbergs »Weltkampf« oder später Strassers und Goebbels' »Nationalsozialistische Briefe« zur Lektüre vor. Von den Ortsgruppen forderte er eine dauerhaft hohe Presseaktivität.[313] Hierzu passt auch, dass sich Pfeffer trotz des hierarchischen Organisationsaufbaus um mehr Eigeninitiative der Ortsgruppen bemühte. So sollte sich diese »abgewöhnen, immer auf Weisungen und Richtlinien aus Münster oder München […] zu warten«. Des Weiteren wurden Radfahrabteilungen gebildet, die jeweils eigenständig in den umliegenden Ortschaften für mobile Propaganda sorgen sollten.[314] Hauptadressat von Pfeffers Propagandaaktivitäten war nach wie vor die Arbeiterschaft.[315]

Besonderen Weitblick zeigte Pfeffer, indem er bereits früh einen Fokus auf die Jugendarbeit des Gaues legte. In einer Art Dossier verglich er im Herbst 1925 die Vor- und Nachteile einer parteieigenen Jugendorganisation und forderte seine Unterführer auf, mit den der NSDAP zugeneigten Jugendführern »wohlwollende Fühlung« aufzunehmen. Auch Frauen- und Mädchengruppen sollten bei Bedarf gegründet werden.[316] Überhaupt waren die Mitglieder, wie schon bei vorherigen Organisationen Pfeffers, zumeist sehr jung.[317] Einige von ihnen waren bereits im Ruhrwiderstand aktiv. Eine Tatsache, die Pfeffer sich dadurch zunutze machte, indem er durch die stete Teilnahme an Ruhrwiderstandsgedächtnisfeiern deren Loyalität zur NSDAP festigte.[318]

Den Aufbau der SA verortete der sonst um Zentralisierung bemühte Pfeffer erstaunlicherweise auf der Ortsgruppenebene.[319] Jeden finanziellen Sonderbei-

veranstaltungen aufgrund der hohen Kosten verzichtet werden. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 33 vom 24. Mai 1925.

313 Ebenda, Rundschreiben Nr. 36 vom 26. Juli 1925.

314 Ebenda, Schreiben vom 23. Mai.

315 Ebenda, Rundschreiben Nr. 36 vom 26. Juli 1925. Der Bezirksleiter Bielefelds Homann forderte die Ortsgruppen sogar zu einer vierteljährlichen Berichterstattung auf. Eine Forderung, deren Durchsetzung jedoch wohl kaum konsequent durchzusetzen war. Ebenda, Schreiben vom 23. Mai 1925.

316 Ebenda, Rundschreiben Nr. 41 vom 30. September 1925.

317 So stellte man auch dezidiert fest: »Die Fähigsten der Ortsgruppe – das sind nicht immer die besten Redner, auch nicht die hohen Alters …« Ebenda, Schreiben vom 23. Mai 1925. Mühlberger geht davon aus, dass der hohe Anteil an jüngeren Mitgliedern auch dazu beigetragen hätte, dass Westfalen für die NSDAP votierte. Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 204. In Bielefeld wurde die NSDAP etwa als »Partei der dummen Jungens« bezeichnet. Hiemisch: Kampf um Bielefeld, S. 9.

318 Vgl. etwa die Vorbereitungen zur Schlageter- und Knickmann-Gedächtnisfeier: StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 32 vom 14. Mai 1925. Oder den Polizeibericht zur Überführung von Leichnamen aus dem Ruhrwiderstand. StaM: Abt. VII Nr. 2, Bl. 332, Polizeipräsident Recklinghausen 5. Dezember 1925.

319 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 32 vom 14 Mai 1925.

trag verbot er.[320] Die vorliegenden Berichte aus dem Jahr 1925 sprechen zumeist von einer Stärke von 100 bis 300 Mann bei entsprechenden Aufmärschen,[321] wobei jedoch zwischen SA und Politischer Organisation (PO) häufig nicht unterschieden wurde. Insgesamt bemühte man sich früh um ein einheitliches Erscheinungsbild. Bereits im September wird über die Nationalsozialisten berichtet: »Der größte Teil trägt einheitliche Kleidung: Graue Windjacke mit Koppel, graue Kniehose und Mütze nach österreichischer Art von gleicher Farbe, an der Mütze eine schwarz-weiß-rote Kokarde, in deren Mitte ein schwarzes Hakenkreuz. Die Fahne hat die Farbe der Kokarde.«[322]

Entgegen den verherrlichenden Berichten von Saalschlachten wie der »Kommunistenschlacht bei Herne«, die als Geburtsstunde der SA Westfalens verklärt wurde,[323] ist doch anzunehmen, dass die SA Pfeffers mit ihrer dezentralen Organisation etwa der SA Viktor Lutzes im Rheinland organisatorisch wie personell nachstand.

Trotz all dieser Bemühungen Pfeffers um Bürokratisierung und Institutionalisierung ist nicht zu verkennen, dass es sich bei der Gauleitung um eine ständige Improvisation handelte. Nach dem Abgang Gärtners und Bögers wurde Pfeffer noch deutlicher vor Augen geführt, wie klein das Reservoir an fähigen Unterführern in seinem Gau tatsächlich war. Anweisungen der Gauleitung wurden oft schlecht oder mangelhaft umgesetzt,[324] Veranstaltungen aufgrund von Unerfahrenheit dilettantisch organisiert.[325] Die ständige Fluktuation setzte den einzelnen Ortsgruppen wie dem Gau stark zu.[326] Nicht selten wurden Werbebanner von den Ortsgruppen so ungeschickt oder gar falsch erstellt, dass gar deren Propagandawert infrage gestellt werden musste.[327] Für die Öffentlichkeitswirkung der westfälischen NSDAP ist bezeichnend, dass die »Rote Fahne« noch im Juli 1925 darüber spekulierte, ob Pfeffer künftig die »Schupo Besatzung« von Düsseldorf anführen werde.[328] Nach innen hin gab jedoch Pfeffer dem Verband eine Grundstruktur und Organisation, die seinesgleichen suchte. Für eine kontinuierliche Entwicklung, das war bald klar,

320 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 39 vom 19. August 1925.
321 Beck: Kampf und Sieg, S. 258, »Tagebucheintrag eines SA-Mannes«; StaM: Abt. VII Nr. 2, Bl. 191, Polizeipräsident Recklinghausen am 3. September 1925; ebenda, Bl. 332, Polizeipräsident Recklinghausen 5. Dezember 1925.
322 StaM: Abt. VII Nr. 2, Bl. 220, Polizeipräsident Recklinghausen 18. September 1925.
323 Beck: Kampf und Sieg, S. 258, »Tagebucheintrag eines SA-Mannes«.
324 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 46 vom 11. Dezember 1925.
325 StaM: Abt. VII Nr. 2, Bl. 365, Polizeipräsident Recklinghausen 21. Dezember 1925. Hier wird berichtet: »Die NSAP [sic!] hielt am 5. Dezember in Bottrop eine öffentliche Veranstaltung ab, an der jedoch nur Kommunisten (etwa 50) teilnahmen. Von der NSAP war nur der Redner erschienen.« Vgl. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 40 vom 31. August 1925.
326 Klein: Bannerträger, S. 29.
327 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 45 vom 22. November 1925.
328 BArch: R 1507/578-41, Bl. 62. Vgl. dazu auch: Böhnke: NSDAP im Ruhrgebiet, S. 53: »Das Hakenkreuz erscheint kaum im täglichen Bild der Städte«.

bedurfte man jedoch einer externen Kooperation. Rasch zeigte sich, dass sich der ohnehin stets überregional agierende Pfeffer hierfür mehr Unterstützung bei den umliegenden Gauen erhoffte als vom fernen München.

5.3.4 Westfalen und München

»Der Münchener Kindergartenverein.«[329]

Die Beziehungen zwischen der NSDAP Westfalen und der Parteileitung in München waren von Beginn an geprägt von Spannungen. Waren die westfälischen Ortsgruppen vor dem Putsch organisatorisch vollkommen selbstständig,[330] griff nun München immer häufiger in die Organisationshoheit der Gaue ein. Da die Parteizentrale logistisch offensichtlich nicht imstande war, ihrem Anspruch auf Zentralität nachzukommen, tat sich Pfeffer sichtbar schwer damit, den vereinzelt eintreffenden Anweisungen Folge zu leisten. Ein erster programmatischer Konfliktpunkt betraf die Stellung zu den Wehrverbänden. Während Hitler nach der Neugründung der Partei unmissverständlich jede Kooperation mit diesen ablehnte – er befürchtete wie vor 1923 in Bayern vor allem die Gefahr von Loyalitätskonflikten unter den Mitgliedern[331] –, sah Pfeffer in den Wehrverbänden weiter den natürlichen Rekrutierungspool der Nationalsozialisten.[332] So argumentierte er, dass diese »manchen Halben und Lauen erfassen und in vorbereitende Bearbeitung nehmen, der für die starke Ausdrucksform des N. S.-Willens nicht reif ist. […] Auch gegen eine gelegentlich äußerliche Zusammenarbeit unserer S. A. mit den Verbänden zu Aktionen, Übungen, im Werkunterricht [sei] nichts einzuwenden.«[333]

Zwar sprach er ihnen auch weiterhin jeden »tieferen Zweck« ab und polemisierte gegen den mangelnden Antisemitismus und gegen die angebliche Republikfreundlichkeit des Stahlhelms,[334] ordnete aber dennoch an: »In den Verbänden werben und unseren Geist verbreiten! Die dort herrschende Ideen-Leere mit unserer Idee ausfüllen!«[335] In die Politik und die Verbandsinterna wollte man sich, nach den Erfahrungen mit dem Stahlhelm rund ein Jahr

329 Bemerkung Pfeffers auf einem Brief an die Parteileitung. BArch: PK – Franz von Pfeffer, Bl. 738. Vgl. FN 5/349.

330 Auch wenn die Parteileitung vor dem November 1923 nur geringen Einfluss auf die einzelnen Ortsgruppen außerhalb Bayerns ausübte, war es doch zu einem regen Redneraustausch gekommen. Vgl. StaM: Nr. 1442, Dortmunder Polizeibericht vom 19. Mai 1922. Hier finden sich auch unzählige Beispiele des »Importierens« auswärtiger Redner. Vgl. auch Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 204.

331 Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 321 f. und 428.

332 Vgl. dazu die ähnliche Haltung Strassers. Kissenkoetter: Gregor Straßer, S. 30.

333 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 38 vom 18. August 1925.

334 Gegen die Vereinigten Vaterländischen Verbände hatte er bereits im April polemisiert. Hinter diesen stünden »überhaupt keine Verbände, außer ein paar deutsche Parteikassen und Pressekonzerne«. Ebenda, Rundschreiben Nr. 29 vom 15. April 1925.

335 Ebenda, Rundschreiben Nr. 38 vom 18. August 1925.

zuvor, nicht mehr einmischen.[336] Auch Hitlers Forderung, dass die Partei zunächst nur aus »reinen Nationalsozialisten« bestehen solle, widersprach Pfeffer mit seinem Handeln. So rief er etwa angesichts der sich nur langsam entwickelnden Mitgliederzahlen[337] aktiv zur Werbung von Multiplikatoren, »Alldeutsche, Offiziere, hochstehende Persönlichkeiten«, auf.[338] Noch im Sommer 1925 warb er in der NSDAP für den am 31. Juli gegründeten »Deutsch-Völkischen Offiziersbund«, der unter Ludendorffs Schirmherrschaft stand.[339] »Wo keine S.A besteht« befahl er zudem, seien die völkischen Wehrverbände »voll zu unterstützen«.[340] Der offene Widerspruch zu Hitlers Vorgaben bekümmerte ihn wenig. Als er mit der Begründung »da Exz. Ludendorff dort erscheinen wird und da wir kein Interesse haben, die Kluft zu vergrößern« einer Ortsgruppe sogar gestattete, an einer Veranstaltung der VVVD »mit der Fahne offiziell teilzunehmen«,[341] führte dies jedoch im Gau zu Unruhe. So stellte eine Ortsgruppe in einem Brief an Strasser fest, dass Pfeffer im Gau Westfalen in den allermeisten Fragen »die genau entgegengesetzte Haltung« zu München einnehme und »dieser […] sogar öffentlichen Ausdruck« gebe.[342] Am 5. Oktober reagierte die Parteileitung, und Geschäftsführer Bouhler schrieb an Pfeffer:

> »Monarchistische Kundgebungen von heute haben die Frage der Bildung eines Staatswesens oder auch nur Staatsgedankens niemals im Auge. Sie sind wie die Dinge liegen immer nur von rein reaktionären Elementen ins Leben gerufen. Eine Anteilnahme daran liegt deshalb nicht im Sinne unseres alten Programmes und ist dem entgegengesetzt. Dazu kommt noch, dass es überhaupt nicht erwünscht ist wenn unsere Parteigenossen bei allen möglichen

336 Vgl. zu den Gründen FN 5/69 ff.

337 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 229. So war man auch seitens Münchens bezüglich der Mitgliederentwicklung skeptisch. Bouhler fragte im Januar 1926 bei Pfeffer an, ob damit zu rechnen sei, dass die für Westfalen reservierten Mitgliedsnummern 16001 bis 17999 »voll werden«. BArch: PK – Von Pfeffer, Bl. 736.

338 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 113, Pfeffer an die Bezirksleiter vom 12. Juli 1925. Vgl. dazu auch Pfeffers Vereinigungsbestrebungen FN 5/96, 5/111 und 5/240. Vgl. zur Frage der Doppelmitgliedschaften in der NSDAP auch die Kontroverse zwischen dem Gau Thüringen und Hitler 1927. Martin Broszat: Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programmatik und Wirklichkeit, Hannover 1960, S. 24.

339 HStaD: RW 23, Nr. 53, Rundschreiben Nr. 37 vom 7. August 1925.

340 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 38 vom 18. August 1925.

341 HStaD: RW 23, Nr. 53, Rundschreiben Nr. 36 vom 26. Juli 1925.

342 Weiter heißt es hier: »Diese Uneinheitlichkeit und geradezu lächerliche widerspruchsvolle Handlungsweise innerhalb eines verhältnismäßig kleinen Gebietsteils kann natürlich den Gegnern nicht mehr lange verborgen bleiben und dürfte dann für uns sehr bald katastrophal anwachsen. Die Zeit in der sich Unterführer der Bewegung ohne größeren Schaden für die Gesamtbewegung politische Dummheiten und Kurzsichtigkeit erlauben durften ist schon lange und endgültig vorbei!« Zudem hätte die Gelsenkirchener Ortsgruppe auch an einem Hindenburgempfang teilgenommen und auch mit dem Wikingbund arbeite Pfeffer zusammen. BArch: NS 1/340, Bl. 382, Ortsgruppe Essen an Strasser vom 25. September 1925.

fremden Veranstaltungen die Staffage spielten um dann wie z. B. in Lippe und Detmold auf das Entwürdigendste behandelt zu werden.«[343]

Der deutliche und belehrende Duktus des Schreibens dürfte dem wenig subordinationsbereiten Pfeffer zwar bitter aufgestoßen sein,[344] dennoch fügte er sich.[345] Nur sieben Tage später verkündete er, ohne auf den Dissens mit München einzugehen, kurz: »Gemäß unserer alten 25 Programmpunkte hat Hitler jede offizielle Teilnahme an monarchistischen Kundgebungen (ebenso wie an republikanischen) für geschlossene Ortsgruppen oder deren Abordnungen grundsätzlich verboten.«[346]

Auch in parteiorganisatorischen Fragen häuften sich die Konflikte mit München. Um die Gesamtentwicklung der Partei besser als vor 1923 überblicken zu können, bestand man in München 1925 auf ein zentrales Mitgliederverzeichnis. Im Sommer forderte man Pfeffer daher zur Übersendung der westfälischen Mitgliedsbücher für einen Eintrag in das neue Zentralregister auf. Pfeffer lehnte dies mit dem Verweis, dass man in Westfalen bereits »einen sehr viel höheren Grad der Organisationentwicklung [sic!]« als in München erreicht hätte ab.[347] Im Zuge des sich nun um diese Frage zwischen München und Westfalen entwickelnden Schriftwechsels,[348] kam es zu einer Kuriosität. So findet sich auf einem offensichtlich von Pfeffer an München entsandten Schriftstück, in dem Pfeffer Neumitglieder meldete, der gestempelte oder maschinenschriftliche Vermerk: »Der Münchener Kindergartenverein.«[349]

Zwar bleiben das genaue Datum sowie die archivalische Provenienz des Schreibens ungewiss, es würde aber zu Pfeffers Charakter und seinem extravaganten und bisweilen skurrilen Humor passen, dieses Schriftstück tatsächlich mitsamt der provokanten Anmerkung nach München versandt zu haben. Folgen oder Auswirkungen eines Eklats, die eine solche Provokation zweifelsohne mit sich gebracht hätte, sind jedoch nicht erkennbar. Klar war, in organisatorischen Dingen ließ sich der preußische Militär Pfeffer von den »bayerischen

343 BArch: PK – Franz von Pfeffer, Bl. 744.
344 Vgl. Behrend: Beziehungen, S. 94 und 99 ff.
345 BArch: NS 1/340, Bl. 380.
346 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 42 vom 12. Oktober 1925.
347 Vgl. im Vorfeld hierzu: BArch: NS 26/165, Bl. o. Nr., Hallermann an Parteigeschäftsstelle vom 29. Juli 1925. Tatsächlich war in westfälischen Unterlagen neben dem Lichtbild auch ein Kurzwerdegang der Parteimitglieder hinterlegt. In München erfolgten zunächst nur die namentliche Erfassung und die Zuteilung einer Mitgliedsnummer.
348 IFZ: MA 738, Rolle 1, Bl. o. Nr.
349 BArch: PK – Franz von Pfeffer, Bl. 738.

Dilettanten« nichts vorschreiben,[350] zumal Hitler selbst nur wenig Interesse an einer geordneten Organisation zeigte.[351]

Erst nach einem längeren Schriftwechsel und einem neuerlichen persönlichen Aufenthalt in München akzeptierte von Pfeffer die von der Parteileitung ebenfalls geforderten Abgaben der Mitgliedsbeiträge[352] sowie die Notwendigkeit der Schaffung einer zentralen Mitgliederkartei.[353] Am Ende befolgte Pfeffer die diesbezüglichen Aufforderungen. Dennoch, die in seinen Augen oft kleinkarierten und unprofessionellen Handhabungen Münchens in solchen organisatorischen Fragen quittierte er nach wie vor nicht selten mit Hohn und Ablehnung.[354]

Auch eine andere Episode zeigt exemplarisch das Misstrauen, das zwischen Nord und Süd, zwischen alten und neuen Nationalsozialisten, herrschte. Julius Streicher hatte bei einem seiner Redeaufenthalte im Rheinland »hinter dem Rücken der betr. Gau- und Bezirksleitung eine ganze Reihe von Ortsgruppenleitern«[355] zu einer Sitzung geladen. Hier mischte er sich, nach Pfeffer, nicht nur in die »örtliche Organisation« ein, sondern griff Ludendorff sowie auch eine vermeintlich »unechte« – norddeutsche – Richtung innerhalb der NSDAP massiv an. Die Gräben zwischen alten und neuen Nationalsozialisten, zwischen alter GVG und NSFB drohten aufzubrechen. Pfeffer, durch Kaufmann über die Vorfälle unterrichtet, reagierte prompt. Er beschwerte sich in München, unterrichtete per »streng vertraulichem« Rundschreiben seine Bezirksleiter und empfahl dringend, künftig nur noch Redner der Rednerliste des Gaues zu laden.[356]

350 Vgl. dazu auch Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 8. Juli 1925. »Ripke bekam von Hauptmann v. Pfeffer einen erschütternden Bericht über die Verhältnisse in München. Das muss da ja ein tolles Durcheinander sein. Die Bayern können nicht organisieren.« Später erklärte Pfeffer, dass bis zu seiner Ernennung als OSAF faktisch »noch keine einheitliche Parteiführung, die Anspruch auf diese Bezeichnung erheben konnte«, existent gewesen sei. ZZS Pfeffer II, Bl. 78.

351 ZZS Pfeffer II, Bl. 78; BArch: PK – Franz von Pfeffer, Bl. 736. Orlow stellt hingegen der Geschäftsstelle, Behrend sogar auch Hitler selbst ein positives Zeugnis in Bezug auf die Zentralitätsbemühungen aus. Behrend: Beziehungen, S. 97 ff. Orlow: Nazi Party, Bd. 1, S. 296.

352 IfZ: MA 738, Rolle 1, Westfalen an Reichsgeschäftsstelle vom 15. August 1925; StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 39 vom 19. August 1925.

353 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 206. Der Gau Rheinland-Nord erwies sich hier als noch widerspenstiger. So verwendete München hier sogar die Bereitschaft Pfeffers zur Kooperation als Argument gegenüber Kaufmann. Ebenda, S. 207 und allgemein Frank: Hitler, S. 107 f. Vgl. auch zu dem Problem der Durchsetzung der zentralen Mitgliederführung in anderen Gauen: Hüttenberger: Gauleiter, S. 16 f., 21 f. und 27.

354 Vgl. BArch: PK – Von Pfeffer, Bl. 736.

355 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 86. Tgb. Nr. 574/I vom 28. Oktober 1925. Folgende Zitate nach ebenda.

356 Ebenda, Bl. 86. Tgb. Nr. 574/I vom 28. Oktober 1925.

Der Kampf um die Autonomie der Gauleiter war einer der zentralen Faktoren in der Entwicklung der jungen NSDAP. Pfeffer brachte dies auf den Punkt, wenn er gegenüber Hermann Fobke, der sich über den Einfluss des im Norden unbeliebten Essers in der Parteizentrale ausließ, entgegnete: »Was in München geschehe, gehe ihn [Pfeffer] nichts an.«[357] Umgekehrt verlangte er ein Gleiches von München.[358] Ungeachtet all dieser Konflikte, und das war typisch, blieb Hitlers Renommee davon nahezu unangetastet.[359] Im Gegenteil, wie sehr er durch die ständigen Konflikte zum alleinigen Fixpunkt der Bewegung wurde, zeigte sich auch in Westfalen. So blieb es Pfeffers erstes Anliegen, Hitler, trotz dessen Redeverbots, für eine Veranstaltung zu gewinnen. Allerdings musste er noch im Sommer angesichts einer Hitlerveranstaltung im sächsischen Plauen, in der die NSDAP bereits »12 Stadtverordnete, 3 Stadträte« sowie »2 Bürgermeister in Nachbarstädtchen« stellte, gegenüber seinem Bezirksleiter feststellen:

> »Hitler tritt nur dort auf, wo die Unterführung gewähr leistet, dass H. Rednererfolge in praktischen Dauernutzen umgesetzt werden. Ob die Unterführung diese Gewähr bietet, beurteilt Hitler lediglich nach dem tatsächlichen Stand der örtlichen Bewegung in allererster Linie nach den eingetragenen, regelmäßig zahlenden Mitgliedern […]. In Westfalen wird man verstehen, dass es angesichts solcher Zahlen [in Plauen] der Gauleitung außerordentlich schwierig ist, für Hitlers Herkommen die nötigen Unterlagen zu beschaffen, um vor den Ansprüchen anderer Gegenden bestehen zu können. Allein ist die Wichtigkeit Westfalens eben nicht ausschlaggebend.«[360]

Gleichzeitig rief Pfeffer damit zu verstärkter Mitgliederwerbung auf und nutzte damit geschickt die Chance auf einen Hitlerauftritt zur Motivation seiner Mitglieder.[361] Bereits rund vier Wochen später stellte Pfeffer für den am 2. August geplanten westfälischen Gautag einen Hitlerbesuch in Aussicht. Die Zusage Hitlers erfolgte schließlich für den Gautag am 25. Oktober 1925.[362] Pfeffer kündigte gemäß dem Führerkult an: »Ich kenne Hitler soweit, dass ich ruhig behaupten kann: Seine Rede auf unserer Gautagung wird von staunenswerter Tiefe und Wucht sein. Sie wird besonders auf jeden Intellektuellen und jeden, der über Führerprobleme nachgedacht hat, einen ungeheuren Eindruck

357 Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 66, S. 209. Fobke zur Gründung der AG vom 11. September 1925.

358 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 204 f. Streicher gehörte zwar seit 1925 nicht der Parteileitung an, galt aber in Norddeutschland zweifelsohne als Vertreter der »Münchener Richtung«.

359 Vgl. dazu die Kontroverse um Hitler auf der zweiten Hannoveraner Tagung, Kapitel 5.4.

360 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 34 vom 18. Juni 1925.

361 Ebenda, Rundschreiben Nr. 35 vom 20. Juli 1925.Vgl. auch später erneut: StaM: VII Nr. 64 Bd. 1, Bl. 149.

362 Vgl. zur Funktion des Hitlerbesuchs: Orlow: Nazi Party, Bd. 1, S. 84 f.

hinterlassen. Trotz des bescheidenen Themas wird Hitlers Führerformat unzweideutig leuchten.«[363]

Dass Hitler trotz der nach wie vor vergleichsweise geringen Mitgliederzahl des Gaues[364] die Reise nach Westfalen zusagte, gibt einen Hinweis auf das Gewicht Pfeffers innerhalb der NSDAP sowie auf die zunehmende Bedeutung des Industriegebietes in der strategischen Planung Münchens. Für Pfeffer wie für den Gau bot dieser Besuch eine exzellente Gelegenheit, sich zu präsentieren. Aufbauend auf den Erfahrungen vom »Deutschen Tag« in Münster, bereitete Pfeffer seinen Gau penibel auf das Großereignis vor.[365] Geplant waren zwei Reden Hitlers, in Dortmund sowie in Hamm. In kontinuierlicher Förderung des Hitlerkults schrieb Pfeffer dazu an seine Mitglieder:

> »Hitler lässt es sich nicht nehmen, trotz Polizeischikanen und unendlicher Schwierigkeit, mitten im Ruhrkohlengebiet aufzutreten und den Rhein-Westfalen Treue um Treue zu vergelten. Unser Führer ist kein Duckmäuser! Es ist die Ehrenpflicht jedes Nationalsozialisten bei der Dortmunder Hitler-Rede zur Stelle zu sein, auch wenn man eine Nacht in Bahn und Wartesaal zubringen oder Übernachtungskosten zahlen oder Arbeitsversäumnis durch Überstunden nachholen muss. Wer weiß, wann nochmals eine Gelegenheit wiederkehrt, Hitler reden zu hören […] Hitler bringt uns dies Opfer, nützen wir die Gelegenheit aus!«[366]

Doch auch in der Vorberatung der Veranstaltungen kam es zu Konflikten mit der Parteileitung. So bestand diese auf eine Genehmigung durch die Behörden. Skurril war, dass diese, da in Preußen nichts gegen Hitler vorlag, eine solche als unnötig erachteten und nicht bereit waren, eine Art Blankoschein auszustellen. Der Brief, den Pfeffer erzürnt an München sowie in Kopie an die inzwischen gegründete Arbeitsgemeinschaft Nord-West schrieb, zeigt neben seiner Entrüstung über München auch seine radikalen Methoden und Ansichten exemplarisch.[367] So heißt es darin:

> »Wenn es nach uns ginge, sagten wir niemanden etwas. Die Polizei mag sich von Litfaß-Säulen ablesen, was los ist. Saalschutz durch die SA. Hitler spricht auf alle Fälle. Auch wenn es verboten ist. Dann soll er sich von der tobenden Menge durch Polizei vom Pult herunterholen lassen. Wir haben eine Demonstration von unbändigem Tatwillen gemacht, der sich nicht den

363 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 113, Pfeffer an die Bezirksleiter vom 12. Juli 1925.

364 Im Mai 1925 hatte man zusammen mit dem Gau Rheinland-Nord nur rund 1.420 zahlende Mitglieder. Hüttenberger: Gauleiter, S. 34.

365 Vgl. HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. o. Nr., Brief vom 7. Oktober 1925. So wurde der Ablauf der Veranstaltungen bis hin zum Verteilen des »Hitlerbilds« genauestens geregelt. Nr. 41 vom 30. September 1925.

366 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 42 vom 12. September.

367 Für diese Radikalität beispielhaft ist auch seine Stellungnahme zum Tod Friedrich Eberts. So schreibt er: »Unserem ›Dank‹ hat er [Ebert] sich rechtzeitig durch den Tod entzogen.« Ebenda, Rundschreiben Nr. 38 vom 18. August 1925.

> gegebenen Verhältnissen einzufügen gewillt ist.« »Hitler mag sich herausreden, er habe keine Rede halten, sondern nur bitten wollen, statt seiner einen Ersatzredner anzuhören […] Weil das nun nicht sein soll, haben wir uns zu dem zuständigen Regierungsrat des roten Königs [Regierungspräsident Gronowski] begeben und ohne Termin allgemein angefragt. Er sagte: Man habe weder das Recht, noch Grund, noch Absicht, Hitler-Versammlungen zu verbieten.« Zudem sei »von einer Genehmigungspflicht nichts bekannt […] Sollen wir antworten, unsere Parteizentrale will aber?«[368]

Zum Abschluss der Vorbereitungen reiste Pfeffer selbst unmittelbar vor der Hitlertagung nach München, um Hitler dort persönlich abzuholen. In München angekommen, stellte sich jedoch heraus, dass Hitler in Hinblick auf die Westfalenreise ein ungutes Gefühl hatte und auch unmittelbar vor der geplanten Abfahrt noch keinerlei Vorbereitungen getroffen hatte.[369] Als der geplante Zug demzufolge verpasst wurde, wertete der häufig abergläubische Hitler[370] dies als schlechtes Omen und sagte die Reise trotz aller Vorbereitungen in Westfalen kurzerhand ab.[371]

Pfeffer, der mit dem Hitlerbesuch auch über die Grenzen seines Gaus hinaus geworben hatte, war bloßgestellt. Derselbe Pfeffer, der in Libau noch nur sechs Jahre zuvor mit einem Freikorpsgeschütz aus eigener Machtvollkommenheit englische Kriegsschiffe beschießen ließ, zeigte nun jedoch eine erstaunliche Reaktion – er deckte Hitler.[372] Da offensichtlich war, dass ein Bekanntwerden der eigentlich willkürlichen Absage Hitlers in Westfalen für großen Unmut gesorgt hätte, sah er von jedem Protest ab. Stattdessen ließ er in Westfalen eine Version der Ereignisse verbreiteten, die nicht nur Hitler in gutem Licht erscheinen ließ, sondern zugleich die Schuld für dessen Nichterscheinen den Behörden zuschob. Selbst in den Tagebüchern Goebbels' findet sich folgende Version der Ereignisse:[373]

> »Der Gauleiter war nach München gefahren, um Hitler persönlich abzuholen und plötzliche Abhaltungen auf jeden Fall zu verhindern. Der Gauleiter hat die letzte Vorberatung zu Hitlers Westfalenreise mitgemacht.

368 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 123. Pfeffer an die Mitglieder der AG und an Hitler vom 17. September 1925.

369 Diese Sequenz ist von Pfeffer an mehreren Stellen glaubhaft überliefert. Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern; Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009; Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 44.

370 Heinrich Hoffmann: Hitler, wie ich ihn sah. Aufzeichnungen seines Leibfotografen, München 1974, S. 43.

371 Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern.

372 Vgl. BArch: NS 1/340, Goebbels an Strasser vom 15. Oktober 1925.

373 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 23. Oktober 1925. Dieser findet sich auch in Pfeffers Stellungnahme in: HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 127, »Rheinische Notschreie« vom 15. September 1925. In der wissenschaftlichen Literatur etwa übernommen von: Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 262. Vgl. auch Hiemisch: Kampf um Bielefeld, S. 17.

> Nach Hitlers Feststellung war es klar, dass man ihn in Dortmund trotz vorheriger Genehmigung nicht sprechen lassen, ja möglicherweise ›in Schutzhaft‹ nehmen würde. Trotzdem war Hitler entschlossen zu kommen und sich wenigstens zu zeigen. Durch allerlei Münchener Polizeischikanen und Vernehmungen misslang der Anschluss an den richtigen Zug. Dortmund musste ausfallen. Obendrein ging selbigen Abend die Nachricht ein, dass Severing Hitler durch ein Sondergericht der Polit. Poliz. i. a. überhaupt ausgehen und nach dem Zentralgefängnis Moabit beibringen wolle. Dennoch ließ Hitler sein Auto zur Reise rüsten, behielt sich aber von einer gewissen Stelle unterwegs eine endgültige Rückfrage nach Berlin vor [,] ob er tatsächlich auf jeden Fall auch ohne besonderen Grund gefangengesetzt würde. Als der Gauleiter mit dem Nachtzug vor Beginn der Hammer Gautagung eintraf, lief fast gleichzeitig die telefonische Trauernachricht Hitlers ein. […] Wir sind um den eigentlichen Sinn und Zweck der beiden Versammlungen betrogen.«[374]

Pfeffer stellte, trotz der Blamage, seine eigenen Befindlichkeiten zurück. Bei aller Kritik an München und bei aller extravaganten Attitüde Pfeffers, hatte er insbesondere nach den Enttäuschungen in der führerlosen Zeit kein Interesse daran, den für ihn als unabdingbar erachteten Hitlerkult infrage zu stellen. Zugleich musste er sich bewusst sein, dass die Ursachen für Hitlers Entscheidung auch in den gauinternen Ereignissen Westfalens der vergangenen Monate lagen. Hitler war der Konflikt zwischen Pfeffer und Gärtner nicht verborgen geblieben.[375] Ein Auftreten in Hamm wäre seinen eigenen Grundsätzen, keine Partei in internen Streitigkeiten zu ergreifen und nur in bestens funktionierenden Gauen aufzutreten und damit sowohl diese zu belohnen als auch einen maximalen Propagandaeffekt zu erzielen, zuwidergelaufen. Wichtiger war jedoch noch, dass sich am 10. September in Hagen mit der Arbeitsgemeinschaft der nord-westdeutschen Gauleiter der NSDAP ein Gegengewicht zur Münchener Parteizentrale gegründet hatte.[376] Wie überzeugt die Beteiligten von der – vermeintlichen – innerparteilichen Machtverschiebung durch die AG gen Norden war, zeigen auch Pfeffers Äußerungen. So verkündete der noch im Juni bezgl. Mitgliederzahl und Stärke seines Gaus kleinlaute Gauleiter bereits Ende Oktober in einem Rundschreiben voller Selbstbewusstsein: »Die Wiege unserer Bewegung hat in Bayern gestanden, wo lange Zeit ihr Schwerpunkt lag und wo sie beinahe zum Siege geführt hatte. Allmählich verschiebt sich der Schwer-

374 HStaD: RW 23, Nr. 53, Rundschreiben Nr. 43 vom 28. Oktober 1925.

375 Zumal Gärtner auch an Heß schrieb: »Bei der Lage der Dinge warne ich dringend davor, einem Manne wie Adolf Hillter [sic!], der trotz aller gegen meine Person schwebenden Gerüchte, von mir nach wie vor hoch geschätzt wird, am Sonntag, den 25.10.25 in Hamm mit einer Persönlichkeit wie dem zeitigen hiesigen Gauleiter auftreten zu lassen. […] Ein derart gemeinschaftliches Auftreten [dürfte] von den nachteiligsten Folgen für die völkische Bewegung in Westfalen sein.« BArch: NS 26/86, Gärtner an Heß vom 18. Oktober 1925. Vgl. Kapitel 7.1.

376 Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 66, S. 208 f. Fobke zur Gründung der AG vom 11. September 1925.

punkt immer mehr zu den energischeren, zielsichereren Norddeutschen.[377] Unser rheinisch-westfälisches Industriezentrum scheint berufen, demnächst das erste Kraftzentrum zu werden.«[378] Zwar stand Hitler der AG anfangs vermeintlich aufgeschlossen gegenüber,[379] sein Instinkt riet ihm dennoch von einem Auftritt in Westfalen ab.

5.4 Überregionale Ambitionen I: Weltanschauung und Programm – Pfeffer und die »Arbeitsgemeinschaft Nord-West der NSDAP«

Die Geschichte der »Arbeitsgemeinschaft (AG) der nord- und westdeutschen Gaue«[380] ist in drei Phasen zu strukturieren. Erstens, der Initiative, vor allem Strassers und Goebbels', Mitte August bis hin zur Konstituierung am 10./11. September 1925 in Hagen.[381] Zweitens, der Peripetie von Mitte September, über die erste und zweite Hannoveraner Tagung am 22. November und 12. Januar 1926, bis hin zum Vorabend der Bamberger Konferenz am 14. Februar 1926. Die AG wuchs in dieser Zeit kontinuierlich und erfasste inklusive der assoziierten Mitglieder bis Anfang Februar außer den Gauen Anhalt und Elbe-Havel nahezu alle Gaue in West- und Norddeutschland vom Rhein bis zur Oder.[382] Schließlich umfasste die dritte Phase das Ende der AG. Angefangen mit der Bamberger Konferenz vom 14. Februar und abschließend mit der dritten Tagung in Hannover am 21. Februar 1926. In der Folge ließen die Aktivitäten stark nach, die AG schlief ein.[383]

377 Pfeffer bezeichnete stets auch Westfalen als norddeutsch und nicht als etwa westdeutsch. Darüber, ob er damit etwa explizit ein großdeutsches oder gar mittelalterliches Reichsverständnis ausdrücken wollte, kann nur spekuliert werden. Vgl. auch in den Rundschreiben FN 596. Vgl. StaMünch: Spruchkammerakten 1312, »Meine Beziehung zur NSDAP« vom 15. Juli 1948, Bl. 2.

378 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 43 vom 28. Oktober 1925.

379 Tyrell: Führer befiehl, Dok. 47, S. 116 f.

380 So der offizielle Name vgl. März: Nationale Sozialisten, Dok. I, S. 619 f.

381 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 21. August 1925. Geladen waren neben Pfeffer Walter Schulz (Hessen-Nassau-Nord), Robert Ley (Rheinland-Süd), Bernhard Rust (Hannover), Ludolf Haase (Göttingen), Otto Telschow (Lüneburg-Stade), Heinrich Lohse (Schleswig-Holstein), sowie die ausrichtende Gauleitung des Gaues Rheinland-Süd. Zudem waren anwesend: Theodor Vahlen (Pommern), Heinrich Haake (Rheinland-Süd), Hermann Fobke (Hannover-Süd). Rust wurde von seinem Gaugeschäftsführer Karl Dincklage vertreten. Bedeutsam ist zudem, dass Strasser aufgrund der Erkrankung seiner Mutter nicht an der Hagener Tagung teilnahm.

382 Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 123.

383 Vgl. zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Handlungs- und Wirkungsgeschichte der Arbeitsgemeinschaft etwa ebenda; Kühnl: Programmatik der nationalsozialistischen Linken; Jeremy Noakes: Conflict and Development in the NSDAP 1924-1927, in: Journal of contemporary history 1 (1966), S. 3-36; Frank: Hitler; Horn: Führerideologie und Parteiorganisation und unlängst: März: Nationale Sozialisten.

Die Motive zur Gründung der AG waren so vielschichtig wie die Weltanschauung der Protagonisten heterogen. Strasser gedachte seinen eigenen Wert für Hitler zu steigern[384] und ein Zeichen gegen die im Norden abgelehnten Streicher und Esser zu setzen. Goebbels wollte näher an Hitler herankommen, um ihn aus dessen, in seinen Augen, schädlichen Umfeld zu lösen. Die Beweggründe der verschiedenen Gauleiter reichten von ideologischen über moralische bis hin zu persönlichen Motiven.[385] Die AG als Ganzes war dabei keineswegs gegen Hitler selbst gerichtet. Vielmehr galt es, die Partei aus der empfundenen Lethargie Münchens zu befreien. Nach den offiziellen »Statuten« der AG waren deren »Ziele und Zweck«:

> »Möglichst umfassende Vereinheitlichung der angeschlossenen Gauen (sic!) in Organisation, Propaganda, Schaffung einheitlicher Propagandamittel, Austausch von Rednern, freundnachbarliche Pflege [der] persönlichen Beziehung der Gauleiter untereinander, Gedankenaustausch über politische und organisatorische Fragen schriftlich und in sich regelmäßig wiederholenden Zusammenkünften, im Bedarfsfalle gemeinsame Stellungnahme zu politischen Tagesfragen.«[386]

So diskutierte man neben Fragen der Organisation, die Stellung zu den Vaterländischen Verbänden und den Gewerkschaften sowie zur außenpolitischen Ausrichtung der NSDAP. Man stritt zudem über die Teilnahme an Wahlen und um eine gemeinsame Position bei der zu Jahresbeginn 1926 anstehenden Frage nach der Fürstenabfindung.[387] Die bedeutsamsten Kontroversen waren jedoch die zwischen dem Ende November und dem 14. Februar entfachte

384 So auch in Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 2. Oktober 1925.

385 Die Differenzen waren trotz der »Pax Hitleriana« vom Januar bereits im Sommer 1925 so weit fortgeschritten, dass sogar Pfeffer, der in seinen Rundschreiben stets die Geschlossenheit der NSDAP anmahnte, sich genötigt fühlte, die Vorgänge »zwischen den bayerischen Unterführern« zu thematisieren und als »höchst unerquicklichen« zu bezeichnen. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 34 vom 18. Juni 1925.

386 »Statuten der Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gaue der NSDAP«, in: März: Nationale Sozialisten, Dok. 1, S. 619. De facto ging damit auch eine Konsultationspflicht unter den Gauleitern einher.

387 Die sofortige Konstituierung der AG in Hagen mit Goebbels als Geschäftsführer weist zudem darauf hin, wie weitreichend die Vorplanungen durch Strasser, Goebbels und den inneren Zirkel gewesen sein mussten. Mit den erstmals am 1. Oktober erscheinenden »Nationalsozialistischen Briefen« wurde der AG zudem ein zweiwöchig erscheinendes Organ hinzugefügt, welches Strassers Stellung und die des Schriftleiters Goebbels weiter aufwertete. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 11. September 1925. Die Briefe waren als Gegenstück zu sozialistischen Monatsheften geplant. Die Gauleiter verpflichteten sich zugleich, in ihren Gauen für Abnahme der »Briefe« zu sorgen. So auch Pfeffer: StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 43 vom 28 Oktober 1925. Strasser fragte zudem bei Oswald Spengler an, ob dieser zu einem Mitwirken bereit wäre, was dieser jedoch ablehnte. Oswald Spengler: Briefe 1913-1936, München 1963, S. 391 ff.

Programmdiskussion sowie die Aussprache über die Bedeutung und Stellung Adolf Hitlers in der Bewegung.[388]

Obgleich die Tatsache, dass Goebbels die Gauleiter zur ersten Tagung in die Privaträume Pfeffers im Haus Busch einlud,[389] Pfeffers Zugehörigkeit zum inneren Zirkel der Initiatoren verdeutlicht, ist seine Rolle innerhalb der AG bis heute nur wenig beachtet worden. Wenn dies doch geschah, waren die Wertungen uneinheitlich.[390] Dabei liegen in diesen Monaten von Herbst 1925 bis Sommer 1926, in denen sich der Richtungskampf für Hitler und München und gegen die »nationalsozialistische Linke«[391] entschied, mit seiner Denkschrift »Zucht«,[392] der Sozialismuskontroverse mit Goebbels sowie den bislang noch nicht beachteten Beiträgen in Strassers im März 1926 erschienenen Zeitung »Der Nationale Sozialist«,[393] die weitreichendsten schriftlichen Fixierungen seiner Weltanschauung vor.

Im Folgenden werden die Rolle, die Positionen und die Intentionen Pfeffers rund um die AG und den Gau Ruhr aufgezeigt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Frage gerichtet werden, wie Pfeffer das Kräfteverhältnis innerhalb der NSDAP beeinflusste und was letztlich, trotz des Scheiterns der AG, zu seinem persönlichen Aufstieg und seiner Berufung nach München führte.

5.4.1 Wahlteilnahme und Fürstenabfindung

Während in München in den kommenden Jahren keine bedeutsameren, überregionalen Wahlen anstanden, war in den preußischen Provinzen, in denen für den 29. November Provinziallandtagswahlen angesetzt waren, die Frage nach einer Beteiligung der NSDAP virulent. Bereits im September schrieb Pfeffer diesbezüglich nach München: »Man sollte uns diesen Kleinkram vertrauensvoll überlassen. Er berührt wohl kaum große Prinzipienfragen, nachdem eine einheitlich großzügige Preußen-Aktion – gottlob! – nicht geplant ist!«[394]

Von Beginn an stand die Frage nach der Beteiligung an Wahlen auch auf der Agenda der AG. Dabei führte der antiparlamentarische Grundkonsens nicht zwangsläufig dazu, dass eine Beteiligung einvernehmlich abgelehnt wurde. Stattdessen ging es um die Entscheidung zwischen »pseudolegaler Parlamentstaktik«[395] oder rigoroser Ablehnung der parlamentarischen Metho-

388 Vgl. zu den Abläufen in chronologischer Reihenfolge: Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 105 ff. und März: Nationale Sozialisten, S. 93 ff.

389 HStaD: RW 23, Nr. 53, Kaufmann an Pfeffer vom 21. August 1925; Blank: Hagen, S. 399.

390 Vgl. etwa Heiden: Nationalsozialismus, S. 220; Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967, S. 29; Frank: Hitler, S. 113.

391 Kühnl: Programmatik der NS-Linken, S. 317.

392 BArch: NS 26/960.

393 Pfeffer lehnte den Namen zunächst ab. Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 72, S. 221 O. Strasser an Goebbels vom 26. Januar 1926.

394 BArch: NS 1/340, Pfeffer an die Gauleiter und Hitler vom 15. September 1925.

395 Behrend: Beziehungen, S. 105.

den. Bereits in Hagen wurden die Mehrheitsverhältnisse deutlich. Vor allem Ludolf Haase, der Gauleiter des Gaues Hannover-Süd, argumentierte stark gegen eine Wahlbeteiligung.[396] Wahlbefürworter wie Heinrich Haake oder der Gauleiter Pommerns, Theodor Vahlen, konnten sich nicht durchsetzen. Im offiziellen Beschluss der AG lehnte man eine Wahlbeteiligung ab.[397]

Pfeffer, der 1924 noch zur Beteiligung an Wahlen aufgerufen hatte,[398] hielt sich während der Diskussion mit einer klaren Positionierung zurück. Er sah die Frage nach wie vor nach rein utilitaristischen Gesichtspunkten.[399] Wie schon 1924 argumentierte er, dass Vertreter in Parlamenten durchaus für die Propaganda der Partei nützlich sein konnten. Wichtig sei ausschließlich die sichtbare Negierung des Systems durch die gewählten Parlamentarier.[400] Lediglich bei Wahlen, bei denen die NSDAP keine realistische Chance hatte, eigene Abgeordnete zu stellen, sollte man seiner Auffassung nach von einer Beteiligung absehen.[401] Nachdem sich die Mehrheitssituation in der AG bereits abzeichnete, verkündete Pfeffer Anfang November offiziell, dass sich der Gau Westfalen an Provinziallandtagswahlen nicht beteiligen werde.[402] Die Teilnahme an Kreistagswahlen stellte Pfeffer jedoch, genauso wie die Kandidatur auf »parteilosen berufsständischen Listen«, seinen Mitgliedern frei.[403] Schon hier fühlte sich Pfeffer offenbar nur bedingt an das Votum der AG gebunden. Von Beginn an ließ er keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er als autonomer Gauleiter seine eigenen Überzeugungen über die Beschlüsse der AG zu stellen gedachte.[404]

Das zweite drängende tagespolitische Thema war die Frage nach der Fürstenabfindung. Eigentlicher Nukleus dieser Kontoverse war dabei die Span-

396 Vgl. Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. Nr. 68, S. 214; Behrend: Beziehungen, S. 106 ff.

397 Ausführlich zur Diskussion um eine Beteiligung bei den Wahlen: März: Nationale Sozialisten, S. 96 f. Vgl. dazu auch die Diskussionsbeiträge in den NS-Briefen: Otto Strasser: »Wahlbeteiligung oder nicht«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 5. Brief; Dr. Teipel: »Wahlbeteiligung oder nicht«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Dezember 1925; Hermann Fobke: »Wahlbeteiligung oder nicht«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 1. Januar 1926; Otto Strasser: »Wahlbeteiligung oder nicht«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Februar 1926.

398 Vgl. Kapitel 5.2.2 ff.

399 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 208.

400 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 36 vom 26. Juli 1925.

401 BArch: NS 1/340, Bl. 379, Pfeffer an unbekannt vom 15. September 1925.

402 Ebenda, Bl. 247, »Parole Wahlenthaltung«.

403 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 44 vom 9. November 1925. Auch innerhalb des Gaues Westfalen wurde das Thema offenbar kontrovers diskutiert. So beteiligte sich ein Dr. Teipel aus Arnsberg bei Münster an der Diskussion in den NS Briefen und trat dabei deutlich für eine Teilnahme auf allen Ebenen ein. Dr. Teipel: »Wahlbeteiligung oder nicht«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Dezember 1925.

404 Vgl. Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 221. Siehe auch die Kritik an Pfeffer durch Dincklage: BArch: NS 1/340, Dincklage an Pfeffer vom 13. Oktober 1925.

nung zwischen konservativen und sozialrevolutionären Tendenzen in der Weltanschauung der Protagonisten. Es ging um die Fragen der Reichweite des propagierten Sozialismusbegriffs und der Unantastbarkeit des Privateigentums.[405] Von einem einheitlichen Meinungsbild unter den Gauleitern konnte dabei nicht die Rede sein. Die Sozialisten, allen voran Goebbels und Otto Strasser – »Strasser II«[406] –, votierten klar für eine entschädigungslose Enteignung. In den »Briefen« veröffentlichte Otto Strasser unter dem Pseudonym Ulrich von Hutten ein klares Plädoyer für eine Enteignung.[407] Dem entgegen standen die Völkisch-Konservativen, denen der »Elberfelder Sozialismus« zu weit ging.[408] Pfeffer war einer ihrer Wortführer. Schon hier zeigt sich exemplarisch die Widersprüchlichkeit seiner kruden Weltanschauung. Dem Selbstverständnis nach sozialrevolutionär,[409] vermochte er es dennoch nicht, sich von Grundprinzipien seiner politischen Sozialisation zu lösen. Es kam zu einer heftigen Kontroverse.[410] Eine Resolution Strassers, die sich für die entschädigungslose Enteignung aussprach, war nicht konsensfähig. Man einigte sich schließlich auf einen populistischen Formelkompromiss, in dem, je nach Lesart, beide Gruppen ihre gegensätzlichen Positionen vertreten sehen konnten.[411] Hierin hieß es, dass es die »ungeheure Notlage« nicht zulasse, »dass unter Berufung auf ein formales Recht« den Fürsten eine Abfindung zugesprochen werde, man »verlangte« jedoch, im Falle einer Annahme des »marxistischen Antrags« auf entschädigungslose Enteignung, »die entschädigungslose Enteignung aller seit dem 1. August 1914 eingewanderten Ostjuden sowie die Einziehung sämtlicher seit dem 1. August 1914 eingetretenen Vermögensvergrößerungen unter besonderer Berücksichtigung der Bank- und Börsengewinne«.[412]

Pfeffer zeigte sich trotz der Inkonsequenz dieser Sprachregelung zufrieden und sah seine Position gestärkt.[413] Dennoch, und dies wirft einen Blick auf die politische Kultur innerhalb der NSDAP und der AG, forderte er Anfang Februar und damit nach dem erzielten Kompromiss, von Goebbels die Publikation eines von ihm bereits um die Jahreswende verfassten Artikels, in dem

405 Vgl. dazu im ideengeschichtlichen Zusammenhang Oswald Spengler: Preußentum und Sozialismus, München 1920, S. 89.

406 So Pfeffer in BArch NS 1/342, Entwurf Pfeffers »erledigt am 3. Februar 1926«.

407 Ulrich von Hutten: »Wir und die Fürstenabfindung«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Dezember 1925. Dies geschah wohl in Absprache mit Gregor Strasser. Die Initiative für ein Volksbegehren war zuvor von der KPD ausgegangen.

408 Vgl. Tyrell: Führer befiehl, Dok. 53, S. 128, Kaufmann an Heinemann vom 24. Juni 1927.

409 Vgl. BArch: NS 26/960.

410 Vgl. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 138.

411 Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 72, Bl. 221. Vgl. zum Zustandekommen auch Noakes: Conflict and Development, S. 26.

412 Gregor Strasser et al.: »Resolution der Arbeitsgemeinschaft Nordwest der N.S.D.A.P. zur Frage der Fürstenabfindung«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 1. Februar 1926.

413 So Pfeffer gegenüber Schildt. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 146.

er sich für die Fürsten stark machte und zugleich für die Unantastbarkeit des Privateigentums eintrat.[414] Da Goebbels als Schriftleiter eine Veröffentlichung in den »Briefen« bis dato verhindert hatte, drohte Pfeffer sogar damit, den Artikel im VB »reklamehaft« veröffentlichen zu lassen.[415]

Der Artikel erschien dennoch nicht. Goebbels hatte kein Interesse daran, den Resolutionstext damit nochmals infrage zu stellen. Hitler beendete nur zwei Wochen später in Bamberg jede Diskussion, indem er selbst den Kurs der NSDAP in der Frage der Fürstenabfindung festlegte. Er erklärte: »Wir verlangen, dass den Fürsten nicht gegeben wird, was ihnen nicht gehört. Wir dulden nicht, dass ihnen genommen wird, was ihnen gehört, denn wir stehen auf dem Standpunkt des Rechtes und geben nicht einem jüdischen Ausbeutungssystem einen Rechtsvorwand, unser Volk bis aufs Letzte auszuplündern.«[416]

Erst wenn die Banken und Börsen, d. h. das Judentum in Deutschland, enteignet wären, was jedoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen ausgeschlossen sei, seien auch die Fürsten heranzuziehen. Hitler votierte damit de facto gegen eine entschädigungslose Enteignung und stellte sich auf die Seite Pfeffers und seiner Verbündeten. Am 6. Mai stimmten die Nationalsozialisten im Reichstag gegen die Enteignung. An dem Volksentscheid vom 20. Juni beteiligte sich die NSDAP nicht.[417]

5.4.2 Kritik an München und die Stellung zu Hitler

So heterogen sich die AG in ihrer weltanschaulichen Ausrichtung darstellte, der große Grundkonsens, auf den sich Strasser und Goebbels stützen konnten, lag in der Abneigung gegen Personen in Hitlers engstem Münchener Umfeld – Feder, Bouhler[418] und vor allem jedoch Esser und Streicher. Auch hier zeigte sich Pfeffer vorerst zurückhaltend. Bereits in Hagen wurde deutlich, welche Konflikte die »Sau- und Luderwirtschaft in der Zentrale« einerseits, das Poten-

414 Leider ist der Artikel selbst nicht mehr auffindbar. Siehe jedoch: BArch: NS 1/399-1, Bl. 279, Pfeffer an Goebbels vom 1. Februar 1926.

415 BArch: NS 1/342, Entwurf Pfeffers »erledigt am 3. Februar 1926«.

416 VB vom 25. Februar 1926, in: Hitler: RSA, Bd. 1, Dok. 101, S. 296.

417 Hans Volz: Geschichte der NSDAP, Berlin u. a. 1934, S. 14 und zur NS-Politik, den allgemeinen politischen Voraussetzungen, Bedingungen und Ablauf des Volksentscheids Ulrich Schüren: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preussen, Düsseldorf 1978, bes. S. 165 ff.

418 Pfeffer charakterisierte Bouhler im Jahr 1926 mit den Worten: »Kluger, anständiger Mann, aus dem bayerischen Horizont etwas herausgewachsen, liest viel, studiert Geschichte und die großen Männer der Geschichte, lebt aber sehr für sich eingekapselt. […] Bouhler hat das Vertrauen Hitlers in vollem Umfang und mit vollem Recht. Aber wir müssen ihn zur Gruppe der bayerischen Vertreter rechnen.« Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 53.

zial Hitlers andererseits, in ihm auslöste.[419] So teilte er zwar die grundlegende Kritik an München, mahnte in Hagen jedoch Fobke, als dieser die »Esserdikatur« scharf kritisierte, zu einem diplomatischeren Vorgehen an.[420] Erst als sich jedoch gegen Ende des Jahres die Differenzen mit München auch in Westfalen häuften,[421] lehnte Pfeffer, auch unter dem Einfluss der anderen Mitglieder der AG, immer offener die Kamarilla um Hitler ab.[422] Anfang März 1926 dokumentierte Goebbels Pfeffers »Stinkwut« über Esser in seinem Tagebuch.[423] Dennoch, bei aller Kritik, eine erneute Spaltung der Bewegung wollte Pfeffer keinesfalls riskieren.

Deutlich wurde diese ambivalente Haltung auf der zweiten Hannoveraner Tagung im Januar 1926. Pfeffer, Kaufmann und Otto Strasser behaupteten später, allerdings in unterschiedlichen Versionen, hier über die Frage einer weiteren Gefolgschaft der AG zu Hitler diskutiert zu haben. Aufgrund der problematischen Quellenlage ist dies nicht endgültig zu klären.[424] Am plausi-

419 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 21. August 1925.

420 Vermittelnd merkte er zudem an, selbst »noch keinen sachlichen Grund zur Klage gegenüber Esser« gehabt zu haben. Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 66, S. 208 f. Fobke zur Gründung der AG vom 11. September 1925. Fobke bemerkte zu dieser Haltung Pfeffers, dass diese »für ihn bezeichnend« sei und einer »Vogel-Strauß-Politik« gleichkomme.

421 Exemplarisch hierfür vgl. noch vor Goebbels' Damaskus: HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 32, Goebbels an Pfeffer vom 6. März 1926. Vgl. auch FN 375 sowie Kapitel 7.

422 Ob Pfeffer dabei auch den Einfluss Essers für den Ausfall des Hitlerbesuchs in Westfalen verantwortlich machte, bleibt unbekannt. Mündliche Mitteilung Pfeffers an Schildt, zit. nach Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 102. Auch mit Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz lag Pfeffer aufgrund seines unsteten Umgangs in monetären Angelegenheiten dauerhaft in Konflikt. Gleichzeitig belächelte er Schwarz' penible Art. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 36 f. und 54. Vgl. auch Franz-Willing: Hitler-Bewegung, S. 75 sowie Kapitel 5.3.4.

423 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 12. März 1926.

424 Zumal auch die Tagebücher Goebbels' hierzu keine Auskunft geben. Schildt folgt in seiner Darstellung, soweit es ihm plausibel erscheint, den späteren mündlichen und schriftlichen Aussagen Pfeffers, Kaufmanns und Otto Strassers. Vgl. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 148 ff. (So auch etwa Noakes: Conflict and Development und Ders.: The Nazi party in Lower Saxony, 1921-1933, London 1971.) Im Allgemeinen sind die Nachkriegsaussagen Pfeffers, Kaufmanns und Strassers jedoch keine durchwegs verlässlichen Quellen. Wobei gerade im Fall Pfeffers eine deutliche Tendenz zur Überbetonung des eigenen Handlungsspielraums bzw. der Unabhängigkeit des Gaues von Hitler und München festzustellen ist. Hinzu kommen die inzwischen widerlegten Aussagen Otto Strassers, in Otto Strasser: Hitler und ich, Konstanz 1948. (Auch die Goebbels von O. Strasser zugeschriebene Eingabe »dass der kleine Bourgeois Adolf Hitler aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen wird«, ist wohl ein Mythos. Ebenda, S. 113 f.) Vgl. zur Kritik an O. Strasser März: Nationale Sozialisten, S. 124. März verzichtete, wohl aufgrund der kritischen Quellenlage, auf eine Darstellung der Führerfrage auf der 2. Hannover Tagung. Ebenda, S. 114 ff. Behrend misst hier nur geringe Bedeutung zu. Behrend: Beziehungen, S. 130. Pfeffer selbst bezeichnete später die Tagung als das »weitaus wichtigste Ereignis der ganzen Tagebuchzeit [1925 bis 1926]« und notierte zur Führerfrage

belsten scheint, dass Hitler als Führer der Bewegung zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, es aber dennoch in der immer selbstbewussteren AG wohl durchaus zu einer Diskussion über seine Person kam. Erstmals richtete sich die Unzufriedenheit nicht nur gegen das Umfeld Hitlers, sondern auch in Teilen gegen den Parteiführer selbst. So war man über dessen Passivität, Hitler duldete nach wie vor die »Münchener Clique« in seinem Umfeld und beschäftigte sich mehr mit der Fertigstellung des zweiten Bandes von »Mein Kampf« anstatt sich mit dem organisatorischen Aufbau der Partei zu befassen,[425] desillusioniert.[426] Trotz eigener Vorbehalte,[427] ergriff Pfeffer in Hannover erneut

später, historisch verzerrt, jedoch für das subjektive Empfinden Pfeffers dennoch aufschlussreich: »Alle Vorkämpfer (Führer) waren zusammen gekommen[,] um zu entscheiden: 1. Sollen wir uns auf das 12 Punkte Programm einigen? […] 2. Sollen wir Hitler die Gesamtführung anvertrauen? (das wurde nach Bedenken und Diskussion bejaht, wenn auch mit starken Bedingungen) […] Hier wurde A. H. der großdeutsche Führer.« Es sei eine »historisch entscheidende Tagung« gewesen. Siehe die Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern. (Vgl. zur Einordnung Pfeffers Überlieferungen auch FN 246.) Auch ist die Richtigkeit der später von Kaufmann gegenüber Schildt vertretenen Position, die Elberfelder wären tatsächlich zu einer Trennung von Hitler bereit gewesen, zu bezweifeln. Vgl. dazu Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 150. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 15. Februar 1926.

425 Plöckinger: Geschichte eines Buches, S. 92 ff.

426 Hinzu kam die Anwesenheit des Hitlervertrauten Feder in Hannover, dessen eingeladenes Erscheinen in Hannover die Empörung noch verstärkte. März: Nationale Sozialisten, S. 116; BArch: NS 1/341, Feder an Goebbels vom 23. Dezember 1925. Evtl. entzündete sich der Funken zu jener Diskussion, die später von einigen Zeitgenossen als die große Diskussion über die Stellung Hitlers interpretiert wurde, auch an der Anwesenheit Feders. Vgl. zu Feders Bewertung der AG: Tyrell: Führer befiehl, Dok. 52, S. 125. Feder an Hitler vom 2. Mai 1926. Da Feder in dem Programmentwurf Strassers seine Rolle als »Programmatiker« gefährdet sah, ist seine Bewertung dementsprechend von persönlichen Beweggründen geleitet und kritisch zu beurteilen. Ebenda, Dok. 52, S. 127.

427 Später schilderte Pfeffer gegenüber Schildt, dass er »Hitlers österreichische Herkunft [moniert habe] und bemängelte, dass er Katholik war«. Weiter heißt es hier: »Er [Hitler] sei ungebildet, habe die Esser-Streicher-Clique begünstigt und Ludendorff aus der Bewegung herausgedrängt. V Pfeffer nahm vor allem Anstoß daran, dass Hitler kein Offizier gewesen sei, d. h. noch nie im Ernst und Kampf geführt und Verantwortung getragen habe. Bei seiner ersten Probe, dem Putsch 1923, habe er versagt.« Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 149. Klare Indizien sprechen jedoch dafür, dass diese Aussage zu größten Teilen nachträglich konstruiert wurde. Zeitgenössisch waren wohl das Ausscheiden Ludendorffs aus der Bewegung sowie die Defizite in der Organisation Hitlers die einzigen ernsthaften Kritikpunkte an Hitler. Pfeffer war trotz betonter preußischer Attitüde selbst großdeutsch eingestellt und katholisch. Die Schilderung widerspräche zudem der als authentisch einzustufenden Ludendorff-Überlieferung zum »Deutschen Tag« 1924 in Münster. Ludendorff: Weltrevolutionär. S. 343. Auch die bürgerliche Nicht-Bildung des Autodidakten Hitler dürfte Pfeffer, der eine bewusst antibürgerliche Ideologie vertrat, kaum aufgestoßen sein. Vgl. Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 431. Für die Wirkung des Hitlerputsches auf Pfeffer finden sich gleich mehrfach gegenteilige Dokumente und Aussagen. Vgl. Kapitel 5.3.1.

in aller Deutlichkeit Partei für Hitler.[428] Auch wenn die Diskussion subjektiv Hitlers Stellung nicht antastete, war doch allein die Kontroverse über die Person Hitler ein objektiver Angriff auf die Führerideologie, der sich Pfeffer entschieden entgegenstellte.

Die Position Pfeffers, neben Ley, als der deutlichste Fürsprecher Hitlers, war auch aufgrund der zeitlichen Nähe zur Absage des Westfalenbesuchs durch Hitler erstaunlich. Einmal mehr zeigte sich, wie sehr Pfeffer von der Notwendigkeit einer »unangezweifelten Führungsperson« überzeugt war.[429] Bereits 1925 war er sich sicher, dass nur Hitler diese Rolle ausfüllen konnte – er war als Führer der Gesamtbewegung alternativlos. In den Augen Pfeffers hatte er Führereigenschaften, revolutionären Willen und unerreichte propagandistische Fähigkeiten. Hinzu kamen die Geschehnisse der »führerlosen Zeit«. Für ihn war Hitler ein Unikat.[430] Er besaß aus seiner Sicht »einen derartigen Wert im polit.[schen] Kampfe«, dass man »Fehler still verdauen« müsse.[431]

Schließlich sprach auch die Situation in Westfalen für Hitler. Zu eindeutig hatte Pfeffer hier seinen Gau inzwischen ideologisch auf die Person Hitlers ausgerichtet. Mehr und mehr wurde Hitler auch auf regionaler Ebene zur Integrationsfigur.[432] Bereits im Winter 1925/26 hatte Pfeffer als Gauleiter Westfalens keineswegs die Handlungsfreiheit, die er später so gerne und wiederholend für sich reklamierte.[433] Dennoch zeigt Pfeffers Positionierung in der AG deutlich, dass für ihn Hitler und die Einheit der Bewegung klaren Vorrang vor den Integrationsbemühungen der nord- und westdeutschen Gaue hatten.

5.4.3 Die Programmdiskussion – Pfeffers »Zucht«

Der bedeutsamste inhaltliche Diskurs im Rahmen der AG war die Auseinandersetzung um das Programm der NSDAP. Der Ankündigung Gregor Strassers, sich auf der ersten Hannoveraner Tagung mit der Frage des Programmes zu befassen, folgte am 11. Dezember der Versand eines zwölfseitigen Programmentwurfs.[434] »Der nationale Sozialismus. Dispositionsentwurf eines

428 Nach Pfeffer einigte man sich schließlich auf den Terminus »lieber einen Führer mit Mängeln als gar keinen«. ZZS Pfeffer II, Bl. 39. So auch Pfeffer in seinen Notizen in den Goebbelstagebüchern. Ob die Führerdiskussion tatsächlich um die Frage einer weiteren Gefolgschaft Hitlers ging, ist allerdings kritisch zu sehen. Vgl. FN 5/424.

429 ZZS Pfeffer II, Bl. 39.

430 Vgl. Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 431.

431 ZZS Pfeffer II, Bl. 81.

432 Auch angesichts der vorliegenden Quellen aus dem Gau Westfalen muss Pfeffers spätere Aussage, er wäre durchaus bereit gewesen, sich von Hitler loszusagen, »wenn man sich einmütig für einen anderen Führer entschieden hätte«, als retrospektiv verzerrt gelten. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 151. Vgl. Kapitel 5.3.1 und 5.3.3.

433 Vgl. zu den Konflikten Kapitel 5.3.4 und 7.

434 BArch: NS 1/340, Bl. 281, O. Strasser an Goebbels vom 7. Dezember 1925. Zur Diskussion um den Empfängerkreis vgl. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West,

umfassenden Programms des nationalen Sozialismus«, so der Titel, umfasste insgesamt sieben Kapitel unterschiedlicher Thematik.[435] Strasser plädierte hier für einen gemäßigt sozialistischen und autoritären Staatsaufbau.[436] Seine Vorlage entsprach jedoch weder dem angekündigten Resolutionsentwurf[437] – vielmehr handelte es sich um eine Art Verfassungsentwurf[438] – noch den weltanschaulichen Vorstellungen der meisten Mitglieder.[439] Bei der folgenden zweiten Tagung in Hannover brach nun die Programmdiskussion in einem »endlosen Wulst an Debatte«[440] offen los. Mit dem Programmentwurf hatte man die Büchse der Pandora geöffnet.[441] Die Schärfe der Auseinandersetzung zeigt die weltanschaulichen Bruchlinien innerhalb der AG exemplarisch. In den darauf folgenden Wochen wurden zahlreiche Änderungs- und Ergänzungsvorschläge angefertigt. Insgesamt wurden vier Denkschriften in Umlauf gebracht, die allesamt den Programmentwurf massiv angriffen.

Auch Pfeffer kritisierte das relativ gemäßigte Programm Strassers scharf.[442] Schon seine Form als Verfassungsentwurf lehnte er als zu wenig revolutionär ab. Am 25. Dezember 1925 legte er unter dem Pseudonym »Frederik« die weitreichendsten und sozialrevolutionärsten Forderungen im Rahmen der Programmdiskussion der AG vor, die weit über eine bloße Neuordnung der Staatsinstitutionen hinausgingen.[443]

S. 131. Pfeffer schrieb, wohl aufgrund des aus seiner Sicht zu stark sozialistischen Duktus, die Federführung des Entwurfs vor allem Otto Strasser zu. ZZS Pfeffer II, Bl. 38. Eine Kooperation der Brüder ist wahrscheinlich. Vgl. zur Diskussion um die Ausarbeitung: Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 127.

435 BArch: NS 26/896. Einleitung, Außenpolitik, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Kulturpolitik, Verschiedenes, Schluss.

436 Zur ausführlichen Besprechung des Programms siehe: März: Nationale Sozialisten, S. 164 ff.

437 Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 72, S. 223, O. Strasser an Goebbels vom 26. Januar 1926.

438 So auch Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 127 f. und März: Nationale Sozialisten, S. 165.

439 Stachura: Gregor Strasser, S. 48 f. Besonders Pfeffer, Ley und Feder kritisierten den Entwurf massiv. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 146. Selbst Goebbels nannte ihn in seinen Tagebüchern »mangelhaft«. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 18. Dezember 1925.

440 Ebenda, Eintrag vom 25. Januar 1926.

441 Angefacht wurde diese Programmdiskussion noch dadurch, dass er nicht in antidemokratischem Selbstverständnis sein Programm für unfehlbar erklärt hatte, sondern im Gegenteil noch zur Diskussion aufrief. Zit. nach Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 133.

442 So sollte etwa nur zehn Prozent des Betriebsvermögens sozialisiert werden. In der Außenpolitik präferierte er einen verhältnismäßig zurückhaltenden Kurs und auch innenpolitisch präsentierte er mit seinem Verfassungsentwurf zwar ein autoritäres, keineswegs aber totalitäres System. Vgl. März: Nationale Sozialisten, S. 168 ff.

443 BArch: NS 26/896.

»Zucht. Eine Forderung zum Programm«,[444] so der Titel der Denkschrift, zeigt wie kaum ein anderes Dokument jener Jahre das universelle Selbst- und Sendungsbewusstsein, den bedingungslosen Ehrgeiz, den unbeschränkten Optimismus bezüglich der künftigen Wirkungsmächtigkeit der Bewegung, den grenzenlosen Fanatismus, den verblendeten Idealismus, die Zivilisationsfeindlichkeit, die absurde Inhumanität, die rassistische Verblendung sowie die schlichte Realitätsverweigerung jener frühen Nationalsozialisten. Zugleich war die Denkschrift ein Produkt der Verschmelzung der bereits im Kaiserreich kursierenden rassistischen Pamphlete mit dem persönlichen Erfahrungshorizont sowie den autodidaktisch erlangten Erkenntnissen des Autors. Insbesondere die Einflüsse Houston Chamberlains sind unverkennbar.[445] Pfeffers Schrift war nicht, wie Strassers Denkschrift, als Verfassungsentwurf konzipiert, vielmehr handelte es sich um bloße Anstöße in Form von »Forderung[en]«. Dabei nahm er für sich nicht weniger in Anspruch, als mit dem »römischen Recht« und der »jüdischen Moral« zu brechen und ein völlig neuartiges, der »jüdisch-liberal-demokratisch-marxistisch-humanitären Grundfassung« entgegenstehendes Staatsmodell zu entwerfen.[446]

Insgesamt umfasste die 31-seitige Schrift fünf Kapitel und war ein Programm der massiven rassistischen Exklusion. Im ersten Abschnitt wurden die allgemeinen Grundlagen des neuen Staates dargestellt; in den Kapiteln zwei bis vier widmete sich Pfeffer der Anwendung dieser Grundsätze in den Politikbereichen »Landwirtschaft« (II), »Industrie« bzw. »Produktion« (III) und »das freiwillige Volksheer« (IV). Bemerkenswert ist, dass Pfeffer zur Außenpolitik keine konkreten Forderungen erhob.[447]

444 BArch: NS 26/960.

445 Insbesondere die Anlehnung an die Beispiele aus der Tierzucht ist von Pfeffer zweifelsohne übernommen worden. Vgl. FN 5/452 und Altgeld: Volk, Rasse, Raum, S. 104. Pfeffer selbst nannte später Chamberlains »Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts« als für ihn maßgeblich prägend. StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 15. Zudem ist von einer starken Wirkung der »Protokolle der Weisen von Zion« auszugehen. Vgl. zu den allgemeinen Prägewirkungen von Epoche und rechter Klientel Losemann: Rassenideologie, S. 305 ff.

446 Neu waren diese Ideen jedoch nicht. So sind ideengeschichtlich, besonders in Bezug auf den Sozialismus, die Bezüge zu Spenglers »Preußentum und Sozialismus« unverkennbar. Vgl. Spengler: Preußentum und Sozialismus, S. 15.

447 Lediglich bemerkte er: »Ich setzte im Folgenden voraus, dass wir die Staatsmacht in Händen haben; infolgedessen wird eine rücksichtslos ›nur deutsche‹ Wirtschaft lebensfähig oder gar blühend.« BArch: NS 26/960, S. 13. Ob er allerding den prosowjetischen Kurs Strassers und Goebbels' stützte, ist angesichts seines strikten Antikommunismus und seiner Erfahrungen aus den Freikorpsjahren stark in Zweifel zu ziehen. Zu Thema Handel und Gewerbe stellte er lediglich fest: »Keinesfalls dürfen diese [anderen Politikbereiche] durch das Judenschlagwort ›Handel und Gewerbe‹ in einen Topf geworfen werden, mit den Geschäftsleuten, An- und Verkäufern, Zwischenhändlern, Agenten, Geldverleihern. Scharfe Trennung! […] Ich halte den Händlerberuf und seine Grundsätze für undeutsch, die Beschäftigung damit für unsere Volksentwicklung schädlich. Die Hochwertigen möchte ich fernhalten, […]

Mit Strasser stimmte er lediglich darin überein, dass die derzeitigen Besitzverhältnisse in Deutschland abzulehnen seien und »dass nur ein tiefster, rücksichtsloser Eingriff das deutsche Leben und Volkstum in richtige Bahnen […] zwingen«[448] könne. Statt jedoch wie Strasser und die Sozialisten von Gesetz und Ziel der Gleichheit aller Deutschen auszugehen, postulierte Pfeffer ein »eisernes Gesetz der Ungleichheit«.[449] Die Folge dieser Ungleichheit sei eine Ungleichwertigkeit. Konkret nannte er vier Merkmale, nach denen der Wert des Individuums zu bemessen sei. »1. Nach den tatsächlichen Leistungen in ihren Berufen. 2. Körperliche Voraussetzungen, nach Gesundheit und Rassemerkmalen. 3. Geistige – moralische – kulturelle Eigenschaften. 4. Nach den Erbanlagen, gemessen an Eltern, Großeltern pp.«[450]

Aufgabe des Staates sei es nun, jedem den auf Basis seines Wertes zustehenden Einfluss an »Staatsmacht«, »Besitz« und »Kultur« zuzuführen. »Die Hochwertigkeit muss vermehrt und weiter gehoben werden, die Unterwertigkeit muss vermindert werden. Das nennt man auf Deutsch ein Zuchtproblem. Emporzüchtung einer Rasse. Menschen-Züchtung!«[451]

Hierbei könne man sich, so Pfeffer weiter, ohne Weiteres an den »Prinzipien der höheren Tierzucht orientieren«,[452] wobei einem die »›natürliche Zuchtwahl‹, d. h. die Natur selber […] im Kampf ums Dasein an der Auslese und Emporhebung der Besten und am Untergang der Schlechtesten«[453] unterstütze.

Primäres Ziel des Staates müsse es also sein, gesellschaftliche und politische Bedingungen zu schaffen, die diese Menschenzucht ermöglichen und förderten. Als Voraussetzung hierfür müssten die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft, je nach »Wertigkeit«, in jeweils eine von »sehr zahlreiche[n]« Stufen eingeteilt werden, die dann über den Zugang zu den von Staatsseite vollends kontrollierten Ressourcen entscheiden würden. Pfeffer beschrieb dies wie folgt:

> »Alle Macht, aller Besitz, aller lohnender Verdienst restlos in die Hände der Hochwertigen; d. h. etwa der hochwertigsten 2/3 der Bevölkerung. Zur andauernden Weiterentwicklung ihrer Persönlichkeiten, Leistung, Kultur (nicht sog. Zivilisation oder gar Genuss). Alle Staatseinrichtungen ausschließlich zur Förderung der Weiterentwicklung, der Staat hat überhaupt keinen anderen Zweck […] Mit allen Mitteln muss dauernd der schnelle

den Gesamtkaufmannsstand auf das Allernotwendigste vermindern, Geldansammlungen mit der Steuerschraube vertreiben.« Ebenda, S. 22.

448 Ebenda, S. 2.

449 Er schrieb: »Kein Lebewesen ist genau wie auch nur ein einziges anderes. Alle Menschen sind ungleich, in jeder Hinsicht, in Bezug auf jedes Gebiet. Alle Deutschen sind ungleich. Das ist der Ausgangspunkt.« Ebenda, S. 4.

450 Ebenda, S. 8.

451 Ebenda, S. 7.

452 Ebenda, S. 7.

453 Ebenda, S. 12.

> Aufstieg (und noch schnellere Abstieg) von Stufe zu Stufe unterstützt werden. Die Grenzen zwischen den Stufen müssen nicht nur weit offen gehalten, sondern es muss dauernd zu ihrer Überschreitung – durch vermehrte Hochwertigkeit, bzw. Abdrängung Unterwertiger – angereizt werden. Je schärfer und lebhafter dieser Wettkampf, desto schneller und gerechter die Auslese (Zuchtwahl), desto schöner der Erfolg. Weniger mit Einzelmenschen rechnen als mit Generationen […] Möglichst geringer Berufswechsel von Vater auf Sohn. Erziehung und Lehrpläne auf Generationen zuschneiden. [….] Große Aufmerksamkeit auf Frauenwahl. Festgestellt gute Erbmasse etwas (!) bevorzugen, auch wenn einmal Einzelmensch etwas (!) schwächer. Förderung zahlreicher Fortpflanzung guter Erbmassen, Kinderbeschränkung schlechter Erbmassen.«[454]

In der Folge bedeutet dies auch:

> »Kein Erbarmen mit den letzten Stufen innerhalb der minderwertigen Gruppe. – Krüppel, Epileptikern, Blinden, Irren, Taubstummen, Trinkerheilanstalten-Fürsorgzöglingen, Waisen (=uneheliche Findelkinder), Verbrechern, Dirnen, Sexualgestörten usw. Jede Leistung für sie muss nicht nur den Leistungen an richtiger Stelle abgezogen werden, sondern wirkt unmittelbar der geplanten Zuchtwahl entgegen. Aber auch Dummen, Schwachen, Alten, Energielosen, Erblich-Belasteten, Krankhaft-Veranlagten dürfen wir nicht nachweinen, weil die ›schuldlos‹ untersinken. Keine unterste Grenze unserer Stufen, deren Unterscheidung nicht ebenso leichtgemacht und gefördert würde wie bei den anderen Grenzen. Die letzte Stufe heißt Untergang und Tod. Gewogen und zu leicht befunden. Fruchtlose Bäume sollt ihr aushacken und ins Feuer werfen.«[455]

In den darauffolgenden Kapiteln erläuterte Pfeffer an Beispielen, wie er sich die Umsetzung dieser Maximen durch den von ihm proklamierten allgewaltigen Staat in den konkreten Politikbereichen vorstellte. In der Landwirtschaft setzte Pfeffer auf strikte gesetzliche Berufszugangsbeschränkungen – »Land nur für Landwirte«.[456] Nur wer im »Freiwilligen Volksheer!« gedient hatte, sollte als »besitzfähig« bzw. »pachtfähig« anerkannt werden. Im Heer sah Pfeffer die beste Möglichkeit »in allerschärfster Weise die Auslese, die Zuchtwahl, die Rassenentwicklung«, etwa »durch einfache interne Heeresverordnungen oder gar bloß Anweisungen an Ärzte«,[457] zu beeinflussten. Innerhalb der Berufskaste sollte eine Art Zunftsystem mit eigener Gerichtsbarkeit, eigenen Banken, Kammern etc. aufgebaut werden. Die Abkehr vom »römischen Erbrecht« sollte für die Unteilbarkeit der »Wirtschaften« sorgen, wobei jedoch Nachkommen nicht automatisch »besitzberechtigt« waren. Falls dies nicht der Fall war, sollten

454 Ebenda, S. 10 f.
455 Ebenda, S. 11.
456 Ebenda, S. 15.
457 Ebenda, S. 17.

deren Besitztümer über einen vom Staat installierten und kontrollierten, nach rassistischen Grundsätzen funktionierenden Verteilungsmechanismus den neu Aufgestiegenen zufallen.

Pfeffer forderte zudem, dass möglichst Väter und Nachkommen den gleichen Beruf ausüben sollten, um hier durch Spezialisierung Fähigkeiten zu erwerben. Die Bezüge zu dem gerade in den zwanziger Jahren in Deutschland populären Lamarckismus[458] sind unverkennbar.[459] In Kapitel drei – Industrie – wird der die gesamte Denkschrift durchziehende Dualismus zwischen berufsständischem Protektionismus und Auslese-/Spezialistenprinzip noch deutlicher. Pfeffer plädierte auch hier für eine klare Umverteilung der Besitzverhältnisse: »Jedes Jahr ein Viertel aus den Händen der Besitzenden in die Hände der Arbeiter, bzw. […] besitzfähigen ›Werker‹.«[460] Auch hier sollte die »Besitzfähigkeit« vom Staat anhand völkischer Gesichtspunkte definiert werden. Jeder Nichtwerker, der Anteile an einem Unternehmen habe, verliere jährlich 25 Prozent seiner Anteile.

> »Damit werden die Anteile an der deutschen Produktion vom ›allgemeinen Markt‹ ziemlich verschwinden. Alle Undeutschen und Unnützen werden immer von neuem herausgedrängt. […] Keinem schaffenden Deutschen, und sei er ein Henry Ford wird etwas fortgenommen, auch seinen Erben nichts, wenn sie besitzfähig bleiben. Das Ganze ist aber ein schwerer Schlag für investierte Leichtkapitalisten.«[461]

Von dieser Umverteilung sollte jedoch keineswegs die gesamte Belegschaft profitieren. Vielmehr hielt Pfeffer nicht mehr als ein Viertel aller »Werker« nach den übergeordneten rassischen Anforderungen überhaupt für besitzberechtigt.[462] Hinzu kam das Spezialisierungsprinzip. Söhne von Werkern sollten in der Konsequenz des Zuchtgedankens im Betrieb gehalten werden. Während über die »Besitzberechtigung« der Staat den Zugang zum Beruf kontrollierte,

458 Dabei stellte die Lehre von der Vererbung erworbener Fähigkeiten nur einen Teilaspekt der Theorie des französischen Biologen Jean-Baptiste de Lamarck (1744-1829) dar. Vgl. zu Lamarck: Wolfgang Lefèvre: Jean Baptiste Lamarck, in: Ilse Jahn (Hrsg.): Darwin & Co., München 2001, S. 176-201.

459 März: Nationale Sozialisten, S. 201. Ob Pfeffer jedoch mit den Schriften Lamarcks tatsächlich in direkten Kontakt gekommen war, kann nicht belegt werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass dessen Thesen, etwa von der Vererbbarkeit von Intelligenz, in abgewandelter Form in die unmittelbare Umgebung Pfeffers gelangten.

460 BArch: NS 26/960, S. 19. »Werker« waren nach Pfeffer alle im Betrieb tätigen Personen. Vom Hilfsarbeiter bis zum »Generaldirektor«.

461 Ebenda, S. 19 und 21.

462 Dass die Forderung Pfeffers nach Beteiligung der »Werker« trotzdem über diejenige im Strasserentwurf hinausging, zeigt die geringe Reichweite des Sozialismusverständnisses jener frühen Nationalsozialisten. Während Pfeffer de facto das gesamte Betriebsvermögen dem nach rassischen Gesichtspunkten »höherwertigen« Viertel zur Verfügung stellen wollte, sah der Strasserentwurf nur eine Beteiligung aller Arbeiter mit zehn Prozent des Gesamtbetriebsvermögens vor. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 129.

sollte die bei Verlassen des Betriebes anfallende jährliche Enteignung von 25 Prozent des hier erwirtschafteten Vermögens das Verbleiben der Söhne von »Werkern« im Betrieb sichern. Darüber hinausgehende staatliche Eingriffe in die Wirtschaft lehnte Pfeffer, im Gegensatz zu Strasser, ab.

Im vorletzten Kapitel widmete sich Pfeffer dem »freiwilligen Volksheer«. Ein Dienen sollte Vorbedingung für die »Anteilnahme an Besitz – Macht – Kultur« sein und damit für den Zugang zur Gesellschaft. »Die Aufgabe des Heeres ist (abgesehen von Militärischem) eine züchterische.«[463] Die Einziehung zum Heeresdienst sollte der Gesetzgeber nach »körperlicher Auslese«, »Kriegsbrauchbarkeit« und von »Rassenmerkmalen« abhängig machen. Ausschlussmerkmale sollten sein: »Gerichtlich Vorbestrafte und Uneheliche«, die genauso keinen Zugang haben sollten wie »die Söhne von: Unehelichen, Vorbestraften mit Gefängnis über ½ Jahr, Schauspielern und allerlei undeutschen oder verderblich oder verächtlichen Berufen« und »sämtliche Nachkommen von: Zuchthäuslern, Gefängnis über zwei Jahren, Epileptikern, Geisteskranken, Geschlechts-Abnormalen, hochgradigen Trinkern, Dirnen, Zuhältern usw. – Juden, Gelben, Schwarzen – Novemberverbrechern, Deserteuren, Verrätern, Ehrlosen.«[464] Im Gegenzug sollten Gediente, juristisch wie gesellschaftlich, bevorzugt werden.

Im Schlussabschnitt führte Pfeffer seine Gedanken nochmals zusammen.

> »Wir entfesseln den Kampf ums Dasein mit seiner natürlichen Auslese und Zuchtwahl auf das heftigste […] Nur die besten Deutschen können den Besitz der Volksgüter erringen. Sie können nur solange den Besitz halten, wie sie [,] die besten Deutschen [,] kämpfend bleiben. […] Nur ein Gut gibt es, das gefestet und gegründet ist, dessen Erbe man antreten kann, als Unterpfand für die Zukunft und Sieg im Daseinskampf: Die innere Erbmasse, die Generationen lang vorhaltende Anhäufung von hochwertigen Erbanlagen, der innere Gehalt an Hochwertigkeit. Diese Hochwertigkeit – sagen wir ›Besitzerfähigkeit‹ – ist der Schlüssel zu allem, der neue nervus rerum, er bringt die Anteile am Volksgut – Besitz, Macht, Kultur – als selbstverständliches Gefolge mit sich […] Das Gold tritt von seiner Schlüsselstellung ab und reiht sich als etwas Sekundäres zwischen den sonstigen Besitz, wo es hingehört. Die Entthronung des Goldes! Die Entthronung der Sachwerte zugunsten der Persönlichkeitswerte. […] Der Jude verliert seine Basis und wäre damit auch ohne direkte antisemitische Maßnahmen erledigt […] Nicht mehr Gold gilt es zu erkämpfen und anzuhäufen, sondern Persönlichkeitswerte, hochwertige innere Erbmasse, genannt ›Besitzerfähigkeit‹. […] Wir stehen an der Wiege einer neuen starken Hochrasse[,] die aus unserem kranken verfaulenden Volke sich emporzüchten wird.«[465]

463 BArch: NS 26/960, S. 23.

464 Zudem forderte Pfeffer: »Öffentliche Listen dieser Personen und ihren Nachkommen, eigene Behörden hierfür.«

465 Ebenda, S. 27 ff.

Das zentrale – und einzig wissenschaftlich rezipierte[466] – Element der Denkschrift war der völkische-rassistische Sozialdarwinismus. Pfeffer sprach sich von den moralisch-geistesgeschichtlichen zivilisatorischen Errungenschaften frei, proklamierte nicht weniger als einen ideengeschichtlichen Neuanfang und forderte auf der Basis einer völkischen Sozialethik ein auf biologischer Auslese basierendes Programm. Bei allen Zielen der »Höherentwicklung« der Rasse forderte er ebenso schonungslos »kein Erbarmen mit der letzten Stufen innerhalb der minderwertigen Gruppe«.[467] Allein die fünfmalige Bezugnahme auf »den Juden« oder »jüdisch« zeigt die antisemitische Stoßrichtung und die Bedeutung des Faktors der gesellschaftlichen Exklusion.[468]

Zeitgenössische Kommentare auf die Denkschrift, die in ihrer Reichweite die des Programmentwurfs Strassers wohl sogar übertraf,[469] sind leider kaum überliefert. Dennoch gibt es mehrere klare Hinweise darauf, dass die sozialdarwinistischen Forderungen zu einer fast durchgehend positiven Perzeption führten. Mit dem Göttinger Gauleiter Ludolf Haase, der wie Pfeffer ebenfalls einen rassischen Schwerpunkt im Programm befürwortete,[470] hatte sich der Autor bereits früh ins Einvernehmen gesetzt.[471] Dass jedoch auch Strasser selbst, den Pfeffer ob seines Entwurfes in Hannover stark attackiert hatte,[472] gerade das Postulat der »Ungleichheit« nur einige Monate später selbst aufgriff, ist bemerkenswert und lässt eine gewisse Wirkung der Forderungen Pfeffers vermuten.[473] Neben dem rassistischen Ausleseprinzip trafen auch die Dimensionen der Denkschrift, die Gigantomanie, mit der man in Anspruch nahm,

466 So etwa bei März: Nationale Sozialisten, S. 201 f.; Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 128 ff. und XIV ff.

467 BArch: NS 26/960, S. 12 ff.

468 In diesem sozialdarwinistischen Kontext bizarr wirkt die Berufung auf eine testamentarische Referenz. Ebenda, S. 11.

469 BArch: NS 1/342, Entwurf Pfeffers »erledigt am 3. Februar 1926«. Vgl. FN 480. In diesem Sinne auch Noakes: Conflict and Development, S. 27.

470 »Der Nationalsozialismus. Göttinger Antwort auf die Denkschrift von Herrn Strasser«. BArch: NS 26/896.

471 BArch: NS 1/341, Bl. 254. Behrend: Beziehungen, S. 119. Ob auch die weitgehende Akzeptanz der Denkschrift Pfeffers dazu beigetragen hatte, dass Goebbels zeitweilig sogar vorschlug, die AG aufzulösen, bleibt allerdings ungewiss. BArch: NS 1/341, Bl. 184 f. Goebbels an Strasser vom 11. Januar 1926.

472 So Haase und Kaufmann gegenüber Schildt. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 146.

473 Gregor Strasser: »Gedanken über Aufgaben und Zukunft«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Juni 1926; Stachura: Gregor Strasser, S. 52 f. Schildts Feststellung, »in der Programmfrage standen sich Sozialismus und Auslesegedanken unüberbrückbar gegenüber«, ist daher kaum aufrecht zu halten. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 154. Während Reichweite und Definition des Sozialismus scharf diskutiert wurden, war der rassistische Gedanke weitestgehend akzeptiert und einheitliche Meinung. Eine Unvereinbarkeit sah man hier nicht. Vgl. dazu etwa die in den »Briefen« ausgetragene Debatte um die Reichweite des Sozialismusbegriffs Kapitel 5.5.

Staat und Gesellschaft von Grund auf zu revolutionieren und von einer zeitlichen Reichweite von Generationen, d. h. Jahrhunderten ausging, den Nerv und die Denkmuster der meisten Funktionäre der Bewegung. Pfeffer steigerte die Akzeptanz der Schrift zudem dadurch, dass er zwar Beispiele für die Umsetzung der sozialdarwinistischen Grundsätze vorlegte, jedoch keinen doktrinären Katechismus vorlegte, sondern im Konkreten bewusst vage blieb.[474] Die Reaktionen sowie das Ausbleiben jeglicher Widersprüche zu »Zucht« zeigen, welche Bedeutung die rassische Komponente unter den vermeintlichen Sozialisten der AG besaß. Mit seinem elitären Rassismus traf Pfeffer den schmalen ideologischen Konsens der Bewegung.

Über die Wirkungsmächtigkeit von »Zucht« über das Jahr 1926, oder gar über die Kampfzeit der NSDAP hinaus, können nur vage Aussagen gemacht werden. Sicher ist, dass auch der junge Himmler als Sekretär Strassers sich mit der Denkschrift auseinandersetzte.[475] Ebenso der spätere Reichsinnenminister Wilhelm Frick.[476] Ohne eine ungebrochene Kontinuität zu den späteren nationalsozialistischen Verbrechen zu konstruieren, ist doch die Geistesverwandtschaft von Pfeffers Ideen mit den späteren SS-Verbrechensunternehmungen wie »Ahnenerbe« oder »Lebensborn« augenscheinlich.[477] Hitler selbst dürften die in »Zucht« ausgebreiteten Vorstellungen ebenfalls zugesagt haben – ist doch das Primat der rassistischen Komponente in dessen Ideologie unbestritten. Ob dies dazu geführt hatte, dass, wie Pfeffer später selbstbewusst berichtete, Hitler eine »sagenhafte Meinung«[478] von ihm hatte und damit in direktem Zusammenhang mit der Berufung Pfeffers zum Osaf steht, muss als unwahrscheinlich gelten. Im Frühjahr 1926 überwogen bei Hitler parteitaktische und machtpolitische Intentionen. Bei seinem Sieg auf der Bamberger Konferenz am 14. Februar verbot er jede weitere Programmdiskussion.[479] Strasser wurde aufgefordert, seinen Programmentwurf zurückzurufen, was dieser ohne Wi-

474 BArch: NS 26/960, S. 12. So schrieb er: »Auf die unbedingte Richtigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen will ich mich nicht versteifen, noch weniger auf Einzelheiten. Nur auf den Geist. Andere mögen bessere Formen finden.« Ebenda, S. 12.

475 Wie ein Menetekel erscheint da, dass der von Pfeffer dezidiert in den sozialdarwinistischen Kontext gesetzte Leitspruch »jedem das Seine – suum cuique«, später von innen lesbar am Haupttor des Konzentrationslagers Buchenwald angebracht wurde. Himmler, über den eine direkte Kontinuität zu Pfeffers Denkschrift zu konstruieren gewesen wäre, war jedoch selbst nicht unmittelbar an den Planungen des KZ Buchenwald beteiligt. Vgl. David Hackett: Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, München 1996, S. 54 ff.

476 Günter Neliba: Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn, München u. a. 1992, S. 49 f.

477 Vgl. zu den etwaigen Kontinuitätslinien das Pamphlet Walther Darrés noch aus dem Jahr 1944: Walther Darré: Zucht als Gebot, Berlin 1944. In der SS verfolgte man später auch etwa die von Pfeffer bereits skizzierte Idee des Wehrbauerntums. Des Weiteren erfolgte am 30. Juli 1944, wie von Pfeffer bereits 1925 skizziert, der Ausschluss von Vorbestraften aus der NSDAP. IfZ: MA 127, Rolle 1, Bl. 10920 f.

478 ZZS Pfeffer II, Bl. 40.

479 Zum Ablauf vgl. März: Nationale Sozialisten, S. 126 ff.

derspruch auch tat.[480] Die Denkschriften jedoch blieben in Umlauf. Dies änderte jedoch nichts daran, dass Hitler auch Pfeffer anlässlich dessen Aufenthalts in München im April ob dessen aktiver Rolle innerhalb der AG stark kritisierte.[481] Hitler, mehr Stratege als Ideologe, war sich bewusst, dass die Folgen eines selbstzerstörerischen Kampfes um Dogmen und Prinzipien auch für seine Person unabsehbar gewesen wären. Programmatische Differenzen hatten das Potenzial, das zeigten alle Einigungsbestrebungen der politischen Rechten seit 1919, eine Partei zu spalten. Die Stärke des Nationalsozialismus war die ideologische wie programmatische Unverbindlichkeit. Ziel war die Akzeptanz einer Wesensgleichheit von Programm und Führer.[482]

Für Pfeffers eigene Weltanschauung zeigt die Schrift exemplarisch die Synthese zwischen Freikorpsideologie und dem völkischen Sozialdarwinismus. Deutlich wurde auch Pfeffers Antikapitalismus. Schließlich ist die Denkschrift nicht minder im Freikorpssinne populistisch und klientelistisch. So proklamierte er in Hinblick auf die körperliche Ertüchtigung der Männer: »Der Geist allein tut es nicht«[483] – nur der wehrhafte, gediente Mann, der bereit sei, sein Volk zu verteidigen, sollte an den Ressourcen des Staates teilhaben. Nicht zuletzt fehlte, wie die Veröffentlichung unter dem Pseudonym »Frederik« zeigte, auch das freikorpstypische konspirative Element nicht.[484] Er verarbeitete hier seine Erfahrungen der vergangenen Jahre. Die konkreten Bezüge zu seinem Werdegang sind unverkennbar. So wird, trotz des sozialrevolutionären Impetus, seine Furcht vor einer unkontrollierten Revolution deutlich. Weiter plädierte Pfeffer für einen langsamen Übergang in die neue Gesellschaftsordnung.[485] Mannigfach durchzogen ahistorische Bezüge, etwa auch auf einen verklärten preußischen Militärstaat oder auf eine vormoderne Gewerbeordnung, die gesamte Denkschrift.[486] Schließlich weisen die schon aus evolutionswissenschaftlicher Sicht seltsam anmutende Kombination aus biologistisch-sozialdarwinistischen und lamarckistischen Elementen[487] sowie die banalisierende Simplifizierung komplexer volkswirtschaftlicher Zusam-

480 Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 74, S. 225, G. Strasser an die Mitglieder der AG vom 5. März 1926.
481 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 13. April 1926.
482 Vgl. Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 381; Hitler: Mein Kampf, S. 513 f.
483 BArch: NS 26/960, S. 23.
484 Zudem sollte die Denkschrift »in dieser Form nur an höhere Führer der NSDAP« zugänglich gemacht werden. Pfeffer hielt es offenbar nicht für ratsam, solch radikale Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Stattdessen müsse man der »Auffassungsfähigkeit und der Gedankengewohnheit des Volkes Rechnung« tragen und evtl. sogar »Gedanken verwenden dürfen, die aus der jüdisch-liberal-demokratisch-marxistisch-humanitären Grundauffassung stammen und mürbe, giftgetränkte Bausteine eines fremden schiefen Bauwerks« seien. Ebenda, S. 30.
485 Ebenda, S. 17.
486 Ebenda, S. 15.
487 Vgl. zum Verhältnis der Theorien zueinander Stephen Gould: The structure of evolutionary theory, Cambridge u. a.[5] 2002, S. 194 ff.

menhänge – etwa der Vorschlag, den »Handel« auf ein Minimum zu reduzieren – auf autodidaktische Vereinfachungen hin. Die willkürlich anmutenden Zahlennennungen sowie die vielen Schreibfehler zeigen den provisorischen Charakter der Programmschrift.[488]

Der völkische Staat, den Pfeffer reklamierte, sollte die Gesellschaft bis auf die Gene[489] des Individuums durchdringen. Er war totalitär und zugleich allmächtiger Richter über die rassische Wertigkeit jedes Einzelnen. Die propagierte Volksgemeinschaft beschränkte sich auf die zwei Drittel der Bevölkerung, die aufgrund von rassischen Gesichtspunkten Anteil an den Ressourcen des Staates erhalten sollten. Ebenso wurde der Sozialismusgedanke verzerrt und auf ein Mindestmaß reduziert.[490] Zwar erhob Pfeffer den Anspruch »unsere grundsätzlichen Theorien über Rasse (›Wir sind völkisch‹) zu unserer wirtschaftspolitischen Tagesforderung (›Wir sind Sozialisten‹) einer restlosen logischen Durchdringung zu unterziehen, und die scheinbaren Widersprüche zu klären«,[491] tatsächlich jedoch wurde die Zentralforderung des Sozialismus nach materieller Gleichheit a priori durch rassische Exklusion abgelehnt. Ein Auseinandersetzen mit der marxistischen Klassentheorie fand in »Zucht« gar nicht statt.[492] Das Auslese- und Leistungsprinzip[493] dominierte die Forderungen Pfeffers. Pfeffers Sozialismusbegriff beschränkte sich nach marxistischer Terminologie in erster Linie auf den »Überbau« und ging daher kaum über das Bekenntnis hinaus, dass der Staat die sozialen Verhältnisse maßgeblich bestimmen sollte. Über den Hebel der »Besitzerfähigkeit« hatte der Staat über alle Güter und Ressourcen (bzw. Produktionsmittel) ein Zugriffs- und Verteilungsrecht. An der Notwendigkeit von Privateigentum zweifelte er trotz dieser kollektivistischen Elemente[494] jedoch nicht.

Schließlich zum persönlichen Bezug. Pfeffer konstruierte hier einen zu privilegierenden Typus, dem er persönlich selbst vollends entsprach. Offizier, »gedient im Freiwilligen Volksheer«;[495] von alter Abstammung,[496] den Beruf

488 So musste Pfeffer aufgrund der Schreibfehler noch im Februar eine Seite austauschen lassen. BArch: NS 1/342, Entwurf Pfeffers »erledigt am 3. Februar 1926«.

489 Pfeffer verwendete den Begriff der »Erbmasse«. BArch: NS 26/960, S. 10.

490 Vgl. FN 5/446.

491 Ebenda, S. 1 f.

492 Vgl. dazu Pfeffer und die Sozialismuskontroverse mit Goebbels, Kapitel 5.5. Auch Kontinuitätslinien auf den Pfeffer vormalig prägenden Frontsozialismus sind nur noch andeutungsweise zu erkennen. Dies lag wohl vornehmlich an Dimension und Anspruch der Denkschrift. Während die Solidarität des Frontsozialismus auf die Bewältigung der Gegenwartsaufgaben ausgelegt war, sollte »Zucht« die Leitlinien eines Gesellschaftsentwurfs darstellen.

493 Stachura: Gregor Strasser, S. 48.

494 Vgl. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 73.

495 Hier findet auch die im Kaiserheer immanente Idee des Heeres als Erzieherin der Nation Eingang. Vgl. auch Kapitel 1.2.

496 Pfeffer vermochte es trotz seiner sozialrevolutionären Forderungen, seine adelige Abstammung nicht nur zu rechtfertigen, sondern auch in einen positiven Kontext

seiner Vorfahren wählend, ohne kapitalistische Ambitionen, von »deutscher, nordischer Anschauung«[497] durchdrungen und dadurch »mit unendliche[m] Überlegenheitsbewusstsein«[498] – all das passte auf Pfeffer selbst besser als auf jeden seiner nationalsozialistischen Mitstreiter. Hinzu kam seine Ehe mit Maria Raitz von Frentz – auch unter dem Aspekt der »Zuchtwahl« eine ausgezeichnete Partie. Ob diese eigene Überhöhung indes intendiert war, bleibt offen. Unabhängig davon richtete Pfeffer künftig seinen Habitus nach den in »Zucht« formulierten Idealvorstellungen aus.[499]

5.4.4 Pfeffer gegen Goebbels: »Die Radikalisierung des Sozialismus«

Nicht unmittelbar im organisatorischen Rahmen der AG, aber dennoch im Umfeld der Programmdiskussion, fand zwischen dem 15. Dezember und dem 1. Februar eine programmatische Auseinandersetzung zwischen Pfeffer und Goebbels statt. Goebbels hatte in der Ausgabe der »Briefe« vom 15. Dezember das nationalsozialistische Establishment massiv kritisiert. In Bezugnahme auf eine wohl reale Person, die er ironisch »Herr Vorkämpfer« nannte, forderte er ein kompromissloses Werben um die Arbeiterschaft und ein klares Bekenntnis zum Sozialismus.[500] Dieser »Vorkämpfer« sei zudem schuld daran, »dass unser Radikalismus so schlapp und flau ist, dass unsere Propaganda zwar Anfänge macht, aber von der Verfolgung sozialistischer Forderung zwar für den Bürger zu viel, für den Proletarier jedoch zu wenig bedeute«.[501] So würde die NSDAP den Bürger verlieren und den Arbeiter nicht gewinnen.

Pfeffer griff, unmittelbar nach der Fertigstellung seiner Denkschrift, erneut unter dem Pseudonym Frederik,[502] Goebbels' Artikel auf. Unter dem gleichnamigen Titel »Die Radikalisierung des Sozialismus« wandte er sich in der Ausgabe vom 15. Januar direkt an Goebbels. In aller Deutlichkeit lehnte er die von Goebbels vertretene Klassenideologie marxistischer Prägung ab.[503] Er schrieb:

> zu setzen. So schreibt er: »Unsere heute so falschen Verhältnisse sind zweifellos in früheren Zeiten gar nicht so unerhört falsch gewesen.« BArch: NS 26/960, S. 6.

497 Ebenda, S. 5.

498 Ebenda, S. 24. Vgl. Hilde von Maibom: Mündliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009. Vgl. auch später Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 95.

499 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Persönliche Mitteilung vom 16. November 2009.

500 Damit vertrat Goebbels auch die Linie der AG. Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 251. Vgl. auch Engelbrechten: Braune Armee, S. 40 f.

501 Joseph Goebbels: »Die Radikalisierung des Sozialismus«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Dezember 1925.

502 Inzwischen dürfte bei allen maßgeblichen Personen unzweifelhaft festgestanden haben, wer sich hinter diesem Namen verbarg. Die Verwendung des Pseudonyms dürfte daher nur noch einer Vorliebe Pfeffers entsprochen haben. BArch: NS 1/340, Bl. 242.

503 Deutlich lehnte er sich auch hier erneut an Spenglers »Preußentum und Sozialismus« an. Spengler: Preußentum und Sozialismus, S. 89 f. Vgl. auch Arthur Moeller van den Bruck: Das dritte Reich, Hamburg³ 1931. Ob jedoch Pfeffer den

»›Den Bürger‹ haben wir nie gehabt, ›den Arbeiter‹ als Stand, als Interessensgruppe werden wir nie gewinnen, sollten es auch in dem Sinne nie versuchen.« Auch die Arbeiterklasse sei eine »Wirtschafts-Interessensgruppe«,[504] die ausschließlich egoistisch eigene klientelistische Ziele verfolge und sich somit keineswegs als Träger des Volksgemeinschaftsgedankens eigne. »Lieber Goebbels, Sie sehen, ich glaube nicht an die Macht des Proletariats, ich hoffe nicht auf die ›Arbeiterschaft‹!«[505] Die Bewegung müsse sich stattdessen vollständig vom Klassengedanken lösen. Stattdessen verband Pfeffer erneut seinen Sozialismus mit dem elitären Prinzip. So gelte es auf einzelne Interessensgruppen keine »Rücksicht zu nehmen«. Stattdessen brauche man alle »die Freiheitskämpfer aller Schichten und Berufe …«[506] Weiter schrieb er:

> »Niemals wird unser Programm von der Volksgemeinschaft aufgegriffen werden. Immerdar werden wir uns auf die deutschen Idealisten und Aktivisten, auf die Kämpfer und Opferer beschränken. […] Sobald wir aber der Versuchung erliegen den Kurs so zu wenden, dass wir eine ›kleine‹ Schar Freiheitkämpfer bestimmter Gattung abstoßen, um dafür eine ›große‹ Wirtschafts-Interessensgruppe hereinzunehmen, – dann beschreiten wir den falschen Weg.«[507]

Trotz des in »Zucht« geäußerten ungebrochenen Optimismus bezüglich des Sieges des Nationalsozialismus, zeigte sich Pfeffer in puncto der Massentauglichkeit der NSDAP skeptisch. Daher müsse eine Elite, die bereit wäre, sich als »Aktivisten« für eine nationale Revolution einzusetzen,[508] aus allen Gesellschaftsschichten gewonnen werden. So schloss er mit dem Satz: »O Goebbels, Sie Idealist! Hände weg von diesen ›Gruppen‹! Nicht Gruppen suchen wir, sondern diejenigen, die aus den Gruppen heraus wollen! Und dessen würdig sind.«[509]

In Pfeffers Antwortbrief wurde erneut die Prägung seiner Ideenwelt durch die Erfahrungen der Freikorpsjahre deutlich. Seinem, seit 1919 durchgehend

weitverbreiteten, erstmals 1923 erschienenen van den Bruck gelesen hatte, kann nicht belegt werden.

504 Franz von Pfeffer: »Die Radikalisierung des Sozialismus«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Januar 1926.

505 Ebenda.

506 Ebenda.

507 Ebenda.

508 Bereits in »Zucht« hatte er geschrieben, dass der Wert des Einzelnen nach dessen »deutscher, nordischer Anschauung, und innerhalb dieser […] am Nutzen für das Allgemeinwohl« festzustellen sei. BArch: NS 26/960, S. 5.

509 Franz von Pfeffer: »Die Radikalisierung des Sozialismus«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Januar 1926. Für sich selbst nahm Pfeffer dabei in Anspruch, weder Bürger noch Proletarier zu sein und daher die Klassenkampfidee aus besonderer Perspektive beurteilen zu können. Schildt bezeichnete Pfeffer als einen »elitären Aristokraten«. Eine Bezeichnung, die Pfeffer durchaus zutreffend empfand. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 191; ZZS Pfeffer I, Bl. 26.

verfolgten Ziel, einer Sammlung aller radikal rechtsgerichteten Kräfte, gab er hiermit zugleich eine theoretische Begründung. Die Jahre 1918 bis 1920 mit den erbitterten Kämpfen gegen eine fanatisierte Arbeiterschaft ließen eine Ideologie, die sich ausschließlich auf das Proletariat stützte, nicht zu. Hinzu kamen die ernüchternden Wahlergebnisse besonders des Dezembers 1924, die auch Pfeffer gezeigt hatten, dass ein breites Eindringen der NSDAP in die Arbeiterschicht nicht zu erwarten war. An einer Emanzipation einzelner gesellschaftlicher Gruppen sah er keinen Nutzen. Die Ursache, warum sein Freikorps und dessen Nachfolgeorganisationen auch Arbeiter rekrutieren konnten, verortete er auf der individuellen Ebene. Der Zweck der Arbeiterpropaganda auch in seinem Gau bestand für ihn lediglich darin, diese einzelnen, tauglichen »Aktivisten« zu erreichen.

Goebbels' Antwort ließ nicht lange auf sich warten. In seinem typischen zynisch-pathetischen Stil, der mit allerlei persönlichen Spitzfindigkeiten garniert war,[510] widersprach er Pfeffer in allen Punkten.[511] Nur die organisierte Klasse der Arbeiterschaft habe das Potenzial zur Revolution und müsse daher Ziel des Werbens der NSDAP sein. Gleichzeitig zeigte er in aller Schärfe den Antagonismus zwischen konservativen und sozialrevolutionären Elementen in Pfeffers Weltanschauung auf. So schrieb er:

> »Es gibt ein altes Sprichwort: Niemand kann aus seiner Haut heraus. […] Ich glaube an ihre Gradheit und ihren Willen zum Sozialismus. Ich glaube daran, dass Sie mit mir im selben Geiste um den Zukunftsstaat kämpfen. An ihre Einsicht glaube ich nicht. […] Sie stehen zwischen beiden, ein Wanderer zwischen den Welten. Sie haben das Alte überwunden und das Neue noch nicht in Besitz genommen. Sie suchen, Sie zweifeln, Sie schwanken. Der Hass gegen das Alte – Sie fühlen ihn wie wenige vor uns und haben ihm mit der Faust, gottlob, Sie toller Landsknecht, öfters Ausdruck verliehen als mit der Feder, – gebiert die Liebe zum Neuen. Die Überwindung des bürgerlichen Gedankens führt zum Sozialismus. Sie haben überwunden und tasten nach neuen Wegen und Erfüllungen. Hier und da klopft eine heimliche Liebe zum Alten bei Ihnen an, und sogleich verdunkelt sich das Licht der Zukunft. Machen Sie reine Bahn! Rotten Sie aus, jäten Sie um, vernichten Sie alles, was überlebt und alt in ihnen ist! Sie glauben nicht an das Proletariat! Ich glaube daran!«[512]

510 So schrieb Goebbels: »Lieber Frederik! […] Sie greifen an, ich muss mich wehren, und da wird es nicht ausbleiben, dass ich Ihnen einige Wunden, in Ihre Haut, a u s d e r a u c h S i e n i c h t h e r a u s k ö n n e n, [Hervorhebung im Original] schlage, ja dass ich hier und da etwas Pfeffer in diese offenen Wunden streue, – der Sache und der Bosheit wegen.« Joseph Goebbels: »Die Radikalisierung des Sozialismus (2)«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 1. Februar 1926.

511 Ebenda. Auch ein Seitenhieb auf München konnte sich Goebbels nicht verkneifen: So schrieb er: »Gewiss wird unser Programm – welches Programm übrigens –…«.

512 Ebenda.

Pfeffers Antwort darauf ließ zunächst auf sich warten. Erst im Herbst verdeutlichte er im Rahmen eines Artikels im »Nationalen Sozialist« erneut sein Misstrauen gegen die Arbeiterschaft.[513] Goebbels' Publikationseifer war er jedoch nicht gewachsen.[514] Von den weltanschaulichen Ideen Goebbels' zeigte er sich allerdings völlig unbeeindruckt.

Erstaunlicherweise blieb trotz der Schärfe und durchaus persönlichen Ebene der Auseinandersetzung das Verhältnis zwischen Pfeffer und Goebbels intakt.[515] Weltanschaulich führte bei Goebbels der sich wenige Monate später ab April abzeichnende Schwenk zu Hitler auch zu einer Annäherung an die Positionen Pfeffers. Bereits Ende 1926 schrieb er: »Masse ist gestern, Persönlichkeit ist morgen«,[516] eine Haltung, für die er Pfeffer noch in der Sozialismuskontroverse scharf angegriffen hatte.[517] Das elitäre Prinzip ersetzte nun auch bei ihm immer mehr das Bekenntnis zum Klassenkampf. Auch rassistische Elemente traten nun mehr und mehr in den Vordergrund. Es waren jedoch nicht die Streitschriften Pfeffers, sondern der machtpolitische Nimbus Hitlers, der Goebbels zu jener Haltung führte.

5.4.5 Zur Weltanschauung Pfeffers

Im Alter von 38 Jahren war bei Pfeffer der Prozess der politischen Prägung im Jahr 1926 abgeschlossen. »Zucht« und »Die Radikalisierung des Sozialismus« fixierten seine Weltanschauung in schriftlicher Form. In den kommenden Monaten und Jahren unterlag diese weder Korrekturen noch größeren Ergänzungen.[518] Dabei zeigen diese exemplarisch das immanente Spannungsverhältnis zwischen den drei maßgeblichen politischen Denkschulen – dem Sozialismus, dem national-konservativen Denken und dem völkischen Rassismus[519] –, in dem sich Pfeffers Ideologie bewegte.

Erstens, zum konservativen Element: Bei aller revolutionären Ausrichtung seiner Programmatik blieb Pfeffer ein geistiges Kind des Kaiserreichs. Der Wilhelminismus mit all seiner vermeintlichen Pracht war ein zentraler Richtwert in seiner Weltanschauung. Die monarchistische Staatsidee blieb aber lediglich

513 Franz von Pfeffer: »Weg und Ziel«, in: ›Der Nationale Sozialist‹ 31/1926.

514 Vgl. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 13. Januar 1926. »Einen Aufsatz an Pfeffer ›die Radikalisierung des Sozialismus‹. Ausgeblutet.« Goebbels gab sich alle Mühe, Pfeffer in seiner Domäne der Publizistik in die Schranken zu weisen. Pfeffer zeigte sich noch in der Rückschau durchaus beeindruckt von Goebbels' Arbeitseifer: ZZS Pfeffer II, Bl. 73.

515 Vgl. dazu Kapitel 7 sowie die zeitgleich gut voranschreitende Konstituierung und Etablierung des Gaues Ruhr. Kapitel 5.5.

516 Joseph Goebbels: Der neue Typ: Nationalsozialistisches Jahrbuch 1927, München 1926, S. 129.

517 Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 178.

518 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 73.

519 Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 58.

als mögliche Alternative präsent,[520] wobei die persönlichen Loyalitäten zum Kaiserhaus in Holland inzwischen weitgehend gekappt oder zumindest entemotionalisiert waren. Gleichzeitig lehnte er jede Form des Liberalismus, sei es ökonomisch, oder in Bezug auf die Gesellschaftsform, strikt ab. Hinzu kam der Revanchegedanke. Die Sorge vor einer überhasteten Ausführung der von ihm als notwendig erachteten Revolution ist einerseits seinen Erfahrungen geschuldet, andererseits Ausfluss dieser Grundhaltung.

Dominierend waren die völkischen Bestandteile in Pfeffers Weltanschauung. Den übersteigerten Nationalismus, den Chauvinismus sowie auch den sich aus eigenen Erfahrungen und den schon im Kaiserreich überbordenden antisemitischen Verschwörungstheorien speisenden Antimarxismus hatte Pfeffer genauso wie die Führerideologie vollends verinnerlicht.[521] Sein Antisemitismus basierte auf dem Postulat der »Rasse, nicht [der] Konfession«, wie er bereits im August 1925 an seinen Gau schrieb.[522] Hinzu kamen der Sozialdarwinismus, das von ihm radikal vertretene Primat der Diktatur sowie der strikte Antiparlamentarismus. Auch der typische völkische, sich aus einem verklärten Geschichts- und Nationalbewusstsein generierende, germanische Vergangenheitskult fand Eingang in seine Weltanschauung. Wie wohl bei kaum einem anderen Akteur der nördlichen NSDAP, verbanden sich bei ihm die Maximen des völkischen Rassismus mit sozialrevolutionären Ideen.

Schließlich die sozialistische Komponente. Revolution und Nachkriegszeit hatten Pfeffer zu der Überzeugung gebracht, dass es eines (nationalen) Sozialismus neuer Form bedurfte, wenn man den Sieg des Bolschewismus verhindern wolle.[523] Er selbst sah sich als Sozialist. In »Zucht« schreibt er: »Wir sind Sozialisten!«[524] Bei Goebbels' Damaskus sah auch er die »sozialistische Linie« der AG verraten.[525] Die weltanschaulichen Unterschiede zwischen Pfeffer und der NS-Linken lagen jedoch in der Auslegung des Sozialismusbegriffs. Während Goebbels und vor allem Otto Strasser in erster Linie ein auf Emanzipation beruhendes egalitäres Gesellschaftssystem anstrebten, war Pfeffers Gesellschaftssystem in erster Linie nach rassischen Gesichtspunkten aufgebaut. Erst auf dem Fundament einer rassischen Auslese sollte nach ihm ein soziales,[526] d. h. für ihn sozialistisches, Gesellschaftssystem entstehen. Anders als der spätere Propagandaminister lehnte er jeden Bezug zum marxistischen Sozialismusbegriff ebenso wie jede Form von Klassenkampfrhetorik scharf

520 Vgl. auch Orlow: Nazi Party, Bd. 1, S. 100.
521 Heß: Briefe, Nr. 373 vom 15. April 1927.
522 StaM: Nr. 189, Rundschreiben 38 vom 15. August 1925. Vgl. zur Ursprung dieses Gedankens im Kaiserreich: Dühring: Judenfrage, S. 4 ff. und 99.
523 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 72.
524 BArch: NS 26/960, Bl. 1.
525 Vgl. Pfeffer gegenüber Schildt, abgedruckt in: Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 176 sowie Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 13. April 1926.
526 Später sprach Pfeffer daher auch von der »norddeutsche[n] soziale[n] Schule« Elberfelds. Vgl. die Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern.

ab. Pfeffer ging es keineswegs um die gesellschaftliche Emanzipation einer sozialen Klasse, vielmehr war sein Sozialismusverständnis auch patriarchisch geprägt. Der Masse gegenüber brachte Pfeffer eine starke Skepsis entgegen. Die ökonomische und kulturelle Umverteilung sollte diktatorisch von oben reguliert, ausschließlich nach rassischen Gesichtspunkten erfolgen. Revolutionäres Chaos galt es zu vermeiden.

5.4.6 Resümee

Die Zusammenfassung der programmatischen Überzeugungen Pfeffers, die sich im Rahmen der AG offenbarten, wirken auf den ersten Blick überraschend. In nahezu allen entscheidenden Positionen stand er im Gegensatz zu den maßgeblichen Initiatoren, den Vertretern »der nationalsozialistischen Linken«,[527] Strasser und Goebbels. Gegen die geplante Einigung auf eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten opponierte er ebenso lautstark wie gegen die Dominanz der sozialistischen Komponente in der nationalsozialistischen Weltanschauung.[528] Bei der Frage nach der Teilnahme an Wahlen fühlte sich Pfeffer nicht an das Votum der AG gebunden.[529] Und sogar die Frontstellung gegenüber München teilte er nur bedingt.[530] Hier nahm er trotz persönlicher Differenzen mehrmals eine vermittelnde Position ein.[531] Nur in Bezug auf die VVVD hielt sich Pfeffer an die durch die AG beschlossene Linie.[532]

Gleicht man Pfeffers weltanschaulichen Kurs mit den Überzeugungen Hitlers ab, ist der Befund nicht weniger bemerkenswert. Zwar stand Pfeffers »Primat der Organisation« Hitlers These von der »Propaganda vor Organisation« gegenüber, dennoch dominieren hier zweifelsohne die Parallelen. Hitlers ideologische Überzeugungen lagen Pfeffer näher als diejenigen seiner Verbündeten, der nord- und westdeutschen Gauleiter. Beim Thema Fürstenabfindung nahm Hitler fast die identische Position ein, wie sie Pfeffer zuvor innerhalb der

527 Kühnl: Programmatik der NS-Linken, S. 317.

528 Nach dem Krieg behauptete er sogar, in Übersteigerung der tatsächlichen Begebenheiten, ein »erklärter Gegner der sozialistischen Linie« gewesen zu sein. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 91.

529 Ein Verhalten, das unter den Mitgliedern der AG für harsche Kritik sorgte. BArch: NS 1/340, Bl. 347, Dincklage an Pfeffer vom 13. Oktober 1925.

530 Während den meisten Mitgliedern die Frontstellung im Zuge der Programmdiskussion gegen München offenbar bewusst war (vgl. FN 5/563), schickte Pfeffer eine Abschrift seiner Denkschrift anscheinend arglos auch Hitler und Ludendorff (vgl. FN 5/469).

531 Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 66, S. 208 f. Fobke zur Gründung der AG vom 11. September 1925.

532 Pfeffer lehnte, wie die AG insgesamt, jede Kooperation mit den VVVD ab. Er hatte sich doch bereits im Juni in seinem Gau auf diesen Kurs festgelegt. Er richtete sich also auch in diesem Fall nicht unmittelbar nach der Beschlusslage der AG. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 34 vom 18. Juni 1925.

AG gefordert hatte.[533] In der Frage der Teilnahme bei Wahlen glichen sich die Positionen insoweit, dass man den Parlamentsbetrieb nach rein utilitaristischen Gesichtspunkten für Parteizwecke auszunutzen gedachte, ansonsten jedoch die parlamentarischen Prinzipien energisch ablehnte.[534] Der exzessiven Auslegung des Sozialismusgedankens innerhalb der Bewegung standen beide kritisch gegenüber; die Notwendigkeit des Privateigentumes war für beide gleichsam unbestritten. Ein Denken in sozialen Klassen lehnten ebenfalls Hitler wie Pfeffer ab.[535] Auch außerhalb der von der AG behandelten Thematik setzten sich diese Parallelen fort. So sprach sich auch Pfeffer früh für die Notwendigkeit der religiösen Neutralität der Bewegung aus.[536] Gleichsam war Pfeffer, trotz seiner preußischen Herkunft, wie Hitler großdeutsch orientiert.[537] Schließlich glichen sich ihre Positionen in der Skepsis gegenüber der Masse. Während Pfeffer aus seiner Ablehnung der Masse als egoistisches »Passivum«[538] keinen Hehl machte, betrachtete Hitler diese als »feminin eingestellt« und politisch unfähig.[539] Hitlers unmittelbare Reaktion auf Zusendung Pfeffers »Zucht« ist indes nicht überliefert. Der sozialdarwinistische Auslesegedanken und die rassistisch-elitäre Ideologie[540] befürwortete er jedoch zweifelsohne. Dennoch lehnte er die gesamte Programmdiskussion als schädlich für die Partei ab.[541] Allerdings war »Zucht« vage genug, dass weder die programmatische Unverbindlichkeit der NSDAP gefährdete, noch das Verhältnis Pfeffers zu Hitler dauerhaft belastete. Von einer Rückrufforderung, die Pfeffer mit seinen archaischen Ehrvorstellungen wohl noch weit schwerer getroffen hätte als Strasser,[542] sah Hitler ab.

Wie ist nach diesen Befunden Pfeffers Rolle und Stellung innerhalb der AG zu deuten? War er tatsächlich eine Art opportunistischer »Kundschafter und Aufpasser«[543] Hitlers, wie Höhne meinte in ihm festzustellen? Dies ist zu verneinen. Anders als Ley, der nahezu in allen Punkten strikt die Linie Hitlers ver-

533 VB vom 25. Februar 1926: »Die Bamberger Tagung«. Vgl. auch März: Nationale Sozialisten, S. 129 f.

534 Vgl. zur innerparteilichen Durchsetzung dieses Kurses durch Hitler auch die Rede Wilhelm Fricks auf dem 3. Reichsparteitag im August 1927. VB vom 21./22. August 1927.

535 Franz von Pfeffer: »Die Radikalisierung des Sozialismus«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Januar 1926.

536 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 36 vom 26. Juli 1925; ebenda, Rundschreiben Nr. 37 vom 7. August 1925; ebenda, Rundschreiben Nr. 39 vom 19. August 1925; ebenda, Rundschreiben Nr. 42 vom 12. Oktober 1925.

537 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 51.

538 Franz von Pfeffer: »Die Radikalisierung des Sozialismus«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Januar 1926.

539 Zit. nach Werner Jochmann: Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub 1919, Frankfurt a. M. 1960, S. 110.

540 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 223.

541 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 13. April 1926.

542 Hitler söhnte sich bald darauf mit Strasser aus. Brachte ihm sogar Anfang März nach einem Autounfall Blumen. Ebenda, Eintrag vom 10. März 1926.

543 Höhne: Totenkopf, S. 29.

trat und damit sich innerhalb der AG schnell zum Außenseiter entwickelte,[544] war Pfeffer durchaus einflussreich und gehörte dem Nukleus der AG,[545] ja sogar dem »Freundeskreis« Strassers, an.[546] Goebbels' Damaskus deutete er denn auch als »unerhörten Verrat an [seinen] Freunden«[547] und äußerte sich auch programmatisch dementsprechend: »Ich, Hauptmann v. Pfeffer, war nie mit Ihrer und Dr. Goebbels' Auffassung vom Sozialismus einverstanden, sie ging mir zu weit, doch heute Abend hätte ich mich fast veranlasst gefühlt, auf Grund der Goebbels'schen Rede für den Sozialismus einzutreten. Die Goebbels'sche Rede war doch auch nach Ihrer Auffassung Mist!«[548]

Pfeffer war auch weder Beobachter noch Mitläufer.[549] Er und Strasser fühlten sich gegenseitig verpflichtet und freundschaftlich verbunden.[550] Dennoch war Pfeffer in seinem Selbstverständnis als souveräner Gauleiter auch unter Gleichrangigen, anders als gegenüber Hitler, zu keinerlei Abweichungen von seinen eigenen Überzeugungen bereit.

Gleichzeitig zeigt die Art und Weise des Engagements Pfeffers Prioritäten. Er engagierte sich zwar programmatisch so intensiv wie niemals zuvor und danach, dies geschah jedoch aus einer Abwehrhaltung heraus. Alle drei Schriften, »Zucht«, der Artikel zur Fürstenabfindung und die »Radikalisierung des Sozialismus«, waren Antworten auf inhaltlich entgegengesetzte programmatische Vorstöße. Pfeffer musste seine Position schriftlich fixieren, um zu verhindern, dass die AG weltanschaulich einen, aus seiner Sicht, zu linken Kurs einschlug.

544 BArch: NS 1/340, Bl. 302 f., Briefwechsel Goebbels und Ley vom November 1925.

545 HStaD: RW 23, Nr. 53, Kaufmann an Pfeffer vom 6. August 1925. Diese Stellung Pfeffers innerhalb der AG zeigt auch die Tatsache, dass Pfeffer im Auftrag der AG zur Untersuchung der Verhältnisse in Mecklenburg, wo die VVVD stark an Boden auch gegenüber der NSDAP gewann, entsandt wurde. Pfeffer bot daraufhin dem Gauleiter von Mecklenburg, Friedrich Hildebrandt, an, als »Sachverständiger Ihre Schwierigkeiten mit den Wehrverbänden zu untersuchen und eine Klärung durchzusetzen«. Die Spesenkosten hierfür veranschlagte er: »2x Klasse III; Tagesspesen 10 Mark; Vorschuss 20-50 Mark + Zusatzsekretärin«. BArch: NS 1/121, Bl. 216, Brief AG an Hildebrandt vom 4. Februar 1926.

546 Daher hätte selbst die von Otto Strasser vorgeschlagene Reduzierung der Programmdiskussion auf den Freundeskreis kaum etwas bewirken können, wäre diese doch kaum weniger weltanschaulich heterogen gewesen. BArch: NS 1/341, Bl. 36 f., O. Strasser an Goebbels vom 14. Januar 1926. Vgl. Noakes: Conflict and Development, S. 22.

547 Heiden: Nationalsozialismus, S. 217. Nach dem Krieg notierte Pfeffer demgemäß: »Goebbels sollte die norddeutsche soziale Schule in Natura vorführen – schwenkte aber mitten in der Rede um. Sprach nationalsozialistisch, Hitler kopierend. Er hat unsere Linie verraten um sich persönlich in München anzubiedern.« Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern.

548 Tyrell: Führer befiehl, Dok. 53, S. 128, Kaufmann an Heinemann vom 24. Juni 1927.

549 So Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 228. Auch Noakes wertete Pfeffers Position innerhalb der AG als »einflussreich«. Noakes: Conflict and Development, S. 22.

550 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 11. September 1925. Vgl. auch Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 157.

An einer Beteiligung an einer dauerhaften und langatmigen konstruktiven programmatischen Diskussion, die über bloße Anstöße hinausging, hatte er wenig Interesse.[551]

Als viel bedeutsamer als den programmatischen Diskurs sah er die Möglichkeit, im Rahmen der AG eine Vereinheitlichung und damit eine Effizienzsteigerung von Organisation und Propaganda zu erreichen. Deshalb, nicht wegen der Chance auf eine programmatische Neuausrichtung, zeigte sich Pfeffer von den Ergebnissen der konstituierenden Tagung in Hamm »begeistert.«[552] Die »Briefe« nutzte Pfeffer, um seine organisatorischen Maximen unter den Überschriften »Kampforganisationen I und II«[553] noch weiter und systematischer zu verbreiten als bisher über den bilateralen Austausch zwischen den Gauen. Für wie wichtig Pfeffer die organisatorische Vereinheitlichung für das Vorankommen der Bewegung einschätzte, zeigen auch die Bemühungen um die Zusammenlegung der Gaue Westfalen und Rheinland-Nord zum Gau Ruhr ab Mitte 1925.[554] Trotz des Scheiterns einer programmatischen Erneuerung war die AG für ihn ein voller Erfolg.[555] So reagierte Pfeffer auf die Ergebnisse in Bamberg, die jede Programmdiskussion untersagten, keineswegs bedrückt. Im Gegenteil: Er empfand eine »gewisse Schadenfreude, weil Strasser gegen seinen Rat nach Bamberg gefahren war«.[556] Da Pfeffer bei Strasser vor dessen Fahrt nach Bamberg »kein[en] Schlachtplan und kein Ziel«[557] hatte erkennen können, hatte er zuvor unter dem Vorschieben von finanziellen Schwierigkeiten seine eigene Teilnahme abgesagt.[558] Dass mit dem Ende der AG schließlich mittelfristig auch seine weltanschaulichen Positionen gestärkt wurden, ahnte er allerdings wohl nicht.[559] Tatsächlich hatten sich für Pfeffer die wichtigsten Zwecke der AG erfüllt. Sie hatte dazu beigetragen, dass sich die personellen

551 Pfeffers grundsätzliche Stellung gegenüber dem programmatischen Diskurs zeigt sich auch noch 1929 in einer Äußerung gegenüber Otto Wagener. Nachdem dieser anmerkte, er wollte die Arbeitsausschüsse des Parteitags besuchen, entgegnete Pfeffer: »Sie versäumen nichts, wenn Sie die Arbeitsausschüsse auch versäumen.« Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 30. Vgl. auch ZZS Pfeffer II, Bl. 38.

552 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 11. September 1925.

553 Franz von Pfeffer: »Kampf-Organisationen (I): Nicht Vereins-Betrieb! – Nicht Wähler-Klubs!«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Januar 1926 und Franz von Pfeffer: »Kampf-Organisationen (II): Nicht Vereins-Betrieb! – Nicht Wähler-Klubs!«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Februar 1926.

554 Vgl. dazu Kapitel 5.5.

555 Vgl. BArch: NS 1/121, Bl. 200 ff., »Korrespondenzen«.

556 So Pfeffer gegenüber Schildt in: Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 164. Auch für Kaufmann war vor Bamberg klar: »Die Minen sind gelegt, und jetzt kommt es darauf an, ob wir als Pioniere in der Lage sind, durch Gegenminen diesem Angriff zu begegnen.« BArch: NS 1/338, Bl. 155, Kaufmann vom 8. Februar 1926.

557 Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern.

558 Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 157. Mühlberger urteilte nicht zu Unrecht: »In the period of the AG's collapse von Pfeffer simply kept his head down.« Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 228.

559 Vgl. Kapitel 6.2.

Netzwerke und damit auch die Organisationsstruktur der verschiedenen Gaue langsam anpassten und ein reger Austausch stattfand, der nicht zuletzt seine Person auch in München stark aufwertete. Im Zuge der Umstrukturierung der Parteileitung ab Sommer 1926 stieg er am 1. November zum Osaf auf und war damit Befehlshaber von etwa 8.000 SA-Männern. Von allen Führern aus den Reihen der AG, erlangte er damit den größten Statusgewinn.

Schließlich zeigt die Rolle Pfeffers auch idealtypisch die Dilemmata der AG auf. Die ideologische Heterogenität der Gauführer, die fehlende Zielbestimmung und die demokratische, nicht institutionalisierte Struktur der AG[560] mit deren Anforderungen von Kompromiss und Ausgleich sich die Antidemokraten sichtlich schwertaten. Strasser war weder willens noch fähig, der AG eine klare Führung zu geben.[561] Dafür verantwortlich war schließlich auch die unklare Stellung Hitlers. Zwar »begrüßt[e]« Hitler zunächst formal die Tätigkeit der AG,[562] dennoch musste klar sein, dass mit anhaltender Dauer der Kurs der AG von Hitler als Herausforderung betrachtet werden würde.[563] Hitler verhielt sich typisch. Zunächst brauchte er lange, um sich ein Bild zu machen, griff dann aber rigoros durch. In Bamberg demütigte er Strasser und verbot jede Programmdiskussion. Die widerstandslose Niederlage der AG zeigt, dass Hitler, trotz der (wahrscheinlich) auf der zweiten Hannoveraner Tagung aufkeimenden Diskussion, unangreifbar war. Am 1. Juli 1926 ließ Hitler schließlich verkünden: »Da die NSDAP eine große AG darstelle, so haben kleinere AGs als Zusammenschluss einzelner Gaue keine Berechtigung«.[564]

5.5 Überregionale Ambitionen II: Organisation – der »Großgau« Ruhr

Unabhängig von den Aktivitäten rund um die AG, kooperierten die Gaue Rheinland-Nord und Westfalen bereits ab dem Frühjahr 1925 intensiver. Trotz weltanschaulich unterschiedlicher Ansichten[565] verstanden sich Gauleiter Kaufmann und Gaugeschäftsführer Goebbels mit Pfeffer auf persönlicher Ebene gut und profitierten jeweils von den unterschiedlichen Fähigkeiten

560 Tatsächlich widersprach die Organisationsform vollständig dem gerade von Pfeffer proklamierten Führerprinzip. Stachura: Gregor Strasser, S. 48 f. Vgl. auch dazu die Programmdiskussion FN 5/441. Vgl. dazu auch die Probleme mit der Führungsstruktur des Gaues Ruhr Kapitel 5.5.

561 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 223. Behrend: Beziehungen, S. 131 f.

562 Tyrell: Führer befiehl, Dok. 47, S. 116 f.

563 HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 231, Feder an Kaufmann vom 22. Dezember 1926. Bestes Indiz hierfür ist der Verzicht vieler führender Köpfe der AG auf eine Anwesenheit in Bamberg.

564 Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 243. Am 1. Oktober wurde die AG von Strasser formal aufgelöst. Schüddekopf: Linke Leute, S. 201.

565 Vgl. Kapitel 5.4.

und Prioritäten des Nachbarn. Pfeffer ließ den Rheinländern regelmäßig seine Rundschreiben zur Gauorganisation zukommen.[566] Wie sehr diese im Rheinland willkommen waren, zeigt ein Brief Kaufmanns an Pfeffer vom September. Offenbar bezugnehmend auf einen früheren Besuch Pfeffers in Elberfeld und dessen Kritik an der Organisation der Gaugeschäftsstelle schrieb er: »Im Übrigen hoffe ich, Sie bald einmal wieder […] auf unserer, auf einer miserablen Organisation beruhenden, Geschäftsstelle in Elberfeld begrüßen zu können.«[567] Des Weiteren profitierte man im Norden des Rheinlands, der sich Mitte 1925 noch rigoroser als Westfalen gegen sämtliche Münchener Zentralisierungsversuche gestellt hatte,[568] von den überregionalen Kontakten Pfeffers.[569] Im Gegenzug ergänzten Goebbels, Kaufmann und später auch Goebbels' Erzfeind und Kaufmanns Intimus, Hellmuth Elbrechter, die Rednerliste des Gaues Westfalen und sorgten damit hier für Abhilfe auf dem Gebiet der Propaganda.[570] Auch erkannte Pfeffer das Potenzial des jungen ehrgeizigen Goebbels, das sich früh etwa in dessen Bestrebungen zur Etablierung einer eigenen Gauzeitung[571] oder in seiner Idee zur Einrichtung einer Partei-Rednerschule bemerkbar machte.[572] Goebbels erlangte durch seine intensive Rednertätigkeit in Westfalen schnell große Bekanntschaft.[573] Die Bindungen der beiden Gaue

566 HStaD: RW 23, Nr. 53.

567 Ebenda, Bl. 125. Kaufmann an Pfeffer vom 22. September 1925.

568 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 215 f.

569 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 9. Februar 1925 und vom 8. Juli 1925.

570 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 33 vom 14. Mai 1925. Vgl. StaM: Nr. 1442, Polizeibericht vom 10. Oktober 1925.

571 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 85. Pfeffer an Gau Rheinland-Nord vom 30. Oktober 1925. Goebbels war bereits Redakteur der auflagenschwachen Gauzeitschrift »Völkische Freiheit«. Die Unternehmung einer eigenen Gauzeitung war in Westfalen bereits mehrfach zuvor gescheitert. FN 5/168. Mitte Dezember schlug Goebbels Pfeffer für Westfalen die Gründung eines »Nationalsozialistischen Freiheitsbundes« vor, den man in Rheinland-Nord erfolgreich etabliert hatte. Ebenda, Bl. 55, Goebbels an Pfeffer vom 16. Dezember 1925. Der ›Freiheitsbund‹, auch »Opferring Freiheitsbund« genannt, bat vor allem wohlhabendere Mitglieder gesondert zur Kasse, die im Gegenzug dafür mit kleineren Privilegien ausgestattet wurden. Der Bund brachte nach Goebbels rund 800 Mark pro Monat zuzüglich Mitgliedsbeiträge ein und entspannte die Finanzsituation des Gaues Rheinland-Nord offenbar so erfolgreich, dass Goebbels diesen später auch in Berlin einführte. Peter Gathmann et al.: Narziss Goebbels. Eine psychohistorische Biografie, Wien 2009, S. 98 f.

572 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 43 vom 28. Oktober 1925.

573 BArch: NS 1/121, Bl. 1 ff. Goebbels trat in den Jahren 1925 und 1926 in nahezu jeder Ortsgruppe als Redner auf. Bereits Ende 1925 war Goebbels derart überbucht, dass er vorerst keine weiteren Termine annehmen konnte. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 46 vom 11. Dezember 1925. Vgl. auch Beck: Kampf und Sieg, S. 192 ff. Hiemisch beschreibt sehr anschaulich, wie sich dessen rednerische Fähigkeiten schnell verbesserten. So war Goebbels erster Auftritt als Redner »derart langweilig«, dass man zunächst meinte, »den Dr. Goebbels wollen wir nicht haben«. Hiemisch: Kampf um Bielefeld, S. 35 f.

waren im Spätsommer bereits so intensiv,[574] dass Strasser nicht zufällig Westfalen und Rheinland-Nord als den Nukleus der AG auserkor.

Mit dem Vorschlag einer Fusion beider Gaue trat Pfeffer erstmals Mitte September an Kaufmann und Goebbels heran.[575] Goebbels' erste Befürchtung, dass er den Gau »schlucken« wolle, konnte er schnell zerstreuen.[576] Auch Kaufmann stand Pfeffers Argumenten von den Vorteilen einer Aufgabenteilung und vereinheitlichten Organisation aufgeschlossen gegenüber.[577] In mehreren Besprechungen, zumeist in Elberfeld, wurden fortan die Details der Zusammenlegung besprochen. Die Verhandlungen verliefen weitgehend reibungslos. Bereits am 29. Dezember notierte Goebbels in sein Tagebuch »Alles perfekt. Großgau wird gemacht« und am 16. Januar »Einigung vollzogen«.[578] Am 7. März 1926 wurde die Fusion der beiden Gaue »Rheinland«[579] und Westfalen auf einem gemeinsamen Parteitag in Anwesenheit von etwa 2.000 Parteimitgliedern vollzogen.[580] Die Führung der in Elberfeld ansässigen Gauleitung übernahm fortan das Triumvirat, Pfeffer, Kaufmann und Goebbels.[581]

Die gütliche Einigung binnen weniger Monate in einer solchen Status- und Machtfrage stellte, in der an Egoismen, Machtstreben, Intrigen und Eitelkeiten überbordenden NSDAP, zweifelsohne eine Besonderheit dar.[582] Mit seiner Autorität und seinem einnehmenden Wesen[583] bestimmte Pfeffer als der Ältere und reichsweit Etabliertere die Verhandlungen maßgeblich. Und obwohl er den mitgliederschwächeren Gau einbrachte,[584] setzte er sich bei den Verhandlungen weitgehend durch.[585] So installierte er eine klare Hierarchie

574 Auch bei den Vorbereitungen zu dem im Oktober geplanten Hitlerbesuch kooperierten beide Gaue intensiv. HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 111, Kaufmann an Pfeffer vom 9. Oktober 1925; Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 14. Oktober 1925.

575 Ebenda, Eintrag vom 16. September 1925, HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 126, Kaufmann an Pfeffer vom 22. September 1925.

576 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 16. September 1925.

577 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 57, Goebbels an Pfeffer vom 16. Dezember 1925.

578 Goebbels: Tagebücher, Einträge vom 29. Dezember 1925 und vom 16. Januar 1926.

579 Von dem eigentlichen Namen »Gau Rheinland-Nord« ist im Programm keine Rede. StaM: Nr. 189, Programm zum Parteitag vom 6. und 7. März 1926.

580 HStaD: Nr. 16738, Bl. 129, Polizeibericht vom 12. März 1926. Irving nennt die Zahl von 4.000 anwesenden Mitgliedern. Da dies jedoch die Mitgliederzahlen der beiden Gaue zusammen weit überstieg, ist diese vermutlich aus der zeitgenössischen Presse entnommene Zahlenangabe wohl deutlich übertrieben. David Irving: Goebbels. Macht und Magie, Kiel 1997, S. 52.

581 Vgl. dazu Joseph Goebbels: »Essen, eine Etappe«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 1. März 1926.

582 Vgl. zu dem sonst üblichen Misstrauen unter den Gauleitern: Kissenkoetter: Gregor Straßer, S. 28.

583 Vgl. dazu Goebbels: Tagebücher, Einträge vom 1. Juni 1927 vom 14. Oktober 1927, vom 6. November 1927 und vom 28. Mai 1928.

584 Vgl. FN 5/598.

585 So machte sich Pfeffer auch Informationsvorteile seiner überregionalen Vernetzung zunutze. Vgl. FN 5/569.

unter den Gauleitern. Pfeffer war »geschäftsführender Gauleiter«, Kaufmann sein Vertreter und Goebbels wiederum dessen Vertreter.[586] Zu den Aufgaben Pfeffers heißt es:

> »Der geschäftsführende Gauleiter ist nach innen u. außen verantwortlich für die richtige und einheitliche Arbeitsform der Gauleitung. Dem gesch. Gauleiter werden alle schriftlichen oder mündlichen Eingänge vorgelegt. Er verteilt sie auf die nachzustehenden Abteilungen zur Bearbeitung. Alle mündlichen Ausgänge werden vorher mit ihm besprochen, alle schriftlichen Ausgänge werden von ihm unterzeichnet.«[587]

Deutlicher wurde man noch unmittelbar nach der Vereinigung. Hier verlautbarte man in einem der nach Pfeffers Praxis fortgeführten Gaurundschreiben: »Die Gauleitung besteht aus den bisherigen Gauleitern: v. Pfeffer, Kaufmann und Dr. Goebbels. Nach dem Wesen unseres organisatorischen Aufbaus kann die Diktatur nur von einem Einzigen ausgeübt werden. Dies geschieht gegebenenfalls durch v. Pfeffer.«[588]

Als Gegenleistung war er bereit, alle weiteren wichtigen Funktionen mit Mitgliedern des ehemaligen Gaus Rheinland-Nord zu besetzen. Auch das von Goebbels vorgeschlagene Elberfeld akzeptierte Pfeffer als Gausitz.[589] Offenbar überwogen für alle Beteiligten die Vorteile. Der häufig kränkelnde Kaufmann erhoffte sich durch die Fusion eine Entlastung im Arbeitsaufwand, ohne dabei zugleich in der Parteihierarchie an Terrain einzubüßen. Goebbels stieg in die Gauleitung auf und konnte die ihm »zum Halse raus«[590] hängende Organisationsarbeit an Pfeffer abgeben. Lutze weitete seinen Einfluss auf die gesamte SA im »Großgau« aus. Hinzu kam, dass der an der Tagespolitik ohnehin wenig interessierte Pfeffer seinen Mitstreitern weite Handlungsspielräume ließ.[591] So verzichtete Pfeffer, entgegen der Empfehlung Goebbels', auch darauf,

586 StaM: Nr. 189, Organisationsplan Gau Ruhr vom 1. April 1924. So wurde aufgrund dieser Hierarchie auch die Reihenfolge bei der Namensnennung der Gauleiter festgelegt. Vgl. u. a. HStaD: Nr. 16738, Bl. 156 ff.

587 StaM: Nr. 189, Organisationsplan Gau Ruhr vom 1. April 1924.

588 Ebenda, Rundschreiben Nr. 52(?) vom 23. März 1926.

589 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 57, Goebbels an Pfeffer vom 16. Dezember 1925.

590 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 20. Januar 1926.

591 Vgl. dazu FN 5/624. Zumal man sich auch weniger an einer formalen Hierarchie als an einer klar abgegrenzten Aufgabenteilung orientierten sollte. Kaufmann leugnete später gegenüber Schildt gar jede Hierarchie. Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 170. Kaufmann oblagen nach den Organisationsrichtlinien in Abteilung II »Sonderfragen rheinischer Bezirke, Untersuchungen[,] Beschwerden[,] Ausschluss von Mitgliedern[,] Gautagungen[,] Rundschreiben[,] Mitgliedsbüchern[,] Freiheitsbund, Fürsorge« sowie – Abteilung IVb – die Jugendorganisation. Goebbels war in Abteilung III für »Propaganda«, »Presse« und »Parlament« zuständig. Viktor Lutze, bislang Chef der Führer in Rheinland-Nord, übernahm nun die Leitung der SA-Ruhr – Abteilung IVb. Die Verwaltung der Parteifinanzen blieb in Elberfeld unter der Verwaltung der Rheinländer. StaM: Nr. 189, Organisationsplan Gau Ruhr vom 1. April 1924.

seinen Wohnsitz nach Elberfeld zu verlegen, was zur Folge hatte, dass Pfeffer keineswegs regelmäßig in der Geschäftsstelle in Elberfeld anwesend war.[592] Seinem Selbstverständnis nach, das sich auch in den »Organisationsrichtlinien« wiederfindet, widmete sich Pfeffer als eigentlicher Führer des Gaues der Organisation sowie den überregionalen Kontakten. Aus dem ihn ermüdenden tagespolitischen Alltagsgeschäft vor Ort zog er sich hingegen weitgehend zurück.[593] Auch seine öffentlichen Auftritte wurden seltener.[594]

Bemerkenswert ist, dass die Machtverhältnisse in Westfalen inzwischen derart eindeutig für Pfeffer sprachen, dass er im eigenen Gau im Zuge des Zusammenschlusses keinerlei Zugeständnisse machen musste.[595] Die Querelen um Gärtner und Böger waren überwunden und die Bezirksleiter standen fest hinter ihm. Pfeffer war sich bewusst, dass eine solche Konstellation angesichts der fragilen Kräfteverhältnisse innerhalb der jungen NSDAP keineswegs selbstverständlich war. So schrieb er in seinem am Tag der Fusion herausgegebenen letzten Rundschreiben an den Gau Westfalen: »In der Tat können wir auf unsere bisherige Arbeit stolz sein, selbst wenn sie in nichts anderem bestanden hätte, als in unerschüttertem Zusammenhalten.«[596] Das Abschiedsschreiben

592 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 1. April 1926. Auch der Umzug in eine größere Geschäftsstelle änderte daran nichts. HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 172 ff. Im April war das Gut seiner Schwiegermutter, der etwa 60 Kilometer von Elberfeld entfernte Bakenhof bei Krefeld-Linn, Pfeffers offizielle postalische Anschrift. BArch: NS 1/121, Bl. 51.

593 Goebbels war sich dieser Einstellung Pfeffers bald bewusst. Weit mehr als 70 Prozent der überlieferten Schriftstücke der Gauleitung Ruhr aus dem ersten Halbjahr 1926 stammen aus seiner Feder. Bereits am 30. September notierte er in sein Tagebuch: »Pfeffer muss mehr arbeiten.« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 30. September 1925. Interessanterweise lässt Pfeffer diese Passage Jahre später in seinen Notizen zu den Goebbelstagebüchern unkommentiert.

594 HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 41.

595 Selbst gegenüber Josef Wagner, dessen Gau Bochum mit knapp über 1.000 Mitgliedern rund zwei Drittel der Mitglieder ganz Westfalens hatte (vgl. FN 5/598), musste Pfeffer anscheinend keine Zugeständnisse machen. BArch: NS 1/342, Wagner an Gauleitung vom März 1926.

596 Weiter heißt es: »Vom ersten Tage an wussten wir, wie sehr in unserem schweren Kampfe ein Grundsatz Voraussetzung sein muss: Einigkeit ist Kraft. Bei uns haben wir danach gehandelt. Von vornherein haben wir der Einigkeit das stärkste Fundament des gegenseitigen Vertrauens geben können. So steht Westfalen von jeher als fester ruhiger Block da. Opposition, Partei, Klüngel und ähnliche Gruppierungen sind in unseren Reihen unbekannte Dinge. […] So können wir heute, innerlich gefestigt, den Ring unserer Geschlossenheit erweitern und ihn – den politischen Notwendigkeiten Rechnung tragend – auf unsere Nachbarn in den Bergischen Landen und am Niederrhein ausdehnen, auf Nachbarn, die uns durchaus stammverwandt und völlig gesinnungsgleich sind, und mit deren Gauleitung wir schon immer besonders eng zusammengearbeitet haben. […] Wir sind auf dem richtigen Wege. Weiter. Heil. Der Gauleiter v. Pfeffer.« StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 50 vom 7. März 1926. Vgl. hierzu auch: Joseph Goebbels: »Essen, eine Etappe«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 1. März 1926.

veranschaulicht zugleich, das, trotz der Niederlage von Bamberg, uneingeschränkte Selbst- und Sendungsbewusstsein der westdeutschen Nationalsozialisten.[597] Während man die Parteileitung in München nach wie vor in einer Krise wähnte, stiegen Mitgliederzahl und Organisationsgrad in den eigenen Gauen stetig an. So steigerte man die Zahl der Mitglieder auf dem Gebiet des späteren Gaus Ruhr von 1.429 im Mai 1925 auf 3.740 kurz nach seiner Konstituierung rund ein Jahr später.[598] Maßgeblich dafür war das außerordentliche Potenzial des neuen Gaus. Dieser reichte von der mittleren Weser bis zum Niederrhein und umfasste nahezu das gesamte Ruhrgebiet. Insgesamt lebten über sieben Millionen Menschen auf diesem Gebiet – mehr als zehn Prozent der Gesamtbevölkerung des Reichs. Hinzu kam der hohe Anteil der Arbeiter, bei denen man erhoffte, besondere Affinität zur Bewegung wecken zu können.[599] Neben der Idee der Nutzung von Synergieeffekten war demnach auch das Machtargument eine entscheidende Triebfeder der Fusion. Bereits bei den Verhandlungen hatte vor allem Pfeffer auf die Auswirkungen auf die innerparteiliche Machtverteilung hingewiesen.[600] Nach einigen Gesprächen adaptierte Goebbels seine Argumentation, als er in sein Tagebuch notierte: »Dann haben wir einen Machtfaktor, der etwas bedeutet.«[601] Selbst in den Berichten der Behörden übernahm man die Formulierung des »machtvolle[n] u[nd] wirksamen Zusammenschluss zum Großgau Ruhr«.[602] Wie die AG sollte auch der Gau Ruhr ein Gegengewicht zu Hitlers Münchener Umfeld darstellen.

Angesichts dessen war es kaum verwunderlich, dass man die Parteileitung über die Einigungsbemühungen nur zögerlich im Bilde hielt.[603] Erst am 5. März informierte Strasser Bouhler offiziell über die geplante Fusion. Auf dem Vereinigungsparteitag am 6. und 7. März waren schließlich nur Feder und Frick aus der engeren Münchener Führung anwesend.[604] Schon aufgrund

597 »Kein Mensch glaubt mehr an München. Elberfeld soll das Mekka des deutschen Sozialismus werden.« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 11 Februar 1926.

598 Vgl. BArch: NS 1/342, Bl. 99, Mitgliederstand vom 31. Mai 1926 und FN 5/364. Davon kamen allerdings nur 1.447 aus den Gebieten des ehemaligen Gaus Westfalen. Zu den Zahlen der einzelnen Bezirke vgl. Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 229 f.

599 Vgl. Orlow: Nazi Party, Bd. 1, S. 77 ff. Für München ebenso bedeutsam waren die finanzstarken Ruhrindustriellen als Sponsoren für die Partei. Vgl. zu Hitlers ersten Bemühungen: Henry Turner: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 106 ff.

600 Gegenüber dem Gau Westfalen schrieb er dementsprechend in seinem letzten Rundschreiben: »in größerem Rahmen, mit verdoppelter Kraft werden wir nun den Kampf weiterführen.« StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 50 vom 7. März 1926.

601 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 16. Dezember 1925.

602 HStaD: Nr. 16738, Bl. 171. Vgl. dazu auch die von den Nationalsozialisten zusammengefassten Presseberichte zur Gautagung in IfZ: MA 735, Rolle 1, »Die große Gautagung an Rhein-Ruhr am 6.und 7. März in Essen«.

603 BArch: PK – Von Pfeffer, Bl. 736.

604 Vgl. StaM: Nr. 189, Programm zum Parteitag vom 6. und 7. März. Abgesehen von München entsprach die Anwesenheitsliste durchaus der Bedeutung des Ereignisses.

dieser Gründungsgeschichte des »Großgaus« wurde das Misstrauen zwischen Elberfeld und München zur dauerhaften Konstanten der gegenseitigen Beziehungen.[605] Hitlers Führungsanspruch stellte jedoch auch der »Großgau Ruhr« nicht infrage.

Hitler, der durch Feder über die Vorgänge informiert war,[606] sah, obwohl ihm der Aufbau eines möglichen Machtzentrums der Partei missfallen musste, zunächst von einem Eingreifen ab. Nach seinem Sieg in Bamberg zeigte er sich zurückhaltend. Erst am 9. April, als er Goebbels, Pfeffer und Kaufmann nach München einlud, gab er formal sein Einverständnis zur Fusion,[607] wobei er bei derselben Gelegenheit die Gauleiter wegen ihrer Tätigkeit in der AG scharf kritisierte.[608] Als diese dies ohne Widerspruch hinnahmen, war klar, dass auch der »Großgau Ruhr«, trotz seiner Größe und seines Potenzials, sich künftig kaum von anderen Gauen unterscheiden würde. Pfeffers wenig selbstbewusste Strategie, die er zusammen mit Kaufmann für die Generalmitgliederversammlung am 22. Mai erarbeitete, unterstreicht diesen Befund nochmals. So plante er hier: »Wenn Hitler seinen Vertreter oder den 2. Vorsitzenden diktatorisch ohne zu fragen ernennt, stillschweigend hinnehmen. Wenn er aber fragt oder wählen lässt, dann alle anderen als Strasser unter allen Umständen ablehnen; selbst Strasser vorschlagen; auf 5000 Stimmen pochen; Vertagung bis Weimar beantragen.«[609]

Am 22. Mai erwähnte Hitler das Thema eines Stellvertreters nicht, Pfeffer und der Gau Ruhr rührten sich nicht.[610] Strasser konnte vorerst nicht reüssieren. München blieb das unangefochtene Zentrum der Partei.

Von diesen Entwicklungen unabhängig, ging Pfeffer unmittelbar nach der Fusion daran, dem neuen Gau seine Organisationsvorstellungen aufzuerlegen.

So waren anwesend: G. Strasser; Dietrich, MdR; Haake, MdR; Rudolf Jung (Sudetenland) sowie die Gauleiter Vahlen (Pommern), Lohse (Schleswig-Holstein), Klant (Groß-Hamburg), Schlange (Groß-Berlin), Hildebrandt (Mecklenburg), Telschow (Lündeburg-Stade), Haase (Hannover-Süd), Brückner (Schlesien) und Ley (Rheinland-Süd). Gegenüber München stapelte man hier offenbar tief. So schrieb Goebbels zu Jahresbeginn 1926 an Frick, dass man bei dem Vereinigungsparteitag mit 600-800 »zuverlässigen Parteigenossen« rechne. BArch: NS 1/341, Bl. 33, Goebbels an Frick vom 14. Januar 1926. Tatsächlich waren wohl über 1.000 Mitglieder anwesend.

605 Ein Gefühl, das dadurch noch verschärft wurde, dass Hitler auf dem Reichsparteitag vom 3. und 4. Juli 1926 in Weimar ausgerechnet dem neuen »Kraftzentrum« an der Ruhr keine SA-Standarte verlieh. Böhnke: NSDAP im Ruhrgebiet, S. 125. BArch: OPG – Kaufmann. Josef Wagner an UschlA vom 5. Juni 1927.

606 Zit. nach Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 169 und Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 242.

607 IfZ: MA 745, Ernennungsschreiben Hitlers vom 9. April 1926.

608 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 13. April 1926.

609 BArch: NS 1/342 Bl. 297, »Richtlinien für die General-Mitglieder Versammlung« vom 22. Mai 1926.

610 Vgl. Tyrell: Führer befiehl, Dok. Nr. 55, S. 130 ff., Hitlers Rechenschaftsbericht vor der Generalmitgliederversammlung vom 23. Mai 1926.

Erneut etablierte er das inzwischen bewährte Dreiteilungsprinzip mit einer strikt vertikalen Kommandostruktur. Dass man im Rheinland bereits 1925 auf Anraten Pfeffers den Gau in sechs Bezirke eingeteilt hatte, erleichterte die zügig voranschreitende Vereinheitlichung der Strukturen.[611] Dennoch können diese Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch nach der Fusion die Arbeitsverhältnisse im Gau noch immer zumeist provisorisch waren.[612]

Schon vor der Fusion hatte sich gezeigt, dass Pfeffers Sendungsbewusstsein auf organisatorischer Ebene auch über die Grenzen des Gaues Ruhr hinausging.[613] Bereits im Frühjahr 1926 hatte Pfeffer zwei längere Artikel für die »Briefe« unter dem Namen »Kampf-Organisationen – Nicht Vereins-Betrieb! – Nicht Wähler-Klubs« verfasst.[614] Dass deren Inhalte sowohl anderen in den »Briefen« veröffentlichten Organisationsrichtlinien[615] wie auch den zentralen »Richtlinien für Gaue und Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei« in großen Teilen widersprachen, war Pfeffer bewusst,[616] kümmerte ihn aber keineswegs.[617] Nicht minder provozierend war denn auch gleich der erste Artikel, den er während des Zenits der AG verfasst hatte. Unvermittelt kritisierte er hier die demokratischen Verfahrensregeln der AG. So schrieb er: »Wir können auch nicht die Diktatur im Großen ausüben, wenn wir nicht einmal in unserem kleinen Kreise eine lebensfähige Praxis dafür finden können. Wir dürfen auch nicht anderen die Diktatur predigen, selber aber ein Gruseln davor zeigen. Also herrsche in unserer Organisation die Diktatur! Fort mit dem bequemen, aber giftigen Parlamentarismus!«[618]

611 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 57, Goebbels an Pfeffer vom 16. Dezember 1925.

612 So war etwa auf dem Gautag in Weimar nur Pfeffer aus dem Gau Ruhr anwesend. Aufgrund des geringen Interesses konnte kein Sonderzug arrangiert werden. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 54 vom 17. Mai 1926.

613 Vgl. Kapitel 5.3.4.

614 Offenbar im Zusammenhang mit der zeitgleich stattfindenden Sozialismusdebatte hielt Goebbels den zweiten Artikel Pfeffers zurück, sodass dieser nicht wie vorgesehen im »Brief« vom 1. Februar erschien. Pfeffer wies draufhin seinen Gaugeschäftsführer schriftlich an: »Für Dr. G: Beschimpfung wegen Weglassens w Fortsetzung II meines Artikels über Kampforganisation! Unbedingt für nächsten Brief sicherstellen.« BArch: NS 1/342, Entwurf Pfeffers, »erledigt am 3. Februar 1926«.

615 »Wie organisiert man eine Ortsgruppe der N.S.D.A.P.«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Oktober 1925 und 1. Dezember 1925.

616 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 62, Notiz Pfeffers an Goebbels vom 14. Dezember 1925(?).

617 Tyrell: Führer befiehl, Dok. Nr. 83a, S. 230 ff. Hiernach sollte der Erste Vorsitzende der Ortsgruppe gewählt werden. Pfeffer forderte dagegen ein noch radikaleres diktatorisches Prinzip bis hinunter in die Ortsgruppen.

618 Franz von Pfeffer: »Kampf-Organisationen (I): Nicht Vereins-Betrieb! – Nicht Wähler-Klubs!«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Januar 1926. Weiter heißt es hier: »Der von oben ernannte Gauleiter ernennt die Bezirksleiter und die Ortsgruppenleiter. Der Ortsgruppenleiter ernennt die verschiedenen Funktionäre; sie alle werden nicht von den Stimmenmehrheiten irgendwelcher Versammlungen gewählt. Das ist radikale Diktatur in Organisationsfragen. […] Die damit verbundenen, für die meisten öden Berichte sowie alle Vertrauens- oder Misstrauens-

Sein zweiter Beitrag erschien einen Monat später und war die Essenz dessen, was er seit 1925 in seinen Gaurundschreiben erarbeitet hatte. Zum Teil im gleichen Wortlaut plädierte er für eine Organisation im Hintergrund, die Einrichtung von Obmännern, forderte höheres Eigenengagement der Mitglieder und beschrieb ebenso die Grundlinien zur Propaganda und den idealen Ablauf von Veranstaltungen.[619] Auch der unzweifelhaft von seinen Freikorpserfahrungen basierende Argwohn gegenüber den Einrichtungen der Republik ist hier wiederzufinden.[620] Gleichzeitig weist einer der Punkte bereits darauf hin, warum Pfeffer im Gau langsam ins Abseits geriet. So schreibt er zur Rolle der Führer hier am Beispiel des Ortsgruppenleiters: »Mir scheint der beste Ortsgruppenleiter, der den Sprechabend ganz kurz eröffnet und schließt, aber sonst überhaupt nicht in Erscheinung tritt. Jedes weitere Wort scheint mir ein Beweis, dass die Organisation nicht vollendet arbeitet.«[621]

Insgesamt handelte es sich bei Pfeffers Beitrag wohl um eine der bis dato versiertesten Organisationsanleitungen für die junge NSDAP. Besonders die Hilfestellungen für die zumeist organisatorisch kaum geschulten und überforderten Funktionäre in Fragen der notwendigen systematischen Durchdringung des Gaues etablierten seinen überregionalen Ruf als außerordentlicher Organisator. Gleichzeitig traf er, wie schon bei seinen rassistischen Ausführungen in »Zucht«, mit seiner kompromisslosen diktatorischen Einstellung erneut den schmalen ideologischen Konsens unter den Gauleitern. Als schließlich die viel beachtete Fusion des eigentlich übergroßen Gaus Ruhr ebenfalls ohne größere organisatorische Probleme vonstattenging, war Pfeffers Ruf als Organisator im Norden und Westen vollends etabliert. Hinzu kam sein militärisches Auftreten, das seinen Nimbus als Experte auf diesem Gebiet weiter bestärkte. Weiterhin verschickte er auch seine Rundschreiben, die inzwischen in immer weiteren Kreisen zirkulierten.[622] Ein Schriftwechsel mit dem Berliner Gauleiter Ernst Schlange gibt dabei sowohl Einblick in Pfeffers Führungsprinzipien als auch einen deutlichen Hinweis auf seine diesbezügliche Reputation. Schlange,

voten und Debatten, können und müssen aus unseren Ortsgruppenversammlungen verschwinden; das Plenum ist für all das nicht zuständig […] Nur wer den Leiter ernannt und eingesetzt hat, kann ihn natürlich wieder absetzen. […] Man ist die berühmte Vereinsstänkerei endgültig los.«

619 Franz von Pfeffer: »Kampf-Organisationen (II): Nicht Vereins-Betrieb! – Nicht Wähler-Klubs!«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Februar 1926.

620 So schrieb er: »… fremde oder gar gegnerische Einrichtungen mitbenutzen zu wollen, ist ein offenbarer Rechenfehler, der sich in Zeiten der Krisen und Entscheidungen rächen wird. Solange wir zum Beispiel unseren Mitgliedern Benachrichtigungen überhaupt nur durch die Postämter oder Postboten zustellen können, aber sie zu dem Zwecke öffentlich durch die Presse zusammenrufen oder sie gar noch durch Radau und Reklametricks herbeilocken müssen, solange sind wir ein den Gegnern durchsichtiger schwerfälliger Apparat, – soweit uns dieses Wort nicht schon zu viel Ehre antut.« Ebenda.

621 Ebenda.

622 BArch: NS 1/342, Bl. 168, Gau Berlin an Pfeffer vom 26. März 1926.

in Berlin überfordert, war von Pfeffers Kompetenzen vollends überzeugt.[623] Pfeffer antwortete ihm auf die Frage nach seinen Organisationsgrundsätzen wie folgt:

> »Ich persönlich habe zwei oberste Organisationsgrundsätze: 1. Schaffung von Unterführern(!) um jeden Preis. Nicht sogenannte Briefträger zum Weitervermitteln oder reisende Kontrolleure, sondern selbstständig arbeitende, aktive, produzierende, mit eigenem Willen und Gedanken. Um das zu erzielen halte ich die Übertragung eines geschlossenen Aufgabenkomplexes für nötig, mitsamt Verantwortung und weitgehendsten Rechten, welch letztere abzutreten dem Anfänger sauer fällt. Stärkung der Stellung dieser Unterführer ihren Leuten gegenüber, Unterführer stützen auch wenn sie mal nicht so ganz Recht haben, sie niemals bloßstellen. Ruhm, Ansehen, Verdienst der Gauleitung auf die Unterführer abwälzen (den Leuten gegenüber). Wenn zu wählen zwischen bequemen braven Unterführern, die aber dumm und unselbstständig sind, – oder zwischen ehrgeizigen, lästigen querköpfigen, die aber schaffen (und sei es auch mit dem Hintergedanken, sich dadurch eine persönliche Machtposition zu schaffen) – so ohne jedes Zaudern die letztere Sorte wählen. Das setzt aber voraus, dass der Oberführer großzügig und den Unterführern überlegen ist, oder sich dafür hält und dementsprechend auftritt. […] 2. Krasseste Diktatur. Siehe meine NS-Briefe. Abwälzung der Diktatur auf meine Unterführer, auf denen die Praxis (mit den Vor- und Nachteilen) hängen bleibt. Oberführer nur sehr selten eingreifen; mehr letzte Beschwerde-Instanz, gleichzeitig stummes Damoklesschwert über den Häuptern der Unterführer.«[624]

Pfeffer zeichnete hier bereits 1926 grundlegende Merkmale der späteren Führerpartei vor. So setzte er auf eine sich entwickelnde Eigendynamik in der Bewegung und skizzierte die Grundsätze des Führungsstils Hitlers. Unverkennbar sind ebenso das freikorpstypische Element der Erziehung und Schulung von Untergebenen sowie die Bezüge zur militärischen Auftragstaktik. Pfeffer war sich trotz des kompromisslosen Eintretens für die Diktatur bewusst, dass nur in Kooperation mit den Bezirksleitern die effiziente Verwaltung des Gaues handhabbar war.[625] Entgegen der sonstigen Praxis der NSDAP forderte und förderte Pfeffer die Eigenständigkeit der ihm unterstellten Funktionäre.[626]

623 Schlange trat nach ideologischen Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei bereits im Juni 1926 als Gauleiter Berlins zurück. Martin Schuster: Die SA in der nationalsozialistischen »Machtergreifung« in Berlin und Brandenburg 1926-1934, Berlin 2005, S. 37 ff. Vom 18. Oktober 1932 bis zum 16. März 1933 war er kurzzeitig Gauleiter im Gau Brandenburg. Er war bereits auf dem Essener Vereinigungsparteitag anwesend und stand seitdem in regem Kontakt zu Pfeffer.

624 BArch: NS 1/342, Bl. 169, Pfeffer an Schlange vom 15. Mai 1926.

625 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 239 ff.

626 Vgl. BArch: NS 1/342, Wagner an Pfeffer vom 28. April 1926.

Parallel zu diesen Anstrengungen blieb Pfeffer auch auf Reichsebene aktiv. So plante er, über die Generalmitgliederversammlung Einfluss auf die organisatorische Entwicklung der Gesamtpartei zu nehmen.[627] Angesichts schwieriger Konstellation konnte sich Pfeffer mit seinen Vorschlägen hier jedoch nur bedingt durchsetzen.[628]

Insgesamt lässt sich feststellen: War der populäre Strasser nach der Neugründung der Parteiorganisator auf der Makroebene,[629] entwickelte sich Pfeffer im zweiten Halbjahr 1925 und im ersten Halbjahr 1926, zumindest in den Gauen nördlich des Mains, zu dem wohl meistangesehenen Organisator auf Gauebene. Dies blieb auch Hitler in München nicht verborgen.[630]

Trotzdem, alle diese persönlichen Erfolge und gestiegene Reputation Pfeffers können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der bisweilen exzentrische ehemalige Freikorpsführer bereits als Gauleiter aufgrund seines offen zur Schau gestellten Selbstbewusstseins zu einer der streitbarsten Persönlichkeiten der NSDAP avancierte. Bereits die wenigen Monate der kollegialen Gauleitung waren geprägt von Konflikten, sowohl intern[631] als auch erneut in Bezug auf die Parteileitung in München. Bereits unmittelbar nach der Zusammenlegung kam es zu einer internen Auseinandersetzung mit dem bisherigen Leiter des westfälischen Bezirks Hellweg, Ernst Hurlbrink.[632] Als Hurlbrink den Konflikt zu verlieren drohte, wandte er sich an München. In seinem Schreiben berichtete er über schwere und persönlich diffamierende Anschuldigungen, die Pfeffer am Rande des Vereinigungsparteitags in Essen gegenüber Esser erhoben haben soll. Gleichzeitig galt Hurlbrinks Angriff der Führungsform des Triumvirats. So schrieb er: »Vor der Zusammenlegung der Gaue waren wir in Westfalen einig und fest. Einer war der Führer, einer befahl. Nun haben wir drei Führer, haben drei Steuerleute, und niemand von uns weiß, wohin die Fahrt geht.«[633]

Pfeffer persönlich war, ebenso wie die Gauführung insgesamt, blamiert. Ein Bezirksleiter, ausgerechnet aus dem neuen »Machtzentrum«, überging jede

627 So plante er, sich einer Erhöhung der Mitgliedsbeiträge entgegenzustellen, sowie für eine Abschaffung der einmaligen Aufnahmegebühr – »Eintrittsstrafe« – zu plädieren. Zudem hatte er vor, sich für eine Satzungsänderung einzusetzen, die jeder »Partei-Instanz« das Recht zum Parteiausschluss einzelner Mitglieder zugestehen sollte. Ebenda Bl. 297, »Richtlinien für die General-Mitglieder Versammlung« vom 22. Mai 1926.

628 IfZ: MA 734, Rolle 1, Protokoll der Generalmitgliederversammlung vom 22. Mai 1926, Anhang.

629 Kissenkoetter: Gregor Straßer, S. 21 f. Alleine 1925 hielt Strasser 91 öffentliche Veranstaltungen ab. Ebenda, S. 28.

630 Vgl. Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 204.

631 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 2. Juni 1926.

632 Vgl. dazu Kapitel 7.2.

633 BArch: OPG – Hurlbrink, Hurlbrink an USchlA vom 30. Mai 1926. Vgl. dazu auch Strassers publizistische Rechtfertigungsversuche in: Gregor Strasser: »Zum 6. und 7. März«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 1. März.

Hierarchie, kritisierte den Gau direkt bei Hitler und gab dazu noch belastende Interna preis. Obwohl Hurlbrink schnell in die Schranken gewiesen werden konnte, trug die Reputation Pfeffers und des Gaues zweifellos einen Schaden davon.

Das latente Misstrauen zwischen München und dem Gau Ruhr zeigt zudem die wenige Wochen später folgende Auseinandersetzung mit Feder exemplarisch auf.[634] Die Auseinandersetzung ist als typischer Konflikt zwischen alten und neuen Nationalsozialisten, zwischen dem Münchener und dem nordwestlichen (Strasser-)Flügel der NSDAP, im Kampf um die Gunst Hitlers zu bewerten. Besonders Goebbels, der zunächst die Niederlage in Bamberg nur schwerlich verkraftet hatte,[635] sah in Feder einen der Hauptintriganten um Hitler. Hinzu kamen die weltanschaulichen Differenzen über die Auslegung des Sozialismusbegriffs.[636] Aus diesen Gründen räumte Goebbels Feder für dessen Auftritt auf dem Vereinigungsparteitag nur eine halbe Stunde Redezeit ein, was dieser als Affront auffasste.[637]

Auf der Gegenseite hatte man in Hitlers Münchener Umfeld Elberfeld als Nukleus der Opposition gegen die Parteileitung ausgemacht.[638] Als die Situation zu eskalieren drohte, schaltete sich Pfeffer als geschäftsführender Gauleiter in den Konflikt ein und gestand Feder die erwünschte Redezeit zu.[639] Als er jedoch erfuhr, dass Feder am Rande des Vereinigungsparteitags im Gespräch mit einem regionalen Funktionär die AG in Zusammenhang mit dem Wort »Verräterkonzern« genannt hatte, eskalierte die Situation.[640] Pfeffer schrieb mehrere geharnischte Briefe an Feder, die sogleich breit gestreut wurden. Neben den Anschuldigungen an Feder legte er hier zugleich sein Verständnis von Hierarchie und Organisation dar. So schrieb er:

634 Vgl. zu diesem Misstrauen ZZS Pfeffer I, Bl. 6.

635 Vgl. FN 5/424.

636 So kritisierte Feder dezidiert die von Goebbels verfasste Passage »welches Programm übrigens« in der Sozialismuskontroverse mit Pfeffer als »ungeheuerliche Disziplinlosigkeit«, die dem Gegner eine »gefährliche Waffe in die Hand drücke«. BArch: NS 1/338, Bl. 60, Feder an Goebbels vom 26. Februar 1926. Vgl. FN 5/511.

637 So schrieb er an Goebbels: »Dass sie mir schreiben lassen, wenn ich meinen Vortrag nicht auf eine halbe Stunde beschränken könnte, so müssten Sie davon Abstand nehmen, empfinde ich als eine geradezu ungeheuerliche Brüskierung von Herrn Hitler und mir, gerade nach der Bamberger Tagung, in der Herr Hitler in nicht missverstehender Weise die Wahrung aller programmatischen Fragen in meine Obhut gelegt hat.« Ebenda, Bl. 60, Feder an Goebbels vom 26. Februar 1926. Feder hingegen forderte mindestens eineinhalb Stunden, um das »berüchtigte Strasserprogramm« zu widerlegen. Ebenda, Bl. 60, Feder an Goebbels vom 26. Februar 1926.

638 HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 231, Feder an Kaufmann vom 22. Dezember 1926. Vgl. auch BArch: PK – Franz von Pfeffer, Bl. 742.

639 Im Programm ging man noch von einer halben Stunde Redezeit für Feder aus. Programm zum Parteitag vom 6. und 7. März. StaM: Nr. 189, Bl. o. Nr.

640 Tyrell: Führer befiehl, Dok. 52, S. 124ff., Feder an Hitler vom 2. Mai 1926.

»Der Dreiklang einer Kampfbewegung heißt Programmatik, Propaganda, Organisation. Fehlt eines dieser drei, so sind die beiden anderen wertlos und unhaltbar. Die Bewegung kann sich nur auf der Höhe halten, welche von dem niedrigsten dieser drei erreicht ist, was die beiden anderen darüber hinausschießen, ist wirkungslos verpufft und muss bald wieder in sich zusammensinken. […] Offenbar war in unserer Bewegung die Organisation seit jeher der schwächste Punkt. Der Organisation gilt demgemäß die liebevolle Sorge aller einsichtigen Führer der N.S.D.A.P. Die schlimmste Krankheit, vor der es unser Sorgenkind zu schützen gilt, sind die Spaltpilze. Wenn wir sie fernhalten können, verzichten wir gerne auf ein paar Propagandareden.«[641]

Die Episode schlug hohe Wellen. Gegenseitige Ehrverletzungsverfahren und Ansprüche, die den im Mai 1926 eingerichteten Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss der NSDAP (UschlA) noch bis Ende 1927 beschäftigen sollten, und die reichweit Furore machten, waren die Folge.[642] Die Entfremdung zwischen München und Elberfeld vertiefte sich weiter.[643]

Trotz seiner Position als geschäftsführender Gauleiter verlor Pfeffer in den folgenden Wochen innerhalb des Gaues mehr und mehr an Einfluss.[644] Fünf Gründe sind hier aufzuführen. Erstens, Pfeffer trat, gemäß seinen eigenen Organisationprinzipien,[645] innerhalb des Gaues kaum, etwa als Redner, in Erscheinung.[646] Vor allem Goebbels stieg hier als aktivster Gauredner rasch in der Gunst der Mitglieder auf. Angesichts der hierarchischen Führungsstruktur wäre dies zu verkraften gewesen, doch auch innerhalb des Triumvirats häuften sich die Konflikte. So lehnte Pfeffer, zweitens, die von Kaufmann[647] und

641 IfZ: F 169, Bd. 1, Pfeffer an Feder vom 12. Mai 1926.

642 Vgl. Kapitel 7.2.

643 Schon deshalb muss Heiden widersprochen werden, der schrieb: »Pfeffer hatte bisher in der Leitung des Gaues Ruhr […] den Aufpasser Hitlers gespielt und den von Strasser eingesetzten und mit ihm konspirierenden Gauleiter Karl Kaufmann sowie auch Goebbels kontrolliert.« Heiden: Nationalsozialismus, S. 220. Vgl. dazu auch FN 5/634.

644 Ebenda, Eintrag vom 4. Mai 1926. Vgl. auch Longerich: Joseph Goebbels, S. 83.

645 Franz von Pfeffer: »Kampf-Organisationen (II): Nicht Vereins-Betrieb! – Nicht Wähler-Klubs!«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Februar 1926. Vgl. auch FN 5/621 und Kapitel 5.3.

646 Bereits ab Frühsommer 1926 trat Pfeffer nach außen gar nicht mehr in Erscheinung. Vgl. HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 1 ff.

647 Beispielhaft für Kaufmanns Werben um die KPD war etwa ein Auftritt im Oktober, als er verkündete, dass bei einer Unterzeichnung der Verträge von Locarno die NSDAP »von Stunde an mit den Brüdern der KPD Schulter an Schulter gegen die sozialdemokratischen Schieberknechte marschieren und den Westpakt nach Anweisung der Sowjet-Regierung vorgehen«. StdAM: Nr. 1438; Bd. 1, Bl. 216 f., Polizeibericht Duisburg vom 10. Oktober 1925.

Goebbels[648] betriebene Annäherung an die Kommunisten, besonders an den Rotfrontkämpferbund, ab.[649] Drittens, im Frühjahr 1926 überwarf sich Pfeffer mit Elbrechter,[650] der vor allem Kaufmann zu einer noch stärkeren Opposition gegenüber München gedrängt hatte. Für Elbrechter war die Trennung von München eine Alternative. Pfeffer lehnte dies rigoros ab.[651] Hinzu kam noch, viertens, ab Ende Mai ein gegen Pfeffer bezgl. seiner Tätigkeit in Oberschlesien anhängiges Fememordverfahren.[652] Trotz des Versuchs Goebbels', daraus propagandistisch Kapital zu schlagen,[653] belastete diese Episode Pfeffers Handlungsfreiheit.[654]

Schließlich, fünftens, wurde Pfeffers übliches Finanzgebaren unter den Bedingungen der kollektiven Führung zu einem Problem. Bereits im Mai notierte Goebbels »Hauptmann Pfeffer pumpt mir das letzte Geld ab«, um nur zwei Tage darauf ebenfalls in seinem Tagebuch festzustellen: »Pfeffers Geldwirtschaft macht mir Sorge.«[655] Nach wie vor unterschied er nicht zwischen Privat- und Parteigeldern, was latent den Verdacht der Unterschlagung nach sich zog.[656] Er selbst, der ausschließlich von Spesen und dem Erbe seiner Frau lebte,[657] sah in diesem Vorgehen auch oder gerade wegen zeitweiliger privater finanzieller Engpässe,[658] erneut keinerlei Probleme. Dem eigenen Selbstverständnis nach war bei der allumfassenden Dimension des politischen Kampfes ohnehin nicht zwischen privater und politischer Person zu unterscheiden. Hinzu kam, dass er, wie schon in Westfalen, aufgrund der Finanzprobleme[659] Rechnungen weiterhin häufig in Wechseln bezahlte, wobei Buchführung wie

648 Vgl. etwa die Versuche mit dem »Roten Frontkämpferbund« (RFB) zusammenzuarbeiten. Sie waren zumeist wenig erfolgreich und endeten häufig in Tumulten. HStaD: Nr. 16738, Bl. 111 f., Polizeibericht vom 23. Januar 1926.

649 Auch wenn es hier zu keinerlei tragfähiger Übereinkunft kam, zeigt dies doch die weltanschauliche Heterogenität innerhalb der Gauführung. Vgl. etwa ebenda, Bericht vom 23. Januar 1926 und ebenda, Bericht vom 23. Februar 1926.

650 Zu Elbrechters Rolle vgl. Noakes: Conflict and Development, S. 20 f.

651 BArch: OPG – Kaufmann, Pfeffer an Kaufmann vom 20. Oktober 1927.

652 Vgl. Kapitel 2.5.

653 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 15. Mai 1926.

654 HStaD: Nr. 16738, Bl. 125, Bericht vom 1. März 1926. Vgl. auch ebenda, Bl. 171. Vgl. dazu auch die Kleine Anfrage der NSDAP im sächsischen Landtag in: VB vom 12. Mai 1926 und BArch: R 1507/578-41, Bl. 65.

655 Goebbels schrieb weiter: »Riegel davor schieben!« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 8. Mai 1926 und vom 10. Mai 1926.

656 BArch: OPG – Von Pfeffer, Jung an USchlA vom 14. Oktober 1929.

657 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 23.

658 Hilde von Maibom: Mündliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009. Diese waren auch unter den Funktionären mehr die Regel als die Ausnahme. Vgl. BArch: NS 1/341, Bl. 188, Dinter an Elberfeld vom 10. Oktober 1925.

659 HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 55; BArch: NS 1/339, Bl. 263; Hiemisch: Kampf um Bielefeld, S. 11 ff. Vgl. Beck: Kampf und Sieg, S. 359 f. und Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 234 ff.

Zahlungsmoral zumeist zu wünschen übrig ließen.[660] Abrechnungen fehlten oder wurden nur unvollständig erbracht. Als schließlich im Herbst 1926 Mahnungen bezüglich Ausständen aus der Zeit des Gaues Westfalen auftauchten, kam es auch zwischen den inzwischen alleinigen Gauleitern Kaufmann und Pfeffer zum Bruch. Kaufmann warf Pfeffer vor, über die finanziellen Verhältnisse Westfalens die Unwahrheit gesagt zu haben. Wie kaum anders zu erwarten, eskalierte auch dieser Konflikt ab Sommer 1927 und belastete Pfeffer in seiner neuen Position als Osaf schwer.[661]

Die wenigen Wochen der kollektiven Gauleitung an der Ruhr zeigten: Die tägliche Zusammenarbeit auf gleicher Hierarchieebene, ja schon die bloße Akzeptanz einer Gleichrangigkeit seiner Person mit Kaufmann und Goebbels, war für den extrem selbstbewussten Pfeffer kaum möglich. Die Konflikte unter den Gauleitern nahmen stetig zu. Pfeffer hielt sich nicht an Konventionen. An dem politischen Tagesgeschäft kaum interessiert, beharrte er auf der Hierarchie und seinem Status als geschäftsführender Gauleiter und rechtfertigte damit seine Alleingänge.[662] Hierbei nutzte er seinen Intellekt, seine Rhetorik und schließlich auch allerlei Winkelzüge, um sich zu behaupten. Dabei nahm er persönliche Kränkungen genauso in Kauf, wie das bewusste Erzeugen eines Unterlegenheitsgefühls bei seinem jeweiligen Gegner.[663] Hinzu kamen Pfeffers Beratungsresistenz sowie eine Uneinsichtigkeit bei eigenen Fehlern. Von einer kollegialen Gauführung an der Ruhr kann somit nicht die Rede sein. Pfeffer verstand sich als Anführer. Er handelte wie als Leutnant gelernt und als Landsknecht erfolgreich gehandhabt – ausschließlich nach eigenem Wissen, Gewissen und Überzeugung. Im Frühsommer 1926, weniger als drei Monate nach der Fusion, war deutlich geworden, dass die Troika keine Zukunft mehr hatte.[664]

Was folgte, war typisch für die Struktur der jungen NSDAP im Norden. So wandte man sich, trotz des parteiintern exzessiv dargestellten Selbstbewusstseins, in der Frage des künftigen Gauleiters an Hitler. Zur Begründung dieses Schrittes schrieb man dem Gau:

660 Vgl. zur Zahlungsmoral HStaD: RW 23; Nr. 39 , Bl. 155 f.

661 Vgl. Kapitel 7.4.

662 Noch nach dem Krieg schrieb er zur Hierarchie im Gau verfälschend: »Pfeffer Gauleiter, Kaufmann und Goebbels in der Gauleitung.« Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern.

663 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 95.

664 Vgl. auch Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 30. Mai 1926. Offiziell hieß es zu den Gründen wenig konkret: »Nach dem zweifellos notwendigen Zusammenschluss der Gaue Rheinland-Nord und Westfalen zum Großgau Ruhr wurde eine provisorische Gauleitung von drei Männern bestimmt. So notwendig diese Dreiteilung in der ersten Zeit bei der Zusammenlegung beider Gaue gewesen ist, so ergab sich doch in der letzten Zeit die dringende Notwendigkeit, die verantwortliche Leitung […] in eine Hand zu legen.« StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 55 vom 22. Juni 1926. Hinzu kam auch ein einsetzender Mitgliederschwund, der die Effektivität des Triumvirats infrage stellte. Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 239 ff.

»Die Gauleiter sind aber nach eingehender Beratung zu der Überzeugung gekommen, dass die Entscheidung von so ungeheurer Tragweite für die Zukunft unserer Bewegung ist, dass wir ohne vorherige Besprechung mit unserem Führer Adolf Hitler nicht endgültig entscheiden können und wollen. Wir haben bisherige Rechte und Machtvollkommenheit ausschließlich von Adolf Hitler hergeleitet und wünschen, dass dieses auch bei der neuen Gauleitung der Fall sein soll.«[665]

Die Wahl Hitlers fiel bereits am 6. Juni auf Kaufmann.[666] Am 20. Juni, bei Hitlers erstem Besuch im Gau, wurde dies offiziell verkündet.[667]

Die Entscheidung Hitlers für Kaufmann war die einzig logische. Kaufmann, den man in München bis Februar 1926 nicht einmal als Gauleiter wahrgenommen hatte,[668] schien unter den drei Kandidaten der Schwächste.[669] Zudem war er bereits 1922 Mitglied der NSDAP gewesen und Hitler konnte sich seiner Loyalität sicher sein. Goebbels empfahl sich zwar durch sein »Damaskus« für höhere Aufgaben, eine Bevorzugung gegenüber dem in der Hierarchie stets vor ihm rangierenden Kaufmann hätte Letzteren innerhalb der Partei jedoch wohl

665 StaM: Nr. 189, Gauleitung Ruhr an Fritz Homann vom 12. Juni 1926.

666 Goebbels: Tagebücher, Einträge vom 5. und vom 7. Juni 1926.

667 Interessant ist, wie sich unmittelbar nach der Abreise Hitlers die Darstellung bereits verändert hatte. So verkündete man nur zwei Tage später in einem Gaurundschreiben, dass die Entscheidung über den künftigen Gauleiter nun doch in den Händen des ehemaligen Triumvirats gelegen habe: »Nach ernster verantwortungsbewusster Aussprache der drei Gauleiter untereinander sind diese dann zu dem Ergebnis gekommen, das unser Führer Adolf Hitler den anwesenden Ortsgruppen auf der Gautagung am Sonntag den 20.6. bekanntgegeben hat.« Der Konflikt zwischen dem Subordinationszwang in der Führerpartei und dem bereits 1926 etablierten Letztentscheidungsrecht Hitlers auf der einen Seite und dem Aufwertungsstreben der Akteure sowie den Autonomiebedürfnissen der Gaue andererseits, wird hier offenbar. StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 55 vom 22. Juni 1926.

668 BArch: NS 1/338, Bl. 155. Kaufmann an Strasser vom 8. Februar 1925. Zudem wurde Kaufmann erst am 18. März 1926(!) offiziell »bis zu einer späteren endgültigen Regelung« zum Gauleiter von Rheinland-Nord ernannt worden. IfZ: MA 738, Rolle 1, Schreiben Bouhlers vom 18. März 1926.

669 Vgl. BArch: NS 1/338, Bl. 77, Kaufmann an Lohse vom 14. April 1926. Als Indiz für Kaufmanns Schwäche ist anzuführen, dass sich die SA Bochum vorerst weigerte, ihn als neuen Gauleiter anzuerkennen. Wohl ein Erbe des Führungsstils Pfeffers war es hingegen, dass sich Kaufmann auch angesichts der im Laufe der Jahre 1926/27 schwindenden Mitgliederzahlen schwer damit tat, sich gegen die starken Bezirksleiter durchzusetzen. Vor allem Wagner, Leiter des mitgliederstärksten Bezirks Bochum, kam eine immer bedeutendere Rolle zu. Nach der Aufteilung des Gaues am 1. Oktober 1928 wurde Wagner Gauleiter Westfalens, schließlich ab dem 1. Januar 1931 nach abermaliger Umstrukturierung bis 1945 Gauleiter in Westfalen-Süd. Kaufmann wurde im April 1929 zum Gauleiter von Hamburg ernannt. Michael Rademacher: Handbuch der NSDAP-Gaue, 1928-1945. Die Amtsträger der NSDAP und ihrer Organisationen auf Gau- und Kreisebene in Deutschland und Österreich sowie in den Reichsgauen Danzig-Westpreussen, Sudetenland und Wartheland, Vechta 2000.

dauerhaft beschädigt und für eine weitere Verwendung schwer belastet.[670] Pfeffer schließlich hatte in den vergangenen Wochen viel Unruhe gebracht und wäre angesichts seines ausgeprägten Selbstbewusstseins, seiner vielfältigen Kontakte ein unberechenbarer Faktor an der Spitze des potenten Gaus gewesen.

Für die weitere kurze Geschichte des Gaues Ruhr lässt sich konstatieren, dass dieser auch in den folgenden Jahren unter Kaufmann seinen hohen Ambitionen nie gerecht wurde.[671] Weder gelang ihm ein Eindringen in die Wählerschaft der Arbeiterparteien, noch nahm er unter den NSDAP-Gauen eine außerordentliche Stellung ein. Noch vor der »Machtergreifung« wurde der Gau Ruhr im Jahr 1932 aufgeteilt. Bemerkenswerterweise finden sich in der gaueigenen Geschichtsschreibung kaum Hinweise auf die Tätigkeit Pfeffers.[672] Da an der Pioniertätigkeit Pfeffers in Westfalen kein Zweifel besteht, ist dies wohl auch seinem weiteren Werdegang geschuldet.[673]

670 Goebbels stand daher nie zur Disposition. In seinem Tagebuch notierte er: »… über mich redet man nicht.« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 7. Juni 1926.

671 Der Gau Ruhr wurde bereits a. 1. Oktober 1928 wieder aufgeteilt. Rademacher: Handbuch der NSDAP-Gaue, S. 311 und 321. Vgl. auch Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 239 ff.

672 BArch: NS 1/340, Bl. 446 f.

673 So lag Pfeffer während seiner Tätigkeit in dauerhaftem Konflikt mit den Gauleitern (vgl. Kapitel 6.3.3). Zudem war Pfeffer, als die Masse an späterer Erinnerungsliteratur publiziert wurde, kein maßgeblicher Faktor in der NSDAP mehr.

6. Oberster SA-Führer (1926-1930)

> »Der neue SA-Führer ›Osaf‹ von Pfeffer. Kühl und überlegen, aber auch klug und mutig. Einer der ältesten Nationalsozialisten aus Westfalen. Ein unentwegter Kämpfer gegen das heutige System. Einst organisierte er Freikorps, jetzt die SA.«[1]

6.1 Skizze: Die SA bis Sommer 1926

Nach dem gescheiterten Putsch wurde auch die seit Februar 1923 als Wehrverband organisierte SA verboten. Bereits im April 1924 ergriff Röhm, unmittelbar nach seiner Haftentlassung, zunächst mit Genehmigung Hitlers, die Initiative.[2] Unter dem Terminus »Frontbann« versuchte Röhm, reichsweit alle dem Nationalsozialismus affinen Kräfte zusammenzufassen.[3] Eine direkte Einmischung in Parteibelange sah seine Konzeption nicht vor, vielmehr sollte der Verband nach militärischen Maximen organisiert sein und möglichst autonom neben der Partei existieren. Bald wurde deutlich, dass Röhms Aktivitäten kaum mit den Interessen des in Landsberg einsitzenden Hitler vereinbar waren. Während sich Röhms Denken »nach wie vor in rein militärischen Kategorien«[4] bewegte, war Hitler besorgt, dass dessen aggressives Vorgehen seine vorzeitige Haftentlassung infrage stellen könnte und lehnte daher jede weitere Kompetenzübertragung an Röhm ab.

Unmittelbar nach Hitlers Haftentlassung wurde der Bruch mit Röhm offensichtlich. Am 26. Februar verkündete Hitler im VB: »Die Neubildung der SA erfolgt nach den Grundlagen, die bis zum Februar 1923 maßgebend waren.« »Zweck der neuen SA« sei die »Stählung des Körpers unserer Jugend, Erziehung zur Disziplin und Hingabe an das gemeinsame große Ideal, Ausbildung im Ordner- und Aufklärungsdienst der Bewegung«.[5] Hitler wollte eine Parteitruppe, die ihm bedingungslos unterstellt war und die zugleich die Existenz der NSDAP durch ein neuerliches Verbot nicht gefährdete – eine Forderung, der Röhm nicht nachzukommen bereit war. Am 1. Mai 1925 demissionierte der

1 Bildunterschrift in Heinrich Hoffmann: Das braune Heer. 100 Bilddokumente: Leben, Kampf und Sieg der SA und SS. Mit einem Geleitwort von Adolf Hitler. Bildzusammenstellung: Heinrich Hoffmann, Berlin 1932, S. 25.

2 Longerich: Die braunen Bataillone, S. 45.

3 Eine ausführliche Darstellung zum Frontbann findet sich bei Werner: SA und NSDAP, S. 175 ff.

4 Longerich: Die braunen Bataillone, S. 46.

5 Hitler, in: VB vom 26. Februar 1925; Werner: SA und NSDAP, S. 286. Vgl. auch Adolf Hitler: Mein Kampf, Bd. 2. Die nationalsozialistische Bewegung, München[11] 1933, S. 620. Am 17. September wurden zudem, um dem Vereinsgesetz Genüge zu tun, die »Satzungen der Sturmabteilungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« erlassen. Werner: SA und NSDAP, S. 358.

ehemalige Freikorpsführer. Hitler hatte sich um den Preis, dass der SA fortan eine zentrale Leitung fehlte, die einzelnen Gruppen jedoch ausschließlich Hitlers Autorität und Kurs anerkannten, durchgesetzt.

Erst mehr als ein Jahr später, nachdem Hitler im Frühjahr 1926 seinen Führungsanspruch gegen die innerparteiliche Opposition der norddeutschen Gauleiter hatte behaupten müssen, rückte die SA, die sich bis dahin weitgehend separat als Annexe der lokalen Gauleitungen entwickelt hatte, in das Kalkül des Parteiführers. Im Sommer 1926 setzte er den Aufbau einer in München ansässigen zentralen SA-Leitung auf die Tagesordnung.

6.2 Berufung nach München – Interpretationen

Die Umstände der Berufung Pfeffers nach München sind bis heute nicht gänzlich geklärt. Zur internen Entscheidungsfindung Hitlers liegen keine schriftlichen Quellen vor und die Zeitzeugenaussagen Pfeffers scheinen in diesem Punkt verzerrt und wenig zuverlässig.[6] So behauptete Pfeffer nach dem Zweiten Weltkrieg, dass seine Berufung ein Teil eines Kompromisses, den die Norddeutschen im Rahmen der AG Hitler abgerungen hätten, gewesen sei.[7] Drei Bedingungen seien, so Pfeffer später, Voraussetzungen dafür gewesen, dass sich die Norddeutschen Hitler auf der zweiten Hannoveraner Tagung unterstellt hätten.

> »Erstens soll ein profilierter Norddeutscher, ein Preuße, maßgeblich in die Zentralführung eintreten. Zweitens soll Hitler alle Macht- und Kampfmittel in die Hand eines bewährten Fachmannes abgeben [gemeint ist hier Pfeffer selber], damit er nie wieder einen (fachlich) so dilettantischen Putsch machen […] könne. Drittens soll Gregor Strasser in der Zentralführung eine maßgeblichere Stellung erhalten als die sonstige in München wirkende Clique.«[8]

Tatsächlich spricht die Chronologie der Ereignisse für eine andere Entwicklung. Die Niederlage der AG in Bamberg war eine vollständige. Schon der wenig selbstbewusste Auftritt der Gauleiter des Gaues Ruhr in München im April sowie Pfeffers Scheitern auf der Generalmitgliederversammlung,[9] als sein geplanter Vorstoß, Strasser zum stellvertretenden Parteivorsitzenden zu küren, erst gar nicht zur Sprache kam, veranschaulichen deutlich die realen

6 Dazu schon Bennecke in ZZS Pfeffer I, Bl. 23; ZZS Pfeffer II, Bl. 38 f.

7 Vgl. dazu Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 182 ff. Darauf aufbauend siehe Noakes: Conflict and Development, S. 28 und Frank: Hitler, S. 309.

8 ZZS Pfeffer II, Bl. 39.

9 Weder die angestrebte Beförderung Strassers noch die geplanten Satzungsänderungen wurden hier erreicht. IfZ: MA 734, Rolle 1, Protokoll zur Generalmitgliederversammlung am 22. Mai 1926 und Bericht vom 23. Mai 1926. Vgl. FN 5/627.

Machtverhältnisse.[10] Pfeffer wurde also keineswegs, wie zuweilen kolportiert,[11] vom »Strasserkreis« nach München »geschickt« und Hitler war ebenso wenig gezwungen »gute Miene zum bösen Spiel« zu machen.[12] Dass Hitler dennoch im Spätsommer 1926 zu Konzessionen gegenüber den Norddeutschen bereit war, lag keineswegs an einer Pression, als vielmehr an Hitlers politischem Instinkt und entstand aus einer Position der Stärke heraus.

Schon der ausbleibende Widerspruch Hitlers gegen die Gründung des »Großgaus« zeigte seine Einrahmungstaktik gegenüber den Norddeutschen. In den folgenden Monaten nahm er jedem der Protagonisten des Gaues Ruhr einzeln den Grund zur neuerlichen Opposition. Nach dem Scheitern des Triumvirats machte er Kaufmann am 20. Juni offiziell zum alleinigen Gauleiter.[13] Dieser zeigte sich in der Folge Hitler gegenüber dankbar – zumal er mit der Gauführung bald derart überfordert war, dass an eine Opposition gegen München nicht zu denken war. Mit der Ernennung Strassers zum Reichspropagandaleiter am 30. Juni 1926 nahm Hitler jeder potenziellen Opposition anschließend die Spitze.[14] Seinen Duzfreund Esser,[15] für ihn längst nicht mehr unentbehrlich, für die Norddeutschen ein Symbol für den Einfluss der Clique, ließ er symbolträchtig fallen.[16] Mit der Installation Goebbels' am 9. November als Gauleiter von Berlin zerschlug Hitler endgültig den personellen Nukleus der vormaligen Opposition aus dem Ruhrgebiet.[17] Die Aufwertung von Goebbels als Belohnung für dessen »Damaskus« war zudem als klares Zeichen in der Partei unmissverständlich.[18]

10 Vgl. Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 358. Vgl. auch BArch: NS 1/340, Bl. 154.

11 So bereits bei: Curt Rosten: Geschichte der nationalsozialistischen Revolution, Berlin 1933, S. 111.

12 Kurt Zentner: Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches, München 1965, S. 100. So auch Heinz Höhne: Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft, 1933-1934, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 85.

13 Vgl. FN 5/667.

14 Zumal sich Strasser fortan immer mehr um organisatorische als um weltanschauliche Fragen bemühte. Kissenkoetter: Gregor Straßer, S. 37 ff.

15 Hoffmann: Hitler, S. 36. Das »Duzen« war bei Hitler die große Ausnahme. Auch Röhm und Hitler »duzten« sich. Pfeffer war, wie die meisten Parteigrößen, zeitlebens mit Hitler »per Sie«. Vgl. FN 6/612.

16 Worauf Goebbels noch jubilierte: »Hitler hat mit Esser gebrochen. Deo gratias! Ein Lump weniger in der Reihe. Das gibt neue Konstellationen! Elberfeld wird siegen!« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 8. Mai 1926. Vgl. auch Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 185.

17 So der offizielle Termin, intern fiel die Wahl auf Goebbels wohl schon vor dem 28. Oktober. Vgl. zu den Interna der Berufung auch zeitgenössisch: Engelbrechten: Braune Armee, S. 45 ff.

18 Mit der Berufung des propagandistischen Ausnahmetalents beruhigte Hitler nicht nur hier die gauinternen Streitigkeiten, sondern sorgte auch für eine ernsthafte Chance auf eine Etablierung der NSDAP in der Hauptstadt. Zudem ist eine Anlehnung der Goebbels'schen Organisation an die Maximen Pfeffers unverkennbar. Vgl. Bernd Kruppa: Rechtsradikalismus in Berlin 1918-1928, Berlin und New York 1988, S. 337 ff.

Pfeffer hatte Hitler bereits im Sommer versorgt. Als dieser Anfang Juni aus der Gauleitung an der Ruhr ausschied und er daraufhin ostentativ die Nähe zu Hitler suchte,[19] ergab sich eine günstige Konstellation, die seit Beginn des Jahres 1926 angedachte Idee einer zentralen SA-Führung aufzugreifen und damit die Neuordnung der immer stärker werdenden, jedoch nach wie vor unkontrollierten, dezentral organisierten SA voranzutreiben.[20]

Wann genau Hitler Pfeffer die Stellung als Reichsführer der SA anbot, die dieser nach eigenem Bekunden »bald in Oberster SA Führer, wegen der klangvollen Kürzung Osaf«,[21] abänderte, ist nicht gesichert überliefert. Aller Wahrscheinlichkeit nach fiel die Wahl auf ihn im unmittelbaren Umfeld von Hitlers Besuch im Gau Ruhr vom 13. bis zum 20. Juni.[22] Pfeffer hatte es sich zu diesem Anlass nicht nehmen lassen, Hitler privat bei sich auf Haus Busch einzuquartieren, um so einen besonderen Zugang zu ihm zu haben.[23] Dass Hitler bei der Berufung schließlich gegen den Rat Kaufmanns handelte – dieser intrigierte und riet, freilich erst nach Absicherung seiner eigenen Machtposition, Hitler von einer Berufung Pfeffers ab – wirft ein Bild auf das parteiinterne Beziehungsgeflecht.[24] Offiziell trat Pfeffer seinen Dienst am 1. November 1926 in München an.

Obwohl bei genauer Untersuchung die Wahl Pfeffers als einer der geschicktesten Schachzüge Hitlers in der »Kampfzeit« zu bewerten ist, sind dessen Motive bis heute kaum untersucht. Am häufigsten wird die angeblich herausragende Rolle Pfeffers bei dem Aufbau der SA in Westfalen und an der Ruhr

19 Hitler: RSA, Bd. I/2, Dok. 15, S. 37.

20 Bennecke: Hitler und die SA, S. 128. Hatte doch Hitler Ansprüche auf die Übernahme der SA-Führung, etwa durch Göring, bislang stets abgeblockt. Alfred Kube: Hermann Göring – Zweiter Mann im ›Dritten Reich‹, in: Ronald Smelser (Hrsg.): Die braune Elite, Darmstadt 1999, S. 69-82, S. 72.

21 ZZS Pfeffer II, Bl. 41. Vgl. auch Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 30. Juli 1926.

22 So auch Campbell: The SA generals, S. 33. Vgl. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 30. Juli 1926: »Pfeffer wird Reichs S.A. Führer.« Nach Noakes sollen bereits Strasser und Pfeffer mit Hitler über eine Berufung Pfeffers gesprochen haben. Später behauptete Pfeffer, seine Ernennung wäre bereits vor dem Ende des Triumvirats an der Ruhr ausgemacht gewesen. Er notierte zu dem Tagebucheintrag Goebbels' »Pfeffer ist schon quasi abserviert«: »Längst Osaf«. Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern; Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 7. Juni 1926. Dafür liegen jedoch weder Quellen vor, noch erscheint dies wahrscheinlich.

23 Blank: Hagen, S. 399 f. Nach Beschreibungen aus der Familie verhielt sich Hitler zu diesem Anlass zurückhaltend, schüchtern und unsicher. Auf Pfeffers Frau wirkte er »eintönig«. Angeblich soll bei diesen Gesprächen auch die Frage der Installation eines Reichsverwesers nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten diskutiert worden sein. Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009. Im »Dritten Reich« wurde dieser Hitlerbesuch Anlass für Planungen, das Haus mit einem »Adolf-Hitler-Gedächtniszimmer« zu versehen. Auch Heß war hier mehrfach zu Gast. Ebenda, S. 400.

24 BArch: NS 26/86, Kaufmann an Heß vom 3. November 1927.

genannt.[25] Tatsächlich hatte Pfeffer schon durch seine »Desperadolaufbahn«[26] eine natürliche Affinität zur SA und erkannte früh deren Potenziale.[27] So fanden bei ihm privat im Haus Busch regelmäßige Führerbesprechungen[28] statt und er gab bereits im Sommer 1925 erste Anstöße zu einer Unfall- und Haftpflichtversicherung für SA-Männer.[29] Bei genauerer Betrachtung der Akten muss jedoch festgestellt werden: Die provisorischen Bedingungen, unter denen der Aufbau der politischen Gauleitung der NSDAP in Westfalen erfolgte, ließen Pfeffer kaum Zeit, sich der SA intensiver zu widmen. Auch in Pfeffers Gau Westfalen war die Struktur der SA anno 1926 nur rudimentär institutionalisiert und auch hatte er es nicht vermocht, die regellos den Ortsgruppen oder auch den Bezirken zugeordneten SA-Einheiten zu zentralisieren.[30] Die Frage, ob die SA künftig Wehrverband und Parteitruppe war, war in Westfalen ebenso ungeklärt geblieben wie im Rest der Republik.[31] Die Strukturen vereinheitlichten sich erst, als sich mit Viktor Lutze ein anderer ehemaliger Freikorpsoffizier – ab Februar 1926 unter der Aufsicht Pfeffers – ausschließlich dem Aufbau der SA an der Ruhr widmete. Erst ab diesem Zeitpunkt bildete sich in der SA-Ruhr jene später erwähnte Vorbildstruktur heraus.[32]

Wesentlicher für seine Berufung zum Osaf als seine Tätigkeit bei der SA-Ruhr war demnach, dass sein Profil ausgezeichnet mit der neuen Aufgabe korrelierte. Seine militärische Ausbildung und sein Habitus wie auch seine Organisationsbegabung, die sich bereits zudem in der NSDAP bewährt hatte, waren beste Voraussetzungen. Durch seinen Werdegang verfügte Pfeffer über die notwendigen Kontakte und das Renommee, sich im paramilitärischen Milieu durchzusetzen.[33] Aufgrund Pfeffers selbstbewusster Attitüde und seines unbestrittenen Intellekts konnte sich Hitler zudem sicher sein, dass Pfeffer sich gegenüber den auf Beibehaltung ihrer Kompetenzen drängenden Gauleitern – deren Perspektive und Ziele Pfeffer aus seiner eigenen Tätigkeit nur zu gut kannte – würde behaupten können.[34] Genauso wusste Hitler auch um den schwierigen, wenig konfliktscheuen Charakter Pfeffers samt dessen Schwierigkeit mit einer geregelten Subordination. Im Zuge des Aufbaus der

25 Etwa Böhnke: NSDAP im Ruhrgebiet, S. 123 ff.; Robert Koehl: The SS. A history 1919-45, Stroud 2000, S. 30.
26 Oehme: Kommt »Das Dritte Reich«?, S. 114.
27 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 22 und Bl. 55, Goebbels an Pfeffer vom 16. Dezember 1925. Vgl. auch Hiemisch: Kampf um Bielefeld, S. 11. Auch zu den Verhandlungen um die Fusion zum Gau Ruhr: HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 58, Goebbels an Pfeffer vom 16. Dezember 1925.
28 HStaD: Nr. 16738, Bl. 233.
29 BArch: NS 1/121, Bl. 68 und 74 und HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 76 f. Vgl. Kapitel 6.3.1.
30 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 39 vom 19. August 1925. Vgl. auch Kapitel 7.2.
31 So fanden etwa neben dem regelmäßigen Exerzierdrill auch Schussübungen mit Kleinkaliberwaffen statt. HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 24.
32 Böhnke: NSDAP im Ruhrgebiet, S. 123 ff.
33 Noakes: Conflict and Development, S. 33.
34 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 55.

Obersten SA-Führung (OSAF) waren es jedoch gerade diese Charaktereigenschaften, die in der polykratischen Binnenstruktur der NSDAP das Potenzial besaßen, eine Konstellation herbeizuführen, die Hitlers Position nachhaltig stärken konnte.[35] Wichtigstes Kriterium war jedoch, dass Pfeffer, im Gegensatz zu Röhm, bereit war, Hitlers Legalitätskurs mitzutragen. Er verpflichtete sich, sich an Hitlers Richtlinien zu halten[36] und damit die SA als Parteitruppe, anstatt einer wie von Röhm geplanten paramilitärischen Ersatzarmee, aufzubauen.

Von großer Bedeutung waren für Hitler nicht minder parteistrategische Erwähnungen. Hitler verfuhr mit Pfeffer ebenso geschickt wie in den Fällen Strasser und Goebbels. Mit seiner Berufung vermochte er es, Pfeffer aus dem Konfliktfeld Ruhr zu lösen, ihn an sich zu ziehen und seine Fähigkeiten nicht nur für die Bewegung zu erhalten, sondern sie sogar sich persönlich bei der Durchsetzung seiner innerparteilichen Ansprüche zu Diensten zu machen. Pfeffers Loyalität konnte er sich sicher sein. Seinen Gau Westfalen hatte er trotz der regionalen Distanz zu München streng auf Hitler ausgerichtet und auch dessen Haltung in der AG gab weniger Anlass zu Misstrauen als etwa bei Strasser oder Goebbels. Gleichzeitig konnte Hitler davon ausgehen, dass Pfeffer trotz der maßgeblichen Rolle, die er fortan im Machtgefüge der NSDAP spielen sollte, im Münchener Machtzentrum weitgehend isoliert bleiben würde. So war er doch über die vergangenen Monate nahezu durchweg mit der »Münchener Clique« im Clinch gelegen. Hinzu kamen die landsmannschaftlichen und kulturellen Unterschiede zwischen dem Preußen Pfeffer und den in der Parteizentrale dominierenden Bayern sowie die absehbaren Konflikte mit den Gauleitern um die Zentralisierung der Strukturen.[37]

Pfeffer konnte mit der Berufung nach München Abstand von den ideologischen Grabenkämpfen zwischen dem linken und rechten Flügel der Bewegung[38] und der von ihm ungeliebten Tagespolitik gewinnen und sich nun vollständig seiner Affinität, dem (Para-)Militärischen, widmen. Politisch bedeutete die Rangerhöhung den größten Sprung in Pfeffers Karriere. Obwohl anno 1926 die aufzubauende zentrale SA-Leitung über noch keinerlei Infrastruktur verfügte, und daher die Potenziale, die die neue Funktion mit sich brachte, weit größer waren als die tatsächlichen »Machtmittel«,[39] stieg Pfeffer unmittelbar in die absolute Führungsriege der Partei auf. In den folgenden vier

35 Vgl. Kapitel 6.7.

36 Adolf Hitler, in: VB vom 26. Februar 1925, vgl. auch Longerich: Die braunen Bataillone, S. 48; Werner: SA und NSDAP, S. 357.

37 Auch die Berufung Strassers zum Reichspropagandaleiter und später zum Reichsorganisationsleiter – Strasser war selbst in München keineswegs unumstritten und hatte sich inzwischen auch mit Goebbels dauerhaft überworfen – sollte daran nichts ändern.

38 Vgl. dazu Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 248 ff.

39 Die SA umfasste im Herbst 1926 reichsweit schätzungsweise zwischen 5.000 und 8.000 Mann.

Jahren war er einer der engsten Mitarbeiter Hitlers. Er war in die Zentrale der NSDAP vorgedrungen und verfügte nun über einen unmittelbaren Zugang zu Hitler.

6.3 Die Reorganisation der SA

> »Ihre Führerschicht und ihre Ideenwelt stammt aus der Kriegszeit. Ihre innere Organisation und ihre äußere Erscheinungsform sind vom militärischen [sic!] übernommen.«[40]

Obgleich die Berufung Pfeffers durch Hitler also ohne jede Pression erfolgte, rang Pfeffer dem Parteiführer im Zuge seiner Bestallung weitreichende Zugeständnisse ab. So erhielt er – Hitlers Desinteresse an organisatorischen Belangen dürfte dazu beigetragen haben[41] – bei der Ausgestaltung der SA-Befehle (SABE) weitgehend freie Hand. Pfeffer wurde zudem das Recht zur Berufung von Unterführern zugebilligt.[42] Auch beharrte er auf die Unterstellung der Hitlerjugend und der SS[43] sowie auf eine eigene SA-Kasse. Alle Forderungen erfüllte Hitler – er stattete Pfeffer mit umfassenden Vollmachten aus und überließ die Entwicklung der SA weitestgehend dessen Dafürhalten.[44] Am 29. Oktober ließ er bekannt geben:

> »Der große Wert, den die Parteileitung auf die S.-A. legt, ist bekannt. Die technischen Schwierigkeiten, die ihrer einheitlichen Organisation bisher im Wege standen, sind überwunden. Die Oberste S.A.-Führung nimmt mit dem 1. November ihre Tätigkeit auf. […] Alle Gaue und Ortsgruppen werden aufgefordert, die Maßnahmen der Obersten Führung kräftig zu unterstützen. Der Stand der S.-A.-Neuorganisation wird mir ein Gradmesser sein für den Stand auch der politischen Arbeitserfolge.«[45]

Im Gegenzug akzeptierte Pfeffer Hitlers wichtigste Vorgabe, den Legalitätskurs.[46] Nach Pfeffer sollte die SA, in konsequenter Fortführung der schon 1925

40 BArch: R 1507/2051, Bl. 122, Bericht vom 27. April 1928.
41 ZZS Pfeffer I, Bl. 25; ZZS Pfeffer II, Bl. 40 f.
42 Bessel: Rise of Nazism, S. 27.
43 BArch: R 1507/2031, Bl. 79. Vgl. Werner: SA und NSDAP, S. 357 ff. und Bennecke: Hitler und die SA, S. 128 ff.
44 Vgl. Kapitel 6.3.1.
45 VB vom 29. Oktober 1926, »Bekanntmachung«.
46 Bereits im ersten SA-Befehl Pfeffers, der am 1. November in Form eines Briefes »Adolf Hitlers an den Hauptmann von Pfeffer« vorgelegt wurde, hieß es: »Die Ausbildung der SA hat nicht nach militärischen Gesichtspunkten, sondern nach parteizweckmäßigen zu erfolgen […] Die organisatorische Formung der SA sowie ihrer Bekleidung und Ausrüstung ist sinngemäß nicht nach den Vorbildern der alten Armee, sondern nach einer durch ihre Aufgabe bestimmten Zweckmäßigkeit vorzunehmen. Um von vornherein jeden geheimen Charakter der SA zu verhüten, muss, abgesehen von ihrer sofort jedermann kenntlichen Kleidung schon die Größe

in seiner Denkschrift »Parlament und wir« dargelegten Ideen, ausschließlich der Partei dienen. Pfeffers SA sollte weder Reichsreserve noch Bürgerkriegsarmee[47] sein, sondern als Parteigliederung ausschließlich zur Opposition gegen das System beitragen.[48] Allerdings führten bald das dauerhaft kritische Verhältnis zur PO, die schon in Westfalen deutlich gewordene Affinität Pfeffers zu den Wehrverbänden,[49] die schnell einsetzende gezielte Rekrutierung ehemaliger Freikorpsoffiziere[50] und schließlich die bürgerkriegsähnliche Gewalt, die Pfeffer forderte und förderte, dazu, dass Pfeffer vor der Herausforderung stand, die Dynamik der aktivistisch-revolutionären Elemente unter Kontrolle und die SA auf Hitlers Legalitätskurs zu halten.[51]

Unmittelbar nach der Übereinkunft mit Hitler bezog Pfeffer eine gemietete Einzimmerwohnung in München. Euphorisiert vom Aufstieg in das engste Umfeld Hitlers, machte er sich umgehend an die Arbeit. Um die Details für die organisatorischen Grundlagen der neuen SA auszuarbeiten, erbat er von Hitler eine Frist bis zu seiner offiziellen Ernennung. In der Zeit zwischen Juli und September 1926 entwarf er in München jene 13 Befehle, die er zwischen dem 2. und 14. September täglich verkünden ließ und die das Fundament der neuen SA bildeten.

Organisatorisch stand Pfeffer vor einer Mammutaufgabe. Für die einzurichtende OSAF standen weder finanzielle Mittel zur Verfügung noch gab es infrastrukturelle Vorarbeiten. Pfeffer richtete sein zunächst provisorisches Dienstzimmer in der Geschäftsstelle der Münchener NSDAP in der Schellingstraße 50 ein,[52] von wo aus er zunächst lediglich zusammen mit dem Ende September ebenfalls nach München gezogenen Hallermann die OSAF bildete.[53] Die interne Organisation machte ungeachtet der ungünstigen Ausgangsbedingungen rasch Fortschritte. Kontinuierlich steigerte man den Personalstamm, bereits Mitte November waren eine Geschäftsstelle sowie jeweils eine Abteilung für Finanzorganisation und Verwaltung der SA-Ausrüstung

des Bestandes ihr selbst den Weg weisen, welcher in der Bewegung nützt und aller Öffentlichkeit bekannt ist. Sie darf nicht im Verborgenen tagen, sondern soll unter freiem Himmel marschieren und damit endgültig einer Betätigung zugeführt werden, die alle Legenden von ›Geheimorganisation‹ zerstört […] Was wir brauchen sind nicht hundert oder zweihundert verwegene Verschwörer, sondern hunderttausend und aber hunderttausend fanatische Kämpfer unserer Weltanschauung.« SABE 1, in: BArch: NS 26/302.

47 Hofmann: Der Hitlerputsch, S. 70.

48 Thilo Vogelsang: Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962, S. 118.

49 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 85.

50 IfZ: Fa 88, Bd. 86, Bl. 10. Diese taten sich mit der innersystemischen Opposition sichtbar schwer. Eine SA-interne Führerausbildung unterblieb jedoch fast vollständig bis 1930. Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 291.

51 Vgl. Kapitel 6.3.3 und 6.4.2.

52 Mathias Rösch: Die Münchner NSDAP 1925-1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik, München 2002, S. 110.

53 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 22.

geschaffen worden. Die Münchner Polizei ging bereits jetzt davon aus, dass die alte Form der SA in Kürze wieder hergestellt sein werde.[54] Pfeffer selbst bezog 300 Mark von der Partei, mit denen er in München privat ein zurückgezogenes und genügsames Leben führte.[55]

So bescheiden die institutionellen Anfänge der OSAF waren, so ambitioniert waren die Ziele Pfeffers. Die Notwendigkeit einer straffen Organisation war für ihn unzweifelhaft, ja ein Wert an sich. Damit sollte die SA in den Stand versetzt werden, gemäß der Hitler'schen Vorgaben, Propagandaaufgaben nachzukommen sowie für den Schutz von Parteiveranstaltungen zu sorgen. Zunächst bedeutsamer als diese äußeren Aufgaben war die innerparteiliche Funktion der neuen SA.

Dabei vermischten sich hier Hitlers Ziele mit den eigenen. So sah er gemäß der sich bei ihm seit 1923 etablierten Überzeugung, dass die Rechte nur mit einem unangefochtenen Führer die Möglichkeit haben würde, die politischen Entwicklungen maßgeblich zu beeinflussen, seine Aufgabe darin, Hitlers Dominanz über die Bewegung weiter auszubauen. Dass er dabei zwangsläufig die Interessen der auf eine möglichst weite Autonomie beharrenden Gauleiter beschneiden würde, die sich unlängst in der AG als die stärksten Antagonisten Hitlers erwiesen hatten, war fraglos.

Pfeffers Konzeption sah vor, die SA als eine zweite gleichwertige und eigenständige Säule neben der PO und damit als Gegengewicht zu den Gauleitern zu etablieren.[56] Der neue Osaf griff damit die Privilegien der Gauleiter in doppelter Weise an. Ganz unmittelbar entzog er ihnen mit der Einrichtung der neuen Hierarchiestruktur den direkten Zugriff auf ihre Gau-SAen.[57] Mittelfristig sah Pfeffer in der bedingungslosen Durchsetzung des Prinzips der innerparteilichen Diktatur in der SA das Vorbild für die Einrichtung einer strafferen, diktatorischeren Hierarchie auch innerhalb der PO.[58] Hatte er doch als Gauleiter erfahren, wie wenig Bedeutung den Weisungen aus München in

54 Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 123.

55 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 59, vgl. auch Kapitel 8.2.

56 Alan Bullock: Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1967, S. 121. Für wie bedeutsam er die Einschränkung hielt, zeigte sich noch nach dem Krieg, als er behauptete: »Die Reichsparteileitung sei faktisch erst nach der zentralen SA und nach der zentralen Finanzordnung möglich geworden.« ZZS Pfeffer I, Bl. 30 und 31. Vgl. auch Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern.

57 Bereits in seinem zweiten SABE verfügte Pfeffer: »Der politische Leiter weist der SA die Aufgabe zu, die er von ihr erfüllt haben will. In der Hand des SA-Führers liegt die gesamte Durchführung der ihm zugewiesenen Aufgabe.« SABE 2, in: BArch: NS 26/302. Hitler sanktionierte diese Befehlslage Mitte 1927. In den GRUSA III hieß es: »Der SA politische Leiter darf sich mit seinen Wünschen nur an den SA-Führer wenden […] Der SA-Führer entscheidet, ob die Aufgabe seine Leistungsfähigkeit übersteigt.«

58 So Pfeffer bei der Führertagung in München am 1. und 2. September 1928 in seinem Referat: »Politische Bewegung und SA«: VB vom 4. September 1928. Vgl. auch Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 294; Joseph Nyomarkay: Charisma and factionalism in the Nazi Party, Minneapolis 1967, S. 112; Sven Reichardt: Faschistische

der täglichen Parteiarbeit der Gauleitungen in Norddeutschland beigemessen wurde. Die parallel zur PO aufzubauende neue SA-Hierarchie sollte hier Abhilfe schaffen und den in der PO nur schleppend vorankommenden Prozess der administrativen Durchdringung der Partei von München aus beschleunigen. Pfeffer war sich dabei der Unvermeidbarkeit der Konflikte bewusst.[59]

Sein Verhältnis zu Hitler sah Pfeffer in erster Linie pragmatisch. Er werde Hitler mit seiner Fachkompetenz ein starkes »Macht- und Kampfmittel«[60] an die Hand geben und damit eine innerparteiliche Opposition der Gauleiter dauerhaft unmöglich machen. Dafür gebühre ihm ein Platz direkt an der Seite des Parteiführers – als »Mitarbeiter«, der sich aus freien Stücken ohne Aufforderung zur bedingungslosen Loyalität verpflichtete.[61]

6.3.1 Der Aufbau der SA – Pfeffers Organisationsprinzipien

> »Die SA sollte die Form und den Inhalt bekommen, der sie gleichzeitig befähigte, den Freiheitskampf in all seinen Phasen siegreich durchzukämpfen, den Anforderungen in den Tagen der Regierungsübernahme gewachsen zu sein und die ihr im dritten Reich zugedachte Rolle anzutreten.«[62]

Pfeffers Bemühungen um den Aufbau einer organisatorisch tragfähigen Binnenstruktur der SA waren in den Jahren bis 1929 derart maßgebend für sein Wirken, dass der Historiker Peter Longerich feststellte, es hat »den Anschein, dass sich die Aktivitäten der obersten SA-Führung unter v. Pfeffer weitgehend im reinen Organisieren erschöpfte«.[63]

Der neue Osaf griff dabei auf seine Erfahrungen und Überzeugungen zurück. Führerideologie, Disziplin, Organisation, Aktivismus, Identität und Legalität waren hierbei die maßgeblichen Axiome. Bereits in einem Brief an die Gauleiter zu seinem Amtsantritt schrieb er dazu: »Mein Programm besteht aus 3 Teilen: – 1. Ordnung. – 2. Geist. – 3. Fachbildung. […] Die Arbeit [muss] mit dem Rufe ›Ordnung‹ […] beginnen.«[64] Der Einfluss der alten Armee auf Pfeffers Organisationsprinzipien ist unbestritten.[65] Die Ideen von Befehl und

Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln 2002, S. 404; Werner: SA und NSDAP, S. 456.

59 IfZ: Fa 223, Bd. 62, Bl. 10, Pfeffer an die Gauleiter vom 1. Oktober 1926.

60 ZZS Pfeffer II, Bl. 39.

61 So auch Pfeffer selbstbewusst gegenüber Buch, abgedruckt in: Tyrell: Führer befiehl, Dok. 97 S. 253 f., Buch an Heß vom 20. Februar 1929. Später äußerte er sich gegenüber Wagener, dass er dazu beitrage, Hitlers Ideologie in die Wirklichkeit zu transformieren. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 301.

62 IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 57. Von Pfeffer »Abschied« vom 29. August 1930.

63 Longerich: Die braunen Bataillone, S. 56.

64 IfZ: Fa 223, Bd. 62, Bl. 9, Pfeffer an die Gauleiter vom 1. Oktober 1926.

65 BArch: NS 23/931, An alle SA-Führer: »Lenkung der Massen – Militärisches Vorbild« vom 11. Januar 1927.

Gehorsam, von strenger Disziplin[66] und die Professionalität der Führung sind hierfür klare Zeugnisse. Mit den Erfahrungen eines Freikorpsführers sowie den Werkzeugen und dem Sachverstand eines Generalstabsoffiziers schuf Pfeffer jedoch eine Parteitruppe, die sich von den militaristischen Wehrverbänden distanzierte.[67]

Um diese Abgrenzung zu verdeutlichen, nutzte Pfeffer zunächst das einfache Mittel der Terminologie. Eine ganze Reihe von neu eingeführten Begrifflichkeiten sollte auch sprachlich den Unterschied zu Armee und Wehrverbänden aufzeigen und verdeutlichen, dass die SA einen Verbandstyp neuer Art darstellte. Der Bezug zu den negativen Erfahrungen Pfeffers mit dem Frontbund ist hierbei unverkennbar. Gesteigert wurde die Wirkung dabei noch von Pfeffers Vorliebe für Abkürzungen. OSAF, Osaf, SAF, SABE, GRUSA, VOB, Gru, Gruf, Tr, Trf, Sta, Staf, Gaust, Gauf, SAR, GISASS waren nur einige der neu entworfenen Kurzformen, die auch von Militärs nicht ohne Kenntnisse zur NSDAP zu entschlüsseln waren.[68] Auch die Organisationseinheiten erhielten neue Bezeichnungen.[69] Nur die »Gruppe« als kleinste Handlungseinheit sowie die 1927, wohl auf Wunsch Hitlers, wieder eingeführte »Brigade« hatten der Begrifflichkeit nach militärische Ambivalente.[70] Ansonsten wurde aus der Kompanie der »Stoßtrupp« und das Regiment wurde fortan als »Sturm« bezeichnet. Über der »Brigade« wurde der »Gausturm« als höchste Organisationsebene eingeführt.[71]

Aus praktischen Erwägungen wurde die »Elastizität der Organisation«[72] zu einem Charakteristikum der neuen SA. Den einzelnen Einheiten wurden keine exakten Sollgrößen verordnet.[73] Sechs bis zwölf Mann bildeten eine Gruppe, fünf bis sechs Gruppen einen Stoßtrupp. Aus drei bis fünf Stoßtrupps setzte sich ein Sturm zusammen. Wiederum drei bis fünf Stürme bildeten eine Stan-

66 SABE 7 vom 7. November 1926, in IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 21.

67 SABE 15 vom 2. Februar 1926, in ebenda, Bl. 30. Siehe dazu beispielhaft den SABE zur Verpflegungsfrage »Massenverpflegung – Allgemeines« vom 20. Juni 1929 in: BArch: NS 26/305 und etwa VB vom 21./22. August 1927, S. 424. Vgl. dazu Werner: SA und NSDAP, S. 417.

68 Oberste SA-Führung, Oberster SA-Führer, SA-Führer, SA-Befehl, Grundsätzliche Anordnungen der SA, Verordnungsblatt der SA, Gruppe; Gruppenführer, Trupp, Truppführer, Standarte, Standartenführer, Gausturm, Gausturmführer, SA-Reserve, Generalinspekteur der SA, SS und HJ.

69 Auch militärische Ordensberechtigungen und Titel sollten in der SA ebenfalls ohne Belang sein. SABE 7 vom 7. November 1926, in IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 21. Vgl. dazu auch SABE 11 »Abzeichen – im Einzelnen« vom 11. November 1926, in ebenda, Bl. 23.

70 GRUSA IV vom 4. Juni 1927, abgedruckt in: Hitler: RSA, Bd. II/1, Dok. 141, S. 342 ff. Siehe auch Werner: SA und NSDAP, S. 386.

71 Vgl. SABE 6 und SABE 14, jeweils in: BArch: R 1507/2031, Bl. 80. GRUSA IV vom 4. Juni 1927, abgedruckt in: Hitler: RSA, Bd. II/1, Dok. 141, S. 342 ff.

72 Bennecke: Hitler und die SA, S. 133. Vgl. SABE 2 »SA und Partei – SA und Wehrverbände« sowie SABE 6 »Gliederung« vom 2. und 6. November 1926, in: BArch: NS 26/302.

73 Frank: Hitler, S. 315.

darte.[74] Auf eine durchgängige und einheitliche Nummerierung der Einheiten verzichtete Pfeffer bewusst,[75] was nicht selten zu der erwünschten Konfusion beim politischen Gegner im Straßeneinsatz und zu völligen Fehlschätzungen der Behörden bei der Bestimmung der Anzahl der SA-Männer führte. Gleichzeitig sollte mit dieser Flexibilität die Werbetätigkeit der Einheiten angefacht werden.[76] Das aufkommende Spannungsverhältnis zwischen größtmöglicher Zweckorientierung im Sinne der Propaganda, d. h. zwischen organisatorischer Variabilität und einer straffen Organisation,[77] versuchte Pfeffer durch das Einsetzen ehemaliger Freikorpsoffiziere, die er schnell als höhere Führer an maßgebliche Stellen beorderte, aufzulösen.[78]

Der Rückgriff auf diese Klientel versinnbildlicht ein zweites Dilemma: Wie ließ sich die Freiwilligkeit des Dienstes mit der Forderung nach unbedingter Einsatzbereitschaft, Disziplin, Gehorsam und Subordination verbinden?[79] Insbesondere die Disziplin war für Pfeffer nach den Erfahrungen von Krieg, Revolution und Freikorps unabdingbar für das Funktionieren eines Kollektivs und damit fundamentale Voraussetzung für die inner- wie außerparteiliche Schlagkraft der SA.[80] Die Mehrheit der SA-Männer stammte aus sozial einfachen bis prekären Verhältnissen[81] und war durch Krieg und Nachkrieg in der paramilitärischen Gedankenwelt fest verwurzelt. Die SA war im Schnitt jünger, aktiver, mobiler, den Methoden nach fortschrittlicher, aber auch aggressiver und revolutionärer als die mit ihr konkurrierenden Verbände im rechten Spektrum.[82] Doch tat sich diese Klientel, nicht minder wie die von

74 SABE 14 vom 14. November 1926, in: BArch: R 1507/2031, Bl. 80. Verdeutlicht wird jedoch schon hier die Flexibilität der Organisation. Ein Stoßtrupp konnte demnach eine Stärke zwischen 30 und 70 Mann, ein Sturm zwischen 90 und 360 Mann und eine Standarte zwischen 270 und 1.800 Mann haben.

75 SABE 14 »Aufbau einer Brig« vom 14. November 1926, in IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 27 ff.

76 GRUSA IV vom 4. Juni 1927, abgedruckt in: Hitler: RSA, Bd. II/1, Dok. 141, S. 342 ff.

77 Vgl. StaM: Nr. 162, Pfeffer an BV Bielefeld vom 12. Juni 1924.

78 Campbell: The SA generals, S. 143 und Sven Reichardt: Die SA im »Nachkriegs-Krieg«, in: Gerd Krumeich et al. (Hrsg.): Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010, S. 243-259, S. 245.

79 Vgl. zu dieser Fragestellung Hitler: Mein Kampf, Bd. 2, S. 586 ff.

80 Vgl. dazu Pfeffers mannigfache und immer wiederkehrende Befehle, Appelle und Stellungnahmen zur Disziplin in der SA, etwa SABE 7 »Disziplin« vom 7 November 1926, in IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 21; Franz von Pfeffer: »Disziplin«, in: ›Der SA-Mann‹, Beilage zum VB vom 25./26.3.1928; BArch: R 1501/126085, Bl. 288 ff. Vgl. auch Hitler: Mein Kampf, Bd. 2, S. 615.

81 Fischer spricht von einem Arbeiteranteil von 50 Prozent und geht gleichzeitig von einer Arbeitslosenquote von 70 Prozent aus. Vgl. Fischer: Stormtroopers, S. 26 und 52.

82 Ebenda, S. 20 und 23; Jamin: Zwischen den Klassen, S. 37 ff. Signifikant hoch dürfte zudem der Anteil der Arbeiter gewesen sein. Vgl. auch Michael Kater: Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925-1939, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG) 62 (1975), S. 339-375, S. 343 f. Leider liegen jedoch keine Mitgliederkarteien und Personalakten der SA vor. Mathilde Jamin: Methodische Konzeption einer quantitativen

Pfeffer rekrutierten ehemaligen Freikorpsoffiziere,[83] mit den Anforderungen an Disziplin und Subordination schwer.

Die soziale Zusammensetzung führte zugleich auch zu einem dritten Spannungsverhältnis innerhalb der SA: dem Widerspruch zwischen dem revolutionären Aktivismus und der Legalitätstaktik der Partei.[84] Pfeffer wusste um die Potenziale der SA, die gerade von ihrer aktivistischen Klientel ausgingen. Sein Ziel war es, die SA zu kontrollieren, ohne dabei jedoch die revolutionäre Dynamik, die er als die zentrale Triebkraft der Gesamtbewegung ausmachte, durch zu rigorose Restriktionen zu lähmen.[85] Wenn Pfeffer fortan zwischen scharfer Disziplinierung der SA, etwa durch Ausschlüsse oder disziplinarische Maßnahmen,[86] und der Anfeuerung der aktivistischen Dynamik durch eine revolutionäre Diktion schwankte,[87] war dies der Versuch, die Widersprüchlichkeit zu überdecken und ein Gleichgewicht zwischen diesen Extremen auszutarieren. Neben den Grundsätzen der Organisation und Disziplin, die etwa durch hierarchische Befehlsstrukturen oder fest institutionalisierte Verfahrenswege bei der Führerauswahl Konflikte vermeiden sollten, versuchte Pfeffer durch die Herausbildung einer singulären SA-Identität die Widersprüche innerhalb der SA zu überdecken.[88] Einheitliches Auftreten und Dienstanzug,[89] gemeinsame Gewaltpraxis,[90] pausenloser Aktionismus, Jugendpathos, exzessive körperliche Ertüchtigung,[91] die immer wiederkehrenden Topoi der »nationalen Tat« und dem »Kampf auf Leben und Tod«, in dem sich der SA-Mann befände, ebenso wie die mit der Zeit aufs Detaillierteste ausgearbeiteten festen

Analyse zur sozialen Zusammensetzung der SA, in: Reinhard Mann (Hrsg.): Die Nationalsozialisten, Stuttgart 1980, S. 84-90, S. 84 f. Vgl. dazu Merkl: Political violence, S. 492 ff. und 550 ff.

83 Bei den Freikorpsoffizieren kam noch die generelle Skepsis gegenüber jeder Parteipolitik hinzu, was auch die Konflikte mit den Gauleitern verschärfte. Frank: Hitler, S. 335 ff. Vgl. Kapitel 6.3.3.

84 Vgl. dazu Kapitel 6.4.2. Dazu auch Campbell: Landsknecht, S. 246 ff.

85 Dies galt auch für organisatorische Restriktionen. Vgl. FN 6/72 und 6/119.

86 Pfeffer beanspruchte in dienstlichen Angelegenheiten die vollständige Disziplinargewalt über die SA und vertrat dies auch rigoros gegenüber der politischen Parteileitung. SABE 7 vom 7. November 1926, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 21 sowie BArch: NS 23/1239, OSAF an Parteileitung vom 17. November 1928.

87 Ein frühes Beispiel für den Umgang mit diesem Spannungsgeflecht stellt ein Flugblatt aus dem Winter 1926/1927 dar. Hier heißt es: »Widerstand gegen Polizei und Staatsgewalt ist heute immer Unsinn, weil Du ja in jedem Fall der Unterlegene bist, gleichgültig ob Du Recht und Unrecht hast. Der Staat rächt sich an Dir und an uns mit Gefängnis und hohen Geldbußen. Darum: Wenns nicht anders geht, füge Dich der Staatsgewalt. Aber tröste Dich: wir rechnen später einmal ab!« BArch: R 1507/2031, Bl. 81.

88 Campbell: Landsknecht, S. 250 f.

89 SABE 10 »Dienstanzug« vom 10. November 1926, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 26.

90 Vgl. Pfeffer in ZZS Pfeffer I, Bl. 7. Sowie als ein zeitgenössisches Beispiel unter vielen Fritz Stelzner: Schicksal SA. Die Deutung eines großen Geschehens. Von einem, der es selbst erlebte, München 1936, S. 49 ff.; Longerich: Die braunen Bataillone, S. 94 ff.

91 Bracher: Machtergreifung, S. 842 ff.

Rituale wie Totenkult, Fahnenweihe und Standartenübergabe waren Teilaspekte der Konstruktion einer gemeinsamen Identität. Im Mittelpunkt dieser standen der Führerglaube und die Verpflichtung auf Adolf Hitler.[92]

Zentral für die Herausbildung einer SA-Identität war auch das Axiom der Elite. Seine Methode zur Herausbildung eines Korpsgedankens war eine denkbar einfache – die eigene Überhöhung sowie die Exklusion Außenstehender. Elite definierte Pfeffer dazu – anders als noch in »Zucht« – nun primär über die Weltanschauung und den Aktivismus. Rassische Merkmale des Einzelnen rückten demgegenüber in den Hintergrund. Tatsächlich setzte sich Pfeffers Doktrin, dass die »Aktivisten«,[93] innerhalb der NSDAP, also die SA, »die Elite der Bewegung« darstelle,[94] schnell durch.[95] Die damit einhergehende Abgrenzung zur politischen Organisation war intendiert und diente nicht minder der Identitätsstiftung. Auch wenn die SA-Männer Mitglied der NSDAP sein mussten,[96] eine Unterstellung der SA unter die PO lehnte Pfeffer konsequent ab. Stattdessen wollte er die SA neben der PO als zweite gleichberechtigte Säule in der NSDAP etablieren.[97]

So konsequent mit dieser Definition von Elite die Abgrenzung zu anderen Rechtsparteien,[98] zu Wehrverbänden, aber eben auch zur PO erfolgte,[99] innerhalb der SA sollte nach Pfeffer soziale Gleichheit herrschen. Auf reguläre Dienstränge verzichtete er. Jeder Mann war schlicht »SA-Mann«.[100] Bei den Bezeichnungen wie Gruppen- oder Sturmführer handelte es sich lediglich um Funktionsbezeichnungen. Eine feste Hierarchisierung lehnte Pfeffer ab, da die damit zwangsläufig einsetzende Herausbildung einer SA-Nomenklatura

92 Vgl. auch Balistier: Gewalt und Ordnung, S. 55 ff.

93 ZZS Pfeffer I, Bl. 22.

94 Ab Frühjahr 1928 erschien auf Initiative des vormaligen SS-Führers Berthold mit »Der SA-Mann« eine eigene SA-Zeitschrift, die dieses Bild ebenfalls darstellte. Aus Kostengründen erschien »Der SA-Mann« zunächst als monatliche, dann kurze Zeit als zweiwöchentliche und ab 1929 als wöchentliche Beilage zum VB. Später erschien »Der SA-Mann« als eigenständige Zeitschrift.

95 In der SA hörte man dies nur zu gerne. Wie weit dieses Bild bald auch in die politische Organisation hineinreichte, zeigt eine Stellungnahme Goebbels, der in Berlin dauerhaft im Clinch mit der SA lag, später aber dennoch feststellte: »Wer zur SA gehörte, der war damit ein Stück Parteielite – die SA ist das Rückgrat der Partei[,] mit ihr steht und fällt die Bewegung.« Zit. nach Engelbrechten: Braune Armee, S. 60.

96 Dies wurde im Gegensatz zu der Praxis vor dem Putschversuch nun schärfer kontrolliert.

97 Was auch die Aufwertung der eigenen Rolle zur Folge hatte.

98 So stand die SA fortan ausdrücklich nur bei Veranstaltungen der NSDAP als Saalschutz zur Verfügung. Werner: SA und NSDAP, S. 433.

99 Pfeffer setzte für die SA auch eine Reihe von nach außen hin deutlich sichtbaren Privilegien durch. So durfte nur noch die SA Flaggen (VB vom 17. November 1926) mit sich führen und Hakenkreuzarmbänder tragen (VB vom 20. November 1926).

100 Ebenda, S. 399.

die unentbehrliche revolutionäre Dynamik der SA hemmen würde.[101] In der Realität jedoch stellten die Funktionsränge de facto Dienstränge dar. Ein vormaliger Sturmführer trat kaum tags darauf seinen Dienst wieder als einfacher SA-Mann ohne Leitungsbefugnisse an.[102] Trotzdem ist davon auszugehen, dass unter den zumeist aus sozial einfachen Verhältnissen stammenden SA-Männern dieses Zeichen der Gleichheit nicht ohne Wirkung blieb und den Korpsgeist förderte.[103]

Der soziale Gedanke äußerte sich im Zusammenhang mit der Identitätsausbildung auch in einem immer stärker ausgebauten Vorsorgeprinzip. Die stetig steigende Anzahl an gewaltsamen Auseinandersetzungen hatte nicht nur die Herausbildung eines SA-Sanitätswesens zur Folge,[104] sie führte auch dazu, dass Pfeffer die noch in Westfalen aus finanziellen Gründen gescheiterte Idee einer SA-Versicherung wieder aufgriff.[105] Den SA-Männern wurde damit ein Mindestmaß an materieller Sicherheit geboten. Gleichzeitig sollte diese Absicherung auch dazu dienen, die Einsatzbereitschaft und damit die Dynamik der SA weiter anzufachen.[106] Nach einigen Anlaufschwierigkeiten wurden mehrere Verträge mit privaten Versicherungsgesellschaften geschlossen.[107] Da jedoch die SA-Männer die Kosten von 20 Pfennig selbst zu tragen hatten, verzichteten viele trotz Befehl auf den Eintritt in die Versicherung.[108] Als das System Ende 1928 dadurch scheiterte, dass, trotz einiger Finten Pfeffers, die

101 Höhne meint, dass Pfeffer hierbei bewusst die Methoden der Marxisten aufgriff, um diese damit anzugreifen. Höhne: Mordsache Röhm, S. 87.

102 Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 291.

103 Vgl. hierzu etwa die Praxis in der Zeitschrift »Der SA-Mann«. Auch hier wurden die Autoren der einzelnen Artikel, unabhängig von ihrer etwaigen reichsweiten Bekanntschaft, stets mit der Bezeichnung »SA-Mann« nach dem Namen versehen. Gleiches gilt auch für die von Pfeffer hier veröffentlichten Nachrufanzeigen.

104 Werner: SA und NSDAP, S. 408 und 583.

105 Werner: SA und NSDAP, S. 407. Vgl. dazu die Bestände im Bundesarchiv: NS 1/295; 303; 389; 390; 391; 393; 630 und 688.

106 Vgl. BArch: NS 1/393, Bl. 602, Entwurf Pfeffers vom 13. Januar 1927. »Wir verlangen von unseren Parteigenossen den Einsatz der ganzen Person. Der Freiheitskampf erfordert es, dass wir den Parteigenossen auch in Lagen führen müssen, bei denen er Leib und Leben einsetzt oder zu Schaden kommen kann.« Von Dezember 1923 bis zum 31. August 1932 registrierte man in der NSDAP 20.234 Unfälle mit 303 Todesopfern. Stefan Laube: Hilfskasse statt Versicherung. Die NSDAP und das »Wagnis Machtergreifung« (1926-1933), in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 44 (1999), S. 196-217, S. 198.

107 HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 77, Versicherung Breffka & Henke an Gauleitung Ruhr vom 26. Januar 1927.

108 Ursprünglich war vorgesehen, dass auch Ortsgruppen auf freiwilliger Basis von den mit der Privatwirtschaft ausgehandelten Konditionen partizipieren sollten und konnten. BArch: NS 1/393, Entwurf Pfeffers vom 13. Januar 1927. Die Versicherungen rechneten bei ihrer Kalkulation mit 20.000 bzw. 40.000 Eintritten. Bis Sommer 1927 waren jedoch erst 7.374 Mann versichert. Laube: Hilfskasse, S. 201. Erst 1929 erreichte man mit etwa 42.000 versicherten SA-Männern die vorab kalkulierte Anzahl. BArch: R 1507/2058, Bl. 183, Bericht vom 28./29. April 1930.

Policen, die am häufigsten aufgetretenen Schadensfälle wie Sachbeschädigung und Personenschäden durch Schlägereien nicht mehr deckten[109] – mehrere Rechtsstreite zwischen der NSADP und den Versicherungskonzernen waren die Folge[110] –, ging man nach einer Übergangsphase der Zusammenarbeit mit dem »Deutschen Ring«[111] dazu über, die Versicherung in Eigenregie zu verwalten.[112]

Von Martin Bormann, den Hallermann aus der Nachkriegszeit kannte und der seit dem 15. November 1928 im Stab Pfeffers für die Versicherungsangelegenheiten verantwortlich war, kam der Vorschlag, mit einer »Hilfskasse« ein eigenständiges parteiinternes Sicherungssystem aufzubauen.[113] Pfeffer stimmte zu. Bei der Hilfskasse handelte es sich nicht um eine reguläre Versicherung. Zwar bestand Beitragspflicht aller Parteimitglieder von zunächst 30, ab Anfang 1929 dann 60 Pfennig,[114] fixierte Rechtsansprüche auf Leistungen gingen damit aber nicht einher. Die Zahlungen erfolgten bei Dienstausfall als Tagegeld sowie bei Tod und Invalidität als Einmalzahlungen. Pfeffer gefiel diese Konstruktion, stellte sie doch eine Handhabe dar, sich den unerwünschten Prüfungen durch die staatlichen Aufsichtsbehörden zu entziehen. Gleichzeitig entlasteten die neuen finanziellen Mittel die leere SA-Kasse und boten der OSAF die Möglichkeit, Geld in die Hochburgen des politischen Kampfes umzuleiten. Auch nach innen verfehlte die Hilfskasse ihre Wirkung nicht. Als, nach Pfeffer, »Werk des echten Deutschen Sozialismus«[115] trug auch sie zur Identitätsbildung der SA bei.[116] Für Bormann, der nach der Demission Pfeffers Leiter der am 1. September 1930 offiziell gegründeten[117] und der Reichsschatzmeisterei zugeordneten Hilfskasse[118] blieb, war diese der Nukleus seiner Machtstellung in der Partei.

Auch auf individueller Ebene, wo der permanente Aktionismus sowie die Gewaltpraxis die zentralen identitätsstiftenden Merkmale bildeten, förderte Pfeffer die Ausbildung einer eigenständigen SA-Identität. Strukturell sah er in möglichst engen persönlichen Verbindungen unter den SA-Männern das Mit-

109 BArch: NS 1/393, Bericht OSAF vom 14. Dezember 1928. So waren in der Regel nur die Invalidität mit 5.000 Mark und der Todesfall mit 3.000 Mark versichert. Vgl. auch bestens dazu Laube: Hilfskasse, S. 200.

110 Hans Frank vertrat hier die Partei etwa in der juristischen Auseinandersetzung mit der Albingia-Versicherung. Ebenda, S. 201 ff.

111 Vgl. zur »Nationalsozialisierung der Versicherungsidee« ebenda, S. 205.

112 Werner: SA und NSDAP, S. 410.

113 Jochen Lang: Der Sekretär. Martin Bormann. Der Mann, der Hitler beherrschte, München[3] 1987, S. 52; Volker Koop: Martin Bormann. Hitlers Vollstrecker, Wien u. a. 2012, S. 13 f.

114 BArch: NS 1/394, Bormann an Himmler vom 29. Januar 1930.

115 BArch: NS 1/295, Geschäftsbericht Bormanns Hilfskasse vom 4. Februar 1930.

116 Laube: Hilfskasse, S. 209 f.

117 Die Praxis der Hilfskasse bestand in Teilen ab Januar 1929.

118 Diese hatte inzwischen knapp 120.000 Beitragszahler. BArch: NS 1/295, Geschäftsbericht Bormanns Hilfskasse vom 4. Februar 1930.

tel Selbstbewusstsein, Zusammengehörigkeitsgefühl und Aktivismus weiter zu steigern. Seine Erfahrungen lehrten ihn, dass es am besten war, wenn sich die Mitglieder einer Gruppe persönlich kannten. Bis zur Ebene des Sturmführers sollten daher die Führer persönlichen Kontakt zu jedem einzelnen SA-Mann halten.[119] Ende November 1928 schrieb er: »Die Kameradschaft der S.A. Formationen muss daher derartig feste Formen annehmen, dass an ihrem granitenem Wall alle Polizeiverbote, alle sonstigen Schikanen abprallen.«[120]

Zum gleichen Zweck erhielten häufig auch die einzelnen Organisationseinheiten Namen »gefallener« SA-Kameraden. Auf der überindividuellen Ebene strukturierte Pfeffer die SA nicht, wie es bei der PO der Fall war, nach Wahlkreisen, sondern nach »Stämmen«. Auch dies galt dem Zweck der Identitätsbildung.[121] Glich auf der Ebene der Gaue die regionale Gliederung der SA noch weitestgehend derjenigen der PO, wurde auf den darunterliegenden Ebenen dies bewusst vermieden, um Eingriffe der Gauleiter in Kompetenzen der SA zu erschweren und damit die Autonomie der SA weiter zu stärken.[122]

Bei all diesen Einzelmaßnahmen stand im Zentrum der SA-Identität die Führerideologie bzw. das Führer-Gefolgschaftsprinzip. Die von Pfeffer bereits 1924 geforderte strikte innerparteiliche Diktatur fand nun in seiner SA ihre konsequente Umsetzung.[123] So dozierte Pfeffer etwa vor Unterführern: »Vor ihnen steht ein Einziger: der Führer. Und du folgst ihm. Der Glaube an ihn ist der Glaube an das deutsche Volk. Er befiehlt, und du folgst ihm, Du fragst nicht, warum und wozu. Du kennst ja das Ziel.«[124]

119 Dieses Prinzip kommt auch bei der Besetzung der Führerstellen zum Ausdruck. So sollte der Sturmführer alle ihm unterstellten Führer einsetzen, er selbst wurde von seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Standartenführer bestellt. Dieser wiederum wurde, ebenso wie alle höheren Führer, direkt vom Osaf eingesetzt. SABE 15 »Lenkung von Massen-Militärisches Vorbild« vom 19. Februar 1927, in IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 30. Vgl. auch Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 290f. sowie Nyomarkay: Charisma and factionalism, S. 116.

120 BArch: R 1501/125790, S. 239.

121 Dass Denken in den (vermeintlich) historischen Kategorien von deutschen »Stämmen« bei Pfeffer verwurzelt war, zeigen auch noch die Spruchkammerakten des Protagonisten. So schreibt er hier zu seiner Herkunft in Westfalen(!): »Wir sind ein Volk von Niedersachsen«, in: StaMünch: Spruchkammerakten 1312, »Meine Beziehung zur NSDAP« vom 15. Juli 1948, Bl. 2. Zudem war das Zeichen der Abgrenzung zur Republik bei gleichzeitiger Diffamierung des Systems als unhistorisch und damit undeutsch unverkennbar. Die SA, so sollte vermittelt werden, baute auf einer anderen Tradition auf.

122 Vgl. zu den Konflikten Kapitel 6.3.3.

123 Anders als in der PO verzichtete man in der SA von Beginn an auf jede Führerwahl. Dass Pfeffer damit Teile seines Prinzips der Identität und Einsatzbereitschaft durch personalisierte Strukturen zugunsten des diktatorischen Prinzips entkräftete, nahm er billigend in Kauf.

124 BArch: R 1501/125790, Bl. 272, Pfeffer vor Unterführer in Köln am 28. Dezember 1929.

Der nach wie vor heterogenen weltanschaulichen Auffassungen im rechten Spektrum bewusst, verzichtete Pfeffer auf eine eingehende ideologische Schulung der SA-Männer. Ein lockeres Gefüge aus Ressentiments und Phobien in kaum definierten ideologischen Sphären des Antikapitalismus, Antimarxismus und Antisemitismus erachtete er als ideologischen Grundkonsens der SA, als zweckmäßiger als politisches Detailwissen oder Kenntnisse um die Tagespolitik.[125] Stattdessen stand im Mittelpunkt der gemeinsamen SA-Identität die Treue des SA-Mannes gegenüber Hitler.

6.3.2 Suborganisationen

Schutzstaffeln

Durch geschickte Argumentation und seine Überzeugungskraft im persönlichen Dialog war es Pfeffer gelungen, Hitler davon zu überzeugen, ihm auch die SS, die noch wenige Wochen zuvor als Zeichen der besonderen Anerkennung auf dem Reichsparteitag 1926 die »Blutfahne« überreicht bekommen hatte,[126] als eigenständige »Sonderformation« zu unterstellen. Pfeffer hatte damit die Mittel, die bereits vor seinem Amtsantritt aufgetretenen Spannungen zwischen SA und SS zu kontrollieren.[127] Fortan schlug der Osaf Hitler den nun Reichsführer-SS (RFSS) genannten SS-Chef zur Ernennung vor.[128] Damit verhinderte Pfeffer zumindest auf administrativer Ebene, dass es zu einer innerparteilichen Konkurrenzorganisation kam.[129] Vergleicht man die Eckpfeiler Pfeffers SA-Konzeption – Elitegedanken, uneingeschränkte Führerideologie, strikte organisatorische Abgrenzung zur PO – mit den Grundlagen der SS, deutet sich schon an, dass unter Pfeffer für eine expandierende Entwicklung der SS kein Raum blieb.[130]

Wie dringlich das Verhältnis zwischen SA und SS Ende 1926 einer Klärung bedurfte, zeigte sich schon daran, dass Pfeffer bereits am 4. November dies

125 Bracher: Machtergreifung, S. 841f. Vgl. auch SABE 3 »SA und Öffentlichkeit (Propaganda)« und 4 »SA und SS« vom 3. und 4. November 1926, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 16f. Siehe dazu auch die mannigfachen Beispiele der oberflächlichen politischen Bildung der SA, in: ›Der SA-Mann – Beilage zum Völkischen Beobachter‹. Die Anknüpfung an die vermeintlich der Tagespolitik entzogenen Freikorps ist hier augenscheinlich. Vgl. etwa für den Antisemitismus Heinrich Winkler: Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus – Juden als »Blitzableiter«, in: Wolfgang Benz et al. (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord, Bonn 1997, S. 341-362, S. 358.

126 Bernhard Schäfer: Blutfahne der NSDAP, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44343 (18.03.2011).

127 BArch: R 1507/2031, Bl. 60.

128 Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 126.

129 Werner spricht wohl daher von einer »essenziellen« Forderung Pfeffers. Werner: SA und NSDAP, S. 361.

130 Bereits an der Ruhr gestand Pfeffer der SS keine relevante Bedeutung zu. Eine Haltung, die er mit Lutze teilte. Vgl. Koehl: The SS, S. 31 und 33.

thematisierte.[131] Ohne die Existenz der als »Stabswache« gegründeten und von Hitler protegierten SS insgesamt infrage zu stellen[132] – deren Existenz war für Hitler essenziell und damit nicht verhandelbar –, machte Pfeffer unmissverständlich die für ihn nachgeordnete Bedeutung der SS deutlich. Pfeffer versagte ihr dort Einheiten aufzustellen, wo die SA noch nicht stark genug war.[133] Im Grundsatz sollte sie lediglich jene Aufgaben übernehmen, in der besonders geschulte Männer einzeln tätig werden müssten, etwa bei Spionage und Aufklärungsmaßnahmen.[134] Auftritte in Gruppen, die nach Pfeffer die meiste Wirkung erzielten, blieben allein der SA vorbehalten. Vielsagend war der letzte Abschnitt des Befehls. Pfeffer sprach die Gefahr an, dass die SS das Gros der »Führer-fähigen-Männer« der SA abwerben könnten und verbot damit faktisch das Werben der SS in der SA.[135] Hier zeigt sich der geringe Wert der SS in Pfeffers Konzeption am deutlichsten. Fast herablassend stellte er lapidar fest, dass dort, wo bislang noch keine SS bestünde, vorerst auch ein paar »handfeste« SA-Männer in Zivil diese Aufgaben übernehmen könnten.[136] Betrachtet man Pfeffers SS-Konzeption zusammenfassend, war der Antrag des Gaues Schlesien zum Parteitag 1927, die SS als »Parallel-Organisation der SA« aufzulösen, folgerichtig.[137]

Die aus der stiefmütterlichen Behandlung durch Pfeffer resultierenden mangelhaften Entwicklungsmöglichkeiten der SS erkennend,[138] trat Joseph Berchtold 1927 als RFSS zurück.[139] Pfeffer ernannte daraufhin dessen Stellvertreter Erhard Heiden.[140] Heiden, der Heinrich Himmler als seinen Stell-

131 SABE 4 »SA und SS« vom 4. November 1926, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 17.
132 Zur Gründungsgeschichte der SS siehe Höhne: Totenkopf, S. 27 ff.
133 Bennecke: Hitler und die SA, S. 239 f.
134 Koehl: The SS, S. 35 und 37.
135 SABE 4 »SA und SS« vom 4. November 1926, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 17.
136 SABE 4 »SA und SS« vom 4. November 1926, in: ebenda, Bl. 17.
137 BArch: NS 26/390. Hitler persönlich verwarf dies. Vgl. zu dessen Intentionen Edgar Knoebel: Racial illusion and military necessity. A study of SS political and manpower objectives in occupied Belgium 1965, S. 3 ff.
138 Vgl. zu den Konflikten auch Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 296 f. Beispielhaft für die Niederhaltung der SS ist etwa Mythenbildung in der Folge der Saalschlacht in den Berliner Pharussälen zu nennen. Obwohl SS-Männer die Wende zugunsten der Nationalsozialisten herbeigeführt hatten, ging die Saalschlacht in den Gründungsmythos der Berliner SA ein. Philipp Bouhler: Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, Berlin 1929, S. 90; Kater: SA und SS, S. 346 f. Vgl. ideologisch zum Ablauf: Engelbrechten: Braune Armee, S. 52 ff.; Ernst Bayer: Die SA. Geschichte, Arbeit, Zweck und Organisation der Sturmabteilungen des Führers und der obersten SA-Führung, Berlin 1938, S. 11.
139 Obwohl Pfeffer später gegenüber Hitler von einer »gewaltsamen Absetzung« Berchtolds schrieb (BArch: NS 26/86, »An den 1. Parteivorsitzenden« vom 12. Juni 1929, Bl. 32), blieb dieser jedoch im Stab der OSAF und stieg bis zum SA-Obergruppenführer auf. Bernd Diroll: Personen-Lexikon der NSDAP, Norderstedt 1998.
140 Heiden war bereits 1923 im »Stoßtrupp Hitler« aktiv. Vgl. Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 35 und 98.

vertreter in den Stab der OSAF berief, akzeptierte die Pfeffer-Konzeption, die die SS als elitäre, aber personell schwache »Sonderformation« vorsah.[141] Bis Jahresbeginn 1929 reduzierte sich die reichsweite Mitgliederzahl von knapp 1.000 unter Berchtold auf 280,[142] was die Marginalisierung bedeutete. Wohl intensiver als der Aufbauarbeit in der SS widmete sich Heiden einer als »Reichswirtschaftsstelle« bezeichneten Unternehmung, deren Geschäftspraktiken schließlich in direktem Zusammenhang mit seiner Ablösung im Januar 1929 standen.[143]

Himmler, sein Nachfolger, verfolgte mit der SS weit engagiertere Pläne.[144] Zugute kam ihm dabei, dass sich mit dem bereits unter Pfeffer langsam vollziehenden Wandel der SA zur echten Massenorganisation, der Handlungsspielraum für eine Eliteorganisation innerhalb der Partei kontinuierlich ausweitete.[145] Auch wurde immer deutlicher, dass das stetig selbstbewusster agierende SS-Führungskorps die Beschränkungen durch Pfeffer immer weniger akzeptierte. Die SS blieb dennoch bis zur Demission Pfeffers im Spätsommer 1930 als Annex der SA eine Sonderformation nachgeordneten Stellenwerts.[146] Personell bedeutete dies zugleich eine Beschränkung der Ambitionen des ehrgeizigen Himmlers, die dieser Pfeffer nicht vergessen sollte.[147]

Hitlerjugend

Bereits in Westfalen hatte sich Pfeffer mit der Frage der Nachwuchsarbeit der Partei auseinandergesetzt.[148] Die Unterstellung der auf dem Weimarer Reichs-

141 GRUSA VII abgedruckt in: RSA, Bd. III/2, Dok. 22, S. 194ff. Vgl. auch Walter Kiehl: Mann der Fahne. Kameraden erzählen von Dr. Ley, München 1938, S. 68. So durften etwa nur Männer im Alter zwischen 23 und 35 Jahren in die SS eintreten, die mindestens eine Größe von 1,70 Meter hatten. Befehl Himmlers vom 15. März 1928 nach Kater: SA und SS, S. 350. Ebenda auch weiterführend zum Eliteverständnis von SA und SS.

142 Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 297.

143 Vgl. BArch: NS 26/86, »An den 1. Parteivorsitzenden« vom 12. Juni 1929, Bl. 32ff. und Kapitel 6.3.3.

144 Höhne: Totenkopf, S. 57ff.

145 Die Mitgliederzahlen stiegen von 280 auf 2.700 Ende 1930. Nach dem Inspekteur für Statistik an Himmler vom 1. März 1943 zit. nach Bernd Wegner: Hitlers politische Soldaten, die Waffen-SS 1933-1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn[3] 1988, S. 80f.

146 Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 126.

147 Vgl. etwa das für Pfeffer wenig schmeichelhafte Gedächtnisprotokoll Himmlers zu Pfeffers Rücktritt aus dem Jahr 1941. BArch: N 19/2817.

148 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 41 vom 30. September 1925. Vgl. Kapitel 5.3.3. Am 27. Oktober 1927 wurde Pfeffer zudem Vorsitzender des »Jugendausschusses der NSDAP«, der jedoch auch ab Sommer 1930 als »Jugendamt« der NSDAP unter Walter Buch kaum Wirkung entfaltete. Hans-Christian Brandenburg: Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln 1968, S. 33; Peter Stachura: Nazi youth in the Weimar Republik, Santa Barbara u. a. 1975, S. 145; Christoph Schubert-

parteitag am 4. Juli 1926 neu gegründeten Hitlerjugend (HJ) unter den Osaf war angesichts dessen Konzeption für die SA folgerichtig. So war es eines der wichtigsten Anliegen Pfeffers, dass die SA nicht durch Überalterung ihr aktivistisches Element verlor.[149]

Das Verhältnis zur HJ wurde dadurch erleichtert, dass Pfeffer und der von Hitler im Herbst 1925 eingesetzte »Jugendführer«, der erst 21-jährige Kurt Georg Gruber, von Beginn an ein herzliches, fast väterliches Verhältnis pflegten.[150] Das Ergebnis war eine für Pfeffer eigentlich völlig untypische, konsensorientierte und damit weitgehend konfliktfreie Zusammenarbeit. Bei einem Treffen Anfang Dezember 1926 in Weimar überzeugte Pfeffer den sichtlich von seiner Weltkriegs- und Freikorpsvergangenheit beeindruckten Gruber[151] von der Notwendigkeit einer Eingliederung der HJ in die OSAF. Gemeinsam legten sie die Richtlinien für die künftige Stellung der HJ fest. Sie richteten sich weitgehend nach Pfeffers Vorstellungen:[152] Hitlerjungen, die das 18. Lebensjahr überschritten, sollten automatisch in die SA übernommen werden.[153] Die HJ übernahm somit die »Funktion einer Jugendabteilung der SA«.[154] Pfeffer hatte sich damit einer seiner Hauptsorgen, der Erstarrung der Dynamik der SA, durch das stete Nachrücken junger, dynamischer und radikaler Elemente entledigt. Gleichsam verzichtete die HJ vollständig auf Jugendarbeit und konzentrierte stattdessen ihren Tätigkeitsschwerpunkt ganz auf die Unterstützung der SA bei deren propagandistischer Kernaufgabe.[155] Dafür, dass Gruber diese Nachwuchsförderung für die SA als Kernaufgabe der HJ anerkannte, war Pfeffer im Gegenzug zu weitgehenden Kompromissen bereit.

Als etwa deutlich wurde, dass die abrupte Abwanderung des Führerpersonals zur SA die Handlungsfähigkeit der HJ infrage stellte, akzeptierte Pfeffer 1929 eine Aufweichung der bisherigen Übergangsformen.[156] Auch durfte Gruber die HJ weiter von Plauen aus führen und er ließ es sogar zu, dass dessen Zentrale mit Hilfe eines »Gönnerings« – eine Abwandlung des von Goebbels und

Weller: Hitlerjugend. Vom »Jungsturm Adolf Hitler« zur Staatsjugend des Dritten Reiches, Weinheim und München 1993, S. 24.

149 Deutlich werden hier sicher auch die Prägungen durch die bündischen Jugendvereinigungen des Vorkriegs. Vgl. Kapitel 1.1.

150 Stachura: Nazi youth, S. 36. Dieses Verhältnis war offenbar so gut, dass Heiden sogar vermutete, dass Gruber Pfeffers Stellvertreter sei. Heiden: Nationalsozialismus, S. 224.

151 Gruber, Jahrgang 1904, meldete sich 1919 freiwillig zu den Freikorps, wurde jedoch nicht mehr eingesetzt.

152 Offiziell »Richtlinien über das Verhältnis zwischen NSDAP und JH e. V.«, abgedruckt in: Brandenburg: HJ, Dok. 7, S. 244.

153 Ab April 1929 erfolgte der Übertritt jährlich symbolisch am 8. November. Volz: Geschichte der NSDAP, S. 49.

154 Arno Klönne: Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner, Köln 2003, S. 531.

155 Schubert-Weller: Hitlerjugend, S. 19 f.

156 Brandenburg: HJ, S. 34.

Pfeffer bereits 1925 an Rhein und Ruhr eingesetzten »Nationalsozialistischen Freiheitsbundes« – kontinuierlich expandierte.[157] Bei HJ-internen Auseinandersetzungen etwa mit NSDStB-Führer von Schirach oder Konflikten mit der Reichsleitung stützte er Gruber.[158] Als dies etwa 1928 aufgrund seines defensiven Verhaltens bei möglichen Fusionen mit anderen Jugendorganisationen in Konflikt mit Rosenberg geriet, ergriff Pfeffer für ihn Partei.[159] Bei Verwaltung, Führung und Tätigkeit ließ er, weit mehr als bei der SS, dem Reichsführer HJ fast vollständig freie Hand.[160] Insgesamt sind jedoch diese Zugeständnisse keineswegs dem Desinteresse Pfeffers zuzuschreiben. Baldur von Schirach stellte später fest, dass Pfeffer »zwar großes Interesse für die Jugendbewegung aufbrachte, aber selbst zu viel Arbeit mit seiner SA hatte, um sich wirklich intensiv um die Jugend kümmern zu können.«[161] Zudem hatte sich Pfeffer mit der Übereinkunft mit Gruber vom Winter 1926 durchgesetzt, fortan handelte Gruber in enger Absprache mit ihm und weitestgehend in Pfeffers Sinn. Mit Gruber verwirklichte Pfeffer bei der HJ idealtypisch seine Idee der Eigenverantwortlichkeit seiner Unterführer.[162]

Weitere Organisationen

Nachdem der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) bereits 1926 unter bescheidenen Bedingungen in München gegründet worden war,[163] wurde er 1928 nach der Wahl(!) des 21-jährigen Studenten der Germanistik und Kunstgeschichte, Baldur von Schirach, der OSAF unterstellt.[164]

157 Vgl. FN 5/571. Eine Zentralisierung nach München erfolgte erst unter Röhm im Jahr 1931. Vgl. innere Entwicklungsgeschichte der HJ: Stachura: Nazi youth, S. 22 ff.

158 Ebenda, S. 98; Schubert-Weller: Hitlerjugend, S. 28.

159 Brandenburg: HJ, S. 37 f. Oberste Bedeutung hatte dabei für Gruber, dass diese zu einer strikten Unterwerfung unter das Führerprinzip bereit waren. Hatte er daran Zweifel, lehnte er eine Fusion ab. Nach und nach geriet Gruber, auch durch seinen Sitz in Plauen, immer mehr zum Außenseiter in der Partei. Nur rund ein Jahr, nachdem Pfeffer im Spätsommer 1930 seine Stellung als Osaf verloren hatte, trat auch Gruber zurück.

160 Gruber forcierte auch Kontakt ins Ausland. Organisatorisch gründete er in dieser Zeit »Jungmannschaften«, die Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren erfassten und die Vorläufer des Deutschen Jungvolks. Für die Mädchen richtete er »Schwesternschaften« ein, aus denen ab Juli 1930 der »Bund deutscher Mädel« (BDM) hervorging. Vgl. zur Aktivität der HJ: BArch: R 1507/2090, Bl. 29.

161 Baldur von Schirach: Die Hitlerjugend. Idee und Gestalt, Leipzig 1934, S. 21.

162 Vgl. FN 5/624.

163 Volz: Geschichte der NSDAP, S. 14.

164 Darüber, ob Pfeffer diese formale Unterstellung als Kompensation für die Akzeptanz der Kaltstellung des Strasser-Freundes und Mitgründers des NSDStB, Wilhelm Tempels, erhielt, kann mangels Quellen nur spekuliert werden. Zum Machtkampf zwischen von Schirach und Tempel siehe Anselm Faust: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Bd. 1, Düsseldorf 1973, S. 61 ff.; Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 200 ff.

Pfeffer war sich der weltanschaulichen Radikalismen, die in der Studentenschaft kursierten und damit des Potenzials, das dieses für die Bewegung barg, bewusst. Selbst ehemaliger Korpsstudent, hatte er die Beziehungen zur Vandalia niemals vollständig abreißen lassen. In Schlesien hatte er in seinem Freikorps auch Studenten geführt und sich 1922 mit dem Versuch des Aufbaus des »Wanderamtes« an der Universität Münster für eine politische Radikalisierung der Studentenschaft eingesetzt. Dennoch ist in den Jahren 1928 bis 1930 kaum ein persönliches Eingreifen des Osaf in die Belange des NSDStB dokumentiert. Die Unterstellung des NSDStB unter die OSAF dürfte daher mehr aufgrund systematischer und machtpolitischer als aus praktischen Erwägungen erfolgt sein. Kurios erscheint, dass ausgerechnet der von der OSAF und der Parteileitung weitgehend unbehelligt agierende NSDStB ab 1928 an den Universitäten die ersten größeren Wahlerfolge erzielte und somit mithalf, den Nationalsozialismus salonfähig zu machen.[165] Überhaupt verfolgte Pfeffer mit der Einrichtung dieser Suborganisationen das Ziel, eine neue Klientel für die SA zu erschließen und so die SA für möglichst viele junge Männer attraktiv werden zu lassen.[166]

Ergänzung zu den Nachwuchsorganisationen HJ und NSDStB stellte ab 1929 die SA-Reserve dar. Pfeffer war sich bewusst, dass ab einem Alter von etwa 40 Jahren die Belastungen, die er dem einzelnen SA-Mann zumutete, immer schwerer zu bewältigen waren. Um diese Alterskohorten nicht für die SA zu verlieren, kam bereits 1927 die Idee einer SA-Einsatzreserve mit verminderten Einsatzbereichen auf.[167] Mit dem Befehl vom 28. März 1929 wurde die SA-Reserve schließlich formal gegründet.[168] Zur Einrichtung einer Frauenabteilung innerhalb der SA, wie sie die Satzung vom 17. September erwähnt, kam es indes nicht.

An der Gründung des Nationalsozialistischen Automobilkorps (NSAK)[169] kurz vor der Demission Pfeffers zeigte sich beispielhaft, wie unproblematisch der Antagonismus zwischen der in großen Teilen antimodernen Weltanschauung und ihren modernen propagandistischen Methoden für die Nationalsozialisten war.[170] Bereits 1928 waren erste Kraftfahrtstaffeln in einzelnen SAen entstanden. Im Frühjahr 1930 schlug Wagener Pfeffer vor, diese als Motorstürme zu einer regulären Einrichtung zu machen.[171] »Zu jedem Sturm gehört

und Michael Kater: Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928: Randgruppe zwischen Hitler und Strasser, in: VfZ 22 (1974), S. 148-190.

165 Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 392.

166 Campbell: Landsknecht, S. 240.

167 Werner: SA und NSDAP, S. 404.

168 SABE »SA-Reserve (SAR)« vom 28. März 1929, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 42. Die Umsetzung erfolgte schließlich auf der Organisationsebene der Stürme.

169 Am 20. April 1931 wurde das NSAK in Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps (NSKK) umbenannt.

170 Vgl. Hans-Helmuth Krenzlin: Das NSKK. Wesen, Aufgaben und Aufbau des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, dargestellt an einem Abriß seiner geschichtlichen Entwicklung, Berlin 1939, S. 7 ff.

171 Lang: Der Sekretär, S. 51.

ein Motor-Sturm«, lautet der Kernsatz Pfeffers SABE vom 1. April 1930.[172] Da die finanziellen Mittel für die Anschaffung eigener Fahrzeuge fehlten, erging die Aufforderung an die SA-Männer, ihre privaten Kfz »bedingungslos«[173] der SA zur Verfügung zu stellen. Pfeffer sah für die Staffeln vornehmlich die Rolle als mobile Unterstützungseinheit bei Straßenkämpfen und bei Propagandaaktionen vor.[174] Gleichzeitig sollte sie, gemäß dem latenten Misstrauen Pfeffers gegenüber der Republik, nachrichtendienstliche Aufgaben übernehmen und damit die NSDAP von den Institutionen der Republik unabhängig machen.[175] Eine nachgeordnete Rolle spielten die vor allem auf dem Land ab 1929 vereinzelt gegründeten SA-Reiter und SA-Marinestürme.[176]

Pfeffer forcierte ab 1927 zudem die Ausbildung von Spielmannszügen, für die ab Winter 1927 Wilhelm Hillebrand als Reichsmusikleiter zuständig war. Bereits am Parteitag des gleichen Jahres waren 47 Musikzüge der SA präsent.[177] Allerdings dauerte es nur rund ein Jahr, bis es zum Bruch Pfeffers mit Hillebrand kam, den dieser in einer kompromittierenden Publikation verarbeitete.[178] Das seit 1929 intensiver betriebene SA-Sanitätswesen[179] wurde ab dem 3. Juli 1930 von Generaloberstabsarzt a. D. Paul Hocheisen als »SA-Reichsarzt« mit der Aufgabe geführt, ein einheitliches Gesundheits- und Sanitätswesen zu organisieren.[180]

Wirtschaftshandeln

Ein Schwerpunkt der Interessen Pfeffers lag in dem Ausbau des Wirtschaftshandelns der SA. Hiervon erhoffte er sich eine finanzielle Entlastung der stets angespannten Kassensituation. Sein Ziel war eine autark einsatzfähige SA, die unabhängig von staatlichen Institutionen, ebenso wie von außerhalb der Bewegung stehenden Privaten, dauerhaft zu operieren fähig war.[181] Dabei ist es

172 SABE »Motor-Stürme« vom 1. April 1930, in: BArch: NS 26/305.
173 BArch: NS 26/305.
174 Vgl. für den Wahlkampf 1932: Dorothee Hochstetter: Motorisierung und »Volksgemeinschaft«. Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) 1931-1945, München 2005, S. 40 ff.
175 Ab 1931 weiteten sich die Aufgaben des NSKK weiter aus. Vgl. ebenda, S. 39 ff. sowie zeitgenössisch Krenzlin: Das NSKK. Siehe auch Campbell: Landsknecht, S. 239.
176 Werner: SA und NSDAP, S. 407.
177 Ebenda, S. 406.
178 Wilhelm Hillebrand: Herunter mit der Maske! Erlebnisse hinter den Kulissen der N. S. D. A. P., Berlin 1928. Vgl. zu den Hintergründen BArch: R 1501/125789, Bl. 216: Demokratischer Zeitungsdienst vom 8. November 1929 sowie bereits zuvor Goebbels: Tagebücher. Einträge vom 20. Oktober, vom 25. November 1928 und vom 15. Dezember 1928.
179 Vgl. dazu die im »SA-Mann« 1929 publizierte Serie »Der SA-Sanitäter« in: ›Der SA-Mann – Beilage zum Völkischen Beobachter‹ vom 29. April 1929.
180 Balistier: Gewalt und Ordnung, S. 50.
181 In den Rahmen des Aufbaus einer Reichszeugmeisterei fiel etwa auch die Aufgabe, die Logistik für eine mobile Massenverpflegung zu schaffen. Vgl. SABE »Massenverpflegung – Allgemeines« vom 20. Juni 1929 und Werner: SA und NSDAP, S. 417.

angesichts seiner Skepsis gegenüber jedem ökonomischen Handeln und seiner antikapitalistischen Überzeugung bemerkenswert, wie er es – mit Unterstützung Bormanns – verstand, die zunehmende Marktmacht der immer größer werdenden SA zu nutzen. Im Rahmen der Kooperation mit privaten Versicherungen vermochte es Pfeffer in Verhandlungen die Attraktivität der SA für die Versicherer derart zu betonen, dass diese sich ausnahmslos finanziell verkalkulierten.

Jedoch nicht nur hier erkannte der Osaf das ökonomische Potenzial der SA. Bereits zum Jahreswechsel 1926/27 rückte die Frage nach der Beschaffung der von Pfeffer vereinheitlichten Ausrüstung in den Mittelpunkt. Pfeffer sah die Möglichkeiten, die sich hinter einem solchen Geschäft verbargen.[182] Dass es nicht bereits hier zum Aufbau einer SA-eigenen »Reichszeugmeisterei« kam, lag wohl in erster Linie an dem neu inthronisierten RFSS Heiden.[183] Dieser hatte exzellente Beziehungen zu dem Münchener Geschäftsmann und SA-Mitglied Adolf Rottenberger, der bereits zuvor vor allem die SS mit Ausrüstung beliefert hatte und zudem über das notwendige Kapital und die Infrastruktur verfügte, diese Tätigkeit weiter auszubauen.[184] Heiden setzte sich nun bei der Reichsleitung dafür ein, ausschließlich die Firma Rottenbergers mit der Belieferung der SA zu betrauen. Pfeffer akzeptierte dies schließlich widerwillig.[185] Zwar stand er der Durchführung dieses wichtigen Aufgabenbereichs durch einen Privaten skeptisch gegenüber, befürchtete er doch, dass die aus den exklusiven Belieferungsrechten hervorgehenden Gewinne nicht der SA zukommen würden, er musste jedoch eingestehen, dass die sich noch im Aufbau befindliche OSAF zum Jahreswechsel organisatorisch am Rande der Überlastung agierte und keinerlei zusätzliche Kapazitäten verfügbar waren. Hinzu kam wohl auch Druck seitens der Parteileitung, zu der Heiden ebenfalls enge Verbindungen hatte. Versehen mit der Auflage der »Gemeinnützig[keit]«[186] fusionierten im Februar 1927 mehrere Kleinfirmen zur »SA-Reichswirtschaftsstelle« unter der Leitung Rottenbergers.[187] Im Juni ernannte Hitler Rottenbergers Firma zum exklusiven Ausrüster der SA.[188]

182 Die SA-Männer waren verpflichtet, ihre Ausrüstung selbst, auf eigene Kosten, zu beschaffen, Campbell: Landsknecht, S. 233.

183 VB vom 19. Februar. Daraufhin weist: BArch: NS 26/86, »An den 1. Parteivorsitzenden« vom 12. Juni 1929, Bl. 30. Vgl. zu den Aufgaben Reichardt: Faschistische Kampfbünde, S. 582.

184 Koehl: The SS, S. 33.

185 BArch: NS 26/86, Bl. 32, »An den 1. Parteivorsitzenden« vom 12. Juni 1929.

186 Münchener Post vom 1./2. März 1930.

187 Dass es sich entgegen der Aussage im »Nationalsozialistischen Jahrbuch 1929« bei der »Reichswirtschaftsstelle« nicht wie hier kolportiert um eine Unterabteilung der OSAF, sondern tatsächlich um eine privatwirtschaftliche Unternehmung handelte, zeigt schon die Tatsache, dass Hitler selbst im Juni 1927 die »Reichswirtschaftsstelle« als exklusiven Ausrüster der SA anerkannte. Hitler: RSA, Bd. II/1, Dok. 143, S. 346. Vgl. auch die widersprüchlichen Angaben in Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 127. Auch das ehemalige Freikorpsmitglied Edmund Heines war bis zu seinem Parteiausschluss 1927 in die Geschäfte der Reichsgeschäftsstelle involviert.

188 Hitler: RSA, Bd. II/1, Dok. 143, S. 346.

Die Geschäfte der in der Schellingstraße 28 zentral angesiedelten Firma liefen bis Mitte 1928 derart ausgezeichnet,[189] dass bald Gerüchte um eine Bereicherung Heines und Rottenbergers auf Kosten der Parteigenossen aufkamen. Den Höhepunkt einer ganzen Reihe von Skandalen[190] stellte ein am 21. Juni 1929 in der sozialdemokratischen »Münchener Post« unter dem Titel »Juden als Hitlerlieferanten« erschienener Artikel dar.[191] Bereits vor dem Erscheinen des Artikels hatte die Affäre große Wellen geschlagen. Pfeffer wusste diese in seinem Sinne zu nutzen: Am 6. Januar 1929 war Heiden seiner Position als RFSS enthoben worden.[192] Bereits zuvor hatte wohl Pfeffer dafür gesorgt, dass die Reichsleitung nun der OSAF den Auftrag gab, die Privilegien der »Reichswirtschaftsstelle« an sich zu ziehen und, wie schon in der SA-Satzung vorgesehen, der Ausrüstungshoheit[193] mit einer eigenen »Reichszeugmeisterei« selbst nachzukommen.[194] Ohne Zwischeninstanzen sollte nun ausschließlich die OSAF von den für die SA-Männer verpflichtenden »dienstlichen« Anschaffungen finanziell profitieren und damit die dauerhaft angespannte Kassensituation der SA entlastet werden.[195]

Welche Rolle Pfeffer bei der Ausbootung Rottenbergers tatsächlich spielte, zeigte sich in der Reaktion Rottenbergers auf den nun absehbaren Konkurs seiner Firma. So behauptete dieser später, für Pfeffer ehrenrührig, der Osaf habe mit der »Marxisten- und Judenpresse« paktiert und den ihn belastenden Artikel in der ›Münchener Post‹ veranlasst.[196] Zudem griff er die Finanzpraktiken Pfeffers massiv an. Er warf dem Osaf Unterschlagung und Veruntreuung vor – diesmal betrug die Summe 2.000 Mark.[197] Pfeffer verwahrte sich gegen alle Vorwürfe und reagierte mit einem Antrag auf den Parteiausschluss Rottenbergers. Betrachtet man die Findigkeit seiner Argumentation in seinem Brief an Hitler, gibt dies einen Hinweis darauf, wie sich Pfeffer trotz der permanenten

189 Noch 1927 ernannte Heiden Rottenberger auch zum SS-Reichskassenverwalter. Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 127.

190 Vgl. ›Münchener Post‹ vom 21. Januar 1929 und 1./2. März 1929 sowie den VB vom 31. Januar 1929.

191 ›Münchener Post‹ vom 21. Juni 1929: »Juden als Hitlerlieferanten«. Der zentrale Vorwurf war hier, dass Rottenberger mit einem Subunternehmen zusammengearbeitet hätte, dessen Besitzer Jude gewesen sei.

192 Tyrell: Führer befiehl, S. 356. Gerade weil Hitler einen Zusammenhang mit den Vorwürfen zur Firma Rottenbergers offensiv leugnete, ist ein solcher hier doch sehr wahrscheinlich. Ebenda, S. 356 und Höhne: Totenkopf, S. 31.

193 Hitler: Reden und Schriften II/1 Dok. 31 S, 65 ff.

194 Lagebericht der Polizeidirektion München vom 17. Dezember 1928 zit. nach Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 127. Vgl. auch den VB vom 27. November 1928.

195 Vgl. Longerich: Die braunen Bataillone, S. 93 f. Hinzu kam ab 1929 auch ein nicht zu unterschätzender Propagandawert der Zeugmeisterei. Vgl. Werner: SA und NSDAP, S. 418.

196 So Pfeffer in seinem Antrag zum Parteiausschluss Rottenbergers. BArch: NS 26/86, Bl. 34, »An den 1. Parteivorsitzenden« vom 12. Juni 1929.

197 BArch: OPG – Von Pfeffer, Bl. 950.

Konflikte[198] über fast vier Jahre im engsten Umfeld Hitlers behaupten konnte. So zog er Hitler geschickt auf seine Seite, indem er Rottenberger kompromittierte und den Parteiführer persönlich gegen diesen aufbrachte. In einem Brief an Hitler schrieb er: »Außer gegen Osaf verbreitet (wie mir gemeldet wird) Rottenberger auch noch Vorwürfe gegen andere leitende Stellen der Partei. Diesen Vorwürfen bin ich naturgemäß nicht nachgegangen. Unter diesen Vorwürfen spielen Darstellungen der Affäre Maurice eine nicht unerhebliche Rolle und dürften geeignet sein, Ihre Person herabzusetzen.«[199]

Interessant für das Selbstbewusstsein, Selbst- und Hierarchieverständnis Pfeffers ist der letzte Abschnitt. So schrieb er hier:

> »Die Rechtslage ist meines Erachtens sehr einfach und klar – auf das Tatsächliche braucht gar nicht eingegangen zu werden. Es genügt die Feststellung, dass Rottenberger die Behauptungen über den Obersten SA-Führer, eine der wichtigsten und höheren Parteistellen verbreitet hat und zwar ausgerechnet bei den Unterstellten des Osaf. Denn selbst wenn die Behauptungen wahr sein sollten oder wahr wären, liegt in solcher Art der Verbreitung ein schwerer Verstoß gegen die Parteidisziplin und eine schwere Schädigung der Partei. Es müssten vielmehr solche Vorwürfe an den 1. Vorsitzenden oder an die Parteileitung oder [den] Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss gerichtet werden. Alles andere verstößt bewusst gegen die Parteiordnung, es muss die Partei schädigen, ja es hat den ausgesprochenen Zweck, hohe Parteistellen und die Partei zu schädigen.«[200]

Die Situation eskalierte daraufhin. Einige Wochen später bekräftigte Rottenbergers Buchhalter Siegmund Jung, ein ehemaliger Mitarbeiter der NSDAP-Geschäftsstelle, die Anschuldigungen. Einmal mehr brachte Pfeffer sein finanzielles Gebaren in Erklärungsnot. So schrieb Jung an den USchlA der Ortsgruppe München:

> »Im Januar 1927 prüfte ich die von Herrn v. Pfeffer verwaltete S.A. Kassa nach und stellte dabei fest, dass für rund 2300 Mark, in der Zeit vom 1. September bis zum 31. Dezember 1926, entsprechende Ausgabenbelege fehlten, und dass Herr v. Pfeffer nicht in der Lage war, den Nachweis für ev. S.A. Ausgabe in dieser Höhe zu erbringen. Herr v. Pfeffer hat im Übrigen für die Monate September, Oktober, November je 350 Mark und für Dezember 400 Mark, zusammen also 1450 Mark Aufwandsentschädigung, bis auf einen angeglichenen ›Gehaltsrückstand‹ von 323 Mark aus der Kasse entnommen. […]. Meine Auffassung war damals und ist auch heute noch die, dass v. Pfeffer auf Grund dieses Falles sofort mit Schimpf und Schande aus der Partei zu entfernen ist. […] Es dürfte mit Sicherheit feststehen, dass v. Pfeffer-Salomon jüdischer Abstammung ist und deshalb, nach den

198 Vgl. Kapitel 7.
199 BArch: NS 26/86, Bl. 33, »An den 1. Parteivorsitzenden« vom 12. Juni 1929.
200 Ebenda, »An den 1. Parteivorsitzenden« vom 12. Juni 1929, Bl. 32 ff.

> Parteigrundsätzen, wohl überhaupt nicht Parteimitglied, noch viel weniger Oberster S.A. Führer sein kann. Als Gauleiter des Ruhrgebietes hat v. Pfeffer-Salomon […] keine Beiträge an die Reichsleitung abgeführt, sondern über 10000 Mark für sich gebraucht. Weiter stehen den enormen Aufwandsentschädigungen, Reisespesen und Betriebszuschüssen, die Pfeffer-Salomon aus der Parteikasse bezog und bezieht, den erheblichen Beiträgen, die v. Pfeffer-Salomon mit jüdischer Geschäftstüchtigkeit Herrn Hitler aus der Tasche zu ziehen verstand und auch heute versteht, Arbeitsleistungen gegenüber, die gleich mit Null zu bewerten sind.«[201]

Trotzdem kam es wenige Wochen darauf zu einer Beilegung des Streits. Pfeffer hatte sich durchgesetzt und die »Reichszeugmeisterei«[202] war von nun an Teil der OSAF und stärkte damit die Autonomie der SA innerhalb und außerhalb der Bewegung.

Mit dem weiteren organisatorischen Voranschreiten des Ausbaus der SA und dem Erfolg der ersten wirtschaftlichen Unternehmungen[203] weitete sich Pfeffers Interesse an einem wirtschaftlichen Handeln weiter aus. Die Berufung des als Wirtschaftsexperte geltenden Otto Wageners am 24. Februar 1930 zu seinem Stabschef ist auch unter diesem Aspekt zu sehen.[204] Pfeffers ökonomische Ideen basierten auf seiner bereits in »Zucht« dargelegten antiliberalen, protektionistischen und simplifizierten Wirtschaftsidee. Anlehnend an die hier dargestellte Idee einer Art Zunftsystems,[205] sollte die SA nach innen ein harmonisiertes Wirtschaftsleben mit weitgehenden Privilegien für den Einzelnen entfalten, nach außen jedoch als monolithischer Block mit entsprechender Marktmacht auftreten.

Pfeffer förderte die Einrichtung eigener SA-Gaststätten, die den Korpsgeist der SA-Männer stärken und die Gewinne erneut dem SA-internen Wirtschaftskreislauf zuführen sollten.[206] Bereits seit 1929 vertrieb die Reichszeugmeisterei auf Initiative Pfeffers eine eigene SA-Zigarettenmarke mit dem Namen »Sturm«.[207] Später kamen hier auch »Stürmer«-Rasierklingen,

201 BArch: OPG – Von Pfeffer, Jung an den USchlA der Ortsgruppe München vom 14. Oktober 1926.

202 Zur Gliederung und zum Aufbau: Werner: SA und NSDAP, S. 415 f.

203 Signifikant für die immer bessere SA-Infrastruktur ist auch das häufigere Erscheinen der Zeitschrift der »SA-Mann« als Beilage zum Völkischen Beobachter von zunächst monatlich auf zweiwöchentlich und schließlich auf wöchentlich ab 1929.

204 Wagener und Pfeffer kannten sich aus dem Baltikum. Als einer der wenigen Freikorpsoffiziere verfügte Wagener über Kompetenzen im ökonomischen Sektor. Pfeffers langjähriger Adjutant Hallermann war schwer erkrankt und seit Frühjahr 1930 dienstunfähig.

205 Pfeffer sprach hier von eigenen »Banken, Kammern, Gerichten«. BArch: NS 26/960, Bl. 21.

206 BArch: NS 23/736, SABE vom 7. Juli 1930. Siehe auch: Balistier: Gewalt und Ordnung, S. 53 f.

207 SABE »Zigaretten« vom 27. Februar 1930, in BArch: NS 26/305. Vgl. zu deren Erfolg: Wawrzinek: Killinger, S. 118 f.

»Kampf«-Margarine und Schokolade hinzu.[208] Alle diese Unternehmungen hatten einen nicht unerheblichen Erfolg, sodass Pfeffer noch unmittelbar vor seinem Rücktritt eine erneute Ausweitung des SA-Wirtschaftstreibens vorsah. Mit der geplanten Einrichtung eines »NS-Kundendienstes« sollte kleinen Gewerbetreibenden die Zuführung von SA-Männern als Kunden angeboten werden. Diese sollten dafür, wie schon die SA-Gaststätten, anteilig Gewinne abführen. Diese wiederum sollten Kleinunternehmern als kurzfristige Kredite zur Verfügung gestellt werden, um sie so »von dem Zinswucher des jüdischen Leihkapitals zu befreien«.[209] Die Ambitionen Pfeffers waren enorm. Zu einer Umsetzung kam es jedoch nicht mehr. Durch seinen Rücktritt Ende August 1930 zerschlugen sich alle weiteren Pläne um den Aufbau eines SA-Wirtschaftsimperiums. Hitler unterstellte die Hilfskasse der Parteileitung und unterband in seiner neuen Rolle als Oberster SA-Führer jede weitere Aktivität. Dennoch, Pfeffer hatte bereits in der Kampfzeit die Potenziale eines organisierten Wirtschaftshandelns, einer strikt hierarchisch organisierten Massenorganisation aufgezeigt. Die SS griff diese Ideen im NS-Staat – und damit unter deutlich erleichterten Bedingungen – auf und errichtete damit faktisch einen Staat im Staat.[210]

6.3.3 Konflikte – die »Münchener Clique« und die Gauleiter

> »›Haben Sie etwas gegen Bayern?‹ Nein, meinte Pfeffer ›aber es ist eben doch ein anderer Menschenschlag als wir Preußen. Man kann nicht sagen, besser oder schlechter. Der Süddeutsche ist aber eben irgendwie anders.‹ ›Ich bin ebenfalls Süddeutscher‹ sagte ich [Wagener]. ›Aber‹, unterbrach Pfeffer mich: ›Sie sind Badener. Das ist für Bayern ein Preuße mit mildernden Umständen.‹«[211]

Auch wenn Pfeffer die SA organisierte, ohne dabei nach außen besonders exponiert in Erscheinung zu treten, führte der kontinuierliche Ausbau des Machtapparats der OSAF dazu, dass sich in der Führerpartei auch um den Osaf ein gewisser Kult unter den SA-Männern entwickelte. Pfeffer sah es nicht ungern, wenn er bei seinen meist minutiös geplanten öffentlichen Auftritten[212] mit Heil-Osaf-Rufen begrüßt wurde.[213] Vielmehr empfand er derartige Wür-

208 Werner: SA und NSDAP, S. 419.
209 Volz: Die Geschichte der SA, Bl. 63. So auch in Werner: SA und NSDAP, S. 419.
210 Hermann Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003, S. 114 ff.
211 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 36.
212 BArch NS 23/1239, SABE »Reise Osaf« vom 12. August 1930; IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 53.
213 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 38; Horst Adler: Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus und seiner Vorläufer in Schweidnitz (bis 1932), in: Tägliche Rundschau (1998), S. 2-24, S. 8 ff. Vgl. dazu kritisch Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 142; sowie Pfeffers Stellungnahme zur Publikation Krebs ZZS Pfeffer II, Bl. 17 ff.

digungen als die ihm zustehende Bestätigung seiner Arbeit.[214] Pfeffer war bei seinen Untergebenen durchaus beliebt.[215] Zwar war er in der durch ständiges Wachstum immer mehr durch Anonymität geprägten SA nicht der herausragende charismatische Führer und Redner, doch wurden stetige Expansion sowie die organisatorischen Fortschritte durchaus auch von dem einfachen SA-Mann wahrgenommen.[216] Gleichzeitig sorgten aber sein immer größeres Selbstbewusstsein,[217] seine elitäre und streitbare Attitüde,[218] sowie die herausfordernden Ambitionen und Zielsetzungen der neuen SA-Konzeption dafür, dass er, wie er selbst 1929/30 feststellte, bald zu der »am meisten bekämpfte[n] Persönlichkeit in der Reichsleitung der NSDAP« avancierte.[219]

Von Anfang an herrschte große Skepsis in der Beziehung zwischen dem neuen Osaf und der von Münchnern dominierten[220] Parteileitung. Auch Pfeffer kam keineswegs ohne Vorurteile nach München.[221] Er, der in den vergangenen zehn Jahren halb Mitteleuropa gesehen hatte, empfand die Stadt München sowie ihre Repräsentanten in der Parteileitung als provinziell und kleinbürgerlich. Ganz bewusst distanziert und für die Münchener herausfordernd, stellte er sich als Vertreter des norddeutschen Nationalsozialismus dar und kompensierte mit der steten Betonung der Bedeutung von Freikorps und der Rechtsbewegung Westfalens das Manko, nicht beim Putsch 1923 vor Ort gewesen zu sein.[222] Ebenso unmissverständlich machte er klar, dass ihn ausschließlich die Person Hitlers dazu bewogen hatte, nach München zu kommen und er sich nur dem Parteiführer gegenüber verantwortlich sah. Den größten Teil der Personen im politischen Apparat um Hitler lehnte er ab oder gestand ihnen keine ernsthafte Bedeutung zu. Offen sprach er von den »Hohlköpfe[n] hier in München«.[223] Auch aus den landsmannschaftlichen, kulturellen, aber auch den sozialen Unterschieden zwischen den Bayern und ihm als Preußen machte er keinen Hehl.[224] Noch Anfang 1930, Pfeffer war inzwischen über drei Jahre in München, schilderte er seinem kürzlich ernannten Stabschef Wagener:

214 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.
215 Stelzner: Schicksal SA, S. 48 f. Vgl. auch FN 6/213.
216 Engelbrechten: Braune Armee, S. 62.
217 So etwa schreibt Goebbels zu Pfeffers Selbstbewusstsein: »Er [Pfeffer] thront darüber wie ein Herrgott.« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 6. November 1926.
218 Ebenda, Eintrag vom 6. November 1927.
219 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 51.
220 Hoch war auch der Anteil der Auslandsdeutschen in der Parteileitung.
221 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 8. Juli 1925, siehe auch Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 36 f. und 68 f.
222 Diese Tendenz wird auch etwa deutlich in: StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32.
223 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 63.
224 Beispielhaft für den auch von Pfeffer wahrgenommenen Wesensunterschied zwischen dem Preußen Pfeffer und den Bayern ist eine Episode, über die sein Sohn berichtet. So soll sich Pfeffer nach einer Zugfahrt bei einem bayerischen Schaffner beschwert haben, dass dieser die Fahrscheine nicht ordnungsgemäß kontrolliert habe. Dies führte Pfeffer auf die »laxe bayerische Art« zurück. Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009. Die gute persönliche Beziehung Pfef-

»Sie haben hier nicht studierte Menschen vor sich oder Leute mit Offiziersbegriffen. […] Sondern alle Männer hier, oder wenigstens fast alle, sind aus einem meist kleinen Niveau zu dem herausgewachsen oder von Hitler herausgeholt worden, was sie jetzt sind und hier darstellen. Und außerdem sind sie meist Bayern oder Auslandsdeutsche. Und solche Menschen sind leicht soupconneux wenn da ein Neuer hereinkommt, besonders ein früherer Offizier, sogar Generalstabsoffizier, […] so müssen Sie also den Badener herausstellen. Das geht noch. Das wird noch akzeptiert. Preuße, das wäre recht belastend.«[225]

Auf der Gegenseite wirkte Pfeffer auf die Münchener wie ein skurriler Emporkömmling.[226] Sein unsteter und leichtfertiger Umgang mit Geld, seine pragmatische, unbürokratische,[227] aber eben auch sprunghafte, undurchsichtige und bisweilen unseriöse Vorgehensweise sowie die damit einhergehende häufig mangelnde Kommunikationsbereitschaft, passten so gar nicht zu den Parteiarbeitern wie Bouhler und Schwarz. Hinzu kamen Pfeffers schroffer dienstlicher Umgang, seine militärische Ausdrucksweise und Attitüde sowie die stete Betonung seiner persönlichen Unabhängigkeit, die sowohl an der Akzeptanz der Legalitätstaktik durch Pfeffer, als auch an dessen Loyalität zu Hitler Zweifel aufkommen ließen.[228] Gegenüber den Parteigenossen blieb Pfeffer beim Sie und ließ sich stets mit »Herr Hauptmann« anreden.[229] Auch sein Humor stieß in München auf wenig Resonanz.[230]

Mit Bouhler und Heinemann hatte er sich rasch überworfen.[231] Den Finanzer Schwarz belächelte er aufgrund seiner pedantischen Art. Mit Esser und Feder hatte er bereits vor seiner Ankunft in München gebrochen.[232] Auch Göring, dem er nicht zu Unrecht eine Profilierungsneurose unterstellte, wurde

fers mit dem »urwüchsigen Bayer« Gregor Strasser (Kissenkoetter: Gregor Straßer, S. 18), war eine Ausnahme.

225 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 51.

226 Vgl. Kapitel 7.4.

227 Goebbels sprach respektvoll von »Mutterwitz«: Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 28. Mai 1928.

228 Vgl. Tyrell: Führer befiehl, Dok. 97, S. 253 f., Buch an Heß vom 20. Februar 1929. Vgl. auch Kapitel 6.4.2. Vgl. auch Thomas Grant: Stormtroopers and crisis in the Nazi movement. Activism, ideology and dissolution, London u. a. 2004, S. 62.

229 Auch Goebbels berichtet in seinen Tagebüchern häufig vom »Hauptmann« von Pfeffer.

230 Dies galt nicht nur in München, der gebürtige Schwabe Krebs folgerte aus diesem etwa, dass es Pfeffer an »Ernsthaftigkeit« fehlen würde. Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 220. Auch bei Goebbels stieß der Humor Pfeffers bisweilen an seine Grenzen. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 25. Januar 1926.

231 Vgl. Kapitel 7.4.

232 Vgl. Kapitel 5.3.4 und 7.3. Vgl. auch zum Vorwurf des Opportunismus Pfeffers gegen Goebbels und Göring: Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 97. »Göring und Goebbels sind keine Schrittmacher für die tiefsten Gedanken der großen Bewegung Adolf Hitlers. Sie machen nur für sich selber Schritt.«

zum permanenten Gegenspieler Pfeffers.[233] Und selbst mit vermeintlichen Verbündeten wie Heß kam es immer wieder zu Scharmützeln. Dieser kündigte an, »künftig wichtigere Verhandlungen […] nicht mehr [mit Ihnen zu] führen [….] ohne einen Zeugen hinzuzuziehen oder zumindest das Endergebnis schriftlich niederzulegen und von Ihnen [Pfeffer] gegenzeichnen zu lassen«.[234] Hitler brachte es auf den Punkt, als er sich 1930 gegenüber Wagener äußerte:

> »Pfeffer ist ja auch ungeschickt. Er ist in seinem Urteil scharf und sarkastisch und teilt es jedem mit, der ihn danach frägt. Wen er nicht leiden kann, dem sagt er es sogar, wenn er ihn nicht danach frägt. Und da er den anderen meist überlegen ist, empfinden sie in seiner Art leicht eine Spitze, selbst wenn sie gar nicht beabsichtigt war, und fühlen sich von ihm missachtet und beleidigt ….«[235]

Der Osaf blieb im Münchener Umfeld der Parteileitung dauerhaft ein Fremdkörper.[236]

Der zweite Kontrapart Pfeffers waren die Gauleiter.[237] Pfeffer war sich hier der Zwangsläufigkeit der Konflikte bewusst.[238] Bereits in seinem Antrittsschreiben an die Gauleiter sprach er von der SA als »die Krönung unserer Organisation und unserer politischen Arbeit«. Zudem wäre es für die Partei »verächtlich«, wenn sie es »nicht wagt, sich seine Krönung [gemeint ist die SA] aufzusetzen«.[239] Sein Ziel, eine von den Einflüssen regionaler Parteistellen, d. h. der Gauleiter, unabhängige SA machte er trotz der beschwichtigenden

233 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 85. Göring bezeichnete Pfeffer als »verkappten Jesuiten«, was zwar angesichts Pfeffers Einstellung zur Kirche völlig unzutreffend war, jedoch die Missgunst dokumentierte. Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

234 IfZ: Fa 88, Bd. 86, Heß an Pfeffer vom 19. Mai 1929.

235 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 95. Wagener beurteilte die gleichen Charakterzüge wohlwollender. So schreibt er: Pfeffers »besondere Stärke war eine unerhörte Fähigkeit, Menschen zu beurteilen und sein Urteil durch einige charakteristische Striche zum Ausdruck zu bringen. Deshalb war er auch nicht immer beliebt.« Ebenda, S. 15.

236 Ebenda, S. 36 f.

237 ZZS Pfeffer II, Bl. 29. Siehe auch: Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 55; Campbell: Landsknecht, S. 246 ff.

238 »Man wolle sich der Erkenntnis nicht verschließen, dass just der jetzige Augenblick, wo den Gauen und Ortgruppen ›ihre Privat‹-SA genommen und in eine eigene ›selbstständige‹ Organisation mit eigenem Dienstweg und eigenen Vorgesetzten überführt wird, ein kleines Gefahrenmoment bilden kann. Ferner sei man darauf gefasst, dass ich auch in der SA – wer meine Arbeitsgrundsätze kennt, wird sich nicht wundern – gerade die kraftvollen-selbstständigen (u. schwierigen!) Männer in den Führerstellen emporziehen werde.« IfZ: Fa 223, Bd. 62, Bl. 10, Pfeffer an die Gauleiter vom 1. Oktober 1926.

239 Ebenda, Bl. 9, Pfeffer an die Gauleiter vom 1. Oktober 1926.

Lippenbekenntnisse immer wieder deutlich.[240] Von seiner Gegenwehr gegen die Münchener Zentralisierungsbemühungen noch rund ein Jahr zuvor war keine Rede mehr. Nach seiner Berufung wechselte er unmittelbar die innerparteilichen Fronten. Ungerührt ging er nun daran, den Gauleitern den Zugriff auf die Gau-SA zu entziehen.[241]

Die rasch einsetzenden Erfolge verschärften die Konflikte noch. Durch die organisatorischen Fähigkeiten der eingesetzten Freikorpsoffiziere wuchs die SA bald schneller als die PO und war auch durch die von ihm eingerichtete und geführte »perfektionistische Überorganisation«[242] OSAF straffer organisiert, hierarchischer und damit »mehr Führerorganisation« als der politische Flügel der NSDAP.[243] Anders als in der PO waren zudem Konflikte innerhalb der SA selten. Unmittelbar mit der Autorität Hitlers ausgestattet, sah sich Pfeffer daher umso mehr im Recht, wenn er gegenüber den Gauleitern energisch Zugeständnisse einforderte.[244] Für Rücksichten auf Kompetenzen, Eitelkeiten, Befindlichkeiten, aber auch auf eingeübte Rechte der Gauleiter sah er keine Notwendigkeit. Hinzu kam die oft überhebliche und belehrende Art Pfeffers. Wen er sich dabei dauerhaft zum persönlichen Feind machte, kümmerte Pfeffer ebenso wenig, wie die Tatsache, dass er bei der Durchsetzung seiner Interessen stets vollständig auf das Wohlwollen und die Rückendeckung Hitlers angewiesen war.

Der massive Widerstand der Gauleiter war ihm gewiss.[245] Bereits Mitte Januar waren offenbar so viele Beschwerden über Pfeffer bei Hitler eingegangen, dass Goebbels in sein Tagebuch schrieb: »Pfeffer ist unmöglich. Soll abgehalftert werden.«[246] Die Kompetenzstreitigkeiten, der rüde Umgangston

240 So schrieb er selbst aus der »Mitte« der Gauleiter »hervorgegangen« zu sein und beschwichtigte zudem: »Das Wichtigste, Grundlegende bleibt immer die politische Bewegung. […] Mit ihr blüht und zerfällt die SA. Die SA-Führer werden stets mit sorglichen Blicken den Boden prüfen, in dem ihre Wurzeln ruhen, […] wissend, dass von seiner Stärkung ihr eigenes Wachstum abhängt.« Ebenda, Bl. 9, Pfeffer an die Gauleiter vom 1. Oktober 1926. Vgl. auch FN 6/57.

241 Vgl. etwa zur regionalen Organisation der SA FN 6/122.

242 Longerich: Die braunen Bataillone, S. 56.

243 In diesem Sinne auch Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 300.

244 IfZ: Fa 223, Bd. 62, Bl. 11, Pfeffer an die Gauleiter vom 1. Oktober 1926.

245 Orlow: Nazi Party, Bd. 1, S. 164 ff., Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 40 f. und 51. Vgl. auch Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 25. November 1928 und vom 15. Dezember. Dieser Widerstand reichte bisweilen sogar bis zur Ebene der Ortsgruppen. HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 46. Ortsgruppe Crefeld an Gau-SA-Führung vom 26. Januar 1927. Vgl. zu den Spannungen zwischen PO und SA auch Hüttenberger: Gauleiter, S. 226 ff.

246 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 21. Januar 1927. Die Auseinandersetzung mit den Gauleitern war offenbar derart weitreichend – ja fast traumatisierend –, dass Pfeffer in seiner Zeitzeugenaussage fest darauf beharrte, dass der Zeitpunkt der »Unterwerfung« der Gauleiter unter Hitler auf das Jahr 1928 zu datieren sei. Tatsächlich war Ende 1928 die erste Phase des organisatorischen Aufbaus der SA nahezu gänzlich abgeschlossen und damit der Einfluss der Gauleiter weitgehend

sowie der zentrale Konfliktlösungsansatz in der NSDAP – die Berufung auf Hitler – zeigten sich auch in einem Beschwerdebrief des Thüringer Gauleiters Dinter. Dieser schrieb bereits Anfang April 1927 an Pfeffer:

> »Der stellvertretende Gauleiter von Thüringen Sauckel übersendet mir soeben die mit Ihnen seit dem 3. März geführte Korrespondenz. Zunächst verbitte ich mir, in einem derartigen Feldwebeltone mit der Gauleitung zu verkehren. Ihr technisches Verfahren ist beispiellos. Es bedeutet nicht Organisation, sondern Desorganisation. Ich verbitte mir ferner, die Thüringer S. A. auseinanderzureißen. Seitdem die Partei einen obersten S. A.-Führer für das Reich besoldet, bin ich der Auffassung, dass es die Aufgabe dieses Führers ist, alle Einzelheiten, auch die Frage der Besoldung unmittelbar mit dem Thüringer S. A.-Führer zu regeln bzw. sich deswegen ordnungsgemäß und in dem erforderlichen höflichen Verkehrstone an die Gauleitung zu wenden. Würden Sie Ihr Interesse der Sache selber statt äußerlichen Kinkerlitzchen zuwenden, und von meiner Ihnen sofort nach Ihrer Ernennung bereitwillig angebotenen Unterstützung und Zusammenarbeit geeigneten Gebrauch machen, statt die Gauführer, wie ich es auch aus anderen Verbänden höre, durch ein ebenso formloses wie überhebliches Verhalten dauernd vor den Kopf zu stoßen, so wären wir mit der Organisation der SA auch in Thüringen längst weiter. […] Ich werde mich, sobald ich von der Vortragsreise, die ich heute antrete, zurück bin, über Sie beim obersten Parteiführer beschweren.«[247]

Dies war kein Einzelfall. Der schlesische Gauleiter Helmuth Brückner beschwerte sich ebenso mehrfach über die SA und Pfeffer[248] wie auch Streicher in Franken.[249] Der Konflikt mit Letzterem ging so weit, dass Streicher versuchte, sich eine selbstständige, von München und Pfeffer unabhängige eigene SA aufzubauen. Als Pfeffer mit Hinweis auf die Vorgaben Hitlers intervenierte, beschränkte Streicher seine Bemühungen auf die SS.[250] Mit Robert Ley im Rheinland überwarf sich Pfeffer, als er dafür sorgte, dass gleich mehrere von Ley ausgeschlossene SA-Führer wieder in die Partei aufgenommen und direkt der Reichsleitung unterstellt wurden.[251] Ein weiteres Beispiel für die latenten Konflikte Pfeffers mit den Gauleitern zeigt der Fall Pfeffer-Krebs 1928 in

eingeschränkt worden. Pfeffer: Die Bewegung, S. 9 ff. Der tatsächliche Zeitpunkt der Unterstellung der Gauleiter unter Hitler ist jedoch nach allen Akten auf das Frühjahr 1925 zu datieren. Tyrell: Führer befiehl, Dok. 39, S. 104. Vgl. Kapitel 5.3.

247 IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 43, Dinter an Pfeffer vom 6. April 1927.

248 Bessel: Rise of Nazism, S. 58.

249 Streicher wurde offiziell erst 1929 zum Gauleiter des Gaues Mittelfranken ernannt, wurde jedoch als »Frankenführer« bereits zumeist als solcher behandelt. Daniel Roos: Julius Streicher und »Der Stürmer« 1923-1945, Paderborn 2014, S. 171.

250 Eric Reiche: The development of the SA in Nürnberg 1922-1934, Cambridge u. a. 1986, S. 86 f.

251 Ronald Smelser: Robert Ley. Hitlers Mann an der »Arbeitsfront«. Eine Biographie, Paderborn 1989, S. 59 f.

Hamburg. Mit dem dortigen Gauleiter Albert Krebs war es bereits ein Jahr zuvor zu Konflikten in Fragen der Zuständigkeiten bei Hamburger Jugendgruppen gekommen.[252] Als Anfang 1928 Krebs durch die von ihm geplante Fusion der lokalen NS-Angestelltenorganisationen gauintern massiv unter Druck geriet,[253] war wohl auch Pfeffer mitverantwortlich dafür, dass die Parteileitung Krebs keinerlei Unterstützung zukommen ließ.[254] Aus Protest gegen diese Haltung der Parteileitung trat Krebs im Mai 1928 als Gauleiter zurück.[255] Auch dieser Vorgang zeigt, wie Pfeffer es immer geschickter verstand, mit den innerparteilichen politischen Macht- und Intrigenspielen umzugehen.[256] Im November 1929 stellte Goebbels fest: »Pfeffer ist nun einmal unentbehrlich. Darum tut man gut daran, sich mit seinen Nucken abzufinden.«[257]

252 Brandenburg: HJ, S. 115.

253 Gunther Mai: Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: VfZ 31 (1983), S. 573-613, S. 578 ff.

254 So Pfeffer andeutungsweise gegenüber Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 37; vgl. auch ZZS Pfeffer II, Bl. 20 sowie die Schilderung Krebs. Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 66.

255 Vgl. dazu auch die später erschienene wenig schmeichelhafte Schilderung Pfeffers in den Erinnerungen Krebs: Ebenda, S. 218 ff. Vgl. dazu Pfeffers fast satirische Antwort, in: ZZS Pfeffer II, Bl. 17 ff. Siehe auch Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 95, S. 294 f., Kaufmann an Buch vom 28. Januar 1930. Vgl. zu Krebs' sozialistischer Ausrichtung Ursula Büttner: Der Aufstieg der NSDAP, in: Josef Schmid (Hrsg.): Hamburg im »Dritten Reich«, Göttingen 2005, S. 27-64, S. 34 ff.

256 So schreibt etwa auch Goebbels am 5. November 1928: »OSAF [sic!] ist ein durchtriebener Junge. Bei ihm muss man aufpassen, weil er selten das sagt, was er meint.« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 5. November 1928.

257 Ebenda, Eintrag vom 17. November 1929.

6.3.4 Hitlers Machtkalkül – Pfeffer und Hitler

> »Er [Hitler] will die Gauleiter sich gefügig machen. Er muss es. Die Bewegung kann nur stark sein, wenn sie eine einheitliche Geschlossenheit darstellt. Aber er will – und da hat er unbedingt recht, – sich nicht selbst und seine Stellung zu den Gauleitern mit den dafür notwendigen Maßnahmen belasten. Da benutzt er […] die S. A., lässt die Gauleiter gegen mich Sturm laufen und den Kampf, der sich zwischen ihm und den Gauleitern abspielen müsste, sich zwischen den Gauleitern und mir auskämpfen. Ich halte es für möglich, dass er dieses etwas hinterlistige Spiel so weit treibt, dass er dem oder jenem Gauleiter gegenüber sogar bedingt zustimmt, wodurch ich immer mehr als Sündenbock angesehen werde. Und eines Tages, – Wagener, ich sage Ihnen das voraus, – lässt er mich mit großem Aplomb fallen und opfert mich der Wut dieser Meute und steht dann als der große Gerechte den Gauleitern gegenüber[,] die sich nun nach diesem Opfer willig in das Joch seiner inzwischen gesicherten Führung beugen.«[258]

Diese Äußerung Pfeffers gegenüber Wagener traf das Kalkül Hitlers aus dem Jahr 1926 genau. Tatsächlich war das erste innerparteiliche Ziel Hitlers die Beschränkung der Macht der Gauleiter. Zu Recht hat die Wissenschaft bis heute festgestellt, dass die Entscheidung für eine diktatorische Führung durch Hitler in Bamberg endgültig manifestiert wurde. Dies ist jedoch ein objektiver Befund. Aus der subjektiven Perspektive des Herbstes 1926 konnte sich Hitler jedoch keineswegs gewiss sein, dass sich nicht erneut eine Front aus Gauleitern zusammenfinden könnte.[259] Dem galt es vorzubeugen und Pfeffer erledigte das Geschäft Hitlers. Sein organisatorisches Geschick führte zusammen mit der Rückendeckung Hitlers[260] dazu, dass bei der Zentralisierung der SA und bei der Einschränkung der Position der Gauleiter, rasch erste Fortschritte erzielt wurden. Damit einher gingen innerparteiliche Auseinandersetzungen in Permanenz.[261] Mit Pfeffer hatte Hitler damit nicht nur jemanden gefunden, der seine machtpolitischen Interessen rigoros vertrat, er setzte mit dem streitbaren Pfeffer zugleich einen Reizpunkt, der dazu führte, dass an eine Wiederholung der Ereignisse vom Jahreswechsel 1925/26 bereits ein Jahr später nicht mehr zu denken war.[262] Die Auseinandersetzungen unter den Paladinen um die Gunst Hitlers ersetzten die Kritik an dem Parteiführer. Innerparteiliche Konflikte spielten sich fortan fast ausschließlich unterhalb der Ebene Hitlers ab.

258 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 55.
259 Vgl. ähnlich schon: Heiden: Nationalsozialismus, S. 189 ff.
260 Hitler: RSA, Bd. II/1, Dok. 79, S. 154; ZZS Pfeffer II, Bl. 44.
261 Vgl. Orlow: Nazi Party, Bd. 1, S. 164 f.
262 Vgl. ebenda, S. 83.

Angespornt von den Erfolgen und ohne die Folgen der sich bereits veränderten Machtkonstellation zu überblicken, versuchte Pfeffer auch in den folgenden Monaten seine Vollmachten rigoros auszunutzen. So ging er weiter forsch gegen die Gauleiter vor und machte sich dabei auch Hitlers Desinteresse an organisatorischen Details und fachbezogener Arbeit zunutze. In der Ausarbeitung und Verbreitung etwa seiner SABE handelte er weiterhin selbstständig und häufig bewusst auch ohne Abstimmung mit Hitler.[263] So bestand Hitler etwa in Bezug auf die gerade für die SA bedeutsame Beziehung zu den Wehrverbänden auf eine strikte Abgrenzung und damit die zwingende Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs.[264] Dass diese jedoch in der SA zunächst nur sehr bedingt umgesetzt wurde, ist auch dem Osaf zuzurechnen.[265]

Hitler verspürte bereits rund ein halbes Jahr nach dessen Amtsantritt die Gefahr eines zu deutlichen Erstarkens des Osaf. Er hatte kein Interesse daran, dass nun Pfeffer die Rolle der Gauleiter als innerparteiliche Opposition übernahm. Gleichzeitig mussten die Gauleiter angesichts der schmerzhaften Beschränkungen ihrer Zuständigkeiten bei der Stange gehalten werden.[266] Mit seinem einzigartigen Machtgespür ging Hitler nun daran, den Osaf zu beschränken und die neue Machtkonstellation in seinem Sinne auszutarieren.[267]

Die Methoden des Parteiführers waren dabei so einfach wie wirkungsvoll. Aus den Konflikten, die die Zentralisierung der SA mit sich brachte, hielt er sich zumeist heraus. Wenn eine Stellungnahme nicht mehr zu vermeiden war, sandte er ambivalente, widersprüchliche Signale, die dem jeweiligen Adressanten das Gefühl vermittelten, sich auf die oberste Autorität berufen zu können.[268] Pfeffer bezeichnete er persönlich weiterhin als engen Mitarbeiter und machte gegebenenfalls deutlich, dass er nicht bereit sei, sich von Pfeffer, »der täglich sein Leben für ihn« einsetze, zu »trennen«.[269] Gleichzeitig begann er aber gegenüber Pfeffers Opponenten immer deutlicher zu machen, dass er keineswegs gewillt war, seinem Osaf eine Blankovollmacht zu erteilen.

263 Vgl. Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 142; Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 17. Juli 1928.

264 Longerich: Die braunen Bataillone, S. 72; Tyrell: Führer befiehl, Dok. 128, S. 317 ff. Vgl. auch Hitler: RSA, Bd. II/1, Dok. 81, S. 161 ff.

265 Vgl. zu Pfeffer Kapitel 5.2.1 und 5.3.4 und zu den Wehrverbänden Werner: SA und NSDAP, S. 441 f. Vgl. auch zur »Doppelstrategie« der NSDAP Longerich: Die braunen Bataillone, S. 70 ff.

266 Hierzu trug auch die seit 1928 durchgeführte Organisationsreform Strassers bei, die die Rolle der Gauleiter formal zwar beschnitt, faktisch jedoch als »Stellvertreter des Führers« in ihrer jeweiligen Region stärkte. Vgl. Organisationsreform Strassers: Kissenkoetter: Gregor Straßer, S. 35 ff.

267 Zur Konfliktregelung durch Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 300 ff.

268 Stennes konstatierte nach dem Krieg: »Hitler versprach allen das, was sie hören wollten.« ZZS Stennes II, Bl. 18.

269 Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 144. Vgl. auch ZZS Pfeffer II, Bl. 43 f.

Ab Ende Mai 1927 wurde mit den »Grundsätzlichen Anordnungen der SA« (GRUSA) eine Befehlsform eingeführt, die die Gegenzeichnung Hitlers erforderte.[270] Die offizielle Begründung, dass sich Hitler dadurch von den regulären SABE formal distanzierte und damit ein mögliches erneutes Redeverbot umgangen werde,[271] kann kaum über die Einschränkung der Kompetenzen Pfeffers hinwegtäuschen.[272] Gegenüber den Gauleitern äußerte sich Hitler nun wiederholt kritisch über Pfeffer. So berichtete etwa Kaufmann, der sich seit Beginn 1927 im Konflikt mit Pfeffer befand, im Herbst in einem Brief an Heß:

> »Sie wissen selbst, wie Herr v. Pfeffer in der RL beurteilt wird und sind seinerzeit in Essen[273] zugegen gewesen, als der Chef mir sagte: Kaufmann, ich bereue heute, dass ich damals Ihren Rat, v. Pfeffer nicht zum SA-Führer zu bestimmen, nicht nachgekommen bin. […] Ich hätte v. Pfeffer schon längst hinausgeworfen, wenn für mich die Frage der Nachfolgerschaft geklärt wäre. Oder wissen Sie hier einen geeigneten Mann zu nennen?«[274]

Ein deutliches Zeichen, dass Hitler keineswegs bereit war, Pfeffer frei walten zu lassen, setzte Hitler bereits Ende 1927.[275] In dem Konflikt mit Kaufmann, Bouhler und Heinemann traf Pfeffer auf eine Allianz aus Gauleiter, Parteileitung und Parteigericht, die ihn an den Rand des Parteiausschlusses brachte. Hitler erkannte das Malheur Pfeffers, griff aber, was in der Partei als klares Zeichen verstanden wurde, zunächst nicht ein und billigte im Gegenteil die Demontage seines Osaf. Erst als sich Pfeffer Anfang Oktober in einem letzten Versuch, die Initiative zurückzugewinnen, an Hitler wandte und diesem vorwarf, ihm »persönlich« in gleich fünf Punkten »Unrecht getan« zu haben,[276] schritt Hitler kurz vor der ultimativen Konsequenz zu Pfeffers Gunsten ein. Der Parteiausschluss des Osaf wurde abgewandt und Pfeffers Position formal bestätigt. In der Partei als auch gegenüber seinem Osaf hatte Hitler jedoch ein eindeutiges Zeichen gesetzt.

Auf einer Führertagung Ende Januar 1929 in Weimar, auf der eigentlich in erster Linie über die HJ beraten werden sollte, eskalierte die Situation. Ende 1928 hatte Pfeffer im Reich unter starker Kritik der Gauleiter mehrere Ober-

270 GRUSA I abgedruckt in: Hitler: RSA, Bd. II/1, Dok. 133, S. 324. »Alle Anordnungen und Befehle grundsätzlicher Art, die die SA betreffen, sind nur rechtsgültig, wenn sie außer der Unterschrift des Obersten SA-Führers noch die des Partei-Vorsitzenden tragen. Nur für solche Befehle grundsätzlicher Art ist die Parteileitung mitverantwortlich.«

271 Bennecke: Hitler und die SA, S. 135.

272 Heiden: Nationalsozialismus, S. 224; Werner: SA und NSDAP, S. 396 ff.; Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 294.

273 Gemeint ist der Parteitag des Gaues Ruhr im April 1927.

274 BArch: OPG – Kaufmann, Kaufmann an Heß vom 3. November 1927.

275 Vgl. dazu Kapitel 7.4.

276 BArch: NS 26/86, Pfeffer an Hitler vom 7. Oktober 1927. »Nachtrag vom 5.10.27«. Im Brief vom 5. Oktober hatten noch Verfahrensfragen im Mittelpunkt gestanden. Siehe ebenda, Pfeffer an Hitler vom 5. Oktober 1927. Vgl. FN 7/114ff.

führer mit gauübergreifenden Zuständigkeiten samt »Oberstäbe« als Zwischeninstanzen eingerichtet.[277] Auf der Führertagung brach nun offen Kritik aus. Goebbels beschreibt die Gegebenheiten wie folgt:

> »Nachmittags: Kampf gegen Pfeffer. S. A. Oberstäbe sollen entfernt werden. Alle Gauleiter sind strikte dafür. […]. S. A. darf nicht für sich bestehen. Glied der Partei. Der Gauleiter darf nur Verantwortung tragen, wenn er auch Kompetenzen bekommt. Diese ganze Dezentralisation ist vom Bösen. Pfeffer wird hart zugesetzt. Manchmal ungerecht. Aber er wehrt sich sehr ungeschickt, kaltschnäuzig. Damit bringt er alle, selbst Hitler in Harnisch. Als er versteckt mit Meuterei droht, verspielt er seine letzte Karte. Hitler rechnet dann ab. Das Urteil ist gesprochen. Entschluss kommt, Pfeffer muss sich beugen oder gehen. Eine Gefahr für die Partei besteht nicht. Wo Hitler ist, ist der Sieg, auch bei inneren Auseinandersetzungen. Nun warten wir auf Entscheidungen. Pfeffer hat sich selbst beerdigt.«[278]

Trotz dieser neuerlichen Demontage Pfeffers und des eindeutigen Ergebnisses, dass die SA wieder enger an politische Leitung gebunden werden sollte, war typisch für das Austarieren Hitlers, dass keineswegs die klare Umsetzung des Beschlusses folgte. Vielmehr lavierte er erneut. Hatte Hitler den Gauleitern den Triumph auf der Tagung verschafft, galt es nun, Pfeffer nicht noch mehr zu schwächen. Die Folge war, dass die SA-Oberstäbe nicht abgeschafft wurden. Im Gegenteil. Auf Initiative Pfeffers kam es im Frühjahr 1929 zur Ernennung von vier Osaf-Stellvertretern, die formal dem Stab des Osaf zugeordnet wurden.[279] Diejenigen, die sich dadurch dezentrale Gegengewichte zu Pfeffers OSAF erhofften, sollten enttäuscht werden. Dass Hitler Pfeffer die Auswahl der Personen überließ[280] führte dazu, dass am 9. Februar 1929 mit Walther Stennes (Ost), Karl Dinklage (Nord), Curt von Ulrich (West) und August Schneidhuber (Süd) ausschließlich dem Osaf loyale ehemalige Freikorpsführer berufen wurden.[281] Pfeffer hatte damit die Einrichtung der überregionalen Stäbe und die faktische Entmachtung der Gau-SA-Führer, die er für zu ab-

277 Campbell: The SA generals, S. 54; Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 292; ZZS Stennes I, Bl. 12; Tyrell: Führer befiehl, Dok. Nr. 95 S. 251 f.

278 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 20. Januar 1929. Vgl. dazu verzerrt ZZS Pfeffer I, Bl. 24.

279 VB vom 10./11. Februar 1929, abgedruckt in: Tyrell: Führer befiehl, Dok. 96, S. 252. Im täglichen Gebrauch bürgerte sich bald die Bezeichnung SA-Führer (SAF) plus die regionalen Annexe, also West bzw. Nord, Süd oder Ost, ein.

280 BArch: R 1501/125789, Bericht Reichsinnenministerium vom 6. März 1929, Bl. 82.

281 Zudem wurde Hermann Reschny für Österreich ernannt. Der mit Pfeffer besonders verbundene Lutze erhielt, auch in Überhöhung der Bedeutung der SA im Ruhrgebiet, den Titel eines selbstständigen Oberführers an der Ruhr. Werner: SA und NSDAP, S. 449. Vgl. zu den Methoden bei der Rekrutierung Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 15 ff.

hängig von der PO hielt, gegen alle Widerstände durchgesetzt.[282] Die latenten Konflikte zwischen PO und SA blieben bestehen.

Auch wenn es im vorliegenden Fall Pfeffer zugutekam, zeigte doch auch er sich über Hitlers vermeintlichen Wankelmut und seine Führungsschwäche nicht selten enttäuscht. Hinter vorgehaltener Hand warf er dem Bohemien Hitler, der jeden regelmäßigen Arbeitsrhythmus ablehnte, gerade in puncto Organisation mangelnde Sorgfalt im Detail vor.[283] Auch dass Hitler an einer Formalisierung seiner charismatischen Herrschaft über die Partei nur kein Interesse hatte, war für den Organisator Pfeffer nicht zu verstehen. Überhaupt kristallisierten sich besonders ab 1929 die charakterlichen Gegensätze zwischen Pfeffer und Hitler immer deutlicher heraus – sie hätten kaum größer sein können. Der vormalige Weltkriegs- und Freikorpsoffizier aus adeliger Familie, der nicht selten zum impulsiven Handeln neigte, stand der kühl kalkulierende aus einfachsten Verhältnissen stammende Machtpolitiker gegenüber, dessen Privatleben von neurotisch-paranoiden Zügen, Verklemmungen und seltsamen Marotten durchsetzt war, den aber zweifellos die Aura des Genius umgab.[284] Stellte sich Pfeffer nach außen hin zumeist als überlegen und distanziert dar,[285] nutzte Hitler wie kein anderer das Mittel Emotion als Methode des politischen Umgangs.[286] Echte menschliche Nähe oder eine freundschaftliche Beziehung, die Pfeffer zu »dienstlichen« Mitstreitern ohnehin kaum pflegte, entwickelte sich zwischen Hitler und Pfeffer unter diesen Umständen nicht.[287] Zweifelsohne teilte Pfeffer, wie so viele seiner Zeitgenossen, die Bewunderung für Hitlers Talente[288] – insbesondere dessen Redebegabung und dessen schnelle Auffassungsgabe.[289] So schreibt auch Kershaw zu Pfeffers Einstellung zur Person Hitler:

> »Für Franz Pfeffer von Salomon, […] verband Hitler die Qualitäten des gemeinen Soldaten mit denen des Künstlers. Er charakterisierte ihn im Wortgebrauch des nationalsozialistischen ›Rassegedankens‹ als ›einen Landsknecht mit Zigeunerblut‹. Es schien ihm, Hitler verfüge in der Politik über

282 BArch: NS 26/1374, Buch an Pfeffer vom 13. September 1930 (»nicht abgegangen!«).

283 Später schrieb er etwa dazu »Wie oft haben Strasser und ich uns gesagt, wäre er doch wenigstens Leutnant gewesen! Dann hätte er wenigstens ein bisschen Ahnung von organisatorischen Dingen.« ZZS Pfeffer I, Bl. 25. Ob der von Grevelhörster zitierte Ausspruch Pfeffers, »der schlappe Österreicher imponiere [ihm] nicht«, tatsächlich so fiel, ist jedoch stark zu bezweifeln. Leider gibt Grevelhörster keine Quelle an. Grevelhörster: Am Ende, S. 136. Zur generellen Kritik an Hitlers Führungsstil vgl. Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 296 f.

284 Ernst Hanfstaengl: Zwischen Weißem und Braunem Haus. Memoiren eines politischen Außenseiters, München 1970, S. 183 f.; Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 432 ff.

285 Vgl. FN 6/1.

286 Stennes schilderte dazu: »Pfeffer behielt immer die Ruhe. Ließ sich von Hitler auch anbrüllen, machte trotzdem, was er wollte.« ZZS Stennes II, Bl. 18.

287 Vgl. dazu auch ZZS Pfeffer I, Bl. 31.

288 So nannte Pfeffer auch seinen 1929 geborenen Sohn Ferdinand Friedrich Lennerich Adolf Felix. Genealogisches Handbuch: Adelige Häuser B, Bd. XX, S. 333.

289 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 49 und 70.

einen sechsten Sinn, ›eine übernatürliche Begabung‹, zugleich fragte er sich, ob Hitler nicht nur ein Freikorpsführer sei, ein Revolutionär, dem es schwerfallen dürfte, nach der Machtübernahme der Bewegung als Staatsmann zu handeln. Pfeffer hielt Hitler für einen ›Genius‹, ein Phänomen, das die Welt nur einmal alle 1000 Jahre erlebte. Das schloss persönliche Schattenseiten ein. Pfeffer, zerrissen zwischen Verherrlichung und Kritik, sah Hitler als gespaltene Persönlichkeit, den ›Genius‹ im Konflikt mit inneren Schranken, die ihn seit Schule und Erziehung hemmten.«[290]

Von der Notwendigkeit Hitlers im Kampf gegen die Republik war er vollends überzeugt, zumal er mit ihm, das hatten die weltanschaulichen Auseinandersetzungen im Rahmen der AG gezeigt, die wichtigsten Überzeugungen teilte.[291] Die Konflikte zwischen Pfeffer und Hitler, die sich aus den Eigenmächtigkeiten Pfeffers und dem Machtkalkül Hitlers ergaben, sind also keineswegs als Folgen einer Opposition Pfeffers gegen Hitler zu werten.[292]

Glaubt man Wagener, war sich Pfeffer spätestens ab 1930 seiner Position im Machtapparat bewusst. Dennoch wehrte er sich nicht gegen seine Instrumentalisierung durch Hitler.[293] Disziplin, Pflichtbewusstsein, sein Antirepublikanismus, die Überzeugung mit dem Nationalsozialismus die richtige Kraft der Veränderung Deutschlands gefunden zu haben sowie die immer wiederkehrenden Umarmungen durch Hitler, verhinderten jedes Aufbegehren Pfeffers.[294] Im Gegenteil, trotz aller Konflikte adaptierte Pfeffer große Teile von Hitlers Zielsetzungen.

Insgesamt lässt sich konstatieren: Hitlers Kalkül erfüllte sich vollständig. Pfeffer war für Hitler ein Glücksfall. Mit der Berufung des Organisationsexperten Pfeffer an die Spitze der OSAF konnte er sich nicht nur des kontinuierlichen Ausbaus der SA sicher sein, er setzte mit der Installation des streitbaren und provokanten Charakters Pfeffer zugleich einen derartigen Reizpunkt, dass immer weniger er selbst, sondern zumeist Osaf Pfeffer in den Fokus der Kritik der Gaue in Bezug auf die nun überall aufflammenden machtpolitischen Verteilungskämpfe geriet. Hitler erkannte die Möglichkeit, Pfeffers Talente, Schwächen und Überzeugungen sich zunutze zu machen. Er ließ den Osaf zunächst den für ihn bedeutsamen Kampf um zentralisierte Parteistrukturen – Hitlers Kampf um die Beherrschung der Bewegung – gegen die Gauleiter führen und, als die SA zu sehr zu erstarken drohte, machte er sich mit seinem einzigartigen Machtgespür an das Austarieren der Kräfte. Die Folge war ein permanenter Machtkampf der Paladine untereinander, den Hitler in

290 Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 431.
291 Vgl. Kapitel 5.4.
292 Vgl. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 306. Später äußerte sich Pfeffer zu Hitler mit den Worten: »Hitler hatte nichts dämonisches [sic!], was spätere Besucher darüber berichteten, ist simple Befangenheit vor einem Allmächtigen.« ZZS Pfeffer I, Bl. 47.
293 Vgl. FN 6/258.
294 Vgl. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 72 ff.

Bezug auf Pfeffer bisweilen wohl mitunter leid war, der jedoch die Führungsrolle Hitlers nachhaltig stärkte.[295] Pfeffer war damit für Hitler Vertreter seiner Interessen, Provokateur und Blitzableiter zugleich. Seine nicht selten sich selbst kompromittierende Vorgehensweise sowie die Tatsache, dass er nahezu ohne jede Hausmacht in München agierte, sorgten dabei für eine vollständige Abhängigkeit des Osaf von Hitler.

6.3.5 Der Reichsparteitag 1927 und die Reichstagswahl 1928

Die Jahre 1927 und 1928 waren für die SA eine Zeit der Etablierung und Konsolidierung.[296] Der Apparat der OSAF und damit die Bürokratisierung wurden kontinuierlich ausgeweitet. Neue SABE präzisierten Kompetenzen und Verfahrensabläufe, die neu eingeführten GRUSA verfestigten bereits Etabliertes.[297] Auch die bisweilen verhängten SA-Verbote, etwa in Berlin,[298] Köln und Neuwied, konnten, zumal diese bis April 1928 alle wieder aufgehoben waren, die positive Entwicklung nicht beeinträchtigen.

Als Indikator für die Entwicklung der NSDAP dient der vom 19. bis 21. August 1927 erstmals in Nürnberg abgehaltene Reichsparteitag (RPT). Hieran beteiligten sich etwa 10.000 bis 15.000 Nationalsozialisten[299] – angesichts der Gesamtzahl von rund 72.000 reichsweiten Mitgliedern eine durchaus beachtliche Zahl.[300] Für Pfeffer und die SA, die mit rund 8.500 Anwesenden das Gros der Teilnehmer stellte,[301] war der RPT als erste Heerschau nach der

295 Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 312 f.; Bennecke: Hitler und die SA, S. 142.

296 1928 richtete Strasser in München die Organisationsabteilungen I und II ein und begann mit einer Organisationsreform, die der Partei eine stabile Struktur gab. In enger Verbindung mit dieser entstand neben HJ, SA, SS und dem NSDStB mit dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ) die erste berufsständische Vereinigung unter dem Dach der NSDAP. In den kommenden Jahren folgten NS-Lehrerbund, NS-Frauenbund, NS-Schülerbund, NS-Ärztebund, der Agrarpolitische Apparat unter Walther Darré, der sog. »Kampfbund für deutsche Kultur« sowie der »Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand«.

297 Zwischen dem 30. Mai und dem 5. Juni wurden alleine fünf GRUSAS – GRUSA I »Grundsätzliche Anordnungen der SA« (30.5.27); GRUSA II »Satzung der SA der NSDAP« (31.5.27); GRUSA III »SA und Partei« (3.6.27); GRUSA IV »Gliederung« (4.6.27) und GRUSA V »Dienst-Anzug« (5.6.27) erlassen. GRUSA VI folgte erst im April 1929.

298 Vgl. dazu auch Engelbrechten: Braune Armee, S. 59 f.

299 BArch: R 1507/2031, Bl. 132. Bennecke spricht von 10.000 bis 15.000 Personen, die NS-Historiographie zumeist von 30.000 Teilnehmern. Bennecke: Hitler und die SA, S. 137; Walter Espe: Das Buch der N.S.D.A.P. Werden, Kampf und Ziel der NSDAP, Berlin 1934, S. 240. Der VB, der angeblich das Transportaufkommen der Reichsbahn zugrunde legte, sprach sogar weit übertrieben von 100.000 auswärtigen Gästen: VB (Münchener Ausgabe) vom 26. August 1927 und vom 27. August 1927.

300 Hans Volz: Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin[11] 1943, S. 13.

301 Inklusive HJ und SS.

Neuorganisation eine deutlich sichtbare Standortbestimmung. Pfeffer war als Reichsquartiermeister hauptverantwortlich für die Organisation.[302] Ganz in seinem Element stellte er sich einen Stab aus regionalen Quartiermeistern zusammen, die für die technische Vorbereitung des An- und Abtransports zuständig waren und hielt zahlreiche Besprechungen ab.[303] Im Anschluss an den RPT forderte er von seinen Mitarbeitern detaillierte Erfahrungsberichte.[304]

Nachdem am Samstag mit dem Delegiertenkongress die PO im Mittelpunkt gestanden hatte – für die SA besonders bedeutsam war die hier erstmals stattgefundene »Ehrung der Toten der Bewegung« –, stand der Sonntagvormittag »ganz im Zeichen der SA«.[305] Am Luitpoldhain übergab Hitler zwölf neue Standarten.[306] Anschließend nahmen Hitler und der unmittelbar als sein erster Gefolgsmann hinter ihm stehende Pfeffer am mit Blumen übersäten Hauptmarkt die Parade der SA ab. Nachmittags wurde der Delegiertenkongress wieder aufgenommen, bevor Hitler im Beisein fast aller höheren Funktionäre der NSDAP seine Abschlussrede hielt.

Trotz der Glorifizierung durch die NS-Propaganda[307] muss insgesamt eine gemischte Bilanz zum RPT 1927 gezogen werden. Trotz der sichtbaren positiven Entwicklung wurden doch die erhofften Besucherzahlen nicht erreicht. Die Resonanz aus der Stadt Nürnberg blieb fast vollständig aus und das finanzielle Ergebnis war gar verheerend.[308] Deutlich positiver war das Fazit für Pfeffer persönlich. Unter ihm als verantwortlichem Reichsquartiermeister hatte der bislang mit Abstand am besten organisierte RPT stattgefunden. Er hatte seinen Ruf als glänzender Organisator einmal mehr bestätigt. Hitler gestand schon im Vorfeld der Tagung ein: »Der Nürnberger Parteitag ist so sorgfältig vorbereitet wie keine einzige bisherige Veranstaltung der Bewegung.«[309] Gleiches stellten später auch die Behörden fest.[310] Im VB dankte man Pfeffer ausdrücklich für die Organisation der »unvergesslichen Tage«.[311]

Noch wichtiger für Pfeffer war die Präsentation seiner SA. Auch wenn Fackelzug und Standartenweihe noch nicht im Mittelpunkt des Parteitags standen, zeigte doch die Tatsache, dass mehr als 50 Prozent der Teilnehmer

302 Hitler: RSA, Bd. II/1, Dok. 126, S. 311; Deuerlein: Aufstieg, S. 283.
303 Ebenda, S. 280; Hitler: RSA, Bd. II/1, Dok. 123, S. 302.
304 BArch: NS 23/1239, SABE vom 17. August 1927.
305 Zelnhefer: Reichsparteitage, S. 29. Vgl. auch hier zum Gesamtablauf, ebenda, S. 27 ff.
306 Wobei nun auch der ein Jahr zuvor übergangene Gau Ruhr mit drei Standarten bedacht wurde. VB (Münchener Ausgabe) vom 23. August 1927.
307 Vgl. beispielhaft etwa Johann von Leers: Weg und Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Curt Hotzel (Hrsg.): Deutscher Aufstand, Stuttgart 1934, S. 308-326, S. 318.
308 Zelnhefer: Reichsparteitage, S. 33 f.
309 BArch: NS 26/390, »Grundsätzliche Richtlinien für die Arbeit der Vorsitzenden Schriftführer der Sondertagungen am Reichsparteitag 1927«.
310 BArch: R 1507/2031, Bl. 137, Bericht vom 15. Oktober 1927.
311 VB (Münchener Ausgabe) vom 24. August 1927. So stellte auch der kritische Heiden Pfeffers maßgebliche Rolle fest: Heiden: Nationalsozialismus, S. 239.

Mitglieder der SA waren, die stete Entwicklung, die man im letzten Jahr unter Pfeffer genommen hatte. Zwar befand sich auch die PO seit Mitte 1926 in einer Phase der Konsolidierung,[312] die SA jedoch, das war auch für Pfeffers Kritiker offensichtlich geworden, hatte in ihrer organisatorischen Entwicklung die PO mindestens eingeholt. Für Pfeffer war dies die Bestätigung der notwendigen Vorbildfunktion der SA sowie Anreiz für eine weitere strikte Abgrenzung der SA von der PO. Das innerparteiliche Signal, das vom RPT ausging, war unmissverständlich. Die SA erhob den Anspruch auf eine maßgebliche Rolle innerhalb der NSDAP.

Ein weiteres Exempel hierfür sollten die Reichstagswahlen im Mai 1928 sein. Noch mehr als beim RPT zeigten sich hier die positiven Effekte, die Pfeffers Zentralisierungsmaßnahmen mit sich brachten.[313] Trotz der kurzen Wahlkampfzeit von nur rund sieben Wochen war die SA erstmals faktisch reichsweit präsent und wurde besonders im Straßenbild der Großstädte zu einem wahrnehmbaren Faktor. Die neue Struktur mit der »Elastizität der Organisation«[314] machte die SA mobiler und vereinfachte die regionale Organisation – etwa bei der Zusammenziehung der SA bei Großveranstaltungen.[315] Das einheitliche Auftreten, Erscheinungsbild sowie die identischen Vorgaben zu Verhalten und Taktik aus München ließen auch Außenstehende die erhöhte Professionalität schnell erkennen. Erstmals setzte Pfeffer hier die später dominierenden Propagandaformen der Massendemonstration und des Propagandamarsches gezielt und wirksam ein.[316]

Maßgebend in seiner Wirkung war auch das offen zur Schau gestellte gewalttätige Auftreten – die organisierte Brutalität. Sie verkörperte nicht nur Entschlossenheit und Einsatzwillen der SA, vor den Augen der Öffentlichkeit machte man damit den Marxisten die Macht über die Straße streitig.[317] Auch der Resonanz in der Presse konnte man sich angesichts der Folgen von Massenschlägereien und anderen Gewaltakten gewiss sein. Die eigentlichen politi-

312 Vor allem gegenüber den anderen Parteien der radikalen Rechten, insbesondere gegenüber der DVFP, konnte man sich im Laufe des Jahres 1927 durchsetzen. Vgl. etwa BArch: R 1507/2051, Bl. 75 ff. So traten etwa Ernst Graf zu Reventlow, Wilhelm Kube, Christian Mergenthaler sowie der Deutschvölkische Reichstagsabgeordnete Franz Stöhr, der beste Beziehungen zum Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV) unterhielt, medienwirksam zur NSDAP über. Ritter von Epp folgte 1928. Göring kehrte bereits Anfang 1927 aus seinem Exil in Schweden zurück. Vgl. auch Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 380.

313 Eine Tatsache, die auch bei dem einfachen SA-Mann wahrgenommen wurde. Vgl. Stelzner: Schicksal SA, S. 49.

314 Bennecke: Hitler und die SA, S. 133.

315 Ebenda, S. 141.

316 Vgl. dazu Pfeffers Denkschrift »Lenkung von Massen – Militärisches Vorbild« vom 11. Januar 1927, in BArch: NS 23/943.

317 Pfeffer erhob schon in dem Anhang an den »Brief Hitlers an Hauptmann von Pfeffer« vom 1. November 1926 »den Abwehrkampf gegen Marxistenterror und ›Eroberung der Straße‹« als eine der wichtigsten Aufgaben der SA. SABE 1, »Brief Hitlers an Hauptmann von Pfeffer« vom 1. November 1926, in: ebenda.

schen Inhalte, der Kampf gegen die »Dawestribute und Riesensteuern« und für die »deutsche Einheitsfront aller Schaffenden«[318] waren lediglich die Phrasen, unter deren Vorwand die Propagandamaschinerie der SA ihre Werbetätigkeit entfachte. Auch wenn sich insgesamt konstatieren lässt, dass aufgrund ihrer noch beschränkten Größe die SA im Wahlkampf 1928 sicher kein entscheidender Faktor war, so zeigten sich dennoch hier in der Erprobung der künftigen Methoden die Potenziale der von Pfeffer geführten Parteitruppe.

Dass das Wahlergebnis zunächst ernüchternd erscheint, konnten auch Pfeffers Gegner nicht der SA anrechnen. Mit 2,6 Prozent gelang es der NSDAP lediglich rund 810.000 Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. Sie errang damit 12 Mandate. Selbst bei der »sauschlechten«[319] Dezemberwahl 1924 waren es knapp 100.000 Stimmen und zwei Sitze mehr gewesen. Zudem war der Wahlkampf finanziell derart aufwendig gewesen, dass die Partei sich dazu entschließen musste, den RPT 1928 ausfallen zu lassen.[320] Ursächlich für das Abschneiden waren mehr die verfehlte Schwerpunktsetzung,[321] die relative Stabilisierung der Republik durch die Bürgerblockkabinette[322] als auch der in propagandistischen Belangen völlig unerfahrene Wahlkampfleiter Wilhelm Frick. Gerade am Beispiel von Letzterem wurde zudem deutlich, dass auch die Entwicklung der Propaganda innerhalb der PO hinter der in der SA zurückgeblieben war.[323]

318 Lau: Wahlkämpfe der Weimarer, S. 372 f.

319 Vgl. FN 5/201.

320 Zwischen dem 31. August und dem 2. September fand dafür lediglich eine Führertagung in München statt, auf der auch Pfeffer referierte. VB vom 4. September 1928.

321 Nach der Idee Goebbels' hatte man seit 1926 versucht, explizit in Großstädten Schwerpunkte der NSDAP herauszubilden. Im Mittelpunkt stand die Gewinnung der Arbeiterschaft. Die Agitation richtete sich vornehmlich gegen Dawes-Plan und die Sozialdemokratie. Dennoch waren die Wahlergebnisse gerade hier ernüchternd. Von dem allgemeinen Trend der Zugewinne der sozialistischen Parteien konnte man nicht profitieren. Wenn die NSDAP Erfolge zu verzeichnen hatte, so wurden diese im kleinbürgerlichen und mittelständischen Milieu in ländlich-agraren Regionen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung erreicht. Jürgen Falter: Hitlers Wähler, München 1991, S. 154 ff. und 177 f.

322 Schulze: Weimar, S. 292 f.

323 Lau: Wahlkämpfe der Weimarer, S. 372. In der eigenen Bewertung indes sah man die Ergebnisse allerdings nicht negativ. Im Gegensatz zu den Reichstagswahlen des Jahres 1924 war die NSDAP 1928 erstmals als eigenständige Kraft angetreten. Im Horizont der Verantwortlichen waren die nicht einmal 290.000 Stimmen, die Ludendorff im März 1925 auf sich vereinigte, die entsprechende Referenzgröße. Hitler sah das Ergebnis positiv als Ausdruck der erfolgreichen Konsolidierung. Goebbels notierte gar in sein Tagebuch »schöner Erfolg«. (Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 21. Mai 1928.) Allerdings zog man auch kritische Konsequenzen. Hier setzte sich die Linie Strassers und der Parteilinken durch. Der Antisemitismus rückte fortan mehr in den Hintergrund. Hancock: Röhm, S. 106. Vgl. dazu kritisch: Peter Stachura: Der kritische Wendepunkt? Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928, in: VfZ 26 (1978), S. 68–99, S. 66.

6.4 Auf dem Weg zur Massenorganisation

Pfeffer hatte sich, trotz aller Konflikte, bis Ende des Jahres 1928 in München etabliert.[324] Nachdem seine Gegenspieler feststellen mussten, dass der westfälische Sonderling sich als hartnäckig und politisch durchhaltefähig erwiesen hatte, stellte sich ein Verhältnis der gegenseitigen Akzeptanz in Ablehnung ein. In München menschlich wie auch emotional noch immer nicht angekommen – seine Familie wohnte in Westfalen –, vermochte er aber nach wie vor nur zu sehr wenigen Akteuren engere Bande zu knüpfen. Dazu gehörten Strasser und Goebbels, mehr jedoch HJ-Führer Gruber und Heß.[325] Vor allem Letztere zog Pfeffer mit seinen Geschichten aus der Freikorpszeit, die er als guter und humorvoller Unterhalter und Erzähler[326] gerne bildreich kundtat, sowie mit seiner Autorität in seinen Bann.[327] Hier ist gar von einer freundschaftlichen Beziehung zu sprechen. Auch mit dem Anfang 1928 zum Reichsorganisationsleiter avancierten Strasser hielt, zumindest persönlich, das gute Verhältnis an.[328] Hier verwundert allerdings die Tatsache, dass kaum Dokumente einer politischen Interaktion vorliegen. Der Grund dafür dürfte einerseits in der nationalsozialistischen Aktensäuberung bezüglich Strassers liegen. Andererseits zeigt jedoch die anzunehmende geringe politische Kommunikation die Schwächen beider Akteure. Offenbar verstanden sie es nicht – oder nur unzureichend –, die Kompetenzen ihrer Schlüsselpositionen gegen innerparteiliche Gegner zu bündeln.[329]

Das Jahr 1929 stellt in der Entwicklungsgeschichte der NSDAP eine Zäsur dar. In der PO hatte Strasser seine Organisationsreform abgeschlossen und der Partei jene Struktur gegeben, die Voraussetzung für den milieuübergreifenden Erfolg der kommenden Jahre sein sollte. Auch in Pfeffers SA war spätestens

324 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 17. November 1928. Vgl. auch Holm Kirsten: Weimar im Banne des Führers. Die Besuche Adolf Hitlers 1925-1940, Köln 2001, S. 34.

325 Hilde von Maibom: Mündliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009. So beriet und beruhigte Pfeffer Heß etwa in einer Satisfaktionsangelegenheit. Vgl. Heß an Haushofer vom 4. Oktober 1926, abgedruckt in: Hans-Adolf Jacobsen: Karl Haushofer – Leben und Werk. Bd. 2: Ausgewählte Schriftwechsel, Boppard am Rhein, Dok. Nr. 33, S. 67.

326 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 22. Oktober 1928.

327 Heß: Briefe, Nr. 373 vom 15. April 1927; Peter Padfield: Hess. The Führer's disciple, London 1995. S. 38. Vgl. auch Hoffmann: Hitler, S. 19 und 124 und Goebbels: Tagebücher, Einträge vom 1. Juni 1927, vom 14. Oktober 1927, vom 6. November 1927 und vom 28. Mai 1928.

328 Aber auch mit Strasser kam es im Zuge der Auseinandersetzungen Pfeffers mit den Gauleitern zu Konflikten. ZZS Stennes II, Bl. 12; Goebbels: Tagebücher, Einträge vom 15. Dezember 1928, 16. Januar, 19. Januar 1929 und vom 30. April 1930. Vgl. auch Kissenkoetter: Gregor Straßer, S. 80. Dennoch hielt die Verbundenheit an. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 97.

329 Der Fall Krebs stellte hier wohl eine Ausnahme dar. Vgl. Kapitel 6.3.3. Vgl. auch Orlow: Nazi Party, Bd. 1, S. 211.

mit der Einführung der Osaf-Stellvertreter Mitte 1929 die Phase des Primats der Organisation abgeschlossen. Mit der Erweiterung der Geschäftsstelle in der Schellingstraße – das Obergeschoss kam hinzu – verfügte die OSAF über mehr Räume. Ab Ende 1930 zog man nach dem Erwerb des »Braunen Hauses« zusammen mit der Geschäftsstelle in die nahe gelegene Briennerstraße 43 um.[330] Einen Dienstwagen für den Osaf hatte man sich bereits 1927 geleistet. Mit der Berufung Otto Wageners zum Stabschef am 24. Februar 1930 hatte auch der Osaf-Stab Pfeffers seinen finalen Personalbestand erreicht. So alimentierte man Mitte 1930 neben Pfeffer[331] und seinem Adjutanten Hallermann[332] auch Pfeffers Stabschef Wagener,[333] seinen aus Westfalen mitgebrachten Chauffeur Wilhelm Hülsebusch[334] sowie Siedler, Zöberlein, Hauptmann a D. Wolf.[335] Bereits Mitte 1929 hatte Pfeffer auch seinen Bruder Fritz in seinen Stab nach München geholt und alimentieren lassen.[336] Der Fokus der SA richtete sich nun auf die Gewinnung größerer Anhänger- und Wählermassen und damit auf die Propaganda.

6.4.1 Reichsparteitag 1929

Für alle Beobachter offensichtlich, sandte auch der RPT des Jahres 1929 das Signal aus, dass die NSDAP ihre Organisationsphase weitestgehend abgeschlossen hatte. Pfeffers Aufgabe hier war abermals die des Reichsquartiermeisters. Bei der Organisation der Massenveranstaltungen war er erneut in seinem Element. Wie schon 1927 richtete er im zentral gelegenen Hotel Deutscher Hof seinen diesmal in 10 Sonderabteilungen gegliederten Stab ein.[337] Schon im Vorfeld hatte er detaillierteste Anweisungen zu allen für die SA relevanten Veranstaltungspunkten – »Transport, Ankunft, Fackelzug, Luitpoldhain:

330 Clemens Vollnhals: Die Etablierung der NSDAP, in: Richard Bauer et al. (Hrsg.): München – »Hauptstadt der Bewegung«, Wolfratshausen 2002, S. 166-178, S. 176. 1934 zog die OSAF in das zuvor erworbene »Hotel Marienbad« in die Barerstraße um. Peter Longerich: SA in München, in: Richard Bauer et al. (Hrsg.): München – »Hauptstadt der Bewegung«, Wolfratshausen 2002, S. 94-95, S. 95.

331 Seine Bezüge hatten sich inzwischen von 300 auf 550 RM fast verdoppelt. Hitler RSA, Bd. III/3, Dok. 91, S. 359 ff.

332 Hallermann verstarb am 14. September 1930 nach einer Krankheit.

333 Wagener, von Pfeffer hinter vorgehaltener Hand »der dicke Wagener« genannt (Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009), wurde am 24. Februar Stabschef Pfeffers.

334 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.

335 Hitler RSA, Bd. III/3, Dok. 91, S. 359 ff. Obwohl in Bezug auf den Gesamtetat der Partei der Etatbedarf der SA gering war, litt auch die OSAF permanent unter Finanznot. ZZS Stennes II, Bl. 9. Zugleich zeigt der Bericht von Schwarz, wie die Osaf-Stellvertreter die ihnen zugewiesenen Mittel faktisch zu einem eigenen Etatrecht ausweiteten.

336 Friedrich trat erst im März 1928 in die NSDAP ein. BArch: PK – Friedrich von Pfeffer.

337 »Auftakt in Nürnberg«, in: VB vom 3. August 1929.

Aufmarsch, Heldenehrung, Standartenweihe, Festmarsch« – gegeben, die von seinen Unterführern vor den entsprechenden Veranstaltungen verlesen und erläutert werden sollten.[338] Die SA sollte sich ausschließlich auf ihre darstellerischen Aufgaben konzentrieren und stets als monolithischer Block auftreten.[339] Die Teilnahme an den Massenverpflegungen war Pflicht, die Unterbringung erfolgte in Strohquartieren. Für Samstag und Sonntag hatte er ein striktes Alkoholverbot ausgegeben.[340] Die pedantische Organisation brachte den gewünschten Effekt. Tatsächlich zog, trotz zahlreicher Unterhaltungselemente und der insgesamt 19 Sondertagungen,[341] diesmal Pfeffers SA die größte Aufmerksamkeit auf sich.[342]

Insgesamt waren rund 25.000 SA-Männer mit 35 Sonderzügen angereist.[343] Den ersten Auftritt hatte die SA am Samstagabend.[344] Der Fackelzug, in dem rund 17.000 SA, SS und HJ'ler unter Musik vom Hauptbahnhof über den Hauptmarkt zur Königstraße marschierten, galt in erster Linie der Nürnberger Bevölkerung.[345] Tatsächlich standen die Einheimischen dem Treiben der Nationalsozialisten weit weniger skeptisch gegenüber als noch im Jahr zuvor.[346]

Der »absolute Höhepunkt«[347] des RPT war der SA-Appell am Luitpoldhain. Hier erfolgte zunächst in einem feierlichen, religiös anmutenden Zeremoniell die Totenehrung. Eigens dafür hatte man einen steinernen Sarkophag errichten lassen, auf den als Symbol ein Stahlhelm gelegt wurde. Ritter von Epp hielt in Generalsuniform eine Rede,[348] danach legten Hitler und nach ihm Pfeffer und andere hohe Funktionäre Kränze nieder. Im Anschluss erfolgte die Fahnenwei-

338 SABE »Reichsparteitag in Nürnberg 1.-4.8.1929« vom 13. Juli 1929, in: BArch: NS 26/305.

339 So heißt es in einem SABE: »Immer zusammenbleiben, nie den Anschluss verlieren. […] Einzelne SA-Männer dürfen nirgends sichtbar sein.« BArch: NS 26/304, SABE vom 13. Juli 1929. Vgl. dazu auch allg.: Manfred von Killinger: Die SA. In Wort und Bild, Leipzig 1933, S. 56 f.

340 BArch: NS 26/304, SABE vom 13. Juli 1929.

341 Vgl. dazu BArch: NS 26/391 sowie zum Ablauf Zelnhefer: Reichsparteitage, S. 39 ff.

342 Werner: SA und NSDAP, S. 449.

343 Polizeibericht nach Zelnhefer: Reichsparteitage, S. 43. Vgl. auch Bennecke: Hitler und die SA, S. 138 ff. Nach der offiziellen NS-Angabe waren es 60.000 Teilnehmer. Volz: Daten der Geschichte, S. 57.

344 VB vom 6. August 1929: »Der Fackelzug«.

345 So war man sich des propagandistischen Mehrwerts bewusst, den eine stärkere Miteinbeziehung der Bevölkerung als Statisten mit sich brachte. So wurde die Nürnberger SA massiv verstärkt und dadurch, dass mit Streicher und seinem Gaugeschäftsführer Georg Gradl zwei exponierte Nürnberger Nationalsozialisten und nicht Pfeffer an der Spitze marschierten, sollte suggeriert werden, es handle sich ausschließlich um die fränkische SA.

346 Lagebericht der Nürnberger Polizei vom 14. August 1929, nach Zelnhefer: Reichsparteitage, S. 43.

347 Ebenda, S. 43.

348 VB vom 6. August 1929: »Totenehrung am Heldendenkmal«.

he.[349] Hitler übergab der SA 25 Standarten und der SS elf Sturmfahnen, was ungeachtet der propagandistischen Intention, tatsächlich Ausdruck der positiven Mitgliederentwicklung war. Nach der Verleihung erfolgte der Marsch der etwa 24.000 SA'ler, 500 SS-Männer, 1.300 Hitlerjungen und 1.000 österreichischen Nationalsozialisten zum Hauptmarkt, wo Hitler die Parade abnahm. Wie schon 1927 führte Pfeffer den Marsch an. Am Hauptmarkt angekommen, positionierte er sich neben Hitler auf dem Trittbrett dessen Wagens – der Hierarchie war dadurch Genüge getan, dass Pfeffer einige Zentimeter unter Hitler stand.[350] Die Führung der Parade übernahm im Anschluss Walther Stennes.[351]

Größten Wert hatten Parteileitung und Osaf im Vorfeld auf die Disziplin der Truppe gelegt – war man sich doch über die Dynamik, die die aufgeheizte Atmosphäre einer solch martialischen Inszenierung mit sich brachte, bewusst. Zudem bewegte sich die SA anno 1930 ohnehin stets am Rande eines Verbots.[352] Noch am 3. August hatte die Parteileitung über den VB zum wiederholten Male die SA-Männer direkt angesprochen.

> »Vergiss nicht, dass Du in diesen Tagen an jedem Ort und in jeder Stunde Repräsentant der nationalsozialistischen Bewegung bist. […] Du solltest und darfst niemanden beleidigen oder gar belästigen nach Art der Reichsbannerleute oder Rotfrontmenschen. Du darfst Dich unter keinen Umständen vor allem betrinken […] Meide jeden Alkohol, hüte Dich vor allem vor jeder Verletzung der Ordnung, vergiss nicht, dass Nürnbergs Polizei durchgehend aus anständigen, im Herzen kerndeutsch gesinnten Männern besteht […] Hüte Dich vor allen Zusammenstößen, vergiss weiter nicht, dass unsere Abrechnung mit den Juden nicht in lächerlichen Einzelzusammenstößen erfolgt, sondern in einer dereinstigen durch unsere staatliche Gewalt durchgeführten Vernichtung dieser internationalen Völkerfeinde.«[353]

Ungeachtet dieser Vorkehrungen kam es auch auf dem RPT 1929 mehrfach zu gewaltsamen Zusammenstößen mit Kommunisten und Angehörigen des

349 VB vom 6. August 1929: »Das Hakenkreuzbanner als Fahne der werdenden Freiheit«.

350 Die Familienüberlieferung Pfeffer berichtet, dass Hitler den Aufmarsch der SA auch aufgrund der zunehmenden Konflikte (vgl. Kapitel 6.5.1 und 6.6.1) alleine abnehmen wollte. Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009. Ob Pfeffer tatsächlich Hitler vor vollendete Tatsachen stellte, indem er einfach neben ihm Position einnahm, ist nicht nachweisbar. Zwar litt in den folgenden Monaten das Verhältnis der Akteure merklich, eine derartige Blamage hätte Hitler jedoch sicher nicht kommuniziert.

351 VB vom 6. August 1929: »Der große Vorbeimarsch vor dem Führer«.

352 Vgl. Kapitel 6.4.2.

353 VB vom 3. August 1929 »Parteigenossen! SA- und SS-Mann! Hitlerjunge!« Unverkennbar knüpfte man dabei an den ersten SABE an, in dem es schon im November 1926 geheißen hatte: »Jeder Widerstand (oder gar Angriff) gegen die Staatsgewalt ist für die SA streng verboten.« Pfeffers »Ausführungen« zum »Brief Hitlers an Hauptmann von Pfeffer« vom 1. November 1926, in BArch: NS 23/943.

Reichsbanners.[354] Glaubt man der nationalsozialistischen Propaganda, war am 2. August sogar Pfeffer selbst Ziel eines Anschlags. In einer Auseinandersetzung in der Nacht vom 2. auf den 3. August zwischen SA und Reichsbannermitgliedern fielen Schüsse. Als ein SA-Mann vor diesen in ein vorbeifahrendes Fahrzeug flüchtete, kam in der Stadt schnell das Gerücht auf, es hätte sich um das Osaf-Fahrzeug gehandelt und die Schüsse hätten Pfeffer gegolten.[355] Da selbst die NS-Propaganda den Fall jedoch nicht weiterverfolgte, dürfte der Wahrheitsgehalt gering gewesen sein. Dennoch war die Truppe nun außer Kontrolle. Nach dem offiziellen Ende des Parteitages marodierten Hunderte SA-Männer unkontrolliert in der Stadt. Nur schwerlich unter dem Auftreten großer Teile der NS-Führungselite konnten sie zur Räson gebracht werden.[356] Grund genug für die Nürnberger Stadtväter, in den folgenden Weimarer Jahren keinen weiteren RPT in Nürnberg mehr zuzulassen.[357]

Ungeachtet dessen stellte der RPT mit seiner noch nie da gewesenen propagandistischen Inszenierung von Massenveranstaltungen einen vollen Erfolg dar.[358] Überparteiliche Beobachter und selbst die Polizei zeigten sich insbesondere von der Darbietung durch die SA beeindruckt.[359] Für Pfeffer stellte er zweifellos den nach außen sichtbaren »Höhepunkt« seines organisatorischen Wirkens dar.[360] In Anwesenheit vieler prominenter Besucher hatte sich seine SA gerade bei den Massenveranstaltungen hervorragend präsentiert.[361] In einem SABE verkündete Pfeffer nur wenige Tage darauf: »Der Parteitag war ein Ehrentag der SA. […] Nürnberg bewies, wie weit wir schon auf dem Wege zum Endziel vorangeschritten sind. Weiter voran! Unser Weg ist richtig!«[362]

354 BArch: R 1507/2090, Bl. 29, Bericht vom 29. November 1929, VB vom 3. und 6. August 1929. Vgl. auch Reiche: Development, S. 74 ff. und Zelnhefer: Reichsparteitage, S. 50.

355 VB vom 4./5.8.29 »Das marxistische Attentat auf das Osaf-Auto«.

356 Hitler selbst appellierte im VB an die Disziplin der SA. VB vom 6. August 1929, Beiblatt: »Nationalsozialisten lasst euch nicht provozieren!« Die Interpretationen über die Verantwortung für die Ausschreitungen gingen, ebenso wie die Berichte über die Reaktionen der Funktionäre, weit auseinander. Vgl. etwa Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 6. August 1929 mit ZZS Stennes II, Bl. 13.

357 Reiche: Development, S. 76.

358 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 11.

359 BArch: R 1501/125789, Bl. 158, Polizeibericht Polizei Nürnberg-Fürth vom 29. August 1929; VB vom 8. August 1928. Der »SA-Mann« vom 10. August zitierte positive Meldungen aus der ausländischen Presse. Selbst der ehemalige Freikorpsgeneral von der Goltz, der der NSDAP bis dato distanziert gegenübergestanden hat, musste feststellen: »Der Parteitag der NSDAP in Nürnberg hat überrascht.« BArch-MA: N 714/11, Bl. 1.

360 Bennecke: Hitler und die SA, S. 138.

361 So waren neben von der Goltz auch der Stahlhelmführer Düsterberg und Prinz August Wilhelm anwesend. Zelnhefer: Reichsparteitage, S. 45.

362 BArch: NS 26/304, SABE vom 15. August 1929.

6.4.2 Fokus: Propaganda

> »Die politische Propaganda sucht den Gegner aufzuklären, mit ihm zu disputieren, seinen Standpunkt zu begreifen, auf seine Gedanken einzugehen[,] ihm bis gewissem Grade Recht zu geben. – Wenn aber die SA auf dem Plane erscheint, hört das auf. Sie kennt keine Konzessionen. Sie geht aufs Ganze. Sie kennt nur das Motto (bildlich): Slah dot! Du oder ich.«[363]

Der RPT 1929 war der Auftakt zu einer nahezu ununterbrochenen Serie an Erfolgen der NSDAP. Die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung der Republik, die noch bei den Reichstagswahlen 1928 die Chancen auf einen Wahlerfolg aussichtslos gemacht hatte, geriet ins Stocken.[364] Zudem wirkte die einsetzende Kontroverse um den Young-Plan auf die Entwicklung der NSDAP wie ein Katalysator. Im Oktober erreichte man bei den Landtagswahlen in Baden fast sieben Prozent der Stimmen. Es folgten im November 8,1 Prozent in Lübeck und am 8. Dezember 11,3 Prozent in Thüringen. Bereits am 23. Juni hatte man bei den vorläufigen Stadtratswahlen in Coburg erstmals die absolute Mehrheit der Mandate erringen können.[365] An all diesen Erfolgen hatte Pfeffers erstarkende SA einen maßgeblichen Anteil.[366] Eine besondere Bedeutung kam ihr auch im Zusammenhang mit dem Volksentscheid gegen den Young-Plan zu. Dass die NSDAP in Hugenbergs Planungen zum Faktor wurde und damit an der Seite der Bürgerlichen für breite Bevölkerungsschichten zur Wahlalternative wurde, war zu großen Teilen dem propagandistischen Potenzial der SA zu verdanken, welches Hugenberg in seinem Sinne auszunutzen gedachte.[367]

Im Konzept des Reichspropagandaleiters Strasser[368] und seines Stellvertreters Himmler kam der SA ohnehin eine tragende Rolle zu.[369] Sie sollte nicht nur

363 SABE 3 »SA und Öffentlichkeit (Propaganda)« vom 3. November 1926, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 16.

364 Schulze: Freikorps und Republik, S. 292. Im Februar 1929 stieg die Erwerbslosenzahl erstmals seit den Revolutionsjahren über die Drei-Millionen-Marke. Deuerlein: Aufstieg, S. 298.

365 Vgl. dazu regionalgeschichtlich Joachim Albrecht: Die Avantgarde des »Dritten Reiches«. Die Coburger NSDAP während der Weimarer Republik 1922-1933, Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 106 f. sowie Hubertus Habel et al.: »Voraus zur Unzeit«. Coburg und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland. Katalog zur Ausstellung der Initiative Stadtmuseum Coburg e. V. und des Staatsarchivs Coburg im Staatsarchiv Coburg, 16. Mai bis 8. August 2004, Coburg 2004, S. 103 ff.

366 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 18; Longerich: Die braunen Bataillone, S. 94.

367 Helmut Heiber: Die Republik von Weimar, München[15] 1982, S. 203.

368 Strasser war bis Anfang 1928 Reichspropagandaleiter, übte aber darüber hinaus bis zur Ernennung Goebbels maßgeblichen Einfluss auf die Propaganda der NSDAP aus.

369 Nach diesem Konzept der propagandistischen Konzentration sollten 70 bis 200 Veranstaltungen in einem Zeitraum von sieben bis zehn Tagen in einem einzigen Gau abgehalten werden. Tyrell: Führer befiehl …, Dok. 99, S. 255 ff.

für die Sicherheit der Veranstaltungen sorgen, in den regelmäßig stattfindenden »Propagandawochen« war die SA zudem aufgefordert, für sich und die NSDAP noch intensiver zu werben.[370] Als Goebbels schließlich ab dem 27. April 1930 als Reichspropagandaleiter die Propaganda vereinheitlichte und weiter professionalisierte, wurde die SA in fast alle Formen der Propaganda miteingebunden. Bei Sprechabenden und Massenveranstaltungen war sie als Ordnungsdienst und als martialisch auftretende Staffage, etwa bei dem Einmarsch des Redners, unentbehrlich. Die Hauptrolle spielte sie bei der Straßen- und Demonstrationspropaganda. Gerade Pfeffer war, geprägt von den Erfahrungen aus Sozialisation und Freikorpszeit und bestätigt durch die Lektüre Le Bons, fasziniert und überzeugt von der psychologischen Wirkung von marschierenden Massen.[371] Schon in seinem ersten SABE hatte es geheißen: »Der Angriffskampf gegen den Marxismus besteht aus öffentlichen Massenaufzügen, die das deutsche Volk auf eine dem Marxismus entgegengesetzte Weltanschauung aufmerksam machen und öffentlich zeigen, dass Scharen bester Volksgenossen bereit sind, Leib und Leben für die neue deutsche Weltanschauung einzusetzen.«[372] Nur zwei Tage später ergänzte er in einem weiteren SABE:

> »Die einzige Form, in der sich die SA an die Öffentlichkeit wendet ist das geschlossene Auftreten. Dieses ist zugleich eine der stärksten Propagandaformen. Der Anblick einer starken Zahl innerlich und äußerlich gleichmäßig disziplinierter Männer, deren restloser Kampfeswillen unzweideutig zu sehen oder zu ahnen ist, macht auf jeden Deutschen den tiefsten Eindruck und spricht zu einem Herzen eine überzeugendere und mitreißendere Sprache als Schrift und Rede und Logik je vermag. Ruhiges gefasst sein und Selbstverständlichkeit unterstreicht den Eindruck der Kraft, – Kraft der marschierenden Kolonnen und der Kraft der Sache, für die sie marschieren.«[373]

Martialische Körpersprache, Hitlergruß, militärische Ordnung mit Marschtritt, Militärmusik und die dazugehörige Symbolik mit Fahnen und Standarten sollten nach Pfeffer Wehrhaftigkeit, Stärke, Glaube und Hingabe ebenso wie

370 Auch begann man nun konzentriert etwa in Schulen für sich und die NSDAP zu werben. BArch: R 1507/2090, Bl. 192. Vgl. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 1. Oktober 1928, sowie zur Propaganda der Münchener SA Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 320 ff.

371 SABE 3 »SA und Öffentlichkeit (Propaganda)« vom 3. November 1926, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 16. Siehe auch Frank: Hitler, S. 320 f. Zu Pfeffers Leseliste gehörte nachweislich auch: Gustave Le Bon: Psychologie der Massen, Leipzig³ 1919 (erstmals 1895). Allerdings ist nicht klar, wann Pfeffer dieses Werk gelesen hat. Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

372 Pfeffers »Ausführungen« zum »Brief Hitlers an Hauptmann von Pfeffer« vom 1. November 1926 in BArch: NS 23/943.

373 SABE 3 »SA und Öffentlichkeit (Propaganda)« vom 3. November 1926, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 16. Die Bezüge zu persönlichen Erfahrungen sind dabei unverkennbar, vgl. dazu Kapitel 2.2.5.

Mut und Opferbereitschaft symbolisieren.[374] Insgesamt sollte bei den Adressaten das Gefühl die kalte Analyse ersetzen. Besonders in den von anderen Parteien häufig vernachlässigten ländlichen Regionen, die rasch eine höhere Affinität zum Nationalsozialismus entwickelten, erzielte diese Form der Propaganda eine durchschlagende Wirkung.[375] Selbst der politische Gegner stellte die Bedeutung der SA für die Erfolge der NSDAP fest. So hieß es etwa:

»Als Grund der nationalsozialistischen Erfolge dürften neben der unbestreitbaren Emsigkeit ihrer Agitation, der offenen und geheimen Unterstützung durch die Kreise um Hugenberg, dem Terror in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande, der Anziehungskraft ihres geschickt aufgemachten, mit Militärmusik und Uniform unterstützten Versammlungsbetriebs, vor allem die Kritiklosigkeit großer, durch Wirtschaftsnot verbitterter Wählerschichten anzusprechen sein.«[376]

Besonders in den größeren Städten und den Hochburgen des politischen Gegners standen die Aufmärsche und Demonstrationen zumeist im Zeichen körperlicher Gewalt.[377] Die symbolische Eroberung der Straße, seit 1919 die Domäne der Kommunisten, brachte den Nationalsozialisten nicht nur in antimarxistischen Kreisen Sympathien ein, sondern strahlte auch darüber hinaus eine Faszination aus.[378] Pfeffer, für den Gewalt zum politischen Alltag gehörte,[379] förderte und forderte diese, auch als integrierendes Element, nach Kräften.[380] Gleichzeitig bedeutete diese immer größere Anforderungen durch Einsatz- und Bereitschaftszeiten an den einzelnen SA-Mann. Höhepunkte der Belastungen waren die von der NSDAP veranstalteten »Deutschen Tage« und

374 Vgl. auch zur Wirkung nach innen Balistier: Gewalt und Ordnung, S. 55 ff. Siehe allg. auch Frank: Hitler, S. 319.

375 Longerich: Die braunen Bataillone, S. 73 ff.; Manfred Kittel: Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918-1933/36, München 2000, S. 597.

376 BArch: R 1501/125789, Bl. 216: Demokratischer Zeitungsdienst vom 8. November 1929. Vgl. auch den Dortmunder Generalanzeiger vom 5. Mai 1930, zit. nach Böhnke: NSDAP im Ruhrgebiet, S. 147: »Seit Jahren lassen es sich die Bannerträger der Partei nicht nehmen, auf die entlegensten Dörfer zu gehen und in täglich mindestens 100 Versammlungen in Deutschland ihre Parolen in die Maßen [sic!] zu werfen.«

377 Glaubt man den Angaben des VB, gab es allein in den ersten drei Monaten des Jahres 1930 295 Verletzte, 70 Schwerverletzte und zwei Tote auf Seiten der NSDAP. VB vom 27. März 1930.

378 Vgl. dazu am besten: Gerhard Paul: Aufstand der Bilder, Bonn² 1992, S. 136 sowie Balistier: Gewalt und Ordnung, S. 44 f. Vgl. auch David Large: Hitlers München. Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung, München 2001, S. 264 ff.

379 Malinowski: Die Reihen fest, S. 146. Vgl. etwa zu Westfalen: HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 192 ff.

380 Vgl. dazu SABE 3 »SA und Öffentlichkeit (Propaganda)« vom 3. November 1926, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 16.

die in immer kürzeren Abständen wiederkehrenden Wahlkämpfe.[381] Gelegen kam es da, dass zwischen 1929 und 1930 Pfeffer gleich mehrfach Prestigeerfolge zu vermelden hatte. So traten in dieser Zeit Prinz August Wilhelm von Preußen, Prinz Friedrich Christian von Schaumburg-Lippe und Philipp von Hessen in die SA ein.[382]

Um die Moral hochzuhalten war Pfeffer nun auch immer häufiger auf Inspektionsfahrten im Reich unterwegs.[383] Fast zwangsläufig rückte damit die Propaganda auch mehr in den Fokus seiner persönlichen Tätigkeit.[384] Er erschien regelmäßig zu den »Deutschen Tagen« und zu Beerdigungen von im Einsatz getöteten SA-Männern. So etwa auch im Zusammenhang mit den Unruhen der mit der NSDAP sympathisierenden Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein, als drei SA-Männer starben. Hitler und Pfeffer erschienen im März 1929 persönlich auf deren Beerdigung und wurden hier als »Volksbefreier und Lieblinge gefeiert«.[385]

Pfeffers wohl größter öffentlicher Auftritt in einem solchen Rahmen war die Beerdigung Horst Wessels am 1. März 1930 in Berlin.[386] Für wie gering man allerdings die propagandistische Wirkung des Osaf in der Öffentlichkeit hielt, zeigt die Tatsache, dass selbst die nationalsozialistische Presse darauf verzichtete, auf die Rede des Osaf näher einzugehen.[387] Auch nach 1929 war Pfeffers Engagement in erster Linie nach innen gerichtet.

6.5 Putsch- oder Legalitätstaktik?

> »Und jetzt muss endlich geschieden werden, Partei oder Wehrverband, Revolution oder Reaktion.«[388]

Im Zuge des Neuaufbaus der SA wurden die Spannungen zwischen der um ein legales Auftreten bemühten PO und der revolutionären Basis der SA zu dem zentralen innerparteilichen Konflikt. Pfeffer befand sich erneut in einem für

381 Hierzu ist auch das massive Agieren der SA im Rahmen des Volksentscheids gegen den Young-Plan im Sommer/Herbst 1929 zu zählen.
382 Werner: SA und NSDAP, S. 427.
383 Vorher war dies deutlich seltener. Vgl. dazu aber etwa Pfeffers Auftritt auf dem »1. Uckermärkertag« in Prenzlau im Juli 1928. Engelbrechten: Braune Armee, S. 80.
384 Vgl. Pfeffers Auftritt auf dem »dritten Märkertag« bereits am 29. und 30. September 1928 in Teltow. Ebenda, S. 80. Wie aktiv Pfeffer im Reich umherreiste, zeigen auch die Tagebücher Goebbels. So ist anzunehmen, dass Pfeffer zwischen 1928 und 1930 alleine mehr als 50-mal nach Berlin reiste.
385 Deuerlein: Aufstieg, S. 300 f. Vgl. auch VB vom 16. März 1929 in: Hitler: RSA, Bd. III/2, Dok. Nr. 8 und 9, S. 105 ff.
386 Vgl. dazu Daniel Siemens: Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten, München 2009, S. 30 f.; Thomas Oertel: Horst Wessel. Untersuchung einer Legende, Köln 1988, S. 102; Sauer: Goebbels' »Rabauken«, S. 123.
387 Vgl. auch Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 4. September 1928.
388 Ebenda, Eintrag vom 13. August 1928.

ihn schon aus Zeiten des Frontbunds und der »AG P.« bekannten Dilemma: Wollte er nicht durch ein Parteiverbot die Existenz von SA und sogar der Gesamtbewegung infrage stellen, musste er die SA zügeln und unter Kontrolle halten. Auf der anderen Seite musste sich die SA, auch um den an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen, zwangsläufig aus einer Klientel rekrutieren, deren soziale Zusammensetzung mit den Attributen jung, proletarisch bis kleinbürgerlich, dynamisch, aggressiv, gewaltbereit und revolutionsaffin zu beschreiben ist.[389]

6.5.1 Latente innere Spannungen

Wie virulent diese Spannungen waren, zeigte sich bereits im Frühjahr 1927 in München. Der Ort war dabei keineswegs ein Zufall. Gerade hier, wo die SA noch 1923 große Handlungsfreiheit genossen hatte, empfand man die neue, auf den Anschein der Legalität ausgerichtete Vorgehensweise als das Werk von »Bremsern«, »Bonzen« und »Feiglingen«.[390] Bereits im Dezember 1926 hatte Pfeffer mit dem Hauptmann a. D. Dressler einen hohen Münchener SA-Führer entfernen lassen. Sechs Monate später kam es zur offenen Rebellion. Auslöser war die Ermordung eines SA-Mannes durch Angehörige des Reichsbanners. Neben Passivität warf man der Parteileitung die mangelhafte finanzielle Ausstattung der SA vor.[391] Gleich mehrere Stürme verweigerten den Dienst. Kopf des Protests, der zum Austritt etwa der Hälfte der Münchener SA führte und diese bis Ende 1928 nahezu handlungsunfähig machte, war das ehemalige Roßbachmitglied Edmund Heines.[392] Dass selbst der besonnene und auf Ausgleich bedachte[393] Walter Buch die Rebellion für »teilweise«[394] begründet hielt, verdeutlicht, wie weit die Frustration in der Münchener SA vorangeschritten war. Pfeffer, der in München über keinerlei Hausmacht verfügte, gelang es nicht, Einfluss auf Heines zu gewinnen und die Situation zu beruhigen. Erst als Hit-

389 Vgl. zur sozialen Zusammensetzung Merkl: Making of a stormtrooper, S. 109; Fischer: Stormtroopers, S. 26; Jamin: Zwischen den Klassen, S. 43; Merkl: Political violence, S. 314 ff. und 587 ff. Vgl. auch zur Gewaltbereitschaft: BArch: R 1507/2051, Bl. 104; Walter Rauscher: Hitler und Mussolini. Macht, Krieg und Terror, Graz u. a. 2001, S. 113 und zusammenfassend auch Longerich: Die braunen Bataillone, S. 81 ff.

390 Zit. nach Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 159 f. Auch mit der Teilnahme am parlamentarischen System entzündete sich Kritik. Vgl. allg. BArch: R 1507/2051, Bl. 73; Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 288.

391 Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 159. Hinzu kamen die Probleme mit den Versicherungen. Ab 1. Juli 1927 musste die Haftpflichtversicherung für SA-Männer eingestellt werden. Vgl. 6.3.1.

392 Vgl. zu Heines: BArch: R 1507/2031, Bl. 65 und Höhne: Mordsache Röhm, S. 26. Typisch für diese Klientel war auch, dass, obwohl Heines über die Geschäfte Rottenbergs von der NSDAP zweifellos finanziell profitierte, er nichtsdestotrotz die Rebellion anführte. Vgl. FN 6/87 f.

393 Tyrell: Führer befiehl, Dok. Nr. 68e, S. 185.

394 Zit. nach Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 161.

ler persönlich einschritt, entschärfte sich der Konflikt langsam.[395] Heines und seine Verbündeten wurden aus der Partei ausgeschlossen. Auf den schwachen Münchener SA-Führer Seidenschwang folgte schließlich Anfang Januar 1928 der agile und Pfeffer loyal gegenüberstehende Hans Zöberlein.[396] Für Pfeffer zeigte bereits diese erste große Auseinandersetzung das Spannungsfeld, in dem er sich in den kommenden Jahren als Osaf bewegen sollte. Zweifellos fühlte er sich Hitler und dessen Legalitätstaktik verpflichtet. Hitler war für ihn Förderer und Hoffnungsträger zugleich. Zudem war die Lehre aus den misslungenen Putschversuchen der vergangenen Jahre unzweideutig.[397] Dennoch, trotz dieser Verehrung verstand der ehemalige Freikorpsoffizier die Anliegen seiner SA-Männer, hatte doch die Idee des revolutionären Umsturzes seinen eigenen Werdegang maßgeblich geprägt. Pfeffer blieb Revolutionär mit sozialrevolutionären Ideen. So äußerte er sich etwa noch 1929 gegenüber Wagener:

> »Alle Gesetze, das gesamte deutsche Recht, ja die Rechtsauffassung, die in der ganzen Welt seit Jahrtausenden besteht, ist auf das Individuum abgestellt. Wird der Sozialismus zur Staatsraison, dann muss das alles umgestoßen und neu geschaffen werden. Denn nun muss das Recht der Allgemeinheit in den Vordergrund gestellt werden und das Recht des Individuums tritt dahinter zurück. Welche ungeheure Umwälzung bringt das mit sich! […] Enteignung, die bisher als Diebstahl galt, kann als Herstellung von Recht und Ordnung empfunden werden, Freiheitsberaubung wird zur segensreichen Handlung an der Allgemeinheit, Mord kann eine vaterländische Tat werden! Alle Begriffe verschieben sich, wirbeln durcheinander!«[398]

In dem revolutionären Aktivismus der SA sah er fraglos das Alleinstellungsmerkmal und die zentrale Triebkraft der Bewegung. Dennoch richtete er die SA auf die Person Hitlers und dessen Legalitätskurs aus. So schrieb er »Neuorganisation, politische! Nicht militärisch! Gegen Waffen, Soldatenspielereien, Putschisten!«[399] Im Juni 1927 verbot er endgültig jegliche militärischen Übungen in der SA.[400] Im Mai 1928 forcierte er den Rücktritt des Hamburger SA-Führers Arthur Böckenhauer, nachdem in dessen Zuständigkeitsbereich Waffenverstecke gefunden wurden.[401]

395 Vgl. Hitlers Rede vor rund 200 Mitgliedern der Münchner SA vom 25. Mai 1927, abgedruckt in: Hitler: RSA, Bd. II/1, Dok. 130, S. 320 ff.
396 IfZ: Fa 88, Bd. 86, Bl. 15, Schmidhuber an Pfeffer vom 1. Juni 1929.
397 ZZS Pfeffer I, Bl. 5.
398 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 73.
399 SABE 15 »Lenkung von Massen – Militärisches Vorbild« vom 19. Februar 1927, in IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 30.
400 Orlow: Nazi Party, Bd. 1, S. 106.
401 Frank: Hitler, S. 349. Siehe auch BArch: R 1507/2090, Bl. 38 f.; Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 95, S. 296 f., Kaufmann an Buch vom 28. Januar 1930.

Ideologisch versuchte Pfeffer durch die feste Ausrichtung auf die Person Hitler diese revolutionäre Dynamik zu kanalisieren.[402] Parallel dazu umfasste die Dienstzeit des SA-Mannes bald dessen gesamte Freizeit. Ständige Einsätze bei Saalschutz, Aufmärschen oder Werbeaktionen sollten nicht nur dazu führen, dass der einzelne SA-Mann sich bis zur Selbstaufgabe seinem Dienst verschrieb. Mehr noch sollte damit eine Unterbeschäftigung, die ein maßgeblicher Auslöser der Münchner Rebellion war, ausgeschlossen werden. Gleichzeitig bedeutete dies aber auch, dass es kaum noch möglich war, einer regulären beruflichen Tätigkeit neben dem SA-Dienst nachzukommen. Nicht selten litt auch das Familienleben. Ein weiteres Mittel war die Überhöhung der Bedeutung der SA für die Gesamtpartei. Ziel war es damit, die Loyalität zur Bewegung zu stärken, eine Fokussierung auf den politischen Gegner zu erreichen und von inneren Konflikten abzulenken.[403] Schließlich appellierte Pfeffer permanent an die Disziplin seiner SA.[404] So war »Disziplin« auch der Titel des im März 1928 von Pfeffer selbst verfassten ersten Leitartikels der ersten Ausgabe des »SA-Mann«.[405] Auch sollten die von Pfeffer eingesetzten Freikorpsoffiziere, welche Erfahrung sowohl mit der spezifischen Klientel als auch mit den besonderen Anforderungen eines »Freiwilligendienstes« hatten, für die Verbesserung der Disziplin sorgen.[406] Kann man zwar im Generellen feststellen, dass sich letztere Maßnahme durchaus bewährte, zeigten jedoch Einzelfälle – Stennes in Berlin[407] – die Problematik, die mit dem überbordenden Selbstbewusstsein und der mangelhaften Subordinationsbereitschaft einherging. Hinzu kam eine starke Anlehnung an militärische Umgangs- und Befehlsformen, die rasch mit Putschabsichten in Verbindung gebracht wurden.[408] So bemerkte Goebbels im Juni 1928: »Die Militärs sind auf dem besten Wege die Partei zu ruinieren.«[409]

Auch sah sich Pfeffer in sozialer Hinsicht als ersten Vertreter der Interessen seiner SA-Männer.[410] So beklagte er die mangelhafte finanzielle Ausstattung

402 Vgl. Kapitel 6.3.1.

403 Orlow: Nazi Party, Bd. 1, S. 90. Rösch spricht von den Mitteln der »Suggestion und Ablenkung« Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 163. Später wurden auch weitere aggressionsabbauende Maßnahmen wie etwa Jiu-Jitsu-Kurse eingeführt.

404 Erstmals bereits am 7. November mit seinem SABE 7 »Disziplin«, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 21.

405 Franz von Pfeffer: »Disziplin«, in: ›Der SA-Mann‹, Beilage zum VB vom 25./26.3.1928. So schrieb er hier: »Einordnung (Disziplin) ist der Wertmesser einer Gemeinschaft (Organisation)«.

406 Vgl. BA-MA: MSg 3/747-350, »Reiter gen Osten«, September 1943 (14) Folge 9, S. 6, Vogelsang: Reichswehr, Staat, NSDAP, S. 116.

407 Vgl. Kapitel 6.6.

408 Vgl. dazu etwa den Münchener SA Führer August Schneidhuber, in: Stockhorst: 5000 Köpfe, S. 392.

409 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 21. Juni 1928. Heiden sprach etwa von »kriegerischen Instruktionen« Pfeffers. Heiden: Nationalsozialismus, S. 270.

410 So überzeugte Pfeffer etwa auch Hitler, seinen langjährigen Adjutanten Hallermann unmittelbar vor dessen Tod (14. September 1930) im Sanatorium zu besuchen. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 70ff. Siehe auch: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 62.

der Truppe[411] und zog auch sonst im Zuge der Interessenvertretung der SA mehrfach den Unwillen des Münchener Apparats sowie der Gauleiter auf sich. In der revolutionären Dynamik sah er das integrale und definierende Merkmal der SA. Vollständig unterdrücken wollte und konnte er diese bei aller Verpflichtung auf den Legalitätskurs nicht. Um einer sozialen Entfremdung und damit dem Verlust der Kontrolle entgegenzuwirken, bediente sich Pfeffer, wie schon beim Freikorps[412] – ganz im Widerspruch zu seinen im Familiären gehobenen Umgangsformen –, einer groben proletarisch-revolutionären Rhetorik.[413] Von den inneren Problemen galt es abzulenken und den Aktivismus der SA auf den äußeren Gegner zu lenken. Passagen wie: »Während die Blüte des jungen Deutschland als adeliges Kreuzrittertum einer neuen Menschheitsepoche in Opfer und Entsagung um die Gestaltung seiner heiligen Ideen ringt, schleicht die giftige Kreatur entarteten Untermenschentums, die rote Mordbestie, beutelauernd durch die Asphaltwüsten der Großstadt«[414] finden sich häufig bei Pfeffer. Deutlich wurden die revolutionäre Rhetorik und die Funktion, die dahinterstand, auch im Rahmen des Schweidnitzer Prozesses im September 1929.[415] Bei seiner Aussage stellte sich Pfeffer bewusst als Personifikation der SA-Mentalität dar. Die spezifisch nach innen gerichtete Funktion seiner Rolle war unzweideutig. Im Windschatten des in solchen Prozessen üblicherweise gemäßigt auftretenden Hitlers sollte er durch unangepasstes radikales Gebaren, den Erwartungen des radikalen Flügels der SA entsprechen und damit einer Entfremdung entgegenwirken.[416] Dabei konnte er in seiner Rolle

411 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 17. Juli 1928. So sollen Hitler und auch Pfeffer ob der größeren finanziellen Belastung für die Partei Mitte 1930 sogar über eine Reduzierung der SA nachgedacht haben. Da jedoch keine konkreten Belege dafür vorliegen, wären Schlüsse daraus nur Spekulation. Vgl. Andreas Dornheim: Röhms Mann fürs Ausland. Politik und Ermordung des SA-Agenten Georg Bell, Münster 1998, S. 241; Werner: SA und NSDAP, S. 465. Stennes war sich später sicher, dass eine Reduzierung keineswegs im Sinne Pfeffers gewesen wäre. ZZS Stennes II, Bl. 10 und 17.

412 Vgl. FN 2/469.

413 So schrieb Pfeffer in Goebbels »Angriff« am 22. April 1929: »Möge die Brut nicht nur an ihrer eigenen Verlogenheit und Unmoral verderben, sondern möge es uns und dem aufsteigendem Guten vergönnt sein, mit eigener Faust sie in die Unterwelt herabzudrücken, aus der die Dummheit und Schwächlichkeit unserer Vorfahren sie empor kommen ließ. Nicht von selbst, sondern durch Hitler soll sie sterben.«

414 Pfeffer in einem Schreiben an den Standartenführer I in Köln vom 20. Februar 1929, zit. nach Reichardt: Faschistische Kampfbünde, S. 620.

415 Im schlesischen Schweidnitz war eine von den Nationalsozialisten initiierte Saalschlacht eskaliert und hatte zu mehreren Schwerverletzten geführt. Der Verteidiger der SA-Männer, Hans Frank, sah die propagandistische Chance und forderte im Prozess Hitler und Pfeffer zur Sache zu hören. Adler: Schweidnitz, S. 16.

416 VB vom 17. Dezember 1929. Vgl. dazu auch: Hitler: RSA, Bd. III/3, Dok. Nr. 58, S. 224; Hans Frank: Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit aufgrund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse. Geschrieben im Nürnberger Justizgefängnis, Neuhaus bei Schliersee² 1955, S. 72 ff.

des Sprechers des einfachen SA-Mannes seiner Aversion gegen die Republik und ihre im Gericht versammelten Vertreter freien Lauf lassen. Pfeffer sprach von »Blutterror«, den »Schwarz-rot-gelben Horden« und von der »böswilligen Auslegung der Gesetze durch Beamte dieser Republik«. Auch nationalistisch-rassistische Antipathien bediente er, als er verlautbarte, dass seine »deutsche Zunge« den Namen des preußischen Innenministers – Albert Grzesinski – nicht aussprechen könne. An Pfeffers Ton änderte auch nichts, dass der Staatsanwalt mehrfach die »groben Entgleisungen« Pfeffers anmahnte.[417]

Wie viel Konfliktpotenzial in einem solchen ständigen Austarieren zwischen Legalitätsforderung und revolutionärer Dynamik lag, hatte sich zuvor im Zuge der Ernennung Walther Stennes zunächst zum Oberführer und schließlich zum Osaf-Stellvertreter Ost gezeigt.[418] Bereits bei dessen Amtsantritt machte sich Stennes den Konflikt zwischen der SA-Basis und München zum Aufbau einer eigenen Hausmacht in der als schwer kontrollierbar geltenden[419] Berliner SA zunutze. So soll er hier Pfeffer und Hitler bei einer internen Versammlung als »Lumpen« bezeichnet haben und erntete dabei offenbar rege Zustimmung. Gleichzeitig erhob er eine Forderung über 3.500 Mark gegenüber der Reichsleitung.[420] Pfeffer befand sich im Zwiespalt. Zwar war auch er Ziel des Angriffs Stennes' gewesen, er sah jedoch die Gefahr, dass sich erneut Unruhe in der SA ausbreitete. Nach kurzer Analyse der Machtkonstellation unterstützte er Stennes' Forderung bei Hitler.[421] Hitler war darüber wenig erfreut. Einmal mehr nach München 1927 konnte Pfeffer die aufgewiegelte SA nicht beruhigen und seiner Funktion als »Blitzableiter« nicht nachkommen. Zudem führte Pfeffers Haltung dazu, dass nicht nur bei den Behörden, sondern auch in den eigenen Reihen sein Bekenntnis zum Legalitätskurs immer stärker bezweifelt wurde.[422] Goebbels notierte dazu: »Er [Hitler] hält Pfeffer und Stennes für Freischärler. Wahrscheinlich mit Recht.«[423] Schließlich gab Hitler der Forderung Stennes' nach.

417 Alle Zitate nach: Adler: Schweidnitz, S. 17 f.

418 Stennes hatte wie Pfeffer seine Wurzeln in Westfalen und war ebenfalls beim Kapp-Putsch beteiligt. Vgl. zur Person: Reichardt: Die SA, S. 245; Sauer: Schwarze Reichswehr und Fememorde, S. 326; Bernhard Sauer: Zur politischen Haltung der Berliner Sicherheitspolizei in der Weimarer Republik, in: ZfG 53 (2005), S. 26-45, S. 34 ff.

419 Vgl. Longerich: Joseph Goebbels, S. 114 f.

420 Hillebrand: Herunter mit der Maske, S. 5. Reichsmusikleiter Hillebrand hatte sich 1928 mit der NSDAP überworfen. Die Aussage scheint dennoch der Tendenz nach glaubhaft, denn so auch in BArch: NS 26/2540, Bl. 1. Siehe auch Sauer: Goebbels' »Rabauken«, S. 119 f.

421 Grant: Stormtroopers, S. 62, ZZS Stennes II, Bl. 6 f. und 10 ff.

422 BArch: NS 26/1374, Buch an Pfeffer vom 13. September 1930 (»nicht abgegangen!«). Nicht nur Buch unterstellte Pfeffer, lediglich sein eigenes Freikorps wiederbeleben zu wollen. Auch die Kommunisten machten sich diesen Konflikt zunutze. Vgl. etwa den gefälschten SA-Befehl vom 5. November 1928 in: BArch: R 1501/125788, Bl. 384.

423 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 24. August 1928.

Deutlich wird, wie ab 1929 für Pfeffer die Gefahr, zwischen allen Stühlen zum Sitzen zu kommen, virulent wurde. Vor allem vier Faktoren sorgten für die Zuspitzung der Konflikte.[424]

Erstens wurden mit Abschluss der Organisationsphase in der inzwischen auf über 30.000 Mitglieder angewachsenen SA Kräfte frei, die immer schwerer zu kanalisieren waren. Hinzu kam, dass das im Mai 1929 ergangene Verbot des Rotfrontkämpferbundes (RFB) auch ein Verbot der SA in Reichweite erscheinen ließ. Pfeffer musste daraufhin die operationelle Freiheit der Gau-SAen stark einschränken.[425] Tatsächlich stellte das RKO in den kommenden Wochen eine Beruhigung der SA-Aktivitäten fest.[426] Wie trügerisch die Ruhe jedoch war, zeigt die eruptionsartige Entladung der Gewalt im Anschluss an den RPT in Nürnberg. Nur mit Unterstützung weiterer führender Funktionäre gelang es Pfeffer, die marodierenden Horden wieder zur Räson zu bringen. Erneut wurde offensichtlich, dass auch Pfeffer den revolutionären Elan nicht restlos beherrschte.[427] Obwohl diese Ereignisse keine nachhaltigen juristischen Konsequenzen nach sich zogen, war man in der Parteiführung erzürnt. Insbesondere Streicher beschwerte sich bei Hitler über Pfeffers Führungsschwäche. Dass dieser angebliche kommunistische Provokationen für die Eskalation verantwortlich machte, half wenig.[428] Auch an Pfeffers Reaktion wird sein sich immer mehr verengender Handlungsspielraum deutlich – Pfeffer blieb nichts anderes übrig als abzuwiegeln. Von Disziplinarmaßnahmen oder Sanktionen gegenüber den beteiligten SA-Männern ist nichts bekannt.[429] Stattdessen blieb nur, in einem SABE die »marxistische Angriffstaktik« zu analysieren und ein-

424 Im Mai 1929 war es auch in Württemberg in einem Konflikt zwischen Gauleiter und Gau-SA-Leiter zur Eskalation gekommen. Vgl. Thomas Schnabel: Die NSDAP in Württemberg 1928-1933. Die Schwäche einer regionalen Parteiorganisation, in: Thomas Schnabel (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, Stuttgart u. a. 1982, S. 49-81, S. 53.

425 Pfeffer schrieb dazu: »Durch die blutige Unterdrückung des Maifeiertages und der Auflösung des RFB haben die regierenden Bonzen ihr Ansehen bis weit in die Kreise der SPD ungeheuer geschadet. Es steht fest, dass als kleines Gegengewicht die Auflösung der SA sehr ernsthaft erwogen wird, wenn nicht schon beschlossen wurde. Nach einem Rechtsgrund fragt man natürlich nicht, weil die nackte Willkür herrscht, aber einen verlogenen Scheingrund, einen lächerlichen Vorwand hat man immerhin nötig.« Zit. nach: Volz: Die Geschichte der SA, Bl. 46. Zudem wurden aus Angst vor Konfiszierungen Fahnen, Akten, Standarten, ja sogar Musikinstrumente in Sicherheit gebracht. Vgl. auch SABE vom 7. Mai 1929, abgedruckt in Oehme: Kommt »Das Dritte Reich«?, S. 45.

426 BArch: R 1501/125789, Bl. 132, Bericht vom 13. Juni 1929.

427 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 5. August 1929: »Pfeffer erklärt sich unfähig, die Lage von sich aus zu meistern.«

428 Goebbels: Tagebücher, Einträge vom 5. und 6. August 1929.

429 Angesichts der Freiwilligkeit des Dienstes war die Sanktionierung ohnehin problematisch. So setzte Pfeffer, wie schon bei den Freikorps, auch auf eine Eigendisziplinierung durch Selbstjustiz. SABE 7 »Disziplin« vom 7. November 1926, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 21. Vgl. dazu Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 292.

mal mehr die Disziplin der SA einzufordern.[430] Die zunehmenden Gewalttaten führten im Sommer in Bayern, Preußen und Baden zum Erlass eines Uniformverbots für die SA.[431] Auch hier beschwichtigte Pfeffer nicht. So schrieb er ungeachtet dessen, dass auch ein SA-Verbot denkbar war, provokativ: »In der bayerischen Ordnungszelle, im klassenbewusst regierten Preußen und im badischen Musterländle erweckt der Anblick unseren braunen Ehrenkleides bei gewissen Herrschaften schwarz-roter Färbung Angstzustände. […] Heldenhaft wie sie nun einmal sind, haben sie deshalb das Braunhemd ganz oder teilweise verboten …«[432] Die in der Folge von der OSAF verordneten »weißen Verbotshemden« kurbelten den Aktivismus der SA weiter an.

Hinzu kamen, zweitens, die zunehmenden Erfolge der NSDAP. Der Legalitätskurs begann ab den Jahren 1929/30 eine realistische Perspektive zur Machterlangung zu bieten.[433] Bereits im April 1929 hatte Pfeffer im »Angriff« festgestellt: »Das Tempo des letzten Jahres muss Hitler nun die offenbare Gewissheit geben, dass der Zeitpunkt unseres Sieges weit näher liegt, als wir […] zu hoffen wagten.«[434] Umso mehr eine Machtübernahme mit legalen Mitteln der NSDAP als mögliches Szenario erschien, umso problematischer wurden Pfeffers Zugeständnisse an die revolutionären Flügel der SA, etwa die nun häufigere stillschweigende Akzeptanz von »Geländespiele[n]«[435] und »Soldatenspielereien«[436] einiger seiner Unterführer, von seinen innerparteilichen Gegnern beäugt. Ein Verbot, welches die Unbeherrschtheit der SA hätte nach sich ziehen können, musste nun mehr denn je vermieden werden.[437]

Auch führte, drittens, die mit den ersten Erfolgen einhergehende verbesserte Finanzsituation der NSDAP zu Konflikten. Die Reichsgeschäftsstelle expandierte, im Mai 1930 kaufte man das »Palais Barlow« und begann den Ausbau zum »Braunen Haus« – eine Maßnahme, die unter anderem mit einer außerordentlichen Parteiumlage von zwei Reichsmark aller Mitglieder finanziert wurde. Hitler selbst hatte sich bereits 1929 am Prinzregentenplatz eine Wohnung mit neun Zimmern geleistet[438] und die Partei wies am Jahresende 1929

430 SABE: »Die marxistische Angriffstaktik in Nürnberg« vom 20. August 1929, in: ebenda.
431 Vgl. zum stetigen Anstieg der Gewalt Merkl: Political violence, S. 363.
432 Weiter bemerkte Pfeffer, dass mit einem solchen Erlass »jeder Esel« regieren könne. SABE »Weiße Verbotshemden« vom 10. Juni 1930, in: BArch: NS 26/86.
433 Pfeffer gab später an, dass er bis 1929 eine legale Machtübernahme nicht für möglich gehalten habe. Auch Hitler habe, so Pfeffer, erst um 1929 eine solche Möglichkeit für realistisch gehalten. ZZS Pfeffer I, Bl. 21. In diesem Sinne auch: Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 52.
434 BArch: R 1507/2090, Bl. 164.
435 Heiden: Nationalsozialismus, S. 236.
436 Ebenda, S. 238.
437 Vgl. Robert Kempner: Nazi-Stopp, S. 7 ff.
438 Wolfgang Schuster: Hitler in München – privat?, in: Richard Bauer et al. (Hrsg.): München – »Hauptstadt der Bewegung«, Wolfratshausen 2002, S. 125-131, S. 129.

ein Plus von 116.625 RM aus.[439] Auch die Gauleitungen wurden im Zuge einer immer mehr einsetzenden Professionalisierung weiter ausgebaut und personell aufgestockt. Die SA-Mitglieder, die nach eigenem Empfinden die Hauptlast des politischen Kampfes trugen,[440] forderten nun immer energischer eine verstärkte Teilhabe an den neuen Finanzmitteln.[441] In München sah man sich dazu jedoch nicht in der Lage.[442] Nach Schirach soll auch Pfeffer sich diesbezüglich mit den Worten: »für diesen Größenwahn lass ich meine Männer nicht mehr lange die Köpfe blutig schlagen« geäußert haben.[443] Der Groll der SA-Basis richtete sich aber auch gegen die höheren Gau-SA-Stäbe, die ihrem Empfinden nach die Mittel aus München abzweigten.[444]

Viertens: Dominiert bis 1929 der Eindruck, dass Pfeffer die Legalitätstaktik unterstütze und vermeintliche Konzessionen gegenüber dem revolutionären Flügel der SA in erster Linie aus taktischen Gründen erfolgten und diese sich zumeist auf bloße Rhetorik beschränkten, ergibt sich ab Mitte 1929 ein differenzierteres Bild. Tatsächlich ist von nun an – entgegen allen offiziellen Bekenntnissen – die Tendenz zu einem verstärkten subversiven Handeln unverkennbar. Pfeffer genügte es offenbar immer weniger, lediglich seine SA für Wahlkampfpropaganda und Straßenkämpfe zu organisieren, vielmehr wollte er im Zuge der steigenden Bedeutung der NSDAP auch auf anderer Ebene auf die Machterringung hinwirken.[445] Dabei drohte er den Bogen zu überspannen. So waren die Behörden alarmiert, als der Osaf Ende November 1929 auf einer Führerbesprechung angeblich Planungen für ein geheimes SA-Nachrichtensystem vorstellte, das ganz Deutschland, Deutsch-Österreich, Böhmen und Südtirol überziehen sollte.[446] Man befürchtete zudem, dass durch eine Kooperation mit den Wehrverbänden, die NSDAP in der Lage sei, »innerhalb von 10 Tagen 500.000 Mann marschbereit zusammenzubringen«. Auch sei für »Ausrüstung und Bewaffnung […] gesorgt«.[447] Auch wenn dieser Bericht sowohl die politische Wirklichkeit verkannte und das Potenzial der SA bei Weitem

439 Clemens Vollnhals: Der Aufstieg der NSDAP in München 1925 bis 1933: Förderer und Gegner, in: Richard Bauer et al. (Hrsg.): München – »Hauptstadt der Bewegung«, Wolfratshausen 2002, S. 157-165, S. 162.

440 Beispielhaft für die Stimmung in der SA ist der Brief eines SA-Kämpfers vom 16. August 1940, in: Tyrell: Führer befiehl, Dok. Nr. 122a, S. 297 f. Vgl. auch die Darstellung Schirachs in: Baldur von Schirach: Ich glaubte an Hitler, S. 84.

441 Aus eigenen Geldern war eine Finanzierung der SA ohnehin nie möglich gewesen. Daran änderte auch die von Pfeffer aus Westfalen mitgebrachte Idee des »Reichsopferrings« nichts. Vgl. FN 5/309; BArch: R 1507/2031, Bericht vom 15. Oktober 1927.

442 Grant: Stormtroopers, S. 61. Vgl. etwa zu den Problemen mit der SA-Versicherung FN 6/106 ff.

443 Schirach: Ich glaubte an Hitler, S. 85.

444 Tyrell: Führer befiehl, Dok. 95, S. 250 ff.

445 Vgl. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 22. November 1929.

446 Bereits im ersten SABE hatte er von der Abwehr »Marxistischer Spionage« gesprochen. Pfeffers »Ausführungen« zum »Brief Hitlers an Hauptmann von Pfeffer« vom 1. November 1926 in BArch: NS 23/943.

447 BArch: R 1501/125789, Bl. 222, Bericht vom 18. November 1929.

überschätzte, führte die zunehmende Stärke der SA bei Öffentlichkeit und Behörden zu dem immer stärkeren Verdacht eines anstehenden gewaltsamen Umsturzversuches.[448] Bereits im Herbst 1929 war auch deswegen gegen Pfeffer ein Hochverratsverfahren beantragt worden, das jedoch mangels Nachweis eines subjektiven Tatbestandes eingestellt werden musste.[449]

Latent blieben auch die Spekulationen um die militärische Ausbildung der SA. Offiziell waren und blieben die Ausbildungsrichtlinien rein ziviler Natur. Dennoch liegen zahllose Hinweise auf einen militärischen Charakter vor.[450] Bei Pfeffer kehrte mit zunehmender Stärke der SA jene revolutionäre Ungeduld und subversive Umtriebigkeit zurück, die für ihn im Nachkrieg so charakteristisch war.[451] Trotz aller zur Schau gestellten kühlen, überlegenen Attitüde und obwohl Pfeffer seit den Freikorpsjahren seine Expressivität und bisweilen Unbeherrschtheit fast vollständig abgelegt hatte, dem Reiz des Geheimbündischen und Konspirativen, in dessen Disziplin er es bis 1923 zum Meister gebracht hatte, konnte er sich ab 1929 immer weniger entziehen.[452] Wenn schon nicht der konkrete Putsch, so war es doch sein Ziel, durch Handeln auf allen Ebenen das politische Klima Weimars zu revolutionieren und damit den Boden für die Machtübernahme der NSDAP zu bereiten.[453]

448 Wolfgang Köpp: Martin Bormann. Hitlers brauner Schatten oder die Landschaft der Begierde, Neubrandenburg 2010, S. 26; Lang: Der Sekretär, S. 69. Zeitgenössisch: Heiden: Nationalsozialismus, S. 224. Vgl. auch dazu Grant: Stormtroopers, S. 62 sowie »Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung. Preußische Denkschrift von 1930«, nach: Kempner: Nazi-Stopp, S. 111. Bereits ab Mai stellte sich für das RKO die Frage: »Welchen Weg geht die NSDAP?« in: BArch: R 1507/2090, Bericht vom 19. Mai 1929. Auch die Ernennung Kurt von Ulrichs zum »Generalinspekteur« der SA schien auf eine Militarisierung der SA hinzudeuten.

449 BArch: R 3003 12 J 49/29, Bl. o. Nr., Klaus Rüffler: Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der »Legalitätskurs« der NSDAP, Frankfurt a. M. 1994, S. 236; Peter Bucher: Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard am Rhein 1967, S. 13. In Preußen führten diese Entwicklungen zur Erstellung der Denkschrift von Ende August 1930, die die NSDAP als »staatsfeindliche Verbindung« enttarnte. Ilse Maurer et al. (Hrsg.): Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning, Düsseldorf 1977, Dok. 136, S. 96. Vgl. auch die Referentendenkschrift im Preußischen Innenministerium vom Mai 1930, abgedruckt in: Kempner: Nazi-Stopp.

450 Etwa in: Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung. Preußische Denkschrift von 1930, nach: ebenda, S. 110; Heiden: Nationalsozialismus, S. 236 und 270 f.

451 Vgl. Oehme: kommt »Das Dritte Reich«?, S. 114. Vgl. Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung. Preußische Denkschrift von 1930, zit. nach Kempner: Nazi-Stopp, S. 106.

452 Werner: SA und NSDAP, S. 373 f.

453 Vgl. Campbell: Landsknecht, S. 242.

6.5.2 Pfeffer, die Reichswehr und der Hochverrat der Ulmer Offiziere

> »Es ist nur natürlich, dass eine Partei, die den Sturz der verfassungsmäßigen Regierung nötigenfalls mit Gewalt erstrebt, bemüht ist, sich vor Ausführung ihrer Absichten der Machtmittel des Staates, Reichswehr und Polizei zu versichern und sie zu sich herüberzuziehen.«[454]

Angesichts Pfeffers Werdegangs ist es kaum verwunderlich, dass gerade die Reichswehr perspektivisch in seiner SA-Konzeption eine gewisse Rolle spielte.[455] Auch war er davon überzeugt, dass der Reichswehr bereits auf dem Weg der NSDAP zur Macht eine entscheidende Rolle zukommen müsse. Als im Sommer 1929 drei Offiziere des 5. Artillerie-Regiments in Ulm, Richard Scheringer, Hanns Ludin und Hans Friedrich Wendt, den Kontakt zur NSDAP suchten, wurde die Frage des politischen Verhältnisses der NSDAP mit der Reichswehr virulent. Immer mehr junge Reichswehroffiziere waren von der defensiven und pazifistischen Ausrichtung der Reichswehrführung enttäuscht. So boten die Offiziere den Funktionären an, in der Reichswehr für die Partei zu werben und sich dafür einzusetzen, dass die Reichswehr sich im Fall innerer Unruhen nicht gegen die NSDAP wenden würde.[456] Dies bedeutete nichts anderes als Hochverrat.

Pfeffer empfing Scheringer und Ludin zusammen mit seinem neuen Stabschef Wagener und dem Schriftleiter des VB, Wilhelm Weiß, am 1. November 1929 in München.[457] Der genaue Inhalt des Gespräches ist bis heute nur anhand Indizien zu rekonstruieren. Sicher ist, dass Pfeffer um die Brisanz des Angebots der Offiziere wusste. Auch war er sich nicht zuletzt durch seine Erfahrungen mit dem Frontbund der geringen Erfolgsaussichten der Offiziere und der Gefahr, die der Verdacht eines Versuchs nationalsozialistischer Zellenbildung innerhalb der Reichswehr für die Partei mit sich brachte, bewusst. Dennoch konnte er dem Angebot der Offiziere nicht widerstehen. Im Gespräch zeigte sich Pfeffers Erfahrenheit und Raffinesse in konspirativen Angelegenheiten. Geschickt sagte er den jungen Offizieren seine Unterstüt-

454 BArch: R 1507/2090, Bl. 63, Bericht vom 3. Juni 1930.

455 Ohne das künftige Verhältnis zwischen Reichswehr und SA nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zu konkretisieren, sprach er bereits 1927 von der SA als »werdende Armee des jungen Deutschlands«. VB vom 21./22. August 1927. 1928 sprach er von der SA als »Trägerin der künftigen deutschen Wehrmacht«. Zit. nach Oehme: Kommt »Das Dritte Reich«?, S. 401. Nach Wagener sollte nach Pfeffers Planungen der Stabschef der SA nach der Machtübernahme gleichzeitig Reichswehrgeneral und Reichswehrminister werden. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 138 ff. Vgl. zu Pfeffer und der Reichswehr auch: BArch: R 1507/2056, Bl. 194, Bericht vom 28. und 29. April 1930 sowie Anthony Read: The Devil's disciples. The lives and times of Hitler's inner circle, London 2003, S. 168.

456 BArch: R 1507/2056, Bl. 194, Bericht vom 28. und 29. April 1930.

457 Anwesend war wohl auch Hallermann. Richard Scheringer: Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Hamburg 1959, S. 23.

zung zu, ohne jedoch konkrete Zusagen zu machen. Ermutigt begannen die Offiziere unmittelbar nach ihrer Rückkehr aus München mit dem Werben in der Reichswehr.[458] Nach einigen Wochen jedoch flog das Treiben auf und nach einer militärischen Untersuchung wurde der Fall dem Staatsanwalt übergeben. Bei dem am 23. September 1930 beginnenden Prozess vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig wegen Hochverrats,[459] stellte sich auch die Frage nach der Rolle und den Motiven der NSDAP.

Pfeffer hatte bereits in den Monaten zuvor mit Äußerungen über die angeblich guten Verbindungen der NSDAP in die Reichswehr die Behörden in Alarmbereitschaft versetzt,[460] Weiß, Wagener und, bezeichnenderweise auf Antrag des Verteidigers Wendts, Hans Frank, auch Hitler wurden als Zeugen geladen.[461] Die Verhandlungen ergaben jedoch zu der Strategie Pfeffers wenig Erhellendes. Erneut stellte er, wie schon in Schweidnitz, den Gegenpol zu dem als ehrbarer Bürger auftretenden Hitler dar. Vor dem Gerichtsgebäude weigerte er sich gegenüber den Beamten sich auszuweisen und wurde dementsprechend nicht eingelassen. Als er mittags von Beamten in der Stadt aufgegriffen wurde, wurde er vom Gericht mit einer Strafe von 300 RM belegt.[462] Auch im Gerichtssaal verhielt er sich unkooperativ, »böswillig«[463] und zeigte offen seine Ablehnung gegenüber dem Gericht. An die Gespräche mit den Angeklagten, die er demonstrativ mit erhobener rechter Hand grüßte, konnte er sich – falls diese »überhaupt stattgefunden« hätten – nicht erinnern.[464] Wie die Angeklagten und die anderen Zeugen bestritt auch Pfeffer eine konkrete Übereinkunft zwischen den Offizieren und der NSDAP sowie jede Thematisierung einer Putschabsicht.[465] Natürlich hatte keiner der Zeugen Interesse, sich selbst oder die NSDAP zu belasten. Zum Legalitätskurs der NSDAP erklärte Pfeffer dementsprechend: »Wenn Sie uns vielleicht deswegen auch für Bonzen halten, aber für uns gibt es keinen anderen Weg als den verfassungsmäßigen. Was

458 Bucher: Der Reichswehrprozeß, S. 25.
459 Ebenda, S. 33 ff.
460 So ließ er etwa am 7. April 1930 im VB verlauten: »Ich bin überzeugt davon, dass schon heute größte Teile der jungen Reichswehr-Offiziere sowie der Unteroffiziere und Mannschaften nationalsozialistisch denken. Auch mögen zwischen diesen Gleichgesinnten kameradschaftliche Verbindungen und Zusammenhänge bestehen.« Zit. nach: Lothar Danner: Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933, Hamburg 1958, S. 212.
461 Hitler soll Frank über die Schaffung dieses Forums derart dankbar gewesen sein, dass er ihm, nach den Erinnerungen Franks, in diesem Zusammenhang das Reichsjustizministerium für den Fall einer Machtübernahme der Nationalsozialisten versprach. Ebenda, S. 83. Zum Prozessbeginn war Pfeffer bereits nicht mehr Oberster SA-Führer. Vgl. Kapitel 6.6.2.
462 Bucher: Der Reichswehrprozeß, S. 80.
463 So Pfeffer selbst nach ebenda, S. 82 und 233.
464 Ebenda, S. 227.
465 Vgl. ebenda, S. 219 f. und 227 ff.

wir im Rahmen der Verfassung erreichen können wird geschehen. Aber nicht mehr.«[466]

Stattdessen entwarf er in allgemeinen Phrasen das Bild des Nationalsozialisten als Idealisten, zu denen nationalistisch gesinnte Reichswehroffiziere angesichts der Haltung von Regierung und Reichswehrführung automatisch Affinitäten entwickeln müssten.[467] Von der Aussichtslosigkeit jeder weiteren Befragung überzeugt, entließ der Richter den Zeugen schon nach wenigen Minuten. Insgesamt war das Urteil kaum überraschend. Wendt,[468] Ludin und Scheringer wurden bei ehrenloser Entlassung aus der Reichswehr zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt.[469] Der Ablauf der Verhandlung und das Urteil bestätigten die für Nationalsozialisten günstige Tendenz der Weimarer Rechtsprechung.[470] Auch wenn Pfeffers riskantes Spiel mit den Offizieren einmal mehr das Misstrauen des Staates wie auch der Reichswehrführung gegenüber der NSDAP bestärkt hatte, hatte er jedoch dadurch ebenso Hitler ein reichsweites öffentliches Forum geschaffen. Die innerparteilichen Gegner Pfeffers fühlten sich durch ein solches Vabanquespiel des Osaf bestätigt. Bei Hitler förderten diese Entwicklungen, obgleich das Verfahren erst nach der Demission Pfeffers stattfand, das stete Voranschreiten des Prozesses der Distanzierung von Pfeffer.[471]

6.5.3 Pfeffer als Putschist? – Am Fallbeispiel der Reichswehroffiziere

Angesicht der kolportierten Putschabsichten bleibt die Frage nach Pfeffers tatsächlichen Plänen. Fühlte er sich in dem Zeitraum zwischen Abschluss der Organisationsarbeit Mitte 1929 und den einsetzenden Wahlerfolgen der NSDAP Mitte 1930 weiter der Legalitätstaktik verpflichtet oder sorgte die Entwicklung der SA dafür, dass er einen Putsch als mögliche Alternative ins Auge fasste?[472]

Aus der bloßen Ermutigung der Reichswehroffiziere konkrete Putschabsichten abzuleiten, liefe ebenso fehl, wie Pfeffers Zugeständnisse gegenüber der revolutionären Basis als Indiz für einen Umsturzversuch der SA zu werten.[473] Gleiches gilt für die von ihm während des Prozesses offen bekundeten Kon-

466 VB (Bayernausgabe) vom 6. September 1930, zit. nach Vogelsang: Reichswehr, Staat, NSDAP, S. 91.
467 Bucher: Der Reichswehrprozeß, S. 229 f.
468 Wendt war bereits vorher aus der Reichswehr ausgeschieden und durch die Vermittlung Pfeffers in der Reichszeugmeisterei der OSAF tätig. Ebenda, S. 16.
469 Deuerlein: Aufstieg, S. 327.
470 Bucher: Der Reichswehrprozeß, S. 59 f., S. 114 ff. und 121. Vgl. die Bewertung des »hochverräterische[n] Unternehmens der NSDAP vom 6. September 1930«, in: BArch: R 1507/2090, Bl. 106 ff.
471 Vgl. ZZS Pfeffer I, Bl. 31.
472 Vgl. ZZS Pfeffer II, Bl. 81; Noakes: Conflict and Development, S. 33.
473 Vgl. zu den Intentionen hier Kapitel 6.5.1.

takte zu Offizieren der Reichswehr.[474] Auch die nach dem Krieg entstandene Aussage Scheringers, Pfeffer hätte sich gegenüber ihm mit den Worten geäußert, »ja meinen Sie denn, ich will weiße Haare bekommen bis zum nächsten Putsch?«, ist nach quellenkritischer Analyse keineswegs Beweis für konkrete umstürzlerische Absichten Pfeffers.[475]

Vielmehr sah Pfeffer die, wenn auch kleine, Chance, die die jungen Offiziere der NSDAP boten. Zudem konnte er sich dem Spiel mit dem Feuer, dem subversiven Handeln und der Provokation nicht versagen. Im Fall der Ulmer Offiziere meinte Pfeffer, das Risiko für die NSDAP überblicken zu können, wenn er diese einerseits in ihren Absichten ermutigte, andererseits jede unmittelbare Verbindung mit der Partei abstritt. Zugleich sah er die Möglichkeiten, die mit einer besseren Verankerung der NSDAP in der Reichswehr einhergingen[476] – sowohl bei einer »legalen« Machtübernahme, als auch im Fall, dass sich Hitler doch noch für einen Putsch entscheiden sollte.[477] Gute Beziehungen zum Offizierskorps würden den Nationalsozialisten alle Optionen offenhalten. Pfeffer war überzeugt davon, dass, egal für welchen Weg sich Hitler entscheiden werde, der Reichswehr beim Weg der NSDAP zur Macht eine entscheidende Rolle zukommen werde. Sein latentes Misstrauen gegenüber den Institutionen der Republik, das bisweilen einer Umstellungsparanoia glich, ließ ihn davon ausgehen, dass die Republik eine »legale« Machtüber-

474 Bucher: Der Reichswehrprozeß, S. 228; Maurer: Staat und NSDAP, Dok. 6, S. 43 f., Vorträge auf der deutschen Nachrichtenkonferenz in Berlin über die Entwicklung der NSDAP vom 28./29. April 1929 und ebenda, Dok. 13, S. 138 ff., Denkschrift des preußischen Innenministeriums von Ende August 1930. Vgl. dazu auch die Schilderung Rosenbergs. Alfred Rosenberg: Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution, Göttingen 1955, S. 226. Auch über die Aktivitäten des Osaf hinaus beschäftigte sich die NSDAP immer mehr mit dem Reichswehroffizierskorps. So zitierte Groener am 16. April 1930 aus einem Rundschreiben der NSDAP: »Sämtliche Ortsgruppen haben ehemalige SA oder Parteimitglieder, die heute in der Reichswehr stehen, festzustellen. Die Ortsgruppen stellen ferner fest, wo diese Leute stationiert sind und geben diese Anschriften an die Gauleitung weiter. Diese sind angewiesen, den ehemaligen Parteigenossen durch kameradschaftliche Briefe und evtl. Pakete wieder näher zu treten. Rückantworten sind der Parteileitung in München zur besonderen Auswertung umgehend zuzusenden.« BArch: R 1507/2090, Bl. 43. Gleiche Kontakte pflegte Pfeffer bereits als Gauleiter in Westfalen. Krüger: Treudeutsch, S. 254. Vgl. zum Verhältnis Reichswehr und NSDAP etwa Bucher: Der Reichswehrprozeß, S. 5 ff. sowie Vogelsang: Reichswehr, Staat, NSDAP, S. 91 und Rüffler: Vom Münchener Landfriedensbruch, S. 231 ff.

475 Scheringer: Das große Los, S. 195. Scheringer bekannte sich nach seiner Festungshaft offen zum Kommunismus. So ist angesichts des zeitlichen Abstandes der Publikation sowie Scheringers weiteren Werdegangs zu bezweifeln, ob er die Passage in seinen Memoiren tatsächlich korrekt wiedergibt. Er hatte, erst recht nicht nach 1945, kein Interesse daran, Osaf in einem guten Licht erscheinen zu lassen. Falls der Ausspruch dennoch tatsächlich so gefallen sein sollte, ist er wohl eher als adressatenbezogen zu interpretieren, als dass er Pfeffers tatsächliche Interessen wiedergibt.

476 Vgl. Campbell: Landsknecht, S. 243.

477 Vgl. Werner: SA und NSDAP, S. 353.

nahme durch die Nationalsozialisten nicht widerstandslos akzeptieren würde. Eine Lobby in der Reichswehr konnte so nur von Nutzen sein.

Fakt bleibt: Keiner der von Pfeffer überlieferten Befehle für die SA widerspricht Hitlers Legalitätsauftrag. Die SA hatte weder Ausbildung noch das militärische Potenzial, einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen.[478] Von einer »nationalen Volkserhebung« war die Ende 1930 nur etwa 130.000 Mitglieder starke NSDAP weit entfernt.[479] An eine offene Herausforderung der Reichswehrführung, wie zu Zeiten des Frontbunds, war ebenso wenig zu denken. All das musste auch Pfeffer bewusst gewesen sein. Er war ein Spieler, der nach Abschluss der Organisationsphase der SA immer mehr versuchte, seine Betätigungsfelder auszuweiten. Die Existenz der Bewegung mit »Soldatenspielereien« zu gefährden, lag aber keineswegs in seinem Interesse.

Sein Ziel war die Revolutionierung des politischen Klimas der Republik. Sie – und auch die Reichswehr – sollte bereit sein, wenn Hitler sich für den offenen Angriff – auf welchem Weg auch immer – auf die Macht entschied. Vieles spricht dafür, dass die Episode der Ulmer Reichswehroffiziere für den Osaf tatsächlich nur ein randständiger Sachverhalt war, den er mehr aus Interesse, Neugier und Forschheit anzugehen gedachte.[480] Dennoch zeigt dieser, dass in Pfeffers Brust zwei Herzen schlugen. Er distanzierte sich nicht – wie es wohl Hitler bei erfolgter Rücksprache befohlen hätte – von Beginn an von den Offizieren und mied damit eben nicht jedes Risiko für die Partei. Er ermunterte die Offiziere. Der innere Widerspruch, die revolutionäre Unrast und die heimliche Neigung, wider alle Vernunft, doch mit einem Putsch zu kokettieren, zeigte sich noch Jahrzehnte später in seiner Zeitzeugenaussage: So schilderte er hier, dass er nach München gekommen sei, um dafür Sorge zu tragen, dass Hitler nicht mehr putschte. Zeitgleich stellte er jedoch klar, dass ein Putsch durchaus in seiner Perspektive und in seinem Interesse lag und falls Gewalt notwendig gewesen wäre, er »als Waffe ›den kurzen Spaten‹ (wörtlich!)« vorgesehen hatte.[481]

6.6 Demission

Die Ereignisse um die Demission Pfeffers sind bis heute weder vollständig historisch dargestellt noch aufgearbeitet worden. Neben der lückenhaften Quellenlage liegt der Hauptgrund dafür in dem bereits unmittelbar nach dem Rücktritt Pfeffers eingesetzten Kampf um die Deutungshoheit der Ereignisse.

478 Vogelsang: Reichswehr, Staat, NSDAP, S. 91 und 119 ff. Auch Stennes bestätigte dies indirekt: ZZS Stennes II, Bl. 15.

479 Merkl: Political violence, S. 557.

480 »Für meine Tätigkeit spielt solch ein Vorfall, wenn er überhaupt stattgefunden hat, eine solch kleine Rolle, dass ich mich nicht daran erinnern kann.« Bucher: Der Reichswehrprozeß, S. 227 f.

481 ZZS Pfeffer I, Bl. 23.

Hinzu kam häufig die Vermengung der Geschehnisse um den Osaf-Rücktritt mit dem sogenannten Stennes-Putsch am 1. April des Jahres 1931.[482] Die Bewertung der Ereignisse war dementsprechend variantenreich. »Opferte« etwa, wie zeitgenössisch ein Bericht des RKO angesichts der ersten Stennesrevolte Anfang August 1930 annahm, Hitler »Pfeffer für Stennes«?[483] Oder verfolgte Pfeffer, wie es Himmler ihm 1941 vorwarf, eine eigene »Machtpolitik« und war Pfeffer »die Geister, die er gerufen hatte, nicht mehr losgeworden«?[484] »Bereute« Hitler, Pfeffer zum Osaf gemacht zu haben,[485] oder rebellierte die SA gar gegen den unbeliebten[486] »willensschwachen Osaf«?[487] War die Stennesrevolte etwa Ausdruck der Solidarität der Berliner SA mit Pfeffer,[488] der bereits im Vorfeld der Affäre den Legalitätskurs Hitlers verlassen hatte?[489] Bevor jedoch die Ereignisse des Rücktritts rekonstruiert sowie die maßgeblichen Deutungen analysiert werden, gilt es, die innerparteilichen Rahmenbedingungen des Jahres 1930 zu betrachten.

6.6.1 Innerparteiliche Rahmenbedingungen

Bereits im Frühsommer 1930 trieben die parteiinternen Auseinandersetzungen um Pfeffer ihrer Kulmination entgegen. Der Osaf kämpfte inzwischen dauerhaft parallel an drei innerparteilichen Fronten. Nach wie vor hatten sich die Gauleiter weder politisch noch persönlich mit dem Osaf arrangiert. Auch in der politischen Parteileitung in München stand man Pfeffer immer kritischer gegenüber.[490] Die finanzielle Eigenständigkeit der SA bei gleichzeitiger Subvention durch die Gesamtpartei war sowohl Schwarz als auch Bouhler, deren Verhältnis mit Pfeffer sich nach der Auseinandersetzung um Kaufmann nicht mehr erholt hatte,[491] ein Dorn im Auge. Seit Jahren waren immer wieder – unabhängig voneinander – Unterschlagungsvorwürfe gegen Pfeffer erhoben worden, sodass die zumindest »unsaubere« Kassenführung des Osaf in München ein offenes Geheimnis war. Mit welcher Härte die Auseinandersetzungen um

482 So etwa Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 96; Hancock: Röhm, S. 107.
483 BArch: R 1507/2058, Bl. 4. In diesem Sinne auch zeitgenössisch: Ludecke: I knew Hitler, S. 320.
484 BArch: N 19/2817, Bl. 6 f.
485 Heinz Höhne: Die Zeit der Illusionen. Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches 1933-1936, Düsseldorf 1991, S. 39.
486 Hoegner: Die verratene Republik, S. 222.
487 Meinl: Nationalsozialisten gegen Hitler, S. 167.
488 Russel Lemmons: Goebbels and Der Angriff, Lexington 1994, S. 81.
489 Noakes: Conflict and Development, S. 33. Halcomb geht sogar davon aus, dass Pfeffer die Prioritäten Hitlers gar nicht verstanden hätte. Jill Halcomb: The SA. A historical perspective, Overland Park 1985, S. 23.
490 So befürchteten nicht nur Goebbels und Göring, dass die SA »zu selbstständig« sei. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 24. August 1930. Siehe auch: Vogelsang: Reichswehr, Staat, NSDAP, S. 117 und 119.
491 Vgl. Kapitel 7.4.

Pfeffer inzwischen geführt wurden, zeigte sich daran, was ein Mitarbeiter des RKO, offensichtlich informiert durch Parteikreise, über Pfeffer an Gerüchten zu berichten wusste: Von Pfeffer und Stennes seien demnach

> »typische Landsknechte. Von Pfeffer habe Mk. 6000.- bis Mk. 8000.- Schulden. Er lebe von seiner Frau getrennt und habe ein Verhältnis mit einer Schauspielerin, die sehr viel Geld verbrauche. Pfeffer habe rücksichtslos Hitler mit seinen Geldforderungen bedrängt. So habe er einmal von ihm Mk. 3000.- binnen 24 Stunden telefonisch verlangt, widrigenfalls er sein Material über Goebbels der Polizei Berlin übergeben würde. Gregor Strasser und Dr. Strasser hätten dieses Gespräch mit angehört und seien wie Hitler entsetzt über die Pelonie des Pfeffers gewesen. Pfeffer sei gegen monatliche Beträge ohne weiteres käuflich, genauso wie Hauptmann Stennes-Berlin, der ein besonderer Freund des Alkohols, der Frauen und des Geldes sei.«[492]

Pfeffer zeigte sich von solchen Intrigen unbeirrt. Er wusste um die, wie er sie nannte, »Ohrenbläsereien«[493] seiner Gegner bei Hitler, bislang hatte dieser, trotz aller Vorwürfe und trotz auch der bei ihm steigenden Bedenken, sein Handeln letztendlich akzeptiert. Seine provozierende elitäre Attitüde sowie seinen konfrontativen Politikstil behielt er schon daher wie selbstverständlich bei.[494] Ein auf mehr Konsens basierendes Vorgehen oder gar eine dauerhafte Klärung der Konflikte mit seinen Widersachern hielt er nicht für notwendig.

Für Pfeffer virulenter als die Konflikte mit seinen Gegnern in der PO, war eine auch für ihn gefährliche Entwicklung innerhalb der SA. Der Versuch, durch eine immer umfassendere Gewaltpraxis und einen pausenlosen Aktionismus die Dynamik der SA nach außen zu lenken und damit die inneren Fliehkräfte zu binden, war nach Abschluss der Organisationsphase immer weniger erfolgreich geworden. Pfeffer war an dieser Entwicklung keineswegs unschuldig. So hatten der von ihm geförderte Elitegedanke und die strikte organisatorische Abgrenzung zur PO dazu geführt, dass die Loyalitäten der SA-Männer zwar Hitler persönlich, jedoch gleichzeitig weit mehr der SA als der Gesamtpartei galten. Hinzu kam die auch in finanzieller Hinsicht stiefmütterliche Behandlung durch die PO. Auch war in der SA, trotz aller Bemühungen Pfeffers, der Legalitätskurs noch immer nicht vollends akzeptiert.[495] Die Folge war eine Entfremdung von der Gesamtpartei. Immer mehr regten sich in der SA Anfang 1930 Zweifel, ob sich die eigenen Ziele mit denen der für die Gesamtpartei verantwortlichen »Bonzen« noch deckten.[496]

492 BArch: R 1507/578-41, Bl. 71.
493 Vgl. Pfeffers handschriftliche Notiz, in: IfZ: Fa 88, Bd. 86, Bl. 14, Heß an Pfeffer vom 19. Mai 1929.
494 Vgl. Tyrell: Führer befiehl, Dok. 97 S. 253 f., Buch an Heß vom 20. Februar 1929.
495 Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 288.
496 Goebbels schrieb bereits schon im April 1928 erstmals dazu: »Hauptmann Stennes und sein Kreis machen uns ernste Sorgen. Das alte Lied. Konflikt zwischen Militär und Politik. Diese Jungens, die bei uns noch nicht warm geworden sind, mischen

Der Handlungsspielraum Pfeffers verengte sich dadurch deutlich. Neigte er dazu, sich zu stark für die Interessen der SA einzusetzen – was zweifellos in seinem Naturell und vornehmlichen Interesse lag – galt er in der PO und schließlich auch bei Hitler als unverbesserlicher »Freischärler« und Putschist.[497] Bemühte er sich diesen Eindruck zu widerlegen, indem er sich für Hitlers Legalitätsprinzipien stark machte, drohte ihm die SA zu entgleiten.[498]

Für die Machtposition Pfeffers am gefährlichsten war jedoch das sichtbare Abkühlen des Verhältnisses zu Hitler. Hatte der Parteiführer in den Monaten nach dessen Ernennung seinen Osaf aktiv gefördert und bald darauf eine Art Pendeltaktik zwischen ihm und seinen Widersachern angewandt, führten die ständigen Querelen rund um die Person Pfeffers, der Machtanstieg der SA sowie Pfeffers immer eigenwilligere und selbstständigere Vorgehensweise dazu, dass ab dem Jahr 1929 ein stetiger Vertrauensverlust einsetzte. Dies lag auch daran, dass Pfeffer selbst häufig weit weniger bereit war, die Anweisungen Hitlers so kritiklos hinzunehmen, wie er es von seinen Männern einforderte. Deutlich wurde dies auch im März 1929 anhand einer eigentlich banalen Gegebenheit. So widerrief Pfeffer eine Anweisung Hitlers, eine Propagandafahrt der SA per Lastkraftwagen durchzuführen, und ordnete stattdessen eigenmächtig den Transport der SA-Männer per Bahn an. Hitler war darüber derart in Rage, dass er entschloss, ein in der Bewegung weithin sichtbares Signal zu setzen. In Anwesenheit des niederbayerischen Gauleiters Otto Erbersdobler zitierte er den Osaf zu sich, baute »sich vor Pfeffer auf, der militärische Haltung angenommen hatte, und schrie ihn, buchstäblich 10 Minuten zusammen«.[499] Diese Demütigung in Anwesenheit Erbersdoblers war zweifelsohne als Zeichen an Pfeffers innerparteiliche Gegner unmissverständlich.[500] Da sich ähnliche Vorgänge von nun an immer mehr häuften, stellte man sich in der NSDAP

sich zu viel in die Interna der politischen Leitung hinein, versuchen die Kandidatenliste zu beeinflussen und mehr.« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 14. April 1928. Vgl. Ebenda. Einträge vom 9. Februar und vom 9. März 1930.

497 Vgl. FN 6/423.

498 Vgl. FN 6/420. Zumal auch die Akzeptanz und der Respekt der SA-Männer gegenüber Pfeffer weniger auf dessen Charisma, als auf den unter seiner Führung erreichten organisatorischen Erfolgen sowie auf der Bestätigung seiner Position durch Hitler basierten.

499 Tyrell: Führer befiehl, Dok. Nr. 98, S. 254 f.

500 Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 142. Ein weiteres Beispiel für Pfeffers Eigenmächtigkeit war etwa sein Versprechen an Lohse, der SA Schleswig-Holstein auf dem RPT 1929 drei Standarten zukommen zu lassen; Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. Nr. 92, S. 279. Nur selten äußerte sich der Respekt davor, dass es Pfeffer als einer von wenigen wagte, Hitler zumindest in konkreten Einzelfällen zu widersprechen. Am 25. Oktober 1929 stellte Goebbels in seinen Tagebuchaufzeichnungen fest, dass Pfeffer, Hitler und Rosenberg die einzigen »Köpfe« in München seien. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 25. Oktober 1929.

die Frage: »wie ist es möglich, dass ein kgl. preußischer Hauptmann sich von Adolf Hitler so behandeln lässt, […] ohne sofort den Dienst zu quittieren?«[501]

Ein öffentlicher Hinweis auf die zunehmenden Spannungen zwischen Hitler und Pfeffer ergab sich auch im Zuge des ersten Schlesischen Prozesses im Dezember 1929. Während Hitler hier von der SA als Sportabteilung sprach, bekannte Pfeffer freimütig, dass SA als Abkürzung für Sturmabteilung stehe.[502] Für Hitler zog dies den Vorwurf des Meineides nach sich[503] und nährte weitere Spekulationen über die Akzeptanz der Legalitätstaktik durch die SA. Eine ähnliche Belastung für das Vertrauensverhältnis des Parteiführers in seinen Osaf stellte auch Pfeffers unabgesprochene Kontaktaufnahme zu den Reichswehroffizieren 1930 dar. Ungeachtet dessen, dass hier für die NSDAP kein Prestigeverlust entstanden war, sie im Gegenteil sogar propagandistischen Nutzen davontrug, musste sich Hitler angesichts des eigenmächtigen Vorgehens Pfeffers doch erneut die Frage stellen, ob der Osaf wegen der sich veränderten Prioritäten noch der richtige Mann war.[504] Im Frühsommer 1930 kam es schließlich zur Zuspitzung der Ereignisse. Pfeffers mehr und mehr selbstständige und eigensinnige Art, die Probleme mit der Kontrollierbarkeit der SA, die Konflikte mit der SS – die auch die Einrichtung eines Generalinspekteurs für die SA und SS nicht beheben konnte[505] –, die ständigen Querelen mit den Gauleitern und der Münchener Parteinomenklatura führten zu einem abermaligen Wutausbruch Hitlers. Dieser ging so weit, dass, glaubt man Wagener, Hitler seinen Osaf zeitweilig unter Hausarrest stellte.[506] Wie stark das Verhältnis der beiden Akteure im Frühjahr 1930 belastet war, zeigte sich auch daran, dass Hitler Anfang Juni erstmals auch zu einer für ihn unüblichen Maßnahme griff, indem er die Machtbefugnisse Pfeffers auch formal durch den Entzug des Vorsitzes des allerdings minder bedeutsamen Ausschusses für die Jugendorganisation einschränkte.[507]

501 BArch: NS 26/1374, Buch an Pfeffer vom 13. September 1930 (»nicht abgegangen!«). Stennes gab darauf die vielsagende Antwort vgl. FN 6/286.
502 Adler: Schweidnitz, S. 17.
503 Lang: Und willst du, S. 67.
504 Rosenberg: Letzte Aufzeichnungen, S. 226.
505 Robert Koehl: The Black Corps. The structure and power struggles of the Nazi SS, Madison 1983, S. 44; Werner: SA und NSDAP, S. 460.
506 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 81 ff. Zumindest deutet Pfeffer die ihm »aufgetragene Zurückhaltung« als eine Art Hausarrest. Ebenda, S. 83.
507 Hitler RSA, Bd. III/3, Dok. Nr. 56, S. 222, Anordnung vom 9. Juni 1930. Da der Ausschuss bis dato keinerlei Wirkung entfaltet hatte, handelte es sich hierbei mehr um ein symbolisches Zeichen. Vgl. zum Jugendausschuss FN 6/148.

6.6.2 Rücktritt

Am 29. August verkündete Pfeffer der SA seinen Rücktritt.[508] In einem am selben Tag ausschließlich vertraulich an höhere SA-Führer versandten Rundschreiben schilderte er als Gründe für seine Demission:

»1. In Verfolg meines Abschiedsgesuches vom 12.8.30 habe ich am 29.8.30 die Oberste SA-Führung niedergelegt, führe aber die Geschäfte vorläufig weiter. […] 2. Anlass meines Rücktrittes liegt in der Art der Beteiligung der SA an unserem großen Triumpfe anlässlich der bevorstehenden Wahl. Wohl ist es mir sehr recht, dass die Beteiligung nicht in Mandaten besteht, dafür aber glaube ich eine anderweitige sichtbare und materiell fühlbare Beteiligung in einem Umfange fordern zu müssen, der leider nicht erreicht wurde. 3. Ich bitte auch an dieser Stelle nochmals zu beherzigen, dass selbst wenn man Bedenken, Schmerz und Ärger über die Entwicklung auf einem gewissen Gebiete der Gesamt-bewegung hat, man vielleicht seine Arbeit auf diesem Gebiete einstellen kann, man aber niemals die Gesamt-bewegung stören darf. Die deutsche Freiheitsbewegung als solche wird und muss siegen, wird und muss vorwärtsgehen – wie sehr sie auch auf diesem oder jenem Gebiete mit Fehlern behaftet sein mag. Darum bitte ich, etwaige Rücktritte nicht ostentativ [,] nicht geschlossen, nicht in der Wahlzeit zu vollziehen (wozu mich leider die Umstände gezwungen haben) und überhaupt nicht eher, als

508 So schrieb er: »SA-Männer! Zum vierten Male jährt sich der Tag, an dem ich zu Aufbau, Organisation und Führung der SA nach München berufen wurde. Weit und hoch waren die Ziele und Anforderungen, die ich mir steckte. Die SA solle die Form und den Inhalt bekommen, der sie gleichzeitig befähigte, den Freiheitskampf in all seinen Phasen siegreich durchzukämpfen, den Anforderungen in den Tagen der Regierungsübernahme gewachsen zu sein und die ihr im dritten Reich zugedachte Rolle anzutreten. Auf der ganzen Front stieß ich auf so viel Verständnis und feurige Schaffenslust, dass wir in gemeinsamer Arbeit während dieser Jahre das stolze SA-Gebäude aufrichten konnten, das heute der Bewegung als Zierde, als feste Stütze und als scharfe Waffe dient. Der Anblick unseres Werkes ist unser schönster Lohn und unsere tiefe Befriedigung. Mit dieser Feststellung nehme ich Abschied von der SA, denn ich muss jetzt die oberste Führung niederlegen. Zur Weiterführung meiner hohen Ziele und Anforderungen halte ich die moralische und materielle Unterstützung der Parteileitung in so scharfem Umfange für erforderlich, wie sie die Parteileitung heute nicht glaubt gewähren zu können. Andererseits vermag ich persönlich weder auf Ziele noch auf das Tempo zu verzichten, wenn ich wirklich ganz restlos in meiner Arbeit aufgehen soll. Letzteres ist aber in so hohen Stellungen zu verlangen; darum soll der, der das nicht mehr kann, die Stellung einem anderen, unter diesen Umständen geeigneterem übergeben. Zu Beunruhigung oder zu Gerüchten ist kein Anlass, wenn sich alle vier Jahre mal ein Personalwechsel in eine hohe Stellung vollzieht; ich bitte alle SAF, in diesem Sinne auf unsere Männer einzuwirken. Im Übrigen führe ich die Geschäfte weiter, bis mein Nachfolger eingearbeitet ist und werde dann an anderer Stelle weiterwirken. Von Euch allen, meinen Kameraden und Kampfgenossen, verabschiede ich mich mit einem kräftigen Kampf-Heil! Der Oberste SA-Führer v. Pfeffer.« IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 57. »Abschied (Nur zum Dienstgebrauch innerhalb der SA!)« vom 29. August 1930.

diese unumgänglich nötig erscheint. 4. Allen Staf überreiche ich bei meinem Abschied ein Bild …«[509]

Nur rund zweieinhalb Wochen vor den Reichstagswahlen hatten die sich über Jahre aufgebauten Spannungen entladen. Der zentrale Konfliktpunkt der finalen Auseinandersetzung war die Frage nach der Besetzung der NSDAP-Listenplätze für die anstehende Reichstagswahl gewesen.

Spätestens nach dem Erfolg Mitte Juni bei den Landtagswahlen in Sachsen, bei denen die NSDAP mit 14,4 Prozent zur zweitstärksten Kraft avancierte, war leicht zu prognostizieren, dass es auch bei der Reichstagswahl zu großen Zugewinnen für die NSDAP kommen würde.[510] In der SA sah man hierin eine vierfache Chance. So erkannte man die Möglichkeit, verdiente Führer endlich mit Pfründen auszustatten und gleichzeitig mit den überschüssigen Mitteln die stets klamme SA-Kasse zu entlasten. Hinzu kam die Ausstattung der Mandatsträger mit der Reichsbahn-Freifahrkarte, die der SA ihre überregionale Organisation deutlich erleichtern würde.[511] Schließlich wäre eine solche Ausweitung der Zuständigkeiten ein klares Zeichen für die Selbstständigkeit der SA innerhalb der Bewegung gewesen.

Am 24. Juli betonte Stennes in einem Brief an Pfeffer die Bedeutung der Mandate vor allem aus finanzieller Sicht und erhöhte damit den Druck auf den Osaf, diese bei Hitler durchzusetzen.[512] Allein für die Berliner SA forderte er drei sichere Listenplätze. Ohne erneute Rücksprache mit Hitler sagte Pfeffer, der die Ansichten Stennes' im Grundsatz teilte,[513] seinem Stellvertreter-Ost die Listenplätze zu.[514] Diese Eigenmächtigkeit wurde ihm nun zum Verhängnis. Wohl Ende Juli kam es zwischen Pfeffer und Hitler zu der entscheidenden diesbezüglichen Unterredung. Über den Verlauf existieren zwei verschiedene Versionen.[515] Glaubt man Pfeffer, sagte Hitler die Listenplätze für die SA bedingungslos zu.[516] Auch Buch berichtet in einem

509 Hitler: RSA, Bd. III/3, S. 377.

510 Zur Entwicklung der Partei und deren Professionalisierung bis 1930 vgl. Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 408 ff.

511 Orlow: Nazi Party, Bd. 1, S. 211.

512 Vgl. IfZ: MA 734, Rolle 1, Hektographische Broschüre: »Jahn: Wie es zur Stennes-Aktion kam«, Bl. 5.

513 ZZS Stennes II, Bl. 10.

514 Pfeffer behauptete später, dass Hitler bereits im Laufe des Sommers die abwechselnde Besetzung der Listenplätze mit PO und SA-Männern zugesagt hatte. ZZS Pfeffer I, Bl. 24. Zumindest auf eine geplante stärkere Berücksichtigung der SA weist auch eine Formulierung Pfeffers in seinem Rundschreiben »SA-Führer und Mandat – streng vertraulich« vom 2. August 1930 hin. »So stand bei Osaf – und bei Hitler – ursprünglich fest, eine nicht geringe Zahl von SAF kandidieren zu lassen und wurde bereits manchem bekanntgegeben, dass er ins Auge gefasst sei.« Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. Nr. 98, S. 306 ff. Vgl. FN 6/524. Vgl. zu Hitlers diesbezüglichen Praktiken auch Kapitel 6.3.4 und FN 6/268.

515 Vgl. Kapitel 6.6.3.

516 ZZS Pfeffer I, Bl. 27.

(nicht abgeschickten) Brief an Pfeffer, dass Hitler durchaus bereit gewesen sei, die SA mit den gewünschten Listenplätzen auszustatten. Allerdings sollten die SA-Mandatsträger nach ihrer Wahl nicht mehr der Hierarchie der SA, und damit nicht Pfeffer, sondern vielmehr der Fraktionsleitung und damit der politischen Hierarchie unterstehen. Pfeffer lehnte dies ab und verzichtete somit auf die Mandate für die SA.[517]

Als am 27. Juli in München die Kandidatenaufstellung erfolgte, befand sich Pfeffer auf Dienstreise in Norddeutschland.[518] Von den SA-Führern wurden nur der inzwischen wieder in die Partei aufgenommene Edmund Heines sowie Kasche, Lutze, Ulrich, Zunkel, Meyer-Quade, Luyken und Veller für die Wahlen nominiert. Nach seiner Rückkehr suchte Pfeffer erneut das Gespräch mit Hitler. Schirach berichtete, bereits am 30. Juli einen fluchenden Pfeffer im Vorzimmer Hitlers angetroffen zu haben.[519] Hitler empfing den Osaf jedoch erst zwei Tage später. Auch über diese Besprechung existieren zwei Versionen. Buch, der bei der Unterredung angeblich anwesend war, berichtet, dass Pfeffer, als er von Hitler auf seinen Verzicht in der Mandatsfrage hingewiesen wurde, schwieg und sich zurückzog.[520] Pfeffer indes vertrat später die Version, er habe Hitler bezüglich dessen Wortbruchs zur Rede gestellt.[521] Zu einer Einigung kam es in jedem Fall nicht. Die Konfrontation zwischen den Interessen von Partei(führer) und SA hatte einen vorläufigen Zenit erreicht.

Aufbauend auf die Darstellungen Benneckes und Werners aus den sechziger Jahren ist der weitere Verlauf der Demission Pfeffers bislang weitgehend linear geschildert worden: Demnach stellte sich für Pfeffer nun die Loyalitätsfrage. Er entschied sich gegen den Versuch eines SA-Aufruhrs und damit für Hitler.[522] Am darauffolgenden Tag setzte er ein Schreiben an alle höheren SAF auf, in dem er – mit einer merklich schwerfälligen Argumentation[523] – versuchte, die Absage der Mandatsforderung zu rechtfertigen und die Situation zu deeskalieren. Er schrieb:

> »Die Vorteile einer größeren Zahl SAF-Abgeordneter springen zunächst in die Augen. Die Freifahrkarten und Diäten machen die SAF außerordentlich

517 BArch: NS 26/1374, Buch an Pfeffer vom 13. September 1930 (»nicht abgegangen!«).
518 Hitler: RSA, Bd. III/3, S. 291; BArch: NS 26/1374, Buch an Pfeffer vom 13. September 1930 (»nicht abgegangen!«).
519 Schirach: Ich glaubte an Hitler, S. 84 f.
520 BArch: NS 26/1374, Buch an Pfeffer vom 13. September 1930 (»nicht abgegangen!«).
521 ZZS Pfeffer I, Bl. 27. Von Schirach berichtet hier tatsächlich von einer lautstarken Auseinandersetzung. Schirach: Ich glaubte an Hitler, S. 85, In diesem Sinne auch Höver. Ulrich Höver: Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist, Bonn 1992, S. 329 und Frank: Hitler, S. 355.
522 Pfeffer hätte damit sein langjähriges Ziel, den Aufbau eines Führerkultes, konterkariert. Zudem war das Führerprinzip so weit gefestigt – das zeigen auch die zeitnahen Sezessionen Stennes' und Otto Strassers –, dass kaum mit einem Erfolg zu rechnen gewesen wäre. Vgl. dazu Werner: SA und NSDAP, S. 468.
523 So urteilt Werner. Ebenda, S. 463.

aktionsfähig und entlasten unsere Kassen recht fühlbar, die Diäten besonders, weil kaum ein SAF diese in voller Höhe benötigen würde und mit dem Reste eine ganze Anzahl weiterer SAF freigemacht werden könnten. Der Nimbus, der in den Augen politisch Ungebildeter immer noch den Titel ›MdR‹ umgibt, würde auch den SAF nützlich sein können. Außerdem gereicht der Fraktion diese Reihe recht mannhafter Gestalten und Köpfe nur zum Vorteil. Das sind die Vorteile, denen gegenüber die Nachteile auf den ersten Blick geringfügig erscheinen. So stand bei Osaf – und bei Hitler – ursprünglich fest, eine nicht geringe Zahl von SAF kandidieren zu lassen und wurde bereits manchem bekanntgegeben, dass er ins Auge gefasst sei. Die Nachteile ergaben sich erst bei genauer Durcharbeitung der Aufgaben und der Doppelstellung der SAF-Abgeordneten. Zunächst sei ein Schein-Nachteil abgefertigt. […] Mit SAF-Kandidaten würde man niemanden abschrecken. Die Nachteile liegen vielmehr auf ganz internem SA-Gebiet. Dass die SAF einen sehr großen Teil ihrer Zeit in Berlin verbringen müssen und dabei ihre Zeit nur nach den Sitzungen und nicht nach den SA-Bedürfnissen richten können, wäre noch erträglich. Ihre doppelte Unterstellung, einmal unter Osaf, zum anderen unter der Fraktionsleitung, ergibt in den einzelnen Konsequenzen und theoretischen Möglichkeiten schon größere Schwierigkeiten und Bedenken, die weder bei den letzten Sachsenwahlen noch bei den jetzigen Aussprachen zwischen Hitler und Osaf eine befriedigende Lösung und logisch restlose Durcharbeitung zu finden vermochten. Hinzu kommt die unvermeidliche Verwicklung der SAF in politische Probleme, Stellungnahmen, Schwierigkeiten, welche Osaf nur mit sehr gemischten Gefühlen ansehen kann und welche die SA-Stellung des SAF im Land außerordentlich erschweren können, ja erfahrungsgemäß einen Umfang anzunehmen vermögen, der die Hauptkraft des SAF gänzlich in Beschlag nimmt! Das ist bei allen wichtigen Parlamenten so. Der kommende – im Übrigen wohl kurzlebige – Reichstag hat darüber hinaus nun noch Besonderheiten. Er wird ein Kampf-Parlament erster Ordnung. Alle Abgeordneten stehen zu weitgehender parlamentarischer Nebenarbeit zur Verfügung, wohl alle müssen zeitraubende Kommissionstätigkeit und Berichterstattung übernehmen, dazu noch Durcharbeitung eigener und gegnerischer Anträge und Gesetzentwürfe, gegnerischer Presse, Broschüren, Bücher und vieles mehr. Hier wird denn doch die Grenze überschritten, innerhalb deren das Mandat für einen höheren SAF einen Sinn hat. Hier überlässt man logischerweise die Mandate anderen, hierfür geeigneteren Männern. Sogar die pol. Gauleiter dürften im kommenden Reichstag in eine schwierige Lage geraten. Nur eine ganz beschränkte Zahl von Abg. können dieses Mal hiervon freigegeben werden, wie: Gisass, RFSS, R-USchlA, R-Verteidiger Frank, deren Tätigkeit das ganze Reich umfasst, in dauernden Reisen besteht und ohne Freifahrtschein kaum gedacht werden kann. Zum Schluss sei noch bemerkt, dass ich grundsätzlich wegen Osaf-Stellv. ernste Bedenken habe, ob ihre Stellung überhaupt eine gleichzeitige Rolle im parlamentarischen Betriebe zulässt,

ein Bedenken, das für die Person des Osaf schon längst (und nur für die Person des 1. Parteiführers von Anbeginn) entschieden ist.«[524]

Der Versuch der Deeskalation gelang nicht. Noch am gleichen Tag bekräftigte Stennes auf einer SA-Führerbesprechung in Berlin die Forderung nach den Mandaten.[525] Um den Druck auf Hitler weiter zu erhöhen, ließ er gleich mehrere SAF in München ihre Rücktritte vermelden.[526] Parallel verkündeten mit Schneidhuber und von Killinger zwei weitere Osaf-Stellvertreter ihre Ansprüche auf Mandate.[527] Die bisherige Forschung geht davon aus, dass Pfeffer nun resignierte. Gegenüber Goebbels gestand er ein, dass man sich in der Frage der Mandate »vergaloppiert« habe.[528] Am 12. August reichte er bei Hitler seinen Rücktritt ein. Am 29. August übersandte er das Abschiedsschreiben an die SA.[529]

Diese bislang vorherrschende Betrachtungsweise der Vorgänge gilt es jedoch zu ergänzen und in Teilen einer Neubewertung zu unterziehen. So liegen Anzeichen dafür vor, dass Pfeffer keineswegs nach dem Gespräch mit Hitler vom 1. August kapitulierte. Ein Eintrag in Goebbels' Tagebuch lässt vielmehr vermuten, dass es wohl am 7. oder 8. August erneut zu einer Aussprache zwischen Hitler und Pfeffer kam.[530] Obwohl Pfeffer zuvor offiziell in seinem Schreiben auf die Mandate verzichtet hatte,[531] deuten die Vorwürfe des »Treubruchs«,[532] des Anstiftens zur »Rebellion«[533] sowie der »Erpressung des Führers«[534] gegenüber Pfeffer darauf hin, dass er, um Hitler doch noch Zugeständnisse abzuringen, nun versuchte Druck auf Hitler aufzubauen. Trotz der nach außen hin beschwichtigenden Worte in »SA-Führer und Mandat« machte er Hitler wohl

524 »SA-Führer und Mandat – streng vertraulich« vom 2. August 1930, abgedruckt in: Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. Nr. 98, S. 306 ff.

525 Darüber, ob Pfeffer persönlich anwesend war, liegen unterschiedliche Angaben vor. Bennecke geht davon aus, dass Pfeffer zumindest am zweiten Tag der Tagung anwesend war. Bennecke: Hitler und die SA, S. 148. Werner hingegen spricht in Anlehnung an IfZ: MA 734, Rolle 1, Hektographische Broschüre: »Jahn: Wie es zur Stennes-Aktion kam« von einer Absage Pfeffers an Stennes. Werner: SA und NSDAP, S. 465.

526 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 8. August 1930. Ob dies eventuell sogar in Absprache mit Pfeffer geschah, ist gut vorstellbar. Auch Krebs geht davon aus, dass Pfeffer die »Stennesaktion« aktiv förderte. Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 173.

527 Longerich: Die braunen Bataillone, S. 103.

528 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 17. August 1930.

529 Vgl. FN 6/509.

530 Goebbels schreibt am 8. August: »Telefon mit Pfeffer. Er ist sehr kleinlaut. Hitler hat ihn vorher furchtbar abfahren lassen.« Es ist unwahrscheinlich, dass sich das »vorher« auf die eine ganze Woche zurückliegende Unterredung vom 1. August bezieht. Ebenda, Eintrag vom. 8. August 1930.

531 »SA-Führer und Mandat – streng vertraulich« vom 2. August 1930, abgedruckt in: Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. Nr. 98, S. 306 ff.

532 BArch: NS 26/1374, Buch an Pfeffer vom 13. September 1930 (»nicht abgegangen!«).

533 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom. 12. August 1930.

534 BArch: N 19/2817, Bl. 6.

unmissverständlich deutlich, dass ohne die finanziellen Zugeständnisse die SA kaum noch weiter zu kontrollieren war.[535] Wahrscheinlich ist, die Vorwürfe aus dem Hitler-Lager weisen darauf hin, dass Pfeffer sogar die Möglichkeit der Abspaltung von Teilen der SA andeutete. Dass gleichzeitig auch Stennes mit der Demission seiner SAF sowie Schneidhuber und von Killinger mit ihren Forderungen ebenfalls den Druck auf Hitler (und auch auf Pfeffer) hochhielten, könnte zudem auf eine koordinierte Aktion der SAF und dem OSAF hindeuten.[536] Ungeachtet dessen, Pfeffers Manöver scheiterte auf ganzer Linie. Hitler, wohl schon aufgrund der Rücktritte aus Berlin außer sich, raste, bezeichnete das »Vorgehen als Meuterei und Verschwörung« und ließ Pfeffer »furchtbar abfahren«.[537]

Hitler hatte Pfeffers Bluff auffliegen lassen. Weder hatte er die Mittel, noch war er tatsächlich willens, die SA in eine reichsweite Rebellion zu führen. Seine Situation hatte sich damit weiter zugespitzt. Die SA beharrte weiter auf ihren Forderungen. Bei Hitler, der zu keinem Einlenken bereit war, hatte Pfeffers Reputation erneut stark Schaden genommen. Doch immer noch resignierte er nicht. Am 12. August, also rund vier Wochen vor der Reichstagswahl, spielte er mit seinem Rücktritt seine letzte Karte.[538] Im Bewusstsein des für Hitler kritischen Datums und dass der Parteiführer keineswegs unmittelbar einen Kandidaten zu seiner Nachfolge parat hatte, teilte er diesen nur Hitler mit und verzichtete auf eine Bekanntmachung.[539] Pfeffer hoffte damit, Hitler die Unabkömmlichkeit seiner Person vor Augen zu halten und ihn, wie 1928 im Konflikt mit Bouhler und Kaufmann, in letzter Minute zu einer Stellungnahme zu seinen Gunsten zu bewegen. Dass auch dieses letzte Manöver Pfeffers scheiterte, lag auch daran, dass Pfeffer praktisch zeitgleich neuerlich im Mittelpunkt eines weiteren innerparteilichen Skandals stand.

535 Der Verdacht der Pression Pfeffers erhärtet sich angesichts Goebbels' Tagebucheintrag bereits vom 20. Januar 1929. Auch hier in der Debatte um die SA-Oberstäbe soll Pfeffer Hitler bereits unterschwellig mit einer Meuterei der SA gedroht haben. Vgl. FN 6/278.

536 Dafür, dass es sich tatsächlich um einen koordinierten Versuch der Pression Hitlers handelte, spricht vor allem das gute persönliche Verhältnis zwischen den Protagonisten. (ZZS Stennes I, Bl. 7) Hinzu kommen die zeitliche Abfolge der Ereignisse, die Identität der Ziele (vgl. IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 63 ff., Schneidhubers Denkschrift vom 19. September 1930) sowie die Mentalitäten der ehemaligen Freikorpsführer. Besonders Pfeffer ist eine solche Aktion zuzutrauen. Hinzu kommt Goebbels Tagebucheintrag vom 12. August 1930. Vgl. FN 5/573. Stennes, der nach München reiste, um mit Hitler die Aussprache zu suchen, wurde erst gar nicht empfangen. Ebenda, Lagebericht Polizei München vom 4. Oktober 1930.

537 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 8. August 1930.

538 Bennecke: Hitler und die SA, S. 149.

539 Selbst höchste Parteikreise waren nicht informiert. Vgl. Goebbels: Tagebücher, Einträge vom 17. August und vom 24. August 1930 ff. Auch, dass Pfeffer zeitnah einen SABE herausgab, spricht nicht für die These der Resignation. SABE »Reise Osaf« vom 12. August 1930; in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 53.

Die völkisch-rassistisch ausgerichtete Gewerkschaftsorganisation des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands (DHV) hatte bereits seit der Neugründung der NSDAP Beziehungen mit dieser gepflegt, die sich besonders in Norddeutschland intensiviert hatten.[540] Vor den Reichstagswahlen 1930 nominierte die NSDAP in Hamburg Albert Forster, der im Hauptamt Kreisgeschäftsführer des DHV im Bezirk Unterelbe war, zum Kandidaten.[541] Beim DHV erkannte man die Möglichkeit, mit Forster, neben Franz Stöhr, einen zweiten DHV-Vertreter mit einem Reichstagsmandat auszustatten und entschloss sich, Forsters Kandidatur mit 30.000 Reichsmark zu unterstützen.[542] Dass die Gelder nicht direkt an Forster gingen, sondern der NSDAP zugutekommen sollten,[543] zeigt, dass es zunächst darum ging, Forster auf einen aussichtsreichen Listenplatz zu befördern.

Mit dieser Intension trat man nun im Oktober 1930 seitens hoher Vertreter des DHV an den Osaf heran, der ihnen gemäß seines Selbstverständnisses nonchalant versicherte, großen Einfluss auf die Listenaufstellung zu haben und auch für »politische Fragen zuständig« zu sein.[544] Am 1. September wurde das Geld vom DHV auf ein Konto Otto Wageners überwiesen.[545] Forster erhielt daraufhin – ob dies tatsächlich Pfeffers Einfluss geschuldet war, ist unbekannt – einen vorderen Listenplatz und zog anschließend in den Reichstag ein. Der Verbleib des Geldes war allerdings unklar.[546] Als man in der Parteileitung in München von der Spende der DHV erfuhr, regte sich einmal mehr Unmut über das Vorgehen Pfeffers. Rasch wurden Vermutungen laut, Pfeffer habe das Geld für private Zwecke verwandt.[547] Hitler, vielleicht von Bormann, der

540 Iris Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933, Frankfurt a. M. 1967, S. 238 ff. Maßgeblichen Anteil daran hatte auch der ehemalige Hamburger Gauleiter und DHV-Funktionär Albert Krebs.

541 Forster, der bereits 1923 Parteimitglied gewesen war, hatte sich neben seinem DHV-Hauptamt stark für die NSDAP Hamburg engagiert. Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 161.

542 Forster sollte im Gegenzug nach seiner Wahl im Reichstag in erster Linie sozialpolitisch im Sinne des DHV tätig werden. Ebenda, S. 29.

543 BArch: OPG – Von Pfeffer, Auskunft Forster vor dem USchlA vom 18. September 1930. Krebs sprach von der »Konspiration Forster«. Ebenda, Schreiben Krebs vom 20. September 1930.

544 Ebenda, Schreiben Krebs vom 20. September 1930. Vgl. ganz ähnlich nicht abgesprochene Zusagen an Stennes in der Mandatsfrage FN 6/514.

545 Ebenda, Auskunft Forster vor dem USchlA vom 18. September 1930.

546 Pfeffer behauptete später, der DHV hätte ihm das Geld zur »freien Verfügung gegeben«. Dies widerspricht den vorliegenden Quellen. ZZS Pfeffer II, Bl. 21. Das Verhalten Pfeffers kann in der NSDAP aber keineswegs als ungewöhnlich gelten. Turner schildert ähnliche Vorgänge und konstatierte zur Geldakquirierung der NSDAP in der Kampfzeit: »Korruption steckte in jedem.« Turner: Die Großunternehmer, S. 180.

547 Vgl. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 6. September 1930.

sich stets von Pfeffer despektierlich behandelt fühlte, dazu gedrängt,[548] ordnete daraufhin die Prüfung der gesamten OSAF-Buchhaltung durch Schwarz an. Eine Bloßstellung des Osaf. Nur einen Tag nach dem Rücktrittsgesuch Pfeffers wurden die Bücher der OSAF an Schwarz übergeben. Was der Reichsschatzmeister der NSDAP über Pfeffers Buchhaltung bereits einen Tag später zu berichten wusste, war verheerend und führte mit dazu, dass der mit dem Rücktrittsgesuch einhergehende letzte Versuch Pfeffers, die Initiative zurückzugewinnen, ins Leere lief. Schwarz deckte schon nach nur vorläufiger Prüfung schonungslos Pfeffers chaotisches und eigenmächtiges Finanzgebaren auf. So schrieb er an Hitler:

> »Die Belege [entsprechen] größtenteils nicht den Anforderungen […]. Beispielsweise sind Belege über Reisespesen ohne jede Spezifikation vorhanden. Außerdem wurden an Angestellte Zuschüsse ausbezahlt zu ihren von der Reichsleitung festgesetzten Gehältern. Hierzu war Osaf nicht berechtigt. Die von Osaf beliebte Finanzgebarung wirkt sich nunmehr derart katastrophal aus, dass die Reichskasse bereits in wenigen Tagen der Reichszeugmeisterei mit einem Betrag von RM 19.498,55 beispringen musste. Außerdem muss die Reichskasse für die demnächst fälligen Wechsel der Reichszeugmeisterei wiederum aufkommen. Da die bisherigen Überschüsse der SA-Versicherung bis jetzt in Höhe von RM 61.701,25 in den Betrieb der Reichszeugmeisterei hineingesteckt wurden, ergibt sich nunmehr die Tatsache, dass z. Zt. die vorliegenden Versicherungsansprüche von der Versicherungskasse nicht befriedigt werden können.«[549]

Als Krebs in den kommenden Tagen bei Hitler aufgrund des unklaren Verbleibs des Geldes Konsequenzen für Pfeffer forderte, erhielt er zwar eine rüde Absage,[550] Pfeffer war jedoch endgültig diskreditiert. Ohne dessen Rücktritt anzunehmen, schränkte Hitler nun die Rechte seines Osaf und damit die Autonomie der SA massiv ein. Am 24. August verfügte er, dass sämtliche »der SA unterstehenden Wirtschaftsbetriebe […] a.) Reichszeugmeisterei einschließlich sämtlicher Zeugmeistereien b.) SA-Versicherung c.) Zigaretten-Betrieb ›Sturm‹ d.) Versicherungshilfe dem Reichsschatzmeister direkt unterstellt« werden sollten.[551] Auch die von Pfeffer für seinen Stab vorgesehenen Aufwandsentschädi-

548 Innerparteilichen Gerüchten zufolge soll Bormann Hitler »Material zur Absetzung« von Pfeffer übergeben haben. Dabei könnte es sich um Hinweise auf die Verfehlungen in der SA-Kasse handeln, über die Bormann bestens informiert gewesen sein musste. Lang: Der Sekretär, S. 81. Quellenbelege hierzu sind – wie so oft in der Causa Bormann – nicht zu erbringen. Vgl. zur Behandlung Bormanns durch Pfeffer Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 76 und Joseph Wulf: Martin Bormann – Hitlers Schatten, Gütersloh 1962, S. 20.

549 Hitler: RSA, Bd. III/3, Dok. 91, S. 359 ff.

550 So eine der wenigen Übereinstimmungen zwischen den Darstellungen Pfeffers und Krebs. ZZS Pfeffer II, Bl. 21 f. und Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 144.

551 Hitler: RSA, Bd. III/3, Dok. 91, hier: S. 360 f.

gungen wurden massiv reduziert und fixiert.[552] Gleiches galt für die Etats und Gehälter der Osaf-Stellvertreter und des GISASS.[553] Darüber hinausgehende Anstellungsverhältnisse waren aufzulösen. Da gleichzeitig dem OSAF »künftig keine Mittel zur freien Verfügung zugewiesen« werden sollten, bedeutete dies faktisch die Auflösung des Etatrechts der SA. Die Demütigung Pfeffers wurde vollendet, indem er selbst bei einfachen Dienstreisen künftig um Genehmigung nicht bei Hitler, sondern bei Reichsschatzmeister Schwarz ersuchen musste. Für das Konto Wageners, dem Nukleus der Affäre, wurde verfügt, dass es unmittelbar aufzulösen und die Schlussabrechnung vorzulegen sei.[554] Die 30.000 Reichsmark waren jedoch nicht mehr aufzufinden.[555]

Hitlers Weisungen bedeuteten nichts weniger als das Zerschlagen der SA-Konzeption Pfeffers, die die SA als eigenständige Organisation neben der PO etablieren wollte, und die Unterstellung der SA unter die PO. Damit war auch über Pfeffers Schicksal entschieden. Der Finanzskandal hatte dazu beigetragen, dass Pfeffer auch mit seinem nicht-öffentlichen Rücktrittsschreiben an Hitler das Blatt nicht mehr wenden konnte. Er hatte sich verkalkuliert. Zu einer weiteren Aussprache mit Hitler kam es nicht.

Am 29. August zog Pfeffer endgültig die Konsequenzen und machte, mit dem Übersenden seines Abschiedsschreibens an die SA, seinen Rücktritt öffentlich. Bis zur Ernennung eines neuen Osaf wollte er die Tagesgeschäfte weiterführen. Pfeffer brauchte jedoch nicht lange zu warten. In der Nacht vom 30. auf den 31. August eskalierte in Berlin die Situation. Teile der SA stürmten ob der Frustration der Nichterfüllung ihrer Forderungen die Gaugeschäftsstelle und verwüsteten diese.[556] Die sich ihnen entgegenstellenden SS-Wachmannschaften wurden zusammengeschlagen. Goebbels, sichtlich überfordert, bat Hitler um Hilfe. Dieser reiste sofort nach Berlin. In mehreren Besprechungen und nach Szenen der bittenden Beschwörung gelang es Hitler, Stennes und die SA zu überzeugen und auf seine Seite zu ziehen.[557] Pfeffers vorheriger Rücktritt

552 »Osaf RM 550,-- + RM 200,-- für Chauffeur; Fritz v. Pfeffer RM 250,--, Siedler RM 350,--, Hallermann RM 450,-- + RM 75,-- Krankenzulage, Zöberlein RM 200,--. Die bisher gewählte Aufwandsentschädigung für Dr. Wagener kommt in Wegfall. Für Hauptmann a. D. Wolff kann eine Aufwandsentschädigung nicht festgesetzt werden.« Ebenda, Dok. 91, hier: S. 361.

553 Osaf-Stellvertreter-Nord: RM 2.300, 300,-- Hagelganz; West: RM 2.500, 350,-- v. Fichte; Ost: RM 2.600. 550,-- Stennes; Süd: RM 2.200, 800,-- Schneidhuber; Mitte RM 2.000, 650,-- v. Killinger; GISASS v. Ulrich RM 600,--. Ebenda, Dok. 91, hier: S. 362.

554 Ebenda, Dok. 91, S. 359 ff.

555 Ob dieses Geld, wie Krebs vermutete, zur Unterstützung oder – wahrscheinlicher – zur Befriedung Stennes' eingesetzt wurde, oder ob Pfeffer es, zumindest in Teilen, privat verwendete, ist unbekannt. Vgl. Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 173.

556 Sauer: Goebbels' »Rabauken«, S. 121 ff.

557 Goebbels: Tagebücher, Einträge vom 30. August und vom 1. September 1930. Goebbels' Schilderung der »Absetzung« zeigt zugleich, wie wenig der Berliner Gauleiter in die Münchener Interna um den Rücktritt eingeweiht war.

kam Hitler nun zugute. Als er tags darauf vor versammelten SA-Mannschaften ankündigte, selbst die SA-Führung zu übernehmen, brach Jubel aus.[558] Einmal mehr hatte Hitler durch sein Charisma eine kritische Situation zu seinen Gunsten wenden können.[559] Deutlich wurde dabei zugleich auch, dass Pfeffers strikte Ausrichtung der SA auf die Person Hitlers trotz allem ihre Wirkung nicht verfehlt hatte. An Pfeffer telegraphierte Hitler am selben Tag aus Berlin: »Nehme Ihren Rücktritt hiermit an. Einstweilen auf diesem Wege meinen Dank für Ihre der Bewegung geleisteten Dienste. Erwarte Ihre Mitarbeit an meiner Seite. Behalte mir Regelung finanzieller Seite auf mündliche Aussprache vor. Erwarte Sie Dienstagvormittag in München.«[560]

Nur einen Tag später verfügte Hitler die »Erhebung einer besonderen SA-Zulage in Höhe von 20 Pfg. pro Kopf der Mitglieder, die ausschließlich der SA zugeführt wird« sowie die Erhöhung der Aufnahmegebühr[561] von ein auf zwei Reichsmark.[562] Zudem sollten 50 Prozent der von den Ortsgruppen erworbenen »Kampfschatzspenden« nun obligatorisch der SA zukommen.[563] Die Frage der Mandate war damit vom Tisch. Am 3. September verkündete Hitler im VB:

> »Hauptmann a. D. v. Pfeffer ist zurückgetreten. Ich übernehme mit dem heutigen Tage die oberste Führung der gesamten einst von mir gegründeten SA und SS. Ich erwarte von allen SA- und SS-Führern und -Männern Treue und Gehorsam. Ich spreche an dieser Stelle dem auf eigenen Wunsch scheidenden bisherigen Obersten SA-Führer, Hauptmann v. Pfeffer, für seine außerordentlich großen Verdienste meinen und der Bewegung Dank aus. Seine Kraft wird der Bewegung künftig an anderer Stelle wiedergegeben werden.«[564]

6.6.3 Deutungen, Motive, Conclusio

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte Pfeffer glauben zu machen, dass ein »bösartiger, aber geschickter Zug«[565] Hitlers für seine Demission im Sommer 1930 verantwortlich gewesen wäre. Hitler hätte ihm die Plätze so lange zuge-

558 Longerich: Die braunen Bataillone, S. 104.
559 Vgl. Peter Hoffmann: Hitler's personal security, London 1979, S. 15.
560 Privatbesitz der Familie von Pfeffer, abgedruckt in: Hitler: RSA, Bd. III/3, Dok. 99, S. 377.
561 Pfeffer hielt diese »Aufnahmestrafe« bereits als Gauleiter für wachstumsfeindlich und bekämpfte sie seitdem. Vgl. FN 5/627.
562 Ebenda, Dok. 102, S. 381.
563 Ebenda, Dok. 102, S. 381.
564 IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 58. »An die gesamte SA und SS« vom 2. September 1930. In der folgenden Ausgabe des »SA-Mann« am 4. September wurden die Ereignisse schon gar nicht mehr erwähnt. ›Der SA-Mann – Beilage zum Völkischen Beobachter‹ vom 4. September 1930.
565 ZZS Pfeffer I, Bl. 7. Die gleiche Interpretation der Ereignisse gab Pfeffer auch in seiner Familie weiter. Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009. »Er tritt zurück und nimmt persönliche Nachteile auf sich, weil er für ›die SA‹, also

sagt, bis er, Pfeffer, bei der SA in der Pflicht gestanden hätte. Anschließend hätte Hitler seine Zusage zurückgezogen und ihn damit in eine unumkehrbare Zwangslage gebracht, deren Konsequenz nur sein »freiwilliger« Rücktritt sein konnte. Plante Hitler also schon länger die Absetzung seines Osaf und wartete er nur noch auf einen geeigneten Anstoß?[566] Dafür sprechen vor allem fünf Indizien. Erstens verdichteten sich im Laufe des Frühjahrs 1930 tatsächlich die Anzeichen dafür, dass der Parteiführer die ständigen Eigenmächtigkeiten und die Querelen um seinen Osaf leid war. Pfeffers innerparteiliche Gegner hatten hieran maßgeblichen Anteil. Die Gauleiter, die Münchner Kamarilla sowie auch, weniger offen, die SS-Führung hatten sich stets für eine Beschränkung der Kompetenzen Pfeffers eingesetzt.[567] Waren sie bislang damit bei Hitler nicht durchgedrungen, deutete sich ab dem Jahr 1930 hier eine Wandlung an.[568] Zudem musste sich Hitler darüber im Klaren gewesen sein, dass sein Entschluss, dem Osaf das Etatrecht zu entziehen, nur das Ausscheiden Pfeffers zur Folge haben konnte. Drittens finden sich in den Ereignissen rund um die Übernahme der Obersten SA-Führung durch Hitler mögliche Indizien für ein Überspielen Pfeffers durch Hitler. So machte der Parteiführer unmittelbar nach der Übernahme der obersten SA-Führung deutliche finanzielle Zugeständnisse. Gegenüber Pfeffer war zuvor von solchen Konzessionen, die dem Osaf zusätzlichen Handlungsspielraum gegeben hätten, nicht die Rede gewesen. Schließlich, viertens, profitierte Hitler auch unmittelbar von der Demission Pfeffers. Während der Ereignisse in Berlin konnte er mit der persönlichen Übernahme der SA-Führung ein integratives Moment schaffen, ohne dabei – durch die diktatorische Absetzung des Osaf – Gefahr zu laufen, neue Konfliktpotenziale entstehen zu lassen. Auch der übergeordnete Befund ist unbestritten: Für Hitler war die Übernahme der Position des Osaf ein entscheidender Schritt zur Beherrschung der Bewegung.

Der Hypothese einer von Hitler von langer Hand geplanten Absetzung Pfeffers widerspricht allerdings die Schilderung der Ereignisse durch Walter Buch.[569] So stellte dieser dar, dass nicht Hitler, sondern der Osaf sich selbst

seine Untergebenen, nicht die angestrebten Vorteile erlangen konnte.« Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.

566 Über die Zeitzeugenaussagen Pfeffers hat diese Version auch Eingang in die historische Wissenschaft gefunden. Vgl. Halcomb: The SA, S. 29; Hoffmann 1979, S. 15; Alexander Dimitrios: Weimar und der Kampf gegen »rechts«. Eine politische Biographie. Bd. 2,2: Soldat zwischen den Fronten, Ulm 2009, S. 635.

567 Vgl. Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 296 ff.

568 Die persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Hitler und Pfeffer häuften sich. Vgl. Kapitel 6.6.1. Vor allem der von Wagener erwähnte faktische Hausarrest Pfeffers ist hier zu nennen. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 81. Vgl. auch die formale Einschränkung der Kompetenzen Pfeffers FN 6/507. Pfeffer und Heiden vermuteten auch, dass eine Intrige Görings zu Hitlers Distanzierung von Pfeffer im August beigetragen habe. Vgl. Konrad Heiden: Hitler. Eine Biographie, Zürich 1937, S. 276 ff.; Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 82 ff.

569 BArch: NS 26/1374, Buch an Pfeffer vom 13. September 1930 (»nicht abgegangen!«).

durch seine Manöver und Winkelzüge in jene Zwangslage befördert hätte, die schließlich nur seine Demission zur Folge haben konnte. Nach Buch verzichtete Pfeffer freiwillig auf die Mandate, nachdem ihm Hitler Ende Juli deutlich machte, dass er nur unter der Bedingung, die SA-Führer der Hierarchiestruktur der SA zu entziehen, bereit war, den SAF die Listenplätze zuzugestehen. Gleich mehrere Fakten sprechen für die Version Buchs:

So der Blick auf die Perspektive Hitlers im Sommer 1930. Unmittelbar vor der Reichstagswahl konnte er kein Interesse haben, den als sicher geltenden größten Triumph der Geschichte der NSDAP durch interne Querelen zu gefährden. Ein Manöver Hitlers war unter diesen Voraussetzungen höchst unwahrscheinlich. Auch hätte er nicht mit einer solch außerordentlich loyalen Reaktion Pfeffers rechnen können, wie dieser sich nach dem Rücktritt zeigte. Zugleich spricht auch Hitlers abwartende Reaktion auf das Rücktrittsgesuch Pfeffers, darüber können auch die Vorteile, die sich durch den vorherigen Rücktritt Pfeffers in der unitären Situation der Berliner Rebellion 1930 ergaben, nicht hinwegtäuschen,[570] gegen eine langfristige Planung. Hitler reagierte zunächst nicht. Ein Nachfolger stand nicht bereit[571] und auch eine erneute Ernennung des 1925 noch im konzeptionellen Widerspruch zu Hitler geschiedenen Röhms konnte in der Bewegung kaum als Zeichen der Stärke Hitlers interpretiert werden.[572] Zudem hatte Hitler, entgegen der Behauptung Pfeffers, keine grundsätzlichen Bedenken gegen SA-Mandatsträger. Dass sich einige SA-Führer auf der Kandidatenliste für die Reichstagswahlen befanden, ist hier ein deutliches Indiz. Für Hitlers Getreue war die Frage nach der Verantwortung für die Demission natürlich eindeutig. Goebbels schrieb: »Pfeffer hat sie alle [die SA] verführt. Er ist ein Intrigant, aber sein Spiel ist zu fein, als dass man nicht dahinter käme.«[573]

Zweitens machen Charaktere und Mentalitäten der beiden Protagonisten sowie ihre übliche Vorgehensweise die Version Buchs glaubhafter als diejenige Pfeffers. Während der politische Hasardeur Pfeffer kritische Situationen zumeist bis zur Gänze ausreizte und mit Winkelzügen und Finten operierte, war Hitlers Führungsstil eben nicht auf die Konfrontation mit einem seiner Unterführer ausgerichtet. Wenn Hitler aber die Auseinandersetzung für unausweichlich hielt, handelte er schnell und unerbittlich.[574] Im Rahmen des Rücktritts

570 Zu widersprechen ist hier etwa Bullock: Hitler, S. 150 oder Karl Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln[6] 1980, S. 199.

571 Vgl. FN 6/274. Pfeffer favorisierte offenbar Wagener oder den erst 1930 in die Partei eingetretenen Paul Schulz, ehemals Mitorganisator der Schwarzen Reichswehr, ohne jedoch aktiv für einen der beiden bei Hitler Partei zu ergreifen. Schulz soll sogar im Oktober 1930 einige Tage bei Pfeffer in München gewohnt haben. Sauer: Schwarze Reichswehr und Fememorde, S. 291.

572 Bennecke: Hitler und die SA, S. 149.

573 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 12. August 1930. Vgl. auch BArch: N 19/2817.

574 So etwa auch beim »Röhm-Putsch« als prominentestes Beispiel.

Pfeffers war dies keineswegs der Fall. Auch aufgrund der nahen Reichstagswahlen wartete Hitler zunächst nach dem Rücktrittsgesuch, wie sich die Ereignisse entwickelten und nahm die Demission erst rund drei Wochen später an.

Drittens hält Pfeffers Version auch einer quellenkritischen Überprüfung kaum stand. So treten in der Überlieferung im Rahmen des IfZ – wie an vielen anderen Stellen auch[575] – gleich mehrere Ungereimtheiten auf. So wollte sich Pfeffer etwa an die finanziellen Forderungen der SA gar nicht mehr erinnern.[576] Schließlich, viertens, bestätigte Pfeffer selbst zeitgenössisch, indirekt und denkbar verklausuliert, seinen Verzicht auf die Mandate und damit die Version Buchs. In »SA-Führer und Mandat« bestätigte er, dass es bei der Frage der Unterstellung der SA-Mandatsträger »bei den Aussprachen zwischen Hitler und Osaf« zu keiner Lösung gekommen war.[577] In seinem Abschiedsschreiben schrieb er, dass es ihm »sehr recht« sei, dass die »Beteiligung nicht in Mandaten besteh[e]«.[578]

Und, fünftens, waren auch Pfeffers Gründe für die Ablehnung der von Hitler diktierten Bedingungen durchaus schlüssig. So widersprach eine Unterstellung der SA-Mandatsträger unter die PO sowohl Pfeffers langfristiger SA-Konzeption, die in erster Linie die Autonomie der SA sowie die Erweiterung der Tätigkeitsfelder als Ziel hatte,[579] als auch den Plänen zur finanziellen Konsolidierung. Hinzu kam die schwierige Vermittlung eines solchen Kompromisses in der SA sowie der damit einhergehende Prestigeverlust Pfeffers in der Gesamtpartei, der kaum mit seinem Selbstverständnis und seiner Eitelkeit zu vereinbaren gewesen wäre. Anstatt also die SA über die Ergebnisse des Gesprächs mit Hitler zu informieren, vermied Pfeffer die direkte Konfrontation und begab sich auf Dienstreise nach Norddeutschland.

All diese Indizien sprechen stattdessen für ein Kalkül der beschränkten Eskalation Pfeffers. Er hoffte, dass nach einer für die SA ernüchternd ausfallenden Kandidatennominierung der Unmut in der SA Hitler doch noch zum Einlenken bringen würde.[580] Um damit nicht unmittelbar in Verbindung gebracht zu werden, verzichtete er auf seine Anwesenheit bei der Nominierungsveranstaltung. Schon einmal, 1926 in Bamberg, war Pfeffer mit einer solchen Maßnahme sehr gut gefahren.[581] Als jedoch in den auch anschließen-

575 Vgl. bes. auch ZZS Pfeffer I, Bl. 22 ff.

576 Ebenda, Bl. 29.

577 »SA-Führer und Mandat – streng vertraulich« vom 2. August 1930, abgedruckt in: Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution, Dok. Nr. 98, S. 306 ff.

578 Hitler: RSA, Bd. III/3, Dok. 99, S. 377.

579 Werner sieht hierin das Hauptmotiv. Werner: SA und NSDAP, S. 466.

580 Tatsächlich kursierten bald nach der Nominierung innerhalb der SA Gerüchte, dass Hitler die Mandate der SA nicht zugestanden habe. BArch: NS 26/1374, Buch an Pfeffer vom 13. September 1930 (»nicht abgegangen!«). Pfeffers Abwesenheit bei der Kandidatenkür am 27. Juli dürfte daher weniger »aus Protest« (so in Hitler RSA, Bd. III/3, S. 291) als aus Kalkül erfolgt sein. Vgl. zu den weiteren Vorgängen Kapitel 6.6.2.

581 Vgl. Kapitel 5.4.

den Unterredungen mit Hitler deutlich wurde, dass dieser nach wie vor zu keinerlei Kompromissen bereit war und schließlich auch Pfeffers vorletzter Schachzug, der Bluff mit einer möglichen SA-Sezession, vollends ins Leere lief, war die bewusst herbeigeführte Eskalation nicht mehr kontrollierbar. Einerseits war Hitler echauffiert über das Vorgehen Pfeffers; auf der anderen Seite beharrte die SA auf den gegebenen Zusagen. Nach einem letzten Versuch der Rückgewinnung seiner Handlungsfähigkeit – der Rücktrittbrief an Hitler – zog Pfeffer Ende August mit dessen Öffentlichmachung endgültig die Konsequenzen.

Bemerkenswert ist das loyale Verhalten Pfeffers gegenüber Hitler nach seinem Abschied.[582] Zweifelsohne ist dies Ausdruck seiner uneingeschränkten Identifikation mit der Hitlerbewegung. Trotz der Enttäuschungen im Umfeld seiner Demission war Pfeffer zutiefst davon überzeugt, dass der Sieg der Rechtsbewegung nur mit Hitler zu erreichen war.[583] Das Bild eines reinen Idealisten zu zeichnen, der seine persönlichen Interessen selbst im Rücktritt hinter die der NSDAP zurückstellt, greift jedoch zu kurz. Schon der lange Zeitraum zwischen seinem Rücktrittsgesuch am 12. August und den Rücktrittsbriefen – erst am 29. August – weist darauf hin, dass es sich hierbei keineswegs um eine spontane Reaktion Pfeffers gehandelt hatte. Eine Rebellion gegen Hitler hätte sein Wirken der vergangenen sechs Jahre – vielleicht der gesamten Nachkriegszeit – infrage gestellt. Politische, organisatorische oder die ohnehin geringen weltanschaulichen Differenzen mit dem Parteiführer standen hinter den Konflikten zurück. Anders als etwa Otto Strasser und später auch Stennes, sah Pfeffer zur Hitlerbewegung keine Alternative. Hinzu kam der Blick auf seine künftige Karriere. Eine Tätigkeit außerhalb der NSDAP stand niemals zur Alternative, zumal durch seine exponierte Position als Osaf nur schwer vorstellbar. Eine höhere Reputation als in der NSDAP, und auch das dürfte nicht unbedeutend für Pfeffer gewesen sein, hätte er ohnehin kaum erlangen können.

Schließlich kam als Motiv für seine loyale Haltung der einsetzende Erfolg der NSDAP hinzu. Nach Jahren des Aufbaus unter provisorischsten Bedingungen gewann die NSDAP mit dem (absehbaren) Wahlerfolg nun endlich überregionale politische Relevanz. Trotz aller Enttäuschung und Eitelkeit war Pfeffer klug, stolz und ehrgeizig genug, um sich nicht mit einer ebenso reflexartigen wie aussichtslosen Überreaktion um die mögliche Teilhabe an diesem Erfolg zu bringen. Nach vier Jahren der engen persönlichen Zusammenarbeit mit Hitler schien die Annahme durchaus berechtigt, dass er auch

582 Vgl. FN 6/509.

583 So zitiert Wagener Pfeffer mit den Worten: »Niemals aber darf in Frage kommen, die Einheit der Führung zu untergraben oder gegen sie zu verstoßen. Es würde auch erfolglos sein. Denn die Autorität Adolf Hitlers ist in der ganzen Bewegung so unbedingt, dass ein Versuch sie anzutasten und die Anhänger gegen seinen Willen in anderer Richtung zu führen oder gar sie ihm aus der Hand zu nehmen, völlig unsinnig und aussichtslos wäre.« Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 29.

weiterhin über den in der Partei essenziellen direkten Zugang zu Hitler und, damit einhergehend, über maßgeblichen Einfluss und Reputation verfügen würde.[584] Pfeffer vermied so den offenen Bruch – mit dem Wortlaut in Hitlers Telegramm vom 1. September fühlte er sich in dieser Annahme bestätigt.[585]

Zusammenfassend ist zu konstatieren: In den Ereignissen im Juli/August 1930 verdichteten sich fast alle Konfliktfelder der Osaf-Zeit Pfeffers. Angesichts des bereits seit 1929 einsetzenden Vertrauensverlustes Pfeffers bei Hitler musste es nur eine Frage der Zeit sein, bis der von ihm mitinitiierte Antagonismus zwischen SA und PO sowie SA-intern zwischen revolutionärer Dynamik und Legalitätsverpflichtung einen Punkt erreichen würde, der für Pfeffer nicht mehr beherrschbar war. Er hatte zudem verkannt, dass für Hitler die SA keine eigenständige Organisation, sondern lediglich Ergänzung zur PO sein sollte.[586] Hinzu kamen die mannigfachen persönlichen Auseinandersetzungen, zu denen sein Charakter und sein Selbstverständnis maßgeblich beigetragen hatten. Konkret im Sommer 1930 waren es dann auch diese Gründe, die bei einem der zahlreichen Konflikte zur finalen Eskalation führten. Wie schon mehrfach zuvor versuchte Pfeffer durch Winkelzüge, Finten und Taktieren eine interne Niederlage mit einer kalkulierten Eskalation des Konflikts abzuwenden. Als Hitler die Pression Pfeffers ins Leere laufen ließ, richtete sich Pfeffers Eskalationstaktik bumerangartig gegen ihn selbst. Er hatte sich verkalkuliert. Nun rächten sich seine permanenten parteiinternen Fehden. So nutzten seine Gegner dessen Vertrauensverlust bei Hitler, um ihn endgültig zu Fall zu bringen. Am 14. August – bezeichnenderweise nur einen Tag, nachdem er mit dem Prüfen der OSAF-Kasse betraut worden war – machte Schwarz mit seinem schonungslosen Urteil zu Pfeffers Finanzgebaren dessen letzte Hoffnung auf einen Befreiungsschlag und die Rückgewinnung der Initiative zunichte.[587]

6.6.4 Folgen

Dass mit der Übernahme der Obersten SA-Führung durch Hitler und den damit einhergehenden finanziellen Zugeständnissen an die SA[588] die Konflikte keineswegs dauerhaft überwunden waren, zeigte sich schnell. Bereits in den folgenden Wochen und Monaten kam es immer wieder, wie etwa in Augsburg oder in Hanau, zu offenen Auseinandersetzungen zwischen der SA und der PO.[589] Zu einem vorläufigen Höhepunkt dieser latenten Auseinanderset-

584 Ebenda, S. 95. Hitler bestätigte dies auch gegenüber Wagener: »Ich kann und will auf einen Mann wie Pfeffer nicht verzichten.«

585 Hinweise auf diese Haltung zeigten sich noch nach 1945. Pfeffer war zeitlebens stolz auf die Formulierungen im Abschiedsschreiben Hitlers. Vgl. ZZS Pfeffer I, Bl. 29 sowie FN 6/560.

586 Hitler: Mein Kampf, Bd. 2, S. 601.

587 Vgl. FN 6/549.

588 Vgl. FN 6/562.

589 Longerich: Die braunen Bataillone, S. 104 f.

zungen kam es schließlich im April 1931 erneut in Berlin. Während des sogenannten »Stennes-Putschs« rebellierten ganze Teile der nordostdeutschen SA. Die Ereignisse mündeten in der Trennung Stennes' von der NSDAP und in der Gründung der »Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands«.[590] Deutlich wurde, dass sich die Idee der Autonomie der SA mit der Übernahme der Obersten SA-Führung durch Hitler sowie dem Entzug der Finanzhoheit der SA erledigt hatte,[591] sich jedoch die von Pfeffer rekrutierten Freikorpsführer als SAF nach wie vor massiv für eine möglichst selbstständige SA innerhalb der Bewegung einsetzten.[592] Otto Wagener, dem Hitler als Stabschef zunächst die Führung der SA übertrug,[593] vermochte es nicht, entscheidende Akzente zu setzen. Ende November 1930 fiel die Wahl Hitlers schließlich erneut auf Röhm, der am 5. Januar die Stellung als Stabschef der SA antrat.

Doch auch unter Röhm war, trotz oder gerade wegen des nun einsetzenden rasanten Wachstums der SA,[594] die dauerhafte Binnenkrise nicht zu überdecken. Trotz einiger organisatorischer Modifikationen und obwohl Röhm weniger provokant agierte als Pfeffer,[595] unterschied sich dessen interne Position nur unwesentlich von derjenigen Pfeffers.[596] Auch Röhm, nicht minder als Pfeffer durch Weltkrieg und Freikorps sozialisiert, betonte den militärischen Charakter der SA[597] und strebte nach einer möglichst weitgehenden Autonomie. Zwar verfügte er, anders als Pfeffer, in München über mehr Akzeptanz und eine Hausmacht, die Tatsache jedoch, dass er als Stabschef über deutlich geringere Kompetenzen verfügte als Pfeffer, sowie die Angreifbarkeit durch

590 Vgl. zu den Ereignissen und den Folgen Sauer: Goebbels' »Rabauken«, S. 126 ff.

591 ZZS Stennes II, Bl. 5.

592 Vgl. etwa die Denkschriften Schneidhubers vom 19. September 1930, in der er vor einer »Politisierung und Verweichlichung« der SA warnte, für eine »scharfe Trennung« von PO und SA plädierte und in der es unter anderem heißt: »Die SA trägt 90 Prozent der gesamten Parteiarbeit und [hat] damit den Löwenanteil am Erfolg«, in: IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 63 ff. Auch stellte er kritisch fest, »dass das Instrument der SA unserem Führer mit der Zeit fremd geworden ist«. Vgl. auch Longerich: Die braunen Bataillone, S. 105 ff.; Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 389 und zur Rekrutierung der SA unter Pfeffer: Campbell: Landsknecht, S. 253 ff.

593 Hitler: RSA, Bd. III/3, Dok. 103, S. 382. Zunächst spekulierte man, dass von Ulrich neuer Osaf oder Stabschef werden könnte. IfZ: Fa 107, Bd. 1, Lagebericht Polizei München vom 4. Oktober 1930.

594 So wuchs die Zahl der Mitglieder bis August 1932 auf 455.000, fiel dann stetig auf nur noch 427.000 im Januar 1933. Zahlen nach Longerich: Die braunen Bataillone, S. 159.

595 So wurde etwa die Position der Osaf-Stellvertreter abgeschafft, um die Konflikte mit Gauleitern und den Gau-SAen zu entschärfen.

596 Bracher: Machtergreifung, S. 851 f. Goebbels notierte später den vielsagenden Satz: »Röhm, der Gefangene seiner Umgebung.« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 3. Juni 1934.

597 So bevorzugte auch Röhm bei der Besetzung von Führerstellen häufig ehemalige Freikorpsführer, was ebenfalls zu Konflikten führte. Longerich: Die braunen Bataillone, S. 145 f. Allerdings verbesserten sich nach dem Abschied Pfeffers die Beziehungen zu höheren Reichswehrstellen. Reiche: Development, S. 132.

seine Homosexualität, führten ebenfalls zu einer unumschränkten Abhängigkeit von Hitler.[598] Äquivalent zu Pfeffer befand sich auch Röhm im Nukleus der Spannungen zwischen Politikern und Militärs, der Legalitätstaktik Hitlers und den revolutionären Ansprüchen der SA-Basis.[599] Auch die finanziellen Probleme blieben virulent.[600] Hinzu kam der sich verschärfende Konflikt zwischen SA und der inzwischen eigenständigen SS[601] sowie seine Gegnerschaft zur Münchener Parteiclique.[602]

Pfeffer selbst war, als am 14. September die NSDAP bei den Reichstagswahlen 18,3 Prozent der Stimmen erlangte und damit endgültig zu einer ernst zu nehmenden politischen Größe im Reich aufstieg,[603] erstmals seit der Neugründung ohne offizielles Amt in der NSDAP. Er hatte jedoch Grund zu Optimismus. Trotz aller Verwicklungen war das Verhältnis zwischen ihm und Hitler seiner Auffassung nach intakt. Wie dessen Telegramm vom 1. September an ihn zeigte, hatte dessen loyales Verhalten im Zuge seines Rücktritts, bei dem er die SA aufgefordert hatte, Hitler weiter die Treue zu halten, den von Pfeffer erhofften Effekt tatsächlich nicht verfehlt.[604] Auch in Hitlers offizieller Stellungnahme zum Abschied Pfeffers im VB bedankte sich Hitler ausdrücklich bei ihm und sagte seinem ehemaligen Osaf eine weitere Verwendung zu. Weder der Konflikt um Stennes noch die »30.000-Mark-Affäre« hatten sichtbare Auswirkungen bei der Reichstagswahl gehabt. Pfeffers Abschied selbst fand nur geringen Widerhall in der gegnerischen Presse.[605] Hitler sah keinen Grund, seinen ehemaligen Osaf nicht mit allen Ehren zu verabschieden. Pfeffer erhielt den Dienstanzug des Osaf, das SA-Zivilabzeichen in Gold[606] und wurde zum Ehrenobergruppenführer ernannt.[607]

598 Hancock: Röhm, S. 108.
599 Dimitrios: Weimar, Bd. 2,2, S. 703.
600 IfZ: Fa 107, Bd. 1, Bl. 84 ff.
601 Vgl. zu den Konflikten mit der SS Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 296 ff.
602 Dornheim: Georg Bell, S. 192.
603 Die NSDAP verfügte nun über 107 Mandate. 6.406.379 Wähler hatten ihre Stimme der NSDAP gegeben. Zahlen nach: Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 382, I. Die Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930, Berlin 1932.
604 Vgl. neben dem Brief Hitlers an Pfeffer (Hitler: RSA, Bd. III/3, Dok. 99, S. 377) auch Hitlers öffentliche Erklärung zu seiner Übernahme der Führung der SA und SS. »Hauptmann a. D. v. Pfeffer ist zurückgetreten. Ich übernehme mit dem heutigen Tag die oberste Führung der gesamten einst von mir gegründeten SA und SS. Ich erwarte von allen SA- und SS-Führern und -Männern Treue und Gehorsam. Ich spreche an dieser Stelle dem auf eigenen Wunsch scheidenden bisherigen Oberster SA-Führer, Hauptmann v. Pfeffer, für seine außerordentlich großen Verdienste meinen und der Bewegung Dank aus. Seine Kraft wird der Bewegung künftighin an anderer Stelle wiedergegeben werden.« Ebenda, Dok. 101, S. 360 f.
605 Vgl. BArch: R 1501/125791, Bl. 181 ff.
606 Heiden: Hitler, S. 277.
607 Akten der Reichskanzlei – Regierung Hitler, Bd. 2,2: Juni – Dezember 1935, Boppard am Rhein 1999, S. 1027 f.

Anders als das persönliche Verhältnis zu Hitler stellte sich Pfeffers Situation im Münchener Parteiumfeld dar. Sein stets konfliktbehaftetes Vorgehen, seine Winkelzüge, sein militärisches Gebaren sowie schließlich schlicht die Konzeption, die er – ursprünglich im Auftrage Hitlers – mit der SA verfolgt hatte, hatten den Leumund des ungeliebten Osaf vollständig zerstört.[608] Auch nach dessen Rücktritt kursierten nach wie vor die Unterschlagungsvorwürfe,[609] die schließlich sogar zu einem weiteren parteijuristischen Verfahren führten.[610] Wie schon die Haltung von Schwarz im August gezeigt hatte, konnte Pfeffer weder hier noch an anderer Stelle auf die Unterstützung der Münchener Parteinomenklatura hoffen.[611] Im Gegenteil: Mit fast jedem maßgeblichen Akteur hatte Pfeffer, ungeachtet dessen Einfluss und Rang, in den vergangenen Jahren schwere, oft persönliche, Auseinandersetzungen ausgetragen. Freundschaften in die PO bestanden – außer ansatzweise zu Strasser und zu Heß[612] – nicht. Jetzt, wo mit dem Rang des Osaf der besondere Zugang zu Hitler entfiel, rächte sich dies. Pfeffer musste schmerzhaft bewusst werden, dass er in München weder über eine Lobby noch über Verbündete verfügte. Im Gegenteil, die Münchener waren ebenso wie die Gauleiter mit der Maßregelung des kapriziösen Norddeutschen zufrieden.[613] Selbst in Röhms neuer SA-Führung hatte er keine Fürsprecher.[614] Zuvor hatte es weder Widerstand noch Proteste gegen seine Demission gegeben.[615] Wie schon in Westfalen, als im Zuge der Auseinandersetzung mit Kaufmann alle Bezirksleiter für einen Parteiausschluss

608 Vgl. Berlin am Morgen vom 22. November 1930, in: BayHStA: Sammlung Personen – Franz von Pfeffer; BArch: NS 26/1374, Buch an Pfeffer vom 13. September 1930 (»nicht abgegangen!«).

609 BArch: OPG – Von Pfeffer, Wagener OSAF an Reichs-USchlA vom 10. November 1930.

610 Ebenda, OSAF an Reichs-USchlA vom 17. November 1930. Pfeffer trat hier als Kläger wegen Unterstellung und Beleidigungen auf. Die Episode blieb jedoch ohne bedeutsame Folgen.

611 Lediglich der ebenfalls weitgehend isolierte Wagener setzte sich stark für Pfeffer ein. Ebenda, OSAF an Reichs-USchlA vom 17. November 1930.

612 »Per du« war Pfeffer mit niemandem in der Partei. Selbst von Strasser ließ er sich in militärischer Form stets mit »Herr Hauptmann« ansprechen. Heß schrieb in seinen Briefen »Lieber Pfeffer«. Vgl. etwa die mannigfachen Einträge in den Tagebüchern Goebbels' oder auch Rosenberg: Letzte Aufzeichnungen, S. 225; Klein: Bannerträger, S. 5 f.; Tyrell: Führer befiehl, Dok. 53, S. 129. So auch Nikolaus Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 6. Oktober 2009.

613 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 12. August 1930. Aus seinem ehemaligen Gau Westfalen bzw. Ruhr war auch nach der Auseinandersetzung mit Kaufmann mit keiner Unterstützung zu rechnen. Vgl. FN 7/117.

614 Pfeffer schilderte später, er habe zu Röhm kaum Kontakt gehabt. Röhm hätte ihn gemieden. ZZS Pfeffer I, Bl. 4. Röhm hatte verständlicherweise kein Interesse daran, dass der vormalige Osaf ihm in die SA »reinregierte«.

615 Lediglich einige höhere SA-Führer äußerten intern Bedenken gegen die Übernahme der Obersten SA-Führung durch Hitler. Vgl. ZZS Stennes I, Bl. 5.

Pfeffers votierten,[616] zeigte sich auch in München, dass nach Ende Pfeffers offizieller Tätigkeit nahezu alle persönlichen Beziehungen zerstört waren.

Obwohl er erst wenige Monate zuvor seine Familie aus Hagen nach mehr als vier Jahren des getrennten Lebens nach München geholt hatte, entschied sich Pfeffer für die Flucht aus München. Nach den Wahlerfolgen war er sich sicher, dass sich der Kampf der NSDAP um die Macht – ob nun auf legalem Weg oder mit einem Putsch – in Berlin und nicht in München entscheiden werde. Wollte er seine Bedeutung für Hitler nicht verlieren – und nur darüber konnte er sein Gewicht in der Bewegung erhalten –, war der Gang nach Berlin alternativlos. Hier hoffte er, etwa über sein weitverzweigtes Bekanntschafts- und Verwandtschaftsnetzwerk,[617] eine maßgebliche Rolle einnehmen zu können und sich damit für Hitler unentbehrlich zu machen. Wie bereits in den Jahren 1919 und 1924/25 wollte er dafür seine Methoden den neuen Erfordernissen anpassen.

6.7 Bilanz

Pfeffer hatte die SA in den fast vier Jahren als Oberster SA-Führer zu einem veritablen zentral geführten Machtinstrument ausgebaut.[618] Zugleich schuf er die organisatorischen Voraussetzungen für den Aufstieg der SA zur Massenorganisation.[619] Deutlich wird die Bedeutung schon an den Mitgliedszahlen. Waren Ende 1926 von den etwa 25.000 Mitgliedern der NSDAP wohl kaum mehr als rund 8.000 auch in der SA aktiv, umfasste die SA bei Pfeffers Demission Ende August 1930 etwa 60-70.000 Mitglieder.[620] Damit hatte sie mit der Mitgliederentwicklung der Gesamtpartei mehr als Schritt gehalten. Auch war die SA 1930 in sich, ganz nach den Vorstellungen Pfeffers, straffer und hierarchischer organisiert als die politische Säule der Bewegung.[621] Für Hitler bildete sie zunächst ein Gegengewicht und Disziplinierungsinstrument zu den 1926/27 noch von München weitgehend unabhängig agierenden Gauleitern.

616 BArch: OPG – Kaufmann, Kaufmann an Heß vom 3. November 1927.

617 Hier sind vornehmlich die verwandtschaftlichen Beziehungen seiner Frau zu nennen.

618 Campbell nennt Pfeffer zu Recht daher: »Vater der SA«. Campbell: The SA generals, S. 49.

619 Vgl. Horn: Marsch zur Machtergreifung, S. 395 f. sowie Kapitel 6.3.2.

620 Werner spricht von etwa 60.000 SA-Mitgliedern. Werner: SA und NSDAP, S. 355; Merkl von 70.000. Merkl: Political violence, S. 581. Pfeffer und die parteieigenen Stellen sprachen von 100.000 Mitgliedern zu Jahresende 1930. Tyrell nennt 77.000. Tyrell: Führer befiehl, S. 316. Die NSDAP hatte bis zum Jahresende wohl etwa 130.000 Mitglieder. Merkl: Political violence, S. 557. Volz gibt nach der weit übertriebenen parteieigenen Zählung 49.000 Mitglieder für das Jahresende 1926 und 389.000 Mitglieder für Ende 1930 an. Volz: Geschichte der NSDAP, S. 13.

621 Ein Defizit, das die PO erst ab etwa 1930 durch die zunehmende administrative Durchdringung ausglich.

Die in Pfeffers Konzeption angelegte Konkurrenz zur PO führte zusammen mit der strikten Durchsetzung der auf Hitler ausgerichteten Führerideologie dazu, dass die SA als Ganzes für den Führungsanspruch Hitlers niemals eine Gefahr darstellte.

Bei den Reichstagswahlen 1930 hatten Einsatzbereitschaft und Effektivität der SA ihren vorläufigen Zenit erreicht. In dem der Öffentlichkeit präsentierten Erscheinungsbild der NSDAP war die SA fest etabliert. Fast die gesamte Propaganda der NSDAP wurde von der SA entweder ganz getragen – etwa in Form der Massenpropaganda mit all ihren unterschiedlichen Ausprägungen – oder zumindest maßgeblich unterstützt – etwa beim Saalschutz. Stets war die latente Gewaltpraxis ein definierendes Merkmal.

Pfeffer hatte es zudem vermocht, die SA durch Entstehung immer neuer Suborganisationen – SS, HJ, NSKK, Reiterstürme, Marine-SA etc. – für eine möglichst breite Anhängerschaft attraktiv zu machen.[622] Eine Praxis, die in der Folge im Rahmen berufsständischer Suborganisationen auch bei der Gesamtpartei eingesetzt hatte.[623] Noch deutlicher wurde die innerparteiliche Vorbildrolle der SA anhand deren zunehmender Wirtschaftstätigkeit. Diese fand zwar im Zuge der Verwicklungen um den Rücktritt Pfeffers ihr Ende, dennoch hatte Pfeffer hier Perspektiven aufgezeigt, welche später – unter den vereinfachten Bedingungen des NS-Staats – von Himmler und seiner SS in einem größeren Maßstab wieder aufgegriffen wurden.

Gleichzeitig manifestierte er durch seine SA-Konzeption aber auch jene Defizite, die schließlich im Juni 1934 zur Entmachtung und damit zur Marginalisierung der SA führen sollten. Der paramilitärische Charakter der SA ließ nahezu permanent Zweifel an der politischen Verlässlichkeit aufkommen. Hinzu kamen die unablässigen Kompetenzstreitigkeiten zwischen den SA- und den politischen Führern, die zwar zunächst Hitlers Diktatur über die Bewegung beförderten,[624] jedoch nach dessen Durchsetzung zur Belastung wurden. Die von Pfeffer für die SA rekrutierte revolutionäre Klientel beförderte zwar jenen bis zur Selbstaufgabe gehenden Aktivismus, ließ sich jedoch ab 1930 immer schwieriger auf dem von Hitler eingeforderten Legalitätskurs halten. Besonders galt dies für die von Pfeffer eingesetzten ehemaligen Freikorpsoffiziere, deren ohnehin starkes Selbstbewusstsein durch Pfeffers Konzept der organisatorischen Autonomie weiter befördert wurde. Hinzu kam, dass die Frage nach der mittel- und langfristigen Perspektive der SA und deren Mitglieder keineswegs gelöst war. Über die Funktion der SA im Zuge der Machterlangung herrschte Uneinigkeit, ganz im Unklaren blieb die Zukunft der SA und ihrer Mitglieder im angestrebten »Dritten Reich«.

622 Ab 1928 gab es etwa auch regelmäßige Skitreffen in Kitzbühel. ›Der SA-Mann – Beilage zum Völkischen Beobachter‹, Ausgabe vom März 1928.

623 Vgl. FN 6/296.

624 Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 304ff. und 316.

Trotz aller Konflikte: Für Hitlers machtpolitische Ambitionen war die Berufung Pfeffers ein Glücksfall. Innerparteilich trug sein Wirken zur Stärkung der Position des Führers bei. Außerparteilich schuf Pfeffer mit der SA der Partei ein Propaganda- und Kampfinstrument, dem die politische Konkurrenz nicht gewachsen war und das politische Klima in den folgenden Krisenjahren der Rubrik prägte.

Für Pfeffer stellte die Zeit als Osaf zweifellos den Höhepunkt seiner antirepublikanischen Karriere dar. Als Osaf hatte er die Rolle gefunden, nach der er seit 1918 unbewusst gesucht hatte. Sein fast pathologischer politischer »Urhass«[625] gegenüber der Republik und allem, was er mit ihr verband, war die Triebkraft seines Handelns. Hitler überantwortete ihm dabei mit der SA einen Zuständigkeitsbereich, in dem er weitgehend selbstständig sein organisatorisches Talent entfalten konnte. Von taktischen wie mitunter diplomatischen Notwendigkeiten und Erfordernissen der von ihm verachteten Tagespolitik war er dabei weitestgehend entbunden. Pfeffers ohnehin immenses Selbstwertgefühl wurde mit der Rolle als Osaf weiter gestärkt. Befehligte er im Weltkrieg als Bataillonskommandeur etwa 650 Soldaten und als Freikorpsführer bis zu 3.000 Mann, waren ihm nun bis rund 60.000 Mann unterstellt.[626] So sah er sich, neben Strasser, als zweiter Mann der Bewegung.[627] Pfeffer war jedoch kein kaltblütiger Machtmensch und reiner Karrierist wie ein Himmler, ein Göring oder ein Goebbels. Vielmehr war Pfeffer Nationalsozialist aus Überzeugungsgründen. Nur in der NSDAP sah er das Potenzial, Weimar zu zerstören. Daran wollte er, nach seinem eigenen Selbstverständnis, an prominenter Stelle mitwirken. Dafür stellte er Familie und Privates zurück. Und deshalb kämpfte er gegen alle Widerstände bis Ende August um seine Position als Osaf – vergebens.

625 Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 218.

626 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

627 So sprach Pfeffer später, historisch stark verzerrt, von einem »Dreier-Kollegium« Hitler-Strasser-Pfeffer an der Spitze der NSDAP. ZZS Pfeffer II, Bl. 41 und 62.

7. Exkurs: Ränkekämpfe – Konflikte, Kommunikation, Konfliktlösung und »Politische Kultur« in der frühen »Kampfzeit« der NSDAP

Pfeffer war, wie kaum ein anderer Funktionär der jungen NSDAP, nahezu während seiner gesamten Karriere durchgehend in schwere innerparteiliche Auseinandersetzungen verwickelt. Im Folgenden soll daher anhand von vier quellenmäßig gut greifbaren Streitfällen nicht nur auf den Charakter und die Positionierung des Protagonisten eingegangen werden, sondern beispielhaft Konfliktmuster in der NSDAP der Kampfzeit aufgezeigt werden. Schließlich sollen anhand derer Rückschlüsse auf die Struktur und das Funktionieren der jungen Partei gezogen werden.

Die vier untersuchten Fälle bieten dabei Einblick in strukturell unterschiedliche Zusammenhänge innerhalb der Entwicklungsgeschichte der jungen NSDAP in den Jahren 1925 bis 1928. Der Konflikt mit Gärtner steht beispielhaft für die Auseinandersetzung der Nationalsozialisten mit den Deutschvölkischen rund um die Neugründungsphase der NSDAP. Der Streit mit Hurlbrink, ein dreiviertel Jahr später, zeigt exemplarisch die gauinternen Schwierigkeiten bei dem Versuch, feste Kompetenzen, Hierarchien und Verfahrenswege innerhalb der Gaue zu etablieren und zu institutionalisieren. Der Fall Feder steht für den anhaltenden Konflikt der nordwestdeutschen Gaue mit München. Schließlich veranschaulicht das im vierten Unterkapitel analysierte Konfliktkonglomerat der Jahre 1927/28 die Ränkekämpfe innerhalb der NSDAP auf Reichsebene.

7.1 Vorkampf: Pfeffer gegen Gärtner

Bereits unmittelbar im Umfeld der Neugründung der NSDAP und des Votierens des NSFB in Westfalen für die NSDAP kam es hier zum ersten größeren parteiinternen Konflikt. Die Opponenten Pfeffers waren sein ehemaliger Adjutant und Gaugeschäftsführer Karl Gärtner und dessen Vertrauter und Bezirksleiter der NSFB, Josef Böger.[1] Zwei Gründe waren ursächlich für den Dissens. So war der Streit sinnbildlich für den Richtungskampf innerhalb der Rechten um den Jahreswechsel 1924/25. Die sich in der Minderheit befindlichen Völkischen[2] argwöhnten, dass Pfeffer den Gau kompromisslos weg von Graefe und der Freiheitspartei hin zu Hitler führte.[3] Zudem gaben, wie so

1 Vgl. zu Gärtner Kapitel 5.2.

2 Zu nennen sind hier in erster Linie Naendrup, Böger und Gärtner.

3 Vgl. zur Weltanschauung Bögers und Gärtners: ›Westfälische Landeszeitung‹ vom 8. Oktober 1924 und Krüger: Treudeutsch, S. 223.

häufig, finanzielle Belange den Ausschlag für das Zerwürfnis. Gärtner, seit Anfang 1924 Geschäftsführer des VSB und der NSFB und seit dem 4. Mai des gleichen Jahres einziger Stadtverordneter der radikalen Rechten in Münster,[4] hatte ebenso wie Pfeffer größere Summen seines Privatvermögens in die Partei einfließen lassen.[5] Als die Dezemberwahl 1924 mit der schweren Niederlage der NSFB endete, fiel eine von Pfeffer zuvor in Aussicht gestellte Parteispende aus.[6] Gärtner, finanziell schwer angeschlagen, sah offenbar keinerlei Möglichkeit für eine Rückzahlung der Gelder. Politisch desillusioniert und persönlich schwer enttäuscht brach er mit seinem Vertrauten.[7] Typisch für die im rechten Milieu anzutreffende allumfassende politische Radikalisierung war, dass rasch der Zwist eskalierte und die private, hochpersönliche Sphäre erreichte.

Gärtner wechselte nicht mit in die NSDAP. In den kommenden Wochen nahm er Pfeffers undurchsichtiges Finanzgebaren zum Anlass, ihm Veruntreuung vorzuwerfen. So bezeichnete er ihn als »Kreditschwindler« und »Hochstapler« – in den weltanschaulichen Kategorien der Völkischen »ehrabschneidende« Vorwürfe. Pfeffer, so Gärtner, habe Geld der VSB und später der NSFB veruntreut. Außerdem habe es weder »in Oberschlesien« noch im Ruhrkampf »mit den Geldern gestimmt«.[8] Mit Geldern aus dem Ruhrkampf habe Pfeffer etwa ein »Erholungshaus für Ruhrkämpfer« erworben, das er nun für sich selbst reklamiere.[9]

Pfeffer, in seiner öffentlichen Reputation und Stellung von dem Stadtverordneten stark angegriffen, reagierte prompt und mit aller Härte. In seinen Gaurundschreiben verkündete er: »Der frühere Gaugeschäftsführer, Herr Gärtner-Münster, jetzt Agent, Makler und Geldvermittler, und frühere Bezirksleiter Herr Böger-Münster, jetzt Agent, Makler und Geldvermittler, sind nicht mit in die N.S.D.A.P. eingetreten.«[10]

Obwohl dies zutraf, wurde Gärtner dennoch formal aus der NSDAP ausgeschlossen und ein Untersuchungsausschuss in der Ortsgruppe Münster einge-

4 Vgl. FN 5/209.

5 Offenbar musste er zeitweilig sogar eigene Möbel verpfänden. BArch: NS 26/86, Böger an Heß vom 14. August 1925.

6 Pfeffer warb unmittelbar vor den Wahlen eine Spende von 16.000 Mark ein. Nach den Wahlen erhoffte man sich eine weitere Spende von 14.000 Mark. Diese entfiel. Ebenda, Pfeffer an Hitler und Strasser vom 22. August 1925.

7 Gärtner, einige Jahre älter als Pfeffer, hatte mit diesem bereits zusammen im IR 13 im Weltkrieg als Leutnant gedient. Nach dem Krieg schloss er sich zeitweilig Pfeffers Freikorps an, um schließlich in der Orgesch in Münster aktiv zu werden. Er wohnte ebenfalls in der Erphostraße. Vgl. ›Volkswille‹ vom 22. Mai 1926: »Pfeffer von Salomon gegen Stadtv. Gärtner«.

8 Ebenda.

9 Ebenda.

10 StaM: Nr. 189, Rundschreiben Nr. 39 vom 19. August 1925. Weiter heißt es hier: »… bzw. vor vielen Monaten aus unerquicklichen Umständen ausgetreten. Neuerdings versuchen sie, sich an Unterführer, die den Tatbestand nicht kennen, heranzumachen, um Unfrieden in unsere Reihen zu tragen und der N.S.D.A.P. Abbruch zu tun. Vor Verbindung mit den beiden wird gewarnt.«

richtet. Die Ortsgruppe Münster forderte Pfeffer auf, dafür Sorge zu tragen, dass Gärtner als Stadtverordneter abdanke.[11] Weiter erstattete er Anzeige und überzog seinen ehemaligen Geschäftsführer mit einer ganzen Reihe schwerster und diffamierender Anschuldigungen, die bis zu dem Vorwurf des angeblichen Einbruchs Gärtners in die Gaugeschäftsstelle reichten.[12] Nicht zuletzt wurde ein Ehrengericht des deutsch-völkischen Offiziersbundes angerufen[13] und wenig später brachte er den Münsteraner Staatsanwalt dazu, ein Verfahren gegen Gärtner zu eröffnen.[14] So verblendet idealistisch, enthusiastisch und bedingungslos der persönliche Einsatz der Protagonisten war, so unerbittlich und ohne jede moralische Beschränkung und ohne Bedenken wurden, auch öffentlich, persönliche Konflikte unter ehemals Vertrauten ausgetragen.

Schließlich wandte man sich im Gau Anfang August 1925 an die Parteileitung in München. Offenbar gestanden Teile des Gaues nur München die Kompetenz zu, in einem Konfliktfall, in den der Gauleiter selbst involviert war, zu entscheiden.[15] Auch Gärtner und Böger, obwohl eher völkisch als nationalsozialistisch eingestellt, akzeptierten Hitler als die oberste Instanz und forderten von ihm einen »Machtspruch« zu ihren Gunsten.[16] Obwohl Heß, der daraufhin prompt »im Auftrage von Adolf Hitler« die Korrespondenz mit Böger aufnahm, einen solchen ausschloss, war Pfeffer, ob des Briefwechsels Heß' mit Böger düpiert.[17] Aufgebracht schrieb er ein fünfseitiges Schreiben an Heß[18] und stellte darin erbost fest, dass dieser bereits durch die Kontaktaufnahme mit seinen Opponenten die Geschlossenheit der Bewegung gefährdet hätte. Weiter schrieb er:

> »Wie können Sie mit einem außerhalb der Bewegung stehenden überhaupt über solch intime Angelegenheiten schreiben? Wie wollen Sie verantworten, dass ihre Briefe den Schein haben, als ob Sie solche Vorwürfe bei Ihren Gauleitern für durchaus denkbar halten? Wie wollen sie den über mich nie-

11 BArch: NS 26/86, Marginalia Pfeffers auf dem Brief Hartmann an Heß vom 31. Juni 1925.

12 ›Volkswille‹ vom 22. Mai 1926: »Pfeffer von Salomon gegen Stadtv. Gärtner« und ebenda, Pfeffer an Heß vom 1. August 1925; BArch: NS 26/86, Böger an Heß vom 14. August 1925.

13 ›Volkswille‹ vom 22. Mai 1926: »Pfeffer von Salomon gegen Stadtv. Gärtner«.

14 BArch: NS 26/86, Pfeffer an Hitler (Heß) und Strasser vom 20. Januar 1926.

15 Unbekannt bleibt, wer zuerst München über die Vorfälle informierte. Pfeffers Brief an Heß gibt nur vage Auskunft, dass »ein paar ganz blöde Typen« des Ortsgruppen-Untersuchungsausschusses auf »die schnurrige Idee« gekommen seien, München hinzuzuziehen und ihren »Spruch« zum Ausschluss Gärtners durch ein Münchener Urteil zu ersetzen. Ebenda, Pfeffer an Heß vom 1. August 1925.

16 Ebenda, Böger an Hitler vom 8. August 1925. Zur Führerideologie vgl. Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 302 ff.

17 Vgl. zum Selbstbewusstsein des Gaues Westfalen Kapitel 5.4.

18 Adressiert war der Brief an Hitler und Strasser.

dergeschriebenen Schein meiner Person gegenüber verantworten? Sie hätten den Bögerbrief mir sofort zusenden müssen …«[19]

Trotz der Ablehnung einer Einmischung aus München hielt es Pfeffer nun wohl doch für notwendig, den Sachverhalt auch aus seiner Perspektive zu schildern[20] und München zu seiner Entlastung auf dem Laufenden zu halten.[21] Gleichsam legte er aber Heß einen vorformulierten Brief vor, den dieser »im Namen der Parteileitung (nicht im Namen ›Hitlers‹ an diese Art Leute schreiben!)« an Böger schicken sollte. Weiter forderte er von ihm, dass jedes fortan folgende Schreiben der Münsteraner Opposition mit Verweis auf diese Zeilen unbeantwortet bleiben müsse.[22]

Tatsächlich ging Heß auf die Forderungen Pfeffers ein. Am 8. September schrieb er, nun unter der Bezeichnung »R. Hess, Privatsekretär A. Hitler«, an Gärtner, stärkte alle inhaltlichen Positionen Pfeffers und übernahm dabei sogar Passagen des von Pfeffer vorformulierten Textes.[23] Auf ein späteres Schreiben Gärtners, in dem dieser »dringend« davor warnte, einen »Manne wie Adolf Hillter [sic!] […] am Sonntag, den 25.10.25 in Hamm […] mit einer Persönlichkeit wie dem zeitigen hiesigen Gauleiter auftreten zu lassen«,[24] antwortete er, wie von Pfeffer gefordert, nicht mehr.[25]

München hatte damit indirekt für Pfeffer Partei ergriffen.[26] Als schließlich Mitte September die Bezirksleiter die Unbedenklichkeit von Pfeffers Finanzgebaren bestätigten und dessen Entlastung nochmals rückwirkend bejahten, waren die Anschuldigungen Gärtners nicht mehr haltbar.[27] Dennoch zog sich der Konflikt bis in den Januar 1926. Da sich im offiziellen Gerichtsverfahren keine Zeugen für die Anschuldigungen Gärtners fanden – angesichts der nun eindeutigen Machtverhältnisse im Gau zugunsten Pfeffers kaum verwunderlich –, wurde Gärtner schließlich gerichtlich dazu veranlasst, eine Ehrenerklärung

19 BArch: NS 26/86, Pfeffer an Hitler und Strasser vom 22. August 1925.

20 »Unser Gaugeschäftsführer vom vorigen Jahre des NSFB, ein älterer Mann, Gärtner, macht die jetzige nicht mit und soll natürlich abgesägt werden. Aus gewissen Gründen will man erst Material sammeln und ihn irgendwie ›schuldig‹ sprechen.« Ebenda, Pfeffer an Heß vom 1. August 1925.

21 Ebenda, Pfeffer an Hitler und Strasser vom 3. September 1925 und ebenda, Pfeffer an Hitler und Strasser vom 4. September 1925. Unter anderem legte Pfeffer eine Leumundserklärung von Major Aulike vor, die ihn entlastete.

22 Ebenda, Pfeffer an Hitler (Heß) und Strasser vom 22. August 1925.

23 Ebenda, Heß an Böger vom 8. September 1925.

24 Ebenda, Gärtner an Heß vom 18. Oktober 1925.

25 Ebenda, Gärtner an Heß vom 18. Oktober 1925. Hier ging Gärtner bis zum Äußersten und warnte Hitler sogar davor, am »25.10.25 in Hamm mit einer Persönlichkeit wie dem zeitigen hiesigen Gauleiter« aufzutreten. Ebenda, Gärtner an Heß vom 18. Oktober 1925. Vgl. FN 5/375.

26 Vgl. ebenda, Heß an Hartmann vom 31. Juli 1925.

27 ›Volkswille‹ vom 22. Mai 1926: »Pfeffer von Salomon gegen Stadtv. Gärtner«; BArch: NS 26/86, Bericht Gau Westfalen vom 13. September 1925. Vgl. auch Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 253.

zugunsten Pfeffers abzugeben, die dieser sogleich in den Gaurundschreiben veröffentlichen ließ.[28]

Zusammenfassend gibt der Sachverhalt Pfeffer-Gärtner aus dem Jahr 1925 querschnittartig Einblicke in drei verschiedene Ebenen. Der Pfeffer-spezifischen, d. h. persönlichen Ebene, zur allgemeinen Mentalität der im rechten Milieu aktiven Personen sowie zur Struktur der frühen NSDAP. Zunächst zu Pfeffer. Der Konflikt endete für ihn mit einem vollständigen Sieg.[29] Er hatte seinen Einfluss in Westfalen behauptet. Dieser Triumph trug maßgeblich dazu bei, dass Pfeffer nicht, wie viele andere Gauleiter innerhalb kurzer Zeit nach der Neugründung der Partei, seine Machtposition rasch einbüßte.[30] Er hatte es vermocht, sich im polykratischen und nicht institutionalisierten Hierarchiegefüge der Partei zu behaupten und sich auch in München zu profilieren.[31] Weltanschaulich führte diese Erfahrung zu einem noch intensiveren Eintreten Pfeffers für die parteiinterne Diktatur,[32] in der »die übliche Vereinsstänkerei«[33] ebenso wie das Übergehen von Hierarchien unmöglich gemacht werden sollte. An Pfeffers großer Flanke jedoch, seinem Finanzgebaren, änderte, wie sich schon bald zeigen sollte, auch diese Erfahrung wenig.[34] Dass er praktisch über jeden Schriftwechsel zwischen seinen Kontrahenten und München informiert war, zeigt zudem einerseits sein ausgezeichnetes überregionales Beziehungsnetzwerk, andererseits die klar für Pfeffer sprechenden Loyalitäten der NSDAP Westfalens.

Zweitens, zur milieuspezifischen Mentalität der Protagonisten: Selbst in einem entschieden hitlerfreundlichen Gau wie Westfalen verlief die Trennung von den Völkischen keineswegs vollends konfliktfrei. Auffällig ist, wie schnell die Auseinandersetzung zwischen Gärtner und Pfeffer, trotz der über Jahre andauernden persönlichen Verbundenheit und guten Zusammenarbeit, eine hochpersönliche Dimension annahm. Deutlich wird der Grad der Politisierung und Fanatisierung in diesem rechten Milieu. Persönliche Freundschaften außerhalb der politischen Sphäre waren in den Lebenswelten und nach den

28 BArch: NS 1/342, Entwurf Pfeffer »erledigt am 27. Mai 1926«. Gärtner musste demütigend erklären: »Auf Grund der heutigen gerichtlichen Beweisaufnahme erkläre ich, dass alle von mir gegen Hauptmann v. P. verbreiteten Behauptungen unrichtig sind und trage die Kosten des Verfahrens.« HStaD: Nr. 16738, Bl. 198.

29 Vgl. dazu Bögers Haltung im Konflikt Kaufmann-Pfeffer. BArch: OPG – Kaufmann, Böger an Kaufmann vom 5. Juni 1927 sowie Kapitel 7.4.

30 Zu nennen sind hier ohne den Anspruch auf Vollständigkeit: Schlange in Berlin-Brandenburg (bis 1926); Haselmayer in Hessen-Nassau-Süd (bis 1926); Haake in Rheinland-Süd (nur 1925); Ripke in Rheinland-Nord (nur 1925); Ernst in Halle-Merseburg (bis 1926); Klant in Hamburg (bis 1926); Scherwitz in Ostpreußen (bis 1927); Vahlen in Pommern (bis 1927); Wierheim in Sachsen (nur 1925).

31 Vgl. BArch: NS 26/86, Heß an Pfeffer vom 8. September 1925.

32 Vgl. besonders Kapitel 5.5.

33 Franz von Pfeffer: »Kampf-Organisationen (I): Nicht Vereins-Betrieb! – Nicht Wähler-Klubs!«, in: ›Nationalsozialistische Briefe‹ vom 15. Januar 1926.

34 Vgl. Kapitel 7.4.

Erfahrungen dieses Milieus kaum möglich. Auch gibt der Fall einen Einblick in die Moralvorstellungen der rechten Szene um 1925. Trotz der sozialrevolutionären Ideologie waren die Ehrvorstellungen der Beteiligten, was nicht zuletzt die Anrufung des Ehrengerichts zeigte, zumeist hochkonservativ, gar archaisch.[35] Die militärische und wilhelminische Sozialisierung war allgegenwärtig.[36]

Drittens, die vielleicht interessantesten Einblicke bietet der Fall in die Binnenstruktur der jungen NSDAP. Er zeigt mit dem unsystematischen – fast willkürlichen – Eingreifen von Heß exemplarisch, wie München anno 1925 mit der administrativen Verwaltung der wachsenden Partei überfordert war. Feste Abläufe hatten sich gerade in Bezug auf die norddeutschen Gaue noch nicht etabliert, was leicht zu einer Verschärfung der ohnehin vorhandenen Konflikte mit den auf Autonomie bedachten Gauleitern führen konnte. Dass sich Pfeffer im konkreten Fall auch gegenüber München durchsetzte, lag indes wohl mehr an der akteursspezifischen Konstellation, Pfeffer-Heß – Hitler selbst griff nicht ein –, und muss auch für die Frühzeit der NSDAP mehr als Ausnahme denn als Regel angesehen werden.[37]

Schließlich zeigt der Sachverhalt, wie sehr Hitlers Leitlinie, sich nicht durch Urteile in regionale Angelegenheiten einzumischen und stattdessen die Durchsetzung des Stärkeren vor Ort abzuwarten, die Loyalitäten der nach Autonomie strebenden Gauleiter zu Hitler fördern konnte.[38] Hitler gefährdete seine Autorität nicht, indem er sie in unauflöslichen regionalen Zwistigkeiten infrage stellte. Zudem förderte mittelfristig dieser, teils aus der Intuition Hitlers, teils aus schlichter Überforderung entstandene Stil, dessen Führernimbus nachhaltig. Wie weit dieser bereits 1925 vorangeschritten war, zeigt schon die Tatsache, dass offenbar auch die mehr völkisch als nationalsozialistisch orientierten Nicht-NSDAP-Mitglieder Gärtner und Böger nicht nur bereit waren, sich dem »Machtspruch« Hitlers zu beugen, sondern diesen gar forderten. Der Führerentscheid war – und das überrascht angesichts der Auseinandersetzungen mit München sowie der de facto nicht vorhandenen administrativen Normen in der Partei – bereits anno 1925 auch in den nördlichen Gauen die Ultima Ratio der parteiinternen Konfliktlösung.

35 Vgl. zur militärischen Sozialisation der Protagonisten Kapitel 1.2.

36 Auch Pfeffers anhaltende finanzielle Eskapaden spiegeln diese exemplarisch wider. Die Dominanz der militärischen und wilhelminischen Einstellungsmuster ließ erst nach, als nach der Machtergreifung die Generation der für den Krieg »Zu-Spät-Geborenen« immer mehr an die entscheidenden Stellen in Partei und Staat vorrückte.

37 Heß griff, vielleicht auch infolge des Konflikts mit Pfeffer, ab Mitte 1925 immer weniger in die Parteiorganisation ein. Behrend: Beziehungen, S. 98.

38 Pfeffer selbst befürwortete einen solchen Führungsstil. Vgl. etwa BArch: NS 1/342, Bl. 169, Pfeffer an Dr. Schlange vom 15. Mai 1926.

7.2 Menetekel: Pfeffer gegen Hurlbrink

Der zweite große Konflikt Pfeffers mit einem ehemaligen Mitstreiter entstand im Zuge der Fusion zum Gau Ruhr. Sein Widersacher, Ernst Hurlbrink, hatte im Frühjahr 1925 seine eigene Gefolgschaft zur NSDAP geführt und war daraufhin im April von Pfeffer zunächst zum Bezirksleiter von Dortmund,[39] später vom Bezirk Hellweg ernannt worden. Hurlbrink war, ähnlich wie Pfeffer, kein einfacher Charakter. Wie viele regionale Führer im rechten Spektrum war er extrem statusbewusst, zuweilen egozentrisch und »großsprecherisch«.[40] Bereits im Laufe des Jahres 1925 kam es zu kleineren Auseinandersetzungen zwischen ihm und Pfeffer.[41] Noch im September hatte auch Hurlbrink Pfeffer im Konflikt mit Gärtner den Rücken gestärkt.[42]

Die Ursache der Auseinandersetzung lag in der angeblichen Zusage Pfeffers an Hurlbrink, dass die SA des westfälischen Bezirks Hellweg auch nach der Fusion zum Gau Ruhr weiterhin dessen Bezirksleitung unterstellt bleiben könne.[43] Als jedoch im April 1926 die Frage nach den Zuständigkeiten anstand, war hiervon keine Rede mehr. Pfeffer und Lutze beharrten auf der Zentralisierung der SA. Hurlbrink sah sich getäuscht – die Situation eskalierte. Am 19. April gründete er »privat« den Bezirk »Herz der Ruhr« und unternahm den Versuch, diesen der Münchener Parteileitung direkt zu unterstellen.[44] München lehnte ab.[45] Ende Mai erfolgte der Ausschluss Hurlbrinks durch die westfälische Gauleitung.[46] Seine Reaktion darauf verdeutlicht die Strukturen der jungen NSDAP und gibt zugleich einen Hinweis darauf, warum ohne Hitler eine dauerhafte Sammlung der Rechten in der »führerlosen Zeit« nicht möglich war. So schrieb Hurlbrink an Pfeffer:

39 StaM: Nr. 165, Rundschreiben Nr. 28 vom 5. April 1925.

40 BArch: PK – Hurlbrink, Bl. 162.

41 So beschwerte sich Hurlbrink etwa über die Eintrittspreise bei Parteiveranstaltungen oder darüber, dass Pfeffer bei größeren Veranstaltungen im Gegensatz zu den einfachen Mitgliedern sein Mittagessen kostenlos zur Verfügung gestellt bekam. HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 84, Gauleitung Rheinland an Pfeffer.

42 BArch: NS 26/86, Bericht Gau Westfalen vom 13. September 1925.

43 BArch: NS 1/120, Bl. 356, Hurlbrink an Gauleitung Ruhr vom 12. April 1926.

44 BArch: NS 1/342, Bl. 297, »Richtlinien für die General-Mitglieder Versammlung« vom 22. Mai 1926. Zur Stimmung unter den Rebellierenden heißt es zudem in den Notizen Pfeffers: »Gemeines Schimpfen auf alle Gauleiter. Vorwürfe gegen Münchner Leitung, ›unfähige Bonzenwirtschaft‹ namentlich Bouhler u[nd] Schwarz.« Zur Unzufriedenheit im Bezirk Hellweg mit der Gauleitung vgl. auch BArch: NS 1/120, Bezirk Hellweg an Pfeffer vom 8. April 1926. Hier warf man der Gauleitung »logistische Mängel« vor.

45 Heß verzichtete dieses Mal zudem auf einen Briefwechsel mit dem Opponenten Pfeffers.

46 Goebbels schrieb am 10. Mai in sein Tagebuch: »Dr. Hurlbrink abgesägt.« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 10. Mai 1926. Vgl. dazu Hurlbrinks Schilderung in: BArch: OPG – Hurlbrink, Hurlbrink an USchlA vom 30. Mai 1926.

»Sie können mich nicht aus einer Bewegung ausschließen, die ich hier mitgegründet habe. Der Bezirk Hellweg besteht selbstständig unter meiner Leitung. Mein Mitgliedsbuch behalte ich als Bezirksleiter. Dass Sie mir das Tragen des Parteiabzeichens verbieten ist eine Anmaßung von Ihnen, der es nicht öffentlich trägt. Sie stecken sich das Parteiabzeichen vor einer Versammlung an und legen es ab, wenn sie auf die Straße gehen.«[47]

Mit welcher Unerbittlichkeit erneut unter »Parteifreunden« gefochten wurde, zeigt eine Notiz Pfeffers, die in Vorbereitung auf den Gautag am 6. Mai und ein mögliches dortiges Erscheinen Hurlbrinks angefertigt wurde. So schrieb Pfeffer:

»Wenn aber Dr. H[urlbrink] überraschend am Orte auftaucht, dann, aber auch nur dann – müssen Sie ihn öffentlich dermaßen auf den A. setzen, dass letzterer anschwillt und platzt, ›tausendjährige‹ Narben zurücklassend. Ein paar gehässige Zwischenrufe von vornherein bringen ihn in Wut, damit außer Fassung, damit zu lächerlichen Blößen.«[48]

Im Gau derart in die Defensive gedrängt, wandte sich Hurlbrink erneut nach München, diesmal an Heinemann als den Vorsitzenden des neu ins Leben gerufenen UschlA und beschwerte sich über die unklaren Zuständigkeiten, die das Dreikollegium an der Gauspitze verursacht hätte.[49] Gleichzeitig informierte er München über pikante Details zu Pfeffers Einstellung gegenüber der Parteileitung und insbesondere gegenüber Hermann Esser, die der Gauleiter nur allzu offen gauintern preisgegeben hatte.[50] Im Gau selbst kursierten parallel derweil erneut finanzielle Anschuldigungen gegen Pfeffer. So soll er die Mitgliedseinnahmen einer Ortsgruppe aus dem Bezirk Hellweg veruntreut und nicht nach München abgeführt haben. Die Folge war, dass München sich weigerte, entsprechende Mitgliedsausweise zuzustellen.[51] Wie groß die Erwartungen Hurlbrinks – trotz der Absage durch Heß – an Hitler waren, zeigt sein Schreiben an Heinemann. Hier schrieb er: »Unser Führer kommt ins Ruhrgebiet, Der Bezirk Hellweg will seinen Führer sehen. Die Parteileitung bitte ich, uns mitzuteilen, wo und wann wir unseren Führer sprechen können, um unsere Beschwerden gegen den Gau, die Legion sind, vorzubringen.«[52]

47 Ebenda, Hurlbrink an USchlA vom 30. Mai 1926.
48 BArch: NS 1/342, Bl. 312, »Entwurf«.
49 BArch: OPG – Hurlbrink, Hurlbrink an USchlA vom 30. Mai 1926.
50 So soll Pfeffer auf dem Gautag vom 6. Mai einen Durchschlag mit diskreditierenden Fragen zu Esser an die Bezirksleiter verteilt haben und massiv gegen diesen Stellung bezogen haben. Ebenda, Hurlbrink an USchlA vom 30. Mai 1926. Hurlbrink war indes am Gautag nicht anwesend. Vgl. FN 7/48.
51 BArch: PK – Hurlbrink, Bl. 100 ff., Ortsgruppenleiter Holzwickede an die Reichsleitung vom 12. Februar 1940.
52 BArch: OPG – Hurlbrink, Hurlbrink an USchlA vom 30. Mai 1926.

Obwohl Hurlbrink im Anschluss auch von dem Pfeffer kritisch gegenüberstehenden Heinemann keine wirksame Unterstützung erfuhr,[53] war Elberfeld ob der Aktion des ehemaligen Bezirksleiters blamiert. So stand dieser doch im Widerspruch zu dem eigenen Anspruch, neues Kraftzentrum der Bewegung zu sein. Der Konflikt endete schließlich dennoch mit einem vollständigen Sieg Pfeffers. Hurlbrink blieb aus der Partei ausgeschlossen, nach Pfeffers Berufung nach München wenige Monate später bemühte sich vor allem Kaufmann im Gau um Schadensbegrenzung.[54] Zu einer Einigung mit Hurlbrink kam es jedoch nicht mehr.[55]

Insgesamt gibt auch dieser Konfliktfall einen exzellenten Einblick in die Unerbittlichkeit, mit der politische Auseinandersetzungen bereits in der Frühzeit der NSDAP, in denen gut dotierte Stellungen noch kaum in Reichweite waren, geführt wurden. Persönlichste Angriffe, Diffamierungen gehörten genauso wie Rufmord fest zum politischen Geschäft der selbst ernannten Idealisten. Pfeffer, der klare militärische Hierarchien einforderte, stand hier seinen Opponenten mitnichten nach – im Gegenteil![56] Auch Hurlbrinks Verhalten kann zudem als exemplarisch für das Charakterbild vieler früher Führer gelten. Eine Niederlage verkrafteten die vor überbordendem Selbstbewusstsein strotzenden regionalen Anführer zumeist nicht. Bei Hurlbrink führte sie dazu, dass er in den kommenden Jahren fundamentale Opposition gegenüber der NSDAP betrieb, die sogar zu einem kurzzeitigen KZ-Aufenthalt 1933 führte.[57] Es war jedoch ebenfalls nicht ungewöhnlich, dass Hurlbrink, wie viele der in der Frühzeit aus der NSDAP »Ausmanövrierten« und Verprellten, im Zuge des Erfolgs der NSDAP in den lukrativ gewordenen Schoß der Partei zurückkehrte.[58]

Weiter zeigt der Fall exemplarisch die komplexen Loyalitätsverhältnisse in der NSDAP, die gerade in Nord- und Westdeutschland aus vielen ehemaligen Kleinstorganisationen bestanden. Gleich den Gauleitern selbst, brachten häufig auch die regionalen Unterführer eigene Gefolgschaften mit in die Gesamtpartei ein, die in Teilen mehr ihnen selbst als den höheren Parteiführern ergeben waren oder sich ausschließlich auf Hitler beriefen. Hitler profitierte von diesen heterogenen Loyalitätsstrukturen in den Gauen genauso wie von

53 Vgl. Kapitel 7.4.

54 BArch: OPG – Hurlbrink, Kaufmann an die Parteileitung vom 26. Juli 1926.

55 Hurlbrink wechselte 1927 zum Tannenbergbund und wurde ab 1929 ein »fanatischer Gegner« der Nationalsozialisten. 1938 stellte er den Antrag auf Wiederaufnahme in die NSDAP. BArch: PK – Hurlbrink, Bl. 100 ff., Ortsgruppenleiter Holzwickede an die Reichsleitung vom 12. Februar 1940. Hurlbrink forderte seine ursprüngliche niedrige Mitgliedsnummer 16015.

56 Pfeffers höhnische spätere Kurzcharakterisierung Hurlbrinks lautete: »Tierarzt, groß, blond, Idealist, etwas überspannt.« Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern.

57 BArch: PK – Hurlbrink, Bl. 100 ff., Ortsgruppenleiter Holzwickede an die Reichsleitung vom 12. Februar 1940.

58 Ebenda, Bl. 100 ff., Ortsgruppenleiter Holzwickede an die Reichsleitung vom 12. Februar 1940. Oder auch zur Haltung Naendrups dessen Artikel in: Nationalzeitung vom 1. April 1933 oder auch zu Wachenfeld: BArch: OPG – Wachenfeld.

dem immanenten Spannungsverhältnis zwischen Zentralisation und dezentralen Strukturen.

Schließlich war der Konflikt mit der ihn auslösenden Frage, ob der Bezirk über seine eigene SA frei verfügen konnte, beispielhaft für die Spannung zwischen zentralen und dezentralen Tendenzen in der Partei. Ohne verbindliche Regelungen war auch Pfeffers Bestreben als Gauleiter – gerade durch seinen Fokus auf das Organisatorische – maßgeblich geprägt von dem Ziel einer Machtkumulation von unten. Gleichzeitig galt es im Interesse des eigenen Autonomiestrebens und Machterhalts den Zentralisierungsversuchen Münchens so weit als möglich eine Absage zu erteilen.[59] Mit der Berufung Pfeffers zum Osaf sollte gerade dieses Spannungsverhältnis zwischen Dezentralität und Zentralität zu einer der zentralen Fragestellungen in seiner weiteren Karriere werden.

7.3 Streit mit München: Pfeffer und Feder

Der Konflikt mit Gottfried Feder entzündete sich infolge des Vereinigungsparteitags des Gaues Ruhr am 7. und 8. März 1926. Ursächlich dafür waren die auch nach Bamberg nicht überwundenen Spannungen zwischen der »Münchener Clique«[60] und der NSDAP im Nordwesten. Bereits im Vorfeld hatte es in Bezug auf die Feder zugestandene Redezeit Spannungen gegeben.[61] Der eigentliche Streit Pfeffers mit Feder, der schnell zu einer »rein persönlichen Fehde«[62] wurde, entzündete sich jedoch nicht an ideologischen Differenzen,[63] sondern an einer »Ehrenangelegenheit«, die schnell weite Kreise ziehen sollte.[64]

Bei seinem Aufenthalt in Essen zum Vereinigungsparteitag hatte Feder in einem Gespräch mit dem Bezirksleiter Heinrich Bauschen[65] das Wort »Verräterkonzern«[66] in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Gau Ruhr

59 Beispielhaft für die Gaue Westfalen und Rheinland-Nord ist hier der Disput um die Einführung einer zentralen Mitgliederdatei zu nennen. Vgl. Kapitel 5.3.4.

60 HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 233 ff., Kaufmann an Feder vom 9. Dezember 1926.

61 Grund dafür war die unterschiedliche ideologische Ausrichtung zwischen Feder und Goebbels. Vgl. 5/636.

62 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 53, Kaufmann an USchlA vom 9. Dezember 1926.

63 Diese waren ohnehin marginal. Vgl. Kapitel 5.4. Pfeffer erwähnte Feder sogar in seiner Denkschrift »Zucht«: »Spätere Kreditwirtschaft nach Gottfried Feder.« BArch: NS 26/960, S. 21.

64 Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 245 f.

65 Bauschen war bereits vor 1923 ein führendes Mitglied der NSDAP in Westfalen. Später war er Ortsgruppenleiter in Essen. 1929 wurde er in einer Auseinandersetzung mit Kommunisten getötet. Durch die anschließende propagandistische Verklärung wurde Bauschen reichsweit bekannt.

66 Der Begriff »Verräterkonzern« wurde erstmals 1925 in Abgrenzung zu den Deutschvölkischen genannt. Werner: SA und NSDAP, S. 291.

verwendet.[67] Als dies publik wurde, beschwichtigte Feder zwar und versicherte, dass der Adressat seiner Kritik keineswegs Pfeffer gewesen sei,[68] an der Ruhr war man jedoch empört.[69] Zunächst die Angriffe Streichers im Rheinland,[70] dann die Ärgernisse durch die dilettantische Münchener Geschäftsstelle,[71] schließlich die persönliche Niederlage gegen die Münchner im Zuge der Niederlage der AG und nun das Kolportieren der Begrifflichkeit des »Verräterkonzerns« im Zusammenhang mit der Gauleitung Ruhr – schon aus seinem Selbstverständnis ergriff Pfeffer als geschäftsführender Gauleiter nun angesichts dieser neuerlichen Demütigung die Initiative. Er sorgte dafür, dass Bauschen, der Esser bei seinen Anschuldigungen nicht unmittelbar die Stirn geboten hatte, bei der kommenden Gautagung alle Ämter verlor.[72] Weiter schrieb er in den kommenden Wochen ohne Absprache mit Kaufmann und Goebbels,[73] jedoch im Namen der Gauleitung, gleich drei geharnischte Briefe an Feder, in denen es unter anderem hieß:

> »Nach Aussage unseres Bezirksleiters Heinrich Bauschen – Duisburg haben Sie ihm am 7. März ds. Js., während Sie auf unserer großen Tagung als Gast waren, unter Hinweis auf die soeben gebildete neue Gauleitung gesagt: ›da bildet sich ein neuer Verräterkonzern‹. Sie haben dann unter vier Augen einen fast einstündigen Kommentar dazu gegeben und im Namen bezw. im Interesse Adolf Hitlers um wachsame Beobachtung der Gauleitung ersucht. Ehe ich auf diese Sache eingehe, fordere ich Sie zunächst zu einer präzisen Antwort auf, ob Sie den Ausspruch getan haben. Gegebenenfalls genügt ein kurzes Ja; Erklärungen oder Begründungen könnten Sie sich dann als völlig überflüssig schenken.«[74]

67 Zu Feders Interpretation vgl. Tyrell: Führer befiehl, Dok. 52, S. 124 ff., Feder an Hitler vom 2. Mai 1926 und HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 241, Feder an Kaufmann vom 5. Dezember 1926.

68 Feder bezog sich damit tatsächlich wohl eher, sowohl aus weltanschaulichen wie persönlichen Gründen, auf die erklärten Sozialisten Strasser und Goebbels. Im Gegenzug titulierte Goebbels Feder in seinen Tagebüchern als »Aufwertungskaktus«, eine Bezeichnung, die wohl ursprünglich von Gregor Strasser stammte. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 31. Mai 1926; Tyrell: Führer befiehl, Dok. Nr. 52, S. 127. Vgl. FN 7/63.

69 HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 233, Kaufmann an Feder vom 9. Dezember 1926.

70 HStaD: RW 23, Nr. 53, Bl. 86, Tgb. Nr. 574/I vom 28. Oktober 1925. Vgl. FN 5/355.

71 Vgl. Kapitel 5.3.4.

72 IfZ: F 169, Bd. 1, Pfeffer an Feder vom 12. April 1924.

73 HStaD: RW 23; Nr. 39, Heinemann an Kaufmann vom 14. Dezember 1926. Goebbels, der Ende Mai die Münchener bereits weit weniger kritisch sah als noch im März, sprach von »irrsinnigen Briefen« Pfeffers und befürchtete, angesichts der Erfahrungen des Vorjahres, dass Hitler erneut von einer geplanten Reise in den Gau Ruhr Abstand nehmen könnte. Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 31. Mai 1926.

74 IfZ: F 169, Bd. 1, Bl. o. Nr., Pfeffer an Feder vom 12. April und vom 12. Mai 1926.

Am 12. Mai schrieb er:

> »Nunmehr steht Ihre Äußerung fest. Wir haben sie nur als besonders krassen Fall unter der Fülle der Verdächtigungen herausgegriffen, mit denen Sie heimlich die unteren Organisationsstellen gegen die Oberen aufzuhetzen versuchten. […] In eine Beurteilung Ihres Charakters oder Ihrer Manneswürde einzutreten, gehört nicht zu dem Aufgabenkreis einer politischen Organisationsstelle, sodass wir hier davon absehen müssen […] Sie sehen also, Pg. Feder, dass Ihre Wühlarbeit weit mehr Schaden anrichtet, als Ihre Propagandareden Nutzen bringen. Ist Ihnen noch niemals der innere Widerspruch Ihrer Tätigkeit aufgestoßen? Wenn Sie durch Ihre Rede fremde Leute sturmreif gemacht haben, dann aber noch am selben Abend durch Ihr Getuschel die Organisation vergiften, lähmen, zerstören, die nicht nur jene Fremden erfassen, sondern auch die bisher Erfassten zusammenhalten soll? Das haben Sie bisher nicht erkannt. Die Wirksamkeit Ihrer Reden und die Leistungen ihrer Programmatik in Ehren. Aber solange Sie diese nicht erkannt haben, müssen wir sie ersuchen, von jeder Tätigkeit in unserem Bereich Abstand zu nehmen. Wir behalten uns vor, den Augenblick Ihrer Verwendungsmöglichkeit zu bestimmen. Geeignete Maßnahmen innerhalb unseres Gaues haben wir getroffen. Unseren Nachbarn der Arbeitsgemeinschaft Nordwest, haben wir diesen Schrift-Wechsel satzungsgemäß zugestellt, jedem einzelnen überlassend, ob er den Schaden oder den Nutzen Ihrer Tätigkeit für größer hält. Im Übrigen verbitten wir uns nach wie vor, dass sich irgendjemand unzuständiges in unsere Organisation hineinmischt. Wenn sie künftig etwas an der Gauleitung Ruhr auszusetzen haben, wenden Sie sich getrost an die Gauleitung; wir können Kritik vertragen. Wollen Sie das aber aus irgendwelchen Gründen nicht tun, so ist die einzig zuständige Stelle: die Parteileitung, Adolf Hitler. Alles andere endigt naturnotwendig mit Quertreiberei und Gestank.«[75]

Feder war empört und wandte sich mit der Forderung nach einem Ehrengerichtsverfahren an Hitler und den Vorsitzenden des UschlA, Heinemann. Pfeffer lehnte dies, wohl auch angesichts seiner vorherigen Differenzen mit Heinemann, ab.[76] Tatsächlich wurde schnell deutlich, dass sich Heinemann klar zur Sichtweise Feders bekannte. Da sowohl Pfeffer als auch Feder die Angelegenheit publik machten und die Partei auch in der Öffentlichkeit Schaden zu nehmen drohte, entschied sich Hitler, entgegen seinem üblichen Verhalten, zum Eingreifen. Bei einer persönlichen Unterredung mit Pfeffer im Rahmen seines Westfalenbesuchs im Juni 1926 sollte der Fall beigelegt werden. Goebbels notierte »Fall Feder-Pfeffer von Hitler erledigt. Gut so!«[77]

75 Ebenda, Bl. o. Nr., Pfeffer an Feder vom 12. April und vom 12. Mai 1926.

76 Ebenda, Pfeffer an UschlA vom 21. Mai 1926.

77 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 16. Juni 1926. Zuvor hatte Goebbels, der inzwischen vollends ins Münchener Lager gewechselt war, angesichts des aus dem Ruder laufenden Konflikts gefürchtet, dass dieser den geplanten Hitlerbesuch gefährden

Da jedoch darauf verzichtet wurde, schriftliche Aufzeichnungen zur Unterredung anzufertigen, kam es bald darauf zu unterschiedlichen Lesarten des von Hitler initiierten Ausgleiches. Feder und Heinemann interpretierten die Einigung so, dass Grundlage des Kompromisses der vorher erfolgte – für Feder günstige – »Spruch« des UschlA war.[78] Pfeffer sollte einen Entschuldigungsbrief an Feder verfassen und für Aufklärung der Missverständnisse im Gau Ruhr sorgen, im Gegenzug würde Feder versichern, dass das gefallene Wort des »Verräterkonzerns« sich keineswegs auf die Gauleiter an der Ruhr bezogen hätte. Pfeffer interpretierte den Kompromiss anders. Zu einer Verpflichtung zu einer Aufklärung im Gau sah er keinen Grund. So schrieb er an Kaufmann:

> »Ich erinnere die Gauleitung daran, dass die Beilegung der Angelegenheit durch Adolf Hitler folgende Formel zur Grundlage hatte: 1. Adolf Hitler sichert wirksame Maßnahmen zu, dass sich derartige Einmischungen in die Gauorganisation – insbesondere seitens Feder – nicht mehr wiederholen werden. 2. Darauf schreibt v. Pf. den bewussten Brief an Feder. 3. Darauf erklärt A. Hitler die ganze Angelegenheit, einschließlich U. u. Schl. Verfahren, für endgültig erledigt und spricht seinen Dank an v. Pf. für den Entschluss zu Brief aus.«[79]

Virulent wurden diese unterschiedlichen Auffassungen schließlich Ende 1926. Als im Vorfeld einer Vortragsreise Feders im Gau Ruhr deutlich wurde, dass Pfeffer es unterlassen hatte, ihn hier zu rehabilitieren, legte er den Fall neu auf.[80] Er schrieb an Heinemann, an den inzwischen alleinigen Gauleiter an der Ruhr, Kaufmann, und wohl auch an Hitler persönlich und beschwerte sich über Pfeffer.[81] Auch da Heinemann denkbar wenig tat, um die Sache zu beruhigen, drohte der Fall erneut zu eskalieren.[82] Erst im Frühjahr 1927, als Feder auch durch das Mitwirken Pfeffers immer mehr aus dem engsten Umfeld

könnte. Ebenda, Eintrag vom 31. Mai 1926. So schrieb er u. a hierzu: »Pfeffer hat wieder einige Dummheiten gemacht. Jetzt haben wir den Krach mit München.«

78 HStaD: RW 23; Nr. 39, Heinemann an Kaufmann vom 14. Dezember 1926.

79 Ebenda, Bl. 11, Pfeffer an Kaufmann vom 7. Januar 1927.

80 So schrieb er an Kaufmann, dass im Gau mitunter verboten werde »in den Buchhandlungen Plakate mit meinem Bild und mit meinen Büchern auszulegen«, HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 241, Feder an Kaufmann vom 5. Dezember 1926. FN 5/636 ff. In München wurde Feder inzwischen zudem in seiner Rolle durch den zunehmenden Einfluss Strassers bedrängt. Der Fall sollte dem extrem statusbewussten Esser daher wohl auch dazu dienen, seine Arbeit und Bedeutung für die Partei zu unterstreichen. Dies stieß jedoch auf keine positive Resonanz.

81 Ebenda, Bl. 241, Feder an Kaufmann vom 5. Dezember 1926.

82 Pfeffer musste sogar von Kaufmann, mit dem er inzwischen ebenfalls im Konflikt lag, die Kopie seines an Feder gesandten Entschuldigungsbriefes anfordern, die sich noch in den Akten des Gaues Ruhr befand – etwas was Pfeffer angesichts der Auseinandersetzung mit Kaufmann schwergefallen sein dürfte. Da jedoch auch Kaufmann Interesse an einer Beruhigung der Situation im Gau Ruhr hatte, kam er Pfeffers Wunsch nach. HStaD: RW 23; Nr. 39, Bl. 11, Pfeffer an Kaufmann vom 7. Januar 1927. Vgl. Kapitel 7.4.

Hitlers verdrängt wurde, beruhigte sich der Konflikt langsam. Das Verhältnis zwischen den Protagonisten blieb jedoch dauerhaft belastet.

Obwohl Pfeffer während der Wiederauflage der Auseinandersetzung um den Jahreswechsel 1926/27 bereits Osaf war, ist in der Gesamtschau die Auseinandersetzung doch als ein typischer Stellvertreterkonflikt zwischen den Münchenern und dem Norden der NSDAP einzuordnen. Mit den persönlichen Angriffen waren banale Umstände Auslöser und Katalysator des Konflikts, die eigentliche Ursache lag jedoch in der polykratischen Binnenstruktur der NSDAP. Es ging um Status, Rang und Ansehen in der Partei und noch wichtiger – bei Hitler. Dass auch diese Fehde rasch ins Hochpersönliche abglitt, war ebenso typisch. Gleichzeitig ist der Fall Feder gegen Pfeffer gerade nach seiner Wiederaufnahme im Herbst 1926 beispielhaft für das unter den Akteuren der Bewegung kursierende Sammelsurium an Eitelkeiten und Narzissmen.[83] Unüblich hingegen war, dass Hitlers Eingriff und sogar sein »Machtspruch« zu keiner dauerhaften Befriedung führte.[84]

7.4 Pfeffer und die Finanzen: Philipp Bouhler und Karl Kaufmann

Das Verhältnis Pfeffer-Kaufmann war bis zur Fusion der Gaue im Frühjahr 1926 durchaus kollegial. Kaufmann respektierte die Kompetenzen Pfeffers gerade in organisatorischen Fragen und war wohl der Erste, der im Rheinland-Nord die Vorteile der von Pfeffer angebotenen Gaufusion sah.[85] Erst im Zuge des Scheiterns des Triumvirats im Frühsommer 1926 kam es zu ersten Unstimmigkeiten.[86] Die Situation eskalierte schließlich im Herbst 1926. Immer häufiger erreichten den nun alleinigen Gauleiter Kaufmann finanzielle Forderungen aus der Zeit der NSFB und des NSDAP-Gaues Westfalen. Angesichts leerer Gaukassen und da immer offensichtlicher wurde, wie sehr Pfeffer in der Vergangenheit mit Wechseln und Versprechungen hantiert hatte, wurde Kaufmann nervös.[87] Er bestand darauf, dass Pfeffer im Vorfeld der Fusion die Schuldenfreiheit Westfalens zugesagt hatte und verwies die

83 Tyrell: Führer befiehl, Dok. 52, S. 124ff., Feder an Hitler vom 2. Mai 1926 und HStaD: RW 23, Nr. 48, Bl. 241, Feder an Kaufmann vom 5. Dezember 1926. Zur Eigenart und zur Selbstdarstellung Feders vgl. etwa BArch NS 1/341, Bl. 225f., »Merkblatt zu den Feder-Verträgen«. Peinlich regelte Feder die formalen Voraussetzungen für seine Auftritte als Redner. Dies beinhaltete u. a. Gelder, Logistik, Unterbringung sowie die Modalitäten zu dem Verkauf von Schriften. Feder sah sich selbst als »Programmatiker« und als einen der herausragenden Akteure der Bewegung.

84 Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 304.

85 Einzig gegen Kaufmanns Intimus, Elbrechter, hatte Pfeffer, aufgrund dessen allzu kritischer Haltung gegen Hitler, Vorbehalte.

86 So warnte Kaufmann Hitler sogar davor, den unberechenbaren Pfeffer als Osaf einzusetzen. BArch: NS 26/86, Kaufmann an Heß vom 3. November 1927. Vgl. FN 6/274.

87 Idealtypisch für die Forderungen und für den Umgang Pfeffers mit den Forderungen hier: HStaD: RW 23; Nr. 39, Bl. 155, Schulte an Kaufmann vom 14. September 1926.

Gläubiger an den Osaf nach München.[88] Als Pfeffer jedoch jede Zusage einer Schuldenfreiheit Westfalens bestritt, die Zahlung verweigerte[89] und Ende März Kaufmann in einem harsch formulierten Brief aufforderte, von der Weiterleitung der Rechnungen abzusehen,[90] wandte sich Kaufmann Anfang Mai 1927 an den USchlA. Bei Heinemann pochte er auf seine »Verdienste für die Partei«, warf Pfeffer Beleidigung und Wortbruch vor und verlangte »vollste Genugtuung«.[91] Er nannte Goebbels, der an den Verhandlungen um die Fusion zum Gau Ruhr beteiligt war, als Zeugen für seine Vorwürfe.[92] Schnell wurde klar, dass auch dieses Mal der Konflikt umgehend über den eigentlichen sachlichen Streitgegenstand hinaus in die persönliche Sphäre ging.[93]

Schon bis dato dürfte die Auseinandersetzung innerhalb der Partei bekannt gewesen sein.[94] Als jedoch Parteigeschäftsführer Bouhler in Vertretung Heinemanns, Kaufmann von den Ergebnissen der Befragung Goebbels' durch den USchlA berichtete, eskalierte der Konflikt. So hatte Goebbels ausgesagt:

> »Herr v. Pfeffer habe in seiner Gegenwart niemals erklärt, dass der Gau Westfalen schuldenfrei sei und Herr v. Pfeffer habe bei den Verhandlungen in seiner Gegenwart vielmehr erklärt, wenn auch vielleicht nur beiläufig, dass der Gau Westfalen einige tausend Mark Schulden habe, deren Bezahlung jedoch nicht vordringlich sei. […] Es rächt sich eben jetzt der Umstand, dass die Verhandlungen betr. Verschmelzung der Gaue schriftlich nicht festgelegt und die ganze Sache in der großzügigsten Weise behandelt wurde.«[95]

In jedem Fall sei an der Aussage Goebbels »nicht zu rütteln« und Kaufmann werde wohl um die Bezahlung der Schulden »nicht herum kommen«, so Bouhler weiter.[96]

Noch 1927 trafen immer neue Rechnungen in der Gaugeschäftsstelle des Gaues Ruhr ein. BArch: OPG – Kaufmann, Hartmann an UschlA vom 8. Juni 1927.

88 Ebenda, Kaufmann an Schulte vom 2. November 1926.

89 So notierte er lapidar auf eine ihm von Kaufmann weitergereichte Forderung: »Irgendwelche Forderung dieses Menschen existiert überhaupt nicht und hat nie bestanden. Was hat Kaufmann bei diesem Menschen bestellt?!« Ebenda, Kaufmann an Schulte vom 2. November 1926.

90 BArch: NS 26/86, Bouhler an Kaufmann vom 1. Juni 1927 und ebenda, Dinter an Hitler vom 19. Mai 1927.

91 BArch: OPG – Kaufmann, Kaufmann an USchlA vom 2. April 1927.

92 Ebenda, Kaufmann an USchlA vom 13. April 1927.

93 So bemerkte Kaufmann: »Ich habe seinerzeit, als Herr v. Pfeffer noch der Gauleitung Ruhr angehörte, zahlreiche Zuschriften, mündliche Mitteilungen von Bezirks- und Ortsgruppenleitern des ehemaligen Gaues Westfalen erhalten, worin gegen Herrn Hauptmann von Pfeffer in allen möglichen Dingen, ich erkläre hiermit ausdrücklich – auch in Geldangelegenheiten, ehrenrührige Vorwürfe gemacht wurden.« Ebenda, Kaufmann an USchlA vom 2. April 1927.

94 BArch: NS 26/86, Dinter an Hitler vom 19. Mai 1927.

95 Ebenda, Bouhler an Kaufmann vom 1. Juni 1927.

96 Ebenda.

Bouhler hatte die inhaltliche Akzentuierung, die keineswegs der tatsächlichen Haltung des Pfeffer-skeptischen Heinemanns und damit des USchlA entsprach, genau wie den arrogant-belehrenden Tonfall sehr bewusst gewählt. Er selbst hatte Interesse an einer Verschärfung des Konflikts zwischen Kaufmann und Pfeffer. So hatte der Osaf in Schlesien ohne Rücksprache mit der Parteileitung in Zeitungen niedrigverzinste Darlehen durch die SA angeboten. Um dieser Angelegenheit um die sogenannten »schlesischen Kredite«[97] auf den Grund zu gehen, hatte Bouhler in der Abwesenheit Pfeffers dessen Post geöffnet. Pfeffer, außer sich über diesen Eingriff in seine Kompetenzen, kündigte an, den Fall Hitler vorzutragen. Bouhler schaltete im Gegenzug den USchlA ein.[98] Auf der Suche nach Möglichkeiten, Pfeffers Positionen in der Parteileitung in München nachhaltig zu schwächen, kam Bouhler der Streitfall Kaufmann-Pfeffer sehr gelegen.

Bouhlers Schreiben verfehlte sein Ziel der Eskalation nicht. Kaufmann war über den vermeintlich offiziellen Brief des USchlA empört.[99] Per Einschreiben wandte er sich an Hitler und verlautbarte, dass er nun bereit sei, seine »angegriffene Ehre bis zur letzten Konsequenz zu verteidigen« und bestand auf einer »letzte[n] Entscheidung« Hitlers. Seinem Duzfreund Himmler teilte er mit: »Ich werde es nicht versäumen, die mir bekannten anständigen Parteigenossen über alle diese Dinge ins richtige Licht zu setzen.«[100] Gleichzeitig scheute er sich aber auch nicht, als Antwort auf die vor »Unverschämtheiten und Beleidigungen strotzenden Brief[e]« Pfeffers, Parteiinterna nach außen zu tragen.[101]

Bereits zuvor hatte er im eigenen Gau nach Zeugen gesucht, die Pfeffers Aussage zur Schuldenfreiheit zu widerlegen bereit waren. Wie schon bei Pfeffer im Fall Gärtner fanden sich schnell Willige, die bereit waren, sich dem amtierenden Gauleiter anzudienen, und Kaufmanns Sicht der Dinge gerne bestätigten. Besonders Josef Wagner, der noch rund zwei Jahre zuvor im Fall Gärtner zusammen mit seinen Kollegen Pfeffer die korrekte Abwicklung aller finanziellen Belange ausdrücklich bescheinigt hatte, tat sich hier hervor. Er schrieb im Sinne Kaufmanns nach München: »Wenn es darauf ankommt nachzuweisen, wer schon einmal gelogen hat [….] dann sind wir aus dem Ruhrgau gerne bereit, Beweise anzutreten.«[102]

Auf der Gegenseite bestritt Pfeffer weiter jedes Ehrenwort in Sachen Schuldenfreiheit.[103] Gegenüber dem USchlA stellte er einen Antrag auf Ehrenschutz, forderte Aufklärung über die gegen ihn anhängigen Verfahren seitens Bouhlers

97 Vgl. FN 7/105.
98 Donald McKale: The Nazi party courts: Hitler's management of conflict in his movement 1921-1945, Lawrence 1974, S. 42 f.
99 IfZ: F 169, Bd. 1, Kaufmann an Heinemann vom 24. Juni 1924.
100 BArch: OPG – Kaufmann, Kaufmann an Himmler vom 7. Juni 1927.
101 Ebenda, Kaufmann an Dr. Boepple vom 27. Mai 1927.
102 Ebenda, Wagner an USchlA vom 5. Juni 1927.
103 Ebenda, Kaufmann an USchlA vom 27. Mai 1927.

und Kaufmanns und reichte jeweils Gegenklage ein.[104] Eine Rechtfertigung in Sachen Finanzen lehnte er ebenso ab wie bezüglich des schlesischen Kreditangebots.[105]

Das Konfliktkonglomerat, das sich bis Mitte Juni 1927 innerhalb der NSDAP entwickelt hatte, war wohl ohnegleichen. Sowohl Bouhler als auch Kaufmann verklagten Pfeffer vor dem USchlA. Pfeffer tat im Gegenzug Gleiches mit seinen Antagonisten. Parallel dazu standen sich die beiden Widersacher Pfeffers gegenseitig unversöhnlich gegenüber. Besonders durch den Brief Bouhlers sah man in Elberfeld den Verdacht auf die Münchener Vorurteile gegen den eigenen Gau bestätigt.[106] Hinzu kam, dass die Zeugenaussage von Goebbels den seit Herbst 1926 schwelenden Konflikt zwischen Goebbels, Kaufmann und Otto Strasser[107] endgültig entfachte.[108] Pfeffer trug hier, auf der Suche nach Verbündeten, seinerseits nun gerne zur Verschärfung der Gegensätze bei.[109]

Durch die Bedeutung der Opponenten für die Partei war der USchlA überfordert. Hinzu kam die offenkundige Aversion Heinemanns gegen Pfeffer, die sich bereits in den Auseinandersetzungen zuvor mehrfach gezeigt hatte.[110] Der alternde ehemalige General lehnte Pfeffers rüden Verkehrston sowie dessen häufig überhebliche Attitüde ab und hatte wohl gleichzeitig gegenüber dem ehemaligen Freikorpsführer aufgrund seines eigenen passiven Verhaltens während der Revolutionsmonate gewisse Minderwertigkeitskomplexe.[111] Im Verfahrensablauf übervorteilte er Pfeffer offenkundig. Pfeffer beschwerte sich im Gegenzug Anfang Oktober »zum wiederholten Male« bei Hitler über Heinemann und dessen »Parteilichkeit, verletzende [und] vorschriftswidrige Behandlung«.[112] Somit wurde selbst der Parteirichter maßgeblicher Akteur des um Pfeffer entstandenen Konfliktkonglomerats.

Bis Herbst 1927 hatte Hitler in der Intention der Beschränkung der steigenden Machtfülle seines Osaf die Demontage Pfeffers geduldet und sogar

104 Ebenda, Pfeffer an USchlA vom 7. Juni 1927 (zwei Briefe).

105 Ebenda, USchlA an Pfeffer vom 28. Juni 1927. So verlangte etwa der Bezirksleiter Bernhard Hartmann Aufklärung, was er seiner Meinung nach auch von dem »besoldeten Beamten der Parteileitung [Pfeffer] verlangen« könne. Ebenda.

106 Ebenda, Kaufmann an USchlA vom 27. Mai 1927.

107 Ebenda, O. Strasser an Kaufmann vom 21. Juni 1927.

108 IfZ: F 169, Bd. 1, Kaufmann an Heinemann vom 24. Juni 1924. Grund war hier in erster Linie die Konkurrenz zwischen Strassers »Der Nationale Sozialist« und Goebbels' Gauzeitung. Die tiefere Ursache lag jedoch in »Goebbels' Damaskus«. Vgl. zur weiteren Ereignisgeschichte McKale: Party courts, S. 45 ff.

109 So schreibt Goebbels: »Nachmittags Hptm. von Pfeffer zusammen. Er erzählt mir, wie der Unschuldsengel Kaufmann über mich hetzt.« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 17. Juli 1927.

110 BArch: NS 26/86, Briefwechsel Pfeffer-Heinemann vom 24., 29. und 31. März 1927.

111 Ebenda, Pfeffer an Hitler vom 5. Oktober 1927.

112 Ebenda, Pfeffer an Hitler vom 5. Oktober 1927. BArch: OPG – Kaufmann, UschlA an Pfeffer vom 9. September 1927.

befördert.[113] Pfeffer, inzwischen durch die Überzahl der Gegner massiv unter Druck, wandte sich kurz vor der Ultima Ratio des Rücktritts im Oktober 1927 mit massiven Vorwürfen an Hitler selbst. In einer beachtenswerten Schärfe warf er dem Parteiführer vor, nicht zu seinen Gunsten eingegriffen und ihn persönlich in seiner Eigenschaft als Osaf übervorteilt zu haben. So schrieb er:

> »Meines Ermessens haben Sie persönlich meinen Sachen in folgendem Unrecht getan. Wenn meine U[untersuchungs-] u[nd] S[chlichtungsausschuss] Affären ins Stocken kamen, mußte (a.) ein kurzes Zwischenverfahren oder Zwischenentscheid – m. E. durch Sie – erfolgen, daß trotzdem die Untersuchung fortzufahren und in absentia gegen mich weiter zu verhandeln sei. Ein solcher Zwischenentscheid durfte nicht (b.) ohne meine Kenntnis, und nicht (c.) ohne mich nach den Gründen meiner Verhandlungsablehnung zu fragen, erfolgen. Bis dahin war aber der Tatbestand der eigentlichen zur Verhandlung stehenden Sache noch nicht geklärt. Man dürfte aufgrund der einseitigen Darstellung, die ich vollkommen bestreite, und auf Grund deren Bearbeitung und Zusammenstellung durch einen Ausschuß, den ich als befangen erkläre, sich kein Urteil über die Sache bilden. Sie haben aber (d.) ein Urteil gebildet. Darüber hinaus haben Sie der Gegenseite Gelegenheit gegeben, sich außerhalb des Verfahrens (e.) Ihnen persönlich über die Sache Aussagen, Berichte, Darstellungen zu machen. In Sachen Kaufmann weiß ich es, in Sachen Hoffmann und Bouhler weiß ich es nicht, halte es aber für möglich. – Mir hingegen gaben Sie eine solche Gelegenheit nicht; allerdings habe ich auch noch nicht darum ersucht. Ich bitte nunmehr um solche Gelegenheit in demselben Umfange, wie sie der Gegenseite gegeben wurde. [Unterstreichungen im Original.]«[114]

Bereits zwei Tage zuvor hatte er eine endgültige Stellungnahme Hitlers verlangt.[115]

Unmittelbar zuvor hatte Heinemann als Vorsitzender des UschlA, ohne Pfeffers Wissen, dessen Parteiausschluss gefordert. Hitler zögerte nun, den Beschluss zu bestätigen.[116] Kaufmann, der dadurch die Chancen auf seinen sicher geglaubten Sieg schwinden sah, wandte sich noch einmal an Heß, um den Vollzug der Entscheidung des USchlA zu fordern.[117] Es half nichts. Am 1. Dezember 1927 verkündete die Parteileitung offiziell:

113 Vgl. auch ebenda, Pfeffer an Hitler vom 5. und vom 7. Oktober 1927 sowie Kaufmann an Heß vom 3. November 1927. Vgl. auch Kapitel 6.3.4.

114 BArch: NS 26/86, Pfeffer an Hitler vom 7. Oktober 1927 »Nachtrag vom 5.10.27«.

115 »Ich bitte um klare Antwort, damit ich gegebenenfalls die Konsequenzen ziehe. [Unterstreichungen im Original.]« Ebenda, Pfeffer an Hitler vom 5. Oktober 1927. Vgl. FN 6/276.

116 BArch: OPG – Kaufmann, Kaufmann an Hitler vom 28. Oktober 1927. Vgl. auch BArch: NS 26/86, Pfeffer an Hitler vom 5. Oktober 1927.

117 Ebenda, Kaufmann an Heß vom 3. November 1927.

»In einer Besprechung der Herren Karl Kaufmann und Hptm. v. Pfeffer in Gegenwart des Parteivorsitzenden stellte sich heraus, dass der Zwist der beiden Herren auf gegenseitigen Missverständnissen beruhe und nach deren Aufklärung gegenstandslos geworden sei. Insbesondere wurde hervorgehoben, dass ein Wortbruch des Herrn Hptm. v. Pfeffer keineswegs in Frage komme.«[118]

Erneut hatte sich Pfeffer in parteiinternen Auseinandersetzungen behauptet. Hitler hatte den Ausschluss Pfeffers abgelehnt. Offenbar sah er ihn als unentbehrlich an.[119] Statt des Osaf opferte Hitler den durch seine einseitige Parteinahme ohnehin schwer beschädigten Parteirichter Heinemann. Zum 1. Januar 1928 wurde Walter Buch, bis dato Leiter der SA Oberbayern-Schwaben,[120] dessen Nachfolger als Vorsitzender des USchlA. Wie groß Pfeffers Genugtuung über die Suspendierung Heinemanns war, zeigte sich noch Jahrzehnte später, als er eine Passage zu Heinemann in den inzwischen erstmals erschienenen Goebbelstagebüchern mit der Bemerkung versah: »Durch Osaf Pfeffer gestürzt, da unmöglich.«[121] Die Erfahrungen aus diesem Konflikt sollten Pfeffers Strategie in den Wochen um seinen Rücktritt 1930 maßgeblich beeinflussen.[122]

Trotz seines Triumphs hatte das Zögern Hitlers Pfeffer viel Renommee sowohl in der Parteileitung als auch bei den Gauleitern gekostet. Das Zeichen Hitlers war klar, Pfeffer war keineswegs unangreifbar. Auch in seinem ehemaligen Gau Ruhr waren die Konsequenzen sichtbar. So hatten Gauleiter Wagner,[123] genauso wie etwa der einflussreiche Münsteraner Ortsgruppenleiter Hartmann,[124] später kaum Interesse, auf die Rolle des umstrittenen Pfeffer bei der Gründungsgeschichte des Gaues hinzuweisen. So fand Pfeffer in der späteren Gaugeschichtsschreibung sowie bei Jubiläen und Ehrenfeiern nahezu keine Erwähnung.

Während für Bouhler der Machtkampf mit Pfeffer ebenfalls keine sichtbaren Konsequenzen hatte[125] – er blieb bis ins Jahr 1934 Reichsgeschäftsführer der NSDAP –, war Kaufmann im Gau Ruhr nachhaltig beschädigt. Persönlich war sein Bruch mit Pfeffer unheilbar geworden[126] und im Konflikt mit dem sich

118 Ebenda, Parteileitung vom 1. Dezember 1927.
119 Gleichzeitig hatte Hitler kein Interesse, durch eine derart spektakuläre Absetzung seines Osaf sein Prestige innerhalb der Bewegung zu gefährden.
120 Buch hatte sich bereits 1923 ein gewisses Ansehen in der Partei erworben, als er nach dem missglückten Putschversuch und der Flucht Görings den (erfolglosen) Versuch unternahm, die SA zu reorganisieren. Werner: SA und NSDAP, S. 178 ff.
121 Franz von Pfeffer: Notizen Pfeffers in den Goebbelstagebüchern.
122 Vgl. Kapitel 6.6.2.
123 BArch: OPG – Kaufmann. Josef Wagner an UschlA vom 5. Juni 1927 sowie BArch: OPG – Von Pfeffer, UschlA an Pfeffer vom 28. Juni 1927.
124 Erich Hartmann: »Im Münsterland marschieren wir«, in: ›Münsterischer Anzeiger‹ vom 26. Juni 1936. Siehe auch Hartmann: Kampf.
125 Auch mit Pfeffer kam Bouhler bald wieder ins Reine. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 53.
126 BArch: OPG – Kaufmann, Pfeffer an Kaufmann vom 20. Oktober 1927.

in der Hierarchie der NSDAP immer weiter emporarbeitenden Goebbels stand der überforderte Kaufmann mittelfristig auf verlorenem Posten.[127] Pfeffer und Goebbels sahen mit Genugtuung Kaufmanns zunehmenden Machtverlust an der Ruhr.[128] Mitte 1928 verlor Kaufmann schließlich den gauinternen Machtkampf gegen den Bochumer Bezirksleiter, Josef Wagner, der am 1. Juni neuer Gauleiter an der Ruhr wurde.[129] Erst rund ein dreiviertel Jahr später wurde Kaufmann auf Empfehlung Lohses – zur Bewährung – als Gauleiter in das für die NSDAP noch kaum erschlossene Hamburg geschickt.[130]

Die Konfliktkonstellation im Jahre 1927/28 zeigt wiederum exemplarisch die Funktionsweise und Wirkung der polykratischen Hierarchiestruktur der NSDAP. Der Mangel eines festen Kompetenzgefüges führte zwangsläufig zu Ränkekämpfen, die in der Regel eigendynamisch auf Hitler zuliefen. Wenn diese allerdings höchste Parteiführer betrafen, waren sie dysfunktional und Hitler war als Integrator der Bewegung zum Eingreifen gezwungen.[131] Symptomatisch war, dass er nicht einen der eigentlichen Protagonisten, sondern den machtpolitisch Schwächsten, Parteirichter Heinemann, opferte. Kaufmann und Pfeffer fügten sich, ebenso typisch, dem »Machtspruch« Hitlers.

Schließlich sind auch hier die offenbarten Charakterzüge der Parteifunktionäre bemerkenswert. Dies gilt für die Intrigen und Manöver rund um die Ränkekämpfe in München um Pfeffer, Bouhler und Heinemann, als auch im eigentlichen Konflikt Pfeffers mit Kaufmann. Trotz des hier erneut verhältnismäßig geringen materiellen Streitwerts – insgesamt dürften die von Pfeffer hinterlassenen Schulden kaum an die 1.500 Mark herangereicht haben –, waren hochpersönliche Diffamierungen und eine Zügellosigkeit in den Anschuldigungen[132] ebenso an der Tagesordnung wie blanker Opportunismus. Dem Berliner Gauleiter Goebbels war ein gutes Verhältnis zum Osaf Pfeffer und damit nach München weit wichtiger als zu seinem Gauleiterkollegen an der

127 Vgl. zur Auseinandersetzung: Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 4. November und vom 12. Dezember 1927. Am 15. Mai schrieb er ebenda: »Kaufmann ist der ›König der Heuchler‹.«

128 »Heute ist Viktor Lutze da. Er erzählte mir viel vom Gau Ruhr: Dort ist alles gegen Kaufmann und Dr. Strasser. Die beiden sind restlos durchschaut. Kaufmann hat abgewirtschaftet. Er ist in seiner Unfähigkeit erkannt.« Ebenda, Eintrag vom 15. Dezember 1927. Anteil an Kaufmanns Niederlage hatten auch die von Pfeffer gemachten Schulden. Die schwierige finanzielle Situation im Gau trug dazu bei, dass Kaufmann den Wahlkampf 1928 nicht im Sinne seiner Bezirksleiter organisieren konnte. Mühlberger: National Socialism in Westphalia, S. 284 f.

129 VB vom 1. Juni 1928. Seit den Wahlen im Mai 1928 war Wagner auch Mitglied des Reichstages.

130 IfZ: F 168, Lohse an Hitler vom 5. Februar 1929.

131 Vgl. hierzu auch kritisch Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 307 und 314.

132 BArch: OPG – Kaufmann, Kaufmann an Heinemann vom 27. Mai 1927 und vom 24. Juni 1927.

Ruhr.[133] Himmler, dem Kaufmann seine Verbitterung über Pfeffer klagte,[134] scheute sich nicht, als stellvertretender Reichsführer-SS weiterhin in der OSAF unter Pfeffer seinen Dienst zu versehen.[135] Bouhler wiederum verschärfte den Konflikt aus eigenem Kalkül. Den Bezirksleitern an der Ruhr ging es hingegen in erster Linie um eine gute Beziehung zu ihrem Gauleiter. Für sie war die OSAF in München weit entfernt – sie bestätigten folgerichtig Kaufmanns Sicht der Dinge. Dass mittelfristig der opportunistisch schwankende Wagner[136] von den Auseinandersetzungen am meisten profitieren sollte, indem er sich zum Jahreswechsel 1927/28 im Zuge der Niederlage Kaufmanns nun auch gegen ihn wandte, passt ins Bild.

7.5 Resümee

Die vier untersuchten Fälle zur parteiinternen Konfliktaustragung in der frühen »Kampfzeit« führen, trotz ihrer situationsspezifisch völlig unterschiedlichen Konstellationen, zu vier zentralen Befunden. Zunächst verdeutlichen sie den seit der Neugründung der Partei kontinuierlichen Machtgewinn der Parteileitung. Waren im Fall Gärtner die Beziehungen und Abläufe zwischen den Gauen und München weder formalisiert noch etabliert – Pfeffer setzte sich in der Folge mit seiner direkten und aggressiven Vorgehensweise gegenüber Heß vollständig durch –, zeigte sich später mit zunehmender Institutionalisierung die immer stärkere Rolle Münchens auch in Gauangelegenheiten. Dies ging bereits 1928 so weit, dass Kaufmanns Niederlage auf Reichsebene schließlich zum Auslöser jener gauinternen Entwicklung wurde, an deren Ende sein Machtverlust in Elberfeld stand.

Zweitens, auch wenn Hitler die »Umgehung vorgesetzter Dienststellen« zunehmend zu verhindern suchte,[137] kam der Ultima Ratio, dem »Machtspruch« Hitlers, schon in der frühesten Phase nach der Neugründung eine überragende Bedeutung zu. In allen untersuchten Konflikten wurde eine finale Entscheidung Hitlers mindestens von einer Konfliktpartei, häufig aber von beiden Widersachern gefordert. Bereits 1925 verlangten selbst die eigentlich völkisch orientierten Gärtner und Böger danach. Hurlbrink erhoffte sich von einem »Machtspruch« rund ein Jahr später ein aktives Eingreifen Hitlers in innere Gauangelegenheiten, während Monate darauf Pfeffer im Fall Feder von Hitler Gegensätzliches, nämlich die Stärkung der Autonomie der Gaue, forderte. Die ganze Autorität Hitlers zeigte sich schließlich im Fall Kaufmann. Selbst der

133 Vgl. zu Bedeutung der SA in Goebbels Planungen für Berlin etwa Longerich: Die braunen Bataillone, S. 60 ff. und Bennecke: Hitler und die SA, S. 140 f. Siehe auch Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 1. Juni 1927.

134 BArch: OPG – Kaufmann, Kaufmann an Himmler vom 7. Juni 1927.

135 Vgl. dazu Kapitel 6.3.2.

136 Vgl. FN 7/102.

137 Horn: Führerideologie und Parteiorganisation, S. 303.

selbstbewusste Pfeffer forderte hier mit einer an Verzweiflung reichenden Vehemenz das entscheidende Urteil Hitlers. Und trotz tiefster persönlicher Überwerfungen zweier bedeutender Figuren führte dieses Votum unmittelbar zu einem Ende des sich inzwischen über mehr als ein Jahr hinziehenden und weite Teile der Reichsleitung erfassenden Konflikts. Nur Hitler, nicht dem USchlA, wurde bei dem Streit unter hohen Parteifunktionären zugestanden zu entscheiden.[138] Daraus folgte, wer materiell im Recht war, war in keinem der Konflikte bedeutsam. Da jede Autorität in der NSDAP nur von Hitler abgeleitet war, war bereits 1926 ausschließlich relevant, wen Hitler zu stützen gedachte.

Drittens, geben die Konflikte einen Einblick in die Mentalitäten der Protagonisten. Bereits in der frühen Kampfzeit, in der über die Partei der Zugang zu Ämtern mit einem festen Einkommen noch weitgehend verschlossen war, wurden die internen Streitigkeiten mit unerbittlicher Härte ausgeführt. Intrigen,[139] Dreistigkeiten, üble Nachrede und Verleumdungen gehörten ebenso zum Alltäglichen wie ehrverletzende Diffamierungen. Der materielle Streitwert sowie der politische Inhalt rückten in den Hintergrund. Einstmalige Mitstreiter konnten sich innerhalb kürzester Zeit politisch wie persönlich vollkommen entfremden. Im Konfliktablauf ersetzte, nicht nur bei Pfeffer, zumeist die bedingungslose Offensive häufig jedes Abwarten, Austarieren und politisches Taktieren – auch deshalb war es dem Instinktpolitiker Hitler wiederholt ein Leichtes, als Gewinner aus solchen Konflikten hervorzugehen. Hinzu kam ein gewissenloser führungsorientierter Opportunismus, der ein strukturelles Merkmal der Führerpartei war.

Schließlich, viertens, zur individuellen Ebene. Zwischen den Jahren 1925 und 1928 ging Pfeffer aus allen relevanten Auseinandersetzungen unter den Paladinen Hitlers als Sieger hervor. Angesichts dessen muss die Frage gestellt werden: War Pfeffer durch seine Parteitätigkeit vom militärischen Abenteuer und politischen Hasardeur zum politischen Strategen gereift? Oder kann auch er als Teil jeder politik-strategisch eigentlich überforderten, sich aber dennoch bis in die 1930er Jahre in höchsten Führungspositionen der Partei tummelnden Klientel betrachtet werden? Der Befund ist eindeutig. Pfeffer war keineswegs der politische Stratege, dessen Handlung systematisch auf persönlichen Machtzuwachs ausgelegt war. Vielmehr war er ein Prototyp jener zwar ehrgeizigen, jedoch im Gesamtkontext der Partei fast planlos oder zumindest unsystematisch agierenden Personen. Schon die Anzahl der Konflikte, in die er verwickelt war, weist darauf hin, wie Pfeffer – in machtpolitischer Hinsicht kontraproduktiv – mit seiner unnachgiebigen Art und seinem militärischen Habitus, gepaart mit dem ihm eigenen aufbrausenden Tonfall, »der jeder Beschreibung spottete«,[140]

138 Hitlers Vorhaben, durch den Aufbau der UschlA das eigene Hineingezogenwerden in Konflikte zu vermeiden und diese auf eine untergeordnete Ebene zu verlagern, war zwar überwiegend erfolgreich, verfing sich jedoch bei Auseinandersetzungen unter höchsten Funktionären nicht.

139 Vgl. auch FN 6/24.

140 BArch: OPG – Kaufmann, Kaufmann an Heinemann vom 2. April 1927.

diese Auseinandersetzungen förmlich provozierte. Seine einzige Lösungsstrategie bestand zudem fast ausschließlich in der bedingungslosen Offensive. Besonders der Fall Kaufmann zeigt, wie er auch ohne die gesicherte Rückendeckung Hitlers durch immer weitere Provokationen die Auseinandersetzung bewusst zur Eskalation trieb. Auch vor der Androhung der eigenen Demission schreckte er hierbei nicht zurück.

Innerhalb der Auseinandersetzungen entwickelte er jedoch eine beachtliche taktische Raffinesse. Pfeffer war ein Meister der Finten, Winkelzüge und Halbwahrheiten, des Nebelwerfens und der geschickten Auslegung. So hatte Pfeffer auch außerhalb seiner Hauptwirkungsstätten, des Gaues Ruhr und Münchens, den Ruf, »sich in einer solchen [beleidigenden] Tonart zu gefallen; auch auf falsche Auslegung kommt es ihm ja nicht an«.[141] Solange Pfeffer jedoch für Hitler unentbehrlich war, hielt dieser ungeachtet solcher Fragen an ihm fest. Als Pfeffer jedoch Hitlers Protektion verlor, rächten sich die mannigfachen Konflikte. Pfeffers innerparteiliche Gegner hatten nicht nur zentralen Anteil an der Demission des Osaf, sondern trugen auch dazu bei, dass er im Anschluss in der Parteihierarchie ins Bodenlose fiel.[142]

141 BArch: NS 26/86, Dinter an Hitler vom 19. Mai 1927. Vgl. FN 6/235. Kaufmann schrieb dazu etwa »bei Herrn v. Pfeffer allerdings scheint das Gedächtnis für gemachte Schulden, gepflogene Verhandlungen und getroffene Abmachungen zu wünschen übrig zu lassen.« BArch: OPG – Kaufmann, Kaufmann an Heinemann vom 2. April 1927.

142 Zu den Grenzen einer solchen Konfliktstrategie der bedingungslosen Offensive nach 1933 im Dritten Reich vgl. Kapitel 8.1.

8. Bedeutungslosigkeit (1930-1945)

> »Aber ich kann und will auf einen Mann wie Pfeffer nicht verzichten.«[1]
>
> »Gänzlich kaltstellen kann man den Sturmabteilungsstrategen, der die dunkelsten Geheimnisse der Bewegung kennt, niemals. Das wagt kein Hitler und kein Goebbels … .«[2]
>
> »Für mich hat sich in der Zielsetzung meines Lebens nichts geändert. Nur die Möglichkeiten und die Mittel sind anders geworden.«[3]

8.1 Auf der Suche nach Aufgaben

Pfeffers Gang nach Berlin erfolgte wahrscheinlich in Absprache mit Hitler.[4] Dem Parteiführer kann es nur daran gelegen haben, dass sich der streitbare Pfeffer vorerst aus dem Münchener Umfeld entfernte, sich jedoch verfügbar hielt. Auch wenn es für den ehemaligen Osaf einstweilen keine Verwendung gab, so war doch wahrscheinlich, dass seine speziellen Fähigkeiten noch einmal von Nutzen sein konnten.

In den folgenden Monaten war der Abstieg Pfeffers nicht zu übersehen.[5] Ohne offizielle Funktion fiel ihm die in Berlin angestrebte politische Vernetzung schwer. Pfeffer suchte nun häufiger den Kontakt zu Goebbels. Doch auch in der Berliner Partei hütete man sich davor, den Unruheherd fester einzubinden.[6] Ende Oktober schrieb Goebbels:

> »Gestern: Unterredung mit Pfeffer. Er saß im Hotel. Er erklärt mir noch einmal die ganze Affäre rund um Stennes. Von seinem Standpunkt natürlich. Er ist ein witziger Kopf. Und weiß seine Gedanken so ulkig darzustellen, dass man aus dem Lachen nicht herauskommt. Er macht jetzt in Anständigkeit. Ist aber ein durchtriebener Junge. Man muss bei ihm die Worte auf die Goldwaage legen. Er sucht wieder Beschäftigung. Es muss schrecklich sein, so ohne Arbeit herumzulaufen. Ich werde dem Chef Bericht erstatten.«[7]

1 Hitler nach Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 95.
2 Oehme: Kommt »Das Dritte Reich«, S. 115.
3 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 97.
4 Vgl. FN 8/164.
5 Vgl. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 287.
6 So schreibt Goebbels etwa, als Pfeffer bereits in Berlin war: »Pfeffer hat uns die gesamte SA verseucht.« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 1. März 1931.
7 Ebenda, Eintrag vom 7. Oktober 1931. Eine Woche später notierte er: »Bis spät in die Nacht von Pfeffer erzählt. Er ist ein toller Kerl. Aber ein amüsanter. Ist in Berlin. ›Zum Sprung bereit‹.« Ebenda, Eintrag vom 14. Oktober 1931.

Obgleich sich Pfeffer bewusst war, dass er sich neuer Mittel und Methoden bedienen musste, wollte er unter den neuen Bedingungen im politischen Berlin Fuß fassen,[8] gab es für ihn keine Verwendung.[9] Auch im politischen Berlin gelang es ihm nicht, einen Zugang zu maßgeblichen Kreisen zu finden. Interessenvertreter wie Lobbygruppen mieden den ehemaligen Osaf als einen der radikalsten Vertreter der ohnehin im Berliner politischen Establishment noch nicht etablierten NSDAP. Sein Ruf als unnachgiebiger und kompromissloser Radikaler, den Pfeffer als Osaf intensiv gepflegt hatte, war nun eine Belastung.[10]

Im Sommer 1932 entschied man sich, Pfeffer mit einem Reichstagsmandat auszustatten, was wohl als Loyalitätsbeweis Hitlers zu bewerten ist. Im November wurde er über den Reichswahlvorschlag der NSDAP in den Reichstag gewählt.[11] Dass es dabei ausschließlich um eine finanzielle Absicherung ging, steht außer Zweifel.[12] Bis zu seinem Parteiausschluss und dem damit einhergehenden Verlust seines Mandates 1941 hielt Pfeffer keine einzige Rede im Plenum.[13] Doch auch mit Reichstagsmandat blieb Pfeffer im politischen Berlin ein Außenseiter. In den politisch dramatischen Monaten vom Herbst 1932 bis ins Frühjahr 1933 gelang es Pfeffer nicht, zu einem Faktor zu werden.[14] Statt

8 Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 97.

9 Ohnehin wäre es schwer gewesen, dem einst Hitler direkt unterstellten Osaf eine formal angemessene Verwendung zukommen zu lassen.

10 Auch seine adelige Abstammung und die familiären Bande seiner Frau konnten dieses Defizit nicht kompensieren.

11 Pfeffer wurde auf die als sicher geltende Position 13 des Reichswahlvorschlages gesetzt. Hinter Walter Buch und Dietrich Klagges, jedoch vor etwa Walther Darré, Walther Funk oder Baldur von Schirach. Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 434. Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli und 6. November 1932 und am 5. März 1933 (Sechste bis achte Wahlperiode), Berlin 1935, S. 109. Bei den Wahlen am 5. März 1933 war Pfeffer auf Position 21 des Reichswahlvorschlags platziert. Ebenda, S. 164. Bei den folgenden unfreien Wahlen wurde die einzig zugelassene Liste der NSDAP nach einem Vorspann stets nach alphabetischer Reihenfolge aufgestellt. Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 449. Die Wahlen zum Reichstag und die Volksabstimmung am 12. November 1933 sowie die Volksabstimmung am 19. August 1934, Berlin 1935; Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 497. Die Wahlen zum Reichstag am 29. März 1936, Berlin 1937.

12 Noch 1924 hatte er zur Rolle des Reichstagsmandats geschrieben: »Gegen jede deutsche Auffassung verstößt die von der korrumpierenden Parlamentswirtschaft geübte Stellenbesetzung als Futterkrippe, nur nach Parteigesichtspunkten, ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten, oder als Belohnung für Geschäftsfreunde.« Beck: Kampf und Sieg, Leitsätze des Völkisch-Sozialen Blocks 17. Wahlkreis Westfalen-Nord, beschlossen am 16. März 1924, S. 573 f.

13 Vgl. zu Verhalten und Funktion der »NS-Parlamentarier« Rüffler: Vom Münchener Landfriedensbruch, S. 260 ff.

14 Goebbels erwähnt Pfeffer lediglich ein Mal im engeren Umfeld der Machtübernahme: »…vorher Kaiserhof kurz mit Pfeffer besprochen, der noch immer der Alte ist.« Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 19. Januar 1933. In den nach der Machtübernahme mannigfach erscheinenden Überblickswerken, die die neue Elite des Reichs

einer formalen Funktion erhielt Pfeffer am 11. November 1933 das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP.[15] Nach der Machtübernahme, in einer Zeit, in der NSDAP im Volksmund mit »Na, suchst du auch ein Pöstchen?« übersetzt wurde,[16] blieb Pfeffer weiter ohne Verwendung.

Zeugnisse des Protests oder gar eines Aufbegehrens gegen diesen rasanten Fall in die Bedeutungslosigkeit liegen jedoch nicht vor. Auch an der weiteren Entwicklung der SA zeigte Pfeffer kein größeres Interesse.[17] Pfeffer genoss offenbar die mit dem Reichstagsmandat einhergehenden und später mit der Machtergreifung noch zunehmenden Annehmlichkeiten eines finanziell abgesicherten Lebens ohne feste Aufgaben. So besuchte er nun häufiger seine Familie in München.[18] Sicher hatte er dabei auch das Beispiel Röhms vor Augen, das gezeigt hatte, dass es bei Hitler durchaus möglich war, auch nach einem längeren Zeitraum ohne politische Funktion, mit maßgeblichen Aufgaben betraut zu werden.[19] Pfeffer wartete ab.

8.1.1 Kirchenpolitische Bewährungschance

Im Frühjahr 1934 war es einer Gruppe von Ministern zu verdanken, dass Pfeffer tatsächlich erneut in den Fokus Hitlers geriet.[20] Nach einer persönlichen Unterredung mit Hitler in Pfeffers Haus in Pasing, rückte der ehemalige Osaf nach rund dreieinhalb Jahren wieder in den engeren Vertrauenszirkel des jetzigen Reichskanzlers auf. Fortan nahm er regelmäßig an den politisch bedeutsamen Mittag- und Abendessen Hitlers teil.[21] Es zahlte sich nun doch

der Bevölkerung nahebringen sollten, ist Pfeffer zumeist nicht erwähnt. Siehe Wilhelm Müffling: Wegbereiter und Vorkämpfer für das neue Deutschland, München 1933; Das deutsche Führerlexikon 1934/1935, Berlin 1934.

15 BArch: PK – Von Pfeffer, Bl. 715.

16 Frank Bajohr: Der folgenlose Staat. Korruptionsaffären im Nationalsozialismus, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Skandal und Diktatur, Göttingen 2004, S. 59-76, S. 67.

17 Nur sehr selten nahm er als »Ehrenobergruppenführer« noch an Inspektionsfahrten seiner einstigen Untergebenen teil. So etwa 1931 in Pirmasens. Niels Weise: Eicke. Eine SS-Karriere zwischen Nervenklinik, KZ-System und Waffen-SS, Paderborn u. a. 2013, S. 73.

18 Vgl. Kapitel 3.1.

19 So unterstellte er Hitler etwa auch »gewisse Treue-Komplexe«. ZZS Pfeffer I, Bl. 26.

20 Pfeffer gab an, dass er von den Ministern Graf Schwerin von Krosigk, Schacht, Frick sowie Heß darauf angesprochen wurde, ob er nicht als ihr »Verbindungsmann« zu Hitler zur Verfügung stehe. Allerdings bleibt fraglich, wofür die Minister sowie der Stellvertreter des Führers, die allesamt über einen weit besseren Zugang zu Hitler als Pfeffer verfügten, diesen tatsächlich benötigten. Auch um eine »Einschränkung« Hitlers, wie es Pfeffer später zu Protokoll gab, dürfte es sich kaum gehandelt haben. ZZS Pfeffer I, Bl. 22.

21 Pfeffer behauptet, dass ihm sogar der Eintritt in das Kabinett angeboten worden sei, er jedoch ablehnte und informelle Kommunikationswege bevorzugte. Ob ein solches Angebot tatsächlich existierte, scheint fraglich, zumal das Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten unter Kerrl erst im Sommer 1935 gegründet worden war.

aus, dass er sich trotz des Absturzes in die politische Bedeutungslosigkeit loyal verhalten hatte. Hitler erinnerte sich offenbar an die Kompetenzen Pfeffers und sah die Gelegenheit, sich diese erneut zunutze zu machen. Es sollte nicht lange dauern bis der Reichskanzler meinte, ein geeignetes Aufgabengebiet für seinen ehemaligen Osaf gefunden zu haben.

Im Zuge der Gleichschaltung der evangelischen Landeskirchen zur einer nationalen Reichskirche war es zu schweren Konflikten zwischen den der Gleichschaltung positiv gegenüberstehenden »deutschen Christen«[22] und der sich in der Gründung befindlichen »Bekennenden Kirche«[23] gekommen.[24] Anfang März 1934, als die »Eingliederungspolitik«[25] der Reichskirche um Reichsbischof Ludwig Müller und dem von ihm eingesetzten »Rechtswalter« der evangelischen Kirche, dem Ministerialdirektor im preußischen Kultusministerium, August Jäger, immer schärfere Formen annahm und die evangelische Kirche vollends zu spalten drohte, suchten die Bischöfe der in ihrer Eigenständigkeit bedrohten Landeskirchen Bayerns und Württembergs, Hans Meiser und Theophil Wurm, die Aussprache mit Hitler.[26] Hitler war von der Notwendigkeit einer zentral geführten hierarchischen Kirche als Gegengewicht zum Katholizismus überzeugt. Als die Unterredung am 13. März zu keinem Ergebnis kam, ernannte er den bei der Besprechung anwesenden »Parteimann«[27] Pfeffer zum »Beauftragten des Führers in Kirchenangelegenheiten«.[28] Formal wurde Pfeffer dem in Berlin ansässigen »Verbindungsstab Reichsleitung der NSDAP«[29] und der dort geschaffenen »Abteilung für kulturellen Frieden« un-

Pfeffer spielte zu diesem Zeitpunkt kirchenpolitisch schon seit fast einem Jahr keine Rolle mehr. Der Besuch Hitlers bei Pfeffer in Pasing ist jedoch glaubhaft. ZZS Pfeffer I, Bl. 19 und ZZS Pfeffer II, Bl. 65.

22 Die Bemühungen um Gleichschaltung durch die Deutschen Christen gingen so weit, dass sie eine in das Dritte Reich eingegliederte Nationalkirche anstrebten. Exponenten dieser Forderung waren vor allem der nationalsozialistische Theologe Heinrich Oberheid und der ehrgeizige August Jäger. Scholder: Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, S. 96 ff.

23 Die Bekennende Kirche organisierte sich bis Gründung im Mai 1934 u. a. über den »Pfarrernotbund«.

24 Vgl. überblickartig zur Entwicklungsgeschichte Klaus Scholder: Kirchenkampf, in: Ders. (Hrsg.): Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft, Berlin 1988, S. 131-170, S. 132 ff.

25 Scholder: Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, S. 96 ff., S. 95.

26 Am 2. März erfolgte mit dem »Kirchengesetz über die Leitung der evangelischen Kirche der altpreußischen Union« die faktische Gleichschaltung der preußischen Landeskirche.

27 Marie Wurm: Tagebuchaufzeichnungen aus der Zeit des Kirchenkampfes, Stuttgart² 1952, Eintrag vom 15. März 1934.

28 Schäfer: Evangelische Landeskirche, Bd. 3, S. 101, Erinnerungen Wurms zur Konferenz mit Hitler am 13. März 1934; vgl. Hermelink: Kirche im Kampf, Dok. 35, S. 75 ff.; Schmid: Apokalyptisches Wetterleuchten, S. 196.

29 Zum Verbindungsstab siehe Peter Diehl-Thiele: Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933-1945, München 1969, S. 217 f. sowie Peter Longerich: Hitlers Stellvertreter.

ter Hermann von Detten unterstellt[30] und war damit Teil des Stabs des StdF. Mit der Ernennung Pfeffers fügte Hitler dem im evangelischen Kirchenkampf kaum zu überschauenden Durcheinander an Kompetenzen und Interessen einen weiteren Akteur hinzu. Die Folge war nun auch in diesem Ressort die Ausweitung jenes polykratischen Zuständigkeitschaos, welches für den NS-Staat so charakteristisch war.[31]

Obgleich die Ernennung des in kirchenpolitischen Fragen völlig unerfahrenen[32] Pfeffers auf den ersten Blick erstaunlich erscheint, ist Hitlers Kalkül doch klar zu erkennen.[33] So konnte er davon ausgehen, dass der eigenwillige Hauptmann in dieser ihm fremden Thematik kaum eigene Interessen verfolgen würde. Gleichzeitig konnten in dieser schwierigen Konstellation Pfeffers unbequeme Art, seine konspirative Begabung sowie dessen Fähigkeit, Parteien und Positionen gegeneinander auszuspielen und gegebenenfalls auch zu überspielen von Nutzen sein. Nicht unwahrscheinlich ist auch, dass sich Hitler durch die Loyaliät Pfeffers verpflichtet sah, ihm nun, mehr als ein Jahr nach der Machtübernahme, endlich eine Funktion zukommen zu lassen. Schließlich barg das Amt des »Beauftragten des Führers in Kirchenangelegenheiten« durch seinen direkten Bezug auf Hitler so viel Renommee, dass es dem prestigebewussten Pfeffer nicht als Abwertung erscheinen musste; gleichzeitig gewährte es jedoch dem streitbaren ehemaligen Osaf keinen Zugang in die Spitze der Parteihierarchie. Für Hitler war die Kirchenfrage bedeutsam, hatte jedoch nicht oberste Priorität. Für Pfeffer war es die Bewährungschance, sich nach Jahren der machtpolitischen Abstinenz wieder für Hitler als wichtiger Paladin zu etablieren.

In den im Sommer 1934 mit der katholischen Kirche erfolgten Nachverhandlungen um den Artikel 31 des ein Jahr zuvor geschlossenen Reichskonkordats,[34]

Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Parteikanzlei Bormann, München u. a. 1992, S. 17.

30 Anders zum Teil berichtet, blieb von Detten jedoch »Kultfried«, Leiter der »Abteilung für kulturellen Frieden«. Vgl. Lang: Der Sekretär, S. 253. Zur »Abteilung für kulturellen Frieden«: Leonore Siegele-Wenschkewitz: Nationalsozialismus und Kirche, S. 155 f.

31 Ebenda, S. 156.

32 So stellt Scholder fest, dass Pfeffer »von der Sache selbst nichts verstand«. Scholder: Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, S. 97 f.

33 Pfeffers Engagement an dieser Stelle nahm wohl Bronder zum Anlass, ihn als »fromm« zu charakterisieren. Bronder: Bevor Hitler kam, S. 257.

34 Der Wortlaut des Artikels 31 lautete: »Diejenigen katholischen Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Behörde unterstellt sind, werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit geschützt. Diejenigen katholischen Organisationen, die außer religiösen, kulturellen oder karitativen Zwecken auch anderen, darunter auch sozialen oder berufsständischen Aufgaben dienen, sollen, unbeschadet einer etwaigen Einordnung in staatliche Verbände, den Schutz des Artikels 31 Absatz 1 genießen, sofern sie Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei zu entfalten. Die Feststellung der Organisationen und Verbände, die unter die Bestimmungen dieses Artikels fallen, bleibt vereinbarlicher Abmachung zwischen

blieb Pfeffer trotz seiner neuen Funktion lediglich eine Nebenrolle. So übergab er anlässlich der Besprechung vom 26. Juli den sich zuvor über die nationalsozialistischen Übergriffe beschwerenden Bischöfen Berlins, Osnabrücks und Freiburgs, Bares, Bering und Gröber, eine Liste mit drei Fragestellungen, die der Kirche ihrerseits Verstöße gegen die Konkordatsvereinbarungen und ein gegen die Partei gerichtetes Verhalten vorwarf.[35] Die Bischöfe, von den teils vagen und wohl zum Teil erfundenen Beispielen Pfeffers merklich überrascht,[36] stellten daraufhin fest: »… weder dem Staat noch der Kirche ist es freilich in der jetzigen noch gärenden Zeit möglich, alle Entgleisungen ihrer untergeordneten Organe zu verhindern. Auch hier werden Entspannungen der Atmosphäre die Affekte beruhigen, den Blick erweitern und damit der […] ungehemmten Volkseingliederung dienen.«[37]

Für Pfeffer war dies zweifellos ein Erfolg, hatte er doch mit seinen Vorwürfen die Bischöfe dazu veranlasst, mit einer solchen Formulierung der NSDAP de facto einen Freibrief zur weiteren Unterminierung der Konkordatsvereinbarungen auszustellen. Bereits zuvor war Pfeffer als Bevollmächtigter Hitlers und Vertreter von Heß äußerst offensiv gegenüber den Bischöfen aufgetreten. Schon in den Verhandlungen um die Umsetzung des Konkordats hatte er – juristisch ebenso spitzfindig wie fragwürdig – deutlich gemacht, dass aus Sicht der NSDAP das zwischen dem Deutschen Staat und dem Vatikan geschlossene Konkordat keineswegs für Suborganisationen der Partei, insbesondere der Hitlerjugend und Arbeitsfront, gelte. Wenn jedoch »ein friedliches Verhältnis der katholischen Kirche und der Partei bestehe«, so Pfeffer weiter, würde er sich für eine Übertragung der Abmachungen auf die Parteiorganisationen einsetzen.[38] Insgesamt agierte Pfeffer bei den Verhandlungen mit der katholischen Kirche mit einer Mischung aus Angebot zur Kooperation, Vorwürfen sowie Drohungen und Einschüchterungsversuchen.[39] Sein Anteil an den schließlich erzielten Ergebnissen muss jedoch insgesamt als gering bezeichnet werden.[40]

der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat vorbehalten ….« Zit. nach Deuerlein: Das Reichskonkordat, S. 344 f. Es ging also um die Frage, welche Verbände durch die Absätze eins und zwei betroffen sein würden.

35 Bernhard Stasiewski (Hrsg.): Akten deutscher Bischöfe, Bd. I, Dok. 160e, S. 740. Fragen Pfeffers an Bering und Gröber und Bares vom 26. Juni 1934.

36 So schrieb etwa Pfeffer, »ein Kaplan äußert im Religionsunterricht vor Oberprimanern: Der Reichspräsident werde demnächst den Reichskanzler von seinem Posten abberufen und durch Vizekanzler v[on] Papen ersetzen …« Ebenda, Dok. 160e, S. 740. Fragen Pfeffers an Bering und Gröber und Bares vom 26. Juni 1934.

37 Ebenda, Dok. 160 f., S. 743. Antworten Berings, Gröbers und Bares' an Pfeffer vom 28. Juni 1934.

38 Ebenda, Dok. 160, S. 732. Unterredung Pfeffers mit den Bischöfen Bares, Bering und Gröber vom 28. Juni 1934.

39 Vgl. zum Ganzen Pfeffers fragmentarische und in Teilen widersprüchliche Ausführungen in: ZZS Pfeffer I, Bl. 19 und ZZS Pfeffer II, Bl. 65.

40 So sollten die katholischen Sport- und Arbeitervereine in eine »Katholische Aktion« umgewandelt werden, die sich innerhalb eines Jahres auflösen sollte. Die katholischen Jugendorganisationen hätten vorerst bestehen bleiben dürfen, hätten sich jedoch auf

Weit umfangreicher und bedeutsamer war Pfeffers Rolle in der evangelischen Kirchenfrage, in deren Zusammenhang auch seine Berufung erfolgt war. Hitlers Kurs war hier von Pragmatismus geprägt: Ohne sich den Detailfragen intensiver zuzuwenden, verfolgte er vor allem zwei Interessen. So sollte sich im Sinne der Gleichschaltung die von den DC dominierte Reichskirche als Dachverband durchsetzen und damit die zentrale Instanz für den Zugriff von Partei und Politik sein. Gleichzeitig sollten die zwischen DC und BC immer schärfer geführten innerkirchlichen Auseinandersetzungen abgemildert werden und ein gesellschaftlicher Konflikt, der die Gefahr einer Destabilisierung des jungen Regimes mit sich bringen könnte, verhindert werden. Im Rahmen dieser Vorgaben ließen Hitler und Heß Pfeffer freie Hand.[41]

Nachdem Pfeffer bereits in einer ersten Unterredung gleich im Anschluss an seine Vorstellung den Vertretern der kirchlichen Opposition, den Bischöfen Wurm und Meiser, durchaus entgegenkam,[42] machte er in einem weiteren Gespräch rund eineinhalb Wochen später[43] in »zum Teil sehr temperamentvollen Darlegungen« deutlich, dass er zur gesamten in sich zerstrittenen und aus seiner Sicht politisch antiquierten evangelischen Kirche nur wenig Zutrauen hatte.[44] Pfeffer bestand darauf, die bisher geschaffene »äußere Form der Reichskirche« samt der Stellung von Reichsbischof Müller beizubehalten. Unter diesen Bedingungen gestand er jedoch zu, dass »alle lebendigen Kräfte der Kirche sich auswirken dürf[t]en«.[45]

»religiöse und sittliche Erziehung« ihrer Mitglieder beschränken müssen. Vgl. dazu das Standardwerk Guenter Lewy: Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965, S. 141 f. Hier findet Pfeffer nicht einmal Erwähnung. Vgl. auch Deuerlein: Das Reichskonkordat, S. 167 ff.

41 Nur selten erstattete Pfeffer Bericht. Im April war er etwa mit Goebbels bei einer Besprechung bei Hitler zum Thema »Kirchensabotage«. Goebbels: Tagebücher, Eintrag am 28. April 1934.

42 Zu Letztem tendiert Siegele-Wenschkewitz: Nationalsozialismus und Kirche, S. 48. Für ein Solches spricht vor allem der Charakter Pfeffers. So gestand er dem gegen die Absichten Jägers und des von den Nationalsozialisten eingesetzten Reichsbischofs Müller opponierenden Meiser am 13. März etwa zu, »dass die DC manche Glaubenssätze vertreten haben, welche mit der Lehre der Kirche nicht übereinstimmen«. Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 21/34 II, S. 81. Auch fiel nach den Aufzeichnungen Meisers der Satz Pfeffers: »Wenn wir [gemeint war Meiser und die BC] in Opposition verharren, wird man uns in 10 Jahren heilig sprechen.« Ebenda, S. 80. Vgl. auch Wurm an Pfeffer vom 14. März 1934, abgedruckt in: Schäfer: Evangelische Landeskirche, Bd. 3, S. 101 f.

43 Marie Wurm: Tagebuchaufzeichnungen, Eintrag vom 21. März 1934.

44 Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 25/34, S. 84 ff. und Schäfer: Evangelische Landeskirche, Bd. 3, S. 103.

45 Gegenüber einem bayerischen Pfarrer soll sich Pfeffer in diesem Zusammenhang mit den Worten geäußert haben: »Ihr müsst eben unter die Käseglocke hinunter, was ihr darunter macht, ist uns gleichgültig.« Zit. nach Hermelink: Kirche im Kampf, Dok. Nr 219, S. 483. »Aussprache von Landesbischof D. Wurm mit Reichsminister Kerrl vom 17. August 1939. Siehe auch Schmid: Apokalyptisches Wetterleuchten, S. 196. Dass Pfeffer bei der Unterredung jedoch gerade die Auseinandersetzungen in der

Dieses Entgegenkommen Pfeffers gegenüber der kirchlichen Opposition erscheint angesichts seines Zieles, der Gleichschaltung, zunächst »dubios«.[46] Ihm schlichte Überforderung zu unterstellen, greift jedoch zu kurz. Betrachtet man Pfeffers Denkweise und zentrale Einstellungsmuster, ist in den Zugeständnissen durchaus eine Strategie zu erkennen. So wollte Pfeffer (noch) ein offenes und konfliktbehaftetes Eingreifen der Partei vermeiden. Er ging davon aus, dass eine – im besten Fall nichtöffentliche – innerkirchliche Auseinandersetzung angesichts der aktuellen Machtverhältnisse nur mit einem Durchsetzen der bereits bis dato die kirchliche Administrative dominierenden DC enden könne. Pfeffer wollte also zunächst den Dingen freien Lauf lassen und sandte mit der Unterredung mit Wurm und Meiser zugleich über die Bande ein Signal an die DC. Durch die vermeintlich tolerante Haltung der Partei sollte ihnen die Möglichkeit gegeben werden, die evangelische Kirche von innen heraus, ohne sichtbaren Einfluss von Staat und Partei gleichzuschalten.[47]

Die Dinge entwickelten sich jedoch anders. Wurm und Meiser zeigten sich, trotz der Demütigungen, die Pfeffer der evangelischen Kirche in der Unterredung ebenfalls zuteilwerden ließ,[48] mit den Ergebnissen der Aussprache sehr zufrieden. Gestand Pfeffer ihnen doch zu, unter den von der Partei diktierten Strukturbedingungen, den Kampf für ihre Interessen innerhalb der Kirche führen zu dürfen. So erklärte Wurm öffentlich, bei Hitler, Heß und Pfeffer »volles Verständnis für [s]eine Auffassung und Haltung gefunden« zu haben.[49] Damit, dass er sich von nun an auf die Zugeständnisse Pfeffers berief, verkehrte er dessen Intention ins Gegenteil.[50] Pfeffer wurde klar, dass er mit seinen Aussagen den DC ihre schärfste Waffe in der innerkirchlichen Auseinandersetzung, den alleinigen Bezug auf den Führerwillen, genommen hatte. Die Folge war nicht der erhoffte Triumph der DC, sondern eine Verschärfung des Kirchenkonflikts.[51] Ein Sieg der Reichskirche gerade in Bayern, Württemberg und Hannover wurde nun immer unwahrscheinlicher. Ende Mai folgte auf der Bekenntnissynode in Barmen die offizielle Gründung der »Bekennen-

NSDAP, die zu seinem eigenen Abstieg in der Hierarchie führten, als Vorbild nannte, ist bemerkenswert. Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 25/34, S. 85.

46 Scholder: Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, S. 351.

47 Am 20. April 1934 referierte Pfeffer hierzu unter dem Titel »Kirche und Partei« vor Gauleitern im thüringischen Schwarzenberg. Leider ist der genaue Inhalt des Referats nicht überliefert. Ebenda, S. 160.

48 Als Meiser und Wurm etwa Pfeffer ihre Vorschläge zur Kirchenpolitik übergaben, kommentierte dies Pfeffer lapidar mit der demütigenden Bemerkung: »Sie sind uns recht, ehe wir sie gelesen haben.« Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 25/34, S. 87.

49 Schäfer: Evangelische Landeskirche, Bd. 3, S. 118, Württembergische Landesleitung der DC an Jäger vom 28. März 1934.

50 Ebenda, S. 259, Wurm an Buttmann vom 1. Mai 1934 und ebenda, S. 305, Wurm an den württembergischen Innenminister Dr. Schmid vom 19. Mai 1934.

51 In der theologischen Auseinandersetzung waren die DC ohnehin stets unterlegen gewesen. Scholder: Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft, S. 137 f.

den Kirche«. Pfeffers Kalkül war gescheitert – der Kirchenstreit drohte in aller Öffentlichkeit zu eskalieren, ein stiller Sieg der DC war nicht mehr abzusehen.

Sein Kurswechsel erfolgte – vermutlich mit Zustimmung Hitlers[52] – ebenso schnell wie radikal. Unter dem zunehmenden Einfluss Jägers entschied sich Pfeffer nun für die Offensive. War eine Selbstgleichschaltung nicht möglich, musste diese rasch und handstreichartig von oben initiiert werden.[53] Dies barg allerdings Risiken. So war klar, dass ein solches Eingreifen von Staat und Partei der Öffentlichkeit kaum verborgen bleiben konnte. Auch im Reichsinnenministerium (RMI), wo man angesichts der möglichen Auswirkungen einer Eskalation stark besorgt war, ging man in Opposition zur neuen Strategie Pfeffers und Jägers. Gleichzeitig mehrten sich auch außerhalb Deutschlands die kritischen Stimmen. Bereits nach der Gründung der BK war eine Stellungnahme des »Bundesrat[s] der Kirchen Christi in den Vereinigten Staaten« eingegangen, die die alleinige Anerkennung der BK in Aussicht stellte. Damit begann ein Wettlauf mit der Zeit. Wollte Pfeffer die Kirchenfrage von oben lösen, musste dies geschehen, bevor Hitler die Idee der Reichskirche zugunsten von wichtigeren Politikfeldern – insbesondere der Außenpolitik – opferte.[54] Trotz dieses Risikos setzte Pfeffer nun voll auf eine Eskalation. Ehrgeiz, die Lust am Risiko und zur Provokation waren auch mit 46 Jahren noch zentrale Antriebskräfte seines Handelns. Hinzu kam die persönliche Überzeugung von der Bedeutsamkeit seiner Aufgabe. Gleichzeitig galt es für ihn, mit der Gleichschaltung und Befriedung der evangelischen Kirche Hitlers Idealvorstellungen doch noch umzusetzen und damit für sich persönlich beim Parteiführer und Reichskanzler einen nachhaltigen Prestigeerfolg zu erzielen.

Seine Position gefunden, ging Pfeffer kompromisslos vor. Zusammen mit Jäger fuhr er nun den Kurs einer radikalen Gleichschaltung von oben, wobei Jäger im Vordergrund agierte und Pfeffer ihm »im Auftrag des Führers« den Rücken deckte. Am 7. Juli wurde das »Kirchengesetz über die Bestellung der Mitglieder der Nationalsynode« verabschiedet und damit Nationalsynode unter die Willkür Jägers gestellt. Nur eine Woche später, am 14. Juli, wurde die badische Landeskirche in die Reichskirche eingegliedert.[55] Auch der anhaltenden Kritik aus dem RMI trat man nun offensiv entgegen. So setzte sich Pfeffer bei Frick für eine Ablösung des dem neuen radikalen Kurs skeptisch gegenüberstehenden Ministerialdirektors Buttmann und seiner Ersetzung durch

52 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 28. April 1934.

53 Zum Strategiewechsel Pfeffers vgl. Schäfer: Evangelische Landeskirche, Bd. 3, S. 127 und 132. So verzichtete Pfeffer schon Anfang April darauf, die Vertreter Wurms auch nur zu empfangen. Marie Wurm: Tagebuchaufzeichnungen, Eintrag vom 5. April 1934.

54 Scholder: Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, S. 270 f.

55 Alexander Hollerbach: Erik Wolfs Wirken für Kirche und Recht, in: Albrecht Ernst et al. (Hrsg.): Jahrbuch für badische Kirchen- und Religionsgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 2008, S. 47-68, S. 54. Damit waren von den 28 evangelischen Landeskirchen nur noch die württembergische und die bayerische vollständig selbstständig.

Jäger ein.[56] Der für Pfeffers und Jägers Absichten negative Einfluss des RMI auf Hitler musste beseitigt werden. Gleichzeitig sollte in der Person Jägers mit der Verzahnung von Kirchen-, Partei- und Staatsfunktion die Gleichschaltung auf organisatorischer Ebene zur Vollendung gebracht werden.[57] Die Initiative scheiterte jedoch am Widerstand Fricks.[58]

Auf die BK versuchte Pfeffer Integrationsdruck zu erzeugen. Anlässlich der badischen Eingliederung in die Reichskirche ließ er im VB verlauten, dass Hitler »mit Interesse das stetige Vorwärtsschreiten des großen evangelischen Einigungsprozesses und der damit verbundenen Befriedung des kirchlichen Lebens« verfolge.[59] In der kirchlichen Opposition war man ob solcher Äußerungen empört. Der »Präses der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche«, Koch-Oeynhausen, wandte sich per Brief an Hitler und ließ keinen Zweifel daran, dass von einer Befriedung innerhalb der Kirche keine Rede sein könne. Pfeffer versuchte vergebens, die Weitergabe des Schreibens an Hitler zu verhindern. Offenbar befürchtete er bereits jetzt, dass Hitler aufgrund der Eskalation der Auseinandersetzungen dem eingeschlagenen Kurs seine Zustimmung entziehen könnte.[60]

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten die Bemühungen der Kircheneinigung von oben schließlich mit der Nationalsynode am 8. August. Die hier gegen den Widerstand der süddeutschen Landeskirchen beschlossenen Gesetze bedeuteten faktisch die Eingliederung der Landeskirchen Bayerns, Württembergs und Hannovers.[61] Als in der Folge die bayerische Landeskirche den Versuch unternahm, sich gegen die ihrer Ansicht nach widerrechtlichen Beschlüsse zur Wehr zu setzen, initiierte Pfeffer über den bayerischen Reichsstatthalter von Epp ein Verbot sämtlicher Kundgebungen.[62] Ein wenige Tage darauf verfasster Brief des Reichsbischofs Müller an Pfeffer zeigt Pfeffers Rolle in allen Facetten. Hierin hieß es:

56 Bei Goebbels beschwerte sich Pfeffer am 13. Juli über »Frick und seine Bürokraten«, Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 13. Juli 1934. Vgl. auch FN 8/63.

57 Vgl. dazu Tagebuch Karoline Buttmann vom 15. Juli. Vgl. Scholder: Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, S. 276 f.

58 Vgl. zu Fricks Rolle Neliba: Wilhelm Frick, S. 134 ff.

59 VB vom 14. Juli 1934.

60 Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 49/34, S. 157.

61 Im Einzelnen handelte es sich um ein Diensteidgesetz, das alle Geistlichen auf die Ordnungen und Weisungen Hitlers verpflichten und »Kirchengesetze über die Rechtmäßigkeit von gesetzlichen Verwaltungsmaßnahmen« stellen sollte sowie ein Gesetz, das eine Weisungsbefugnis der Reichskirche gegenüber der Landeskirchen proklamierte. Scholder: Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, S. 294 f.

62 Brief Epp an Frick vom 20. September 1934, abgedruckt in: Helmut Baier: Die Deutschen Christen Bayerns im Rahmen des bayerischen Kirchenkampfes, Nürnberg 1968, S. 108. Fraglich ist, ob, wie Baier annimmt, nach dem Wortlaut des Schreibens die Aufforderung zum Verbot tatsächlich »im Auftrag des Führers« erfolgte. Angesichts der Entwicklungen ist wahrscheinlich, dass Pfeffer diese Formulierung lediglich aufgrund seiner formalen Position verwendete. Eine Absprache mit Hitler im konkreten Fall fand augenscheinlich nicht statt.

»Sehr geehrter, lieber Herr von Pfeffer! Nach dem erfolgreichen Abschluss der Nationalsynode drängt es mich, Ihnen von Herzen zu danken für all Ihre tatkräftige Hilfe, die Sie uns haben zuteilwerden lassen. Es wird sie auch interessieren, dass der Herr Reichsminister des Innern in einem Telefonanruf Herrn Ministerialdirektor Jäger zu dem Erfolg der Nationalsynode beglückwünscht hat. Bei der Gelegenheit möchte ich meinem so herzlichen Dank an Sie die Bitte hinzufügen, dass Sie doch noch einmal Ihrerseits den Herren Reichsminister Dr. Frick bitten, Herrn Ministerialdirektor Jäger nunmehr in das Reichsministerium des Innern zu übernehmen, wie das ja auch dem Willen des Führers entspricht.«[63]

Nun suchten Pfeffer und Jäger die finale Entscheidung. Am 3. September erklärte Jäger das auf der Nationalsynode in Berlin beschlossene Leitungsgesetz mit sofortiger Wirkung in Bayern und in Württemberg für in Kraft getreten – die »Gleichschaltung auf kaltem Wege« war vollzogen.[64] Die Proteste aus der württembergischen Landeskirche halfen wenig. Als die Kanzlei des Reichspräsidenten am 11. September Jägers Vorgehen sanktionierte und daraufhin das württembergische Innenministerium jede weitere bekenntnischristliche Stellungnahme zum Kirchenstreit verbot und Landesbischof Wurm schließlich unter Hausarrest gestellt wurde, schien der Kampf um Württemberg zugunsten der Reichskirche entschieden.[65]

Trotz dieses Erfolgs spitzte sich die Lage für Jäger und Pfeffer weiter zu. Neben den aus dem Ausland eintreffenden immer stärker werdenden Protesten,[66] regte sich nun auch im Katholizismus Widerstand gegen die gewaltsamen Eingliederungen. Als schließlich der pfälzische Gauleiter und Saarbeauftragte Bürckel auf anzunehmende negative Effekte der aktuellen Kirchenpolitik für die kommende Saarabstimmung hinwies, distanzierte sich Hitler erstmals vorsichtig von dem Vorgehen seines Bevollmächtigten.[67] So ließ er Pfeffer mitteilen, dass es sich bei der für den 23. September angesetzten Amtseinführung des Reichsbischofs um eine »innere Angelegenheit der deutschen evangelischen

63 Müller an Pfeffer vom 11. August 1934, abgedruckt in Siegele-Wenschkewitz: Nationalsozialismus und Kirche, S. 188.

64 Scholder: Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, S. 299 ff. und 307. Vgl. Stoll: Dokumente zum Kirchenstreit, Bd. 5, Dok. 4, S. 13 f.

65 Schäfer: Evangelische Landeskirche, Bd. 3, S. 533 f., Meißner an Meiser und Wurm vom 11. September 1934; Marie Wurm: Tagebuchaufzeichnungen, Einträge vom 15. und 16. September 1934. Vgl. dazu auch Scholder: Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, S. 310 ff. Als Wurm sich nicht aufgab, sondern über die Pfarreien im Land weiterhin den Protest der Landeskirche verkünden ließ, erklärte ihn die am 6. Oktober neuformierte Landessynode für abgesetzt. Ebenda, S. 327.

66 Auch die im dänischen Fanø abgehaltene internationale ökumenische Kirchentagung hatte die Vorgänge in Deutschland massiv kritisiert. Scholder: Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, S. 302.

67 Ebenda, S. 321.

Kirche […handle,…] in die sich einzumischen er wie die Reichsregierung ablehnen« müsse.[68]

Angesichts dieser neuen Vorzeichen war es nicht verwunderlich, dass Jäger, der inzwischen auch im eigenen Haus immer stärker unter Druck geraten war, über ein Abgehen vom eingeschlagenen radikalen Kurs nachdachte, ja einer Wiederholung der »württembergischen Lösung« in Bayern skeptisch gegenüberstand.[69] Als dort eine Pressekampagne mit der Absicht, Meiser gezielt zu diffamieren, in Solidaritätsbekundungen des Kirchenvolks mündete,[70] ergriff nun Pfeffer die Initiative. Aus dem »Mitstreiter« Jägers wurde nun die »treibende Kraft« im Hintergrund.[71] Er überzeugte Jäger davon, dass nur ein letzter rascher und entscheidender Gewaltstreich in Bayern die endgültige Entscheidung zugunsten der Reichskirche und der DC bringen würde.[72] Mit einem letzten »fait accomplis« dürfe daher nicht gezögert werden. Pfeffer war in seinem Element und überzeugte Jäger.[73] Am 11. Oktober verkündete dieser in einer martialisch anmutenden Aktion die Absetzung des bayerischen Landesbischofs und der Kirchenregierung.[74] Am Tag darauf wurde Meiser nach einsetzenden massiven öffentlichen Protesten unter Hausarrest gestellt.

Als sich dennoch der Widerstand weiter verstärkte, wurde das unter Pfeffer herrschende Kompetenzchaos als auch seine mangelhafte Informationspolitik deutlich. Er hatte sich, seinem Selbstverständnis entsprechend, auf die Vollmachten von Heß und Hitler gestützt und dabei weder Gauleiter Adolf Wagner noch Reichstatthalter von Epp oder den bayerischen Ministerpräsidenten Siebert über Vorgehen und Planungen in Kenntnis gesetzt. Vorkehrungen oder Planspiele für mögliche Proteste hatte er keine getroffen. Als am 13. August die Verantwortungsträger von Staat und Partei nun diesen ratlos gegenüberstanden, stellte Pfeffer in einer Besprechung lediglich fest: »Was er getan habe, habe er als Bevollmächtigter des Führers und von Heß getan« und

68 Ebenda, S. 321. Auch dass die Zeremonie angesichts der Abwesenheit von Partei- und Staatsorganen propagandistisch als Fehlschlag gewertet werden musste, minderte die radikale Vorgehensweise Pfeffers und Jägers keineswegs.

69 Stoll: Dokumente zum Kirchenstreit, Bd. 5, Dok. 10, S. 18 f.

70 Ebenda, Dok. 8, S. 16 f.; Schmid: Apokalyptisches Wetterleuchten, S. 88 f.

71 »Hauptmann Pfeffer sei die treibende Kraft gewesen und habe angeblich im Auftrag des Führers gehandelt.« Ministerialdirektor Nicolai an Ministerialrat Schachinger nach einem Vermerk des bayerischen Ministerpräsidenten vom 22. Oktober. Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 65/34 V, S. 186.

72 Vgl. ebenda, Dok. 65/34 II, S. 181. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus spricht davon, »dass die Aktion der Reichskirchenregierung gegenüber dem Landesbischof Meiser und dem Evang.-Luth. Landeskirchenrat in engster Fühlungnahme mit Herrn Hauptmann von Pfeffer« erfolgte. Baier: Die Deutschen Christen, S. 132.

73 Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 65/34 V, S. 187; Baier: Die Deutschen Christen, S. 158.

74 Stoll: Dokumente zum Kirchenstreit, Bd. 5, Dok. 14, S. 25. Vgl. die zeitgenössische Beschreibung in: ebenda, S. 8; Schmid: Apokalyptisches Wetterleuchten, S. 90 ff.

verabschiedete sich nach Berlin, um angeblich »vom Führer weitere Weisung [zu] erbitten«.[75]

Ob es in Berlin überhaupt zu einer Aussprache mit Hitler kam, ist unbekannt. In jedem Fall verschwendete er keinen Gedanken daran, die Situation zu deeskalieren. Unmittelbar nach seiner Rückkehr am 15. August stellte er den erst am Morgen entlassenen Meiser erneut unter Hausarrest.[76] In der kirchlichen Presse protestierte man erneut lautstark. Im preußischen Kultusministerium war man nun offenbar bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Am 18. Oktober legte man Jäger seinen Rücktritt nahe. Doch noch gab Pfeffer nicht auf. Einmal mehr nutzte er seine Vollmachten und hielt Jäger im Amt.[77]

In den kommenden Stunden eskalierte die Situation vollends. Am 20. Oktober übergaben Vertreter eine von 60.000 »fränkischen Bauern« unterzeichnete Petition zugunsten ihres Bischofs. Von Epp äußerte daraufhin die Sorge, dass »ein großer Aufstand der gesamten evangelischen Kirche in ganz Bayern bevorstehe[n]« könnte.[78] Das am gleichen Tag von der kirchlichen Opposition auf der Dahlemer Bekenntnissynode beschlossene »Dahlemer Notrecht« entband die Gemeinden von jeder Pflicht gegenüber der Reichskirche.[79] Dies barg die Gefahr, dass der bislang ausschließlich kirchliche Widerstand eine politische Dimension annehmen könnte, was im ohnehin der gewaltsamen Eingliederungspolitik skeptisch gegenüberstehenden RMI für weiteren Unmut sorgte. Das Außenministerium wiederum wurde von den sich nun deutlich verschärfenden Tönen aus London beunruhigt. Noch immer zögerte Hitler.

Als in dieser Situation jedoch ein Rechtsgutachten aus dem Justizministerium die Eingliederungspolitik Jägers und Pfeffers als rechtswidrig einschätzte, zugleich auch die katholische Seite ihre Solidarität mit den süddeutschen Landeskirchen erklärte[80] und erneut Bürckel vor den Auswirkungen auf das Ergebnis für die im Januar 1935 geplante Saarabstimmung warnte,[81] griff Hitler ein. Der von Pfeffer veranschlagte Preis für die Kircheneinigung war nun zu hoch: Die geplante Vereidigung des Reichsbischofs wurde abgesagt und Pfeffer am 25. Oktober von seinem Amt abberufen.[82] Wenige Tage darauf legte Jäger seine

75 Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 65/34 V, S. 187.

76 Ebenda, Dok. 65/34 V, S. 186 ff. Pfeffer verließ sich dabei offenbar nicht auf seine Weisungsbefugnis, sondern gab selbst unteren Beamten persönlich Anweisungen, was nicht nur bei Gauleiter Wagner zu Irritationen führte. Ebenda, S. 188; Baier: Die Deutschen Christen, S. 160.

77 Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 66/34 II, S. 195.

78 Schmid: Apokalyptisches Wetterleuchten, S. 105; Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 65/34 V, S. 189.

79 Scholder: Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft, S. 139 f.

80 So sah man hier die Gefahr, dass durch eine einheitliche evangelische Reichskirche der machtpolitische Einfluss der katholischen Kirche sinken würde.

81 Vgl. Fritz Jacoby: Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar. Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung bis 1935, Saarbrücken 1973, S. 144 ff.

82 Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 65/34 V, S. 186.

Ämter »freiwillig« nieder.[83] Am 30. Oktober rehabilitierte Hitler die Bischöfe Marahrens (Hannover), Meiser und Wurm öffentlich, indem er sie in der Reichskanzlei empfing. Die kirchenrechtlichen Maßnahmen des Jahres 1934 wurden zu großen Teilen für ungültig erklärt.[84] Die Idee Jägers und Pfeffers einer ausschließlichen zentralen Reichskirche war gescheitert.

Die politische Bilanz Pfeffers war verheerend. Seine Politik der bewussten Eskalation hatte zu der vielleicht schwersten Niederlage der Nationalsozialisten im Zuge der Gleichschaltung geführt. Gleichzeitig hatte sie die Kirchenspaltung zwischen DC und BC derart vertieft, dass ein Kompromiss auch über das Jahr 1934 hinaus nicht mehr abzusehen war. Bei einer Vielzahl von Kirchenvertretern war damit auch der Vorschuss an Vertrauen, den man dem Regime zu Beginn entgegengebracht hatte, aufgebraucht. Langfristig gesehen, trug Pfeffers Politik sogar dazu bei, dass in der BK der Keim des Widerstands gegen das Regime gelegt wurde.

Aus administrativer Sicht war die Situation in der evangelischen Kirche chaotisch. Mit der Rücknahme von Jägers Zwangsmaßnahmen des Jahres 1934 gab es ein Nebeneinander zwischen der von den DC dominierten unvollendeten Reichskirche, den Gemeinden der BK, der mediatisierten Bistümer und den restituierten intakten Landeskirchen Bayerns, Hannovers und Württembergs. Von der von Hitler gewünschten zentralen Lenkung der Kirche waren die Nationalsozialisten im Herbst 1934 weiter entfernt als zu Pfeffers Berufung im Frühjahr desgleichen Jahres. Unter seiner Verantwortung hatte sich aus einem zu Jahresbeginn für das Regime unangenehmen Konflikt eine verfahrene Situation entwickelt, die die Kirchenpolitik bis in den Krieg hinein belasten sollte. Hinzu kamen die außenpolitischen Irritationen, die das Vorgehen Pfeffers und Jägers in Süddeutschland mit sich gebracht hatte. Komplettiert wurde Pfeffers Misserfolg als Kirchenbevollmächtigter schließlich an der Saar. Hier sollte er an der Seite Bürckels auf eine positive Abstimmungsempfehlung der katholischen Kirche für die anstehende Saarabstimmung hinwirken, was auch angesichts der Konflikte in der evangelischen Kirche ebenfalls misslang.[85] Pfeffer hatte nahezu alle seine Ziele verfehlt. Seine Ablösung durch Hitler war folgerichtig.[86]

83 Ebenda, Dok. 66/34 II, S. 195 f. Vgl. dazu auch Goebbels' Kommentar in: Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 29. Oktober 1934.

84 Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 67/34 VII, S. 196 f.

85 Vgl. Jacoby: Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme, S. 144 ff.; AdR: Hitler, Bd. 2,2, S. 1027 f. Vgl. allgemeiner und zu den Folgen Ferdinand Pauly: Zur Kirchenpolitik des Gauleiters J. Bürckel im Saargebiet (März-August 1935), in: Rheinische Vierteljahreshefte 1971, S. 414-453.

86 Die Vermutung Langs, dass auch der zunehmende Einfluss Bormanns auf Hitler zu seiner Absetzung geführt habe, liegt angesichts der Gegnerschaft Bormanns zu Pfeffer nahe, ist jedoch nicht zu beweisen. Lang: Der Sekretär, S. 253. Von der steten Gegnerschaft Bormanns berichtete auch Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

Auch persönlich hatte Pfeffer die Chance zur Rehabilitierung vertan. Bereits während seines Engagements hatte er mit seinem Vorgehen erneut massiv Unmut auf sich gezogen. Seine Methoden waren die gleichen wie schon als Osaf. Einen geregelten Informationsaustausch oder gar eine Kooperation mit anderen Stellen hielt er für verzichtbar. Stattdessen berief er sich im militärischen Stil ausschließlich auf seine Vollmachten, reklamierte diese unter der Formel »im Auftrag des Führers« auch in Bezug auf jeden Einzelfall. Geschickt hatte er es verstanden, das Zuständigkeitschaos zwischen bayerischem Ministerpräsidenten, Gauleiter, Reichsstatthalter, RMI sowie dem preußischen Kultusministerium auszunutzen. Die Führerideologie sorgte dafür, dass eine Überprüfung auf Konformität der Maßnahmen Pfeffers mit den Weisungen Hitlers nicht stattfand.[87] Als jedoch das Chaos, das Pfeffers Kirchenpolitik hinterlassen hatte, offenbar wurde, hatte er bei den Verantwortlichen jedes Renommee verspielt. Sollten tatsächlich Graf Schwerin von Krosigk, Schacht, Frick und Heß für die Einsetzung Pfeffers mitverantwortlich gewesen sein, dürften sie angesichts der geringen Kooperationsbereitschaft, Eigenmächtigkeit sowie der Richtung der Maßnahmen des ehemaligen Osaf stark enttäuscht gewesen sein. Standen doch gerade Schwerin von Krosigk und Frick Müller kritisch gegenüber.[88] Für Hitler hatte sich mit dem fatalen Ergebnis bestätigt, was er wohl bereits in den vergangenen Jahren im Zuge der Nichtverwendung Pfeffers geahnt hatte und Goebbels später mit den Worten drastisch beschrieb: »Er [Pfeffer] ist ein vollkommen chaotischer Mensch, ein politischer Vagant, der zu praktischen Leistungen überhaupt nicht befähigt ist.«[89]

8.1.2 »Röhm-Putsch« und Österreichpolitik

Zweifelsohne hatten auch die Ereignisse um den sogenannten »Röhm-Putsch« Mitte Juni 1934 die Kirchenfrage belastet.[90] Nach dem Krieg vor die Frage gestellt, warum er selbst als ehemaliger Osaf von den Mordaktionen unbehelligt blieb, gab Pfeffer zu Protokoll, dass dies

> »vor allem, der Tatsache zu verdanken [war], dass sein Name den nach außen vorgegebenen Rahmen der Aktion gesprengt hätte. Wenn einige kleinere und mittlere Figuren, die mit Röhm nichts zu tun hatten, damals mit erledigt wurden, so ließ sich darüber unauffällig hinweggehen. Herr v. P. war aber bestimmt kein Mann von Röhm und andererseits eine Figur, für deren Beseitigung man hätte Gründe angeben müssen.«[91]

87 Vgl. Dokumente zur Kirchenpolitik 1934-1935, Dok. 65/34 V, S. 188 und Dok. 65/34 VII, S. 192. Vgl. Baier: Die Deutschen Christen, S. 159, S. 162; Siegele-Wenschkewitz: Nationalsozialismus und Kirche, S. 185 ff.

88 Ebenda, S. 185. Vgl. auch FN 8/20.

89 Goebbels: Tagebücher, Diktat vom 25. März 1942.

90 Vgl. Marie Wurm: Tagebuchaufzeichnungen, Einträge vom 24. bis zum 26. Juli 1934.

91 ZZS Pfeffer I, Bl. 10.

Wenn jedoch die Ermordung Schleichers oder Strassers ohne Folgen blieb, kann diese Erklärung nicht überzeugen. Im Sommer 1934 war Pfeffer weitgehend isoliert. In großen Teilen der inzwischen zur Massenorganisation ausgebauten SA, in deren Belange Pfeffer sich seit seiner Demission nicht mehr eingemischt hatte, war er fast in Vergessenheit geraten.[92] Nur vereinzelt hatte er zu höheren Führern noch intensivere Kontakte.[93] Wahrscheinlicher ist also, dass im Sommer 1934 eine Eliminierung Pfeffers schlicht nicht vonnöten war. Weder stellte Pfeffer eine Gefahr dar, noch hatte er größeren Einfluss auf SA oder Partei. Hinzu kam, dass er sich, trotz der Konflikte im Zuge seiner Demission, Hitler gegenüber stets loyal verhalten hatte und erst unlängst erneut in dessen engeres Umfeld aufgerückt war. Hitler hatte sicher kein Interesse daran, die ohnehin schwierigen Verhandlungen mit der Kirche durch die Ermordung seines persönlichen Beauftragten zu belasten.

Interessant ist Pfeffers Reaktion auf die Mordereignisse. Obwohl er viele der Opfer persönlich kannte[94] und zu einigen, besonders zu Strasser, engere freundschaftliche Kontakte pflegte – der SA-Führer Georg von Detten soll etwa einige Stunden vor seiner Ermordung noch persönlich bei Pfeffer zu Besuch gewesen sein[95] –, sind keinerlei Reaktionen der Empörung überliefert. Vielmehr lag ihm daran, mit den Ereignissen nicht in direkte Verbindung zu geraten. Als sein Großcousin Ernst von Salomon Pfeffer bat, sich für die Rehabilitierung des nach dem »Röhmputsch« diskreditierten ehemaligen Strafverteidigers Röhms, Walter Luetgebrune, einzusetzen, reagierte Pfeffer nervös. Salomon schreibt dazu: »Wozu hatte ich einen Vetter im Stabe von Heß? Aber der Vetter wurde sehr aufgeregt bei meinem Anliegen. In den Morast des 30. Juni stecke er keinen Finger, rief er, alles, nur das nicht! Schließlich trug er Heß den Fall doch vor.«[96]

Auch, dass Hitler jene Organisation zerschlug, die Pfeffer aufgebaut hatte und aus deren Erfolg er sein innerparteiliches Prestige zog, führte zu keiner

92 Zur »Homosexuellenriege« (Höhne: Mordsache Röhm, S. 80), die Röhm bald nach seiner Ernennung zum Stabschef um sich scharte, hatte Pfeffer, ausgenommen den Konflikt um die Zeugmeisterei, in den Heines involviert war (vgl. FN 6/187), kaum Kontakte. Vgl. auch die zeitgenössische Wertung Heidens: Heiden: Hitler, S. 276 f. Zur Zusammensetzung des Röhmkreises siehe Dornheim: Georg Bell, S. 77 f.

93 ZZS Pfeffer I, Bl. 10.

94 Röhm hatte bis dato das SA-Führungskorps weitgehend umgestaltet. Von den ehemaligen Osaf-Stellvertretern war Dinklage bereits 1930 gestorben, Stennes 1931 aus der Partei ausgeschieden. Killinger entkam den Mordkommandos nur knapp. Fichte wurde zeitweilig im KZ Lichtenburg inhaftiert und im Juli 1934 aus der Partei ausgeschlossen. Schneidhuber, der zum Polizeipräsidenten in München aufgestiegen war, fiel Mordkommandos zum Opfer. Der ehemalige GISASS von Ulrich blieb unbehelligt. Viktor Lutze war hingegen weitgehend in die Planungen eingeweiht.

95 Ebenda, Bl. 12. Auch war Pfeffer mit dem Berliner SA-Standartenführer und MdR Berthold Hell befreundet. Privatarchiv von Pfeffer: Klaus Pfeffer an Maria von Pfeffer vom 17. August 1936.

96 Salomon: Der Fragebogen, S. 449.

Distanzierung Pfeffers vom NS-Staat. Bereits im Jahr 1925 hatte Pfeffer in seiner Denkschrift »Zucht« den totalen Staat propagiert und im Jahr 1928 hatte er zum Legalitätsverständnis der Nationalsozialisten zynisch festgestellt: »Wer nur an Landesverrat denkt, stirbt. Die Diskussion werden wir einmal blitzschnell abbrechen, was und wie weit etwas unter Strafe fällt (Zuruf: An die Wand!) und zwar selbstverständlich im nationalsozialistischen Staat mit seinen legalen Mitteln.«[97]

Nun gestand er dem Regime diese Totalität zu.[98] Wie viele Staatsrechtler akzeptierte auch Pfeffer die Identität von Führer und Recht. Dabei ist auch ein opportunistisches Motiv nicht ausgeschlossen. Erst soeben wieder in den Dunstkreis Hitlers vorgedrungen, wollte er diese Stellung sicher nicht durch einen ohnehin aussichtslosen Protest gefährden, zumal er nicht nur in der Kirchenfrage, sondern auch in die aktuelle Österreichpolitik des Regimes eingebunden war.

Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten hatte sich das Verhältnis Deutschlands zu dem in Österreich autoritär regierenden Dollfuß-Regime stetig verschlechtert.[99] Schon vor dem Verbot der NSDAP am 19. Juni 1933 waren die Nationalsozialisten in Österreich zu offenem Terror übergegangen. Immer häufiger kursierten Gerüchte über Putschpläne in der österreichischen Öffentlichkeit und bei den Behörden. Dass es tatsächlich nicht bereits vor dem Juli 1934 zu einem Umsturzversuch der österreichischen Nationalsozialisten gekommen war, lag wohl in erster Linie an der Konkurrenz zwischen dem österreichischen Landesleiter, dem deutschen Reichstagsmitglied Theo Habicht, und dem österreichischen SA-Führer Hermann Reschny, die sich gegenseitig bei Hitler desavouierten.[100]

Als sich im Sommer 1934 die Lage in Österreich immer weiter zuspitzte und die österreichischen Nationalsozialisten immer energischer auf einen Putsch drängten, war Hitler über den Verlauf der Ereignisse nicht nur im Bilde,[101]

97 VB vom 7. März 1928.

98 Vgl. idealtypisch für einen solchen Rechtspositivismus auch in der Rechtswissenschaft Carl Schmitt: Der Führer schützt das Recht, in: Deutsche Juristen-Zeitung 39 (1934), S. 945-950.

99 Rainer F. Schmidt: Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933-1939, Stuttgart 2002, S. 163 f. Ein Höhepunkt der Auseinandersetzung auf diplomatischer Ebene war die vom Reich erlassene »Tausend-Mark-Sperre«, mit der man dem österreichischen Tourismus maßgeblich schadete.

100 Bauer: Elementar-Ereignis, S. 30 ff. Vgl. zu Gegnerschaft Reschnys und Habichts auch Schafranek: Preisschießen, S. 76 ff.; Jagschitz: Der Putsch, S. 79 f. und 91 f.

101 Auf die Debatte um die Mitwisserschaft Hitlers kann an dieser Stelle nicht explizit eingegangen werden. Bauer stützt sich hier in erster Linie auf die Tagebücher Goebbels. Kurt Bauer: Juliputsch 1934 in Österreich. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Außenpolitik in der Frühphase des Regimes, in: VfZ 59 (2011), S. 193-227, S. 207 ff. Zu seinen Motiven vgl. ebenda, S. 221 ff. Siehe auch Longerich: Joseph Goebbels, S. 270. Vgl. zur Forschungsdiskussion der vergangenen Jahre Hellmuth Auerbach: Eine nationalsozialistische Stimme, S. 206; Ross: Hitler und Dollfuß, S. 218 ff.; Jagschitz: Der Putsch, S. 78 f.; Schausberger: Griff nach Öster-

sondern beauftragte explizit Pfeffer als eine Art inoffiziellen Kontaktmann, die Putschisten zu »beaufsichtigen«.[102] Offenbar vertraute Hitler, der kein Interesse daran haben konnte, dass seine Mitwisserschaft und Billigung des Unternehmens bekannt wurde, erneut auf Pfeffers konspirative Talente. Tatsächlich hatte Pfeffer bis 1930 über die SA in die Besonderheiten des österreichischen Nationalsozialismus tiefe Einblicke bekommen und kannte wohl die meisten der hier maßgeblichen Akteure persönlich.[103] Die Folge war wohl, dass er in Wirklichkeit keineswegs als Verbindungsmann und »Aufpasser« Hitlers agierte, sondern Habicht in seinen Putschabsichten bestärkte und auch auf Hitler in diesem Sinne einwirkte.[104] Zunächst die weitgehenden Kompetenzzuweisungen in der Kirchenfrage, nun in der Österreichfrage – Hitler setzte offenbar, auch durch dessen Teilnahme an der Tafel des Reichskanzlers initiiert, im Frühjahr/Sommer 1934 großes Vertrauen in seinen ehemaligen Osaf.

Als die Ereignisse in Österreich ihrer Kulmination entgegengingen und der völlig unkoordinierte Putsch anlief, befand sich Pfeffer mit allen auf deutscher Seite in der Österreichfrage maßgeblichen Akteuren, Hitler, Goebbels, Habicht, Rosenberg und Reichenau,[105] bei den Wagnerfestspielen in Bayreuth. Als am Tag darauf die erwartete Nachricht vom Losschlagen der Putschisten aus Österreich eintraf, gab sich Pfeffer betont optimistisch. Als jedoch bekannt wurde, dass Dollfuß tot war und die Wiener Putschisten kapitulierten, war

reich, S. 285 ff.; Pauley: Der Weg, S. 275 f.; Kershaw: Hitler, Bd. 1, S. 658; Bauer: Elementar-Ereignis, S. 120 f.; Kindermann: Österreich gegen Hitler, S. 201 ff.; Bauer: Juliputsch, S. 194 und 207 ff.

102 So der damalige Wiener Gauleiter Alfred Frauenfeld in seinen Erinnerungen: Alfred Frauenfeld: Und trage keine Reu'. Vom Wiener Gauleiter zum Generalkommissar der Krim. Erinnerungen und Aufzeichnungen, Leoni am Starnberger See 1978, S. 118. Dazu kritisch Pauley: Der Weg, S. 134

103 Schafranek: Preisschießen, S. 13; Francis Carsten: Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977, S. 149 und 153.

104 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 24. Juli 1934. »Sonntag: beim Führer […] dann Pfeffer, Habicht, Reschny. Österreichische Frage. Ob es gelingt? Ich bin sehr skeptisch.« Pfeffer agierte ansonsten im Hintergrund. Aufzeichnungen und Stellungnahmen vermied er, sodass seine Rolle heute nur anhand der Aufzeichnungen Goebbels, der Aussage des Wiener Gauleiters, Alfred Frauenfeld sowie anhand von Motivforschungen zu rekonstruieren ist. Auch in seiner Zeitzeugenaussage verzichtete er darauf, die österreichische Episode zu erwähnen, was auch ein Hinweis auf Pfeffers Scheitern sein könnte. In der Geschichtsschreibung zu den Ereignissen um den Juliputsch spielt Pfeffer, analog zu den Bewertungen seiner Rolle in der Kirchenpolitik, nur eine Nebenrolle. So erwähnen etwa Ross, Kindermann, Jagschitz u. a. Pfeffer in ihren Darstellungen erst gar nicht. Ross: Hitler und Dollfuß; Ludwig Jedlicka (Hrsg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927-1938, Wien 1975; Jagschitz: Der Putsch; Schausberger: Griff nach Österreich; Pauley: Der Weg; Jagschitz: 25. Juli 1934.

105 Pfeffers Bekannter aus Freikorpstagen war inzwischen zum Generalmajor und Chef des Ministeramts aufgestiegen, war maßgeblich an den Röhm-Morden und der Aufrüstung beteiligt und genoss das Vertrauen Hitlers.

klar, dass Pfeffers Absichten gescheitert waren.[106] Dennoch war er auch dieses Mal wider alle Vernunft und diplomatische Strategie nicht bereit aufzugeben. Dabei verkannte er einmal mehr die Interessen und Ziele Hitlers. So beabsichtigte er, ein aus seiner oder aus Habichts Feder stammendes Kommuniqué über das Deutsche Nachrichtenbüro zu verlautbaren. Hierin sollte sich die Reichsregierung klar auf die Seite der Aufrührer stellen. So hieß es darin: »Das deutsche Volk in Österreich hat sich gegen seine Peiniger und Unterdrücker, gegen seine Kerkermeister im körperlichen und im geistigen Sinne, gegen seine Folterknechte erhoben.«[107]

Es war Goebbels, der die geplante Veröffentlichung des »tollen Bericht[s] von Pfeffer« verhinderte.[108] Als am nächsten Tag die ausländische Presse schwere Anschuldigungen gegen die deutschen Nationalsozialisten ob ihrer vermuteten Beteiligung am Putschversuch erhob, stellte Goebbels fest: »Auslandspresse heult. Wie zu erwarten. Auch die italienische. Peinlich! Was erst, wenn Pfeffer weiter getobt hätte.«[109]

Seinem Naturell und seinem Charakter entsprechend, hatte Pfeffer an der Seite Habichts voll auf das Gelingen des Putsches gesetzt. Eine Alternativplanung oder eine Rückzugsstrategie gab es erneut nicht. Die Niederlage, das zeigt das Kommuniqué, war für ihn schlicht nicht zu akzeptieren. Wieder hatte er sich verrannt. Als Hitler tags darauf erneut zur Besprechung lud, hatten Pfeffer und Habicht keine Argumente mehr.[110] Hitler ging es nun um politische Schadensbegrenzung. Die Grenze zu Österreich wurde geschlossen, offiziell jede Verbindung mit den Putschisten geleugnet. Verantwortlich für das Scheitern machte Hitler in erster Linie Habicht und Reschny, die ihre Positionen verloren.[111] Obwohl der Bannstrahl des Führers Pfeffer nicht traf – noch blieb er mit der Kirchenpolitik betraut –, ist sicher, dass Pfeffers Fehleinschätzung und seine erneute diplomatische Überforderung ihn weiteres Renommee gekostet hatte.

8.1.3 Der Pfeffer'sche Geheimdienst und die Mixed Claim Relations

Nach Pfeffers Fehleinschätzung in der Österreichfrage und seinem anschließenden Scheitern in der Kirchenpolitik rückte Hitler sichtbar von dem oh-

106 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 26. Juli 1934.

107 Zit. nach Jagschitz: Der Putsch, S. 179. Die Meldung wurde umgehend zurückgezogen. Habicht wurde für die Pressemeldung verantwortlich gemacht. Bauer: Juliputsch, S. 216.

108 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 26. Juli 1934.

109 Ebenda, Eintrag vom 26. Juli 1934. Vgl. überblicksartig zur italienischen Perspektive Wolfgang Altgeld: Kleine italienische Geschichte, Stuttgart 2007, S. 400.

110 »Donnerstag: Habicht und Pfeffer da. Sehr klein.« Ebenda, Eintrag vom 28. Juli 1934.

111 Vgl. zu den Folgen und Konsequenzen detaillierter Schafranek: Preisschießen, S. 214 ff. und Longerich: Joseph Goebbels, S. 271.

nehin eigenwilligen und nun auch erfolglosen ehemaligen Osaf ab. Lediglich Heß hielt an Pfeffer fest. Seine Arbeitsräume in Berlin waren seit 1934 bei dem »Verbindungsstab Heß«[112] angesiedelt.[113] Nach eigener Aussage begann Pfeffer hier – wohl ab 1935 und in Ermangelung formaler Zuständigkeiten – mit dem Aufbau eines privaten Geheimdienstes. Nach eigenem Bekunden griff er dabei auf die Überbleibsel des alten kaiserlichen Dienstes zurück.[114] Den Großteil seiner Erkenntnisse dürfte der Heß'sche Geheimdienst der engen Zusammenarbeit mit dem Pfeffer aus dem Ruhrkampf gut bekannten Kurt Jahnke und dessen »Jahnke-Büro« verdankt haben, das bisweilen sogar vollständig in den Geheimdienst Heß eingegliedert gewesen sein dürfte.[115] Pfeffer vertraute dem weit vernetzten Jahnke und ließ dessen Expertise wohl weitgehend freie Hand. So befasste man sich »mit der Politik und Diplomatie der ausländischen Mächte […] und namentlich den original-Schriftwechsel der britischen, französischen, amerikanischen und russischen Botschaften in London, Paris und Moskau[s].«[116]

Pfeffer bekam wiederum von dem bisweilen überforderten Heß weitgehende Gestaltungsfreiheiten.[117] Finanziert wurde der bis in den Krieg hinein aktive Geheimdienst durch zugespielte Gelder von Pfeffers ehemaligem Freikorpskameraden von Reichenau,[118] die dieser aus den Mitteln des Aufrüstungsetats abzweigen konnte. Offensichtlich griffen Ende der 1930er Jahre noch immer alte Freikorpsnetzwerke. Die Ergebnisse seien direkt an Hitler übergeben worden.[119] Pfeffer bemerkte jedoch dazu: »Aber er [Hitler] lehnte

112 Zu Einfluss und der Machtkonstellation um die Dienststelle Heß siehe Schmidt: Heß, S. 66 ff.

113 Pfeffer verwehrte sich später dagegen, wie Schnellenberg in seinen Memoiren schrieb, »persönlicher Sachbearbeiter für geheimdienstliche Fragen bei Rudolf Heß« gewesen zu sein. Vielmehr sei der Dienst eigenständig gewesen und er habe nur in den Arbeitsräumen der Dienststelle Heß' sein Büro gehabt. Walter Schellenberg: Memoiren, Köln 1959, S. 202; ZZS Pfeffer II, Bl. 63.

114 Ebenda, Bl. 46.

115 Jähnicke: Washington und Berlin, S. 283; Ulrich Schlie: Carl Marcus (1911-1989) und das Jahnke-Büro im Fadenkreuz anglo-amerikanischer Dienste im Zweiten Weltkrieg, in: Reinhard R. Doerries (Hrsg.): Diplomaten und Agenten, Heidelberg 2001, S. 85-111, S. 92. Koopmann spricht etwa davon, dass Jahnke Pfeffer »assistierte«. Friedhelm Koopmann: Diplomatie und Reichsinteresse. Das Geheimdienstkalkül in der deutschen Amerikapolitik 1914 bis 1917, Frankfurt a. M., New York 1990, S. 175.

116 So Pfeffer im Jahr 1963 gegenüber Bennecke, in: ZZS Pfeffer II, Bl. 63 f. Wahrscheinlich hatte Pfeffers Geheimdienst über Jahnke auch Einfluss auf die deutsch-chinesischen Beziehungen. Pfeffers Rolle dabei bleibt jedoch ungewiss. Vgl. Liang: The Sino-German connection, S. 121 ff.

117 Zugute kam ihm hierbei, dass der Stab Heß', wie Schlie meint, lange Zeit kaum »außenpolitische Ambitionen« hatte. Schlie: Carl Marcus, S. 92. Vgl. das Zitat Stennes' in FN 6/501. Vgl. dazu gegenteilig Schmidt: Außenpolitik, S. 67 f.

118 Vgl. zur Verbindung Reichenau-Jahnke-Pfeffer Liang: Sino-German connection, S. 121 ff.

119 ZZS Pfeffer II, Bl. 63. Siehe auch Schmidt: Heß, S. 83.

schließlich den Empfang ab, da sie ihn verwirrten und seine Gedanken in Abhängigkeit von denen der Feinde brächten. Das einzigarte Material sammelte sich, ohne praktisch genutzt zu werden in den Panzerschränken v. P. an.«[120]

Plausibler erscheint, dass Hitler angesichts der Fülle an geheimdienstlichen Informationen, an der Seriosität Pfeffers und dessen Quellen zweifelte und daher dessen Erkenntnissen keine Beachtung beimaß.[121] Im März 1936 erwog Hitler, ihn als Reichsstatthalter – kaum mehr als ein prestigeträchtiger Versorgungsposten – nach Anhalt zu schicken.[122] Dazu kam es jedoch nicht. Stattdessen erinnerte sich ausgerechnet der Pfeffer zumeist skeptisch gegenüberstehende Göring an den Ruf und die Fähigkeiten des ehemaligen Osaf.[123]

Am 3. Juni 1936 hatte die »Mixed Claims Commission«[124] (MMC) entschieden, angesichts neuer Gesetzeslage und neuer Fakten ihr Urteil aus dem Jahr 1932, das das Reich in den sogenannten »spionage claims« zum Ersten Weltkrieg mangels Beweisen von der Verantwortung an den Fällen »Black Tom« und »Kingsland« freigesprochen hatte, faktisch aufzuheben und das Verfahren erneut aufzunehmen.[125] Dass sich mit Göring der Beauftragte für den Vierjahresplan der Sache annahm, zeigt, dass man auf deutscher Seite nicht nur an einer Verbesserung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten interessiert war, sondern auch handfeste handelspolitische Interessen verfolgte.[126] Göring lag an einer schnellen und unbürokratischen Lösung, die belastenden »spionage claims« vom Tisch zu schaffen, und so die Tür zu einer konkreten

120 ZZS Pfeffer II, Bl. 63 f.

121 Zur Tätigkeit des Dienstes vgl. die spärlichen Informationen Pfeffers in: ebenda, Bl. 46 f.

122 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 15. März 1936.

123 Vgl. zum Verhältnis Pfeffers mit Göring Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 82 ff. und FN 6/568.

124 Die sogenannte »Mixed Claims Commission« war im Jahr 1922 installiert worden, um etwaige Entschädigungsansprüche der USA und US-amerikanischer Bürger und Unternehmen aus dem Ersten Weltkrieg an das Deutsche Reich zu prüfen. Da die USA die Versailler Verträge nicht ratifiziert hatten, war dies nötig geworden. Vgl. zur Kommission und ihrer Geschichte L. Woolsey: The Sabotage Claims against Germany, in: The American Journal of International Law 34 (1940), S. 22-35; Jähnicke: Washington und Berlin, S. 54 ff.; Doerries: Mixed Claims Commission, S. 455 ff.

125 Am 30. Juli 1916 explodierten zahlreiche Eisenbahnwaggons und Lastkähne am Pier »Black Tom« am New Yorker Hafen. Am 11. Januar 1917 zerstörte ein Feuer eine Munitionsfabrik in Kingsland, New Jersey. Vgl. dazu Koopmann: Diplomatie und Reichsinteresse, S. 170 ff.; Jähnicke: Washington und Berlin, S. 232 ff.; Michael Wala: Weimar und Amerika. Botschafter Friedrich von Prittwitz und Gaffron und die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1927 bis 1933, Stuttgart 2001, S. 36.

126 Zu Görings Auftrag und Zielen vgl. Wyk: German-American relations, S. 313 ff. und Doerries: Mixed Claims Commission, S. 471.

handelspolitischen Vereinbarung zu öffnen.[127] Ein Vergleich schien das geeignete Mittel.

Darüber, ob es an der Zusammenarbeit Pfeffers mit Jahnke lag,[128] dass sich Göring in Umgehung des AA gerade an den bis dato sicher nicht durch sein diplomatisches Geschick auffällig gewordenen Pfeffer als Unterhändler wandte, kann nur spekuliert werden. In jedem Fall schien der ehemalige Osaf für einen solchen Auftrag offenbar geeignet. Als gelernter Jurist hatte er über seinen Geheimdienst und den Kontakt mit Jahnke einen guten Einblick in den Sachverhalt. Mit dem in den auswärtigen Beziehungen immer noch bedeutsamen Adelsprädikat, gutem Englisch, fließendem Französisch und seiner raffinierten Verhandlungsführung schien Pfeffer geeignet, die Unterredungen zu führen. Auch hatte Pfeffer keinerlei Bedenken, das AA zu umspielen, mit dem er durch seinen Geheimdienst selbst in Konflikt lag.[129] Schließlich konnte Göring, im Falle eines Scheiterns der Mission, den in der NS-Hierarchie inzwischen bedeutungslos gewordenen Pfeffer ohne Komplikationen fallen lassen.

Unmittelbar nach seiner Beauftragung wandte sich Pfeffer mit einem Schreiben an die amerikanische Botschaft in Berlin.[130] An seiner von Göring ausgehenden Legitimation ließ er dabei keinen Zweifel.[131] Tatsächlich erklärte sich die amerikanische Regierung Mitte Juni bereit, Verhandlungen mit Pfeffer aufzunehmen.[132] Angeführt von dem Amerikanischen Kommissar in der MCC, Robert Bonynge, traf die US-Delegation am 27. September in Bremerhaven ein. Die Verhandlungen, an denen auch John McCloy als Vertreter der Anspruchsberechtigten auf US-Seite teilnahm,[133] fanden vom 1. bis zum

127 Insbesondere am Import von Rohstoffen war man interessiert. Van Wyk: German-American relations, S. 327. Vgl. dazu auch Pfeffers Erinnerungen in: ZZS Pfeffer I, Bl. 11.

128 So ist davon auszugehen, dass es sich bei Jahnke tatsächlich um den Hauptverantwortlichen in der Sabotagesache »Black Tom« handelte. AA: DAEA, PolMC, Sabotage Claims, Sonderheft 1, Notizen Erich Albrechts vom 26. November 1936; Doerries: Jahnke, S. 34 ff. Zu Jahnkes Rolle 1937 vgl. Liang: Sino-German connection, S. 114 ff.

129 Pfeffer selbst nannte Konflikte seines Geheimdienstes mit Himmlers SD und Canaris Abwehr. ZZS Pfeffer II, Bl. 63. Vgl. dazu auch Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 22. Februar 1935. Siehe auch Jules Witcover: Sabotage at Black Tom. Imperial Germany's secret war in America 1914-1917, Chapel Hill, NC 1989, S. 300 f.; Schlie: Carl Marcus, S. 95.

130 Text abgedruckt in: Henry Landau: The Enemy within, S. 290.

131 Vgl. zur amerikanischen Skepsis Koopmann: Diplomatie und Reichsinteresse, S. 176.

132 Ebenda, S. 176.

133 Kai Bird: The chairman John J. McCloy. The making of the American establishment, New York u. a.[3] 1992, S. 89 f. McCloy charakterisierte Pfeffer später mit den Worten: »A Nazi from Naziville, and a great friend of Hitler.« Zit. nach Witcover: Sabotage, S. 300 f.

10. Juli in München statt.[134] Auf deutscher Seite standen Pfeffer der Vorsitzende der deutschen Handelskammer in London, Karl Markau, als Berater und Walter Hewel als Sekretär zur Verfügung.[135] Die amerikanischen Unterhändler machten gleich zu Beginn der Gespräche deutlich, dass ihre Befugnisse ausschließlich auf die »sabotage claims« beschränkt waren und sie weder dazu ermächtigt waren, handelspolitische Vereinbarungen zu treffen oder auch nur vorzubereiten.[136] Dass bereits damit die Hauptintention Görings infrage gestellt wurde, störte Pfeffer jedoch nicht.

Offenbar beflügelte seine pragmatische und bisweilen gegen die umständlichen diplomatischen Gepflogenheiten verstoßende Art das Vorankommen der Verhandlungen.[137] Am 6. Juli wurden die »Münchner Protokolle« signiert. Zum Inkrafttreten bedurfte es nun noch der Ratifizierung. Es wurde die Vergleichssumme von 25 Millionen Dollar festgelegt,[138] ein Schuldeingeständnis Deutschlands jedoch verneint.[139] Auf deutscher Seite ging man nach wie vor davon aus, dass die Protokolle eine Verbesserung der Beziehungen bedeuteten und damit impliziert die Aufnahme von vertieften Handelsbeziehungen nach sich ziehen würden.[140]

Unmittelbar nach der Ratifikation der Protokolle regten sich jedoch Widerstände. Amerikanische Gläubiger sahen ob der geringen Deckungssumme ihre Ansprüche gefährdet.[141] Offen drohte man mit einer Beeinflussung der amerikanischen Öffentlichkeit zu Ungunsten Deutschlands.[142] Aber auch die

134 Dass die Wahl auf München fiel, lag wohl an dem Ziel der Umgehung des AA. Siehe zur Wahl Münchens auch Bird: The chairman, S. 90.

135 Van Wyk: German-American relations, S. 321; Jähnicke: Washington und Berlin, S. 284.

136 Landau: The Enemy within, S. 291.

137 Van Wyk: German-American relations, S. 332. Ein Jahr später schrieb Amos J. Peaslee, der ebenfalls an den Verhandlungen teilgenommen hatte, an Pfeffer: »It was a breath of fresh air after the previous atmosphere of diplomatic chicanery.« Peaslee an Pfeffer vom 24 Juni 1937, zit. nach ebenda, S. 351. Hilfreich war sicherlich auch, dass die Deutschen die Korrespondenz McCloys mit seinen Klienten in Amerika ausspionierten. Bird: The chairman, S. 90. Ob Pfeffer, wie Landau angibt, tatsächlich während der Verhandlungen in permanentem Kontakt zu Hitler stand, ist angesichts der für Hitler geringen Priorität des Sachverhalts zu bezweifeln. Die amerikanische Seite ging davon aus. Landau: The Enemy within, S. 291.

138 AA: DAEA, PolMC, Sabotage Claims, Sonderheft 1, »Offizielles Protokoll der Konferenz von München vom 10. Juli 1936. Zu den Details siehe auch: Koopmann: Diplomatie und Reichsinteresse, S. 177; Witcover: Sabotage, S. 301.

139 AA: Sabotage Claims, Bd. 6, Pfeffer an Bonynge vom 6. Juli 1936.

140 Gerhard Weinberg: The foreign policy of Hitler's Germany. Diplomatic revolution in Europe 1933-36, Chicago u. a. 1970, S. 153 f.; Bird: The chairman, S. 91.

141 AA: Sabotage Claims, Bd. 3, Memorandum Albrechts vom 19.September 1936; AA: Sabotage Claims, Bd. 7, »Memorandum re von Pfeffer's Letters of the Munich Settlement of Remaining Mixed Claims Cases« vom 11. Dezember 1936. Siehe auch Doerries: Mixed Claims Commission, S. 471; Landau: The Enemy within, S. 292; Jähnicke: Washington und Berlin, S. 285.

142 Zu den Details siehe auch Koopmann: Diplomatie und Reichsinteresse, S. 177.

deutsche Wirtschaft sah in den Protokollen ihre Interessen nicht ausreichend vertreten.[143] Schließlich unterminierte auch das AA das Abkommen. Schon dessen Übergehen beim Zustandekommen des Protokolls hatte zu Auseinandersetzungen zwischen dem AA, Heß und Göring geführt, die sich nun weiter verschärften.[144] Das AA verlautbarte die Einschätzung, dass eine endgültige Ratifikation der Protokolle durch das Reich – noch fehlte die Unterschrift des Vertreters des AA – die Beziehungen zwischen den USA und dem Reich nachhaltig negativ beeinträchtigen würde.[145] Als schließlich die amerikanische Seite erneut deutlich machte, dass aus ihrer Sicht kein Zusammenhang zwischen dem Vergleich und einer handelspolitischen Vereinbarung bestünde und auch sonst für die deutsche Seite keinerlei Vorteile, etwa finanzieller Art, aus den Protokollen zu erwarten waren, verlor Hitler das Interesse an den Verhandlungen.[146] Der im Oktober von Pfeffer zur Inkraftsetzung der Münchener Protokolle nach Washington entsandte Markau wurde zurückbeordert.[147] Abermals verselbstständigte sich nun jedoch die Politik Pfeffers.[148] Selbst von der Bedeutung »seines« Abkommens überzeugt,[149] wies er Markau noch vor dessen Rückkehr an, mit den Anspruchsinhabern der Fälle »Black Tom« und »Kingsland« eine informelle Vereinbarung zu schließen, dass ungeachtet der weiteren Entwicklungen die Protokolle für gültig zu erachten seien.[150] Hitler indes, von

143 Ebenda, S. 177.

144 Helmut Heiber: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil I, Bd. 2. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, München u. a 1983, Dok. Nr. 21911, S. 251 f. und Jähnicke: Washington und Berlin, S. 286.

145 AA: Sabotage Claims, Bd. 7, »Memorandum re von Pfeffer's Letters of the Munich Settlement of Remaining Mixed Claims Cases« vom 11. Dezember 1936.

146 Weinberg: Foreign policy, S. 154.

147 AA: DAEA, PolMC, Sabotage Claims, Sonderheft 2, Neurath an Heß und Göring vom 3. November 1936; van Wyk: German-American relations, S. 331 f. Offenbar plante Pfeffer sogar selbst in die USA zu reisen. Privatarchiv von Pfeffer: Klaus Pfeffer an Maria von Pfeffer vom 17. August 1936. An Verhandlungen in London, unter anderem mit dem kanadischen Premierminister Mackenzie King sowie dem Geschäftsmann Federico Stallforth über mögliches Junktim zwischen dem Vergleich von München und einem Handelsabkommen hatte er persönlich teilgenommen. ZZS Pfeffer I, Bl. 20 und Nikolaus Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 6. Oktober 2009. Nikolaus Pfeffer, einen entfernten Verwandten, dessen Familie nach England ausgewandert war, hatte Pfeffer bei dieser Gelegenheit in London besucht. Vgl. zu dem Sachverhalt jedoch ohne Beleg einer Beteiligung Pfeffers: Patrick Opdenhövel: Die kanadisch-deutschen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit. Handels- und Außenpolitik 1919 – 1939, Frankfurt a. M. und New York 1993, S. 270 ff.

148 Pfeffer daher, wie Doerries es tut, als reinen »Handlanger« Görings zu bezeichnen, unterbewertet wohl die Rolle Pfeffers. Doerries: Mixed Claims Commission, S. 471. Auch Weinbergs Bezeichnung für Pfeffer, »Assistent«, trifft wohl mehr auf die Absicht zu, die Göring mit der Anstellung Pfeffers verfolgte, als auf Pfeffers tatsächliche Funktion bezüglich der »Mixed Claims«. Weinberg: Foreign policy, S. 154.

149 Weinberg Foreign policy, S. 154.

150 Van Wyk: German-American relations, S. 332.

Pfeffers Eigenmächtigkeit nichts ahnend, übergab die Angelegenheit nun dem Auswärtigen Amt, das die Münchener Protokolle ad acta legen sollte.[151]

Ob seiner Ausbootung und des offensichtlichen Scheiterns der von ihm geführten Verhandlungen enttäuscht, verließ Pfeffer die politische Bühne nicht ohne einen diplomatischen Affront. Nach seiner Absetzung schrieb er, ohne Rücksprache mit Heß, einen geharnischten Brief an McCloy und einige der Gläubiger. Hierin machte er ohne Umschweife die amerikanische Seite für den Entzug seines Mandats und das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich. Diese habe das deutsche Entgegenkommen nicht gewürdigt. In Deutschland habe man nun das Interesse an einer Einigung verloren. Es sei daher eine große Chance vertan worden, die leidigen »sabotage cases« abzuarbeiten.[152] In den USA reagierte man ob solcher Schuldzuweisungen empört. Heß und die deutsche Diplomatie waren durch Pfeffers undiplomatischen und hanebüchenen Brief blamiert. Auch das zehn Tage danach, wahrscheinlich auf Aufforderung von Heß, versandte Entschuldigungstelegramm Pfeffers an McCloy und Bonynge änderte daran nichts.

Als Fazit lässt sich konstatieren: Erneut war eine Unternehmung, an der Pfeffer beteiligt war, gescheitert und erneut hatte er Chaos hinterlassen. In den USA war man aufgrund des Briefes Pfeffers schwer irritiert, ging aber wegen der Zusagen Markaus zunächst davon aus, dass die Münchener Protokolle als gültig zu erachten seien.[153] Auch auf deutscher Seite herrschte noch Anfang 1937 Konfusion. So war man sich ob des Inhalts der inoffiziellen Zusagen Markaus im Unklaren.[154] Gleichzeitig bestritt das AA jede Legitimation Pfeffers zum Abschluss der Protokolle.[155] Auch Hitler lehnte das Abkommen nun strikt ab.

Einmal mehr hatte Pfeffer seine Kompetenzen eigenmächtig weit überschritten und erneut hatte sich gezeigt, dass Pfeffer mit seinem Charakter und seinem unkommunikativen und impulsiven Vorgehen für eine Aufgabe von staatspolitischem Rang nicht geeignet war. Insgesamt sorgte der gescheiterte Versuch über eine Vergleichsregelung der »sabotage claims« »Black Tom« und »Kingsland« zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der deutsch-amerikanischen Beziehungen.[156]

151 Auch Göring distanzierte sich nun von Pfeffer. AA: DAEA, PolMC, Sabotage Claims, Sonderheft 2, Aufzeichnung Neuraths vom 30. Oktober 1936; AA: DAEA, PolMC, Sabotage Claims, Bd. 7, Vermerk Albrechts über die Unterredung Görings mit Dieckhoff vom 13. April 1937; siehe auch Jähnicke: Washington und Berlin, S. 286 und van Wyk: German-American relations, S. 334.

152 Zit. van Wyk: German-American relations, S. 335.

153 Ebenda, S. 335.

154 AA: Sabotage Claims, Bd. 5, AA an Heß vom 6. Februar 1937.

155 Koopmann: Diplomatie und Reichsinteresse, S. 177 f.; Jähnicke: Washington und Berlin, S. 285 f.; Doerries: Mixed Claims Commission, S. 470 f.

156 Doerries: Mixed Claims Commission, S. 471.

8.2 Privates: Vom bescheidenen zum priviligierten Leben

Als Pfeffer im Spätsommer 1926 nach München gerufen wurde, entschied er sich erneut für die Politik und gegen ein geregeltes Familienleben. Er nahm sich in der bayerischen Hauptstadt in der Schellingstraße 50 ein einfaches Zimmer, seine Frau Maria blieb zusammen mit der inzwischen dreijährigen Tochter Irmgard und der erst 1925 geborenen Erfa auf Haus Busch in Hagen. Maria beeindruckte zwar mit ihrer gebildeten und selbstsicheren Art stets die ihr vorgestellte NS-Funktionärsriege,[157] dennoch versuchte Pfeffer Politik und Familie zu trennen. Sicher lag dies auch an der Skepsis seiner Frau gegenüber Hitler, welche anlässlich dessen Aufenthalts in Haus Busch im Juli 1926 kaum verborgen geblieben war.[158] Gleichzeitig beruhigte es ihn, wenn er seine Familie angesichts der Unbedingtheit, Militanz und körperlichen Brutalität der politischen Auseinandersetzung[159] nicht vor Ort wusste. Pfeffer sorgte sich um seine Familie – einen Einfluss auf sein politisches Handeln hatte dies jedoch nicht.[160] In München, wo Pfeffer privat ein spartanisches Leben führte,[161] war sie nur selten zu Gast.[162] Häufig nutzte er die vielen Dienstreisen, um einige Tage in Hagen zu verbringen. Auf Haus Busch war von Pfeffers Hass gegen die Republik nichts zu spüren. Stattdessen glichen hier die wenigen Tage einem Familienidyll. In den Jahren 1927 und 1929 bekam die Familie mit Kunigunde und Ferdinand erneut Zuwachs. 1932 folgte mit Max schließlich der zweite Sohn. Privat war Pfeffer der gebildete, ruhige, fürsorgende und geduldige Familienvater, der gerne lachte und Scherze machte. Der gehobene Lebensstandard konnte auch nach 1926 nicht ausschließlich mit dem geringen Einkommen Pfeffers bestritten werden. Ungeachtet der Unterschlagungsvorwürfe musste

157 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 4. September 1928. Siehe auch Drage: Canossa, S. 105.

158 Vgl. Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 220.

159 Vgl. etwa die Episode des (vermeintlichen?) Anschlags auf das Osaf-Auto. FN 6/355. Nach der Familienüberlieferung soll Pfeffer in Berlin vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten einmal von einer Gruppe Kommunisten verfolgt worden sein. Er konnte sich jedoch in das Haus entfernter Verwandter in der Uhlandstraße retten. Nikolaus Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 6. Oktober 2009.

160 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

161 So berichtet Wagener, Pfeffer habe in seinem Zimmer in der Schellingstraße überhaupt nur eine Garnitur Besteck besessen. Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 82. Auf die Frage Wageners, warum Pfeffer derart bescheiden lebe, habe Pfeffer nach Wagener geantwortet: »Ich besitze ein Schloss, die alte Burg Linn bei Krefeld, die schon seit dem Mittelalter der Familie meiner Frau, den Freiherrn Raitz von Frentz gehörte.« Ebenda. Ein Schloss besaß Pfeffer allerdings nicht.

162 Die langjährige Distanz zu seiner Familie führte auch zu Spekulationen. So hätte Pfeffer hier angeblich ein Verhältnis mit einer Schauspielerin gehabt. Dies ist jedoch zu bezweifeln. BArch: R 1507/578-41, Bl. 71. Noch in »Zucht« nannte er den Beruf des Schauspielers »undeutsch«. BArch: NS 26/960, S. 25.

das geerbte Haus Gastendonk bei Kempen am Niederrhein in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre an einen Onkel verkauft werden.[163]

Die Situation änderte sich ab dem Jahr 1930. Nur kurze Zeit vor seinem Rücktritt zog die inzwischen fünfköpfige Familie nach Pasing bei München. Franz nahm sich nur wenige Wochen darauf eine Wohnung in Berlin. Erneut gab er der Politik den Vorzug gegenüber der Familie. Finanziert wurde das Ganze wohl über eine Apanage Hitlers,[164] denn erst ab Ende 1932 erhielt Pfeffer als Mitglied des Reichstags erstmals seit seiner Hauptmannszeit ein reguläres Einkommen. Obwohl er seinen Dienstsitz in Berlin hatte, war Pfeffer nun häufiger in München bei seiner Familie. Während hier die Kinder um ihn herumtobten, arbeitete er oder widmete sich seinen Forschungen um den Stammbaum der Familie.[165] Weitere Leidenschaften waren Geschichtsstudien und das Schachspiel.[166] Obwohl die Erziehung der Kinder vornehmlich Sache Marias war,[167] legte er auf Tischmanieren, Pünktlichkeit, Pflichtbewusstsein, Wahrheitsglaube und ein dem sozialen Status entsprechendes Auftreten sowie auf gute Wortwahl und Bildung größten Wert.[168] Alle fünf Kinder besuchten ein humanistisches Gymnasium.[169] Auch vermittelte er seinen Kindern weltanschauliche Positionen. Dabei handelte es sich nur selten um konkrete, zeitnahe

163 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

164 Ein Hinweis darauf findet sich schon in dem Entlassungstelegramm Hitlers: »Behalte mir Regelung finanzieller Seite auf mündliche Aussprache vor.» (Vgl. FN 6/560.) Später schilderte Pfeffer, Hitler habe »ihm vorgeschlagen, Vater solle sich ein Gut mit Schloss aussuchen, das werde Hitler dann kaufen und Vater für seinen ältesten Sohn schenken, durch den Verkauf seines Buches« sei genügend Geld vorhanden. Zu einer solchen Regelung kam es jedoch nicht. (Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 5. Dezember 2010.) Auch Pfeffer berichtete später von Angeboten Hitlers. ZZS Pfeffer II, Bl. 67. Vgl. auch FN 8/246.

165 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009. 1938 hatte er seine Nachforschungen abgeschlossen und ließ einen Privatdruck über sieben Generationen, der bis ins 17. Jahrhundert zurückreicht, anfertigen.

166 So ließ er auch in einer Zeitung von ihm entworfene Schachaufgaben (»Matt in drei Zügen«) veröffentlichen und setzte eine Belohnung von jeweils zehn Reichsmark aus. Später spielte er u. a. regelmäßig mit dem Geschichtslehrer eines seiner Söhne, dem Vater des späteren Schachmeisters Wolfgang Unzicker. Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

167 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 11. September 2009.

168 So pflegte er konsequent aufzustehen, wenn seine Frau Maria den Raum betrat. Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009. »Das Wort Lüge durfte nicht gebraucht werden, dieses Wort war unanständig, man hatte dazu Unwahrheit zu sagen, ebenso sagte man nicht Hintern oder Po, sondern Gesäß, auch nicht schmeißen, sondern werfen, nicht dreckig, sondern schmutzig, nicht Bauchweh, sondern Magenschmerzen.« Ebenda.

169 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 11. September 2009. Drei der Kinder sollten später in der Bundesrepublik promovieren.

Bezüge wie die Politik Hitlers, sondern mehr um von ihm als universal verstandene Werte.[170] So schildert sein Sohn:

> »Vater war sehr konsequent. Weihnachten erhielt die Schwester Kuni drei Bände Rittergeschichten. Sie las eine daraus im Familienkreise vor, und als es hieß, der Ritter habe auf dem Kreuzzug im Orient gelernt, wie man einem Betel Kauenden die Blätter aus dem Munde stehlen könne, sagte Vater: Ein Ritter stiehlt nicht, klappte das Buch zu und er nahm die drei Bände und brachte sie auf den Speicher. Tante Irmgard (v. Frentz, geb. v. Krupp) schenkte wohl 1938 das Spiel Monopoly. Als wir alles aufgebaut hatten und eine Schwester die Spielregeln vorlas, geschah dasselbe: Ankaufen und Verkaufen ist etwas für Krämerseelen oder Juden, wir spielen so etwas nicht – und das Spiel wurde erst wieder 1948 vom Speicher geholt. Ich wünschte mir einen Zauberkasten, in dem Utensilien enthalten sind, um als ›Zauberer‹ aufzutreten. Dieser Wunsch wurde mit der Begründung abgelehnt, mit diesem Kasten lernt man, andere zu täuschen und sich selbst durch Tricks in Pose zu setzen. Einmal sagte meine Schwester, ›dafür könne sie sich nichts kaufen‹. Eine lange Standpauke von Vater war die Folge. Ob man sich etwas kaufen könne oder nicht, sei völlig uninteressant. Man habe Pflichten, Pflichten des Anstandes oder auch andere, und diese müsse man erfüllen, ohne danach zu fragen, ob man sich etwas dafür kaufen könne. […] Einmal meinte er, durch Verhandeln den Einkaufspreis drücken, durch Verhandeln den Verkaufspreis erhöhen, und von der Differenz leben, das sei doch kein Beruf, keine Lebensaufgabe, das sei doch nur etwas für Krämerseelen und nichts für uns.«[171]

Wichtig war Pfeffer auch die Weitergabe seines Ehrverständnisses.[172] So sei

170 Eine Ausnahme stellte hier folgende Episode dar, die Pfeffers Sohn Ferdinand wie folgt schildert: »Meine Mutter hatte eine Postkartensammlung, in der sich auch das berühmte letzte Bild des Zaren Nikolaus befand: Er sitzt auf einem Baumstumpf im Wald und hinter ihm stehen drei Soldaten mit Gewehren. Dazu meinte Vater, dass jemand, der als Alleinherrscher ein Riesenreich wie das russische beherrscht, schon damit rechnen müsse, umgebracht zu werden, aber dass die Roten auch die Zarin und vor allem die Töchter ermordet hatten (1917), war für ihn ein durch nichts zu rechtfertigendes Verbrechen, wodurch die Kommunisten ganz klar ihre Menschenverachtung bewiesen hätten.« Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

171 Ebenda.

172 So schildert sein Sohn: »Wir Kinder spielten mit Nachbarskindern und Schulkameraden im großen Garten natürlich Trapper und Indianer und auch Soldaten, aber nie ›Reiba und Schandi‹ (Räuber und Gendarm). Dabei ›erschossen‹ wir uns gegenseitig mit Holzgewehren. Hiergegen hatte Vater, der dies bisweilen beobachtete, nichts einzuwenden. Einmal hatte ich mit Freunden meinen Bruder Max (geb. 1932) gefesselt und als Gefangenen unter Bewachung abtransportiert. Da erschien Vater und verbot uns weiterzuspielen. Gefesselt werden nur Kriminelle, und so etwas spielen wir nicht. Töten erlaubt – fesseln verboten? Das hat mit Ehre zu tun.« Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.

»Flüstern und Lügen« nur etwas für »Juden und Jesuiten«.[173] Und als sein Sohn Friedrich gegen Ende des Kriegs, Pfeffer war beim Regime bereits in Ungnade gefallen, die Möglichkeit hatte, sich zum Funker bei der Hitlerjugend ausbilden zu lassen, lehnte sein Vater dies mit dem Verweis ab, ein Pfeffer gehöre an die Front, wo man »Auge in Auge« mit dem Feind kämpfen würde.[174]

Pfeffers Frauenbild, darauf weist schon der besondere Werdegang seiner Gattin hin, war einerseits zwar konservativ, beinhaltete jedoch erstaunlich emanzipatorische Züge. So könne man, wie er meinte »den Charakter eines Menschen, ja den Charakter eines ganzen Volkes […] daran erkennen, wie die Damen behandelt werden. Im Orient zählt die Frau nichts und man behandelt sie wie ein Stück Vieh, das einem gehört.«[175]

Seine Dienstwohnung hatte er ab Winter 1930/31 in Berlin. Trotz der politisch schwierigen Jahre fühlte er sich in Preußen wohler als anno 1926 in München.[176] Je mehr sich seine politische Bedeutung reduzierte, nutzte er die sich mit der »Machtergreifung« bietenden Vorzüge. Befördert wurde dies auch dadurch, dass Pfeffer außer seiner jeweiligen sporadischen Verwendungen keinerlei geregelten Aufgaben nachzukommen hatte. Er besuchte Ausstellungen, war stets interessiert an neuester Technik und entwickelte eine Leidenschaft für das Segeln, ein Hobby, dem er zunächst häufiger zusammen mit Goebbels nachging.[177] Sein Sohn schildert:

> »Um 1936 ließ er sich von der Autofirma Maybach in Friedrichshafen am Bodensee einen Personenwagen nach eigenen Angaben bauen, ein exklusives Einzelexemplar, der wohl weit mehr als eine komfortable Villa gekostet haben mag. Außerdem hatte er ein Segelboot gekauft, das am Müritzsee lag. Offensichtlich war aber neben diesen Mitteln für den Kauf kein nennenswertes Vermögen vorhanden. […] Noch im Kriege gingen beide, der Wagen und das Boot […] entschädigungslos verloren.«[178]

Auch wenn der machtpolitische Zugang mehr und mehr versiegte, genoss Pfeffer das Leben eines nationalsozialistischen Honoratioren.[179] Sein propagierter Antimaterialismus verschwand im Gleichtakt mit seinem politischen

173 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.
174 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 12. November 2009.
175 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009. »Einmal fiel die Bemerkung: Frauen ausbeutende Zuhälter gehören lebenslang ins Arbeitslager.« Ebenda.
176 Bereits zuvor war Pfeffer des Öfteren bei Goebbels in Berlin zu Gast gewesen. Siehe etwa Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 17. Juli 1928.
177 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 13. Juli 1934. Im Süden ging Pfeffer des Öfteren auch mit Heß Bergsteigen. Heß: Briefe, Nr. 386 vom 28. Juni 1928.
178 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.
179 Auf die Angaben Pfeffers zu seinem steuerpflichtigen Einkommen im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens ist hier kein Verlass. So gab Pfeffer zwischen 1937 und 1944 ein zu versteuerndes Einkommen zwischen 22.400 RM und 14.127 RM an. StaMünch: Spruchkammerakten 1312.

Bedeutungsverlust. In Pasing wohnte die Familie mit Dienstmädchen, Köchin, Chauffeur, Putz- und Waschfrau in einer, ebenfalls gemieteten, großen Jugendstilvilla in der Lützowstraße, unweit des berühmten Wohnhauses des Architekten Richard Riemerschmid.[180] Zudem verfügte Pfeffer über ein Mercedes Cabriolet samt Fahrer.[181] Auch eine private Sekretärin arbeitete für ihn. Trotz dieser Umstände berichtet Pfeffers Sohn Ferdinand über seine Kindheit in München:

> »Luxus wurde nicht getrieben. Die Eltern gaben nie Einladungen oder hatten sozusagen nie Gäste.[182] Sie gingen auch nie aus, zu Einladungen oder zu Veranstaltungen. Wir fuhren im Sommer öfters zum Baden nach Starnberg, aber nicht in das vornehme mondäne Undosa-Bad, sondern in das einfache Strandbad; manchmal fuhren wir nach Mühltal (zwischen Gauting und Starnberg) zum Waldspaziergang; in das dortige Ausflugslokal kehrten wir nie ein.«[183]

Pfeffer war der Überzeugung, dass ein gehobener Lebensstandard seiner Familie zustünde. Geprahlt wurde damit jedoch nicht. Wenn auf Annehmlichkeit verzichtet wurde, geschah dies aus Überzeugung und nicht nach monetären Gesichtspunkten. »Es galt schon als anrüchig, über Geld zu reden und erst recht [oder] sein Handeln nach dem Geld auszurichten.«[184] Auch ausgeprägte Urlaubsreisen mit der ab 1932 siebenköpfigen Familie – häufig nahm auch die Freundin einer Tochter daran teil – leistete man sich. So war man mehrfach in Südtirol oder an der Nordsee. Mit den Diäten als Reichstagsabgeordneter sowie dem Gehalt seiner Tätigkeit im Verbindungsstab, war dies jedoch nicht zu finanzieren. Im Jahr 1935, nach dem Tod von Marias Mutter, wurde auch der letzte Erbteil, ein Anteil einer Landwirtschaft bei Linn, verkauft.

8.3 In Ungnade

Die »sabotage claims« sollten die letzte Aufgabe Pfeffers von staatspolitischer Bedeutung gewesen sein. Spätestens im Herbst 1936 war allen maßgeblichen Funktionsträgern deutlich geworden, dass mit der »Kasinomentalität« Pfeffers sprichwörtlich kein Staat zu machen war. Vielmehr war er bei den ihm anvertrauten Aufgaben ein Faktor steter Unruhe und stellte damit ein permanentes

180 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.
181 Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 14. November 2009.
182 Eine Ausnahme stellte Hilde von Maibom, eine Schulfreundin der ältesten Tochter Irmgard (»Ita«), dar. Sie ging im Hause Pfeffer ein und aus und wurde, nach eigener Aussage, wie eine vierte Tochter behandelt. Hilde von Maibom: Mündliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.
183 Friedrich äußerte sich zu dem Leben in Pasing: Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 12. November 2009.
184 Ebenda.

und unkalkulierbares Risiko dar. Hinzu kamen seine erneuten Auseinandersetzungen auch mit Hitler persönlich. So berichtet Rosenberg, dass Pfeffer nach 1933 Hitler anlässlich einer Unterredung mit Generälen blamiert habe. So habe Pfeffer entgegen allen vorherigen Beteuerungen gegenüber Hitler hier unvermittelt zugegeben, dass er bereits in seiner Zeit als Osaf beste Kontakte in das Offizierskorps unterhalten hätte. »Auf die empörte Frage Hitlers nun, warum er ihm die Unwahrheit gesagt hätte, antwortete Pfeffer, er habe den Führer nicht beunruhigen wollen.«[185] Pfeffers Sohn erinnert sich an Berichte der Mutter und der ältesten Schwester über einen Besuch Hitlers bei Pfeffer ins Pasing, bei dem es – wohl 1935 – ebenfalls zur Eskalation gekommen sei. So habe Hitler Pfeffer im Nebenzimmer »angebrüllt« und anschließend wutentbrannt das Haus verlassen.[186] Schließlich kam es auch während der Olympischen Spiele, bei denen Pfeffer den Begleitstab des griechischen Königs Paul I. leitete,[187] zu Konflikten zwischen ihm und Hitler.[188]

An Pfeffers ab 1936 versiegendem Zugang zur Staats- und Parteispitze änderte auch die 1938 stattgefundene Hochzeit Johanns, genannt Hanno, Raitz von Frentz, einem entfernten Cousin von Pfeffers Frau, mit Irmgard von Bohlen und Halbach, der Tochter von Gustav Krupp, nichts. Gustav Krupp, der zunächst gegen die Hochzeit war, merkte wohl alsbald, dass der von ihm sicherlich erhoffte verbesserte Kontakt zu Hitler über Pfeffer nicht zu erreichen war.[189]

Einen nicht unerheblichen Anteil an Pfeffers nun immer rasanterem Abstieg hatte wohl auch Pfeffers ehemaliger Mitarbeiter Bormann, der inzwischen zum Stabsleiter bei Heß aufgestiegen war. Der im Hintergrund agierende, ehrgeizige Bormann verfügte durch die Verwaltung des Privatvermögens des Parteiführers über maßgeblichen Einfluss bei Hitler.[190] Er hatte Pfeffers von ihm als herablassend empfundene Attitüde nie verziehen.[191] Nun, in der Hierarchie an Pfeffer vorbeigerückt, war er Pfeffers permanenter Gegenspieler.[192]

Insgesamt rächte sich nun, dass Pfeffer, wie schon als Osaf, auch in Berlin es erneut nicht vermocht hatte, tragfähige Seilschaften aufzubauen. Stennes war 1931 nach China gegangen, Strasser war 1934 ermordet worden. Zu Goebbels

185 Rosenberg: Letzte Aufzeichnungen, S. 226.
186 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 5. Dezember 2010.
187 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.
188 StaMünch: Spruchkammerakten 1312, Eidesstattliche Erklärung von Pfeffers Sekretärin Ingeborg Knopps vom 8. Juli 1948.
189 Privatarchiv von Pfeffer: Gustav Krupp an Pfeffer vom 13. September 1937.
190 Noch 1929 war Pfeffer als Bormanns Vorgesetzter auf dessen Hochzeit mit Gerda Buch, der Tochter Walter Buchs, Ehrengast gewesen. Hitler und Heß waren hier Trauzeugen. Siehe Koop: Martin Bormann, S. 15.
191 Vgl. zum Verhältnis Pfeffer und Bormann Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 76 und Wulf: Martin Bormann, S. 20.
192 Lang: Der Sekretär, S. 81; Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

riss der Kontakt immer mehr ab.[193] Mit anderen Größen, wie den Gauleitern oder dem jetzigen Innenminister Frick, hatte es schon zuvor Auseinandersetzungen gegeben,[194] Göring und Himmler hatten bestenfalls kein Interesse an der Karriere Pfeffers.[195] Von den Münchenern hatte er ohnehin nichts Positives zu erwarten und auch mit Wagener, Lutze oder anderen ehemaligen SA-Kameraden – die meisten davon litten selbst unter der Marginalisierung der SA – gab es keine tragfähige Verbindung zur gegenseitigen Förderung.

Schuld daran war letztlich auch Pfeffers konfliktbehaftetes Auftreten. Eine Episode aus Hagen zeigt dieses beispielhaft. Die Hagener Stadtväter planten im Jahr 1938 aufgrund des Hitlerbesuchs bei Pfeffer auf Haus Busch 1926, dort ein »Adolf Hitler-Gedächtniszimmer« einzurichten. Pfeffer sagte zunächst die Überlassung des Mobiliars zu. Statt sich jedoch des Projekts anzunehmen und eventuell sogar einen persönlichen Nutzen daraus zu ziehen, forderte er wenig später 2.000 RM für die Überlassung der Originaleinrichtung. Obwohl der Hagener Oberbürgermeister Heinrich Vetter sogar den Gauleiter und Dienststellen in Berlin einschaltete, blieb Pfeffer unnachgiebig.[196]

Lediglich zu Heß vertiefte sich das Verhältnis. Der StdF wurde zu Pfeffers letzter Stütze in der Partei. Trotz der zahlreichen Konflikte und Meinungsverschiedenheiten in der Vergangenheit,[197] hatte sich eine persönliche Freundschaft entwickelt, die, im Fall Pfeffer eine Ausnahme, auch über den Bereich des Dienstlichen hinausreichte.[198] Entscheidend dafür war wohl, dass Heß Pfeffer, trotz all dessen Eskapaden und auch wenn dieser formal sein Untergebener war, nicht als Befehlsempfänger, sondern als verdienten Offizier und eigenständig agierenden Freigeist akzeptierte. So ist davon auszugehen, dass der rigorose, durchsetzungsfähige und bisweilen exzentrische Pfeffer das persönliche Verhältnis mit dem mehr introvertierten, ja bisweilen »hypochondrisch und depressiven«[199] Heß dominierte. Es ist das Schicksal Pfeffers, dass er sich, nachdem er den essenziell wichtigen Zugang zu Hitler verloren hatte, ausgerechnet auf den Mann beziehen musste, der als Schatten Hitlers seine Reputation in der Bewegung selbst ausschließlich aus der Nähe zum Führer bezog und der selbst seit Mitte der dreißiger Jahre mehr und mehr Schwie-

193 So findet sich von Juli 1936 bis ins Jahr 1940 keinerlei Notiz mehr über Pfeffer in den Tagebüchern Goebbels.

194 Vgl. Kapitel 8.1.1.

195 Heiden: Hitler, S. 276 f. Siehe zu Himmler: BArch: N 19/2817.

196 Blank: Hagen, S. 400 f. Eine Hagener Firma spendete schließlich die 2.000 RM der Stadt für den Ankauf der Zimmereinrichtung. Dennoch kam es nicht zur Einrichtung des Zimmers, da »die Möbel von Pfeffer während des Kriegs nicht erreichbar sind«, wie es hieß. Ebenda, S. 401.

197 Auch etwa in der 30.000-Mark-Angelegenheit stand Heß keineswegs auf der Seite Pfeffers. Krebs: Tendenzen und Gestalten, S. 171.

198 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009. Vgl. auch Padfield: Hess, S. 38.

199 Schmidt: Heß, S. 288.

rigkeiten hatte, seine Machtposition im NS-Staat zu behaupten.[200] Auch Heß konnte nicht verhindern, dass die Zuständigkeiten Pfeffers auf ein Minimum reduziert wurden.[201]

Trotz aller Vorzüge des privilegierten mondänen Lebens belastete dieser Zustand Pfeffer.[202] Je größer sein Bedeutungsverlust wurde, umso stärker zog er sich auf die Dogmen und Ansichten des preußischen Offiziers zurück. Ehre, Treue, Pünktlichkeit, Genauigkeit, Pflichtgefühl und ein militärisch geschliffenes Auftreten – diese Werte wurden nun auch als Kompensation, mehr denn je, zu dem elementaren Bestandteil von Pfeffers Selbstdarstellung und Selbstverständnis. Gleichzeitig dienten sie als Begründung seines Versagens, sich im NS-Staat zu etablieren.[203] Hinzu kam die stete Betonung der Bedeutung der Freikorpsbewegung für den Nationalsozialismus.[204] Seine zunehmende Borniertheit nahm zeitweilig bizarre, exzentrische Züge an. Heß nannte Pfeffer in Anlehnung an Theodor Storms gleichnamige Geschichte »Schimmelreiter«[205] und Hitler stellte Jahre später fest: »Mich hat die Erfahrung gelehrt, unter anderem bei von Pfeffer: Wenn gewisse Leute einmal eine bestimmte Mentalität annehmen, dann geht das in Fleisch und Blut über. Das moralische Ethos, der Idealismus, versackt in einem Zweckidealismus, in dem die Grenze zwischen Idealismus und Egoismus verschwimmt.«[206]

Dennoch, trotz des Abstiegs kann von einer Distanzierung vom NS-Staat bis 1941 nicht gesprochen werden. Pfeffer arbeitete weiter im Stab Heß und

200 Vgl. zu den Gründen des Machtverfalls von Heß: ebenda, S. 85 ff.

201 Ende November 1936 sollte Pfeffer etwa als Stellvertreter von Heß einen Sitz im neu geschaffenen, jedoch völlig bedeutungslosen Präsidialrat der Vereinigung Deutscher Frontkämpfer-Verbände bekommen. Helmut Heiber: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil 2, Bd. 3. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, München u. a 1992, Dok. Nr. 31142. Auch sein Geheimdienst wurde, nach Aussage Pfeffers, nicht unterstützt. ZZS Pfeffer II, Bl. 63 f. Hierzu passt auch, dass die Zugehörigkeit zum Stab des StdF zwar nach wie vor viel Prestige mit sich brachte, der »Verbindungsstab zur NSDAP« in Berlin, dem Pfeffer angehörte, in seiner Bedeutung jedoch nach und nach marginalisiert wurde. Longerich: Hitlers Stellvertreter, S. 17. Pfeffer war bisweilen offenbar derart unterbeschäftigt, dass er sich mit seinem Fahrer auf Verbrecherjagd machte. Sein Sohn berichtet: »Um Berlin herum fällte ein Verbrecher Bäume, die dann auf die Straße fielen, und wenn dann ein Autofahrer anhalten musste, wurde er mit vorgehaltener Pistole ausgeraubt. Das wird wohl 1936/37 gewesen sein. Vater fuhr spät abends mit seinem Fahrer Hülsebusch, beide mit Pistolen bewaffnet, auf diesen einsamen Straßen, um den Räuber zu stellen. Aber sie trafen nie auf ihn.« Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.

202 Vgl. IfZ: Fa 107, Bd. 2, Bl. 271 ff.

203 So schreibt Pfeffer später, seine Blöße seien »nur Ehre und Treue« gewesen. ZZS Pfeffer I, Bl. 4.

204 1938 schrieb er etwa: »Das Wirken der Freikorps ist aus der Vorgeschichte unseres heutigen Triumpfes nicht wegzudenken.« Pfeffer in: StdAM: Stadt-Dok, Nr. 32, Manuskript Pfeffers, S. 21.

205 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

206 Picker: Hitlers Tischgespräche, Dok. 25, S. 177.

nach wie vor suchte er die Nähe zu den führenden Nationalsozialisten. Zu den NS-Parteitagen nach Nürnberg wurde er weiter persönlich eingeladen,[207] zu den Geburtstagen gratulierten artig die Größen aus Staat und Partei.[208] Als am 8. November 1939 im Münchener Bürgerbräukeller bei der Jubiläumsveranstaltung zum Hitlerputsch die Bombe Georg Elsners explodierte, war Pfeffer ebenfalls anwesend. Kurz vor der Detonation hatte er den Saal verlassen.[209] Pfeffer empfand sich als Teil des neuen Erfolgsstaats. An der Durchsetzung der von ihm einst geforderten radikal-autoritären Herrschaft nahm er ebenso wenig Anstoß wie an Hitlers aggressiver Außenpolitik. Im Gegenteil, er stützte den Staat und identifizierte sich trotz seines politischen Abstiegs vollends mit ihm.

Parallel dazu beanspruchte Pfeffer als verdienter Nationalsozialist große Freiheiten. Tatsächlich bekam Pfeffer auf unterer Funktionärsebene, wo sein Statusverlust zu kaschieren war und nach wie vor das Bild des ehemaligen Osaf mit vermeintlich direktem Zugang zu Hitler Bestand hatte, gewisse »Freiheiten« gestattet.[210] So konnte seine älteste Tochter, Irmgard, aus schulischen Gründen 1936 ohne Schwierigkeiten aus dem Bund Deutscher Mädel (BDM) austreten.[211] Über eine SA-Razzia, bei der Pfeffer in einem Berliner Kaffeehaus bei seiner Leidenschaft, dem Schachspiel, ausgerechnet mit einem Juden aufgegriffen wurde, wurde auf sein Geheiß hin kein Bericht angefertigt.[212]

Statt politischen Einflusses und Staatsamts blieb ihm jedoch nur, dafür Sorge zu tragen, dass seine Verdienste in der Bewegung nicht in Vergessenheit gerieten und sein Prestige nicht vollends verblasste. Um den Jahreswechsel 1938/39 stellte er einen Antrag auf Verleihung des Blutordens. Bormann, der schon gar nicht für Pfeffer bereit war eine Ausnahme zu machen, lehnte dies unter Berufung auf formale Gesichtspunkte ab.[213] Ein Jahr darauf forderte Pfeffer »vier kleine und ein großes Ersatz-Ehrenabzeichen«[214] an. Der astrolo-

207 Privatarchiv von Pfeffer: Einladung Heß an Pfeffer für den RPT 1937.

208 Ebenda. Diese liegen noch für das Jahr 1937 etwa von Hitler, Himmler, Heß und Lutze vor. Bemerkenswert ist, dass Himmler Pfeffer zwei Bände des Buches »Tschingis-Can« des aus der Ukraine stammenden Autors von Michael Prawdin schenkte.

209 Hilde von Maibom: Mündliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.

210 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 12. November 2009.

211 Hilde von Maibom: Mündliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009. Dazu auch in Privatarchiv von Pfeffer: Klaus Pfeffer an Maria von Pfeffer vom 17. August 1936. Irmgard hatte Probleme mit der Vereinbarung von Gymnasium und den zeitraubenden Aktivitäten des BDM. Nach den Erinnerungen Ferdinand von Pfeffers handelt es sich hier um den Ausritt der mit der Familie eng verbundenen Hilde Gerbel (später: Hilde von Maibom). Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 12. November 2009.

212 So nach der Familienüberlieferung: Nikolaus Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 6. Oktober 2009.

213 Helmut Heiber: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil I, Bd. I. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, München u. a 1983, Dok. Nr. 13109.

214 BArch: PK – Franz von Pfeffer, Bl. 732. Gemeint war das Pfeffer 1933 verliehene Goldene Parteiabzeichen.

giegläubige Heß traf den Zustand von Pfeffers Karriere wohl am besten, als er ihm im Mai 1937 zu dessen »45. Geburtstag« wünschte: »Mögen bald freundlichere Konstellationen der Gestirne über ihnen stehen.«[215]

8.3.1 Heßflug und Parteiausschluss

Die ehrlichen Wünsche von Heß erfüllten sich nicht. Wohl im Laufe des Jahres 1940 musste Pfeffers Geheimdienst geschlossen werden.[216] Der mit Kriegsbeginn gestiegene finanzielle Bedarf war nicht mehr zu decken. Pfeffers Förderer, von Reichenau, war nun als kommandierender General an der Front und auch aus dem Aufrüstungsetat ließen sich mit Kriegsbeginn immer schwieriger Mittel abzweigen. Die von Pfeffer als unumgänglich erachtete Verlegung der »technischen Zentrale« nach Lissabon war so unmöglich.[217] Jahnke, der wohl bereits zuvor auch parallel für den SD gearbeitet hatte, stellte seine Erkenntnisse nun vollständig Heydrich zur Verfügung.[218]

Mit Ausbruch des Kriegs unternahm Pfeffer, ausgestattet mit von Heß unterschriebenen Passierscheinen, immer wieder Fahrten zu verschiedenen Fronten. Der Faszination dieses Ortes, der Pfeffer in Krieg und Nachkrieg so geprägt hatte, konnte er sich nicht entziehen.[219] Sein exzellentes Französisch kam ihm zugute, als er nach dem Sieg über Frankreich des Öfteren auf Inspektionsfahrten in besetzten Gebieten unterwegs war.[220] Weiter besuchte er Sehenswürdigkeiten und nutzte seinen privilegierten Status. Zurück in Deutschland war Pfeffer indes beschäftigungslos. Er reiste viel, traf sich mit alten Weggefährten, ohne jedoch politische Zwecke zu verfolgen. Pfeffers angenehmes Leben änderte sich schlagartig nach dem Schottlandflug von Heß am 10. Mai 1941.

Als enger Vertrauter ist über die Rolle Pfeffers bezüglich des Schottlandflugs der StdF viel spekuliert worden.[221] Pfeffers weitgehend unbekannter Werdegang und seine Affinität zum Konspirativen und Subversiven in Verbindung mit der Kuriosität des Heßflugs – nicht überraschend haftet dieser Kombination bis heute ein besonderer Reiz an. So will der englische Militärhistoriker Liddell Hard herausgefunden haben, dass Ilse Heß, als sie von dem Schottlandflug ihres Mannes erfuhr, einen »in dessen Privatsafe aufbewahrten und

215 Privatarchiv von Pfeffer: Heß an Pfeffer vom 19. Mai 1937. Hess irrte hier im Datum. 1888 geboren, wurde Pfeffer im Jahr 1937 bereits 49 Jahre alt. Zudem hatte Pfeffer im Februar Geburtstag.

216 Reinhard Doerries: Hitler's Intelligence Chief. Walter Schellenberg, New York 2009, S. 48.

217 ZZS Pfeffer II, Bl. 64.

218 Doerries: Schellenberg, S. 48; Schlie: Carl Marcus, S. 95 und 104.

219 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

220 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 20. September 1940.

221 Padfield: Hess, S. 166 f. Siehe auch John Costello: Ten days to destiny. The secret story of the Hess peace initiative and British efforts to strike a deal with Hitler, New York 1991, S. 139 f.

mit ›Pfeffer‹ bezeichneten Ordner vernichtet [habe], um Pfeffer von Salomon vor Bormanns Strafmaßnahmen zu schützen«.[222] Hatte tatsächlich Pfeffers Geheimdienst dazu beigetragen, dass Heß die politische Situation in Großbritannien falsch eingeschätzt hatte?[223] Oder hatte der stets Finten und außergewöhnlichen Manövern offen gegenüberstehende Pfeffer gar zu einem Flug geraten? Hsi-Huey Liang vermutet etwa, leider ohne Angabe einer Quelle, dass Heß' Flug unmittelbar auf eine Konversation zwischen Jahnke und Pfeffer zurückgehen würde. Diese sollen davon gesprochen haben, wie wichtig es wäre, in England einen Mann zu haben, dem auch die Engländer vertrauen würden. Heß hätte darauf beschlossen, sich dieser Mission persönlich zu widmen.[224] Bewiesen werden kann diese Vermutung jedoch bis heute nicht, zumal keine diesbezüglichen Dokumente vorliegen und Pfeffer und Heß zu Lebzeiten darüber keine Auskünfte gaben. Insgesamt ist jedoch nach intensiver Studie des Charakters Pfeffers zu bemerken, dass ein derartig irrationales Vabanquespiel durchaus den Gefallen und vielleicht sogar den Zuspruch des ehemaligen Osaf gefunden haben könnte.[225] Hinzu kommt, dass beide Akteure, Heß und Pfeffer, ähnliche Motive hatten. Beide waren in der Partei und bei Hitler ins Abseits geraten. Mit einem Erfolg des Unternehmens könnte auch Pfeffer, wie Heß selbst, die Chance gesehen haben, die Gunst Hitlers zurückzugewinnen.

Bei allen Spekulationen, einwandfrei klar ist die Reaktion Hitlers auf den Flug. Er war außer sich vor Wut.[226] Er kümmerte sich, entgegen seiner sons-

222 Maser: Fälschung, Dichtung und Wahrheit, S. 136. Die Familie von Pfeffer wurde ebenfalls von Liddell Hard befragt, bezweifelt allerdings die Darstellung des Historikers. Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009. Liddell Hart vermutete, dass Jahnke im Auftrag der Sowjets mithalf, Heß nach Schottland zu locken. Dies klingt jedoch angesichts der sowjetischen Reaktionen und deren Politik im Vorfeld des »Unternehmens Barbarossa« wenig plausibel. Vgl. Rainer F. Schmidt: »Appeasement oder Angriff?«. Eine kritische Bestandsaufnahme der sog »Präventivkriegsdebatte« über den 22. Juni 1941, in: Jürgen Elvert (Hrsg.): Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2003, S. 220-233, S. 231. Jahnke soll zudem nach dem Heßflug auch bei den Nationalsozialisten in Ungnade gefallen sein und sich anschließend auf sein Gut in Pommern zurückgezogen haben. Sein weiterer Werdegang nach der Eroberung Pommerns durch die Sowjets ist unbekannt. Doerries: Jahnke, S. 43 f.

223 Zur Aktivität Jahnkes in diesem Zusammenhang vgl. Schlie: Carl Marcus, S. 103 f. Wobei unklar ist, ob Jahnke 1941 noch für/mit Pfeffer arbeitete. Vgl. auch Padfield: Hess, S. 114.

224 Liang: Sino-German connection, S. 118.

225 Vgl. dazu etwa Pfeffers Freikorpskarriere oder auch zeitnäher sein Verhalten in der Österreichfrage Kapitel 8.1.2.

226 Schmidt: Heß, S. 198; James Douglas-Hamilton: Geheimflug nach England. Der »Friedensbote« Rudolf Heß und seine Hintermänner, Düsseldorf 1973, S. 154 ff.; Armin Nolzen: Der Heß-Flug vom 10. Mai 1941 und die öffentliche Meinung im NS-Staat, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Skandal und Diktatur, Göttingen 2004, S. 130-156, S. 139 ff. Vgl. weiter Franz Graf-Stuhlhofer: Hitler zum Fall Heß vor den Reichs- und Gauleitern, in: Geschichte und Gegenwart (1999), S. 95-100.

tigen Gewohnheit, zunächst persönlich um den Fall.[227] Enge Mitarbeiter von Heß wurden verhaftet. Sein Adjutant Pintsch, der eingeweiht gewesen war, wurde bis Kriegsende in Konzentrationslagern inhaftiert. Heß' Name wurde innerhalb kurzer Zeit aus dem öffentlichen Leben entfernt. Auch Pfeffer wurde verhaftet und in das SS-Gefängnis in die Prinz-Albrecht-Straße gebracht. Hitler lastete ihm als Intimus Heß' eine Mitschuld an den Geschehnissen an. Eine Quelle des US-Geheimdienstes behauptete später, dass Pfeffer Hitler nach dem Flug von Heß zum Friedensschluss mit England aufgefordert hätte und er daher verhaftet worden sei.[228] Da jedoch für eine Mitschuld oder auch nur für eine Mitwisserschaft Pfeffers weder Zeugen noch Beweise vorzufinden waren, forderte Hitler von Himmler und Goebbels eine schriftliche Darstellung über die Ereignisse um den Rücktritt Pfeffers als Osaf.[229] Auch diese, wie angesichts der Umstände zu erwarten war, für Pfeffer wenig schmeichelhaft ausfallenden Berichte, konnten eine Schuld nicht beweisen.[230] Dennoch blieb Pfeffer in Haft. Hitler hatte inzwischen die Verantwortung in der »Causa Heß« Bormann und dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) übertragen.

Da Hitler für Pfeffer nicht zu kontaktieren war und auch angesichts der Antipathie Bormanns seine Entlassung nicht zu erwarten war, stieg seine Sorge. Als er bemerkte, dass er in den SS-Gefangenenlisten unter seinem vollständigen Namen, Franz Pfeffer von Salomon, geführt wurde, stellte er aus dem Gefängnis heraus einen Antrag auf Namensänderung auf Franz »von Pfeffer«, dem mit der »Verfügung der Reichsminister des Innern vom 3. 7. 1941«[231] stattgegeben wurde. Pfeffer wusste natürlich um die mögliche jüdische Asso-

227 Schmidt: Heß, S. 198.

228 Bericht abgedruckt in: Peter Hoffmann: The history of the German resistance 1933-1945, London 1977, S. 743. So heißt es hier: »I also know that von Pfeffer, who was the organizer of the Nazi party in Prussia, made the same recommendation [des Friedensschlusses mit England] to Hitler and was immediately arrested and ordered to be shot. But due to the intercession of Frau von Pfeffer he was reprieved and put in solitary confinement.«

229 Interessant ist, was die 1935 zusammen mit ihrem Sohn Nikolas nach England emigrierte und ab 1939 internierte Auguste, genannt Gulla, Kell-Pfeffer – eine inzwischen geschiedene Frau eines Cousin Pfeffers – dem englischen Geheimdienst zu Heß zu berichten wusste. Demnach befinde sich Heß in einer »hündischen Abhängigkeit« zu Hitler und habe auch in den homosexuellen Kreisen um Röhm verkehrt. Röhm habe Heß »die schwarze Paula« genannt. (Padfield: Hess, S. xiv.) Die Aussage ist daher interessant, da Gulla bis 1935 in engem persönlichen, und nach ihrer Emigration immer noch bis 1939 in stetem brieflichen Kontakt zu Pfeffer stand. 1936 hatte Pfeffer die Familie in London besucht. Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 14. November 2009; Nikolaus Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 6. Oktober 2009; Privatarchiv von Pfeffer: Klaus und Gulla Pfeffer an Maria von Pfeffer vom 17. August 1936. Vgl. zu Krell-Pfeffer: Bettina Beer: Frauen in der deutschsprachigen Ethnologie. Ein Handbuch, Köln u. a. 2007, S. 163 ff.

230 Goebbels: Tagebücher, Eintrag vom 25. Mai 1941; BArch: N 19/2817.

231 Genealogisches Handbuch: Adelige Häuser B, Bd. XX, S. 333.

ziation, die das »von Salomon« automatisch auslöste und sah nun die Gefahr einer Verwechslung. Zweifelsohne war die Namensänderung ein Schritt der Verzweiflung. Pfeffer war sich bewusst, dass nach dem Wegfall seines Gönners, Protektors und Freundes Heß er seinen Rückhalt in der Partei vollständig verloren hatte. Er drohte nun Opfer der von ihm stets geforderten rücksichtslosen Totalität des Regimes zu werden und zog, um dies zu vermeiden, alle Register.

Anfang November verschärfte ein weiterer Vorfall Pfeffers Lage. Himmler und Bormann hatten Hitler ein Schreiben der Ehefrau des Gauleiters des Gaues Westfalen-Süd, Josef Wagner, zugespielt. Die streng katholische Ehefrau Wagners äußerte sich darin über die geplante Heirat der Tochter mit einem konfessionslosen SS-Führer echauffiert. Hitler war nach dem Erhalt des Briefes außer sich. Am 9. November 1941 entzog er Wagner in Anwesenheit fast aller Reichsleiter und der meisten seiner Gauleiterkollegen all seine Staats- und Parteiämter. In diesem Zusammenhang deutete er »nebulös«[232] auch eine Verwicklung Pfeffers an. Pfeffer und Wagner, die sich schon aus dem Ruhrkampf kannten, waren vor Inhaftierung Pfeffers in engerem Kontakt gestanden. Goebbels diktierte dazu in sein Tagebuch:

> »Außerdem hat Wagner noch mit dem früheren Osaf Hauptmann von Pfeffer konspiriert, der bekanntlich zu Heß in engeren Beziehungen stand und der Partei, sowohl solange er im Amt war, als auch seit er außerhalb des Amtes ist, immer schweren Schaden zugefügt hat. Auch vor ihm habe ich den Führer schon im Jahr 1926 ausdrücklich gewarnt. Der Führer gibt mir das auch einmal ausdrücklich zu. Pfeffer wird in ein Konzentrationslager überführt, Wagner seines Gauleiterpostens enthoben und sein Fall dem Parteigericht übergeben. […] Damit ist die Partei zwei Nieten los, eine Maßnahme, die schon lange fällig war.«[233]

Wohin Pfeffer schließlich überliefert werden sollte, ist ungewiss. Am 24. November erhielt er, noch immer in »Polizeigewahrsam« in der Prinz-Albrecht-Straße, von Bormann die formlose und unpersönliche Mitteilung über seinen erfolgten Parteiausschluss durch Hitler.[234] Wie in solchen Fällen üblich, wurde, um Missstimmungen und Unruhe zu vermeiden, der Ausschluss geheim gehalten.[235] Drei Tage später folgte, nach bereits mehrmonatiger Haft, die Mitteilung über die Aufhebung der Immunität und der Ausschluss Pfeffers aus der Reichstagsfraktion.[236]

Hatte Pfeffer seinen Machtverfall bis ins Jahr 1941 loyal ertragen, wehrte er sich nun angesichts der bedrohlichen Konsequenzen. So schrieb er bereits in Haft eine Vielzahl von Briefen an alte Weggefährten. Er reagierte ganz ähnlich

232 Ian Kershaw: Hitler, Bd. 2: 1937-1945. Nemesis, Stuttgart² 2000, S. 587 f.
233 Goebbels: Tagebücher, Diktat vom 10. November 1941.
234 BArch: NS 46/15, Bl. 2, abgedruckt auch in: AdPK Bd. 2, Dok. Nr. 25977.
235 Auch Goebbels befürchtete, dass der Ausschluss Pfeffers »Wellen schlagen« könnte. Goebbels: Tagebücher, Diktat vom 10. November 1941.
236 BArch: NS 46/15, Bl. 3 f.

wie Strasser 1932 nach dessen Rücktritt. Aber wie schon bei Strasser erfolgte auch im Fall Pfeffers keine positive Parteinahme von maßgeblicher Stelle. Der Fall Heß war zu prekär und Hitlers Positionierung zu eindeutig, als eine solche zu erwarten war. Einmal mehr rächte sich, dass sich Pfeffer in den vergangenen 15 Jahren mit fast jedem überworfen hatte, der später in der NSDAP Karriere machen sollte. Einige Briefe landeten schließlich wohl auch bei Bormann.[237]

Für Aufsehen sorgte indes ein Brief, den Pfeffer, angeblich um Bormann zu umgehen, an Göring zur Weitergabe an Hitler gesandt hatte.[238] In diesem setzte er sich gegen die angeblich ungerechtfertigten Verdächtigungen derart scharf zur Wehr,[239] dass Goebbels, als er Wochen später davon erfuhr, in sein Tagebuch diktierte: »Der Hauptmann von Pfeffer, die letzte Stütze von Heß in der Partei ist eine Zeitlang im KZ gewesen. Er hat an Göring einen so unverschämten Brief geschrieben, dass ihm mitgeteilt werden musste, wenn er sich noch einmal eine Frechheit erlaube, so hätte er mit den allerschwersten Folgen zu rechnen.«[240]

Obwohl er Hitler nichts mehr zu bieten hatte, setzte er, wie schon 1927,[241] in einem Brief an den Diktator alles auf eine Karte. Er vertraute dabei auf die von ihm Hitler unterstellten »Treue-Komplexe«.[242] Tatsächlich ging Pfeffers Kalkül auf. Warum Hitler schließlich doch den Ausgleich suchte, ist schwer zu sagen. Vielleicht lag es an der Unruhe, die der Name Pfeffer immer noch bei einigen Funktionären hervorrief, vielleicht erinnerte sich Hitler an die von Pfeffer geleisteten Dienste. In jedem Fall beauftragte er Ende 1941 Bormann, einen »Modus Vivendi« mit Pfeffer zu finden. Pfeffer schilderte: »Hitler bot eine lebenslängliche OSAF-Pension (etwa DM [sic!] 1.500.--) an und verlangte, v. Pfeffer solle angesichts des Krieges ›a Ruh‹ geben, und die Münchener Reichsleitung der Partei nicht betreten, um dort ›einen Wirbel‹ zu machen, schließlich solle er seinen Wohnort Pasing nicht verlassen. V. Pfeffer nahm an …«[243]

Nach der Entlassung hielt sich Pfeffer offenbar an die Vereinbarung.[244] In Pasing allerdings hielt es ihn nicht lange. Wieder reizte ihn die Front. In den

237 Lang: Der Sekretär, S. 253.
238 ZZS Pfeffer II, Bl. 66 f.
239 Lang: Der Sekretär, S. 253.
240 Goebbels: Tagebücher, Diktat vom 25. März 1942.
241 Vgl. Kapitel 6.3.4.
242 ZZS Pfeffer I, Bl. 36.
243 Dieser Version der Ereignisse, die Pfeffer im Jahr 1963 schilderte (ZZS Pfeffer II, Bl. 66 f.), ist derjenigen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit den Vorzug zu geben. Vgl. StaMünch: Spruchkammerakten 1312, »Meine Beziehung zur NSDAP« vom 15. Juli 1948, Bl. 5 f.; ZZS Pfeffer I, Bl. 11 f.). Letztere ging offensichtlich von der Intention der Distanzierung von Hitler und dem NS-Regime aus.
244 Der Führer des NSKK, Adolf Hühnlein, hatte ihm offenbar den Rat gegeben, dass, wenn irgendwo geschossen werden sollte, er »sich sofort aus der Schusslinie entfernen möge«. Ebenda, Bl. 15.

folgenden Jahren besuchte er mehrmals alte Kameraden an der Front in der Sowjetunion und machte sich hier ein Bild über die Lage.[245]

Hatten Pfeffers Verdienste durch seinen rasanten Abstieg ab 1930 ohnehin in der nationalsozialistischen Geschichtsschreibung bis dato kaum Würdigung erfahren – ein Sachverhalt, der sich nach 1945 unter anderen Vorzeichen wiederholen sollte –, war Pfeffer nun, nach 1941, zur Persona non grata geworden. In Erinnerungsliteratur oder der nationalsozialistischen Geschichtsschreibung wurde seine Erwähnung vermieden und für ambitionierte Funktionäre galt es, sich von Pfeffer fernzuhalten. Dennoch hatte Hitlers Mixtur aus Versorgung und Drohung offenbar ihre Wirkung nicht verfehlt. Pfeffer arrangierte sich mit den neuen Gegebenheiten. Vielleicht lag es an einer Art »Altersmilde«, vielleicht aber auch an der Drohung mit ultimativen Konsequenzen – politische Eskapaden Pfeffers sind von fortan nicht mehr überliefert. Zur Führung des »Dritten Reiches« hatte er keinen Kontakt mehr. Wohl aus Zufriedenheit über diese Entwicklung sprach ihm Hitler im Jahr 1943 anscheinend eine höhere Donation zu.[246] Sein Misstrauen gegenüber dem aus dem Sichtfeld des Führers gerückten Pfeffer blieb jedoch bestehen.[247]

Ende 1943 ersuchte Pfeffer um eine Verwendung im Osten. Ob dies mit einer eventuellen Auflage bezüglich der Donation Hitlers, des mit dem Verlust des Reichstagsmandats einhergehenden merklich zurückgegangenen Lebensstandards[248] oder vielleicht auch mit der sich verschlechternden Kriegslage in Zusammenhang stand, kann nicht geklärt werden. Am 22. Januar 1944 schrieb der Hauptabteilungsleiter der Abteilung Wirtschaft des Generalkommissariats Minsk, Dr. Meyer, an den Ministerialdirektor Dr. Schlotterer:

> »Ich komme zurück auf Ihre Frage über den Einsatz des Hauptmann Pfeffer. […] Für den Einsatz des Hauptmann Pfeffers steht gegebenenfalls die große Glasfabrik Stolle bei Beresowka am Njemen im Gebiet Nowogordek zur Verfügung. Der Betrieb hatte in der alten polnischen Zeit etwa 800 Gefolgschaftsmitglieder. Auf dem ausgedehnten Fabrikgelände von 26 ha stehen 53 verschiedene Häuser, davon 15 Steinhäuser. […] Herr Stolle würde weiterhin die fachliche Leitung in der Hand haben während Hauptmann Pfeffer die Aufsicht über den Betrieb zu führen hätte, sich um Schutz und Sicherheit zu kümmern hätte, den Abtransport und die Abrechnung der hergestellten Güter leiten müsste und überhaupt dafür besorgt sein müsste, die Leistungen des Betriebes zu steigern […] Eine Treuhändervergütung in

245 Er selbst nannte die Generale Kleist und Busch. ZZS Pfeffer II, Bl. 67. Manstein hätte er nicht angetroffen. Kleist, Busch waren in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre zeitweilig in Münster stationiert. Manstein diente zeitweilig als Stabsoffizier beim Wehrkreiskommando II in Pommern.

246 Gerd Ueberschär et al.: Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten, Frankfurt a. M. 1999, S. 139.

247 Vgl. zu diesem diffusen Misstrauen gegenüber dem ehemaligen Freikorpsführer auch den Brief Gerda Bormanns FN 8/255.

248 So Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 12. November 2009.

der üblichen Höhe und dazu die Tagegelder könnte der Betrieb durchaus tragen. Ich würde vorschlagen, dass sich nun Hauptmann von Pfeffer, falls er an diesem Objekt Interesse hat, direkt mit mir in Verbindung setzt.«[249]

Die ganze Gegebenheit erscheint fast bizarr. Für Maßnahmen des Schutzes des Betriebes betreffend, war Pfeffer zweifellos geeignet. Nun sollte jedoch der ins Abseits geratene ehemalige Osaf, der wirtschaftliches Handeln stets abgelehnt hatte und gleich in rund ein Duzend Finanzskandale verwickelt war, mit Abrechnungen sowie der Effizienzsteigerung eines Unternehmens beauftragt werden. Pfeffer nahm an und reiste in das besetzte Gebiet. Nach weniger als acht Wochen war das Unternehmen jedoch gescheitert. In einem Schreiben an das Generalkommissariat Minsk heißt es: »Dafolge besonderer Umstände ist es erforderlich, den Hptm. von Pfeffer ausgestellte Treuhänderverträge vorläufig nicht wirken werden zu lassen. Passierschein v. Pfeffer z. Zt. gesperrt. Dr. Meyer wird näher unterrichtet anlässlich Anwesenheit nächster Woche in Berlin.«[250]

Was genau geschah, lässt sich nicht rekonstruieren. Eine Intervention aus Berlin, etwa Bormanns, ist ebenso vorstellbar[251] wie das Veto des Betriebsinhabers gegen den wahrscheinlich erneut forsch auftretenden Pfeffer. Die sich verschärfende Kriegslage, Minsk wurde erst im Sommer 1944 von den Sowjets erobert, dürfte indes höchstens als nachgeordneter Grund anzuführen sein.[252]

8.3.2 Kriegsende

In die Ereignisse vom 20. Juli 1944 war Pfeffer weder eingeweiht, noch hieß er sie gut. Er lehnte die Motive und das Vorgehen aus politischen wie militärisch-ethischen Gründen ab. Ein Attentat auf den eigenen Oberbefehlshaber war für ihn, wie für die meisten seiner Zeitgenossen, schlicht Landesverrat und eines »preußischen Offiziers nicht würdig«.[253] Dass er dennoch in den Kreis der Verdächtigen geriet und bereits tags darauf von der Gestapo verhaftet wurde, kann kaum verwundern.[254] So kannte Pfeffer eine Reihe der Verschwörer. Feldmarschall von Kleist, der ebenfalls der Mitwisserschaft verdächtigt wurde, hatte er an der Ostfront besucht. Gleichzeitig galt Pfeffer spätestens seit dem Heßflug als politisch unzuverlässig. Hinzu kamen seine Tendenzen und Vorlieben zur

249 BArch: R 3101/34170, Bl. o. Nr., Meyer an Schlotterer vom 22. Januar 1944.
250 BArch: R 3101/34170, Entwurf an Dr. Meyer vom 22. März 1944.
251 Lang schreibt zum Verhältnis Bormann-Pfeffer seit 1941: »Bormann ließ seinen ehemaligen Förderer nicht aus den Klauen.« Lang: Der Sekretär, S. 253. Vgl. zu Bormanns Maßnahmen nach dem 20. Juli Koop: Martin Bormann, S. 249 ff.
252 Diesen nannte Pfeffer später gegenüber seinem Sohn. Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.
253 Ebenda.
254 Lang: Der Sekretär, S. 57.

Konspiration.[255] Schließlich bestand auch eine weitläufige familiäre Beziehung zu einem der Verschwörer. So war die Mutter seiner Frau eine Geborene von Lüninck und damit seine Frau eine entfernte Cousine des am 14. November 1944 hingerichteten ehemaligen Oberpräsidenten von Westfalen und Mitverschwörers, Ferdinand von Lüninck.[256]

Pfeffer blieb – nach eigener Aussage – rund vier Monate in den Gefängnissen Lehrter Straße[257] und anschließend Berlin-Plötzensee in Haft.[258] Erneut war ihm keine Mitwisserschaft nachzuweisen. Dennoch ging er später davon aus, dass er seine Entlassung einer Reihe »Gutgesinnter« in der SS verdankte, die ihn »wahrscheinlich unter der Hand« entlassen hätten.[259] Pfeffer wusste um die Gunst der Stunde. Er floh aus Berlin und verbarg sich auf dem rund 100 Kilometer nordöstlich gelegenen pommerschen Gut Biesendahlshof, das der Witwe eines Vetters seiner Frau, Irmgard Raitz von Frentz, geborene von Bohlen und Halbach, gehörte.[260] Seine Berliner Wohnung war während seiner Haftzeit einem Bombenangriff zum Opfer gefallen.[261] Derjenige, dessen SA-Trupps einst politische Gegner durch die Straßen trieben, hielt es nun für angeraten, sich selbst vor den nationalsozialistischen Häschern zu verstecken. Seinem damals 15-jährigen Sohn Ferdinand riet er von hier aus per Brief, sich als Freiwilliger bei einem Kavallerieausbildungsregiment zu melden.[262] Obwohl sich Pfeffer nun zwangsläufig vom Regime distanzierte, blieb er ein radikaler

255 Stellvertretend für dieses Misstrauen, ist ein von Lang, leider ohne Quellenangabe, erwähnter Brief Gerda Bormanns an ihren Mann zu erwähnen. Lang schreibt: »Jahre später [1944/45] schrieb Gerda [Bormann] ihrem Mann einen Brief ins Führer Hauptquartier, in dem sie anfragte, ob Osaf Pfeffer eigentlich noch lebe. ›Achte auf ihn‹, riet sie, ›und auf alle Männer seiner Art.‹ Anlass dazu war ›ein fürchterlicher Traum‹, in dem sie ›alle zurückkamen zum Obersalzberg, gerade als der künstliche Nebel alles einhüllte.‹ Gerda fürchtete nun, dass ›Schlimmes vom alten Freikorps‹ käme.« Ebenda, S. 57.

256 Im Jahr 1923 hatte Lüninck in Münster zudem den Westfalenbund geführt und war auch hier sicher mit Pfeffer in Kontakt gekommen. Krüger: Einwohnerwehren, S. 420ff. Zur Person siehe auch Ekkehard Klausa: Vom Bündnispartner zum »Hochverräter«. Der Weg des konservativen Widerstandskämpfers Ferdinand von Lüninck, in: Westfälische Forschungen 43 (1993), S. 530-571.

257 Vgl. zur Nutzung des Gefängnisses durch die Gestapo nach dem 20. Juli Ernst Haiger: Die letzten Gestapo-Häftlinge im Zellengefängnis, in: Bernd Hildebrandt et al. (Hrsg.): Kriegsende in Tiergarten, Berlin 2009, S. 50-53, S. 50ff.

258 ZZS Pfeffer I, Bl. 11; ZZS Pfeffer II, Bl. 49f.; StaMünch: Spruchkammerakten 1312, Bl. 5f. Vgl. ebenda auch die Briefe der Sorge und Anteilnahme an seine Frau Maria. Siehe auch Schumacher: M. d. R., S. 1129.

259 Ebenda und StaMünch: Spruchkammerakten 1312, »Meine Beziehung zur NSDAP« vom 15. Juli 1948, Bl. 5.

260 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

261 StaMünch: Spruchkammerakten 1312.

262 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 12. November 2009. Ferdinand meldete sich gemäß der Anordnung seines Vaters. Zu einer Einberufung kam es jedoch aufgrund der Kriegswirren nicht.

Nationaler. Den Krieg, den Abwehrkampf gegen den Bolschewismus, durfte man, trotz der ihm bekannten aussichtslosen Kriegslage, nicht verloren geben.

Als die Rote Armee im Frühjahr 1945 Pommern erreichte, kehrte er Ende April mit einem der letzten Züge nach München zurück.[263] Mit kühlem Kopf begann er hier die Familie »aufzulösen«.[264] Offenbar war er über die von den Nationalsozialisten in den letzten Kriegstagen im Inneren angerichteten Gräuel gut unterrichtet. Seine jüngeren Töchter waren bereits als Remonten-Bereiterinnen bei der Reit- und Fahrschule des Heeres in Gardelegen zwischen Hannover und Berlin. Seine älteste Tochter schickte er in ihren Studienort nach Heidelberg, wo sie sich von den Alliierten überrollen lassen sollte. Seinen älteren Sohn Ferdinand versuchte er im Volkssturm unterzubringen.[265] Nachdem der Versuch jedoch aufgrund des zu geringen Alters Ferdinands scheiterte, gelang es Pfeffer ihn in der HJ-Reitschule anzumelden, mit der er München umgehend in Richtung Allgäu verließ.[266] In dieser Ausnahmesituation der letzten Kriegstage zeigte sich noch einmal Pfeffers Finesse aus Freikorpszeiten. Bevor Ferdinands Trupp aus München abmarschierte, erbat er vom Pasinger Ortsgruppenleiter eine Personalkennkarte mit falschem Namen – angeblich, damit die Alliierten im Fall von dessen Gefangennahme keine Propaganda mit seinem Sohn betreiben könnten. Pfeffer musste dabei sehr wohl bewusst sein, dass der Sohn des vor weit mehr als einem Jahrzehnt geschassten Osaf angesichts der Vielzahl an prominenten Gefangenen für die Alliierten keinerlei Bedeutung haben musste. Vielmehr ging es ihm darum, einer eventuellen Verhaftung durch die Gestapo vorzubeugen. Den Ortsgruppenleiter konnte Pfeffer mit seinem Auftritt und seinen Argumenten überzeugen. Ferdinand erhielt noch vor seinem Abmarsch die falsche Kennkarte.[267] Pfeffer selbst verbarg sich zusammen mit Maria und dem jüngeren Sohn Max bei Bekannten in München, in deren Waschküche sie den Einmarsch der US-Amerikaner und das Kriegsende unbeschadet erlebten.[268]

263 Die Sowjets hatten das 20 km südlich vom Gut Biesendahlshof gelegene Schwedt/Oder umgangen und waren direkt auf Berlin marschiert. Schwedt und Gut Biesendahlshof wurden erst in den letzten Apriltagen 1945 eingenommen.

264 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

265 Später schilderte er seinem Sohn dieses Vorhaben mit den Worten: »Dass ein preußischer(!) Soldat sein Leben für sein Volk und sein Vaterland einsetzt, riskiert und gegebenenfalls auch opfert, sei eine Selbstverständlichkeit, die bereits Millionen von Soldaten vorgelebt hätten; diese seien alle Helden.« Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

266 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 12. November 2009.

267 Ebenda.

268 Ebenda. Später kursierte das Gerücht, Pfeffer habe in den letzten Kriegstagen selbst eine Volkssturmeinheit befehligt. Schumacher: M. d. R, S. 1129. Da jedoch keinerlei Quellen hierfür vorliegen, kann dies aufgrund der Familienüberlieferung verworfen werden.

9. Nachkriegszeit (1945-1966)

»Jedermann erfindet sich früher oder später eine Geschichte, die er für sein Leben hält.«[1]

»Vater setzte sich in einem Café auf einen Sessel, mit dem Rücken zu den anderen Tischen und mit dem Gesicht zur Wand. Der Ober meinte, Vater möge sich doch auf den gegenüber stehenden Sessel setzen und antwortete auf die Frage meines Vaters nach dem Warum: Damit Sie die Leute besser sehen können. Vater meinte nur: Ich habe mein Leben lang meinen Kopf für das Volk hingehalten, aber sehen will ich es nicht.«[2]

9.1 Verhaftungen und Armut

Pfeffer und seine Familie hatten den Krieg überlebt. Anstatt sich nun zunächst ruhig zu verhalten, kam es zu einem bizarr, fast anachronistisch wirkenden Akt. Noch im Jahr 1945 legte der ehemalige Osaf der amerikanischen Stadtkommandantur Münchens eine mehrseitige Denkschrift vor, die mit der Bitte verbunden war, ihm angesichts der hohen Kriminalität die Erlaubnis zu erteilen, eine Art Heimwehr zu gründen. Angeblich sagten die Amerikaner ihm dieses sogar zu. Als sie jedoch recherchiert hatten, um wen es sich bei Pfeffer handelte, nahm man ihm bei der Gründungsversammlung seiner Heimwehr in Gewahrsam. Er wurde in Heilbronn interniert und blieb dort rund sechs Monate in Haft.[3] Tatsächlich hatte es Pfeffer erneut wie im Jahr 1918 versucht, eine paramilitärische Einheit auszuheben. Er musste jedoch feststellen, dass die Bedingungen des Kriegsendes 1945 mit denjenigen des Jahres 1918 nur wenig gemein hatten.

Ein zweites Mal wurde Pfeffer verhaftet, nachdem er sich bei dem ihm aus den Verhandlungen um die »sabotage cases« bekannten McCloy, der inzwischen zum amerikanischen Hochkommissar für Deutschland aufgestiegen war, über die Lebensumstände in München beschwert hatte. Daraufhin waren erneut Nachforschungen über Pfeffers Werdegang in Gang gekommen. Vom amerikanischen CIC[4] festgenommen, wurde er ins Internierungslager nach

1 Zitat nach Max Frisch.

2 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

3 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009. Die Denkschrift ist leider nicht mehr zu ermitteln.

4 Counter Intelligence Corps. Der amerikanische Nachrichtendienst des Heeres war unmittelbar nach dem Krieg damit beauftragt, nach nationalsozialistischen Kriegsverbrechern zu fahnden. Vgl. dazu populärwissenschaftlich aufgearbeitet Ian Sayer: America's secret army. The untold story of the Counter Intelligence Corps, London 1990, S. 201 ff.

Moosburg gebracht. Der inzwischen 57-Jährige litt stark unter den hygienisch- und versorgungstechnisch schwierigen Bedingungen. Im Herbst 1948 wurde bei ihm Darmkrebs diagnostiziert. Noch im Lager wurde eine Notoperation durchgeführt. Mit der »Prognose ungünstig« wurde er am 22. November 1946 de facto auf dem Sterbebett aus dem Lager entlassen.[5]

In dem im Sommer 1947 für Pfeffer beginnenden Entnazifizierungsverfahren gab er an, dass all seine offiziellen Ämter und Funktionen lange Zeit vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten gelegen hätten. Auch konnte er eine Reihe von Entlastungszeugen anführen, die eidesstattlich erklärten, dass Pfeffer »etwa seit der Olympiade 1936« – dies war freilich nicht korrekt – als politisch Verfolgter zu gelten habe.[6] Zwar war auch den Amerikanern bewusst, dass Pfeffer »als Nazi in Pasing bekannt« war und auch Hitler »nach der Machtübernahme bei Pfeffer des Öfteren zu Gast«[7] gewesen war, dennoch konnte man ihm keine konkrete Beteiligung am Regime sowie an dessen Verbrechen zur Last legen.[8] Am 17. Juli wurde das Verfahren gegen den ehemals dritten Mann der Partei und einen der bedeutsamsten Wegbereiter des Nationalsozialismus in der frühen »Kampfzeit« eingestellt. Pfeffer galt als »entlastet«.[9]

Er ging jedoch noch einen Schritt weiter. So machte er später in einem Verfahren aufgrund seiner Haftzeiten während des Dritten Reiches Entschädigungsansprüche geltend, die ihm allerdings mangels Nachweis der Haftzeiten verwehrt wurden.[10] Erneut lebte die Familie nun ausschließlich von der schmalen Hauptmannspension aus dem Ersten Weltkrieg. Aus der Villa in Pasing musste man ausziehen, man wohnte fortan in einer Barackensiedlung in der Caracciolastraße am nördlichen Stadtrand von München. Der Versuch, unter anderem bei Siemens als Jurist eine Anstellung zu finden, scheiterte. Niemand wollte sich mit dem exponierten Nationalsozialisten belasten und über alte Seilschaften, wie sie etwa in Schleswig-Holstein wirkten, verfügte Pfeffer

5 StaMünch: Spruchkammerakten 1312; Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

6 StaMünch: Spruchkammerakten 1312, Eidesstattliche Erklärung, Irene von Brevern vom 25. Juni 1948.

7 Ebenda.

8 Zugute kam Pfeffer dabei sicher auch ein weiteres Kuriosum. Ob der Umstände seines Wechsels 1926 nach München war Pfeffer in keiner Ortsgruppe als Mitglied registriert. In Westfalen hatte sich Pfeffer am 8. November 1926 ordentlich abgemeldet (BArch: PK – Franz von Pfeffer, Bl. 738), wegen seiner exponierten Position wurde er in München jedoch offenbar keiner Ortsgruppe zugeteilt. StaMünch: Spruchkammerakten 1312, Eidesstattliche Erklärung, Alfons Ammerer (stellv. Ortsgruppenleiter der NSDAP-Ortsgruppe Pasing) vom 29. Juni 1948. Auch ein ordentliches Mitgliedsbuch wurde erst im Juni 1930 auf seinen Namen ausgestellt. BArch: PK – Franz von Pfeffer, Bl. 726.

9 StaMünch: Spruchkammerakten 1312.

10 Schumacher: M. d.R., S. 1129.

nicht. Da bereits alle geerbten Liegenschaften bis Mitte der dreißiger Jahre verkauft waren, begann er nun damit, auch kleinere Erbstücke zu verkaufen.[11]

Gesellschaftlich war er nach dem Krieg vollständig isoliert. Von seinen alten Kameraden waren viele gefallen, bei jenen Offizieren, die überlebt hatten, stieß zumeist sein Engagement bei der SA bitter auf. Alte Nationalsozialisten beurteilten ihn auch aufgrund seines Parteiausschlusses skeptisch, die Öffentlichkeit sah in ihm den unbelehrbaren Nationalsozialisten. Auch viele seiner Korpsbrüder aus Studentenzeiten hatten sich von Pfeffer distanziert.[12] Selbst in der großen Familie kam es zu Zerwürfnissen. So lastete man ihm auch hier, nach der vollständigen Niederlage des Nationalsozialismus, sein Engagement an und insbesondere der streng katholische Zweig der Familie hatte ihm seine kirchenfeindliche Politik im Sommer 1935 nicht vergessen.[13]

Pfeffer selbst leugnete seinen Anteil am Zustandekommen des Regimes nicht, als keine Strafverfolgung mehr zu erwarten war, betonte er ihn sogar gerne.[14] Angesichts der Berichte aus dem Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher äußerte er sich gegenüber seinem Sohn mit den Worten: »Eigentlich gehöre auch ich auf die Anklagebank.«[15] Trotz aller nationalsozialistischen Verbrechen sah er doch auch nach 1945 in der Zerstörung der Republik die Erfüllung seines Lebensziels. Eine unmittelbare Verantwortung für die Verbrechen des Regimes lehnte er jedoch ab. Hitler sei unter den Einfluss der falschen Leute geraten und schließlich dem Größenwahn verfallen, so seine banale Begründung.[16]

9.2 Letzte Versuche: Ostberlin 1955 und das Institut für Zeitgeschichte

Pfeffer brauchte mehrere Jahre, um sich von seiner schweren Operation im Internierungslager zu erholen. Erst Anfang der fünfziger Jahre war der inzwischen über 60-Jährige weitgehend genesen. Im Privaten hatte er sich seinen Lebensmut und seinen Humor erhalten, politisch fand er in der jungen Bundesrepublik keine Heimat.[17] Der Antisemitismus,[18] radikaler Nationalismus

11 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009. Einige finanzielle Unterstützung erhielt Pfeffer von seinen Kindern. Da er jedoch darauf bestand, dass diese studierten, war diese in einer überschaubaren Größenordnung. Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009; Nikolaus Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 6. Oktober 2009.

12 Ferdinand von Pfeffer: Schriftliche Mitteilung vom 8. September 2009.

13 Pfeffers Sohn Ferdinand wurde angeblich deswegen später auch von Teilen der Verwandtschaft nicht als Erbe eingesetzt. Ebenda.

14 Pfeffer: Die Bewegung, S. 4 ff.; ZZS Pfeffer II, Bl. 39 ff. und 51 ff.

15 Ferdinand von Pfeffer vom 16. Juli 2009.

16 Gerhard Schildt: Mündliche Mitteilung vom 12. November 2010.

17 Vgl. FN 2/807.

18 Davon zeugen etwa Pfeffers Notizen im Manuskript Uhligs im Privatarchiv von Pfeffer.

und Antikommunismus blieben die Fundamente seiner Weltanschauung. Die unvollständige Souveränität der BRD, die deutsche Teilung sowie die Abhängigkeit beider deutscher Staaten an die jeweiligen Hegemonialmächte widersprachen all dem, wofür er seit 1918 gekämpft hatte. Weiter in den Denkkategorien von Kaiserreich und der strikten Gegnerschaft zur republikanisch-demokratischen Staatsform verhaftet, zeigte sich besonders im Jahr 1955, wie Pfeffer mit den neuen Gegebenheiten überfordert war.

Im Sommer 1953 war der ehemalige »Stalingrader« Feldmarschall Friedrich Paulus aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft in die DDR repatriiert worden. Unmittelbar hatte er dort begonnen, im Sinne der SED-Führung gesamtdeutsche Propaganda zu betreiben. Diese wandte sich zunächst gegen die westeuropäischen EVG-Pläne und zielte vornehmlich auf Gewinnung ehemaliger Soldaten in Westdeutschland ab. Ziel Pankows war es, die Politik der Westbindung als Politik der Teilung zu diffamieren und eine transnationale Allianz gegen Adenauers Aufrüstungspläne zu etablieren.[19] Nach dem Scheitern der EVG polemisierte man gegen den geplanten NATO-Beitritt der Bundesrepublik. Zu einem ersten, insgeheim vom Innenministerium der DDR organisierten gesamtdeutschen Treffen kam es am 29. Januar 1955 in Ostberlin.[20] Wohl über Otto Wagener, der 1951 aus italienischer Haft entlassen worden war und der in reger Korrespondenz mit Paulus stand, erfuhr Pfeffer von dem Treffen.[21] Dass Paulus sich von den sozialistischen Machthabern instrumentalisieren ließ, erkannte Pfeffer nicht.[22] Ende Januar reiste er nach Ostberlin.[23] Neben der politischen Motivation dazu beizutragen, Deutschland in einem »Dritten Weg« aus Abhängigkeit von den USA bzw. der UdSSR zu lösen, dürfte ihn auch eine gewisse Neugier zur Teilnahme bewogen haben. Die anfallenden Kosten übernahm – auch das kam Pfeffer sicher gelegen – Ostberlin.

Die Klientel, die aus Westdeutschland dem Ruf Paulus' gefolgt war,[24] bestand zu großen Teilen aus Belasteten aus der NS-Zeit, die in der Bundesrepublik weder mental noch ökonomisch Fuß gefasst hatten. Überproportional hoch war der Anteil ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS.[25] Paulus hielt

19 Zu den Motiven Pankows und Paulus' siehe Fraschka: Paulus, S. 34 und 91 ff.

20 Als Deckorganisation diente eine Ende 1954 gebildete Vereinigung namens »Arbeitskreis ehemaliger Offiziere der DDR«. Diedrich: Paulus, S. 436 f.

21 BArch-MA: N 372/39.

22 Fraschka: Paulus, S. 103 ff. Vgl. dazu auch SAMPO-BA: NY 4182 NL, Bericht Paulus an Ulbricht vom 1. Februar 1955: »Erfahrungen aus der ersten gesamtdeutschen Offizierstagung in Berlin am 29./30. Januar 1955.«

23 Diedrich: Paulus, S. 437 f.; BA-MA BW 9/768 und 9/2118, Berichte vom Februar und März 1955.

24 Jahn nennt insgesamt 87 Teilnehmer, davon 37 aus der BRD. Diedrich geht von 57 Teilnehmern aus, darunter 29 Bundesbürger. Jahn: Wehrbeitrag, S. 349; Diedrich: Paulus, S. 437.

25 Die prominentesten Teilnehmer waren der ehemalige SS-Obergruppenführer Gottlob Berger sowie der frühere SS-Polizeigeneral George Ebrecht. SAMPO-BA: NY 4182

das Hauptreferat.[26] Trotz des »manipulativen Charakters«[27] der Veranstaltung kam man politisch nur wenig voran. So waren es in erster Linie die politisch am schwersten Belasteten, die bereit waren, den von Paulus artikulierten Argumenten der SED zuzustimmen[28] und ihren Aversionen gegen die sie ausgrenzende Bundesrepublik freien Lauf zu lassen.[29] Pfeffer war hier kritischer. So störte er sich an der Tatsache, dass die Veranstalter die Frage nach der Oder-Neiße-Grenze von Beginn ausgeklammert hatten.[30] Das am Ende verabschiedete Kommuniqué indes entsprach weitgehend Pfeffers Erwartungen und war in einem Duktus abgefasst, mit dem sich Pfeffer identifizieren konnte. So hieß es hierin:

> »Die ›Pariser Verträge‹ sind eine tödliche Bedrohung der Einheit und des Bestandes unserer Nation. […] Wir lehnen jeden Dienst unter fremden Fahnen ab. Von sämtlichen Besatzungsmächten ist die bindende Zusicherung zu verlangen, dass sie die Eigenständigkeit der innerdeutschen Entwicklung anerkennen und respektieren. Von deutscher Souveränität kann erst dann gesprochen werden, wenn wir unser staatliches und politisches Leben frei von Überfremdungsversuchen nach eigenem Willen gestalten können. […] Wahret Eure Ehre!«[31]

Dass Pfeffer trotz der geringen Resonanz auf das Offizierstreffen in der westlichen Presse am 8. Februar erneut nach Ostberlin flog, dürfte auch psychologische Gründe gehabt haben. Obwohl er wohl der einzige Teilnehmer gewesen war, der nicht im Zweiten Weltkrieg militärisch gedient hatte, fühlte er sich,

NL, Bl. 144, Bericht Paulus an Ulbricht vom 1. Februar 1955; Niemetz: Feldgraues Erbe, S. 265.

26 BA-MA: N 372/72, Bl. 501, Manuskript Paulus zum Vortrag vom 29. Januar 1955.

27 Helfert: Gesamtdeutsche Offiziertagung, S. 31. Vgl. auch Diedrich: Die getarnte Armee, S. 565 und Fraschka: Paulus, S. 60 f.

28 SAMPO-BA: NY 4182, Bl. 144, Bericht Paulus an Ulbricht vom 1. Februar 1955. Ohnehin hatte die Mehrzahl der Teilnehmer offenbar mehr Interesse an den versprochenen Zuwendungen als an politischen Ergebnissen. So schreibt Peter Joachim Lapp: »Die Kontakte gestalteten sich durchweg nicht so, wie geplant. Einige der Kameraden aus dem Westen suchten ihre bekundeten Sympathien mit dem Osten durch ›Geschäftsbeziehungen‹ komplettieren zu wollen, boten den DDR-Abgesandten ›Patente‹ an, suchten materielle Vorteile aller Art aus ihrer ›Ostorientierung‹ zu ziehen. Auch durch Spionage und Verrat!« Peter Lapp: Ulbrichts Helfer. Wehrmachtsoffiziere im Dienste der DDR, Bonn 2000, S. 105. Vgl. auch Peter Steinkamp: Generalfeldmarschall Friedrich Paulus. Ein unpolitischer Soldat?, Erfurt 2001, S. 112.

29 Neben der Westbindung kritisierte man auch das Wirtschaftssystem der BRD, »die Herrschaft der Monopole und Konzerne«. SAMPO-BA: NY 4182 NL, Bl. 144, Bericht Paulus an Ulbricht vom 1. Februar 1955.

30 Vgl. BA-MA: N 372/69, Bl. 21 ff. Es ging hier in erster Linie darum, den Grundkonsens der Veranstaltung nicht zu gefährden.

31 Lapp: Ulbrichts Helfer, Dok. 39, S. 104. Siehe dazu auch: Diedrich: Paulus, S. 438.

in der Heimat isoliert, unter den in großen Teilen Gleichgesinnten wohl.[32] Die Organisation des zweiten Treffens übernahm dieses Mal der ehemalige Luftwaffenoberst Adolf Dickfeld, der die Reise organisierte und die Kostenabrechnung mit ostdeutschen Stellen übernahm.[33] Neben Pfeffer reisten auch der ehemalige Fliegeroberst Hermann Graf sowie erneut Gottlob Berger mit nach Ostdeutschland. Die beiden Unterredungen mit Paulus, die eigentlich zur Vorbereitung eines weiteren Soldatentreffens Ende Februar dienen sollten, verliefen für Pfeffer allerdings enttäuschend. So nahm er die Gelegenheit wahr, in diesem kleineren Kreis »Paulus […] gegenüber sehr knifflige und unangenehme Fragen in Bezug auf die Kriegsgefangenenfreilassung usw.« zu stellen.[34] Paulus, sichtbar von der SED geschult, wiegelte jedoch ab und stellte pauschal fest, dass »von der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung der Pariser Verträge die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus Russland abhinge«.[35]

Pfeffer war klar geworden, dass über Paulus nichts zu erreichen war. Schon am Soldatentreffen vom 26. und 27. Februar nahm er nicht mehr teil. Dass die Versuche Ostberlins, mit Paulus Soldaten- und Offizierspropaganda zu betreiben, wenige Monate später kläglich scheiterten, lag nicht zuletzt an der schwer diskreditierten Klientel – unter anderem Pfeffer –, die Paulus ansprach und die ebenso wenig wie er selbst dazu geeignet war, ein Faktor der Integration zu sein.[36]

In der Folge zog sich Pfeffer aus jedem öffentlichen politischen Leben zurück. Immer mehr von Krankheiten und den Spätfolgen seiner Notoperation geplagt, verbrachte er die kommenden Jahre im Kreise der Familie. Von München aus hielt er nur wenig Korrespondenz mit ehemaligen Kameraden und Weggefährten aufrecht. Der aus China zurückgekehrte Stennes besuchte Pfeffer hier mehrfach.[37] Ab Mitte der fünfziger Jahre interessierten sich immer häufiger Historiker für Pfeffer.[38] Nach kurzem Zögern erkannte der bis dato an Darstellungen der Vorgänge um seine Person im Nationalsozialismus kaum interessierte Pfeffer die Möglichkeit, angesichts der abnehmenden Zahl an

32 So musste auch Paulus feststellen, dass unter den Angereisten durchaus »noch Rückstände des nationalsozialistischen Denkens« vorhanden waren. SAMPO-BA: NY 4182 NL, Bl. 144, Bericht Paulus an Ulbricht vom 1. Februar 1955.

33 BA-MA: BW 9/2118, Bl. 13 ff., Aufzeichnungen Nr. 3/55 »Gespräche mit Feldmarschall Paulus«. Vgl. auch Fraschka: Paulus, S. 64.

34 BA-MA: BW 9/2118, Bl. 13 ff.

35 Ebenda, Bl. 16, Dritte Angelegenheit: Aufzeichnungen Nr. 3/55 »Gespräche mit Feldmarschall Paulus«.

36 Vgl. dazu beispielhaft Die Zeit vom 30. Juni 1955: »Einen schlechtern find'st du nicht …«, S. 2. Siehe auch: Fraschka: Paulus, 110 ff.; Diedrich: Paulus, S. 434.

37 Ferdinand von Pfeffer: Mündliche Mitteilung vom 16. Juli 2009.

38 So hielt Pfeffer Korrespondenz u. a. mit Heinrich Bennecke, Gerhard Schildt, Andreas Werner, Georg Franz-Willing, Klaus Hildebrand und einigen amerikanischen Forschern.

Zeitzeugen, seine Sicht der Dinge darzustellen.[39] So waren die historischen Fehler etwa in seiner Zeitzeugenaussage nicht nur seiner verzerrten Perspektive geschuldet,[40] ganz bewusst ging es ihm um die Rechtfertigung seines Handelns,[41] der Betonung der Bedeutung seiner eigenen Person[42] sowie zugleich der schleichenden Distanzierung von den Verbrechen des Regimes.[43] Auch sind Anzeichen einer Selbstviktimisierung auszumachen. Die Deutungen der jungen bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung lehnte er fast durchweg ab.[44] Seine Tätigkeiten auf konspirativer Ebene deutete er lediglich an, ohne Details oder Namen preiszugeben. Mögliche Verstrickungen bezüglich der nationalsozialistischen Verbrechen, etwa bei seinem kurzen Einsatz in Weißrussland 1944, verschwieg er wohlweislich zur Gänze.[45] Mit wachsender zeitlichen Distanz zum »Dritten Reich« – und je weniger auch mit strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen war – desto deutlicher wurde, dass sich Pfeffer weder von seiner eigenen Vergangenheit an der Seite Hitlers distanzierte,[46]

39 ZZS Pfeffer II, Bl. 37, Pfeffer an Bennecke vom 30. März 1962. Durchweg ist so in Pfeffers Zeitzeugenaussage die Tendenz unverkennbar, Hitler als schwachen, leicht beeinflussbaren Führer darzustellen und damit die eigenen angeblichen Absichten und Ziele, Hitler positiv zu beeinflussen, zu rechtfertigten.

40 So legte Pfeffer etwa besonderen Wert darauf, die Unabhängigkeit der nord- und westdeutschen Gauleiter bis 1926 zu betonen. Erst auf der Hannoveraner Tagung, so Pfeffer, hätten diese nach einer offenen Diskussion für Hitler votiert. Den Einfluss Hitlers bis dato bezeichnete er als gering. ZZS Pfeffer II, Bl. 38 f. Vgl. Kapitel 5.4.2 insbesondere FN 5/424. Siehe zudem auch Bennecke: Hitler und die SA, S. 129.

41 So interpretierte Pfeffer wie einige andere später auch den Kampf um Hitler in der NSDAP als Kampf »gut« gegen »böse«, in der sich die negativen Strömungen schließlich durchsetzten. StaMünch: Spruchkammerakten 1312, »Meine Beziehung zur NSDAP« vom 15. Juli 1948. Vgl. beispielhaft auch: Wahl: … das deutsche Herz, S. 9 und 75 ff.; Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 22, 72 f. und 97 ff.

42 Vgl. beispielhaft etwa ZZS Pfeffer I, Bl. 7 und 25; ZZS Pfeffer II, Bl. 41 und 49.

43 So verlegte er etwa seine erste Verhaftung zunächst auf den Kriegsbeginn 1939. ZZS Pfeffer I, Bl. 11 f.; StaMünch: Spruchkammerakten 1312, »Meine Beziehung zur NSDAP« vom 15. Juli 1948, Bl. 5. Ferdinand von Pfeffer vom 8. September 2009.

44 Siehe etwa Pfeffers Kommentare zu Hermann Mau: Die »Zweite Revolution«. Der 30. Juni 1934, in: VfZ 1 (1953), S. 110-137, in: ZZS Pfeffer II, Bl. 1 ff.; Pfeffers Kommentare zu Georg Franz-Willing: Die Hitlerbewegung. Der Ursprung: 1919-1922, Hamburg 1962, in: Privatarchiv von Pfeffer oder auch Schildt an Pfeffer vom 9. Juli 1966, in: ebenda. Gleiches gilt auch für die Darstellung Krebs. ZZS Pfeffer II, Bl. 17 ff. Die historische Forschung wiederum blieb bezgl. der Authentizität der Zeitzeugenausssagen Pfeffers skeptisch. Am meisten Niederschlag fanden diese bei kritischer Abwägung bei Schildt: Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Jüngst finden sich Deutungsmuster Pfeffers deutlicher bei Dimitrios: Weimar, Bd. 2,2, S. 742.

45 So behauptete Pfeffer später, bereits im Vorfeld die genauen Angriffspläne auf Frankreich gekannt zu haben. Er habe diese gegenüber Heß kritisiert. ZZS Pfeffer II, Bl. 67.

46 Unterschrieb er die Briefe in den fünfziger Jahren noch »mit freundlichen Grüßen«, änderte er bisweilen diese Formel in »Gruß und Heil«. Ebenda, Bl. 32. Pfeffer an Bennecke vom 20. März 1962. Ebenso etwa Pfeffer an Bennecke vom 30. März 1962, Ebenda, Bl. 37.

noch einen Anlass sah, seine politischen Ansichten zu revidieren.[47] Deutlich wurde dies etwa auch in einem Briefwechsel mit dem ehemaligen SS-Standartenführer Wolfgang von Hirschheydt. Hirschheydt, Kommandeur des in den letzten Kriegstagen zumeist aus radikalen Nationalsozialisten und Angehörigen der SS zusammengestellten Freikorps Berlin und auch noch in den sechziger Jahren ein unverbesserlicher Nationalsozialist, engagierte sich um die Anerkennung von Ansprüchen von SS-Männern. Anfang 1966 hatte er mit Pfeffer Kontakt aufgenommen. So schrieb Hirschheydt nach kurzem Austausch an Pfeffer:

> »Über ihren Brief vom 26.1.1966 habe ich mich äußerst gefreut, habe ich doch durchaus ersehen, dass Sie, lieber Kamerad von Pfeffer, der alte getreue Kämpe geblieben sind, dass an Ihnen eine jegliche sogenannte Umerziehung fehlschlug und dass Sie getreu dem Weg blieben, den sie einst als deutscher Soldat, mit Ihrem Soldatentum, für Volk und Vaterland einschlugen.«[48]

Franz von Pfeffer starb am 12. April 1968 im Alter von 80 Jahren in München. Der Text seiner Todesanzeige spiegelt wohl am besten sein eigenes Selbstverständnis wider. Es heißt hierin:

> »Sein Leben gehörte Deutschland! Mutig und voller Energie trat er für hohe Ideale ein. Mit Humor stand er über eigenen Schicksalsschlägen […] Franz Ferdinand Felix v. Pfeffer kgl. Preußischer Hauptmann a. D., vorm. Freikorpsführer, ehem. OSAF [sic!], vorm. außerordentlicher Reichsbevollmächtigter, ehem. Mitglied des Deutschen Reichstags, Inhaber hoher Orden.«[49]

47 Gerhard Schildt: Mündliche Mitteilung vom 12. November 2010.
48 Privatarchiv von Pfeffer: Hirschheydt an Pfeffer vom 6. Februar 1966.
49 Ebenda, Todesanzeige Franz von Pfeffer vom 15. April 1968.

10. Schlussbetrachtungen

10.1 Franz von Pfeffer – ein »typischer« Vertreter seiner Zunft?

> »Die schönste Zeit meines Lebens war doch die Freikorpszeit, damals in Kurland und Lettland und vor Thorn. Und die habe ich mit Ihnen zusammen verbracht. Sie [Wagener] waren mein Vorgesetzter, mein einziger. Sonst gab es nur noch den lieben Gott über mir und mein Gewissen.«[1]

Zum Ende gilt es, den Protagonisten in seiner Zeit zu verorten. Für welchen Typus steht also Franz von Pfeffer? Können sein Werdegang und sein Wirken exemplarisch für den Typus des Freikorpsführers gelten oder muss der Lebensweg Pfeffers durch seine Integration und seinen Aufstieg in der NSDAP als Sonderfall angesehen werden? Da ein tiefgehender weltanschaulich oder gar psychologisch akzentuierter Vergleich jedoch bei Weitem den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, wird der Versuch unternommen, in einer Art Draufsicht von oben die Frage in erster Linie anhand der Karrierestationen sowie der Ziele und der zentralen Einstellungsmuster der Protagonisten zu beantworten.

Zunächst zur Einordnung Pfeffers bis ins Jahr 1923. Bis zu diesem Zeitpunkt kann an dem Befund, Pfeffer als nahezu idealtypischen Freikorpsführer einzuordnen, kaum ein Zweifel bestehen. Seine eingangs zitierten Worte, geäußert nur wenige Monate vor seiner Demission als Osaf, könnten seine zentralen Einstellungsmuster kaum besser beschreiben.[2] Unabhängigkeit, Eigenverantwortlichkeit, Autonomie – nachdem der Zusammenbruch des Kaiserreiches die Grundmaximen seines ursprünglichen Lebensentwurfs zerstört hatte, waren dies die Leitlinien seines Selbstverständnisses. Die neue staatliche Autorität lehnte er ab.[3] Die massiv wirkenden Ereignisse der Freikorpszeit, das Chaos und die Demütigungen im Zuge der Novemberrevolution, die ›nationale Schmach‹ der Ratifikation des Versailler Vertrages, die Aufgabe der deutschen Interessen an den Ostgrenzen, der soziale Abstieg einer ganzen Generation von Frontsoldaten und nicht zuletzt der stetig zunehmende Widerstand der Republik gegen jede Form der Sammlung ehemaliger Freikorpssoldaten – all dies steigerte die weltanschauliche Radikalität Pfeffers wie die einer ganzen Generation von Freikorpskämpfern und insbesondere ihrer Führer stetig. Auch durchlief Pfeffer mit den Etappen Baltikum, Kapp, Ruhrkampf, Pommern, Schlesien sowie dem Widerstand gegen die Ruhrbesetzung 1923 nahezu alle

1 Pfeffer zit. nach Wagener: Hitler aus nächster Nähe, S. 84.

2 Vgl. auch Jochmann (Hrsg.): Monologe im Führer-Hauptquartier, S. 467 f.

3 Obwohl das Zitat anderes vermuten lässt, akzeptierte Pfeffer auch militärische Autoritäten nur bedingt, wie insbesondere die Episode des Frontbundes zeigt (vgl. Kapitel 2.3). Das von Wagener überlieferte Zitat (FN 10/1) kann hierüber nicht hinwegtäuschen.

»klassischen Stationen« einer Freikorpskarriere. Sein Ziel war die Zerstörung der Republik, die Konterrevolution. Kompromisse oder Grenzen in diesem Kampf kannte er, wie die meisten seiner Mitstreiter, nicht. Dass sein Misstrauen und seine Aversion gegen die Republik von Weimar dabei eine zeitweilige Kooperation mit staatlichen Stellen nicht ausschloss, kann ebenfalls nur als freikorpstypisch bewertet werden. Auch seine Weltanschauung bewegte sich zumeist in jenen diffusen völkisch-autoritären Kategorien, die für die Freikorpsklientel als kennzeichnend gelten müssen.

Neben den antikapitalistischen, antiliberalen, antibolschewistischen und antirepublikanischen Prinzipien etablierte sich in Pfeffers Weltanschauung mehr und mehr auch die antisemitisch-rassistische Komponente. Diese wurde ergänzt und später vermengt mit der von einer hierarchisch-patriarchalischen Auffassung dominierten Idee des sozialen Gedankens. Die ahistorische Geschichtsauffassung ist dabei ebenso unverkennbar wie die Vermengung konservativer Elemente mit revolutionären Maximen. Hinzu kam die Negation jedes realpolitischen Ansatzes. Wie die gesamte Freikorpsbewegung vermochte auch Pfeffer der Republik keine eigene positive Weltanschauung entgegenzusetzen, die über die Zerstörung der aus der Revolution hervorgegangenen Ordnung hinausging. Wie Ehrhardt, Roßbach, Aulock und die meisten anderen Freikorpsführer sah auch er sich als Soldat – Staatspolitik sollten und mussten andere machen.

Der Versuch, diese Defizite zu kompensieren, mündete u. a. in der Überbetonung der Maximen »Tat« und »Aktion«. Anders als andere Freikorpsführer erkannte er zwar in Anbetracht der sich langsam konsolidierenden Republik die Notwendigkeit der Vereinigung der zersplitterten antirepublikanischen Rechten. Dies ändert jedoch ebenso wenig wie die Tatsache, dass er sich mit dem Frontbund auch gegen die Reichswehrführung wandte – eine Institution, auf die die meisten Freikorpsführer einen großen Teil ihrer Hoffnungen setzten – an dem Befund einer klassischen Freikorpskarriere. Pfeffer muss insofern als Archetypus des radikal antirepublikanischen Freikorpsoffiziers angesehen werden.

Komplizierter wird die Einordnung Pfeffers ab dem Jahr 1924. So sind im Verhältnis der Freikorpseliten zum Nationalsozialismus vier typische Muster auszumachen[4]:

Die erste Gruppe ehemaliger Freikorpsführer, die »Enttäuschten«, entwickelte entweder kaum Affinität zur NSDAP oder fand zwar zur Bewegung, distanzierte sich jedoch aus verschiedenen Gründen rasch wieder von ihr – häufig spielte die mangelhafte Subordinationsbereitschaft eine große Rolle. Ihr Einfluss im Nationalsozialismus ging dementsprechend kaum über die Reich-

4 Außen vorgelassen wurde in der folgenden Betrachtung die Klientel der »Schwarzen Reichswehr«, die später innerhalb der NSDAP häufig zu Otto Strasser oder zur Stennes-Richtung tendierte. Des Weiteren werden in den genannten Beispielen ausschließlich Personen berücksichtigt, die eine eigene Organisation, ein eigenes Freikorps oder, zumindest zeitweilig, ein eigenes Kommando führten.

weite und Bedeutung der eigenen, in die NSDAP eingebrachten, Gefolgschaft hinaus. Ehrhardt hatte z. B. durch seine Weigerung, am Novemberputsch teilzunehmen, jede Reputation in der NSDAP verloren und spielte anschließend keine Rolle mehr.[5] Gerhard Roßbach fasste, obwohl er früh die Nähe zur NSDAP suchte, in der Partei nie richtig Fuß und blieb für sie bedeutungslos.[6] Escherich zog sich nach dem 9. November 1923 weitgehend aus der Politik zurück und hatte nur wenig Kontakt zur NSDAP.[7] Oskar Hauenstein trat bereits 1926 aus der NSDAP aus und zu den »Unabhängigen Nationalsozialisten« über.[8] Auch Wilhelm Heinz entwickelte bereits in der Kampfzeit eine kritische Haltung zu Hitler.[9]

Einer zweiten Gruppe – die »Revolutionäre« – sind jene Freikorpsführer zuzuordnen, die zunächst in der SA reüssierten, deren Karrieren aber am 30. Juli 1934 im Zuge der »Nacht der langen Messer« endeten. Mitunter verloren sie auch ihr Leben. Neben dem Bekanntesten, Ernst Röhm, sind hier exemplarisch Peter von Heydebreck,[10] Paul Schulz[11] oder Waldemar Pabst[12] zu nennen.

Eine dritte Gruppe ehemaliger Freikorpsführer nutzte die Machtübernahme der Nationalsozialisten und die damit verbundene Aufrüstung zur Fortsetzung ihrer militärischen Laufbahn. Etwa Hubertus von Aulock,[13] der Bataillonskommandeur der »Eisernen Division«, Erich Balla,[14] der Führer der Oberländer, Kurt Kühme[15] oder Otto Lichtschlag stehen für diesen Typus des »Militärs« exemplarisch.[16]

Die vierte Gruppe der Freikorpsführer, die »Karrieristen«, machte – mit unterschiedlichem Erfolg – im »Dritten Reich« politische Karriere, ohne dabei jedoch in das Machtzentrum der NSDAP vorzustoßen. Franz Ritter von Epp[17] wurde Reichskommissar von Bayern. Konstantin Hierl,[18] erst 1929 der NSDAP beigetreten, stieg bis zum Reichsleiter und Minister auf. Manfred

5 Krüger: Die Brigade Ehrhardt, S. 115 ff.
6 Bernhard Sauer: Gerhard Roßbach – Hitlers Vertreter für Berlin. Zur Frühgeschichte des Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, in: ZfG 51 (2001), S. 5-21; Wohlfeil: Heer und Republik, S. 71 f.
7 Max Crusius: Georg Escherich, in: Die Oberpfalz 99 (2011), S. 169-176, S. 174.
8 Meinl: Nationalsozialisten gegen Hitler, S. 139 und 233.
9 Ebenda, S. 137 ff.
10 Schumacher: M. d. R., S. 202; Erich Stockhorst: 5000 Köpfe, S. 195 f.
11 Alexander Dimitrios: Weimar, Bd. 2,2, S. 775 ff.
12 Gietinger: Konterrevolutionär, S. 285 ff.; Konrad: Pabst, S. 316 ff.
13 Bradley, Dermot et al. (Hrsg.): Die Generale des Heeres, Bd. 4, Osnabrück 1996, S. 126; Samuel Mitcham: Defenders of fortress Europe. The untold story of the German officers during the Allied invasion, Washington D. C. 2009, S. 164 f.
14 Bradley: Generale des Heeres, S. 181.
15 Stockhorst: 5000 Köpfe, S. 255.
16 Ursachen und Folgen Bd. 2, S. 427.
17 Katja-Maria Wächter: Die Macht der Ohnmacht. Leben und Politik des Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1946), Frankfurt a. M. u. a. 1999, S. 115 ff. und 155 ff.
18 Schumacher: M. d. R., S. 203; Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M.[2] 2007, S. 254.

Killinger[19] wurde Reichskommissar, Ministerpräsident und Mitglied des Volksgerichtshofes. Und Walter von Medem[20] wurde 1941 Gebietskommissar von Mitau, von wo aus er zumeist erfolglos versuchte, die baltischen Ziele von 1919 unter den neuen Bedingungen zu verwirklichen.

Es ist offensichtlich, dass Pfeffers Karriere in keines dieser vier als typisch anzusehenden Schemata passt. Trotz aller Widerstände und der Vielzahl an Konflikten distanzierte sich Pfeffer, anders als die Exponenten der Gruppe der »Enttäuschten«, auch nach seinen persönlichen Misserfolgen ab 1930 zunächst nicht von der NSDAP.[21] Widerstand gegen das Regime lehnte er zeitlebens ab. Von den Karrieremustern der Gruppe der »Revolutionäre« unterscheidet ihn in erster Linie, dass er am 30. Juni 1934 unversehrt blieb. Ob dies dem Umstand seines ab 1930 erfolgten Rückzugs aus allen SA-Angelegenheiten, der Tatsache, dass der »Röhmputsch« zeitlich exakt in die Wiederbelebungsversuche seiner Karriere fiel oder schlicht dem Zufall geschuldet war, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Überhaupt lässt sich konstatieren, dass Pfeffer wie kein zweiter SA-Führer nach der Neugründung zwischen Engagement in der SA und der PO der Partei pendelte.[22] Ungeachtet dessen blieb ihm eine angesichts seiner Dienste in der Kampfzeit zu erwartende steile politische Karriere verwehrt – der Gruppe der Karrieristen kann er daher ebenso kaum zugeordnet werden. Auch eine Wiederaufnahme seiner militärischen Laufbahn war schon seinem Selbstverständnis nach keine Alternative. Er, der als Osaf rund 60.000 Mann befehligte und bei einer etwaigen Reaktivierung bestenfalls mit einer Einstufung im Range eines Majors hätte rechnen können, war zu einem solchen Schritt, wie ihn einige seiner Freikorpsführerkameraden taten, im Alter von 45 Jahren nicht bereit. Pfeffer war weder opportunistischer Funktionär noch Karrierist.

Bis ins Jahr 1923 muss Pfeffer als typischer Freikorpsführer gelten. Betrachtet man seine Laufbahn jedoch im Ganzen, kann er keineswegs als klassischer Exponent einer sozialen oder gesellschaftlichen Gruppe angesehen werden. Sein Werdegang dokumentiert dennoch als Einzelfall den Kontinuitätsstrang zwischen Freikorpsbewegung und Nationalsozialismus. Er war überzeugter Nationalsozialist mit einer klassischen Freikorpskarriere und den für einen Freikorpsführer typischen Charakterzügen. Pfeffer war keineswegs der Einzige, der, gemessen an seiner Rolle und seinem Einfluss in der Kampfzeit bis 1930, an den Privilegien, die die nationalsozialistische »Machtergreifung« für verdiente Parteifunktionäre mit sich brachte, kaum partizipierte – zu nennen sind hier etwa Hermann Esser, Gottfried Feder oder Josef Wagner. Dies ändert

19 Wawrzinek: Killinger, S. 125 ff.

20 Andreas Zellhuber: »Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu …«. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941-1945, München 2006, S. 175 und 186 f.

21 Vgl. Kapitel 8.3.

22 Ausgenommen werden müssen hier diejenigen SA-Führer, die ihren SA-Rang nur ehrenhalber erhielten, ohne tatsächlich in der SA aktiv gewesen zu sein.

jedoch am Befund der Singularität seiner Karriere und seines »Typus« in der NSDAP nichts. So gilt für die Karriere wie für die Person, was Goebbels bereits 1928 über den damaligen Osaf notierte: »Pfeffer ist ein tolles Unikum.«[23]

10.2 Bilanz – Ergebnisse

Wie bereits einleitend festgestellt, bietet der biographische Zugang Resultate auf unterschiedlichen Erkenntnisebenen, die nicht immer trennscharf zu unterscheiden sind. Dass im Folgenden dennoch zwischen der persönlichen und der überindividuellen Ebene unterschieden wird, dient in erster Linie der Systematisierung und besseren Übersichtlichkeit der gewonnenen Ergebnisse. Zunächst zur persönlichen Ebene. Wer war also dieser Mann, der schon in den Freikorpsjahren reichsweit von sich reden machte, der im Spätsommer 1926 mit der Ernennung zum Osaf nach nur rund einem Jahr persönlicher Bekanntschaft mit Hitler zu einem seiner wichtigsten Paladine avancierte und der es dennoch nicht vermochte, im nationalsozialistischen Staat zu einem politischen Faktor zu werden? Was waren seine Motivation und seine Motive? Welchen Einfluss und welche Wirkung hatte er in seiner Zeit?

10.2.1 Person und Wirkung

Der Stennesfreund und Biograph Francis Drage schrieb im Jahr 1982 über Pfeffer: »Stets war er unergründlich; niemand – ob hoch oder niedrig – konnte seine Gedanken lesen.«[24] Auch die vorliegende Studie stand vor einer großen Herausforderung, dem Faszinosum Pfeffer näher zu kommen. So erschien der Charakter des Protagonisten nur allzu widersprüchlich. Pfeffers zur Schau gestellter kühler, überlegener, ja bisweilen arroganter Attitüde stand sein häufig hitzköpfiges und intuitives Handeln gegenüber. Dem liebevollen Familienvater diametral der (Para-)Militär und »Gewaltspezialist«. Dem proklamierten Ehrverständnis seine häufigen Spitzfindigkeiten und taktischen Winkelzüge. Dem humorvollen Unterhalter seine politische Unbedingtheit, seine Rastlosigkeit, seine grenzenlose Radikalität und seine Gewaltbereitschaft. Hinzu kam das Problem, dass durch seinen Hang zum »Halblegalen« und Illegalen, zum Subversiven und zum Konspirativen, nur wenige authentische persönliche Quellen zum Protagonisten vorliegen. Zudem stellte sich heraus, dass Pfeffers eigene spätere Stellungnahmen häufig historisch stark fehlerhaft und bisweilen absichtlich verfälscht waren.[25] Franz von Pfeffer war ein Mann der Extreme und der Widersprüche. Dennoch konnten über die erstmals erfolgte umfassende Rekonstruktion seines Werdeganges die Stationen seines Lebensweges,

23 Goebbels: Die Tagebücher, Eintrag vom 22. Oktober 1928.
24 Drage: Canossa, S. 105.
25 Vgl. FN 6/6; 6/246 sowie Kapitel 9.2.

die Prinzipien seines Handelns sowie die zentralen Determinanten seiner Weltanschauung aufgezeigt werden:

Franz Pfeffer von Salomon entstammte einer neuaristokratischen Familie, deren konservativer Wertekanon ganz dem Leitbild der staatstragenden Schicht der wilhelminischen Zeit entsprach. Der häufig zu Missverständnissen führende Name »von Salomon« stammt aus dem Französischen. Vorfahren jüdischen Glaubens sind in der bestens rekonstruierten Ahnentafel der Familie nicht auszumachen. Pfeffers Kindheit und Jugend war behütet und keineswegs geprägt von »Gefühlsaskese«, die unter den Erziehungsnormen im wilhelminischen Zeitalter häufig üblich war. Nach dem Studium der Jurisprudenz und Referendariat trat er 1909 als Berufsoffizier dem IR 13 in Münster bei. Ab diesem Zeitpunkt ist Pfeffers Biographie bis 1923 als ein stetiger Prozess der sich verschärfenden politischen Radikalisierung zu verstehen. Den Weltkrieg erlebte er größtenteins als Frontoffizier. Im Jahr 1917 erhielt er eine Stabsausbildung und kommandierte zu Kriegsende als Hauptmann ein Bataillon. Nach den bereits desillusionierenden Erfahrungen des Krieges erreichte die Radikalisierung Pfeffers im November 1918 ihren ersten vorläufigen Höhepunkt. Durch die Revolutionsereignisse zutiefst gedemütigt und politisch wie familiär entwurzelt, richtete er sein Leben fortan auf den Kampf gegen die Republik – und alles, was er mit ihr assoziierte – aus.

Seine Freikorpsgründung in Münster entsprang seinem Ansinnen, der Revolution entgegenzutreten. Bei der Aufstellung und Bewaffnung seines Korps und dem Handstreich gegen die regionalen Soldatenräte, zeigte sich erstmals Pfeffers taktische Gewandtheit. Die Tatsache, dass das Freikorps von Pfeffer selbst unter den antirepublikanischen Freikorps als besonders radikal und gewaltbereit galt, gibt deutliche Hinweise auf den Charakter seines Führers. Die gelungene Freikorpsgründung gegen alle Widerstände und trotz der fragilen Loyalitäten war eine Zentralerfahrung seines Lebens. In der Folge begriff Pfeffer schnell, welche Freiheiten und welche Machtposition in einem Staat ohne Gewaltmonopol mit der Führung eines eigenen, ihm ergebenen Korps einherging, und er begann, diese im eigenen Interesse, jedoch politisch kaum methodisch, zu nutzen. Wie sehr ihm sein Freikorps als politischer Machtfaktor diente, zeigt die Tatsache, dass er stets versuchte, dieses aus verlustreichen militärischen Auseinandersetzungen so weit wie möglich herauszuhalten. An übergeordnete Loyalitäten fühlte er sich nicht gebunden.

Im Baltikum wirkten auf ihn die typischen dort kursierenden antirepublikanischen, antiliberalen, antikapitalistischen, antibolschewistischen und antisemitischen Radikalismen. Seine Person steht damit auch beispielhaft für die Verschränkung der Radikalismen aus der politischen Traditionsrechten des Kaiserreichs mit den neuen, im Krieg und Nachkrieg entstandenen Radikalisierungsformen der neuen Rechten.

Erstmals einer reichsweiten Öffentlichkeit bekannt wurde Pfeffer im Rahmen des lettischen Staatsstreichs vom Frühjahr 1919, an dessen Auslösung er maßgeblichen Anteil hatte. Hier gab er mit der Entwaffnung der Libauer

Garnison unbeabsichtigt das Signal zum Putsch und damit auch, mittelfristig, zur Niederlage des Reiches im Baltikum. Die Schriftwechsel mit dem Generalkommando in Münster zeugen von maßloser Selbstüberschätzung und einer politischen Naivität Pfeffers. Spätestens im Baltikum hatte sich der Wandel vom wilhelminischen Offizier zum eigensinnigen, unabhängigen, gewaltbereiten und kaum kontrollierbaren »Landsknecht« vollzogen. An der Einnahme von Riga und an der Meuterei der »Baltikumer« im Sommer 1919 war Pfeffer allerdings nicht beteiligt. Nach den Verwicklungen um den Staatsstreich wurde sein Korps zunächst nach Litauen, anschließend zurück ins Reich versetzt.

Gleichwohl steigerten die politischen Enttäuschungen des Nachkriegs Pfeffers Gegnerschaft zur Republik zu einem regelrechten Zustand des Hasses. Dennoch stand er dem Kapp-Putsch weniger positiv gegenüber als bislang angenommen. Die Gründe dafür lagen jedoch weniger an den Zielen Kapps als vielmehr an der dilettantischen Planung der Putschisten, die Pfeffers Korps wie viele andere im Vorfeld schlicht übergangen hatten. Als die Reichsregierung für die Niederschlagung der »Roten Ruhrarmee« erneut der Freikorps bedurfte, verweigerte sich Pfeffer nicht. Die »Tat« und die Abwehr des Bolschewismus hatte für ihn Vorrang vor dem systematischen Kampf gegen die Republik.

Nach der unvermeidlichen Auflösung des Korps suchte Pfeffer nach neuen Mitteln und Wegen, sich gegen die Republik zu engagieren. So war er überzeugt von der Notwendigkeit, die republikfeindliche Klientel der Freikorps zusammenzufassen und organisatorisch zu vereinheitlichen. Seine Initiativen folgten dabei stets den sich 1918/19 als wirkungsvoll erwiesenen Mustern. Durch Schaffung vollendeter Tatsachen versuchte er Freikorpsnachfolgeorganisationen aus der Taufe zu heben und so die Voraussetzungen zu schaffen, das Gewaltmonopol des Staates zu unterlaufen. Wie wohl kein anderer Freikorpsführer agitierte er im Rahmen des Frontbunds auch gegen die Reichswehrführung, der er eine Unterwanderung von links und »Kumpanei« mit der Republik vorwarf. Pfeffers Aktivitäten trugen so zum Zustandekommen der »Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötigen Maßnahmen« vom 20. Mai 1920 bei und endeten schließlich mit der Schutzhaft Pfeffers unmittelbar vor den Reichstagswahlen im Juni 1920. Unzweifelhaft trug Pfeffer damit auch dazu bei, dass die Republik mit der innenpolitischen Konsolidierung nur langsam vorankam.

Als wenige Monate später auch die wesentlich kleiner und defensiver angelegte »AG. P.« scheiterte, musste sich Pfeffer vor einem Reichswehrgericht wegen der Gründung einer republikfeindlichen Vereinigung verantworten. In einem politischen Urteil wurde er freigesprochen. Obwohl Frontbund wie »AG P.« fehlschlugen, zeigten doch beide Gründungsversuche sein Organisationstalent und sein feines Gefühl für juristische Spitzfindigkeiten und taktische Winkelzüge bei der Auslegung von Sachverhalten. Gleichzeitig wird durch seine rastlose Organisationstätigkeit deutlich, dass sein Engagement gegen die

Republik, getrieben von einem fanatischen Hass und einem fast paranoiden Misstrauen, keine Grenzen kannte. Schon 1920 galt Pfeffer als »Fachmann« für militärisch-politische Konspiration. Trotz aller Verbindungen und Netzwerke war er ein Individualist und Einzelkämpfer.

Dies zeigte sich auch in Schlesien, wo die Folgen seines radikalen Kurses erneut offensichtlich wurden. Von dem von der Reichswehr abhängigen SSOS wurde er mit der Begründung »politisch zu anrüchig«[26] abgelehnt. Trotzdem blieb Pfeffer vorerst in Schlesien und organisierte ein Freikorps studentischer Freiwilliger. Der soziopolitische »Mikrokosmos Schlesien« 1921 prägte ihn nachhaltig. Die dortigen Erfahrungen trugen maßgeblich zu seinem in der Folge sichtbar werdenden Hang zum Konspirativen bei. Gleichzeitig steigerte die Enttäuschungen durch die Ablehnung seine bewusst inszenierte Nonkonformität sowie seine politische Radikalität weiter.

Zurück in Münster drohte Pfeffer die politische Marginalisierung. Ohne einer regulären Beschäftigung nachzugehen, bewegte er sich hier im Umfeld der wirkungslosen und in sich zerstrittenen Orgesch-Nachfolgeorganisationen. Am 14. Januar 1922 heiratete er die aus alter Adelsfamilie stammende Maria Raitz von Frentz. Aus der Ehe gingen fünf Kinder hervor. Im Privaten zeigte sich die Antithese zu seinem politischen Charakter. So war er hier zeitlebens ein liebevoller Ehemann und geduldiger Familienvater.

Dass sich trotz seiner jungen Familie an Pfeffers Lebensentwurf nichts änderte, wurde bereits während der französisch-belgischen Ruhrbesetzung deutlich. Beauftragt von der Reichsregierung, organisierte er den aktiven Widerstand im nördlichen Ruhrgebiet von Münster aus. Seine »Zentrale Nord«, an die auch eine Nachrichtenstelle angebunden war, war für das am 31. März 1923 durchgeführte berühmte »Unternehmen Wesel« verantwortlich. Von einem französischen Besatzungsgericht wurde Pfeffer in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Doch auch die staatliche Unterstützung gegen den äußeren Gegner führte keineswegs zu einer Aussöhnung mit der Republik. Im Gegenteil, die ZN agierte ganz nach der Konzeption Pfeffers nicht nur gegen die Besatzer, sondern zielte zugleich durch die bewusste Eskalation des Konflikts an der Ruhr auch auf die Destabilisierung der republikanischen Regierung hin. Dass er sogar einen außenpolitischen Zwischenfall am Rande eines Krieges riskierte, ja sogar den Kriegsfall in sein Kalkül miteinbezog, zeigt, wie weit seine Radikalität reichte. Er förderte und forderte Gewaltakte nicht nur gegen die Besatzer, sondern auch gegen alles, was von ihm als politisch »links« eingestuft wurde. Als die Regierung schließlich ihre logistische wie finanzielle Unterstützung einstellte, war jedoch das Ende der ZN absehbar.

Die Misserfolge der Freikorps und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie die gescheiterten Putschversuche Buchruckers und Hitlers ließen Pfeffer zum Jahreswechsel 1923/24 endgültig zu der Überzeugung kommen, dass – sah man von einer terroristischen Tätigkeit im Untergrund ab – nur die innersystemi-

26 BArch: R 1507/578-41, Bl. 40. Vgl. auch BArch-MA: RH 61/18, Bl. 31 ff.

sche Opposition und damit parteipolitische Opposition als Alternative im Kampf gegen die Republik blieb. An der Ruhr war auch Pfeffer erstmals in intensiveren Kontakt mit der NSDAP gekommen.

Obgleich ohne jede parteipolitische Erfahrung, etablierte sich Pfeffer bereits 1924 rasch als Gauleiter der NSDAP-Vorläuferorganisationen in Westfalen. Nach seinem Eintritt in die Parteipolitik behielt er seine Umtriebigkeit, seine Radikalität und sein Engagement gegen die Republik bei. Auch an seinen weltanschaulichen Maximen, dem Antirepublikanismus, dem Antiliberalismus, dem Antimarxismus sowie dem elitären Prinzip änderte dieser Methodenwechsel nichts. Erstmals schriftlich dokumentiert ist in dieser Zeit auch der rassistische Antisemitismus Pfeffers, wobei Schärfe und Inhalte darauf hinweisen, dass es sich auch in diesem Fall um einen mehrere Jahre andauernden Prozess der Radikalisierung handelte.

Wohl ohne persönliche Bekanntschaft mit Hitler gemacht zu haben, votierte Pfeffer als einer der ersten norddeutschen Gauleiter Anfang 1925 für diesen als »Führer«. Die Frustration ob der Uneinigkeit im radikal rechten Spektrum, das angebliche Arrangement der Freiheitsparteiler mit der Republik und die innerwestfälische Konstellation spielten dabei für ihn genauso eine Rolle wie die Wirkung von Hitlerputsch und -Prozess. In Weiterentwicklung der zur Freikorpszeit vorangetriebenen Vereinigungspläne war Pfeffer von der Notwendigkeit der Diktatur durch einen einzelnen Führer überzeugt. Dass seine Wahl dabei auf Hitler fiel, ist nicht auf Nimbus und Aura Hitlers zurückzuführen, sondern erfolgte aus rationalen Gründen. Für ihn war Hitler angesichts des Versagens der übrigen Rechten in der »führerlosen Zeit« ohne Alternative. Nach einigen erfolglosen Versuchen, den Kurs Hitlers zu beeinflussen, richtete er nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten seinen Gau vollauf und kompromisslos auf die Person Hitler aus.

An der Idee der organisatorischen Vereinheitlichung hielt Pfeffer auch in der NSDAP fest. Als einer der wenigen talentierten Organisatoren der Partei beeinflusste er in der Folge die Entwicklung der Bewegung im Nordwesten maßgeblich. Gemäß seines Primats der Organisation baute er seinen Gau Westfalen nicht nur zu einem strikt hierarchisch organisierten NSDAP-Mustergau mit Vorbildcharakter aus, sondern nahm durch seine überregionalen Ambitionen auch Einfluss auf die Organisation anderer Gaue. Pfeffer trug damit entscheidend zur Konsolidierung der Gaue Norddeutschlands bei und entwickelte dabei wegweisende Ideen, etwa zum Ausbau der parteieigenen Jugendarbeit oder zur Propaganda. Insbesondere die Kooperation mit dem Nachbargau Rheinland-Nord um Kaufmann und Goebbels erwies sich als fruchtbar. Während vor allem Goebbels die Propaganda in Westfalen vorantrieb, unterstützte Pfeffer den Gau Rheinland-Nord mit Vorschlägen zur Gauorganisation.

Als einer der Mitinitiatoren der AG Nord-West der NSDAP spielte Pfeffer in diesem Kontext eine bislang unterschätzte Rolle. Anders als Strasser und Goebbels sah er als zentralen Zweck der AG nicht an, die Ausarbeitung eines Par-

teiprogramms zu forcieren. Vielmehr ging es ihm um die Möglichkeit, gemäß seiner Maxime »Organisation vor Programm«, über die AG die organisatorische Vereinheitlichung der Bewegung voranzutreiben. Die »lahme Münchener« Leitung hielt er dafür für unfähig. Dass er sich dennoch an der Programmdiskussion beteiligte, lag an seiner Unzufriedenheit mit dem Programmentwurf Strassers. Diesem Konzept stellte er zum Jahreswechsel 1925/26 mit seiner Denkschrift »Zucht« einen rassistisch-elitären Gesellschaftsentwurf entgegen, der aufgrund seiner nahezu grotesken Realitätsferne, den schmalen ideologischen Konsens der Nationalsozialisten exakt traf. »Zucht«, im Dezember 1925 entworfen, stellte den Abschluss einer seit 1922 voranschreitenden Entwicklung Pfeffers vom »Konterrevolutionär« zum »Sozialrevolutionär« dar. Das in seiner Weltanschauung zentrale Prinzip der »Elite« zeigte sich auch in der, in den »Briefen« mit Goebbels ausgefochtenen »Sozialismuskontroverse«. Innerhalb der AG war Pfeffer, neben Ley, der stärkste Verfechter von Hitlers Führungsanspruch. Deshalb und durch sein Primat der Organisation empfand Pfeffer das Scheitern der AG als weit weniger dramatisch als Goebbels oder Strasser.

Die Initiative zur Fusion der Gaue Rheinland-Nord und Westfalen zum »Großgau« Ruhr entstammte ebenfalls einer Idee Pfeffers. Dem in der Geschichte der NSDAP singulären dreiköpfigen Gauleiterkollegium – Pfeffer, Kaufmann, Goebbels – stand er als »geschäftsführender Gauleiter« vor. Im Gau Ruhr zeigte sich deutlich, dass er zwar die Gabe hatte, im persönlichen Gespräch zu vereinnahmen und zu überzeugen, als politischer Führer von anonymen Massen sowie als charismatischer Redner und Propagandist jedoch kaum geeignet war. Er selbst sah sich ohnehin stets als Organisator im Hintergrund. Dies änderte allerdings nichts daran, dass sich in der Gauleiterzeit Pfeffers die innerparteilichen Konflikte, insbesondere mit der NSDAP-Reichsleitung in München – Hitler war hiervon ausgenommen – als auch mit seinen Gauleiterkollegen stetig mehrten. Seine häufig provokative Attitüde trug hierzu maßgeblich bei. Bewusst inszenierte er sich als Individualist. Sein militärischer Habitus war inzwischen zu seinem zentralen Charaktermerkmal geworden. Hinzu kamen sein eigenwilliges, überlegenes, ja bisweilen hochmütiges Auftreten sowie sein scharfer militärischer Ton.

Die Ernennung zum Osaf erfolgte aufgrund der innerparteilichen Konstellation um die AG Nord-West und den »Großgau« Ruhr. Weiteres Motiv war Pfeffers stets loyale Haltung gegenüber Hitler sowie sein inzwischen etablierter Ruf als Organisationsexperte. Pfeffer stieg damit faktisch bis 1930 zum dritten Mann der Bewegung auf. 1929 war er unmittelbarer Vorgesetzter der späteren NS-Größen Bormann und Himmler. Pfeffer fühlte sich Hitler durch seine Berufung nach München sichtbar verbunden. In den kommenden Monaten machte er sich dessen Ziele zu eigen. Er verpflichtete sich auf die Legalitätstaktik und baute mit der OSAF eine zentrale »Überorganisation« auf, die den Gauleitern, an deren Seite er selbst noch wenige Monate zuvor für eine möglichst große Autonomie von München gekämpft hatte, die Weisungsbefugnis über die regionalen SAen entzog. Pfeffer trug damit maßgeblich zur endgül-

tigen innerparteilichen Durchsetzung Hitlers bei. Insgesamt muss Pfeffer als einer der wichtigsten Förderer und innerparteilichen Wegbereiter Hitlers in den Jahren 1925 bis 1930 gelten.

Auch wenn er vor allem zu Beginn in München Hitlers Ideen adaptierte, zeigte sich in den kommenden Jahren, dass er weder Opportunist noch Karrierist war. Im Gegensatz zu vielen anderen Anhängern Hitlers, die dessen Nähe nur aus Opportunismus und/oder blinder Ergebenheit suchten, behielt sich Pfeffer eine eigenständige Denkart und das Recht zu eigenverantwortlichem Handeln vor. In den innerparteilichen Intrigen und Auseinandersetzungen, in die er zwischen 1925 und 1930 permanent verwickelt war, vermochte er sich zunächst zwar zu behaupten, dennoch avancierte der wenig konfliktscheue Charakter in München rasch zu einem Außenseiter ohne jede Hausmacht. Wie in jeder politischen Organisation bedurfte es selbst in der von innerparteilichen Auseinandersetzungen dominierten und zumeist nach bloßen Machtmechanismen funktionierenden NSDAP eines Mindestmaßes an Kooperation und Koordination. Der eigenwillige und unkonventionelle Einzelgänger Pfeffer tat sich damit stets schwer. Seine Macht blieb daher stets vollkommen abhängig vom Gutdünken Hitlers.

Mit Abschluss der Organisationsphase wurde immer deutlicher, dass sich Pfeffers SA-Konzeption, die vorsah, die SA neben der PO als eigenständige Organisation unter dem Dach der NSDAP zu etablieren, von derjenigen Hitlers grundsätzlich unterschied. Besonders ab dem Jahr 1929 häuften sich die Konflikte zwischen der Legalitätstaktik Hitlers und der PO und dem revolutionären Anspruch der SA-Basis. Einen modus vivendi zwischen den Extremen suchend, geriet Pfeffer mehr und mehr zwischen die Fronten. Er war von der Notwendigkeit einer revolutionär-aktionistischen Elite als »Schrittmacher« der Bewegung fest überzeugt, seine Planungen liefen jedoch, auch in Loyalität zu Hitler, keineswegs auf einen unmittelbaren Putsch zu. Sein Ziel lag vielmehr in der Destabilisierung des politischen Systems und der »mentalen« Revolutionierung der Gesellschaft. Als Osaf förderte und forderte er die Gewalt. Ihm selbst ist jedoch in keinem Fall – weder im Freikorps noch als Osaf – eine persönliche Gewaltanwendung nachzuweisen. Gleichzeitig erhob Pfeffer nach Abschluss der Organisationsphase immer offener den Anspruch, auch in rein politischen Fragen mitzuwirken, was in der PO das Misstrauen gegen den ohnehin ungeliebten Osaf weiter wachsen ließ. Schließlich nahmen auch die Auseinandersetzungen mit Hitler zu. Der Parteiführer akzeptierte die zunehmenden Eigenmächtigkeiten und subversiven Tendenzen seines Osaf immer weniger. Hinzu kamen die ständigen innerparteilichen Konflikte und die permanenten finanziellen Kapriolen Pfeffers, die die NSDAP belasteten. Gleichzeitig wurde, trotz der stets unbestrittenen Akzeptanz der Führung Hitlers, auch die Pfeffer eigene freikorpstypische Subordinationsproblematik nun immer offensichtlicher.

Spätestens im Frühjahr 1930 war die Unvermeidbarkeit der Demission Pfeffers absehbar. Der schließlich heikle Zeitpunkt – nur 13 Tage vor den

Reichstagswahlen – war einem politischen Vabanquespiel Pfeffers geschuldet. In der Frage der Besetzung der Reichstagsmandate versuchte er Hitler mit einer Mischung aus Überzeugungskraft und Pression auf seine Seite zu ziehen. Diese Methode, die noch 1927 funktioniert hatte, versagte nun. Als auch die Androhung der Demission ins Leere lief, nutzten Pfeffers innerparteiliche Widersacher die Gelegenheit, gegen den Osaf mobil zu machen. Pfeffer hatte sich verkalkuliert. Sein Rücktritt und dessen Annahme durch Hitler war die folgerichtige Konsequenz.

Wie stark Pfeffers Bindung an den Nationalsozialismus dennoch war, wurde im Zuge seines Abschieds deutlich. Anders als andere Freikorpsführer zuvor, dachte er trotz der Enttäuschung nicht daran, die Partei zu verlassen. Die SA forderte er auf, von kollektiven Rücktritten abzusehen. Mit dem Ziel, im Rahmen der Machterlangung der NSDAP eine bedeutende Rolle zu spielen, ging Pfeffer nach Berlin. Wie bereits 1923/24 erkannte er die Notwendigkeit eines neuerlichen Methodenwechsels. Auf die weitere Entwicklung der SA nahm er bewusst keinen Einfluss. Dennoch erschien Hitler im Rahmen des Taktierens und Austarierens um die legale Machterlangung das mit einer Verwendung des unberechenbaren Pfeffer einhergehende Risiko als zu groß – Pfeffer blieb ohne Parteiamt und ohne Verwendung. Im unmittelbaren Vorfeld der »Machtergreifung« und damit der Verwirklichung von Pfeffers Lebensziel spielte der ehemalige Freikorpsführer keine Rolle.

Erst ab 1934 hatte Pfeffer wieder einige Parteiämter inne. Dass er jedoch mit seinem politischen Wirken im Dritten Reich scheiterte, lag an mehreren Faktoren. So zeigte sich unmittelbar, dass er sich nicht von fundamentaloppositionellen Einstellungsmustern zu lösen vermochte. Nach wie vor war sein Mangel an Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit signifikant. Sein politisches Weltbild blieb geprägt von dem Topos der »Aktion«, einer unbedingten Radikalität, der politischen Negation und einem starren Freund-Feind-Schema. Den nun notwendigen staatstragenden Gestaltungswillen entwickelte Pfeffer nicht mehr. Auch im »Dritten Reich« blieb er Revolutionär, Rebell und im besten Fall Illusionist. Durch seine Tätigkeit als »Kirchenbeauftragter des Führers« hatte er Anteil an der dauerhaften Entfremdung der bekennenden Christen vom NS-Staat. Auch sein Scheitern in der Österreichfrage 1934 sowie in den Mixed Claim Relations bestätigen diesen Befund. Schließlich fanden auch die Erkenntnisse, die sein im Stab des StdF betriebener Geheimdienst zutage förderte, bei Hitler kein Gehör.

Erneut wurde zudem offensichtlich, dass Pfeffer jegliche Lobby in der Partei fehlte. Außer Heß und Wagener, deren Einfluss ab Ende der dreißiger Jahre ebenfalls im Sinken begriffen war, hatte es keiner von Pfeffers wenigen Vertrauten – Gruber, Strasser oder einige (ehemalige) SA-Führer – vermocht, sich in der Hierarchie des NS-Staates dauerhaft zu etablieren. Seine Gegner wiederum – Himmler, Bormann oder mit Abstrichen auch Bouhler, Schwarz und Kaufmann – gelangten an zentrale Machtpositionen in Partei und Staat. Auf seine machtpolitische Marginalisierung reagierte Pfeffer mit einer immer

offener zur Schau gestellten militärisch-elitären Attitüde, die zugleich, mehr noch als zuvor, elementarer Teil seines Selbstverständnisses wurde.

Ungeachtet des Verlustes seines machtpolitischen Einflusses profitierte auch Pfeffer vom NS-Staat. Bereits 1932 wurde er Reichstagsabgeordneter. Er, der seit seiner Entlassung aus der Reichswehr im Winter 1918/19 keiner regulären Beschäftigung mehr nachgekommen war, war finanziell nun bestens versorgt. Seine Familie lebte in einer Villa in München, er selbst kaufte sich ein Segelboot und ließ sich von der Firma Maybach einen Wagen nach Maß anfertigen. Pfeffer genoss sichtlich das privilegierte Leben, das ihn auch über seine politische »Kaltstellung« hinwegsehen ließ.

Mit dem Flug von Rudolf Heß nach Schottland änderte sich seine Situation schlagartig. Der Verdacht der Mitwisserschaft führte zu seiner Verhaftung. Pfeffer verlor sein Reichstagsmandat und wurde im Dezember 1941 aus der Partei ausgeschlossen. In Haft, also aus einer Position der Defensive, beantragte er, um jedwede Verwechslung aufgrund des »jüdischen« Klangs seines Namens zu vermeiden, die Namensänderung auf »von Pfeffer«. Nach seiner neuerlichen Verhaftung und Freilassung im Zuge des 20. Juli 1944 – das Attentat auf Hitler lehnte er strikt ab und stand damit nicht in Verbindung – floh Pfeffer nach Pommern. Erst jetzt distanzierte er sich vom Regime, wobei dies dem Radikalismus in seiner Weltanschauung keinen Abbruch tat. Er blieb, bei aller Widersprüchlichkeit seines Charakters, fraglos ein unbelehrbarer politisch Radikaler. Mit den neuen politischen Bedingungen der jungen Bundesrepublik konnte sich Pfeffer zeitlebens nicht mehr arrangieren.

Über die nationalsozialistischen Verbrechen musste Pfeffer, worauf nicht zuletzt seine Namensänderung, sein immer noch weitreichendes Netzwerk, die Frontbesuche in der Sowjetunion sowie das weißrussische Abenteuer hinweisen, aller Wahrscheinlichkeit nach im Bilde gewesen sein. Eine unmittelbare Beteiligung daran ist ihm, auch aufgrund seiner Marginalisierung im Dritten Reich, nicht nachzuweisen. Dennoch ist, auch ohne eine ungebrochene Kontinuitätslinie aus der »Kampfzeit« zu den späteren nationalsozialistischen Verbrechen zu konstruieren, eine Verantwortung Pfeffers für die Machtübernahme der Nationalsozialisten und damit auch für die Folgen dieser nicht zu leugnen. So war Pfeffer keineswegs nur ein übersehbares »Rädchen im Getriebe« der NSDAP. Bis 1930 bestimmte er den Kurs der Partei mit und war einer der wichtigsten innerparteilichen Funktionäre und Wegbereiter Hitlers. Gleichzeitig leistete er, neben seiner Bedeutung im organisatorischen Bereich, auch einen Beitrag zur Etablierung, Forcierung und Radikalisierung der sozialdarwinistisch-rassistischen Komponente in der frühen NSDAP. Nicht zufällig sind große Bestandteile seiner Ideen später auch in der SS wiederzufinden. Im Rahmen seiner Kompetenzen forderte und förderte er die weltanschauliche Radikalität der Bewegung. Pfeffer trug damit bewusst dazu bei, jene besondere NSDAP-spezifische Eigendynamik der Radikalisierung zu entfesseln, die rund ein Jahrzehnt nach seinem Ausscheiden als Osaf unter Mitwirkung zahlreicher weiterer Faktoren im Holocaust mündete. Trotz der Kaltstellung ab 1941 ist

Pfeffer weit mehr Täter denn Opfer. Die Frage nach einer Schuld Pfeffers wurde jedoch seitens der jungen Bundesrepublik nie gestellt.

10.2.2 Überindividuelle Schlüsse

Anhand der Biographie Pfeffers lässt sich der Ablauf einer individuellen, jedoch in weiten Teilen als exemplarisch zu betrachtenden, politischen Radikalisierung im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts darstellen und analysieren. Deutlich wurde dabei insbesondere, dass diese keineswegs erst schlagartig durch die Ereignisse des Novembers 1918 einsetzte. Vielmehr handelte es sich gerade bei der in der Wissenschaft bislang kaum beachteten Gruppe der wilhelminischen Offiziere um einen Prozess, der zwar ab dem November 1918 kulminierte, jedoch bereits durch die Desillusionierung im Weltkrieg katalysiert wurde und dessen Ursprünge in der militärischen und politischen Sozialisation im Kaiserreich lagen.

Anhand der detailliert rekonstruierten Geschichte des Freikorps von Pfeffer wurden das Entstehen, die Formen sowie das Wirken jener Radikalismen ebenso herausgearbeitet wie das widersprüchliche, jedoch stets feindselige Verhältnis der Korps zur Republik. Insbesondere deutlich wurde auch, wie weit die »Vergesellschaftung der Gewalt« in einem Deutschland ohne echtes Gewaltmonopol fortgeschritten war. Mit den Aktivitäten Pfeffers in Westfalen und im Baltikum konnten seltene Beispiele für das soziokulturelle Milieu der Korps, deren Selbstbewusstsein und Unkontrollierbarkeit sowie ihre politische Radikalisierung durch die Enttäuschungen der Nachkriegsmonate gegeben werden. Den bislang häufig mangels Quellen generalisierenden Darstellungen zur Freikorpsgeschichte wurde so ein detailliertes Fallbeispiel hinzugefügt. Insbesondere durch die Analyse der Ereignisse im Baltikum bestätigte sich die Annahme des politischen Dilettantismus der Korps. Hier konnte aufgezeigt werden, wie Pfeffer für die Auslösung des lettischen Staatsstreiches vom April 1919 und damit, mittelfristig, auch für die Niederlage des Reiches im Baltikum mitverantwortlich war.

Mit der Untersuchung der bislang in der Wissenschaft unbeachtet gebliebenen Organisationen »Frontbund« und »Arbeitsgemeinschaft P.« sowie durch die Analyse von Pfeffers Wirken im aktiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung verdeutlicht die Arbeit den sich zunehmend verengenden Handlungsspielraum der radikalen Rechten ab dem Jahr 1920. Nach den Kapp-Ereignissen widersetzte sich die sich langsam konsolidierende Republik einer erneuten organisatorischen Sammlung immer entschiedener. Als Reaktion darauf verschärfte sich die Gegnerschaft dieser Klientel zur Republik weiter. Dass die Regierung dennoch im Ruhrkampf, wie bereits ein Jahr zuvor beim Kapp-Putsch, auch auf den antirepublikanischen Pfeffer zurückgriff und diesen massiv unterstützte, wirft einen Blick auf die Handlungszwänge der Republik sowie deren bisweilen groteskes Verhältnis zu ihren innenpolitischen Gegnern. Auf der Gegenseite konnte für die Korps und deren Nachfolgeorganisationen

aufgezeigt werden, wie diese, trotz aller anderslautenden Beteuerungen, im Selbstverständnis ihrer Führer sehr wohl politische Machtfaktoren waren.

Auch fiel der Blick im Rahmen der Arbeit auf den Umgang der Reichswehr mit Republikgegnern der Rechten. Dieser gestaltete sich nicht minder uneinheitlich. So ist der Freispruch Pfeffers vor dem Reichswehrgericht – durch ein zweifelsfrei politisches Urteil – ebenso beispielhaft für die Reichweite alter Netzwerke wie für die mangelhafte Identifikation der mittleren Reichswehrstellen mit der Republik. Pfeffers Ablehnung durch den SSOS nur rund ein Jahr später gab hingegen nicht nur einen Hinweis auf die enge Verwicklung der Reichswehr in die Kämpfe in Oberschlesien, sie veranschaulichte auch die Grenzen der Kooperationsbereitschaft der Reichswehr. Zugleich wurde hier einer der seltenen Brüche innerhalb der ansonsten gut funktionierenden Freikorpsnetzwerke aufgezeigt.

Zudem wurde dargestellt, wie Ende des Jahres 1923 der Handlungsspielraum der Rechten in Westfalen fast gänzlich aufgebraucht war. Neue Formen des Widerstands gegen die Republik wurden notwendig. Neben dem Rückzug aus der Politik oder dem Gang in den terroristischen Untergrund blieb nur der systeminterne, parteipolitische Widerstand. Die Arbeit spannte damit einen Bogen zwischen der Freikorpsbewegung und der NSDAP und zeigte hier wirkende Kontinuitätslinien auf. Im weiteren Verlauf der Studie wurden jedoch, insbesondere ab dem Jahr 1929, auch die Grenzen der Integration der Freikorpsführer in die NSDAP sichtbar. Mangelhafte Subordinations- und Kooperationsbereitschaft, die Tendenz zu persönlichen Konflikten, zum Subversiven und zum Konspirativen, die letztlich begrenzte Identifikation mit der von Hitler oktroyierten Legalitätstaktik und letzten Endes ein mangelhaftes politisches Geschick und Gespür – all dies führte dazu, dass in einer NSDAP, deren Hauptinteresse nun in der reichsweiten politischen Etablierung lag, Pfeffer, wie die meisten anderen Freikorpsführer, entbehrlich, ja sogar zu einem Risiko geworden war.

Weiter veranschaulichte und analysierte die Arbeit die Fliehkräfte innerhalb der Rechten in der »führerlosen Zeit« 1924/25 in Westfalen. So zeigten sich die schwindende Autorität Ludendorffs sowie die politisch-weltanschauliche Heterogenität im rechten Spektrum Westfalens. Auch konnten Einblicke in die Rekrutierungsmechanismen der jungen rechten »Gaue« gegeben werden. So bedurfte die gauinterne Konsolidierung als Gauleiter nicht nur eines gewissen Charismas, einer externen Unterstützung, einer persönlichen Bekanntheit und Gefolgschaft sowie der Legitimation durch Leistung, sondern auch der Kompromisslosigkeit in innerparteilichen Auseinandersetzungen. Deutlich wurden hierbei die Konflikte zwischen »alten« – vor dem Putsch beigetretenen – und »neuen« Nationalsozialisten.

In einer Konfliktanalyse wurden die Mentalitäten und die inneren Dynamiken in der jungen NSDAP aufgezeigt. Die Befunde waren eindeutig. Bereits in der frühen Kampfzeit, in der der Zugang zu Ämtern mit einem festen Einkommen über die Partei faktisch noch nicht möglich war, wurden die internen

Streitigkeiten mit unerbittlicher Härte geführt. Intrigen, üble Nachrede und Verleumdungen gehörten ebenso zum alltäglichen Umgang wie ehrverletzende Diffamierungen. Überragende Bedeutung kam, so ein weiteres Ergebnis, schon 1925 der »Ultima Ratio« der Bewegung, dem »Machtspruch« Hitlers zu.

Der Blick auf die Entwicklungsgeschichte des Gaues Westfalen und schließlich der Anfangsphase des Gaues Ruhr veranschaulichte die zunehmende administrative Durchdringung der Partei von der Parteizentrale in München aus. War besonders im Jahr 1925 das Verhältnis Westfalens nach München noch von Konflikten und Abwehrkämpfen des selbstbewussten Gauleiters geprägt, stellte sich im Zuge des Jahres 1926 eine zunehmende Akzeptanz der Ansprüche Münchens ein. Dabei wurden die provisorischen und wenig professionellen Umstände offenbar, unter denen der Aufbau der NSDAP-Gaue zunächst erfolgte. So konnte es kaum verwundern, dass man es im Ruhrgebiet bis Anfang der 1930er Jahre nicht vermochte, eine durchschlagende Außenwirkung zu entfachen und bei Wahlen der erhoffte Einbruch in die Wählerschaft der Arbeiterparteien ausblieb.

Über die »Perspektive Pfeffer« konnten den vorliegenden Forschungen zum Gau Ruhr sowie der Arbeitsgemeinschaft Nord-West der NSDAP neue Aspekte hinzugefügt werden. So wurde unter anderem festgestellt, dass die AG nicht nur an ihrer weltanschaulichen Heterogenität und damit an ihrem ungeklärten Verhältnis zu Hitler scheiterte. Vielmehr herrschten schon bei ihrer Gründung völlig unterschiedliche Intentionen und Zielvorstellungen selbst unter den maßgeblichen Protagonisten. Gleichzeitig zeigte sich auch in der AG die weltanschauliche Janusköpfigkeit des jungen Nationalsozialismus. So bildete, neben der scharfen Ablehnung der Republik, lediglich der radikale Rassismus den schmalen ideologischen Konsens.

Die Studie vermochte in diesem Zusammenhang darzustellen, wie das Zusammenspiel von freiwilliger Unterwerfung der Akteure – häufig glich dies einer Art Selbstgleichschaltung – sowie Hitlers außergewöhnliches politisches Gespür dessen Diktatur in der Bewegung etablierte. Nach seinem Sieg in Bamberg intervenierte Hitler bei der Fusion zum Gau Ruhr nicht. Als nach nur wenigen Monaten die kollektive Gauführung scheiterte und die Frage der Nachfolgeregelung in der Position des Gauleiters anstand, oblag, trotz des auch in Abgrenzung zu München zur Schau gestellten Selbstbewusstseins des »Großgaus«, allein Hitler das Entscheidungsrecht. Wohlweislich fiel dessen Wahl mit Kaufmann auf den Schwächsten der drei Gauleiter. Geschickt vermochte Hitler es in der Folge, binnen weniger Monate die maßgeblichen Akteure der AG und des Gaues Ruhr durch formale Statuserhöhungen an sich zu binden und fortan ihre Kompetenzen in seinem Sinne einzusetzen.

Der Aufbau der OSAF erfolgte denn auch zunächst aus innerparteilicher, machtpolitischer Intention Hitlers. Objektiv hatte sich Hitler im Sommer 1926 in der Partei vollständig durchgesetzt. Seiner subjektiven Einschätzung entsprach dies jedoch keineswegs. Die OSAF sollte daher die Befugnisse der Gauleiter, die sich vor Kurzem in der AG noch als die innerparteilich stärksten

Widersacher Hitlers gezeigt hatten, einschränken. Pfeffer besorgte das Geschäft Hitlers, indem er die Gau-SAen den politischen Gauleitungen entzog. Erst in einem zweiten Schritt sollte die neue OSAF zugleich auch Effektivität und Propagandawert der SA steigern.

Die frühe Entwicklungsgeschichte der SA nach der Neugründung teilt sich in zwei Phasen. Bis 1929 schuf Pfeffer das strikt hierarchisch aufgebaute organisatorische Gerüst, das es erlaubte, eine immer größere Anzahl von Mitgliedern aufzunehmen. Die SA wurde so langfristig zu einem veritablen Machtinstrument, ohne das die »Machtergreifung« kaum vorstellbar ist. Gleichzeitig etablierte Pfeffer die später als typisch geltenden Formen der SA-Propaganda, eine funktionierende SA-Wirtschaftstätigkeit und schuf ein dichtes Netz an Suborganisationen. Wie schon im Gau Westfalen konnte hier die Entstehung von Prozessen und Strukturen aufgezeigt werden, die als Vorläufer für die Entwicklung der NSDAP und ihrer Suborganisationen im »Dritten Reich« anzusehen sind. Auch stehen Pfeffer und seine SA exemplarisch für die Überwindung des Widerspruchs zwischen Modernitätsskepsis auf der einen sowie der Affinität gegenüber neuen (politischen) Methoden und Technologien durch die Nationalsozialisten auf der anderen Seite.

Bei den Reichsparteitagen, bei denen Pfeffer als Quartiermeister die Organisation verantwortete, spielte die SA eine immer größere Rolle. Die latente Gewaltbereitschaft blieb jedoch ihr definierendes Merkmal. Bereits 1929, nach Abschluss der Organisationsphase, zeigten sich die Defizite, die auch Röhm nicht zu überwinden vermochte und die 1934 zur faktischen Zerschlagung der SA führen sollten. So scheiterte Pfeffers Konzeption, die vorsah, die SA als zweite gleichwertige Säule neben der PO unter dem Dach der NSDAP zu etablieren, an persönlichen Animositäten, den zunehmenden internen Spannungen zwischen Legalitätstaktik und der revolutionären Gesinnung der SA-Basis, dem Widerstand der Gauleiter sowie an dem Autonomiestreben der höheren SA-Führer.

Nicht zuletzt gab die Arbeit einen Hinweis darauf, dass in den Jahren ab 1929/30 die NSDAP mit der langsam realistisch werdenden Perspektive der legalen Machterlangung ihren Charakter als Partei veränderte. Zwangsläufig ging dieser Prozess auch mit der »Kaltstellung« alter Eliten einher. So gab es einen immer geringeren Bedarf an den Kompetenzen, Mitteln und Methoden der meisten ehemaligen Freikorpsführer. Dass gerade Pfeffer, der bis dato prominenteste Exponent dieser Klientel in der NSDAP, unmittelbar vor dem ersten reichsweiten politischen Erfolg der Bewegung demissionierte, muss hier als sinnbildlich gelten. Spätestens nach dem Juli 1934 erfolgte dann die endgültige Marginalisierung dieser Klientel in der NSDAP und damit auch im »Dritten Reich«. Die ehemaligen Freikorpsoffiziere, die durch ihren Aktivismus und ihre Affinität zur Organisation einen maßgeblichen Anteil am Aufbau der Partei und insbesondere der SA gehabt hatten, wurden schrittweise von einer jüngeren, dynamischeren Funktionselite abgelöst, deren Kompetenzen und deren Habitus mit den Erfordernissen einer auf die Machterlangung drängenden Partei und später des NS-Staates weit kompatibler waren.

Die Betrachtung von Pfeffers Werdegang nach 1933 zeigte zudem die Ursprünge des Scheiterns der nationalsozialistischen Kirchenpolitik und die beginnende Entfremdung besonders der »Bekennenden Kirche« vom Regime. Die Analyse von Pfeffers Rolle in der Österreichfrage 1934 und in den Mixed Claim Relations vervollständigte das Charakterbild des Protagonisten und verdeutlichte deren Unvereinbarkeit mit den politisch-diplomatischen Anforderungen des Staates. Es wurden so auch Gründe dafür aufgezeigt, warum es kein bedeutenderer Freikorpsführer vermochte, sich im nationalsozialistischen Staat in der höchsten Führungsebene zu etablieren.

Schließlich veranschaulichte die Betrachtung Pfeffers in der Nachkriegszeit exemplarisch die Kontinuitäten im Selbstverständnis vieler Freikorps- und NS-Eliten auch über den Zweiten Weltkrieg hinaus und damit deren Schwierigkeiten, sich mit den politischen Bedingungen nach der dritten »Epochenwende« zu ihren Lebzeiten (1918, 1933, 1945) zu arrangieren.

Dank

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um eine gekürzte Version meiner im Frühjahr 2014 an der Philosophischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg angenommenen Dissertationsschrift. Während des mehrjährigen Entstehungsprozesses der Arbeit wurde mir von vielen Seiten Hilfe, Anregung und Förderung zuteil. Hierfür möchte ich mich bedanken.

Mein besonders herzlicher Dank gilt meinem »Doktorvater« und akademischen Vorbild Herrn Professor Dr. Rainer F. Schmidt. Seine kritischen, jedoch stets konstruktiven Anmerkungen sowie sein warmherziger, immer herzlich und gut gemeinter Rat waren mir Ansporn und Motivation. Ich hätte mir keinen besseren »Doktorvater« wünschen können.

Herrn Professor Dr. Altgeld danke ich für die zahlreichen Gespräche sowie für die Bereitschaft, die Arbeit als Zweitkorrektor zu begutachten. Den Herren Professoren Dr. Matthias Stickler und Dr. Frank Kleinehagenbrock sowie Herrn Dr. Alexander Tittmann von der Universität Würzburg für den steten Zuspruch und die Förderung der Arbeit.

Zu Dank verpflichtet bin ich Familie von Pfeffer, insbesondere Herrn Dr. Ferdinand von Pfeffer und Frau Dr. Irmgard Freifrau von Wintzingerode, geb. von Pfeffer, sowie Frau Hilde von Maibom. Man überließ mir sämtliche in Familienbesitz befindlichen Unterlagen und stand für zahlreiche mündliche wie schriftliche Auskünfte zur Verfügung.

Herrn Professor Dr. Gerhard Schildt (Braunschweig) danke ich für den mir gewährten Zugang zu den Aufzeichnungen seiner persönlichen Unterredungen mit Franz von Pfeffer.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung förderte mich während des Entstehungszeitraums der Arbeit mit einem Promotionsstipendium. Für das in mich gesetzte Vertrauen möchte ich mich bedanken. Herrn Professor Thedel von Wallmoden und Herrn Hajo Gevers vom Wallstein Verlag danke ich für die schnelle Bereitschaft, die vorliegende Studie zu publizieren sowie für die diesbezügliche Betreuung.

Auch gilt mein Dank meinen ehemaligen Kollegen an der Universität Würzburg. Insbesondere Herrn Dr. Niels Weise und Herrn Alexander Arnold M. A. für die zahlreichen Gespräche und kritischen Auseinandersetzungen mit meiner Arbeit. Frau Dr. Antonia Landois, Herrn Dr. Walter Göbel für den Zuspruch und die fruchtbaren Gespräche.

Meinem Vater Wolfgang Fraschka danke ich für die zahlreichen Handreichungen sowie für die unzähligen Stunden der kritischen Auseinandersetzung mit meiner Arbeit. Frau Doris Kraus für die akribischen und zeitaufwendigen Korrekturen.

Ein weiterer Dank gebührt meinen Freunden. Herrn Dr. Georg Fuchs für die stets freundschaftliche und konstruktive Unterstützung und Frau Dr. Eva-Maria Hohaus für die vielen denkwürdigen Stunden des gemeinsamen Aus-

tauschs während der Entstehungsphase unserer beider Dissertationsschriften. Dr. Sebastian Völker, Dr. Andre Berkefeld, Bettina Förster und Dres. Fabian Zieschang und Nadja Bertleff-Zieschang danke ich für die unzähligen heiteren Stunden in »unserem« Würzburg. Ich werde diese Zeit niemals vergessen.

Meine geliebte Christin hat mich durch alle Höhen und Tiefen des Entstehungsprozesses begleitet, meine Launen stets ertragen und mich mit ganzer Kraft unterstützt. Ihr danke ich von ganzem Herzen!

Ohne meine geliebten Eltern Margit und Wolfgang wäre ein solches Projekt undenkbar gewesen. Ihnen habe ich alles zu verdanken. Ihnen, meinem viel zu früh verstorbenen Großvater Günter Fraschka und meiner Großmutter Gertrud Hollerbach ist dieses Buch gewidmet.

Dr. Mark Alexander Fraschka im Herbst 2015

Quellen und Literatur

1. Verwendete Archive und Archivaliensammlungen

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD)
- Mappe 105, »Nachlass Severing«

Archiv des Corps Vandalo-Guestphalia, Heidelberg
- Corpsbestand WS 1910/11

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA)
- Abteilung IV: Kriegsarchiv
  - Bde.: 51; 89
  - Sammlung Personen 2543 »Franz von Pfeffer«

Bundesarchiv Berlin Lichterfelde (BArch)
- Hauptarchiv der NSDAP (NS 26): 86; 165; 302; 304; 305; 360; 390; 391; 896; 960; 1215; 1374; 2508; 2540
- Gedächtnisprotokoll Himmlers: (N 19): 2817
- Nationalsozialistische Reichstagsfraktion (NS 46): 15
- Oberstes Parteigericht der NSDAP (ehem. BDC) (OPG): Dolle, Heinrich; Hurlbrink, Ernst Dr.; Kaufmann, Karl ; Pfeffer von Salomon, Franz
- Oberstes Parteigericht der NSDAP (ehem. BDC) (R 3003): 12 J49/29
- Parteikorrespondenz (ehem. BDC) (PK): F 96; J 64
- Reichsarbeitsministerium (R 41): I/358
- Reichskanzlei »Neue Reichskanzlei« (R 43): I/724
- Reichskommissar für die besetzten Gebiete (R 1601): 565; 2305; 2306; 2320; 2322
- Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (R 1507): 213; 228; 344; 345; 351; 462; 535-3; 578-41; 2004; 2007; 2031; 2051; 2056; 2058; 2090; 2782
- Reichslandbund (R 8034): III/349
- Reichsministerium des Innern (R 1501): 113508; 125788; 125789; 125790; 125791; 126085
- Reichsschatzmeister der NSDAP (NS 1): 120; 121; 295; 338; 339; 340; 341; 342; 393; 394; 399-I; 410; 411
- Reichswirtschaftsministerium (R 3101): 34170
- Rheinlandbesetzung und Kapp-Putsch im Rheinland (R 1603): 2278
- Ruhrkämpferbund (R 8035): 2
- Schlageter-Gedächtnis-Museum e. V. (R 8038): 2; 17; I/724
- Sturm Abteilung »SA« (NS 23): 736; 931; 943; 1239

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BArch-MA)
- Amtliche Druckschriften Korps (PHD 9): 35
- Chef der Heeresarchive (RH 18): 725
- Dienststellen zur Vorbereitung des westdeutschen Verteidigungsbeitrages (BW 9): 768; 2118
- »Depot von Stülpnagel« (N 5): 27
- Formationen der vorläufigen Reichswehr und des Übergangsheeres (RH 69): 376; 389
- Großer Generalstab (PH 3): 13
- Großer Generalstab (PHD 7): 36
- Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres (RH 61): 6; 7; 12; 18; 2285; 2286
- Kriegsministerium (PH 2): 286
- Kriegsministerium (PH 6): I/20; I/28; I/33; I/39; I/252; I/332; I/970
- Militärgeschichtliche Sammlung (MSg 2): 971

- Militärverwaltungen (PHD 23): 22; 67
- Nachlass Friedrich Paulus (N 372): 39; 69; 72
- Nachlass Rüdiger von der Goltz (N 714): 11
- Rang- und Quartierlisten der Preußischen Armee (PHD 2): 257
- Reichswehr- und Reichskriegsministerium (RW 1): 62
- Verbandsdrucksachen (VDS) (MSg 3): 747-350; 4218
- Wehrkreiskommandos (RH 53): 4/113; 4/289; 4/536; 4/541; 6/20; 6/21; 6/53; 6/54; 6/55

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA)
- PK: I HA, Rep. 84a, Nr. 55054. »Fememorde in Schlesien«

Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK)
- 456 F 8/62 Generalkommando XIV

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStaD)
- Nr. 15732; 16738; 16788
- RW 23: Nr. 39; 48; 53

Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ)
- 1720/55 »Parteistatistik 1935, Bd. 3«
- F 168 Karl Kaufmann (ehem. BDC)
- F 169, Bd. 1. Gottfried Feder (ehem. BDC)
- Fa 2 »Hans Volz: Die Geschichte der SA«
- Fa 88, Bd. 86: Hauptarchiv der NSDAP
- Fa 107, Bd. 1 und 2: SA und OSAF
- Fa 223, Bd. 62. »Franz von Pfeffer (ehem. BDC)«
- Hauptarchiv der NSDAP (MA): 127, 734, 735, 738, 740, 745
- Zeitzeugenschrifttum (ZZS):
- 0177 Franz von Pfeffer
- 1147 Walter Stennes

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA AA)
- »Die Zukunft der baltischen Provinzen«
- Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes: Rechtswesen 6. Sabotage Claims, Bde. 3 bis 7
- Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes: Rechtswesen 6; DAEA, PolMC. Sabotage Claims, Sonderheft 1 und 2

Privatarchiv Dr. Gerhard Schildt
- Pfeffer, Franz von: Handgeschriebene Notizen in: Helmut Heiber (Hrsg.): Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26, Stuttgart 1962. (Mai 1962).

Privatarchiv von Pfeffer
- Pfeffer, Franz von: Familienstammbaum Pfeffer von Salomon (Privatdruck), München 1938.
- Pfeffer, Franz von: »Die Bewegung«. Hitler und der Aufbruch des Deutschen Volkes – Klitter und Flitter, Unveröffentlichtes Manuskript, Pasing 1964.
- Pfeffer, Friedrich von: Lebenserinnerungen Friedrich von Pfeffer. Unveröffentlichtes Manuskript, Wiesbaden ca. 1946.
- Pfeffer, Friedrich von: Notizen zur Entnazifizierung, Wiesbaden ca. 1947/48.
- Schmige, Babo: Kindheitserinnerungen. Unveröffentlichtes Manuskript, Bad Gastein 1956.
- Uhlig, Heinrich: »Wehrpolitische Rundschau: Als Vorbilder ungeeignet«, Bayerischer Rundfunk vom 21. August 1963.
- Verschiedene Briefe und Briefwechsel.

Staatsarchiv München (StaMünch)
- Pol. Dir. München: 6672-6678; 6680
- Spruchkammerakten: (1312). »Entnazifizierung v. Pfeffer«

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Berlin (SAPMO):
- Nachlass Walter Ulbricht (NL 4182)

Staatsarchiv Münster (StaM)
- Büro Kölpin: Nr. 364
- Gauleitung Westfalen-Nord Gauschulungsamt: Nr. 125; 162; 165; 180; 189; 190
- Oberpräsidium Münster: Nr. 5007
- Personalakten: Nr. I, 484 a-f. »Alfred Kölpin«.
- Regierung Arnsberg: Nr. 1442; 14426; 14250
- Regierung Münster: Abt. VII Nr. 2; 64
- Zentrale Nord: Nr. 1-3; 9; 18

Stadtarchiv Münster (StdAM)
- Kreis Münster Landratsamt: Nr. 1438; Bd. 1
- Polizeiregistratur: Nr. 115
- Stadtarchiv: Amt 43 Nr 2
- Sammlung Plakate
- Stadtgeschichtliche Dokumentation: Stadt-Dok, Nr. 32
- Standesamt Münster
- Zeitgeschichtliche Briefe: Amt 43 E Nr. 7.

2. Benutzte Zeitungsbestände

Berliner Morgenpost, Jahrgang 1921
Berliner Volkszeitung, Jahrgang 1920
Berliner Zeitung, Jahrgang 1921
Deutsche Allgemeine Zeitung, Jahrgang 1923
Deutsche Tageszeitung, Jahrgang 1920
Deutsche Zeitung, Jahrgang 1920
Der Nationale Sozialist, Jahrgang 1926
Der Volkswille, Jahrgang 1921, 1923, 1924, 1926
Der Weckruf, Jahrgang 1924
General-Anzeiger (Badische Neueste Nachrichten), Jahrgang 1919
Der SA-Mann – Beilage zum Völkischen Beobachter, Jahrgänge 1928-1930
Der Tag, Jahrgang 1920
Der Vorwärts, Jahrgang 1920, 1921
Die Freiheit, Jahrgang 1920, 1921
Die Rote Fahne, Jahrgang 1921
Nationalsozialistische Briefe, Jahrgänge 1925-1926
Nationalzeitung, Jahrgang 1933
Münchener Post, Jahrgang 1929
Münsterischer Anzeiger, Jahrgang 1936
Münsterische Zeitung, Jahrgang 1924
Schaumburg-Lippische Landeszeitung, Jahrgang 1919
Volkstribüne, Jahrgang 1921
Völkischer Beobachter, Jahrgänge 1926-1928
Völkischer Vorwärts, Jahrgang 1925
Vossische Zeitung, Jahrgang 1920
Westfälische Landeszeitung, Jahrgang 1923, 1924

3. Verwendete gedruckte Quellen und Literatur

Gedruckte Quellen

Die Schlachten und Gefechte des großen Krieges. Quellenwerk nach den amtlichen Bezeichnungen, Berlin 1919.

Der Prozess Krupp vor dem französischen Kriegsgericht. Nach dem einzigen vorhandenen Stenogramm, München 1923.

Der Waffenstillstand 1918/1919. Das Dokumenten-Material der Waffenstillstands-Verhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsbericht, Bd. 1, Berlin 1928.

Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 315, I. Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924 und am 7. Dezember 1924 (Zweite und Dritte Wahlperiode), Berlin 1928.

Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 382, I. Die Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930, Berlin 1932. Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 434. Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli und 6. November 1932 und am 5. März 1933 (Sechste bis Achte Wahlperiode), Berlin 1935.

Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 449. Die Wahlen zum Reichstag und die Volksabstimmung am 12. November 1933 sowie die Volksabstimmung am 19. August 1934, Berlin 1935.

Statistik des Deutschen Reichstags, Bd. 497. Die Wahlen zum Reichstag am 29. März 1936, Berlin 1937.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Zweiter Band: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs, Berlin 1959.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Dritter Band: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin 1959.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Fünfter Band: das kritische Jahr 1923, Berlin 1961.

Akten der Reichskanzlei – Weimarer Republik. Bd. 1: Das Kabinett Scheidemann – 13. Februar bis 20. Juni 1919, Boppard am Rhein 1971.

Akten der Reichskanzlei – Weimarer Republik. Bd. 3: Das Kabinett Müller I – 27. März bis 21. Juni 1920, Boppard am Rhein 1971.

Akten der Reichskanzlei – Weimarer Republik. Bd. 7: Das Kabinett Cuno – 22. November 1922-12. August 1923, Boppard am Rhein 1968.

Akten der Reichskanzlei – Weimarer Republik. Bd. 8: Das Kabinett Stresemann I und II – 13. August bis 6. Oktober 1923, 6. Obtober 1923 bis 30. November 1923, Bd. 1, Boppard am Rhein 1978.

Akten der Reichskanzlei – Regierung Hitler. Bd. 2,2: Juni – Dezember 1935, Boppard am Rhein 1999.

Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, München[3] 1978.

Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches. Bd. 2: 1934-1935. Vom Beginn des Jahres 1934 bis zur Errichtung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten am 16. Juli 1935, Mainz 1975.

Goebbels, Joseph: Die Tagebücher. Sämtliche Fragmente. Teil 1. Aufzeichnungen 1924-1941. Bde. 1-3, München u. a. 1994 ff.

Goebbels, Joseph: Die Tagebücher, Teil II. Diktate 1941-1945, Bd. 2-4, München u. a. 1994 ff.

Heiber, Helmut (Hrsg.): Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen, 1942-1945 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 10), Stuttgart 1962.

Heiber, Helmut: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil 1, 2 Bde. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, München u. a 1983.

Heiber, Helmut: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil 2, Bd. 3. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, München u. a 1992.

Heß, Rudolf: Briefe, München u. a. 1987.
Hitler, Adolf: Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. 1-3 München u. a. 1992 ff.
Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, Stuttgart 1961.
Hürten, Heinz (Hrsg.): Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920-1922 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien /3), Düsseldorf 1976.
Hürten, Heinz (Hrsg.): Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922-1924 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien /2, Bd. 4), Düsseldorf 1980.
Jacobsen, Hans-Adolf: Karl Haushofer – Leben und Werk. Bd. 2: Ausgewählte Schriftwechsel (Bundesarchiv), Boppard am Rhein.
Jochmann, Werner: Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub 1919 (Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus), Frankfurt a. M. 1960.
Jochmann, Werner (Hrsg.): Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922-1933; Dokumente (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. 3), Frankfurt a. M. 1963.
Jochmann, Werner (Hrsg.): Monologe im Führer-Hauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, herausgegeben von Werner Jochmann, Hamburg 1980.
Ludendorff, Erich; Ludendorff, Mathilde: Die machtvolle Religiosität des Deutschen Volkes vor 1945. Dokumente zur deutschen Religions- und Geistesgeschichte 1933-1945; der Kampf um die geistige Führung zwischen dem Haus Ludendorff, dem Nationalsozialismus und den Kirchen, Süderbrarup 2004.
Moltke, Helmuth Karl Bernhard von: Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877-1916, Stuttgart 1922.
Picker, Henry (Hrsg.): Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Stuttgart 1963.
Rathenau, Walther: Briefe, Bd. 1, Dresden 1927.
Reichsamt des Inneren: Reichsgesetzblatt 1919. 1. Halbjahr, Berlin 1919.
Reichsamt des Inneren: Reichsgesetzblatt 1920, Berlin 1920.
Reichstagsprotokolle, Bd. 347.
Ritter, Gerhard A.; Miller, Susanne (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/1919. Dokumente, Frankfurt a. M.² 1983.
Schulte, Eduard (Hrsg.): Münstersche Chronik zu Novemberrevolution und Separatismus 1918. Tagebücher, Berichte, Akten, Briefe, Zeitungen, Plakate, Bilder, Münster 1936.
Schulte, Eduard (Hrsg.): Münstersche Chronik zu Spartakismus und Separatismus Anfang 1919. Aktenstücke, Berichte, Bilder, Flugblätter, Plakate, Pressestimmen, Tagebücher, Münster 1939.
Schwabe, Klaus; Stieve, Tilman: Quellen zum Friedensschluß von Versailles (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Bd. 30), Darmstadt 1997.
Spengler, Oswald: Briefe 1913-1936, München 1963.
Stasiewski, Bernhard (Hrsg.): Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche. Bd. I: 1933-1934, Mainz 1968.
Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926.
Tyrell, Albrecht (Hrsg.): »Führer befiehl …«. Selbstzeugnisse aus der »Kampfzeit« der NSDAP, Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.
Ulrich, Bernd: Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit 1914-1933, Diss. Berlin 1995, Essen 1997.

Periodika

Adler, Horst: Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus und seiner Vorläufer in Schweidnitz (bis 1932), in: Tägliche Rundschau (1998), S. 2–24.
Auerbach, Hellmuth: Eine nationalsozialistische Stimme zum Wiener Putsch vom 25. Juli 1934, in: VfZ 12 (1964), S. 201–218.

Bajohr, Frank: Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns (1900-1969), in: VfZ 43 (1995), S. 267–295.
Bauer, Kurt: Hitler und der Juliputsch 1934 in Österreich. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Außenpolitik in der Frühphase des Regimes, in: VfZ 59 (2011), S. 193–227.
Biographische Blätter. Jahrbuch für lebensgeschichtliche Kunst und Forschung.
Birnstiel, Fritz: Die deutschen Freikorps von 1918-1923, Teil 1. Soldaten zwischen den Fronten, in: Kampftruppen/Kampfunterstützungstruppen 1985, S. 280-286.
Birnstiel, Fritz: Die Deutschen Freikorps 1918-1923, Teil 2, in: Kampftruppen/Kampfunterstützungstruppen 1986, S. 29-35.
Bourdieu, Pierre: Die biographische Illusion, in: BIOS (1993), S. 75-81.
Brüggemann, Karsten: Legenden aus dem Landeswehrkrieg: Vom »Wunder an der Düna« oder als die Esten Riga befreiten., in: Zeitschrift für Ostforschung 51 (2002), S. 576-591.
Crusius, Max: Georg Escherich, in: Die Oberpfalz 99 (2011), S. 169-176.
Deist, Wilhelm: Armee und Arbeiterschaft 1905-1918, in: Francia 2 (1974), S. 458-481.
Diehl, James M.: Von der »Vaterlandspartei« zur »Nationalen Revolution«. Die »Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VVVD) 1922-1932« , in: VfZ 33 (1985), S. 617-639.
Engelmann, Dieter: Der Januarstreik 1918 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 9 (1982), S. 95-104.
Fricke, Dieter: Zur Rolle des Militarismus nach innen in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Ostforschung 6 (1958), S. 1298-1310.
Graf-Stuhlhofer, Franz: Hitler zum Fall Heß vor den Reichs- und Gauleitern, in: Geschichte und Gegenwart (1999), S. 95-100.
Grevelhörster, Ludger: Am Ende spottete Adolf Hitler. Franz Pfeffer v. Salomon – ein westfälischer SA-Führer, in: Jahrbuch Westfalen '90, S. 130-136.
Hagen, Manfred: Frankreichs Politik in der »baltischen Frage« 1919, in: Zeitschrift für Ostforschung 33 (1984), S. 578-591.
Hancock, Eleanor: Ernst Röhm and the Experience of World War I, in: The Journal of Military History 1996, S. 39-60.
Helfert, Rolf: »Gesamtdeutsche Offiziertagung« in Ost-Berlin 1955. Feldmarschall Paulus, Ulbricht und die deutsche Einheit. Dokumentation, in: Militärgeschichtliche Beiträge 1995, S. 30-34.
Hollerbach, Alexander: Erik Wolfs Wirken für Kirche und Recht, in: Ernst, Albrecht; Kuhn, Thomas K.; Wennemuth, Udo (Hrsg.): Jahrbuch für badische Kirchen- und Religionsgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 2008, S. 47-68.
Kater, Michael H.: Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928: Randgruppe zwischen Hitler und Strasser, in: VfZ 22 (1974), S. 148-190.
Kater, Michael H.: Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925-1939, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG) 62 (1975), S. 339-375.
Klausa, Ekkehard: Vom Bündnispartner zum »Hochverräter«. Der Weg des konservativen Widerstandskämpfers Ferdinand von Lüninck, in: Westfälische Forschungen 43 (1993), S. 530-571.
Krüger, Gerd: Von den Einwohnerwehren zum Stahlhelm. Der nationale Kampfverband »Westfalenbund e. V.« (1921-1924), in: Westfälische Zeitschrift 147 (1997), S. 405-430.
Krüger, Gerd: Überwachung und »Bestrafung« nonkonformen Verhaltens während und nach der Ruhrbesetzung (1923-1926), in: Kulturwissenschaftliches Institut Jahrbuch 1997/98 (1998), S. 264-284.
Krüger, Gerd: »… ich bitte, darüber nichts sagen zu dürfen«. Halbstaatliche und private politische Nachrichtendienste in der Weimarer Republik, in: Zeitgeschichte 27 (2000), S. 87-107.
Krüger, Gerd: »Ein Fanal des Widerstandes im Ruhrgebiet«. Das »Unternehmen Wesel« in der Osternacht des Jahres 1923. Hintergründe eines angeblichen »Husarenstreichs«, in: Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen 24 (2000), S. 95-140.
Kruse, Wolfgang: Krieg und Klassenheer. Zur Revolutionierung der deutschen Armee im Ersten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996), S. 530-561.

Kühnl, Reinhard: Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Strasser-Programm von 1925/26. Dokumentation, in: VfZ 14 (1966), S. 317-333.
Kuropka, Joachim: Auf dem Weg in die Diktatur. Zu Politik und Gesellschaft in der Provinzialhauptstadt Münster 1929-1934, in: Westfälische Zeitschrift 1984, S. 157-199.
Laube, Stefan: Hilfskasse statt Versicherung. Die NSDAP und das »Wagnis Machtergreifung« (1926-1933), in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 44 (1999), S. 196-217.
Mai, Gunther: Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: VfZ 31 (1983), S. 573-613.
Marquis, Alice Goldfarb: Words as Weapons: Propaganda in Britain and Germany during the First World War, in: Journal of contemporary history 13 (1978), S. 467-498.
Mau, Hermann: Die »Zweite Revolution«. Der 30. Juni 1934, in: VfZ 1 (1953), S. 110-137.
Mertens, Lothar: Das Privileg des Einjährig-Freiwilligen Militärdienstes im Kaiserreich und seine gesellschaftliche Bedeutung, in: MGM 39 (1/1986), S. 59-67.
Noakes, Jeremy: Conflict and Development in the NSDAP 1924-1927, in: Journal of contemporary history 1 (1966), S. 3-36.
Paulus, Günter: Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten der Novemberrevolution, in: ZfG 3 (1955), S. 685-704.
Pauly, Ferdinand: Zur Kirchenpolitik des Gauleiters J. Bürckel im Saargebiet (März-August 1935), in: Rheinische Vierteljahreshefte 1971, S. 414-453.
Phelps, Reginald H.: Aus den Groener-Dokumenten, IV: Das Baltikum 1919, in: Deutsche Rundschau 76 (1950), S. 830-840.
Rembert, Karl: Notizen aus der Personalgeschichte der Krefelder Straßenbahn, in: Die Heimat. Zeitschrift für nordrheinische Heimatpflege 27 (1956), S. 74-76.
Sauer, Bernhard: Die Schwarze Reichswehr und der geplante Marsch auf Berlin, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2008, S. 113-150.
Sauer, Bernhard: Vom Mythos eines ewigen Soldatentums. Der Feldzug deutscher Freikorps im Baltikum im Jahre 1919, in: ZfG 43 (1995), S. 869-902.
Sauer, Bernhard: Gerhard Roßbach – Hitlers Vertreter für Berlin. Zur Frühgeschichte des Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, in: ZfG 51 (2001), S. 5-21.
Sauer, Bernhard: Zur politischen Haltung der Berliner Sicherheitspolizei in der Weimarer Republik, in: ZfG 53 (2005), S. 26-45.
Sauer, Bernhard: »Verräter waren bei uns in Mengen erschossen worden«. Die Fememorde in Oberschlesien 1921, in: ZfG 54 (2006), S. 644-662.
Sauer, Bernhard: »Auf nach Oberschlesien«. Die Kämpfe der deutschen Freikorps 1921 in Oberschlesien und den anderen ehemaligen deutschen Ostprovinzen, in: ZfG 58 (2010), S. 297-320.
Schulze, Hagen: Der Oststaat-Plan, in: VfZ 18 (1970), S. 123-163.
Stachura, Peter D.: Der kritische Wendepunkt? Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928, in: VfZ 26 (1978), S. 68-99.
Stern, Howard: The Organisation Consul, in: Journal of Modern History 35 (1963), S. 20-32.
Ulrich, Volker: »Biografie. Die schwierige Königsdisziplin«, in: Die Zeit 15/2007.
Wiedner, Hartmut: Soldatenmißhandlungen im Wilhelminischen Kaiserreich (1890-1914), in: Archiv für Sozialgeschichte 22 (1982), S. 159-199.

Lexika, Nachschlagewerke

Adelige Häuser B, Bd. XX, Limburg a. d. Lahn 1993.
Adels-Lexikon, Bd. XI, Pre-Rok, Limburg a. d. Lahn 2000.
Bradley, Dermot et al. (Hrsg.): Die Generale des Heeres, Bd. 4, Osnabrück 1996.
Diroll, Bernd: Personen-Lexikon der NSDAP, Norderstedt 1998.
Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt a. M.² 2007.

Lilla, Joachim et al.: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945. Ein biographisches Handbuch; unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, Düsseldorf 2004.
Roth, Erhard: Die Verleihungen des Ritterkreuzes 2. Klasse mit Schwertern des königlich sächsischen Albrechtsordens im Ersten Weltkrieg 1914-1918 (Statistische Ausarbeitungen zur Phaleristik Deutschlands, Bd. XIII), Offenbach 1998.
Schumacher, Martin: M. d.R. –Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus; politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation; mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn), Düsseldorf³ 1994.
Stockhorst, Erich: 5000 Köpfe. Wer war was im Dritten Reich, Kiel² 1985.
Tessin, Georg: Deutsche Verbände und Truppen 1918-1939. Altes Heer, Freiwilligenverbände, Reichswehr, Heer, Luftwaffe, Landespolizei, Osnabrück 1974.
Volkmann, Hans-Erich: Probleme des deutsch-lettischen Verhältnisses zwischen Compiègne und Versailles, in: ZfO (Zeitschrift für Ostforschung) 14 (1965), S. 713-726.
Weiß, Hermann (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1998.

Internet

Bernhard Schäfer: Blutfahne der NSDAP, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44343 (18.03.2011).

Tagebücher, Augenzeugenberichte, Memoiren, Zeitgenössisches Schrifttum

Adaridi, K.: Freischaren und Freikorps. Auf Grund von Kriegserfahrungen, Berlin 1925.
Altrock, Constantin von: Vom Sterben des Deutschen Offizierkorps, Berlin² 1922.
Armee-Verordnungsblatt, Berlin 1919.
Balla, Erich: Landsknechte wurden wir …. Abenteuer aus dem Baltikum, Berlin 1932.
Bayer, Ernst: Die SA. Geschichte, Arbeit, Zweck und Organisation der Sturmabteilungen des Führers und der obersten SA-Führung (Schriften der Deutschen Hochschule für Politik: Der organisatorische Aufbau des Dritten Reiches, Bd. 21), Berlin 1938.
Beck, Friedrich Alfred: Kampf und Sieg. Geschichte d. Nationalsozialist. Dt. Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von d. Anfängen bis zur Machtübernahme, Dortmund 1938.
Bestimmungen über Organisation und Dienstbetrieb der Kriegsschule, München 1884.
Bischoff, Josef: Die letzte Front. Geschichte der Eisernen Division im Baltikum 1919, Berlin 1935.
Blume, Wilhelm von: Geschichte des Infanterie-Regiments Herwarth von Bittenfeld (1. Westfälisches) Nr. 13, Berlin 1910.
Bouhler, Philipp: Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, Berlin 1929.
Brandis, Cordt von: Baltikumer, Berlin 1939.
Bronnen, Arnolt: O. S., Berlin 1930.
Buchrucker, Bruno Ernst: Im Schatten Seeckt's. Die Geschichte der »Schwarzen Reichswehr«, Berlin 1928.
Bülow, Bernhard von: Denkwürdigkeiten, Bd. 4. Jugend- und Diplomatenjahre, Berlin 1931.
Buschbecker, Karl M.: »… wie unser Gesetz es befahl«. Roman, Berlin 1936.
Chamberlain, Houston Stewart: Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts, München 1903.
Corps-Zeitung der Lusatia zu Leipzig 3 (1913).
Cranz, Carl: Der Ruhreinbruch, in: Jünger, Ernst (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 275-289.

Darré, Walther: Zucht als Gebot, Berlin 1944.
Das deutsche Führerlexikon 1934/1935, Berlin 1934.
Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, Bd. 2), Berlin 1937.
Deutscher Reichstag (Hrsg.): Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919-1930. Vierte Reihe: Die Ursache des deutschen Zusammenbruchs 1918. Zweite Abteilung: Der Innere Zusammenbruch., Bd. 8, Berlin 1927.
Deutscher Reichstag (Hrsg.): Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919-1930. Vierte Reihe: Die Ursache des deutschen Zusammenbruchs 1918. Zweite Abteilung: Der Innere Zusammenbruch, Bd. 5/2, Berlin 1928.
Deutscher Reichstag (Hrsg.): Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919-1930. Vierte Reihe: Die Ursache des deutschen Zusammenbruchs 1918. Zweite Abteilung: Der Innere Zusammenbruch, Bd. 11/2, Berlin 1931.
Die Braunhemden im Reichstag. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion 1932, München 1933.
Die Mitglieder der Vandalia zu Heidelberg, Berlin 1936.
Dietz, Heinrich (Hrsg.): Handwörterbuch des Militärrechts (Handbücher und Lexika zur Militärgeschichte), Rastatt 1912.
Dreßler, Albert: Über den deutschen Offizier, Dresden 1920.
Dühring, Eugen Karl: Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage, Karlsruhe, Leipzig 1881.
Engelbrechten, Julius K. von: Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, München u. a. 1937.
Espe, Walter Maria: Das Buch der N.S.D.A.P. Werden, Kampf und Ziel der NSDAP, Berlin 1934.
Feder, Gottfried: Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes, Diessen 1920.
Frauenfeld, Alfred Eduard: Und trage keine Reu'. Vom Wiener Gauleiter zum Generalkommissar der Krim. Erinnerungen und Aufzeichnungen, Leoni am Starnberger See 1978.
Freksa, Friedrich: Der Wanderer ins Nichts. Roman, Berlin 1920.
Freytag-Loringhoven, Hugo Friedrich von: Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah, Berlin 1923.
Glombowski, Friedrich: Organisation Heinz (O. H.). Das Schicksal der Kameraden Schlageters nach Akten bearb.; Mit 94 Bildern im Text u. auf Kunstdrucktaf., Berlin 1934.
Goebbels, Joseph: Der neue Typ, in: Nationalsozialistisches Jahrbuch 1927, München 1926, S. 129.
Goltz, Rüdiger von der: Meine Sendung in Finnland und im Baltikum (Deutsche Denkwürdigkeiten), Leipzig 1920.
Goltz, Rüdiger von der: Baltikum, in: Roden, Hans (Hrsg.): Deutsche Soldaten, Vom Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht. Leipzig 1935, S. 97-101.
Goltz, Rüdiger von der: Als politischer General im Osten. Finnland und Baltikum 1918 und 1919, Leipzig^{2} 1936.
Groener, Wilhelm: Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 41), Göttingen 1957.
Groos, Carl; Rudolff, Werner von: Infanterie-Regiment Herwarth von Bittenfeld (1. Westfälisches) Nr. 13 im Weltkrieg 1914-1918. Nach den amtlichen Kriegsakten und privaten Aufzeichnungen (Erinnerungsblätter deutscher Regimenter, Bd. 187), Berlin 1927.
Gumbel, Emil Julius: Verschwörer, Wien 1924.
Gumbel, Emil Julius: »Verräter verfallen der Feme«, Berlin 1929.
Haffner, Sebastian: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart^{3} 2000.
Hart, Basil Henry Liddell: The Real War 1914-1918, Boston und Toronto 1930.
Hartmann, Erich: Der Kampf der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei um Münster 1922-37: 15 Jahre NSDAP Münster 1922-1937, Kreistreffen 15.-17. Oktober, Münster 1937, S. 6-39.
Heiden, Konrad: Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee, Berlin 1932.
Heiden, Konrad: Hitler. Eine Biographie, Zürich 1937.

Heinz, Friedrich W[ilhelm]: Die Nation greift an, Berlin 1933.
Heinz, Friedrich Wilhelm: Der deutsche Vorstoß in das Baltikum, in: Hotzel, Curt (Hrsg.): Deutscher Aufstand, Die Revolution des Nachkriegs. Stuttgart 1934, S. 45-69.
Herzfeld, Hans: Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege, Bonn 1923.
Heydebreck, Peter von: Wir Wehr-Wölfe. Erinnerungen eines Freikorpsführers, Leipzig 1931.
Hiemisch, Max: Der nationalsozialistische Kampf um Bielefeld. Die Geschichte der N.S.D.A.P. Bielefeld, Bielefeld 1933.
Hierl, Konstantin: Unsere Stellung im Staate o. O. ca. 1926.
Hillebrand, Wilhelm: Herunter mit der Maske! Erlebnisse hinter den Kulissen der N. S. D. A. P., Berlin 1928.
Hitler, Adolf: Mein Kampf, München[33] 1933.
Hitler, Adolf: Mein Kampf, Bd. 2. Die nationalsozialistische Bewegung, München[11] 1933.
Hobohm, Martin: Gutachten: Soziale Heeresmißstände als Teilursache des deutschen Zusammenbruchs von 1918, in: Deutscher Reichstag (Hrsg.): Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919-1930. Vierte Reihe: Die Ursache des deutschen Zusammenbruchs 1918. Zweite Abteilung: Der Innere Zusammenbruch, Bd. 11/1, Berlin 1929.
Hoffmann, Heinrich: Das braune Heer. 100 Bilddokumente: Leben, Kampf und Sieg der SA und SS. Mit einem Geleitwort von Adolf Hitler. Bildzusammenstellung: Heinrich Hoffmann, Berlin 1932.
Hoffmann, Heinrich: Hitler, wie ich ihn sah. Aufzeichnungen seines Leibfotografen, München 1974.
Hotzel, Curt (Hrsg.): Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs, Stuttgart 1934.
Hülsen, Bernhard von: Freikorps im Osten, in: Roden, Hans (Hrsg.): Deutsche Soldaten, Vom Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht. Leipzig 1935, S. 110-118.
Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929.
Jahn, Hans Edgar: Für und gegen den Wehrbeitrag. Argumente und Dokumente, Köln 1957.
Jansen, P.: Unternehmen Wesel, in: Salomon, Ernst von (Hrsg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 431-434.
Jünger, Ernst (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929.
Kiehl, Walter: Mann der Fahne. Kameraden erzählen von Dr. Ley, München 1938.
Killinger, Manfred von: Die SA. In Wort und Bild, Leipzig 1933.
Killinger, Manfred von: Kampf um Oberschlesien 1921. Bisher unveröff. Aufzeichnungen d. Führers d. »Abt. v. Killinger«, genannt »Sturmkompagnie Koppe«, Leipzig 1934.
Klein, Ernst: Das Werk der ersten Bannerträger des Nationalsozialismus in Recklinghausen, Recklinghausen 1934.
Kleist, Ewald von: Vom Freikorps zum neuen Heer, in: Roden, Hans (Hrsg.): Deutsche Soldaten. Vom Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht. Leipzig 1935, S. 245-258.
Krafft, Karl: Dienst und Leben des jungen Infanterie-Offiziers. Ein Lern- und Lesebuch, Berlin 1914.
Krafft, Rudolf: Glänzendes Elend, Stuttgart 1895.
Krebs, Albert: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959.
Krenzlin, Hans-Helmuth: Das NSKK. Wesen, Aufgaben und Aufbau des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, dargestellt an einem Abriß seiner geschichtlichen Entwicklung (Schriften der Deutschen Hochschule für Politik 2, Der organisatorische Aufbau des Dritten Reiches, Bd. 34), Berlin 1939.
Landau, Henry: The Enemy within, New York 1937.
Le Bon, Gustave: Psychologie der Massen (Philosophisch-soziologische Bücherei, Bd. 2), Leipzig[3] 1919.
Leers, Johann von: Weg und Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Hotzel, Curt (Hrsg.): Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs. Stuttgart 1934, S. 308-326.
Liebert, Eduard von: Heer und Sozialdemokratie, Berlin[2] 1910.
Liebert, Eduard von: Aus einem bewegten Leben, München 1925.

Limburg, Wilhelm: Das Infanterie-Regiment Nr. 193. Vier Jahre auf den Schlachtfeldern Frankreichs (Erinnerungsblätter deutscher Regimenter), Oldenburg 1925.
Loewenfeld, Wilfried von: Das Freikorps von Loewenfeld. 3. Marine-Brigade, in: Roden, Hans (Hrsg.): Deutsche Soldaten. Vom Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht. Leipzig 1935, S. 149-158.
Loewenthal, Max J.: Das jüdische Bekenntnis als Hinderungsgrund bei der Beförderung zum preußischen Reserveoffizier, Berlin 1911.
Loewenthal, Max J.: Jüdische Reserveoffiziere, Berlin 1914.
Ludecke, Kurt G.: I knew Hitler. The story of a Nazi who escaped the blood purge, London 1938.
Ludendorff, Erich von: Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter deutscher Volksschöpfung, München 1940.
Ludendorff, Erich von: Mein militärischer Werdegang. Blätter der Erinnerung an unser stolzes Heer, München 1934.
Lüttwitz, Walther von: Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934.
Mahnken, Heinrich: Gegenstoß im Westen 1919, in: Roden, Hans (Hrsg.): Deutsche Soldaten. Vom Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht. Leipzig 1935, S. 59-64.
Mann, Rudolf: Mit Ehrhardt durch Deutschland. Nachdruck von 1921 (Quellentexte zur konservativen Revolution. Rote Reihe: Die Nationalrevolutionäre, Bd. 2), Toppenstedt 2004.
Marr, Wilhelm: Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum. Vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet, Bern[3] 1879.
Medem, Walter von: Stürmer von Riga. Die Geschichte eines Freikorps, Berlin und Leipzig 1937.
Megede, Hans von: Die baltische Tragödie, in: Der Schulbrief 1934 (1), S. 25.
Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Gedanken und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.
Mertens, Karl: Verschwörer und Fememörder, Charlottenburg 1926.
Militär-Wochenblatt 44 (1843).
Moeller van den Bruck, Arthur: Das dritte Reich, Hamburg[3] 1931.
Müffling, Wilhelm F. von: Wegbereiter und Vorkämpfer für das neue Deutschland, München 1933.
Müller, C. Th.: Wir Männer in des Königs Rock. »Beiträge zur Selbsterziehung des dt. Soldaten«, Berlin 1911.
Müller-Brandenburg, Hermann: Die Erziehung der Truppe zum moralischen Wert in Deutschland, Russland und Japan. Eine vergleichende Studie auf Grund des russisch-japanischen Krieges, Berlin 1905.
Müller-Loebnitz, Wilhelm (Hrsg.): Das Ehrenbuch der Westfalen. Die Westfalen im Weltkrieg, Stuttgart 1931.
Münster unterm Hakenkreuz, in: Das schöne Münster 5 (1933), S. 225-248.
Nationalsozialistische Briefe: »Wahlbeteiligung oder nicht« vom 1. Januar 1926, Nr. 7.
Nord, Franz: Der Krieg im Baltikum, in: Jünger, Ernst (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 63-97.
Nordmann, Heinrich: Israel im Heere, Berlin 1893.
Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947.
Oehme, Walter: Kommt »Das Dritte Reich«?, Berlin 1930.
Oertzen, Friedrich Wilhelm von: Kamerad, reich mir die Hände. Freikorps und Grenzschutz. Baltikum und Heimat, Berlin 1933.
Oertzen, Friedrich Wilhelm von: Die deutschen Freikorps. 1918-1923, München 1938.
Oetinger, Gustav von: In Ketten vom Ruhrgebiet nach Saint-Martin de Ré. Erlebnisse politischer Gefangener im Ruhrgebiet, im Rheinland und in Frankreich; 1923/1924, Essen 1925.
Pfeffer, Franz von: Die SA: Nationalsozialistische Monatshefte, München 1930.
Plaas, Hartmut: Das Kapp-Unternehmen, in: Jünger, Ernst (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 164-189.
Plümer, Friedrich: Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis, Berlin 1925.
Poten, Bernhard: Unser Volk in Waffen, Berlin und Stuttgart 1887.
Reichskriegsministerium (Hrsg.): Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen. Bd. II: Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga. Januar bis Mai 1919, Berlin 1937.

Roden, Hans (Hrsg.): Deutsche Soldaten. Vom Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht, Leipzig 1935.
Rosenberg, Alfred: Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution, Göttingen 1955.
Rosten, Curt: Geschichte der nationalsozialistischen Revolution, Berlin 1933.
Salomon, Ernst von: Der Sturm auf Riga, in: Jünger, Ernst (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 98-111.
Salomon, Ernst von: Hexenkessel Deutschland, in: Jünger, Ernst (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 13-38.
Salomon, Ernst von: Nahe Geschichte. Ein Überblick, Berlin 1936.
Salomon, Ernst von (Hrsg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938.
Salomon, Ernst von: Die Geächteten, Gütersloh 1938.
Salomon, Ernst von: Der Fragebogen, Reinbek bei Hamburg 1951.
Schaible, C.: Standes- und Berufspflichten des deutschen Offiziers. Für angehende u. jüngere Offiziere d. stehenden Heeres u. d. Beurlaubtenstandes, Berlin 1901.
Schellenberg, Walter: Memoiren, Köln 1959.
Scheringer, Richard: Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Hamburg 1959.
Schirach, Baldur von: Die Hitlerjugend. Idee und Gestalt, Leipzig 1934.
Schirach, Baldur von: Ich glaubte an Hitler 1967.
Schmidt-Pauli, Edgar von: Geschichte der Freikorps 1918-1924, Stuttgart² 1936.
Schmitt, Carl: Der Führer schützt das Recht, in: Deutsche Juristen-Zeitung 39 (1934), S. 945-950.
Schmitz, Hans Jakob: Geschichte des Netze-Warthelandes (Grenzmärkische Forschungen, Bd. 4), Leipzig 1941.
Schomburg, Emil Heinrich: Der Wandervogel, seine Freunde und seine Gegner (Bücher der Wandervögel, Bd. 2), Wolfenbüttel 1917.
Schulz, Adolf: Ein Freikorps im Industrie-Gebiet, Mühlheim a. d. Ruhr o. J. [ca. 1923].
Schwarz van Berk, Hans: Rote Armee an der Ruhr, in: Jünger, Ernst (Hrsg.): Der Kampf um das Reich, Essen 1929, S. 203-218.
Segall, Jacob: Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914-1918. Eine statistische Studie, Berlin 1922.
Severing, Carl: Mein Lebensweg. Bd. 2: Vom Schlosser zum Minister, Köln 1950.
Siehr, Jürgen: Heimkehr ins Chaos. Nach einem Bericht des Hauptmanns Bott vom Infanterie-Regiment 70, in: Salomon, Ernst von (Hrsg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 29-30.
Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert, Berlin³ 1913.
Spengler, Oswald: Preußentum und Sozialismus, München 1920.
Spethmann, Hans: Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Bd. IV: Der Ruhrkampf 1923 bis 1925, Berlin 1930.
Stelzner, Fritz: Schicksal SA. Die Deutung eines großen Geschehens. Von einem, der es selbst erlebte, München 1936.
Stoll, Christian (Hrsg.): Dokumente zum Kirchenstreit. Bd. 5: Der Weg der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, o. O. 1935.
Strantz, R.: Schwert und Feder, Berlin 1925.
Strasser, Otto: Hitler und ich, Konstanz 1948.
Strasser, Otto: Exil, München 1958.
Thimme, Friedrich (Hrsg.): Vom inneren Frieden des deutschen Volkes, Leipzig 1916.
Troeltsch, Ernst: Spektator-Briefe. Aufsätze über die Deutsche Revolution und die Weltpolitik 1919-1922. Hrsg. von Hans Baron, Tübingen 1924.
van den Bergh, Max: Das deutsche Heer vor dem Weltkriege. Eine Darstellung und Würdigung, Berlin 1934.
Volz, Hans: Geschichte der NSDAP, Berlin u. a. 1934.
Volz, Hans: Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin¹¹ 1943.
von Schade: Kurzgefasste Geschichte des Infanterie-Regiments Herwarth von Bittenfeld (1. Westf.) No. 13, Münster 1913.

Wagener, Otto: Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten, 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, Kiel[2] 1987.
Wagener, Otto Wilhelm: Von der Heimat geächtet, Stuttgart 1920.
Wahl, Karl: »… es ist das deutsche Herz«. Erlebnisse und Erkenntnisse eines ehemaligen Gauleiters, Augsburg 1954.
Waldersee, Alfred von: Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee. Bd. 2: 1888-1900 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts), Osnabrück 1922-23.
Watter, Oskar von: Die Bedeutung der Freikorps, in: Roden, Hans (Hrsg.): Deutsche Soldaten, Vom Frontheer und Freikorps über die Reichswehr zur neuen Wehrmacht. Leipzig 1935, S. 75-83.
Wentzcke, Paul: Geschichte des Ruhrkampfes als Aufgabe und Erlebnis. Vortrag vom 9. Dezember 1928 in Frankfurt a. M. und am 18. Februar 1929 in Essen, Düsseldorf o. J.
Wentzcke, Paul: Den Helden des Ruhrkampfes (Schriften des Historischen Museums und des Archivs der Stadt Düsseldorf, Bd. 3), Düsseldorf 1931.
Wentzcke, Paul: Ruhrkampf. Einbruch und Abwehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Bd. 2, Berlin 1932.
Wilmanns, Carl: Die »goldene« Internationale und die Nothwendigkeit einer socialen Reformpartei, Berlin[5] 1876.
Winnig, August: Am Ausgang der deutschen Ostpolitik. Persönliche Erlebnisse und Erinnerungen, Berlin 1921.
Winnig, August: Heimkehr, Hamburg 1955.
Woolsey, L. H.: The Sabotage Claims against Germany, in: The American Journal of International Law 34 (1940), S. 22-35.
Wurm, Marie: Tagebuchaufzeichnungen aus der Zeit des Kirchenkampfes, Stuttgart[2] 1952.
Zimmermann, Georg: Ruhrkämpfer auf der Insel St. Ré, in: Salomon, Ernst von (Hrsg.): Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 468-474.
Zitt, Hans: Sturm auf den Annaberg, Gütersloh 1939.

Literatur

Afflerbach, Holger: Die militärische Planung des Deutschen Reiches, in: Michalka, Wolfgang (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg, Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München und Zürich 1994, S. 280-318.
Albrecht, Joachim: Die Avantgarde des »Dritten Reiches«. Die Coburger NSDAP während der Weimarer Republik 1922-1933 (Europäische Hochschulschriften: Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 1008), Frankfurt a. M. u. a. 2005.
Altgeld, Wolfgang: Volk, Rasse, Raum. Völkisches Denken und radikaler Nationalsozialismus im Vorfeld des Nationalsozialismus, in: Lill, Rudolf (Hrsg.): Machtverfall und Machtergreifung, Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus, München 1983, S. 95-120.
Altgeld, Wolfgang: Kleine italienische Geschichte, Stuttgart 2007.
Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1955.
Baier, Helmut: Die Deutschen Christen Bayerns im Rahmen des bayerischen Kirchenkampfes (Einzelarbeiten aus der Kirchengeschichte Bayerns, Bd. 46), Nürnberg 1968.
Bajohr, Frank: Der folgenlose Staat. Korruptionsaffären im Nationalsozialismus, in: Sabrow, Martin (Hrsg.): Skandal und Diktatur, Göttingen 2004, S. 59-76.
Bald, Detlef: Der deutsche Generalstab 1859-1939. Reform und Restauration in Ausbildung und Bildung, München 1977.
Bald, Detlef: Vom Kaiserheer zur Bundeswehr. Sozialstruktur des Militärs. Politik der Rekrutierung von Offizieren und Unteroffizieren (Europäische Hochschulschriften Reihe 31, Bd. 28), Frankfurt a. M. 1981.
Bald, Detlef: Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierskorps im 20. Jahrhundert, München 1982.

Bald, Detlef: Zum Kriegsbild der militärischen Führung im Kaiserreich, in: Dülffer, Jost; Holl, Karl (Hrsg.): Bereit zum Krieg, Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914, Göttingen 1986, S. 146-160.

Balistier, Thomas; Warneken, Bernd Jürgen: Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA, Münster 1989.

Baranowski, Shelley: The Sanctity of rural life. Nobility, Protestantism, and Nazism in Weimar Prussia, Oxford und New York 1995.

Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933, Düsseldorf 2003.

Barth, Boris: Freiwilligenverbände in der Novemberrevolution, in: Bergien, Rüdiger (Hrsg.): Spießer, Patrioten, Revolutionäre, Militärische Mobilisierung und gesellschaftliche Ordnung in der Neuzeit, Göttingen 2010, S. 95-117.

Bauer, Kurt: Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934, Wien 2003.

Beer, Bettina: Frauen in der deutschsprachigen Ethnologie. Ein Handbuch, Köln u. a. 2007.

Behrend, Hanna: Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921-1933. Ein Beitrag zur Führungsstruktur der nationalsozialistischen Partei, Frankfurt a. M. 1981.

Bennecke, Heinrich: Hitler und die SA, München u. a. 1962.

Benoist-Méchin, Jacques: Geschichte der deutschen Militärmacht. 2. Bde, Hamburg 1965.

Berding, Helmut: Der Aufstieg des Antisemitismus im Ersten Weltkrieg, in: Benz, Wolfgang; Bergmann, Werner (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord, Entwicklungslinien des Antisemitismus, Bonn 1997, S. 286-303.

Berghahn, Volker: Der Erste Weltkrieg, München 2003.

Bergien, Rüdiger (Hrsg.): Spießer, Patrioten, Revolutionäre, Militärische Mobilisierung und gesellschaftliche Ordnung in der Neuzeit, Göttingen 2010.

Bessel, Richard: Political violence and the rise of nazism. The storm troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984.

Bessel, Richard: Die Heimkehr der Soldaten. Das Bild der Frontsoldaten in der Öffentlichkeit der Weimarer Republik, in: Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Renz, Irina (Hrsg.): »Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch …«. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, Essen 1993, S. 221-239.

Beyer, Franz: Das Leitbild des deutschen Offiziers (Historisch-Politische Hefte der Ranke-Gesellschaft, Bd. 17), Göttingen 1964.

Bird, Kai: The chairman John J. McCloy. The making of the American establishment, New York u. a.[3] 1992.

Birnstiel, Fritz; Römer, Susanne: Beppo Römer. Ein Leben zwischen Revolution und Nation, Berlin 1991.

Blank, Ralf; Marra, Stephanie; Sollbach, Gerhard E. (Hrsg.): Hagen. Geschichte einer Großstadt und ihrer Region, Essen 2008.

Blaschke, Olaf: Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, Diss. Bielefeld 1995. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 122), Göttingen 1997.

Bloch, Charles: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt a. M. 1970.

Bödeker, Hans Erich (Hrsg.): Biographie schreiben (Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 18), Göttingen 2003.

Böhm, Thomas: The great fuck-up. Gewalterfahrungen der britischen Soldaten in der Schlacht an der Somme 1916 (Reihe Hochschulschriften, Bd. Bd. 28), Berlin 2009.

Böhnke, Wilfried: Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Diss. Marburg/Lahn 1970. (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 106), Bonn-Bad Godesberg 1974.

Boog, Horst: Graf Ernst zu Reventlow 1869-1943. Eine Studie zur Krise der deutschen Geschichte seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, Heidelberg 1965.

Bourdieu, Pierre: Zur Soziologie der symbolischen Formen, Frankfurt a. M. 1974.

Böttcher, Bernhard: Gefallen für Volk und Heimat. Kriegerdenkmäler deutscher Minderheiten

in Ostmitteleuropa während der Zwischenkriegszeit, Diss. Jena 2007. (Studia Transylvanica, Bd. 39), Köln 2009.
Bracher, Karl Dietrich: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln u. a. 1960.
Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln[6] 1980.
Bräuninger, Werner: Hitlers Kontrahenten in der NSDAP. 1921-1945, München 2004.
Brandenburg, Hans-Christian: Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln 1968.
Brandt, Peter: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd. 3), Düsseldorf 1980.
Breuer, Stefan: Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt 2008.
Bronder, Dietrich: Bevor Hitler kam. Eine historische Studie, Hannover 1964.
Broszat, Martin: Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programmatik und Wirklichkeit (Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung), Hannover 1960.
Bruchhäuser, Hanns-Peter: Heinrich Abel. Eine deutsche Karriere, Magdeburg 2009.
Brunck, Helma: Bismarck und das Preußische Staatsministerium 1862-1890 (Quellen und Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Bd. 25), Berlin 2004.
Bucher, Peter: Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30 (Wehrwissenschaftliche Forschungen /Abteilung Militärgeschichtliche Studien), Boppard am Rhein 1967.
Bullock, Alan: Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1967.
Burchardt, Lothar: Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914 (Wehrwissenschaftliche Forschungen/Abteilung Militärgeschichtliche Studien, Bd. 6), Boppard am Rhein 1968.
Burgdorff, Stephan; Wiegrefe, Klaus; Andresen, Karen (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, München 2004.
Buschmann, Nikolaus: Der verschwiegene Krieg, in: Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Langewiesche, Dieter; Ullmann, Hans-Peter (Hrsg.): Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Bd. 5), Essen 1997, S. 208-224.
Büttner, Ursula: Der Aufstieg der NSDAP, in: Schmid, Josef (Hrsg.): Hamburg im »Dritten Reich«, Göttingen 2005, S. 27-64.
Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik, 1918-1933: Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Bonn 2008.
Campbell, Bruce: From Landsknecht to political soldier. The political and military development of the highest leaders of the SA, Madison 1988.
Campbell, Bruce: The SA generals and the rise of Nazism, Lexington[2] 2004.
Carsten, Francis L.: Reichswehr und Politik. 1918-1933, Köln u. a. 1964.
Carsten, Francis L.: Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977.
Cerny, Jochen; Fahlbusch, Lutz: Reichs-Landbund (RLB) 1921-1933, in: Fricke, Dieter u. a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) (Geschichte der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände), Köln, S. 688-712.
Christoph, Jürgen: Die politischen Reichsamnestien 1918-1933, Diss. Kiel 1987. (Rechtshistorische Reihe, Bd. 57), Frankfurt a. M. 1988.
Conze, Eckart (Hrsg.): Adel und Moderne. Deutschland im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 2004.
Copeland, Norman: Psychology and the soldier, Harrisburg, Pennsylvania[4] 1951.
Cornelißen, Christoph: Vom »Ruhrkampf« zur Ruhrkrise: Die Historiographie der Ruhrbesetzung, in: Krumeich, Gerd; Schröder, Joachim (Hrsg.): Der Schatten des Weltkriegs: die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 25-45.

Costello, John: Ten days to destiny. The secret story of the Hess peace initiative and British efforts to strike a deal with Hitler, New York 1991.
Danker, Uwe: Der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse. Überlegungen zu seiner Biographie, in: Ruck, Michael (Hrsg.): Regionen im Nationalsozialismus (IZRG-Schriftenreihe, Bd. 10), Bielefeld 2003, S. 91-120.
Danner, Lothar: Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933, Hamburg 1958.
Deist, Wilhelm: Die Armee in Staat und Gesellschaft, in: Stürmer, Michael (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland, Politik und Gesellschaft 1870-1918, Düsseldorf 1970, S. 312-339.
Deist, Wilhelm: Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, Bd. 1, Düsseldorf 1970.
Deist, Wilhelm: Zur Geschichte des preußischen Offizierkorps 1888-1918, in: Hofmann, Hanns Hubert (Hrsg.): Das deutsche Offizierkorps 1860-1960, Boppard am Rhein 1980, S. 39-58.
Deist, Wilhelm: Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918?, in: Wette, Wolfram (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München² 1995, S. 146-167.
Demeter, Karl: Das deutsche Offizierskorps in Gesellschaft und Staat, Frankfurt a. M. 1962.
Dethlefs, Gerd: Geschichte original – am Beispiel der Stadt Münster. Soldaten und Bürger. Münster als Festung und Garnison, Münster 1983.
Deuerlein, Ernst: Das Reichskonkordat. Beiträge zu Vorgeschichte, Abschluß und Vollzug des Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933, Düsseldorf 1956.
Diedrich, Torsten: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952 bis 1956 (Militärgeschichte der DDR, Bd. 1), Berlin 2003.
Diedrich, Torsten: Paulus. Das Trauma von Stalingrad. Eine Biographie, Paderborn, München u. a. 2008.
Diehl-Thiele, Peter: Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933-1945 (Münchener Studien zur Politik, Bd. 9), München 1969.
Dimitrios, Alexander: Weimar und der Kampf gegen »rechts«. Eine politische Biographie. 3 Bde., Ulm 2009.
Ditt, Karl: Kulturpolitik aus Opportunismus? Der Stadtarchivar Dr. Eduard Schulte in Münster 1933-1945, in: Jacobi, Franz-Josef; Sternberg, Thomas (Hrsg.): Kulturpolitik in Münster während der nationalsozialistischen Zeit, Münster 1990, S. 39-65.
Doerries, Reinhard R.: Tracing Kurt Jahnke: Aspects of the Study of German Intelligence, in: Kent, George O. (Hrsg.): Historians and archivists. Essays in modern German history and archival policy, Fairfax, Lanham 1991, S. 27-44.
Doerries, Reinhard R.: Die Mixed Claims Commission. Juristisches Forum für die politischen Beziehungen zwischen Washington und Berlin in der Zwischenkriegszeit, in: Schachtschneider, Karl Albrecht (Hrsg.): Transport – Wirtschaft – Recht (Schriften zum Wirtschaftsrecht, Bd. 133), Berlin 2001, S. 455-472.
Doerries, Reinhard R.: Hitler's Intelligence Chief. Walter Schellenberg, New York 2009.
Doerry, Martin: Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs, Weinheim 1986.
Dornberg, John: Der Hitlerputsch. 9. November 1923, München² 1998.
Dornheim, Andreas: Röhms Mann fürs Ausland. Politik und Ermordung des SA-Agenten Georg Bell, Münster 1998.
Douglas-Hamilton, James: Geheimflug nach England. Der »Friedensbote« Rudolf Heß und seine Hintermänner, Düsseldorf 1973.
Drage, Charles: Als Hitler nach Canossa ging, Berlin 1982.
Driftmann, Hans H.: Grundzüge des militärischen Erziehungs- und Bildungswesens in der Zeit 1871-1939, Regensburg 1980.
Dülffer, Jost: Der Weg in den Krieg, in: Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Renz, Irina (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn u. a. 2009, S. 233-241.
Dupeux, Louis: »Nationalbolschewismus« in Deutschland 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985.

Duppler, Jörg; Groß, Gerhard P. (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 53), München 1999.

Eger, Walter: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/1920 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 35), Düsseldorf 1967.

Eksteins, Modris; Schmid, Bernhard: Tanz über Gräben. Die Geburt der Moderne und der Erste Weltkrieg, Reinbek bei Hamburg 1990.

Eliasberg, George J.: Der Ruhrkrieg von 1920, Bonn, Bad Godesberg 1974.

Engel, Gerhard; Holtz, Bärbel; Materna, Ingo (Hrsg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates; vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß, Berlin 1993.

Epkenhans, Michael: Die Politik der militärischen Führung 1918: »Kontinuität der Illusionen und das Dilemma der Wahrheit«, in: Duppler, Jörg; Groß, Gerhard P. (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 53), München 1999, S. 217-240.

Erdmann, Karl Dietrich: Der Erste Weltkrieg, München[9] 1980.

Erdmann, Karl Dietrich: Alternativen der deutschen Politik im Ruhrkampf, in: Schwabe, Klaus (Hrsg.): Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1984, S. 29-38.

Erhart, Walter: Laufbahnen. Die Fiktionen des Offiziers, in: Angress, Werner T.; Breymayer, Ursula; Ulrich, Bernd; Wieland, Karin (Hrsg.): Willensmenschen. Über deutsche Offiziere, Frankfurt 1999, S. 155-172.

Etzemüller, Thomas: Die Form »Biographie« als Modus der Geschichtsschreibung, in: Ruck, Michael (Hrsg.): Regionen im Nationalsozialismus (IZRG-Schriftenreihe, Bd. 10), Bielefeld 2003, S. 71-90.

Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991.

Faust, Anselm: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Bd. 1, Düsseldorf 1973.

Ferner, Wolfgang: Das Deuxième Bureau der französischen Armee. Subsidiäres Überwachungsorgan der Reichswehr 1919-1923, Diss. Würzburg 1982, Frankfurt a. M. 1982.

Fest, Joachim C.: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M.[3] 1992.

Fetz, Bernhard: Biographisches Erzählen zwischen Wahrheit und Lüge, Inszenierung und Authentizität, in: Klein, Christian (Hrsg.): Handbuch Biographie: Methoden, Traditionen, Theorien, Stuttgart, Weimar 2009, S. 54-60.

Fischer, Conan: Stormtroopers. A social, economic and ideological analysis, 1929-35, London 1983.

Fischer, Conan: Ernst Julius Röhm – Stabschef SA und unentbehrlicher Außenseiter, in: Smelser, Ronald (Hrsg.): Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, Darmstadt 1999, S. 212-222.

Fischer, Horst: Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert (Leo Baeck Institute: Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts, Bd. 20), Tübingen 1968.

Fischer, Klaus P.: Nazi Germany. A new history, London 1995.

Fischer, Wolfram: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze, Studien, Vorträge (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 1), Göttingen 1972.

Flammer, August: Entwicklungstheorien. Psychologische Theorien der menschlichen Entwicklung, Bern[4] 2009.

Flammer, August; Alsaker, Françoise: Entwicklungspsychologie der Adoleszenz. Die Erschließung innerer und äußerer Welten im Jugendalter, Bern 2002.

Flemming, Thomas: Industrialisierung und Krieg, in: Spilker, Rolf; Brockel, Manfred (Hrsg.): Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914-1918; eine Ausstellung des Museums Industriekultur Osnabrück im Rahmen des Jubiläums »350 Jahre Westfälischer Friede«; 17. Mai – 23. August 1998, Bramsche 1998, S. 55-67.

Förster, Stig: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Diss. Düsseldorf 1982. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Bd. 118), Stuttgart 1985.

Förster, Stig: Der Krieg des Willensmenschen. Die deutsche Offizierselite auf dem Weg in den Weltkrieg, 1871-1914, in: Angress, Werner T.; Breymayer, Ursula; Ulrich, Bernd; Wieland, Karin (Hrsg.): Willensmenschen, Über deutsche Offiziere. Frankfurt 1999, S. 23-36.

Frank, Hans: Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse. Geschrieben im Nürnberger Justizgefängnis, Neuhaus bei Schliersee[2] 1955.

Frank, Robert Henry: Hitler and the National Socialist Coalition. 1924-1932, Diss. Baltimore, Baltimore 1969.

Franke, Manfred: Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reichs. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

Franz-Willing, Georg: Die Hitlerbewegung. Der Ursprung: 1919-1922, Hamburg 1962.

Franz-Willing, Georg: Die Hitler-Bewegung 1925 bis 1934, Preussisch Oldendorf 2001.

Fraschka, Mark A.: Friedrich Paulus: Zwischen Gewissen und Opportunismus? Generalfeldmarschall Paulus und sein Wirken in der Deutschen Demokratischen Republik, München[2] 2011.

Fritsche, Gerd-Walter: Bedingungen des individuellen Kriegserlebnisses, in: Knoch, Peter; Dines, Peter (Hrsg.): Kriegsalltag, Die Rekonstruktion des Kriegsalltags als Aufgabe der historischen Forschung und der Friedenserziehung, Stuttgart 1989, S. 114-152.

Froese, Peter: Volkswille. Ein Stück deutsche Geschichte in Karikaturen. Geschichte einer Münsteraner Zeitung für Sozialdemokraten und Gewerkschaften, Kösching 1989.

Fuchs, Konrad: Vom deutschen Krieg zur deutschen Katastrophe (1866-1945), in: Conrads, Norbert (Hrsg.): Schlesien, Berlin 1994, S. 554-693.

Funck, Marcus: In den Tod gehen. Bilder des Sterbens im 19. und 20. Jahrhundert, in: Angress, Werner T.; Breymayer, Ursula; Ulrich, Bernd; Wieland, Karin (Hrsg.): Willensmenschen, Über deutsche Offiziere, Frankfurt 1999, S. 227-236.

Gathmann, Peter; Paul, Martina: Narziss Goebbels. Eine psychohistorische Biografie, Wien 2009.

Gay, Peter: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit: 1918-1933, Frankfurt a. M. 1970.

Geile, Willi: Die Ritter des königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern im Ersten Weltkrieg (Statistische Ausarbeitungen zur Phaleristik Deutschlands, Bd. 4), Offenbach 1997.

Gestrich, Andreas: »Leicht trennt sich nur die Jugend vom Leben«. Jugendliche im Ersten Weltkrieg, in: Spilker, Rolf; Brockel, Manfred (Hrsg.): Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914-1918; eine Ausstellung des Museums Industriekultur Osnabrück im Rahmen des Jubiläums »350 Jahre Westfälischer Friede«; 17. Mai – 23. August 1998, Bramsche 1998, S. 22-45.

Geyer, Michael: Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980.

Gietinger, Klaus: Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere, Hamburg 2009.

Glum, Friedrich: Der Nationalsozialismus. Werden und Vergehen, München 1962.

Görlitz, Walter: Adolf Hitler. Eine Biographie, Stuttgart 1952.

Götz, Wolfgang; Kranz, Brigitte; Elkemann, Hugo: Die Universität in der Weimarer Republik (1918-1920). Die Münsteraner Studentenschaft in der Novemberrevolution, dem Kapp-Putsch und den Ruhrkämpfen, in: Brandes, Holger et al (Hrsg.): 200 Jahre zwischen Dom und Schloß, Münster 1980, S. 47-63.

Gordon, Harold J.: Die Reichswehr und die Weimarer Republik. 1919-1926, Frankfurt a. M. 1959.

Gordon, Harold J.: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, München[2] 1978.

Gould, Stephen Jay: The structure of evolutionary theory, Cambridge, u. a.[5] 2002.

Gradmann, Christoph: Nur Helden in weißen Kitteln? Anmerkung zur medizinhistorischen Biographik in Deutschland, in: Bödeker, Hans Erich (Hrsg.): Biographie schreiben (Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 18), Göttingen 2003, S. 243-284.

Grant, Thomas D.: Stormtroopers and crisis in the Nazi movement. Activism, ideology and dissolution, London u. a. 2004.

Grevelhörster, Ludger: Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924 (Paderborner historische Forschungen, Bd. 4), Schernfeld 1993.

Grimm, Klaus: Vor den Toren Europas 1918-1920. Geschichte der Baltischen Landeswehr, Hamburg 1963.

Gritschneder, Otto: Das mißbrauchte Volksgericht, in: Gruchmann, Lothar (Hrsg.): Der Hitler-Prozeß 1924, Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München, Bd. I, München, S. XVII-XLII.

Grupp, Peter: Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918-1920. Zur Politik des Auswärtigen Amts vom Ende des Ersten Weltkriegs und die Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags, Paderborn 1988.

Gumbel, Emil Julius: Vom Fememord zur Reichskanzlei, Heidelberg 1962.

Guth, Ekkehart P.: Der Loyalitätskonflikt des deutschen Offizierkorps in der Revolution 1918-1920, Diss. Düsseldorf 1982. (Europäische Hochschulschriften Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 198), Frankfurt a. M. 1983.

Gutjahr, Wolf-Dietrich: Revolution muss sein. Karl Radek – die Biographie, Köln u. a. 2012.

Haarcke, Ingo G.: Die Uniformen des Friedensheeres, der vorläufigen Reichswehr und des Reichsheeres von 1919 bis 1921 (Militaria-Publication, Bd. 2), Hamburg 1983.

Habel, Hubertus; Initiative Stadtmuseum Coburg e. V.: »Voraus zur Unzeit«. Coburg und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland. Katalog zur Ausstellung der Initiative Stadtmuseum Coburg e. V. und des Staatsarchivs Coburg im Staatsarchiv Coburg, 16. Mai bis 8. August 2004 (Coburger Stadtgeschichte, Bd. 2), Coburg 2004.

Hackett, David A.: Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, München 1996.

Hähner, Olaf: Historische Biographik. Die Entwicklung einer geschichtswissenschaftlichen Darstellungsform von der Antike bis ins 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. u. a. 1999.

Haiger, Ernst: Die letzten Gestapo-Häftlinge im Zellengefängnis, in: Hildebrandt, Bernd; Heimatverein und Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Kriegsende in Tiergarten. Die Geschichte des Kriegsgräberfriedhofs Wilsnacker Straße, Berlin 2009, S. 50-53.

Halcomb, Jill: The SA. A historical perspective, Overland Park 1985.

Hallgarten, George W. F.: Stinnes, Seeckt und Hitler. Material zur Geschichte von Ruhrkampf und Hitlerputsch, in: Hallgarten, George W. F. (Hrsg.): Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt a. M. 1962, S. 11-78.

Hamel, Iris: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933 (Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus), Frankfurt a. M. 1967.

Hancock, Eleanor: Ernst Röhm. Hitler's SA chief of staff, New York 2008.

Hanfstaengl, Ernst: Zwischen Weißem und Braunem Haus. Memoiren eines politischen Außenseiters, München 1970.

Hanuschek, Rüdiger: Referentialität, in: Klein, Christian (Hrsg.): Handbuch Biographie: Methoden, Traditionen, Theorien, Stuttgart, Weimar 2009, S. 12-16.

Hartung, Lothar: Deutsche Freikorps 1918-1921. Spezialkatalog, o. O.[2] 1997.

Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, München[15] 1982.

Heinemann, Ulrich: »Die Arbeiterschaft kommt zu Wort, aber nicht zu Ergebnissen …«. Arbeiter und Arbeiterbewegung zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, in: Faulenbach, Bernd (Hrsg.): Eine Partei in ihrer Region. Zur Geschichte der SPD im westl. Westfalen, Essen 1988, S. 80-88.

Henning, Detlef: Formen kultureller Autonomie in den Baltischen Staaten, in: Pistohlkors, Gert von (Hrsg.): Staatliche Einheit und nationale Vielfalt im Baltikum, Festschrift für Prof. Dr. Michael Garleff zum 65. Geburtstag (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 26), München 2005, S. 45-68.

Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989, Berlin[3] 1996.

Herbert, Ulrich: Wer waren die Nationalsozialisten?, in: Hirschfeld, Gerhard (Hrsg.): Karrieren im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. u. a. 2004, S. 17-44.

Hermand, Jost: Ernst von Salomon. Wandlungen eines Nationalrevolutionärs, in: Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Philologisch-historische Klasse 137, Leipzig 2002.

Hermelink, Heinrich: Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1945, Tübingen 1950.

Hirschfeld, Gerhard; Krumeich Gerd; Langewiesche, Dieter; Ullmann, Hans-Peter (Hrsg.): Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Bd. 5), Essen 1997.

Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Renz, Irina (Hrsg.): »Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch …«. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte), Essen 1993.

Hochstetter, Dorothee: Motorisierung und »Volksgemeinschaft«. Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) 1931-1945 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 68), München 2005.

Hoegner, Wilhelm: Die verratene Republik, München 1958.

Hofmann, Hanns Hubert: Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920-1924, München 1961.

Hoffmann, Peter: The history of the German resistance 1933-1945, London 1977.

Hoffmann, Peter: Hitler's personal security, London 1979.

Höhn, Reinhard: Sozialismus und Heer. Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer; Bd. 2 und 3, München u. a. 1959 und 1969.

Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967.

Höhne, Heinz: Die Machtergreifung. Deutschlands Weg in die Hitler-Diktatur, Reinbek bei Hamburg 1983.

Höhne, Heinz: Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft, 1933-1934, Reinbek bei Hamburg 1984.

Höhne, Heinz: Die Zeit der Illusionen. Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches, 1933-1936, Düsseldorf 1991.

Hölzle, Ewin u. a. (Hrsg.): Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik (Studien zum Deutschtum im Osten, Bd. 3), Köln u. a. 1966.

Horn, Wolfgang: Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP. 1919-1933, Diss. Mannheim. (Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft, Bd. 3), Düsseldorf 1972.

Horn, Wolfgang: Der Marsch zur Machtergreifung. Die NSDAP bis 1933, Königstein 1980.

Höver, Ulrich: Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist, Bonn 1992.

Hürter, Johannes (Hrsg.): Paul von Hintze. Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär. Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik 1903-1918 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 60), München 1998.

Hüttenberger, Peter: Die Gauleiter (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte/Schriftenreihe, Bd. 19), Stuttgart 1969.

Irving, David John Cawdell: Goebbels. Macht und Magie, Kiel 1997.

Jacoby, Fritz: Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar. Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung bis 1935 (Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung: Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, Bd. 6), Saarbrücken 1973.

Jagschitz, Gerhard: 25. Juli 1934: Die Nationalsozialisten in Österreich, in: Steininger, Rolf; Gehler, Michael (Hrsg.): Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden (Böhlau-Studien-Bücher: Grundlagen des Studiums), Wien u. a., S. 257-308.

Jagschitz, Gerhard: Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich, Graz u. a. 1976.

Jähnicke, Burkhard: Washington und Berlin zwischen den Kriegen. Die Mixed Claims Commission in den transatlantischen Beziehungen (Völkerrecht und Außenpolitik, Bd. 62), Baden-Baden 2003.

Jahr, Christoph: Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914-1918, Diss. Berlin 1996. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 123), Göttingen 1998.

Jahr, Christoph: Bei einer geschlagenen Armee ist der Klügste, wer zuerst davonläuft. Das

Problem der Desertation im deutschen und britischen Heer 1918, in: Duppler, Jörg; Groß, Gerhard P. (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 53), München 1999.
Jamin, Mathilde: Methodische Konzeption einer quantitativen Analyse zur sozialen Zusammensetzung der SA, in: Mann, Reinhard (Hrsg.): Die Nationalsozialisten, Stuttgart 1980, S. 84-90.
Jamin, Mathilde: Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Diss. Bochum, Wuppertal 1984.
Jasper, Gotthard: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963.
Jedlicka, Ludwig (Hrsg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927-1938, Wien 1975.
Jochmann, Werner: Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus, in: Mosse, Werner E. (Hrsg.): Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Ein Sammelband (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts, Bd. 33), Tübingen 1976, S. 389-478.
Jones, Nigel H.: Hitler's heralds, London 1987.
Jurado, Caballero Carlos; Bujeiro, Ramiro: The German Freikorps 1918-23, Oxford 2001.
Kachulle, Doris: Waldemar Pabst und die Gegenrevolution. Vorträge, Aufsätze. Aus dem Nachlaß, Berlin 2007.
Kaienburg, Hermann: Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003.
Karski, Sigmund; Neubach, Helmut: Albert (Wojciech) Korfanty. Eine Biographie, Dülmen 1990.
Kele, Max H.: Nazis and workers. National socialist appeals to German labor 1919-1933, Chapel Hill 1972.
Kemper, Klaus: Heinz Nixdorf, eine deutsche Karriere, Landsberg/Lech 1987.
Kempner, Robert M. W.: Der verpaßte Nazi-Stopp. Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung. Preußische Denkschrift von 1930, Frankfurt a. M. u. a. 1983.
Kershaw, Ian: Hitler. Bd. 1: 1889-1936. Hybris, Stuttgart 1998.
Kershaw, Ian: Hitler. Bd. 2: 1937-1945. Nemesis, Stuttgart² 2000.
Kielmansegg, Peter Graf: Deutschland und der Erste Weltkrieg (Athenaion-Bibliothek der Geschichte), Frankfurt a. M. 1968.
Kindermann, Gottfried-Karl: Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront 1933-1938, München 2003.
Kirsten, Holm: Weimar im Banne des Führers. Die Besuche Adolf Hitlers 1925-1940, Köln 2001.
Kissenkoetter, Udo: Gregor Straßer und die NSDAP, Diss. Düsseldorf. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 37), Stuttgart 1978.
Kitchen, Martin: The German officer corps 1890-1914, Oxford 1968.
Kittel, Manfred: Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918-1933/36 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 47), München 2000.
Klein, Christian (Hrsg.): Handbuch Biographie: Methoden, Traditionen, Theorien, Stuttgart, Weimar 2009.
Klein, Christian: »Histoire«: Bestandteile der Handlung, in: Klein, Christian (Hrsg.): Handbuch Biographie: Methoden, Traditionen, Theorien, Stuttgart, Weimar 2009, S. 204-212.
Klein, Markus Josef: Ernst von Salomon. Revolutionär ohne Utopie, Aschau 2002.
Klönne, Arno: Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner, Köln 2003.
Kluge, Ulrich: Der Generalsoldatenrat in Münster und das Problem der bewaffneten Macht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Rürup, Reinhard (Hrsg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Studien zur Geschichte der Revolution 1918-1919. Wuppertal 1975, S. 315-392.
Knigge, Jobst: Kontinuität deutscher Kriegsziele im Baltikum. Deutsche Baltikum-Politik 1918/19 und das Kontinuitätsproblem (Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit, Bd. 34), Hamburg 2003.

Knoebel, Edgar E.: Racial illusion and military necessity. A study of SS political and manpower objectives in occupied Belgium, o. O. 1965.
Koch, Hannsjoachim W.: Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923, Dresden 2002.
Koehl, Robert Lewis: The Black Corps. The structure and power struggles of the Nazi SS, Madison 1983.
Koehl, Robert Lewis: The SS. A history 1919-45, Stroud 2000.
Könnemann, Erwin: Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, München 2002.
Köpp, Wolfgang: Martin Bormann. Hitlers brauner Schatten oder die Landschaft der Begierde, Neubrandenburg 2010.
Körner, Günther: Einsatz des Selbstschutzes in Oberschlesien 1921. Bilddokumentation, Dülmen 1981.
Konrad, Rüdiger: Waldemar Pabst. Noskes »Bluthund« oder Patriot?, Beltheim-Schnellbach 2012.
Koop, Volker: Martin Bormann. Hitlers Vollstrecker, Wien u. a. 2012.
Koopmann, Friedhelm: Diplomatie und Reichsinteresse. Das Geheimdienstkalkül in der deutschen Amerikapolitik 1914 bis 1917, Frankfurt a. M., New York 1990.
Korzetz, Ingo: Die Freikorps in der Weimarer Republik: Freiheitskämpfer oder Landsknechthaufen? Aufstellung, Einsatz und Wesen bayerischer Freikorps 1918-1920, Marburg 2009.
Koselleck, Reinhart: Der Einfluß der beiden Weltkriege auf das soziale Bewußtsein, in: Wette, Wolfram (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München² 1995, S. 324-343.
Kroener, Bernhard R.: Generationserfahrungen und Elitenwandel. Strukturveränderungen im deutschen Offizierskorps 1933-1945, in: Hudemann, Rainer; Soutou, Georges-Henri (Hrsg.): Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert, Strukturen und Beziehungen = Élites en France et en Allemagne aux XIXème et XXème siècles, München 1994, S. 219-234.
Krüger, Christine G.: »Sind wir denn nicht Brüder?«. Deutsche Juden im nationalen Krieg 1870/71, Diss. Tübingen 2004. (Krieg in der Geschichte, Bd. 31), Paderborn 2006.
Krüger, Gabriele: Die Brigade Ehrhardt, Hamburg 1971.
Krüger, Gerd: »Treudeutsch allewege!«. Gruppen, Vereine und Verbände der Rechten in Münster (1887-1929/30) (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster /Neue Folge /B, Bd. 3), Münster 1992.
Krüger, Gerd: »Wir wachen und strafen!«. Gewalt im Ruhrkampf von 1923, in: Krumeich, Gerd; Schröder, Joachim (Hrsg.): Der Schatten des Weltkriegs: die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 233-256.
Krüger, Gerd: Aktiver und passiver Widerstand im Ruhrkampf 1923, in: Kronenbitter, Günther (Hrsg.): Besatzung, Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert (Krieg in der Geschichte, Bd. 28), Paderborn und München 2006, S. 119-130.
Krumeich, Gerd: Der ›Ruhrkampf‹ als Krieg: Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt, in: Krumeich, Gerd; Schröder, Joachim (Hrsg.): Der Schatten des Weltkriegs: die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 9-24.
Kruppa, Bernd: Rechtsradikalismus in Berlin 1918-1928, Berlin und New York 1988.
Kruse, Wolfgang: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993.
Krützen, Michaela: Hans Albers. Eine deutsche Karriere, Weinheim u. a. 1995.
Kube, Alfred: Hermann Göring – Zweiter Mann im ›Dritten Reich‹, in: Smelser, Ronald (Hrsg.): Die braune Elite, 22 biographische Skizzen, Darmstadt 1999, S. 69-82.
Kuron, Hans Jürgen: Freikorps und Bund Oberland. Inaugural-Dissertation, Erlangen 1960.
Kutz, Martin: Deutsche Soldaten. Eine Kultur- und Mentalitätsgeschichte, Darmstadt 2006.
Lang, Jochen von: Der Sekretär. Martin Bormann: Der Mann, der Hitler beherrschte, München³ 1987.
Lang, Jochen von: »Und willst du nicht mein Bruder sein …«. Der Terror in der Weimarer Republik, Wien 1989.

Lang, Jochen von: Erich Mielke. Eine deutsche Karriere, Berlin 1991.
Lapp, Peter Joachim: Ulbrichts Helfer. Wehrmachtsoffiziere im Dienste der DDR, Bonn 2000.
Lapp, Peter Joachim: General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller – eine deutsche Karriere, Berlin 2003.
Large, David Clay: Hitlers München. Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung (dtv, Bd. 30794), München 2001.
Latzel, Klaus: Die Soldaten des industrialisierten Krieges – »Fabrikarbeiter der Zerstörung«? Eine Zeugenbefragung zu Gewalt, Arbeit und Gewöhnung, in: Spilker, Rolf; Brockel, Manfred (Hrsg.): Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914-1918; eine Ausstellung des Museums Industriekultur Osnabrück im Rahmen des Jubiläums »350 Jahre Westfälischer Friede«; 17. Mai – 23. August 1998, Bramsche 1998, S. 125-142.
Lau, Dirk: Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930, Marburg 2008.
Lefèvre, Wolfgang: Jean Baptiste Lamarck, in: Jahn, Ilse (Hrsg.): Darwin & Co. Eine Geschichte der Biologie in Portraits, München 2001, S. 176-201.
LeGoff, Jacques: Wie schreibt man eine Biographie?, in: Braudel, Fernand (Hrsg.): Wie Geschichte geschrieben wird (Wagenbachs Taschenbuch, Bd. 326), Berlin 1998, S. 103-112.
Leistenschneider, Stephan: Auftragstaktik im preußisch-deutschen Heer 1871 bis 1914, Hamburg 2002.
Leithäuser, Walter: Geschichte des Freikorps v. Aulock. Deutsche und polnische Ausgabe, o. O. 1967.
Lemmons, Russel: Goebbels and Der Angriff, Lexington 1994.
Lewy, Guenter: Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965.
Liang, Hsi-Huey: The Sino-German connection. Alexander v. Falkenhausen between China and Germany 1900-1941 (Van Gorcum's historical library, Bd. 94), Assen 1978.
Lilla, Joachim: Leitende Verwaltungsbeamte und Funktionsträger in Westfalen und Lippe (1918-1945/46). Biographisches Handbuch, Münster 2004.
Lipp, Anne: Heimatwahrnehmung und soldatisches »Kriegserlebnis«, in: Hirschfeld, Gerhard; Krumeich Gerd; Langewiesche, Dieter; Ullmann, Hans-Peter (Hrsg.): Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs, Essen 1997, S. 225-261.
Lipp, Anne: Meinungslenkung im Krieg. Kriegserfahrungen deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914-1918, Diss. Tübingen 2000. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 159), Göttingen 2003.
Liulevicius, Vejas Gabriel: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002.
Longerich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.
Longerich, Peter: Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Parteikanzlei Bormann, München u. a. 1992.
Longerich, Peter: SA in München, in: Bauer, Richard; Münchner Stadtmuseum (Hrsg.): München – »Hauptstadt der Bewegung«. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus, Wolfratshausen 2002, S. 94-95.
Longerich, Peter: Joseph Goebbels. Biographie, München 2010.
Losemann, Volker: Rassenideologie und antisemitische Publizistik in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Benz, Wolfgang; Bergmann, Werner (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord, Entwicklungslinien des Antisemitismus, Bonn 1997, S. 304-337.
Lucas, Erhard: Märzrevolution im Ruhrgebiet. März/April 1920. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand März-April 1920, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1970.
Mackey, Richard William: The Zabern affair 1913-1914, Lanham 1991.
Malinowski, Stephan: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat (Elitenwandel in der Moderne, Bd. 4), Berlin 2003.
Malinowski, Stephan; Reichardt, Sven: Die Reihen fest geschlossen? Adelige im Führerkorps der SA bis 1934, in: Conze, Eckart (Hrsg.): Adel und Moderne, Deutschland im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 2004, S. 119-150.

März, Markus: Nationale Sozialisten in der NSDAP. Strukturen, Ideologie, Publizistik und Biographien des national-sozialistischen Strasser-Kreises von der AG Nordwest bis zum Kampf-Verlag 1925-1930, Graz 2010.

Maser, Werner: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M.; Bonn 1965.

Maser, Werner: Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit, München u. a.[12] 1989.

Maser, Werner: Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin, München 2004.

Matuschka, Edgar Graf von: Die Beförderungen in der Praxis, in: Meier-Welcker, Hans (Hrsg.): Untersuchungen zur Geschichte des Offizierskorps (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 4), Stuttgart 1962, S. 153-176.

Matuschka, Edgar Graf von: Organisationsgeschichte des Heeres 1890 bis 1918, in: Meier-Welcker, Hans; Messerschmidt, Manfred (Hrsg.): Handbuch zur Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/V, München 1979, S. 157-312.

Mauch, Hans-Joachim: Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des »Paramilitarismus«, Diss. Aachen 1981. (Europäische Hochschulschriften Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 32), Frankfurt a. M. 1982.

Maurer, Ilse; Wengst, Udo; Schulz, Gerhard; Brüning, Heinrich (Hrsg.): Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning (Die Weimarer Republik, Bd. 3), Düsseldorf 1977.

McKale, Donald M.: The Nazi party courts: Hitler's management of conflict in his movement 1921-1945, Lawrence 1974.

Meier-Welcker, Hans: Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 6), Stuttgart 1964.

Meier-Welcker, Hans: Seeckt, Frankfurt a. M. 1967.

Meinl, Susanne: Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz, Berlin 2000.

Merkl, Peter Hans: The making of a stormtrooper, Princeton 1980.

Merkl, Peter Hans: Political violence under the Swastika, Princeton 1975.

Messerschmidt, Manfred: Militärgeschichte im 19. Jahrhundert 1814-1890. Strukturen und Organisation, in: Meier-Welcker, Hans; Messerschmidt, Manfred (Hrsg.): Handbuch zur Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 2/IV, München 1976.

Messerschmidt, Manfred: Menschenführung im preußischen Heer von der Reformzeit bis 1914, in: Allmayer-Beck, Johann C. (Hrsg.): Menschenführung im Heer (Vorträge zur Militärgeschichte, Bd. 3), Herford 1982, S. 81-112.

Meyer, Hermann Frank: Blutiges Edelweiß. Die 1. Gebirgs-Division im Zweiten Weltkrieg, Berlin[3] 2010.

Mitcham, Samuel W.: Defenders of fortress Europe. The untold story of the German officers during the Allied invasion, Washington D. C. 2009.

Möller, Silke: Zwischen Wissenschaft und »Burschenherrlichkeit«. Studentische Sozialisation im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, Diss. Bielefeld 2000, Stuttgart 2001.

Mollin, Volker: Auf dem Wege zur »Materialschlacht«. Vorgeschichte und Funktionieren des Artillerie-Industrie-Komplexes im Deutschen Kaiserreich, Diss. Münster 1984. (Reihe Geschichtswissenschaft, Bd. 3), Pfaffenweiler 1986.

Mommsen, Hans: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar. 1918-1933, München 1997.

Mommsen, Wolfgang J.: Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914, in: Dülffer, Jost; Holl, Karl (Hrsg.): Bereit zum Krieg, Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung. Göttingen 1986, S. 194-224.

Mommsen, Wolfgang J.: Die latente Krise des Wilhelminischen Reichs: Staat und Gesellschaft 1890-1914, in: Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.): Der autoritäre Nationalstaat, Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt a. M. 1990, S. 287-315.

Mommsen, Wolfgang J.: War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten, Berlin 2005.

Mosse, Werner E.: Die Juden in Wirtschaft und Gesellschaft, in: Mosse, Werner E. (Hrsg.): Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Ein Sammelband (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts, Bd. 33), Tübingen 1976, S. 57-114.

Mühlberger, Detlef Willi: The rise of National Socialism in Westphalia 1920-1933, London 1975.
Müller, Barbara: Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen (Studien zur Gewaltfreiheit, Bd. 1), Münster 1995.
Nagel, Irmela: Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik (Kölner historische Abhandlungen, Bd. 36), Köln u. a. 1991.
Nakata, Jun: Der Grenz- und Landesschutz in der Weimarer Republik 1918 bis 1933. Die geheime Aufrüstung und die deutsche Gesellschaft, Diss. Hamburg 1999. (Einzelschriften zur Militärgeschichte, Bd. 41), Freiburg i. Br. 2002.
Nave-Herz, Rosemarie (Hrsg.): Familie zwischen Tradition und Moderne. Ausgewählte Beiträge zur Familiensoziologie, Oldenburg 2003.
Neliba, Günter: Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn, München u. a. 1992.
Niemetz, Daniel: Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR (Militärgeschichte der DDR, Bd. 13), Berlin 2006.
Nipperday, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1998.
Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18), Düsseldorf 1961.
Noakes, Jeremy: The Nazi party in Lower Saxony, 1921-1933, London 1971.
Nobbe, Manfred: Erziehung und Bildung in der Bundeswehr. Untersuchungen über die Schriften zur Bildung in der Truppe und die Konzepte der »Inneren Führung« (Pahl-Rugenstein-Hochschulschriften: Gesellschafts- und Naturwissenschaften Serie, Bd. 194), Köln 1985.
Nolzen, Armin: Der Heß-Flug vom 10. Mai 1941 und die öffentliche Meinung im NS-Staat, in: Sabrow, Martin (Hrsg.): Skandal und Diktatur, Göttingen 2004, S. 130-156.
Nyomarkay, Joseph: Charisma and factionalism in the Nazi Party, Minneapolis 1967.
Oertel, Thomas: Horst Wessel. Untersuchung einer Legende, Diss. Braunschweig, Köln 1988.
Opdenhövel, Patrick: Die kanadisch-deutschen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit. Handels- und Außenpolitik 1919, Frankfurt a. M. und New York 1993.
Orlow, Dietrich: The history of the Nazi Party, Bd. 1, Pittsburgh 1969.
Osburg, Wolf-Rüdiger: Hineingeworfen. Der Erste Weltkrieg in den Erinnerungen seiner Teilnehmer, Berlin 2009.
Ostertag, Heiger: Bildung, Ausbildung und Erziehung des Offizierskorps im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918. Eliteideal, Anspruch und Wirklichkeit, Diss. Freiburg 1989. (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 416), Frankfurt a. M., Bern, New York, Paris 1990.
Pabst, Klaus: Der Ruhrkampf, in: Först, Walter (Hrsg.): Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, Köln 1972, S. 11-50.
Padfield, Peter: Hess. The Führer's disciple, London 1995.
Page, Stanley W.: The Formation of the Baltic States. A Study of the Effects of Great Power Politics upon the Emergence of Lithuania, Latvia, and Estonia, Cambridge 1959.
Papke, Gerhard: Offizierskorps und Anciennität, in: Meier-Welcker, Hans (Hrsg.): Untersuchungen zur Geschichte des Offizierskorps (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 4), Stuttgart 1962, S. 177-206.
Pätzold, Kurt; Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP. 1920-1945, Köln 1998.
Paul, Gerhard: Aufstand der Bilder, Bonn² 1992.
Pauley, Bruce F.: Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.
Piesczek, Uwe (Hrsg.): Truppenübungsplatz Senne. Zeitzeuge einer hundertjährigen Militärgeschichte; Chronik, Bilder, Dokumente, Paderborn² 1992.
Plöckinger, Othmar: Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers »Mein Kampf«. 1922-1945. Eine Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte, München 2006.
Priamus, Heinz-Jürgen: Meyer. Zwischen Kaisertreue und NS-Täterschaft. Biographische Konturen eines deutschen Bürgers (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte: Beiträge, Bd. 14), Essen 2011.

Pulzer, Peter: Die jüdische Beteiligung an der Politik, in: Mosse, Werner E. (Hrsg.): Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Ein Sammelband (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts, Bd. 33), Tübingen 1976, S. 143-240.

Rademacher, Michael: Handbuch der NSDAP-Gaue, 1928-1945. Die Amtsträger der NSDAP und ihrer Organisationen auf Gau- und Kreisebene in Deutschland und Österreich sowie in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen, Sudetenland und Wartheland, Vechta 2000.

Rauscher, Walter: Hitler und Mussolini. Macht, Krieg und Terror, Graz u. a. 2001.

Read, Anthony: The Devil's disciples. The lives and times of Hitler's inner circle, London 2003.

Reichardt, Sven: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Diss. Berlin 2000, Köln 2002.

Reichardt, Sven: Die SA im »Nachkriegs-Krieg«, in: Krumeich, Gerd; Hoffstadt, Anke; Weinrich, Arndt (Hrsg.): Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010, S. 243-259.

Reiche, Eric G.: The development of the SA in Nürnberg 1922-1934, Cambridge u. a. 1986.

Reif, Heinz (Hrsg.): Westfälischer Adel 1770-1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 35), Göttingen 1979.

Reif, Heinz: »Erhaltung adligen Stamm und Namens« – Adelsfamilie und Statussicherung im Münsterland 1770-1914, in: Nave-Herz, Rosemarie (Hrsg.): Familie zwischen Tradition und Moderne. Ausgewählte Beiträge zur Familiensoziologie, Oldenburg 2003, S. 275-309.

Reimer, Klaus: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918-1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland, Frankfurt a. M. 1979.

Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland, Bd. 4), München 1968.

Roerkohl, Anne: Hungerblockade und Heimatfront. Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkrieges, Diss. Münster 1989. (Studien zur Geschichte des Alltags, Bd. 10), Stuttgart 1991.

Rohkrämer, Thomas: Der Militarismus der »kleinen Leute«. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, Diss. Freiburg 1989. (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 29), München 1990.

Röhl, John C. G.: Wilhelm II. Bd. 2: Der Aufbau der persönlichen Monarchie 1888-1900, München 2001.

Rösch, Mathias: Die Münchner NSDAP 1925-1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik, Diss. München, München 2002.

Roos, Daniel: Julius Streicher und »Der Stürmer« 1923-1945, Paderborn 2014.

Rosenthal, Jacob: »Die Ehre des jüdischen Soldaten«. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen (Campus Judaica, Bd. 24), Frankfurt a. M. u. a. 2007.

Ross, Dieter: Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933-1934, Hamburg 1966.

Rüffler, Klaus: Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der »Legalitätskurs« der NSDAP, Diss. Mainz 1993, Frankfurt a. M. 1994.

Rumschöttel, Hermann: Das bayerische Offizierkorps 1866-1914, Diss. München. (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 9), Berlin 1973.

Rürup, Reinhard: »Weltkrieg« – »Volkskrieg« – »Kulturkrieg«. Die Bedeutung des Ersten Weltkriegs für die deutsche Geschichte, in: Spilker, Rolf; Brockel, Manfred (Hrsg.): Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914-1918; eine Ausstellung des Museums Industriekultur Osnabrück im Rahmen des Jubiläums »350 Jahre Westfälischer Friede«; 17. Mai – 23. August 1998, Bramsche 1998, S. 13-21.

Sauer, Bernhard: Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, Diss. Berlin 2003. (Reihe Dokumente, Texte, Materialien, Bd. 50), Berlin 2004.

Sayer, Ian: America's secret army. The untold story of the Counter Intelligence Corps, London 1990.

Schäfer, Gerhard: Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus. Eine Dokumentation zum Kirchenkampf. Bd. 3: Der Einbruch des Reichsbischofs in die Württembergische Landeskirche 1934, Stuttgart 1974.

Schafranek, Hans: Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien 2006.

Schaubs, Martin: Märzstürme in Pommern. Der Kapp-Putsch in Preußens Provinz Pommern, Marburg 2008.
Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien 1978.
Schildt, Gerhard: Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West 1925/26, Diss. Freiburg, Freiburg im Breisgau 1964.
Schlau, Wilfried: Die Deutschbalten (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat), München 1995.
Schlie, Ulrich: Carl Marcus (1911-1989) und das Jahnke-Büro im Fadenkreuz anglo-amerikanischer Dienste im Zweiten Weltkrieg, in: Doerries, Reinhard R. (Hrsg.): Diplomaten und Agenten. Nachrichtendienste in der Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Heidelberg 2001, S. 85-111.
Schmid, Heinrich: Apokalyptisches Wetterleuchten. Ein Beitrag der Evangelischen Kirche zum Kampf im »Dritten Reich«, München 1947.
Schmidt, Christoph: Nationalsozialistische Kulturpolitik im Gau Westfalen-Nord. Regionale Strukturen und lokale Milieus (1933-1945), Paderborn 2006.
Schmidt, Ernst-Heinrich: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 23), Stuttgart 1981.
Schmidt, Rainer F.: Rudolf Heß – »Botengang eines Toren?«. Der Flug nach Großbritannien vom 10. Mai 1941, Düsseldorf[3] 2000.
Schmidt, Rainer F.: Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933-1939, Stuttgart 2002.
Schmidt, Rainer F.: »Appeasement oder Angriff?«. Eine kritische Bestandsaufnahme der sog. »Präventivkriegsdebatte« über den 22. Juni 1941, in: Elvert, Jürgen (Hrsg.): Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert (Historische Mitteilungen: Beiheft, Bd. 46), Stuttgart 2003, S. 220–233.
Schmidt-Klingenberg, Michael: Der Kampf in den Küchen. Wie die Mangelwirtschaft die Deutschen in die Revolution trieb, in: Burgdorff, Stephan; Wiegrefe, Klaus; Andresen, Karen (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, München 2004, S. 134-146.
Schmidt-Richberg, Wiegand: Von der Entlassung Bismarcks bis zum Ende des Ersten Weltkriegs 1890-1918, in: Meier-Welcker, Hans; Messerschmidt, Manfred (Hrsg.): Handbuch zur Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/V, München 1979, S. 9-156.
Schnabel, Thomas: Die NSDAP in Württemberg 1928-1933. Die Schwäche einer regionalen Parteiorganisation, in: Schnabel, Thomas (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933, Stuttgart u. a. 1982, S. 49-81.
Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 2: Das Jahr der Ernüchterung 1934: Barmen und Rom, Berlin 1985.
Scholder, Klaus: Kirchenkampf, in: Scholder, Klaus (Hrsg.): Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1988, S. 131-170.
Schroeder, Christa: Er war mein Chef. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler. Hrsg. von Anton Joachimsthaler, Coburg 1999.
Schröder, Frank: August Winnig als Exponent deutscher Politik im Baltikum 1918/1919, Hamburg 1996.
Schröder, Joachim: Der Erste Weltkrieg und der »jüdische Bolschewismus«, in: Krumeich, Gerd; Hoffstadt, Anke; Weinrich, Arndt (Hrsg.): Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010, S. 77-96.
Schubert-Weller, Christoph: Hitlerjugend. Vom »Jungsturm Adolf Hitler« zur Staatsjugend des Dritten Reiches, Weinheim und München 1993.
Schubert-Weller, Christoph: »Kein schönrer Tod …«. Die Militarisierung der männlichen Jugend und ihr Einsatz im Ersten Weltkrieg 1890-1918 (Materialien zur historischen Jugendforschung), Weinheim 1998.
Schüddekopf, Otto-Ernst: Linke Leute von rechts, Stuttgart 1960.
Schulte, Bernd Felix: Die deutsche Armee 1900-1914. Zwischen Beharren und Verändern, Diss. Hamburg 1976, Düsseldorf 1977.

Schulz, Gerhard: Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg (Deutsche Geschichte, Bd. 10), Göttingen 1982.
Schulze, Hagen: Freikorps und Republik. 1918-1922, Boppard am Rhein 1969.
Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin[4] 1993.
Schumacher, Martin: Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914-1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 65), Düsseldorf 1978.
Schüren, Ulrich: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.
Schuster, Martin: Die SA in der nationalsozialistischen »Machtergreifung« in Berlin und Brandenburg 1926-1934, Berlin 2005.
Schuster, Wolfgang: Hitler in München – privat?, in: Bauer, Richard; Münchner Stadtmuseum (Hrsg.): München – »Hauptstadt der Bewegung«. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus, Wolfratshausen 2002, S. 125-131.
Schwarz, Hans-Peter: Adenauer, Bd. 1. Der Aufstieg 1876-1952, Stuttgart 1986.
Schwengler, Walter: Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20 (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 24), Stuttgart 1982.
Senger und Etterlin, Ferdinand Maria von: Soldaten zwischen Rhein und Weser. Heeresgeschichte in Nordrhein-Westfalen von den Anfängen der stehenden Heere bis zur 7. Panzergrenadierdivision der Bundeswehr, Koblenz 1980.
Siegele-Wenschkewitz, Leonore: Nationalsozialismus und Kirche. Religionspolitik von Partei und Staat bis 1935 (Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 5), Düsseldorf 1974.
Siemens, Daniel: Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten, München 2009.
Smelser, Ronald: Robert Ley. Hitlers Mann an der »Arbeitsfront«. Eine Biographie (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), Paderborn 1989.
Sobich, Frank Oliver: »Schwarze Bestien, rote Gefahr«. Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich, Diss. Bremen 2006, Frankfurt a. M. 2006.
Sombart, Nicolaus: Wilhelm II. Sündenbock und Herr der Mitte, Berlin 1996.
Sontag, Ernst: Adalbert (Wojciech) Korfanty. Ein Beitrag zur Geschichte der polnischen Ansprüche auf Oberschlesien, Kitzingen 1954.
Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962.
Spilker, Rolf; Brockel, Manfred (Hrsg.): Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914-1918; eine Ausstellung des Museums Industriekultur Osnabrück im Rahmen des Jubiläums »350 Jahre Westfälischer Friede«; 17. Mai – 23. August 1998, Bramsche 1998.
Sprenger, Matthias: Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich? Zu Genese und Wandel des Freikorpsmythos, Diss. Mainz 2007, Paderborn 2008.
Stachura, Peter D.: Nazi youth in the Weimar Republik (Studies in comparative politics, Bd. 5), Santa Barbara, u. a. 1975.
Stachura, Peter D.: Gregor Strasser and the rise of Nazism, London und Boston 1983.
Stein, Oliver: Die deutsche Heeresrüstungspolitik 1890-1914. Das Militär und der Primat der Politik, Diss. Potsdam 2006. (Krieg in der Geschichte, Bd. 39), Paderborn 2007.
Steinkamp, Peter: Generalfeldmarschall Friedrich Paulus. Ein unpolitischer Soldat?, Erfurt 2001.
Storz, Dieter: Kriegsbild und Rüstung vor 1914. Europäische Landstreitkräfte vor dem Ersten Weltkrieg, Diss. München 1990. (Militärgeschichte und Wehrwissenschaften, Bd. 1), Herford 1992.
Storz, Stefan: Krieg gegen den Krieg. Wie Soldaten versuchten dem mörderischen Gemetzel zu entkommen, in: Burgdorff, Stephan; Wiegrefe, Klaus; Andresen, Karen (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, München 2004, S. 73-79.
Striesow, Jan: Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen. 1918-1922, Darmstadt 1981.
Studier, Manfred: Der Corpsstudent als Idealbild der Wilhelminischen Ära. Untersuchungen

zum Zeitgeist 1888 bis 1914, Diss. Erlangen 1965. (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen, Bd. 3), Schernfeld 1990.
Stürmer, Michael (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918, Düsseldorf 1970.
Szöllösi-Janze, Margit: Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie, München 1998.
Theisohn, Philipp: Die »Protokolle der Weisen von Zion« oder das Plagiat im Denkraum des Faschismus, in: Horn, Eva (Hrsg.): Die Fiktion von der jüdischen Weltverschwörung. Zu Text und Kontext der »Protokolle der Weisen von Zion«, Göttingen 2012, S. 190-207.
Theweleit, Klaus: Männerphantasien, 2 Bde., München[3] 2005.
Thoms, Robert: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Freikorps 1918-1923 (Militärgeschichtliche Blätter, Sonderheft), Berlin 1997.
Thoms, Robert; Pochanke, Stefan: Handbuch zur Geschichte der deutschen Freikorps, Bad Soden-Salmünster 2001.
Thoß, Bruno: Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch, München 1978.
Timm, Willy: Unna unter dem Hakenkreuz, Unna 1983.
Titze, Hartmut: Das Hochschulstudium in Deutschland 1820-1944 (Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 1: Hochschulen), Göttingen 1986.
Tramitz, Angelika: Nach dem Zapfenstreich. Anmerkungen zur Sexualität des Offiziers, in: Angress, Werner T.; Breymayer, Ursula; Ulrich, Bernd; Wieland, Karin (Hrsg.): Willensmenschen. Über deutsche Offiziere, Frankfurt 1999, S. 211-226.
Treviranus, Gottfried Reinhold: Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf u. a. 1968.
Turner, Henry Ashby: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.
Ueberschär, Gerd R.; Vogel, Winfried: Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten, Frankfurt a. M. 1999.
Ulitz, Otto: Oberschlesien. Aus seiner Geschichte, Bonn[3] 1971.
Ullrich, Volker: Kriegsalltag. Zur inneren Revolutionierung der Wilhelminischen Gesellschaft, in: Michalka, Wolfgang (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg, Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. München und Zürich 1994, S. 603-621.
Ullrich, Volker: Zur inneren Revolutionierung der wilhelminischen Gesellschaft des Jahres 1918, in: Duppler, Jörg; Groß, Gerhard P. (Hrsg.): Kriegsende 1918, Ereignis, Wirkung, Nachwirkung (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 53), München 1999, S. 273-283.
Ullrich, Volker: Adolf Hitler. Biographie. Band 1: Die Jahre des Aufstiegs 1889-1939, Frankfurt a. M. 2013.
Ullrich, Volker: Die Revolution von 1918/19, München 2009.
Ulrich, Bernd: Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Wahn und Wirklichkeit; Quellen und Dokumente, Frankfurt a. M. 1995.
Ulrich, Bernd: Der deutsche Offizier stirbt …, in: Angress, Werner T.; Breymayer, Ursula; Ulrich, Bernd; Wieland, Karin (Hrsg.): Willensmenschen. Über deutsche Offiziere, Frankfurt 1999, S. 11-22.
Ulrich, Bernd; Ziemann, Benjamin: Das soldatische Kriegserlebnis, in: Kruse, Wolfgang (Hrsg.): Eine Welt von Feinden. Der Große Krieg 1914-1918, Frankfurt a. M. 1997, S. 127-158.
van Wyk, Russel D.: German-American relations in the aftermath of the Great War, Ann Arbor 1989.
Venner, Dominique: Söldner ohne Sold. Die deutschen Freikorps 1918-1923, Wien 1974.
Verhey, Jeffrey; Bauer, Jürgen: Der »Geist von 1914« und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.
Vogelsang, Thilo: Reichswehr, Staat und NSDAP (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 11), Stuttgart 1962.
Volkmann, Hans-Erich: Die deutsche Baltikumspolitik zwischen Brest-Litovsk und Compiègne. Ein Beitrag zur »Kriegszieldiskussion«, Köln u. a. 1970.
Vollnhals, Clemens: Der Aufstieg der NSDAP in München 1925 bis 1933: Förderer und Gegner, in: Bauer, Richard; Münchner Stadtmuseum (Hrsg.): München – »Hauptstadt der Bewegung«. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus, Wolfratshausen 2002, S. 157-165.

Vollnhals, Clemens: Die Etablierung der NSDAP, in: Bauer, Richard; Münchner Stadtmuseum (Hrsg.): München – »Hauptstadt der Bewegung«. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus, Wolfratshausen 2002, S. 166-178.
Wachenheim, Hedwig: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914, Köln 1967.
Wächter, Katja-Maria: Die Macht der Ohnmacht. Leben und Politik des Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1946), Frankfurt a. M. u. a. 1999.
Waite, Robert G. L.: Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in postwar Germany 1918-1923 (Harvard historical studies, Bd. 60), Cambridge 1970.
Wala, Michael: Weimar und Amerika. Botschafter Friedrich von Prittwitz und Gaffron und die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1927 bis 1933 (Transatlantische historische Studien, Bd. 12), Stuttgart 2001.
Walkenhorst, Peter: Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890-1914, Göttingen 2007.
Walter, Friedrich: Schicksal einer deutschen Stadt. Geschichte Mannheims 1907-1945, Bd. 2: 1907-1924, Frankfurt a. M. 1949.
Wawrzinek, Bert: Manfred von Killinger (1886-1944). Ein politischer Soldat zwischen Freikorps und Auswärtigem Amt, Preußisch Oldendorf 2003.
Weber, Max; Winckelmann, Johannes: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen[5] 1976.
Weber, Thomas: Hitlers erster Krieg. Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit, Berlin[2] 2011.
Wegner, Bernd: Hitlers politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn[3] 1988.
Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus, Frankfurt a. M. 1984.
Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Europäischer Adel 1750-1950, Göttingen 1990.
Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen[7] 1994.
Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2008.
Weinberg, Gerhard L.: The foreign policy of Hitler's Germany. Diplomatic revolution in Europe 1933-36, Chicago u. a. 1970.
Weiß, Hermann: Pfeffer von Salomon, Franz, in: Weiß, Hermann (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1998, S. 348-349.
Weise, Niels: Eicke. Eine SS-Karriere zwischen Nervenklinik, KZ-System und Waffen-SS, Paderborn u. a. 2013.
Werner, Andreas: SA und NSDAP. Studien zur Geschichte der SA und NSDAP 1929-1933, o. O. 1964.
Wette, Wolfram (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München[2] 1995.
Wette, Wolfram: Die unheroischen Kriegserinnerungen des Elsässer Bauern Dominik Richert aus den Jahren 1914-1918, in: Wette, Wolfram (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München[2] 1995, S. 127-135.
Wette, Wolfram: Filbinger – eine deutsche Karriere, Springe 2006.
Wilderotter, Hans: »Als Instrument des Herrn mich betrachtend«. Zum historischen und politischen Selbstverständnis, in: Ders.; Pohl, Klaus-Dieter (Hrsg.): Der letzte Kaiser. Wilhelm II. im Exil, München 1991, S. 307-309.
Wildt, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Habil. Hamburg 2001, Hamburg 2003.
Winkler, Heinrich August: Weimar, 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.
Winkler, Heinrich August: Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus – Juden als »Blitzableiter«, in: Benz, Wolfgang; Bergmann, Werner (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Bonn 1997, S. 341-362.
Winkler, Heinrich August; Ritter, Gerhard Albert: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 9), Bonn 1984.

Winterling, Aloys (Hrsg.): Historische Anthropologie, Stuttgart 2006.
Witcover, Jules: Sabotage at Black Tom. Imperial Germany's secret war in America 1914-1917, Chapel Hill, NC 1989.
Wohlfeil, Rainer: Die Beförderungsgrundsätze, in: Meier-Welcker, Hans (Hrsg.): Untersuchungen zur Geschichte des Offizierskorps (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 4), Stuttgart 1962, S. 15-64.
Wohlfeil, Rainer; Dollinger, Hans: Die deutsche Reichswehr. Bilder, Dokumente, Texte. Zur Geschichte des Hunderttausend-Mann-Heeres 1919-1933, Frankfurt a. M. 1972.
Wörtz, Ulrich: Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Strasser-Kreises in der NSDAP. Eine historisch-politische Studie zum Verhältnis von sachlichem Programm und persönlicher Führung in einer totalitären Bewegung, Diss. Erlangen, Stuttgart 1966.
Wulff, Reimer: Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1928, Marburg 1968.
Wulf, Joseph: Martin Bormann – Hitlers Schatten, Gütersloh 1962.
Zellhuber, Andreas: »Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu …«. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941-1945 (Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg, Bd. 71), München 2006.
Zelnhefer, Siegfried: Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg 1991.
Zentner, Kurt: Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches, München 1965.
Ziemann, Benjamin: Zum ländlichen Augusterlebnis 1914, in: Loewenstein, Bedrich (Hrsg.): Geschichte und Psychologie, Annäherungsversuche (Geschichte und Psychologie, Bd. 4), Pfaffenweiler 1992, S. 193-203.
Ziemann, Benjamin: Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923 (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der Europäischen Arbeiterbewegung; Schriftenreihe A, Darstellungen, Bd. 8), Essen 1997.
Ziemann, Benjamin: Enttäuschte Erwartungen und kollektive Erschöpfung. Die deutschen Soldaten an der Westfront 1918 auf dem Weg zur Revolution, in: Duppler, Jörg; Groß, Gerhard P. (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 53), München 1999, S. 165-182.
Ziemann, Benjamin: Das »Fronterlebnis« des Ersten Weltkriegs – eine sozialhistorische Zäsur? Deutungen und Wirkungen in Deutschland und Frankreich, in: Mommsen, Hans (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik (Industrielle Welt, Bd. 60), Köln 2000, S. 43-82.
Ziemann, Benjamin: Soldaten, in: Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Renz, Irina (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn u. a. 2009, S. 155-168.
Ziemer, Gerhard: Wandervogel und freideutsche Jugend, Bad Godesberg 1961.
Zwicker, Stefan: »Nationale Märtyrer«: Albert Leo Schlageter und Julius Fučík. Heldenkult, Propaganda und Erinnerungskultur, Diss. Mainz 2004, Paderborn 2006.

Zeitzeugeninterviews und Korrespondenz

Archiv der Philipps-Universität Marburg: Schriftliche Auskunft vom 24. März 2010.
Archiv der Universität Münster: Schriftliche Auskunft vom 29. März 2010.
Maibom, Hilde von: Mündliche Mitteilung vom 9. Oktober 2009.
Pfeffer, Ferdinand von: Persönliche Mitteilung vom 16. Juli; Schriftliche Mitteilungen vom 8. September, 9. Oktober, 2. November, 12. November 2009, 18. März, 5. Dezember 2010 und vom 7. Februar 2011.
Pfeffer, Nikolaus: Schriftliche Mitteilung vom 6. Oktober 2009.
Schildt, Gerhard: Mündliche Mitteilung vom 12. November 2010.
Wintzingerode, Irmgard Freifrau von, geb. von Pfeffer: Persönliche Mitteilung vom 16. November 2009; Schriftliche Mitteilung vom 11. September, 14. und 30. November 2009.

Abkürzungen

a. D.	außer Dienst
A. K.	Armee-Korps
AA	Auswärtiges Amt
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
AG	Arbeitsgemeinschaft
allg.	allgemein/allgemeiner
Anm.	Anmerkung
BA-MA	Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg
BArch	Bundesarchiv Berlin Lichterfelde
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
BayStA	Bayerisches Staatsarchiv München
bezgl.	bezüglich
BC	Bekennende Christen
Bd./Bde.	Band/Bände
BDC	Berlin Document Center
BDM	Bund deutscher Mädel
BfZ	Bibliothek für Zeitgeschichte in der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart
BIOS	BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, oral history und Lebenslaufanalysen
BK	Bekennende Kirche
Bl.	Blatt/Blätter
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
bzw.	beziehungsweise
CIC	Counter Intelligence Corps
DC	Deutsche Christen
Ders.	Derselbe
Diss.	Dissertation
Div.	Division
Dok.	Dokument
DM	Deutsche Mark
DVFB	Deutschvölkische Freiheitsbewegung
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
F.	Fiche oder Folder
f.	folgende/s
ff.	fortfolgende
EK I bzw. II	Eisernes Kreuz erster bzw. zweiter Klasse
Gaust/Gauf	Gausturm/Gausturmführer (SA)
geb.	geborene/geborener
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GI	Amerikanischer Soldat der Infanterie *»govermental issue«*
GISASS	Generalinspekteur der SA
GLAK	Generallandesarchiv Karlsruhe
GRUSA	Grundsätzliche Anordnungen der SA
Gru/Gruf	Gruppe/Gruppenführer (SA)
GSR	Generalsoldatenrat
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin

GuG	Gesellschaft und Geschichte
GVG	Großdeutsche Volksgemeinschaft
Habil.	Habilitation
HJ	Hitlerjugend
Hptm.	Hauptmann
Hrsg.	Herausgeber
HStaD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
IfZ	Institut für Zeitgeschichte München
Inf.	Infanterie
IR	Infanterieregiment
IZRG	Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte
KZ	Konzentrationslager
Lt.	Leutnant
MdR	Mitglied des Reichstags
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
MICUM	Mission interalliée de Contrôle des Usines et des Mines
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation
NS	Nationalsozialismus/nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NSAK	Nationalsozialistisches Automobilkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
O. C.	Organisation Consul
O. H.	Organisation Heinz
o. J.	ohne Jahr
o. O.	ohne Ort
o. Nr.	ohne Nummer/Nummerierung
OG	Ortsgruppe
OHL	Oberste Heeresleitung
OPG	Oberstes Parteigericht der NSDAP
Orgesch	Organisation Escherich
OSAF	Oberste SA-Führung
Osaf	Oberster SA-Führer
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
Pg.	Parteigenosse
PK	Parteikorrespondenz
PO	Politische Organisation der NSDAP
POW	Polnische Untergrunds-/Befreiungsarmee »*Polska Organizacja Wojskowa*«
RFB	Rotfrontkämpferbund
RFSS	Reichsführer SS
RKO	Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung
RLB	Reichslandbund
RM	Reichsmark
RPT	Reichsparteitag der NSDAP
RSA	Reden, Schriften, Anordnungen
RMI	Reichsministerium des Inneren
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
S.	Seite/Seiten
SA	Sturmabteilung
SABE	SA-Befehl

SAF	SA-Führer
SAR	SA-Reserve
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
sic	wirklich so
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt/sogenannte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SSOS	Selbstschutz Oberschlesien
Sta/Staf	Standarte/Standartenführer (SA)
StaM	Staatsarchiv Münster
StaMünch	Staatsarchiv München
StdAM	Stadtarchiv Münster
StdF	Stellvertreter des Führers
Tr/Trf	Trupp/Truppführer (SA)
u. a.	und andere/und anderswo
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USchlA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss der NSDAP
VB	Völkischer Beobachter
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche
VOB	Verordnungsblatt der SA
VSB	Völkisch-Sozialer-Block
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VVVD	Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands
z. B.	zum Beispiel
z. Zt.	zur Zeit
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZZS	Zeitzeugenschrifttum